

**DER FALL DES
HAUSES STUART
UND DIE
SUCCESSION DES
HAUSES...**

Onno Klopp





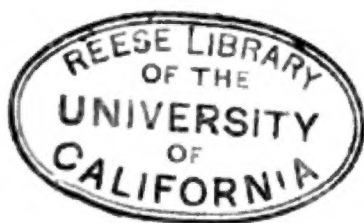


Der
Fall des Hauses Stuart

und die
Succession des Hauses Hannover
in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660 — 1714.

Von



Otto Klopp.

Siebenter Band.

Die Kriegsjahre 1695, 1696, 1697, und der Friede von Ryswyk.

Wien, 1879.

Wilhelm Braumüller
k. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler.

DA 435
K 6
v. 7-8

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Neunzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1695.

Seite

Die Parlaments-Verhandlungen zu Ende 1694.

Die Thronrede Wilhelms III. am 12./22. November 1694	1
Günstige Stimmung des Parlamentes	2
Die Bewilligung der Kriegserfordernisse in Holland.	—
Die Geneigtheit dazu in England	3
Die angebliche Verschwörung in Lancashire	—
Die Bewilligung des Kriegsbedarfs.	4
Tod des Erzbischofs Tillotson	5
Die Triennial-Bill	—
Die Sanction des Königs	—

Der Tod der Königin Mary von England.

Erkrankung der Königin Mary	6
Die Betrübnis des Königs und der Gemeinde in der Hof-Capelle.	7
Die politischen Bedenken	—
Die steigende Krankheit der Königin	—
Der König will sie nicht verlassen	8
Theilnahme des Volkes, der Prinzessin Anna	—
Verhalten des Königs	—
Tod der Königin	9
Die allgemeine Betrübnis	10
Die Adressen des Parlamentes	—
Die Frage, ob der König zum Feldzuge hinüber gehen könne.	12
Der König empfängt die Adressen	—
Die Mittheilung des Königs an den Kaiser	13
Die Trauer in der Republik der Niederlande	14
Das Verhalten Jacobs II.	15
Rückblick auf die Stellung des oranischen Paares ihm gegenüber	—
Charakter der Königin	18
Der Verlust des Königs Jacob an seiner Tochter	20

a*

	Seite
Die Trauer vieler Jacobiten	21
Die Meinung von der Königin Mary in Frankreich	22
Distichon von Leibniz	23
Das Verhalten der Prinzessin Anna	—
Wieder-Erstarken des Königs Wilhelm	24
Das Leichenbegängnis der Königin	25
Die Gründung des Hospitales von Greenwich	27

Die Friedensfrage zu Anfang 1695.

Lord Lexington berichtet die Präliminar-Forderung des Kaisers	28
Die Antwort des Staats-Secretärs Shrewsbury	—
Auersperg übersetzt die von Wien eingegangenen lateinischen Schriftstücke	29
Die englischen Staats-Secretäre ohne Kunde derselben	30
Das Einverständnis des Kaisers und des Königs	—
Die Differenz in Betreff Spaniens	31
Die Misstimmung des Königs gegen Spanien	—
Sein persönliches Friedensbedürfnis	32
Die Rede des Königs zu Auersperg vom 15./25. Februar	33
Das Geheimnis derselben	36
Kaunitz über die Stellung des Königs in der Republik	38
Abermals Steckborn und der Kurfürst von der Pfalz	39
Das Gutachten des Grafen Kinsky über die Rede des Königs	—
Er hebt die Angelegenheit von Straßburg hervor	40
Ferner diejenige von Savoyen und Spanien	41
Abauz in Stockholm lehnt die Präliminar-Forderung des Kaisers ab	42
Die Friedensversuche damit abgebrochen	43
Der Kaiser wünscht die Vorlage des Allianz-Vertrages von 1689 vor das Parlament	—
Die Beforgnis französischer Mordversuche gegen den König Wilhelm III.	44
Auersperg sieht jene Vorlage als sehr schwierig an	—
Unterredung des Königs mit Auersperg über den Stand der Allianz, 29. April	45
Der Gesamt-Eindruck dieser Unterredung	47
Dennoch die besondere Rücksicht des Königs auf die Stadt Amsterdam	48

Die englischen Angelegenheiten im Frühlinge 1695.

Der Kriegeeifer des Parlamentes	49
Es genehmigt die Ueberwinterung der Flotte im Mittelmeere	50
Die Ausfuhr des baaren Geldes von England	—
Die Verzögerung der Geschäfte des Parlamentes	51
Entdeckungen von Unterschleif	—
Trevor, Sprecher des Unterhauses, wird ausgestoßen	—
Der König drängt das Parlament zur Eile	52
Anklage gegen den Herzog von Leeds	53
Die Frage der Regentschaft	—
Die Stellung des prinziplichen Paares	—
Das Ehepaar Marlborough	54

	Seite
Marlborough zu Gnaden aufgenommen	55
Der Prinz Georg nicht ein Mitglied der Regentschaft	—
Die Thronrede des Königs und die Vertagung	56
Die sieben Reichsverweser	57
Die Whig-Partei unter denselben überwiegend	58
Eine Erfindung für die Seefahrt, vom Parlamente zurückgewiesen	—
Ankunft des Königs im Haag, 16./26. Mai	59

Die Besorgnis vor der Bildung einer dritten Partei.

Der Fürstbischof von Münster	60
Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen	—
Schoening	—
Die Forderungen des Kurfürsten	61
Die Vorschläge des Kaisers ihn in Belgien zu verwenden	—
Der König nicht geneigt	—
Er schlägt für Friedrich August das Commando in Ungarn vor	62
Friedrich August verlangt die englisch-holländischen Subsidien	63
Abermalige Aussicht auf den Türkenfrieden	—
Die Verwendung des Kaisers für Friedrich August bei dem Könige	64
Der König bewilligt	65
Das Verhältniß von Wilhelm III. und Heinsius	—

Urtheil des Papstes Innocenz XII. über Wilhelm III.

Die Berichte des Grafen Berth über die Stimmung in Rom	66
Der spanische Gesandte über eine Audienz bei Innocenz XII.	67

Die Stellung Spaniens und Savoyens zu der Friedensfrage.

Carl II. von Spanien legt die Friedenssache in die Hand des Kaisers	68
Der König Wilhelm und die Holländer nicht geneigt für Spanien	69
Don Quiros im Haag verlangt die Herstellung des pyrenäischen Friedens	—
Die eigentliche Differenz zwischen dem Kaiser und Wilhelm III.	70
Der König macht keine Vorschläge für Spanien	71
Absicht neuer Friedensberebungen in Utrecht	—
Unmuth darüber in Wien	—
Irrthum der Auffassung dort	72
Dadurch die Schritte in Holland nicht gerechtfertigt	73
Der Wiener Hof durch den Prinzen Eugen von Savoyen unterrichtet über Victor Amadeus	—
Galway, selbst getäuscht, nährt in Wilhelm III. das Vertrauen auf Victor Amadeus	74
Die Hoffnung von Victor Amadeus auf die Thronfolge in England	—
Der Preis für Victor Amadeus die Festung Pignerol	75
Die Capitulation von Casale	—
Die Berichte Galways erhalten die Täuschung bei Wilhelm III. und Heinsius	77
Das fernere Verhalten von Victor Amadeus	—

	Seite
Der König Wilhelm schweigt über ein Gegenproject für Spanien	79
Muersperg bringt in Portland	—
Dieser weicht aus	80

Die Beschaffung der Mittel in Frankreich für den Krieg.

Die hauptsächlichlichen Steuern dort	81
Die Capitation.	82
Der Eingang des Edictes derselben	—
Die wachsende Abhängigkeit Frankreichs von dem Willen der Krone	85
Die Verschiedenheit der Monarchie des Kaisers	—
Ludwig XIV. erkennt dennoch in Worten eine Schranke an.	—
Die Hoffnung auf die Capitation erfüllt sich nicht.	86
Der geistliche Stand bewilligt das don gratuit, und indirect die Capitation	87
Ludwig XIV. rüstet nicht mehr eine Kriegesflotte	88
Die Lücken des Landheeres.	—
Tod des Marschalls Luxemburg. Villeroi erhält das Commando	89

Belagerung und Eroberung von Namur.

Die Eifersucht verbündeter Generale vereitelt den ersten Plan	90
Die Belagerung von Namur	91
Vergleich mit dem Unternehmen von 1692	—
Villeroi und Baudemont einander gegenüber	—
Der Nachmarsch Baudemonts am 14. Juli	92
Die Frage der Feigheit des Herzogs von Maine	—
Die Armee vor Namur	94
Die Haltung des Königs Wilhelm	95
Die Vertheidigung unter Boufflers	—
Der Sturm auf die Schanze oberhalb der Stadt	—
Lord Cutts	96
Der Wettstreit der Nationen	—
Der Sturm auf die erste Contrescarpe.	97
Die Haltung des Königs	—
Die Capitulation für die Stadt Namur, 4. August	—
Die Belagerung der Citadelle	98
Die Uebergabe von Dixmuiden und Deynse	—
Das Cartell von französischer Seite gebrochen.	99
Wilhelm III. sucht vergeblich Brüssel zu decken	—
Der Kurfürst von Bayern nach Brüssel	100
Bombardement von Brüssel, 13. August u. f.	101
Die Ziele der französischen Bomben	—
Der Herzog von Maine	102
Die Aeußerungen der Königin von Polen zu Polignac	—
Villeroi will den Entsatz von Namur versuchen.	103
Der König Wilhelm gibt nicht die Gelegenheit zum Treffen	—
Der Sturm auf die Außenwerke der Citadelle	104
Die Capitulation der Citadelle	105

	Seite
Der Auszug der Besatzung.	105
Dyckvelt hält den Marschall Boufflers an.	106
Boufflers gegenüber Portland	—
Er wird nach Maastricht geführt	107
Haltung des Kurfürsten von Bayern	—
Diejenige des Königs von Frankreich	108
Boufflers der Haft entlassen	109
Die Freude über den Wiedergewinn von Namur in England und Holland	—
Der Glückwunsch des Kaisers.	—
Eindruck der Nachricht in Frankreich	110

Die Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige Wilhelm über die Friedenssache.

Unterredung zwischen Auersperg und Dyckvelt, am 9. August	111
Auersperg regt vor Dyckvelt die Frage an über den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz	112
Die Antwort des Königs durch Dyckvelt in der Friedenssache	113
Der Kern der Berathungen darüber in Wien	114
Weder Ludwig XIV. noch Wilhelm III. im Herbst 1695 geneigt zum Frieden	115
Eine schwedische Fregatte wegen des Nicht-Streichens der Segel von Engländern genommen	—
Der Vorfall kommt dem Könige Wilhelm zu statten	—
Der König läßt in Wien die schwedische Vermittelung ablehnen	116
Umwandlung in der Seele des Königs vom 25. Februar bis zum 14. October	—

Die Erneuerung der großen Allianz.

Auf die Andeutung von Auersperg in Betreff des Parlamentes erfolgt keine Antwort	117
Die Form der Erneuerung durch den König Wilhelm III.	118
Der geheime Artikel kommt bei der Erneuerung nicht zur Sprache	—
Auch Victor Amadeus erneuert die Allianz	119
Beschwerden von Holland wider Spanien	—
Der spanische Staatsrath vermindert den Beitrag für den Unterhalt der Flotte	120
Graf Kaunitz über die Verstimmung der Seemächte wider Spanien	121
Die Angelegenheit der spanischen Succession kommt nicht zur Sprache	—
Die Sache Schonenbergs in Madrid	122
Sein Verhalten gegenüber Carl II.	—
Verfahren des Hofes von Madrid gegen ihn	—

Ueberblick des Kriegesjahres 1695.

Der Feldzug in Ungarn nicht glücklich für den Kaiser	124
Die Einwirkung des Falles von Namur in der Republik Holland	—
Die Bewilligung der Kriegesmittel	125
Der Kurfürst von Brandenburg hofft eine Heirath seiner Tochter mit Wilhelm III.	—
Der König landet in Margate, 10./20. October 1695	126

Zwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1696.

Stand der Dinge in England zu Ende 1695.	Seite
Der Empfang des Königs Wilhelm in London	127
Die Angelegenheit der Auflösung des Parlamentes	—
Der König über die Lage der Dinge in England	128
Der Besuch des Königs bei der Prinzessin Anna	—
Die Reise des Königs. Sein Aufenthalt in Althorp	129
Sunderland	—
Die Popularität des Königs	131
Die Religionsfrage in England und Irland.	
Die Capitulation von Namur in dieser Beziehung	132
Das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Könige Wilhelm	133
Das Urtheil von Hoffmann über die Stellung der Katholiken in England, im Jahre 1695	—
Carlingford an Menegatti über das Parlament in Irland	134
Der Kaiser ersucht Wilhelm III., die Beschlüsse des irischen Parlamentes nicht zu sanctioniren	135
Shrewsbury versichert die Willfährigkeit des Königs	136
Die Austreibung der religiösen Orden kommt im geheimen Rathe nicht zur Verhandlung	137
Der Bischof Lezburn	—
Wilhelm III. sanctionirt nicht die Beschlüsse des irischen Parlamentes wider die Katholiken	—
Differenz Wilhelms III. mit Schweden und Spanien.	
Dänemark sucht Schweden zum Bruche zu treiben	138
Der Vorschlag des Grafen Auersperg	139
Seine Unterredung darüber mit dem Könige	140
Die Sache des Schonenberg	—
Der König weicht dem Erbieten der Vermittelung des Kaisers aus	141
Seine Aeußerung über die Sache zu Auersperg	142
Das Urtheil Auerspergs in Betreff Spaniens	—
In Betreff Englands	143
<u>Das Parlament zu Ende 1695 und Anfang 1696.</u>	
Zusammentritt des Parlamentes, 22. November/2. December	143
Die Thronrede des Königs	144
Die Bereitwilligkeit des Parlamentes	146
Eifersucht der Engländer gegen die Republik Holland	147
Die Münzverwirrung	—
Die Rede Montagues	148
Der Beschluß der Neuprägung schwer ausführbar	149
Die schottisch-ostindische Compagnie	—

	Seite
Die Verstimmung zu Anfang des Jahres 1696 im Wachsen	150
Die Ansichten Trumballs und Auerspergs	—
Die Verleihung von Kron Gütern in Wales an den Grafen Portland . . .	151
Die Adresse des Unterhauses dagegen	152
Der König nimmt die Schenkung zurück	—
Die Stimmung im Parlamente hebt sich nicht	153
Beforgnis im Haag und in Wien, Hoffnung in Versailles	—

Der Doppel-Plan der Invasion und des Mordes, zu
Anfang 1696.

Die Sendung Charnocks nach St. Germain, Juni 1695	154
Im October 1695 die Hoffnungen in St. Germain tief herabgestimmt . .	155
Jacob II. im Kloster La Trappe	156
Von November 1695 an der Plan der Invasion	—
Der Bericht des Sir George Barkley	—
Seine Vollmacht	158
Die Fortsetzung seines Berichtes	159
Seine Ausdeutung seiner Vollmacht	160
Der König Jacob hat in eine Vollmacht zum Morde früher nicht gewilligt .	—
Jacob über das Verfahren Barkleys	161
Die Frage der Abfassung der Vollmacht für Barkley	—
Barkley ist mit der Absicht des Mordes nach England gegangen	162
Der Plan der Verschworenen	163
Die Herbeiziehung anderer Personen	—
Der Plan der Erhebung der Jacobiten in England	164
Der Bericht des Königs Jacob darüber	—
Die Bedingung Ludwigs XIV. für eine Landung	165
Jacob II. glaubt diese Bedingung erfüllen zu können	—
Er sendet Verwick nach England	166
Ludwig XIV. bringt in Jacob II. zum Ausbruche	—
Jacob II. sügt sich in den Ausbruch vor der Rückkehr Verwicks	167
Der Bericht Verwicks	168
Er kehrt zurück und trifft mit Jacob II. in Clermont zusammen	169
Von da an hat Jacob II. die Kunde des Mordplanes	—
Sein Verhalten ähnlich wie in der Sache des Grandval	170
Verwick bei Ludwig XIV.	—
Ludwig XIV. erwartet das Gelingen des Mordplanes	171
Die Hoffnungen in Versailles und Paris	172
Portland erhält die erste Kunde des Mordplanes	173
Die Eröffnung von Pendergras	174
Der König bleibt am 15./25. Februar in Kensington	—
Die Ausführung wird angesetzt auf den 22. Februar/3. März	175
Der König vernimmt Pendergras und de la Rue	—
Der 22. Februar/3. März	176
Die Sendung des Adjutanten Schmettau	—
Unbestimmte Gerüchte in London am 21. Februar/2. März	177

	Seite
Die Wirkung der Meldung von Schmettau auf den König Wilhelm . . .	178
Die Worte Bartleys	179
Die Maßregeln des Königs Wilhelm	—
Verhaftung einiger Verschworener	—
Die Anrede des Königs an das Parlament.	180
Gemeinsame Adresse der Häuser des Parlamentes	181
Die Suspension der Habeas-Corpus-Acte.	—
Die Association	182
Der Beginn derselben schuldigt mit Unrecht die Katholiken an.	183
Auersperg und Hoffmann erheben Klage über viele Katholiken in England	184
Die Association nicht von allen Mitgliedern des Parlamentes unterzeichnet	—
Der Prozeß gegen die Verschworenen beschleunigt	185
Die Ergebenheit der Engländer für den König	—
Der Haß gegen Frankreich.	186
Jacob II. in Calais	—
Die englische Flotte erscheint an der französischen Küste.	187
Die Verbrennung der französischen Magazine von Givet	—
Der Eindruck dieser Nachrichten in Paris	188
Die Ansichten über das Verbleiben Jacobs II. an der Küste	189
Jacob II. und Middleton hoffen noch auf die Landung in England . . .	—
Der Spott der Pariser über Jacob II.	190
Ludwig XIV. deutet dem Könige Jacob die Rückkehr an	191
Jacob II. ist sich einer Mitschuld an dem Mordplane nicht bewußt. . . .	—
Er entläßt nicht den Sir George Bartley	192
Die Frage nach dem eigentlichen Urheber des Mordplanes	193
Die Urtheile von Zeitgenossen	—
Der Eindruck der Nachricht in Stockholm	194
In Kopenhagen	—
Die Geständnisse der Verurtheilten	195
Charnock's Erbieten von Wilhelm III. abgelehnt	—
Die Meisterschaft Bartleys in der Führung der Sache	196
Das Urtheil Hoffmanns.	197
Die Besprechung des Planes in Frankreich untersagt.	—
Meinungen von Dangeau	—
Der Oberst Talbot	198
Aeußerung Ludwigs XIV. über seine Nicht-Schuld.	199
St. Simon, Voltaire, Lafeigue	—
Der Fortgang der Association in England	200
Das Unterhaus überreicht sie dem Könige	—
Friend und Parkyns erhalten von drei Geistlichen die Absolution	201
Protest anglicanischer Bischöfe	—
Bericht des Grafen Auersperg über die Haltung der Katholiken	202
Die Friedensbestrebungen im Jahre 1696.	
Die Republik Holland, in Folge des Attentates, wünscht den Frieden. . .	203
Dieselbe Neigung in Wien.	—

	Seite
Nicht in England, aber dort die Schwierigkeit des Geldes	204
Die Eröffnung des Königs Wilhelm an Della Torre	—
Auerberg über das Verhalten des Königs bei Geschäften	205
Die Thronrede des Königs am 27. April/7. Mai	206
Seine Ankunft im Haag	—
Erneute Friedensberedungen der Holländer mit Callieres	207
Das damalige Verhältnis des Kaisers und des Königs Wilhelm	208
Beschwerden des Kaisers über die Verwendung der Truppen von Branden- burg, die Abberufung der Flotte	—
Die Differenzen von Spanien her.	209
Die Sache des Schonenberg	210
Graf Kaunitz führt Klage über die neuen Beredungen mit Callieres	—
Die Friedensneigung der Holländer öffentlich	211
Unterredungen zwischen Kaunitz und Heinsius	—
Die Antwort des Königs an Kaunitz	212
Eröffnung von Heinsius an die kaiserlichen Gesandten	213
Die Ansicht derselben, 22. Mai	—
Diejenige des Königs Wilhelm	—
Die Haltung des Kaisers Leopold	214
Die Frage der Sendung des Couvonges	—
Geheime Friedensberedung von Belo und de la Haye in Padua	215
Die kaiserliche Forderung der Anerkennung Wilhelms III.	216
Couvonges in Innsbruck	218
Die Antwort des Kaisers an die Herzogin von Lothringen	219
Diejenige auf den Bericht seiner Gesandten im Haag	220
Die Haltung Wilhelms III. und der Holländer gegenüber dieser Antwort.	221
Der französische Minister Croissy über diese Verhandlungen	222
Schweden sucht mit erneutem Eifer die Vermittelung zu erlangen	—
Wilhelm III. und Heinsius geben die geheime Verhandlung nicht auf	223

Der Abfall des Herzogs Victor Amadeus von Savoyen.

Der Verdacht des Prinzen Eugen und der kaiserlichen Offiziere	223
Die Wichtigkeit Pignerols für den Herzog Victor Amadeus	224
Ludwig XIV. bietet Pignerol im geschleiften Zustande	225
Der Vertrag wird geschlossen und ratifizirt, 29. Juni	227
Das Lügenspiel des Herzogs Victor Amadeus	—
Er erregt das Mißtrauen Wilhelms III.	228
Er sucht die Einwilligung der Verbündeten in den Stillstand mit Frankreich	229
Sein Schreiben an den Kaiser	—
Die Schritte des Kaisers und des Königs Wilhelm	230

Rückwirkung des savoyischen Abfalles auf den Stand der Dinge.

Wilhelm III. gehemmt durch die Rücksicht auf Holland, besonders auf Amsterdam	230
Der Geldmangel in Folge der Münzverwirrung in England.	232
Das Project der Landbank undurchführbar	—

	Seite
Das Schreiben des Königs an Shrewsbury, vom 20./30. Juli	233
Er sendet Portland nach England.	—
Shrewsbury entwickelt dem Könige seine Ansicht über die Lage der Dinge	—
Die tief gedrückte Stimmung des Königs	235
Darlegung der Sachlage von Heinsius	236
Irrthum dieser Ansichten in Betreff des Kaisers.	237
Die Consequenz des Irrthumes das gegenseitige Mißtrauen	238
Die Kriegeslast für Frankreich	239
Die Mittel zur Beschaffung von Geld	240
Der Verkauf von Adelsbriefen	—
Die Schwierigkeit der Fortsetzung des Krieges	241
Der Friede mit Savoyen gilt in Frankreich als ein Schritt zum allgemeinen Frieden	242

Die Stellung des Königs Jacob im Sommer 1696.

Jacobs II. eigene Meinung von der Lage der Dinge	243
Ludwig XIV. bietet ihm seine Hülfe für die polnische Krone	—
Die Frage, ob damals eine Unterhandlung statt gefunden zu Gunsten des Prinzen von Wales.	244
Schreiben Jacobs II. über einen Gedanken solcher Art an den Papst.	—
Die Behauptung des Biographen von Jacob II.	245
Das Zeugnis Verwids in dieser Sache irrig in Betreff der Zeit	—
Der Vorschlag ist von Seiten Ludwigs XIV. gemacht in dem Entwurfe für die Unterredung in Padua	246
Der Vorschlag ist nicht zur Verhandlung gekommen	248
Ludwig XIV. und Wilhelm III. haben darüber nicht unterhandelt	—
Wilhelm III. ist als Holländer gegen die Nachfolge des Prinzen von Wales	249
Ludwig XIV. handelt darin ohne Vorwissen Jacobs II.	—
Die Frage des Jahrgeldes für Jacob II.	250
Jacob II. lehnt das in Aussicht gestellte Jahrgeld ab	251
Jacob II. handelt subjectiv ehrenhaft	252
Er befestigt jedoch aufs neue seine Abhängigkeit	253
Er handelt zum Nachtheile zugleich seines Sohnes	254
Die Anerkennung Wilhelms III. für Ludwig XIV. kein Hindernis des Friedens	255

Die Friedensbestrebungen im August und September 1696.

Callieres weicht in den Veredungen mit Dykvelt zurück.	255
Die verschiedenen Motive bei Wilhelm III. für den Frieden	256
Sein Mißtrauen gegen Wien.	257
Die Wirkung einer falschen Meldung Lexingtons aus Wien auf den König Wilhelm	258
Die Verhandlung der Holländer mit den kaiserlichen Gesandten am 2. September	259
Jenes von Lexington gemeldete Gerücht ist entscheidend für das Vorgehen der Holländer	260
Sie handeln gemäß den Wünschen des Königs von Frankreich	261

	Seite
Die Engländer, außer Lexington, dabei nicht betheiligt	262
Die Rücksicht der mitwirkenden Holländer auf England	263
Die Verathungen in Wien	—
Die Angelegenheit der spanischen Succession wird dabei nicht erwähnt . .	264
Der Kaiser tritt nicht für sich selber ein, sondern für die Schwächeren . .	—
Abneigung gegen das Vortreten der Holländer	—
Die Antwort des Kaisers, vom 12. September, nicht eingehend	265

Der savoyische Friede und die Neutralität für Italien.

Ludwig XIV. läßt das Tebeum singen	265
Die italienischen Mächte für die Neutralität	—
Die Antwort des Kaisers vom 12. September im Haag	266
Der Kaiser macht durch Auersperg noch einen Versuch bei Wilhelm III. .	267
Die Antwort des Königs, am 26. September	—
Unterredung des Grafen Portland mit Auersperg	269
Der Kaiser willigt in den Friedens-Congreß	270
Spanien willigt in die Neutralität für Italien	—
Das Schreiben von Veganez an Quiros	271
Der Kaiser wird dadurch zur Einwilligung gezwungen	—
Victor Amadeus verlangt für sich die allgemeine Friedens-Vermittelung . .	273
Die Reden seines Gesandten Govone in St. Germain	—
Della Torre vor dem Könige Wilhelm III.	274
Der Kaiser streicht den Artikel der savoyischen Vermittelung	—

Rückwirkung des Abfalles von Victor Amadeus auf die Frage der Succession in England.

Die Frage einer zweiten Heirath von Wilhelm III.	275
Sein Besuch im Schlosse Cleve, am 16. September 1696.	276
Der König tritt nachdrücklicher als früher ein für die Kurwürde Hannovers	277
Der Stand dieser Angelegenheit	—
Eine Andeutung bei der Kurfürstin Sophie in Hannover in Betreff ihrer Succession in England	279
Leibniz eifrig für den Gedanken dieser Succession	—
Sein Schreiben an die Kurfürstin	280
Sie weist den Gedanken zurück	—
Die Frage nach dem Causal-Nexus zwischen den Intentionen Wilhelms III. und dem Briefe von Leibniz	281
Die Rede des Königs, vor dem Ausbruche nach England, zu dem Grafen Kauniz, 9. October	—
Die Ueberfahrt des Königs, 5./15. October	283

Der allgemeine Stand der Dinge gegen das Ende des Jahres 1696.

Kauniz über das von Frankreich gebotene Aequivalent für Straßburg . .	283
Die Ursachen der geringen Leistungen im Türkenkriege	284
Der Feldzug von 1696	—

	Seite
Czar Peter nimmt Asow	285
Der Plan eines Bombardements von Constantinopel	—
Der Zustand der kaiserlichen Heere	286
Der Bericht des Markgrafen Ludwig von Baden darüber	—
Die Reichstruppen	—
Die Kreise Schwaben und Franken	287
Markgraf Ludwig tritt für sie ein bei dem Kaiser	—
Sein Urtheil über die Reichsfürsten	288
Die Association der sechs den Rhein berührenden Kreise	289
Der Feldzug 1696 in Catalonien	—
Die Nachricht der Krankheit Carls II., im September 1696	—
Ludwig XIV. verweist den Prinzen Conti auf die polnische Krone	290

Einundzwanzigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1697 und der Friede zu Ryswyck.

Der Stand der Dinge in England zu Ende 1696 und Anfang 1697.

Günstige Stimmung des Parlamentes für Wilhelm III.	291
Seine Thronrede vom 20./30. October 1696	292
Eine Reihe günstiger Beschlüsse	293
Die Adresse des Unterhauses vom 23. October (a. St.)	294
Die Zusicherung der Kriegesmittel	295
Contrast der Zustände von England mit Frankreich und Brandenburg	—
Ausnutzung des Friedenswunsches von Holland durch Frankreich	296
Amsterdam	297
Die Reden des Callieres steigern sich	298
Die Ansichten des Königs Wilhelm über dies Verhältniß	299
Er arbeitet durch Heinfius dem Gelüste in der Republik zum Sonderfrieden entgegen	300
Er stimmt mit ein in die unberechtigten Vorwürfe wider den Kaiser	301
Irrige Gerüchte über den Kaiser	—
Verhalten des Königs Wilhelm dabei	302
Er hält das Parlament zurück von Beschlüssen gegen eine Uebereilung des Friedens	303
Die englischen Staats-Secretäre von Wilhelm III. in die Friedenssache nicht eingeweiht	—
Die Angelegenheit des Sir John Fenwick	304
Seine Anklage gegen Shrewsbury, Marlborough, Godolphin, Ruffel	305
Die Stellung des Königs Wilhelm III. zu diesen Anklagen	—
Seine Mittheilung der Sache an Shrewsbury	306
Die Antwort Shrewsbury's	—
Er zieht sich zurück	307
Besonderes Motiv für ihn sich zurückzuziehen	308

	Seite
Beseitigung Godolphins	309
Jenwid im Verhöre vor dem Könige	—
Die Flucht Goodmans	310
Die Sache des Jenwid im Unterhause.	—
Die Correspondenz zwischen Ruffel und Shrewsbury über die Sache . . .	—
Die Bill of attainder wider Jenwid im Unterhause	311
Marlborough und Godolphin.	312
Die Bill of attainder im Oberhause	—
Die Gerüchte neuer Mordplane wider Wilhelm III.	—

Die Friedenssache zu Ende 1696.

Callieres weigert sich eines schriftlichen Versprechens für die Anerkennung Wilhelms III.	314
Das Verhalten der Holländer	—
Erklärung des Grafen Kaunitz und des Congresses im Haag	315
Die Antwort des Königs, vom 13./23. November 1696	316
Er theilt dem Parlamente die Angelegenheit nicht mit	—
Die Stadt Amsterdam ist für ihn maßgebend.	317
Seine Reden zu Auersperg und der eigentliche Grund derselben	—
Sein Bericht darüber an Heinsius	319
Die Rücksicht des Königs für Amsterdam trübt sein Verhältnis zum Kaiser	320
Unterredung von Kaunitz und Heinsius über die Friedenssache.	—
Der Plan Ludwigs XIV. scheitert an der Furcht von Amsterdam	321
Amsterdam erklärt sich für die Forderung eines schriftlichen Versprechens von Ludwig XIV. für die Anerkennung	322
Das Urtheil in Paris über Callieres	—
Ludwig XIV. genöthigt die Weigerung des schriftlichen Versprechens zurück- zunehmen	323
Er läßt sich durch die Königin Maria Beatrice darum bitten	324
Die Könige Ludwig XIV. und Jacob II. entsenden einen Agenten an den Kaiser	—
Die eigentliche Absicht Ludwigs XIV. dabei ist die Zwietracht unter den Verbündeten	326
Die Antwort des Kaisers an Wilhelm III. über die Gerüchte einer Unter- handlung mit Frankreich, 5./15. Januar 1697	—
Callieres erklärt die Bereitwilligkeit zu einer schriftlichen Zusage der An- erkennung	327
Die Frage einer General-Accise im englischen Unterhause	328
Statt derselben die Capitation beschlossen.	329
Die Stimmung in England über das durch Callieres gemachte Zugeständnis	330
Der König über dies Zugeständnis an Heinsius	—
Seine Willfährigkeit gegen Holland, insbesondere Amsterdam	331
Das Urtheil von Kaunitz darüber, zu Ende 1696	332
Die Erklärung von Heinsius im Sinne des Friedens	—
Die Ablehnung der holländischen Vorwürfe in Wien.	333
Die englischen Friedens-Botschafter	334

	Seite
Auswied von Frankreich vorgeschlagen	334
Unterredung Auerspergs mit dem Könige Wilhelm III.	—
Der Kaiser will nicht ein Aequivalent für Straßburg und warnt vor Uebereilung	335
Die Einwände gegen die Kriegsführung des Königs in Belgien	336
Seine Vermuthung, daß das Verhalten des Kaisers bedingt werde durch die Rücksicht auf die spanische Succession	—
Der Stand der Angelegenheit der spanischen Succession gegen Ende 1696.	
Die französischen Versuche in Spanien	338
Der Kaiser geht nicht ein auf den Vorschlag bestimmterer Verträge mit den Seemächten	—
Seine Stellung zu Carl II. von Spanien nach 1694	339
Die Angelegenheit der Succession wird nicht berührt.	340
Die Königin von Spanien hofft eigene Descendenz	341
Die Königin-Mutter Maria Anna ist für ihren Urenkel Joseph Ferdinand	—
Der Kurfürst von Bayern, Max Emanuel	—
Vergleich der Einwirkung der ersten und der zweiten Gemahlin Carls II.	342
Tod der Königin-Mutter Maria Anna im Mai 1696	343
Die Grafen Harrach, Vater und Sohn, Bonaventura und Alois	—
Die Versuche von Max Emanuel im Sommer 1696.	344
Carl II. errichtet ein Testament zu Gunsten von Joseph Ferdinand, im September 1696	—
Erbietungen Ludwigs XIV. nach Spanien	346
Die Aufträge für den Grafen Alois Harrach nach Spanien	346
Die kaiserlichen Rätbe über den geheimen Artikel der Allianz von 1689.	—
Wilhelm III. zu Auersperg erkennt den Artikel als verpflichtend an	347
Er will nicht eine Friedens-Bedingung dieser Art an Frankreich stellen	—
Er weist in seinem Berichte an Heinsius auf die bayerischen Ansprüche hin	348
Die Republik will lieber Max Emanuel als den Kaiser zum Herrn von Belgien	349
Ludwig XIV. rechnet auf dies Interesse der Republik	—
Heinsius verneint das Gerücht einer Abmachung dieser Art	—
Wilhelm III. und Heinsius haben Kunde von jenem Testamente Carls II.	350
Portland erneuert vor Auersperg die Versicherung Wilhelms III.	351
Auersperg erwiedert, daß ohne jene Bedingung der Friede nur ein Waffen- stillstand sei	352
Die Rücksicht Wilhelms III. auf Holland in Betreff der Angelegenheit der spanischen Succession	—
Er will diese Sache nicht zu einem Artikel des Friedens machen.	353
Ludwig XIV. kennt den geheimen Artikel der Allianz von 1689	—
Diese Kunde der Schlüssel seiner Friedensneigung	354
Das Verhalten Wilhelms III. ihm darin günstig	—
Carl II. wünscht Hülfe für Barcelona durch eine Flotte	355
Einwendungen Wilhelms III.	—
Er gibt dennoch das Versprechen, 23. März/2. April.	356

Fortgang der Friedens-Angelegenheit im Haag.

Die kaiserlichen Botschafter erklären sich bereit über die französischen Präliminarien zu verhandeln	357
Der Congreß im Haag nimmt die schwedische Vermittelung an	358
Das Friedens-Präliminare vom 10. Februar 1697	—
Das Dictat über die Anerkennung Wilhelm III.	359
Die Protestation Jacobs II. an die katholischen Fürsten	—
Die Protestation an die protestantischen Fürsten	360
Die Freude des Königs Wilhelm III. über den Weg zum Frieden	361
Neue französische Gerüchte über ein Einverständnis ihrerseits mit dem Kaiser	362
Auersperg protestirt bei Portland gegen ein Aequivalent für Straßburg.	363
Eben so bei dem Könige.	364
In Wien die Besorgnis vor einem Sonderfrieden	365
Wilhelm III. läßt sich nicht ein auf eine Garantie dagegen	366
Er empfiehlt das Aequivalent für Straßburg	367
Die besonderen Unterredungen der Holländer mit den Franzosen dauern fort	—
Äußerungen Wilhelms III. darüber	368
Auch Wilhelm III. hat damals den Maßstab des Charakters von Leopold I. verloren.	369
Frankreich zaudert, um zurückzuziehen	370
Der Kaiser sucht die Hindernisse des Ceremoniells zu beseitigen	371
Er besteht dagegen auf der Forderung eines Präliminare für Lothringen	372
Don Quirós erhält Instruction für den schleunigen Abschluß des Friedens	373
Der Beschluß für Ryswyck als Congreß-Ort	—
Erklärung der kaiserlichen Botschafter über ihre Forderungen	374
Die schwedische Vermittelung bleibt trotz des Todes von Carl XI.	—

Der Stand der Dinge in England.

Die Haltung des Parlamentes im März und April fortdauernd günstig.	375
Die Thronrede des Königs, 16./26. April 1697	—
Sunderland zum Mitgliede der Regentschaft ernannt	376

Die Friedens-Verhandlungen im Schlosse zu Ryswyck.

Beginn derselben	377
Die kaiserlichen und die französischen Botschafter.	378
Die geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen dauern fort	—
Die Angelegenheit Jacobs II.	379
Schwächezustand Wilhelms III., im Mai 1697	—
Die Uebermacht Frankreichs im Felde	380
Abermals die Rücksicht Wilhelms III. auf Holland, besonders auf Amsterdam	—
Die Umschließung von Ath, im Mai und Juni 1697	381
Wilhelm III. erwägt die Frage des Abbruches der Friedenshandlung	—
Raunig zu Heinsius über die Lage der Dinge	382
Die französischen Botschafter suchen hinzuzerren	383

	<u>Seite</u>
Der Stand der Sache der Verbündeten.	
In Belgien	383
In Catalonien	384
Die Friedensgeneigtheit in Madrid	—
Die Haltung der Holländer gegenüber den Franzosen wird fester, im Juni	385
Ähnlich die Stimmung in England.	—
Der Antrag von Kaunitz zur Beschleunigung der Sache, 19./29. Juni . .	386
Die Krisis der Friedenssache	387
Die Beredungen von Portland und Boufflers.	
Der Entschluß des Königs Wilhelm für diese Unterredungen	388
Der Vortheil der Position auf französischer Seite	389
Die erste Beredung, am 8. Juli	—
Die Ansicht des Königs gegenüber Heinsius.	391
Die Superiorität Ludwigs XIV. in seiner Antwort	392
Die Ansicht Lillienroths über das Verhältnis des Königs zu den Holländern	394
Die englischen Friedens-Botschafter nicht unterrichtet	—
Der Rückschlag der Beredungen von Portland und Boufflers auf die Ber-	
handlungen in Rhémynd	395
Die Haltung der reichsfürstlichen Botschafter	—
Die polnische Königswahl.	
Die Bewerber um die Krone.	396
Der Kurfürst Friedrich August	397
Die Thätigkeit Flemings.	—
Die Wahl, 27. Juni	398
Die weiteren Beredungen zwischen Portland und Bouff-	
flers.	
Die zweite Zusammenkunft, 15. Juli	398
Wilhelm III. läßt durch Heinsius den anderen Botschaftern Mittheilung	
machen	400
Die dritte Zusammenkunft von Portland und Boufflers, 20. Juli	—
Die Differenz der Berichte in Betreff eines anderen Aufenthaltes für	
Jacob II.	401
Rückwirkung der Beredungen von Portland und Boufflers auf die Friedens-	
sache im Congresse	—
Das französische Friedens-Project mit der Vorschrift eines Termines, 20. Juli	402
Das Verhalten des Vermittlers Lillienroth	—
Das Monitum von Seiten der protestantischen Reichsstände	403
Das Urtheil Wilhelms III. über die französische Termin-Setzung	—
Die Mittheilungen Portlands an Auersperg	404
Die Erwägungen Ludwigs XIV. über die in Betreff Jacobs II. an Port-	
land vorgeschlagenen Ausdrücke	406
Die vierte Zusammenkunft von Portland und Boufflers, 26. Juli	407
Die Urtheile über den Grafen Kinöky	408

	Seite
Unterredung zwischen Portland und Auersperg, 26. Juli	409
Die Eröffnung des Königs an Auersperg für den Frieden	410
Die Thatlosigkeit des Feldzuges in Belgien	411
Warnung Lillienroths an die Kaiserlichen	—
Unterredung zwischen Kaunitz und Heinsius	412
Verschiedene Gerüchte	—
Die Stellung des Königs Wilhelm III. zu den anderen Verbündeten. . .	413
Die fünfte Zusammenkunft zwischen Portland und Boufflers, 2. August. .	414
Unterredung der holländischen Botschafter mit den kaiserlichen, 12. August. .	415
Das Urtheil der letzteren über den Stand der Dinge	418

Der Stand der Dinge in Spanien.

Die Sendung des Grafen Alois Harrach.	418
Das Testament Carls II. zu Gunsten von Joseph Ferdinand cassirt . . .	419
Die Königin und der spanische Staatsrath	—
Die Sendung des Grafen Bonaventura Harrach	420
Die Abneigung der Königin wider Dropesa.	—
Harrachs Audienz bei Carl II., am 16. Juni 1697	421
Das Schreiben Carls II. an den Kaiser, 25. Juni 1697.	423
Die Eröffnungen Montereys zu Harrach	424
Er verlangt vor der Feststellung der Succession die Aenderung der Regierung	425
Das Bedenken des Königs den Staatsrath zu befragen.	426
Die steigende Bedrängnis von Barcelona.	—
Die Capitulation	427
Der Nachtheil des Falles von Barcelona für die Sache des Kaisers . . .	—
Unterredung Harrachs darüber mit Monterey	428
Einwürfe des Staatsrathes gegen kaiserliche Truppen	—
Die Königin über die Unentschlossenheit Carls II.	429
Das Urtheil des Grafen Aguilar	430

Fortgang der Verhandlungen in Rhswyck.

Die Erfolge der Franzosen gewichtig für ihre Ueberlegenheit in Rhswyck .	430
Wilhelm III. über das Zaudern der Franzosen, 25. August.	431
Die kaiserlichen Botschafter nehmen die französischen Präliminarien noch-	
mals an, 30. August	432
Die Verhandlungen am 31. August 1697	—
Die französische Erklärung vom 1. September 1697	433
Verhalten der Botschafter der Verbündeten dagegen	434
Heinsius über den französischen Plan	435
Das Urtheil Lillienroths	—
Sein Vorschlag an Frankreich in Betreff Lothringens	436
Die Ansicht des Königs Wilhelm über das französische Auftreten vom	
1. September	437
Das Verhalten der Bürgermeister von Amsterdam	—
Neue Unterredung zwischen Portland und Boufflers, 11. September . . .	438

	Seite
Das Verfahren Ludwigs XIV. berechnet auf Amsterdam	439
Der König Wilhelm über diese Krisis der Friedenssache	440
England in dieser Angelegenheit nicht gefragt	—
Lord Villiers und der Staats-Secretär Shrewsbury über die Sachlage	—
Der Eifer der Reichsstände	442
Amsterdam gibt den Ausschlag für den Frieden	—
Wilhelm III. gibt Straßburg verloren	443
Die Reden des Brandenburgers Schmettau	—
Holland, England, Spanien zeichnen den Frieden, am 20. September	444
Waffenstillstand des Reiches mit Frankreich	445
Die thatsächlichen Vortheile des Friedens für die verbündeten Mächte	—
Die Urtheile Wilhelms III. und Portlands	447
Das Verhalten der kaiserlichen Botschafter	—

Der Sieg bei Zenta.

Rückblick auf den Türkenkrieg	448
Französische Bethörungen in Constantinopel	—
Der Kurfürst Friedrich August als Feldherr	449
Der Prinz Eugen von Savoyen an die Stelle Capraras	—
Er erhält den Oberbefehl, im Juni 1697	450
Der Feldzug im August und September	451
Die Schlacht bei Zenta, 11. September	452
Der Bericht des Prinzen Eugen	453
Die Meldung des Kaisers an Wilhelm III.	454

Ludwig XIV. und Jacob II. nach dem Friedensschlusse.

Die Mittheilung durch Ludwig XIV. an Jacob II.	455
Das Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice	457
Jacob II. protestirt öffentlich gegen die Schädigung seiner Rechte durch den Frieden	458
Unzufriedenheit in Paris mit dem Friedensschlusse	—

Der Verlust Straßburgs und die Ryswycker Clausel.

Die reichsständischen Gesandten nöthigen die Kaiserlichen zum Verzicht auf Straßburg	460
Entstehung der Ryswycker Clausel	—
Hefige Erregung der Gesandten der protestantischen Mächte	463
Die Alternative des Friedens oder des Krieges, am 29. October	464
Die Verhandlung der protestantischen Reichsstände mit den katholischen, am 30. October	—
Wilhelm III. über den Stand der Dinge, am 31. October	466
Sein Mißtrauen gegen den Kaiser nicht gerechtfertigt	467
Die französischen Botschafter verweigern jede Aenderung	468
Die Frage der Fortsetzung des Krieges	—
Die französischen Botschafter bewilligen Frist für die Unterzeichnung	469

	Seite
Die Unterzeichnung des Friedens von Seiten des Kaisers und des Reiches, 30/31. October	469
Protest der evangelischen Reichsstände, 4. November	—
Wirkung des Misstrauens wider den Kaiser bei Wilhelm III.	470

Die Sanction der Gesetze wider die Katholiken in Irland.

Harte Beschlüsse des irischen Parlamentes, im Sommer 1697	470
Bemühungen des Residenten Hoffmann wider die Sanction	471
Diejenigen des Grafen Auersperg	472
Die Antwort Blathwants	473
Auersperg wendet sich an Portland	—
Das Urtheil Ludwigs XIV. über die Ordenspersonen in England und Irland	474
Neue Bill des irischen Parlamentes für die Sicherheit des Königs	475
Die Erwägungen Hoffmanns darüber	—
Der geheime Rath der Regentschaft nicht geneigt für die Sanction	476
Der König, unter dem Eindrucke der Ryswycker Clausel, sanctionirt	—
Betrachtung über diesen Act der Leidenschaft	477

Die Wirkung der Ryswycker Clausel auf Engländer und Holländer.

Auersperg und Zersen	478
Auersperg und Dykvelt	479
Die Clausel unvereinbar mit der Politik des Kaisers	480
Der Argwohn der protestantischen Reichsstände erhält sich	—
Der Plan Ludwigs XIV. bei dieser Clausel	—

Die damalige Stellung Wilhelms III. zu dem Kaiser in Betreff der spanischen Succession.

Unterredung von Portland und Auersperg über das Reich und Spanien	483
Die Berathung in Wien über das Schreiben Carls II., vom 25. Juni.	486
Schreiben des Kaisers an Auersperg, 11. October	487
Audienz des Grafen Auersperg bei Wilhelm III., 5. November	489
Gerücht über eine Hinneigung Wilhelms III. zu Frankreich	490
Die Verhandlungen von Kauniz und Auersperg mit Heinsius	491
Der König und Heinsius wollen nicht in bestimmter Weise sich für die Ueber- führung des Erzherzogs erklären	—
Sie erkennen den geheimen Artikel der Allianz von 1689 an	492
Sie verlangen eine Verständigung des Kaisers mit Max Emanuel	—
Unbegründete Vorwürfe wider den Kaiser	493
Der Stand der Successions-Frage in Spanien	494
Die spanische Meinung von der Untrennbarkeit der Monarchie	—
Die Mahnung des Kaisers an Carl II. von Spanien, 24. October 1697	495
Die Verworrenheit in Spanien	496
Die Frage der Haltung der Königin Maria Anna	—
Audienz Harrachs bei Carl II., 12. December 1697	497

	Seite
Carl II. einerseits und andererseits Wilhelm III. und Heinsius abhängig von einander in ihren Entschlüssen	498
Die Kaiserlichen nicht eifrig sofort die Allianz zu erneuern	—
Wilhelm III. und Heinsius suchen Belgien zu sichern	499
Vertrag mit Max Emanuel über das Einlegen holländischer Besatzungen in Belgien	500
Audienz der französischen Botschafter bei Wilhelm III.	—
Ausbruch des Königs nach England, im November 1697	501



Vorwort zum siebenten Bande.

Wie bei der Veröffentlichung des fünften und sechsten Bandes dieses Werkes der Unterzeichnete die Ehre hatte, ein Schreiben des heiligen Vaters Pius IX., das Werk überhaupt betreffend, voranzugehen lassen zu können: so hat er auch jetzt in Betreff der erst genannten Bände die freundige Genugthuung, aus einem Schreiben des hochwürdigsten Herrn, Monsignore Rocella, Secretärs für die lateinischen Ausfertigungen, einige im Auftrage des heiligen Vaters Pius IX., vom 12. September 1877, abgefaßte Worte hier voranzusetzen. Sie lauten:

Optat autem et sperat Pater Beatissimus, lucubrationes tuas non modo privatis hominibus, sed etiam iis qui publicis funguntur officiis salutari documento futuras, hoc praesertim tempore quo improbitati gloria tribuitur et contemptus ac dedecus in virtutem conjicitur.

Von wohlwollender Seite ist mir mehrfach der Einwand entgegen gehalten, daß der Titel des Werkes demselben nicht völlig entspreche, daß ich es als eine europäische Geschichte jener Zeit hätte bezeichnen dürfen und im Interesse der Sache es thun müssen. Ich kann indessen diesen Einwand nicht als gültig anerkennen. Der Titel: europäische Geschichte ist so weit, so umfassend, würde den Leser zu so vielen Ansprüchen an den Verfasser berechtigen, daß ich bezweifle, ob jemals irgend ein Mensch, der die Wucht einer solchen Aufgabe und das Maß der eigenen Kräfte wirklich kennt und beide gegen einander abzuwägen versteht, es wagen würde, ein Werk unter einem solchen Titel in die Welt zu senden. Ich habe mich beschränken zu müssen geglaubt. Mag der Titel meines Werkes: Der Fall des Hauses Stuart und die Succession des Hauses Hannover in Großbritannien und Irland, im Zusammenhange der europäischen Ereignisse — Manchem als weitschichtig erscheinen: für die Aufgabe, die ich mir gestellt, dürfte er kürzer nicht zu fassen sein. Wie mir darum die Pflicht obliegt, die Aufgabe in der gestellten Form zu lösen: so habe ich meinerseits das Recht, zu verlangen, daß mein Werk im Sinne der eigentlichen Aufgabe beurtheilt werde. Ich habe dieselbe schärfer als es durch den Titel geschehen konnte, gekennzeichnet durch das voraus gesendete Programm (Bd. I, S. 1 bis 4). Es ist darin zur Genüge hervorgehoben, daß die Frage der Thronfolge in England während jener ganzen Zeit nicht bloß dieses Königreich betrifft, sondern das gesamte Europa angeht.

Eben darum liegt auf den letzten Worten des Titels meines Werkes ein schweres Gewicht. Sie enthalten dasjenige Merkmal, welches mein Werk von den englischen über dieselbe Zeit unterscheidet. Man darf nicht sagen, daß die englischen Geschichtswerke die Beziehungen von England zu dem übrigen Europa außer Acht lassen; aber sie legen ihnen durchweg nicht das Gewicht bei, welches sie wirklich gehabt haben. Gerade dies ist die Aufgabe meines Werkes, nämlich den Contact, die Wechselwirkung zu beleuchten, in welcher damals England mit dem übrigen Europa gestanden. Will man daher mein Werk eine europäische Geschichte jener Zeit nennen: so habe ich gegen eine solche Bezeichnung von anderer Seite nichts einzuwenden, nur freilich so, daß für meine Aufgabe und meine Darstellung England im Mittelpunkte steht.

Man gestatte mir, auf dies Verhältniß noch etwas näher einzugehen, sowohl in Bezug auf die Anlage des ganzen Werkes, als besonders dann in Betreff der zwei jetzt erfolgenden Bände, welche die sechs Jahre vom Ende 1694 bis zum November 1700 enthalten.

Die in der europäischen Geschichts-Literatur gängigen Ansichten über die Zeit, welche das vorliegende Werk umfaßt, also von der Herstellung Carls II. in England an bis zur Thronbesteigung Georgs I., oder vom pyrenäischen Frieden bis zu demjenigen von Rastadt, also von 1659 bis 1714, theilen sich durchweg nach zwei Richtungen, von denen man die eine als die französische, die andere als die englische bezeichnen dürfte. Denn allerdings hat sich nur bei diesen beiden Nationen eine Gesamtauffassung jener Zeiten in mehreren geschichtlichen Werken damals gleich ausgeprägt, für Frankreich zuerst durch das bändereiche Werk des Zeitgenossen St. Simon, und, kürzer zusammen gefaßt, dann durch das Buch Voltaires über das Zeitalter Ludwigs XIV. — in England durch die Zeitgeschichte des anglicanischen Bischofs Burnet. Diese Schriftsteller haben Jeder eine Tradition geschaffen, welche die Späteren, ungeachtet vieler Einwürfe oder auch Berichtigungen im Einzelnen, dennoch in den Hauptzügen festgehalten haben.

Von den beiden anderen Großmächten jener Zeit her, der Republik der Niederlande und dem römischen Kaiser Leopold, ist nicht gleich damals eine ähnliche, ihrer Haltung entsprechende Tradition fixirt. Die Holländer Sylvius und Lamberth nach einander haben uns ihre reichen, höchst werthvollen Sammelwerke hinterlassen, welche, so oft sich auch in den eigenen Bemerkungen und Ausführungen die holländische Auffassung der Dinge wieder spiegelt, doch schon wegen ihrer Anlage und ihres Umfanges nicht geistiges Gemeingut werden konnten, in der That auch es so wenig geworden sind, daß der spätere, sonst so fleißige Wagenaar, das Werk seines Landsmannes Sylvius nicht mehr gekannt zu haben scheint.

Die Auffassung jener Zeiten von kaiserlicher Seite her könnte man sich als vertreten denken durch die ausführlichen Werke Wagners, der *Historia Leopoldi Magni* und der *Historia Josephi*. Die Schriften Wagners werden oft, wie es sich gebührt, mit Lob genannt, weniger jedoch gekannt. Sie haben nicht eine österreichische, oder gar

noch weniger eine deutsche Tradition über jene Zeiten begründet, wie Voltaire eine französische und Burnet eine englische. Es würde zu weit führen dies im Einzelnen darlegen zu wollen: ein hauptsächlichs Hindernis, daß das Werk Wagners nicht Gemeingut werden konnte, bestand jedenfalls in der Sprache, in der er geschrieben hat, der lateinischen.

Es liegt mir fern, die späteren, zum Theile sehr werthvollen geschichtlichen Arbeiten über die österreichische Zeit unter den Kaisern Leopold I. und Joseph I. verkennen zu wollen. Aber, wie sich keine derselben zum Ziele gesetzt hat, die europäische Stellung namentlich des römischen Kaisers Leopold in ihrer Gesamtheit zur Anschauung zu bringen: so vermögen sie schon deshalb nicht die höhere Aufgabe zu erfüllen, welche dem hochverdienten Wagner bei seinem Werke vorgeschwebt hat, nämlich die Basis einer österreichischen Tradition über jene Zeit zu schaffen.

Das Verhältniß gibt sich äußerlich kund durch die Thatsache, daß die Denkwürdigkeiten von St. Simon, so wie die leicht hingeworfene Zeichnung des Zeitalters von Ludwig XIV. durch Voltaire, andererseits die Zeitgeschichte von Burnet, wieder gedruckt und gelesen werden bis auf unsere Tage, daß dagegen das Werk Wagners in Oesterreich selber fast wie verschollen, nur der gelehrten Forschung zugänglich ist.

Dieser Mangel eines festen Anhaltspunctes für eine österreichische Tradition über jene Zeit hat eine Reihe von Uebelständen nach sich gezogen. Zunächst für die geschichtliche Kunde in Oesterreich selbst. Während in Frankreich die herkömmlichen Meinungen von dem Zeitalter Ludwigs XIV. in Aller Munde sind, während in England über die Zeit der beiden letzten Stuart-Könige, Wilhelms III. und der Königin Anna, wenigstens in Bezug auf England selbst, eine ungemein reiche Geschichts-Literatur existirt — darf unbedenklich gesagt werden, daß in der österreichischen Monarchie die Kunde der großen Zeit Leopolds I. durchweg sich nicht bloß als mangelhaft erweist, sondern, was schlimmer, als versetzt mit vielen, aus der Fremde her importirten Irrthümern zum Nachtheile jenes Kaisers und seiner Monarchie.

Und eben dies führt uns auf einen anderen Uebelstand in Folge jenes Mangels.

Weil sich im achtzehnten Jahrhunderte gegenüber der französischen und der englischen Tradition nicht auch eine selbständige österreichische Tradition in Betreff der Leopoldinischen Zeit entwickelte: so fehlte es in der gesamt-europäischen Auffassung an dem Correctiv, namentlich gegenüber dem Ueberwachsen der ersteren Tradition, der französischen. Wie diese für die drei letzten Jahrhunderte überhaupt der Regel nach feindselig wider Oesterreich ist: so namentlich für die Zeit des römischen Kaisers Leopold. Sie nährte eine lange Reihe von Vorurtheilen wider Oesterreich, und zwar um so mehr, je geringeren Widerspruch sie dabei fand. Vermöge der Uebermacht der französischen Literatur verbreiteten sich diese Vorurtheile durch Europa, und fanden namentlich auch in diejenigen deutschen Länder Eingang und Verbreitung, welche politisch wider Oesterreich standen. Der König Friedrich II. von Preußen, der eigentliche Begründer seines Staatswesens, folgt in seinen geschichtlichen Anschauungen über das Zeitalter Ludwigs XIV. durchweg der französischen Tradition, wie sie durch Voltaire ihre künstlerische Form gefunden. Es dürfte nicht schwer sein, auch in den späteren preussischen Historikern gar manche verwandte Anklänge nachzuweisen.

Anders verhält es sich mit der an sich selbständigen englischen Tradition über jene Zeit.

Der König Wilhelm III. als Holländer hat die Neigung der Engländer, ihre Insel als eine abgeschlossene Welt für sich anzusehen, oft mit scharfen Worten gezeichnet. Dennoch vermochte gerade er vor Allen die Realität der Dinge im großen politischen Leben, die innige Verflechtung der Interessen von England mit denen der anderen europäischen Völker, ihnen zu so klarer Erkenntnis zu bringen, daß diese Erkenntnis auch durch die That sich bewährte. Unter seiner Führung warf England zweimal sein ganzes Gewicht in die Wage gegen Frankreich, und nahm ganz besonders in Betreff der Erbfolge in Spanien die Sache Oesterreichs auf und hielt für eine Reihe von Jahren sie fest als wäre sie die eigene.

In der späteren geschichtlichen Betrachtung der Dinge jedoch überwog dann jene von Wilhelm III. gezeichnete Neigung. Keine andere Nation neuerer Zeit besitzt einen solchen Reichthum an Geschichtswerken überhaupt, welche nämlich in Wahrheit diesen Namen

verdienen, als die englische. Bei keiner anderen Nation hat namentlich auch diejenige Zeit, mit welcher diese Bände sich beschäftigen, so viele Forscher und Darsteller gefunden, als bei der englischen. Aber so eingehend, so lehrreich diese Werke sind, so lange sie sich mit den Zuständen und den Personen von England beschäftigen: so erreicht doch, der Regel nach, diese Vortrefflichkeit ihr Ende mit dem Saume der englischen Küste, und es gilt im Allgemeinen über sie das Wort Bolingbroke's: „Unsere englischen Historiker, sobald sie die Angelegenheiten anderer Länder berühren, sind der Mehrzahl nach kaum lesenswerth“.

Die Nachtheile dieses Verhaltens der englischen Historiker zu den Angelegenheiten des Auslandes äußern sich dann aber in doppelter Weise: zuerst in der geringen Kenntniss derselben an sich, dann aber, und zwar noch viel mehr, in der ungenügenden Würdigung des Einflusses, welchen der Contact mit den anderen Ländern und Völkern auf England geübt hat.

Man gestatte mir, dies an einem besonderen Beispiele klarer zu machen. Hallam sagt: The war of 1689, and the great confederacy of Europe, which William alone could animate with any steadiness and energy, were most evidently and undeniably the means of preserving the independence of England ¹⁾. Nehmen wir diese Worte Hallams als völlig richtig an: so läge doch dann die Frage nah: woher kam diese große Conföderation, diese Allianz von 1689? — Diese Frage untersucht Hallam eben so wenig wie irgend ein anderer englischer Historiker auch nur mit Einem Worte. Es steigt ihnen daher auch der Gedanke nicht auf, daß die Initiative dieser Allianz vom 12. Mai 1689 ausging von dem römischen Kaiser Leopold ²⁾, und daß darum diesem fremden Herrscher England zu hohem Danke verpflichtet ist.

Ein hauptsächlichster Grund der Unkunde in diesem Falle mag darin liegen, daß Wilhelm III. das Actenstück der großen Allianz vom 12. Mai 1689 allein unterschrieben hat, ohne Gegenzeichnung eines Ministers, und auch nachher, während des Krieges, ungeachtet

¹⁾ Constitutional History. Ch. XV.

²⁾ Ich habe dies im vierten Bande meines Werkes ausführlich dargethan.

der wiederholten Anheimgabe des Kaisers, sich nicht hat entschließen können, es dem Parlamente zur Bestätigung vorzulegen. Das Parlament erhielt keine Kunde von dem Inhalte der Allianz, welcher Hallam die Rettung der Unabhängigkeit von England beimißt. Es lernte denselben erst später kennen, im Jahre 1701, als Wilhelm III., um dies Mal von dem Parlamente zu einer zweiten großen Allianz autorisirt zu werden, sämtliche Verträge vorlegte, also auch jenen von 1689. Damals hatte die Kunde kaum mehr als eine historische Bedeutung. Und so mag es gekommen sein, daß diese nur historische Kunde sich von dem Parlamente aus nicht weiter fortpflanzte, jedenfalls nicht in die englische Geschichts-Literatur übergang.

Ein anderes Beispiel der Unkunde englischer Historiker über alles Nicht-Englische betrifft Hannover, nämlich das Verhalten des dortigen kurfürstlichen Hauses zu der Aussicht auf die Thronfolge in England. Von Burnet an bis auf unsere Zeit dürfte auch nicht ein einziger englischer Historiker sich finden, welcher nicht von der Ansicht ausginge, daß das kurfürstliche Haus in Hannover die Thronfolge in England lebhaft gewünscht, und daß dieser Wunsch das politische Verhalten desselben bestimmt habe, sowohl England gegenüber, als überhaupt in den europäischen Angelegenheiten jener Zeit. Namentlich ist eine Aeußerung, welche man der Kurfürstin Sophie beilegt, in England zu einer Art nationaler Tradition geworden. Lord Stanhope gibt in seiner Geschichte Englands diese Aeußerung in der Form: *She used to say that she should die happy, if she could only live to have „Here lies Sophia, Queen of England“, engraved upon her coffin.*

Dagegen muß wiederholt werden, was ich in der Einleitung zu meiner Ausgabe der Correspondenz der Kurfürstin Sophie mit Leibniz (Bd. III, S. LXXVI) bemerkt habe, daß keiner von allen denen, welche diese Aeußerung erzählen, jemals nachgewiesen hat, wann, wo, zu wem, die Kurfürstin Sophie auch nur ein einziges Mal sie gethan haben kann. Dagegen liegt eine lange Reihe Aeußerungen von ihrer eigenen Hand schriftlich vor, die mit jener genannten völlig unvereinbar sind.

Und dies führt uns auf das Wesen der Sache. Von dem kurfürstlichen Hause in Hannover ging nicht ein Wunsch, ein Trachten nach der englischen Krone aus. Es verhielt sich vielmehr gegen die

dargebotene Aussicht zuerst abgeneigt. Aber Wilhelm III. und die englische Nation bedurften des Hauses Hannover für die Sicherung der Unabhängigkeit Englands, für welches die Wiederkehr des Hauses Stuart gleichbedeutend erschien mit der Dienstbarkeit für Frankreich. Darum trugen König und Parlament dem Hause Hannover die Thronfolge an. Das Haus Hannover nahm an. Aber darüber ging es nicht hinaus. Man darf sagen, daß das Haus Hannover um die Thronfolge in England keinen Schritt gethan, als diejenigen der Annahme dessen, was von der englischen Nation aus ihm entgegen getragen wurde. Die Thronfolge des Hauses Hannover in England ist lediglich die Sache der englischen Nation, welche — ich wiederhole es — derselben bedurfte für die Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit.

Indem dagegen die englische Tradition ausgeht von der Annahme eines Wunsches, eines Trachtens von Seiten des Kurhauses nach der Thronfolge dort, verkennt sie sowohl dies geschichtliche Verhalten desselben an sich, als auch die Rückwirkungen, die dasselbe zur Zeit der Königin Anna mehr als einmal auf England übte.

Ich darf hinzufügen, daß die Kunde des Verhaltens namentlich der Kurfürstin Sophie gegenüber der Aussicht auf die englische Thronfolge, die sich mir aus ihren eigenen handschriftlichen Aeußerungen erschloß, den Keim ausmacht, aus welchem diese meine geschichtliche Arbeit empor gewachsen ist.

Wie die englische Geschichtschreibung jener Zeiten der Regel nach nur das specifisch Englische pflegt, und zwar auch wieder fast nur nach englischen Berichten, die nicht immer gerecht sind gegen andere, wenn auch verbündete Mächte: so liegt ganz besonders den Engländern die Gefahr nahe, in Betreff anderer Mächte, namentlich wo sich in diesen nicht eine selbständige Geschichts-Literatur entwickelt hat, die ihnen nächst gelegene und zugleich mächtigste Tradition aufzunehmen, nämlich die französische. Dies zeigt sich in auffallender Weise in der Beurtheilung der beiden Persönlichkeiten, die politisch und moralisch wie zwei Pole einander gegenüber stehen: des römischen Kaisers Leopold I. und des französischen Königs Ludwig XIV. Das Urtheil der englischen Historiker über den letzteren hat sich im Laufe der Zeiten so sehr gemildert, daß der glühende Haß der englischen Zeitgenossen des französischen Königs

wider ihn kaum noch erklärlich erscheint. Die Anerkennung und Hochachtung dagegen, welche der König Wilhelm und das englische Parlament dem römischen Kaiser Leopold entgegen trugen, und die doch auch Burnet noch hervorhebt, ist im Laufe der Zeiten geschwunden. Namentlich hat Macaulay einige von Wilhelm III. in unberechtigter Aufwallung gesprochenen Worte zu einer ungünstigen Charakteristik Leopolds benützt ¹⁾, ohne zu wissen, wie oft und vielfach in anderen Aeußerungen gerade Wilhelm III. dem Kaiser seine Anerkennung dargebracht hat.

Allerdings hat in England nicht bloß die Einwirkung der französischen Geschichtschreibung nachtheilig für den Kaiser Leopold gewirkt. Auch ein höchst bedeutender englischer Schriftsteller hat erheblich dazu beigetragen, nämlich Bolingbroke. Als Staatsmann hatte er dem Kaiserhause schweres Unrecht zugefügt, und daher erfüllte sich an ihm als Schriftsteller das Wort des Tacitus: *Facile est odisse quem laeseris*.

Die englische Geschichtschreibung jener Zeit hat auch da wo sie die Angelegenheiten anderer Länder Europas mitberührt, sich dafür in der Regel auf die heimischen Quellen beschränkt. Es ist richtig, daß Einzelne auch die Pariser Archive benutzt haben. Aber niemals hat z. B. ein englischer Historiker, der die Thronfolge des Hauses Hannover in England mit in den Kreis seiner Besprechung gezogen, sich nach Hannover begeben, um von dort her aus den authentischen, im königlichen Archive aufbewahrten Aeußerungen der betheiligten Persönlichkeiten die englische Kunde des Sachverhaltes zu ergänzen. Niemals ferner hat ein englischer Historiker sich bemüht, im k. k. Archive in Wien nachzuforschen, was die unparteilichen, aber für England wohlwollend gesinnten Gesandten nach Pflicht und Gewissen dem Kaiser über die dortigen Zustände berichtet haben. Nur über das eine Jahr 1688 hat die Marquise Campana de Cavelli in ihrem Werke: *Les derniers Stuarts* die Mehrzahl der Berichte des kaiserlichen Residenten Johann Philipp Hoffmann in London, aus dem k. k. Archive mitgetheilt. Diese Berichte dürften den werthvollsten Theil des genannten Werkes ausmachen. Aber Hoffmann berichtete dem Kaiser in derselben Weise fünfunddreißig Jahre lang, klar, anschaulich, gerecht gegen alle

¹⁾ Man sehe in diesem Bande S. 337.

Parteien, und wohlwollend für die Engländer, die insgesammt ihn nicht als Fremden zu betrachten pflegten. Die innere Geschichte nicht weniger wichtiger Parlaments-Beschlüsse, über welche die englischen Quellen nicht immer reichlich fließen, dürfte für die Nachwelt nur noch in den Berichten Hoffmanns erhalten sein. Und eben nur auf Grund solcher Berichte von zugleich kundiger und gerechter Hand darf der Nicht-Engländer es wagen, dies Gebiet parlamentarischer Geschichte zu betreten.

Dazu kommt, daß Hoffmann nur der ständige Resident war, daß neben oder über ihm der Regel nach ein kaiserlicher Gesandter in London weilte, oder den König Wilhelm III. auf dem Feldzuge begleitete. Ich habe im Vorworte zum ersten Bande die Namen der früheren genannt: von diesem siebenten Bande an werden nach einander die Namen der Grafen Auersperg und Wratislaw, und später unter der Königin Anna der Graf Gallas ihre Bedeutung haben. Ich darf sagen, daß bei der geringen Neigung Wilhelms III. seine englischen Minister bei den auswärtigen Angelegenheiten zu betheiligen, manche seiner Schritte nur durch die Berichte der Gesandten, denen er sein Vertrauen schenkte, zur Klarheit gelangen. Ich nenne hier vor Allem das Zu-Stande-Bringen der großen Allianz vom 7. September 1701, welches er dem Grafen Wratislaw gegenüber, den er willig als Gehülfsen anerkannte, als das Meisterstück seines politischen Lebens bezeichnete.

Dies indessen ist nur die englische Seite der Sache.

Indem ich, um das Verhalten des kurfürstlichen Hauses in Hannover gegenüber der Aussicht auf die Thronfolge in England nach allen Seiten klar zu stellen, namentlich auch die gleichzeitigen Berichte im k. k. Archive zu erforschen bemüht war, trat mir überall die enge Verflechtung der einen Frage mit den anderen europäischen Angelegenheiten jener Zeit entgegen. Eben so ergab sich mir an den Originalberichten jener Zeit die Ungunst und die Ungerechtigkeit, welche, vermöge des Ueberwiegens der französischen Tradition, sich in der europäischen Geschichts-Literatur wider den römischen Kaiser Leopold I. kund thut. Daher entschloß ich mich, nicht mein ursprüngliches Ziel aufzugeben, sondern dasselbe zugleich höher und weiter zu stecken, nämlich die ganze Zeit von der Herstellung des Hauses Stuart an bis zur Thronbesteigung Georgs I. in England zu umfassen, England

also zum Mittelpuncte zu nehmen, so jedoch daß ich, auf Grund des k. k. Archivs, nach Kräften mich bestrebt, das europäische Wirken des römischen Kaisers Leopold I. in klares Licht zu stellen. Es war dabei nicht meine Aufgabe gegen Irrthümer zu polemisiren, sondern ein positives Bild zu geben. Es liegt in der Natur der Dinge, daß, je günstiger die Wahrheit der Thatfachen für den römischen Kaiser Leopold I. spricht, desto weniger günstig sie seinem Widersacher sein kann, dem Könige Ludwig XIV. von Frankreich. Eben aber auf die Thatfachen kommt es an.

Ich glaube in den früheren sechs Bänden dieses Ziel im Auge behalten zu haben, und hoffe es eben so für die beiden nun vorliegenden Bände, den siebenten und den achten. Es bleibt mir noch übrig, diese mit wenigen Worten einzuleiten; denn allerdings treten darin schärfer als bisher die Ergebnisse meiner Forschung manchen geltenden Traditionen gegenüber.

Ein besonderer Fall dieser Art ist die Angelegenheit des Mordplanes gegen Wilhelm III., im Februar und März 1696. Der Bericht Burnets über den Mordplan spricht zwar den Verdacht einer Mitwissenschaft des Königs von Frankreich aus, jedoch nur nebenher, und behandelt die Sache als eine Angelegenheit, bei der nur England betheiligt. Bei den späteren englischen Historikern hat die Neigung, die Dinge, die in England vorgefallen, auf englische Theilnehmer zu beschränken, noch mehr überwogen. Indem Hallam die Sache bespricht, erwähnt er nur nebenher, daß Andere einen Verdacht auf Ludwig XIV. geworfen, mit der Neigung seinerseits jedoch diesen König frei zu sprechen, den König Jacob II. dagegen anzuklagen¹⁾.

Macaulay berichtet ausführlich die Einzelheiten des Mordplanes auf englischem Boden. Es entgeht ihm nicht, daß, nach den Denkwürdigkeiten Berwicks, auch Ludwig XIV. vorher darum gewußt hat; tiefer jedoch untersucht er diese Frage nicht, spricht dagegen mit Nachdruck seine Ueberzeugung von der Mitschuld Jacobs II. aus.

Es darf daher angenommen werden, daß die von Hallam und Macaulay dargelegten Ansichten, die in Betreff der Theilnahme Jacobs II. an dem Mordplane wesentlich dieselben sind, wie diejenigen

¹⁾ Constitutional History. Ch. XV.

Burnets, in Betreff derjenigen Ludwigs XIV. etwas zu Gunsten desselben abgeschwächt erscheinen, in England durchweg vorwalten.

Anders die französische Tradition, wenn man anders das völlige Schweigen als Tradition bezeichnen darf. Wie St. Simon weder die Frage einer Mitwissenschaft Ludwigs XIV. erörtert, noch viel weniger diejenige der Mithurheberschaft: so taucht dieselbe auch später niemals auf.

Diese beiden Richtungen nun, einerseits die französische, welche über Ludwig XIV. bei dieser Angelegenheit des Mordplanes von 1696 völlig schweigt, andererseits die englische, welche ihn höchstens etwa streift, um dann dem Könige Jacob II. die eigentliche Anklage zuzuwälzen, haben auch auf die anderen Historiker in Betreff jener Zeit bestimmend eingewirkt. Ich nenne, instar omnium, einen preußischen Historiker, Herrn von Ranke. Er sagt (Bd. VII, S. 115): „Ob nun die beiden Könige, die mit einem Angriffe auf Wilhelm III. umgingen, um diese Verschwörung im Voraus gewußt, sie vielleicht selbst angeregt haben? Alle directen Zeugnisse sind dagegen“.

Es ist dabei nur zu beklagen, daß der Historiker sich auf alle diese directen Zeugnisse nicht etwas genauer eingelassen hat.

Ich habe getrachtet an directen Zeugnissen über diese Angelegenheit zusammen zu bringen, was, gedruckt und ungedruckt, mir erreichbar war, und stelle demgemäß dem Leser das Urtheil anheim, in wie weit der eine oder der andere der beiden Könige, die in dieser Sache durchaus nicht zu identificiren sind, der Urheberschaft schuldig erscheint. Denn an der Mitwissenschaft Beider in den letzten Tagen kann, nach dem bestimmten Zeugnisse des Marschalls Berwick, des Sohnes von Jacob II., kein Zweifel obwalten. Die Aussagen der urtheilsfähigen Zeitgenossen werden ferner dem Leser dardhnen, daß der Plan, wenn auch zunächst England betreffend, doch zugleich für das gesammte Europa kaum minder wichtig war als für England selbst.

Auch selbst noch nach der Vereitelung des Planes war die Nachwirkung von der höchsten Wichtigkeit. Denn die Furcht und der Schrecken, welchen er den Holländern eingeflößt, reiften in der Republik die Friedensneigung. Diese Neigung der Republik gab den Ausschlag auch für den König Wilhelm III. Man dürfte nicht sagen: für England; denn Wilhelm III. handelte ohne Beirath eines englischen

Ministers. Er und die Republik Holland drückten auf den Kaiser Leopold, oder — sagen wir es richtiger — sie zwangen ihn zu dem für das Reich ungünstigen Frieden von Ryswyck, in welchem das Reich die Stadt Straßburg preisgeben mußte. Es ist mir eine erhebende Freude, daß es mir vergönnt gewesen ist, hundertachtzig Jahre später nach den Acten darthun zu können, mit welchem Uneigennutz und mit welcher Ausdauer Leopold I. bis aufs äußerste ausgehalten hat, um seiner Idee des römischen Kaiserthumes gerecht zu werden, nämlich die Schwächeren zu schützen gegen Unrecht und Gewalt.

Bald nach dem Ryswycker Frieden beginnen die Verhandlungen der Theilungsverträge über die spanische Monarchie. Diese Angelegenheit ist die hauptsächliche meines achten Bandes.

Vielleicht hat das französische Bemühen die Vorgänge jener Zeit zu Gunsten Ludwigs XIV. darzustellen, in keiner anderen Sache so glänzende Erfolge gehabt als in dieser Angelegenheit der Theilungsverträge und überhaupt der spanischen Erbfolge. Diese Tradition lautet wesentlich dahin, daß Ludwig XIV. in die Theilungsverträge eingegangen sei, um den Frieden Europas aufrecht zu erhalten, und daß er dann erst, nachdem Carl II., ihm unerwartet, auf den Rath des Papstes Innocenz XII., ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou gemacht, dies Testament für seinen Enkel angenommen.

Die geschichtliche Wahrheit dagegen ist, daß der Plan Ludwigs XIV. immer die gesammte spanische Monarchie umfaßte, nicht einen Theil; daß er dagegen die Theilungsverträge nur machte, um die natürlichen Widersacher dieses seines Planes, nämlich die Seemächte und den Kaiser, von einander zu trennen, damit nicht der Todesfall in Spanien eine fertige Coalition wider ihn vorfinde, sondern damit dann er als der weitaus Stärkste durch seine Macht den Ausschlag gebe und ungehindert das Ganze nehme. Der vermeintliche Rath des Papstes Innocenz XII. für ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou ist eine spätere französische Fiction. Nicht von Rom her ist der Gedanke dieses Testamentes gekommen, sondern in Spanien selbst entstanden. Das Testament war das Werk der französischen Partei unter der Führung des Cardinals Portocarrero. Indem diese Partei den Frieden Spaniens zu bewahren vermeinte durch die Berufung eines französischen Prinzen — indem sie dann aus den

Antworten des französischen Gesandten auf ihre Fragen die Bereitwilligkeit Ludwigs XIV. für die Annahme einer solchen Berufung errieth, nöthigte Portocarrero den todeskranken, aus sich bis an sein Ende kaiserlich gesinnten König Carl II., das Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou zu unterzeichnen.

Diese Ergebnisse, so wenig vereinbar sie sind mit den zur Zeit herrschenden Meinungen, sind dennoch nicht etwas Neues, bisher völlig Unbekanntes, sondern die Herstellung derjenigen Urtheile, welche damals selbst die kundigen und betheiligten Personen fällten, und welche später überschüttet worden sind durch die Uebermacht der französischen Tradition.

Der Einwand dagegen, daß die Geschichte dies oder jenes längst festgestellt habe, dürfte nicht haltbar sein. Denn was versteht man unter dem Worte der Geschichte? — Es gibt kein objectives Tribunal derselben. Es gibt nur Auffassungen des Geschehenen von Seiten irthumsfähiger Menschen. Gar oft aber ereignet es sich, daß diejenige Auffassung, welche ein erstes Individuum in plausibeler Form fixirt hat, von anderen nachfolgenden Individuen ohne eigene Prüfung als richtig angenommen und dann immer wiederholt wird, bis zuletzt sich jene Meinung herausbildet: die Geschichte habe gesprochen, wo doch ursprünglich nur ein einziges Individuum die eigene Meinung verkündet hat. Diese kann wahr oder irrig sein, kann ferner irrig sein mit oder ohne Absicht: in jedem Falle aber ist es die Aufgabe dessen, der mit einem selbständigen Urtheile auftreten will, den Grund oder Ungrund der bestehenden Meinung zu prüfen. Und eben so hat er das Recht zu verlangen, daß man seine Ergebnisse nicht beurtheile von einer hergebrachten Meinung aus, und wäre dieselbe quantitativ auch noch so mächtig, sondern gemäß der von ihm erbrachten Zeugnissen und Beweisen.

Die Beweise für eins der wichtigsten Ergebnisse, das hier in Frage kommt, nämlich daß Ludwig XIV. die Theilungsverträge über Spanien nur gemacht, um seine natürlichen Gegner, den Kaiser Leopold und den König Wilhelm III. von England, zu trennen, wo möglich zu entzweien, und zugleich die Spanier dahin zu scheuchen, daß sie aus Furcht sich an Frankreich klammern würden, liegen vor in den Instructionen für seine Gesandten, namentlich in der letzten Zeit vor

dem Tode Carls II. Die Zeugnisse, daß die kundigen Zeitgenossen dieses Spiel nach dem Gelingen durchschaut haben, liegen vor in den Urtheilen von damaligen Staatsmännern aus allen Nationen Europas.

In Betreff der Thronfolge in England werden die beiden vorliegenden Bände die Beweise erbringen, daß die Kurfürstin Sophie sich gegenüber den wiederholten Versuchen Wilhelms III., eine geneigte Antwort zu erlangen, dreimal ablehnend verhalten hat, nämlich in den Jahren 1696, 1698, 1700, und zwar das letzte Mal, nach dem Tode des Herzogs von Glocester, des einzigen Sohnes der Prinzessin, späteren Königin Anna, mit ausdrücklicher Verwendung für den Prästendenten, den Sohn Jacobs II. in St. Germain.

Daß und wie die edele Fürstin dahin gekommen, im nächsten Jahre, 1701, unter veränderten europäischen Verhältnissen die ihr angetragene Successions-Acte dennoch anzunehmen, wird erst im neunten Bande dargelegt werden. Aber die Frage ist damit nicht geschlossen. Sie ist vielmehr von da an, nicht freilich offen, sondern latent, der wichtigste Motor der Parteikämpfe in England, und hat darum, weil England in der Coalition wider Frankreich die wichtigste und ausschlaggebende Macht, das vollste Gewicht für das gesammte Europa, ungleich mehr, als die spätere englische Geschichtschreibung dies erkannt hat.

Penzing, im October 1878.

Onno Klopp.

Neunzehntes Buch.

Das Kriegesjahr 1695.

Am Samstag Abend, dem 10./20. November 1694, war der König in London angekommen. Am Montage, dem 12./22., eröffnete er das Parlament in Westminster. Seine Thronrede entsprach den Gedanken, die Heinsius einige Wochen zuvor im Congresse kund gegeben. Der König wies mit Genugthuung darauf hin, daß der Stand der Dinge zu Lande und zu Wasser günstiger sei als bei dem letzten Scheiden. Er empfahl daher dem Unterhause, ihm die Mittel zu gewähren, die ihn in den Stand setzen würden zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges, als dem einzigen Wege für die Christenheit den Frieden zu erlangen, zugleich mit Sicherheit und Ehre für England.

Die Stimmung im Parlamente war eine besonders günstige, nach der Ansicht Hoffmanns so sehr wie noch nie zuvor. Einige Mitglieder des Oberhauses versicherten dem Grafen Auersperg im voraus, daß das Unterhaus noch mehr Geld bewilligen werde als zuvor. Die englische Nation verlange die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Die günstige Gelegenheit die Macht der Krone Frankreich zu erniedrigen, sei gegeben: man müsse sie benutzen, dürfe sich mit dem Frieden nicht beeilen, er sei denn sicher und gut auf viele Jahre. Das Gerücht von den Beredungen in Mastricht war auch nach England gedrungen. Es beunruhigte die Gemüther¹⁾.

¹⁾ Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 13./23. November. Diese Berichte sind unabhängig von einander.

Auch der König meldete dem Rathspensionär, daß er die Stimmung als günstig betrachte. Er selbst erschien heiterer, vertraulicher im Verkehre mit Engländern als je zuvor ¹⁾).

Das Unterhaus hatte sich nach der Thronrede vertagt bis zum 19./29. November. Der erste Beschluß lautete dahin, eine neue Triennial-Bill zu entwerfen. Wir erinnern uns, daß der König im Jahre zuvor die Sanction verweigert hatte. Dennoch war die Mehrheit entschlossen dies Mal darauf zu bestehen, nur daß der königlichen Prærogative möglichst wenig zu nahe getreten würde. Dann handelte es sich um die übliche Frage, ob zuerst die Thronrede, oder die Beschwerden der Nation in Betracht zu ziehen seien. Es fielen scharfe Reden. Der König, sagte ein Mitglied, komme nach England immer nur auf wenige Tage wegen des Parlamentes. Sobald das Geld bewilligt, werde das Parlament entlassen, und der König fahre wieder ab. Die Zustände von England kenne er nicht. — Ein Anderer hob hervor die, wie er sagte, deplorabele Lage dieser miserablen Nation, die in kurzer Zeit edles Metall nicht durch eigene Anschauung, sondern nur noch vom Hören-Sagen kennen werde; denn alles gehe aus dem Lande. — Die Abstimmung entschied, daß zuerst die Thronrede, dann der Zustand der Nation in Betracht zu nehmen sei. Der Erfolg war principiell. Er barg in sich die Gewährung der Anforderung des Königs. Der Sprecher des Unterhauses verstärkte den Erfolg durch die Verkündigung: „Erst übermorgen also wird das Haus von dem miserablen England reden“, mit einer Betonung, die allgemeines Lachen hervorrief, nicht zu Gunsten der Opposition ²⁾).

In denselben Tagen traf die Nachricht ein, daß die Stände von Holland die gesammten Kriegserfordernisse für den kommenden Feldzug in drei Tagen berathen und bewilligt hatten. „So lange diese Republik steht, hat man dessen kein Beispiel,“ meldete Kaunitz nach Wien. Aehnlich äußert sich der König in seinem Glückwunsche darüber an Heinsius, dessen Führung er diesen günstigen Gang der Dinge zuschrieb ³⁾).

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 16./26. November.

²⁾ Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 30. November.

³⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 30. November. — Grovestins t. VI, p. 434.

Das Unterhaus beschloß dem Könige Subsidien zu bewilligen. Dann erst kam die zweite Frage, ob man demgemäß den König zu ersuchen habe um den Kriegesbestand für das nächste Jahr. Die Frage ward bejaht mit 157 Stimmen gegen 98. „Damit, meldet Hoffmann, ist die Entscheidung gegeben, und der König hat nur noch zu fordern, wie viel Geld er haben will ¹⁾).

Inzwischen jedoch hatte man auch die Beschwerden der Nation in Betracht genommen. Die Opposition klagte über die weite Entfernung der Flotte, welche die Schiffe und die Menschen zu Grunde richte. Die Klage ward leicht erledigt. Eine andere Beschwerde griff tiefer ein.

Im August 1694 verbreitete sich das Gerücht von der Entdeckung einer großen jacobitischen Verschwörung in Lancashire. Eine Reihe vornehmer Grundbesitzer wurde verhaftet, besonders Katholiken. Es hieß, daß man bei ihnen große Vorräthe von Waffen und Sätteln gefunden. Die Sache wurde so fest geglaubt, daß der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte beifügt: „Die Katholiken, die Theil genommen, sind um so mehr zu beschuldigen, da sie in der Uebung ihrer Religion mehr Freiheit genießen als sie jemals gehabt“ ²⁾, nämlich seit den Zeiten der Königin Elisabeth. Im Herbst kam die Sache zur gerichtlichen Verhandlung. Der hauptsächliche Ankläger, ein von der katholischen Kirche abgefallener Priester, wurde als ein Nachahmer des Titus Oates erfunden, nur mit geringerem Geschicke, oder minder begünstigt durch die Umstände, weil im Jahre 1694 nicht wie 1678 die Leidenschaft und der Wahn den Verstand und die Einsicht der Engländer umnachteten. Die Angeklagten, in Freiheit gesetzt, wurden in ihren Wohnorten mit Glockengeläute empfangen. Dann ergab sich derselbe Mangel, der früher in der Sache des Titus Oates hervor getreten war. Es fehlte ein Gesetz, welches dem überführten falschen Angeber eine Strafe der Vergeltung auferlegte. Nicht diese Seite der Sache indessen trat im Parlamente in den Vordergrund. In dem Unwillen wider jene Persönlichkeit stimmten beide Parteien überein; aber die Tories suchten den Staats-Secretär Trenchard zu treffen, der auf

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 3. December.

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 6. August, vom 5. November.

Grund der falschen Angeberei vorgegangen war. Die Whigs dagegen traten für ihn ein. Der Kampf darüber nahm längere Zeit in Anspruch ¹⁾.

Die Hauptsachen gingen rasch von statten. Am 27. November/7. December erfolgte die Bewilligung für die Flotte, acht Tage später diejenige für das Landheer. Der König sprach seine Befriedigung darüber aus mit den Worten an Heinsius: „Gott sei es gedankt, die Angelegenheiten im Parlamente stehen so, daß die Ausgaben zu Wasser und zu Lande bewilligt sind zu meiner Befriedigung. Es handelt sich nur noch um die Mittel und Wege zur Aufbringung, allerdings also noch um ein schwieriges Geschäft. Allein die Hauptsache ist gethan“ ²⁾.

Es war nicht der ganze Betrag bewilligt worden, den der König verlangt: um so mehr dagegen fiel ins Gewicht die Willfährigkeit. Um diese nicht zu schwächen, hatte die Hofpartei den Kampf für den ganzen Betrag gar nicht aufgenommen ³⁾. Auch so schon riß die Bewilligung die Beobachter zum Erstaunen hin. „Wenn man das Unterhaus zu loben hat wegen der für die Flotte bewilligten Mittel, sagt Hoffmann, so noch vielmehr wegen des großmüthigen Verfahrens für das Landheer. Denn in einer einzigen Sitzung, vom 1./11. December, hat es, ohne die üblichen Beschwerden zu erheben, dafür 2½ Millionen Pfund Sterling bewilligt. Und zwar ist es nicht einmal zum Zählen der Stimmen gekommen, weil die Zahl der Bejahenden allzu überwiegend. Das Unterhaus hat in acht Tagen das fertig gemacht, womit es sonst fünf bis sechs Wochen hinzubringen pflegte. Es gibt nun für die Armee und die Flotte nahe an fünf Millionen Pfund Sterling, also wiederum mehr als das Jahr zuvor. Es ist hier sehr wohl bekannt, daß Frankreich, speculirend auf die sonst gewöhnliche Unbeständigkeit der englischen Nation, sich mit der Hoffnung schmeichelt, daß die Engländer, des Krieges müde, durch Nicht-Bewilligung den König nöthigen würden zum Frieden, ob gut ob schlecht. Die jetzige Willfährigkeit wird auch dort diesen Irrthum benehmen“ ⁴⁾.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 3. December.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 434. 14. December.

³⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 14. December.

⁴⁾ Bericht vom 14. December.

Der Unmuth in Versailles über diesen Gang der Dinge äußerte sich in einer bemerkenswerthen Weise. „Man hat, schreibt Dangeau in sein Tagebuch, die Anrede des Prinzen von Oranien an das Parlament hierher geschickt. Sie ist, wie bei ihm üblich, abgefaßt in sehr demüthigem Tone“ ¹⁾.

Die Dinge im Parlamente gingen auch ferner so glatt, daß man sich der Hoffnung hingab, der König werde mit dem Beginne des Monats Februar nach dem Festlande aufbrechen können ²⁾.

Es waren Tage des Glückes und des Sonnenscheines. Der Tod des Erzbischofs Tillotson von Canterbury warf dann einen Schatten hinein. Auf dem Wege von Whitehall nach seiner Wohnung ward er vom Schlage gerührt. Er war nicht bloß ein persönlicher Freund des Königs, und mehr noch der Königin, hervorragend namentlich als Prediger, sondern auch politisch eine feste Stütze für den König. Man sagte, daß fünfzig Stimmen im Unterhause von ihm abhingen. Der König selber bezeichnet den Verlust dieses Mannes als gewichtig. Er ernannte sofort einen Nachfolger in Tenison ³⁾.

Eben so schnell wie die Geldbewilligungen rückte aber auch die Triennial-Bill vor. Sie ward zum ersten, zweiten, dritten Male gelesen. Erfolgte die Sanction, so mußte schon die damalige Session die letzte sein. Aber es lag im Interesse der Regierung, dieses Unterhaus noch für ein Jahr zu behalten. Deshalb ward noch bei der dritten Lesung durch eine Mehrheit von acht Stimmen (155 : 147) durchgesetzt, daß das bestehende Parlament sitzen solle bis in den November 1696 ⁴⁾. So gelangte die Bill an das Oberhaus, und ward dort ohne Veränderung angenommen. Graf Auersperg berichtete nach Wien seine Ansicht: die Fassung der Bill sei eine solche, daß die königliche Prærogative durch dieselbe keinen Schaden leide. Es ist demgemäß anzunehmen, daß der König in ähnlicher Weise geurtheilt habe. Er war bereit zur Sanction. Am Morgen des 22. December (a. St.) erschien er im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und verkündete seine Sanction. Die Mitglieder

¹⁾ Dangeau t. III, p. 298.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 21. December.

³⁾ Grovestins t. VI, p. 434.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 24. December.

des Unterhauses, die bis zur letzten Stunde in Zweifel gestanden, antworteten mit allgemeinem Freudenrufe. Dann vertagten sich die Häuser wegen des herannahenden Weihnachtsfestes bis auf den Freitag, den 28. December (a. St.).

Die Nachricht der Sanction der Triennial Bill durchheulte die Stadt und das Land. Sie fand überall die gleiche Zustimmung wie im Unterhause. „Man hört nichts Anderes hier, meldet der Graf Auersperg am 25. December (a. St.), als die Lobreden der Engländer auf ihren lieben König Wilhelm“ ¹⁾.

So die Freude. Es nahte die Trauer. Rasch und unversehens griff die Hand des Todes hinein unter diese freudig gestimmten Menschen, und wählte sich zum Opfer ein blühendes Leben, dem englischen Volke theurer als dasjenige ihres Königs, und mehr noch ihm selbst.

Wir haben im Jahre 1690 die schmerzliche Klage der Königin Mary zu ihrem Gemahle vernommen, daß Holland mit seiner Anhänglichkeit sie verwöhnt habe, daß sie auf dem Boden der eigenen Heimat dies nicht wieder finde. Seitdem waren reichlich vier Jahre vergangen. Auch das englische Volk hatte vielfache Gelegenheit gehabt die Königin kennen zu lernen. Die Thatfachen werden zeigen, welche Gesinnung es für sie hegte.

Am Donnerstage, dem 20. December (a. St.), fühlte die Königin sich unwohl; jedoch ward dem Uebel keine Bedeutung beigemessen. Am Samstag Morgen, dem 22. December (a. St.), trat es stärker auf. Da die Kinderblattern das Jahr hindurch stark geherrscht, die Königin, damals im dreiunddreißigsten Lebensjahre, vollkräftig, blutreich, diese Krankheit noch nicht gehabt hatte: so stieg Besorgnis um sie auf. Sie selber machte sich gefaßt und ordnete ihre Papiere. Am Sonntage trat ein Auschlag hervor. Die Aerzte waren verschiedener Ansicht: einige von ihnen glaubten die Blattern zu sehen, andere zweifelten. Zu Gunsten der letzteren Ansicht sprach, daß das Befinden der Königin

¹⁾ Auerspergs Bericht an Kinsky vom 4. Januar 1695: On n'entend autre chose que les louanges de leur cher roy Guillaume.

nicht auf eine schwere Krankheit zu deuten schien. In den zwei folgenden Tagen überwog die Ansicht, daß es nur die Mäfern seien ¹⁾.

Dennoch waren vom Sonntage dem 23. December (a. St.) an die Gemüther mit schwerer Sorge erfüllt. „Der König, der Hof, das Volk, meldet Auersperg am 25., dem Weihnachtstage, legen eine solche Betrübniß an den Tag, daß es nicht auszusprechen ist.“ Als am Morgen dieses Tages der Geistliche in der Hof-Capelle von Whitehall die Fürbitte für die Königin begann, brachen die Anwesenden in lautes Weinen aus, mit ihnen der König und der Hof.

Die Besorgniß, daß es dennoch die Blattern seien, obwohl sie äußerlich noch nicht hervortraten, war am Dienstage im Steigen. Der König verließ das Zimmer nicht mehr. Er nahm keinen Bericht über Geschäfte an. Er genoß keine Nahrung. Er schlief nicht.

In den nicht unmittelbar Betheiligten stiegen schwere politische Bedenken für die Zukunft auf. „Die Presbyterianer, gemeiniglich Whigs genannt, meldet der Graf Auersperg im Laufe des 25. December (a. St.), sind die zur Zeit hier dominirende Partei, und die Anglicaner oder Tories fügen sich darein. Dies wurde bisher ihnen erleichtert durch den Gedanken an die Königin, welche sie nicht bloß lieben, sondern so zu sagen adoriren. Sie durften bisher der Wahrscheinlichkeit gemäß hoffen, daß die jugendkräftige Königin den asthmatischen König überleben, und daß dann ihre Zeit kommen werde. Entfällt ihnen diese Hoffnung, so steigt die Besorgniß vor inneren Unruhen empor. Indessen so schlimm steht es noch nicht um die Königin.“

So Auersperg im Laufe dieses Tages. Spät am Abende desselben, des 25. December, erkannten die Aerzte die Krankheit der Königin nicht bloß als die Blattern an, sondern als eine sehr tückische Art derselben, um so mehr da sie nur vereinzelt heraustraten. Die Königin blieb indessen fortdauernd bei vollem Bewußtsein. Als sie bemerkte, daß die Anwesenden weinten, fragte sie: „Was weint Ihr doch? — Es geht mir nicht so übel“.

¹⁾ Ich lege die Berichte von Auersperg und Hoffmann zu Grunde. Sie sind, wie bemerkt, von einander unabhängig. — Man vergleiche die Briefe in den Lexington Papers p. 31 sqq.

Am Mittwoch Morgen, dem 26. December, einigten sich die Aerzte dahin, daß man der Königin ihren Zustand und die nahe Todesgefahr nicht mehr verhehlen dürfe. Der König gab seine Zustimmung. Tenison, der neue Erzbischof von Canterbury, übernahm die schwere Pflicht. Die Königin erwiderte mit Ergebung: „Gottes Wille geschehe“. Nicht also der König. Er brach in ein krampfhaftes Schluchzen aus. Die Königin wendete ihr Wort an ihn. Sie bat, daß er sie nicht zweimal sterben mache. Sein Hingeben an den Schmerz, der ihm schade, steigere darum den ihrigen. Er möge gedenken, daß er nicht sich allein, sondern seinem Volke, seinen Freunden angehöre. Er erwiderte: da Gott diesen Schlag über ihn verhänge, sei fortan alles aus für ihn. Bei diesen Worten traten die Aerzte herzu, und baten die Unterredung zu beenden.

Da der König die Räume der Königin nicht verlassen wollte, so errichtete man ihm an diesem Tage im Vorzimmer ein Feldbett. Mit Mühe gelang es ihn dahin zu bringen, daß er dort sich niederlegte ¹⁾.

Der ganze Weg von der Stadt nach Kensington war in diesen Tagen von Gehenden und Kommenden zu Fuß, zu Pferd, zu Wagen, so überfüllt, daß man fast nicht fortkommen konnte. Die Prinzessin Anna ließ anfragen, ob sie erscheinen dürfe. Die Schwestern hatten sich in zwei Jahren nicht mehr gesehen. Der König befragte die Aerzte. Sie riethen nachdrücklich ab. Der eigene Zustand der Prinzessin, die Gefahr für ihren Sohn, den Herzog von Glocester, der noch nicht geblattet, stehe entgegen. Demgemäß durfte der König es nicht gestatten. Die Prinzessin schickte stündlich einen Boten zur Nachfrage.

Der 27. December (a. St.) brach an, der letzte Tag der Königin. Wie schon in den Tagen zuvor, so sammelten sich die Mitglieder des geheimen Rathes und die in London anwesenden Bischöfe von früh an in Kensington. Die Königin empfing die Tröstungen der Religion gemäß der Lehre der anglicanischen Kirche. Gegen Mittag ließ sich der König bewegen das Zimmer zu verlassen. Man brachte ihm dann die Meldung, daß die Pulse der Königin nachließen. Entkräftet

¹⁾ Hoffmann im Berichte vom 28. December / 7. Januar: Vorgestern hat man S. M., so zu sagen, per forza im Borgemach schlafen machen.

von dem Mangel an Schlaf und Nahrung, übermannt vom Schmerze, stürzte er in Ohnmacht. Man fürchtete auch für ihn. Die geheimen Rätthe, die Bischöfe umdrängten ihn. Nachdem es gelungen den König wieder zum Bewußtsein zu bringen, richteten einige an ihn die Bitte: er möge gedenken an seine Person, an welcher ihrer Aller Wohlfahrt hange. Er dürfe, Gewissens halber, nicht wieder das Sterbezimmer betreten, der furchtbaren Krankheit sich aussetzen. Der König erwiederte: er erkenne mit Dank die Zuneigung zu ihm. Aber so lange noch ein Athemzug in der Königin, wolle er nicht bloß lieber sein Leben aussetzen, sondern auch es verlieren, als darauf verzichten sie zu sehen. Bei diesen Worten brach die Leidenschaft seines Schmerzes aufs neue mit solcher Gewalt hervor, daß die Anwesenden, anstatt etwas zu erwiedern, von Mitleid und Trauer überwältigt wurden. Und freilich, wohl Mancher unter ihnen mochte sich fragen, ob das derselbe Mann, der unbewegt und ruhigen Blickes so oft der nahen Todesgefahr entgegen geschaut, den sie ob seiner ablehnenden, oft schroffen Haltung so häufig des Mangels an Gefühl geziehen. Nun, wo die Kraft dieses Mannes nicht mehr ausreichte, die entfesselten Sturmeswogen dieses Gefühles wieder einzudämmen, da mochten sie erkennen, daß die Tiefe desselben, die für gewöhnlich sich barg unter die äußere kalte Hülle, eben so außerordentlich war wie der ganze Mann.

Dies tiefe Leid des Königs nahm ganz besonders einen Verdacht hinweg, dem bis dahin sehr viele Engländer sich hingegeben, nämlich daß seine Neigung zu der Königin von Anfang an keinen anderen Grund gehabt, als durch dieselbe den Weg zur Krone zu finden. Diejenigen der Anwesenden, welche etwa diesen Verdacht genährt, erkannten, daß sie darin ihm Unrecht gethan¹⁾. Sie fühlten, daß in diesen letzten Stunden das Recht des Vatten nicht sich beschränken lasse durch irgend welche andere Rücksicht. Sie suchten nicht mehr ihn zu hindern.

Der König ging zurück. Er wollte weilen bis zum letzten Augenblicke. Nicht wollte es die Sterbende. Es wurde Mitternacht. Sie mochte fühlen, daß der Tod sich nahe. Sie winkte mit der Hand. Der

¹⁾ Auersperg an Kinsky, 28. December/7. Januar: Ce funeste accident a effacé la méchante impression que l'on avoit de luy, que le roy n'aimoit la reine que pour avoir facilité la succession; mais présentement l'on en est entièrement détrompé.

König erkannte den Wunsch. Er schied. Eine halbe Stunde später war alles vorbei, um ein Uhr Morgens am 28. December (a. St.).

„Wenn ich vermöchte den Glauben zu fassen, sagte der König Wilhelm, daß ein Mensch ohne Fehl und Sünde sein könnte: so würde ich es glauben von ihr“ ¹⁾.

Noch vor dem Anbruche des Tages erfüllte die Kunde die Stadt. „Es ist unmöglich, meldet Aueröperg im Laufe des Tages, die Desolation zu beschreiben, welche dieser Tod in der ganzen Nation verursacht. Denn es ist nicht zu glauben die Liebe, welche die Königin bei Jedermann gehabt hat.“ — „Der höchst beklagenswerthe Fall, meldet Hoffmann, wird von Groß und Klein aufs äußerste bedauert, zumal da die Königin wegen ihrer seltenen Eigenschaften und Tugenden, namentlich ihrer Wohlthätigkeit für die Armen, unaussprechlich geliebt gewesen ist.“

Am Abende zuvor hatte der König den Herzog von Shrewsbury zu sich beschieden, und ihm den Auftrag gegeben, den fremden Gesandten zu eröffnen, daß, was auch immer eintreten möge, seine politische Haltung nach außen dieselbe bleibe. Man glaubte damals die Katastrophe noch nicht so nahe. Da jedoch in der Nacht der Tod eingetreten war, so unterließen die Gesandten am nächsten Morgen den üblichen Besuch in Kensington, und jene Eröffnung unterblieb. Aueröperg fragte bei Portland an. Dieser erwiederte: der König befinde sich zwar wohl; indessen weder er selbst, noch ein Anderer vermöge mit Trostgründen etwas auszurichten, und man stehe um die Gesundheit des Königs in großer Besorgnis.

Die Vertagung des Parlamentes lief ab am selben Morgen, dem 28. December (a. St.). Jedes Haus trat für sich zusammen und beschloß eine Adresse. Diejenige des Oberhauses begann mit dem Ausdrucke des eigenen Schmerzes über den Verlust, und richtete dann an den König die Bitte, daß er nicht dem Grame sich hingeben wolle zum Nachtheile der Gesundheit seiner königlichen Person, an welcher die Wohlfahrt hange nicht bloß seiner eigenen Unterthanen, sondern der gesamten Christenheit. Die Lords erneuerten die herzlichen und

¹⁾ Graevius in der Leichenrede, abgedruckt in Königs: *Orationes Procerum Europae* t. III, p. 195.

aufrichtigen Versicherungen ihres Beistandes mit der äußersten Kraft wider alle seine Feinde, die inneren wie die äußeren, so wie die Be-theuerungen ihrer eigenen Treue und Ergebenheit.

Die Adresse des Unterhauses sprach zuerst den Schmerz aus über den Verlust der besten aller Frauen, dann den Dank zu Gott für die Erhaltung des Königs, und ferner die Bitte, seinen Gram zu mäßigen, damit England den Segen seiner Regierung noch lange genieße. Sie schloß mit der Erklärung: „Gemäß der Pflicht gegen Ew. Majestät, gegen uns selbst, und gegen diejenigen, welche wir vertreten, halten wir uns für verbunden, bei dieser Gelegenheit Ew. Majestät zu versichern, daß wir, das Haus Ihrer getreuen Gemeinen, völlig stehen zu Ew. Majestät, daß wir bereit sind Ihnen beizuspringen nach äußerstem Vermögen, Sie und Ihre Regierung zu schützen wider alle Feinde, die inneren wie die auswärtigen“ ¹⁾.

Beide Adressen waren von der höchsten Wichtigkeit. Es lag in ihnen zunächst die Bürgschaft, daß irgend welche innere Unruhe nicht zu besorgen stand. Dann beseitigte die Adresse des Unterhauses thatsächlich eine Besorgnis, die sowohl innerhalb wie außerhalb desselben sich erhoben, nämlich die Frage, ob das Parlament, welches berufen worden sei im Namen beider königlichen Personen und demnach auch bisher in beider Auftrag seine Beschlüsse gefaßt, aufzulösen sei oder rechtskräftig fortbestehe. Gegen den Zweifel war geltend gemacht, daß die englische Nation den Prinzen von Oranien seiner Zeit zum Könige gemacht, nicht bloß als Gemahl der Prinzessin, der älteren Tochter Jacobs II., sondern auch ihn selbst als Prinzen des königlichen Hauses, als einen Fürsten, von welchem die Nation ihr Heil und ihre Wohlfahrt hoffe, zumal da man ja doch in England nicht gebunden sei, nothwendig die Nächsten zur Krone zu rufen, sondern sich damit begnüge, daß der als König Anzuerkennende entsprossen sei vom königlichen Stamme. Im übrigen beruhe die königliche Majestät wie auf beiden Personen zusammen, so auch auf jeder einzeln, so daß, auch wenn die eine Person entfalle, die andere doch im Besitze der vollen und ungeschmälerten Würde verbleibe ²⁾.

¹⁾ Die Adresse der Lords in *Lords' Debates* vol. I, p. 433. Beide Adressen bei Sylvius t. IV, b. 38, p. 156.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 28. December/7. Januar.

Hoffmann, indem er bemerkt, daß beide Adressen beschlossen seien aus eigenem Antriebe eines jeden der beiden Häuser, ohne Mittheilung vorher an einander, und zugleich ohne einen Widerspruch in einem jeden in sich, hebt hervor, daß der Act aufs neue darthue das ruhmwürdige Verhalten dieses Parlamentes ¹⁾).

Es knüpfte sich daran sofort die andere Frage, ob der König bei dieser Lage der Dinge zum Feldzuge nach dem Festlande hinüber gehen dürfe. So weit die Wahrnehmungen der kaiserlichen Gesandten reichten, wurde gleich am ersten Tage diese Frage von allen kundigen Engländern bejaht. „Es darf keine Aenderung eintreten, sagten sie. Die Annahme, daß die Nation allein nicht vermöge ihr eigenes Interesse zu bewahren, daß man sogar auf eine Aenderung immer gefaßt sein müsse, ist nachtheilig für unsere Ehre. Das Einzige, was eintreten könnte, würde sein eine Verzögerung des Aufbruches.“ — „Ja ich wage sogar zu behaupten, fügt Graf Aueršperg am Abend des Todestages der Königin seinem Privatschreiben an den Minister Rinsky hinzu, daß diese Nation ihren Stolz darein setzen wird, noch mehr für die gemeinsame Sache zu thun, dadurch nämlich, daß sie das großmüthige Versprechen von heute Morgen mit Nachdruck erfüllt. Indem sie daselbe gegeben, haben sie erwogen, daß die Angelegenheiten von England eben so sehr wie diejenigen aller Verbündeten die Niederwerfung Frankreichs erfordern, damit endlich Europa wieder eine Sicherheit erlange. Sie haben in geschickter Weise ihr Erbieten zu verbinden gewußt mit der Einsicht der Nothwendigkeit.“

Der 30. December (a. St.) war ein Sonntag. Erst am 31. überreichten die Mitglieder beider Häuser des Parlamentes nach einander ihre Adressen. Die beiden Tage vorher hatte das asthmatische Leiden des Königs ihn fast erdrückt. Er hatte sich davon etwas erholt, auch wieder Nahrung zu sich genommen. Er empfing die Deputationen. „Es ist beweglich anzusehen gewesen, meldet Hoffmann, wie beim Erscheinen des Oberhauses fast alle Lords sowohl als der König selbst in Zähren sich ergossen.“ Auf die Adressen brachte er nur wenige Worte der Erwiderung hervor, und auch diese mit Mühe ²⁾).

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 28. December/7. Januar.

²⁾ Lexington Papers p. 37.

Am selben Tage ließ der König seinen nächsten politischen Freunden, dem Kaiser und den Generalstaaten, die Trauerkunde mittheilen. Der Regel nach haben die Schreiben solcher Art nicht die Bedeutung, welche sie als geeignet erscheinen läßt für die Ueberlieferung an die Nachwelt. Anders steht die Sache in diesem Falle. Die Meldung an den Kaiser prägt die leidenschaftliche Erregung der Trauer aus, welche die gesamte englische Nation, welche vor allem den König selber durchzitterte. Darum möge sie hier folgen.

„Niedergedrückt durch den vorzeitigen und unverhofften Tod unserer theueren Gemahlin, entwinden wir uns unserer tief schmerzlichen Trauer, um Ew. K. Majestät, als die bei unserem Leiden nicht ungerührt bleiben wird, gemäß der Pflicht unserer Freundschaft dies zur Kunde zu bringen, nämlich daß das schönste Musterbild aller Tugenden, welche eine Fürstin zu zieren vermögen, und sie berechtigt hätten zu einem möglichst langen Leben, in blühendem Alter uns entzissen ist. Ergriffen von den Blattern, und zwar einer überaus tödtlichen Art derselben, hat sie, da ja menschliche Hülfe gegen die unwiderruflichen Rathschlüsse Gottes nichts vermag, nach einer Krankheit von acht Tagen die reine Seele dem Himmel zurückgegeben, und uns die schmerzlichste, aber unauslöschliche Erinnerung an sie hinterlassen. Unsere Aufgabe ist unseren Willen zu beugen unter den göttlichen Rathschluß, und eingedenk der Hinfälligkeit des Geschickes der Sterblichen, uns in Ehrfurcht zu unterwerfen, mit dem inbrünstigen Flehen zu Gott, daß er, da er nun einmal, wahrlich nicht nach unserem Wunsche, unser Ueberleben gewollt, und nachdem er mit so hartem Schlage uns getroffen, uns auch aufrecht halten und stützen wolle, und mit dem weiteren Flehen, daß er von unseren Freunden und den wohlwollend für uns Gesinnten, vor allem aber von Ew. K. Majestät, der wir von Herzen alles Gute und allen Segen wünschen, ähnliches Unheil und auch geringeres fern halten wolle“¹⁾.

Der Kaiser erwiederte: er wisse den Schmerz seines Freundes zu würdigen aus der eigenen Erfahrung solcher Schicksalschläge²⁾.

¹⁾ Das Schriftstück ist datirt: Dabantur in Palatio nostro de Kensinton, 30^{ma} die Dec. 1694, gegengezeichnet von Shrewsbury.

²⁾ Quo magis propria experientia docti novimus, quam graviter ejusmodi ictus afficiant.

Nicht anders als in England schlug die Nachricht in Holland ein.

Wir erinnern uns des Scheidens der Königin von dort im Februar 1689. Wie die Königin ihrerseits reichlich ein Jahr später, nach der unglücklichen Schlacht von Beachy Head, dem holländischen Volke dargethan, daß es nach wie vor auf sie bauen könne: so haben wir auch von Wilhelm III. bei seinem Einzuge im Haag, im Februar 1691, das Wort vernommen, daß die Zuneigung des holländischen Volkes für die Königin diejenige für ihn übertreffe. Die Kunde der schweren Erkrankung ward daher mit Trauer und Sorge vernommen. Auch dort erörterten die Politiker, ob in dem schlimmsten Falle der König es noch wagen dürfe, England zu verlassen. Mit der Todesnachricht trafen dann zugleich diejenigen der Beschlüsse des Parlamentes ein. Sie kräftigten auch den Muth der Holländer. „Es ist der allgemeine Wille, meldet Rauniz, daß der Feind von diesem Unglücke keinen Vortheil haben, daß man vielmehr den Krieg mit dem äußersten Nachdrucke fortführen müsse.“ Eben diesen Gedanken prägt das Condolenz-Schreiben der Generalstaaten aus, zugleich jedoch mit der Sorge, daß der König der Leidenschaft des Schmerzes allzu viel nachgebe ¹⁾.

Die Trauer in Holland entsprach völlig derjenigen in England. Der Engländer Prior im Haag, dessen unleugbarer Witz überboten ward durch den Eifer ihn anzubringen, schaute verwundert die Holländer an. „Diese Menschen, jagt er, die bis dahin niemals irgend welche Leidenschaft hatten, sind nun gerührt, und der Marmor weint.“ Die Meldung von Rauniz im Haag lautet: „Der Tod der Königin hat hier bei Allen, bei Groß und Klein, eine ungemeine Betrübniß hervorgerufen“ ²⁾.

Die Mitglieder aller Regierungs-Collegien der Republik kleideten sich in Trauer, desgleichen die Gesandten, und ebenso diejenigen des Kaisers an allen Höfen.

¹⁾ Mais, Sire, ce que nous avons appris en même temps de l'extrémité d'affliction, quoyque juste et légitime, où ce coup accablant avoit plongé V. M., a bien augmenté nos alarmes.

²⁾ Die Berichte von Rauniz vom 10. und 17. Januar 1695. Seine Worte sind: eine ungemeine Thränigkeit. — Prior in den Lexington Papers p. 47.

Anders der Vater, der König Jacob in St. Germain. Er legte keine Trauer an. Er verbot seiner Umgebung Trauer anzulegen. Er vernahm, daß seine Tochter auf dem Todtbette geäußert: sie sterbe mit ruhigem Gewissen. Er erging sich in einem Schreiben an Rancé, den Abt der Trappisten, in heftigen Klagen über die Betrüger und die Betrogenen ¹⁾).

Fassen wir die Anklage des Vaters gegen die Tochter, also den ganzen Verlauf der Stellung gegen einander in den wichtigsten Momenten hier nochmals kurz zusammen.

Wir haben oft und vielfach beobachtet, daß der Kern der Politik Ludwigs XIV. gegenüber England und der Republik von Anfang an war die Verfeindung beider Mächte, damit dadurch die seinige wachse. Wir haben die Mittel kennen gelernt, deren er dazu sich bediente. An moralischem Werthe entsprachen sie dem Zwecke. Der Höhepunct des einen wie der anderen ward erreicht in dem Dover-Vertrage von 1670 und dem was daran hing.

Das Streben Oraniens, demjenigen Ludwigs XIV. entgegen gesetzt, war zunächst der Friede der beiden Mächte England und Holland unter einander, dann die Vereinigung, der enge Bund beider wider den Friedensstörer. Seine Heirath mit Mary von York war ein mächtiger Schritt auf diesem Wege.

In so weit hatte die Politik Ludwigs XIV. dadurch eine schwere Niederlage erlitten, entscheidend sogar, wenn die Brüder Stuart ehrlich und aufrichtig gewesen wären. Sie waren es nicht, weder der Oheim Carl II., der die Heirath gewollt und gefördert, noch York, der sich widerstrebend dem Willen des Bruders gefügt, und diese Abneigung auch nachher nicht verhehlte. Namentlich an dieser Abneigung gegen den eigenen Schwiegerohn faßte ihn die französische Politik, um das Trachten der Verfeindung beider Mächte fortzusetzen, vorzugsweise an diesen Personen. Die Mittel waren abermals nicht diejenigen der Wahrheit, der Ehre, des Rechtes. Die Heirath der zweiten Tochter Anna mit dem Prinzen Georg von Dänemark hatte, nach der ausgesprochenen Absicht des Vaters York, wie Ludwigs XIV., den

¹⁾ The life of James vol. II, p. 525. Nur Jacobs eigene Worte fallen ins Gewicht. Das andere dort ist das subjective Reden seines Biographen.

Zweck, im Interesse Frankreichs ein Gegengewicht zu sein gegen die erste. Daß sie dies nicht werden konnte, lag nicht an der Absicht jener, sondern an dem Mangel an intellectueller Befähigung des Prinzen selbst. York gewährte der jüngeren Tochter die Mittel, die er der älteren nicht gab.

Von Seiten des oranischen Paares liegt eine Kränkung wider den Vater als Herzog von York nicht vor.

Nach der Thronbesteigung Jacobs suchte Oranien die Ausöhnung. Jacob II. gestand sie zu. In welcher Weise er es damit ehrlich meinte, liegt in den Berichten Barillons vor Augen.

Dennoch glaubte und vertraute Oranien noch das ganze Jahr 1685 hindurch. Er bewies es durch sein Handeln in der Sache des Monmouth.

Allein dann gelang es der Politik Ludwigs XIV., den Todesstreich zu führen auf das Vertrauen Oraniens. Es geschah durch die Wegnahme des Fürstenthums Oranien. Es war ein Wagnis. Wenn der König von England sich des Rechtes und des Eigenthumes seiner Kinder mit Nachdruck annahm: so kittete diese Gewaltthat den Vater mit den Kindern fest zusammen. Wenn nicht, so errichtete sie die Scheidewand. Ludwig XIV. rechnete auf die Abneigung, um nicht zu jagen, den Haß Jacobs II. wider Oranien. Ludwig XIV. rechnete richtig. Jacob II. trat nicht mit Nachdruck ein für das Recht seines Schwiegerohnes. Der Oranier brach innerlich mit seinem Schwiegervater. Sein Verdacht gegen denselben wuchs empor, stärker als jemals früher. Dieser Verdacht betraf ein heimliches Einverständnis der beiden Könige von England und Frankreich.

Es ist menschlich natürlich, daß die Gattin, welche als Tochter nicht vermochte, das Verhalten des Vaters zu rechtfertigen, geneigt war Theil zu nehmen an dem Verdachte des Vaters wider den Vater. Der Verdacht des Oraniers entwickelte sich im Laufe des Jahres 1686 zu der bestimmten Gestalt, daß Ludwig XIV. und Jacob II. gemäß dem Dover-Vertrage von 1670 eine Erneuerung des Jahres 1672 gegen die Republik Holland beabsichtigten. Wir Spätere wissen, daß Jacob II. dies nicht wollte. Aber die Thatfachen haben gezeigt, daß Ludwig XIV. von dem Beginne der Regierung Jacobs II. an darauf ausging, diesen Verdacht in der Republik zu erwecken und zu

nähren, daß dagegen die Haltung Jacobs den Argwohn nicht entkräftete. Er wurde im Jahre 1688 in der Republik allgemein. Er war überwiegend sogar in Amsterdam, dessen Kaufleute gern im Frieden geblieben wären. Es darf und muß daher angenommen werden, daß auch die Prinzessin von Oranien ihn theilte. Aus dem Verdachte, aus der Furcht in der Republik vor einer Erneuerung des Jahres 1672, keimte dort der Entschluß zuvorzukommen, den König von England mit Waffenmacht zu zwingen zu einer Aenderung seiner Politik nach innen und nach außen.

Der König von Frankreich erkannte den Plan. Er legte demselben kein Hindernis in den Weg. Er beförderte ihn negativ, weil es in seinem Interesse lag, daß England und die Republik einander zerfleischten.

Die Prinzessin von Oranien wußte um den Plan. Sie ließ dem Vater dasjenige Mittel kund thun, durch welches er nach ihrer Ansicht die Gefahr von sich abwenden konnte: die Ernennung des Prinzen von Oranien zum Anführer der englischen Streitkräfte, mit anderen Worten, den Bruch mit Ludwig XIV.

Jacob II. folgte nicht dem Rathe seiner Tochter, welche den Vater mit dem Gatten auszuföhnen bemüht war, sondern demjenigen Ludwigs XIV., dessen Interesse war die Feindschaft zwischen England und Holland.

Oranien fuhr hinüber. Es geschah nicht mit dem Plane, mit der Absicht der Eroberung. Auch da noch stand es in der Hand Jacobs II., durch die Befolgung des Rathes seiner Tochter, sich und seinem Sohne die Krone zu erhalten. Jacob II. folgte abermals dem Rathe des Königs von Frankreich. Er flog von seiner Krone weg.

Aber die Tochter nahm dann die Krone an, die der Vater doch nicht gutwillig abgetreten. — Die Urtheile darüber, ob der Oranier moralisch im Rechte war so zu handeln, wie er gethan, sind verschieden ausgefallen, und werden verschieden ausfallen, je nachdem das letzte Moment seines Handelns, seine Pflicht für sein Vaterland, die Sorge um die Freiheit und die Sicherheit der Republik, zum vollen gewürdigt wird. Allein in Betreff der Prinzessin dürfte das Urtheil nicht zweifelhaft sein. In dem Conflict der Pflichten entscheidet die nähere und stärkere Pflicht: diejenige, welche die Gattin

an den Gatten bindet, hat das Uebergewicht über diejenige der Tochter für den Vater.

Denn es ist vor allen Dingen hervorzuheben, daß Mary als Prinzessin von Oranien fern war von jeglichem Trachten nach der Krone für sich selber. Wir erinnern uns der Rede des Oraniers, durch welche er im Februar 1689, kurz vor dem entscheidenden Beschlusse des Oberhauses, einigen Lords kund that, daß er nicht die Regierung übernehmen werde kraft der Vollmacht seiner Frau als Königin, sondern lediglich als König kraft eigenen Rechtes. Vielleicht am selben Tage und in derselben Stunde redete die Prinzessin entsprechend im Haag. Ein von London her dort durchreisender Courier hatte die Nachricht gebracht, die der Wahrheit entsprach, daß im Oberhause eine starke Partei beabsichtigte, die Prinzessin Mary von Oranien als Königin zu proclamiren, welche dann dem Prinzen als ihrem Gemahl die Regierung übergeben würde. Eine hochgestellte Persönlichkeit der Republik eilte sofort zu der Prinzessin und brachte ihr mit der Mittheilung seinen Glückwunsch dar. Die Prinzessin, fühler und förmlicher als sonst gegenüber der bei ihr und dem Prinzen wohl gelittenen Persönlichkeit, erwiderte: „Ich hoffe, daß Ihre Nachricht sich nicht bewährt. Der Prinz wird das Königreich nicht annehmen als ein Geschenk aus Frauenhand“ ¹⁾.

Und auch dann, als der Gemahl sie nach England berief, war Mary nicht gern, nicht freudig gegangen. Wir erinnern uns der Worte, die sie darüber damals an den kaiserlichen Gesandten Kramprich richtete. Bestimmter, ausdrücklicher noch sagten bei ihrem Tode die Holländer, daß sie nur widerstrebend sich losgerissen, um einer Bestimmung zu folgen, die nicht dem eigenen Wunsche entsprach ²⁾.

Und eben dieselbe Gesinnung hatte sie bewiesen als Königin. Sie hatte in der Abwesenheit ihres Gemahles die Regierung auf sich

¹⁾ Aus der Leichenrede von Graevius in *Vünig's Orationes Procerum Europae* t. III, p. 206. Die Worte sind: *Illa pro ingenio suo benigne quidem, sed minus familiari vultu et adductiore fronte, se nec sperare, ait, vera esse, quae nunciaret, nec Guilelmum hac conditione regnum tamquam muliebris beneficii munus accepturum.*

²⁾ *H. a. D.: Recordamini, credo, quam invita et quam dolenter se passa fuerit a nostrae Reipublicae sinu avelli.*

genommen, weil der Gemahl es wollte. Sie hatte durch die That bewiesen, daß sie die Kraft und die Befähigung besaß sie zu führen. Sie, die jugendliche Frau, hatte in dem bedrängnisreichen Juli des Jahres 1690, durch ihre wahrhaft königliche Haltung die zagenden und schwankenden Männer ermuthigt, gekräftigt, gehoben. Aber dann, sobald der Gemahl zurückkehrte, trat sie, froh der Anerkennung seinen Wünschen entsprochen zu haben, freiwillig und gern in seinen Schatten. Es dürfte kaum ein zweites Beispiel in der Geschichte der Könige geben, daß sich mit einer so ungemeinen Befähigung zum Herrschen eine so geringe Neigung zum Ausüben dieses Talentos vereinigt hätte.

Der kundige Holländer Graevius, dem wir darin folgen, gibt als den Grundzug des Charakters der Königin an ihre warme Religiosität. Diese trat nach außen hervor namentlich als Wohlthätigkeit. Von dem Gelde, welches der Gemahl ihr in Holland für sie persönlich zugewiesen, verbrauchte sie für sich einen geringen Theil; den größeren verwendete sie für jene Zwecke. Ihre Herzensgüte und zugleich ihre Selbstbeherrschung legt Graevius dar an einem besonderen Beispiele.

Nachdem sie, während ihres Aufenthaltes im Haag, eines Tages dem Botschafter einer fremden Macht die feierliche Audienz gegeben, begann dieser sich zurückzuziehen, und zwar so, daß er, vorwärts gewendet, nach üblicher Weise im Abgehen mehrmals sich verbeugte. Es widerfuhr ihm dabei, daß er, rückwärts schreitend, aus der geraden Richtung kam und mit dem Kopfe, eingehüllt in die wolkenartige Perrücke jener Zeit, an einen Candelaber streifte. Bei der abermaligen Verbeugung fuhr der glänzende kahle Scheitel hinunter, die Perrücke hing oben am Candelaber. Ob des komischen Anblickes brachen alle Frauen um die Prinzessin in lautes Lachen aus: sie allein blickte auf den Gesandten mit derselben würdevollen Ruhe, mit welcher sie seine wohlgelesene Rede angehört. „Ich würde, erwiederte sie nachher, durch Lachen die Verwirrung des Armen ja nur noch gesteigert haben, und das erschien mir als ein Unrecht“¹⁾.

Wie ein Streben nach unerlaubter Herrschaft, so ist auch jede Lieblosigkeit unvereinbar mit einem solchen Charakter. In Wahrheit ist ein Act, oder auch nur ein Wort des Hasses oder der Feindschaft

¹⁾ A. a. O. p. 217.

der Königin Mary gegen ihren Vater niemals dargethan. Daß der König Jacob in St. Germain glaubte an die Verleumdungen, welche die Arglist der französischen Politik in Betreff seiner Tochter ihm zubrachte, war seine Schuld. Daß der König Jacob in St. Germain nicht glaubte an die Versicherungen, welche wohlwollende Persönlichkeiten, wie die Prinzessin Sophie in Hannover und in deren Auftrag die Herzogin von Orleans, ihm gaben in Betreff der wahren Gesinnung seiner Tochter Mary, war seine Schuld.

Wir haben vernommen, daß er sich bei der Nachricht über das Verhalten seiner Tochter auf ihrem Sterbebette in heftigen Klagen erging über die Betrüger und die Betrogenen. Die Klagen waren begründet, nur daß der König Jacob in St. Germain sowohl die Betrüger wie die Betrogenen näher hätte suchen sollen und finden können als fernab von ihm in Kensington.

Ja es drängt sich sogar die Frage auf, ob der König Jacob, der um seine Tochter nicht trauern wollte, dennoch nicht sogar mehr an ihr verlor, als irgend ein Anderer außer dem Dranier. Die Frage erscheint paradox. Wir haben sie zu prüfen.

In einem der Briefe, welchen die Königin Mary an die Prinzessin Sophie in Hannover gerichtet, im Jahre 1690, finden sich die Worte: „Ich kann meinen Vater nicht vergessen“. Die Worte sind inhaltschwer. Wenn, wie doch mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, die Herzogin von Orleans auch diese Worte dem Könige Jacob wieder gemeldet: so hätte daraus ihm ein Hoffnungsstern leuchten müssen, moralisch besser begründet als alle Bethenerungen seines Bruders von Frankreich.

Fassen wir diese Hoffnung noch näher ins Auge.

Wir erinnern uns, daß der Graf Nottingham von 1689 an mehrere Jahre Staats-Secretär war, und, während der Abwesenheit des Königs, ein Mitglied des Rathes der Neun, welche die Königin umgaben. Er erfreute sich ihres Vertrauens, so daß sie ihm gegenüber offener über ihren Vater sprach als zu Anderen ¹⁾.

Nottingham hatte demnach oft die Gelegenheit sie zu beobachten. Lange Jahre später sprach er sich zu Lord Dartmouth aus: er halte

¹⁾ Ihr Schreiben an den König vom 7./17. Juli 1690.

sich für überzeugt, daß, wenn die Königin ihren Gemahl überlebt, sie das Aeußerste aufgeboten haben würde, um ihren Vater herzustellen, freilich mit Bedingungen, ausreichend für die Sicherung der Religion und der Freiheit von England ¹⁾).

Daß die Königin eine positive Aeußerung in der Richtung gethan, die Nottingham angibt, ist nicht anzunehmen. Das Urtheil Nottinghams ist das Ergebnis seiner Combination. Aber es scheint, daß diese Combination noch verstärkt werden könne. Die Königin unterordnete alles ihr politisches Denken und Wollen demjenigen des Gemahles; allein es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß für den Fall, welchen Nottingham andeutet, ein besonderes Motiv gegen die Herstellung Jacobs oder seines Sohnes bei Mary jedenfalls schwächer wirkte als bei ihrem Gemahle. Die Sorge für die Sicherheit und die Freiheit zunächst der eigenen Heimat, seines geliebten Holland, hatte dem Prinzen von Oranien die Waffen in die Hand gedrückt wider Jacob. Dieselbe Sorge ließ bei dem Könige Wilhelm den Gedanken an die Herstellung eines Stuart auf dem Throne von England nicht aufkommen. Dieses Bedenken konnte Mary, wenn der Einfluß ihres Gemahles auf sie nicht mehr war, nicht haben, oder doch nicht in gleichem Maße. Wie dies negative Motiv für sie hinwegfiel, oder doch schwächer wurde als bei ihrem Gemahle: so wirkte das positive, das Band des Blutes, bei ihr um so stärker.

Die Probe ist nicht eingetreten, und die Worte Nottinghams als diejenigen eines rechtschaffenen und klar blickenden Mannes, haben darum einen Werth nur für die Kennzeichnung des Charakters der Königin.

Es scheint jedoch, daß auch für die Haltung einiger Jacobiten in England die Ansicht Nottinghams in Rechnung zu bringen sei. Diese Haltung nämlich fiel auf. „Sie bequemen sich der Strömung an, meldet der Graf Auersperg noch am Todestage selbst, und suchen in den Rundgebungen ihres Schmerzes diejenigen zu überbieten, welche ihn wahrhaft fühlen“ ²⁾. Dieses Urtheil, welches eine große Zahl

¹⁾ Note von Dartmouth zu Burnet, bei Dalrymple III^{II}, p. 199.

²⁾ Auersperg an Kinsky: Les Jacobites s'accroissent au temps et affectent une douleur plus grande et élatante que de ceux qui la sentent véritablement.

von Menschen zu Heuchlern macht, erscheint gewagt. Es konnte doch in London manche Jacobiten geben, die klarer und besonnener in die Menschen blickten, als der König Jacob in St. Germain. Sie konnten die Ansicht Nottinghams hegen, vielleicht noch stärker ausprägen als er, nämlich daß, im Falle des Ueberlebens der Königin Mary über den König Wilhelm, die Herstellung des Hauses Stuart in sicherer Aussicht stehe. Mit dem Tode der Königin Mary ging dieser Hoffnungsstern unter. Darum konnte die Trauer vieler Jacobiten am 28. December (a. St.) 1694 sehr wohl eine wahre und tief empfundene sein. Immerhin mögen Andere sie geheuchelt haben.

Denn allerdings war die Stimmung der englischen Nation so erregt, daß auch die Nicht-Willigen es für klüger hielten, äußerlich ein Zeichen der Trauer zu tragen. Ein Edelmann vom Lande, der dies nicht wußte und ohne ein Trauerzeichen in die Stadt London kam, wurde auf der Straße umringt und rettete mit Mühe das Leben. Diese Stimmung schwoll an durch die Nachrichten aus Paris, daß der Vater Jacob in St. Germain die Trauer um die Königin untersagt habe, ja von ihr nicht reden hören wolle¹⁾.

Jacob II. hatte seine Krone verlassen auf französischen Rath. Er jagte sich los von seiner Tochter, die der Stolz Englands war, auf die auch der Vater hätte stolz sein dürfen, wenn er nicht immer aufs neue sich hätte umgarnen lassen durch die Arglist Ludwigs XIV. Diese Arglist malte in den Augen des Vaters die Tochter zum menschlichen Ungeheuer. In ähnlicher Weise erschien das Bild der Königin Mary den Franzosen im allgemeinen. Denn das Fühlen und Wollen derselben bestimmte sich nach der Politik ihres Königs, deren eigentliche Beweggründe sie nicht erfaßten. In Frankreich erschienen Verse, nach denen die Königin Mary die römischen Tullien überbot. Von Holland aus antworteten mehrere, namentlich der Gelehrte Burmannus, mit anderen Versen zur Verherrlichung der Königin²⁾. Kürzer, bündiger wird das ganze Verhältniß zusammengefaßt durch ein Distichon von Leibniz in Hannover. Dieser Gelehrte, eingeweiht in die Correspondenz der Königin Mary mit der Kurfürstin

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 22. Januar/1. Februar.

²⁾ Die Verse von beiden Seiten bei Sylvius t. IV, b. 38, p. 158.

Sophie, war im Stande die Persönlichkeit der Königin vollaus zu würdigen. Das Distichon lautet:

Anglia reginam deslet, pater abstinet unus:
Non potuit gentem deseruisse magis.

Der König Jacob in St. Germain gab sich der Hoffnung hin, daß der Tod seiner älteren Tochter das Gebäude der Regierung des Oraniers in England erschüttern, daß namentlich seine jüngere Tochter Anna, die ihm drei Jahre zuvor einen Heubrief geschrieben, sich erheben würde gegen den Oranier, dessen Erbrecht auf die Krone ihrem eigenen nachstand¹⁾. Wie der König Jacob den Edelsinn seiner älteren Tochter nicht verstand, eben so wenig den minder edelen Charakter der jüngeren.

Die Prinzessin Anna hatte auf die Kunde der schweren Erkrankung der Schwester die Ausöhnung gesucht. Die Königin hatte in freundlicher Weise antworten lassen. So war, obwohl die Aerzte das persönliche Erscheinen der Prinzessin am Sterbebette untersagt, die Ausöhnung im Geiste doch erfolgt.

Auf den Tod der Königin schrieb die Prinzessin Anna an den König Wilhelm einen Brief, den Tenison überbrachte. „Ich bin, sagte sie, durch den herben Schlag eben so ergriffen, wie wenn ich niemals das Unglück gehabt hätte, das Misfallen der Königin auf mich zu ziehen.“ Sie bat um die Erlaubnis, den König zu besuchen, um ihm persönlich ihre Absicht zu betheuern, daß sie keine Gelegenheit verjäumen wolle, ihm Beweise zu geben ihres Respectives für ihn²⁾.

Es ist möglich, daß der Brief aufrichtig gemeint war. Gewiß ist, daß die Prinzessin darum mit St. Germain nicht abbrach³⁾. Gewiß ist ferner, daß die Prinzessin nach wie vor berathen wurde vom Ehepaare Marlborough. Gewiß ist endlich, daß, nachdem der Tod der Königin Mary die Prinzessin Anna dem Throne um einen Schritt näher gestellt, es ihr Interesse war mit dem Könige Wilhelm gut zu stehen. Wir haben dies Verhältnis ins Auge zu fassen.

Die Prinzessin Anna war damals bei der englischen Nation eben so wenig beliebt wie ihr Gemahl geachtet. Sie galt für launenhaft

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 525.

²⁾ Der Brief in the conduct of the D. of Marlborough p. 108.

³⁾ The life of James, vol. II, p. 559.



und widerspruchsvoll, für völlig geleitet von der allgemein verhassten Lady Marlborough. Die Prinzessin hatte für sich keine Partei, vermochte auch nicht, wenn sie gewollt hätte, eine solche zu bilden, konnte daher dem Könige nicht gefährlich werden. Dagegen erwuchs für die Prinzessin selber eine Gefahr. Es war die, daß ihr Sohn, der Herzog von Gloucester, mit Ausschluß der Mutter, zu der Krone berufen wurde. Damit diese Gefahr vermieden wurde, lag es im Interesse der Prinzessin, und demnach des Ehepaares Marlborough, dem Könige nicht wieder einen Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben, demgemäß zunächst die Ausöhnung auch mit ihm zu suchen¹⁾. Die Anhänglichkeit, mit welcher bei dem Trauerfalle das Parlament wie das Volk zu dem Könige standen, mochte diesen Eifer noch mehr anfeuern.

Der König ließ zwar den Prinzen Georg zunächst nicht vor, schob auch den Besuch der Prinzessin hinaus; aber er gab eine freundliche Antwort. Die Schritte des prinzlichen Paares wurden von den Engländern mit Wohlgefallen aufgenommen. Die Bedingung, welche der König der Prinzessin auferlegen würde, war vorauszu sehen: es war die Entfernung der Lady Marlborough, wenigstens auf einige Zeit. Ja es scheint sogar, daß die Prinzessin mit dem Erbieten dazu entgegen gekommen ist²⁾. Noch bevor der König selber die Prinzessin empfangen, gestattete er seiner Umgebung, im Hause Berkeley ihre Besuche zu machen. Einige Tage später erhielt die Prinzessin die Ehrenwache zurück. Sie bemühte sich ihrerseits ihre Ergebenheit recht augenfällig an den Tag zu legen. Als der Graf Clarendon sich zur Audienz bei ihr melden ließ, erhielt er die Antwort: die Prinzessin lasse Niemanden vor als Freunde des Königs³⁾.

Wilhelm III. selber erholte sich langsam. Seine Kräfte versagten ihm fast den Dienst. Er ließ sich, um frische Luft zu schöpfen, im Sessel in den Garten hinab tragen. Für längere Zeit noch wies er alle Geschäfte zurück. Aber das Unglück selbst bot den Anlaß zu

¹⁾ Anlage I.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 11./21. Januar: Weil zur Zeit der Königin aller Widerwille von einer gewissen Dame, die sich Malboro nennt, hergerühret, welche die Prinzessin völlig regiert, so hat sie sich erklärt, daß sie in etlicher Zeit die Dame von ihrem Hofe werde abschaffen.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 25. Januar.

mancher Ermuthigung. Portland versicherte dem Grafen Auersperg: es sei fast nicht zu glauben, wie die englische Nation sich dem Könige gegenüber erweise, ja daß sowohl öffentlich wie heimlich die bisherigen Widersacher ihren guten Willen bezeigten und sich bemüheten, auch dem Könige selbst diese Gesinnung kund zu thun. Auersperg war der Ansicht, daß kaum ein Dorf in England zu finden, welches unterlassen hätte, dem Könige eine Trauer-Adresse einzusenden. Dieselben Rundgebungen erfolgten in Schottland¹⁾. Daß der König abermals den Feldzug in Belgien leiten werde, ward bereits in der Mitte Januars von Niemandem bezweifelt. Portland sprach die Ansicht aus, daß, wenn der König seine Neigung dazu an den Tag legte, die englische Nation durch ihre inständigen Bitten ihn dazu bewegen würde. Denn es sei in England alles in so gutem Stande, wie nur zu wünschen.

Vom 6./16. Januar an nahm der König wieder die Dienste seiner Kammerherren entgegen. Man hoffte, daß er demgemäß auch wieder öffentlich zugänglich sein würde. Es geschah nicht. Nur wenige Personen hatten Zutritt zu ihm, namentlich Portland und der Erzbischof Tenison, der ihn fast nicht verließ. Der König war auf alle Weise beflissen, das Andenken der Königin zu ehren. Sie hatte täglich, des Morgens und des Nachmittags, Andachten gehalten. Er hatte daran keinen Theil genommen. Nun setzte er sie fort. Der Dienerschaft der Königin wurden ihre Gehalte lebenslänglich zugesichert, denjenigen, die in Whitehall Wohnung hatten, auch diese. Die laufenden Almosen der Königin wurden fortgezahlt²⁾.

Es handelte sich um den letzten Act, um das Begräbniß. Der König, allem ceremoniellen Gepränge abhold, hatte zu Anfang den Willen ausgesprochen, daß die Bestattung in der Stille erfolge, jedoch feierlicher als diejenige Karls II., zehn Jahre zuvor³⁾. Man blieb nicht bei diesem Gedanken. Die Bestattung schob sich hinaus, und

¹⁾ Die Berichte des Grafen Auersperg vom 1./11. Januar, vom 11./21. Januar, 12./22. Februar. In dem letzteren: *L'on remarque une chose très-extraordinaire qu'il n'y a quasi pas un village en Angleterre, lequel n'a pas présenté une adresse au roy avec des assurances de leur fidélité et estime pour S. M. et le gouvernement.*

²⁾ Hoffmanns Berichte vom 18. März und 1. April.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 7. Januar.

nach und nach stellte es sich klar, daß sie mit großem Pompe geschehen werde. Als den ersten Anlaß zu dieser Aenderung des ursprünglichen Planes erfahren wir, daß die Inhaber einiger hohen Hofämter bei den dadurch erwachsenden Ausgaben ihr Interesse fanden, und demgemäß in der Zeit, wo der König Jedermann unzugänglich, ihre Verfügungen getroffen hatten¹⁾. Dann jedoch griff der Gedanke durch, eine Trauerfeier der Nation zu veranstalten. Im Oberhause ward zuerst der Vorschlag einer Theilnahme aller Mitglieder gemacht, bereits am 10. Januar (a. St.). Der Vorschlag ward sofort angenommen. Das Unterhaus folgte einige Tage später mit demselben Beschlusse²⁾. Es war zum ersten Male, daß Beschlüsse solcher Art gefaßt werden konnten; denn bis dahin zog der Tod des regierenden Souveräns die Auflösung des Parlamentes nach sich. Der König erfuhr die Absicht dieser nationalen Trauerfeier erst wenige Tage vor dem Vollzuge. So sehr hütete man sich, den Namen der Königin vor ihm zu erwähnen³⁾.

Die Leiche war bei Nacht von Kensington nach Whitehall geführt und dort prächtig aufgebahrt. Der Zutritt durch eine lange Reihe schwarz ausgeschlagener Zimmer war durch mehrere Stunden des Tages frei, und der Ausgang ein anderer als der Eingang. Dies dauerte zwei Wochen hindurch. Dennoch war der Andrang der Menschen so stark, daß Viele, die vom Lande herein kamen, unverrichteter Sache zurückkehrten⁴⁾.

Der Tag des Begräbnisses war der 5./15. März. Eine Trauerfeier so imposanter Art mochte weder England, noch ein anderes europäisches Reich bis dahin erblickt, noch vernommen haben. Dreimal an diesem Tage läuteten die Glocken in allen Kirchthürmen von England je eine Stunde. Um Mittag begann der Zug von Whitehall nach der Westminster-Abtei. Der Weg dahin war mit Brettern belegt, mit schwarzem Tuche bedeckt. Nach den Marschällen mit ihrem Gefolge, die den Zug eröffneten, schritten zunächst, in vierfacher Reihe, dreihundert arme Frauen. Mit Ausnahme der Mitglieder von beiden

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. Januar.

²⁾ Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 21. und 25. Januar.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 18. März.

⁴⁾ Ausführlich bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 7.

Häusern des Parlamentes und des Lord Mayors von London gingen alle Männer baarhäuptig. In das Geläute der Glocken mischte sich der Donner von sechzig Kanonen des Tower, und einer langen Reihe anderer schwerer Geschütze, die man näher heran, in St. James Park, aufgestellt.

In dem Mittelschiffe des gothischen Prachtbaues der Westminster-Kirche hielt der Erzbischof Tenison die Leichenrede. Dann senkte man den Sarg ein, in eine der Gräfte der Kapelle Heinrichs VII.

Der König nahm an dem Leichenbegängnisse nicht Theil.

Am selben Tage fand in der Republik der Niederlande die Leichenfeier statt.

Nicht bloß die öffentlichen Gebäude, sondern die Häuser der Bürger und der Bauern trugen Trauerfahnen. „Es gibt keinen Ort im Lande, ruft einer der Redner aus, in welchem nicht heute irgend ein Abzeichen unsere Trauer verkündigt“.

So Graevius im Dome zu Utrecht vor den Ständen dieser Provinz. Seine Rede, reich ausgestattet mit geschichtlichen Momenten aus dem Leben der Königin, ist eine Leistung, würdig der besten Zeiten der Republik¹⁾.

Der Gemeinderath von London hatte am 4./14. Januar beschlossen, zum ewigen Gedächtnisse die Standbilder des Königs und der Königin vor der Börse aufzurichten²⁾. Der König Wilhelm III. erwog ein anderes Monument, mehr entsprechend dem Sinne der Königin.

Wir erinnern uns des Dankes, welchen die Holländer der Königin darbrachten wegen ihrer Fürsorge für die Opfer der Seeschlacht von Beachy Head. Nach derjenigen von La Hogue hatte die Königin, bekümmert über die große Zahl der hülf- und pflegebedürftigen Verwundeten, den Plan gefaßt den Palast von Greenwich zu wandeln in eine Zufluchtsstätte für invalide Seelente. Seitdem war für die Ausführung nichts geschehen. Nach dem Tode der Königin nahm der Gemahl den Gedanken auf, und legte sofort die Hand an das Werk. Der Baumeister Wren, dessen Namen so viele der öffent-

¹⁾ Abgedruckt in Königs *Orationes Procerum et ad Proceres Europae* t. III, p. 181 sqq.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 4./14. Januar.

lichen Gebäude von London nach dem großen Brande von 1666 ver-
fünden, entwarf den Plan. Wilhelm III. lebte nicht mehr lange
genug, um ihn völlig auszuführen, und darum unterblieb die besondere
Aus schmückung durch ein Standbild der Königin, welches dort am
rechten Orte gewesen wäre¹⁾. Aber die eigentliche Hauptsache ward voll-
endet. Wie die Königin Mary in ihrem kurzen Leben der Stolz Eng-
lands gewesen war: so ward das Hospital von Greenwich, welches der
Gemahl zum Gedächtnisse ihres Sinnes und damit zu ihrer beider
Ehre errichtete, als ein Werk in dieser Art ohne Gleichen ein Gegen-
stand des Stolzes für England auf Jahrhunderte.

Noch vor der Bestattung der Königin hatte sich Wilhelm III.
in die Geschäfte seiner Regierung wieder eingelebt.

Es ist mit Nachdruck zu sagen: in die Geschäfte seiner Regierung.
Denn diese war, in Betreff der Angelegenheiten nach außen, die ihm
persönlich eigenthümliche, wie vielleicht keinem englischen Könige vor
ihm, und wie sie nach ihm keinem wieder möglich gewesen ist.

Dies Verhältniß liegt gerade für damals in besonders klarer
Weise vor.

Wir erinnern uns, daß, auf den Rath Auerspergs, der Kaiser
mit seinen Ministern Kinsky und Windischgrätz beschloß, in Stockholm
die Forderung zu stellen, daß einer Antwort auf die französischen
Friedensvorschläge vorhergehen müsse die unbedingte Zusage des Königs
von Frankreich für die Anerkennung des Königs Wilhelm von England.
Die betreffenden Schriftstücke wurden dem englischen Gesandten in
Wien, Lord Verington, mitgetheilt. Es war für ihn die erste Ange-
legenheit von Bedeutung auf diesem Posten, den er einige Monate
zuvor angetreten. Er schickte die Schriftstücke ein an den Staats-
Secretär Shrewsbury, und bat um Instruction für sein Verhalten.

Die Antwort ist eine der merkwürdigsten, die vielleicht jemals
ein Minister der auswärtigen Angelegenheiten gegeben haben dürfte.

„Auch wenn der Zustand meiner Gesundheit besser wäre, sagt
Shrewsbury, so würde doch die tiefe Trauer des Königs mir nicht

¹⁾ Ich entnehme dieses dem Werke Macaulays Ch. XX, am Ende.

gestatten, mir von ihm eine so genaue Kunde der Angelegenheiten zu verschaffen, wie sie für meine große Unkenntnis erforderlich wäre, bevor ich auf die gewichtigen Anfragen in den Briefen Ew. Vordschaft genügende Auskunft geben könnte. Denn außer meinem Mangel an Erfahrung in der Behandlung von Angelegenheiten dieser Art, bin ich so sehr unwissend über alle schwebenden Verhandlungen, daß es Ihnen zur Verwunderung gereichen dürfte. Ich habe niemals von irgend einem Gesandten von auswärts, ausgenommen jetzt von Ihnen, die geringste Kenntnis über diesen Vertrag (der großen Allianz von 1689) erhalten, noch habe ich daheim von irgend Jemandem die Einzelheiten desselben erfahren. Ich bin deshalb sehr erfreut, daß Sie von anderer Hand ausgestattet sind mit dem, was erforderlich ist zur Antwort in Betreff der Beredungen von Mastricht. Hätten Sie eine Kunde darüber oder eine Entschuldigung derselben von mir erwarten müssen: so muß ich Ew. Vordschaft versichern, daß ich in dieser Sache eben so unwissend bin, wie irgend ein anderer Mann im Lande, und nicht auf andere Weise davon gehört habe als aus den Zeitungen" ¹⁾).

So der Staats-Secretär Shrewsbury. Er überlieferte die sämtlichen von Lexington eingesandten Papiere dem Könige. In wie weit dann Wilhelm III. den Staats-Secretär zur Kunde dieser Papiere heranzog, ergibt sich aus dem weiteren Verlaufe, den wir von dem Grafen Auersperg erfahren.

Am 22. Januar/1. Februar trat Portland mit den von Lexington aus Wien eingesandten Schriftstücken zu Auersperg. „Er hatte den Befehl, meldet dieser, mir offen zu sagen, daß, weil alle von Lexington eingesendeten Schriftstücke lateinisch abgefaßt, aber weder der König noch er der lateinischen Sprache ausreichend kundig wären, der König mir den Wunsch aussprechen ließ, daß ich die Schriftstücke ins Französische überseze.“ „Der Grund ist, fügt Auersperg hinzu, daß die Papiere nicht weiter in noch andere Hände gelangen sollen" ²⁾. Demnach erhielt kein Engländer davon eine Kunde.

¹⁾ Lexington Papers p. 40. Schreiben Shrewsburys vom 8./18. Januar 1695.

²⁾ Auersperg an Kinsky, 22. Januar/1. Februar 1695: Portland avoit de plus ordre de me confesser ingenuement, parce que tout que Lexington luy a

Einige Wochen später spricht Auersperg sich noch bestimmter über dies Verhältniß aus. „Die Engländer, das heißt, die Minister, sagt er, wissen gar nichts von den auswärtigen Angelegenheiten. Man hat mir gesagt, daß Shrewsbury sich beklage über diesen Mangel des Vertrauens von Seiten des Königs gegen ihn. Es ist hier schwierig zu verhandeln, in so weit man nicht weiß, an wen man sich zu wenden hat; denn der König verweist uns niemals an die Minister. Demgemäß müssen wir vermuthen: es würde dem Könige nicht lieb sein, wenn wir aus eigener Macht mit ihnen davon reden wollten. Die Folge zeigt sich darin, daß wir alle, die wir als fremde Gesandte hier sind, den Begegnungen mit den Staats-Secretären ausweichen, und daß sie ihrerseits eben so verfahren, weil sie sich schämen im Falle einer Frage ihre Unkenntnis eingestehen zu müssen“ ¹⁾.

Vom Monate Februar an ließ der König die fremden Gesandten wieder vor. Er befand sich wohl. Ja Auersperg bemerkt, daß sein Aussehen besser sei als jemals früher. Jedoch war er noch schweigsamer geworden. Nur zweimal am Tage je eine Stunde war er sichtbar, des Mittags von zwölf bis ein Uhr, des Abends von acht bis neun. Seine Bedienung hatte er eingeschränkt bis auf das äußerste Maß ²⁾.

Der König las in Auerspergs französischer Uebersetzung die damals durch den Grafen Starhemberg in Stockholm überreichte Schrift, durch welche der Kaiser vor jedem Eingehen auf eine Friedenshandlung verlangte, daß Frankreich die unbedingte Zusage der Anerkennung Wilhelms III. gäbe. Der König sprach sich darüber mit vollem Lobe aus. Die Sache, meinte er, hätte nicht besser eingerichtet werden können ³⁾.

Der König und der Kaiser waren beiderseitig mit einander zufrieden. Wilhelm III. hatte die Veredungen von Mastricht abgebrochen.

envoyé, étoit en latin, et que ny le roy ny luy ne l'entendoient assez, c'est pourquoy S. M. souhaittoit que je le traduise en françois. La raison est que le roy ne veut pas que cela passe à d'autres mains encore.

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 25. März.

²⁾ Bericht Auerspergs vom 8. Februar.

³⁾ Auersperg: Was seine Person anlangt, so sei er mit dem was in diesem Werk geschehen, zufrieden, und hätte es nicht besser eingerichtet werden können.

Er erklärte dem Grafen Auersperg: das Thor derselben sei geschlossen. Wie diese Meldung dem Kaiser angenehm war: so hatte man nirgends vielleicht, außer England und Holland, mit größerer Spannung gelauscht auf die Entwicklung der Dinge nach dem Tode der Königin als in Wien. „Die Gesundheit und das Leben des Königs von England, sagte Kinsky, sind für die gemeinsame Sache nicht weniger nothwendig, als Luft und Nahrung für die Erhaltung des Menschen“ ¹⁾. Mit Freuden ward dort jede neue Meldung von dem günstigen Verlaufe der Dinge vernommen.

Und dennoch blieb die eine Differenz der Ansichten in Betreff Spaniens. Der König war, um der Friedensbedürftigkeit der Republik willen, geneigt hinweg zu schreiten über die Forderung Spaniens, daß der Stand des pyrenäischen Friedens hergestellt werde. Der Kaiser suchte über den König von Spanien seine schützende Hand zu breiten, und hielt zu diesem Ende fest an der Vermittlung des Friedens durch Schweden, weil dieselbe von Wien aus geführt ward.

Die Mißstimmung des Königs gegen Spanien jedoch war im Wachsen. Die Vorkehrungen dort zum Schutze von Catalonien erschienen ihm unzulänglich. Ungeachtet seiner ersten Weigerung hatte er sich bereit finden lassen, 4000 Mann dahin einzuschiffen. Der Kaiser seinerseits versprach, von Finale aus einige Regimenter dahin zu entsenden. Das Commando derselben übergab er dem Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt. Wir haben dagegen, was Spanien selber leistete, aus den eigenen Worten des Königs zu erfahren.

Der spanische Botschafter in London trat vor den König, um zu melden, daß die spanische Regierung in Catalonien alle erdenklichen Vorbereitungen treffe, und daß demgemäß dort zu rechnen sei auf nachdrücklichen Widerstand. Diese Meldung war für die Geduld des Königs eine starke Zumuthung ²⁾. „Ich verstehe diese Versicherung nicht, erwiderte er; denn meine Briefe lauten ganz anders. Sie melden mir, daß dort so wenig geeignete Anstalten getroffen werden, als lebe man in Friedenszeit. Die kaiserlichen Truppen zur Hülfe für

¹⁾ Kinsky an Auersperg, 26. Januar.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 12. Februar: Wie mir der König gemeldet, so hätte er seine Geduld nicht halten können.

Catalonien stehen in Finale; aber ich weiß nicht, wie sie hingelangen sollen; denn die Transport-Schiffe in Cadix sind noch nicht seefähig gemacht.“ Der Botschafter verstummte. Der König erzählte den Hergang der Audienz dem Grafen Auersperg und fügte hinzu: „Der Hof in Madrid beschäftigt sich nur mit seinen inneren Intriguen, und widmet den anderen Angelegenheiten keine Beachtung. Ich fürchte nicht bloß, daß Barcelona verloren geht, sondern auch daß Spanien einen Sonderfrieden schließt“¹⁾.

Eben diese Besorgnis ward aber auch in Wien gehegt. Und aus dieser Besorgnis ging dort das Bestreben hervor, jeglichen Anlaß fern zu halten, dessen sich die französische Partei in Madrid zu einem Vorwande bedienen könnte.

Der König Wilhelm war einverstanden mit der Präliminar-Bedingung, daß Frankreich ihn anerkenne. Nicht jedoch billigte er den kaiserlichen Entwurf eines Gegenvorschlages, welcher auf die erfolgte Anerkennung dem Könige von Schweden als dem Friedensvermittler überreicht werden sollte. Derselbe, sagte er, gehe zu Gunsten Spaniens zu weit, werde daher die Zustimmung der Republik nicht erhalten.

Es war jedoch nicht bloß das Bedürfnis der Republik nach dem Frieden, welches auf Wilhelm III. drückte, sondern eben so sehr sein eigenes, persönliches. Er hatte sich einige Tage zuvor zu Heinsius darüber ausgesprochen. „Ich muß Ihnen im Vertrauen sagen, daß ich mich nicht mehr im Stande fühle den Krieg zu führen. Ich werde dennoch trachten, so viel an mir ist, meine Pflicht zu thun, in der Hoffnung, daß der große Gott mir dazu Kraft verleihen werde“²⁾.

Diese Stimmung Wilhelms III. ist von besonderer Wichtigkeit für die nun folgende Kundgebung von seiner Seite. Nachdem er nämlich noch einige Tage den Stand der Dinge erwogen, beschied er den Grafen Auersperg zu sich und entwickelte ihm in längerer Rede seine Ansichten, mit der Forderung, daß der Gesandte sie sofort durch

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 12. Februar.

²⁾ Groen van Prinsterer, Archives etc. 2^{me} série, t. V, p. CXXXVI, n. 3: Ick moet UEd. in confidentie seggen dat ick my nu niet meer bequaem en vindt om den oorlog te voeren: ick zal evenwel trachten so veel als in my is om myn devoir te doen, hoopende dat den grooten Godt my daer sterkte toe zal geven.

einen Courier zur Kenntniß des Kaiſers zu bringen habe ¹⁾. Die Rede des Königs beleuchtet umfaſſend die Lage der Dinge.

„Nach vielem Nachdenken über die Friedensſache, begann der König, bin ich zu dem Ergebniſſe gekommen, daß ſie in dem jetzigen Stande nicht länger bleiben darf. Die Lage des Feindes iſt nicht ſo übel, wie man auf Ihrer Seite geneigt iſt anzunehmen. Er kann den Krieg fortſetzen, ja er kann, wenn er feſt bleibt bei dem erklärten Entſchlusse der Defenſive, ihn länger aushalten als wir. Faſſen wir, um dies klar zu erkennen, die einzelnen Mächte ins Auge.“

„Zuerſt Spanien. Die Dinge dort liegen derartig, daß wir in Folge des Verluſtes von Barcelona nicht bloß die Neutralität dieſer Krone zu erwarten hätten, ſondern auch einen Sonderfrieden. Barcelona aber zu retten, iſt nicht möglich. Denn im Lande dort ſind nach allen meinen Nachrichten nicht 5000 Mann kriegsfähiger Truppen. Der äußere Succurs wird wahrſcheinlich beſtehen nur in der wenigen Mannſchaft, welche ich in einigen Tagen auf die Flotte ſenden werde. Wann dieſe ankommen, das weiß der liebe Gott. Aber auch wenn ſie ſchon dort wären, ſo vermögen ſie doch nicht die Sache zu halten. Die ſpaniſchen Truppen, die aus Belgien nach Catalonien ſich begeben ſollen, beſtehen in 3000 Mann. Sie ſind in ſchlechtem Stande. Dazu ſehe ich noch nicht ab, wie ſie hinüber zu bringen ſind, weil ſie nicht bereit ſind zur Abfahrt mit dem Convoy, welches die meinigen hintragen wird. Die angekommenen ſpaniſchen Wechſel zum Betrage von 50,000 ſpaniſchen Thalern reichen nicht aus, die Koſten der Ueberfahrt zu decken. Noch dazu ſind ſie proteſtirt.“

„Die übrigen ſpaniſchen Truppen in Belgien betragen kaum fünf Schwadronen Cavallerie im Felde, und 4000 Mann Infanterie in den Feſtungen.“

„Das iſt der Stand der ſpaniſchen Macht auf den zwei Kriegsauplätzen. Urtheilen Sie ſelber, was von dort her zu hoffen ſteht. Erwägen Sie überhaupt den ganzen Stand dieſer Krone. Es iſt dort weder Rath noch Macht. Es iſt ein Jammer, wie es in der Monarchie zugeht. Man muß ſie wie eine Pupille betrachten und behandeln.“

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 15./25. Februar. Dazu mehrere Briefe an Rinsky vom ſelben Datum und den folgenden Tagen. Ich faſſe alles zuſammen, und ändere nur die Form des Ausdrucks.

„Ich komme zu den anderen Verbündeten.“

„Es ist wahr, daß der Kaiser das Mögliche leistet. Aber der Türkenkrieg nimmt seine Macht so sehr in Anspruch, daß sie sich nicht im Stande befindet etwas Nachdrückliches am Rheine zu unternehmen.“

„Die übrigen Reichsfürsten sind für die gemeine Sache eher eine Bürde als eine Hülfe.“

„England ist allerdings die einzige Macht, welche befähigt ist den Krieg fortzuführen. Ja als König dieses Reiches darf ich sagen: auch noch auf Jahre hinaus. Die Nation im allgemeinen ist mir völlig zugethan, ja sogar ist diese Neigung im Steigen. Auch selbst diejenigen, welche eifrig darauf ausgehen an meiner Regierung zu mäkeln, sind doch einstimmig in Betreff des Krieges wider Frankreich. Von hier aus also darf ich alles Gute hoffen, und mich dessen versichert halten. Dennoch aber sehen Sie selbst, daß, obwohl die Nation willig gibt, es hart zugeht.“

„Anders dagegen steht es mit der Republik. Sie ist in der übelsten Lage. Niemand weiß dies besser als ich. Die Fortführung des Krieges ist für sie eine Unmöglichkeit.“

„So ist der jetzige Stand der Dinge. Lassen Sie mich nun die Frage erwägen, ob durch den kommenden Feldzug er sich günstiger gestalten könne.“

„Ich hoffe, daß in Belgien nicht viel zu besorgen sein wird. Dagegen glaube ich auch nicht, daß viel unternommen werden kann. Sie selbst kennen vom vorigen Feldzuge her die Beschaffenheit des Bodens. Sie werden wahrgenommen haben, daß, wenn dort eine Armee von nur 30,000 Mann an dem Plane der Defensiv festhält, es ihr gegenüber unmöglich ist, zu einem Haupttreffen zu kommen. Soll man nun die Armee theilen, mit der einen Hälfte einen festen Platz angreifen, mit der anderen den Feind beobachten? — Immerhin; aber ein Platz mehr oder weniger führt, bei der großen Menge derselben, noch nicht eine Entscheidung herbei.“

„Ich frage dann: was kann am Ober Rheine geschehen? — Wir haben bisher zufrieden sein müssen, wenn der Feind dort keine nennenswerthen Fortschritte machte. Und ich muß hinzufügen, daß eben dies alles ist, was ich von dem diesmaligen Feldzuge hoffe.“

„Ich habe eben so wenig ein großes Vertrauen auf den savoyischen Feldzug. Ich will zugeben, daß man Casale erlangen kann. Aber jedenfalls ist dies ein solches Wagnis, nimmt die Armee so sehr mit, daß es fraglich ist, ob nicht diese Einbuße und die Gefahren, die daraus erwachsen, den Vortheil überwiegen.“

„Die Vortheile also, die uns in Aussicht stehen, sind gering. Der größte Uebelstand aber, aus welchem noch viele Nachtheile erwachsen können, ist der Wirrwarr am Hofe zu Madrid.“

„Bei dieser Sachlage will ich Ihnen meine Folgerungen im tiefsten Vertrauen eröffnen. Sie werden sie dem Kaiser mittheilen und dort um das gleiche Geheimniß ersuchen.“

„Ich wünsche also, daß auch der Kaiser seinerseits erwäge, ob nicht unter diesen Umständen, wenn man anders noch einen halb vernünftigen Frieden schließen will, man Frieden machen müsse, sobald es sein kann. Im vorigen Jahre, als die Hungersnoth in Frankreich herrschte, hing es von den beiden nordischen Kronen ab, durch ein energisches Auftreten für Europa den Frieden durchzusetzen. Dieser günstige Zeitpunct ist vorüber, und wir haben auf eine Wiederverkehr einer solchen oder ähnlichen Gestaltung keine Aussicht.“

„Ich bitte daher, daß der Kaiser sich gegen mich eben so offen ausspreche, wie ich thue, und angebe, wie weit er das Ziel gesteckt habe.“

„Was Belgien betrifft, so bin ich der Ansicht, daß, wenn Frankreich statt Luxemburg ein rechtshaffenes Aequivalent böte, man dasselbe annehmen könnte, als Zugabe zu demjenigen was Frankreich auch so gewähren muß.“

„Ferner, wenn Frankreich zu demjenigen was es dem Reiche anbietet, auch Pothringen herausgäbe, so könnte man zufrieden sein, wenn Straßburg nach Schließung der Festungswerke dem Fürstbischöfe als seine Stadt verbliebe. Ich mache diesen Vorschlag, weil mir bekannt, daß in den Conferenzen zu Steckborn in der Schweiz die französischen Commissäre von einem Aequivalente für Straßburg geredet haben, und nicht ungünstig angehört worden sind. Ich schließe daraus, daß der Kaiser diesem Vorschlage, der doch hauptsächlich zur Erörterung gekommen sein muß, nicht so sehr abgeneigt sein könne.“

„Geben Sie ferner, fuhr der König fort, dem Kaiser die kräftigste Versicherung, daß ich mein ganzes Vertrauen in ihn setze. Denn ich

gehe von der Ueberzeugung aus, daß nur zwischen dem Kaiser und mir die Sache festgestellt werden muß. Ich habe kein Mißtrauen gegen den König von Spanien persönlich. Es ist ja weltkundig, daß er für die gemeine Sache die besten Absichten hat. Allein der König kennt die Geschäfte so wenig und hat so geringe Erfahrung, daß der ihn umgebende Staatsrath immer das Uebergewicht behalten wird. Nichts aber kann verderblicher sein."

„Nachdem ich Ihnen also meine Neigung zum Frieden dargelegt, und nochmals wiederhole, daß ich nicht absehe, wie wir denselben hinauschieben können, gebe ich dagegen dem Kaiser das Versprechen, daß ich zu dem kommenden Feldzuge alle Anstalten so treffe, als wenn kein Friede zu hoffen wäre. Ich werde da, wo die geeignete Gelegenheit sich bietet, im Stande sein, für die gemeinsame Sache mit Nachdruck zu handeln. Ich wünsche, daß der Kaiser eben so verfare, und nicht minder für die Zukunft diese Sorge trage, auch wenn der Friede bald erfolgen sollte. Ich gebe ferner die Versicherung, daß ich, was mich und dieses Königreich betrifft, in keiner Sache mich trennen werde von dem Kaiser, und darüber wachen will, daß es auch von Seiten der Republik nicht geschehe, sondern daß wir auch ferner einmüthig zusammen stehen. Ich halte es daher für höchst wichtig, daß auch wenn der Friede erfolgt, dennoch die Allianz erneuert werde und für immer festgestellt bleibe ¹⁾."

„Bevor ich aber die Ansicht des Kaisers erfahre, verlange ich, daß diese meine Eröffnungen im tiefsten Geheimnisse bewahrt werden. Mein Grund dafür ist, daß die Engländer vorher nichts davon wissen sollen. Senden Sie also sofort einen Courier nach Wien, mit meiner Bitte, daß der Kaiser seine Antwort durch eben denselben mir zugehen lasse."

Mercosperg erhob den Einwand: er sehe nicht ab, daß der Kaiser einen solchen Entschluß fassen werde ohne Mittheilung an die Krone Spanien. Der König erwiederte: „Die Krone Spanien würde alles nur aufhalten und dadurch in die höchste Gefahr bringen. Gehen wir rasch und entschieden vor: so ist um so weniger eine Trennung zu befürchten."

¹⁾ Wortlaut: auf ewig perpetuirt bleibe.

„Aber, wendete Aueršperg ein, man wird in Wien besorgen, daß die Republik Holland durch eine allzu große Friedensneigung die Sache überstürzen wird.“

„Nicht doch, erwiederte der König. Die Republik ist allzu wohl eingedenk der Thorheit, welche sie zu eigenem und der gemeinen Sache Schaden in Nymegen begangen. Ich habe diese Thorheit damals nicht verhüten können. Allein ich kenne jetzt das Interesse und die Intentionen der Republik ganz genau. Das Eine wie die Anderen bestehen darin, nicht sich von der gemeinen Sache zu trennen, nichts zu übereilen. Ich will Ihnen nun aber auch noch etwas Anderes nicht verhehlen. Ich habe sichere Nachricht, daß bei den Conferenzen in Steckborn diejenigen, welche am eifrigsten für den Frieden geredet haben, beabsichtigen aus dem Kriege eine Religionsache zu machen. Nun wissen wir aber doch Alle, daß wir nicht kämpfen um der Religion willen, sondern um nach unseren Kräften die Anmaßungen von Frankreich zurückzuweisen. Demnach hoffe ich, daß auch der Kaiser weder an den Krieg noch an den Frieden einen anderen Maßstab legen werde.“ Aueršperg erwiederte: „Das hat der Kaiser durch die That genug bewiesen“. Der König erkannte das an. Aueršperg fuhr fort: „Der Kaiser ist darin ganz einstimmig mit Ew. Majestät, und ich bitte keiner anderen Meldung darüber Gehör zu geben. Aber da Ew. Majestät über diese Sache so ganz offenherzig reden, so glaube ich, daß ich unrecht thun würde zu verschweigen, daß man in Wien sich noch nicht völlig beruhigt fühlt wegen der Beredungen von Mastricht“. Der König erwiederte: „Versichern Sie dem Kaiser auf mein Wort, daß die Conferenzen von Mastricht völlig aufgegeben sind. Wiederholen Sie, daß alles abgemacht werden muß zwischen dem Kaiser und mir“.

Wir sehen, daß der König thatächlich in nachdrücklicher Weise dem Worte huldigt: *Paucis vivit genus humanum*.

Das Geheimnis ward so streng bewahrt, daß, nach Aueršpergs Ansicht, auch nicht einmal Portland eine Kunde erhielt. Aueršperg fügt dagegen seine Meinung hinzu: nach allen Ausdrücken des Königs stehe nicht zu vermuthen, daß er seine Versprechungen nicht halten wolle. Allerdings entspringe seine Friedensliebe der Sorge für Holland; allein andererseits werde er England gegenüber es nicht verantworten

können, wenn diese Nation etwa die Meinung faßte, daß er der Republik zu Gefallen das Interesse von England hintansetzte, und einen Frieden übereilte, bevor England die Bürgschaft des Zustandes erlangt, um dessen willen es die Revolution gewünscht.

So verschwiegen indessen auch diese Verhandlung selbst gehalten wurde, so drang doch das Gerücht über die Stimmung des Königs, aus welcher sie geflossen, in weitere Kreise, wenn nicht in London, so doch im Haag. Es gelangte zur Kunde auch des Grafen Kaunitz dort. „Man behauptet, meldet er am 26. Februar/7. März, der König sei sehr für den Frieden. Was ihn dazu bewegen mag, verstehe ich nicht. Die Gründe, die er für die Beredungen von Maastricht anführt, sind nicht durchschlagend. Denn es ist gewis, daß in dieser Republik der König so absolut dasteht, wie kaum ein Fürst in seinem Lande es sein mag, und daß sich hier Keiner unterfängt ihm vom Frieden zu reden, viel weniger ihm denselben zuzumuthen. Der König fragt sie nicht einmal, wie ja klar erhellt eben bei Gelegenheit jener Beredungen von Maastricht, wo die Pässe ausgestellt worden sind im Namen der Generalstaaten, ohne ihr Vorwissen. Nachher, als schon alle Gesandte die Kenntniß der Dinge besaßen, hat man den Deputirten der Generalstaaten ein *quid pro quo* mitgetheilt“ ¹⁾.

So die Stellung des Königs in der Republik nach dem Urtheile der Gesandten. Kaunitz kannte jedoch nicht die Worte des Königs zu Auersperg. Diese Worte lassen uns keinen Zweifel, daß, wenn auch vielleicht kein einziger Holländer es sich unterfangen hatte, dem Könige die ausdrückliche Bitte um einen Frieden auszusprechen, dennoch dieser Eifer bei dem Könige entsprang aus seiner Sorge um Holland.

Begleiten wir mit unseren Gedanken den Courier Auerspergs nach Wien, um zu erfahren, welchen Empfang dort die Rede des Königs fand.

Bemerken wir zuvor, daß der König, ungeachtet der bestimmten Ablehnung des Kaisers von Steckborn etwas zu wissen, dennoch die Conferenzen dort wieder erwähnt hatte, namentlich die dort gefallenen Worte vom Religionskriege. An diesen Conferenzen war, wenigstens mittelbar, bethheiligt gewesen der Schwager des Kaisers, der Kurfürst

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 7. März.

von der Pfalz. Es liegt mir ein ausführlicher Bericht des Grafen Auersperg vor über eine Unterredung mit diesem Fürsten, aus welcher hervorgeht, daß der letztere den französischen Einflüsterungen vom Religionskriege ein williges Ohr lieh¹⁾. Da der König Wilhelm eine Kunde bejaß von solchen Reden zu Steckborn, da es im Interesse der französischen Politik lag, ihm eine solche Kunde zuzubringen, um dadurch sein Mißtrauen zu erregen: so ist der Faden der Mittheilung leicht zu errathen. Dagegen müssen wir wiederholen, daß es im Interesse des Kaisers gelegen hätte, jeglicher ferneren Erwähnung von Steckborn zuvorzukommen durch die Ausführung dessen, was er bei der ersten Kunde dem spanischen Botschafter Borgomainero ausgesprochen, nämlich daß er die Schuldigen strafen werde. Diese Ausführung unterblieb, aller Wahrscheinlichkeit nach wegen der Complication der Mitschuldigen, unter denen obenan stand der Schwager des Kaisers. Leopold mochte über die Thorheit zürnen und zwar mit großem Rechte; aber sie war begangen. Sie war, wenn sie auch zunächst ohne alle weitere Consequenz blieb, dennoch ein Erfolg für Ludwig XIV.

Andererseits aber war auch die Thatsache der Unterredungen von Mastricht, auf die sich der König Wilhelm III. um Hollands willen eingelassen, ein ähnlicher Erfolg der französischen Politik. Sie hatten für den Frieden keinen Nutzen gebracht. Der König Wilhelm hatte sich völlig davon losgesagt. Dennoch haftete in Wien die Erinnerung.

Man war dort sehr weit davon entfernt, dem Könige ein Mißtrauen anzudeuten. Aber in den Berathungen, die in der Hofburg gepflogen wurden, tritt es unverkennbar hervor. Sie fanden statt nur zwischen dem Kaiser und dem Grafen Kinsky, nämlich in der Form, daß der letztere über die Rede des Königs zu dem Grafen Auersperg ein Gutachten ausarbeitete und dem Kaiser vorlegte. Wir haben die hauptsächlichsten Gedanken kennen zu lernen.

Graf Kinsky sieht die Rede des Königs vom 25. Februar an als die Consequenz der Beredungen zu Mastricht. Er ist der Ansicht: der König habe dem Grafen Auersperg gegenüber mehr verschwiegen als eröffnet. Er begründet diese Ansicht in folgender Weise. „Vor wenigen Monaten hat der König seine Anerkennung durch Frankreich

¹⁾ Schreiben des Grafen Auersperg an den Grafen Kinsky, vom 22. Juli.

gefordert als die erste Bedingung. In dieser Rede vom 25. Februar sagt er davon kein Wort. Folglich muß er dieser Anerkennung schon sicher, muß mit Frankreich über den Frieden einig sein ¹⁾).

Die Thatfache, daß der König in jener Rede die Frage seiner Anerkennung nicht erwähnt, ist richtig. Sie ist erklärbar auf mehr als eine Weise, wäre es auch nur die, daß, wie Auerberg früher gemeldet, der Punct dem Könige zu delicat war, und er die Anregung lieber Anderen überließ. Der Schluß, den Kinsky zieht, ist irrig. Aber der Irrthum erwuchs aus der Geneigtheit zum Mißtrauen, welche anzusehen ist als die Consequenz der Thatfachen von Mastricht.

Kinsky folgert dann weiter: „Da demnach der Friede so gut wie fertig, da England und Holland als die Stärkeren die Macht besitzen, denselben bei uns durchzudrücken, wie sie es wollen: so bleibt uns nur noch übrig, aus der Noth eine Tugend zu machen, und nach Kräften den Schaden zu verhüten“.

„Schwierig vor allen Dingen ist der Vorschlag des Königs, Straßburg nach der Schleifung der Festungswerke dem Fürstbischöfe zu übergeben. Denn dieser Vorschlag streitet wider die allgemeine Reichs Sicherheit, wider die natürliche Billigkeit und endlich gegen die Rechte der lutherischen und reformirten Reichsstände.“

„Denn die allgemeine Reichs Sicherheit würde gefährdet sein, weil sich Frankreich in Zukunft der offenen Stadt Straßburg wieder nach Belieben bemächtigen, und von daher das Reich, zunächst Schwaben und Franken, bedrohen kann. Dies um so mehr, da der Fürstbischöf eine französische Creatur, und sowohl er als der König von Frankreich Sorge getragen haben, das Capitel mit Gleichgesinnten zu erfüllen, so daß auf lange hinaus die Wahl ähnlicher Persönlichkeiten gesichert erscheint. Die Gefahr einer Invasion des Reiches von dort her würde dadurch dauernd gemacht, überhaupt das Fürstbisthum Straßburg zum Reiche in dasselbe Verhältnis gebracht wie Rüttich, wo jede Erledigung des bischöflichen Stuhles dem Reiche die Gefahr einer französischen Einmischung zuzieht.“

¹⁾ Der König von England, welcher vor einem paar Monat die Erlandtnus seiner k. Würde von Frankreich praeliminariter et per modum conditionis sine qua non zu stipuliren so embßig verlangt, meldet anjeto hiervon kein Wort mehr, muß folglich dessen schon versichert seyn.

„Es streitet wider die natürliche Billigkeit, daß aus der allgemeinen Noth dem Fürstbisthofs von Straßburg Rechte zuwachsen, die er und seine Vorgänger nicht gehabt, daß dagegen die Stadt ihre hergebrachte Qualität als freie Reichsstadt verlieren soll.“

„Der Vorschlag des Königs ist endlich unvereinbar mit den Rechten der lutherischen und reformirten Reichsstände. Denn mit der Reichsfreiheit der Stadt Straßburg würde zugleich die freie Religionsübung der Lutheraner und Reformirten dort verloren gehen, welche ihnen rechtmäßig gebührt auf Grund des westfälischen Friedens, insbesondere kraft der Feststellung des Normaljahres 1624.“

„Da demnach der Kaiser den Vorschlag des Königs von England in Betreff der Stadt Straßburg vor dem Reiche, insbesondere den protestantischen Ständen desselben, nicht verantworten kann: so wäre der König von England zu ersuchen, diesen seinen Vorschlag fallen zu lassen, und vielmehr mitzuwirken, daß Straßburg zurückgegeben werde als eine freie Reichsstadt. Macht der König von Frankreich aus den Festungswerken einen Ehrenpunct, so willigt der Kaiser in die Schleifung der neu angelegten. Sind die alten und die neuen Werke nicht mehr zu trennen, so möge die völlige Schleifung erfolgen, nur daß für die Stadt das Recht der Reichsunmittelbarkeit erhalten bleibe.“

„Der Kaiser erkennt an, daß geringe Hoffnung da ist, für Spanien den Stand des pyrenäischen Friedens wieder zu erlangen. Seitdem aber hat sich der Botschafter Borgomainero erklärt, daß Spanien von dieser Forderung nachlasse. Nun wäre es doch nicht bloß hart, sondern auch nicht vereinbar mit der Allianz, wenn der Kaiser und der König von England unter sich, ohne das Wissen und das Wollen des Königs von Spanien, über dessen Geschick bestimmten und ihren Beschluß ihm aufzwingen. Deshalb schlägt der Kaiser vor, daß ungesäumt ein mittlerer Stand zwischen den beiden Friedensschlüssen, dem der Pyrenäen und dem von Nymegen, vereinbart und dem Könige von Spanien zur Zustimmung vorgelegt werde.“

„Der König von England hat die Ansprüche des Herzogs Victor Amadeus nicht erwähnt. Aber dieser protestirt gegen den Vorschlag, die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen zum Ausgangspuncte zu nehmen, weil darin der Festung Pignerol nicht gedacht wird, welche dagegen die große Allianz ihm zuspricht.“

„Die Erbietungen des Königs von England sind mit achtungsvollem Danke anzunehmen, und zugleich ihm die Pothringischen Pupillen aufs wärmste zu empfehlen. Für sie spricht bei dem Könige die Billigkeit der Sache, das Vertrauen der Mutter auf ihn, und die Freundschaft, die einst ihn mit dem Vater verband.“

„So in Betreff der Objecte des Friedens. In Betreff des Weges dahin verlangt der König, daß alles zwischen dem Kaiser und ihm festgestellt werde, ohne Rücksicht auf Spanien. Allein dies würde dem Könige von Spanien gegenüber nicht treu und ehrlich sein. Es würde die Mißstimmung, die Spanien über den Abschluß des westfälischen Friedens empfand, wider den Kaiser erneuern und demnach dem kaiserlichen Interesse dort sehr nachtheilig sein. Da es ist zu besorgen, daß, wenn irgend eine Kunde davon nach Madrid verlautete, der König von Spanien zu dem Entschlusse käme, den auch der König von England fürchtet, nämlich der Neutralität oder gar des Sonderfriedens.“

„Demnach dürften sogar die Vorschläge, die der König von England durch den Grafen Auersperg an den Kaiser gebracht, dem Könige von Spanien nicht vorenthalten werden. Die Mittheilung könnte geschehen in vertraulicher Weise an den Marquis Borgomainero.“

Der Kaiser fügte dem Gutachten Kinsky's sein placet bei.

Das Gutachten, niedergeschrieben am 13. März, trägt in seinem Eingange das Gepräge des Verdachtes wider den König Wilhelm, daß er über den Frieden mit Frankreich bereits sich einig gemacht. Wenige Tage später ward dieser Verdacht sehr erschüttert. Der Graf Starhemberg meldete aus Stockholm, daß auf die Präliminar-Bedingung, nämlich daß Frankreich sich zuerst über die Anerkennung des Königs von England ausspreche, der Botschafter Abauz in derselben unbefriedigenden Weise geantwortet wie zuvor. Der König von Frankreich, sagte Abauz zu Oxenstierna, am 1. März, wolle gestatten, daß in den Friedensschluß ein besonderer Artikel eingesetzt werde, welcher das Ganze für nichtig erkläre, wenn nicht der zur Zeit regierende König von England seine Genußthuung finde. Irgend eine schriftliche Erklärung vorher werde jedoch der König von Frankreich nicht geben ¹⁾.

¹⁾ Kinsky an Auersperg, 23. März.

Nach dieser französischen Antwort lag vor Augen, daß Wilhelm III. mit Frankreich sich nicht geeinigt haben konnte. Auf diese Nachricht traten die Botschafter der Verbündeten in Wien mit dem Grafen Kinsky zusammen. Sie kamen überein, daß kein Schriftstück von französischer Seite her angenommen werden dürfe, es gebe denn dem Könige von England den ihm gebührenden Titel ¹⁾.

Das Ausweichen des Grafen Auvau auf jene Forderung, der Beschluß darauf von Seiten der Verbündeten vom 5. April, enthalten in sich den Abbruch der Friedenshandlung, die erneuerte Kriegserklärung von beiden Seiten.

Demgemäß fiel die Antwort aus, welche der Graf Aueršperg dem Könige Wilhelm zu melden hatte. Das Gutachten vom 13. März diente zur Grundlage, so jedoch daß in der Antwort jegliche Spur eines Mißtrauens ausgelöscht war. Die Verschiedenheit der Ansichten dagegen tritt klar hervor, namentlich in Betreff der Mächte Spanien und Savoyen. „Das gemeinsame Interesse der Allianz, sagt Kinsky, fordert, daß wir Spanien nicht verlassen, selbst wenn diese Macht es zu wünschen schiene. Glauben Sie mir, daß sowohl Spanien als Savoyen eine sehr umsichtige Behandlung erfordern. Denn, wenn diese unsere Bundesgenossen die Hoffnung aufgeben, bei dem gemeinsamen Kriege ihre Rechnung zu finden: so werden gerade sie zuerst bereit sein zu einem Sonder-Abkommen mit Frankreich die Hand zu bieten“ ²⁾.

Die wiederholt angeregte Erneuerung der Allianz bot dagegen dem Kaiserhose den Anlaß zu einem besonderen Vorschlage, nämlich des Beitrittes des Parlamentes von England zu der großen Allianz. Der Graf Aueršperg erhielt den Auftrag beim Könige, oder eher noch dem Herzoge Shrewsbury darüber anzuklopfen. „Ich würde den letzteren befragen, schreibt Kinsky an Aueršperg, wie über einen Gedanken, der mir durch den Kopf gegangen, um dann mich zu richten nach der Neigung oder Abneigung, mit welcher er die Sache aufnimmt. Im Falle der Geneigtheit würde ich ihn bitten, bei dem Könige die Sache zur Sprache zu bringen wie einen Gedanken, den ich gelegentlich

¹⁾ Protokoll der Konferenz vom 5. April.

²⁾ Kinsky an Aueršperg, 6. April.

geäußert. Wir sind hier der Ansicht, daß dem Könige aus dieser Sache ein doppelter Vortheil erwachsen würde: erstlich der, daß die ehrgeizige und reizbare englische Nation, wenn sie diese Verbindlichkeit auf sich genommen, auch verpflichtet sein würde, dem Könige mit den erforderlichen Mitteln immer zur Seite zu stehen; dann der andere, daß die Franzosen, wenn sie den Krieg ansehen müssen nicht mehr als die besondere und persönliche Angelegenheit des Königs, sondern als die gemeinsame und eigene der englischen Nation, desto weniger Grund haben, durch unerlaubte und unehrenhafte Mittel ihm nach seinem kostbaren Leben zu trachten. Sehen Sie, was Sie thun können, ohne in irgend einer Weise Anlaß zu geben zum Mißvergnügen. Denn, so nützlich die Sache sein könnte, so delicat ist sie, und erfordert die höchste Umsicht. Regen Sie dieselbe daher zunächst an nur auf eigene Hand. Gehen Sie weiter vor, wenn Sie eine Aussicht des Gelingens erblicken; aber, im Falle der nicht günstigen Aufnahme, stehen Sie sofort ab" ¹⁾).

Wir bemerken, daß der Graf Kinsky in diesen Worten über französische Pläne gegen das Leben des Königs Wilhelm redet wie über eine bekannte und zweifellose Thatfache. Es geschieht nicht bloß einmal. Er zählt einige Wochen später unter den Gefahren für die Allianz auf: *les trames noires de la France contre la personne royale*. Darum, sagt er, eignet sich auch hier das Wort, daß alles ist:

— — *tenui pendentia filo* ²⁾).

Auf jenen besonderen Auftrag erwiderte der Graf Aueršperg: „Die Frage der Erneuerung der großen Allianz mit der Bestätigung des Parlamentes hat ihre großen Schwierigkeiten. Bekanntlich besteht die königliche Autorität hier zu Lande wesentlich in dem Rechte über Krieg oder Frieden, ohne Mitwirkung des Parlamentes. Das letztere würde die Gelegenheit auch dahin überzugreifen, mit Freuden begrüßen; der König jedoch würde wohl kaum es gestatten. Dennoch werde ich den Auftrag E. E. ausführen, nämlich als wäre es mein eigener Gedanke, sobald sich die Gelegenheit darbietet, und zwar Portland gegenüber. Denn ich bin nicht sicher, ob es den Wünschen

¹⁾ Anlage II.

²⁾ Schreiben an Aueršperg vom 11. Mai.

des Königs entspricht, wenn ich mit dem Staats-Secretär Shrewsbury die Friedenssache eingehend bespreche. Dieser als ein starker Whig, oder der wenigstens sich den Schein gibt es zu sein, würde allerdings gern die Hand dazu bieten. Ich werde E. E. von allem in Kenntniß setzen“.

Auersperg hebt in seinen folgenden Berichten wiederholt die Schwierigkeit hervor von dieser Sache zu reden. Dennoch werden wir ersehen, daß und vor wem er später sie zur Sprache bringt.

Er überreichte dem Könige mit einem freundlichen Handschreiben des Kaisers einen Auszug aus der ausführlichen Antwort des Grafen Kinsky auf die Rede des Königs vom 25. Februar. Nachdem der König gelesen, ließ er den Grafen Auersperg zu sich entbieten. „Ich habe Kinsky wohl erkannt,“ jagte er. Dann folgte eine neue Unterredung, welche den damaligen Stand der Allianz kennzeichnet. Der Graf Auersperg wiederholte mündlich die Gedanken des Schriftstückes, und der König antwortete.

Auersperg begann mit der Gefinnung des Kaisers. „Der Kaiser,“ sagte er, wird es an nichts ermangeln lassen, um die gegenseitige Freundschaft zu erhalten und zu pflegen.“

Der König erwiederte: „Diese Ausdrücke entsprechen ganz meiner Gefinnung. Ich habe schon oft versichert und wiederhole, daß nach meiner Ueberzeugung an dieser unserer beiderseitigen Freundschaft alles Heil und alle Wohlfahrt hängt. In der Antwort, die ich erhalten, sind nun zwei Puncte die wesentlichsten. Der eine ist die Präliminar-Frage, der andere betrifft Spanien. Der erste ist der principale. Ich kann mich auf nichts einlassen, bevor nicht Frankreich sich über die Präliminar-Frage in Betreff meiner Person anders erklärt als es gethan. Ich muß glauben, und sicherlich mit Recht, daß Frankreich gegen keinen der Verbündeten einen so großen Haß hegt wie gegen mich. Demnach kann ich mich auch nicht genug vorsehen. Ich verlange daher, daß man einstimmig dabei bleibe und sich so erkläre, wie es in der Conferenz in Wien am 5. April vorge schlagen worden, nämlich daß kein französisches Schriftstück zur Annahme gelange, es werde mir denn darin der Titel gegeben, den ich jetzt führe, nicht mein früherer. Ich kann Ihnen aber nicht genug sagen, wie sehr ich dem Kaiser für das Vertrauen in dieser Sache mich verpflichtet fühle“.

Auersperg entgegnete, daß der König, wie in Betreff dieses Präliminar-Punctes, so überhaupt in Betreff seiner Person ja allezeit verspürt haben werde, mit welchem Eifer der Kaiser für ihn eintrete.

„Ueber die Vorschläge Spaniens, fuhr der König fort, kann ich zur Zeit eine positive Antwort nicht geben, da ich mich zuvor mit einigen Mitgliedern der Generalstaaten darüber besprechen muß. Auch werde ich den Don Quiros im Haag zuziehen. Der hiesige Gesandte ist nicht eingeweiht.“

„Bevor also diese beiden Fragen erledigt sind, würde eine weitere Erklärung auszusagen sein.“

Dennoch wiederholte dann Auersperg die hauptsächlichlichen Puncte.

„Der Kaiser, sagte er, wünscht aus dem Kriege zu kommen, möchte jedoch nichts übereilen. Wo man auf die Sicherheit gedenken will, ist die Langsamkeit unvermeidlich.“

Der König erwiederte: „Ich will nichts übereilen“.

„Auch der Kaiser, fuhr Auersperg fort, erkennt an, wie es bestellt ist mit der Qualität der Bundesgenossen. Allein es gibt kein Mittel sie zu ändern. Man muß sie also nehmen wie sie sind, und, wo man keinen Nutzen von ihnen haben kann, zu verhüten suchen, daß sie nicht auch noch schaden.“

„So ist es, erwiederte der König; doch ist das eine fast unerträgliche Last.“

„Wenn es nicht gelingen sollte, fuhr Auersperg fort, bei der jetzigen Gestaltung der Dinge die Uebermacht Frankreichs zu verringern, so ist eine bessere nicht zu erwarten.“

„Sie sehen, antwortete der König, ich thue was mir möglich ist, und ich hoffe noch allezeit, daß Frankreich doch zu einem vernünftigen Frieden gezwungen werden könne.“

„Der Kaiser, fuhr Auersperg fort, kann den Frieden nicht anders eingehen als auf dem Fuße desjenigen von Münster mit der Vollstreckung gemäß dem Nürnberger Rezesse. Straßburg darf, auch mit geschleiften Festungswerken, dem Fürstbische nicht übergeben werden. Es muß freie Reichsstadt bleiben. Ew. Majestät kennen die Gründe.“

„Ich habe sie, erwiederte der König, wohl erwogen. Aber ich fürchte, daß Schweden selber, obwohl Garant des westfälischen Friedens,

die Rückgabe nicht mit Nachdruck betreiben wird. An mir soll es nicht liegen, wenn der Kaiser nicht diese Satisfaction erhält."

Auersperg brachte die Erneuerung der großen Allianz zur Sprache. Er wagte nicht das Parlament dabei zu erwähnen. Der König entgegnete: „Ich finde die Erneuerung höchst nothwendig, und werde sie meinerseits nicht unterlassen“.

Der Gesandte sprach den Wunsch des Kaisers aus, daß Vignerol abermals für Savoyen zugesichert werde. Der König erwiederte: „Ich halte es nicht für thunlich, diese Forderung an Frankreich als Präliminar-Bedingung zu stellen. Sie könnte nur bei den weiteren Verhandlungen erhoben werden. Freilich erkenne ich an, daß es sehr wichtig wäre, wenn Frankreich gezwungen werden könnte, seinen Fuß aus Italien zu ziehen“.

„Und wie ist es mit Vothringen?“ fragte Auersperg. — „Versichern Sie dem Kaiser, entgegnete der König, daß die Freundschaft, die zwischen uns beiden, dem Herzoge Carl und mir, bestanden, mir so frisch im Gedächtnisse lebt, daß ich aus Liebe und Achtung für dieses hohe Haus alles anbieten werde, was ich vermag, um die Kinder meines Freundes in ihr völliges Recht herzustellen. Melden Sie das dem Kaiser. Melden Sie es auch der Mutter, der Königin Eleonore in Innsbruck.“

„Wie soll es mit dem Gegenvorschlage gehalten werden?“ fragte endlich Auersperg. — „Zuerst, erwiederte der König, muß der Präliminar-Punct erledigt sein. Bis dahin darf ein Gegenvorschlag nicht vorgebracht werden, zumal da ja weder die englische, noch die holländische Forderung aufgestellt ist, die spanische noch der Vereinbarung harret. Es kommt dabei für uns darauf an, den Vorschlag so einzurichten, daß Frankreich, im Falle es nicht darauf eingeht, vor der Welt dastehe im völligen Unrechte. Alle Nationen müssen erkennen, daß diese Allianz wider Frankreich nichts sucht als eine rechtshaffene Sicherheit für Alle, und nicht etwa trachtet aus irgend einem besonderen Interesse den Krieg zu verlängern“¹⁾.

Der Gesamt-Eindruck des Verhaltens des Königs auf den Gesandten war der, daß der König allerdings den Frieden suche, jedoch

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 29. April.

denselben nicht überstürzen werde, zumal da seine Neigung den Wünschen von Holland zu willfahren, ihr Gegengewicht habe an seiner Stellung in England und der Stimmung dieser Nation.

So der Graf Auersperg. Wir werden diese Stimmung bald kennen zu lernen haben. Zuvor jedoch müssen wir bemerken, daß ungeachtet des Vertrauens, mit welchem der Kaiser und der König einander entgegen traten, dennoch eine sehr wichtige Differenz blieb. Diese Differenz betraf den Weg, auf welchem man zur Klarheit über die französischen Friedens-Vorschläge gelangen könne. Der König hatte die Beredungen durch Dykvelt mit französischen Emissären thatsächlich fallen lassen. Er war dennoch nicht abgeneigt sie wieder aufzunehmen.

Der negative Grund dafür war seine Ansicht, daß er in der Vermittelung durch Schweden, an welcher der Kaiserhof mit Zähigkeit fest hielt, keinen Lichtstrahl des Friedens aufleuchten sah¹⁾. So sprach er sich zu Heinsius aus. Allein es gab noch einen anderen Grund. Die Vermittelung, wenn sie durch Schweden ging, lag in den Händen des alten Oxenstjerna. Der König kannte die Ergebenheit desselben für den Kaiser, die Freundschaft mit dem Grafen Kinshy. Daß Oxenstjerna für das Interesse des Kaisers alles aufbieten würde, war dem Könige gewis; ob er in gleicher Weise für Holland streben werde, bezweifelte der König²⁾.

Denn hier lag der andere, der positive Grund. Es war der feste Wille des Königs, namentlich mit der Stadt Amsterdam im guten Einverständnisse zu bleiben. Wenige Tage vor der Unterredung mit dem Grafen Auersperg, die wir vernommen, trug er dem Rathspensionär auf: „Ich bitte Sie den Herren von Amsterdam in meinem Namen zu sagen, daß ich nichts so sehr verlange als in allen Dingen mit ihnen zusammen zu gehen“³⁾.

Um den Wünschen der Stadt Amsterdam entgegen zu kommen, ließ der König durch Dykvelt neue Unterredungen mit französischen Emissären vorbereiten. Als den Ort bestimmte er Utrecht. Dies Mal

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 512. Schreiben an Heinsius vom 15./25. Februar.

²⁾ So ein Aufsatz aus der Umgebung des Königs in den Robethon-Papieren im St. A. H.

³⁾ Grovestins t. VI, p. 513. Schreiben vom 5. April.

wurden fünf Franzosen erwartet. Damit die Ankunft kein Aufsehen erzeuge, ordnete der König an, daß sie einzeln eintreffen sollten¹⁾.

Es ist sehr merkwürdig, daß der König, ungeachtet der gemachten Erfahrung, dennoch abermals sich dem Gedanken hingeben mochte: das Geheimnis auch nur des Planes solcher Zusammenkünfte werde bewahrt bleiben. In seinem Interesse lag diese Geheimhaltung; sie lag nicht in demjenigen des Königs von Frankreich.

Der Graf Auersperg hatte dagegen das Recht zu betonen, daß die Neigung des Königs zum Frieden im Interesse von Holland ein Gegengewicht habe an seiner Stellung in England und an der Stimmung dieser Nation.

Denn diese Stimmung, wie sie sich am Tage vor jener Unterredung durch eine besondere Bitte des Unterhauses an den König kund gegeben, war einerseits keineswegs freundlich für die Republik Holland, andererseits sehr kriegeslustig. Die Bitte lautete: der König in seiner großen Weisheit wolle Sorge tragen, daß fortan dies Königreich in der Tragung der Kriegeslast auf gleichen Fuß gestellt werde mit den anderen Bundesgenossen²⁾. Der Sprecher des Unterhauses, bei der Ueberreichung dieser Bitte, fügte hinzu: „Ew. Majestät wollen erwägen, daß das Heil und der Ruhm dieser Nation darin bestehen, Frankreich für unseren Erbfeind zu erklären und keinen anderen Frieden mit ihm zu machen als einen solchen, welcher ewigen Bestand verbürgt. Damit wir aber dahin gelangen, ist es dringend nothwendig, die Macht Frankreich weit tiefer hinabzudrücken, als sie zur Zeit noch sich befindet. Das ist das Verlangen der ganzen Nation, und sie wird nicht ermangeln nach allen Kräften beizutragen, damit der Krieg mit Nachdruck geführt werden könne“³⁾.

Einige Tage später erfolgte die Antwort des Königs auf jene Bitte: „In dieser Angelegenheit, erwiederte er, wie in allen anderen

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 514. Schreiben vom 4. Mai.

²⁾ Auersperg und Hoffmann in ihren Berichten vom 29. April: Dies zielt auf Holland.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 3. Mai.

werde ich mich stets befeßen, nach meinem Vermögen das Interesse und die Ehre der Nation zu wahren“ ¹⁾).

Das Parlament bewies seinen Kriegeseifer durch die Bewilligung der Geldmittel. Es bewies ihn durch seine Zustimmung für die Ausführung des Planes, der im Sommer zuvor so manche Bedenken erregt, nämlich des Ueberwinterns der Flotte im Mittelmeere. Von Seiten einiger Tories, namentlich im Oberhause, an deren Spitze die Grafen Nottingham und Rochester standen, ward der Einspruch erhoben, daß diese Entfernung der Hauptflotte die Sicherheit Englands gefährde. Die Vertheidiger der Maßregel beantragten zu beschließen, daß die Entsendung der Flotte durchaus entspreche dem Interesse und der Ehre der Nation. Sieben Achtel der Lords stimmten für diesen Antrag ²⁾).

Dagegen erhob sich nach und nach ein besonderer Einwand gegen die Fortführung des Krieges. Er ward hergenommen von der Ausführung des Geldes. „An gemünztem Gelde, hieß es, laufen im Königreiche etwa zwölf Millionen Pfund Sterling um. Die Bezahlung der Truppen in Belgien erfordert jährlich eine Million. Die umlaufenden Münzen sind zu einem großen Theile beschnitten, der Metallwerth daher unter dem Nennwerthe. Das Geld dagegen, welches nach dem Festlande geht, wird dort nur vollwichtig angenommen. Jahr auf Jahr also wandert das gute Geld aus. Wenn nicht dagegen eine Abhülfe getroffen wird, so bereichert sich Holland, so verarmt England“ ³⁾).

Diese Klagen, die im Frühlinge 1695 zuerst öffentlich hervortraten, erhoben sich, wie wir ersehen werden, im nächsten Jahre ungleich lauter und stärker. Im Jahre 1695 thaten sie dem Kriegeseifer noch keinen Eintrag.

Dagegen bewirkte dieser Kriegeseifer des Parlamentes von 1695 nicht eine Beschleunigung der Geschäfte, damit der König bald nach dem Continente aufbrechen könne. Die Ungeduld des Königs dahin zu kommen, entsprach durchaus derjenigen der früheren Jahre. „Ich theile völlig, schrieb er am 1./11. März an Heinsius, die Ansicht des

¹⁾ Commons' Debates, vol. II, p. 458.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 11. März.

³⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 27. Mai.

Prinzen Vaudemont, daß, wenn es uns nicht gelingt vor dem Feinde ins Feld zu rücken, wir nur eine armjelige Figur machen und nichts Wichtiges unternehmen können. Aber ich besorge, daß, so lange ich von dort fern bleibe, es außerordentlich schwierig ist, die Corps zusammen zu ziehen. Und hier sehe ich mit Verdruß, daß es mir bis jetzt noch unmöglich ist, meinen Ausbruch nach dem Festlande auf eine bestimmte Zeit anzusetzen“ ¹⁾).

Eine besondere Ursache der Verzögerung war die Entdeckung verschiedener Unterschleife.

Der Anlaß war, daß die Bewohner des Ortes Royston dem Unterhause eine Klage einreichten über Erpressungen von Offizieren und Soldaten ²⁾). Die Thatfache erwies sich als begründet. Aber es kam mehr zum Vorscheine. Neue Offiziere und Soldaten hatten so gehandelt, wie sie sagten, um subsistiren zu können. Es erfand sich, daß ihnen ihr Sold nicht ausgezahlt war. Das Unterhaus erhob vor dem Könige eine eindringliche Beschwerde über die Armee Verwaltung. Demgemäß erfolgten nachdrückliche Maßregeln. Mehrere Offiziere wurden cassirt, die Vorschriften strenger Disciplin aufs neue eingeshärft. Der Erfolg der Bürger von Royston ermuthigte auch Andere, ihre Klagen einzubringen. Die allgemeine Aufmerksamkeit ward rege. Es erhob sich das Gerücht, daß eine große Bestechlichkeit herrsche, daß der Hof, das Heer, die Stadt Vondon, ja das Parlament selbst an diesem Uebel krankten ³⁾). Das Unterhaus setzte eine Commission nieder zum Zwecke der Untersuchung. Die Bücher der ostindischen Compagnie, der städtischen Verwaltung von Vondon wurden der Prüfung unterzogen. Aus den letzteren ergab sich die Thatfache, daß der Sprecher des Unterhauses, Trevor, für die Durchbringung einer Bill tausend Pfund Sterling angenommen. Er selber als Sprecher hatte im Unterhause die Frage zu stellen, ob er schuldig sei, ob nicht. Er selber hatte dann die Entscheidung zu verkünden, daß die Mehrheit bejahe. Es war seine letzte Verrichtung. Er erschien nicht wieder. Aber das Unterhaus brachte die Sache in aller Form zu Ende: es stieß ihn aus.

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 513.

²⁾ Commons' Debates, vol. II, p. 447.

³⁾ A. a. O. p. 451.

Die Anklagen wegen der Bestechung durch die ostindische Compagnie reichten höher hinauf. Beide Häuser einigten sich zu einer gemeinschaftlichen Commission von zwölf Lords und einundzwanzig Mitgliedern des Unterhauses zur Untersuchung der Sache.

Inzwischen stieg die Ungeduld des Königs. Es kam die Nachricht ein, daß die Franzosen vor Courtray Wall Linien aufwarfen und besetzten, daß 14,000 Mann daran arbeiteten unter dem Schutze von 18,000, daß diese Arbeiten bereits sechs Tage im Gange, bevor die verbündete Armee nur eine Kunde davon erhalten. Die Nachricht traf in London ein am 12./22. April. Der König war sehr unmutig¹⁾. Dennoch war noch kein Ende der Sitzungen abzusehen. Am 22. April/2. Mai sanctionirte er einige Bills. Dann wandte er sich an das Parlament mit folgenden Worten: „Mylords und meine Herren! Ich benutze diese Gelegenheit, um Euch zu sagen, daß die Jahreszeit so weit vorgerückt, der Stand der Dinge so dringend ist, daß ich sehr ernstlich empfehle diejenigen Geschäfte, welche erscheinen als die wichtigsten für die öffentliche Wohlfahrt, schleunig zu erledigen. Denn in wenigen Tagen muß ich diese Session beenden“.

Erst am 27. April/7. Mai erfolgte der Bericht jener Commission. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß einige Mitglieder des Unterhauses gehofft haben, den König und Portland in die Sache zu verwickeln. Die Namen wurden allerdings genannt, aber nicht in der Richtung, die dem Wunsche ihrer Gegner entsprach. Es herrschte der Brauch, daß die ostindische Compagnie alljährlich dem Könige ein Geschenk darbrachte. So bei Carl II., so bei Jacob II. Bei dem Könige Wilhelm war in den letzten drei Jahren dies unterlassen. „Ferner — fuhr dasjenige Mitglied des Unterhauses fort, Wharton, welcher die Rolle des Anklägers in dieser Sache auf sich genommen — habe ich bei dieser Gelegenheit einen edelen Lord zu nennen, nicht zu seinen Unehren. Es ist der Graf Portland. Als ihm die hohe Summe von 50,000 Pfund Sterling geboten wurde, weigerte er entschieden die Annahme, und sagte denen, welche anboten: er würde, wenn sie jemals wieder solche Erbietungen machten, für immer ihr Feind und Widersacher sein.“ Dann kam der Gegenatz. „Nachdem ich so des

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. April.

Unschuldigen gedacht, fuhr Wharton fort, muß ich den Schuldigen bezeichnen, den Herzog von Leeds, den Präsidenten des geheimen Rathes. Es liegt notorisch vor, daß er sich hat bestechen lassen. Ein Mann, welcher Rechte der Unterthanen verkauft, ist fähig auch das Königreich zu verkaufen. Er darf nicht mehr im Rathe des Königs sitzen. Man könnte eine Adresse an den König vorschlagen. Aber eine Adresse ist zu schwach für eine so wichtige Sache. Ich beantrage die Stellung unter Anklage“ ¹⁾).

Der Eifer für Recht und Gerechtigkeit war nicht immer die starke Seite Whartons. Dagegen war er ein hervorragendes Mitglied der Whig-Partei, Leeds eines der Häupter der Tories. Wenn der Antrag Whartons zum Beschlusse erhoben ward: so konnte der König den dadurch betroffenen Herzog von Leeds nicht zum Mitgliede der Regentenschaft ernennen. Die Sache war dem Könige sehr unangenehm. Aber die Thatfachen lagen offenkundig vor. Die Stellung unter Anklage ward beschlossen.

Der Herzog von Leeds, der einstige Graf Danby, erschien sofort am Thore des Unterhauses, und bat um Einlaß zur Vertheidigung. Seine Bitte ward gewährt. Er selber wies darauf hin, daß es das zweite Mal sei, daß das Unterhaus ihn anklage. Zuerst im Jahre 1678. Damals habe es ihm Begünstigung des französischen Interesses und des Papismus vorgeworfen. Damals würde er sich, wenn man ihn gehört hätte, gerechtfertigt haben, wie es seine späteren Handlungen ausgewiesen. Dies Mal hoffe er sich auch in Worten zu rechtfertigen.

Es gelang ihm nicht. Das Unterhaus beharrte bei seiner Anklage.

Demnach konnte der Herzog von Leeds nicht ein Mitglied der zu ernennenden Regentchaft sein²⁾).

Die Frage dieser Regentchaft beschäftigte seit langem die Gemüther. Sie hing zusammen mit der Stellung des prinziplichen Paares.

Die Ausöhnung desselben mit dem Könige, wenigstens äußerlich, war vollzogen. Daß die Persönlichkeiten innerlich einander nicht näher

¹⁾ Commons' Debates, vol. II, p. 466: to lodge an impeachment.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. Mai: Der vornehmste Zweck ist, daß er (Leeds) nicht von der zu hinterlassenden Regierung sein soll.

treten konnten, war begründet in der Verschiedenheit der Charaktere. Daß dagegen die Stellung wie eine freundliche erschien, lag im Interesse der Prinzessin Anna, und eben so sehr ihrer Führer, des Ehepaares Marlborough.

Wir erinnern uns der Entwürfe Marlboroughs im Beginne des Jahres 1692. Damals als der flüchtige König auf ihn sein hauptsächlichstes Vertrauen setzte, hatten einige Jacobiten selbst, in der Besorgnis, daß Marlborough ein anderes Ziel verfolgte, als welches er in St. Germain vorpiegelte, den König Wilhelm vor ihm gewarnt. Es erfolgte der jähe Sturz Marlboroughs. Seitdem blieb er in Correspondenz mit St. Germain, benutzte seine Kenntniß der Dinge in England im Mai 1694 zum Verrathe des Planes gegen Breßl, und trachtete gleichzeitig durch Shrewsbury wieder in den Dienst des Königs Wilhelm zu gelangen. Dieser wies ihn zurück.

Was immer Marlborough früher geplant haben mag: der Tod der Königin veränderte für ihn und seine Frau völlig die Lage der Dinge. Denn dieser Tod rückte die von ihnen beiden geleitete Prinzessin Anna in die nächste Nähe des Thrones. Weder die Gesundheit des Königs Wilhelm, noch sein Verhalten im Felde wie auf der Jagd, verbürgten ein langes Leben. Wie so oft waren die Gefahren für dasselbe der Gegenstand sorgenvoller Berichte der Gesandten! — Im Anfange April klagte er über einen Schauerfrost, dem Hitze folgte. Bereits erhob sich Besorgnis; doch kehrte der Anfall nicht wieder. Die Aerzte fanden bald die Ursache. Er hatte bei schneidigem Nordwind einen ganzen Tag gejagt. Es gelang den inständigen Bitten am nächsten Jagdtage ihn zurückzuhalten ¹⁾. Es war für das eine Mal: das Wesen der Dinge ward dadurch nicht geändert. Von einem Tage zum anderen konnte die Krone an die Prinzessin Anna gelangen. Dann begann die Zeit des Glanzes, und namentlich diejenige des Reichthumes für das Ehepaar Marlborough. Sicherer aber war dies Ziel zu erreichen, wenn Marlborough vorher zu Gnaden wieder aufgenommen ward. Die Prinzessin hatte, um die Ausöhnung zu erwirken, vorher die Lady Sarah auf einige Zeit entfernt. Dann jedoch erfolgten ihre Fürbitten beim Könige.

¹⁾ Die Berichte des Grafen Auersperg vom 12. und 16. April.

Wilhelm III. war dem Grafen Marlborough, nach den Erfahrungen von 1692, sehr abgeneigt. Man erzählte von ihm das Wort: wenn er Privatmann wäre, würde er sich mit Marlborough schlagen. Dennoch hatten sich auch für ihn durch den Tod der Königin die Dinge in etwas geändert. Daß er in die Ehrlichkeit Marlboroughs oder der Lady Sarah auch nur das geringste Vertrauen gesetzt habe, dürfte nach den Beweisen des Gegentheiles, die ihm vorlagen, nicht anzunehmen sein. Aber er wußte, daß er bauen durfte auf den Egoismus von Marlborough. Um des Egoismus willen, der diesen Mann an das Interesse der Thronerbin band, würde Marlborough sich in Pläne wie die von 1692 nicht wieder einlassen, würde dagegen seine Befähigung dem Dienste des Königs widmen. Diese ganz außerordentliche Befähigung erkannte damals vielleicht Niemand besser als der König.

Dazu trat noch ein anderes Moment. Der König war in der unangenehmen Lage, der Prinzessin mehrere Bitten für ihren Gemahl nicht zu gewähren. Der Prinz wollte in dem Feldzuge in Belgien ein Commando übernehmen. Der König schlug ab. Der Prinz bat als Volontär mitgehen zu dürfen. Auch auf diese Bitte schwieg der König. Der Prinz wußte aus Erfahrung, was dies Schweigen bedeute. Es war am 22. März 1. April. Acht Tage später vernahm man, der Graf Marlborough sei zum Handkuffe zugelassen worden, und werde als General der Infanterie den Feldzug in Belgien mitmachen¹⁾. Einige Tage später melden die kaiserlichen Gesandten: „Der Graf Marlborough, welcher mit seiner Frau die Ursache des Zwiespaltes der königlichen Schwestern gewesen, ist, seitdem er zum Handkuffe zugelassen worden, eifrigst beflissen das Interesse des Königs im Parlamente zu befördern“. Dabei jedoch verblieb Marlborough in Beziehung mit St. Germain.

Eine neue Schwierigkeit in Betreff des Prinzen Georg erwuchs für den König bei der Frage der Regentschaft in seiner Abwesenheit. Der Zustand der Prinzessin gestattete ihr nicht die Theilnahme. Es konnte sich also nur um den Prinzen handeln. Auf die Frage des

¹⁾ Die Berichte des Grafen Auersperg vom 1. und 8. April. — Desgleichen diejenigen Hoffmanns.

Königs, ob er geneigt sei sich zu betheiligen, erwiederte der Prinz, daß er bereit sein würde, wenn er dieselbe Vollmacht erhielte, wie in den Jahren zuvor die Königin. Dies wollte weder Wilhelm III. gewähren, noch hätte es der Neigung der Nation entsprochen. Der König bot ihm eine der sieben Stellen an. Der Prinz hielt die Annahme seiner Würde nicht gemäß. Er lehnte ab. Doch war das prinzliche Paar durch die Erfahrung klüger geworden. „Sie haben, lautet der Bericht, keine Empfindlichkeit an den Tag gelegt“ ¹⁾.

Der König behielt die Namen der Mitglieder geheim bis zum letzten Tage.

Am 3./13. Mai verhandelte das Oberhaus die Sache des Herzogs von Leeds. Es beschloß der Anklage ihren Lauf zu lassen. Demgemäß ward Leeds einstweilen von allen Aemtern suspendirt.

Während dieser letzten Debatte hatte sich der König in das Zimmer begeben, in welchem er den königlichen Ornat anzulegen pflegte, um durch seine Nähe beschleunigend einzuwirken ²⁾. Sobald der Beschluß erfolgt war, ließ er das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte die noch übrigen Bills, und redete dann wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ich bin gekommen, um meinen Dank auszusprechen für die zum Zwecke des Krieges mir bewilligten Subsidien, und zugleich um diese Session zu beschließen. Sie kann nicht länger fortgesetzt werden ohne offenbaren Nachtheil für den Zweck, zu welchem die Subsidien bewilligt sind. Denn die Jahreszeit erfordert so nothwendig meine Anwesenheit im Felde, daß es zu wünschen wäre, unsere heimischen Angelegenheiten hätten mir den Ausbruch dahin eher gestattet.“

„Ich werde Sorge tragen die Verwaltung während meiner Abwesenheit solchen Persönlichkeiten zu übergeben, auf deren Treue und Zuverlässigkeit ich bauen darf. Und ich zweifle nicht, Mylords und Herren, daß jeder Einzelne von Euch je nach seiner Lebensstellung ihnen darin behülflich sein wird. Dies verlange ich von Euch, und ferner, daß Ihr mehr noch als gewöhnlich wachen wollet für die Erhaltung des öffentlichen Friedens.“

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 27. Mai.

²⁾ Desgleichen vom 13. Mai.

Dann sprach der Lord Siegelbewahrer im Namen des Königs die Vertagung aus bis zum 18. Juni. Man wußte bereits im voraus, daß, da die Zeit des Unterhauses im Herbst zu Ende ging, auf die Vertagung die Auflösung folgen werde. Denn es galt die Ansicht, daß je länger ein Unterhaus sitze, desto stärker die Neigung zur Opposition emporwachse ¹⁾).

Die Namen der Reichsverwejer ²⁾) wurden dann veröffentlicht. Es waren sieben an der Zahl: der Erzbischof Tenison, der Groß-Siegelbewahrer Somers, der Geheim-Siegelbewahrer Pembroke, der Obersthofmeister Devonshire, der Oberstkämmerer Dorset, der Staats-Secretär Shrewsbury, und der erste Lord der Schatz-Commission, Godolphin.

Der Erzbischof war mehr der Form wegen ernannt, als daß der König erhebliche Dienste von ihm erwarten durfte. Er war ein braver, ehrlicher Mann, der sich jedoch nie anderer Dinge beflissen als seines geistlichen Amtes. Mitglied der hochkirchlichen Partei, war er den Whigs gegenüber dennoch eine conciliante Persönlichkeit.

Somers stand als Rechtskundiger in hohem Ansehen, nicht bloß bei der Whig-Partei, der er angehörte, sondern bei der gesamten Nation. Dabei war er arbeitskräftig, thätig. Es galt die Ansicht, daß was von Geschäften vorkomme, auf ihn fallen würde, zumal da die übrigen dazu weniger tauglich erschienen.

Lord Pembroke war Tory, jedoch gemäßigt. Nicht um seiner Begabung willen hatte, wie es schien, der König ihn mit eingesetzt, sondern wegen seiner Stellung.

Der Herzog von Shrewsbury ward angesehen als diejenige Persönlichkeit, welche eine sehr wichtige Stellung in der Regentschaft haben könnte, theils wegen seines Amtes als Staats-Secretär, theils wegen seines Ansehens bei der Whig-Partei, die er, wie man sagte, völlig regiere. Aber Shrewsbury lebte dem Vergnügen.

Ihm ähnlich in aller Beziehung war Devonshire, nur mit geringerer Befähigung und schwächerem Credit bei der Partei.

Dorsets hauptsächliches Trachten war als Poet zu gelten. Seine Bedeutung in der Whig-Partei bestand darin, daß er dazu gehörte.

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 27. Mai.

²⁾ Offiziell: Custodes regni, Lords Justices.

Godolphin war klug, geschäftserfahren. Wir haben ihn kennen gelernt als den umsichtigen Steuermann, der mit jedem Winde der Höfe Carlo II., Jacobs II., Wilhelms III., zu segeln verstand. Die Tories wie die Whigs sahen ihn als den ihrigen an¹⁾.

Demnach hatte die Whig-Partei in der Regentschaft allerdings das Uebergewicht, entsprechend der Stellung der Parteien im Unterhause; jedoch auch die Tories waren vertreten. Die Bestallung war, der größeren Autorität wegen, ihnen ausgefertigt unter dem großen Siegel des Königreiches. Ihre Befugnis konnte, je nach den Umständen, sehr weit sich erstrecken, nämlich das Parlament nach Ermessen zu berufen, auch sogar aufzulösen. Man zweifelte jedoch nicht, daß, weil der König eine solche Macht in ihre Hände gelegt, er sich völlig sicher fühlen mußte, daß sie, eben so wie früher die Königin, nichts Wichtiges vornehmen würden ohne seinen besonderen Befehl. Indessen aller Wahrscheinlichkeit nach war im Inneren des Reiches nichts zu besorgen, und die auswärtigen Angelegenheiten behielt ja doch der König, ob in Kensington, ob im Feldlager, für sich allein²⁾.

Die Reichsverweser hatten die Verwaltung des Königreiches nicht eher auf sich zu nehmen, als bis die Nachricht der Landung des Königs auf dem Continente eingetroffen war. So hatte es auch die Königin gehalten. Denn nach dem Herkommen und gemäß der in England geltenden Meinung von der Herrschaft über das Meer, wurde der König so lange nicht als abwesend betrachtet, als er sich befand auf der See in der Nähe von England³⁾.

Der Abfahrt des Königs indessen stand noch ein besonderes Hindernis entgegen. Der Wind wehte beharrlich von Osten.

Es ist von Interesse hier zu erwähnen, daß die Abhängigkeit der Seefahrt vom Winde schon damals Bestrebungen hervorrief, sich dieser Abhängigkeit zu entwinden. Im December des Jahres 1694 trat ein Mann auf mit der Angabe, daß er eine Maschine erfunden, welche ihn in den Stand setze, bei jedem Winde das Meer nach Holland in zweimal vierundzwanzig Stunden zu durchfahren. Der König ließ die

¹⁾ Diese ganze Charakteristik der Sieben nach dem Berichte des Grafen Auerberg vom 27. Mai.

²⁾ Auerbergs Bericht vom 27. Mai.

³⁾ Dergleichen vom 24. Mai.

Sache unterjuchen. Nach seiner Ansicht fiel die Probe zur vollen Befriedigung aus, so daß er die Sache dem Parlamente vorlegte. Sie fand dort keinen Anklang. Das sei eine Neuerung, hieß es, die eine Berücksichtigung nicht verdiene¹⁾.

Am Pfingsttage endlich, dem 14./24. Mai, schlug der Wind um. Der König eilte nach Gravesend. Am 16./26. Mai meldete er vom Haag aus dem Kaiser seine Ankunft.

Ungeachtet des früheren Gedanken-Austausches mit dem Prinzen Vaudemont, daß der lange Verzug jede Unternehmung vereiteln werde, war der König fest entschlossen, etwas Nachdrückliches zu wagen. Denn das war der Wunsch Englands. „Geschicht dies, meldet der Graf Auersperg, so darf man wegen der Bewilligung des Parlamentes für den nächsten Feldzug ohne Sorge sein. Und darum wird der König in diesem Falle den Abmahnungen der Holländer nicht nachgeben“²⁾.

Bevor dieser Entschluß des Königs auf ein bestimmtes Object sich richten konnte, traten im Haag zwei andere wichtige Angelegenheiten an ihn heran. Die eine war für den Fall von Friedenshandlungen diejenige der Ansprüche von Spanien, welche der König in den Veredungen mit Auersperg vertagt hatte bis auf seine Ankunft im Haag. Die andere war diejenige der Beseitigung der Gefahren, die vom Reiche aus drohen konnten, oder mit einem anderen Worte, die Zahlung von Subsidien an Kurpfalz.

Diese Angelegenheit zunächst fordert unsere Aufmerksamkeit.

Wie in den Jahren zuvor, so war auch 1695 eine hauptsächlich Besorgnis diejenige der Bildung einer dritten Partei in Deutschland, welche eintreten würde für die von Frankreich aus gemachten Friedensvorschläge, in Wirklichkeit also französisch war. Der Ansat zu einer solchen Partei war immer vorhanden in dem Bunde der opponirenden Kürsten, das heißt derjenigen, welche sich der Errichtung der neunten Kurwürde widersetzten. Der hauptsächliche Kitt dieses Bundes wäre

¹⁾ Anlage III.

²⁾ Auersperg an Kinsky, 3. Juni. — Vgl. das Schreiben von Wilhelm III. an Heinsius vom 9. Juni, bei Grovestins t. VI, p. 515.

gewesen das Gold Frankreichs. Dieses Gold war nicht mehr flüssig. Das Mittel dagegen, die Velleitäten der Mitglieder dieses Bundes zu lähmen, war das Gold der Seemächte. Einer der lautesten dieser Opponenten war der Fürstbischof von Münster. Die Drohung des Kaisers gegen ihn mit den Waffen von Brandenburg und Braunschweig-Füneburg, andererseits die Geneigtheit von England und Holland zu zahlen, brachten Friedrich Christian zur Einsicht. Im März 1695 ward der Vertrag geschlossen. Friedrich Christian stellte 4000 Mann, und erhielt 300,000 Reichsthaler. Der König in seiner kurzen Weise sagte zu Auersperg: „Es ist mehr als er verdient. Ich will nur hoffen, daß er den Vertrag hält“ ¹⁾.

Kästiger indessen noch als dieser Fürstbischof war der jugendliche Kurfürst Friedrich August von Sachsen, namentlich da auch er wieder, wie einst sein Vater und sein Bruder, berathen ward von Hans Adam von Schöning.

Der Kaiser hatte diesen Mann aus der Haft entlassen gegen das Versprechen des Kurfürsten, ihn weder im Rathe, noch im Felde zu verwenden, und seinerseits einzutreten in die große Allianz. Das Letztere geschah. Von dem ersteren Versprechen hoffte Friedrich August durch den Kaiser entbunden zu werden. Es gelang ihm nicht. Aber auch so war Schöning in ähnlicher Weise thätig, wie einst vor seiner Gefangenschaft. Im Januar 1695 warnte der König Wilhelm den Kaiser. „Ich habe Nachrichten aus Paris, sagte er, die mir glaubwürdig erscheinen. Man hat von dort aus einen Versuch bei Schöning gemacht. Er hat erwidert, daß er für die bisher geleisteten Dienste, namentlich für die Weigerung des Kurfürsten im vorigen Feldzuge, seine Truppen unter Ludwig von Baden den Rhein überschreiten zu lassen, den Lohn noch nicht empfangen, daher auch sich noch nicht weiter einlassen könne“ ²⁾. Demnach war Schöning abermals bereit zum Verrathe, wenn vorher gezahlt wurde.

Wie die Warnung des Königs dem Kaiser den Beweis lieferte, daß Friedrich August sich an das Versprechen in Betreff Schönings nicht band: so gingen die Forderungen dieses Kurfürsten noch hinaus

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. März.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 10. Januar 1695.

über diejenigen, die einst der Bruder oder der Vater gestellt. Friedrich August wollte nicht bloß selber seine Truppen führen. Er verlangte das Commando der Reichsarmee am Oberrheine. Er wolle nicht, wie einst sein Bruder, es mit Ludwig von Baden theilen, sondern dieser sollte unter ihm stehen. Auch wolle er Schöning bei sich haben. Der Markgraf Ludwig von Baden seinerseits meldete dem Kaiser, daß, im Falle diese letztere Persönlichkeit bei der Armee erschiene, er sie verlassen würde.

Die kurländischen Truppen wurden in Schwaben und Franken kaum minder gefürchtet als der Feind. Es wurde daher vorgeschlagen für den Feldzug von 1695 völlig von ihnen abzugehen. Aber dem stand eine andere gewichtige Besorgnis entgegen. Der jugendkräftige Friedrich August wollte als Heerführer sich bethätigen. Er war in Differenz mit den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg über das Herzogthum Lauenburg. Wenn sein Thatendrang nicht anderswo verwendet wurde, so stand zu fürchten, daß derselbe, mit französischer Nachhülfe, sich im Reiche entlud und demnach die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zwingen würde, zum Zwecke der eigenen Vertheidigung ihre Truppen der großen Allianz zu entziehen.

Der Kaiser machte daher dem Könige den Vorschlag, die kurländischen Truppen nach Belgien zu ziehen und dafür die Brandenburger aus Belgien an den Oberrhein zu entsenden. Der Kurfürst von Brandenburg werde keinen Widerspruch erheben dürfen, da er während des ganzen Krieges vom Kaiser ansehnliche Subsidien erhalten, so wie die Quartiere im Reiche genossen, dagegen keine Truppen an den Oberrhein geschickt, auch sogar sein Reichs-Contingent an der Maas stehen habe. Es bedürfe nur eines entschiedenen Wortes von Seiten des Königs¹⁾.

Der König indessen war wenig geneigt, dieses Wort zu sprechen. In Wirklichkeit wäre der Tausch nicht zu seinem Vortheile gewesen. Es war ihm nicht unbekannt, daß der Kurfürst von Brandenburg für seine Truppen doppelte Zahlung erhielt, weil sowohl von Seiten des Kaisers und des Reiches, als von Seiten der Seemächte. Allein dies Verhältniß bestand nun einmal. Wenn er die Brandenburger entließ,

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 1./11. Januar.

so mußte er dafür die an ihrer Statt einrückenden Sachsen bezahlen. In Betreff des Geldes also war für ihn kein Unterschied. Ein großer Unterschied dagegen war in der Qualität der Truppen, namentlich in Betreff des Commandos. Friedrich III. von Brandenburg, der in den ersten Jahren des Krieges eine selbständige Führung seiner Truppen beanspruchte, hatte, gegenüber dem Mißfallen des Königs an diesem Eifer, dem persönlichen Kriegesruhmee entjagt und dafür sich begnügt mit dem klingenden Gewinne, der ihm aus der Doppelstellung seiner Truppen erwuchs. Die Brandenburger waren unterdessen geworden wie die eigenen Soldaten des Königs¹⁾. Er durfte von den Kurachsen nicht die gleiche Willigkeit erwarten, namentlich nicht wenn der Kurfürst Friedrich August das Commando führte. Die Erfahrung, die der König bisher an dem Kurfürsten von Bayern gemacht, war nicht verlockend zur Heranziehung von noch mehr fürstlichen Persönlichkeiten dieser Art, zumal wenn noch dazu in der Umgebung einer solchen sich Hans Adam von Schöning befand.

Der König suchte daher dem Vorschlage des Kaisers auszuweichen. Portland fragte, ob der Kurfürst von Sachsen sich nicht herbeilassen würde zu einer Theilung seiner Truppen. Auersperg verneinte. Die hauptsächliche Absicht des Kurfürsten, erwiderte er, sei das eigene Commando.

Demnach gab der König den Rath: der Kaiser möge dem Kurfürsten das Ober-Commando in Ungarn gegen die Türken antragen, möge auch ihm gestatten den Schöning dahin mitzunehmen. In diesem Falle könne der Kaiser das Hülfscorps der Brandenburger aus Ungarn an den Rhein entsenden, und für diese würden die Seemächte die Subsidien übernehmen. In jedem Falle sei die persönliche Anwesenheit des Kurfürsten am Rheine zu verhüten.

Der König ging dabei von der Ansicht aus, daß der Kurfürst Friedrich August durchaus sich seine Truppen erhalten wollte, und daß, da seine eigenen Mittel dafür nicht reichten, er das Geld nehmen würde, von welcher Seite es sich böte. Eine Denkschrift aus der

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 18. Februar: Portland sagt mir, daß der König die Brandenburger Truppen nicht gern hergeben wolle, weil er deren eben so sehr Meißter wie der eigenen.

Umgebung des Königs baut die Schlüsse auf in folgender Weise. „Es steht zu hoffen, daß der Kurfürst auf den Vorschlag nach Ungarn eingeht. Denn Frankreich befindet sich nicht im Stande, ihm so viele Subsidien zu geben, wie erforderlich sein würden zur Erhaltung seiner Truppen daheim. Wenn diese nicht verwendet würden, so würde er selbst sie zu bezahlen haben. Denn er würde dann die Subsidien einbüßen, zu denen England und Holland für ihn bereit sind, so wie die Vortheile, welche der Kaiser ihm gewährt“ ¹⁾).

Der moralische Maßstab, den Wilhelm III. an diesen jungen Kurfürsten legt, war demnach nicht hoch. Der König hatte ihn persönlich kennen gelernt im Feldlager in Belgien, in welchem Friedrich August mehrmals als Volontär geweilt, und die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, sowohl durch seine ungemeine Körperstärke, als durch wenig erhabene Gesinnungen ²⁾).

Dem Rathe des Königs gemäß wurden von Wien aus Unterhandlungen mit Friedrich August von Sachsen angetnüpft. Er war nicht abgeneigt, das Commando in Ungarn zu übernehmen. Aber er ließ durchblicken, daß er auf die englisch-holländischen Subsidien eben so sicher rechne, als wenn er seine Truppen gegen Frankreich sende.

Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß der König Wilhelm bei jenem Rathe gehofft hat, daß der Friede mit der Türkei in naher Aussicht stehe. Er hatte damals wieder Lord Paget, zum Zwecke der Friedensvermittlung, nach Constantinopel entsendet. Lord Paget traf dort ein im Januar 1695. Er fand die Stimmung geneigter als früher. Als ein besonders günstiges Anzeichen erschien, daß seit einiger Zeit der französische Gesandte Chateauneuf zu den Berathungen der Minister des Sultans nicht mehr zugezogen wurde. Paget begab sich nach Adrianopel, wo der Sultan Achmet sich befand. Wenige Tage nach der Ankunft des Gesandten rührte den Sultan der Schlag. Es folgte ihm auf dem Throne sein Neffe Mustafa, in der Vollkraft des Lebens, erfüllt von Eifer für die Herstellung des Ruhmes der türkischen

¹⁾ In den Robethon-Papieren im St. A. G.

²⁾ Einzelheiten berichtet Philipp Christoph von Königsmark in seinen Briefen an die Kurprinzessin Sophie Dorothee in Hannover, 1693. Ein Eingehen darauf würde hier zu weit führen.

Waffen. Auch so noch gab Ford Baget die Hoffnung nicht auf. Der König theilte sie ¹⁾).

Der Kaiser seinerseits wünschte; aber seine Hoffnung nach der Erfahrung so langer Jahre war gering ²⁾).

Er wollte eine Armee von 50,000 Mann ins Feld stellen, für welche die Kosten von 21 Millionen Gulden erforderlich waren. Die Landtage der getreuen Erbländer folgten seinem Rufe. Sie bewilligten ³⁾).

Zugleich gingen die Unterhandlungen mit Kurfachsen fort. Der Vertrag kam zu Stande. Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen stellte 8000 Mann Hülfsstruppen, und erhielt den Oberbefehl. Er erhob die Bitte: der Kaiser möge bei den Seemächten sich verwenden um die Belassung der bewilligten Subsidien.

In Wirklichkeit hing die Ausführung des Vertrages an der Erfüllung dieses Verlangens ⁴⁾. „Es ist dem Kaiser unmöglich, schrieb Kinsky an Aueršperg, sowohl die Kurfachsen als die Brandenburger nur auf seine Kosten zu unterhalten. Denn wir haben die Brandenburger nicht nach dem Rheine entlassen dürfen, weil der Abschluß des Vertrages sich so lange verzögerte. Wir haben aber die Kurfachsen nicht herbeigewünscht. Der Kaiser hätte ihrer nicht bedurft. Wir sind auf den Vorschlag nur eingegangen, weil er als der geeignete erschien, dem möglichen Wirrwarr im Reiche vorzubeugen, und weil der König so nachdrücklich darauf drang.“

So stand die Sache vor der Ueberfahrt des Königs nach dem Festlande. Wilhelm III. war nicht geneigt in das Verlangen des Kurfürsten zu willigen. Er wollte sich zuvor, erwiederte er, mit Heinsius darüber besprechen.

Nach der Ankunft im Haag erneuerte Aueršperg sein Andringen. Heinsius suchte auszuweichen. „So lange Schöning bei dem Kurfürsten, erwiederte er, werde dieser doch nichts ausrichten.“ Aueršperg erwiederte, daß der König die Zulassung Schönings zu dem Feldzuge

¹⁾ Bericht des Grafen Aueršperg vom 10. Mai. — Vgl. Sylvius t. IV, b. 39, p. 13.

²⁾ Kinsky an Aueršperg, vom 4. Juli.

³⁾ Sylvius t. IV, b. 39, p. 12.

⁴⁾ Kinsky an Aueršperg, den 11. und 25. Mai.

in Ungarn nicht bloß bewilligt, sondern selber vorgeschlagen. Die Sache ward wiederholt erörtert. Endlich gewährte der König.

Wir sehen demnach, in welcher Art mehr als ein deutscher Fürst es verstand, durch die Ausnutzung der Gunst der Umstände den Krieg zu einem Erwerbsmittel für sich zu machen. Die genauere Kunde dieser Dinge stand bei wenigen Persönlichkeiten; aber man wird sich nicht verwundern, wenn von diesen Wenigen, von dem Könige und von Heinsius, über diese deutschen Fürsten mehr als einmal scharfe Worte verlauten.

Jene Aeußerung des Königs, daß er zuvor mit Heinsius sich besprechen müsse, prägt die Anerkennung aus, welche er dem Urtheile des Rathspensionärs entgegen trug. Sicherlich war es so die eigene Ansicht des Königs. Dennoch ist es merkwürdig, daß in den Augen Anderer das Verhältniß beider Persönlichkeiten erschien als dasjenige der völligen Unterordnung von Heinsius. So urtheilt ganz besonders der kaiserliche Gesandte für England, der Graf Auersperg. „Heinsius, meldet er, bemüht sich nicht einmal, wo er in seinen Reden die Republik erwähnt, den Schein zu retten, daß sie noch eine selbständige Macht ist. Er getraut sich nicht ein einziges Mal den geringsten Vorschlag zu machen, ohne vorher wiederholt die Erlaubnis des Königs eingeholt zu haben. Indessen nicht Heinsius allein handelt so. Die Mitglieder der Generalstaaten benehmen sich in gleicher Weise. Ich betrachte dies oft mit Staunen, und mein Leben lang wird die Erinnerung an diese Subordination mir gegenwärtig bleiben. Es scheint mir aber auch nöthig, diese Einzelheiten zu berichten, damit ich die Schwierigkeit der Stellung eines Gesandten hier darlege. Von den englischen Ministern ist dabei gar nicht zu reden. Auch nicht ein Einziger von ihnen ist im Geheimnisse. Dieser Sachlage gemäß ist mir mein Verhalten vorgezeichnet. In erster Linie habe ich zu dem Könige zu reden, in zweiter zu Dytvelt“ ¹⁾.

In denselben Tagen, wo Auersperg in solcher Weise die Huldigung der Republikaner von Holland vor der überlegenen Persönlichkeit

¹⁾ Auersperg an Kinsky, 7. Juli. Die Worte in Betreff der englischen Minister lauten: Pour ce qui est des ministres anglois, il n'en faut pas parler. Il n'y en a pas un qui soit du secret.

ihres Landsmannes schildert, erklang die Anerkennung derselben fern von Holland aus einem ganz anderen Munde, demjenigen des Papstes Innocenz XII.

Jacob II. hatte damals den Grafen Berth nach Rom entsendet. Die Berichte desselben erklangen für St. Germain wenig erfreulich. „Sie alle hier, meldet Berth, wenn man das Verhältnis von sechs gegen einen gleich Allen setzen darf, sind sehr kalt für uns. Sie meinen, daß Frankreich zu demüthigen nicht bloß eine rechtmäßige Sache sei, sondern eine nothwendige Pflicht. Bringt man sie dagegen auf das Unrecht wider unseren König, so erhält man die kalte Antwort: „„Ja freilich, ihm ist übel mitgespielt. Aber was sollen wir thun, um einen Frieden für ihn zu erwirken? Sein Sohn, der Prinz von Wales, wird einmal zur Regierung gelangen, ohne Zweifel. Aber wie will man den Prinzen von Oranien überwältigen? — Er ist im Besitze. Er ist brav und klug. Er versteht es England zu führen. Er ist Meister von Holland. Er ist wie der Kitt, der die verschiedenen Interessen der Allianz zusammen bindet““. — Das und Anderes dieser Art, fährt Berth fort, ist hier die allgemeine Rede, und sogar diejenigen, welche wir als unsere zuverlässigen Freunde betrachten, geben zu verstehen, daß sie derselben Meinung huldigen“¹⁾.

Berth entwickelt weiter seinen Unmuth, daß der Einwurf der Religion in Rom so gar nichts versange. „Ich bemerke sehr wohl, sagt er, das Bestreben aller Anhänger des Hauses Oesterreich, den Papst zu überreden, daß der Prinz von Oranien die Katholiken nicht feindselig behandle. Eben so reden die deutschen Jesuiten in Rom. Sie finden alles was der Kaiser thut, gesetzmäßig und heilig²⁾. Aber der Prinz von Oranien rühmt sich ja doch selber als Feind des Papstthumes. Darum will ich dies geltend machen, obwohl man mich gewarnt, daß, wenn ich den Kaiser darstelle als Förderer der Ketzerei, ich mir ein Unglück zuziehen werde. Mein Eifer für den Dienst des Königs setzt mich hinweg über alle Furcht.“

Nicht bloß über die Furcht setzte dieser Eifer den Grafen Berth hinweg. Er vergaß, daß er seine Entlassung aus dem Gefängnisse in

¹⁾ Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 532.

²⁾ Genau genommen sind dies die Worte Caryl's auf p. 536, welche diejenigen Berth's p. 532 bestimmter wiedergeben.

Schottland verdankte lediglich der Verwendung des Kaisers für ihn bei dem Könige Wilhelm III. (Vgl. Bd. VI, S. 19 u. f.)

Bei der Leidenschaftlichkeit, welche die Berichte dieses Grafen Berth erfüllt, dürfte es schwer sein, in demjenigen über seine Audienz beim Papste Innocenz XII. die subjective Färbung von dem Thatbestande zu scheiden. Klarer und bestimmter ergibt sich das Urtheil von Innocenz XII. über Wilhelm III. aus den gleichzeitigen Berichten eines minder erregten Beobachters, des spanischen Gesandten Carpio, an den König Carl II.

In einer Audienz vom 19. Juni sprach Innocenz XII. besondere Ausdrücke der Anerkennung aus für Wilhelm III., nicht für Ludwig XIV.¹⁾ Er rühmte die Weisheit jenes Königs, das prinzliche Paar in England ausgeschlossen zu haben von der Regentschaft während seiner Abwesenheit. Er hoffe, sagte er, die Herstellung des Friedens durch diesen König. Er theilte dann dem Gesandten das Erbieten mit, welches wir bereits früher kurz berührt, daß Wilhelm III., im Falle des Rückzuges von Jacob II. nach Rom, ihm ein Jahrgeld von 100,000 Pfund Sterling zahlen wolle. Carpio erwiederte: „Ich enthalte mich darüber des Urtheiles; aber meines Erachtens haben Ew. Heiligkeit für sich und Ihre Nachfolger den Zustand der Christenheit wohl zu erwägen; denn es handelt sich für Sie um die Rettung aus der Gefahr, Capläne der Könige von Frankreich zu werden.“ Innocenz XII. stimmte zu²⁾.

Einige Tage später erneuerte Innocenz XII. die Unterredung. Vernehmen wir darüber den Bericht des Gesandten mit seinen eigenen Worten.

„Weder die Zeitungen von Holland, meldet er, noch die Anhänger des Königs Wilhelm in England, vermögen so sehr die Persönlichkeit dieses Fürsten zu preisen, wie der Papst es mir gegenüber gethan. Er sagte mir, daß das Wirken dieses Königs dasjenige des größten Mannes sei, den je die Erde getragen³⁾. Von diesem Ausspruche

¹⁾ De gloria del Rey Guillermo, y desdoro del Christianissimo.

²⁾ De ser los capellanes de los Reyes de Francia. Confeso me ser cierto.

³⁾ Der Marchese Carpio an den König Carl II., Rom 3. Juli 1695. Der Beginn lautet: Ni las gazetas de Holanda, ni los que llamaron en Inglaterra al Rey Guillermo, pueden ensalzar tanto con suos discursos la Persona de

aus entwickelte er mir weiter, daß lediglich von der Hand des Königs von England die Entscheidung abhänge über Krieg und Frieden von Europa. Von der Unterhandlung, die durch Schweden begonnen, könne S. H. die gewünschte Frucht nicht hoffen. Spanien sei wie machtlos. Der Kaiser müsse den Türkenkrieg fortsetzen. Für England und Holland falle die Last des Unterhaltes der bewaffneten Macht zu Wasser und zu Lande zu schwer. Der Papst hoffe, es werde nicht unmöglich sein, daß noch vor dem Ende dieses Feldzuges der Friede erfolge."

So die Ansicht von Innocenz XII. Sie führt uns zurück auf die Verhandlungen über den Frieden, welche der König, nach der Antwort des Kaisers auf seine Vorschläge vom 25. Februar, in der Unterredung mit Auersperg vom 29. April vertagt hatte auf die Zeit der Anwesenheit im Haag. Der hauptsächlichste Punct, der dort verhandelt werden sollte, betraf die Ansprüche Spaniens bei dem demnächstigen Friedensschlusse.

Der Kaiser hatte die Eröffnungen Wilhelms III. vom 25. Februar dem Könige von Spanien kund gegeben. Carl II. hob in seinen Antworten nachdrücklich die Leiden hervor, welche in Folge seines Beitrittes zu der großen Allianz über seine Länder gekommen. Kein Friede, sagte er, könne dafür sie entschädigen. Er wolle nicht ein Aequivalent für Luxemburg. Er habe gemäß dem Vertrage der großen Allianz vom 12. Mai 1689 das Recht, von seinen Bundesgenossen die Herstellung des pyrenäischen Friedens zu verlangen. Dennoch lege er die ganze Sache in die Hand des Kaisers ¹⁾.

Carl II. mochte Recht haben von seinem Standpuncte aus, von welchem er zunächst die erlittene Noth seiner Völker ins Auge faßte. Die Republik der Niederlande — denn diese trat ja in dem Wunsche des Friedens voran — betrachtete die Dinge von einem anderen Gesichtspuncte aus. Nicht das Leiden, sondern das Thun, oder vielmehr

aquel monarca, quanto el Papa me le ensalzo antes de ayer, diciendo me que hera su obrar del mayor hombre que jamas habiese tenido el mundo etc.

¹⁾ Handschreiben Carls II. an den Kaiser, 3. März; an Borgomainero, 13. Juli.

der Mangel desselben in der spanischen Monarchie, trat für diese Erwägung in den Vordergrund. Sollen wir, fragten die Holländer, zu Gunsten Spaniens, welches selber so wenig leistet, einen endlosen Krieg führen, um für unser Geld und unser Blut den Stand des pyrenäischen Friedens herzustellen? — Die Abneigung Wilhelms III. gegen Spanien war im Sommer 1695, auch ohne einen besonderen Anlaß, im Steigen. Es ward bemerkt, daß er sich in geringschätzigigen Aeußerungen über Spanien erging, denen ähnlich, die etwa um ein Jahrhundert zuvor sein Ahn, der Schweiger, geführt haben mochte ¹⁾.

Wie die Gemüther der Holländer lauer wurden für die spanischen Bundesgenossen, so wurden andererseits die Spanier, namentlich ihr Vertreter im Haag, Don Quiros, mißtrauisch gegen die Republik. Sein Unmuth stieg, als er bemerkte, daß zwischen den kaiserlichen und den holländischen Ministern Conferenzen stattfanden. Er beklagte sich laut. Er merke wohl, sagte er, daß man über das Schicksal seines Königs verfügen wolle ohne ihn. Die Interessen desselben könnten nicht in schlechteren Händen sein ²⁾. Der Vorwurf war nicht begründet, weil in der Wirklichkeit die Kaiserlichen das Interesse des Königs von Spanien vertraten. Eine gemeinschaftliche Conferenz fand statt, bei der auch Quiros erschien, am 24. Juni. Er verlangte für Spanien die Herstellung des pyrenäischen Friedens. Denn, wenn auch die Anderen der Ansicht sein mochten, daß Spanien selber dazu wenig beitrage: so war dies nicht die Ansicht des Gesandten, oder doch des Königs, in dessen Namen er redete. Es entfielen ihm die Worte: sein König helfe Allen und ihm helfe Keiner. „Das hat sehr wunderlich gelautet, fügt Kaunitz seinem Berichte hinzu, und er selbst mag es wohl nicht so gemeint haben wie die Worte klangen. Wir Andere haben mit Mühe das Pachen verbissen.“ Die Conferenz brachte in der Hauptsache kein Ergebnis. Nur darin kam man überein, daß der Graf Auersperg dem Könige von England, der sich bereits im Feldlager befand, Bericht erstatten und die Entscheidung desselben einholen solle ³⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

²⁾ Desgleichen vom 17. Juni.

³⁾ Bericht von Kaunitz und Auersperg vom 27. Juni.

Tiefer jedoch noch als die Verschiedenheit der Ansichten über die für Spanien zu stellende Friedensbedingung griff eine andere Differenz. Sie trat äußerlich hervor an der Frage der Vermittelung durch Schweden. Von kaiserlicher Seite ward mit starkem Nachdrucke betont, daß, bevor man zu einem Congresse komme, die Bedingungen des Friedens nicht bloß unter den Verbündeten, sondern auch mit Frankreich so festgestellt sein müßten, daß es der Arglist dieses Feindes nicht gelingen könne, die Verbündeten zu trennen. Der König Wilhelm war damit einverstanden. Dann aber begann die Verschiedenheit. Der Kaiser wollte diese Vereinbarung durch Schweden. Der König, oder vielmehr die Holländer durch ihn, erhoben gegen diese Vermittelung durch Schweden mancherlei Einwände. Nicht indessen Schweden als solches war der eigentliche Kern der Differenz, sondern die Leitung dieser Verhandlungen. Wenn diese durch Schweden gingen, so stand die Leitung der Sache bei dem Kaiser. Dies war der Grund, weshalb die Räthe desselben so zähe hielten an diesem Vorschlage. Bei ihnen war die Erinnerung an Nymegen, an das damalige Verhalten der Holländer, noch frisch und lebendig. Nicht zum zweiten Male wollten sie sich den Frieden vorschreiben lassen, wie es der Stadt Amsterdam gefiel ¹⁾.

Der König seinerseits hatte sich oft dagegen verwahrt, daß es ihm nicht darum zu thun sei, die Verhandlungen nach Holland zu ziehen, daß jeder andere Ort ihm recht sein würde, wenn nur das Ziel dort zu erreichen sei. Er hatte die Uebelstände der schwedischen Vermittelung hervorgehoben, nicht jedoch ausdrücklich sich erklärt dieselbe nicht zu wollen.

Demgemäß konnte man in Wien auch von diesem Gedanken nicht lassen. Man war dort sich bewußt für alle Bundesgenossen gleichmäßig zu handeln, für sie ohne Unterschied alles gethan zu haben, was möglich war, zuerst und namentlich für den König von England. Man hatte im Januar in Stockholm als Präliminar-Punct vor jegliche andere Verhandlung gestellt die Anerkennung des Königs von England durch Frankreich. Der König Wilhelm III. hatte zugestimmt.

¹⁾ Ich citire nicht jedes einzelne der sehr zahlreichen Schriftstücke, die dasselbe Thema immer variiren.

Dann hatte er am 25. Februar auf den Frieden gedrängt. Der Kaiser war, so weit seine Verpflichtungen gegen das Reich, sein Verhältniß zu dem Könige von Spanien, es gestatteten, auf alles eingegangen. Er erwartete nur noch die Vorschläge Wilhelms III. für Spanien. Sobald diese vorlagen, war das Gegenproject fertig, über welches man mit Frankreich in Unterhandlung treten konnte, wenn nämlich zuvor und zuerst erfolgte die Anerkennung Wilhelms III. durch den König von Frankreich.

Wir sehen, die Politik des Kaisers war ehrlich und offen, gerecht gegen alle Bundesgenossen. Die andere Frage, ob sie praktisch durchführbar war, scheint bis tief in den Sommer 1695 hinein in Wien nicht zur Erörterung gekommen zu sein.

Man erwartete dort, nach der Ueberkunft des Königs, seine Vorschläge in Betreff Spaniens. Allein Woche auf Woche verrann. Der König machte darüber keine Aeußerung.

Dagegen gelangte nach Wien eine andere Kunde. Der König hatte die früheren Verhandlungen von Mastricht abgebrochen, hatte erklärt, daß sie keine Folge haben sollten. Aber wir haben vernommen, daß er im Mai neue Beredungen mit Franzosen in Utrecht vorbereiten ließ, daß er besorgt war um dies Geheimniß. Die Mühe um die Bewahrung desselben war vergeblich. Bereits am 17. Juni hatte der schwedische Gesandte Kilienroth im Haag die Kunde. Er brachte sie an die kaiserlichen Gesandten. Sie wie er sahen darin das Anzeichen, daß der König die Vermittelung durch Schweden, gegen die er doch öffentlich dem Kaiser gegenüber nicht einen Einspruch erhoben, im Geheimen nicht wolle. Kaunitz und Auersperg berichteten nach Wien. Aehnliche Meldungen gelangten dahin über Rom. Denn das Geheimniß dieser Angelegenheit in Utrecht war ja nicht das Interesse der französischen Politik ¹⁾.

Der Kaiser war sich bewußt für die gemeinsame Sache allen Wünschen des Königs nach Möglichkeit entsprochen zu haben. Und nun, wo er und seine Rätke glaubten, auf sicherem Wege zu wandeln zur Herstellung eines allgemeinen Friedens, gelangte an sie von Holland

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 17. Juni, Kaunitz vom 20. — Kinsky an Auersperg vom 2. und 26. Juli.

aus die Kunde von erneuten geheimen Verhandlungen mit Frankreich. Wie immer diese gemeint sein mochten, sie mußten, nach der Ansicht der Rätthe des Kaisers, störend einwirken auf die dem Könige von England bekannte, von ihm nicht mißbilligte Verhandlung durch Schweden. Welches Ziel immer der Plan der erneuten Beredungen in Utrecht verfolgen mochte: das Eine stand in Wien fest, daß nicht das gleiche Recht für alle Bundesgenossen darin maßgebend sein würde, sondern zunächst das Interesse der Republik Holland.

In den Berichten, namentlich denen, die über Rom nach Wien gelangten, tritt in Betreff dieser Beredungen der Name Dnykelt's voran. Ueber diesen Mann besonders war man in Wien unnmuthig. „Durch seine heimlichen Zusammenkünfte mit Franzosen, sagt Kinský, erregt er in Frankreich aufs neue die Hoffnung auf die Zerlegung der großen Allianz, gibt dadurch den Grund zur Verschleppung einer Antwort auf den Präliminar-Artikel, nämlich die Anerkennung des Königs von England, und somit den Anlaß den Frieden zu verzögern. Soll denn das Schicksal der verbündeten Mächte von den Untrieben eines ehrgeizigen Privatmannes abhängen? — Und dennoch könnte er nicht so handeln, wie es geschieht, wenn nicht der König und die Generalstaaten das Auge darüber zudrückten. Aber dies schädigt den guten Glauben an die Unverbrüchlichkeit der Verträge, an die so oft gegebenen und erneuten Versicherungen. Möge man dort sich vorsehen! Wenn immer wieder aufs neue die Rede ist von geheimen Verhandlungen und von Sonderfrieden: so gibt es zwei Mächte, die darin uns Allen zuvor eilen und ihren Frieden schließen können auf unsere Kosten. Es sind Savoyen und Spanien“ ¹⁾).

Die Worte Kinskýs enthalten den Ausdruck der Stimmung des Kaiserhofes. Der Unmuth, der in denselben sich kund gibt, ging nach einer besonderen Richtung zu weit. Zunächst ist zu bemerken, daß die Absicht der neuen Beredungen in Utrecht nicht zur Ausführung gelangte. Aber auch die Annahme, daß solche neue Beredungen eine etwaige Bereitwilligkeit in Versailles zur Anerkennung des Präliminar-Artikels durchkreuzen würden, entspricht nicht den Thatfachen. In Wien mochte man an diese Bereitwilligkeit glauben, weil man sie

¹⁾ Kinský an Auersperg, 26. Juli.

wünschte: in Wirklichkeit war sie nicht da. Der Graf d'Avaux in Stockholm hatte in Betreff jenes Präliminar-Artikels im Januar 1695 sofort ablehnend geantwortet, und seitdem war von Versailles keine Kunde irgend welcher Art verlautet, die auf eine Gefügigkeit Ludwigs XIV. darin hätte schließen lassen. Er hatte genugsam dargethan, daß er die Waffe, welche er in der Nicht-Anerkennung Wilhelms III. von England besaß, bis zur letzten Stunde in der Hand behalten wollte. Die Forderung des Kaisers, daß der König von Frankreich vor dem Betreten des eigentlichen Friedensweges diese Waffe ablegen solle, war ehrlich und offen gegenüber seinem Verbündeten Wilhelm III. Allein dem Könige von Frankreich gegenüber versperrte diese Forderung selber den vorgeschlagenen Friedensweg. Den nicht betheiligten Zeitgenossen leuchtete dies ein. Wir haben das Wort des Papstes Innocenz XII. vernommen, vom 3. Juli 1695, daß die Vermittelung durch Schweden keine Frucht bringen würde. In Wien überwog in dieser Beziehung der Wunsch die Klarheit der Einsicht.

Bei dem Könige Wilhelm III. trat diese Erkenntnis, daß Ludwig XIV. auf die Forderung des Kaisers nicht eingehen wolle, zu den anderen Gründen seiner Abneigung wider die schwedische Vermittelung. Dies erklärt seinen geringen Eifer, sich dem Kaiser gegenüber bestimmter auszusprechen über das Friedensproject, speziell in Betreff Spaniens: es rechtfertigt nicht die Absicht der heimlichen Beredungen von Utrecht.

Dagegen erwies sich an Einsicht in die Qualität der Bundesgenossen der Kaiserhof dem Könige überlegen. Die Warnung, die der Graf Rinsky aussprach, daß die heimlichen Beredungen von Holländern mit Franzosen zunächst dem Herzoge Victor Amadeus den Vorwand bieten könnten zum Abspringen von der großen Allianz, legt Zeugnis ab, daß man in Wien die Qualität dieser Persönlichkeit, wenn auch noch nicht durchschaute, so doch ahnte. Denn der Kaiser war in der Umgebung des Herzogs Victor Amadeus besser bedient, als der König Wilhelm III. Der Kaiser hatte dort als den General seiner Truppen den Prinzen Eugen von Savoyen, der König den früheren Marquis Ruigny, der als Huguenot aus Frankreich geflüchtet, sich unter Wilhelm III. auf dem irischen Boden den Titel des Lord Galway erkämpft hatte.

Wir erinnern uns, daß Victor Amadeus bereits zu Ende des Jahres 1693 mit dem General Tessé eine heimliche Uebereinkunft

getroffen, nach welcher sein Verbleiben in der großen Allianz ein andauernder Verrath an derselben war. Die Verbündeten stellten ihm Truppen und zahlten ihm die Mittel für seine eigenen, während er als Oberfeldherr dieser Armee dem Könige von Frankreich gegenüber die Verpflichtung auf sich genommen, dafür zu sorgen, daß diese Armee nichts ausführe. Es gelang ihm im Jahre 1694. Jener sein Vertrag mit Frankreich blieb in tiefes Geheimniß gehüllt. Allein der Prinz Eugen, der mit scharfem Auge die Schritte seines Veters überwachte, faßte Verdacht gegen die Ehrlichkeit desselben. Er begab sich im Winter von 1694 auf 1695 nach Wien, und legte die Gründe des Verdachtes dar. Der Kaiser erneuerte für ihn den Auftrag, mit Nachdruck die Belagerung von Casale zu verlangen. Die Besorgnisse des Prinzen gelangten zur Kunde des Lord Lexington in Wien. Er befragte Walway. Die Antwort desselben beweist, daß Victor Amadeus mit großer Meisterchaft verstand seine Umgebung zu täuschen. „Ich bin nicht so kühn, meldet Walway, auf meinen eigenen Scharfblick zu vertrauen; aber es findet sich hier kein Hofmann, kein Minister, überhaupt Niemand, der gegen den Herzog einen Verdacht des Schwankens hegt.“ Dann entwickelt Walway weiter seine eigene Meinung, daß das Interesse des Herzogs ihm Treue für die Allianz zur Pflicht mache ¹⁾.

Es ist unverkennbar, daß die Berichte Walways auch den König Wilhelm III. in dieser Ansicht erhielten. Er mochte noch einen besonderen Grund haben für diese Meinung. Die Frage der Succession in England ruhte einstweilen, weil ein Sohn der Prinzessin Anna, der kleine Herzog von Glocester, am Leben war. Aber die Constitution des Knaben war schwach. Sein Tod konnte plötzlich die Frage wieder wach rufen. Dem Blute nach stand Anna Maria, die Gemahlin von Victor Amadeus, als Enkelin Carls I. durch ihre Mutter Henriette von Orleans, nach der Linie Jacobs II., dem Throne zunächst. Demgemäß auch ihre Descendenz. Bei der geringen Neigung, welche die Prinzessin Sophie in Hannover, das Haupt der noch übrigen protestantischen Linie, im Jahre 1689 für den Thron ihres Veters Jacob II. fund gegeben, kam damals der Anspruch der Prinzen aus dem Hause Carignan öfters zur Erörterung. Der Herzog selbst sagte dem General

¹⁾ Lexington Papers p. 45. Schreiben aus Turin vom 12./22. Januar 1695.

Schulenburg, damals in seinem Dienste, dem späteren Vertheidiger von Corfu: vom englischen Parlamente aus sei ihm kund gethan, daß man Neigung habe für seine Linie. Er habe nur seinen Sohn nach England zu senden, um ihn dort nach der Lehre der anglicanischen Kirche erziehen zu lassen¹⁾. Der König Wilhelm III. mochte glauben, auch an dieser möglichen Aussicht für einen Prinzen des Hauses Savignan auf den Thron von England den Herzog Victor Amadeus bei der großen Allianz festzuhalten.

Es gab ein anderes Mittel, sicherer als eine ungewisse Aussicht. Man darf im Ueberblicke des ganzen Verhaltens von Victor Amadeus mit Gewisheit aussprechen, daß die Festung Pignerol den Preis ausmachte, für welchen er zu haben war. In seinem Beitritte zur großen Allianz hatte er diese Zusage sich ausbedungen. Das geringe Kriegesglück der Allirten gegen Frankreich rückte die Erfüllung derselben in die Ferne. Dennoch haben wir vernommen, daß der Kaiser auch nach den Eröffnungen, die der Prinz Eugen ihm im Spätherbste 1694 über die zweideutige Haltung von Victor Amadeus gemacht, dem Könige von England die Erneuerung dieser Zusicherung für Victor Amadeus dringend ans Herz legte. Wir haben andererseits vernommen, daß der König sich nicht bestimmt darüber erklärte. Der sавойische Gesandte im Haag, Della Torre, trug dort seine Klagen umher, daß das Interesse seines Herrn nicht berücksichtigt werde²⁾.

Wie der Kaiser hier für den Herzog von Savoyen sprach, so drängte er durch den Prinzen Eugen in ihn, daß in dem Feldzuge von 1695 etwas Nachdrückliches geschehe. Bereits im Jahre zuvor hatte er die Belagerung von Casale verlangt. Victor Amadeus war ausgewichen. Nur in eine Blokade hatte er gewilligt. Im Frühlinge 1695 erhob der Prinz Eugen aufs neue diese Forderung. Er trieb im Kriegsrathe den Herzog so sehr in die Enge, daß dieser, wenn er sich nicht bloß geben wollte, bestimmen mußte³⁾.

Diese Berathung fand statt am 19. März. Bereits vorher hatte Victor Amadeus dem Grafen Tessé in Pignerol die Meldung

¹⁾ Schulenburg an Leibniz, am 1./12. Juli 1714. Abgedruckt in den Werken von Leibniz, Bd. IX, S. 496.

²⁾ Wiederholte Berichte der l. Gesandten im Jahre 1695.

³⁾ Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 86.

machen lassen, daß er sich in großer Verlegenheit befinde. Der Kaiser verlange nachdrücklich die Belagerung von Casale. Seit zwei Jahren habe er, der Herzog, die verbündeten Generale davon zurückgehalten. Aber nun vermöge er es nicht mehr. Dagegen wolle er nicht beitragen zu einer Eroberung, die seine Länder in Abhängigkeit von dem Kaiser bringe ¹⁾).

Wir haben dabei uns zu erinnern, daß Casale ein Reichslehen war, also, im Falle der Eroberung, kaiserliche Besatzung erhielt.

Victor Amadeus ersuchte daher, daß der Gouverneur Crenan den Befehl zur Uebergabe der Festung erhielte, gegen das Versprechen der Verbündeten die Werke zu schleifen.

Ludwig XIV. lehnte diesen Besuch ab. Er verlangte mehr Sicherheit.

Die Verbündeten umschlossen Casale enger. Zunächst jedoch hemmte ein heftiger Schneefall im April die Fortschritte der Belagerung. Victor Amadeus benutzte die Zeit. Er machte neue Vorschläge, den Wünschen Ludwigs XIV. mehr entsprechend. Er sagte darin zu, die Festungswerke von Casale unbedingt zu schleifen, ferner zu verbürgen, daß sie im Laufe des Krieges nicht wieder aufgebaut würden, und endlich die Verbündeten für das ganze Jahr zu lähmen. Wenn diese sich den Forderungen von Victor Amadeus nicht fügten, so versprach er den offenen Uebertritt zu Frankreich. Das Angebot gefiel dem Könige von Frankreich besser. Er gab seine Zustimmung. Die Uebergabe ward demgemäß verabredet, dem Gouverneur Crenan die zu spielende Rolle angewiesen ²⁾).

Am 9. Juli 1695 capitulirte Casale. Der Verlauf war der Verabredung gemäß. Ein Artikel des Vertrages setzte fest die Schleifung der Werke durch die französische Besatzung, ein anderer die Uebergabe der Stadt an den Herzog von Mantua. Der Prinz Eugen erhob nachdrücklichen Protest. Die Vettern geriethen hart an einander. Erst auf die Drohung von Victor Amadeus, daß er, im Falle der Nicht-Zustimmung, von der Allianz abtreten und zu den Franzosen übergehen würde, verstummte der Widerspruch des Prinzen. Die Drohung mag ihm dennoch nur als Drohung erschienen sein: wir Spätere

¹⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 58.

²⁾ Desselben p. 60.

wissen, daß Victor Amadeus, in jenem Falle der Nicht-Zustimmung, sich auf sein Fürstenwort zu der offenen Losjagung von der Allianz verpflichtet hatte¹⁾. Mit anderem Ausdruck: Victor Amadeus versprach bei Fürstenwort sein früher gegebenes Fürstenwort zu brechen.

Der Kaiser sprach dem Prinzen Eugen für dies Verhalten sein besonderes Wohlgefallen aus²⁾.

Anders urtheilte und berichtete abermals Lord Galway. Er nannte die Demolirung der Festungswerke einen geschickten Schachzug des Herzogs, weil dadurch das Object einer gefährlichen Differenz unter den Verbündeten über den Besitz im voraus hinweggenommen sei. Wir erkennen daraus, mit welchem Geschicke der Herzog es verstand den Lord Galway irre zu führen, und namentlich sein Verhalten zu Gunsten von Frankreich als dem Interesse der Verbündeten entsprechend darzustellen. Er verlangte Anerkennung für dies Bestreben. Er ließ dagegen, wie durch Della Torre im Haag, auch durch Galway Klagen in derjenigen Richtung erheben, die Kinosth angedeutet. Man vernehme in Turin, meldete Galway, daß durch Dytvelt heimliche Unterhandlungen statt finden. Der Herzog sei in Sorge, daß der König Wilhelm mehr bedacht sei auf eine gute Barrière für die Republik Holland, als auf die Wiedererwerbung von Pignerol für Savoyen. Und doch sei Pignerol das Ausfallsthor, aus welchem Frankreich in unmittelbarer Nähe ihn immer bedrohe, während Hülfe ihm kommen könne nur aus der Ferne³⁾.

Die Berichte von Galway thaten bei den maßgebenden Persönlichkeiten der Engländer und Holländer die von Victor Amadeus gewünschte Wirkung. Kaunitz meldet darüber aus dem Haag: „In Betreff der Capitulation von Casale ist der Rathspensionär zu Anfang derselben Meinung gewesen, wie alle unparteiischen Leute hier, nämlich daß dabei ein Complot des Herzogs Victor Amadeus obwalte, sei es

¹⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 62: Je promets en outre, foi de prince, que supposé que mes alliés ne voulussent pas consentir à la capitulation et démolition de Casal; je promets, dis-je, et m'engage, foi de prince, de renoncer à toutes les alliances et traités faits avec chacune des parties etc.

²⁾ Arneth I, S. 457.

³⁾ Lexington Papers p. 104. Schreiben vom 30. Juli. — Andere Schreiben von Lord Galway, desselben Inhaltes, bei v. d. Heim: Het archief van Heinsius p. 222.

direct mit Frankreich oder durch die Republik Venedig. Nun aber, nachdem, wie es heißt, Lord Galway den König eines Anderen überredet hat, sagt Heinsius auch nichts mehr" ¹⁾).

Heinsius hatte demnach das eigene Urtheil in dieser Sache demjenigen des Königs untergeordnet. In der That war die Täuschung des Königs noch stärker. Er beschied den Grafen Auersperg zu sich. „Ich selber, begann er, habe im Anfange mit Verwunderung die Capitulation angesehen, und fast mich der Ansicht hingegeben, der Herzog habe ein heimliches Verständniß mit Frankreich. Allein ich kann Ihnen nun mit Wahrheit sagen, daß Lord Galway, auf den ich mich verlassen darf, mir berichtet hat: ein solches Verständniß sei nicht vorhanden. Der Herzog hat, wie Galway meldet, auf den Protest des Prinzen Eugen nicht die gewünschte Rücksicht nehmen dürfen, weil augenscheinlich vorliegt, daß Casale auf andere Weise nicht zu nehmen war. Ich bitte daher, der Kaiser wolle mir in dieser Sache Glauben schenken, wolle durch sein Einschreiten die Sache zwischen den beiden Vettern vermitteln, damit nicht weitere Differenzen daraus erwachsen. Ich habe auch dem Lord Galway kräftigen Befehl ertheilt dazu mitzuwirken; denn ich fürchte, daß im anderen Falle Frankreich eine Gelegenheit erhalten könne, um eine Trennung herbei zu führen" ²⁾).

So der König, und zwar, wie wir sehen, mit Unkenntniß des eigentlichen Sachverhaltes. Auch in Wien lag derselbe nicht offen vor: man hegte nur Verdacht. Dennoch gingen sowohl der Kaiser wie demgemäß der Prinz Eugen, so viel ihnen möglich, ein auf die Wünsche des Königs. Der Prinz machte im Auftrage des Kaisers seinem Vetter den Vorschlag, eben so wie zuvor Casale, nun auch Pignerol zu belagern. Denn eben dies schien ja den Wünschen von Victor Amadeus durchaus entsprechen zu müssen. Er ging in Worten darauf ein, und setzte dann, gemäß der Vereinbarung mit Tessé, der in Pignerol commandirte, ihn in Kenntniß, damit er vorbereitet sei. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß alles dort mißlang ³⁾).

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 22. August.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 9. August. — Man vergleiche das Schreiben des Königs an Shrewsbury, vom 1. August, in *Correspondence of Shrewsbury* p. 97.

³⁾ *Mémoires de Tessé* t. I, p. 65.

Daß die Zeitgenossen auf Seiten der Verbündeten dies sавonische Kügenpiel nicht durchschauten, darf uns nicht Wunder nehmen. Erst um mehr als ein Jahrhundert nach Victor Amadeus ist daselbe kund geworden durch die Denkwürdigkeiten des Marshalls Tessé.

Wir haben, um diese sавonische Angelegenheit zu beleuchten, unseren Ausgangspunct genommen von der Warnung Kinskys vor neuen geheimen Unterredungen, welche für Savoyen oder Spanien zum Vorwande eines Sonderfriedens dienen könnten. Wir haben von daher zurückzukehren zu der eigentlichen Beischwerde des Kaiserhofes, nämlich daß er über die Hauptsache, die definitive Feststellung eines Friedensprojectes, welches durch Schweden an Frankreich zu bringen sei, ohne Antwort blieb, daß dagegen jene Gerüchte über neue geheime Beredungen in Utrecht verlauteten.

Wir erinnern uns, daß die Conferenz der Gesandten vom 24. Juni, an welcher auch Quiros Theil genommen, damit endete, daß die Entscheidung abgehoben wurde auf den König. Auersperg begab sich ins Hauptquartier. Eine Woche verstrich dort nach der anderen. Der König äußerte sich nicht.

Dennoch mochten Wilhelm III. und Heinsius erkennen, daß zur Beischwichtigung der kaiserlichen Gesandten wenigstens etwas geschehen müsse. Am 26. Juli trat, wie üblich, der Congreß der Gesandten im Haag zusammen. Heinsius begann seine Rede: „Ich constatire, daß ich im Namen der Generalstaaten hier zuerst die Erneuerung der großen Allianz von 1689 vorge schlagen. Ich wiederhole diesen Vorschlag, und hoffe, daß man demgemäß die Gesinnung der Republik anerkennen wird als dieselbe wie zuvor“ ¹⁾.

Directer kam am selben Tage im Feldlager die Sache zur Sprache zwischen dem kaiserlichen Gesandten für England und dem Grafen Portland. Auersperg nahm seinen Ausgangspunct nicht von den Gerüchten in Holland. „Alle Pariser Briefe, sagte er, melden, daß Callieres nicht dort, sondern in Holland sich befindet. Daher entspringt der Verdacht neuer Unterredungen mit ihm. Ich bin in allem den Befehlen des Königs nachgekommen. Ich bin zuerst im Haag verblieben. Die Besprechungen dort endeten damit, daß man

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 26. Juli.

mich auf den König verwies. Nun bin ich seit drei Wochen im Hauptquartiere und harre einer Antwort. Sie erfolgt nicht. Wir bewegen uns in Extremen. In England drängte der König auf die Friedenssache. Nun, nachdem man in Wien auf alles eingegangen ist und nur noch mit Verlangen seiner endgültigen Antwort entgegen sieht, bleibt dieselbe aus.“ Portland erwiederte: „Zeit jenen Unterredungen in London haben die Dinge sich geändert, und zwar zu unseren Gunsten. Hier zwar scheinen der Spanier Quiros, der Savoyarde Della Torre und der Brandenburger Schmettau es für die Hauptaufgabe ihres Amtes zu halten, allezeit Mißtrauen an den Tag zu legen. Aber ich frage Sie, ob ein Mißtrauen aufkommen darf gegen den König, der täglich seine eigene Person einsetzt für die gemeinsame Sache“. — Auersperg betheuerte sein völliges Vertrauen in den König; aber er fügte dann die Bitte hinzu: man möge auch der Krone Schweden zeigen, daß man von ihrer Vermittelung nicht abstehe ¹⁾).

Hier war die Erörterung an den Punkt gekommen, an welchem Portland nicht zu antworten wußte. Denn augenscheinlich war die Sachlage die, daß der König Wilhelm III. längst bei sich entschlossen war, die schwedische Vermittelung nicht zu wollen, und dennoch sich in der Verlegenheit befand, einen Grund solcher Art gegen dieselbe geltend zu machen, daß auch der Kaiser ihn hätte anerkennen müssen. Dies war um so schwerer, da ja der Kaiser das Interesse des Königs Wilhelm in Stockholm vorangestellt hatte. Der Knoten dieser Differenz war da, und es bot sich zur Zeit dem Könige kein Mittel ihn gütlich zu lösen. Wir werden zu ersehen haben, daß noch für längere Zeit die Dinge in diesem Stande verharren.

Vorher jedoch wird unsere Aufmerksamkeit in Anspruch genommen durch die Thatfachen des Feldzuges, auf welche jene Worte von Portland sich beziehen. Es ist die Belagerung von Namur durch den König Wilhelm III. Bevor wir dahin gelangen, haben wir uns zurück zu wenden nach Frankreich, um zu ersehen, wie Ludwig XIV. seine Vorbereitungen traf für den Feldzug von 1695. Wir haben nur den König zu nennen, weil es andere nennenswerthe Factoren in Frankreich nicht mehr gab.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

Ludwig XIV. wollte den Krieg fortsetzen: er mußte also bedacht sein auf die Mittel. Die Beschaffung derselben wurde schwerer von Jahr zu Jahr. Man schlug den Nennwerth der ordentlichen Einkünfte des Königs an auf 120 Millionen Livres¹⁾. Allein der wirkliche Ertrag blieb tief darunter. Denn nicht bloß gab es eine große Zahl von Nonvalenten; sondern auch eine Menge Objecte, die früher einen Ertrag lieferten, waren um des einmaligen Capitaless willen veräußert.

Die hauptjächliche Steuer war die Taille. Sie hatte früher 39 Millionen Livres aufgebracht. Im Jahre 1695 berechnete man sie auf 30. Sie war die bedeutendste der fünf großen Einnahmequellen. Die andern vier waren die Gabelles, die Aides, die Entrées, die Domainen des Königs. Den Ertrag aller fünf schlug man an auf 63 Millionen. Allein da im Geheimen ein Nachlaß statt fand zu 10 Millionen: so kamen wirklich ein 53 Millionen Livres.

Die Posten ertrugen zwei Millionen, die Wälder des Königreiches eine Million, die zufälligen Einnahmen, unter ihnen besonders der Stellenverkauf, im Durchschnitte drei Millionen.

Dazu endlich kamen die Beträge, welche die Bretagne, Languedoc, die Provence, Flandern, die Freigravsschaft, und andere Länder bezahlten, unter dem Namen der dons gratuits. Sie machten elf Millionen aus.

Demnach bestand die Gesamt-Einnahme des Königs in etwa 70 Millionen Livres jährlich.

Der Krieg aber erforderte alljährlich im Durchschnitte den doppelten Betrag, also 140 Millionen. Um diese Summe herauszubringen, hatte man jedes Jahr außerordentliche Einnahmen ausgefunden, die theils dem Volke, theils dem Könige zur Last fielen. Die letzteren, die wesentlich in der Veräußerung von Domainen und anderen Capitalkräften bestanden, zogen demgemäß nach sich eine Verringerung der ordentlichen Erträge. Wenn nicht die Quellen derselben durch ein solches Verfahren am Ende völlig trocken gelegt werden sollten: so durfte man auf dem Wege nicht weiter gehen. Es kam also darauf an, ein Mittel zu finden, um Geld von dem Volke zu erheben, ohne das bisherige königliche

¹⁾ Das Folgende nach einem Schreiben des schwedischen Gesandten Palmquist, Paris 1. Februar 1695, in den Robethon-Papieren des St. A. H.

Einkommen noch weiter zu belasten. Der König glaubte ein solches Mittel zu finden in einer Capitation. Dies war nicht eine eigentliche Kopfschätzung; denn sie sollte sich, dem ursprünglichen Plane nach, nicht erstrecken auf Kinder, auf Dienstboten, auf verheiratete Frauen, deren Männer im Leben waren. Andererseits sollte sie vom Dauphin bis hinab zum Soldaten und Tagelöhner alle Bewohner des Königreiches umfassen, mit Ausnahme nur der notorischen Bettler und der Bettelorden. Die übrige Geistlichkeit, welcher für das laufende Jahr ein don gratuit von zwölf bis fünfzehn Millionen auferlegt war, sollte in Zukunft auch zu der Schätzung heran gezogen werden. Für dieselbe ward die gesammte Bevölkerung in zweiundzwanzig Classen abgetheilt. Die erste derselben umfaßte den Dauphin, eine Reihe anderer Prinzen, die Generalpächter u. s. w. Die Person zahlte zweitausend Livres. In der letzten Classe zahlte jede Person zwanzig Sous. Ludwig XIV. hoffte auf einen Ertrag von etwa fünfzig Millionen. Dieser jährliche Ertrag, meinte er, würde ihn in den Stand setzen, auch noch mehrere Jahre den Krieg defensiv auszuhalten. Er selber arbeitete drei Tage hindurch je fünf Stunden an dem Entwurfe dieser Schätzung.

Am 21. Januar 1695 ward das Edict der Capitation verkündet¹⁾. Es ist ein sehr merkwürdiges Actenstück. Wir kennen die Thronreden des Königs Wilhelm III. als sein eigenes Werk, darum als die selbsteigenen Zeugnisse über sein Walten und Thun gegenüber dem Parlamente als der Repräsentation des englischen Volkes. Auch Ludwig XIV. redet persönlich in diesem Actenstücke, nicht zu einer Versammlung von Vertretern der französischen Nation, sondern zu der Gesammtheit, und legt von sich selber Zeugnis ab, wie er den Franzosen erscheinen will. Wenn auch das Schriftstück nicht von ihm abgefaßt, so ist es doch, wie von seiner Hand unterzeichnet, auch getränkt von seinem Geiste. Wir haben daher ihn selbst zu vernehmen.

„Ludwig, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra, Allen Denen, welchen dies Schriftstück zu Gesichte kommt, unseren Gruß. Seitdem der Ruhm unseres Staates und die Vortheile, mit welchen der Himmel unsere Regierung gesegnet, den Neid eines Theiles der Mächte von Europa wider uns erweckt, und sie bewogen haben,

¹⁾ Man findet es abgedruckt z. B. bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 14 enz.

sich mit einander zu verbinden, um uns mit einem ungerechten Kriege zu überziehen, haben wir, indem wir bei der Aufrichtigkeit unserer Gesinnungen, und den Erfolgen, welche wir von Jahr zu Jahr errangen, immer fest hielten an der Hoffnung auf einen nahen Frieden, stets getrachtet zur Abwehr der Angriffe der wider uns verbündeten Mächte keine anderen Mittel anzuwenden, als solche, welche unseren Unterthanen am wenigsten zur Last fallen möchten. Zu diesem Zwecke haben wir Renten veräußert, deren Bezahlung wir angewiesen haben auf unsere gewöhnlichen Einkünfte. Wir haben neue Aemter geschaffen, deren Besoldungen eingetragen sind in unsere Finanzlisten. Und insofern wir später uns gezwungen gesehen, einige andere Mittel anzuwenden, welche mit schwererem Drucke auf unser Volk fielen: so ist dies allein geschehen in Folge der Nothwendigkeit, binnen einer bestimmten Frist verfügen zu können über die Summen, die das Wohl des Staates erheischte. Aber die Hartnäckigkeit unserer Feinde, welche sich mißmuthig erweisen über ihre Verluste, und, weit entfernt sich durch den Jammer ihrer Völker rühren zu lassen, auch noch sogar aus der Geneigtheit, die wir für den Frieden an den Tag legen, Vortheil ziehen zu wollen scheinen — diese Hartnäckigkeit stellt uns die Fortdauer des Krieges in Aussicht, und verpflichtet uns darauf uns vorzubereiten. Darum hoffen wir dem gesammten Europa zu zeigen, daß die Kraft von Frankreich, wenn mit Sorgfalt verwaltet, unerschöpflich ist, und daß wir eine gesicherte Zuflucht haben zu den Herzen unserer Unterthanen, und zu dem Eifer, den sie tragen für den Dienst ihres Königs und den Ruhm der französischen Nation. In diesem Vertrauen und um demselben gemäß uns in den Stand zu setzen, die Kriegeskosten so lange auszudauern, als die Blindheit unserer Feinde sie erhalten wird bei der Verweigerung des Friedens, haben wir beschlossen, eine allgemeine Capitation aufzusetzen, welche bezahlt werden soll, lediglich für die Dauer des Krieges, von allen unseren Unterthanen ohne Unterschied, nach Feuerstellen oder Familien. Wir haben Grund dieses Mittel desto sicherer und kräftiger zu erachten, weil die eifrigsten und klarst blickenden unserer Unterthanen aus den drei Ständen, welche diesen Staat ausmachen, diesem unseren Entschlusse bereits zuvor gekommen zu sein scheinen, und weil ferner auch sogar die Stände von Languedoc, nachdem sie in ihrer gewöhnlichen Versammlung die

von uns gewünschte freiwillige Gabe von drei Millionen bewilligt, und Sorge getragen für die anderen in Folge des Krieges erheblich gestiegenen Vasten, in einer ausdrücklichen Berathung im Monate December, mit einer Voraussicht und einer Bezeugung ihres Eifers und ihrer Geneigtheit weit hinaus über alle unsere Erwartung, uns diese Schatzung vorgeschlagen und die Gründe dafür angegeben haben, denen gemäß sie dieselbe ergiebiger ansehen, als alle anderen außerordentlichen Mittel, die wir erdenken könnten. In der That, da sich diese Schatzung über alle insgesammt erstreckt, wird sie den Einzelnen wenig drücken, und, zusammen mit unseren gewöhnlichen Einkünften, eine genügende Summe beschaffen, während andererseits die Einhebung, da sie kostenlos, ohne Abzug, noch Nachlaß geschieht, dieses Hülfsmittel rascher, leichter, kräftiger machen wird. Ja wir glauben sogar, daß diese Einhebung, wenn sie so von statten geht, wie wir zu hoffen Grund haben, uns für die Zukunft in Stand setzen wird, die anderen außerordentlichen Mittel, zu welchen wir um der Noth der Zeit willen unsere Zuflucht haben nehmen müssen, entbehren zu können. Wir geloben dabei auf Königs Wort und Treue, daß diese allgemeine Capitation aufhören soll drei Monate nach der Verkündigung des Friedens."

So der Eingang. Dann kommt die Hauptsache in folgenden Worten.

„Aus dieser Ursache und anderen Gründen, die dazu uns bewogen, haben wir aus unserer gewissen Kenntniß, Vollmacht und königlicher Autorität, durch diese gegenwärtige, von unserer Hand gezeichnete Schrift gesagt und erklärt, sagen wir und erklären, wollen wir und verlangen, daß vom ersten Tage dieses Monats an in der ganzen Ausdehnung unseres Königreiches, auch in den Ländern und Städten, die wir seit dem Beginne des gegenwärtigen Krieges erobert, diese Schatzung eingeführt, angelegt und eingehoben werde.“ Es folgt dann der Modus der Einführung. Die Urkunde vom 18. Januar 1695 trägt die Unterschrift Ludwig, tiefer unten Phelypeaux. Drei Tage später ward sie eingetragen in die Register des Parlamentes von Paris. Die Formel der Eintragung ergibt, daß es sich handelte nicht um eine Zustimmung, eine Bewilligung, sondern lediglich um die Ausführung eines Befehles.

Wir haben mehr als einmal beobachtet, wie in dem Fortgange dieses ungeheueren Krieges die bürgerliche Freiheit von England durch die Ausübung des Rechtes der Geldbewilligung Jahr auf Jahr erstarkte. Wir haben andererseits gesehen, wie in Frankreich die Idee des allumfassenden Staates, repräsentirt durch den persönlichen Willen des Königs, in der Nichtachtung des Rechtes der Individuen wie der Corporationen, Jahr auf Jahr weiter um sich griff. Sie hatte, zum Heile Frankreichs, nach einer Richtung hin allerdings eine unübersteigliche Schranke gefunden. Sie hatte weichen müssen vor der höchsten sittlichen Macht auf Erden, vor der Kirche, vertreten durch das Oberhaupt derselben. Aber der gesammte Bereich des weltlichen Lebens gerieth, in Folge der Anforderungen des Krieges, Jahr auf Jahr in tiefere Abhängigkeit von dem Willen der Krone, und zwar war der am tiefsten eingreifende Schlag die Verhängung dieser Capitation.

Anders wieder als auf England oder Frankreich gestaltet sich die Einwirkung des ungeheueren Krieges auf diejenigen Länder, welche unter dem Kaiser, noch nicht staatsrechtlich, aber thatsächlich, die österreichische Monarchie ausmachen. Die Idee des allaufsaugenden Staates, vertreten durch die Person des Oberhauptes, wie sie in Ludwig XIV. sich darstellt, liegt keinem anderen Fürsten so fern wie dem Kaiser Leopold. Er beruft die Landtage seiner einzelnen Länder. Er läßt durch den Kanzler eines jeden Landes die Bedürfnisse des Krieges für die Gesamtheit, den auf das einzelne Land entfallenden Antheil darlegen. Die Landtage der deutschen und slavischen Länder, vertrauend auf den Kaiser, bewilligen fast geräuschlos ¹⁾.

Es ist das charakteristische Merkmal der folgenden Zeiten, daß die meisten Fürsten, namentlich in Deutschland, sich nicht den Kaiser Leopold oder den König Wilhelm III. zum Vorbild nehmen, sondern Ludwig XIV.

Dieser selbst führte in dem Auferlegen einer solchen Schatzung kraft eigenen Willens die Grundsätze aus, welche er bereits Jahrzehnte zuvor als Richtschnur aufgestellt, zugleich für sich und für seinen Sohn, den Dauphin. (Vgl. Bd. I, S. 47 u. f.) Und doch ist es sehr

¹⁾ Man vergleiche z. B. den Bericht über den Verlauf des niederösterreichischen Landtages im Januar 1695, bei Sylvius t. IV, b. 39, p. 12.

merkwürdig zu sehen, wie jener Eingang der Urkunde der Capitation in Worten den Schein einer Zustimmung, einer Einwilligung, wenn auch nur der Stände von Languedoc, zu wahren sucht. Es ist anzunehmen, daß die Wahrheit dieser Worte auf gleicher Höhe steht mit dem übrigen Inhalte des Einganges. Dennoch werden wir Gelegenheit haben zu ersehen, daß es dem Könige gelingt, von einem der Stände von Frankreich wenigstens eine mittelbare Zustimmung zu erhalten.

Die Hoffnungen indessen, die Ludwig XIV. auf diese Schätzung gesetzt, gingen nicht zum vollen in Erfüllung ¹⁾. Zwar war eine weltliche Körperschaft, welche einen Widerspruch gegen die Willkür dieser Besteuerung erheben oder gar durchführen konnte, nicht mehr vorhanden. Man fügte sich. Aber um so zahlreicher kamen die Klagen der Einzelnen ein über die Eigenmacht in den Ansätzen von Seiten der ausführenden Organe. Es erfand sich, daß eine Reihe von Berufs-Classen nicht mit betroffen wurde. Es erschien daher ein Nachtrag, welcher vierzig solcher Lebensstände heranzog. In dem ersten Erlaß vom 18. Januar waren Kinder und Dienstboten frei gelassen. Der Nachtrag zog jene ersteren bis hinab zu einem bestimmten Lebensalter mit heran, diese anderen sämmtlich, ob verheirathet, ob nicht. Dennoch blieb der Erfolg weit unter der Erwartung. Die Schätzung war in zwei Terminen zu bezahlen, am 1. März und am 1. Juni. Im Laufe des Monates März also mußte der Ertrag sich herausstellen. Der König hatte auf 50 Millionen Livres gehofft. Andere hatten gemeint, daß im günstigen Falle sich 20 Millionen ergeben würden. Auch diese Zahl ward nicht erreicht. Im April ward fund, daß die Schätzung ausliefern würde insgesammt 18 Millionen Livres, und daß daher, um den Bedarf des Krieges zu decken, der König genöthigt sein werde, abermals seine Zuflucht zu nehmen zum Verkaufe von Domainen.

Die Capitation jedoch betraf für das laufende Jahr 1695 nur die weltlichen Lebensstände, nicht den geistlichen Stand. Von diesem verlangte Ludwig XIV. für dies Jahr das was man nannte ein don

¹⁾ Das Folgende nach einer Reihe von Berichten von Palmquist im Februar, März, April 1695 in den Robethon-Papieren im St. A. G.

gratuit. Aber daneben beabsichtigte er mehr. Nur von dem geistlichen Stande, in welchem das corporative Bewußtsein unaustilglich, war vielleicht ein Einspruch wider die Capitation zu erwarten. Es war die Aufgabe des Königs, die Sache so zu führen, daß dieser Einspruch moralisch unmöglich wurde. Wir haben zu ersehen, wie dies geschah.

Die Versammlung des geistlichen Standes, welche das don gratuit bewilligen sollte, trat zusammen am 24. Mai. Der Erzbischof Harlay von Paris eröffnete, daß der König 18 Millionen Livres von ihr erwarte. Die Summe war hoch. Die geistlichen Herren wären lieber mit 10 Millionen davon gekommen. Sie beriethen mehrere Tage hin und her. Am 8. Juni erschienen in der Versammlung einige Rätthe des Königs. Sie überbrachten ein königliches Schreiben. Es ward verlesen. Obwohl, hieß es darin, die Bedürfnisse des Königs seit dem Jahre 1690, wo die Geistlichkeit ihm 12 Millionen gegeben, sich nicht verringert; obwohl ferner die Geistlichkeit für dieses Jahr noch von der Capitation ausgenommen sei, damit sie um so williger sich erzeige für das don gratuit: so sei doch der König einerseits so sehr überzeugt von dem Eifer der Geistlichkeit für ihn, andererseits selber so sehr des Willens, nur im äußersten Nothfalle die Güter der Kirche anzutasten, daß er, da er nur 10 Millionen bedürfe, nichts weiter verlange, sondern damit sich befriedigt erkläre. Dagegen ermahne er sie sich selber zu taxiren zum Zwecke der Capitation für das nächste Jahr und die folgenden ¹⁾).

Lautlos und mit steigender Bewunderung vernahm die Versammlung das Schreiben. Dann erhoben sich einige Bischöfe und sagten, daß ihnen die Worte fehlten zum Ausdrucke ihres Dankes für einen König, der noch gütiger sei als groß. Einer Umfrage der Stimmen bedürfe man nicht. Die Versammlung werde mit Jauchzen und Jubel bewilligen, was der König verlange. So geschah es.

Wir erkennen die Meisterhaft, mit welcher diese Sache geführt war. Für den König handelte es sich nicht so sehr um die acht Millionen, welche die Geistlichkeit hätte mehr zahlen sollen, als um die Zustimmung des ersten Standes des Reiches zu der Capitation. Sein

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 39, p. 61 enz.

Schreiben an die Versammlung verwob diese Schatzung für die Jahre der Zukunft untrennbar mit dem Erlasse der acht Millionen für einmal, und die Freude über diesen Erlaß für den Moment hob hinweg über die Bedenken der Last für die Zukunft. Es ist zu wiederholen, daß der König einen Einspruch gegen seine lediglich durch die Autorität der Krone verhängte schwere Schatzung, wenn überhaupt, so lediglich zu erwarten hatte von der Geistlichkeit als dem ersten Stande des Reiches und als demjenigen, in welchem die corporative Kraft unauslöschlich ist. Diese Geistlichkeit hatte nun, wenn auch nicht direct, doch indirect, und darum moralisch nicht minder verbindlich, sogar mit jubelndem Applause diese Schatzung gut geheißen. Sie hatte, wie man in Paris sich ausdrückte, den Sprung gethan ¹⁾).

Der Vorgang wirft einen Lichtblick zurück auf das Verhalten dieser Geistlichkeit von Frankreich in den Jahren 1682 bis 1693. Nicht sie hatte damals die Freiheit der Kirche in Frankreich gegenüber dem Gallicanismus erhalten und bewahrt, sondern Rom.

Bei den geringeren Mitteln, über welche Ludwig XIV. für das Jahr 1695 verfügte, hatte er den Gedanken der Ausrüstung einer eigentlichen Kriegesflotte schon im Beginne des Jahres 1695 aufgegeben. Man begnügte sich die Gerüchte einer solchen auszustreuen. Demnach zwang die Noth den König von Frankreich, denjenigen Entschluß zu fassen, welchen Wilhelm III., wenn derselbe freiwillig gefaßt wurde, längst gefürchtet hatte, nämlich daß Ludwig XIV. alle Mittel concentrirte auf die Defensiv zu Lande, und dadurch vermöge, die Verbündeten auszuhalten. Aber es war dahin gekommen, daß für Frankreich auch die Ausfüllung der Lücken des Landheeres nicht leicht war. Weniger der Krieg an sich als der Hunger und die Krankheiten der letzten beiden Jahre hatten die Zahl der wehrfähigen Männer verringert. Mehrere der Werbe-Offiziere gebrauchten Gewalt. Aber die Intendanten der Provinzen meldeten, daß ganze Dörfer verödet lägen, daß in vielen Gegenden die Felder nicht bestellt würden. Der König entschloß sich die Hälfte der neu angeworbenen Bauern wieder zu entlassen. Diese Hälfte betrug 20,000 Mann ²⁾).

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 39, p. 63: de clergé heeft de sprong gedaan.

²⁾ Palmquist, vom 1. Februar.

Demnach ward nach allen Seiten die Defensivbe beschloffen, auch sogar in Catalonien. In Betreff des Kriegsschauplatzes in Belgien sprach dafür nicht bloß die geringere Stärke der französischen Armee, sondern auch der Abgang desjenigen Mannes, der bis dahin dort mit Erfolg dem Könige Wilhelm III. gegenüber gestanden, des Marschalls Luxemburg. Er starb im Januar 1695. Da demnach auf einen Offensivstoß von französischer Seite her nicht zu rechnen war, so stand es eben dadurch von vorn herein fest, daß weder der König noch der Dauphin beim Heere erscheinen würden. An der Stelle Luxemburgs erhielt der Marschall Villeroi das Commando der Armee in Belgien. Es galt in Frankreich damals und später die Rede, daß Villeroi geschickter sei als Hofmann denn als Feldherr. Unter ihm stand namentlich der Herzog von Maine, ein Sohn des Königs und der Frau von Montespan. Boufflers hatte wie früher das Commando der Maas-Armee.

Wir erinnern uns, daß die Engländer lebhaft eine Action verlangten, und daß diese Forderung in der Seele des Königs Wilhelm die Oberhand davon trug über die Bedenken der Holländer gegen jegliches Wagnis. Er begab sich zu der Armee mit dem Wunsche, nicht jedoch mit dem Entschlusse einer bestimmten Unternehmung¹⁾. Dies werde, sagt er am 9. Juni, von den Bewegungen des Feindes abhängen. Er rückte vor bis nahe an die von dem Feinde aufgeworfenen Linien von Courtray. Die Berathungen über einen Angriff auf dieselben ließen dem Marschall Villeroi die Zeit sie zu verstärken, so daß der König von dem Unternehmen abstand. Inzwischen gelangte an ihn die Kunde, daß Namur schwach besetzt sei. Wir erinnern uns, daß drei Jahre zuvor, während Baubau im Beisein Ludwigs XIV. diese Stadt belagerte, die Züge und Gegenzüge des Königs Wilhelm und des Marschalls Luxemburg sich dreheten um den Entsatz dieser Stadt, daß endlich Namur capitulirte, und daß dann den ganzen übrigen Feldzug hindurch alle Anschläge Wilhelms III.

¹⁾ Wilhelm III. an Heinsius, am 9. Juni. Bei Grovestins t. VI, p. 515.
— Eben so Auerberg im Berichte vom 3. Juli.

gerichtet waren auf den Wiedergewinn dieser Stadt. Die Gelegenheit schien nun sich zu bieten. Die Maßregeln wurden rasch getroffen. Der brandenburgische General Heyden erhielt den Befehl an die Mchaigue zu marschiren, und dort zu dem Corps des Grafen Athlone zu stoßen. Beide vereinigt sollten Namur zwischen der alten und der neuen Maas einschließen, während der König und der Kurfürst zwischen der Maas und der Sambre gegen die Stadt anrückten. Wenn dies gelang, so war der Fall von Namur eine Sache von einigen Tagen. Allein Ein Factor war nicht genügend gewürdigt: die Eifersucht der Generale. Heyden und Athlone forderten jeder für sich von dem anderen das Commando über die vereinigten Truppen. Ihre Differenz hinderte den Marsch und überhaupt das einträchtige Zusammenwirken. Der Marschall Boufflers erkannte die Sachlage. Er handelte rasch. Es gelang ihm vierzehn Bataillone in die Stadt zu werfen, und selber mit sieben auserlesenen Dragoner-Regimentern zu folgen. Die Besatzung stieg dadurch auf 14,000 Mann¹⁾.

Der Handstreich war vereitelt. Sollte dennoch das Unternehmen ausgeführt werden, so war nun eine langwierige Belagerung erforderlich.

Als Portland dem Grafen Auersperg den Verdruß des Königs über diesen Hergang schilderte, fragte jener: „Aber warum läßt der König den brandenburgischen General nicht offen vor aller Welt seinen Zorn empfinden?“ — „Er kann nicht, erwiederte Portland, weil er doch noch ferner seiner bedarf. Auch fragt es sich, ob Athlone ganz ohne Schuld ist“²⁾.

Man hat in späteren Zeiten oft die übertriebene Wichtigkeit gerügt, die in jener Zeit dem Ceremoniell beigemessen wurde. Sie war doch sehr häufig unschädlich. Die Differenz dagegen dieser Generale über ihren Rang bei der Ausführung eines ihnen gleichmäßig ertheilten Befehles machte den Untergang vieler Tausende unvermeidlich.

Denn die Sache war nun einmal unternommen, und ein Zurücktreten von derselben erschien nicht thunlich. „Das Unternehmen ist groß und schwierig, berichtet Auersperg, nur den Nutzen desselben sehe ich nicht ein“³⁾. Die Worte gemahnen uns an die von kaiserlicher

1) Auerspergs Bericht vom 7. Juli.

2) Desgleichen vom 10. Juli.

3) Desgleichen.

Seite auch früher schon so häufig ausgesprochenen Einwände wider diese Art der Kriegsführung in Belgien, welche die Kraft eines ganzen Feldzuges setzte an den Gewinn eines Plazes, dessen Besitz in der Hauptsache keine Entscheidung brachte. England und Holland durften mit Recht von sich sagen, daß sie die Hauptlast des Krieges trugen; aber der Kaiser seinerseits konnte mit gleichem Rechte entgegnen, daß diese Mittel verwendet wurden nicht zunächst zu dem allgemeinen Zwecke, Frankreich zu treffen da wo es besonders verwundbar war, sondern da wo eine Schwächung Frankreichs zunächst den beiden Seemächten, insbesondere aber der Republik, zum Vortheile gereichte.

Für sich selber betrachtet war diese Belagerung von Namur im Jahre 1695 eine der denkwürdigsten und lehrreichsten Kriegesthaten jener Zeit. Sie war die Wiederholung dessen, was vor drei Jahren dort geschehen war, nur mit vertauschten Rollen und, in mehr als einer Beziehung, im verstärkten Maße. Ja wie das Object des Kampfes, so waren auch die Personen zum Theile dieselben. Damals war der Holländer Coehorn der Ingenieur für die Vertheidigung innerhalb der Stadt, wie Vauban für den Angriff auf dieselbe. Nach der Einnahme von 1692 hatte Vauban die Festungswerke vielfach erweitert und verstärkt, so sehr, daß Ludwig XIV. auf das Thor der Citadelle schreiben ließ: *reddi, non vinci potest*. Nun, im Jahre 1695, leitete Coehorn als Ingenieur die Belagerungs-Arbeiten. Anstatt Vauban war drinnen Megrigny. Aehnlich war es mit anderen Umständen. Damals suchte Wilhelm III. mit der verbündeten Armee die Stadt zu entsetzen. Luxemburg trachtete dies zu wehren. Dies Mal fiel die Aufgabe des Entsetzes dem Marschall Villeroi zu. Der König gab die Führung der Beobachtungs-Armee dem Prinzen Baudemont.

Diese beiden Armeen standen im Anfange Juli in der Nähe von Courtray, diejenige Baudemonts ungleich schwächer. Deshalb zog er sich in eine sehr gedeckte Stellung, in welcher er vor sich ein fließendes Wasser hatte, links und rechts je ein Dorf, hinter sich ein Gehölz¹⁾. Dort erhielt er die Kunde, daß Villeroi, der alle benachbarten Besatzungen an sich gezogen, herannah mit der doppelt über-

¹⁾ Baudemonts Bericht an Wilhelm III., vom 15. Juli, bei Sylvius t. IV, b. 40, p. 72. Eben dort noch ein anderer aus Brüssel.

legenden Macht von etwa 70,000 Mann. So war es. Um 11 Uhr Abends am 13. Juli fertigte Villeroi einen Courier nach Versailles ab mit der Meldung, daß er im Angesichte Baudemonts stehe, daß er mit Tagesanbruch zum Angriffe schreiten werde. Der Courier traf in Versailles ein um 5 Uhr Morgens am 15. Juli. Barbesieux weckte den König, um ihm die Nachricht mitzutheilen. Von da an war man den ganzen Tag hindurch in Versailles und Paris in der äußersten Spannung, von Stunde zu Stunde der Siegeskunde gewärtig. Jegliches Spiel, jegliche Festlichkeit unterblieb ¹⁾).

Der Morgen des 14. Juli brach an. Baudemont erkannte vollaus die Gefahr, in der er sich befand. Er trug Sorge, das Heergepäck über Deynse nach Gent zu entsenden.

Dennoch erfolgte von Seiten der Franzosen kein Angriff. Es lag nicht an Villeroi. Er gab die Befehle. Ihnen gemäß hatte der linke Flügel zu beginnen. Das Commando desselben war bei dem Herzoge von Maine. Er eilte nicht. Villeroi erneuerte seinen Befehl, und abermals. Der Herzog wollte erst recognosciren. Dann wollte er beichten. Dann wollte er seine Truppen ordnen. Es blieb dabei ²⁾).

Daß Villeroi nicht härter durchgriff, läßt sich nur dadurch erklären, daß der Herzog von Maine ein Sohn des Königs war.

Unterdessen harrte Baudemont in seiner Verschanzung aus. Obwohl ein Angriff nicht erfolgte, ward dennoch seine Lage von Stunde zu Stunde gefährlicher. Er erfuhr, daß der General Montal auf dem Wege nach Thielt marschire, um ihm in den Rücken zu kommen. Um Mittag des 14. Juli entsendete er an den König Wilhelm einen Courier mit der Meldung seiner Gefahr völlig umzingelt zu werden. Als auch dann noch eine Stunde nach der anderen verstrich, ohne daß ein Angriff erfolgte, faßte er am Abende um 5 Uhr den Entschluß, die Kanonen aus der Verschanzung zu ziehen und ebenfalls nach Deynse abfahren zu lassen. Allem Anscheine nach, meldet er dem Könige, wurden diese Bewegungen vom Feinde nicht bemerkt. Mit

¹⁾ Dangeau t. III, p. 358.

²⁾ Der Bericht bei St. Simon t. I, p. 170 ist ungenau, insofern er den Abmarsch von Baudemont am Morgen des 14. beginnen läßt. Die Feigheit des Herzogs von Maine wird dadurch (bei St. Simon) greller, die ganze Sache aber unverständlich.

derselben Stille ließ er dann das gesammte Heer zum Nachtmarsche aufbrechen. Er gelang. Um 3 Uhr Morgens am 15. Juli entsendete er aus Marienterke an den König Wilhelm einen neuen Courier mit der Meldung, daß er sich außer dem Bereiche eines Angriffes befinde, ohne einen Mann noch ein Pferd eingebüßt zu haben. Noch am selben Abende um 9 Uhr war der Bericht in den Händen des Königs vor Namur. Er erwiderte sogleich: „Sie haben durch diesen Abzug sich vortrefflicher als Feldherr bewährt, als wenn Sie eine Schlacht gewonnen hätten“ ¹⁾.

Andere jedoch sprachen ihren Tadel aus, daß der Prinz Baudemont sich in eine Stellung begeben, aus welcher ihm der Rückzug unmöglich gewesen sein würde, wenn sein Gegner dieselbe Entschlossenheit bewiesen hätte wie er ²⁾.

Eine Stunde später als Wilhelm III. jene Nachricht von Baudemont erhielt, um 10 Uhr am selben Abende, traf auch ein Courier von Billeroy in Versailles ein. Er brachte nicht die erwartete Siegeskunde, sondern die kurze Meldung des Marschalls, daß der Feind abmarschirt sei, bevor er ihn habe angreifen können ³⁾.

Daß diese Meldung am Abende nach derjenigen vom Morgen wie ein Räthsel erklang, daß hier etwas verschwiegen wurde, lag vor Augen. Indessen ein Geheimniß, welches tausende von Mitwissern hatte, konnte dem Könige nicht verborgen bleiben. St. Simon malt die Einzelheiten aus, durch welche nach und nach Ludwig XIV. zur Kunde des Ganzen gelangte, bis zu dem Acte, in welchem er, aller gewöhnlichen würdevollen Haltung vergessend, um doch an irgend Jemandem seinen Zorn auszulassen, im Angesichte des gesammten Hofes seinen Rohrstock auf einen Lakaien zer schlägt ⁴⁾.

Die Thatfache der Feigheit des Herzogs von Maine steht außer Zweifel, nicht bloß nach dem Berichte von St. Simon, sondern mehr, weil derselbe bestätigt wird durch denjenigen des Herzogs von Chartres, des späteren Regenten, als Augenzeugen an seine Mutter, die Herzogin

¹⁾ Bericht und Antwort des Königs bei Sylvius t. IV, b. 40, p. 72.

²⁾ The history of king William III. t. III, p. 76.

³⁾ Dangeau t. III, p. 358.

⁴⁾ St. Simon t. I, p. 171.

Eliabeth Charlotte von Orleans ¹⁾. Dennoch behielt der Herzog von Maine sein Commando. Und nicht bloß dies. Er hatte am Hofe von Versailles seine Partei, welche dem Marschalle Villeroi alle Schuld an dem Nicht-Erringen des gehofften Sieges beimaß. Ja diese Partei scheint in Versailles lauter geredet zu haben als jene andere. Dies ward sogar auch nach auswärts kund. Denn die Herzogin von Orleans schreibt an die Prinzessin Sophie in Hannover: „E. V. haben großes Recht zu glauben, daß man dem Marschall Villeroi Unrecht thut, sich gegen ihn zu dechainiren; aber es geschieht dem Sinkenden (das ist dem Herzoge von Maine) zu Gefallen“.

Die Belagerung von Namur schritt unterdessen in der ersten Zeit nur langsam vor. Das schwere Geschütz, dessen man bedurfte, mußte wegen des niedrigen Wasserstandes der Maas zu Lande herangebracht werden. Die oberen Genie-Offiziere, Coehorn und Tettau, waren häufig uneinig. Es gab unter den Offizieren eine nicht geringe Anzahl, welche das Unternehmen für allzu gewagt ansahen, demnach mit Unlust zur Sache gingen. Desto eifriger war die Stimmung der Mannschaft, besonders der Engländer und Holländer. In den ersten Tagen war ein Schreiben eines französischen Offiziers aus Namur aufgefangen, in welchem dieser einem Freunde kund gab, daß man nichts zu befürchten habe. Denn die Angreifer seien nicht zahlreich genug, die Festung dagegen in sich stark, mit allem Erforderlichen versehen, und werde vertheidigt von Franzosen, welche besser verstünden, sowohl anzugreifen wie zu vertheidigen, als alle anderen Nationen. Der König Wilhelm zog Nutzen aus dieser Ruhmredigkeit. Er ließ den Brief für die verschiedenen Nationalitäten seiner Armee übersetzen und öffentlich bekannt machen. Das Schreiben that seine Wirkung, namentlich bei den Engländern. „Sie haben, meldet Auersperg, sich sehr erregt gezeigt, daß eine andere Nation sich tapferer schätzen dürfe als sie, und haben alle insgesammt gelobt, sich für diese Rodomontaden zu rächen“ ²⁾.

Der König ging mit seinem Beispiele voran. Man bemerkte an ihm die besondere Heiterkeit, die der Gefahr gegenüber ihm eigen war.

¹⁾ Schreiben der Herzogin an die Prinzessin Sophie, vom 21. August und 27. September.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 10. Juli.

„Er selber, meldet Auersperg dem Kaiser, besichtigt täglich alle Posten, so daß er nicht nur den Stückfugeln erreichbar ist, sondern auch denen der Musketen. Vorstellungen dagegen sind vergeblich. Gott behüte uns vor einem Unglück!“ — Nicht jedoch war darum der König geneigt auch die Mannschaft auszusparen. „Er sagt allezeit, meldet Auersperg: man solle das Volk sparen, so viel möglich. Wenn alles nach seinem Willen geht, so wird nicht viele Mannschaft geopfert werden, sondern die Artillerie und namentlich die Bomben werden das Beste thun müssen.“ Geringere Rücksicht für die Seinigen beobachtete Boufflers. Seitdem er in der Stadt, sagten die Gefangenen und Ueberläufer, habe Niemand mehr eine volle Nachtruhe. Die Folge war häufige Desertion. Bis zum 14. Juli zählte man schon 500 Ueberläufer. Unter diesen waren namentlich Catalonier, welche man wider ihren Willen in das französische Heer gesteckt ¹⁾).

Langsam rückten die Laufgräben vor. Aber die Stimmung des Heeres drängte zu einem Angriffe. Der König ersah als das Object desselben eine Schanze auf der Höhe des Berges, welche die Stadt dominirte. Die Zeit des Sturmes war ungünstig gewählt: es war diejenige der Ablösung, so daß nicht, wie gewöhnlich, eine Brigade der Besatzung sich dort befand, sondern zwei. Dennoch gelang der Sturm. „Die Engländer zur rechten Seite, meldet der Augenzeuge Auersperg, die Holländer zur linken, haben alle zusammen eine solche Tapferkeit entwickelt, daß man sie nicht genug beschreiben kann. Besonders hat ein englischer Grenadier-Hauptmann sich ausgezeichnet. Bevor er mit seinen 120 Mann zum Angriffe schritt, redete er sie an, daß es nun an ihnen sei zu zeigen, was englische Tapferkeit bedeute gegenüber der französischen. Damit aber dies um so augenscheinlicher hervortrete, verlange er das Versprechen, daß keiner schieße, noch eine Granate werfe, bis er mit seinem Springstocke die feindlichen Palissaden berühre. Das Versprechen ward gegeben. Von dem Ende der Laufgräben an bis zu den Palissaden dehnte sich der Raum, der von der Compagnie völlig ungedeckt im feindlichen Feuer durchmessen werden mußte, volle fünfzig Schritte lang. Die Compagnie trat den furchtbaren Marsch an, Gewehr an der Schulter. Ein volles Drittel von ihnen

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 14. Juli.

stürzte: die Anderen marschirten, harrend der Fojung ihres Hauptmannes. Sie erfolgte. Es schien dann, als bestände kein Hindernis mehr. Die Engländer gelangten über die Palissaden. Es rückte Deckung nach von allen Seiten. Eine Stunde lang wogte ein unsäglich heftiger Kampf, bis die Franzosen die Schanze aufgaben. In dem maßlosen Kampfeszeifer gelangten nicht wenige Engländer mitten unter den Franzosen bis in die Contrescarpe, und wurden dort gefangen" ¹⁾).

Jener Hauptmann, Lord Cutts mit Namen, Mitglied des Parlamentes, war unverletzt geblieben. Die Engländer nannten ihn den Salamander. Der König, der unmittelbar den Sturm geleitet, beglückwünschte ihn zu seiner That. Die Engländer hatten ihr Wort wahr gemacht. Den Holländern indessen ward die gleiche Anerkennung gezollt, und namentlich diejenige der soldatischen Ruhe, mit welcher sie auch im leidenschaftlichen Kampfeszeifer, dennoch das Commando nicht überhörten. Die Engländer, hieß es, seien unübertrefflich den Feind über den Haufen zu werfen, die Holländer den genommenen Posten zu behaupten ²⁾).

Man erfuhr nachher, daß die Franzosen 5000 Mann stark gewesen, daß davon 2000 getödtet oder verwundet seien. Der Verlust der Verbündeten war etwas geringer. Nur 200 waren auf der Stelle geblieben, aber unter den 1600 Verwundeten, weil sie fast nur Kopfwunden davon getragen, hielt dann der Tod eine reichliche Ernte.

Der gelungene Sturm war besonders moralisch von großer Bedeutung. Bei den Belagerern stieg die Gewisheit des Erfolges. Von Paris aus hieß es bereits, daß Namur nicht als uncinnehmbar betrachtet werde. Die Ueberläufer von der Stadt meldeten, daß auf die Besagung der Schrecken vor der Furie der Engländer mächtig einwirkte.

Der König erwog auch die andere Seite dieser Eigenschaft. „Ich fürchte, sagte er, daß, wenn Boufflers nicht rechtzeitig capitulirt und wir die Stadt mit Sturm nehmen müssen, die Engländer nicht zu halten, und es schwer sein wird, die Stadt vor der Plünderung oder gar dem Feuer zu schützen" ³⁾).

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. Juli.

²⁾ Desgleichen.

³⁾ Desgleichen.

Unterdessen waren die Batterien der schweren Geschütze errichtet. Sie thaten ihre Wirkung. Am Nachmittage des 28. Juli erfolgte der Sturm auf die erste Contrescarpe. Er verlief entsprechend demjenigen um zehn Tage zuvor. Die Contrescarpe ward genommen.

Der König hatte zur Beobachtung des Sturmes einen im Bereiche des feindlichen Feuers liegenden Ort gewählt. Dahin begab sich, um das Treffen anzusehen, auch ein Director der englischen Bank, Godfrey, der einige Tage zuvor eine Sendung Geld überbracht. Dem Könige entfielen einige Worte der Misbilligung über diese unzeitige Neugier. Während er noch sprach, riß eine Kanonenkugel den Bankdirector zugleich mit einem Offizier hinweg. Es war etwa fünf Schritte seitwärts. Der König blieb halten am selben Orte¹⁾.

Der kaiserliche Gesandte wandte sich an diesen, an jenen aus der Umgebung mit der Bitte den König zu bewegen, daß er die Stelle verlasse. Keiner der Engländer oder Holländer wagte es auf sich zu nehmen. Endlich verstand sich dazu der Graf Soissons, ein Bruder des Prinzen Eugen. Die Gefahr erschien dringend. Soissons stellte dem Könige vor: es sei augenscheinlich, daß der Feind ihn erkannt habe und darum dorthin ziele. Auf das Zureden gab Wilhelm III. nach und verließ den gefährlichen Platz²⁾.

Von diesem Tage an schritten die Belagerer rascher vorwärts. Am 30. Juli ward der Sturm auf eine Verschanzung unternommen, welche sich erstreckte über die ganze Höhe zwischen der Sambre und der Maas, und in Verbindung stand mit den zwei starken Forts der Citadelle, Coehorn und Cassotte, auch das Teufelshaus genannt. Der Sturm auf diese Verschanzung gelang. Man hatte dabei gerechnet auf einen Verlust von 1000 Mann. Er betrug nur 300³⁾.

Die Gefahr rückte der Stadt näher. Am 3. August deuteten die Anstalten der Belagerer an, daß ein Generalsturm vorbereitet werde. Boufflers wollte denselben nicht abwarten. Am Nachmittage des 3. gab er das Zeichen, daß er bereit sei zur Capitulation. Der König, um nicht durch die Frage seiner Anerkennung von Seiten

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 29. Juli.

²⁾ Desgleichen.

³⁾ Desgleichen vom 2. August.

Frankreichs ein Hindernis zu bereiten, übertrug die Sache dem Kurfürsten von Bayern. Die Bedingungen des Marschalls wurden fast sämtlich zugestanden. Die Capitulation betraf nur die Stadt, nicht die Citadelle: die Belagerten erhielten zwei Tage Zeit sich in dieselbe hinauf zu begeben.

Am 4. August ward die Capitulation vollzogen. Die zwei Tage hindurch bis zum 6. galt Stillstand. Beiderseitig ging man ungehindert ein und aus. Die französischen Offiziere vernahmen, daß der König kommen werde, die Breichen zu besichtigen. Sie alle, außer dem Marschall Boufflers und dem Commandanten Guiscard, fanden dort sich ein. Als der König mit seinem Gefolge erschien, vernahm man die laute, also absichtliche Frage: „Welcher ist der König von England?“ Alsdann erfolgte eine tiefe Reverenz als das Zeichen der Anerkennung, welche Frankreich offiziell noch versagte, durch einen jeden dieser Offiziere persönlich¹⁾.

Beim Hinaufzug der französischen Besatzung in die Citadelle bewies sich die Mannschaft nicht willig. Es bedurfte bei Einigen der Gewalt. Die Verbündeten fanden in der Stadt etwa 1000 Mann, die sich versteckt gehalten²⁾.

Abermals begann vom 7. August der heiße Kampf um den Besitz der Citadelle. Für beide Theile waren Verstärkungen im Anzuge. Denn, da am Rheine nichts Erhebliches vorkam, so marschirten von dort her etwa 7000 Franzosen nach Belgien. Stärker noch waren die Truppen, welche dem Könige Wilhelm von dort zuzogen. Es waren Hannoveraner, Sassen und Hessen, sämtlich unter der Führung des Landgrafen von Hessen³⁾.

Während indessen die Hauptstärke der Verbündeten sich um Namur bemühte, errang im Westen der Marschall Villeroy kleinere Erfolge. Der Prinz Saxe-Coburg hatte Maastricht vor ihm zu decken gewußt. Dagegen fiel die ganze Wucht dieser französischen Armee auf Dinant. Die Besatzung, bunt zusammen gesetzt aus je zwei Bataillonen Engländer, Schotten, Holländer, Dänen, Deutschen, war

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 5. August.

²⁾ Desgleichen vom 9. August.

³⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 92.

nicht schwach. Aber der Commandant Ellenberg wußte nicht seine Kräfte zu verwenden. Er war empor gekommen als Soldat durch seine Thaten im offenen Felde: hinter Wall und Graben verlor er sofort den Muth. Am 25. Juli ward die Stadt durch Montal eingeschlossen; zwei Tage hernach trug Ellenberg die Capitulation an. Sie ward errichtet. Gemäß derselben war die Besatzung kriegsgefangen. Das kleinere Deynse folgte einige Tage später dem Beispiele ¹⁾.

Es bestand über die Behandlung der Gefangenen zwischen den kriegsführenden Mächten ein Cartell, welchem gemäß die Gefangenen nicht gezwungen werden durften zum Eintritte in den feindlichen Kriegesdienst. Die Verbündeten hatten wiederholt Beschwerde erhoben, daß Frankreich dies Cartell nicht halte. In Betreff der Besatzungen jener beiden Städte war dies Verfahren notorisch. Es rief, namentlich in England, lauten Unwillen hervor. Wir werden die Consequenzen später erfahren.

Villeroi, dem der Prinz Vaudemont nicht mit genügender Macht entgegen treten konnte, wandte sich weiter ostwärts. Am 10. August stand er bei Enguien. Seine Bewegungen deuteten auf Brüssel. Im Hauptquartiere vor Namur war man der Ansicht, daß es sehr schwer sein werde die Stadt Brüssel gegen ein Bombardement zu schützen ²⁾. Der König Wilhelm indessen wollte das Mögliche versuchen. Er hatte, sogleich nach der Uebergabe der Stadt Namur, das Corps des Prinzen Vaudemont mit 30 Bataillonen und 35 Schwadronen verstärkt. Dies war um so leichter thunlich, da er jene Truppen der Rhein-Armee an sich gezogen. In der Frühe des 10. brach er selber auf, und gelangte am selben Tage bis Waterloo. Die gesammte Stärke, die er dort binnen wenigen Stunden um sich sammeln konnte, betrug 60,000 Mann. Allein bereits am 11. stand die französische Armee unter Villeroi im Angesichte von Brüssel. Während des 12. und 13. August wurde ihre Absicht unverkennbar. Der König Wilhelm selber gibt die Lage der Dinge am nächsten Tage an mit folgenden Worten: „Ich habe mich gestern hierher nach Waterloo begeben, weil

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 92. — The life of king William III. t. III, p. 82.

²⁾ Auerpergs Bericht vom 12. August.

die Feinde auf Brüssel anrückten, und ich nicht sicher darüber war, ob sie nicht, die Stadt zur Linken lassend, gegen Namur marschiren würden. Für diesen Fall hielt ich es für zweckmäßig ihnen mit der Hauptarmee entgegen zu treten, weshalb meine Anwesenheit erforderlich war. Gestern lagerten sie bei Hal und heute, nach verschiedenen Bewegungen, bei Anderlecht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie einige Bomben in Brüssel werfen. Wir vermögen nicht dies zu hindern, obwohl unsere gesammte Armee unter dem Prinzen von Baudemont nahe bei Brüssel steht. Morgen beabsichtige ich ins Lager vor Namur zurückzukehren, und wir wollen das Aeußerste thun, um das Schloß zu gewinnen“¹⁾).

Der eigentliche Grund, weshalb der König und Baudemont sich außer Stande sahen, das Bombardement von Brüssel zu hindern, war die Besorgnis, daß ein weiteres Vorgehen zur Deckung von Brüssel dem Marschalle Villeroy einen Vorsprung geben würde zum Marsche auf Namur, und demnach zum Entsatze der Stadt²⁾).

Der Kurfürst von Bayern, dessen Gemahlin sich in Brüssel befand, eilte aus dem Lager dahin. Er traf ein am 13. August. Am selben Tage schrieb Villeroy an den Commandanten von Brüssel, den Prinzen von Berges, daß er die Stadt bombardiren werde zur Repressalie für die bombardirten französischen Hafenstädte. Wenn man verspreche, fernerhin keine französischen Seeplätze mehr zu bombardiren, so werde auch der König in eine Stadt seiner Gegner keine Bomben werfen³⁾).

Es ist dabei zu erwähnen, daß die verbündete Flotte am 14. und 15. Juli versucht hatte, die Seefestung St. Malo zu bombardiren, nicht mit erheblichem Erfolge. Am selben 13. August versuchte sie in den Kriegeshafen Dünkirchen Bomben einzuwerfen.

Ähnliche Gedanken, die Villeroy in jenen Schreiben aussprach, ließ Ludwig XIV. der Welt auch durch ein Manifest verkünden⁴⁾. Dasjelbe beginnt: „Seit zwei Jahren suchen die Verbündeten ihren größten Ruhm darin, daß sie die französischen Seestädte bombardiren, und durch ihre beständigen Brandlegungen die armen Bewohner

¹⁾ Shrewsbury's correspondence p. 100.

²⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 97.

³⁾ Die Schreiben bei Sylvius a. a. O. p. 96.

⁴⁾ Capefigue: Louis XIV. t. III, p. 180, n. 1.

bedrängen, die keinen anderen Antheil am Kriege haben, als ihren Wunsch ihn bald beendigt zu sehen“. Diesem Beginne entspricht der Fortgang.

In der Wirklichkeit jedoch ist weder durch die vorhergehenden Ereignisse von 1695, wie Villeroi sagt, noch durch diejenigen vor zwei Jahren, wie das Manifest Ludwigs XIV. behauptet, der Plan eines Bombardements von Brüssel hervorgerufen. Man benutzte jene Vorgänge, um das Bombardement als Repressalie erscheinen zu lassen. Der Plan war bereits viel älter. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. und Louvois bereits im Jahre 1691 diesen Plan gefaßt, so wie ihrer Gründe dafür, daß der Plan damals jedoch gescheitert war an der Abneigung des Marschalls Luxemburg einen Befehl solcher Art zu vollstrecken. (Man vergleiche Bd. V, S. 310.) So lange der Marschall Luxemburg den Oberbefehl führte, also bis zu Ende 1694, findet sich keine Spur, daß Ludwig XIV. den Plan wieder aufgenommen. Im Jahre 1695 aber hatte Villeroi den Oberbefehl. Er war gefügig.

Auf jene Kundgebung des Marschalls erwiederte der Prinz von Berges als Commandant in Brüssel, daß der Kurfürst von Bayern, der so eben angekommen sei, in dieser Sache nichts thun könne, als sich auf den König von England beziehen, der Namur belagere. Zur Einholung einer Antwort desselben seien vierundzwanzig Stunden erforderlich.

Es erfolgte von Villeroi keine weitere Eröffnung. Dagegen begann am selben Abende, am Samstage dem 13. August, das Einwerfen von Bomben und glühenden Kugeln. Gleich nach dem Einschlagen der ersten sah man die Flammen in der Stadt ausflodern. Das Bombardement dauerte bis tief in den Montag, den 15. August. Dann war der Kern der Stadt Brüssel ein Trümmerhaufe.

Als Ziele hatten der französischen Artillerie namentlich gegolten die Kirchen, weil die Ansicht galt, daß die Bürger dahin die besten Sachen gerettet. Es lag daher eine lange Reihe von Kirchen und Klöstern in Asche ¹⁾. Als ein anderes Ziel hatte man beobachtet das

¹⁾ Nach dem Berichte an Ludwig XIV. siebenzehn, bei Dangeau t. III, p. 375. — Coremans: *Miscellaneés etc.* p. 12 sagt: 4000 Privathäuser, 13 Kirchen mit ihren Thürmen, 7 Klöster und eine Menge Capellen.

Haus des Königs von England am großen Markte, genannt das Brothaus. So berichtete es der Kurfürst von Bayern dem Könige Wilhelm III. „Er hat darüber gelacht, meldet Aueršperg, daß der König von Frankreich eine solche Rache hat erzeigen wollen, als wenn ihm viel daran gelegen“ ¹⁾).

Einen anderen Anlaß zur Heiterkeit im Hauptquartiere der Verbündeten bot ein Versuch des Herzogs von Maine, seine am 14. Juli schadhast gewordene Reputation herzustellen. Er ließ sich im Angesichte der brennenden Stadt seine Tafel im Freien decken, und dahin eine Anzahl Hoboisten der Armee bescheiden, damit sie ihm zum Diner aufspielten. Kaum hatte dasselbe begonnen, als eine Stückfugel von der Stadt aus in der Nähe aufschlug und das Diner mit der aufgewühlten Erde überschüttete. Die Zugabe war im Menu nicht vorgesehen. Der Herzog von Maine hob die Tafel auf ²⁾).

Das Urtheil jener Zeit über dies Bombardement, wenn auch zunächst mit der Thatat einiger persönlichen Erbitterung, stellt sich uns dar in einer Unterredung der Königin von Polen mit dem Abbé Polignac. Die Kurfürstin von Bayern, die Tochter dieser Königin, erlitt, in Folge des Schreckens, in Brüssel eine vorzeitige Niederkunft. Die Königin, Gemahlin Johann Sobieskis, stammte aus dem französischen Hause Bethune. Sie hatte einst für Frankreich manche gute Dienste geleistet, jedoch nicht immer. Auf jene Nachricht sagte sie zu Polignac: das brutale, unmenſchliche Bombardement der Residenzstadt ihrer Tochter sei geschehen lediglich aus Rache dafür, daß sie, die Königin, thätig gewesen sei für die Allianz von Polen mit dem Kaiser und Venedig wider die Türken, daß sie dagegen nicht eingegangen sei auf die Anerbietungen von Frankreich für die Lösung Polens von dieser Allianz und für einen Sonderfrieden mit den Türken. — Polignac erwiederte: von Seiten der Verbündeten seien französische Städte bombardirt, und vermöge des Rechtes der Repressalien habe der König sich für verpflichtet erachtet, in gleicher Weise zu verfahren. — Die Königin entgegnete: „Frankreich hat das Bombardiren angefangen. In Zeiten des vollen Friedens hat es verschiedene Städte,

¹⁾ Bericht vom 19. August.

²⁾ Deegleichen.

von denen es kein Unrecht erlitten, bombardirt und völlig zerstört. Will man sich aber rächen an den Engländern, weil sie französische Seestädte bombardiren, so wage man sich doch, anstatt in Brüssel so viele Kirchen und Klöster mit ihrem gottgeweihten Inhalte in Asche zu legen, lieber an die Stadt London" ¹⁾).

Villeroy zog von Brüssel aus südwärts nach Soignies und Nivelles. Langsam wich Vaudemont vor ihm. Am 26. August stand die französische Armee zwischen Marbais und Fleurus. Wir kennen die Gegend vom Jahre 1690 her als ein besonderes Schlachtfeld seit Jahrhunderten. (Vgl. Bd. V, S. 119.)

Die Frage, ob auch in den Augusttagen von 1695 es dort zum Treffen kommen werde, trat heran. Villeroy hatte von französischen Besatzungen alles an sich gezogen, was ihm erreichbar war. Seine Armee war die stärkste, welche man seit langem gesehen. Sie zählte 103 Bataillone und 200 Schwadronen. Es war offenkundig, daß er Befehl habe bei irgend welcher Aussicht auf Erfolg zu schlagen. Alle seine Schritte bewiesen, daß er ein Treffen suchte. Eben dies war die Hoffnung von Boufflers in der Citadelle von Namur. Am 28. August marschirte Villeroy nach Gembloux. Von da aus that er seine Nähe kund durch hundert Kanonenschüsse.

Die verbündete Armee bestand aus 92 Bataillonen und 225 Schwadronen, war also an Cavallerie etwas stärker, an Infanterie etwas schwächer als die französische. Die schwächere Zahl der Infanterie ward erjezt durch die bessere Qualität; denn unter den Truppen Villeroy's gab es viele Milizen. Allein in dem Heere der Verbündeten wurden mancherlei Bedenken rege. Die Haltung der verschiedenen Generale am 26., beim Eintreffen der Nachricht, daß Villeroy anmarschire, flößte dem Beobachter nicht ein großes Vertrauen ein. Besonders wichtig erschien, daß im Falle des Sieges die Verfolgung des Feindes nicht großen Vortheil verspreche, daß im Falle der Niederlage der Rückzug schwer sei ²⁾).

Die Erwägungen für und wider bestimmten den König, nicht einen Anlaß zum Treffen zu geben. Seit dem 25. arbeiteten die

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 114.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 30. August.

Truppen an einer Verschanzung, die sich erstreckte vom Dorfe St. Dennis am Ursprunge der Meuse, diesen Fluß entlang, bis an die Quelle der Spigney. Villeroi besichtigte diese Stellung. Er fand es nicht für rathsam sie anzutasten. Sobald der König die Ueberzeugung gefaßt, daß dies nicht geschehen würde, begab er sich wieder ins Lager vor Namur, und setzte einen Hauptsturm an auf den 30. August ¹⁾.

Die Disposition zum Angriffe nahm besondere Rücksicht auf den Charakter und den Wetteifer der Nationalitäten. 3500 Engländer unter Lord Cutts erhielten die Aufgabe das Fort Terra Nova zu stürmen. Dem Grafen Rivera mit 2000 Holländern und 1000 Bayern ward der Angriff auf das Fort Coehorn zugewiesen. Die Brandenburger unter La Cave, 1200 Mann, warfen sich an einer anderen Stelle auf die Contrescarpe dieses Forts. Schwerin mit 1200 anderen Brandenburgern hatte vor sich die Contrescarpe der Casotte. Der Sturm begann zugleich an allen Orten.

Abermals wie früher waren die Engländer im Sturmeslaufe Allen voran, nicht im Festhalten des Genommenen. Ihr Angriff mißglückte. Dagegen gelang vollständig der Sturm auf die Contrescarpe der Casotte, so wie des Forts Coehorn. Den Preis des Tages trugen daher die Brandenburger davon. Der König hob in einem Dankeschreiben an den Kurfürsten die Leistungen derselben, die Haltung der Generale in warmen Ausdrücken hervor ²⁾.

Der Lärm des Sturmes vom 30. August auf die Forts der Citadelle drang hinüber in das französische Lager jenseit der Meuse. Villeroi machte Versuche hier und dort ein Treffen zu provoziren. Es gelang ihm nicht. Der König, in derselben Stellung wie drei Jahre zuvor ihm gegenüber Luxemburg, beobachtete nun dem Marschall Villeroi gegenüber eine ähnliche ablehnende Haltung. Der Marschall konnte dem Boufflers die ersuchte Hülfe nicht bringen.

An diesen trat daher die Frage heran, ob er noch einen letzten Sturm aushalten wollte. Den 31. wartete er ab. Um Mittag des 1. September vernahmen die Belagerer den Trommelschlag der Châmade. Boufflers war bereit zu capituliren.

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 97. — Auerspergs Bericht vom 30. August.

²⁾ A. a. O. p. 101.

Wie in Betreff der Stadt Namur, so gab auch für die Citadelle der König im Namen der Verbündeten dem Kurfürsten von Bayern diesen Auftrag. Noch am selben Tage ward die Capitulation beiderseitig gezeichnet. Der Abzug sollte erfolgen mit den üblichen Kriegesehren, mit fliegenden Fahnen, Trommelschlag, brennenden Funten, und einigen Kanonen. Die Besatzung hatte beim Beginne bestanden aus 14,700 Mann, beim Abzuge zählte man 5600. Die häufige Aussage der Ueberläufer, daß die Dragoner alles Nachdrückliche verrichtet, fand ihre volle Bestätigung. Auch da noch trug diese Mannschaft, die von den 3000, mit welchen Boufflers eingezogen, auf weniger als 1000 zusammen geschmolzen war, durch ihre Haltung das Lob der Gegner davon; nicht so die Infanterie, die nach ihrer Meinung kaum elender sein konnte. Der Verlust der Verbündeten vor Namur betrug 3000 an Todten, 5000 an Verwundeten ¹⁾.

Der Auszug fand statt am 6. September ²⁾. Eine besondere Unterhandlung vorher hatte betroffen die Begrüßung, welche der Marschall Boufflers vor dem Kurfürsten abzulegen habe, ob zu Pferd, ob zu Fuß. Boufflers erwiederte, daß ein Marschall von Frankreich nur vor dem Könige vom Pferde steige: der Kurfürst dürfe also dies nicht fordern. Es ward ihm bemerkt, daß auch der König von England sich dort befinden werde. Boufflers erwiederte, daß er an der schuldigen Höflichkeit nichts ermangeln lassen werde. Als der Marschall in die Nähe des Kurfürsten kam, zog er den Degen und salutirte. Der König hielt daneben. Erst dann machte Boufflers diesem eine Reverenz. Somit war die Form für Frankreich gewahrt. Aber Boufflers hatte an sich persönlich sehr bald zu erfahren, wer hier der Herr war. Einstweilen ritt er weiter.

Wir erinnern uns der kriegesgefangenen Besatzungen von Dixmuiden und Deynse. Es war notorisch, daß man ihnen nur die Wahl gelassen zwischen dem Hungertode oder dem Eintritt in den französischen Kriegesdienst. Dann hatte man sie durch die ganze Armee verstreut, hauptsächlich jedoch nach Catalonien geschickt. Wilhelm III.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 6. September.

²⁾ Ich bemerke, daß ich für das Folgende nur den Bericht des Augenzeugen Auersperg zu Grunde lege.

faßte den Entschluß eine Repressalie zu üben, nämlich durch das Anhalten des Marschalls Boufflers den König von Frankreich zur Erfüllung des Cartells zu zwingen. Wie es in wichtigen Dingen häufig seine Weise, faßte er diesen Entschluß ohne Mitwissen eines Anderen. Erst durch die Ausführung ward er kund.

Nachdem der Marschall Boufflers vorüber geritten, ertheilte der König dem General Dykvelt den Befehl, mit einem Offizier und vier Reitern ihm zu folgen und ihn anzuhalten. Es geschah. Dykvelt eröffnete dem Marschall, daß der König, in Erwägung des vielfältigen Bruches der Capitulationen, namentlich zuletzt derjenigen von Dixmuiden und Deynse, sich gezwungen sehe ein Gleiches zu thun. Boufflers erwiederte: er habe mit dem Kurfürsten capitulirt und halte sich an diesen. Dykvelt entgegnete, daß er rede im Namen des Königs von England, und den Marschall ersuche, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Es geschah. Der sonderbare Zug lenkte um auf die Stadt zu. Da wegen des Geheimnisses keine Fürsorge für ein Local getroffen war, so führte Dykvelt den Arrestanten in seine Wohnung.

Die Kunde verbreitete sich rasch. Guiscard eilte zurück zu Portland. Das sei wider alles Recht, rief er. Auch sei es nicht das geeignete Mittel. Wenn man eine Klage habe, so möge man trachten, seinen König an Großmuth zu überwinden. Portland entgegnete: auf Großmuth sei sich wenig zu verlassen, in solchen Dingen müsse man sicher gehen. Er begab sich zu dem Marschall. Dieser war sehr aufgebracht. Das Verfahren wider ihn, sagte er, sei ein Affront gegen seinen König, welcher es rächen werde. Wenn man Repressalien gebrauchen wolle: so müsse man es thun gegen die gesammte Besatzung, nicht gegen seine Person allein. „Ich bitte Sie, erwiederte Portland, nicht zu drohen. Der König von England erschrickt davor nicht, sondern wird wissen sich zu wehren. In Betreff Ihres anderen Einwandes thut das Verfahren des Königs dar, daß er Ihre Person höher achtet als die gesammte Besatzung. In so weit ist Ihr Verdruß nicht begründet. Im Auftrage des Königs habe ich Ihnen ferner zu erklären, daß, wenn Sie es auf sich nehmen, die Entlassung der in den französischen Dienst gezwungenen Mannschaft zu erwirken, oder im anderen Falle sich binnen vierzehn Tagen wieder hier zu stellen, Sie sofort die Freiheit haben Ihren Truppen zu folgen.“ Boufflers erwiederte,

daß er dies nicht auf sich nehmen könne, jedoch bereit sei sofort den Grafen Guiscard mit einem Berichte an seinen König zu entsenden. Portland verlangte dann von ihm das Ehrenwort des Bleibens, bis die Sache geordnet, weil man im anderen Falle ihn bewachen müsse. Boufflers gab das Ehrenwort. Es ward ihm ein Offizier von der Leibgarde des Königs zugetheilt. Vielsach ward die Frage erörtert, ob unter den gegebenen Umständen Boufflers sich an dies Wort binden werde. Der Fortgang der Dinge bewies, daß er sich für gebunden hielt.

In den nächsten Tagen wurde er nach Mastricht geführt. Dort erhielt er als Marshall von Frankreich eine Ehrenwache, die aufzog mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele. Er gab die Parole¹⁾.

Es fragt sich um den Eindruck des Verfahrens gegen Boufflers.

Der Kurfürst von Bayern hatte zwar dem Könige seine Zustimmung gegeben. Anderen gegenüber jedoch verhehlte er nicht seinen Mißmuth. Sein Wort, sagte er, leide darunter, zumal da der König ihm vorher alles verschwiegen. Er ließ dem Marshall sagen, daß es ihm leid thue ihn nicht besuchen zu dürfen. „Er fürchtete, jetzt der französische Hofmann Dangeau hinzu, daß dies dem Prinzen von Oranien mißfiele, welchen er als König von England behandelt, und vor welchem sie alle dort sich verhalten wie die Hofleute hier vor dem Könige“²⁾. Der Verdruß indessen des Kurfürsten war sichtbar. Baudemont suchte ihn zu begütigen. Der König Wilhelm hatte ein besseres Mittel in der Hand, welches über die Wünsche von Baudemont weit hinausging. Er übergab dem Kurfürsten das völlige Commando für den Winter. Das änderte die Meinung des Kurfürsten. Sein Verhältnis zu dem Könige erschien als ein sehr freundschaftliches. „Ich bekenne jedoch, fügt Auersperg seinem Berichte hinzu, daß ich nicht viel baue auf diese neue Freundschaft, und darf fast versichern, daß sie, weil sie sich gründet lediglich auf die große Submission des Kurfürsten vor dem Könige, welcher ihm doch nur ein geringes Vertrauen beweist, auf die Länge nicht dauern kann. Denn der Kurfürst hat sein Naturell nicht verändert. Seine Minister sind sogar gegen die Ernennung,

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 16. September.

²⁾ Dangeau t. III, p. 383.

weil sie wissen, daß fortan ihre Wirksamkeit darin bestehen wird, die Befehle von Dytvelt auszuführen. Das thun auf die Dauer weder Frielmahr, noch Simeoni, noch Berghaict. Von den spanischen Rätthen des Kurfürsten redet Niemand." — So viel indessen war gewonnen, daß der Kurfürst von da an das Verfahren des Königs gegen Boufflers mit lauten Worten billigte ¹⁾.

In Holland und England erscholl einmüthiges Lob des Königs für diesen Schritt ²⁾.

Anders in Frankreich. „Ich war nicht bei Hofe, meldet die Herzogin von Orleans, als die Nachricht vom Arrest des Marichalls Boufflers ankam. Allein diejenigen, die sich dort befunden, haben mir erzählt, daß zu Anfang der König vor Zorn erbleichte und zitterte. Hernach aber und am anderen Tage soll er sich geäußert haben: der Prinz von Oranien hat Recht. Hätte man meinen Befehl genau befolgt, so wäre die Besatzung von Dixmuiden gleich ausgeliefert worden und dies nicht geschehen" ³⁾. Wie uns Späteren, so dürfte es auch denen, welche diese Worte aus dem Munde des Königs vernahmen, kaum glaublich erschienen sein, daß ein Franzose jener Zeit gewagt haben solle, einen Befehl dieses Königs nicht genau auszuführen.

Indessen die Worte deuten an, daß Ludwig XIV. es verstand, sich äußerlich in das Unvermeidliche zu fügen. Bereits am 13. September hatte Portland ein Schreiben von Boufflers in Händen. Der König gestatte ihm, meldete er, sein Wort dafür zu verpfänden, daß, so bald er entlassen werde, die Besatzungen von Dixmuiden und Deynse auf freien Fuß gestellt werden sollten. Er fügte hinzu, daß der König, um sowohl ihm als der ganzen Besatzung von Namur seine Zufriedenheit mit ihrem Verhalten zu bethätigen, ihn zum Duc ernannt, und die sämtlichen Offiziere habe aufrücken lassen. Wilhelm III. ließ erwiedern, daß er, im Vertrauen auf die getreuliche Erfüllung

¹⁾ Auerspergs Berichte vom 6. und 16. September.

²⁾ Kaunitz Bericht vom 7. September. Hoffmanns Bericht vom 30. September.

³⁾ Schreiben der Herzogin an die Prinzessin Sophie, aus Fontainebleau, 27. September. — Dangeau t. III, p. 381 drückt sich aus: Le roi apprit avec beaucoup d'étonnement et de douleur que M. le prince d'O. avait fait arrêter M. de Boufflers.

dieser Zusage, den Marschall Boufflers der Haft entlasse. Wie während derselben ihm alle Zuvorkommenheit bewiesen war, so bei der Entlassung. Boufflers sagte darüber, daß man ihm die Ketten des Gefängnisses so sehr vergoldet wie möglich. Dennoch seien es Ketten geblieben¹⁾.

Der glückliche Ausgang dieser Angelegenheit erhöhte in Holland und England die Freude über den Wiedergewinn von Namur. Sie war außerordentlich. In England ward besonders hervorgehoben, daß diese Erfahrung von 1695 rechtfertigend zurückwirke auf das Verhalten des Königs im Jahre 1692 gegenüber dem Marschalle Luxemburg²⁾. In Holland und Belgien war vielleicht der Jubel noch größer. Auersperg vernahm mit Verwunderung die überschwenglichen Ausdrücke über diese Kriegesthat. „Man sollte danach glauben, sagt er, daß es nun mit Frankreich völlig aus sei für immer. Ich halte ihnen entgegen, daß wir vor 1691 nicht bloß Namur besessen haben, sondern auch Mons und Charleroi, und daß wir im Besitze dieser Städte dennoch nicht viel ausgerichtet, daß dagegen, nachdem wir nicht wenige Plätze und Schlachten verloren, es nun doch einmal an der Zeit gewesen sei etwas Bedeutendes zu leisten“³⁾. In ähnlicher Weise urtheilte Kaunitz. „Wenn man die Kraft und die Mittel, meinte er, welche die Belagerung von Namur erfordert, verwendet hätte auf das Durchbrechen der französischen Linien: so würde man Frankreich zum Frieden gezwungen haben.“

Auersperg oder auch Kaunitz mochten Recht haben; dennoch ist es unverkennbar, daß die Eroberung von Namur dem Könige Wilhelm, dem bisher in seiner Kriegsführung in den Niederlanden das Glück nicht hold gewesen, von allen Seiten angerechnet wurde als eine ganz außerordentliche Leistung. Diese Anerkennung prägt sich besonders aus in dem Glückwunsche des Kaisers. „Wenn jemals ein Werk, sagt Leopold, so war wahrlich dieses schwer und gewaltig. Wie der Beginn desselben die Erwartung Aller auf das höchste spannte, so hat der Fortgang und das Ende die reise Ueberlegung, die Umsicht, die

1) Auerspergs Bericht vom 16. September.

2) Hoffmanns Bericht vom 30. September.

3) Bericht vom 6. September.

Kraft, den Fleiß E. D. der gesammten Welt in hell leuchtenden Zügen verkündet, und Ihrem Namen einen für alle Zeiten unauslöschlichen Ruhm erworben" ¹⁾).

Der König von Frankreich konnte folgerecht nicht umhin, den Ruhm, den er drei Jahre zuvor sich selber zuerkannt, nun in etwas anderer Weise auch dem Könige Wilhelm zuzusprechen. Wenn er selber dies unterließ, so nicht die anderen Franzosen. Die Herzogin von Orleans schreibt am 12. October aus Fontainebleau: „Man spricht hier jetzt vom Könige Wilhelm in einer ganz anderen Weise als früher. Man hört überall: c'est un maître homme, c'est un grand roi et digne de l'être, und dergleichen" ²⁾).

Für diesen König selber kam noch die erfreuliche Wahrnehmung hinzu, daß die Armee sich in völlig gutem Stande befand, ja daß man der Infanterie die Mühsal dieser harten Belagerung nicht anmerkte. Dennoch ward nichts weiter unternommen. Der König begab sich nach Breda und Loo. Der Feldzug war zu Ende ³⁾.

Inzwischen war die Differenz zwischen den beiden Häuptern der großen Allianz über die Vermittelung des Friedens durch Schweden nicht gelöst. Wir erinnern uns des Standes der Dinge am 26. Juli. Damals, im Congresse der Gesandten im Haag, berief sich Heinsius auf den Eifer der Republik für die Erneuerung der Allianz als den Beweis, daß sie geheime Unterhandlungen nicht führe. Portland dagegen wies hin auf die persönlichen Leistungen des Königs vor Namur, welche einem Zweifel an ihm jeden Boden benehme. In der That zeigen die Berichte der kaiserlichen Gesandten Kaunitz und Auersperg von da an, daß ihre Zweifel schwinden. Namentlich hebt der erste

¹⁾ Opus hoc sane fuit si ullum aliud arduum et ingens. Cujus initium uti omnium expectationem suspensam tenuit, ita progressus exitusque summam Serenitatis Vestrae prudentiam, circumspectionem, fortitudinem et industriam toti mundo luculentissime declaravit, Ejusque nomini gloriam nullo aevo oblitterandam peperit. Vom 23. September. — Das Schreiben ist aus der Reichskanzlei, deshalb der Titel Serenitas, während der Kaiser persönlich dem Könige den Majestäts-Titel gab. Man vergleiche Bd. V, S. 343.

²⁾ Abgedruckt bei Ranke: Fr. Geschichte Bd. VI, S. 125. Vom 12. October.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 12. September.

den wiederholten Beschluß der Erneuerung der großen Allianz hervor. Damit, meint er, seien alle geheimen Unterhandlungen zu Ende. „Jedoch, fügt er dann hinzu, will ich für nichts gut sagen, besonders wenn wir einen unglücklichen Streich vor Namur erleiden sollten“¹⁾. Der Fall von Namur hob also diese Besorgnis.

Wichtiger jedoch war die Stellung des Grafen Auersperg. Ihm hatte der König persönlich am 25. Februar seinen Friedenswunsch eröffnet, an welchen dann die Verhandlungen sich geknüpft. Aber Auersperg war angewiesen festzuhalten an der Vermittelung des Friedens durch Schweden. Portland war am 26. Juli ausgewichen. Am 9. August forderte Dykvelt den Gesandten zu einer Unterredung.

Dykvelt behauptete, daß eine heimliche Unterhandlung nicht obwalte, und daß er selber seit Mastricht mit keinem französischen Emissär gesprochen. Die Worte könnten auffallend erscheinen, da der Brief des Königs selbst an Heinsius vorliegt, vom 4. Mai 1695, in welchem er der Absicht einer Beredung in Utrecht gedenkt und dabei Dykvelts Namen nennt²⁾. Allein jene bestimmte Aussage von Dykvelt zwingt zu der Annahme, daß diese Beredung in Utrecht dennoch nicht statt gefunden hat. Diese Annahme wird unterstützt durch eine Thatjache. Eben damals nämlich, im August, brachte einer der Bürgermeister von Amsterdam, Boreel, durch Heinsius an den König den Vorschlag aufs neue geheim mit Frankreich zu unterhandeln. Der König erwiederte: „Es wäre doch wahrlich ein sonderbares Verfahren eine geheime Unterhandlung mit Frankreich gerade dann zu beginnen, wo die Erneuerung der Allianz beschlossen ist“³⁾.

Diese Worte des Königs zu Heinsius benehmen dem Verdachte einer damaligen geheimen Verhandlung für uns Spätere jeglichen Grund. Allein es ist eben so gewis, daß in den Zeitgenossen der Eindruck der Gerüchte vom Mai noch nicht sofort ausgelöscht war. Und dies führt uns zurück auf die Unterredung zwischen Auersperg und Dykvelt am 9. August. Jener bemerkte: es lägen ihm Briefe vor aus Rom, denen gemäß der Papst Innocenz XII. versichert:

¹⁾ Bericht vom 22. August.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 514.

³⁾ H. a. D. p. 521. Vom 16. August.

Dykwelt habe im Namen des Königs Wilhelm dem Callieres angeboten, im Falle daß Jacob II. sich nach Rom zurückziehe, ihm vom Parlamente ein Jahrgeld von 100,000 £ zu erwirken. Dykwelt verneinte die Sache an sich nicht. Allein er habe, sagte er, dies Anerbieten in Maastricht gemacht.

Dann fuhr Auersperg fort: „Es kommt darauf an, durch die unverbrüchliche Eintracht der beiden Monarchen der ganzen Welt kund zu thun, daß nur dadurch das Gemeinwohl Europas gefördert werden kann. Nun aber schweigt der König. Entweder also setzt er in den Kaiser nicht das gleiche Vertrauen wie der Kaiser in ihn; oder der König hat eine Neigung zum Frieden nur zu dem Zwecke gezeigt, um den Kaiser zu sondiren und danach seine Maßregeln zu treffen.“

Dykwelt versprach die Antwort des Königs zu bringen. Dann versetzte er: die Erneuerung der Allianz müsse nun alles Mißtrauen hinweg nehmen. Auersperg erwiderte lachend: er wisse nicht, ob die Erneuerung der Allianz mehr Kraft haben werde als diese selbst vorher. Denn sie habe ja die Zusammenkünfte von Maastricht nicht gehindert.

Dann jedoch trat er hervor mit einem wichtigen Vorschlage. Wir erinnern uns des wiederholten Auftrages von Rinsky an Auersperg, in geeigneter Weise Schritte zu thun, damit der König Wilhelm III. den Vertrag der großen Allianz von 1689 dem Parlamente vorlege. Auersperg hatte es nicht für geeignet gehalten, mit Shrewsbury oder einem anderen Engländer diesen Punct zu erörtern. Er brachte ihn nun zur Sprache gegenüber Dykwelt.

„Der Kaiser, sagte er, hat erwogen, ob es nicht rathsam und für den König selbst nützlich sei, eine ewige Allianz zu errichten zwischen dem Reiche und der englischen Nation. Allein der Kaiser bedenkt sehr wohl, daß ein solcher Vorschlag, wie derjenige der Zustimmung des Parlamentes von England zu dem Vertrage der großen Allianz, vielleicht die Prärogative des Königs gefährden könne. Der Kaiser will durch diesen Vorschlag nur die Achtung bethätigen, die er hegt für die Person des Königs. Entspricht demnach der Vorschlag nicht dem Gutbefinden des Königs: so bitte ich denselben zu betrachten als nicht geschehen. Jedenfalls werden Sie besser als ich seine Ansicht erfahren können. Ich meinerseits gebe Ihnen nur noch die Versicherung, daß

ich zu keinem Menschen darüber ein Wort geäußert als zu Ihnen." Dyfvelt erging sich in Lobeserhebungen für den Kaiser, und versprach den Auftrag auszurichten.

Es vergingen einige Tage. Dann erschien Dyfvelt abermals bei Auersperg. „Ich habe den Auftrag, sagte er, Sie zu ersuchen, daß Sie im Namen des Königs mit allen erdenklichen Ausdrücken dem Kaiser die große Verpflichtung und Erkenntlichkeit aussprechen, die der König dem Kaiser entgegen trägt für das Vertrauen, mit welchem der Kaiser eingegangen ist auf die Vorschläge des Königs vom 25. Februar. Der König wird seinerseits nicht ermangeln, dem Kaiser mit demselben Vertrauen entgegen zu kommen. Denn er beharrt nach wie vor bei der Ueberzeugung, daß an ihrer beider Eintracht die Wohlfahrt des gemeinen Wesens hängt.“

„Der König kann aber über die Ansprüche Spaniens für den Frieden nicht entscheiden. Der spanische Gesandte will nur hören, nicht selbst sich erklären. Der Kaiser hat das nähere Interesse.“

„Der König ist nicht der Meinung, daß man die Aussicht auf den Frieden, welche sich durch Schweden bietet, außer Acht lassen solle. Aber bisher ist man dort sehr wenig vorwärts gekommen. Der Graf d'Alvaux hat in Betreff des Präliminar-Vorschlages nichts Positives geantwortet. Wie sollen wir also auf diesem Wege weiter gelangen in Betreff der anderen Bedingungen, die wir fordern müssen? Das einzige Mittel ist, daß die Krone Schweden sich dem Kaiser verpflichtet, die Herstellung der beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen in ihrer ganzen Ausdehnung für die Verbündeten von Frankreich zu verlangen. Gelingt dies, so haben wir ein Fundament zum Frieden, und zwar mit Inbegriff der Städte Straßburg und Luxemburg, ohne doch selber noch engagirt zu sein. Der Kaiser als das Haupt der Allianz würde der Krone Schweden die Verdienstlichkeit dieses Werkes darlegen; aber die Krone Schweden müßte so handeln aus sich, um ihrer eigenen Ehre willen. In diesem Falle können beide, der Kaiser und der König, die Vermittelung der Krone Schweden annehmen, und den Råthen derselben eine beträchtliche Summe Geldes in Aussicht stellen“ ¹⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 16. August, verwoben mit einem Theile desjenigen vom 9. August.

Der König hatte bei dieser Eröffnung nicht verhehlt, daß er geringe Hoffnung setze auf den Erfolg. Die Rätthe Carls XI. von Schweden seien fast alle französisch. Der einzige den Verbündeten wohl Gesinnte, der alte Graf Benedict Oxenstierna, habe doch nicht den erforderlichen Credit, noch die Standhaftigkeit.

In der That war die Aussicht auf das Gelingen dieses Vorschlages sehr gering. Zunächst in Stockholm. Die Gesandten des Kaisers und der Republik hatten dort im Juni die Hülfe von 6000 Mann gefordert, zu welcher Schweden verpflichtet war durch den Vertrag der Association von 1682. Schweden war ausgewichen¹⁾. Eine Entschiedenheit daher, welche möglicher Weise zum Bruche mit Frankreich führen konnte, war von Stockholm her kaum zu erwarten.

Aber auch in Wien selbst war man nicht geneigt auf diese Eröffnung des Königs Wilhelm III. einzugehen. Die Richtschnur der kaiserlichen Politik war die Vertretung der Interessen Aller in gleicher Weise. Jener Vorschlag des Königs reichte dafür nicht aus. Savoyen war bei den Friedensschlüssen von Münster und Nymegen nicht theiligt. Für Spanien war der Name Nymegen allzu gehässig. Aber gerade in Betreff dieser beiden Mächte war in Wien die Besorgnis eines Abspringens von der Allianz immer lebendig. Demgemäß, hieß es dort, müsse man um so mehr sich hüten ihnen den Vorwand der Nicht-Beachtung ihres Interesses zu bieten.

Dies ist der Kern der wiederholten Berathungen, welche in Folge der Eröffnung des Königs in Wien gepflogen wurden²⁾.

Dagegen erneuerte der Kaiser an seinen Gesandten in Stockholm, den Grafen Starhemberg, entsprechend dem Präliminar-Artikel vom Januar 1695, den Befehl kein Schriftstück anzunehmen, in welchem der Prinz von Oranien nicht als König von England bezeichnet werde³⁾. Diese eine Bedingung genügte nach wie vor, den Weg des

¹⁾ Die Schriftstücke sind gedruckt in *Actes de la paix de Ryswick* t. I, p. 76 et suiv.

²⁾ Ich citire nicht die einzelnen Schriftstücke, weil diese ausführlichen Berathungen praktisch weiter keine Consequenz hatten als die Feststellung dieses Standpunctes.

³⁾ Kinsky an Auersperg, 24. September. — Man vergleiche *Lexington Papers* p. 133. Lexington an Blathwayt.

Friedens durch die schwedische Vermittelung zu versperren. Denn das Verhalten Ludwigs XIV. und seines Gesandten in Stockholm, des Grafen d'Abaux, that zur Genüge dar, daß jener fest hielt an dem Vorjage die Anerkennung Wilhelms III. hinauszuschieben bis zuletzt. Andererseits sehen wir nicht, daß Ludwig XIV. im Jahre 1695 einen neuen Friedensversuch macht. Mit anderen Worten darf man also sagen, daß er im Herbst 1695 die Fortdauer des Krieges wollte.

Es dürfte endlich die Frage sein, ob auch nur der König Wilhelm III. selbst jene Eröffnung gemacht, in der Absicht um zum Frieden zu gelangen. Auersperg meldete einige Tage später seine Beobachtung, daß der König von den schwedischen Versuchen gar nichts erwartete. Am 19. September glaubt er wahrzunehmen, daß der König entschlossen sei noch einen Feldzug zu machen. Aber noch war die schwedische Vermittelung da, oder wenigstens der Schein derselben. Eben damals bot sich ein Anlaß, welcher die Krone Schweden den Engländern misliebig machte.

Nicht bloß die englischen Seeleute, sondern die gesammte Nation hielt nachdrücklich an dem Anspruche auf die Herrschaft der Meere um England. Man darf sagen, daß die Forderung des Segel-Streichens an fremdländische Schiffe bei der Begegnung mit englischen Kriegsfahrzeugen eine national-englische war, nicht minder die Erzwingung dieser Art des Grußes durch Gewalt. Am 22. August durchlief eine schwedische Fregatte den Canal. Sie begegnete zwei englischen. Diese forderten, wie üblich, daß der Schwede das Marssegel fallen lasse. Er weigerte sich. Die Engländer griffen zur Gewalt. Nach einem zweistündigen harten Gefechte ward die schwedische Fregatte genommen, und in einen englischen Hafen eingebracht. Es war voraussehen, daß der König von Schweden Genugthuung fordern werde; aber eben so sicher waren die beiden Fregatten-Capitaine der Zustimmung ihrer Landsleute¹⁾.

Es scheint, daß dieser Zwischenfall dem Könige Wilhelm III. zu statten gekommen sei für seine wohl erkennbare Neigung, den Versuchen der Friedens-Vermittelung durch Schweden ein Ende zu machen.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. August.

Am 14. October ließ er durch den Secretär Blathwayt eine Denkschrift an Lord Lexington in Wien entsenden. Der Inhalt derselben war wie folgt. „Der König hat die Einwände, welche der Kaiserhof seinem Vorschlage in Betreff der Unterhandlung durch Schweden entgegen gestellt, einer reiflichen Prüfung unterzogen. Er findet sie nicht triftig genug, ihn zum Verzicht auf seinen Vorschlag zu bewegen. Kann daher der Kaiser diesem Vorschlage nicht beitreten, so hält der König es für durchaus nothwendig, weder über die Unterhandlung durch Schweden, noch über jenen Vorschlag ferner zu reden noch zu schreiben, sondern sich allseits vorzubereiten zur starken und nachdrücklichen Kriegsführung, und Jeder an seinem Orte das Möglichste zu leisten, damit wir mit Gottes Hülfe und durch den Erfolg der Waffen später eine günstigere Gelegenheit zum Frieden finden mögen“ ¹⁾.

Mündlich hob der König dem Grafen Auersperg noch hervor den Mangel an Geheimnis, die Bestechlichkeit in Stockholm. Der Gesandte dagegen macht seine Bemerkung über die Ausfertigung dieser Denkschrift durch Blathwayt für Lexington in Wien. „Dies geschieht deshalb, sagt er, weil der König der Verschwiegenheit von Blathwayt nicht traut, dagegen wünscht, daß dies Schriftstück gelange zur Kunde der Engländer“ ²⁾.

Wir Spätere beobachteten hier, was von den Zeitgenossen sehr wenige, und in England vielleicht auch nicht Einer, zu durchschauen vermochten, welche Umwandlung sich in der Seele des Königs vollzogen vom 25. Februar bis zum 14. October. Damals hatte er, und zwar, gemäß seinen Aeußerungen zu Auersperg, hauptsächlich um Hollands willen, gedrängt auf den Frieden. Nun, im October, forderte er energische Kriegsführung. Dies Mal trat in seinen Erwägungen die kriegerische Stimmung von England voran. Aber setzte er darum die Wünsche von Holland zurück? — Wir haben bereits in der Unterredung zwischen Portland und Auersperg am 26. Juli die Aeußerung des ersteren vernommen, daß die Dinge seit Februar sich

¹⁾ Le roi croit tout-à-fait nécessaire qu'au cas que S. M. I. ne pût consentir au dit fondement, qu'on cesse de parler et d'ecrire tant de la dite négociation secrette en Suède que du dit fondement, et qu'on se prépare par tous lieux pour une forte et vigoureuse guerre etc.

²⁾ Bericht vom 18. October.

günstig gewendet. Diese günstige Wendung betraf einerseits die Republik. Man könnte sie umsetzen in die Worte: Holland und insbesondere die Stadt Amsterdam dringen nicht mehr mit solchem Nachdrucke auf den Frieden. Allein andererseits handelte es sich um die Person Wilhelms III. Wir haben damals seine Worte an Heinsius vernommen, daß er sich nicht mehr fähig fühle den Krieg zu führen. Die Ereignisse des Feldzuges von 1695 hatten ihm dargethan, daß sein damaliges Gefühl der Schwäche seinem Kummer entstammte, daß in Wirklichkeit seine Kraft keine Einbuße erlitten. Demgemäß standen seine Wünsche am Schlusse des Feldzuges von 1695 im Gegensatze zu denen vor dem Beginne.

Die feste Basis zur Fortführung des Krieges war da. Die große Allianz vom 12. Mai 1689 war, gemäß dem wiederholten Beschlusse des Congresses im Haag, erneuert am 8. August. Es war geschehen durch die Unterschrift der Gesandten. Es stand noch aus die Ratification der Souveraine. Und hier ist es von besonderem Interesse zu sehen, wie der König Wilhelm III. verfuhr.

Auf den Anwurf des Grafen Auersperg bei Dykvelt, daß der Vertrag auch dem Parlamente vorgelegt werden möge, kamen weder der König noch Dykvelt mit Einem Worte zurück ¹⁾. Das Schweigen war die Antwort. Und nicht bloß das Parlament ward bei der Erneuerung der Allianz nicht betheiligt. Die Correspondenz des Königs mit dem Staats-Secretär Shrewsbury, den man vielfach als den hauptjächlichen Minister des Königs bezeichnete, liegt gedruckt vor ²⁾. Sie betrifft im Sommer 1695 die Kriegseignisse in Belgien, im Mittelmeere, oder wo sonst es sein mochte, ferner die Frage der Auflösung des Parlamentes. Von der Allianz oder der Erneuerung derselben ist darin nicht die Rede. Der Staats-Secretär scheint über eine Angelegenheit, die man nach dem constitutionellen Brauche späterer Zeiten bezeichnet haben würde als die wichtigste seines Dienstes, eben so unfundig geblieben zu sein wie zuvor.

¹⁾ Auersperg an Kinsky, den 19. August: Dykvelt ne m'a pas apporté une réponse du roy touchant l'alliance de l'Empereur avec l'Angleterre etc.

²⁾ Coxe's Shrewsbury Correspondence p. 83 sqq.

Dennoch erhielt damals wenigstens Ein Engländer Kunde von diesem Vertrage. Der König hatte am 8. Mai 1695 den Viscount Billiers zu seinem Bevollmächtigten bei dem Congresse im Haag ernannt. Die hauptsächlichliche Befähigung dieses Mannes, damals und später, scheint bestanden zu haben in seiner geschmeidigen Fügsamkeit. Seine Bestallung, ausgefertigt unter dem großen Siegel von England, spricht von einem Bündnisse, auf Grund dessen der Krieg gegen Frankreich geführt werde, ohne jedoch dasselbe oder die Mitglieder näher zu bestimmen¹⁾. Billiers unterzeichnete am 8. August die Erneuerung, und zwar mit den Worten vorher: „Für den König von Großbritannien“. Es handelte sich dann um die Ratification. Die Reichsverweser weigerten sich, ohne einen eigenhändigen Befehl des Königs das große Siegel des Königreiches hinüber zu senden²⁾. Deshalb ward die Ratification vertagt bis nach der Ankunft des Königs in England. Dann erst erfolgte sie, am 6. November, und zwar etwas anders als der Beitritt des Königs im September 1689. Damals hatte, wie wir uns erinnern (Bd. IV, S. 528), lediglich der König unterzeichnet, kein Minister. Bei dieser Ratification vom 6. November 1695 findet sich noch ein anderer Name als des Königs, nicht jedoch eines der Staats-Secretäre, Shrewsbury oder Trumball, sondern wieder derjenige von Billiers, nicht um als Rath des Königs eine Verantwortlichkeit zu übernehmen, sondern um die Uebereinstimmung der Abschrift mit dem Original-Vertrage zu bescheinigen³⁾.

Der König handelte demgemäß abermals für sich, kraft der Prärogative der Krone, ohne die Betheiligung eines Engländer, der für seinen Rath vom Parlamente zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Es war die Frage der nächsten Jahre, ob er im Stande sein würde, diese Prärogative zu bewahren.

Es ist zu bemerken, daß bei dieser Erneuerung der Allianz von 1689 der geheime Artikel derselben nicht zur Sprache kommt⁴⁾. Er wurde darum von den eigentlichen beiden Contrahenten dieses Vertrages,

¹⁾ B. B.: Foederi non solum conservando, sed arctius etiam, si opus fuerit, constringendo.

²⁾ Kaunitz Bericht vom 3. October.

³⁾ Anlage IV.

⁴⁾ Die Erneuerungen sämmtlich bei Dumont t. VII, 2.

dem Kaiser und dem Könige von England, nicht als erloschen betrachtet. Aber jeder von ihnen mochte seine besonderen Gründe haben, das Geheimniß desselben zu bewahren. In der That war es ein Geheimniß; denn es deutet keine Spur auf eine Mitwissenschaft der anderen Souveräne, die nach und nach diesem Vertrage beigetreten waren. Ob dagegen der Artikel ein Geheimniß blieb auch für denjenigen, gegen den er wesentlich gerichtet war, den König von Frankreich, wird sich uns im Laufe der Zeit ergeben.

Auch der Herzog Victor Amadeus von Savoyen ratifizierte die Erneuerung der großen Allianz. Das Gerücht, daß er in heimlichen Unterhandlungen mit Frankreich stecke, trat im Herbst 1695 stärker auf, gab sich von verschiedenen Seiten kund. Rinsky in Wien, Raunig im Haag, Auersperg im Hauptquartiere des Königs, stützten die Mittheilungen, die sie einander machten, ein Jeder auf besondere Nachrichten. Dennoch machten ihre Warnungen auf den König und die Engländer noch nicht einen bleibenden Eindruck. Denn dem entgegen standen wie zuvor die Berichte Galways aus Turin. Er verglich die Gründe des Verdachtes wider den Herzog, und kam zu dem Urtheile, daß sie einander widersprachen. In England sagte man sich ungern los von der Hoffnung, daß es der englischen Flotte mit der Hülfe von Victor Amadeus zu Lande gelingen würde, die französischen Kriegsschiffe im Hafen von Toulon zu vernichten. Den Sommer 1695 hindurch hatte man in England mit Ungeduld die Nachricht eines Bombardements dieser Seefestung erwartet ¹⁾. Um so geneigter mochte man sein, den Versicherungen des kurzichtigen Galway in Betreff der Ehrlichkeit von Victor Amadeus Glauben zu schenken ²⁾.

Auch Carl II. von Spanien ratifizierte die Erneuerung der großen Allianz. Dennoch ward dadurch das frühere freundschaftliche Einvernehmen mit den beiden Seemächten nicht hergestellt. Dies Verhältniß erfordert unsere Aufmerksamkeit.

Zu der Republik glaubte man Grund zu haben zu zahlreichen Beschwerden wider Spanien. „Nicht bloß, sagt Heinsius, leistet Spanien sehr wenig für die gemeinsame Sache, sondern noch dazu ziehen viele

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. August.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 270.

Unterthanen dieser Krone Nutzen aus dem Kriege. Der Pferdehandel mit Frankreich wird von belgischen Städten betrieben. Sie vermitteln die Briefpost mit Frankreich, demgemäß die Spionage und den Ver-
rath. Bilbao in Spanien ist ein offener Handelsplatz für Frankreich. Unsere Schiffe, unsere Waaren, namentlich die Wolle, die wir dahin verföhren, werden mit Beschlag belegt. Auch die spanischen Niederlande leisten nichts für ihre eigene Vertheidigung: immer ist es die Republik, welche in allen Dingen aushelfen muß. Möge der Graf Kaunitz es erfahren, wie wir mit diesem Verbündeten daran sind, damit er es dem Kaiser mittheile“ ¹⁾).

Man dürfte nicht sagen, daß Spanien im Jahre 1695 weniger geleistet als zuvor. Die Franzosen hatten in Catalonien keine Fortschritte gemacht. Allein dagegen konnte erwiedert werden, daß ihre Offensive minder nachdrücklich war als früher, und daß die Anwesenheit der verbündeten Flotte im Mittelmeere sie in Schach hielt.

Aber war man dieser Anwesenheit dauernd sicher? — Die spanischen Minister scheinen damals es geglaubt zu haben. Dem holländischen Residenten in Madrid, Schonenberg, gegenüber ließen sie sich verlauten: an dem Verbleiben der Flotte im Mittelmeere hätten England und Holland um ihres Handels willen mehr Interesse als Spanien selbst. Von dieser Ansicht aus setzte der spanische Staatörath seinen Beitrag zum Unterhalte der Flotte herab. Der König Wilhelm äußerte sich darüber zu Kaunitz: „Man scheint dort zu glauben, daß, je weniger sie für sich selber thun, desto mehr wir für sie thun müssen“ ²⁾. Erregter sprach sich Heinsius zu Kaunitz aus. „Da Spanien, sagte er, fortan nicht mehr als 50,000 Kronen monatlich für den Unterhalt der Flotte zahlen will: so werden wir diese zurückrufen müssen. Sie sehen also, daß Spanien, um 800,000 Thaler im Jahre zu sparen, die eigene und die italienische Küste preis gibt. Und doch würde sicherlich die einzige Stadt Barcelona lieber diese Summe zahlen, als sich bombardiren lassen.“ Kaunitz erwiederte: „Ich erkenne den übelen Stand der Dinge in Spanien an, und sehe dafür keine

¹⁾ Schreiben von Heinsius an Dylvelt, nicht datirt, bei den Berichten von Kaunitz im September 1695.

²⁾ Bericht vom 17. October.

Abhülfe. Und dennoch glaube ich, daß man die Krone Spanien nicht verlassen darf. Wie der Gesandte Don Quiros deutlich zu verstehen gegeben, ist im anderen Falle die Verzweiflung und demgemäß der Sonderfriede zu befürchten" ¹⁾).

Die gegenseitige Mißstimmung trat wohl erkennbar zu Tage. „Das Gemüth des spanischen Gesandten, meldet Kaunitz, ist wider die hiesige Regierung so verbittert, und andererseits sind die Holländer wider ihn in einer solchen Stimmung, daß ich nicht absehe, wie er hier noch mit Nutzen wirken könne" ²⁾. Die Ursache lag nicht bloß an den einzelnen Persönlichkeiten, sondern mehr noch an dem gesammten Verhältnisse der Mächte. Denn ungleich ungünstiger noch als die Stellung von Quiros im Haag, war, wie wir bald erfahren werden, diejenige des Holländers Schonenberg in Madrid.

Die Aufgabe der kaiserlichen Gesandten war nach beiden Seiten hin zu begütigen, zu vermitteln. Denn das Abspringen Spaniens von der großen Allianz würde unvermeidlich nach sich ziehen das Ueberwachsen des französischen Einflusses in Madrid. Wir erinnern uns, daß bereits von 1692 an in Madrid und anderen Orten Spaniens französische Agenten das Gerücht austreueten, Spanien könne alles wieder erhalten, was es seit dem pyrenäischen Frieden verloren, wenn es einen der Söhne des Dauphins als Erben der spanischen Kronen anerkenne. Diese Meinung mochte moralisch mitwirken für die Forderungen, welche der spanische Staatsrath an die verbündeten Mächte erhob. Kinsky wiederholte unablässig durch Auersperg und Kaunitz bei dem Könige und Heinsius die Mahnung, daß gerade Savoyen und Spanien am ehesten es vermöchten, einen für sie vortheilhaften Sonderfrieden abzuschließen ³⁾.

Denn man darf sich nicht der Ansicht hingeben, als ob die maßgebenden Persönlichkeiten jener Zeit die Sache der spanischen Succession, obwohl noch latent, jemals aus dem Auge verloren hätten. Eine andere Frage war, ob sie zur Sprache kommen durfte. Der König Wilhelm III. wollte es, nicht der Kaiser. In den Beredungen

¹⁾ Bericht vom 28. August.

²⁾ Bericht vom 29. September.

³⁾ Kinsky an Auersperg, 19. October.

der Gesandten Kaunig und Auersperg mit Heinsius und Dykvelt hatten die letzteren wiederholt darauf hingedeutet, daß es an der Zeit sei die Angelegenheit genauer zu regeln. Kaunig und Auersperg wichen aus.

Wir werden jedoch diese spanische Angelegenheit erst später genauer ins Auge zu fassen haben, wo nach einer schweren Krankheit Carls II., im September 1696, sie bleibend am politischen Horizonte steht. Im Jahre 1695 und auch ferner noch beharrt der zunächst Betheiligte, der König Carl II. von Spanien, bei seiner Hoffnung, daß die Frage sich lösen werde durch eigene Descendenz von ihm.

Jedenfalls konnte Wilhelm III. noch viel weniger als der Kaiser damals, im Jahre 1695, in dieser Sache auf Carl II. eine Einwirkung ausüben, weil die Spannung zwischen beiden Königen zunahm. Da es trat eben damals ein Vorfall ein, der die beiden Könige völlig von einander entfernte ¹⁾.

Die Republik hatte als Agenten in Madrid einen Juden aus Amsterdam, Namens Schonenberg, eine ungewöhnlich gewandte und befähigte, nicht jedoch beliebte Persönlichkeit. Der Graf Poblowitz schildert ihn als hochfahrend und anmaßend den spanischen Ministern gegenüber, überhaupt von einem solchen Verhalten, daß jeder andere Hof sich seine Anwesenheit längst verboten haben würde. In der That war von Madrid aus wiederholt der Wunsch zu erkennen gegeben, daß eine andere Persönlichkeit willkommen sein würde. Es ist bezeichnend, daß man diese Wünsche dem Könige von England aussprach, nicht der Republik. Wilhelm III. indessen mochte einerseits den ihm nützlichen Mann nicht missen, und war andererseits willfährig für Amsterdam, dessen Kaufleute das Verbleiben von Schonenberg in Madrid wünschten. Im Spätsommer 1695 indessen überschritt das Verhalten von Schonenberg alles Maß. Er nahm sich einer Persönlichkeit an, welche er als seinen Secretär, die spanische Regierung dagegen als einen bankerotten Kaufmann bezeichnete. Schonenberg reichte der Regierung eine lange Reihe von Denkschriften ein, darunter drei an den König selbst, in welchen Carl II. bezeichnet war als ein Fürst ohne Parole, noch Gerechtigkeit.

¹⁾ Für das Folgende liegt zu Grunde ein ausführlicher Bericht des Grafen Poblowitz, aus Madrid, vom 22. December 1695.

Zur Antwort erhielt Schonenberg die Aufforderung binnen sechs Tagen die Stadt Madrid zu verlassen. Er blieb. Es verging längere Zeit, und es schien, daß der Hof zu Madrid sich einstweilen begnüge eine Antwort vom Haag zu erwarten. „Dann aber, meldet Lobkowitz, blieb die Oberhand dem Einflusse einiger Minister, für welche der Vorwurf der bösen Absichten, so wie großer Ignoranz und Hoffahrt nicht ungerecht sein dürfte, und welche auch sonst durch ihre Importunität den König zu übereilten Entschlüssen hinreißen, gute dagegen verhindern. Diese Rätthe trachteten ihre Grandezza dadurch an den Tag zu legen, daß sie gegen befreundete, wenn auch noch so wichtige Mächte hochfahrend auftreten.“ Die Thatfache, welche Lobkowitz in dieser Weise einleitet, bestand darin, daß Schonenberg, weil er nicht gutwillig ging, von zwei Alkalden öffentlich zur Stadt hinausgeführt wurde.

Die Sache erregte, wie zu erwarten, großes Aufsehen. Im Haag indessen war zu Anfang die Mißstimmung geringer als Einige besorgten. Heinsius äußerte sich: es sei zu Madrid eine starke französische Partei, welche alles dies Unheil anfangen. Er vermuthe, daß diese Partei so gehandelt, um Schonenberg, der alle ihre Geheimnisse durchdringe, völlig zu beseitigen. — Aehnlich äußerte sich der König, so daß man damals eine Beilegung dieser Sache hoffen durfte. Namentlich hatte sie nicht die in Frankreich gehoffte, an anderen Orten befürchtete Wirkung, daß die verbündete Flotte aus dem Mittelmeere abberufen wurde¹⁾.

Fassen wir die Ergebnisse des Kriegesjahres 1695 zusammen.

Es war das erste seit einer Reihe von Jahren, in welchem die Vortheile der Verbündeten entschieden überwogen. In Italien hatten sie die Festung Casale gewonnen, wenn auch dieser Erfolg mehr Schein war als Wirklichkeit. In Catalonien hatte Vendome, der nach Roailles dort den Oberbefehl übernommen, wenigstens keine Fortschritte gemacht. Viel wichtiger indessen war dort der Nachtheil, den Frankreich erlitt durch die Lähmung seines Handels im Mittelmeere, durch das Sinken seines Ansehens bei den Anwohnern desselben in Folge der Anwesenheit

¹⁾ Auerspergs Berichte vom 4. und 11. October.

der verbündeten Flotte. Am Rheine hatte keine erhebliche Leistung statt gefunden. Der Marschall de Saxe war krank, und Ludwig von Baden seinerseits zu einer nachdrücklichen Offensive zu schwach.

Weniger günstig standen die Dinge in Ungarn gegenüber den Verbündeten Ludwigs XIV. Der neue Sultan Mustafa war, wie er es dem Volke verheißt, selber ins Feld gezogen, bereits am 20. Juni. Auch in Wien ward Eifer entwickelt, damit man doch nicht langsamer von Wien nach Peterwardein gelange, als die Türken von Aegypten nach Belgrad. Der Wunsch des Kaisers war gerichtet auf die Eroberung von Temesvar. Es war der große Unterschied dieser Kämpfe von denen im Westen, daß es sich in solchem Falle handelte nicht bloß um den Besitz einer Festung, sondern eines ausgedehnten Landstriches dazu, und zwar dies Mal des Banates. Allein der Oberbefehl des Kurfürsten von Sachsen brachte dem Kaiser keine Frucht. Der Sultan legte sich so, daß es nicht zum Angriffe kommen konnte. Vielmehr nahm er selber Peipa und dann Titul, freilich Orte von geringer Bedeutung. Wichtiger war für den Kaiser der Verlust bei Eugos. Zwar die Zahl der Gefallenen auf türkischer Seite war ungleich größer; aber die Kaiserlichen beklagten den alten General Veterani, der sterbend in die Hände der so oft von ihm geschlagenen Türken gerieth. Der Sultan zog im Triumphe in Constantinopel ein. Das Volk weinte vor Freude¹⁾. Der Kaiser indessen ließ dem Könige Wilhelm III. melden, daß die Türken selber jene beiden Festungen demolirt, daß sie einen Vortheil von bleibender Wichtigkeit nicht errungen. Rinsky bemerkte sogar, daß ihm die Angelegenheit des Schonenberg in Madrid mehr Sorge bereite als die vermeintlichen Erfolge der Türken²⁾.

Die glänzende That des Feldzuges war der Wiedergewinn von Namur. Sie war es nicht wegen der Wichtigkeit des Places an sich, sondern wegen der moralischen Consequenz für die beiden Völker, welche dort die Hauptlast des Krieges trugen, England und Holland. Der Ruf nach Frieden in der Republik, selbst in Amsterdam, war einstweilen verstummt. Man fand, daß der Handel doch blühe, das Geld

¹⁾ Wagner t. II, p. 292 sqq.

²⁾ Rinsky an Auersperg, 16. November.

umlaufe, die Preise zwar höher seien als sonst, jedoch leidlich. Holland vermöge noch die Kriegskosten zu tragen¹⁾.

Am 7. October traf der König im Haag ein. Es handelte sich um den Betrag der Kriegskosten für das nächste Jahr. Es ist charakteristisch für den König wie für die Republik, in welcher Weise ein Zeitgenosse dies berichtet. „S. M., meldet er, wohnte am 11. dem Staatsrathe bei, dann der Versammlung der Generalstaaten, setzte hier den Kriegesstand für das nächste Jahr fest, und harrte dann des ersten günstigen Windes zur Ueberfahrt nach England“²⁾. Stiller, geräuschloser dürften damals nirgends Millionen bewilligt sein, als diese, welche die Republik ihrem General-Capitain, dem Könige eines fremden Landes, zur Verfügung stellte.

Der König ward begleitet nach dem Haag von dem Kurfürsten von Brandenburg, der sich nach dem Feldzuge bei ihm eingefunden. Man vermuthete für diesen Besuch einen besonderen Zweck, den wir kennen zu lernen haben.

Gleich nach dem Tode der Königin Mary war von Vielen angenommen, daß der König, erst vierundvierzig Jahre alt, an eine zweite Heirath denken werde. Ludwig XIV. hatte damals gleich Fürsorge getroffen, um durch seinen Gesandten d'Avaux den König von Schweden abzumahnen, wenn etwa Wilhelm III. um dessen Tochter anhalten würde. Es ist unverkennbar, daß einige aus der Umgebung des Königs eine zweite Heirath wünschten, unter ihnen namentlich der Holländer Keppel, der in besonderem Maße die Zuneigung des Königs besaß, so sehr, daß die Eifersucht des Grafen Portland gegen ihn Allen sichtbar ward³⁾. Nach dem Feldzuge fand sich der Kurfürst von Brandenburg bei dem Könige ein, und weilte bei ihm bis zur Abfahrt. Die allgemeine Rede ging, daß es geschehe um zu sondiren, ob der König Neigung habe zu einer zweiten Heirath. Keppel befragte den Grafen Kaunitz, ob ihm der Zweck der Herkunft des Kurfürsten bekannt sei. Kaunitz erwiederte: er könne nur sagen, was das allgemeine Gerücht melde. Keppel versetzte: an den König sei ein solcher Vorschlag bisher

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 136.

²⁾ A. a. O. p. 114.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 22. Februar 1695.

nicht gelangt; denn dann würde er es wissen. Auch wenn der König geneigt sei, so würde doch die Prinzessin von Brandenburg für ihn zu jung sein ¹⁾. Die Sache gedieh damals nicht weiter. Der Kurfürst gab indessen, wie wir später sehen werden, den Plan nicht auf.

Der König harrte im Haag einige Tage. Am 9./19. October lief der Wind nach Osten um. Der König begab sich an Bord. Der Wind wehete so günstig, daß die königliche Yacht, um den Kriegsschiffen Zeit zu lassen, sich zuerst keiner Segel bediente. Am 10./20. October landete der König im Hafen von Margate ²⁾.

Im Sommer 1695 hatte der Papst Innocenz XII. auf die Herstellung des Friedens gehofft. Die Haltung der Mächte im Herbst überzeugte ihn, daß diese Hoffnung eitel. Er schrieb ein Jubiläum aus, um den göttlichen Beistand zu erbitten, damit der Friede unter den christlichen Fürsten hergestellt, und ihre Waffen geeinigt wider die Türken gewendet würden ³⁾.

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 16. October.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 21. October.

³⁾ Bei Sylvius t. IV, b. 31, p. 58.

Zwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1696.

Noch niemals war der König Wilhelm III. in England so festlich empfangen wie bei der Rückkehr aus dem Feldzuge von 1695. Die Stadt London hatte ihm Triumphbögen errichten wollen. Der König jedoch, der es zeitig vorher erfuhr, ließ dem Lord-Mayor andeuten: es würde ihm lieber sein, wenn das unterbliebe. Er richtete, wie im Januar 1691 im Haag, seine Fahrt so ein, daß er spät am Abende in London eintraf. Dennoch hatten die Bürger von London ihre Vorkehrungen getroffen, namentlich die Stadt festlich erleuchtet. Hoffmann, welcher damals seit fünfzehn Jahren in London weilte, meldet: „Es geschehen Freudenbezeugungen mehr als jemals hier gesehen worden“ ¹⁾.

Die Anreden, die Begrüßungen in den nächsten Tagen gaben dieselbe freudig erregte Stimmung kund. Der Lord-Mayor von London an der Spitze des Gemeinderathes redete den König an: „Wir heißen Ew. Majestät herzlich willkommen nach Ihrem glücklichen Siege über einen Sohn Mahomets. Sie haben diesen starken Löwen beim Barte ergriffen, haben ihm seinen Raub aus dem Machen entzissen, zur unsterblichen Ehre Ew. Majestät, Ihrer Tapferkeit und Ihrer Führung“ ²⁾.

Die nächste Frage für den König war die Angelegenheit der Auflösung des bisherigen Parlamentes, der Berufung eines neuen. Er

¹⁾ Die Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 21. October.

²⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 115.

hatte den Entschluß dazu kund gegeben bereits vor seinem Aufbruche nach dem Festlande. Vom Feldlager aus erörterte er mit Shrewsbury die Frage, ob die Auflösung und die Neuwahl auszusprechen seien durch die Lords Justices. Shrewsbury zog Somers und Sunderland zu Rathe. Er legte dann die Sache den Reichsverwesern vor. Sie kamen überein, daß ein durch sie berufenes Parlament zwar rechtmäßig und gesetzlich, daß jedoch vielleicht ein Zweifel erhoben werden könne, und daß darum es besser sei, die Auflösung zu verschieben bis nach der Ankunft des Königs¹⁾. Es ist aus der Haltung dieser Briefe erkennbar, daß Shrewsbury zugleich damit beabsichtigte, die Ueberfahrt des Königs zu beschleunigen.

Noch am Abende der Ankunft des Königs in Kensington, am 11./21. October, versammelten sich um ihn die Mitglieder des geheimen Rathes. Die Auflösung des Parlamentes ward beschlossen. Zugleich mit der Ankündigung erfolgte die Ausschreibung der Wahlen zu dem neuen Unterhause, so wie die Einberufung desselben auf den 22. November/1. December. Die Whig-Partei hielt im voraus sich des Sieges für sicher. Es hieß, daß der König, um den Krieg fortzuführen, die Einführung der indirecten Steuern verlange, die man nach damaliger Weise die General-Accise nannte, und daß die Whig-Partei dazu ihm erbötig sei²⁾.

Der König selber meldet die Lage der Dinge in England in den ersten Tagen nach seiner Ankunft an Heinsius mit folgenden Worten: „Ich habe die Stimmung hier ziemlich günstig gefunden, und man verspricht mir in Betreff des neuen Parlamentes einen erwünschten Ausfall der Wahlen. Die Vorbereitungen zu denselben sind bereits aller Orten im Gange. Da keine dringende Angelegenheit hier mich bindet, so habe ich mich entschlossen, einen Theil des Landes zu besuchen, den ich früher nicht gesehen. Vielleicht macht das einen guten Eindruck. Diese Fahrt wird drei Wochen in Anspruch nehmen, unsere Correspondenz jedoch darunter nicht leiden“³⁾.

Bevor der König aufbrach, besuchte er die Prinzessin Anna. Der kleine Herzog von Gloucester, damals sechsjährig, trat vor ihn und

¹⁾ Correspondence of Shrewsbury p. 96.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 25. October.

³⁾ Grovestins t. VI, p. 524. Vom 25. October.

hielt eine Anrede. Er sagte, daß er unablässig den lieben Gott bitte um Sieg für den Rhein. Zudem er sein kleines Gewehr emporhob, fuhr er fort, daß er täglich mit demselben exercire, um im nächsten Jahre mit gegen die Franzosen zu Felde zu ziehen. Dem Könige gefiel das so sehr, daß der Knabe seine Rede mehrmals wiederholen mußte. Die Prinzessin Anna hatte dies Entgegenkommen nicht zu bereuen. Es war damals eine Ritterschaft des Hosenband-Ordens erledigt. Sie ward, wie üblich, viel umworben. Aber der König erschien unerwartet bei der Prinzessin, um den kleinen Herzog damit zu bekleiden. Er stellte der Prinzessin den Palast St. James wieder zur Verfügung. Ungeachtet der formellen Ausöhnung, die nach dem Tode der Königin statt gefunden, riefen doch diese Schritte der freundschaftlichen Annäherung Erstaunen hervor. Der König mochte mit Hoffnung auf den Knaben schauen, sein Pathentkind. In den Berichten der fremden Gesandten erklingt je dann und wann die Meldung, daß auf die Lebensfähigkeit des kleinen Prinzen wenig zu bauen sei ¹⁾.

Größeres Aufsehen erregte indessen der Beginn der Reise des Königs. Er verweilte acht Tage lang in Althorp, dem Besitze des Grafen Sunderland.

Wir haben diesen Mann kennen gelernt zur Zeit des Königs Jacob, und blicken, gemäß den damals nur Wenigen bekannten Schriftstücken, in denen sein Walten und Thun verzeichnet steht, wahrscheinlich tiefer in ihn ein, als einer der Zeitgenossen es vermochte. Indessen, wenn man auch nicht alles wußte, so doch genug. Das erste Parlament Wilhelms III. hatte die Amnestie für ihn nicht zugestanden. Die General-Amnestie des Königs hernach begriff ihn mit ein. Den Makel indessen, der an seiner Person haftete, nahm sie nicht hinweg. „Er ist bei der Nation verhaßt und verachtet, meldet Auersperg, und die Vertraulichkeit mit ihm bringt dem Könige großen Nachtheil“ ²⁾.

Auersperg benutzte gelegentlich eine vertrauliche Stimmung des Grafen Portland zu der Frage, wie es komme, daß der König einen Mann verwende, der so allgemein verhaßt, daß ein Angriff vom

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 121. — Auerspergs Bericht vom 25. November.

²⁾ Auerspergs Berichte vom 28. October und 4. November.

Parlamente aus wider ihn früher oder später zu befürchten stehe. Portland erwiederte: „Die Nothwendigkeit fordert es. Sehen Sie sich in England um. Sie finden nicht Eine Persönlichkeit von gleicher Befähigung wie Sunderland. Darum muß man, wo eine Auswahl nicht vorhanden, über Manches hinwegsehen. Auch hat Sunderland sich mit allen seinen Gegnern ausgesöhnt. Er wird um so getreuer dienen, weil sein Heil völlig abhängt von dem Glücke des Königs“ ¹⁾.

Wir erinnern uns, daß Sunderland auch damals, was sehr Wenigen bekannt sein mochte, in Verbindung stand mit dem Hofe von St. Germain ²⁾.

Ob der König Wilhelm III. dies wußte, möchte schwer zu sagen sein. Aber auch wenn er es wußte, so dürfte dies bei ihm nicht gegen Sunderland entschieden haben. Er hatte dasselbe gewußt von Shrewsbury. Und dennoch hatte er ihn wieder an sich gezogen. Er hatte eben dasselbe gewußt von Marlborough. Und dennoch hatte er ihn wieder zugelassen. Er konnte eben dasselbe wissen über Godolphin. Und dennoch war er bestrebt ihn zu halten. An Befähigung, an Kenntnissen, an Einsicht stand Sunderland Keinem von diesen nach. Für das Uebrige war der König Wilhelm sich selber klar über den Unterschied, welcher obwaltete zwischen ihm und dem Könige Jacob.

Viele waren der Ansicht, daß die Schwägerin von Portland, Miß Villiers, welche bezeichnet wird als die Dame des Königs, viel dazu beigetragen, Sunderland bei dem Könige emporzuheben. Sie war, vom Könige reich dotirt, damals im Begriffe einen schottischen Lord zu heirathen, den dritten Sohn des Herzogs von Hamilton. Wenn jene Meinung richtig ist, so wußte Sunderland es der Dame keinen Dank; denn er arbeitete für ihre Entfernung ³⁾. Gewisser ist, daß in Althorp die Häupter der Whig-Partei sich einfanden, daß Sunderland nun von ihnen getragen wurde. „Bei der sonst allezeit vom Könige bewiesenen Billigkeit, meldet Auersperg, gereicht das zur Verwunderung.“ Das Ansehen Sunderlands war im raschen Steigen. Er ward bezeichnet als der Minister hinter dem Vorhange. „Es ist

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. October 1697.

²⁾ Macpherson's Original Papers vol. I, p. 525.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 2. December.

nicht zu glauben, sagt Auersperg, wie sehr das der englischen Nation misfällt" ¹⁾).

Von Althorp aus trat der König seine weitere Rundreise an. Und dann bewährte sich die Erfahrung aller Zeiten, daß die Völker dem Willen, der Kraft ihre Huldigung darbringen. Viele Menschen reisten im November fünfzig englische Meilen weit, um nur an einen Ort zu gelangen, wo sie den durchfahrenden König erblicken konnten. „Es fehlen uns die Worte, melden die kaiserlichen Gesandten, die Zuneigung zu beschreiben, welche das englische Volk dem Könige auf dieser Rundreise entgegen getragen" ²⁾. Die Aristokratie, deren Schlösser der König berührte, wetteiferte in der Bethätigung einer freigebigen Gastfreundlichkeit. Auf einem derselben, Walbeck, dem Besitze des Herzogs von Newcastle, erschien vor dem Könige der Erzbischof von York mit seiner Geistlichkeit, um dem Könige Dank auszusprechen für die Bethätigung seines Titels als Vertheidiger des Glaubens. Der König berührte kurz die Stadt Oxford, wo die Universität ihre Huldigung darbrachte ³⁾, und traf am 9./19. November in Windsor, am 11./21. November wieder in Kensington ein.

Den Gesamt-Eindruck seiner Reise faßt er in die Worte an Heinsius: „Ich bin gestern hierher zurückgekehrt, befinde mich wohl und sehr befriedigt mit meiner Reise. Das Wetter war schön und das Volk trug mir seine Zuneigung entgegen" ⁴⁾.

Jener Dank des Erzbischofs von York an den König, daß er in Wahrheit ein Vertheidiger des Glaubens sei, verdient in besonderer Weise unsere Aufmerksamkeit. Es spiegelt sich darin allerdings die Auffassung vieler Engländer wieder, sowohl der Zeitgenossen wie demgemäß auch ihrer Nachwelt. Es ist das ähnliche Verhältniß, wenn auch in umgekehrter Weise, wie in Frankreich. Dort redeten eben

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. November. — Eben so Hoffmann vom 5. November.

²⁾ Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 18. und 22. November.

³⁾ Lexington Papers p. 141. Die Sage von dem Briefe, der vor der Absicht der Vergiftung in Oxford gewarnt habe, ist von Macaulay gewürdigt.

⁴⁾ Grovestins t. VI, p. 525.

damals die Bischöfe von Soissons und Nismes im Namen des gesamten französischen Episcopates zu dem Könige Jacob und zu Marie Beatrice. Sie priesen das königliche Paar, welches getreu dem göttlichen Gebote, ungeachtet der eindringlichsten Versuchung, weltliche Macht und Größe zum Opfer gebracht für die Sache der Religion¹⁾. Bei dem Stande der politischen Einsicht der Unterthanen Ludwigs XIV., ob weltlich, ob geistlich, ist es wahrscheinlich, daß diese Bischöfe nicht bloß eine Schmeichelei anbringen wollten, sondern selber glaubten was sie sagten.

Uns Späteren jedoch liegt es ob, bei jedem neuen Anlasse dieser Art dahin zu trachten, den wahren Sachverhalt in klares Licht zu stellen.

Die Capitulation von Namur an sich schon, wenn sorgfältig erwogen, würde den anglicanischen Bischöfen einerseits, denjenigen Ludwigs XIV. andererseits, kund gethan haben, daß es sich in diesem Kriege nicht handele um die Religion. Der erste Artikel derselben stellte von französischer Seite das Verlangen, daß in Namur nur die römisch-katholische Religion ausgeübt werden solle, nicht eine andere. Die Antwort von Seiten der Verbündeten lautete: „Zugestanden“²⁾.

Es ist möglich, daß dennoch dies Verlangen von französischer Seite hervorging aus derselben Absicht wie so viele andere Schritte, nämlich einen Zankapfel in die Coalition zu schleudern. Denn die siegende Armee bestand ja doch der großen Mehrzahl nach aus Protestanten, und namentlich war der Oberfeldherr eben derjenige Fürst, den jener anglicanische Erzbischof bezeichnete als den Vertheidiger des Glaubens in seinem Sinne, nämlich als den Vorkämpfer der Hochkirche von England. Wenn Frankreich mit jenem Verlangen eine Absicht der Trennung verband: so schlug sie sofort fehl. Denn der König und seine Armee stritten hier weder für das eine Kirchenthum, noch für das andere, sondern für die allgemeine Sache des Bundes wider Frankreich. Innerhalb dieses Bundes und namentlich innerhalb des eigenen Landes hatte jeder einzelne Genosse desselben sein eigenes volles Recht. Namur war eine Stadt des Königs von Spanien. Sie sollte zurückkehren unter die Regierung ihres rechtmäßigen Königs.

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 69 und p. 76.

²⁾ A. a. O. p. 91.

Die Capitulation mußte daher von Seiten der Verbündeten geschlossen werden in seinem Geiste und Sinne, also mit der Zustimmung zu jener ersten Bedingung der Franzosen. Den Verbündeten ihrerseits mochte dabei auch nicht ein leiser Scrupel aufsteigen, da, aller Wahrscheinlichkeit nach, in Namur auch nicht ein einziger Nicht-Katholik sich befand.

Dennoch bestand innerhalb der Allianz ein besonderes Verhältnis, und zwar gerade zwischen den beiden Häuptern derselben, nach welchem in kirchlicher Beziehung dem Kaiser nicht eine directe Einwirkung auf die drei Reiche Wilhelms III. zustand, aber das Recht der Verwendung bei dem Könige zu Gunsten der Katholiken. Dies Verhältnis gründete sich, wie wir seiner Zeit vernommen, auf das Versprechen, welches der Oranier vor seiner Expedition von 1688 dem Kaiser gegeben. Wir haben beobachtet und werden ferner beobachten, daß der Kaiser dieses Recht nicht ruhen ließ.

Unter den Katholiken in England jedoch befand sich eine Partei, welche die Religion in derjenigen Weise auffaßte, wie es den Wünschen Ludwigs XIV. und Jacobs II. entsprach. Die Hoffnungen dieser Partei waren neu belebt durch den Tod der Königin Mary. Wir werden die Entschlüsse, die bei Einigen derselben daraus entkeimten, im Beginne des Jahres 1696 kennen zu lernen haben. Bereits im Juli 1695 jedoch erregte die Rührigkeit einiger Jacobiten die Aufmerksamkeit der Regierung. Wir haben den kaiserlichen Residenten Hoffmann darüber zu hören.

„Da die Regierung wahrgenommen, meldet er dem Kaiser am 15. Juli, daß die hiesigen Jacobiten, katholische und andere, mehr als gewöhnlich sich versammeln: so hat sie den Gemeinderath und die Richter dieser Stadt vor sich beschieden und ihnen anbefohlen, die Gesetze in Betreff der Katholiken zu vollziehen. Diese Gesetze verlangen die Ablieferung der Waffen und der Reitpferde, und verweisen diejenigen, die nicht hausgeessen sind oder sonst eine Bürgschaft ihres Verhaltens bieten, auf zehn Meilen von London. Da dies die Religion direct nicht angeht, so ist es zu ertragen. Aber nicht bloß dies. Das Verhalten von vielen dieser Personen ist ganz unverantwortlich. Eine Anzahl von Jacobiten, unter denen auch Katholiken, haben neulich bei hellem Tage öffentlich auf der Straße die Gesundheit des Königs Jacob getrunken, die Vorübergehenden aufgefordert ihnen Beiseid zu

thun, und die Weigernden mißhandelt. Nicht bloß ist einem Benehmen dieser Art gegenüber jenes Einschreiten nöthig, sondern die Thäter hätten auch eine schärfere Behandlung verdient. Und zwar dies besonders in Betracht der großen Freiheit, deren man die Katholiken in der Ausübung der Religion hier genießen läßt. Diese Freiheit ist — wie ich mit Wahrheit sagen darf — seit den fünfzehn Jahren, die ich hier weile, niemals größer gewesen als unter dieser Regierung." Hoffmann schließt also die Zeit des Königs Jacob II. von 1685 bis Ende 1688 mit ein.

Die Klagen des Grafen Berth, des Gesandten von Jacob II. in Rom, haben uns gezeigt, daß man dort dieses Verhältnis nicht verkannte. Wir erinnern uns seiner heftigen Beschwerde wider den Kaiser, der durch seine Gesandten dort für den Usurpator eintrete, wider die Jesuiten, welche das Verhalten des Kaisers rechtmäßig nannten. Aber auch von Seiten der katholischen Engländer und Irländer, welche im Auslande lebten, ohne darum mit dem Könige Jacob gemeinschaftliche Sache zu machen, ward dem Könige Wilhelm III. wie dem Kaiser diese Anerkennung dargebracht. Diejenigen von ihnen, die eine nähere Kunde des Verhältnisses der beiden Häupter besaßen, bemühten sich vermittelst desselben zu Gunsten ihrer Landsleute einzuwirken. So besonders der Graf Carlingford aus Irland, der, im Dienste der Königin-Herzogin Eleonore von Lothringen, der Schwester des Kaisers, seinen Wohnsitz in Innsbruck genommen. Von dort aus wendete er sich im Sommer 1695 an den Beichtvater des Kaisers, den Jesuiten Menegatti. „Es ist unzweifelhaft, sagt er, daß in England, welches den Augen von ganz Europa offen liegt, die Sache der katholischen Religion mit großer Nachsicht behandelt wird, und vielleicht milder als unter Carl II. Anders jedoch steht die Sache in Irland. Die Beschlüsse des dortigen Parlamentes zur Austreibung der religiösen Orden sind sehr hart. Es ist zu wünschen, daß der französischen Politik der Vorwand genommen werde, in Rom und an anderen Orten das Gerücht auszubreiten, daß England und Holland, unter dem Vorgeben des Gemeinwohles von Europa, dennoch nichts Anderes bezwecken als die Austilgung der katholischen Religion" ¹⁾.

¹⁾ Carlingford an Menegatti, 14. September 1695, im I. I. Archiv. Anglica.

Menegatti überlieferte das Schreiben Carlingsfords dem Kaiser. Leopold zog Erkundigungen ein über diese Beschlüsse des irischen Parlamentes. Unter denselben ward im kaiserlichen Rathe als aller wahren Freiheit widersprechend besonders der eine Beschluß hervorgehoben, welchem gemäß die Kinder katholischer Eltern in nicht-katholische Schulen gezwungen werden sollten. Die Absicht eines solchen Beschlusses, sagte man, sei die Ausrottung der katholischen Religion. Der Kaiser gab dem Grafen Auersperg den Auftrag, zunächst dem Könige Wilhelm seinen Dank auszusprechen für die Gelindigkeit, mit welcher die Gesetze in Betreff der Katholiken in England gehandhabt würden, dann jedoch hinzuweisen auf Irland, auf die Beschlüsse des Parlamentes dort. Mit glimpflicher Erinnerung an das schriftliche Versprechen des Königs vor seiner Expedition von 1688, und mit Hervorhebung der Gefahr, welche für den Bestand der Allianz erwachse, wenn die französische Politik den Vorwand der Religionsverfolgung in Irland erhalte, soll der Graf Auersperg im Namen des Kaisers den König ersuchen, den Beschlüssen des irischen Parlamentes gegen die Katholiken die Sanction nicht zu ertheilen. Der Auftrag schließt mit den Worten: „Du hast auch Er. Liebden zu versichern, daß wir die hierin den Katholiken — welche wir sonst, wenn sie gegen die schuldige Treue sich vergreifen, nicht entschuldigen — zu erweisende Gunst und Milde ansehen werden als eine besondere uns auferlegte Verpflichtung, und nicht anders als ob uns selbst eine große Freundschaft und Wohlthat widerfahren wäre“ ¹⁾).

Da der König sich auf der Rundreise befand, so begab sich Auersperg zu dem Staats-Secretär Trumball. Dieser bemerkte: der Gegenstand sei delicateser Natur, namentlich beim Beginne eines neuen englischen Parlamentes. Auersperg erwiderte: „Ich kann nicht anders sagen als daß die katholische Religion hier sich über die Regierung des Königs nicht zu beklagen hat. Wie der Kaiser nicht zweifelt, daß dies geschieht in Rücksicht auf die Allianz mit dem Erzhaufe: so bringt er dafür seine volle Erkenntlichkeit entgegen. Ich fasse nicht, weshalb diese Sache jetzt delicateser sein soll als zu Anfang, bemerke jedoch

¹⁾ Kaiserliches Rescript vom 14. October, an die Grafen Kaunitz und Auersperg.

ausdrücklich, daß ich nur diejenigen Katholiken im Auge habe, welche auf Grund der Capitulation von Kimerick die freie Uebung ihrer Religion verlangen, und daß ich nicht eintreten will für diejenigen, welche die Religion zum Deckmantel der Verschwörung benutzen“. Trumball übernahm es zu berichten ¹⁾).

Die Antwort durch Shrewsbury erfolgte sofort. Der König, meldete er, habe die Vorstellungen des Grafen Auersperg angenommen, und lasse erwiedern, der Gesandte möge dem Kaiser versichern, daß der König den irischen Katholiken nicht bloß allezeit Schutz und Gunst versprochen, sondern auch dies Versprechen halten wolle. Die Katholiken würden die Zuneigung verspürt haben, die der König ihnen entgegen trage. So werde er es ferner thun, mit der Einschränkung jedoch, in so weit es in seiner Macht liege. Der König wisse nicht, in welcher Beziehung das irische Parlament die Capitulation von Kimerick überschritten: der Graf Auersperg möge dies näher angeben ²⁾).

Hier war dem Gesandten der feste Boden gegeben. Als nächstes Object stand ihm im Vordergrund der Beschluß des irischen Parlamentes, die religiösen Orden auszutreiben. Der Beschluß stützte sich nicht bloß auf den zu allen Zeiten in solchen Fällen roher Gewalt üblichen Vorwand, daß die Orden staatsgefährlich, sondern auch auf die Behauptung, daß die Zahl der Mönche und Nonnen in Irland, vier- bis fünftausend, dem Volke zur Last gereiche. Nach den Erkundigungen, die Auersperg bei katholischen Irländern einzog, war die letztere Behauptung thatsächlich begründet. Er eröffnete dies dem Staats-Secretär, und schlug als das geeignete Mittel vor, eine Mahnung an die Oberen der Convente zu erlassen. Dagegen bat er, daß der Beschluß des irischen Parlamentes nicht im geheimen Rathe des Königs zur Verhandlung komme. Der Tag dazu war bereits bestimmt. Der Lord Keeper Somers hatte die Sache vorzutragen.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 8. November.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 15. November. Die Stelle in Betreff der Zuneigung lautet wörtlich: „Ja sie (die irischen Katholiken) hätten verspürt, was für eine tendresse — mich des Wortes zu bedienen, welches der duke of Shrewsbury in den Brief an Trumball gesetzt — Er, der König, für sie gehabt und noch werde haben“.

Trumball brachte die Einwände Auerspergs an den König. Auch Somers ward ins Vertrauen gezogen. Der Vortrag fand nicht statt ¹⁾.

Dagegen bat Trumball um tiefes Geheimnis in dieser Sache. Das Lautwerden derselben, meinte er, würde dem Könige deshalb sehr nachtheilig sein, weil unter den Engländern wider die irischen Katholiken eine besondere Erbitterung herrsche. Auersperg erkannte dies durchaus an. Er bemühte sich dem wohlwollenden Entgegen-Kommen auch seinerseits zu entsprechen. Er unterredete sich darüber mit dem alten Bischof Feyburn, den einst Jacob II. herberufen. „Er ist ein wackerer, braver Mann, meldet Auersperg, ganz zufrieden mit seinem Loos, obwohl er sich nur von Almosen erhält. Er sagt, daß seine Vorgänger im Beginne der Kirche es ja auch nicht besser gehabt.“ So Auersperg an den Kaiser. In einem Privatbriefe an Kinsky fügt er hinzu: „Der Bischof Feyburn, ein sehr ehrenwerther Mann, lebt in großer Armuth, und S. K. M. würde durch das Verleihen einer Unterstützung an ihn in Form eines Jahrgehaltes ein gutes Werk thun. Dies ließe sich machen in einer Weise, daß Niemand eine Kunde davon erhielte“. So geschah es. — Feyburn ging bereitwillig ein auf den Vorschlag von Auersperg, eine Mahnung an alle Untergebene zu richten, daß sie nicht, unter dem Vorwande der Religion, sich herbeilassen möchten zu irgend welchen Umtrieben gegen die Regierung. In derselben Weise suchte Auersperg nach Irland hin zu wirken, und namentlich die Oberen der Klöster zu warnen, daß sie nicht einen Vorwand gegen sie darbieten möchten ²⁾.

Die Acte des irischen Parlamentes über die Austreibung der religiösen Orden erhielt damals nicht die Sanction des Königs Wilhelm. Die Angelegenheit wird abermals an uns herantreten im Herbst des Jahres 1697.

Der Graf Auersperg hatte jedoch im Namen des Kaisers noch andere Wünsche geltend gemacht. Am 23. December trat der Staats-Secretär Trumball zu ihm mit der Meldung: „Der König hat alle Acte des Parlamentes von Irland in Betreff der Katholiken unterdrückt. Melden Sie dies dem Kaiser, und ferner, daß, auf seine

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 25. November.

²⁾ Auerspergs Berichte vom 29. November und 2. December.

Verwendung, der König alles thun wird was er vermag, um die Lage der Katholiken zu erleichtern" ¹⁾).

Die hauptsächlich dieser Thatsachen, nämlich die Verweigerung der königlichen Sanction für jene Acte, konnte der Natur der Dinge nach nicht ein Geheimnis bleiben. Sie ward von den Zeitgenossen erörtert, je nach ihrer Kenntniss oder Vermuthung. „Der König, sagt ein Holländer, würde wünschen, daß ganz Irland protestantisch wäre, wird jedoch niemals suchen dies zu erreichen durch Mittel des Unrechtes und der Gewalt wie die Austreibung der Klostergeistlichen" ²⁾).

So der Stand der Dinge im Jahre 1696.

Wie der Kaiser Leopold thätig war für den inneren Frieden in den Ländern seiner Bundesgenossen, so nicht minder für den Frieden derselben unter einander. Es gab zwei wichtige, gefahrdrohende Differenzen: die eine zwischen England und Schweden, die andere zwischen Spanien und der Republik Holland. Der Kaiser bot in beiden Fällen seine Vermittelung an.

Die Differenz von England und Schweden betraf zunächst die schwedische Fregatte, welche von zwei englischen, weil jene sich des geforderten Grusses geweigert, mit Gewalt angegriffen und in die Themse gebracht war. Der Vorgang hatte in Stockholm eine tiefe Verstimmung hervorgerufen. Dänemark hatte dann diese zu benutzen gesucht. Die Zeit sei gekommen, sagte Dänemark, den einige Jahre vorher geschlossenen Vertrag zu erfüllen, und durch ein gemeinschaftliches Geschwader eine Satisfaction zu erzwingen. Die unvermeidliche Folge wäre gewesen der Krieg der nordischen Kronen mit den Seemächten England und Holland. Allein Carl XI. von Schweden hegte ein unüberwindliches Mißtrauen gegen Dänemark. Wenn einmal die Dinge zum Bruche gekommen, meinte er, würde Dänemark ihn stecken lassen und sich zu den Gegnern schlagen. In der That war ja die dänische Politik jener Zeit diejenige des Wetterhahns. Wie die Beziehungen von Kopenhagen mit Versailles niemals abrissen, die

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 23. December.

²⁾ Sylvius t. IV, b. 40, p. 132.

Subsidien von dort nicht stockten: so wurden doch von Zeit zu Zeit immer wieder Anknüpfungen in London und im Haag versucht. Die Besorgnis Karls XI. mochte daher nicht ungegründet sein. Andererseits mahnten die inneren Zustände von Schweden ab von jeder äußeren Verwicklung. Die gewaltsame Reduction der Kron Güter hatte den Adel sehr verstimmt, und nicht wenige Mitglieder desselben harrten einer günstigen Gelegenheit. Darum zauderte Carl XI. nicht, die angetragene Vermittelung des Kaisers anzunehmen ¹⁾.

Auersperg erörterte die Sache mit dem Staats-Secretär Trumball. „Warum nicht, fragte er, das Auskunftsmittel von Carl II. nachahmen, der seinen See-Capitainen befahl, neutrale Fahrzeuge passieren zu lassen, als bemerke man sie nicht?“ — „Allerdings, entgegnete Trumball, ist es damals so gehalten. Aber Carl II. hatte nicht einen Kron-Prätendenten zu fürchten. Was immer der König Wilhelm III. an dem Anspruche der Engländer auf die Begrüßung in diesen Meeren ändere: er würde dadurch als Fremder sich verdächtig machen“ ²⁾.

Der König Wilhelm III. hatte zunächst die Beschlagnahme der schwedischen Fregatte aufgehoben. Es handelte sich dann um die Ausfahrt derselben. Für diesen Fall ward der Vorschlag von Auersperg angenommen. Dennoch geschah es in einer besonderen Weise. Ein englisches Geschwader lag vor der Themse: es drohte also bei der Ausfahrt dem Schweden dieselbe Gefahr. Trumball ersuchte den Grafen Auersperg, wie aus sich selber mit dem schwedischen Residenten zu reden, damit dieser dem Capitain der Fregatte rathe, während der Nacht oder in der Morgenfrühe auszufegeln. Trumball übernahm dafür die Verpflichtung Sorge zu tragen, daß das englische Geschwader die schwedische Fregatte nicht bemerke. So geschah es. Nach einigem Sträuben willigte der Schwede in das Auskunftsmittel. Die erste dringende Forderung Karls XI. war damit erfüllt ³⁾.

Schwieriger indessen war die zweite Forderung: Carl XI. verlangte Satisfaction für das Vorgefallene und Sicherheit gegen eine

¹⁾ Ich folge einer Denkschrift in den Robethon-Papieren des St. A. G.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 28. October.

³⁾ Desgleichen vom 15. November.

Wiederholung in Zukunft. Aueršperg trat vor den König. Wilhelm III. versicherte, daß er mit Freuden die Vermittelung des Kaisers annehme und die Wichtigkeit der Sache durchaus anerkenne. Dann jedoch äußerte er sich in ähnlicher Weise wie Trumball. „Um ganz offenerzig zu reden, sagte er, muß ich Ihnen aussprechen, daß ich in dieser Sache nicht Meister bin. Die Engländer alleſammt sind in dieſem Punkte der Ehre ihrer Flagge gar zu achtſam und miſtrauiſch. Eine offenkundige Satisfaction an die Krone Schweden würde viele Inconvenienzen nach ſich ziehen. Wenn ich nicht irre, haben Sie ſelbſt einmal geſagt, die Krone Schweden würde ſich begnügen können, wenn Aehnliches ſich nicht wieder ereignete und man ſchwediſche Schiffe nicht mehr wahrnähme, in derſelben Art wie es zu den Zeiten Carls II. gegenüber franzöſiſchen Schiffen geſchah.“ Aueršperg erwiederte, daß darüber aber ein Vertrag beſtanden habe des Inhalts, daß jeder der beiden Könige an ſeinen Küſten dasſelbe Recht ausüben ſolle. „Ich kenne den Vertrag, erwiederte Wilhelm III., der beſtimmende Artikel iſt ſo unklar geſaßt, daß er in jedem einzelnen Falle verſchieden ausgelegt werden kann“ ¹⁾).

Die Unterredung endete nicht mit einem poſitiven Ergebniſſe. Allein wie Carl XI. dem Kaiſer ſeine Diſpoſition zu einem gütlichen Abkommen betheuert hatte, ſo hatte ſich bei dem Könige Wilhelm III. dieſelbe Neigung thatſächlich herausgeſtellt. Aueršperg entſandete ſoſort den Bericht nach Stockholm. Es gelang ihm, auf der von ihm vorgeschlagenen Baſis die Sache zu vergleichen.

Ungleich ſchwieriger dagegen war die andere Differenz mit Spanien.

In ſo ſtarken Ausdrücken man ſich im kaiſerlichen Rathe über das Verhalten des Schonenberg in Madrid erging: ſo hatte doch der Schritt des ſpaniſchen Miniſteriums, ihn durch Gerichtsdiener zur Stadt hinausführen zu laſſen, eben ſo geringen Anſpruch auf Billigung ²⁾. Aueršperg erhielt den Auftrag die kaiſerliche Vermittelung anzubieten. Es iſt von beſonderer Wichtigkeit das Verhalten des Königs von England in dieſem Falle zu beobachten.

¹⁾ Aueršpergs Bericht vom 16. December.

²⁾ Protokoll der Conferenz vom 23. Januar 1696.

Auersperg machte verschiedene Versuche bei den beiden Staats-Secretären. Sie gingen nicht darauf ein. Die Sachlage, sagten sie, sei ihnen nicht bekannt. Er schrieb an Portland. Es kam keine Antwort. Er sah, daß er an den König selbst sich zu wenden habe.

Nach der damals in England üblichen Weise erschienen die Gesandten täglich bei Hofe. Der König pflegte dann den einen oder den anderen im Cercle anzureden. Eines Tages als er das Wort an Auersperg richtete, benutzte dieser die Gelegenheit zu der Bitte um eine besondere Audienz in der Sache Schonenburgs. Er fügte den Zweck hinzu: das Angebot der kaiserlichen Vermittlung. Nach einigem Schweigen erwiederte der König: „Morgen“. Auersperg befragte in Betreff des Näheren den Herzog von Shrewsbury. Dieser erwiederte: obwohl nicht informiert, wolle er im voraus versichern, daß der König in diesem Falle, wie jederzeit, bereitwillig die Vermittlung des Kaisers annehmen werde ¹⁾).

Am nächsten Morgen stellte sich Auersperg in Kensington. Der König war nicht anwesend, war auf der Jagd. Im Laufe des Tages ward kund, daß der spanische Botschafter Canales ein Schreiben des Ceremonienmeisters Cotterel erhalten. Es lautete: „S. M. befiehlt dem Ritter Cotterel, dem spanischen Botschafter kund zu geben, daß, bis S. M. in der Angelegenheit des Schonenberg vom Hofe zu Madrid Genugthuung erhalten, S. M. von dem Botschafter keine Schrift annehmen wird, auch ihm auferlegt sich vom Hofe und der Gegenwart des Königs fern zu halten“. Zugleich traf vom Haag aus die Nachricht ein, daß die Generalstaaten in ähnlicher Weise wider den Don Quiros verfahren. Auersperg eilte zu dem Staats-Secretär Shrewsbury. Die Sache war diesem nicht bekannt. Der Gesandte begab sich zu dem anderen, Trumball. „Ich habe bisher kein Wort davon gewußt,“ erwiederte dieser. „Eben dieselbe Antwort, versetzte Auersperg, hat mir Shrewsbury gegeben.“ — „Ich glaube es, entgegnete Jener. Denn es geht hier in allen Dingen so zu, daß der König keinen Menschen um Rath fragt, außer einigen wenigen, die vielleicht nicht so sehr seine Diener sind, wie er selbst es glaubt.“ — Auersperg fuhr fort: „Ich habe den Auftrag zur Vermittlung gehabt, um allen

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 9. December.

Weiterungen zuvorzukommen. Dieser Schritt jedoch geht über alle Erwartung hinaus. Canales und Quiros — hier sind zwei getroffen für den einen. Dem Feinde ist dadurch die Hoffnung geboten die Allianz zu zertrennen. Ich habe nicht gedacht, daß der König, der auf wahren Ruhm hält, eine geringe Angelegenheit so weit treiben würde" ¹⁾).

Einige Tage später fand jene andere Audienz in Betreff der schwedischen Sache statt. Auersperg erwähnte die spanische Angelegenheit nicht. Als er sich zum Fortgehen wendete, hielt der König ihn an und sagte: „Es thut mir leid, daß ich mit dem spanischen Gesandten zu dieser Demonstration habe kommen müssen. Nachdem ich, in der Hoffnung, Spanien werde sich eines besseren besinnen, so lange mit meinem Entschlusse gezaudert, wird man hoffentlich meine Mäßigung anerkennen. Dem Einen ist seine Ehre so lieb wie dem Anderen, und das spanische Verfahren gegen Schonenberg ist derartig gewesen, daß ein gekröntes Haupt dem anderen gegenüber es nicht schweigend hinnehmen darf. Ich versichere Ihnen, daß dieses kleine Mißverständnis in der Hauptsache nichts ändern soll. Ich lebe der Zuversicht, daß der Kaiser mithelfen wird aus dieser Sache zu kommen. Es ist mir nicht unbekannt, daß die französische Partei in Madrid dieses Werk treibt. Suchen wir zuvorzukommen, und weitere Dinge zu verhüten" ²⁾).

Es scheint, daß der König in dieser Rede nicht alles gesagt. Nach der Ansicht von Auersperg wäre er gern der Verwicklung entronnen, jedoch so, daß Schonenberg, den er nicht entbehren zu können meinte, in Madrid bliebe. Demgemäß sollte der Doppelschlag in London und im Haag ein Mittel sein, dies zu erzwingen. Es fragte sich, ob es in Betreff Spaniens das rechte war. Auersperg war nicht dieser Ansicht. Ein Engländer sagte zu ihm im Sinne des Königs: Schonenberg werde von der französischen Partei in Madrid verfolgt, von den Gutgesinnten gehalten. Auersperg erwiderte: „Die Ansicht, daß Schonenberg in Madrid bleiben könne, halte ich nicht für richtig. Die Spanier, einmal in solcher Weise engagirt, lassen nicht davon.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 13. December.

²⁾ Desgleichen vom 16. December.

Sie haben, wenn der Sohn das elterliche Haus verläßt, ein Sprichwort. Es lautet: Mein Sohn, erst die Ehre, dann die Frömmigkeit. — Danach handeln sie" ¹⁾).

Wie in Betreff Spaniens dieser kundige Augenzeuge das Verfahren des Königs nicht für das geeignete hielt, eben so wenig in Betreff Englands. Immerhin mochte Schonenberg für Wilhelm III. nützliche Dienste leisten: formell leistete er sie als Holländer im Auftrage der Generalstaaten, nicht des Königs von England. Dieser hatte in Madrid seinen eigenen Gesandten, Stanhope. Wenn also dem Schonenberg in Madrid ein Unrecht widerfahren war: so betraf dasselbe die Republik Holland, nicht das Königreich England. Durch das Vorgehen jedoch wider Canales, den spanischen Gesandten in London, hatte Wilhelm III. das Königreich England mit in die Sache verwickelt, demnach auch in die möglichen Consequenzen derselben. „Die englische Nation, meldet Auersperg, ist mit dieser Repressalie sehr übel zufrieden. Jedermann sagt mir, daß nur noch der Kaiser aus dieser Schwierigkeit helfen könne" ²⁾).

Inzwischen hatten die Mitglieder des Parlamentes sich in London gesammelt.

Man rechnete, daß unter den 513 Mitgliedern des Unterhauses 180 neu gewählt waren, also über ein Drittel. Die Whig-Partei hatte das Uebergewicht, jedoch nicht in dem Maße, wie man vorher erwartet. Am 22. November/2. December trat das Parlament zusammen. Der König erschien im Ornate im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und dann durch den Lord-Kanzler zur Wahl eines Sprechers auffordern. Dies war von Seiten des Königs an diesem Tage der einzige Act. Die Mitglieder des Unterhauses kehrten in ihre Räume zurück. Trumball schlug dort den Sprecher des vorigen Parlamentes vor, Foley. Es erhob sich kein Widerspruch. Am folgenden Tage, nachdem das Unterhaus seinen

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 16. December: Hijo mio, lo primero es el punto y despues el amor de Dios.

²⁾ Desgleichen.

Sprecher präsentiert und der König die Wahl genehmigt hatte, hielt er seine Thronrede. Gemäß seinem uns von Anfang an bekannten Grundsatz sind diese Thronreden Wilhelms III. nicht der Ausdruck der Gedanken seiner Minister, sondern seiner eigenen. Die Rede lautet wie folgt ¹⁾.

„Mylords und Herren. Mit großer Befriedigung trete ich heute vor Euch; denn nachdem ich solche Beweise der Anhänglichkeit meines Volkes empfangen, durch das Verhalten sowohl während meiner Abwesenheit als bei meiner Rückkehr, bin ich der Geneigtheit meines Parlamentes sicher.“

„Ich bin in den gegenwärtigen Krieg eingetreten auf den Rath meines ersten Parlamentes, welches dies nothwendig hielt für die Vertheidigung unserer Religion und die Bewahrung der Freiheit Europas. Das letzte Parlament hat mit großer Bereitwilligkeit mich in den Stand gesetzt ihn fortzuführen, und ich kann nicht zweifeln, daß auch Euer Sorgfalt für die gemeine Sicherheit Euch die Verpflichtung auferlegen wird zu dem gleichen einstimmigen Eifer für die Fortführung. Dabei bin ich froh, daß die in diesem Jahre errungenen Vortheile uns einen vernünftigen Grund geben auch fernere Erfolge zu hoffen.“

„Bei diesem Anlasse kann ich nicht umhin des Muthes und der Tapferkeit zu gedenken, welche in diesem Sommer die englischen Truppen bewiesen haben. Ich darf sagen, daß sie darin den höchsten Leistungen ihrer Vorfahren entsprochen haben. Es wird nicht bestritten werden, daß, ohne die Mitwirkung der Kraft und der Macht von England, es unmöglich sein würde, den Ehrgeiz und die Macht von Frankreich zu dämpfen.“

„Meine Herren vom Hause der Gemeinen. Ich empfinde es schmerzlich, daß ich, vom Beginne meiner Regierung an, gezwungen gewesen bin von meinem Volke so viele und so schwere Lasten zu verlangen. Und doch lebe ich des Vertrauens, Ihr werdet mir darin zustimmen, daß für die Bedürfnisse des Krieges zu Wasser und zu Lande in diesem nächsten Jahre wenigstens eben so große Summen erforderlich sind, wie in der letzten Session mir bewilligt waren. Dies

¹⁾ Commons' Debates, vol. III, p. 2.

um so mehr, weil unsere Feinde ihre Kriegesmacht steigern, und die Nothwendigkeit unsere Seemacht zu erhöhen, klar zu Tage liegt."

„Die bewilligten Umlagen haben sich als sehr wenig ergiebig gezeigt."

„Der Zustand der Civilliste ist derartig, daß es für mich unmöglich ist zu bestehen, wenn nicht Ihr Sorge dafür tragt."

„Das Mitleid verpflichtet mich Euch hinzuweisen auf die traurige Lage der französischen Protestanten, die für ihre Religion leiden."

„Und darum, meine Herren, empfehle ich Euch angelegentlich, Eure Bewilligungen einzurichten nach diesen verschiedenen Erfordernissen."

„Ferner muß ich eine schwere Bürde zur Sprache bringen, die in Folge des übeln Zustandes unserer Münze zur Zeit auf uns lastet. Die Herstellung derselben wird vielleicht abermals die Nation beschweren; aber dieser Gegenstand ist von einer solchen Tragweite und solchem Gewichte, daß ich es für geeignet halte, ihn gänzlich der Erwägung meines Parlamentes anheim zu stellen."

„Ich habe dem letzten Parlamente empfohlen eine gute Bill aufzusetzen für die Aufmunterung und die Zunahme der Seelente. Ich hoffe, Ihr werdet diese Session nicht vorüber gehen lassen, ohne darin zu arbeiten, und Ihr werdet Euer Augenmerk richten auf Gesetze, die geeignet erscheinen für die Beförderung des Handels, mit besonderem Bezug auf den ostindischen, damit er der Nation nicht verloren gehe. Da ferner der Krieg uns die Nothwendigkeit auferlegt eine auswärtige Armee zu haben, so wünsche ich, daß irgend ein Weg zur Werbung von Recruten ausgesunden werde, der nicht einen Anlaß zur Klage gäbe."

„Mein Wunsch mein Volk als durch ein neues Parlament vertreten zu begrüßen, hat die Eröffnung dieser Session spät hinausgezogen. Ich hoffe, Ihr werdet darauf Rücksicht nehmen, in so fern daß Ihr mit aller möglichen Beschleunigung die Geschäfte erledigt, und Ihr werdet eben so Euch in Erinnerung halten, daß, in Folge der langen Dauer der letzten Session, wir nicht bloß Vortheile verloren, die im Beginne des Feldzuges uns in Aussicht standen, sondern auch dem Feinde eine Gelegenheit geboten haben, die uns sehr nachtheilig hätte werden können. Ich hebe dies um so nachdrücklicher hervor wegen der großen Vorbereitungen, welche die Franzosen treffen, um frühzeitig den Feldzug zu beginnen."

„Mylords, ich habe Eure gute Neigung zu mir so oft erfahren, und, meine Herren vom Hause der Gemeinen, ich bin so völlig befriedigt mit der Wahl, welche mein Volk in Euch getroffen, daß ich mir einen glücklichen Schluß dieser Session verheiße, es wäre denn daß Ihr Euch zur Leidenschaftlichkeit und zur Zertrennung verleiten ließt. Da dies die einzige Hoffnung, die unseren Feinden noch geblieben: so zweifele ich nicht, Ihr werdet sie völlig zu nichte machen durch Euere Besonnenheit und Euere Liebe zum Vaterlande.“

Die Rede ward mit lebhaftem Beifalle vernommen. Der Eifer im Unterhause gestattete nicht, daß es, wie zuerst beabsichtigt war, sich vertagte, um die noch rückständigen Mitglieder abzuwarten. Auf die Weihnachtsferien wurde von vornherein verzichtet. Alles solle dahin gerichtet werden, hieß es, daß der König bald wieder sich hinüber begeben könne. Am 26. November/6. December ward die Thronrede in Erwägung genommen. Der in solchen Fällen übliche Antrag der Opposition war, daß zuvor die Lage der Nation in Betracht gezogen werde. Nur vier Mitglieder erhoben sich dafür. Fast einmüthig beschloß das Unterhaus eine Adresse, welche erklang wie der Widerhall jener Thronrede. In gleicher Weise das Oberhaus¹⁾.

Die Mitglieder des Unterhauses insgesammt erschienen vor dem Könige, um die Adresse zu überreichen. Er sprach seinen Dank aus. „Unsere Interessen, fügte er hinzu, sind unzertrennlich, und ich wünsche nichts so sehr als das Glück dieses Landes, in welches Gott mich gesetzt hat.“

Dem damaligen Brauche gemäß begaben sich nach der Ceremonie der Ueberreichung die Parlaments-Mitglieder hinab in die Weinkeller des Palastes, um des Königs Gesundheit zu trinken. Der Sprecher Foley brachte sie aus: „Möge Gott, sagte er, uns diesen Herrn erhalten! Dann werden die Vorbeerkränze, welche der König von Frankreich mit Unrecht seinen eigenen Standbildern aufsetzen läßt, ihm gebühren. Denn ich zweifele nicht, er wird von nun an binnen zwei Jahren den französischen Hochmuth bis dahin dämpfen, daß ganz Europa wieder der einstigen Ruhe und Sicherheit sich erfreuen kann. So lange ein wahrhaft englischer Blutstropfe in uns, sind wir bereit

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 6. December.

ihn dafür zu opfern“. Obwohl beim Weine gesprochen, erregte die Rede dennoch als der Ausdruck der Stimmung dieser Tage eine besondere Aufmerksamkeit. Der Fortgang der Dinge entsprach derselben. Es war sonst üblich, nach der Antwort auf die Thronrede einige Tage vorüber gehen zu lassen, bevor man zur Berathung der Subsidien schritt. Dies Mal lag nur ein Tag dazwischen, der 29. November/-9. December ¹⁾).

Demnach erschienen beim Beginne dieses Parlamentes die Aussichten hell und heiter. Bald indessen gewahrte man Wolken der Verstimmung auftauchen.

Den ersten Anlaß gab jenes Verfahren des Königs gegen den Spanier Canales. Wenn in Folge desselben England in eine feindselige Stellung zu Spanien gerieth, so geschah dies um Hollands willen. Die Eifersucht gegen die Republik tritt damals hervor in jeder Angelegenheit. Die Verluste der englischen Kaufleute durch französische Raper waren in diesem Jahre besonders groß. Eben noch hatte die englisch-ostindische Compagnie mehrere reichbeladene Schiffe verloren, die holländische Compagnie hatte keines eingebüßt. Die Uebelgesinnten in England sagten: „Das ist eine Freude für den König Wilhelm“ ²⁾).

Das Unterhaus erklärte sich bereit als das Erfordernis des nächsten Feldzuges zu bewilligen reichlich zwei und eine halbe Million Pfund Sterling für das Landheer und fast eben so viel für die Flotte, in allem über fünf Millionen Pfund Sterling. Es faßte zugleich die Resolution, den König zu bitten um die Vorlage der Quote der Verbündeten, d. i. der Republik Holland ³⁾).

Allen anderen Angelegenheiten trat als die wichtigste voran diejenige der Münze. Wir erinnern uns, daß bereits im Jahre zuvor die Auswanderung des vollwertigen Silbergeldes viele Bedenken hervorgerufen. Dieser Uebelstand war seitdem höher gestiegen. Das in England umlaufende Silbergeld war durch Beschneiden und Abfeilen tief entwerthet. Es galt die Ansicht, daß dies namentlich in den letzten sechs Jahren so sehr zugenommen habe, weil dem Uebel nicht rechtzeitig

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 9. December.

²⁾ Desgleichen vom 4. November. Man vergleiche Burnet vol. II, p. 191.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 9. December.

gesteuert, vielmehr die übeln Geldsorten nach dem Nennwerthe im Gange verblieben seien. Immerhin konnte dies zu Anfang in England geschehen. Allein bei dem Verkehre mit dem Auslande erlitt in Folge dessen England Jahr auf Jahr wachsende Verluste. Die Guinee stieg auf den Werth von dreißig Schillingen¹⁾.

Es war die schwierige Frage, wie man sich herauswinden könnte aus einem Zustande, der sichtlich von Jahr zu Jahr sich verschlimmerte. Der König hatte die Lösung dem Parlamente anheim gestellt. Hier drängte sich die Verwicklung zusammen in die eine Frage: ist es nothwendig oder zweckmäßig die Silber-Münzen neu zu prägen? Die Einbuße mußte dann der Gesamtheit zur Last fallen. Vielen erschien dies bei noch währendem Kriege unmöglich. Eine solche Last würde die Nation zur Verzweiflung treiben. Die andere Ansicht vertrat namentlich Montague, Kanzler der Schatzkammer. Er hob hervor, daß das Unheil, wenn nicht noch rechtzeitig abgewehrt, sich steigern und todbringend sein würde. Der Wechsel nach außen sei aller Orten zum Nachtheile von England. Die Subsidien für die Armee reichten nicht, weil sie, bevor sie an ihren Bestimmungsort gelangten, so sehr verringert würden durch Wechsel und Agio. Daher sei die Guinee auf dreißig Schillinge gestiegen, und dem entsprechend die fremden Goldmünzen. Denn nicht bloß Holland, sagte Montague, sondern alle europäischen Nationen machten sich diesen Vortheil zu nute, und sendeten ihr Gold nach England. Dafür müsse England seine Waaren oder sein Silber hingeben, bis es zuletzt nur noch Guineen besitze, welche das Ausland nicht zum gleichen Preise wie in England zurücknehmen werde. Demnach greife die Krankheit immer tiefer, und werde, wenn man nicht abhelfe, unheilbar werden. Dagegen werde der Entschluß zu einer so großen That den Feind einschüchtern, werde eher ihn nöthigen zu einem ehrenhaften Frieden. Ein solches Unternehmen wie die Neuprägung der Münze in einer so schweren Zeit, werde für England nach außen hohe Achtung erringen, werde den Ruhm der Weisheit und der Größe des Parlamentes von England verkünden²⁾.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 9. December.

²⁾ Commons' Debates, vol. III, p. 5.

Die Ansicht Montagues erhielt die Mehrheit, noch sogar mit dem Zusage, daß die Münze neu zu prägen sei nach demselben Gewichte und demselben Feingehalte wie zuvor. Dies war auch die Ansicht des Königs. Der Beschluß war groß und wichtig, die Ausführung schwer. Denn es mangelte an Silber, das geprägt werden sollte. Man berechnete, daß der Werth des umlaufenden Silbers kaum noch vier Millionen betrug. Es wurden Mittel aufgesucht zu Hülfe zu kommen, namentlich die Einlieferung von Silbergeschirr in die Münze zu befördern. Wir erinnern uns, wie zu demselben Zwecke Louvois und Ludwig XIV. gehandelt, um namentlich die edelen Metalle aus den Kirchen in die Münze zu schaffen (Bd. V, S. 106). Ein solches Verfahren war in England unmöglich. Hier wurden Belohnungen ausgesetzt für die Einlieferung von Silber. Der Gesamtverlust an der Umprägung ward damals angeschlagen auf 1.200,000 £. Zur Deckung desselben ward eine Häusersteuer bewilligt, auf sieben Jahre und nicht länger. Der König ward durch eine Adresse ersucht Sorge zu tragen, daß von den Lebensmitteln und anderen Vorräthen, welche England zum Unterhalte der Armee nach dem Festlande sende, die Republik und Spanien keine Eingangsteuer erhöben. Wilhelm III. erwiderte, daß er dies bisher in mancher Beziehung schon gethan, und sorgfältig Acht geben werde, ob es noch mehr geschehen könne ¹⁾.

Die Erwägung aller dieser Dinge wirkte abkühlend auf den Kriegeseifer in England.

Zugleich nahm das Parlament eine andere Angelegenheit vor. Bevor der König im Mai 1695 nach dem Festlande hinüber ging, hatte er den Ministern für Schottland die Vollmacht gegeben, etwaige Beschlüsse des schottischen Parlamentes zum Vorthelle des Handels in seinem Namen zu bestätigen. Das Parlament in Edinburg beschloß die Errichtung einer schottisch-ostindischen Compagnie. Die Acte ward bestätigt. Sie sicherte der schottischen Compagnie die Freiheit von Abgaben zu, während die englische Compagnie zwanzig Prozent und mehr vom Reingewinn zu bezahlen hatte. Die Acte wirkte mithin nachtheilig für die englisch-ostindische Compagnie. Aber woher die

¹⁾ Commons' Debates, vol. III, p. 6 sqq. — Hoffmanns Berichte vom 16. und 23. December.

Geldmittel für die neue Compagnie? — Schottland in sich war geldarm. So vielverheißend auch die Aussichten für die Compagnie erscheinen mochten: die Mittel zum Beginne konnten dort nicht aufgebracht werden. Es war daher mit Grund anzunehmen, daß holländisches und Hamburger Geld darunter steckte. Beide Häuser des englischen Parlamentes erhoben sich gegen diese schottisch-ostindische Compagnie. Am 17./27. December traten sie mit einer gemeinsamen Adresse vor den König. Wilhelm III. erwiderte: „Man hat mir in Schottland übel gedient; aber ich hoffe noch Heilmittel zu finden, um den Unzuträglichkeiten zuvorzukommen, die aus dieser schottischen Acte erwachsen können“ ¹⁾.

Die Sache war sehr verwickelt. Der König entließ die beiden schottischen Staats-Secretäre. Er nahm die Acte zurück. Die Folge war eine große Unzufriedenheit in Schottland. Dagegen ward in England die Zufriedenheit nicht hergestellt. Im Unterhause kam der Plan auf, einen besonderen Rath zu errichten für die Sicherheit des Handels. Um diesem Eingriffe in die Prärogative der Krone zuvorzukommen, ernannte der König ein solches Collegium. Es genügte dem Unterhause nicht. Es fielen dort Aeußerungen, daß die Absicht des Königs dahin gehe, den englischen Handel zu Grunde zu richten im Interesse des holländischen ²⁾.

Beim Beginne des neuen Jahres 1696 standen die Dinge in England ganz anders als einige Wochen zuvor. Die Verstimmung war im Wachsen. Die beiden Häuser des Parlamentes lagen in Differenz über die Beschlüsse in Betreff der Münze. Die Kriegesneigung nahm täglich ab. Die Minister des Königs wurden kleinmüthig. Der Staats-Secretär Trumball schüttete vor Auersperg seine Klagen aus. „Die Nation, sagte er, ist mismuthig. Sie verlangt jetzt den Frieden, gibt sich dagegen dem Verdachte hin, daß der König im eigenen Interesse die Fortdauer des Krieges wolle. Die besonders fränkende Ansicht vieler ist, daß er den Krieg führe ohne festen Plan. Er hat kein Vertrauen zu dieser Nation, keinen Fleiß für ihr Interesse“ ³⁾.

¹⁾ Hoffmanns Berichte vom 20. und 27. December. — Commons' Debates, vol. III, p. 7.

²⁾ Burnet vol. II, p. 191.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 17. Januar 1696.

„Zu diesem Kleinmuths Trumballs wirkt mit, fügt Auersperg hinzu, daß hier zu Lande alle Schuld auf die Minister fällt.“

Aber Auerspergs eigenes Urtheil über die Lage im allgemeinen war nicht viel günstiger. „Die Opposition im Parlamente, sagt er, sucht einen Aufschub um den anderen, um die Spannung zu schärfen. Die eigentlich königliche Partei handelt nie einmüthig. Die Häupter der Presbyterianer (Whigs), welche doch dem Könige zugethan, sinnen Tag und Nacht nur darauf, wie sie dem Könige ein Stück seiner Prærogative entreißen können. Er erkennt, in welchen Händen er sich befindet; aber er kann sich ihnen nicht entwinden.“

Bereits wuchs eine neue Verwicklung heran. Der König hatte dem Grafen Portland Kron Güter in Wales geschenkt. Auf den Ertrag dieser Ländereien waren mehrere Persönlichkeiten im Dienste der Krone dort mit ihren Gehältern angewiesen. Sie hatten durch ihren Einspruch die Besizergreifung zu hindern gewußt. Um diesen Einspruch endgültig durchzusetzen, wendeten sie sich an das Unterhaus. Es ward dargelegt, daß statt der 1800 £, welche die Krone bisher jährlich aus diesen Gütern gezogen, ein Privatmann den Ertrag auf 10,000 £ bringen könne. In beiden Häusern gab sich über diese Vergabung ein großer Unmuth kund¹⁾. Die königliche Partei schwieg. Der Beschluß durch eine Adresse den König um die Zurücknahme dieser Schenkung zu bitten, ward im Unterhause gefaßt ohne Widerspruch.

„Es ist für Portland kein geringes Glück, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, daß Niemand diesem Beschlusse widersprochen. Denn jedes Wort zu seinen Gunsten hätte Erwiederungen hervorgerufen, welche die Sache für ihn schwerer gemacht haben würden“²⁾.

Anders urtheilte zuerst der König. Er sprach Trumball gegenüber seinen Unmuth aus, daß Niemand dagegen aufgetreten. Trumball erwiederte: „Das Schweigen war der beste Dienst, den wir in dieser Sache Ew. Majestät erweisen konnten. Denn die Gegner waren

¹⁾ Macaulay bezweifelt, daß die Rede von Price (abgedruckt in Commons' Debates, vol. III, p. 9 sqq.) damals gehalten worden sei. Für diesen Zweifel spricht ganz besonders, daß Auersperg und Hoffmann, denen die Thatsache einer so scharfen Rede wider den König nicht hätte unbekannt bleiben können, derselben keine Erwähnung thun.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 27. Januar.

darauf gefaßt und vorbereitet, und würden in diesem Falle die Sache getrieben haben bis zu einer Anklage (impeachment) gegen den Grafen Portland" ¹⁾. „Die Sache wird den König hart ankommen, fügt Auersperg hinzu; aber er hätte sie vermeiden können, wenn er dem Rathe guter Freunde Glauben beigemessen hätte.“ Man hatte den König erinnert an den Vorgang der Königin Elisabeth um reichlich ein Jahrhundert früher. Sie hatte dieselben Güter ihrem Günstlinge Peicester geschenkt, und dann, dem Parlamente gegenüber, die Schenkung zurückgenommen. Der Philosoph St. Evremont, der seinen Aufenthalt in England genommen, äußerte sich bei diesem Anlasse zu dem Grafen Auersperg: „Mein Grundsatz hier ist den König zu lieben, das Oberhaus zu achten, das Unterhaus zu fürchten“ ²⁾.

Das Unterhaus begnügte sich nicht mit der Thatjache der Adresse. Es beschloß in seiner Gesamtheit vor den König zu treten und sie zu überreichen. Ein Verfahren dieser Art in einer solchen Angelegenheit war unerhört, und kündete daher den Nachdruck an, mit welchem das Unterhaus sie betrieb ³⁾.

„Es gibt sich im Parlamente, meldet Auersperg auf die Nachricht dieses Beschlusses, ein Geist des Troges und des Stolzes kund, so daß der König aller seiner Umsicht, aller seiner Mäßigung bedarf, um durch diese Klippen wohl hindurch zu steuern“ ⁴⁾.

Die Ueberreichung erfolgte am 22. Januar/1. Februar. Der König erwiederte: „Ich habe für den Lord Portland eine Zuneigung, welche er durch lange und getreue Dienste sich erworben. Dennoch würde ich ihm diese Ländereien nicht verliehen haben, wenn ich mir gedacht hätte, daß das Haus der Gemeinen darüber in Sorge gerathen könnte. Ich werde also die Schenkung zurücknehmen, und einen anderen Weg ausfindig machen, ihm meine Erkenntlichkeit darzuthun“ ⁵⁾.

Es liegt hier der Vergleich nahe zwischen dem Handeln Jacobs II. im November 1685 und demjenigen Wilhelms III. im Januar 1696.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 27. Januar.

²⁾ Desgleichen.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 31. Januar 1696.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 31. Januar 1696.

⁵⁾ Commons' Debates, vol. III, p. 18.

In den folgenden Tagen verlautete, daß einige Mitglieder im Unterhause einen Verdacht gegen Portland hegten, daß er in der Angelegenheit der schottisch-ostindischen Compagnie Geld genommen. Wenn sich für diesen Verdacht eine sichere Grundlage fand, so stand es fest, daß auch der König ihn nicht schützen könne¹⁾. Der Verlauf der Dinge thut dar, daß ein solcher Anhaltspunct sich nicht ergab. Portland blieb unbehelligt.

Die Stimmung indessen im Parlamente hob sich nicht. „Es ist nach meiner Ansicht, meldet Auersperg am 7. Februar, nichts so schwierig wie ein Urtheil über die Angelegenheiten dieses Landes. Der Stand derselben wechselt von einem Tage zum anderen, ohne daß man mit Bestimmtheit etwas vorhersehen könnte. Dennoch möchte ich so viel mit Gewisheit sagen, daß im Unterhause irgend welche Böswilligkeit²⁾ sich regt. Bereits sind Viele der Ansicht, daß der König besser thäte das Parlament aufzulösen. Aber dagegen wird von Kundigen geltend gemacht, daß auf ein schlechtes Parlament, wenn aufgelöst, immer ein schlimmeres folgt. Die Parteien gegen einander verbittern sich mehr und mehr. Nach meiner Ansicht wäre es wünschenswerth, den König in der Friedenssache stärker vorwärts zu drängen“³⁾.

Der Kaiser hegte ähnliche Gedanken. Die Berichte aus England wurden in Wien mit steigender Sorge vernommen. „Wir sind hier darüber sehr unruhig, meldet der Graf Kinsky an Auersperg, am 8. Februar. Jeder plötzliche Umschlag in England würde die gemeinsame Sache unheilbar zu Grunde richten“⁴⁾. Die Worte vorher oder nachher enthalten keine Andeutung, daß Kinsky eine Ahnung hat von einem Mordplane gegen den König Wilhelm. „Wir wünschen eine Friedensunterhandlung, fügt er hinzu. Wir haben bisher schon allzu viele Zeit mit Abwarten verloren.“

Wie die Nachrichten aus England im Beginne des Jahres 1696 in Wien und an anderen Orten der Bundesgenossen wachsende Besorgnis

1) Auerspergs Bericht vom 3. Februar.

2) Une malice noire, ist der Ausdruck.

3) Auerspergs Bericht vom 2. März.

4) Tout changement soudain qui s'y feroit, perdrait la cause commune sans ressource. So am 8. Februar.

erregten: so steigerten sie in St. Germain und Versailles die bereits vorher gefaßten Hoffnungen.

Diese Hoffnungen betrafen den Plan einer Invasion in England durch den König Jacob II. an der Spitze eines französischen Heeres, in Verbindung mit einer Erhebung von Anhängern Jacobs in England. Der Plan dieser Erhebung hatte eine doppelte Seite, eine weitere und eine engere. Die engere, das Eigenthum einer geringeren Anzahl von Personen, bezweckte zuerst die Ermordung Wilhelms III. Dieser letztere Plan tritt bald in den Vordergrund des geschichtlichen Interesses.

Und zwar betrifft dies geschichtliche Interesse, wenn auch zunächst England, doch gewis nicht England allein. Die Angelegenheit ist vielmehr eine europäische in ähnlichem Maße wie etwa eine Völkerschlacht. In diesem Sinne haben die Kundigen unter den Zeitgenossen die Sache aufgefaßt.

Es tritt daher, wie überhaupt, so besonders bei einem Gegenstande von solcher Wichtigkeit, an den Historiker die Pflicht heran, Herr zu bleiben über jede subjective Neigung und Abneigung. Es ist seine Aufgabe, das Material der Thatfachen, der Aussagen der Betheiligten und der Zeugen der Vorgänge zu sammeln, zu sichten und geordnet vorzuführen, die Aufeinanderfolge der Ereignisse klar zu stellen, welche allein schon oft genügt, die Causalität der Dinge zu beleuchten. Es ist seine Aufgabe da wo diese Causalität aus den Thatfachen an sich nicht hervortritt, die Fäden derselben aufzusuchen, nicht nach Vermuthungen, sondern von den Thatfachen aus als den festen Pfeilern. Die Erwägung und Vergleichung alles dessen, was an Thatfachen und Aussagen vorliegt, wird den Leser in den Stand setzen, seinen Wahrspruch zu fällen.

Der Tod der Königin Mary hatte sowohl in St. Germain als auch bei den Jacobiten in England neue Hoffnungen erweckt. Im Auftrage der letzteren, unter denen vorantreten Graf Ailesbury, Lord Montgomery, Sir John Fenwick, ferner Friend und Parkyns, begab sich im Juni 1695 ein gewisser Charnock nach St. Germain. Er war früher Mitglied des Magdalenen-College in Oxford, einer der wenigen Convertiten aus der Zeit der Regierung Jacobs II., ein Mann von heftiger Leidenschaft, aber gewandt, erfahren, kenntnisreich.

Der Inhalt seines Berichtes dort entsprach den früheren der Jacobiten, nämlich mehr ihren Wünschen und Hoffnungen als der Realität der Dinge. Er meldete ausführlich eine allgemeine Mißstimmung mit der Regierung Wilhelms III. Seine Anforderungen an Frankreich indessen waren geringer als die früheren: ein französisches Corps von 10,000 Mann würde genügen. Von der anderen Seite war das Erbieten bestimmter: die Jacobiten versprachen dem Könige Jacob bei der Landung 2000 Reiter zuzuführen. Sie hofften auf 4000, sogar auf 10,000 ¹⁾).

In diesem Berichte vom 17. Juni 1695 deutet kein Wort auf einen Mordplan. Eine Fortsetzung dagegen vom 28. Juni bittet den König Jacob um Instruction für den Fall, daß der Prinz von Oranien in Flandern getödtet werde, oder sterbe vor der Landung des Königs Jacob ²⁾).

Daß jene Berichte in St. Germain Wirkung übten, ergibt eine Aeußerung des Secretärs Caryll, vom 4. Juli, zu dem Grafen Berth, der sich über die abgeneigte Stimmung in Rom beklagte. „Se. Heiligkeit, sagt er, wird bald erleben, daß sich die göttliche Vorsehung völlig für das französische Interesse erklärt, und daß die scandalöse Allianz, die in Rom für unüberwindlich gilt, plötzlich zu Boden stürzt“ ³⁾).

Es ist möglich, daß Caryll diese Hoffnung gestützt hat auf diejenige eines Sieges von Villeroy in Belgien, dessen Kunde damals in Versailles und St. Germain täglich erwartet wurde. Aber auch der französische Sieg von Landen und Meerwinden hatte darum doch die Allianz nicht zersprengt. Wie dem auch sei, die Hoffnung in St. Germain war sehr bald wieder im Sinken. Auf die Klagen Berths über die Theilnahmlosigkeit der Italiener, die ohne Sorge um das Geschick des Königs Jacob nur nach Frieden seufzten, erwiedert Caryll im Anfange October, daß die französischen Minister den Römern darin auch nicht im mindesten nachstehen. „Unsere Sache, sagt er, wird ihnen kein Hindernis des Friedens sein. Nach ihrer Staatsraison, welche bereit ist für den Frieden die Städte Straßburg und Luxemburg und

¹⁾ Macpherson's Original Papers vol. I, p. 517.

²⁾ A. a. D. p. 519.

³⁾ A. a. D. p. 536.

ganze Länder auszuliefern, dürfen wir nicht erwarten, daß sie Bedenken tragen werden unsere Sache mit in den Kauf zu geben“ ¹⁾).

Es läßt sich nicht mit Bestimmtheit ersehen, daß der König Jacob im October 1695 eben so gedacht wie sein Secretär Caryll. Er begab sich damals nach La Trappe. Es war in St. Germain stiller geworden von Jahr zu Jahr, einestheils weil die Mittel des Königs schwanden, andererseits wegen seiner Neigung zum beschaulichen Leben. Aber auch St. Germain erschien für diesen Zweck noch zu unruhig und geräuschvoll. Darum verbrachte der König Jacob, wie er zuerst im Jahre 1690 gethan, alljährlich im Herbst einige Zeit in der tiefen Stille von La Trappe. Er suchte dort, wie er damals sagte, die geeignete Schule christlicher Geduld ²⁾).

Im November 1695 finden wir den König Jacob wieder in St. Germain. Von da an entwickelten sich andere Pläne, der christlichen Geduld nicht immer entsprechend. Um diese Pläne in ein klares Licht zu stellen, haben wir von hier an ganz besonders zu achten auf die eigenen Aussagen der Persönlichkeiten, die in den Vordergrund der Ereignisse treten.

Die wichtigste dieser Persönlichkeiten ist Sir George Barkley, Offizier in der Leibwache Jacobs II. Der König ernannte ihn im November 1695 zum General-Major. Barkley schrieb seine Relation, wie er sie nennt, über die Ereignisse vom Februar und März 1696, zu Paris im August 1697, eigenhändig und, wie er behauptet, auf sein Gewissen. Dem Inhalte nach ist die Relation bestimmt für den König Jacob. Man muß also annehmen, daß dieser Bericht, so viel auch immer er verschweigen mag, dennoch dienstlich treu ist, namentlich nichts enthält, was nicht auch der König Jacob, insofern er betheiligt war, als der Wahrheit entsprechend anerkennen mußte. Diese Relation muß daher gelten als die Basis für die Feststellung des Thatbestandes ³⁾).

„Im November 1695, sagt Barkley, berief mich der König Jacob zu sich allein. Er eröffnete mir, daß er den Entschluß gefaßt, im nächsten Winter einen Versuch zum Wiedergewinne seines König-

¹⁾ Macpherson's Original Papers vol. I, p. 539.

²⁾ The life of James, vol. II, p. 529.

³⁾ Sie ist abgedruckt a. a. O. p. 546.

reiches zu machen. Seine Freunde in England hätten ihm versichert, daß die Willfährigkeit dort groß sei, die Zeit günstig. Die Heereskräfte jedoch, die der König von Frankreich dafür verwenden könne, würden ohne die Hülfe seiner eigenen Unterthanen nicht ausreichen. Viele derselben hätten versprochen sich zu erheben, namentlich in und um London; aber es mangelten kriegserfahrene Offiziere. Darum sei es seine Absicht mich einige Zeit zuvor nach London zu senden. Ich solle dort mit seinen Freunden mich besprechen und gemeinsam mit ihnen die Maßregeln treffen, damit auf ein gegebenes Zeichen alles bereit sei zur Erhebung. Zum Zwecke der Führung der dortigen des Krieges unerfahrenen Mannschaft würde er eine Anzahl Offiziere senden, mit der Weisung sich unter meinen Befehl zu stellen."

Ueber weitere Veredungen in St. Germain oder in Versailles schweigt Barfley. Für uns Andere tritt jedoch hier eine besondere Frage heran: nämlich diejenige des Ursprunges dieses Landungsplanes, ob von Jacob II., ob von Ludwig XIV.

Wir erinnern uns, daß seit einer Reihe von Jahren Jacob II. und seine Anhänger nichts so sehnlich erstrebten als eine Landung mit französischen Truppen in England. Ludwig XIV. stellte als Vorbedingung eine jacobitische Erhebung in England. Von dieser seiner Bedingung aus lehnte er das Verlangen Jacobs ab. So noch wieder, wie das Schweigen auf den Bericht Charnocks darthut, im Juni 1695. Da nun im November 1695 dennoch wieder der Gedanke auftaucht, ohne daß bis dahin ein besonderes Ereignis eingetreten wäre, auf welches der König Jacob eine neue Mahnung an Ludwig XIV. hätte bauen können; da hingegen die Rede Jacobs zu Barfley durchblicken läßt, daß er gegründete Hoffnung habe auf die Mithülfe Ludwigs XIV.: so muß in diesem Falle der letztere in irgend einer Weise entgegen gekommen sein. In so weit stammt die Initiative zu dem Plane einer Invasion in England im Beginne des Jahres 1696 von Ludwig XIV. Die Klarstellung dieser Thatfache ist von nicht geringer Erheblichkeit.

Schriftlich liegt die damalige Betheiligung Ludwigs XIV. an den Plänen im Allgemeinen zuerst vor in einem Actenstücke, datirt zu Germain am 20. December 1695 ¹⁾. Es heißt darin: „Wenn der König

¹⁾ Capesigue: Louis XIV., t. III, p. 194.

(von Frankreich) von irgend einem wichtigen Plane Kunde erhalten haben wird, so wird er für Mittel Sorge tragen, um die Ausführung zu erleichtern, indem er die erforderlichen Geldsummen bewilligt. Darüber wird er sich näher aussprechen, wenn es nöthig sein wird". — „Wenn der König sicher erfahren wird, daß die Diener des Königs von England sich in hinreichender Anzahl zusammen gethan, um sich zu seinen Gunsten zu erklären, und wenn man eine Landung in England als ausführbar wird ansehen können: so ist S. M. bereit alle für diese Unternehmung erforderliche Hülfe zu gewähren, wann sie sich bewerkstelligen läßt mit Zustimmung der Nation. Daß man bisher nicht abermals daran gedacht, ist weder einem Mangel an Kraft noch guter Absicht zuzuschreiben, sondern rührt aus der Unkenntnis geeigneter Maßregeln, um es mit Erfolg zu thun und die Nation nicht zu alarmiren".

Ob Barkley eine eigene Beziehung zu Ludwig XIV. gehabt, ist aus seinem Berichte für den König Jacob nicht zu ersehen. Er brach auf wenige Tage nachdem das vorstehende Schriftstück in St. Germain abgefaßt war. Seine Relation für den König Jacob fährt nämlich fort wie folgt.

„Bevor ich von St. Germain aufbrach, gab der König mir eine Vollmacht für mich und alle diejenigen, welche in der Sache Sr. Majestät sich zu mir gesellen würden, um in Waffen aufzustehen und Krieg zu beginnen wider den Prinzen von Oranien und alle seine Anhänger. Diese Vollmacht lautet wie folgt."

„Jacob u. s. w. Es ist unser Wille und unsere Meinung, und wir autorisiren hierdurch, fordern bestimmt und befehlen ausdrücklich unseren geliebten Unterthanen, daß sie in Waffen sich erheben und Krieg beginnen sollen wider den Prinzen von Oranien, den Urpator unseres Thrones, und wider alle seine Anhänger, und darum zu unseren Gunsten sich in Besitz setzen sollen aller derjenigen Plätze, Städte und Festungen in unserem Königreiche England, die geeignet erscheinen unser Interesse zu fördern, und weiter daß sie wider den Prinzen von Oranien und seine Anhänger von Zeit zu Zeit solche andere Acte der Feindseligkeit verüben sollen, welche am meisten unserem Dienste entsprechen würden. Denn wir halten dies für das zweckmäßigste, gerechteste und wirksamste Mittel, unsere Herstellung und ihre Befreiung

zu erlangen. Und wir sprechen hiemit sie frei für dasjenige was sie in der Ausführung dieses unseres königlichen Befehles verrichten werden. Gegeben an unserem Hofe zu St. Germain en Laye, am 27. December 1695."

So der Wortlaut des Befehles. Von einer mündlichen Erläuterung desselben ist keine Kunde überliefert. Noch am selben Tage brach Barkley von St. Germain auf, begleitet nur von dem Major Holmes. Zehn Tage später, am 27. December (a. St.), trafen sie in London ein.

„Unmittelbar nach meiner Ankunft¹⁾, sagt Barkley, machte ich es mir zur Aufgabe zu erfahren, an welchen Tagen der Prinz von Oranien Rath hielt, wann er sich der Erholung hingab, wie viele Wachen ihn bei seinen Ausfahrten umgaben."

Die vorstehenden Worte befinden sich mitten in der Relation. Der Beginn derselben über den Aufenthalt in London lautet wie folgt. „Bald nach meiner Ankunft²⁾ wurde ich bekannt mit Charnock. Gleich bei der ersten Begegnung klagte er mir, daß er und einige Andere einen Plan hegten, der unzweifelhaft die Herstellung des Königs sehr erleichtern würde, allein daß Se. Majestät die Ausführung dieses Planes niemals gestatten würden."

Wir haben uns zu erinnern, daß Charnock im Juni 1695 nach St. Germain entsetzt war.

„Einige Tage später, fährt Barkley fort, machte Charnock mich bekannt mit Sir William Parkyns, welcher bei allen Entwürfen des ersteren betheilt war. Parkyns eröffnete mir jenen Plan. Er sagte mir, daß zur Ausführung nichts Anderes erforderlich sei als die Erlaubnis Sr. Majestät. Der Plan bezweckte eine Anzahl Männer zu einigen zu einem Anfälle auf den Prinzen von Oranien. Ich billigte den Plan sehr, wenn er mit dem Geheimnis und der Umsicht ins Werk gesetzt würde, die ein Unternehmen von solcher Wichtigkeit erfordere. Ich richtete daher sogleich an sie die Frage, ob sie es für möglich hielten, die erforderliche Anzahl von Leuten zu finden, welche eine brave That ohne vieles Fragen vollbringen würden. Ich hielt andere Schwierigkeiten entgegen, wie sie mir damals vorzuliegen schienen.

¹⁾ Immediately after my arrival.

²⁾ Soon after my arrival.

Sie erwiederten mir, daß sie verschiedene Personen ihrer Gesinnung kannten, welche mit Freuden jegliche Gelegenheit ergreifen würden dem Könige zu dienen, wäre es auch mit der äußersten Lebensgefahr."

„Unter diesen Umständen, fährt Barfley fort, im Vertrauen auf die Vollmacht des Königs, Krieg zu beginnen wider den Prinzen von Oranien und alle seine Anhänger, hielt ich mich für genügend autorisirt, mich mit jenen Personen zu verbinden zum Angriffe auf den Prinzen von Oranien, wenn er umgeben wäre von seinen Wachen. Ich zeigte ihnen also meine Vollmacht, über welche sie sehr erfreut waren."

So Barfley. Und damit sind wir an den Punct gekommen, wo wir die eigene Ansicht des Königs Jacob zu vernehmen haben, wie er sie später niedergeschrieben hat, und zwar beginnend mit einem Rückblicke auf frühere Vorschläge, die ihm gemacht seien.

„Gegen das Ende des Jahres 1693, berichtet Jacob II. selbst, war von einer neu aus England angekommenen Persönlichkeit dem Könige der Vorschlag gemacht, den Prinzen von Oranien aufzugreifen und wegzuführen, und dann einen Aufstand in und um London zu erheben. Aber Se. Majestät sah dieses Project als unausführbar an, als ein solches, welches die Freunde bloß stellen würde zu einer Zeit, wo er ihnen nicht helfen könne. Darum wollte er davon nichts hören. Derselbe Vorschlag ward einige Zeit später erneut und abermals verworfen. Desungeachtet wurde er im Beginne 1695 zum dritten Male angeregt durch einen gewissen Crossbie. Er war gesendet von Persönlichkeiten, die, wie er behauptete, dem Könige wohlwollten, obwohl es eine andere Schicht von Leuten war, als mit welchen der König sonst in Verbindung stand. Diese Personen, sagte Crossbie, hegten keinen Zweifel den Prinzen von Oranien aufzugreifen und wegzuführen zu können; aber sie verlangten dafür eine vom Könige gezeichnete Vollmacht. Der König schlug auch dies Mal ab, und gebot dem Crossbie sich nicht in solche Dinge zu mischen, nicht einmal so weit, daß er bei seiner Rückkehr nach England davon spräche. Er war nämlich zu dieser Rückkehr genöthigt, da er sich nur gegen Bürgschaft auf freiem Fuße befand. Ungeachtet dieses Gebotes betrieb er nach seiner Ankunft in London die Sache wie er konnte. Er war so indiscret und unverschämt, nicht bloß die Mitglieder seines eigenen Clubs anzufeuern, daß sie sich

vorbereiten möchten, mit der Versicherung, daß ein entsprechender Befehl eintreffen würde, sondern auch, nachdem er mit Mitgliedern des anderen Clubs Bekanntschaft angeknüpft, nämlich mit Porter, Goodman, Partyns, Charnock, diese zu einem Bunde aufzufordern, und, um desto größeren Credit und Ansehen bei ihnen zu gewinnen, ihnen zu sagen, daß ein schriftlicher Befehl zur Ausführung bald erfolgen werde. Einige von ihnen schenkten seinen Worten keinen Glauben. Andere, leichtgläubiger und eifriger, gingen bereits darauf aus, ein Schiff zu dem Zwecke zu miethen. Charnock jedoch, im Zweifel an den Aussagen Crosbies, fragte schriftlich in St. Germain an, und erhielt von hier die Versicherung des Gegentheils. Darauf ward der Plan in diesem Club ganz bei Seite gelegt."

„Auf die Ankunft von Barkley jedoch, fährt König Jacob fort, dem wie Anderen eine Vollmacht gegeben war, Krieg zu beginnen und den Aufstand zu leiten, brachten sie ihr altes Project vor ihn. Er acceptirte dasselbe, wie es scheint, und traf die Vorbereitungen, den Prinzen von Oranien auf dem Wege nach oder von Richmond mit vierzig Reitern zu überfallen, wo doch seine Vollmacht davon nichts in sich hielt" ¹⁾.

So der König Jacob. Die Wahrheit der letzten Worte liegt vor Augen. Der Bericht über Crosbie ²⁾, die damit in der Hauptsache überein stimmenden Reden von Charnock und den Anderen zu Barkley, thun dar, daß Jacob sich überhaupt geweigert, einen schriftlichen Mordbefehl gegen den Prinzen von Oranien zu erlassen.

Aber Barkley legte seine Vollmacht so aus. Und zwar ist es nicht unwichtig daran zu erinnern, daß Barkley jene Worte sprach nicht etwa vor einem englischen Gerichte, oder vor der Oeffentlichkeit, sondern vor dem Könige Jacob selbst.

Diese Vollmacht von Jacob II. für Barkley war in des Königs eigener Handschrift. Ist sie darum auch von ihm abgefaßt, von ihm ausgedacht? — Dies dürfte nicht mit Nothwendigkeit folgen. Denn es pflegte damals bei geheimen politischen Aufträgen oft zu geschehen, daß der Beauftragte selber seine Vollmacht abfaßt, welche dann der

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 544.

²⁾ Anlage I.

Souverän entweder bloß unterzeichnet oder völlig in seiner eigenen Handschrift wieder gibt¹⁾. Es ist daher auch in diesem Falle nicht bloß möglich, sondern eher wahrscheinlich, daß nicht Jacob II., sondern Barkley jene Vollmacht abgefaßt und dabei sie so eingerichtet hat, daß sie eine Auslegung zuließ.

Was immer der König Jacob sich bei der Erhebung in Waffen unter Barkleys Führung gegen den Prinzen von Oranien gedacht haben mag: für Barkley selber concentrirte sich, wie sein eigener späterer Bericht ergibt, alles was er in England zu thun habe, in den Mordplan. Und zwar von Anfang an. Wir haben Gewicht zu legen auf jene seine eigenen Worte, daß er unmittelbar nach seiner Ankunft es sich zum Geschäft machte, das Gehen und Kommen des Königs Wilhelm zu erspähen, so wie die Zahl der Wachen, die ihn umgeben, und daß er bald nach seiner Ankunft bekannt wird mit Charnock und Genossen. Nicht von diesen ist demnach dem Barkley der Gedanke gekommen, sondern er hatte ihn vorher fertig bei sich. Er hatte ihn mitgebracht, nicht freilich von dem Könige Jacob. Nur mit diesem Plane war er in England beschäftigt. Einer Erhebung anderer Art gedenkt er in seiner Relation vom August 1697 auch nicht mit einem einzigen Worte.

Die Persönlichkeiten, welche mit ihm sich geeinigt, schlugen ihm einen gewissen Porter vor, der eingeweiht sei in alle ihre Pläne. Barkley trug Bedenken gegen diesen Mann als dem Trunke ergeben und redselig. Dennoch gab er nach. Noch einige andere Offiziere wurden herzugeführt oder boten sich an. Man zog Ort, Zeit, Umstände der Ausführung in Verathung.

Barkley hörte die verschiedenen Vorschläge an. Eine geeignete Stelle erschien Mehreren der Uebergang zwischen den Thoren von Hyde Park nach St. James Park, so daß ein Theil der Verschworenen sich auf die Kutische des Königs werfen, der andere die Thore schließen würde, um die begleitenden Wachen abzuschneiden. Barkley stimmte nicht zu. Ihm schien keine andere Gelegenheit so wohl geeignet, wie die

¹⁾ Ich bemerke z. B., daß dies von Leibniz durchweg geschah. So in den politischen Missionen für die Königin Sophie Charlotte von Preußen im Jahre 1701, in denen für den Herzog Anton Ulrich an den Kaiser Carl VI. und den Czar Peter I. im Jahre 1712.

Fahrt des Königs nach Richmond zur Jagd oder zurück. Er und der Major Holmes erforschten die Gegend um London, wohin immer der König sich zu begeben pflegte, die Beschaffenheit jeglicher Vertlichkeit, ob günstig, ob ungünstig. Als den geeignetsten Platz erfanden sie Turnham Green, gelegen an dem Wege von Kensington nach Richmond, wo der König zu jagen pflegte. Die Straße vor Turnham Green war eng, an beiden Seiten Hecken und Gräben, so daß ein Sechsspänner nur schwer dort wenden konnte. Dazu war Gesträuch an beiden Seiten, hinreichend einige Menschen darunter so weit zu verdecken, daß die von Bramford, wo die Fähre über die Themse sich befand, dieses Weges Kommenden nicht sofort die dort etwa Verborgenen erschauen konnten. Die Wache des Königs pflegte zu bestehen aus zwanzig Mann. Der Anfall sollte geschehen durch reichlich vierzig Personen. Der größere Theil sollte sich auf die Wachen stürzen: etwa acht hatten, wie Barkley sich ausdrückt, die Sorge für den Prinzen von Oranien zu übernehmen ¹⁾).

Erst nachdem dieser Ort bestimmt, wurde die Zahl der Verschworenen erweitert. Barkyns, Porter, Charnock versprachen dem Barkley ein Jeder fünf berittene Männer anzuwerben. Sie gaben zugleich ihr Ehrenwort, keinem von diesen Angeworbenen seinen Namen zu nennen, ihm dagegen die Listen der Namen zu geben, damit er nicht auf dieselben Personen für sich gerieth. Er übernahm nämlich zwanzig. Dies war nicht so schwer für ihn, weil er diejenigen Offiziere, welche vom Könige Jacob ihm nachgesendet und an seinen Befehl verwiesen wurden, sämmtlich für diesen Zweck zu verwenden gedachte. Es ergab sich später, daß unter den reichlich vierzig Verschworenen sich etwa zwanzig Mann von der Garde und der Dienerschaft des Königs Jacob befanden ²⁾. Wie jene Anzuwerbenden zunächst nur erfuhren, daß sie, wie das genannt wurde, eine brave That im Dienste des Königs verrichten sollten: so sagte Barkley, der durch Holmes und Charnock zwanzig Pferde kaufen ließ, denjenigen, die zunächst um ihn sich zu schaaren

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 552: There were eight to have taken care of the Prince.

²⁾ Robethon-Papiere des St. A. G. Er sagt: 15 ou 16 sont gardes du corps de J. II., et 7 ou 8 sont ses domestiques.

hatten, der Dienerschaft Jacobs, nicht eher etwas von diesen Pferden, als bis die Zeit zum Auffügen gekommen war ¹⁾).

Am Samstag pflegte der König Wilhelm sich auf die Jagd zu begeben. Barkley setzte die Ausführung an auf Samstag den 15./25. Februar, und zwar auf die Rückkehr des Königs von Richmond.

Es fragt sich, wie es neben diesem Mordplane stand um denjenigen einer Erhebung von Jacobiten in England. Es treten hier zwei Berichte voran, derjenige des Königs Jacob und derjenige seines Sohnes, des Herzogs von Berwick.

Nach dem Berichte Jacobs II. gelangten an ihn im Beginne des Jahres 1696 häufige Meldungen von der wachsenden Misstimmung im Parlamente und in der Nation wider Wilhelm III. Man dürfe ihm nicht rathen, hieß es darin gemäß der Wiedergabe des Königs Jacob, allein zu kommen, ohne Truppen; aber nach der Ueberzeugung seiner Anhänger habe sich der König in London oder einer anderen wichtigen Stadt nur zu zeigen, so würde die Mehrzahl der Nation sich für ihn erheben. Der König Jacob theilte diese Nachrichten dem Könige von Frankreich mit. „Sie ermutigten diesen so sehr, fährt der König Jacob fort, daß er beschloß die verlangten Truppen zu bewilligen, und die erforderlichen Befehle gab, alle Dinge so vorzubereiten, daß die Landung in England erfolgen könne zu Ende Februar (n. St.)“ ²⁾.

So Jacob II. Es ist merkwürdig, daß, nach diesen Worten, Ludwig XIV. und Barkley, ein Jeder in seiner Sache, ziemlich genau dasselbe Datum ansetzen.

Es ist jedoch in dieser Darstellung Jacobs II. ein Irrthum in Betreff des Beginnes. Nicht erst die Berichte aus England im Anfange des Jahres 1696 haben Ludwig XIV. geneigter gemacht, den Wünschen des Königs Jacob zu willfahren, sondern, wie wir aus dem Berichte Barkleys vernommen, bereits im November 1695 war die Hülfeleistung eine beschlossene Sache. Auch war diese längere Zeit erforderlich für die Vorbereitung der Ausführung. Ludwig XIV. setzte, nach dem Berichte von Jacob II., den Termin der Ausführung

¹⁾ So Barkleys Bericht, in *The life of James*, vol. II, p. 551.

²⁾ A. a. O. p. 540.

an auf das Ende Februar. Wenn er aber erst im Januar 1696 den Beschluß gefaßt hätte: so dürfte es schwer gewesen sein, in den wenigen Wochen bis zum Ende Februar die Mannschaft, die Transportschiffe für dieselbe, so wie überhaupt die Kriegesmittel an Einen Punct der Nordküste zusammen zu bringen, und zwar, wie der Verlauf ergeben wird, fast geräuschlos, namentlich völlig unbemerkt von Seiten Englands.

Ludwig XIV. stellte dagegen, wie der König Jacob berichtet, die eine Bedingung, die wir kennen, daß eine Erhebung der Jacobiten in England der Landung seiner Truppen dort vorhergehen müsse. Die Aufgabe dieser Jacobiten würde dann sein, sich einer beträchtlichen Stadt zu bemächtigen, bis der König Jacob zu ihrer Hülfe herbeikommen könne.

Es ergibt sich demnach, daß, so weit der König Jacob wußte, Ludwig XIV. dies Mal die erheblichen Kosten der Ausrüstung wagte, ohne eine weitere Bürgschaft für eine solche Erhebung in England zu haben als die Hoffnung des Königs Jacob auf dieselbe.

Jacob II. hoffte diese Bedingung erfüllen zu können. Zu Ende Januar oder Anfang Februar erschien in St. Germain ein Abgeandter von Jacobiten in England, Namens Powel. Der Bericht des Königs Jacob läßt nicht ersehen, daß Powel oder seine Absender von dem Plane Barkleys eine Kenntniss hatten. Powel sprach mit solcher Wärme, daß Jacob und die Königin Marie Beatrice beide zu verstehen glaubten: die Jacobiten aus sich seien zur Erhebung bereit, wenn sie nur dann der Hülfe von Frankreich her versichert wären. König Jacob verlangte von ihm einen schriftlichen Bericht. Bevor Powel denselben einreichte, trafen die beiden Könige einander. Der König Jacob theilte mit, was er von Powel vernommen und was er vernommen zu haben meinte. Erst nachher erkannte er aus dem schriftlichen Berichte Powels seinen Irrthum, nämlich daß diese Jacobiten in England ihre Erhebung in Aussicht stellten erst nach geschehener Landung. Sollte nun Jacob II. diesen seinen Irrthum bei Ludwig XIV. eingestehen? — Er fürchtete, daß dies den König oder seine Minister beunruhigen, daß sie die Vorbereitungen einstellen würden. Er hoffte dagegen, daß die Mißverständnisse zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Parlamente zunehmen würden. Er hegte noch eine andere Hoffnung. Er beschloß, den Herzog

von Berwick hinüber zu senden, damit dieser die Jacobiten in England bewege sich zuerst zu erheben, und dann selber die Führung dort übernehme¹⁾).

In späteren Zeiten ist Jacob II. für die Täuschung, die er dadurch dem Könige Ludwig XIV. gegenüber begangen, oft getadelt worden. Man hat wohl gar diese Täuschung als den eigentlichen Grund des Mislingens bezeichnet. Aber zuvor doch wäre die Frage zu untersuchen, ob denn die Schuld Jacobs II. darin thatsächlich so groß ist, wie er selber sie anzusehen scheint, nämlich ob es ihm gelungen sei Ludwig XIV. zu täuschen, ob dieser letztere König unter dem Drucke irgend welcher Täuschung gehandelt habe. Der Verlauf der Thatfachen wird diese Frage beantworten.

Ludwig XIV. hatte den 15./25. Februar bestimmt als denjenigen Tag, an welchem alle Transportschiffe in Calais bereit sein sollten²⁾. Es war derselbe Tag, auf welchen Bartley die Unternehmung von Turnham Green angelegt hatte.

Am selben Tage sandte Ludwig XIV. nach St. Germain den Minister Pontchartrain mit der Meldung: die Zeit sei gekommen, wo das Geheimnis nicht länger bewahrt werden könne. Demgemäß möge der König Jacob nach Calais ausbrechen, jedoch keinen Mann einschiffen lassen, bis die Nachricht einer Erhebung der Jacobiten in England eingetroffen. Pontchartrain kündigte für den folgenden Tag den Besuch des Königs von Frankreich selber in St. Germain an³⁾.

Das Tagebuch des Hofmannes Dangeau zeigt, daß allerdings damals ein Gerücht auftauchte: der König Jacob habe in England eine starke Partei. Diese Meldungen waren unbestimmt; sicher war nur die eine dem Dangeau auffallende Thatfache, daß der Kriegsminister

¹⁾ Der Bericht von Jacob II., in *The life of James*, vol. II, p. 540, ist etwas verworren. Ich glaube die Auseinandersetzung richtig hergestellt zu haben. Denn der König Jacob sagt p. 541, in Betreff der Sendung von Berwick: what prevailed on the king to move them to it, was a mistake of his upon discourse with M. Powel. Ferner sagt Jacob p. 543 zum 26. Februar über Berwick: who had not been gone above a fortnight. Demnach hat der Bericht Powels die Sendung Berwicks hervorgerufen.

²⁾ So Jacob II. in *The life of James*, vol. II, p. 543: all the transport were to rendezvous there on the 25th of February.

³⁾ A. a. D.

Barbescieux, am 16./26. Februar, zu sieben verschiedenen Malen in Versailles sich zum Könige begab ¹⁾).

Wie angefangt, erschien dann Ludwig XIV. in St. Germain. Er redete wie am Tage zuvor sein Minister. Er sah, wie der König Jacob wahrzunehmen glaubte, es als gewis an, daß bis zur Ankunft desselben in Calais die Erhebung in England erfolgt sein würde. Er drängte daher auf den sofortigen Ausbruch ²⁾).

Es muß hier hervorgehoben werden, daß in den Mittheilungen, die Jacob II. nach dem mündlichen Berichte Bowels dem Könige Ludwig XIV. gemacht, ein Termin für die Erhebung der Jacobiten nicht erkennbar ist. Die Termin-Bestimmung, von welcher wir Kunde haben, ist diejenige für die Ausführung des Nordplanes, angelegt durch Barkley auf den 15./25. Februar. Und abermals drängt sich dann die Frage heran: wie kommt es, daß Ludwig XIV. und Barkley, jeder innerhalb seiner Sphäre, in Betreff des Termines so genau zusammen treffen? Woher das Dringen von Ludwig XIV. in Jacob II. zum Ausbruche gerade an diesem selben Tage?

Jacob II. hatte keine große Neigung zur Abreise, bevor er Nachricht hätte über die Sendung Berwicks, der erst vor etwa vierzehn Tagen sich nach England begeben hatte. „Allein aus gewissen Gründen, sagt er, hielt er nicht für geeignet dies zu sagen, sondern er fügte sich in den Vorschlag binnen zwei Tagen abzureisen.“

Mit anderen Worten heißt dies: der König Jacob war der Meinung, daß Ludwig XIV. sich halte an die von ihm erregte Hoffnung: die Jacobiten würden sich auf eigenen Antrieb erheben. Aber es ist sehr merkwürdig, warum nicht Jacob II., da er doch nicht gern sofort ausbrechen wollte, dem Könige Ludwig XIV. die Frage entgegen hielt: wie Ludwig XIV. dazu komme, so bestimmt auf den Termin zu Ende Februar zu vertrauen, der doch von Jacob ihm nicht angegeben war.

Die beiden Könige hatten ihre Geheimnisse vor einander, ein Jeder für sich. Und ein Jeder beließ den Anderen bei dem seinigen.

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 14. Die betreffende Notiz erstreckt sich über die Tage vom 22. bis 26., dann jedoch die bestimmte Angabe: aujourd'hui.

²⁾ Die eigenen Worte Jacobs II., p. 543.

Der König Jacob schickte sich zur Abreise an, ohne die Rückkehr Berwicks abzuwarten. Wir haben daher zuerst diesem in seinen Verrichtungen zu folgen.

Der Bericht Berwicks befindet sich in seinen lange Jahre nachher von ihm aufgezeichneten Denkwürdigkeiten ¹⁾.

„Ich begab mich, sagt Berwick, verkleidet hinüber nach England und traf in London ein. Ich hatte dort mehrere Unterredungen mit einigen vornehmen Engländern. So viel ich ihnen auch sagen mochte über die vortrefflichen Aussichten, über die Nothwendigkeit eine so günstige Gelegenheit nicht zu verlieren, sie blieben fest bei ihrem Entschlusse, daß ihrer Erhebung die Pandung des Königs mit einer Truppenmacht vorher gehen müsse. In Wahrheit waren ihre Gründe triftig. Denn unzweifelhaft würde der Prinz von Oranien, im Falle einer Erhebung, oder auf die Kunde der Vorbereitungen zum Transporte, die doch nicht lange verborgen bleiben konnten, sofort die Flotte ins Meer schicken und die Häfen von Frankreich blokiren. In diesem Falle hätten die Aufständischen mit ihrer zusammen gerafften Mannschaft zu ringen gehabt gegen kriegsgeübte Soldaten. Dann war der unglückliche Ausgang sicher.“

Am dritten Tage nach seiner Ankunft in London traf Berwick zusammen mit Barfley. Dieser entwickelte seinen besonderen Plan. „Obwohl ich, sagt Berwick in diesen späteren Denkwürdigkeiten, die Sache nicht so sicher fand, wie er sie mir darstellte: so glaubte ich mich doch nicht in Ehren verpflichtet davon abzurathen.“ Einige Zeilen später, wo Berwick meldet, daß Porter nachher als Zeuge gegen die Mitverschworenen aufgetreten, fügt er hinzu: „So wahr ist es, daß die Furcht vor dem Tode manchmal auch bis dahin ehrenhafte Männer zu unwürdigen Handlungen fortreiben kann“.

Um jedoch nicht selber mit in diese Sache verwickelt zu werden, entschloß sich Berwick zur schleunigen Rückkehr. Er landete glücklich wieder in Calais. Von Clermont aus, wo sein Wagen brach, sandte er einen schriftlichen Bericht voraus. Jacob, der bis St. Denis gelangt war, erhielt dort diesen Bericht, am 18./28. Februar. „Er erkannte daraus, meldet er selbst, daß der Herzog von Berwick nicht

¹⁾ Mémoires de Berwick t. I, p. 93 et suiv.

den gewünschten Erfolg gehabt. Er war deshalb zweifelhaft, ob er zurückkehren oder seine Reise fortsetzen solle. Jedoch entschloß er sich zur Fortsetzung und gab über diese Sachlage Nachricht an den König von Frankreich. Am Abende desselben Tages traf er in Clermont ein."

Berwick war erstaunt, daß der König von Frankreich den König Jacob zu einer so schleunigen Abreise bewogen. „Dies stimmte nicht, sagt er, zu der Uebereinkunft des letzteren mit mir, nämlich daß er nicht eher aufbrechen solle, bis eine Nachricht von mir eingetroffen wäre" ¹⁾. Diese Worte thun dar, daß eben so wenig wie Jacob II. zur Klarheit gekommen war über die Gründe, welche Ludwig XIV. bestimmt haben mochten, die schleunige Abreise zu verlangen, eben so wenig auch Berwick dieselben durchschaute.

„Nachdem der König Jacob in Clermont den Bericht Berwicks über die Lage der Dinge in England vernommen, so wie über den Anlaß seiner Rückkehr, sandte er ihn weiter nach Marly und setzte selber seinen Weg fort nach Calais" ²⁾.

So der König Jacob II. selbst in seinen Denkwürdigkeiten. Aber dieser Anlaß der schleunigen Rückkehr war, nach Berwicks eigenen Worten, der Mordplan. Dieser Plan war nun, wie aus den Aussagen beider, des Vaters wie des Sohnes, sich ergibt, zur vollen Kunde des Königs Jacob gekommen. Aber dann bricht seine Rede ab.

Ein Vorwurf darüber dürfte nicht dem Könige Jacob zu machen sein. Nicht zunächst für Andere, sondern für sich selber hat Jacob II. seine Aufzeichnungen gemacht. Es ist daher undenkbar, daß er auf einen so wichtigen Act seines Lebens nicht tiefer eingegangen sein sollte. Allein die Nachwelt besitzt diese Aufzeichnungen nur in denjenigen Bruchstücken, welche der Biograph, der sich im Vollbesitze des Ganzen befand, seinem Werke einverleibt hat. Daß also an diesem wichtigen Punkte die Rede Jacobs verstummt, fällt nicht ihm zur Last, sondern dem Biographen von St. Germain, welcher zum Ersatz dafür seine eigenen Worte bietet.

So wenig genügend dieser Ersatz, so ist doch der Gedanke darin enthalten, welcher gemäß dem Verlaufe der Dinge in der Seele Jacobs II.

¹⁾ Mémoires de Berwick t. I, p. 95.

²⁾ The life of James, vol. II, p. 544.

den Ausschlag gegeben haben muß. Die Worte lauten: „Der König hoffte noch immer, daß etwas sich ereignen möchte, worauf er das Verlangen stützen könnte, die Truppen sofort einzuschiffen, und aus diesem Grunde setzte er die Reise fort nach Calais“.

Die Worte in Verbindung mit den Thatfachen lassen die Stellung Jacobs II. ziemlich klar erkennen. Sie entspricht derjenigen von Berwick. Jacob II. hat nicht einen Mordbefehl gegeben. Davon weiß er sich frei. Aber von dem Mordplan Anderer möchte er für sich Nutzen ziehen.

Das Verhalten ist ähnlich demjenigen in der Sache des Grandval, im Jahre 1692. Dieser hatte vor dem Kriegsgerichte der Verbündeten nicht bloß Rouvois und dessen Sohn Barbescieux, ferner Chamlay, als seine Anstifter genannt, sondern sich auch berufen auf eine mündliche Zustimmung des Königs Jacob. Obwohl das Urtheil des Kriegsgerichtes mit den Gründen auf den ausdrücklichen Befehl der Generalstaaten in Europa bekannt gemacht war, unterblieb von Seiten Frankreichs oder des Königs Jacob jede Aeußerung. Aus dem Schweigen folgt die Anerkennung des Sachverhaltes. Der König Jacob scheint also in dem einen Falle wie dem anderen der Ansicht gewesen zu sein, daß die Hoffnung auf das Gelingen eines Mordplanes, wenn nur der Plan nicht von ihm selber ausgegangen, moralisch statthaft sei.

Allein es würde nicht gerecht gegen den König Jacob sein zu sagen — wie es gleich damals und später oft gesagt ist — daß seine Hoffnung sich gründete auf den Mordplan oder auch nur hauptsächlich auf den Mordplan. Das ganze Verhalten Jacobs thut dar und wird ferner darthun, daß er bereit war dem Wunsche seiner Anhänger in England zu entsprechen, und hinüber zu gehen, auch ohne eine Erhebung vorher dort, wenn nur Ludwig XIV. ihm die Truppen dazu verstattet hätte. Die beiden Könige hatten Jeder seine besondere Basis des Handelns.

Andererseits ist jedoch auch von diesem Momente an der Vorwurf gegen Jacob II., daß er Ludwig XIV. zu täuschen gesucht, nicht mehr gerechtfertigt. Jacob II. entsendete von Clermont aus seinen Sohn Berwick nach Marly zum Zwecke des vollständigen Berichtes.

Berwick erstattete denselben. „Der allerchristlichste König, meldet er, beharrte bei seinem ersten Entschlusse, keine Landung in England

zu versuchen, als bis zuvor die Nachricht einer Erhebung von dort eingetroffen. Demnach sollte die Unternehmung nicht statt haben. Dann jedoch, als ich ihm Mittheilung machte von dem Plane gegen die Person des Prinzen von Oranien, gebot er, daß alles im selben Stande bleibe, damit man bereit sei zur Ueberfahrt nach England, im Falle die Nachricht einliefe, daß nach meiner Abreise von dort sich ein Ereignis zugetragen. Demgemäß begab ich mich nach Calais, um mich dem Könige von England anzuschließen" ¹⁾).

Daß der König Jacob bis zu der Begegnung mit Berwick in Clermont keine Kunde von dem eigentlichen Mordplane gehabt, scheint nach seinem ganzen Verhalten nicht verneint werden zu dürfen. Ob bis auf den Bericht von Berwick auch dem Könige von Frankreich diese Kunde fremd war, darüber wird der Leser sich sein Urtheil zu bilden haben aus dem ganzen Verlaufe der Sache. Der Bericht Berwicks läßt ersehen, daß der Gedanke an eine Mitwissenschaft auch Ludwigs XIV. um den Plan Barkleys vor seiner Mittheilung ihm fern liegt. Damit ist indessen nur die Meinung Berwicks dargethan, der so viel wußte wie Barkley ihm mitzutheilen für gut befunden, nicht mehr.

In jedem Falle aber steht gemäß dem Berichte Berwicks fest, daß vom 19./29. Februar an, dem Tage dieses Berichtes in Marly, für Ludwig XIV. die Vorbedingung für eine Invasion in England nicht mehr war eine Erhebung der Jacobiten in England, sondern der Mordplan von Barkley.

Wir haben von Berwick vernommen, daß er bei der Mittheilung dieses Mordplanes an ihn in London die Sache nicht für so sicher gehalten, wie sie den Verschworenen selbst erschien. Berwick hat dies lange Jahre nach der Vereitelung des Planes niedergeschrieben. Im Februar 1696 scheint er dennoch andere Ansichten gehegt und geltend gemacht zu haben. Denn die Schritte Ludwigs XIV. thun dar, daß er an dem Gelingen der Sache kaum noch einen Zweifel hatte.

Am selben Tage nämlich, dem 19./29. Februar 1696, eröffnete der König von Frankreich dem Nuntius, so wie den Gesandten von Portugal und Venedig: er habe dem Könige Jacob Truppen zur

¹⁾ Mémoires de Berwick t. I, p. 95.

Befugung gestellt, um ihn wieder auf den Thron zu setzen. Jacob werde in England eine zahlreiche Partei finden und noch mehr in Schottland, wo dem Vernehmen nach die Landung stattfinden solle ¹⁾. — So Ludwig XIV. Ein unvorhergesehenes Ereignis konnte ja allerdings die Richtung ändern.

Die Gesandten dieses Königs wurden ermächtigt eine ähnliche Sprache zu führen. Das Schreiben an den Grafen d'Alvaux in Stockholm, datirt vom 1. März, also am Tage nach jenem Berichte Berwicks, lautet wie folgt. „Der Wunsch, den ich immer gehegt, Gebrauch zu machen von den günstigen Gelegenheiten, die sich für die Herstellung des Königs von England auf seinen Thron darbieten möchten, hat mich bewogen, auf seine Bitte einige Truppen an die Seeküste vorrücken zu lassen, mit dem Befehle der Bereitschaft sich einzuschiffen und diesem Könige nach England zu folgen, für den Fall daß die Nachricht einer Erhebung dort die Meldungen bestätigt, die er seit langer Zeit empfangen. Diese versichern nämlich die Treue der Mehrheit seiner Unterthanen, ihren lebhaften Wunsch ihn wieder als ihr Haupt zu sehen, und die allgemeine Unzufriedenheit der Nation mit der Regierung des Prinzen von Oranien. Wenn der Erfolg seiner Erwartung nicht entspricht: so wird wenigstens ganz Europa erkennen, daß ich nicht ermüde einen König zu unterstützen, der verlassen ist von allen denen, welchen das gemeinsame Interesse der gekrönten Häupter die Pflicht auferlegen sollte ihn aufrecht zu halten“ ²⁾.

So Ludwig XIV. Wie der Inhalt erkennen läßt, war der Zweck nicht das Geheimhalten. D'Alvaux handelte demgemäß. Das Schreiben fand sich bald darauf in den Zeitungen Europas. Der Erfolg mochte dann unter den veränderten Umständen freilich ein anderer sein, als den Ludwig XIV. sich davon versprochen.

Wie dieser König selbst, so waren Andere hoffnungsvoll. Die Nachrichten, die Berwick mitgebracht, scheinen nicht mehr geheim gehalten worden zu sein. Man prägte in Paris eine Medaille, auf deren Vorderseite erblickt ward die Büste Wilhelms III., auf der

¹⁾ Robethon-Papiere des St. A. G., nach den Mittheilungen von Palmquist an Robethon. — Man vergleiche Sylvius t. IV, b. 41, p. 29.

²⁾ Anlage II.

Rückseite ein Abjalon am Baume hangend, das Herz durchbohrt von einem Pfeile¹⁾. Am französischen Hofe war die übliche Rede: der König von England sei abgereist, um sich in den Besitz seiner Kronen herzustellen. In Paris erzählte man: der König Jacob habe viel Wachs und Seide mitgenommen, zum Zwecke der Ausfertigung von Gnaden-Urkunden. Er habe in St. Denis angehalten, um dort durch einen Notar ein Document aufnehmen zu lassen, durch welches er dem Könige von Frankreich versprach, sämtliche für ihn gemachten Auslagen zu ersetzen²⁾. Von Berwick hieß es: er habe bei seiner Abreise nach Calais gesagt: er hoffe binnen drei Monaten in Paris wieder einzutreffen als Botschafter des Königs von England³⁾.

So die Reden in Versailles und Paris in den ersten Tagen des Monates März (n. St.). Unterdessen entwickelten sich die Dinge in England nicht diesen Wünschen entsprechend.

Als den Tag, an welchem, gemäß der Redeweise der Verschworenen, die rottenfaule Orange zerdrückt werden sollte, hatte Barfley, wie wir vernommen, ange setzt den 15./25. Februar.

Am 13./23. Februar begab sich einer der Verschworenen, Hauptmann Fisher, zu dem Grafen Portland, und that ihm kund, daß am Samstag, dem 15./25. Februar, der König auf der Rückkehr von der Jagd bei Turnham Green von sechsundvierzig Verschworenen werde angefallen werden. Portland theilte die Anzeige sofort dem Könige mit. Wilhelm III. maß derselben keinen Glauben bei⁴⁾. Fisher ließ sich nicht wieder sehen.

Am selben Tage traf ein gewisser Pendergras in London ein, der als Rittmeister unter Jacob II. in Irland gedient. Er war

¹⁾ Robethon-Papiere des St. A. G.

²⁾ Sylvis t. IV, b. 41, p. 29. — Burnet t. II, p. 195. — Lexington Papers p. 181. Dasselbe Schreiben im Originale in den Robethon-Papieren, ist wahrscheinlich von Palmquist.

³⁾ Sylvis t. IV, b. 41, p. 32. Ein Schreiben aus Paris vom 5. März.

⁴⁾ Portland an Lexington, 3./13. März, in den Lexington Papers p. 178. Portland fügt in diesem Schreiben hinzu, daß Pendergras auch von der Absicht der Landung Jacobs gesprochen. Aber das Schreiben Portlands ist über vierzehn Tage nachher abgefaßt, wo ihm vielleicht die Reihenfolge der Ereignisse sich verschob. Denn das Verhalten des Königs Wilhelm legt augenscheinlich dar, daß er bis zum 22. Februar/3. März von dem Plane der Invasion keine Kunde hatte.

dahin beschieden von dem Verschworenen Porter, welcher früher ihm Wohlthaten erwiesen. Wir erinnern uns, daß Barfley zuerst Bedenten getragen gegen das Heranziehen Porters, daß dann Porter sich zur Anwerbung von fünf Mann verpflichtet. Einer derselben sollte Bendergras sein. Das Gewissen dieses einen Mannes war der Fels, an welchem der bis dahin mit staunenswerthem Geschicke angelegte Plan zerscheiterte.

Bendergras hatte vor seinem Eintreffen in London keine Kunde dessen, was Porter von ihm verlangen würde. Dieser weichte ihn dann sogleich ein. Von Schauder ergriffen, sagte Bendergras im selben Augenblicke den Entschluß den König zu retten. Um jedoch dies sicherer auszuführen, stellte er sich als ginge er in den Plan ein¹⁾. Spät am Abend um 9 Uhr desselben Tages begab er sich, um den Grafen Portland zu finden, nach Whitehall. Es traf sich, daß der Graf Portland durch Geschäfte dort zurückgehalten war. Der Name des Mannes, der sich melden ließ, war ihm unbekannt. Dennoch ließ er ihn vor. Bendergras begann ohne Umschweif: „Ich bitte Sie, Mylord, den König zu warnen, daß er morgen sich nicht auf die Jagd begibt. Denn geschieht es, so wird er ermordet“. Auf die weiteren Fragen Portlands entwickelte Bendergras den Plan. Derselbe sei so angelegt, daß er nach menschlicher Ansicht nicht fehl schlagen könne. Portland begab sich sofort mit Bendergras nach Kensington. Der König war im Begriffe sich schlafen zu legen. Alle Vorbereitungen für die Jagd auf den nächsten Tag waren getroffen, das Mahl in Richmond bestellt. Indessen, wie auf Portland, so machte auch auf den König das Benehmen von Bendergras den Eindruck eines ehrenhaften und glaubwürdigen Mannes. Er wolle lediglich das Verbrechen verhüten, jagte er, nicht mehr. Er weigerte sich einen Namen zu nennen. Der König gab den Vorstellungen von Portland nach. Er versprach am nächsten Tage, dem 15./25. Februar, in Kensington zu bleiben.

Die Wagen des Königs fuhren vor. Die Verschworenen eilten hinaus, um gruppenweise in näheren oder ferneren Wirthshäusern zu harren. Es ward Mittag. Dann kam von den zwei Spionen, die sie unter der blauen Garde des Königs gewonnen, die Nachricht: der König

¹⁾ Der Bericht in Lords' Debates, t. I, p. 461.

werde nicht jagen. Der Tag war kalt und stürmisch. Es lag daher die Vermuthung nahe, daß dies der Grund; denn etwas Außerordentliches weiter ward nicht bemerkt. Der Plan ward festgehalten, die Ausführung angelegt auf den nächsten Samstag, den 22. Februar/3. März.

Der König und Portland erfuhren diesen Stand der Dinge durch Bendergras, der auf den Wunsch des Königs sich nicht von den Verschworenen los sagte. Im Uebrigen blieb die Sache tiefes Geheimnis. Kein Bericht eines Gesandten aus London innerhalb dieser acht Tage deutet eine Kunde desselben an.

Unterdessen eröffnete sich ein zweiter Weg der Entdeckung. Ein Mitglied der Verschwörung, de la Rue, theilte dem Brigadier Newson den Mordplan mit, und dieser dem Könige. De la Rue und Bendergras wußten der Eine nichts von den Schritten des Anderen: um so gewichtiger war ihre Uebereinstimmung. Aber de la Rue stellte dieselbe Bedingung wie Bendergras: er wollte keine Namen nennen. Demnach fand das merkwürdige Verhältniß statt, daß die Verschwörung entdeckt, und dennoch unerreichbar war.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, schlug Portland das Auskunftsmittel vor, daß der König beide Persönlichkeiten, Bendergras und de la Rue, gesondert verhöre. Es geschah, mit jenem im Beisein von Portland und Cutts, mit diesem im Beisein von Portland und Newson. Der König sprach Jedem der Beiden seinen Dank aus für ihre edelmüthige Gesinnung, für ihren Eifer und ihre Sorgfalt um ihn und das Königreich. Dann jedoch verlangte er, daß sie als Männer von Ehre und als Patrioten das Werk vollendeten und die Namen der Verschworenen nannten. Bendergras sträubte sich, weil er dem Porter Dankbarkeit schulde. Endlich schlugen die Gründe des Königs durch. Jene Beiden stellten nur noch die Bedingung, daß man nicht von ihnen verlange, in dem Prozesse als Zeugen aufzutreten. Der König versprach es. Die Namen wurden genannt¹⁾.

¹⁾ Ueber dies Verhör folge ich dem Berichte in *Lords' Debates*, t. I, p. 461. Dann jedoch findet sich dort und überhaupt in allen englischen Erzählungen des Verlaufes der Sache, auch bei Macaulay, ein merkwürdiger Sprung. Sie wissen nichts von der entscheidenden Ankunft des Couriers Schmettau.

So am Abend des 21. Februar/2. März. Dennoch thut der Verlauf dar, daß der König auch da noch nicht auf allen Zweifel verzichtete. Er mochte andere Anhaltspuncte wünschen, zumal da er ja doch, im Falle des Vorgehens wider die ihm genannten Persönlichkeiten, für eine Anklage wider sie keine Zeugen besaß. Wichtiger noch ist, daß die Angaben von Bendergras und de la Rue nur den Mordplan betrafen, nicht mehr. Es ist allen Umständen nach nicht bloß wahrscheinlich, sondern fast gewis, daß sie selber über die andere Seite des Gewebes, die Absicht der Invasion nach dem vollbrachten Morde, keine Mittheilung erhalten hatten. Jedenfalls ergibt sich, daß am Abende des 21. Februar/2. März, so wie bis zum Mittage des 22. Februar/3. März, der König Wilhelm III. von dem Plane der Invasion noch keine Kunde besaß.

Am Samstag Morgen, dem 22. Februar/3. März, fuhren abermals die Sechsspänner des Königs vor Kensington auf. Ein Theil der blauen Garde wurde voraus entsendet. Die Spione der Verschworenen gaben ihnen die Nachricht. Sie eilten an ihre Sammelplätze. Der König ließ durch Vertraute jene Orte beobachten. Unter dessen nahm er das Mittagsmahl in Kensington. Noch während desselben oder unmittelbar nachher ergoß sich über die ganze Sache ein neues Licht. Um 2 Uhr Nachmittags meldete sich in Kensington ein Adjutant des Herzogs von Württemberg, Namens Schmettau, so eben vom Continente her eingetroffen, zu einem dringlichen Rapporte ¹⁾.

Diese Sendung Schmettaus erfordert unsere Aufmerksamkeit.

Vom Beginne des Jahres 1696 an hatte man in den Niederlanden bemerkt, daß in dem französischen Hafen von Dünkirchen ungewöhnliche Vorbereitungen statt fänden ²⁾. Von französischer Seite ging das Gerücht, daß sie gegen Bliessingen bestimmt seien. Im Laufe des Monats Februar rückten mehr und mehr Truppen gegen die Küste vor. Es hieß, daß der Marschall Boufflers von einem Orte zum anderen eile. Es erhob sich der Verdacht, daß nicht Bliessingen, sondern

¹⁾ Bericht von Cleverskerke an die Generalstaaten, vom 6. März. — Hoffmanns Bericht vom 6. März. Er gibt diese Stunde an.

²⁾ Das Folgende ist fast wörtlich einem zusammenfassenden Berichte von Don Quiros entnommen, vom 9. März, den er nach Madrid und Wien entsendet.

Ostende oder Nieuport das Ziel sei. Der Herzog von Württemberg ließ die Besatzungen dort verstärken. Gegen Ende Februar dagegen gelangten nach dem Haag Gerüchte, daß der König Jacob im Begriffe stehe sich nach Calais zu begeben, und von dort aus eine Landung in Schottland zu versuchen. Der Herzog von Württemberg eilte nach Nieuport. Er erkundete von dort aus noch mehr. Es lagen in Dünkirchen und Calais vierzig Bataillone bereit zur Einschiffung. Der König Jacob wurde erwartet. Der Herzog entschloß sich, sofort zwei Adjutanten, Schmettau und Montez, jeden einzeln in Fischerböten hinüber an den König Wilhelm zu senden.

So auffallend es klingt, muß besonders hervorgehoben werden, daß man in England von allen diesen Vorbereitungen an der französischen Küste keine Nachricht hatte. Diese Unkunde ward in Versailles genau mit in Rechnung gezogen. Am 18./28. Februar, dem Tage vor der Rückkunft des Herzogs von Berwick, schreibt Dangeau in Versailles in sein Tagebuch: „Nach allen Nachrichten aus Holland und England darf angenommen werden, daß der Prinz von Oranien von dem Landungsplane gar nichts weiß“ ¹⁾. Am anderen Tage traf Berwick in Paris ein. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß seinen spähenden Blicken die völlige Sorglosigkeit in England nicht entgangen war, daß demnach die Wahrnehmung derselben auf seine Berichte bei Jacob II. und Ludwig XIV. erheblich eingewirkt hatte.

Erst am Freitage, dem 21. Februar/2. März, gab sich im englischen Unterhause eine unbestimmte Besorgnis kund. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Frankreich in dem bevorstehenden Sommer seine ganze Seemacht im Canale sammeln werde. Das Unterhaus beschloß daher eine Adresse, daß der König unverzüglich die Flotte in See bringen möge. „Einige unter ihnen fürchten gar, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, eine Landung und Invasion. Die Besorgnis erscheint nicht gegründet“ ²⁾.

Am selben Tage sagte Trumball zu Auersperg: „Unter die Menschen hier ist wie ein paniischer Schrecken das Gerücht gefahren, daß Frankreich eine Landung vorhabe“. Der Gesandte erwiderte: „Ich

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 14.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. März.

erinnere mich, daß alle Jahre um diese Zeit ein solches Gerücht auftaucht. Doch sehe ich dafür keinen Anschein" ¹⁾).

Damals waren bereits Schmettau und Montez auf dem Meere. Das Fischerboot des ersteren ward durch einen französischen Raper angehalten. Schmettau lag auf dem Boden des Fahrzeugs, hoch überdeckt von Fischerneben. Der Raper-Capitain suchte dort nicht. Er ließ das Boot fahren ²⁾).

Schmettau ward in Kensington sofort vorgelassen. Er richtete seine Meldung aus. „Ich habe gestern, meldet darüber der König am folgenden Tage an Heinsius, einen Expreß vom Herzog von Württemberg erhalten, durch welchen er mich in Kenntniß setzt von den großen Vorbereitungen, die in Dünkirchen zum Zwecke einer Landung hier getroffen werden. Er meldet mir, daß der König Jacob bereits in Calais, daß man beschäftigt ist mit der Einschiffung der Truppen, und daß der Marshall Boufflers ihn begleiten soll. Sie werden leicht ermessen, welche Unruhe diese Nachrichten, zusammen mit der Entdeckung eines Anschlages auf mein Leben hier erregt haben. Keppel wird das Nähere mittheilen" ³⁾).

Die Fassung dieser Worte des Königs läßt ersehen, daß er die Absicht der Invasion vor der Meldung durch Schmettau nicht gekannt. Wie diese Meldung das Ganze klar beleuchtete: so mußte sie den letzten Zweifel des Königs an den Aussagen von Bendergras und de la Rue hinweg nehmen ⁴⁾). Die Sechsspänner kehrten um in die Remisen von Charing Cross. Ein Bote berief die Garden zurück. Sie jagten einher in Sturmeseile, nach Kensington.

Die Nachricht gelangte an die Verschworenen. Abermals war auch für diesen Tag der Anschlag mißlungen. An eine Entdeckung glaubten Viele noch nicht, oder stellten sich nicht daran zu glauben.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 2. März.

²⁾ Cleverkerlens Bericht vom 6. März.

³⁾ Vom 4. März, bei Grovestins t. VI, p. 540.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 6. März: So schlechte Kundschaft hatte man hier, daß es fast unglaublich ist. — Eben so Hoffmann. Er sagt dann: Als aber am besagten 3. um 2 Uhr Nachmittags des Herzogen von Württemberg Adjutant hier angelangt u. s. w., hat man von Seiten dieses Hofes das Werk nicht weiter negligirt. — Quiros sagt: Se abstuvo S. M. de salir a la Caza, y comboco consejo de guerra. — Aehnlich Bonnet bei Rante Bd. VII, S. 117, n. 1.

Noch sei es Zeit, meinten sie, zurück zu greifen auf den anderen Vorschlag, die That zu verüben zwischen den Thoren von Hyde Park und St. James Park, und zwar am nächsten Morgen, dem Sonntage.

Es kommt hier vor allen Dingen an auf das Verhalten des Hauptes der Verschworenen. Bartleys Bericht thut dar, daß er bis dahin die Vermuthung einer Entdeckung nicht gehegt, ja daß er den König Wilhelm schon auf der Fahrt nach Richmond geglaubt zu haben scheint. Denn er sagt: „Man brachte mir die Nachricht, daß der Prinz von Oranien in vollem Jagden nach Kensington zurückkehre. Darauf hin vermuthete ich die Entdeckung unseres Planes“ ¹⁾. Bartley floh.

Die nächste Pflicht für den König war diejenige der Sicherheit nach außen. Er berief sofort einen Kriegesrath. Seit Wochen lag das verbündete Geschwader bei Spithead, segelfertig nach dem Mittelmeere, wenn nur der Südwest es verstattet hätte. Was bis dahin als ein Misgeschick, erschien nun als eine glückliche Fügung. Noch am selben Abend des 22. Februar/3. März ergingen an die Schiffe auf der Rhede von Spithead die Befehle sich nach den Downs zu begeben. Der Admiral Russel, unlängst aus dem Mittelmeere zurückgekehrt, erhielt das Commando dieser Flotte mit der Weisung, unverzüglich nach der französischen Küste hinüber zu stechen, und die dort liegende Landungs-Flotte anzugreifen. Es ergingen ferner die Befehle an die in England vorhandenen Truppen sich marschbereit zu halten, an den Herzog von Württemberg, zwanzig Bataillone nach England hinüber zu senden. Der Lord-Mayor von London ward angewiesen, die Stadt-Miliz (trainbands) in die Waffen zu rufen ²⁾.

Dann suchte man der Verschworenen habhaft zu werden. Die Staats-Secretäre, denen dies oblag, entsendeten ihre Boten in der Nacht mit Fackelschein. Es gelang bis zum Sonntag Morgen zehn derselben zu ergreifen, unter ihnen Charnock.

Am Sonntage, dem 23. Februar/4. März, wurden die Berathungen und Beschlüsse fortgesetzt. Der Admiral Russel eilte hinab zur Flotte, die Lords-Statthalter in die bedroheten Provinzen. In

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 552.

²⁾ Die Berichte Auerspergs, Hoffmanns, Cleverfelfens vom 6. März.

London schwirrten die Gerüchte über das Vorgefallene von Munde zu Munde. Eine öffentliche Bekanntmachung jedoch erfolgte noch nicht, weil dieselbe zuerst dem Parlamente gebührte, welches am Sonntage sich nicht versammelte. Der Courier indessen, den Wilhelm III. sofort an Heinsius entsendet, traf noch am Vormittage des 23. Februar/4. März im Haag ein. Man hatte dort Grund zur Besorgnis, weil die vorher aus London angekommenen Berichte vom 21. Februar/2. März noch keine Andeutung einer Kunde der Gefahr enthielten ¹⁾. Der Courier des Königs hob diese Besorgnis. Wenige Stunden später erfolgte ein zweiter Courier an den Prinzen Vaudemont im Haag. Er wie Heinsius theilten ihre Nachrichten den Gesandten der verbündeten Mächte mit, so daß noch am Abende desselben Tages die Couriere nach allen Richtungen euteilten.

Am Montag Morgen, dem 24. Februar/5. März, begab sich der König Wilhelm III. in das Oberhaus, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und begann seine Rede mit folgenden Worten.

„Mylords und meine Herren. Ich trete heute hier vor Euch auf einen besonderen Anlaß. Derselbe hätte sich als unheilvoll erweisen können, wenn nicht die Absicht durch die besondere Gnade und Güte Gottes vereitelt wäre. Und nun mag sich, unter der Fortdauer desselben göttlichen Waltens, und durch unsere eigene Vorsicht, diese Sache so zum Heile wenden, daß sie uns zur ausreichenden Mahnung dient zu sorgen für unsere Sicherheit wider die verderblichen Anschläge und Versuche unserer Feinde.“

Dann entwickelte der König den Stand der Sache, wie wir ihn kennen, die Maßregeln, die er bereits getroffen. Er schloß: „Nachdem ich Euch die Gefahr dargelegt, die uns bedroht hat, zweifele ich nicht an Eurer Bereitwilligkeit und Eurem Eifer alles das zu thun, was Ihr als geeignet erachtet für unsere gemeinsame Sicherheit. Ich lebe der Ueberzeugung, daß wir alle durchdrungen sind von dem Gefühle, wie nothwendig die gegenwärtige Lage der Dinge erfordert, daß Ihr die Euch vorliegenden Geschäfte so schleunig wie möglich erledigt“ ²⁾.

¹⁾ Kaunitz und Stratemann am 4. März.

²⁾ Commons' Debates t. III, p. 20.

Was immer bis dahin an Abneigung im Unterhause wider den König Wilhelm sich geregt haben mochte, die Kunde dieses Doppelplanes des Mordes und der Invasion schlug alles nieder. „Mit wenigen Ausnahmen, meldet Auersperg, haben sie nicht gewußt genug zu thun, um dem Könige von Frankreich und dem Könige Jacob ihren Haß zu zeigen“ ¹⁾.

Die Stimmung im Oberhause entsprach derjenigen im Unterhause. Die Häuser einigten sich zu einer gemeinsamen Adresse. Noch am selben Abende traten sie mit derselben vor den König in Kensington. Nachdem die Adresse den Glückwunsch für die Erhaltung des Königs ausgesprochen, den Dank für das gnädige Walten Gottes, den Abscheu wider den schurkischen und barbarischen Plan, die Bitte um eine mehr als gewöhnliche Sorge des Königs für sein Leben, von welchem die Sicherheit und die Wohlfahrt dieser Länder so völlig abhänge — fährt sie fort: „Und wir nehmen diese Gelegenheit wahr Ew. Majestät unseres äußersten Beistandes zu versichern für die Vertheidigung Ihrer Person und für die Unterstützung Ihrer Regierung wider den früheren König Jacob und wider alle Ihre anderen Feinde daheim und auswärts, indem wir hiermit vor aller Welt erklären, daß, wenn Ew. Majestät eines gewaltigen Todes stürbe — was Gott verhüten wolle — wir dies rächen wollen an allen Ihren Feinden und deren Anhängern. Wir werden unseren Eifer für den Dienst Ew. Majestät bethätigen durch die schleunige Erledigung aller öffentlichen Geschäfte. Wir sprechen unseren Wunsch aus, daß Ew. Majestät greifen wollen auf alle Personen, Pferde, Waffen, welche geeignet erscheinen in sichere Verwahrung gebracht zu werden“.

Die letzten Worte kündigten die Suspension der Habeas-Corpus-Acte an. Die Wirkung dessen erfolgte sofort. Es war bis dahin erst die geringere Zahl der Verschworenen, etwa vierzehn, zur Haft gebracht, namentlich nicht die Häupter. Noch am Abende desselben Tages erfolgte eine königliche Proclamation, welche eine Anzahl derselben namhaft machte, obenan Jacob Herzog von Berwick. Nach der Vermuthung nämlich befand er sich noch in England. Für die Einlieferung jeder dieser benannten Personen ward ein Preis von eintausend Pfund

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 6. März.

Sterling ausgesetzt. Es folgten nachher noch drei Proclamationen mit Namen, so daß kaum einer der Betheiligten unerwähnt blieb.

Ein Antrag auf die Suspension der Habeas-Corpus-Acte lag bereits dem Unterhause vor. Erfuhr dadurch die Executiv-Gewalt der Krone momentan eine Kräftigung: so schritt das Unterhaus weiter vor zur Feststellung eines eigenen Rechtes, welche damals in der Gefahr des Augenblickes dringlich erschien, und welche doch zugleich ein Princip von großer Tragweite begründete. Bis dahin erlosch mit dem Tode eines Königs die Befugnis des von ihm berufenen Parlamentes. Das Unterhaus beschloß nun: es möge eine Bill eingebracht werden, daß, wenn es Gott gefalle, diese Königreiche heimzusuchen durch den Tod des gegenwärtigen Königs, das Recht des dann in Kraft befindlichen Parlamentes nicht erlöschen, sondern fort dauern solle, bis der nächste Erbe der Krone, berufen zur Succession gemäß der Bill of Rights, dasselbe auflöse.

Dem Eifer des Unterhauses geschah mit dieser Adresse, mit diesen Beschlüssen noch nicht genug. Ein Mitglied, Sir Rowland Gwynne, beantragte eine Association zum Zwecke des gemeinsamen Einstehens für den König. Der Antrag ward mit Freuden begrüßt. Die Formel dieser Association lautet wie folgt.

„Nachdem sich eine schreckliche und abscheuliche Verschwörung hervorgethan, angezettelt von Papisten und anderen bössartigen und verrätherischen Personen, zum Morde an der Person Sr. Majestät, um dadurch eine Invasion von Frankreich her zu ermuthigen, zum Zwecke des Umsturzes unserer Religion, unserer Gesetze, unserer Freiheit: so fühlen wir Unterzeichnete uns bewogen, von Herzen, aufrichtig, feierlich, zu bekennen, zu bezeugen und zu erklären, daß Se. gegenwärtige Majestät, der König Wilhelm, ist der recht- und gesetzmäßige König dieser drei Reiche. Und wir versprechen und verpflichten uns bei einander zu stehen und uns gegenseitig zu unterstützen, mit dem Aufgebote aller unserer Kraft, zum Schutze und zur Vertheidigung der geheiligten Person Sr. Majestät und seiner Regierung wider den früheren König Jacob und alle seine Anhänger. Und im Falle Se. Majestät eines gewaltsamen oder vorzeitigen Todes stirbe — was Gott verhüten wolle —, verpflichten wir uns weiter hierdurch, frei und einmüthiglich, uns zu einigen, zu verbinden und bei einander

zu stehen, um diesen Tod an seinen Feinden und ihren Anhängern zu rächen, und die Succession dieser Krone aufrecht zu halten und zu beschützen, so wie dieselbe festgestellt ist durch eine Acte im ersten Jahre des Königs Wilhelm und der Königin Mary, unter dem Titel: eine Acte enthaltend die Rechte und die Freiheiten der Unterthanen und die Feststellung der Succession der Krone".

Der Beginn dieses Actenstückes trägt das Gepräge der damaligen englischen National-Vorurtheile. Abgefaßt, bevor eine gerichtliche Untersuchung des Mordplanes statt gefunden, bevor noch auch nur die Mehrzahl der Verbrecher zur Haft gebracht war, erhob sie die hauptsächlichste Anklage wider die Katholiken als solche. Die Anklage, leidenschaftlich und ungerecht, war zugleich unklug, da auch selbst, wenn die Verbrecher nur Katholiken gewesen wären, die Engländer doch sicher sein durften, daß der Kaiser, der König von Spanien und die anderen katholischen Bundesgenossen über das Attentat dasselbe Urtheil fällen würden wie sie, daß dagegen die Form wie der Inhalt der Anklage in gleicher Weise verlegend wirken mußten. „Man wird die scharfen Ausdrücke der ersten Leidenschaft zu gute halten müssen," meinte ein englischer Diplomat ¹⁾. Wir haben ferner uns zu erinnern, daß bei der geringen Kunde der damaligen Engländer von dem Papstthum, nach welcher sie namentlich kein Verstandnis hatten von der Stellung der Krone Frankreich zu dem Oberhaupte der Kirche, nach welcher ihnen dagegen die Worte popery and arbitrary power als eng verbundene, wohl gar synonyme Begriffe voriswebten — daß bei der Gewohnheit dieser nicht eben scharfen Unterscheidung es ihnen nahe lag, auch in diesem besonderen Falle papistisch und französisch als gleichbedeutend anzusehen. — Es kam zu Anfang dazu, daß die Gerüchte von der Betheiligung von Katholiken übertrieben wurden. Der Graf Kaunitz sprach den Engländern im Haag seine Misbilligung jener Ausdrücke aus. Tököly, sagte er, sei reformirt, die meisten derjenigen, die mit ihm gehalten, nicht katholisch: was würde man nun in England sagen, wenn darum der Kaiser gegen die Reformirten einschreiten wollte? Die Engländer entgegneten, daß unter den Verbrechern sich zwei Dominikaner und ein Jesuit befänden. Kaunitz vermochte damals nur

¹⁾ Stepney in den Lexington Papers p. 185.

erst seinen Zweifel entgegen zu halten ¹⁾. Bei der gerichtlichen Untersuchung ward von solchen drei Personen nichts vernommen, und es blieb nur übrig, daß einer der Verschworenen, Harrison, Bruder eines Dominikaners sei ²⁾.

Dagegen müssen wir bemerken, daß die kaiserlichen Gesandten, Aueršperg und Hoffmann, unmuthige Klagen erheben über die Haltung vieler Katholiken in London. „Nicht der Eifer für die Religion befeelt sie, sagt Aueršperg — denn diese wird leider in aller anderen Beziehung gar schlecht beobachtet — sondern die Ambition“ ³⁾. Aehnlich Hoffmann: „Es finden sich unter ihnen Leute, die nichts als Verwirrung suchen“ ⁴⁾. Es war damals die Zeit des ersten Eindrucks, bei welchem namentlich die für diese Gesandten unerfreuliche Wahrnehmung mitwirkte, daß eine nicht unerhebliche Anzahl der Verschworenen der katholischen Religion angehörte. Die Thatfache dagegen, daß eine Reihe derselben aus dem Dienste von St. Germain herüber gekommen, und dann von Barkley in seinem Sinne verwendet war, lag nicht von Anfang an klar vor. Noch weniger die andere ungleich wichtigere, daß der Mordplan gescheitert war an dem Gewissen eines rechtschaffenen Katholiken, Bendergrass.

Dies Schriftstück der Association wurde in den ersten drei Tagen von vier Fünfteln der anwesenden Mitglieder des Unterhauses (360:90) gezeichnet. Einige hielten sich fern. Die Worte, daß Wilhelm recht- und gesetzmäßiger König sei (rightful and lawful king), widerstrebten ihnen. Die Mehrheit dagegen wollte die Unterschriften Aller. Sie beschloß eine Frist bis zum 16./26. März, innerhalb deren die Unterschrift zu leisten oder der Grund der Weigerung anzugeben sei ⁵⁾.

Offener trat hervor der Widerstand der Minderheit im Oberhause. Von den etwa hundert Pairs war ein Drittel gegen die Ausdrücke: recht- und gesetzmäßiger König. Zur Vermittelung ward vorgeschlagen, daß der König Wilhelm sein Recht auf die Krone habe durch Gesetz, und daß keine andere Person ein Recht an die Krone

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 12. März.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 27. März.

³⁾ Bericht vom 16. März.

⁴⁾ Bericht vom 6. April.

⁵⁾ Commons' Debates t. III, p. 22.

besitze. Der Mehrzahl unter den Widerstrebenden genügte diese Fassung. „Sie meinen, meldet Hoffmann, ihr Gewissen dadurch in Sicherheit zu halten, daß sie die Worte: Recht durch Gesetz (right by law) erklären: durch das Gesetz, welches ausdrücklich zur Uebertragung der Krone an den König gemacht worden, und nicht durch das Gesetz, kraft dessen ein König naturaliter vom königlichen Stamme descendirt.“ Vielen erschien der Unterschied nur als ein Wortstreit. Einigen jedoch, wie dem Grafen Nottingham, genügte auch diese Veränderung nicht. Sie weigerten sich der Unterschrift, in allem fünfzehn Pairs¹⁾.

Während der Verhandlungen darüber ward der Prozeß gegen die Verschworenen beschleunigt. Denn bei den Jacobiten in England und ganz besonders in Frankreich ging die Rede, die ganze Verschwörung sei eine Fiction des Königs Wilhelm, im Interesse seiner Politik. Bereits am 17./27. März wurden drei der Verhafteten, Charnock, King und Rehes vor Gericht gestellt. Der eine der hauptsächlichsten Verschworenen, Porter, hatte Leben und Freiheit erkaufte durch das Anerbieten seiner Zeugenschaft. Dies war besonders wichtig, weil er dadurch einen besseren Mann frei machte, Pendergrass, dessen anfängliche Weigerung als Zeuge aufzutreten sich gründete auf seine Dankbarkeit für Porter, den er als seinen Wohlthäter nicht ins Unglück bringen wollte. Der Zeugen waren in allem fünf, die so klar, so umständlich die Einzelheiten der Verschwörung angaben, daß auch der letzte Rest eines Zweifels schwand. Am 17./27. März erfolgte über jene drei Angeklagten der Wahrspruch des Schuldig, bereits am nächsten Tage die Hinrichtung in Tyburn.

Unterdessen ergoß sich der Strom der Loyalität für den König Wilhelm, wie er sich kund gab durch die Unterschrift der Formel jener Association, mit unwiderstehlicher Gewalt über das gesamte Königreich. Die Association ward gezeichnet überall, in Städten, in Flecken, in Dörfern. Die jungen Leute trugen an den Hüten rothe Bänder, darauf vier Kronen und die Worte: „Die National-Association für den König Wilhelm“. Eine Gegen-Demonstration wagte sich nicht hervor.

„Wenn jemals, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, irgend etwas Ersprießliches dem Könige Wilhelm hätte widerfahren können,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 9. März.

um dieser Nation Liebe und Anhänglichkeit für ihn zu steigern und ihn mehr und mehr auf dem Throne festzusetzen: so ist es dieser Mordplan und die von dem Könige Jacob darauf gegründete Invasion, und zwar mit einer Armee von Franzosen, gegen welche Nation die hiesige einen unverjöhlichen Haß und die tiefste Verbitterung allezeit gehegt hat und immer hegen wird“ ¹⁾).

„Die große Mehrheit im Unterhause, meldet Auerperg, schreitet so überwältigend einher, daß die Gegenpartei kaum ein Wort noch zu erwidern wagt. Es gilt die Meinung, die Nation werde nimmer in Frieden und Ruhe sein, wenn sie nicht festhält an den Gedanken der Association, den König Jacob für immer ausschließt und seine Partei hier vernichtet. Kein Grund der Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung hält Stand, sobald es sich darum handelt, den Haß gegen Frankreich zu bethätigen. Ich erinnere mich schon mehrmals angedeutet zu haben und wiederhole meine Ansicht: je mehr das Parlament hinüber greift in die königliche Prærogative, um so weniger ist für lange Jahre hin ein Umschwung zu Gunsten Frankreichs zu besorgen. Ein Successor, der den Spuren des Hauses Stuart folgen wollte, würde eine Last sich aufladen, die er nicht zu heben vermöchte“ ²⁾).

Anders freilich dachte es sich der König Jacob. Er war in Calais angekommen am 21. Februar/2. März. Dort und in der Nähe waren versammelt 18 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Cavallerie und 2 Regimenter Dragoner, in allem 14,000 Mann, unter dem Commando des Marquis Harcourt. Die Flotte bestand aus etwa 20 Linien Schiffen, nebst einigen Fregatten, dazu 200 Fahrzeugen für den Transport der Truppen nach England. Es war alles bereit nach Wunsch ³⁾).

Vom Tage seiner Ankunft in Calais an harrete Jacob II. des Zeichens, welches Verwick mit den Verschworenen verabredet, und zu dessen Zwecke er einen Diener dort zurückgelassen, einer Rauchsäule

¹⁾ Bericht vom 16. März.

²⁾ Bericht vom 20. März.

³⁾ Bericht der Grafen Kaunitz und Stratemann aus dem Haag, vom 9. März. Sie versichern die Zuverlässigkeit.

aufsteigend von den Klippen von Dover ¹⁾. Ein Tag nach dem anderen verrann: die spähenden Augen Jacobs und seines Sohnes Berwick gewahrten keine Rauchsäule. Auch keine andere Nachricht von drüben gelangte zu ihren Ohren. Unterdeffen wurden von dort aus die gegebenen Befehle rasch ausgeführt. Eine Woche nach der Ankunft Jacobs in Calais war verflossen, als statt der gehofften Rauchsäule in der Ferne am Horizonte ungleich näher eine andere Erscheinung auftauchte: die englische Kriegesflotte von 60 Segeln. Die Ankunft derselben verkündete die Wendung der Dinge: statt einer günstigen Aussicht für den Plan der Landung dort die eigene Gefahr der französischen Ausrüstung für diesen Zweck. Die Transport-Fahrzeuge lagen im Hafen von Calais, die Kriegsschiffe ankerten zwischen Dünkirchen und Gravelines. Die englische Flotte nahte heran. Jene französischen Schiffe hatten nicht mehr die Zeit die Anker zu lichten. Sie kappten die Tauen und flüchteten sich hinter die Risbank. Der Tiefgang der englischen Kriegsschiffe verstattete nicht ihnen dahin zu folgen, und wegen der Eile der Ausfahrt fehlte es ihnen an Brandern und leichten Fahrzeugen. Rußel begehrte sie von Seeland. Wenn diese rechtzeitig vor der nächsten Springsfluth eintrafen, so erneuerte sich, wie Wilhelm III. es gewünscht, das Schauspiel von La Hogue. Allein eben das wußten auch die französischen Commandanten. Sie luden die Kanonen aus. Und dann gelang es ihnen die so erleichterten Schiffe in den Hafen von Dünkirchen einzubringen. Indessen der moralische Erfolg war da ²⁾.

Eben so rasch handelte man zu Lande. Die Verringerung der französischen Truppen an der belgischen Grenze schien die günstige Gelegenheit zu bieten, dies Mal den Franzosen in den Niederlanden zuvorzukommen. Sie hatten für den nächsten Feldzug sehr große Magazine in Givet errichtet, dem Vermuthen nach zum Zwecke eines Angriffes auf Namur. Der Prinz Baudemont entsendete den General Athlone von Namur aus, am 2./12. März. Dieser nahm seine Stellung gegenüber Dinant, um die Festung zu beobachten, und schickte Coehorn vor gegen Givet. Nach einem Bombardement von drei

¹⁾ Eben dies aus Auerspergs Bericht vom 16. März.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz aus dem Haag, vom 16. März.

Stunden standen alle Magazine dort in Flammen. Die sämtlichen reichen Vorräthe für den Feldzug wurden vernichtet, die Offensive für Frankreich in Belgien unmöglich gemacht ¹⁾).

Wir erkennen die Ansicht der Unbetheiligten über diese Lage der Dinge aus einem Schreiben des Schweden Palmquist in Paris ²⁾).

„Die Unternehmung des Königs Jacob, meldet er am 16./26. März, wendet sich so übel, daß man wohl lieber nie daran gedacht haben möchte. Wie immer man sich anstellen möge, man wird der Welt nicht den Glauben nehmen, daß dasselbe gegründet war lediglich auf die Hoffnung einer Mordthat. Der Aufenthalt, den der König Jacob nach Calais in Boulogne genommen, anstatt dieser Meinung den Grund zu entziehen, bestätigt sie. Diese zur Schau getragene Beharrlichkeit bei einem fortan moralisch unmöglichen Plane erweckt die Meinung, daß hier ein Geheimnis obwaltet, welches man verdecken möchte.“

„Andererseits macht das plötzliche Erscheinen der feindlichen Flotte einen schlimmen Eindruck auf die Stimmung des französischen Volkes. Es ist eine herbe Enttäuschung, daß eine Nation, die man eben noch bei ihr selber heimsuchen wollte, ihrerseits herankommt, um Frankreich an seinen Küsten herauszufordern. Der einzige Vortheil für Frankreich bei der Angelegenheit wäre noch der, daß ein Theil der englischen Armee aus Belgien hat heim gerufen werden müssen. Allein während man diese Meinung hier verkündete, während noch die Rede ging, daß die günstige Gelegenheit dieser Diversion auszunutzen sei zum Wiedererwinne von Namur, trifft unerwartet die neue Nachricht ein von dem Brande der Magazine von Givet.“

„Dazu nun die Nachrichten aus England, die uns zeigen, daß da wo man dem Prinzen von Oranien das Grab bereitete, er seinen Ruhm und seine Größe gefunden, und daß er den Plan zu seiner Vernichtung zu wenden gewußt hat in ein Mittel zur Sicherung seines Thrones.“

So die Ansicht von Palmquist. Es fragt sich indessen, ob sie in Betreff Jacobs II. völlig der Wahrheit entspricht.

¹⁾ Die Berichte Athlones und Coehorns an Laudemont, vom 16. März, bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 33.

²⁾ Das Schreiben in englischer Uebersetzung, etwas verändert, ist abgedruckt in den Lexington Papers p. 182. Eine Abschrift des französischen Originals ist in den Robethon-Papieren des St. A. S.

Allerdings gingen Viele in Paris darin noch weiter. Man meinte, daß der König Jacob nicht aus eigenem Antriebe an der Küste bliebe, sondern von Versailles aus nicht die Erlaubnis erhalte zur Rückkehr nach St. Germain. Denn dann, meinte man, werde auch der König Wilhelm nicht wagen England zu verlassen. In diesem Falle, hieß es in Paris, werde der König von Frankreich im Felde erscheinen und eine bedeutende That vollbringen ¹⁾).

Es ist immerhin möglich, daß Gedanken dieser Art bei Ludwig XIV. mitgewirkt, um dem Könige Jacob noch den ferneren Aufenthalt in Calais und Boulogne zu verstatten. Das Wesen der Sache jedoch war, daß der König Jacob dort bleiben wollte, weil er fest hielt an seinem Plane der Landung. Während ein Unbetheiligter wie Palmquist die Ausführung des Planes bereits als moralisch unmöglich ansah, verhandelten der König Jacob und sein Minister Middleton von Calais und Boulogne aus mit Versailles über den Wortlaut der Declaration, die zu erlassen sei nach der erfolgten Landung in England. So den Monat März hindurch, so noch im April. Wir erinnern uns, daß der König Wilhelm den Herzog von Württemberg mit 20 Bataillonen nach England entboten. Als sie ankamen, ließ der König sie nicht einmal auschiffen, sondern sofort zurückkehren ²⁾). Demnach war nach seiner Ansicht alle Gefahr beseitigt. Die Hoffnungen von Jacob II. und Middleton dagegen wurden dadurch nicht erschüttert. Auch die Thatsache, daß die englische Flotte in ihrer Nähe Calais bombardirte, scheint die beiden Männer nicht enttäuscht zu haben. Wilhelm III. hatte einst, bei dem Uebergange Middletons zu Jacob, Besorgnis vor seiner Befähigung ausgesprochen. Im Dienste Jacobs scheint die Leidenschaft diese Einsicht Middletons umdüstert zu haben. Er hält den Mahnungen und Warnungen der französischen Minister, welche als Beweis der völlig veränderten Lage der Dinge in England die Adressen dort an Wilhelm III. hervorheben, die Erfahrung entgegen, daß solche Adressen auch dem Könige Jacob dargeboten seien bei der Geburt des Prinzen von Wales, bei der Kunde des Aufbruches von Cranien im Herbst 1688. Er selber weist hin auf das Bombardement

¹⁾ Lexington Papers p. 189.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 20. März.

von Calais. „Der Lärm, sagt er, den Ihre und unsere Feinde von allen Seiten erheben, thut dar, daß sie durch Wuth und Verzweiflung angetrieben werden zu den äußersten Anstrengungen, um die Schwäche einer untergehenden Sache zu verdecken“ ¹⁾. Man sieht, ein Mann mit solcher Urtheilskraft war nur noch den eigenen Freunden fürchterlich.

Andererseits thut indirect diese Correspondenz dar, daß dem Minister Middleton der Mordplan völlig fremd war. Man dürfe doch nicht, schreibt er an Croissy, die Landung darum hintanstellen, weil eine Verschwörung entdeckt sei, an der nur einige wenige Individuen sich betheiligt. Die Hinrichtung von Verschworenen sei kein Grund zur Verzweiflung an der großen Sache. Er ertheilt dem Caryll in St. Germain den Auftrag, in einer Denkschrift dies den französischen Ministern nachdrücklich vorzustellen.

Demnach ergibt das ganze Verhalten Jacobs II., daß, wie er nicht ursprünglich den Mord zur Basis seiner Unternehmung gemacht, er auch nachher, nach dem Mislingen des Mordplanes, auf jenen seinen eigenen Plan der Landung nicht verzichtete. Wenn es von ihm abhing, so war er täglich zur Einschiffung nach England bereit.

So glühend indessen dieser Eifer bei Jacob II. und bei Middleton: die Zügel lagen in der Hand Ludwigs XIV. Die französischen Minister sprachen in ihren Schreiben an Middleton die Bitte aus, daß der König Jacob die Streitkräfte ihres Königs nicht einer überlegenen Macht aussetzen wolle. Jacob und Middleton gaben das Versprechen. So ward in höflicher Weise dem Könige Jacob die Enttäuschung erspart, daß er in Wirklichkeit auch nicht über einen einzigen Mann zu verfügen hatte.

Während Jacob II. und sein Berather Middleton nicht vermochten, die Dinge um sie her in derjenigen Klarheit zu erkennen, in welcher sie den Blicken der Nicht-Betheiligten offen lag, ergossen die Pariser über ihn ihren herben Spott. Maueranschläge stellten hundert Thaler Belohnung in Aussicht für das Ausfinden eines Mittels, welches den König von England in den Stand setze, in ehrenhafter Weise nach St. Germain zurückzukehren ²⁾. So noch im März. Jacob blieb in Boulogne.

¹⁾ Die Correspondenz in Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 548.

²⁾ Schreiben der Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie, vom 1. April.

So dauerte es bis tief in den April hinein. Endlich griff Ludwig XIV. durch. Pontchartrain mußte an Middleton schreiben, daß das Unternehmen der Landung zu verschieben sei auf eine günstige Zeit. Die Truppen wurden abberufen. Middleton vernahm es mit Verdruß. Jacob mußte noch nicht, ob er bleiben oder nach St. Germain zurückkehren solle. Auch dieser Wink erfolgte. Ludwig XIV. eröffnete der Königin Marie Beatrice, daß nach dem Ausbruche aller Offiziere von Boulogne kein Grund mehr sei für einen längeren Aufenthalt des Königs von England dort. Dann endlich zog Jacob II. wieder ein in St. Germain.

Wir haben über diese Rückkehr seine eigenen Worte: „Er kehrte wieder mit dem Verlangen Sir George Barkley zu sehen und von ihm zu erfahren, was er für sich vorzubringen habe, da ja seine Vollmacht Krieg zu erheben, nur in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt war“¹⁾.

Da Jacob II. diese Worte für sich niederschrieb, nicht für Andere, so lassen sie nur die Deutung zu, daß er auch damals nicht geglaubt hat eine Mitschuld an dem Mordplane zu haben. Er hatte sogar während des Aufenthaltes in Boulogne die Absicht gehegt, eine Schrift zu veröffentlichen, durch welche er die Betheiligung an dem Mordplane von sich ablehnte. Ludwig XIV. rieth ab²⁾. In der That hätte Jacob II., wie er bei öffentlichen Schriftstücken überhaupt kein Glück hatte, durch ein solches seine Sache nur verschlimmern können. Denn er vergaß, daß der Aufenthalt von Berwick in London vor dem Mordversuche, sein Verkehr dort mit den Mördern, dann die Begegnung mit Jacob II. in Clermont, die Weiterreise nach Marly, und endlich der Aufenthalt von Berwick bei dem Vater im Hauptquartiere von Calais, eine Kette von notorischen Thatfachen bildeten, aus welcher sich nicht bloß, wie es der Wahrheit gemäß ist, die Mitwissenchaft von Jacob II. mit zwingender Evidenz ergibt, sondern auch seine Mit-Urheberschaft mit großer Wahrscheinlichkeit gefolgert werden

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 553. Nur diese Worte dort gehören dem Könige Jacob an. Das Andere ist durch die Zusätze des Biographen werthlos gemacht.

²⁾ Lexington Papers p. 195.

konnte. Ueberhaupt hätte jedes öffentliche Wort von Seiten des Königs Jacob in dieser Sache einen Anlaß geboten zu Erörterungen solcher Art vor dem gesammten Europa, wie sie den Wünschen Ludwigs XIV. nicht entsprachen.

Aus den Aufzeichnungen Jacobs II. ergibt sich nicht, wie damals seine Begegnung mit Barkley ausgefallen ist. Jene Relation des letzteren, von welcher unsere Darstellung dieser Sache ausgegangen, ist erst lange nachher abgefaßt, am 4. August 1697. Aber es liegt eine Thatfache vor, gravirend für den König Jacob. Wenn Barkley, der in seinem Dienste nach England gegangen war, dort die ihm ertheilten Instructionen überschritten, und zwar zum moralischen Nachtheile, zum Schaden der Ehre von Jacob selbst: so war dann doch das Geringste was Jacob für sich selber thun konnte, und was er vor Europa thun mußte, die öffentliche Lossagung von diesem Manne, die Entlassung desselben aus seinem Dienste. Dies Geringste erfolgte nicht. Barkley blieb im Dienste Jacobs II.

Und dennoch dürfte man, meines Erachtens, die subjective Wahrscheinlichkeit Jacobs II., wie überhaupt in seinen Denkwürdigkeiten, so auch bei dieser Sache nicht antasten. Unzweifelhaft hat Jacob II., nach der Rückkehr von Berwick aus England, connivirt in den Mordplan. Unzweifelhaft hätte er gerne die Früchte desselben für sich gepflückt. Aber es bleibt doch das Eine und Letzte übrig: der Mordplan ist nicht von ihm ausgegangen. Die Aussagen der Angeklagten in England, welche in ihren Todesreden einen Mordbefehl Jacobs verneinen, sind mit Ausnahme derjenigen von Charnock und Barklins, nicht von Gewicht, weil sie nicht einmal die Vollmacht Jacobs für Barkley gesehen hatten, noch weniger im Geheimnisse waren. Das volle Geheimnis befaß nur Barkley, der Träger der Vollmacht. Darum ist auch nur das Zeugnis von Barkley entscheidend. Und eben von Barkley vernehmen wir in dem Berichte, den er im August 1697 dem Könige Jacob abstattet, daß er die Vollmacht ausgelegt, daß er einen ausdrücklichen Befehl Jacobs zum Morde Wilhelms III., ob schriftlich, ob mündlich, nicht befaßen hat.

Wieder aber drängt sich uns dann die Frage auf: warum entließ nicht Jacob II. diesen Mann? — Man darf darauf antworten: Jemand, der mit solcher Berechnung, solchem Geheime, solcher Umsicht

handelt, wie Bartley sie bei dem Mordplane in England bewiesen, geht in einer Angelegenheit, die ihm das Schicksal Kains in Aussicht stellt, nicht in dieser Weise eigenmächtig vor, ohne eines festen Rückhaltes versichert zu sein. Er hatte diesen Rückhalt nicht an dem Könige Jacob, der bei seiner Rückkehr von Boulogne nach St. Germain die Absicht mitbrachte, den Bartley zur Rechenschaft zu ziehen. Er mußte ihn also haben an einem Anderen.

Dagegen haben die eigenen Worte Bartleys uns dargethan, daß nicht auf dem Boden Englands die Absicht des Mordes bei ihm erwacht ist, sondern daß er den Boden Englands betreten hat mit der Absicht. Da er diese Absicht nicht mitgebracht von St. Germain her: so hat er sie mitgebracht von dem Orte her, von welchem aus er im Nothfalle auch bei Jacob II. und ihm gegenüber aufrecht erhalten werden konnte. Dieser Ort ist Versailles.

Ich spreche damit nicht einen neuen damals unbekannten Gedanken aus. Vielmehr haben viele Zeitgenossen als den eigentlichen Urheber angesehen den König von Frankreich.

Wir kennen in dieser Beziehung die Kundgebungen des englischen Parlamentes. Es machte beide Könige, Ludwig XIV. und Jacob II., in gleicher Weise moralisch verantwortlich. Das englische Parlament allerdings war Partei. Im Wesentlichen jedoch urtheilen in gleicher Weise eine lange Reihe von Staatsmännern, deren Kundgebungen auf uns gekommen sind. So Muersperg und Hoffmann in London, Graf Kaunitz im Haag, Don Quiros im Haag, Graf Rinsky in Wien ¹⁾. Der letztere gibt das Urtheil am kaiserlichen Hofe in Wien wieder mit folgenden Worten: „Gott sei Lob und Dank für das Mislingen des schwarzen Planes der Könige Jacob und Ludwig XIV. gegen den König von England! Dieser Mord wäre das Verderben Europas geworden. Einige hier suchten in etwas den ersteren zu entschuldigen, was ihnen freilich schlecht gelingt. In Betreff des anderen dagegen erfaßt man nicht, wie es möglich sei, daß ein König, so erpicht und so eifersüchtig auf seine Ehre und seinen Ruhm, sich zum Zwecke desselben in eine solche That hat einlassen mögen. Gott wird es rächen; denn das ist zu abscheulich“.

¹⁾ Anlage III.

Man dürfte erwiedern, daß auch diese sämtlichen Minister feindlich standen gegen Ludwig XIV. Es kommt also darauf an zu erfahren, wie man an neutralen Orten urtheilte.

Wir kennen bereits das Urtheil des Schweden Palmquist in Paris (S. 188). Ähnlich war dasjenige in Stockholm. Der englische Gesandte Robinson schüttet seine Gefühle darüber aus in einem Schreiben an Lord Lexington in Wien, mit folgenden Worten: „Die Nachricht des großen Segens, welchen Gott in seiner Allmacht dem gesammten Europa verliehen hat in der Errettung der Person Sr. Majestät von dem fluchwürdigen Anschläge, durch den sein unmenschlicher und verrätherischer Feind ihm nach dem Leben trachtete, hat hier diejenige Wirkung hervorgebracht, wie überall, wo noch ein Gefühl für Ehre und Rechtchaffenheit übrig ist. Der König hier hat ganz besonders seine höchste Freude ausgesprochen über das Mislingen dieser schrecklichen Schurkerei, und nicht minder seinen Abscheu vor dem Hölleplane. Unter den Ministern sind der Graf Oxenstjerna und einige Andere dem Könige darin ganz gleichgesinnt: sie bezeugen ihren Widerwillen gegen den teuflischen Plan, und erkennen an, wie sehr die Erhaltung des Lebens Sr. Majestät zum Segen gereicht für die gesammte Christenheit. Die eifrigsten Lobredner Frankreichs sind schamerfüllt, und wagen nicht mehr darüber zu sagen als was ihnen geeignet erscheint, jenen König von der Mitschuld frei zu machen. Wahrscheinlich glauben sie es selbst nicht, noch werden sie im Stande sein einen Anderen zu überzeugen“¹⁾.

Ähnlich fand der Engländer Greg das Urtheil in Kopenhagen. Er erörterte die Sache mit dem Minister Jessen. Dieser erwiederte: der den gekrönten Häuptern schuldige Respect verbiete ihm, die Anklage wider den König von Frankreich zu glauben. „Diese Erwägung, erwiederte Greg, mag hindern die Sache auszusprechen; aber sie kann nicht einen vernünftigen Mann hindern auf so evidente Gründe hin die Sache für wahr zu halten“²⁾.

Dennoch muß anerkannt werden, daß dies alles nur Schlüsse waren auf Grund von allerdings unzweifelhaften Thatfachen, daß jedoch ein directes Zeugnis fehlte. Vielfach hatte man erwartet, daß

¹⁾ Lexington Papers p. 192.

²⁾ A. a. O. p. 191.

in den Geständnissen der Verurtheilten ein solches Zeugnis zu Tage treten würde, wenigstens gegen den König Jacob. Wir haben bereits erwähnt, daß dieses nicht geschah. Die Prozesse der Verschworenen brachten manche Einzelheiten, psychologisch oft von hohem Interesse: über den eigentlichen Knoten der Sache, den Ursprung des Mordplanes, ergaben sie kein Licht.

Allerdings ja konnte, wie uns Späteren die Thatfachen offen vorliegen, nur von einem einzigen der gefangenen Verschworenen eine nähere Aufklärung gegeben oder doch erwartet werden. Es war Charnock, diejenige Persönlichkeit, die, im Juni 1695 von den Jacobiten nach Frankreich entsendet, dort, gemäß seinen Eröffnungen zu Barfley, um die Vollmacht zum Morde nachgesucht hatte. Nachdem das Urtheil über Charnock gesprochen, überkam den bis dahin trotzigem Mann die Todesfurcht. Er sandte aus dem Gefängnisse an den König Wilhelm die dringende Bitte um sein Leben, wenn auch in ewiger Haft, und versprach dafür alles zu entdecken was er wisse.

War es dem Könige Wilhelm III. darum zu thun? — Wir haben ihn kennen gelernt im Prozesse Grandval als wahrhaften König gegenüber Ludwig XIV., nicht bloß frei von jeglichem Rachegeföhle, sondern beflissen auch in dem Gegner die Würde des Königthumes zu wahren. In diesem Falle jedoch lagen für ihn die Dinge noch ganz anders. Seine Sache in England war siegreich. Der Sieg wurde nicht glänzender durch die Nennung einer noch größeren Zahl derjenigen, die in England sich hatten bethören lassen. Vielmehr stand zu besorgen, daß das Trauerspiel der Prozesse und der Hinrichtungen noch weiter ausgedehnt werden müsse. Das entsprach nicht der Weise des Königs Wilhelm. Er ließ dem Charnock erwidern, daß er die weiteren Entdeckungen nicht zu wissen verlange¹⁾. Charnock war einer der drei, die zuerst hingerichtet wurden, am 18./28. März.

Daß nicht die Reue den Charnock zu jenem Schritte getrieben, bewies er dann vor seinem Tode durch einen Brief, in welchem er seinen Mordplan zu rechtfertigen sucht. Das Schriftstück ist erfüllt mit glühender Leidenschaft des Hasses gegen den Franier, welchen Charnock darstellt als öffentlichen Feind des Friedens und der Wohlfahrt.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 18. Mai. — Vgl. Burnet t. II, p. 201.

Dennoch ist es nicht ohne Geheiß abgefaßt, mit Berufung sogar auf Tertullian und Hugo (Grotius ¹⁾).

Der König Wilhelm selber also hatte diesen Weg zur Durchdringung des Geheimnisses abgebrochen, vorausgesetzt freilich, was zu bezweifeln steht, daß Barkley den Charnock völlig eingeweiht habe. An der Person des Barkley hing die Sache. Er war längst in Sicherheit auf französischem Boden, in St. Germain.

Und hier erst liegt die Meisterchaft, mit welcher dieser Mann seinen Plan geführt, uns völlig erschlossen vor Augen. Er war, wie aus seinen eigenen Worten erhellt, hinüber gegangen mit der Absicht des Mordes. Er hatte dann die hauptsächlichsten Personen, deren er sich zu bedienen gedachte, so geführt, daß ihnen der Plan erschien als der eigene, in welchen Barkley einwilligte, nachdem sie seine Einwände widerlegt. Sie glaubten dem Könige Jacob zu dienen, auch wenn er es nicht ausdrücklich so befohlen. An die Möglichkeit, daß sie verwendet werden konnten im Dienste eines Anderen, dachten sie nicht. Die Mittel zur Ausführung, namentlich zum Ankaufe der Pferde, befanden sich in den Händen Barkleys. In den Augen mancher Theilnehmer mochte schon dieser Umstand erscheinen wie eine Art von Autorisation. Woher das Geld, wußten sie nicht, und vieles Fragen ward nicht gestattet. Jacob II. selber, noch ohne Kenntniss des Mordplanes, hatte mehrere Diener von St. Germain aus nachgesendet, mit der Instruction sich an die Befehle von Barkley zu halten, der ja nach der Meinung von Jacob die Insurrection zu leiten hatte. Barkley hatte dann die Ausführung vorbereitet mit solchem Geheiß, daß, wie Pendergras am Abende zuvor mit eindringlicher Mahnung zu Portland sagte, sie nach menschlicher Ansicht nicht fehlschlagen könne. Und dann hatte er für den doch immer möglichen Fall des Mislingens seine Maßregeln so getroffen, daß er sich selber und mit sich die letzten Fäden des Geheimnisses in Sicherheit brachte.

Er hinterließ in England ein weites Gebiet der Combination. Diese war, der Natur der Dinge gemäß, zunächst auf die Person des Königs Jacob gerichtet.

¹⁾ Macaulay, in Ch. XXI, spricht ausführlicher über diesen Brief. — Ein Auszug des Briefes in *The life of James*, vol. II, p. 556.

Am französischen Hofe scheint man zuerst gehofft zu haben, daß durch die Flucht von Barkley jeglicher feste Anhaltspunct hinweg genommen sei. In der ersten Zeit hieß es dort: der König Wilhelm habe den Mordplan erdacht, um die Engländer für sich zu gewinnen. Aehnlich hatten ja, wie wir vernommen, viele Jacobiten in England geredet. Der Prozeß der ersten drei der Verschworenen, am 17./27. März, ihre Eingeständnisse, nahmen diesem Gerede den Boden. Aber es trat noch ein anderes Moment zu Tage. Sie verneinten einen Mordbefehl des Königs Jacob. Sie starben auf die Wahrheit dieser Aussage.

Der Eindruck dessen war tief und nachhaltig. Wir finden die Erwägungen, die in England daran sich knüpften, zusammen gedrängt in die Worte Hoffmanns vom 20./30. März: „Daß der König Jacob demnach nicht direct betheiligt ist, mag immerhin sein. Daß jedoch sechseundvierzig Privatpersonen sich einigen sollten, um einen König zu ermorden, ohne dafür einen Rückhalt zu haben an einer superieuren Macht, in deren Interesse der Mord liegt — ist undenkbar. Wenn der König Jacob nicht den Befehl gegeben: so kann der Herzog von Berwick es gethan haben. Oder auch, der Plan kann direct vom französischen Hofe gekommen sein. Der Ritter Barkley wird für Denjenigen gehalten, der den Auftrag herüber gebracht. Man hat ihn bisher noch nicht ausgefunden“.

Wir Spätere wissen aus den eigenen Worten Berwicks, daß er erst in England eine Kunde von dem Mordplane erhalten.

Es ist die Frage, ob auch in Frankreich Meinungen laut wurden. Wir vernehmen, daß man dort frühzeitig dagegen einschritt. Drei oder vier Personen, die ihre Ansicht zu äußern gewagt, wurden noch in der ersten Hälfte des Monates März in die Bastille gebracht¹⁾. In Folge dessen scheint es still geworden zu sein.

Die Meinung dagegen, die in den Hofkreisen galt, prägt sich aus in den Worten, welche Dangeau am 15./25. März in sein Tagebuch schrieb: „Die Engländer und Holländer reden immerfort von einer Verschwörung gegen das Leben des Prinzen von Oranien. Wir hier halten dies für völlig grundlos. Der Zweck von jener Seite ist, den König von England (nämlich Jacob II.) bei der Nation geschäftig

¹⁾ Lexington Papers p. 185. Schreiben aus Paris vom 16. März.

zu machen" ¹⁾). Solchen Reden stand indessen entgegen, daß der Herzog von Berwick vorher, nach seiner Rückkunft aus England, zu verschiedenen Personen sich über den Mordplan geäußert und sogar so weit gegangen war, den Entwurf der Rede zu zeigen, welche er, im Falle er mit ergriffen würde, auf dem Blutgerüste halten wollen.

Man ging in diesem Bestreben des Verdeckens sehr weit. Ein englischer Oberst im französischen Dienste, Namens Talbot, hatte vom Könige Jacob solche Reden ausgesagt, daß sie, wie Dangeau meldet, verlegend hätten klingen können für den König von Frankreich. Die Königin Marie Beatrice lud ihn nach St. Germain vor. Dort verhörte sie ihn in Gegenwart der Frau von Maintenon. Vor dieser neuen Art eines Gerichtshofes bestand Talbot nicht. Ludwig XIV. nahm ihm das Regiment, und setzte ihn in die Bastille ²⁾).

Inzwischen gelangten nach Frankreich die Aussagen der ersten drei der Verschworenen, die, wie man am Hofe von Versailles sagte, der Prinz von Oranien hatte sterben lassen. Ludwig XIV. ließ sie im Conseil verlesen. Nach der Auffassung dort enthielten sie, daß der Plan den Prinzen von Oranien aufzuheben, angestiftet sei weder von einem Anhänger des Königs Jacob, noch von einem französischen Emissär, noch endlich von einem Katholiken. Diese Aussagen, meinte man in Versailles, müsse den Engländern die Unwahrheit der absichtlich ausgestreuten Gerüchte vor Augen legen ³⁾).

Dessen ungeachtet sah sich Dangeau einige Tage später veranlaßt, wieder in sein Tagebuch zu schreiben: „Der Prinz von Oranien hat in London noch zwei Menschen sterben lassen, die man der Verschwörung wider ihn angeklagt hatte" ⁴⁾).

Worte solcher Art geben zur Genüge zu erkennen, in welcher Richtung die Mitglieder des Hofes von Versailles Befehl hatten sich auszusprechen. Es handelt sich um das eigene Verhalten der maßgebenden Persönlichkeit.

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 21. — Man vergleiche Lexington Papers p. 191. Vom 26. März. — Ähnlich die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, 1. April.

²⁾ A. a. O. p. 22. Vom 29. März.

³⁾ A. a. O. p. 23. Vom 11. April.

⁴⁾ A. a. O. p. 25. Vom 14. April.

Ludwig XIV. äußerte sich im Kreise seines Hofes mit folgenden Worten: *Le Prince d'Orange me rendra bien la justice de ne pas croire que je l'ai voulu faire assassiner; car il sait bien que j'ai tenu des gens deux ans en prison de m'avoir fait seulement la proposition de l'assassiner.* — Die Herzogin von Orleans, welche diese Worte an die Prinzessin Sophie in Hannover schreibt, fügt hinzu: „Da sehen E. V., daß unser König keinen Theil daran hat“ ¹⁾. Die weiteren Bemerkungen der Herzogin thun dar, daß die Kenntniß der Sachlage bei ihr gering war.

Die Fassung jener Worte Ludwigs XIV. zeigt an, daß sie nicht hervorgerufen sind durch einen äußeren Anlaß, sondern spontan aus ihm selber entsprungen. Was bewog den König Ludwig XIV., solche Worte aus eigener Initiative zu sprechen?

Was sie beweisen oder nicht beweisen, wird der Leser für sich prüfen und entscheiden.

Mit den Versekungen in die Bastille und mit diesen seinen Worten scheint Ludwig XIV. und demgemäß das Frankreich seiner Zeit die Erörterung der Sache als geschlossen angesehen zu haben. Sie kommt weiter dort nicht zur Sprache. Das Verbot wirkte nach. Wir schlagen die Denkwürdigkeiten von St. Simon auf, den bänderreichen, bunt verwobenen Schatz von allerlei bald wahren, bald minder wahren, bald völlig unzuverlässigen Erzählungen. St. Simon hat die Zeit, um die es hier sich handelt, im jugendlichen Mannesalter mit durchlebt. Er meldet uns, daß Berwick nach England, daß nach seiner Rückkehr Jacob II. zum Zwecke einer Landung in England nach Calais gegangen, und daß dann durch den Unstern dieses unglücklichen Fürsten alles gescheitert sei. So in wenigen Zeilen. Ueber den Mordplan sagt St. Simon kein Wort ²⁾.

Wir sehen uns um bei Voltaire, dessen Werk: Das Zeitalter Ludwigs XIV., bei aller notorischen Leichtigkeit und Leichtheit dennoch länger als ein Jahrhundert hindurch maßgebend geworden ist für die Auffassung jener Zeit, und zwar nicht bloß in Frankreich. Voltaire

¹⁾ Vom 1. April. Abgedruckt bei Ranke: Französische Geschichte Bd. VI, S. 132.

²⁾ Mémoires de St. Simon t. I, p. 195.

berichtet über das Kriegesjahr 1695, und geht dann über zu dem Kriegesjahre 1697. Das Jahr 1696 wird nicht erwähnt ¹⁾.

Ein neuerer französischer Historiker, Capefigue, nennt den Namen Bartley und den Mordplan ²⁾. Er knüpft daran einige Betrachtungen, welche seine Unkenntnis des Sachverhaltes darthun.

Es genügt diese Thatfachen anzugeben.

In England ging im März und April die Erregung der Gemüther, die in der Formel der Association ihren Ausdruck gefunden, fort und fort durch alle Schichten der Bevölkerung. Das Parlament hielt darauf von jedem seiner Mitglieder die Unterschrift der Association zu verlangen. Der König sah sich genöthigt, die Namen Nottingham, Normanby, Seymour, weil sie bei der Weigerung beharrten, aus dem Register der geheimen Räthe zu streichen ³⁾. Die wenigen noch übrigen Mitglieder des Unterhauses hielten es für klüger, dem Strome nachzugeben, entweder sofort zu zeichnen, oder die Unterschrift zu versprechen ⁴⁾.

Auch das genügte noch nicht. In Anlaß eines Berichtes über die Aussagen einiger Verschworenen faßte das Unterhaus den Beschluß, eine Bill einzubringen für die bessere Sicherheit der Person des Königs und seiner Regierung. Die Bill sollte die Unterzeichnung der Association zur Pflicht machen für jegliches Amt in Civil und Militär. So am 2./12. April.

Und nun war die Zeit gekommen, diese Association dem Könige zu überreichen. Am 3./13. April trat das Unterhaus als Körperschaft vor den König, reichlich vierhundert Mitglieder. Auf die Worte des Königs, daß er diesen Act ansehe als den überzeugenden Beweis der Anhänglichkeit, und daß eben so wie die Einzelnen dadurch freiwillig sich geeinigt für die gemeinsame Sicherheit, er mit ihnen eintrete in dieselbe Association, brach der Beifall so stürmisch hervor, daß der König nicht fortfahren konnte ⁵⁾. Dann sprach er: „Ich werde stets bereit sein, mit Euch und meinen übrigen getreuen Unter-

¹⁾ Ch. XVI, p. 174.

²⁾ Capefigue: Louis XIV. t. III, p. 194.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 23. März.

⁴⁾ Commons' Debates t. III, p. 22.

⁵⁾ Hoffmanns Bericht vom 17. April.

thanen mein Leben einzusetzen wider alle, welche trachten die Religion, die Gesetze, die Freiheit von England umzustürzen“.

Indessen es fehlte auch nicht an anderen Kundgebungen, bei Mitgliedern der römisch-katholischen Kirche, wie bei Anglicanern.

War die Zahl der Katholiken unter den Verschworenen auffallend groß: so stand andererseits dem entgegen, daß auch Pendergras und de la Rue Katholiken waren. Ja Hoffmann konnte mit einer gewissen Genugthuung heim berichten, daß der Vergleich in der Haltung der Verurtheilten, die zum Tode gingen, auf die protestantischen Engländer nicht zu Ungunsten der Katholiken wirke¹⁾. Den besonderen Anlaß zu diesem Berichte gab das Verhalten der Verurtheilten Friend und Parkyns und der sie begleitenden drei Geistlichen, die den Eidesverweigerern der Hochkirche angehörten. Diese Geistlichen gaben den beiden Verurtheilten unmittelbar vor der Hinrichtung in auffälliger Weise die Absolution. Nach dem Tode der Beiden wurden, wie üblich, die Sterbereden derselben bekannt. Denn wir erinnern uns, daß gemäß dem Brauche jener Zeiten in England jeder Verurtheilte das Recht hatte, vor seinem Tode, ob mündlich ob schriftlich, seine letzten Gedanken auszusprechen. Das Schriftstück, welches dieselben enthielt, überreichte er dem Sheriff. Der Regel nach ward es gedruckt. Diese letzten Schriften von Parkyns und Friend bewiesen keine Reue noch Bußfertigkeit. Vielmehr sprach namentlich die Rede des letzteren sich mit starker Betonung aus für das Recht des Königs Jacob und für die Kirche von England, nämlich für diejenige Kirche, welche schwer leide für ihre Treue. Wie also waren jene drei Geistliche dazu gekommen ihnen die Absolution zu ertheilen? Ja, nach dem Urtheile derjenigen, welche Friend gekannt, war er einer solchen Darlegung seiner Gedanken in beweisender Form nicht einmal fähig. Jene drei Geistlichen luden also auf sich den Verdacht der moralischen Zustimmung zum Morde.

Das Aergerniß war gegeben. Man fahndete auf die drei Personen. Eben so rasch jedoch handelten die Bischöfe der Hochkirche. Schon am 10./20. April erschien eine Schrift, unterzeichnet von dreizehn derselben. „Das Verfahren jener drei Geistlichen in der von

¹⁾ Hoffmanns Berichte im April.



ihnen erteilten Absolution, sagte die Schrift, ist völlig insolent und beisspiellos, sowohl in unserer Kirche, als in allen anderen, die wir kennen“ ¹⁾).

Diese Erklärung schlug durch. Die Partei der eidweigernden Geistlichen hatte sich selber moralisch einen schweren Streich versetzt. Die Regierung Wilhelms ließ es dabei. Sie hütete sich jenen fanatischen Männern den Schein eines Martyriums zu verleihen.

Ein ähnliches Verhalten wie von jenen drei Anglicanern erfuhr Graf Auersperg an einem katholischen Geistlichen englischer Nation, den er für seine Capelle angenommen. Der Geistliche ließ das Gebet für den Kaiser aus. Auf die Frage Auerspergs erwiderte er: der Kaiser sei Verblündeter des Königs Wilhelm: darum wolle er für ihn nicht beten ²⁾).

Auersperg führt das Beispiel an als einen Beweis der Leidenschaftlichkeit, auf die er oft stoße. „Nicht, sagt er, hat man sich über die Behandlung zu beklagen, die den Katholiken widerfährt; sondern ich erstaune über die Geduld, die ihnen bewiesen wird. Wenn sie nur vernünftig sein wollen, so wird ihnen nichts Uebles widerfahren.“ Indessen mehrere erschienen vor ihm mit der Beschwerde, daß ihnen nicht bloß ein Eid der Treue, sondern auch der Test-Eid abgefordert werde. Der Gesandte legte sich ins Mittel. Es ward ihm die Antwort, daß diese Forderung allerdings erhoben sei, jedoch nur zur Einschüchterung. Sie solle nicht wieder gestellt werden. Von Seiten der Katholiken ward dann er um seinen Rath ersucht über eine Adresse, welche dem Könige den Abscheu wider den Mordplan darlege, den Widerspruch desselben mit den Grundregeln der Religion, und dann das Erbieten zum Eide der Treue entgegen trage. Graf Auersperg hieß den Vorschlag gut. Er zog die Gesandten aller katholischen Mächte hinzu. Er fand Widerstand nur bei dem Portugiesen. „Denn er ist, sagt Auersperg, im Herzen französisch und Jacobit“ ³⁾). Das Wort zeichnet den Charakter der Dinge: im Interesse der beiden Könige Ludwig XIV. und Jacob II. lag der kirchliche Hader, die Verfolgung; im Interesse Wilhelms III. und der gesamten großen Allianz die gegenseitige Duldung der ConfeSSIONen.

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 41, p. 40.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 6. April.

³⁾ Dergleichen.

Der Mordplan gegen Wilhelm III. von 1696 war wie derjenige von 1692 mißlungen. Und dennoch übte dieser zweite Plan eine merkwürdige Wirkung aus: er beförderte an mehr als einem Orte die Friedenswünsche, namentlich in Wien und mehr noch im Haag.

Wir erinnern uns, daß der Graf Kinsky von Wien aus im Laufe des Winters wiederholt durch Auersperg dem Könige Wilhelm III. die Geneigtheit zum Frieden hatte kund thun lassen. Auf die Kunde des Mordplanes erneuerte der Kaiser diesen Wunsch. Kinsky ließ durch Auersperg bei dem Könige hervorheben: freilich sei das Attentat mißlungen; aber der Versuch könne wiederholt werden ¹⁾.

Viel lebhafter noch waren die Erwägungen dieser Art im Haag. „Obwohl der von Frankreich beabsichtigte Streich mißlungen ist, meldet Graf Kaunitz am 26. März, so hat er doch bei den Generalstaaten, und insbesondere bei dem Rathspensionär Heinsius so wie bei Dytvelt, einen tiefen Schrecken hinterlassen. Jener sagt geradezu, daß, im Falle des Gelingens dieses Attentates, keine Schutzwehr mehr übrig gewesen wäre gegen das Fortschreiten von Frankreich zur Universal-Monarchie. Er hoffe nur noch, daß, wenn man zum Frieden gelange, dann beim Leben des jetzigen Königs von Frankreich nicht noch abermals ein Krieg ausbreche“ ²⁾.

Anderer Unbetheiligte machten dieselbe Beobachtung wie Kaunitz. „Das Schreckbild des graufigen Mordplanes, sagen die damaligen venetianischen Botschafter in England, mit den Consequenzen im Falle des Gelingens, hat sich den Seelen der Holländer tief eingeprägt. Die Republik, meinen sie, ohne Zuflucht, ohne Haupt, mit geschwächten Mitteln, wäre dann der Discretion ihrer Feinde preisgegeben, wäre zerdrückt worden zwischen Frankreich und England, nämlich den Königen Ludwig XIV. und dem dann hergestellten Könige Jacob. Die Folge dieser Erwägungen ist, daß Holland mit allen Kräften auf den allgemeinen Frieden hinarbeitet als den einzigen Ausweg aus den gefürchteten Gefahren“ ³⁾.

Die Worte sind von gewichtiger Bedeutung für das fernere Verhalten der Staatsmänner der Republik.

¹⁾ Schreiben Kinskys an Auersperg, vom 24. März und 18. April.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 26. März.

³⁾ Finalbericht der Venetianer Soranzo und Venier im Jahre 1696, bei Barozzi e Berchet: Inghilterra p. 323.

Die Stimmung in England drängte den König damals nicht zum Frieden. Aber es handelte sich dort weniger um das Wollen als um das Können. Die Beschlüsse des Parlamentes in Betreff der Herstellung der Münze hatten sich erst noch zu bewähren. Die Bewilligungen für den Feldzug beliefen sich auf mehr als fünf Millionen Pfund Sterling. Aber konnten sie bezahlt werden? — Das war die Frage der nächsten Monate. Man hoffte Geld flüssig zu machen durch das Project einer neuen Landbank, und zwar zwei und eine halbe Million. Der Vertreter dieses Planes im Unterhause war Robert Harley, ein Mann von ungewöhnlicher Befähigung, fortan eine der gewichtigsten Persönlichkeiten in England. Der Antrag ging durch. Der König sanctionirte gern einen Plan, der, wie es schien, hinweg helfen würde über die ungeheuerere Schwierigkeit des Geldes.

Es kommt darauf an zu erfahren, wie bei diesem Stande der Dinge der König Wilhelm die Sache auffaßte.

Vor seinem Ausbruche nach dem Festlande ließ er den savonischen Gesandten Della Torre zu sich kommen, und legte ihm den Stand der Dinge zusammen fassend dar.

„Schreiben Sie, sagte er, dem Herzoge von Savoyen meine Ansicht, daß es Zeit ist allerseits reiflich auf den Frieden zu gedenken. Die Republik ist nicht mehr im Stande den Krieg fortzusetzen. England ist allerdings weniger gedrückt; dennoch sind die Schwierigkeiten auch hier groß. Ich schweige von Spanien; denn der unglückselige Stand dieser Monarchie liegt offen vor Augen. Der Kaiser hat seine Bereitwilligkeit zum Frieden mir kund gegeben.“

„Unter diesen Umständen hat sich daher ein jeder der Bundesgenossen zu erklären über seine Ansprüche an Frankreich gemäß der Lage der Dinge. Ich möchte wünschen dem Herzoge Victor Amadeus die Festung Pignerol zu verschaffen, sei es durch Verhandlung, oder lieber noch durch die Waffen. Allein ich sehe die Sache als sehr schwierig an. Möge daher der Herzog mir kund thun, womit im äußersten Falle er sich begnügen würde.“

„Es handelt sich darum, daß wir geeinigt bleiben, geeinigt mit Frankreich zum Frieden kommen, und auch nachher verbündet bleiben. Ein öffentlicher Friedens Congreß aber würde ganz sicher eine Uneinigkeit nach sich ziehen. Ich bin daher darauf bedacht, einen anderen

Weg zum Verhandeln auszufinden. Derjenige durch Schweden hat sich als nicht geeignet erwiesen. Derjenige durch Dänemark würde noch übler sein. Der Republik Venedig ist nicht zu trauen, weil bekannt ist, mit welcher Eifersucht sie auf die Erfolge des Kaisers gegen die Türken blickt, und daß sie darum durchaus nicht wünscht den Kaiser nach Westen hin frei zu sehen" ¹⁾).

Wir bemerken, daß diese Worte des Königs dem Herzoge Victor Amadeus die Aussicht auf die Erlangung von Pignerol durch die große Allianz in weite Ferne rückten. Aber diese Erlangung von Pignerol war die Bedingung gewesen für seinen Beitritt. König Wilhelm mochte damals nicht denken, daß diese seine Eröffnung ganz andere Consequenzen nach sich ziehen würde als die von ihm bezweckten.

Dem Grafen Auersperg dagegen sprach der König sich nicht weiter aus, sondern verwies ihn auf die Ankunft in Holland. Bei diesem Anlasse erfahren wir Genaueres über das Verhalten des Königs in solchen Fällen. Erinnern wir uns zunächst, daß Wilhelm III. in den Angelegenheiten der auswärtigen Politik sich keines englischen Ministers bediente, daß die Gesandten daher direct mit ihm zu verfahren hatten. Bei der Zugänglichkeit des Königs war dies oft leicht, jedoch nicht immer. Auersperg sagt damals in einem vertraulichen Schreiben an Rinsky: „Wenn ich auf die hierher gerichteten Fragen nicht immer sofort antworte: so liegt das nie an mir, sondern an der Persönlichkeit, mit welcher ich zu verhandeln habe. Je mehr man ihn drängen würde, desto weniger würde man eine Antwort erhalten. Man muß die Gelegenheit wahrnehmen und wie im Fluge. Wenn nicht, so macht man sich lästig, demnach unfähig Dienste zu leisten, und bleibt es dann für immer. Denn, da er von Natur misstrauisch ist, so ist er immer in Sorge vor Ueberraschung. Er will nicht gedrängt sein, will nicht sich eröffnen nach fremdem Begehren, sondern nach eigener Neigung. Es geschieht, daß diese Neigung ihm in vierzehn Tagen nicht kommt. Alle Gesandte kennen diese Weise und wissen sich danach einzurichten. Seine eigenen Minister führen über dieses sein Verhalten ihre tägliche Klage" ²⁾. Einige Tage später

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 10. April.

²⁾ Auerspergs Schreiben vom 13. März.

jedoch, als Auersperg über die Friedenssache ohne alle Antwort blieb, klagte auch er: „Das Uebel ist, daß es ein eigentliches Ministerium nicht gibt, und daß man nicht weiß, an wen man sich wenden soll“ ¹⁾).

Der König ernannte die Reichsverweiser wie im Jahre zuvor. Am 27. April/7. Mai erschien er im Oberhause. Er sanctionirte zuerst die Acte, welche das Parlament beschloß unter dem Titel: Acte zur besseren Sicherheit der Person Sr. Majestät und ihrer Regierung. Dann faßte er in kurzen, nachdrücklichen Worten die Lage der Dinge in England zusammen wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ihr habt eine solche Sorgfalt für meine Person, einen solchen Eifer für meine Regierung bewiesen; Ihr habt so viel gethan für die Erhaltung der einen, der Stärkung der anderen, durch die guten Wege, welche Ihr beschloß, durch die Mittel, welche Ihr für die verschiedenen Erfordernisse dieses Jahres bewilligt habt — daß die neulichen Pläne unserer Feinde wider uns, durch Gottes Segen, wie es scheint keinen anderen Erfolg haben als ihnen unser treues Zusammenhalten kund zu thun, mir dagegen diese Gelegenheit zu verschaffen Euch für Euer Wohlwollen gegen mich zu danken, und Euch aller derjenigen Erkenntlichkeit zu versichern, die ein Fürst seinem Volke entgegen tragen kann“ ²⁾).

Am 5./15. Mai schiffte der König sich in Margate ein, dies Mal unter dem Geleite eines stärkeren Geschwaders als sonst, weil ein Handstreich des kühnen Jean Bart zu befürchten stand. Zwei Tage später befand er sich im Haag. Bevor wir die Schritte des Königs hier weiter verfolgen, haben wir den Stand der Dinge im Haag uns klar zu machen.

Die Rede des Königs zu Della Torre hatte bei einigen der verbündeten Mächte, und namentlich in Wien, die Besorgnis erregt, daß sie die Vorbereitung sei zum abermaligen Betreten desselben Weges wie im Jahre 1694, nämlich einer geheimen Verhandlung mit Frankreich durch Dylvelt. Diese Ansicht war begründet. Die Verhandlungen dieser Art waren bei der Ankunft des Königs bereits in

¹⁾ Vom 4. Mai: Le mal est qu'il n'y a point de ministère, et que l'on ne sait à qui s'adresser.

²⁾ Commons' Debates t. III, p. 24.

vollem Gange. Das Fasten, die Versuche dieselben zu beginnen, datirten zurück auf den December des Jahres 1695. Es wurden von Seiten des Königs Wilhelm nur Holländer verwendet, und zwar, wie damals, Heinsius und Dykvelt, und neben ihnen Boreel, einer der Bürgermeister von Amsterdam. Für den letzteren sprach nicht irgend eine Neigung des Königs, sondern die Nothwendigkeit einer Concession an die Stadt Amsterdam.

Ueber die damalige Haltung dieser Stadt eröffnete sich der Holländer Dykvelt den Kaiserlichen in folgender Weise. Er trat zu dem Grafen Stratemann und erzählte: vor seiner Abreise von Amsterdam seien die Bürgermeister dort als Körperschaft vor ihn getreten, mit der Bitte in ihrem Namen dem Könige zu eröffnen: sie machten kein Hehl aus ihrem Wunsche nach dem Frieden, jedoch nicht so, daß sie eine Uebereilung desselben billigen oder zu einem Abschlusse geneigt sein würden, welcher nicht die Hoffnung eines Bestandes verbürge. Für diesen Fall versicherten sie Gut und Blut aufwenden zu wollen, um Frankreich zur Vernunft zu bringen. Sie hofften, daß eben darauf auch der König bedacht sein werde. Sie verlangten daher nicht die Mittheilung der künftigen Verhandlungen, sondern unterwürfen sich völlig der Leitung des Königs. Der Grundgedanke für sie sei immer derjenige gewesen, von Frankreich die beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen als Fundament zugestanden zu erhalten ¹⁾.

So willfährig das lautete, so blieb darum doch Amsterdam der Heerd der Agitation für den Frieden, und es tauchte die Besorgnis auf, daß dieselbe sich kund geben würde in voreiligen Schritten. Darum zog Wilhelm III. den Bürgermeister Boreel zu den Verhandlungen. Die Stadt ward dadurch vertreten, und dennoch wieder ihr eben dadurch ein Zügel angelegt ²⁾.

Ein Engländer ward nicht betheiligt. In so weit der Gesandte Lord Lexington in Wien ins Vertrauen gezogen wurde, erhielt er durch Heinsius von dem Könige den Befehl lediglich an Heinsius zu berichten ³⁾.

¹⁾ Stratemanns Bericht vom 12. Juni.

²⁾ So Robethon am 11. Juli. In den Robethon-Papieren im St. A. H.

³⁾ Grovestins t. VI, p. 553. Auch für das Folgende.

So weit sich erkennen läßt, betrafen die Verhandlungen zunächst das Object, welches für die Republik Holland das wichtigste war, die Stadt Luxemburg. Wie früher, finden wir auch dies Mal den König Wilhelm persönlich geneigt, für Spanien lieber ein Aequivalent von mehreren Städten westwärts zu fordern als die Stadt Luxemburg selbst. „Wenn wir — d. h. die Republik — in Betreff Luxemburgs befriedigt sind, schreibt er an Heinsius, so handelt es sich darum auch die anderen Verbündeten zufrieden zu stellen.“ Er hofft, daß das Mißlingen des Attentates die Franzosen etwas gefügiger machen werde. Im April schon gibt der König sich der Hoffnung hin, daß, wenn Dykvelt und Callieres sich geeinigt, man den Verbündeten gegenüber etwas entschiedener reden dürfe. Der Sinn solcher Worte konnte sehr weit reichen. Wir haben von dem Könige früher die Worte vernommen, daß er kein Bedenken tragen würde, für Spanien die Bedingungen des Friedens vorzuschreiben. War er darin inzwischen weiter gegangen? — Dachte er nun auch so dem Kaiser gegenüber aufzutreten?

Es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß seit dem für den Kaiser so sehr unglücklichen Jahre 1690 das Machtverhältnis der beiden Herrscher sich verschoben hatte. Von da an stand dasselbe zu Gunsten Wilhelms III.

Von daher entfeimte nicht eine Differenz; aber im Falle einer solchen fiel die Thatfache ins Gewicht. Unverkennbar ist, daß nach 1694, nach den Conferenzen von Steckborn einerseits, denjenigen von Mastricht andererseits, das Verhältnis nicht mehr das beiderseitige Vertrauen wieder spiegelt wie in den ersten Jahren des Krieges. Es beginnt damit die Zeit, wo wir die beiden Häupter, zuerst noch sehr langsam, später rascher, sich von einander entfernen sehen, für Jahre lang, bis das Herantreten der wichtigsten europäischen Frage jener Zeit sie vom Ende des Jahres 1700 an wieder so enge verknüpft, wie jemals zuvor. Bis dahin indessen verrinnen fünf volle Jahre. Von 1696 an ergeben die Anlässe zu Differenzen sich häufiger.

Eine besondere Beschwerde des Kaisers zog sich alle die Jahre her durch: diejenige über die Kriegsführung in Belgien. „Man könnte dem Feinde größeren Abbruch thun, sagt er, als durch die Wegnahme des einen oder des anderen Plazes in Belgien, und zwar durch die

Verstärkung der Armee am Oberrheine. Daß dies nicht geschieht, ist nicht meine Schuld. Denn vermöge des Vertrages zwischen mir und dem Kurfürsten von Brandenburg zu Anfang dieses Krieges erhält der Kurfürst theils in Assignationen auf verschiedene Reichsfürsten, theils in Anweisungen auf meine eigenen Erblände eine jährliche Subsidie von mehr als einer halben Million Gulden. Dagegen sollten seine Truppen zu meiner Verfügung stehen. Aber der König Wilhelm hat sie jedes Jahr zu seiner Armee gezogen" ¹⁾).

Wir erinnern uns des Einwandes, den Heinsius gleich das erste Mal gegen diese Beschwerde erhoben, nämlich daß die Republik und England auch ihrerseits für diese Truppen zahlten.

Eine andere Beschwerde des Kaisers im März 1696 betraf die damals erfolgte Abberufung der verbündeten Flotte aus dem Mittelmeere. „England und Holland, jagt er, nehmen das Interesse von Savoyen so sorgfältig und löblich zu Gemüthe, daß sie uns anstrengen wollen auch über unser Vermögen, und uns auffordern einige Regimenter aus Ungarn nach Savoyen zu entsenden. Aber zugleich rufen sie ihre Flotte ab, geben dadurch Spanien preis und lassen Savoyen von der Seeseite her hülflos. Hat man die schwere Consequenz erwogen, daß Spanien, wenn es sich verlassen sieht, zum Sonderfrieden sich entschließen könnte? — Was aber für Spanien, gilt auch für Savoyen. Auch würde, wenn Spanien abfiel, Savoyen nicht mehr zu halten sein. In jedem Falle hätte es vorher einer Verständigung mit uns bedurft."

Heinsius erwiederte: von Anfang an habe der Admiral einen allgemeinen Befehl, daß, sobald Spanien die für den Unterhalt der Flotte verprochenen Subsidien nicht zahle, die Flotte zurückkehren müsse. Nun habe aber Spanien seit längerer Zeit schon nichts bezahlt. Dies sei dem Gesandten Don Quiros kund gethan. Bereits habe die Flotte schwer gelitten, und könne in dem Stande, in welchem sie sich befinde, keine Dienste mehr thun. Daher müsse sie abberufen werden. Nicht den Seemächten falle dies zur Last, sondern Spanien ²⁾).

¹⁾ Aus dem kaisertl. Rescripte vom 16. März, an Kaunitz, Stratemann, Auersperg.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 30. März.

Ueberhaupt aber hatte mehr als ein Anlaß zur Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige seinen Ursprung von Spanien her. Die Angelegenheit des Schonenberg dort hatte freilich nicht, wie man befürchtete, weitere Consequenzen hervorgerufen. Die beiderseitigen Gesandten in Madrid, in London, im Haag blieben, nur mit erschwertem Verkehre. Aber der Kaiser hatte seine Vermittelung angeboten, der König dagegen dies Erbieten sehr lau aufgenommen. Nach der Ansicht Auerspergs hatte Wilhelm III. gar nicht den Wunsch, diesem Zustande der Spannung mit Madrid ein Ende zu machen; denn Schonenberg dort leistete ihm dieselben Dienste wie zuvor, während ein Ausgleich ihn zur Abberufung dieses gewandten Mannes nöthigen würde ¹⁾.

Die eigentliche und hauptsächlichste Differenz zwischen dem Kaiser und dem Könige aber begann erst von da an, als der König abermals im Beginne des Jahres 1696 durch Dyfvelt und Boreel mit dem Franzosen Callieres die Bedingungen des Friedens bereden ließ. Sobald die Thatfache offenkundig wurde, stellte der Graf Kaunitz den Rathspensionär zur Rede. „Ich habe ihm Einiges scharf vorgehalten,“ meldet Kaunitz ²⁾. Es ist nicht unwichtig, näher darauf einzugehen.

„Wenn Sie hier abermals geheim verhandeln, begann Kaunitz, so stehe ich nicht gut dafür, daß der Kaiser und der König von Spanien ein Gleiches thun. Ich begreife sehr wohl, daß dies ein großes Unglück sein würde; aber England und Holland mögen dann zusehen, wer mehr dabei verliert. Will man den Frieden, so erkläre man sich. Der Kaiser hat genugsam dargethan, daß er nicht abgeneigt ist, wenn nur ein geeigneter Weg angezeigt und Gelegenheit geboten wird, sich auszusprechen über das Ziel und die Mittel. Dies ist doch das Wenigste, was von Ihrer Seite zu geschehen hat, zumal da bekannt, daß der Kaiser um dieses Krieges willen sein eigenes Interesse wider die Türken hintangesetzt hat.“

So am 21. April/1. Mai, vor der Ankunft des Königs. Heinsius leugnete die Thatfache nicht ab. Er suchte sich dem Vorwurfe von Kaunitz zu entwinden durch die Erörterung der Sachlage. Aber

¹⁾ Bericht vom 1. Mai.

²⁾ Bericht vom 3. Mai.

er meldete es dann dem Könige. Daß der Vorwurf von Kaunitz auf Wilhelm III. nicht ohne Wirkung blieb, ergibt sich aus seiner Antwort. „Ich vernehme mit Bekümmerniß, sagt er, daß über die geheime Unterhandlung Gerüchte verlauten. Ich sehe kein Heilmittel, obwohl uns das zum großen Nachtheile gereichen kann“ ¹⁾.

Die Worte deuten zur Genüge an, daß der König nicht Willens war, sich durch den Vorwurf von Kaunitz von diesem Plane der Friedenshandlung abbringen zu lassen.

Das Mißvergnügen der Kaiserlichen über die Schritte der Bundesgenossen wurde gesteigert durch das Verhalten der holländischen Kaufleute. „Es ist eine Schande, meldet Kaunitz, welche Reden an der Börse zu Amsterdam geführt werden. Man sagt dort laut, daß man wegen Straßburg den Krieg nicht fortsetzen wolle. Der Republik sei an dieser Stadt nichts gelegen; denn irgend ein übel gesinnter Bürgermeister könnte sie doch bald wieder dem Feinde überliefern. Daß durch diese Stadt einige Reichsstände in der französischen Botmäßigkeit gehalten werden, habe nichts zu bedeuten; denn wenn Frankreich das Geld aufwenden wolle, einige deutsche Minister zu bestechen, so verathen und verkaufen sie eben so wohl das Reich. Bedürfe man in Zukunft deutscher Truppen, so seien sie für Geld immer zu haben.“ „Vergleichen leichtfertige Reden, fährt Kaunitz fort, gehen auch unter dem Volke um. Dasselbe ist so gereizt, daß man fürchtet, es werde durch einen Aufstand die Regierung zum Frieden zwingen. Daran trägt die Schuld lediglich das Gerücht jener Unterhandlung; denn vorher war alles ruhig“ ²⁾.

Heinsius und Dykvelt suchten dem kaiserlichen Gesandten auszuweichen. Es gelang ihnen nicht immer. Kaunitz wußte den Rathspensionär zu stellen. „Es kann mir nicht verdacht werden, begann er eine Anrede an ihn, wenn ich der ganzen Welt zeigen will, daß ich mich nicht behandeln lassen will wie ein Kind“ ³⁾.

Unterdessen traf der König im Haag ein. Seine Anwesenheit verlieh dem Rathspensionär gegenüber den Vorwürfen von Kaunitz eine festere Haltung. Heinsius erhielt den Befehl die Sachlage den

¹⁾ Schreiben vom 8. Mai an Heinsius, bei Grovestins t. VI, p. 555.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 14. Mai.

³⁾ Bericht vom 14. Mai.

Gesandten mitzutheilen. Kaunitz erwiederte scharf. „Ich muß mich hüten zu brechen, fügt er hinzu; denn sie sind entschlossen zu beharren. Ich kann nur das größere Uebel verhüten.“ Heinsius deutete an, daß Straßburg bei Frankreich belassen werden könne. „Die Franzosen sagen, bemerkte er, ihr König sei alt und verlange Ruhe. Wenn aber der Kaiser Straßburg erhielte, so würde er in wenigen Jahren von da aus wieder den Krieg beginnen.“ — Kaunitz entgegnete: „Straßburg in den Händen des Königs von Frankreich ist ein erheblicher Schritt zur Universal-Monarchie“. — „Aber doch, erwiederte Heinsius, hat Kinsky vor einem Jahre zugegeben: man würde zufrieden sein, Straßburg in geschleiftem Zustande zu erhalten.“ — „Ja, versetzte Kaunitz, für den schlimmsten Fall, und zu einer Zeit wo der König von England die Nothwendigkeit und seinen dringenden Wunsch nach dem Frieden geltend machte.“ — Heinsius versuchte auf eine andere Weise den Grafen Kaunitz mit dem Gedanken auszusöhnen. „Die Franzosen, sagte er, sind noch immer der Meinung, es ließe sich für Straßburg ein Aequivalent finden, dem Kaiser und seinem Hause vortheilhafter als der Besitz von Straßburg für das Reich, nämlich Philippsburg geschleift für den Fürstbischof von Speier, Freiburg und Breisach wie sie sind, für den Kaiser“. — Kaunitz erwiederte: „Es ist dem Kaiser nicht zu thun um sein Privat-Interesse, sondern um das Gemeinwohl des Reiches. Von diesem Standpunkte aus fordert er die Rückgabe von Straßburg“ ¹⁾.

Er erbat und erhielt eine Audienz beim Könige. Wilhelm III. betheuerte, daß das Unvermögen der Republik ihm die Nothwendigkeit des Friedens auferlege. Kaunitz bat, wenigstens in Betreff von Straßburg und Luxemburg dem Feinde keine Hoffnung zu belassen, und die Rückgabe von Lothringen oben an zu stellen. „Leider habe ich bemerkt, fügt er hinzu, daß der König sich um Straßburg nicht viel bekümmert“ ²⁾.

Der König ertheilte an Heinsius und Dykvelt den Auftrag, den sämtlichen kaiserlichen Gesandten den Sachverhalt der geheimen Unterhandlung darzulegen.

¹⁾ Bericht vom 21. Mai.

²⁾ Desgleichen.

„Wir sind beiderseitig darin einig, begann Heinsius, daß durch Schweden nichts zu erreichen ist. Der Kaiser stimmt ferner mit uns darin überein, daß es gefährlich ist zu einem Congresse zu schreiten, bevor die Hauptpuncte des Friedens festgestellt sind. Zum Zwecke dieser Feststellung aber ist kein anderer Weg übrig als ein solcher geheimer. Wollen wir also nicht länger noch wie bisher in Ungewissheit bleiben, so schlagen wir ihn ein. Er ist unverfänglich. Er führt in einem Monate weiter, als derjenige über Schweden in einem Jahre. Der Kaiser hat unlängst ein rühmliches christliches Verlangen nach dem Frieden ausgesprochen, und aufgefordert einen Weg vorzuschlagen. Nun bietet der König diesen Weg an. Er weiß keinen besseren. Er hofft, daß, in Erwägung aller dieser Dinge, auch der Kaiser zustimmen werde“ ¹⁾.

Das Wesen der Sache war: die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen als Basis der Verhandlungen.

Die kaiserlichen Gesandten hielten nochmals ihre Bedenken, ihre Warnungen entgegen: „Besonders, melden sie, haben wir gemahnt in Betreff Savoyens vorsichtig zu gehen, damit sich nicht der Herzog dort besonders vergleiche und einen Separat-Frieden abschließe. Man hat es uns versprochen, sieht es aber als sehr schwer an, weil man keine genügende Basis habe die Rückgabe von Pignerol von Seiten Frankreichs für den Herzog zu fordern.“

„Wir verkennen nicht die große Gefahr dieses Weges, schließen die Gesandten. Aber wir fürchten, daß, im Falle der Nicht-Zustimmung Ew. K. Majestät, England und Holland vorgreifen und den Frieden schließen werden, somit Ew. K. Majestät in die Lage setzen, denselben annehmen zu müssen.“

Es sind die Erwägungen der kaiserlichen Gesandten, die wir hier vernehmen, nicht eine Drohung des Königs Wilhelm. Er hütete sich sehr so etwas auszusprechen. „Wir dürfen nicht das Aeußerste erklären,“ jagt er bei einem anderen Anlasse einige Zeit später; „denn

¹⁾ Collectiv-Bericht der Grafen Kaunitz, Auersperg, Stratemann, vom 22. Mai. — Man vergleiche den Bericht von Heinsius an Lexington und Seemsterf, in den Lexington Papers p. 204, wo Manches nicht gesagt wird.

das Haus Oesterreich könnte dann leicht uns zuvorkommen" ¹⁾). Es ist anzunehmen, daß ihm diese Erwägung auch im Mai 1696 lebendig gewesen ist.

Und dennoch stellten dem Kaiser diese Schritte des Königs Wilhelm eine Wiederholung der Vorgänge von Nymegen in Aussicht. Wäre es zu verwundern gewesen, wenn Leopold seinerseits auch so zuvorgekommen wäre? Damals hatten die Bürgermeister von Amsterdam den Frieden gemacht. Im Jahre 1696 war es der König von England, der den Frieden machen wollte auf seine Weise, aber im Einverständnisse mit den Bürgermeistern von Amsterdam.

Ein Zuvorkommen solcher Art jedoch entsprach nicht dem Charakter des römischen Kaisers Leopold.

Im Winter 1688 auf 1689 hatte es in seiner Hand gestanden, durch die Annahme der Erbietungen des Königs von Frankreich sich von dem Kriege im Westen frei zu machen und seine Siege gegen die Türken fortzusetzen. „Wenn der Kaiser dies thut, sagte damals der neue König Wilhelm: so ist es um uns Alle geschehen,“ d. h. um Holland und England. Der Kaiser that es nicht. Er schloß mit Holland und England, d. h. mit dem Könige Wilhelm, die große Allianz. Wochte dieselbe nachher nicht allen Wünschen und Hoffnungen entsprochen haben: es liegt und lag bereits damals die geschichtliche Thatfache vor Augen, daß die Umwälzung von England ihre Sanction erhalten durch die große Allianz, durch den Kaiser Leopold.

Von demselben Geiste aus wie damals handelte der Kaiser im Frühlinge des Jahres 1696.

Dieses sein Handeln geht seiner Antwort auf die holländische Aufforderung vom Mai 1696 vorher. Wir haben also jenes zuerst ins Auge zu fassen.

Unter den Reden, welche Heinsius vorbrachte, um die erneute Verhandlung mit Callieres zu entschuldigen, war auch die, daß ein französischer Emissär, Namens Couvonges, sich zu Innsbruck aufhalte und von dort aus mit Wien unterhandele. „Wenn dem so ist, erwiederte Kaunitz: so haben Sie eben so viel Recht sich zu beschweren wie wir. Inzwischen werde ich darüber mich erkundigen.“ „Falls es

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 565. Vom 6. August 1696.

so ist, fügte er dann lächelnd hinzu, so werde ich dem Kaiser rathen, diesen unter Umständen nützlichen Mann doch ja dort zu behalten" ¹⁾.

Diese Gerüchte jedoch im Haag von einer Unterhandlung des Couvonges mehrten sich. Sie stammten nicht aus dem Haag. Sie kamen von Paris. Der Schwede Lilienroth wußte darum. Der Spanier Don Quiros, der Brandenburger Schmettau, beide stets bereit zum Mißtrauen, murrten, daß der Kaiser genau dasselbe thue wie die Holländer.

Die Thatsache der Sendung von Couvonges nach Innsbruck war richtig. Auch hatte sogar der Kaiser eine Sonder-Verhandlung pflegen lassen, nur freilich nicht mit Couvonges. Dieser vielmehr hatte jene Verhandlung durchkreuzt. Wir haben das sehr merkwürdige Geheimniß dieser Sache kennen zu lernen ²⁾.

Wir erinnern uns einer Partei in Wien, die von Anfang an lieber mit Frankreich sich vertragen hätte. Sie hatte einen starken Rückhalt an dem Schwager des Kaisers, dem Kurfürsten von der Pfalz. Von dieser Partei aus waren, ohne Vorwissen des Kaisers, jene Beredungen zu Steckborn in der Schweiz angestellt, die damals zuerst das Mißtrauen Wilhelms III. erregt hatten. Dieses Mißtrauen ward, wie sich im Mai 1696 ergab, nie völlig wieder ausgetilgt, weil der Kaiser nicht, wie er anfangs in Aussicht gestellt, eine Strafe für jene Beredungen von Steckborn verhängte. Diese selbe Partei wußte es im Beginne des Jahres 1696 wieder dahin zu bringen, daß der Kaiser eine solche Beredung verstattete.

Von kaiserlicher Seite waren außer Leopold selbst nur drei Mitwisser: der Graf Kinsky, der Graf de Belo und der Jesuit Menegatti. Der letztere schrieb die Vollmacht für Belo. Dieser soll sich nach Venedig begeben und dort oder an einem anderen Orte in Italien, der um des Geheimnisses willen zu erwählen, zusammen treten mit einem Abgesandten des Königs von Frankreich, um die Mittel zur schleunigen Beendigung des Krieges zu erwägen. Die Vollmacht, vom Kaiser Leopold unterzeichnet, ist fast unbeschränkt.

¹⁾ Bericht vom 7. Mai.

²⁾ Die Acten desselben in einem besonderen Fascikel des k. k. Archivs, unter dem Titel: Separat-Unterhandlung mit Frankreich im Jahre 1696.

Sie trägt das Datum des 7. März 1696, also unmittelbar bevor die Kunde des Mordplanes von Bartley in Wien eingetroffen sein konnte.

In dieser Thatsache der besonderen Sendung entspricht das Verfahren des Kaisers demjenigen des Königs Wilhelm III. in Betreff von Dykvelt und Boreel.

Belo und de la Haye — so hieß der Bevollmächtigte Ludwigs XIV., französischer Gesandter in Venedig — setzten die Beredung an in Padua. Dort traten sie zusammen am 29. März. Sie erkannten gegenseitig ihre Vollmachten an. Belo versicherte die Neigung des Kaisers zum Frieden, seinen Eifer für die katholische Religion. De la Haye antwortete in gleichem Sinne. Der König, sagte er, würde mit tiefem Schmerze ein Unglück der kaiserlichen Waffen gegen die Türken ansehen. — Es lag ihnen ein Entwurf vor in vierundzwanzig Artikeln. Das Exemplar desselben in den Acten ist ganz in der Handschrift Menegattis, eben so wie die zustimmenden oder verwerfenden Randbemerkungen. Aus diesen geht hervor, daß der Entwurf vorgelegt ist von französischer Seite. Der letzte Artikel lautet: „Damit aber die Trauer der Völker in Freude verwandelt, die Grundlage eines ewigen Friedens und gegenseitiger Liebe gelegt werde: so können Heirathen vorgeschlagen werden, welche die beiden ersten Häupter der Christenheit für immer durch die Bande des Blutes vereinigen“. Als diese Heirathen wurden bezeichnet diejenige des römischen Königs Joseph mit der Prinzessin von Orleans, so wie des Dauphins und des Herzogs von Bourgogne mit je einer Tochter des Kaisers. Bei diesem Artikel befindet sich die Randbemerkung: „Von dem Vorschlage solcher Heirathen ist durchaus abzugehen“. Der Vorschlag prägt den König Ludwig XIV. aus, die Verwerfung den Kaiser¹⁾.

Wir erinnern uns, daß in früheren Jahren die Liebesabenteuer Ludwigs XIV. den Kaiser anregten zu satirischen Epigrammen; aber gegenüber der Zumuthung die eigenen Kinder hinzugeben an den Hof von Versailles, verstummte bei dem sittenstrengen Vater der Scherz vor dem Ernste. — Nicht jedoch an diesem letzten Artikel scheiterte die Sache, sondern lange vorher.

¹⁾ Die Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie in Hannover, 29. Juli: „Ich möchte von Herzen wünschen, daß meine Tochter den römischen König bekommen könnte; allein, wie ich höre, so hat der Kaiser keine Lust dazu“.

Die ersten sieben Artikel machten keine Schwierigkeit. Man kam zum achten, welcher die Anerkennung des Königs Wilhelm III. aussprach¹⁾.

Bei diesem Artikel stockte de la Haye. Er verlange Zeit, sagte er, um in Versailles anzufragen und den Entschluß des Königs über die Personen von Jacob und Wilhelm abzuwarten. Wenn die Forderung in England sich als unausführbar erweise, so werde in Betreff des Königs Wilhelm alles nach dem Wunsche des Kaisers geschehen. Der König von Frankreich habe einem katholischen und rechtmäßigen Könige diesen letzten Versuch nicht abschlagen dürfen. Vor dem Ausgange desselben könne er hier nicht weiter vorgehen. Er bitte zu warten bis Ostern. — Velo erwiderte: „Es ist von Anfang an festgestellt, daß der Kaiser nichts thun wird ohne die Zustimmung der Verbündeten. Unter diesen Verbündeten ist der erste der König Wilhelm. Verlangen Sie von mir über seine Person hinwegzugehen, so sind wir zu Ende. Was übrigens diese Erhebung in England betrifft, so ist bekannt, daß die Verschwörung entdeckt und alle Gefahr vorüber ist. Das einzige Ergebnis dieses Versuches ist die Schürung des Hasses beim englischen Volke, und demnach die Erschwerung des Fürwortes, welches der Kaiser für den Prinzen von Wales einzulegen bereit sein würde“. — De la Haye erwiderte: „Der Kaiser hat keinen Krieg, keine Feindschaft mit dem Hause Stuart. Wie nun? Wenn der König Jacob, der unter dem Adel wie dem Volke einen großen Anhang hat, in sein Reich zurückkehrte: wie kann da der König von Frankreich ihn verlassen, oder gar ihn zwingen dem Könige Wilhelm zu weichen? — Diese Hoffnung hat den König von Frankreich zu dem Befehle für mich bewogen noch nichts festzustellen. Nach meiner Ansicht wird er den Befehl zurückziehen, sobald sich klar ergibt, was zur Zeit nur noch das Gerücht vermeldet, nämlich daß der Plan auf England fehl geschlagen. Wenn Sie wollen, so bin ich bereit weiter zu gehen und die anderen Punkte zu besprechen. Ziehen Sie den Aufschub vor, so hoffe ich in sehr kurzer Zeit Antwort zu erhalten,

¹⁾ Er lautet: *Commercium cum Anglis instaurabitur et his conditionibus ab utraque parte acceptatis Rex Guilelmus pro rege recognoscetur, debitisque honoribus afficietur, etc.*

und dann wird dieser Artikel uns seinen Nagel mehr vorschieben“. So de la Haye. — „Auf diese Worte, meldet Belo dem Kaiser, war ich mir wohl bewußt, wie viel daran liegt, daß in den Franzosen nicht die Aussicht auf eine Lösung der großen Allianz aufsteige. Es erschien mir aber als der Beginn einer Lösung, wenn ich etwas anhören oder selber vorschlagen wollte, ohne vorher den um die Allianz so hoch verdienten König Wilhelm eingeschlossen zu haben. Darum erwiderte ich: ich dürfe ferner weder etwas hören noch reden, bis dieser Präliminar-Artikel feststünde, bis der König Wilhelm und England ausdrücklich mit genannt, und ihre Zustimmung, wie in allen anderen Punkten, ihnen vorbehalten würde¹⁾).

Damit endete die erste Zusammenkunft. Eine zweite fand nicht statt. Der König von Frankreich schickte nicht eine Zustimmung zu dem streitigen Artikel an de la Haye in Italien. Er hatte vielmehr, noch sogar bevor jene Zusammenkunft in Padua statt fand, einen anderen Agenten, Namens Couvonges, nach Innsbruck geschickt. Und zwar war das Verhalten in beiden Fällen sehr verschieden.

Jene erste Sache nämlich war so geheim gehalten, daß auf kaiserlicher Seite Rinsky und Menegatti durch kleine Briefe verabredeten, wo sie im Parke von Vaxenburg einander treffen wollten, um unbemerkt die Schriftstücke auszuwechseln. Die Schreiben Belos an Menegatti thun dar, daß nach seiner Ansicht die Maßregeln so getroffen waren, daß auch von französischer Seite das Geheimnis nicht an den Tag kommen würde.

In dieser Beziehung mochte Belo allerdings auf die Person von de la Haye bauen können. Aber das Erscheinen des Couvonges in Innsbruck änderte die Sache. Er persönlich war den Kaiserlichen gegenüber zum Schweigen nicht verpflichtet. Er richtete verschiedene Schreiben an diesen, an jenen: an die Schwester des Kaisers, die Königin-Herzogin Eleonore von Lothringen, die dort residirte, andere nach Wien. Er jagte darin, daß seine Sendung dieselben Punkte betreffe, wie die der Unterhandlung mit Belo. Er verlangte einen Blank-Paß nach Wien. Er wollte sich bei Menegatti in Wien unterrichten, weil dieser allein den ganzen Verlauf kenne, um dann

¹⁾ Bericht Belos an Menegatti, vom 30. März.

Eroiffn Mittheilung zu machen. Die Herzogin schickte diese Briefe dem Kaiser ein.

Der Kaiser ließ durch Kinsky seiner Schwester antworten: nach allem was in dem Verhalten des Königs von Frankreich zu Tage gekommen, sehe er sich außer Stande zu einem Urtheile über die Aufrichtigkeit dieses Fürsten. Der Kaiser sei dennoch bereit alles anzuhören, was der König von Frankreich ihm mittheilen werde, nicht jedoch für seine Person, sondern im Namen aller Bundesgenossen, und werde bereit sein alle entgegen kommenden Schritte zu thun zum Zwecke eines allgemeinen Friedens¹⁾.

Der Kaiser und seine Umgebung mochten glauben, daß mit der Abweisung des Couvonges in Zunsbruck, mit dem Abbruche der Beredung in Padua, nun alles beendet sei. Dies war nicht die Absicht der französischen Politik. Das Durchkreuzen der ersten Sendung des de la Haye, der sich persönlich den Kaiserlichen zum Geheimnisse verpflichtet, durch die zweite Sendung des Couvonges, dem eine solche Pflicht nicht oblag, thut ein planmäßiges Handeln dar. Das Ziel desselben trat bald offen hervor. Der Name des de la Haye ward im Haag nicht genannt; aber Couvonges war dort im Munde aller Diplomaten. Von kaiserlicher Seite konnte mit Recht erwiedert werden, daß Couvonges abgewiesen sei. Nicht mit gleichem Rechte jedoch konnte verneint werden, daß überhaupt eine Unterhandlung statt gefunden. Und diese Thatfache wußte fortan Ludwig XIV. in ausgiebiger Weise zu verwerthen.

Es ist ein ähnlicher Fall wie im Jahre 1668. Auch damals hatten die unwahren Bethenerungen des Gremonville den Kaiser bewogen, um des Friedens willen für die kommenden Geschlechter sich einzulassen in einen Vertrag über die Theilung der spanischen Monarchie, während Ludwig XIV. mit dem Vertrage nichts bezweckte als durch das Kundmachen desselben an Spanien die beiden Linien des Hauses Habsburg für immer zu entzweien. Im Jahre 1696 werden abermals friedensreiche Phrasen aufgewendet, und zwar, wie es scheint, vermittelt eines persönlich aufrichtigen und ehrlichen Mannes, lediglich zu dem Zwecke, um von dem Kaiser eine Friedensberedung zu erwirken,

¹⁾ Kinsky an die Königin-Herzogin Eleonore, vom 26. März.

nicht zum Zwecke des Friedens, sondern um diese Thatsache zu benutzen als Keil des Mißtrauens bei Wilhelm III. Wir werden erfahren, daß später die Bruchstücke jenes Entwurfes von Padua an Wilhelm III. gelangen, nicht jedoch auch die Antwort Velos über seine Person.

Zunächst jedoch haftete im Haag der Name des Couvonges. Es gelang dem Grafen Kaunitz den Spanier Don Quiros durch Briefe aus Innsbruck zum Schweigen zu bringen¹⁾. Es gelang ihm nicht gegenüber dem Holländer Dykvelt, in dessen Interesse es lag zur Entschuldigung der eigenen Schritte die Namen Steckborn und Innsbruck im Munde zu führen. Auch die Erfahrung, daß nichts weiter sich ergab, was zur Stütze eines Verdachtes hätte dienen können, machte das Gerede nicht verstummen. Die französische Politik hatte einen mächtigen Schritt vorwärts gethan: der Boden war gelockert für die Saat des gegenseitigen Mißtrauens unter den Bundesgenossen, sowohl im Haag wie in Wien.

Die Antwort des Kaisers auf den Bericht über die geheime Friedenshandlung in Holland erfolgte am 10./20. Juni. Sie war in dem Geiste gefaßt, in welchem der Kaiser selber sich in jene andere Verhandlung durch den Grafen Velo eingelassen. Sie verlangte die gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen aller Bundesgenossen, die Mittheilung an Alle. „Wir ersuchen also den König, fährt der Kaiser fort, daß den Allirten, über deren Land und Leute verhandelt wird, und die mithin hauptsächlich dabei interessirt sind, nämlich Spanien, Savoyen, Lothringen, über diese Verhandlungen vertrauliche Kunde gegeben werde. Namentlich können wir in guter Wohlmeinung zu erinnern nicht unterlassen, daß bei der jetzigen Lage der Dinge das Interesse des Herzogs von Savoyen mit großer Vorsicht zu behandeln, und ihm kein Argwohn zu geben ist, als wolle man Pignerol hintan lassen. Denn in diesem Falle würde er, um den völligen Ruin seines Landes zu verhüten, desto eher zu einem Sonder-Vertrage sich entschließen.“

Eben so bestimmt spricht der Kaiser für Lothringen. „Da Frankreich sich in diesen Beredungen über Lothringen nicht äußern, sondern die Angelegenheit auf den öffentlichen Congreß verweisen will: so gibt

¹⁾ Kaunitz am 8. Juni: Er (Don Quiros) ist ganz attonitus verblieben.

es dadurch genügend zu erkennen, daß, wenn einmal die mächtigen Allirten befriedigt sind, es mit den schwächeren umgehen will nach seinem Gefallen. Dies entspricht weder der Billigkeit, noch dem Bündnis-Vertrage, noch den späteren oft gegebenen Versicherungen. Wir verstehen uns daher zu dem Könige und den Generalstaaten, daß sie die gleiche Gerechtigkeit für Alle walten lassen."

„Was uns und das Reich betrifft, so kann ohne die Rückgabe von Straßburg der Friede mit Frankreich nicht geschlossen werden. Ein Aequivalent für Straßburg gibt es nicht. Endlich aber darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß so viele Reichsstände in unerhörter Weise mishandelt, so viele Städte und Dörfer bis auf den Grund zerstört sind. Sie haben ein Recht eine Satisfaction zu verlangen."

Der Kaiser fordert demnach nichts für sich, sondern tritt ein für die Schwächeren, für die Gesammtheit. Dennoch ward der König Wilhelm III. durch diese Antwort nicht angenehm berührt. Er erging sich zu Heinsius in einigen heftigen Worten über den Grafen Rinsky. Niemals, meinte er, habe er ein so verworrenes Schriftstück gelesen. Die Mittheilung der Forderungen des Kaisers in Betreff Straßburgs und Lothringens an Callieres, sagte er, würde diesem eine Gelegenheit bieten zum Abbruche der Verhandlungen. Jedoch erkannte er an, daß der Kaiser dem Fortgange derselben direct nicht widersprach. Und eben darauf kam es für ihn an ¹⁾).

Wir sehen demnach, daß der König die Concession aus dem Schreiben des Kaisers annimmt, nicht die Bedingungen der Concession. Ob er damals sich selber klar darüber sein mochte, ob nicht — sein herbes Urtheil über die Bedingungen der Concession läßt im voraus erkennen, daß weder für Lothringen, noch für Straßburg Wilhelm III. mit ganzem Nachdrucke eintreten würde, daß er demnach innerlich Straßburg bereits preis gab.

Immerhin aber hatte nun der Kaiser, wenn auch noch so bedingt, in den Fortgang der geheimen Verhandlungen gewilligt. Demgemäß gestaltete sich das Verhalten von Heinsius und Dykvelt gegen die kaiserlichen Gesandten mehr entgegen kommend. „Glauben Sie mir, sagte Heinsius zu Kauniz, daß wir niemals im Sinne gehabt uns dieses

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 557. Bom 2. Juli.

Weges durch den Callieres zu bedienen, ohne dem Kaiser als dem obersten Haupte der großen Allianz zuvor die Sache mitzutheilen, seine Einwilligung, sein Gutachten einzuholen. Ferner versichere ich, daß alles, was wir bisher gethan, nur im Anhören besteht, in Reden, die nichts feststellen." — „Auf diese erneuten Bethuerungen, fügt Kaunitz seinem Berichte an den Kaiser hinzu, habe ich, gemäß dem Befehle Ew. Majestät, weiter keine Empfindlichkeit an den Tag zu legen, jeden Vorwurf unterlassen" ¹⁾).

Etwas anders redete Croissy in Paris zu dem Schweden Palmquist. Dieser beklagte sich, daß die Krone Schweden, die doch ihre Vermittelung angetragen, nun durch diese geheimen Verhandlungen ausgeschlossen werde. Croissy erwiderte: der Prinz von Oranien habe inständig diese Sendung verlangt. Der Prinz pflege beim Beginne eines Feldzuges eine große Neigung zum Frieden zu zeigen, und dann seinen Sinn zu ändern. Callieres sei nur geschickt zu hören. Dann fuhr Croissy, wie es seine Weise, hoch daher. Wenn der Prinz von Oranien sich nicht zur Vernunft bringen lasse, so werde man ihm antworten mit Kanonen und Musteten ²⁾).

In der That jedoch rüttelte die Kunde der geheimen Verhandlung den schwedischen Hof auf. Die Ehre der Friedensvermittlung, die Carl XI. fast schon in Händen gehabt, drohte ihm zu entwinden in Folge der Rauheit für die Allianz, des Verdachtes der Parteilichkeit für Frankreich. Vilienvroth im Haag trat im Juni hervor mit Eröffnungen an die Gesandten der Mächte. Sein König erkenne an, jagte er, daß die Macht Frankreichs allzu sehr gewachsen, daß die Begünstigung derselben seinem eigenen Interesse widerstrebe. Wenn die Verbündeten seine Vermittelung annähmen: so verspreche er auf alle Weise ihre Ansprüche zu fördern, und durch seine Bemühung um einen ehrenhaften Frieden den französischen Hochmuth zu dämpfen. Bereits habe er, jagte Vilienvroth, seine Instruction, und verlange zu wissen, in welcher Weise man Schritte von seiner Seite wünsche. Aehnlich wie zu den kaiserlichen Gesandten, redete Vilienvroth auch zu Heinsius ³⁾).

¹⁾ Collectiv Bericht vom 5. Juli und Kaunitz Bericht vom 6. Juli.

²⁾ Auersperg an Kinsky, vom 5. Juni.

³⁾ Auerspergs Berichte vom 12. und 29. Juni.

Dieser vernahm das gern. Eben so der König. Im Namen desselben sprach Heinsius dem Lilienroth seinen Dank aus, und erklärte, daß der König bereit sei, in Allem das Interesse und die Reputation der Krone Schweden zu wahren. Die kaiserlichen Gesandten verlangten, daß nun der Weg der geheimen Verhandlung aufgegeben würde. Heinsius hielt entgegen, daß von Schweden her zu wenig Bestimmtes vorliege. Die Krone Schweden sei verpflichtet als Garant für die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen einzutreten. Darüber erkläre sie sich nicht positiv genug¹⁾. Sobald sie dies thue und die Herstellung von Rotheringen hinzufüge, seien England und Holland bereit die Vermittelung anzunehmen. Bis dahin könne man auf den Weg der geheimen Verhandlung nicht verzichten²⁾.

Inzwischen ward die Stellung der Allianz gegenüber Frankreich verändert durch den vielfach längst befürchteten Abfall des Herzogs von Savoyen.

Wir haben wiederholt die Warnungen von kaiserlicher Seite in Betreff des Herzogs Victor Amadeus an den König Wilhelm vernommen. Die Berichte von Walway, der jedenfalls noch bis in den Mai 1696 an die Ehrlichkeit von Victor Amadeus glaubte, führten für längere Zeit den König Wilhelm irre. Der Prinz Eugen von Savoyen dagegen, der die kaiserlichen Truppen dort führte, durchschaute seinen Vetter seit langer Zeit. Im Frühlinge 1696 erstattete er dem Kaiser persönlich Bericht. Nach Savoyen zurückgekehrt, meldete er von dort aus am 7. Juni: die militärischen Dispositionen, die er dort vorgefunden, seien so verkehrt getroffen, daß sie deutlich auf ein Einverständnis mit dem Feinde hinwiesen³⁾. Schon bevor der Kaiser diese Meldung erhielt, war das Mißtrauen seiner Offiziere in Savoyen wider den Herzog so stark laut geworden, daß der Kaiser sich genöthigt sah die Reden und Urtheile über des Herzogs Thun und Lassen bei Lebensstrafe zu verbieten.

¹⁾ Man vergleiche die Reihe von Denkschriften in den *Actes de la paix de Ryswick* t. I, p. 108 et suiv.

²⁾ Collectiv-Bericht vom 18. Juli.

³⁾ Arneith: Prinz Eugen, Bd. I, S. 89 und 457.

Und doch war das Murren dieser Offiziere sehr berechtigt. Denn an dem Tage, an welchem der Kaiser jenen Befehl erließ, war der Verrath des Herzogs Victor Amadeus, wenn auch nicht offenkundig, doch bereits formell vollzogen.

Wir erinnern uns, daß ein Abkommen zwischen Ludwig XIV. und Victor Amadeus bestand, und zwar bereits seit dem November 1693, wo damals Tessé sich mehrere Tage heimlich im Schlosse zu Turin befunden. Seitdem hatte Victor Amadeus mit allen den Mitteln, welche die verbündeten Mächte ihm zur Verfügung gestellt, dem Feinde keinen Abbruch gethan. Er hatte im Jahre 1695 willigen müssen in den Angriff auf Casale; aber er hatte sich darüber mit Ludwig XIV. so verständigt, daß aus der Einnahme von Casale für die Verbündeten kein Vortheil erwuchs. Er hatte dann selber einen Angriff der Verbündeten auf Pignerol dadurch vereitelt, daß er dem Tessé den Plan mittheilen ließ.

Dennoch war gerade diese Stadt, welche einst Richelieu für Frankreich erworben, und durch welche diese Macht dem Herzoge von Savoyen den Daumen aufs Auge setzte, das Ziel der Wünsche von Victor Amadeus. Für die Zusage von Pignerol war Victor Amadeus der großen Allianz beigetreten. Pignerol war der Preis, um welchen er auch für Ludwig XIV. zu haben war. Sein Verhalten vom Herbst 1693 an beweist, daß er diesen Preis bei Ludwig XIV. herauszudrücken hoffte.

Dies ergibt sich ganz besonders aus seinem Verhalten gegen das Ende des Feldzuges von 1695. Zur selben Zeit, wo er dem General Tessé in Pignerol Kunde gab von der Absicht eines Angriffes auf diese Festung, ließ er durch Della Torre mit den Gesandten der anderen Mächte im Haag die große Allianz erneuern, welche für ihn die Zusage von Pignerol bekräftigte. Es geschah nicht, um diese Allianz zu halten, sondern um durch diese Erneuerung einen kräftigeren Druck für seine Wünsche auf Ludwig XIV. auszuüben.

Er ließ dem General Tessé in Pignerol sagen, daß er diesen Schritt im Haag nicht habe vermeiden können, aber daß derselbe nicht seine Absicht ändere sich mit dem Könige wieder auf guten Fuß zu stellen ¹⁾.

¹⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 67: qu'elle ne changeait rien à l'intention où il était de rentrer dans les bonnes grâces du roi. Die letzten Worte sind der übliche französische Ausdruck jener Zeit für solche Fälle.

Am 23. November 1695 erschien sein Abgesandter Grupel in Pignerol. Er redete viel von den Opfern, die Victor Amadeus dadurch bringen würde, daß er sich von der Allianz los sagte. Dann legte er dar, daß es von dem Könige abhänge, dem Herzoge einen plausiblen Vorwand zu diesem Bruche zu geben. Das Mittel dazu sei das Erbieten ihm Pignerol in geschleiftem Zustande zurückzustellen. Wenn der König darauf eingehe, so werde den Herzog nichts mehr hindern sich loszusagen. Ludwig XIV. ging damals auf den Handel nicht ein.

Victor Amadeus sah sich daher genöthigt seine Gründe zu verstärken. Er vermehrte im Winter 1695/6 die Zahl seiner Truppen. Er traf andere Anstalten, die für 1696 eine nachdrückliche Offensive ankündigten. Dann schickte er im Februar 1696 den Grupel abermals an Tessé in Pignerol. Diesem leuchteten die erneuten Gründe ein. Er machte sich auf nach Versailles. Seine Vorstellungen bewogen auch Ludwig XIV. sich den Herzog durch die Hingabe von Pignerol zu kaufen. Nur war man beiderseitig beflissen die eigene Waare möglichst theuer auszubringen, und der Handel darüber zog sich mehrere Monate hin ¹⁾).

In Wien wußte man nicht um diese Einzelheiten; aber man kannte den Herzog Victor Amadeus. Daher die beständige Mahnung des Kaisers an den König Wilhelm, dem Herzoge die Hoffnung auf Pignerol nicht zu nehmen. Wir haben gesehen, daß Wilhelm III. diese Mahnungen geringer achtete als die Berichte des von Victor Amadeus bestrickten Lords Salway, und festhielt an der Meinung in Victor Amadeus einen rechtchaffenen Mann zu sehen. Wir haben vernommen, daß er durch jene Eröffnung an Della Torre, vom 10. April, die Hoffnung auf Pignerol für Victor Amadeus völlig abhchnitt. Die Unterhandlung zwischen Victor Amadeus und Ludwig XIV. war damals bereits in vollem Gange, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie auch ohne jene Eröffnung Wilhelms III. an Della Torre zum Ziele gelangt wären. Allein, wie einmal die Dinge lagen, war jenes Wort für Victor Amadeus ein neuer Sporn auf seinem Wege des Verathes. Della Torre suchte später die Aeußerung des Königs ganz besonders geltend zu machen ²⁾).

¹⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 68.

²⁾ Auersperg an Kinsky, 18. Juli: De la Tour m'a dit que Pignerol a fait le coup, et comme le roy luy a si souvent dit que les affaires des alliés
Klopp. Fall d. Hauses Stuart u. Success. d. Hauses Hannover. VII. 15

Am 30. Mai zeichneten Tessé und Grupel in Pignerol den vorläufigen Vertrag. Eine besondere Feststellung darin wirft bestimmteres Licht auf die Zeit des Aufstehens dieser neuen Entschlüsse bei Ludwig XIV. Es ward nämlich eine Heirath vereinbart zwischen dem Herzog von Bourgogne, dem ältesten Enkel des Königs, und der ältesten, damals erst elfjährigen Tochter des Herzogs Victor Amadeus, ohne Mitgift. Wir erinnern uns dagegen, daß in dem Entwurfe, der von französischer Seite vorgelegen bei der Beredung von Velo und de la Haye in Padua, am 29. März, eine Heirath vorgeschlagen war zwischen dem Herzoge von Bourgogne und einer Erzherzogin. Demnach hat der Gedanke den Vorschlag der Heirath bei Victor Amadeus als politisches Mittel wirken zu lassen, sich entwickelt und ist zur Reife gediehen im April und Mai 1696.

Der Vertrag begann mit dem Artikel: „Der Herzog von Savoyen verpflichtet sich dem Könige von Frankreich zu einem Schutz- und Trugbündnis bis zum allgemeinen Frieden“. In ähnlicher Weise enthielten auch mehrere der folgenden Artikel nicht bloß die Lossagung von den bisherigen Bundesgenossen, sondern die feindselige Stellung wider sie. Bis dahin hatten die Barbets ihre Kraft eingesetzt für Victor Amadeus. Der achte Artikel des neuen Vertrages besagte: „Der Herzog wird nicht gestatten, daß die französischen Refugiés noch ferner eine Zuflucht finden in den Luzerner Thälern“.

Die weiteren Artikel regelten das künftige Verhalten von Victor Amadeus gegenüber seinen anderen Wohlthätern. Wenn die verbündeten Mächte einwilligen in die Neutralität für Italien, so solle Victor Amadeus seine Truppen reduzieren. Wenn sie nicht einwilligen, so soll er Oberanführer der vereinigten Streitkräfte sein. In diesem Falle stellt der König ihm den Erwerb von Mailand in Aussicht. Um für den Kaiser und für Spanien Zeit zum Beitritte zu lassen, soll ein Stillstand gemacht werden bis zum Ende August, und von September an sollen die französischen und savoyischen Streitkräfte gemeinsam handeln. Von da an zahlt der König dem Herzoge monatlich 100,000 Thaler ¹⁾.

ne sont pas en si bon état qu'ils puissent le faire avoir à son maistre, cette circonstance seule a été capable à faire prendre cette résolution à son maistre.

¹⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 70. — Mehrere Einzelheiten bei Roussel t. IV, p. 534. — Eine sehr ausführliche Denkschrift über das Verhalten von Victor

Der eigentliche Preis aber war die Rückgabe von Pignerol in geichleiftem Zustande. Anfangs jedoch blieb darüber noch eine Differenz. Ludwig XIV. versprach Pignerol. Aber er wollte es geben nach der Herstellung des allgemeinen Friedens. Demnach sollte bis dahin Victor Amadeus auf das Wort des Königs vertrauen, sollte in diesem Vertrauen sich losjagen von den bisherigen Bundesgenossen, also sich der Discretion des Königs von Frankreich überliefern. Aber es standen einander hier zwei Persönlichkeiten gegenüber, von denen eine jede in sich den richtigen Maßstab der anderen trug. Victor Amadeus verlangte den sofortigen Besitz nach dem Abchlusse des Vertrages. Ludwig XIV. gab nach. „Es gibt Fälle, sagte er, in denen der Starke dem Schwächeren nachgeben muß“ ¹⁾. Am 29. Juni ratifizierte der Herzog den Vertrag.

Zugleich wurden die zu spielenden Rollen verabredet. Victor Amadeus verlangte, daß Ludwig XIV. ihm offen das Angebot von Pignerol machte, und dadurch ihm einen Vorwand gäbe. Ludwig XIV. willigte ein dies zu thun. Aber er traute doch noch seinem neuen Freunde nicht völlig ²⁾. Der Marschall Catinat rückte in die Ebene von Piemont vor. Von dort aus entsendete er am 17. Juni an Victor Amadeus die Drohung das Land mit Feuer und Schwert aufs äußerste zu verheeren. Auch diese Drohung kam dem Herzoge Victor Amadeus zu statten. Er erschien als der Bedrängte, der Gefährdete. Er selber vor den Generalen der Verbündeten, und sein Gesandter Della Torre im Haag, dieser jedoch damals vielleicht aufrichtig, spielten diese Rolle mit staunenswerthem Geschicke. Della Torre im Haag that dem Congresse der Gesandten die französischen Drohungen kund. Er versicherte die Standhaftigkeit des Herzogs. Es ist merkwürdig zu sehen, wie bereitwillig damals sowohl Holländer wie Engländer die saronische Gaukelei aufnahmen. Am selben Tage, an welchem Victor Amadeus

Amadeus findet sich abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 124 enz. So lehrreich sie ist, so kennt doch der Verfasser die französische Seite der Sache nicht vollständig.

¹⁾ Zwei Schreiben von Palmquist vom 15. Juni und 15. Juli, in den Robethon-Papieren des St. A. G. — In den *Mémoires de Tessé* t. I, p. 71 heißt es: *Le roi tint ferme, le duc céda.*

²⁾ A. a. O. p. 72.

seinen Vertrag mit Ludwig XIV. ratifizierte, dem 29. Juni, beantragte Heinsius im Congresse der Gesandten mit dem Danke der verbündeten Mächte für Victor Amadeus den Beschluß, daß, im Falle der Ausführung jener französischen Befehle von Blut und Feuer, den Bundesgenossen die Pflicht obliege, den Ersatz dieses Schadens durch Frankreich beim Friedensschlusse ausdrücklich zu bedingen¹⁾.

Victor Amadeus mag dies Kugenspiel für erforderlich gehalten haben, um die Bande mit den bisherigen Freunden allmählich zu lösen, um nicht, wenn er auf einmal hervorträte, bevor Catinat ihm zur Deckung nahe stehe, ihnen einen Anlaß zu geben zu Gewaltschritten wider ihn. Dem Könige Wilhelm III. gegenüber hatte er jedenfalls noch einen anderen Zweck. Mit jener Meldung vom 17. Juni, daß Catinat ihn mit Feuer und Schwert bedrohe, that Victor Amadeus zugleich in einem Handschreiben dem Könige kund, daß es ihm sehr wünschenswerth sei, die verheißenen Subsidien zu erhalten. Er habe niemals so dringend ihrer bedurft, und werde sie anwenden nur zum Dienste des Königs und der gemeinsamen Sache. Auch werde die Rückkehr der verbündeten Flotte ins Mittelmeer sehr nützlich sein²⁾.

Mit diesen Betheuerungen indessen überspannte Victor Amadeus den Bogen. Gerade dieser Brief, in Verbindung mit den übrigen Nachrichten, rief bei dem Könige eine andere Regung hervor als diejenige der Bewunderung, welche gleichzeitig Heinsius im Haag und Shrewsbury in England kund gaben, nämlich diejenige des Misstrauens.

Am Abende jenes Tages, an welchem Heinsius im Congresse jenen Dank für Victor Amadeus beantragt, setzte sich der König im Feldlager von Corbay hin, um dem Rathspensionär zu melden, daß die Nachrichten aus Piemont ihn aufs tiefste bekümmerten, daß der Brief des Herzogs, die Versicherung der Standhaftigkeit darin, nicht stimme zu den anderen Nachrichten aus Turin³⁾.

Denn unterdessen war man dort der Sache näher getreten. Als die Ratification des Vertrages in sicherer Aussicht stand, überschrieb

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 29. Juni.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 295.

³⁾ Die Schreiben des Königs bei van der Heim: Het Archief van Heinsius p. 225.

Catinat, der Verabredung gemäß, am 28. Juni, einige Puncte desselben als Erbietungen an Victor Amadeus, mit der Gegenforderung der Neutralität Italiens. Der Herzog legte die Sache den Heerführern der Verbündeten vor. Er sprach ihnen zugleich seine Neigung aus darauf einzugehen. Er verlangte ihre Zustimmung zu einem Waffenstillstande, damit inzwischen die Einwilligung ihrer Kriegsherren von Wien, Madrid, dem Haag eingeholt werden könne. Sie weigerten sich ihrer Unterschrift. Aber sie erkannten an, daß sie, bis auf nähere Instruction, unter dem Oberbefehle des Herzogs stünden. Victor Amadeus schloß mit Catinat für einen Monat ab. Der Waffenstillstand ward am 12. Juli in Turin verkündigt. Einer der wichtigsten Schritte war damit gelungen.

Tessé berichtet dem Könige von Frankreich aus sicherer Quelle zu wissen, daß Victor Amadeus da wo er sich für sicher halte nicht beobachtet zu werden, die Freude über sein Werk kund gebe in ausgelassenen Sprüngen, daß er sichtlich darauf ausgehe, die Heerführer der Verbündeten zu ärgern¹⁾.

Jene erstere Nachricht von Tessé stimmt zu dem anderen Verhalten von Victor Amadeus. Seine Couriere enteilten an alle Häupter der Verbündeten mit der Bitte zu gestatten, daß er die Erbietungen Frankreichs annehme²⁾. Wie der Kurfürst von Brandenburg in seiner Erwiderung hervorhob, machte der Herzog als einzigen Grund für die Annahme, gegenüber dem Bruche seiner Verpflichtungen, geltend sein Interesse. Besonders merkwürdig ist das Verhalten von Victor Amadeus gegenüber dem Kaiser Leopold. Er betheuert, daß seine Verpflichtungen gegen den Kaiser mit unauslöschlichen Zügen auf ewig in sein Herz eingeschrieben seien. Unter diesen Verpflichtungen stehen oben an die ihm — von Ludwig XIV. — gebotenen Vortheile. Er betrachte sie, sagt er, wie die Vollendung des Schutzes, den der Kaiser ihm gewährt, und bittet den Kaiser überzeugt zu sein, daß sein Interesse niemals die feste und unverbrüchliche Anhänglichkeit erschüttern werde, die er stets für den Dienst des Kaisers bewahre. — Nachdem Victor

¹⁾ Rousset: Louvois t. IV, p. 536.

²⁾ Die sämtlichen Schriftstücke in den Actes de la paix de Ryswick t. I, p. 167 et suiv.

Amadeus am 4. Juli so an den Kaiser geschrieben, meldet er am 6. Juli dem Papste, daß, wenn das Haus Oesterreich nicht einwillige in die Neutralität Italiens, er seine Waffen mit denen des Königs von Frankreich vereinigen werde, um es zu zwingen.

Ungeachtet der Schreiben des Herzogs gaben weder der Kaiser noch der König Wilhelm III. die Hoffnung auf, ihn wieder zu gewinnen. Zu diesem Zwecke sandte der Kaiser nach Turin einen eigenen Botschafter, den Grafen Mannsfeld, den wir kennen von seiner einstigen Mission in Spanien her. Jedoch erhielt zugleich der Prinz Eugen dort den Auftrag, mit dem Spanier Veganez und dem Engländer Galway zu erwägen, ob auch ungeachtet dieses Abfalles der Krieg dort fortzuführen sei, wenn es sein müsse, gegen Savoyen und Frankreich ¹⁾. Im gleichen Sinne mahnte der König Wilhelm bei dem Kaiser und erbot sich dafür denselben Betrag der Subsidien zu zahlen, den bis dahin der Herzog erhalten. Die Möglichkeit der Fortsetzung dort hing wesentlich ab von den Entschlüssen Spaniens, oder, genauer zu sagen, von Veganez, dem Statthalter in Mailand.

So im Anfange Juli. Die Entscheidung über diese Frage wird um zwei Monate später vor uns treten.

Es handelt sich zunächst um die andere Frage, welche Einwirkung der zu erwartende völlige Uebertritt des Herzogs zu Frankreich übte auf die Angelegenheit des allgemeinen Friedens, und wie sich dazu verhielt die Sache des Königs Jacob.

Wir erblicken im Juli und August den König Wilhelm bedrückt von schwerer Sorge. Wohin er sich wenden mochte, die Dinge standen ungewis und trübe. Er war nicht sicher, daß nicht in Italien die Neutralität erfolgte, daß dann die französischen Truppen von dort her verfügbar würden wider ihn. Er handelte bereits dem entsprechend. Anstatt, wie der Kaiser es gewünscht und verlangt, Truppen an die Rheinarmee abzugeben, zog der König von dort her Mannschaften nach Belgien, namentlich den Landgrafen von Hessen mit seinem Corps. Die Deputirten des schwäbischen und des fränkischen Kreises im Haag

¹⁾ Arneth: Prinz Eugen, Bd. I, S. 91.

und in Wien führten schwere Klage, daß der König ein Reichs-Contingent nach dem anderen dorthin rufe, dadurch den Markgrafen von Baden am Oberrheine schwäche, und dennoch, obwohl stärker als der Feind, nichts damit unternehme ¹⁾.

Die Unthätigkeit des Königs fiel auch Anderen auf. Dyfvel. versicherte dem Grafen Auersperg: der König wolle offensiv vorgehen. In der That marschirte der König am 26. Juni gegen Boufflers vor. Dieser wich zurück über die Sambre, und lagerte bei Verpines, um Dinant zu decken. Der König folgte nicht dahin ²⁾.

In Paris erging bei wohl unterrichteten Personen über die Stellung der Heere in Belgien ein anderes Gerücht. Der König von Frankreich, hieß es, habe seinen Generalen in Belgien den Befehl ertheilt, sich wohl gedeckt zu halten, alle ihre Sorgfalt dahin zu wenden, daß keine Gelegenheit zu einem Treffen geboten werde. Darum halte Boufflers sich so, daß es fast unmöglich ihn anzugreifen. Das Gerücht meldete weiter, daß, nach Verabredung, die Generalstaaten ihren Feldherren ähnliche Befehle ertheilt. Darum hätten die holländischen Generale dem Könige Wilhelm den Uebergang über die Sambre zum Zwecke des Angriffes auf Boufflers verweigert. Man fügte hinzu, daß in gleicher Weise die holländischen Befehlshaber der Flotte abgelehnt, Theil zu nehmen an dem Bombardement von Städten auf der französischen Küste, St. Martin auf der Insel Rhé, und Olonne ³⁾.

Wie dem immer sei, die Klage des Königs Wilhelm selbst damals richtete sich namentlich gegen die Stadt Amsterdam. „Wenn Callieres, schreibt er am 14. Juli an Heinsius, Straßburg aufgeben und für Lothringen vernünftige Vorschläge machen wollte: so könnte sogar der saxonische Sonderfriede eine gute Einleitung sein zu einem allgemeinen Frieden. Ich fürchte nur, daß Frankreich es anders vorhat. Was mich bei diesem großen Unglücke des saxonischen Schrittes ganz besonders besorgt macht, ist die Schlassheit von Amsterdam. Denn, wenn Frankreich auf unserer Seite, in Italien wie hier, feste Entschlossenheit erblickte, so würde es sich doch zu einem ehrlichen Frieden

¹⁾ Kaunitz Bericht vom 13. Juli.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Juni.

³⁾ Bericht von Palmquist aus Paris vom 23. Juli.

bringen lassen“¹⁾. Der König entsendete Dytvelt nach Amsterdam. Die Antwort von da her entsprach nicht seinen Hoffnungen. Vierzehn Tage nach jener Klage meldet er wieder an Heinsius: „Die Antwort der Bürgermeister an Dytvelt ist ein unzweifelhafter Beweis des Mangels an Energie und des schlechten Verhaltens von Boreel. Der Abfall von Savoyen und diese Haltung von Amsterdam sind die Ursachen, daß wir nicht den Frieden erhalten werden, oder doch nur einen schlechten“. Der König wiederholt die Ansicht, daß nach dem Abfalle von Savoyen der König von Frankreich sicherlich minder willfährig sein werde²⁾.

Wir werden später zu ersehen haben, ob diese Ansicht Wilhelms III. den Thatfachen ganz entsprach.

Eben so schwer indessen wie diese Sorgen drückte auf den König der Geldmangel als die Folge der Münzverwirrung in England. Die Münzstätten dort arbeiteten unablässig; aber das neue vollwichtige Geld lief nicht um, sondern verbarg sich sofort in die Cassen der Wucherer. Die Noten der königlichen Bank sollten wie baares Geld sein; aber wegen des Mangels an Münze verlor man an ihnen beim Einwechseln ein Achtel des Werthes. Der Credit sank rasch und namentlich nach außen hin. Die königliche Bank hatte den Vorschuß der Kriegesausgaben auf sich genommen. Sie konnte nicht zahlen. Bis in Juli hinein dauerte noch die Hoffnung auf das Project der Landbank, für welches der Termin der Zeichnungen ablief mit dem 1. 11. August. Die Aussicht, daß sie die versprochenen 2½ Millionen Pfund Sterling aufbringen könne, sank täglich tiefer. Die Regentschaft, deren hauptsächliche Sorge die Geldangelegenheit war, lud am 11./21. Juli die Unternehmer der Landbank vor. Sie verlangten einen Nachlaß, und wollten auch dann nur sich verbindlich machen zu einem Drittel der Summe. Damit fiel die Sache zu Boden. Die Parlaments-Acte zu Gunsten der Landbank war verwirkt³⁾.

Die Regentschaft erstattete dem Könige den Bericht. Seine Antwort an Shrewsbury, vom 20./30. Juli, ist einer der traurigsten

¹⁾ Das Schreiben des Königs bei van der Heim: Het Archief van Heinsius p. 226.

²⁾ Dergleichen vom 27. Juli, bei Grovestins t. VI, p. 563.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 20. Juli.

Briefe, die er geschrieben haben mag. „Die Meldung der Regenten, sagt er, hat mich völlig niedergeschlagen. Ich weiß nicht mehr, wie ich daran bin; denn ich sehe kein Mittel, wie ich die Armee von Meuterei oder Desertion zurückhalten kann. Es ist hier noch weniger als in England möglich, hinreichendes Geld für ihren Unterhalt aufzubringen. Wenn Sie daher nicht Mittel ausfindig machen, Geld herüber zu bringen oder Credit zu verschaffen: so ist alles verloren und ich muß nach Indien gehen. In solchen außerordentlichen Nothfällen muß man sich bemühen, außerordentliche Mittel auszufinnen. Ich für mich hier kann keins angeben; aber Sie an Ort und Stelle sind befähigt zu einem schärferen Urtheile. Von Ihrem Eifer für meinen Dienst bin ich so fest überzeugt, daß kein Zweifel in mir aufkommt, Sie werden alles Mögliche thun, um eine unglückliche Wendung der Dinge zu verhüten, die entscheidend sein würde, nicht bloß über die Wohlfahrt von England, sondern von ganz Europa“ ¹⁾.

Am nächsten Tage entsendete der König den Grafen Portland nach England. Wilhelm III. war bereit zu Opfern und Wagnissen aller Art. Wie er Anleihen zu machen suchte auf seine Privatgüter, um die Armee zu bezahlen: so gab er durch Portland der Regentschaft die Vollmacht zur Einberufung des Parlamentes, wenn es nöthig erscheine. Portland trat zusammen mit Shrewsbury und Godolphin. Sie verneinten die Zweckmäßigkeit der Einberufung. Sie machten dagegen nochmals den Versuch, von den Wortführern der Landbank Geld zu erlangen. Es war nicht möglich. Es blieb als letzte Zuflucht nur noch die Bank von England. Die Lords der Schatzkammer waren der Ansicht, daß 200,000 £ genügen würden, die dringenden Bedürfnisse bis zum Zusammentritte des Parlamentes zu decken. Nach vielen Mühen und Versprechungen ward diese Summe beschafft ²⁾.

Der Eindruck, den jener Bericht der Regenten auf den König gemacht, wie ihn sein Schreiben vom 20./30. Juli ausdrückt, ward einige Tage später noch verstärkt durch einen besonderen Bericht von Shrewsbury. Es ist zunächst nicht unwichtig hervorzuheben, daß Shrewsbury von Seiten des Königs nicht unterrichtet war über die

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 129.

²⁾ A. a. O. — Grovestins t. VI, p. 564.

Friedensberedungen mit Gallieres. Dennoch streifte er dieselben. Er sprach am 23. Juni/3. Juli seine Besorgnis aus, daß die Friedensberedungen, welche, wie das Gerücht melde, an mehr als einem Orte im Gange seien, von Frankreich angestellt würden lediglich zu dem Zwecke, um unter den Verbündeten Zwietracht auszusäen. „Und vielleicht, fügt Shrewsbury hinzu, ist dies von ihrer Seite das geeignetste Mittel ihre Pläne auszuführen und der Sicherheit, dem Glücke, der Ehre Ew. Majestät zu schaden.“

Wenn es die Absicht des Staats-Secretärs war dadurch den König zu einer Aeußerung über diese Verhandlungen zu bewegen: so ward sie nicht erreicht. Dagegen sprach sich der König aus über den Abfall des Herzogs von Savoyen, so wie über seine Hoffnung, daß das Haus Oesterreich in Italien ausharre. Er sehe, sagte er, zur Zeit keine Wahrscheinlichkeit des Friedens, als auf unerträgliche Bedingungen hin. Darum sei es erforderlich von allen Seiten sich aufs Höchste anzustrengen, damit gegenüber dieser Wahrnehmung Frankreich sich dennoch zu einem vernünftigen Frieden entschließe.

Dieses Schreiben, abgefaßt am 13./23. Juli, vor dem Empfange des Berichtes der Regentschaft über die Geldklemme, gab dem Staats-Secretär den Anlaß seine Ansicht über die Gesamtlage und das Verhältnis von England zu derselben auszusprechen.

„Ich denke mir, beginnt Shrewsbury, der Herzog von Savoyen hat diesen Schritt nicht gethan, ohne zugleich sich tiefer mit Frankreich einzulassen, um die Neutralität für Italien zu erzwingen.“

„Da die Lage der Dinge in Flandern, fährt er fort, Ew. Majestät eine nachdrückliche Offensive nicht zu gestatten scheint, und ich nirgends sonst etwas Anderes erblicken kann als die Aussicht auf eine Defensiv: so wird, nach allem Anschein, dieser Feldzug für die Verbündeten entmuthigend enden. In wie weit ein solcher Ausgang, mit der Nachhülfe der Kunstgriffe und des Geldes von Frankreich, auch andere Fürsten antreiben mag, dem Beispiele von Savoyen zu folgen, ist für mich ein Gegenstand trüber Erwägungen. Dies um so mehr, wenn ich dabei gedenke an unsere eigene Lage daheim, die durchwoben ist mit so manchen Schwierigkeiten. Der Credit liegt völlig danieder. Es mangelt das Geld. Es fehlen die Mittel zur Herstellung der Münze, zur Erstattung der Vorschüsse. Ich darf mich daher offen

dahin aussprechen: es kann nicht ein so rasches und wirksames Heilmittel gefunden werden, daß es die Nation in den Stand setzen würde, auch für das nächste Jahr dieselben Summen aufzubringen wie bisher. Ein gutes Parlament mag immerhin willfährige Beschlüsse fassen; aber ich fürchte, daß das Geld weder erhoben noch angeliehen werden kann."

„Ich halte es für meine Pflicht dies Ew. Majestät vorzulegen. Und weil ich bei der gegenwärtigen Verwickelung es für eine Sache von der höchsten Wichtigkeit ansehe, daß Sie die Lage der Dinge daheim genau kennen, damit nicht eine unrichtige Auffassung derselben nachtheilig einwirke auf Ihre Entschlüsse nach außen: so hoffe ich, daß Sie darüber auch die Ansichten Anderer einholen werden, die vielleicht klarer urtheilen als ich. Eine Entscheidung darüber, ob ein Friede auf die Bedingungen hin, wie sie zur Zeit vernünftiger Weise von Frankreich her erwartet werden dürfen, wünschenswerth sei oder nicht, verknüpft sich mit so manchen Erwägungen über meinen Bereich hinaus und mit so vielen Umständen außerhalb meiner Kunde, daß darüber zu reden meinerseits eine Annäherung sein würde. Ich sehe nicht ab, daß eine Stadt mehr oder weniger für das Interesse Ew. Majestät erheblich sei, vorausgesetzt, daß die näher betheiligten Fürsten zufrieden sind."

„Vor allen Dingen ist erforderlich, daß die Verbündeten mit dem Abschlusse des Krieges in so weit einverstanden sind, daß sie, festhaltend an ihrer begründeten Meinung von Ew. Majestät unerschütterlicher Beständigkeit und Ausdauer, bei jeder anderen Gelegenheit bereit sind zum erneuten Bunde. Könnte die Lage der Dinge in Europa uns eine begründete Aussicht gewähren, daß in kurzer Zeit die französische Macht zu Wasser und zu Lande auf denselben Stand gebracht würde wie vor vierzig Jahren: so dürfte man immerhin viel aufzu Spiel setzen, um diese Bürgschaft der Ruhe und Sicherheit wieder zu erringen. Allein ob unter den jetzigen Umständen dies gehofft werden darf, und ob ein geringeres Ziel verdient, daß alles dafür gewagt werde, muß ich der Entscheidung Ew. Majestät anheim stellen" ¹⁾.

Der König erwiedert am 27. Juli/6. August: er habe keine Besorgnis vor weiterem Abfall. „Allein, fährt er fort, wir können

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 128.

auch nicht die Verbündeten nöthigen den Frieden so anzunehmen, wie Frankreich ihn bietet, es sei denn, daß wir Zwang anwenden. Dies würde geschehen durch die Erklärung, daß wir ihnen keine Hülfe mehr leisten können. Das würde gewagt sein, nicht bloß weil dann das Haus Oesterreich mit dem Abschlusse eines Sonderfriedens uns zuvor- kommen könnte, sondern auch, weil dann, nach dem Frieden, keine Hoffnung wäre die große Allianz fortzusetzen. Und doch beruht darauf allein unsere Sicherheit. Möge Gott uns befreien aus unserer gegenwärtigen Klemme! Denn ich kann nicht glauben, daß es sein Wille ist eine Nation untergehen zu lassen, welche er, obwohl wir es nicht verdient, so oft fast wunderbar errettet hat.“ Der König fügt hinzu: „Wenn der Feind unsere Lage kennt, über die er, wie ich fürchte, nur allzu wohl unterrichtet ist, so haben wir auf einen Frieden keine Hoffnung“ ¹⁾.

Die Folgezeit wird ergeben, daß das Schreiben Shrewsburys die Zustände in England düsterer schildert, als es der Ansicht Anderer, so wie wahrscheinlich auch der Wirklichkeit entsprach. Bei dem Dranier aber überwog jederzeit die Neigung die Dinge im trüben Lichte anzusehen. Um so mehr also mußte das Schreiben von Shrewsbury auf ihn die niedererschlagende Wirkung üben, die sich in seiner Antwort zu erkennen gibt. Unter dem Drucke dieser Stimmung handelte er fortan. Es ist von besonderer Wichtigkeit, diese weiteren Schritte zu verfolgen.

Der König schickte das Schreiben Shrewsburys sofort an Heinsius, begleitet mit Aeußerungen, entsprechend denjenigen zu Shrewsbury ²⁾. Der Rathspensionär faßt die Lage der Dinge nicht ganz so schlimm auf. „Frankreich leidet eben so sehr, sagt er, wie wir. Die Geldklemme in England kann sich bessern. Wir können die Unterhandlung einige Monate hinziehen. Nehmen wir aber auch an, der Friede sei jetzt unausweichlich: so legt uns die Klugheit die Pflicht auf, uns mit unseren Bundesgenossen wohl zu verständigen. Denn, wenn die Franzosen die Nothlage, in der wir uns befinden, in ihrem vollen Umfange erkennen: so würden sie zurückziehen. Wenn sie

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 132.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 576 et suiv.

dagegen unseren Wunsch nach dem Frieden durchschauern, andererseits aber inne werden, daß unsere Bundesgenossen nicht eben so gesinnt sind: so werden sie alles aufbieten, um uns dieselben durch das Versprechen großer Vortheile zu entziehen, und unsere Verbündeten, die wissen, daß sie in Gemeinschaft mit uns ihre Lage nicht verbessern können, werden nicht ermangeln uns zu verlassen. Auf diese Weise würden wir uns in eine sehr schwierige Lage bringen. Demnach müssen wir unseren Wunsch nach dem Frieden auf das sorgfältigste verhehlen. Dies ist freilich schwer, weil man in Amsterdam ganz offen darüber spricht. England und Holland müssen sich für den nächsten Feldzug zu Lande und zu Wasser auf das nachdrücklichste rüsten, und die Verbündeten auffordern in gleicher Weise zu handeln. Man muß endlich dem Callieres sehr entschieden erklären, daß ohne die Rückgabe von Straßburg eine Verständigung unmöglich, und müßte auch darüber die Verhandlung abgebrochen werden."

Heinsius wiederholt diesen Gedankengang zwei Tage später, und schließt mit den Worten: „Alle meine Gedanken drehen sich um diesen Punkt: das Verhehlen unserer Schwäche und unseres Friedenswunsches vor Frankreich".

Allein wie war das auch nur möglich? — Heinsius hatte selbst anerkannt, daß diese Dinge in Amsterdam offen besprochen wurden. Dies war in Europa notorisch und dagegen konnte ein Vertuschen nicht mehr helfen. Eben darum wendete sich die Ansicht von Heinsius ins Gegentheil. Das vermeintliche Verhehlen des Friedenswunsches gab nicht eine Basis des starken Auftretens für die Republik. Viel eher stand zu besorgen, daß die wohl erkennbare Realität dieses Friedenswunsches eine solche Basis gewährte für den König von Frankreich.

Es war der eine folgenreiche Irrthum von Heinsius, in welchen er, wie es scheint, den König Wilhelm, auch ungeachtet jener Worte an Shrewsbury, mit hereinzog. Der andere betraf die Verbündeten.

Heinsius spricht die Behauptung aus, daß die Verbündeten nicht ermangeln würden, auf ein Angebot größerer Vortheile von Seiten Frankreichs einzugehen und einen Sonderfrieden zu schließen. Unter dem Worte der Verbündeten im allgemeinen ist der Natur der Dinge nach der hauptjächliche Verbündete zu verstehen, der Kaiser Leopold.

Diese Meinung des Rathspensionärs, die auch in der Antwort des Königs an Shrewsbury erkennbar ist, erfordert eine Prüfung.

Es scheint, daß damals irgend Jemand, dem Wilhelm III. und Heinsius Glauben schenkten, ihnen gemeldet, daß der Kaiser auf die Neutralität für Italien eingehen würde. So bereits im Juli 1696. Eben damals aber ward der Graf Mannsfeld nach Turin entsendet, mit Instructionen, die das Gegentheil bejagten. Die Neutralität ward allerdings drei Monate später eingegangen; aber es geschah auf Grund einer Vollmacht des Kaisers vom 11. September, und unter Umständen, welche der König Wilhelm selbst, später und bei genauerer Kunde der Sache, als zwingend anerkannt hat. Die Nachricht im Juli war irrig. Dessen ungeachtet scheint sie bei Wilhelm III. und Heinsius bereitwilligen Glauben gefunden zu haben.

Wir Spätere wissen, daß einige Monate zuvor der Kaiser Leopold allerdings sogar eine besondere Unterhandlung mit Frankreich geführt, nicht jedoch für sich, sondern für Alle, und daß diese Unterhandlung abgebrochen war, nicht weil der Kaiser zuerst etwas für sich selber forderte, sondern weil er vor allem Anderen von Frankreich verlangte die Anerkennung des Königs Wilhelm III. Diese Thatfache allein verneint für uns Spätere die moralische Möglichkeit eines Sonderfriedens zwischen dem Kaiser und Frankreich. Damals allerdings konnten Wilhelm III. und Heinsius um diese Thatfache nicht wissen.

Alein es mußte ihnen gegenwärtig sein, daß der Kaiser in den Krieg eingetreten war ungeachtet der Angebote, durch welche Ludwig XIV. im Winter 1688/9 ihn zurückzuhalten trachtete, daß er mit derselben Festigkeit auch nachher die erneuten Anerbietungen zurückgewiesen. Welches Recht hatte man nun, auf Grund einer Nachricht, deren Irrthümlichkeit man immerhin nicht gleich durchschauen mochte, weitere Folgerungen zu ziehen, die den Kaiser in Widerspruch setzten mit seinem bisherigen Verhalten?

Diese Folgerungen aber wurden gezogen. „Die Nachricht über die Absicht des Kaisers in Italien, meldet Heinsius am 17. Juli dem Könige, erweckt in mir gegen die Minister des Kaisers eine solche Misachtung, daß nach meiner Ansicht von dort her alles zu fürchten ist.“ Noch stärker drückt sich dann der König aus. „Wie die Minister des Kaisers, sagt er am 23. Juli, kein Bedenken tragen die wichtigsten

Beschlüsse zu fassen und auszuführen, ohne unser Vorwissen: so nimmt das auch unsere Rücksicht auf sie hinweg, und wir werden demnach in Zukunft handeln gemäß unserem Privat-Interesse. Denn wenn dies Ministerium ohne unser Vorwissen so vorgeht, so haben wir dem Kaiserhofs zu erklären, daß auch wir an die eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr gebunden sein wollen“ ¹⁾).

Da das Substrat dieser Anklage nichtig ist, so wendet sie sich zurück gegen den König und Heinsius selbst. In der That liegen so die Dinge. Der Eine wie der Andere war geneigt einer unsicheren Nachricht Glauben zu schenken, um an diesem Glauben eine Stütze zu haben für das eigene nicht bundestreue Verhalten.

Wilhelm III. und Heinsius begingen darin ein Unrecht. Aber nicht bloß dies. Indem sie fortan handelten von dem Boden dieses Mißtrauens aus, mußten sie unvermeidlich dasselbe Mißtrauen auf der anderen Seite erwecken. Heinsius hatte mit Nachdruck die Ansicht hervorgehoben, daß die Klugheit geböte, sich mit den Bundesgenossen wohl zu verständigen. Allein dieser Klugheit entsprach nicht die allzu willfährige Aufnahme fremder Anklagen. Nicht bloß die Klugheit gebot die Verständigung mit den Freunden, sondern vor allen Dingen die Ehrlichkeit. Und weil nicht auf diese letztere das entscheidende Gewicht gelegt wurde: so wandelte sich jenes Unrecht durch seine Consequenzen in einen politischen Fehler.

Vom Juli 1696 an tritt aus den gegenseitigen Aeußerungen des Königs und des Rathspensionärs das Mißtrauen in den Kaiserhof unverkennbar hervor, und wird zu einem Factor ihres Drängens auf den Frieden. Wir werden demselben bald wieder zu begegnen haben.

Vorher tritt an uns die Frage heran, ob in Betreff der Fortsetzung des Krieges der König und der Rathspensionär die Lage Ludwigs XIV. zum vollen würdigten, sein Können und sein Wollen.

Drückte die Kriegeslast schwer auf die anderen Länder, so vor allem auf Frankreich, wo mehr als anderswo Jahr auf Jahr die Bürde wuchs, die Kraft des Tragens abnahm. Das Edict der Capitation vom 18. Januar 1695 hatte in Aussicht gestellt, daß der Ertrag derselben in Zukunft alle anderen außerordentlichen Mittel unnöthig

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 568.

machen werde. Der Ausgang entsprach nicht der Verheißung. Die Capitation mußte erhöht werden. Auch das reichte nicht. Für den Feldzug von 1696 mußten durch besondere Mittel fünfzig Millionen Livres aufgebracht werden. Es wurden Domainen veräußert. Es wurden neue Aemter geschaffen und zum Verfaufe gestellt.

Eins dieser Edicte beginnt mit folgenden Worten: „Bisher ist bei der Aufbringung der Mittel für die Kriegeskosten unsere hauptsächlichste Aufmerksamkeit dahin gerichtet gewesen, solche Mittel ausfindig zu machen, welche unserem Volke am wenigsten zur Last fallen würden. Freilich ist unvermeidlich, daß es nicht unter einigen der bisherigen gelitten habe. Wir werden für die Dauer des Krieges nach Möglichkeit bedacht sein, die Last zu erleichtern, indem wir die Veräußerungen von Kron-Einkünften allen anderen Vorschlägen vorziehen“.

„Der Zweck dieses Einganges, sagt der Schwede Palmquist, ist die Beschwichtigung derjenigen, welche, vertrauend auf den Eingang zu dem Edicte der Capitation, sich dem Glauben hingegeben, daß neue Auflagen von da an nicht mehr zu befürchten seien. Denn jede neu creirte Stelle ist dem Volke eine neue bleibende Last“ ¹⁾.

Besonderes Aufsehen erregte unter diesen außerordentlichen Mitteln ein Ausgebot von Adelsbriefen. Der Eingang des merkwürdigen Edictes lautet wie folgt. „Ludwig von Gottes Gnaden König u. s. w., entbieten allen Gegenwärtigen und Zukünftigen unseren Gruß. Wie die adeliche Abkunft und das Alter des Geschlechtes, welche einen so großen Unterschied unter den Menschen begründen, nur ein Geschenk des blinden Zufalles: so hat dagegen der Ehrenname des Adels seinen Ursprung in der Gabe eines Fürsten, welcher die gewichtigen Dienste, die seine Unterthanen ihrem Vaterlande leisten, mit Sorgfalt zu belohnen weiß. Diese Dienste, welche einen Anspruch haben auf die Erkenntlichkeit des Souveräns, werden nicht immer mit den Waffen geleistet. Der Eifer erweist sich auf vielfache Weise, und es gibt Gelegenheiten, in denen derjenige, welcher bereit ist seine Habe darzubringen für den Unterhalt der Vertheidiger des Vaterlandes, einigermaßen dieselbe Vergeltung verdient, wie diejenigen, welche ihr Blut dafür vergießen. Diese Erwägung hat in uns den Entschluß hervorgerufen, fünfhundert Adelsbriefe

¹⁾ Palmquist aus Paris, vom 7. Mai.

zu verleihen. Sie sollen dienen zur Belohnung für diejenigen Unterthanen, welche, indem sie dieselben für eine mäßige Summe Geldes erkaufen, uns die Mittel gewähren zum Widerstande gegen die hartnäckigen Anstrengungen unserer Feinde“¹⁾).

Der neue so creirte Adel ward an Ehren und Vorrechten dem alten gleichgesetzt. Es ward eben so ausdrücklich erklärt, daß Kaufleute ihr Geschäft fortsetzen dürften unbeschadet des so erworbenen Adels. So am 20. März. Die mäßige Summe Geldes ward zuerst noch nicht bestimmt. Es scheint, daß die Nachfrage dem Angebote nicht entprochen habe. Denn ein weiteres Edict vom 3. April, welches den festen Preis von 6000 Livres ansetzt, fügt als fernere Forderung noch hinzu die Befreiung auf zwei Jahre vom Arriereban und den Leistungen für denselben.

Ueber die ganze Maßregel und deren Tragweite urtheilt der französische Historiker Capefigue: „Die Verleihung des Adels nach Wahl und in Masse war der Todesstreich auf die alte monarchische Verfassung von Frankreich“²⁾).

Auswärtige Berichte sagen, daß auch damals der alte Adel in Frankreich gemurrt habe. Eine laute Kundgebung dieser Unzufriedenheit dürfte schwerlich sich finden. Dagegen ist in Betreff der Capitation eine damalige Kundgebung der Royalität des dritten Standes von Languedoc erhalten, ganz entsprechend der Gesinnung, welche Ludwig XIV. verlangte³⁾. Wie es mit dieser Angelegenheit der Capitation wirklich stand, läßt sich nur aus einzelnen Thatfachen errathen. Es erschien ein Befehl, daß die Diener um die Person des Königs und in königlichen Schlössern, im Falle des Rückstandes in der Zahlung der Capitation, noch die Hälfte als Strafe dazu erlegen sollten. Wenn bei solchen Persönlichkeiten ein Rückstand eintreten konnte: wie war es dann bei anderen?⁴⁾

Es darf demnach der Schluß gezogen werden, daß, wie schwierig auch immer Wilhelm III. seine Lage ansehen mochte, diejenige Ludwigs XIV., ungeachtet der unbeschränkten Gewalt, mit welcher er von

¹⁾ Das Edict bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 43.

²⁾ Capefigue: Louis XIV. t. IV, p. 113.

³⁾ Sylvius t. IV, b. 42, p. 105.

⁴⁾ A. a. O.

Frankreich entnahm, was er für erforderlich hielt, dennoch nicht viel günstiger war, und zwar weil das zu Entnehmende sich nicht vorfand. War es demnach für Ludwig XIV. schwer die ungünstige Lage der Allirten durch die Fortsetzung des Krieges auszunutzen: so fragt es sich auch um seinen Willen in dieser Richtung. Wir werden dabei besonders sein Verhalten gegenüber dem König Jacob zu berücksichtigen haben.

Es ist hervorzuheben, daß in Paris die Nachrichten aus Turin im Juli besonders darum mit großer Freude aufgenommen wurden, weil man sie ansah als die Vorboten des allgemeinen Friedens. In diesem Sinne wurden alle Maßregeln des Königs aufgefaßt. Die Verhandlungen mit Savoyen waren so geheim geführt, daß der Kriegsminister Barbeseux die einlaufenden Berichte Catinats unerbroschen selber dem Könige zutrug, daß auch Croissy nicht ins Vertrauen gezogen wurde. Es galt die Ansicht, daß zu seinem bald darauf erfolgten Tode der Verdruß über diese Ausschließung nicht wenig beigetragen. Dennoch sicherte die Kunde der Thatfachen durch. Gegen das Ende des Monates Juli überwog bei den kundigen Personen in Frankreich die Ansicht, daß der allgemeine Friede erfolgen werde ¹⁾.

Derselbe Bericht fügt hinzu, daß der König Jacob und sein Hof in St. Germain den Gang der Dinge mit großer Niedergeschlagenheit betrachteten. „In der That, fährt der Schwede Palmquist fort, hat er an allen diesen Verhandlungen so geringen Antheil, daß der König von Frankreich ihm von dem Stillstande mit Savoyen nicht einmal eine Kunde gegeben. Der unglückliche Fürst mag sich daraus entnehmen, daß sein Interesse weder jetzt, noch in der Zukunft ein großes Hindernis gegen den Frieden sein wird. Denn, wenn auch der König von Frankreich um seines eigenen Ruhmes willen vermeidet den König Wilhelm anzuerkennen: so erstreckt sich doch die Wirkung dieses Ehrenpunctes nicht bis zum hartnäckigen Festhalten an der Absicht, den König Jacob wieder einzusetzen.“

Diese Ansicht entsprach der Wirklichkeit. Auch der König Jacob verschloß sich ihr nicht in der Hauptsache, obwohl sie dann bei ihm

¹⁾ Die Briefe Palmquists vom 20. und 23. Juli.

eine besondere Färbung annahm. Es ward ihm kund gethan, und zwar, wie auch nach seinen eigenen Worten sich ergibt, nicht durch Ludwig XIV. selbst, daß der Vertrag mit Savoyen einen nachtheiligen Einfluß auf seine Angelegenheit haben werde. Er meldet dies am 20. Juli dem Abte von La Trappe. „Vernünftiger Weise, meint der unglückliche Fürst, sollte man das Gegentheil erwartet haben, nämlich daß nichts so förderlich für meine Sache sein könnte. Dem indem der allerchristlichste König sich loswindet von einem so kostspieligen Kriege wie demjenigen mit Savoyen, kann er um so freier sich nach anderen Seiten bewegen und seine Feinde bedrängen. Allein, obwohl der König von Frankreich für mich dieselbe Zuneigung und Freundschaft beweist wie zuvor: so mag er vielleicht seine Lage als eine solche betrachten, welche ihn nöthigt einen festen Schritt für die Wohlfahrt und den Frieden seines Königreiches zu thun. Ich lebe des Vertrauens, daß er in Betreff meiner sich zu dem Schritte mit Widerstreben entschließt, und darum glaube ich, daß er darüber eben so sehr und mehr noch bekümmert sein wird als ich, der ich ja mein Lebenlang abgehärtet bin durch Widerwärtigkeit“ ¹⁾).

Die Prinzessin Sophie in Hannover äußerte damals zu der Herzogin von Orleans: der König Jacob habe einen gewissen Anspruch auf Heiligkeit, gemäß dem Worte der Schrift, daß man um des Reiches Gottes willen werden müsse wie ein Kind ²⁾).

Einige Wochen später gab Ludwig XIV. dem Könige Jacob klarer zu erkennen, was er zu erwarten habe. Der König von Polen, Johann Sobieski, war im Juni 1696 gestorben. Ludwig XIV. sandte im September nach St. Germain seinen Minister Pomponne mit der Nachricht: der Abbé Polignac berichte aus Warschau, daß in Polen vielfach die Neigung sich kund gäbe, den König Jacob zum Könige zu wählen. — Manche ihm freundlich gesinnte Franzosen, sagt Jacob II., seien gekommen, um ihn anzunehmen darauf einzugehen. Er dankte ihnen für ihr Wohlwollen. Sobald er jedoch mit dem Könige von Frankreich zusammen traf, eröffnete er diesem: er würde die polnische Krone nicht annehmen, wenn sie ihm auch angeboten würde. Viel

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 562.

²⁾ Schreiben der Herzogin von Orleans, vom 9. December 1696.

weniger denn dürfe er darum sich bemühen. Denn jeder Schritt solcher Art würde erscheinen wie eine Abdication derjenigen Krone, die ihm mit Recht gebühre. Deshalb sei er, obwohl die Hoffnung auf seine Herstellung tiefer stehe als jemals, dennoch entschlossen lieber so zu beharren wie er sei, als irgend einen Act zu thun, der seinem Hause zum Nachtheile gereichen könne¹⁾.

Die Folgerung Jacobs II. war unzweifelhaft richtig, wenn die Prämisse gegründet gewesen wäre.

In jedem Falle aber hatte Ludwig XIV. ihm zur Genüge fund gethan, was bei dem demnächstigen Friedensschlusse für ihn zu erwarten stehe.

Wenn eine Aussicht übrig war, die Krone von England für das Haus Stuart wieder zu gewinnen: so bestand sie nur noch für den Sohn, welchen Jacob II. zum Prinzen von Wales ernannt hatte.

Wir gelangen hier zu einer Frage, welche oft erörtert, und dennoch, weil die letzten sicheren Anhaltspuncte fehlten, niemals zur völligen Evidenz dargethan worden ist. Es ist die Frage, ob in jener Zeit vor dem Frieden von Ryswyck etwas zu Gunsten des Prinzen von Wales abgemacht oder unterhandelt worden ist. Die Untersuchung dieser Frage gehört in das Jahr 1696, nicht später.

Denn eins der wichtigsten Actenstücke zur Beantwortung dieser Frage ist ein Schreiben von Seiten des Königs Jacob an den päpstlichen Nuntius in Paris, zur Vorlage an den Papst, vom 27. Juli 1696. In diesem Schreiben heißt es: „Wenn der König einwilligte, daß bei seinen Lebzeiten, nach dem Tode des Prinzen von Oranien, der Prinz von Wales regierte: so würde das von seiner Seite eine formelle Abdankung sein. Auch könnte der Prinz von Oranien nur ein Versprechen geben, welches zu halten nicht von ihm abhängt, weil das Parlament, welches ihm die Krone übertragen, nach ihm die Prinzessin Anna benannt hat. Angenommen aber auch, der Prinz von Oranien könnte und wollte das Parlament bewegen, diese Feststellung wieder aufzuheben: so würde es immer nur unter der Bedingung geschehen, daß der Prinz von Wales nach England gebracht würde, ohne daß man dort im Stande wäre, eine Bürgschaft zu geben

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 561.

weder für sein Leben noch für sein Gewissen. Es darf zuversichtlich angenommen werden, daß Se. Heiligkeit weder Rath noch Zustimmung geben wird für eine Maßregel, die so unheilvolle Folgen nach sich ziehen könnte. Der Prinz von Wales würde durch die Annahme der Succession nach dem Prinzen von Oranien die Basis seines Rechtes aufgeben, nämlich dasjenige seines Vaters. Und weiter, da er dann dem englischen Volke für seine Erhebung verpflichtet wäre: so würde die Dauer seiner Regierung abhängen von dem Belieben desselben. Und wenn Se. Britannische Majestät fähig wäre einzuwilligen in einen so unwürdigen Vorschlag: so würde er mit Recht den Vorwurf auf sich laden, das Königthum von England, dessen Princip die Erblichkeit ist, zu einem Wahl-Königthume gemacht, und seinem Feinde das Theuerste geopfert zu haben“ ¹⁾).

In derselben Weise schreibt Jacob II. damals an den Kurfürsten von der Pfalz. Sein Princip ist in diesen Worten so bestimmt, so nachdrücklich ausgesprochen, daß eine spätere Verhandlung als moralisch höchst unwahrscheinlich bezeichnet werden muß.

Nun hat allerdings der Biograph des Königs Jacob, nicht er selbst, die Behauptung aufgestellt, daß unter der Hand ein Abkommen zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III. getroffen sei für die Succession des Prinzen von Wales nach Wilhelm III., daß jedoch Jacob II. gemäß dem Grundsatz, welchen wir aus jenem Schreiben an den Papst mit den eigenen Worten des unglücklichen Königs erschen, dieses Abkommen abgelehnt habe ²⁾).

Ein fester Anhaltspunct für diese Behauptung ist von dem Biographen dort nicht erbracht.

Gewichtiger als diese Behauptung scheint das Zeugnis des Herzogs von Berwick. „Kurz nach dem Frieden von Ryswyck, berichtet er, machte der König von Frankreich dem Könige von England den Vorschlag, daß, wenn dieser den Prinzen von Oranien ruhig des Königreiches genießen lassen wolle, er, nach dem Tode desselben, den Besitz dem Prinzen von Wales sichern werde. Die Königin, welche anwesend war, ließ ihrem Gemahle nicht die Zeit zur Antwort, sondern fiel ein: sie würde lieber

¹⁾ Macpherson's Original Papers vol. I, p. 553.

²⁾ The life of James, vol. II, p. 575.

ihren Sohn todt sehen, als im Besitze der Krone zum Nachtheile seines Vaters. Der allerchristlichste König gab darauf dem Gespräch eine andere Wendung." „Es liegt nahe zu vermuthen, fügt dann Berwick hinzu, daß die Rede des Königs von Frankreich mit dem Prinzen von Oranien vereinbart war, und es war, wie ich offen auszusprechen mir erlaube, eine große Thorheit ein solches Erbieten auszusprechen“ ¹⁾).

Laßen wir diese letztere Vermuthung des Herzogs von Berwick auf sich beruhen: so kann doch die von ihm berichtete Thatfache nicht erdichtet sein. Es fragt sich nur um die Zeit derselben. Es ist undenkbar, daß die Unterredung statt gefunden haben sollte nach dem Frieden von Ryswyck, oder noch bestimmter, nach jenem Schreiben Jacobs II. an den Papst, vom 27. Juli 1696. Da der König Jacob II. das darin ausgedrückte Princip auch nach anderen Seiten hin verkündete: so kann es namentlich dem Könige von Frankreich nicht verborgen geblieben sein. Dies um so weniger, da er, wie sich uns sofort ergeben wird, die Sache im Beginne des Jahres 1696 zur Sprache gebracht hatte. Der Bericht Berwicks ist sachgemäß, nur mit der Einschränkung, daß er, welcher diese Denkwürdigkeiten viele Jahre später niederschrieb, und zwar, wie er selbst bemerkt, bis dahin in nicht detaillirter Weise, die Zeitfolge nicht genau inne gehalten hat. Der Anfang seines Berichtes sollte lauten: nicht: „kurz nach dem Frieden von Ryswyck“, sondern: „kurz vor dem Frieden von Ryswyck“.

Und hier erst kommen wir an die eigentliche Sache. Die Frage der Succession des Prinzen von Wales war allerdings, wie auch aus dem Schreiben von Jacob II. an den Papst, vom 27. Juli 1696, sich erkennen läßt, in jener Zeit zur Sprache gekommen, nicht jedoch zwischen Wilhelm III. und Ludwig XIV., sondern zwischen dem letzteren und dem Kaiser Leopold.

Zum Zwecke der Klarstellung dieser Angelegenheit haben wir uns zurück zu wenden zu der Besprechung, welche am 29. März 1696 zu Padua statt gefunden, zwischen Vello von kaiserlicher, de la Haye von französischer Seite. Wir erinnern uns, daß für diese Beredung von der letzteren Seite ein Entwurf vorlag.

¹⁾ Mémoires de Berwick t. I, p. 102.

Dieser Entwurf war umfassend. Er bezweckte, wie es der Wortlaut der drei folgenden Artikel darthut, eine allgemeine Pacification von Europa. Es heißt nämlich dort ¹⁾:

„Damit in Zukunft alle Zwietracht gehoben, und, so viel es möglich, die Sache des Hauses Stuart geschützt werde: so wollen die zwei Monarchen unter einander zwei geheime Schriftstücke zeichnen, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß jedes derselben für sich zur Ausführung gelangen soll, und daß, wenn irgend welche Ereignisse die Ausführung des einen hindern, nichts desto minder darum das andere beobachtet werden und in voller Kraft verbleiben soll.“

„Das erste Schriftstück soll von Seiten des Allerchristlichsten Königs die spanische Monarchie betreffen. Es soll, gemäß dem eingereichten Entwürfe, vom Könige selbst gezeichnet, vom Dauphin bestätigt, in die Hände des Kaisers überliefert, und dann unterschrieben werden durch die beiderseitigen Gesandten.“

So der Wortlaut dieses Artikels. Der Entwurf, von welchem hier die Rede, liegt nicht vor. Die folgende Ausführung dagegen in Betreff des zweiten Schriftstückes läßt erkennen, daß jenes erstere einen Verzicht enthielt. Dieser Verzicht, den Ludwig XIV. in Aussicht stellt, kann folgerecht nur derselbe gewesen sein, den er auch zwei Jahre zuvor in der Unterredung zu Steckborn bei Zürich hatte anbieten lassen: nämlich der Verzicht auf die Ansprüche des Dauphins an das Erbe der spanischen Monarchie, nicht jedoch zu Gunsten des Kaiserhauses, sondern des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern ²⁾.

Dann fährt jener Entwurf fort:

„Das zweite Schriftstück soll sein von Seiten des Kaisers zu Gunsten des Prinzen von Wales. Der Kaiser würde darin versprechen, daß er, im Falle des Todes des Königs Wilhelm III. ohne männliche Erben, nicht bloß kein Hindernis erheben will gegen die Wiederkehr des Prinzen in sein väterliches Reich, sondern auch, nach der Herstellung des allgemeinen Friedens, in gütlicher Weise sich bei dem Könige Wilhelm um die Zustimmung dafür verwenden will. Kann

¹⁾ Anlage IV.

²⁾ *Fontes rerum Austriacarum*, Bd. XXVII, p. 380. Ruzzinis Finalbericht von 1699. Man vergleiche Bd. VI dieses Werkes, S. 361.

jedoch dies nicht durchgesetzt werden, so soll dem Kaiser eine fernere Verpflichtung nicht obliegen; auch soll darum nicht minder das andere Schriftstück und der darin enthaltene Verzicht in Kraft verbleiben.“

„Im Falle daß, wenn Gott uns nicht gnädig wäre, dies General-Project von den Bundesgenossen nicht angenommen würde: so soll es geheim bleiben und sein, als wäre es nie gemacht.“

Ueber die Aufrichtigkeit der Gesinnung des Königs von Frankreich bei diesem ganzen Entwurfe müssen wir Spätere mit dem Kaiser Leopold sagen: wir wissen nicht, was davon zu halten ¹⁾. Wir erinnern uns dagegen, daß die Beredung zu Padua am 29. März 1696 daran abbrach, daß der Bevollmächtigte de la Haye auswich an dem Puncte des französischen Entwurfes, welcher die Anerkennung Wilhelms III. in Aussicht stellte. Es war der achte Artikel. Die anderen, namentlich die oben aufgeführten, kamen also nicht einmal zur Sprache. Within hat der Kaiser nicht dem Könige von Frankreich gegenüber die Verpflichtung auf sich genommen, das Interesse des Prinzen von Wales bei Wilhelm III. in gütlicher Weise zu vertreten. Auch ist dies damals nicht geschehen. In späterer Zeit, nach dem Abschlusse der zweiten großen Allianz, vom 7. September 1701, und kurz vor dem Tode Wilhelms III., ist zwischen diesem Könige und dem Kaiser die Sache des Prinzen zur Erörterung gekommen. In welcher Weise dies geschehen, werden wir seiner Zeit zu ersehen haben.

Wie eine Unterhandlung über den Prinzen von Wales direct zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III. zur Zeit des Friedens von Ryswyck an sich unglaublich ist: so fehlt auch, wie Somerville ²⁾ und andere englische Historiker dargethan haben, dafür jeder zuverlässige Anhaltspunct.

Es tritt aber noch dazu ein anderes Moment in der Seele Wilhelms III., welches, von den Engländern in Anlaß jener Frage

¹⁾ Aehnlich drückt Ruzzini sich aus in Betreff des Verzichtes: *Se ben lasciasse incerta la sincerità de' suoi oggetti, essibi la Francia di rinunciar in ampla etc.*

²⁾ Somerville: *The history of political transactions, from Charles II. to the death of William III.*, p. 442.

nicht beachtet, dennoch für ihn persönlich allein schon den Ausschlag wider den Prinzen gegeben haben würde.

Denn, angenommen auch, es hätte in seiner Macht gestanden, das Parlament von England zu einem Beschlusse dieser Art zu bewegen, mit Cauteleu, welche die Engländer in aller Beziehung sicher stellen würden: so konnte er als Erbstatthalter der Republik, als der holländische Patriot, nicht dazu mitwirken, daß ein Sohn des Mannes, der all sein Unglück der Republik zuschrieb, den englischen Thron bestieg. Denn nach der Natur der menschlichen Dinge mußte dieser Sohn die Republik glühend hassen, und würde demnach noch bereitwilliger sein als der Vater und der Oheim, zusammen mit Frankreich das Werk von 1672 gegen die Republik wieder aufzunehmen. So gern Oranien, aller Wahrscheinlichkeit nach, im December 1688, das Kind auf englischem Boden zurück gehalten hätte: eben so entschieden mußte er, folgerecht nach den Principien seines Lebens, der Wiederkehr desselben sich entgegen setzen. Es war die Consequenz der Thorheit, welche die Eltern, der König Jacob und die Königin Marie Beatrice, begangen hatten durch den Entschluß der Flucht mit dem Kinde nach Frankreich.

Demnach bleibt von jener Nachricht bei Berwick nichts übrig, als der von Seiten Ludwigs XIV. dem Kaiser im Beginne des Jahres 1696 gemachte Vorschlag. Und zwar muß Ludwig XIV. diesen Vorschlag gemacht haben ohne Vorwissen Jacobs II., also vor jener Unterredung, die Berwick berichtet. Dagegen hat der König Jacob II. die Kunde dieses Vorschlages oder doch des Gedankens überhaupt, gehabt vor seinem Schreiben an den Papst vom 27. Juli 1696.

Daß Ludwig XIV. in jenem General-Projecte, welches er an den Kaiser bringen ließ, ohne Vorwissen des Königs Jacob gehandelt, ergibt sich noch aus einem anderen Artikel desselben. Dieser lautet: „Der König von England (also Wilhelm III.) wird, wenn der König Jacob zustimmt, beim Parlamente beantragen, daß es dem Könige Jacob ein angemessenes Jahrgeld bewilligt, und wird alles aufwenden, um das Parlament dafür willfährig zu stimmen. Kann er jedoch dieses nicht durchsetzen: so soll es ihm nicht zur Last gelegt werden, noch der Friede dadurch als gebrochen erscheinen, oder dadurch der Allerchristlichste

König von der vollständigen Ausführung des vorhergehenden Artikels — nämlich der Anerkennung Wilhelms III. — entbunden sein“¹⁾).

Wir erinnern uns, daß Wilhelm III., um jeglicher Anforderung dieser Art von Seiten Frankreichs zuvorzukommen und den Boden zu benehmen, in den Unterredungen zu Maastricht, im Jahre 1694, durch Dykvelt das Angebot eines Jahrgeldes für Jacob II. entgegen getragen hatte. Es ist undenkbar, daß Wilhelm III. sich so weit engagirt haben sollte, ohne sich der Willsfähigkeit des Unterhauses dafür moralisch sicher zu wissen. Wir erinnern uns, daß der Papst Innocenz XII. dies Erbieten kannte, daß er darauf hin, indem er an die Möglichkeit der Herstellung Jacobs II. nicht glaubte und nur noch auf das Recht des Sohnes Gewicht legte, die Uebersiedelung von Jacob II. nach Rom wünschte.

Auch darf mit Sicherheit gesagt werden, daß Wilhelm III. und das Parlament von England in Betreff der Bewilligung die für Jacob II. möglichst schonende Form gesucht haben würden, und zwar dies nicht bloß um des Königs Jacob, sondern auch um ihrer selbst willen, damit nicht dieses nachträgliche Jahrgeld erschiene als der Kaufpreis für ein Recht, welches sie durch ihre Beschlüsse vom Februar 1689 für verwirkt erklärt hatten.

In dieser Beziehung hatte sich Dykvelt, bei jenem Angebote für Jacob II. an Callieres in Maastricht, mit Vorsicht benommen. „Ich habe lediglich gesagt, bemerkte er dem Grafen Auersperg, daß, wenn der König Jacob eine Geldsumme wünsche, der König Wilhelm durch sein Ansehen im Parlamente dies wohl durchsetzen könne. Ich habe mich nicht darauf eingelassen, von einer Demission des Königs Jacob zu reden. Denn in diesem Falle hätte ich ja das Recht Wilhelms III. auf die Krone in eine Erörterung gezogen, hätte in Zweifel stellen lassen, ob König Jacob II. durch seine Flucht die Abdication wirklich vollzogen. Faßt man in Rom oder irgendwo sonst die Sache anders auf, so habe ich dazu keinen Anlaß gegeben“²⁾).

Das Auffallende bei der ganzen Sache ist namentlich der eine Punct, daß Ludwig XIV. im März 1696 dem Kaiser die Forderung

¹⁾ Anlage V.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 9. August 1695.

stellt, bei Wilhelm III. etwas zu erwirken, was dieser zwei Jahre zuvor aus sich dem französischen Bevollmächtigten Callieres hatte anbieten lassen, und zwar, wenn auch nicht lediglich, so doch mit bewogen durch die Absicht, eine solche Forderung von Seiten Frankreichs zu vermeiden. Nun enthält aber der französische Entwurf vom März 1696 dazu die Worte: „Wenn es dem Könige Jacob genehm sein wird“.

Diesen Worten gemäß hat Ludwig XIV. nicht vorher mit Jacob die Angelegenheit eines Jahrgeldes vereinbart.

Da es erwächst daraus noch eine andere und wichtigere Frage, nämlich die, ob der König Jacob von dem durch Dykvelt zu Mastricht gemachten Angebote eines Jahrgeldes jemals eine Kunde erlangt habe.

Die eigenen Äußerungen Jacobs II., welche auf uns gekommen, enthalten keine Andeutung einer solchen Kunde.

Wir erinnern uns, daß Innocenz XII. im Sommer 1695 sich über dies Anerbieten Wilhelms III. zu dem spanischen Gesandten Carpio aussprach. Die gleichzeitigen Berichte des Gesandten Jacobs II. in Rom, des Grafen Perth, lassen erkennen, daß er dort vielfach den Wunsch vernommen, der König Jacob möge seinen Aufenthalt in Rom nehmen. Dagegen enthalten diese Berichte keine Andeutung, daß Innocenz XII. jemals zu Perth über die Geldangelegenheit geredet. Die Leidenschaft, die sich in den Worten dieses Gesandten wieder spiegelt, mochte ihn in den Augen des Papstes erscheinen lassen als eine sehr wenig geeignete Persönlichkeit für Angelegenheiten so delicateser Natur. Selbst da, wo der Anlaß zu einer Erörterung des Angebotes für Perth nahe lag, nämlich bei seinem eigenen Widerspruche gegen diesen Gedanken der Uebersiedelung von Jacob nach Rom, tritt eine Kunde von dem Angebote des Jahrgeldes nicht zu Tage¹⁾.

Erst im Juli 1696 vernehmen wir von dem König Jacob selber eine Erörterung über die Angelegenheit eines Jahrgeldes für ihn. Er berührt die Frage in demselben Schreiben an den Papst, vom 27. Juli, in welchem er sich ausspricht über die eventuelle Succession seines Sohnes, und im engen Zusammenhange mit dieser Angelegenheit.

¹⁾ Die Berichte in Macpherson's Original Papers vol. I, p. 531 sqq. Er sagt p. 538: Now all our conversations are bringing the king to Rome, which God forbid.

„Der König — so läßt Jacob II. in diesem Schreiben sagen — darf sein unantastbares Recht nicht in Frage stellen lassen. Beispielsweise aber kann nicht verneint werden, daß er durch die Annahme eines Jahrgeldes von Seiten des Prinzen von Oranien, obwohl er dessen nie mehr bedürftig als jetzt, stillschweigend auf sein Recht verzichten würde.“

Diese Worte des Königs Jacob enthalten zunächst den Beweis, daß der König Ludwig XIV. die Anforderung, welche er in jener Beredung vom März 1696 an den Kaiser stellen ließ, nämlich bei Wilhelm III. ein Jahrgeld für Jacob II. zu erwirken, seinem Schützlinge vorher nicht mitgetheilt haben kann. Denn gemäß dem Grundsatz, welchen Jacob II. in diesem Schreiben vom 27. Juli vor dem Papste entwickelt, würde er die Anregung dieser Sache als Forderung seinerseits nicht gestattet haben. Weiter aber erwächst aus jenen Worten die Frage, ob das zu Mastricht im Jahre 1694 durch Dyfvelt gemachte Erbieten eines Jahrgeldes dem Könige Jacob bekannt geworden sein kann. Wenn dasselbe zu seiner Kunde gelangt wäre, so war damit auch der Anlaß gegeben, sich damals, im Jahre 1694, über das Princip auszusprechen, und, sobald einmal dies geschehen, mochte nun Jacob II. dann das Erbieten Wilhelms III. angenommen oder abgelehnt haben, war es dem Könige Ludwig XIV. moralisch unmöglich, dem Kaiser jene Anforderung zu stellen mit dem Zusätze: wenn der König Jacob zustimmt.

Es ergibt sich also, daß Ludwig XIV. seinem Schützlinge Jacob II. das im Jahre 1694 durch Dyfvelt gemachte Angebot eines englischen Jahrgeldes von 100,000 £ verschwiegen hat.

Dagegen ist nach jener Verhandlung in Padua vom März 1696 bis zum Juli 1696, wo Jacob II. jenes Schreiben für den Papst Innocenz XII. abfassen ließ, aus dem damaligen französischen Entwürfe irgend eine Kunde über einen solchen Vorschlag an ihn gelangt. Bestimmteres ist aus seinen Worten nicht erkennbar.

Der König Jacob II. lehnt ab.

Denken wir uns in seine Situation hinein, so ist diese Ablehnung, durch welche er ein königliches Einkommen, wie es ihm gebührt hätte, seinem Principe zum Opfer bringt, vielleicht der ruhmwürdigste Act in seinem Leben. Jacob II. handelte darin wahrhaft königlich. Freilich

müssen wir dann wieder sofort hinzufügen: jedoch nur von diesem seinem subjectiven Standpuncte aus.

Denn Jacob II. vergaß damals, wie immer, daß er in den Tagen der Entscheidung nicht mit dem Schwerte für sein Princip eingestanden. Er vergaß, daß Niemand ihm seine Kronen genommen, bis er selber flüchtig sie verließ. Die Thatfache, daß Jacob II. in den Tagen der Entscheidung nicht königlich gehandelt, war da mit allen ihren Consequenzen, und diese Consequenzen wurden nicht aufgehoben durch die spätere, subjectiv betrachtet, königliche That des Verzichtes auf ein Jahrgeld, welches in den Augen Jacobs erschien wie eine Abfindung für sein Recht.

Ludwig XIV. hatte seinen Schützling nicht der Versuchung ausgesetzt, in welche ihn das Angebot eines Jahrgeldes ohne alle Bedingung hätte bringen können. Jacob II. selber wies principiell jede Verhandlung über ein Jahrgeld zurück, an welchem, nach seiner Ansicht, eine Bedingung für ihn haften würde. Die Consequenz in beiden Fällen war dieselbe, nämlich die abermalige Befestigung der Abhängigkeit des Hauses Stuart von dem vermeintlichen Freunde und Schützer. Jacob erkannte das. Er wollte es so. Er legte, wie durch die That, so auch in Worten ausdrücklich diese Gesinnung dar in einer Denkschrift, durch welche er Ludwig XIV. vom Friedensschlusse mit dem Oranier damals abzumahnen hoffte. „Es liegt klar vor Augen, sagt er, daß ganz Europa zur Zeit ähnliche Gesinnungen wider Frankreich hat wie einst gegen Spanien. Alle Andere möchten Frankreich gedemüthigt sehen. Und es ist nicht zu verwundern, wenn die Mehrheit der Engländer, gemäß der Eifersucht, die zwischen Nachbarn obzuwalten pflegt, derselben Gesinnung huldigt. Aber es sollte andererseits erwogen werden, daß ein König von England, welcher, selbst katholisch, über protestantische Unterthanen regiert, immer angewiesen ist auf die Freundschaft mit Frankreich. Er bedarf derselben, um seine Autorität aufrecht zu halten und sich zu schützen gegen seine eigenen Unterthanen, vor denen er wegen ihres eingewurzelten Hasses wider alles was sie Papismus nennen, in beständiger Gefahr schwebt.“ Deshalb bittet der König Jacob den Krieg fortzuführen bis zu seiner Wiedereinsetzung¹⁾.

¹⁾ Macpherson's Original Papers vol. I, p. 560. Die Denkschrift trägt kein Datum. Da aber Jacob II. schon im Sommer 1696, wie wir gesehen,

Bei solchen Worten, welche die Selbständigkeit der Krone, das Recht und die Gesetze der Unterthanen einem fremden Willen zum Opfer antragen, scheint Jacob II. völlig vergessen zu haben, daß er selbst im Beginne seiner Regierung den thatsächlichen Beweis des Gegentheiles erbracht, daß er, obwohl Katholik, fast ein Jahr lang der vollen Anhänglichkeit seiner protestantischen Unterthanen sich erfreut, eben so wie der eifrigen Zuneigung des Prinzen von Oranien und der Republik Holland, endlich der Achtung bei allen Mächten Europas, und zwar zu nicht geringem Theile deshalb, weil es schien, daß er entschlossen sei, dem Könige von Frankreich gegenüber seine Selbständigkeit zu behaupten. Nicht der katholischen Religion fiel das Schicksal Jacobs II. zur Last, sondern zuerst seiner Person und dann den Rathschlägen des Königs von Frankreich. Eben darum aber, weil Jacob II. alle seine Hoffnung setzte lediglich auf den König von Frankreich, und dadurch seine Abhängigkeit von demselben neu befestigte, handelte er im Jahre 1696 abermals, wie einst durch seine Flucht, nicht bloß zu Ungunsten des eigenen Rechtes, sondern auch desjenigen seines Sohnes, des Prinzen von Wales. Daß England einmal einen König Jacob III. aus Rom zur Wiederkehr einladen würde, mochte unwahrscheinlich sein; aber es war jedenfalls minder unwahrscheinlich, als daß es gutwillig einen König Jacob III. empfangen würde aus der Hand Ludwigs XIV.

Dieser König ging seine Wege für sich. Wie er im September 1688 den Krieg entfesselt hatte nicht zu Gunsten des Königs Jacob II. von England, sondern, wie er damals glaubte, im eigenen Interesse, wenn auch auf Kosten des Königs Jacob: so legte, wie wir aus dem Mündiger Beobachter im Laufe des Sommers 1696 vernommen, das Interesse von Jacob II. der etwaigen Friedensneigung Ludwigs XIV. kein Hindernis in den Weg. In den Besprechungen zwischen D'Hyvel und Gallieres ließ Ludwig XIV. den letzteren an dem Sage festhalten, daß die Frage der Anerkennung Wilhelms III. die letzte sein müsse. In Paris machte sich schon im Juni 1696 die Ansicht geltend, daß, wenn man an diesen Punct komme, Jacob II. selber den König von

wußte, was ihm bevorstand, so gehört sie nicht, wie Macpherson meint, ins Jahr 1697, sondern in den Juni oder Juli 1696.

Frankreich bitten werde, diese Anerkennung auszusprechen, damit nicht lediglich sein Interesse als die Klippe erscheine, an welcher die Herstellung des Friedens für Europa scheitere¹⁾. Wie immer also auch Jacob gesinnt sein mochte: was Andere voraussahen, das mußte auch er selber sich voraussagen, nämlich daß die Fortdauer seines Aufenthaltes in Frankreich auch die Herbigkeit einer solchen Bitte ihm auferlegen würde.

Und damit sind wir zurückgekehrt zu der Beantwortung der eigentlichen Frage, über welche, wie es scheint, der König Wilhelm III. und Heinsius in ihren Erörterungen zu Anfang August 1696 nicht zur Genüge unterrichtet waren, zu der Frage, ob Ludwig XIV. aus sich geneigt war zum Frieden. Wir haben vernommen, daß kundige Beobachter an Ort und Stelle damals diese Frage bejahen.

Dieser Ansicht schienen auch die ferneren Thatfachen nach außen zu entsprechen. Wie immer die Dinge in Savoyen ausfallen würden, ob zur Fortsetzung des Krieges, ob zum Frieden, lag im Juli und August noch nicht offen vor. Der Stillstand, anfangs nur auf dreißig Tage geschlossen, ward, weil eine Antwort von Madrid noch nicht eingetroffen, am 11. August erneuert. Jedenfalls aber standen die Dinge für Frankreich ungleich vortheilhafter als zuvor. Und dennoch sehen wir Callieres in den Beredungen mit D'Ykvelt zurückweichen. Dies war besonders sichtlich an der Stadt Straßburg. Zuerst hatte Callieres dafür ein Aequivalent geboten. Wir erinnern uns, daß daselbe, namentlich die Stadt Freiburg im Breisgau, berechnet war auf den Kaiser persönlich. Als die kaiserlichen Gesandten von ihren holländischen Bundesgenossen das Bestehen auf Straßburg forderten, bot Callieres es in geschleiftem Zustande. Er ging dann abermals einen Schritt weiter. Er bot die Stadt, wie sie occupirt war, nur noch mit dem Bedinge, daß der Zustand der Religion in der Stadt bleibe, wie er sei, und daß keine neuen Befestigungen angelegt werden sollten. Er

¹⁾ Palmquist, am 4. Juni. Er sagt: *La France pourra faire cette démarche, puisque apparemment le Roy Jacques l'en pressera alors luy-mesme, et tesmoignera ne vouloir pas que son seul interest empesche le restablissement de la tranquillité de l'Europe.*

trieb durch die erste dieser zwei Bedingungen den Kaiser dahin, abermals, wie im Jahre zuvor, bei den Verhandlungen mit Wilhelm III. über Straßburg, aufzutreten zu Gunsten des Protestantismus in Straßburg, weil gemäß dem westfälischen Frieden dem Rathe der Reichsstadt Straßburg das kirchliche Hoheitsrecht zustand ¹⁾. Gallieres ließ die Möglichkeit durchblicken, daß auch noch von diesen Bedingungen kein König absteigen könne. So am 17. August ²⁾.

Der Weg zum Frieden schien sich zu ebenen. Das Bedürfnis und der Wunsch waren allseitig vorhanden, namentlich auch in Wien. Am 18. August schrieb Kinsky an Auersperg: „Ich glaube, das Interesse unserer Allianz erfordert, daß man mit Nachdruck und mehr Thätigkeit als bisher die Friedensgedanken zu verwirklichen trachte“ ³⁾.

Demnach hatte der Graf Kinsky keine Ahnung, daß gerade er im Haag als Widersacher des Friedens betrachtet werden könne. Und doch deuten darauf einige Aeußerungen des Königs Wilhelm. Noch bevor jene Worte an Auersperg gelangt waren, sagte der König in einer Audienz vom 20. August dem Gesandten Auersperg: „Ich beauftrage Sie, ganz besonders dem Grafen Kinsky die Nothwendigkeit vorzustellen, daß wir zum Abchlusse der Präliminarien gelangen“. Bevor er den Gesandten entließ, wiederholte er dies nochmals mit den Worten: „Ich bitte Sie, dem Grafen Kinsky recht nachdrücklich darüber zu schreiben, damit ich so schnell wie möglich eine Antwort erhalte. Denn ich würde sehr in Verlegenheit sein, wenn ich ohne dieselbe nach England abreisen würde, und wir müssen nothwendig zu einem Congresse kommen“. Der Gesandte barg sein Erstaunen nicht. Der König bemerkte es. Er setzte hinzu: „Es thut mir leid genug, daß es so ist; aber die Nothwendigkeit kennt kein Gesetz“.

Es sind demnach, wie wir gesehen, vier wesentliche Motive, welche für dies Drängen des Königs in ihm zusammen wirken. Zuerst

¹⁾ Kaiserliches Rescript an die Gesandten im Haag, vom 12. September: Wegen der Religion habt Ihr zu verstehen zu geben, daß wir hierin dem *instrumento pacis Westphalicae* nichts innoviren können, wohl aber, wenn es England und Holland so gut finden, diesen Punct bis auf den Congreß aussetzen wollen.

²⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 22. August.

³⁾ Je crois que l'intérêt de notre alliance demande qu'en effet on s'applique sérieusement *ad cogitationes pacis*, et qu'on y travaille avec plus d'activité qu'on n'a fait jusques icy.

die lauten Friedenswünsche in Holland. Dann seine Meinung, in Folge jenes Berichtes von Shrewsbury, über den Zustand der Dinge in England. Ferner seine allzu hoch gespannte Meinung von dem Können und Wollen Ludwigs XIV. Endlich sein Mißtrauen gegen Wien.

Wir erinnern uns, daß bereits im Juli bei dem Könige Wilhelm III. eine Nachricht eingelaufen war, welche in ihm und Heinsius sehr starke und eben so ungerechtfertigte Aeußerungen wider die kaiserlichen Räthe hervorrief. Bis dahin lag den holländischen Ministern, obwohl man in Wien sich auf das Anbringen des Couvonges durchaus nicht eingelassen, der Name dieses Mannes gegenüber den kaiserlichen Gesandten leicht auf der Zunge. Von dem Abfalle des Herzogs von Savoyen an trat die Neutralität für Italien an die Stelle. Die Entscheidung über diese Angelegenheit lag in Madrid. Denn der König Carl II. von Spanien war in seinem Herzogthume Mailand zunächst betheiligt, und es war vorauszu sehen, daß, wenn er, um daselbe vor dem gemeinsamen Angriff der savoyischen und französischen Waffen zu retten, in die Neutralität für Italien willigte, der Kaiser allein, welchem kein Fußbreit Landes in Italien gehörte, wider den Willen Spaniens den Krieg dort nicht fortsetzen konnte. Indem aber diese Eventualität näher herantrat, sehen wir die Holländer bemüht, die Entscheidung, zu welcher der Kaiser gedrängt werden konnte, ihm als vorbedachte Absicht unterzulegen. Dies entsprach jenem ersten Berichte, welcher dem Könige Wilhelm III. und dem Rathspensionär bereits im Juli jene schroffen Aeußerungen entlockt hatte. Im Sinne derselben redete namentlich Dykvelt zu dem kaiserlichen Gesandten im Haag. „Wenn die Neutralität für Italien, sagte er, erfolgen und demgemäß uns hier der Krieg abermals um so schwerer fallen sollte: so stehe ich für nichts. Vielmehr wird man dann hier unvermeidlich auf den Gedanken kommen, daß man stehe gegenüber einem Complot von Katholiken, angestiftet von dem Papste, zum Hassе wider die Katholiken“. Die kaiserlichen Gesandten erwiederten: „Nachdem die englisch-holländische Vermittelung bei der Pforte fruchtlos geblieben: so thut der Kaiser was er vermag, um den Erbfeind der Christenheit durch die Waffen zum Frieden zu bringen. Nicht minder bietet er wie bisher seine Kräfte auf wider Frankreich. Sollte er die Neutralität in Italien

annehmen müssen: so ist darum nicht alles verloren; denn wir haben ja den Krieg geführt auch vor dem Beitritte von Savoyen“¹⁾).

Der Urheber jenes ersten unwahren Berichtes über die Absicht des Kaisers in Italien wird nicht genannt. Allein es kam ein zweiter dieser Art.

Am 27. August trat der Secretär Blathwamt im Auftrage des Königs zu dem Grafen Auersperg. Lord Lexington in Wien, sagte er, habe in einem Schreiben vom 15. August dem Könige berichtet, daß der Graf Mannsfeld in Turin vom Kaiser den Auftrag habe, nicht bloß einzuwilligen in die Neutralität für Italien, sondern einen Sonder-Frieden des Kaisers mit Frankreich zu verhandeln. Blathwamt fügte hinzu: es sei nicht auszusprechen, wie den König das überrascht habe. Die englische Nation werde das im Gedächtnisse behalten²⁾. Er redete weiter in diesem Sinne.

Der Auftrag Blathwamts lautete demnach nicht auf eine Frage, eine Erkundigung nach dem Sachverhalte, sondern auf Vorwürfe. Wilhelm III. hielt die Meldung von Lexington für begründet. Demnach ist kaum anzunehmen, daß die Verneinung von Seiten Auerspergs einen Eindruck gemacht habe.

Die von Lexington gemeldete Nachricht über die Entschlüsse des Kaisers in Betreff Italiens ermangelten jeder Begründung. Der nach Turin entsendete Graf Mannsfeld hatte nicht den Auftrag in die Neutralität für Italien zu willigen, sondern den Herzog Victor Amadeus für die große Allianz zurück zu gewinnen³⁾. Die Bemühungen Mannsfelds schlugen fehl. Victor Amadeus beharrte bei Frankreich. Man traf das Abkommen, den Stillstand bis zum 1. September zu verlängern.

Der Fortgang der Dinge wird weiter darthun, daß die Meldung von Lord Lexington den Thatfachen nicht entsprach.

Auf welche Weise dieser Gesandte in jenen Irrthum verstrickt sein mag, ist, namentlich da wir die Kenntniß seines Berichtes nur

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 6. August.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 27. August. In dem gedruckten Werke, Lexington Papers, findet sich dieser Bericht Lexingtons nicht.

³⁾ Mémoires de Tessé t. I, p. 73: L'Empereur fit au duc les propositions les plus éblouissantes pour le rattacher à sa cause; mais ce fut en vain.

aus den Worten von Blathwayt haben, nicht mit Sicherheit zu ermitteln. Seine anderen zahlreichen Berichte ¹⁾ über den Wiener Hof legen nicht Zeugnis ab für eine besonders scharfe Unterscheidungsgabe.

In Betreff des ganzen durch Lexington an Wilhelm III. und Heinsius übermittelten Irrthumes dürfte es sich ähnlich verhalten, wie einst in der Zeit von 1686 bis 1688 mit dem Gerüchte, daß Jacob II. und Ludwig XIV. im geheimen Offensiv-Bündnisse gegen Holland ständen. Die Thatjache war nicht richtig; aber die Neigung zum Glauben an die Richtigkeit, gefördert durch die Kunstgriffe der französischen Politik, wuchs empor. Diese Kunstgriffe, gemäß dem alten Worte: *saepe etiam rumoribus bellum geritur*, scheinen bei Wilhelm III. im Jahre 1696 abermals mit Glück angewendet worden zu sein.

Auf jenes Zurückweichen von Callieres in Betreff Straßburgs im Laufe des Monates August hatten Heinsius und Dykvelt, im Auftrage des Königs, bereits am 22. August die kaiserlichen Gesandten berufen und ihnen eröffnet, daß nach diesen Concessionen Frankreich man zum Congresse schreiten müsse. Zu Ende August eröffnete Callieres, daß sein König auch noch jene beiden Bedingungen in Betreff der Religion und der Festungswerke von Straßburg fallen lasse.

Und damit glaubten Wilhelm III., Heinsius und Dykvelt eine sichere Grundlage zu haben. Die letzteren beiden luden am 2. September die drei kaiserlichen Gesandten Kaunig, Auersperg, Stratemann, und den Spanier Don Quiros zusammen. Sie theilten mit, daß Frankreich die Basis der beiden Friedensschlüsse von Münster und Nymegen annehmen, daß es Straßburg, die Reunionen der Rammern von Metz und Besançon zurückgeben wolle, daß darum nun die Zeit gekommen sei, einen Ort zum Friedens-Congresse zu bestimmen, die Gesandten zu ernennen, die Vermittelung Schwedens auf demselben anzunehmen und dann das Weitere festzustellen. Die Gesandten sträubten sich. Sie verlangten eine bestimmtere Erklärung; denn auch bei den Reunionen habe Frankreich jene Friedensschlüsse zum Vorwande genommen, und es weigere nun die Rückgabe derjenigen von Breisach. Dahin gehörten namentlich die zehn Waldstädte im Eljaß.

¹⁾ Lexington Papers, passim.

Sie verlangten eine Zusicherung in Betreff Lothringens. Sie hoben hervor, daß Frankreich abermals nur darauf ausgehe, die Allianz zu zertrennen. Ein Beispiel liege vor an Savoyen. Gallieres habe zu Anfang versprochen, daß Frankreich einen allgemeinen Frieden wolle. Und dennoch habe es während der Zeit dieser Beredungen den Herzog Victor Amadeus von der Allianz abgetrennt. Sie wiesen darauf hin, wie seinerseits der Kaiser bei dem Versuche durch Schweden gehandelt, wie er als Präliminar-Bedingung vor jegliche andere Verhandlung gestellt die Anerkennung Wilhelms III. Aehnlich und stärker noch redete Don Quiros¹⁾.

Die Worte begegneten einem fertigen Entschlusse und darum prallten sie ab. Die Holländer erwiederten: die vereinbarte Basis genüge. Alles Weitere gehöre auf den Congreß. Sie verlangten, daß die Gesandten dies nach Wien berichteten, damit der Kaiser seine Zustimmung einseende und einen Ort zum Congresse benenne. Sie meldeten ihre Absicht an, auch den geringeren Mächten der Allianz die Sache mitzutheilen, zunächst aber sie in der Versammlung der Generalstaaten offiziell vorzubringen.

In der Erörterung mit den kaiserlichen Gesandten ließ der Rathspensionär die Worte fallen: aus geheimen Nachrichten wisse er mit Sicherheit, daß der Graf Mannsfeld in Turin die kaiserliche Vollmacht habe mit dem Marschall Satinat zu verhandeln und zu schließen. Da der König Wilhelm die Meldung Lexingtons bei dem Grafen Auersperg bereits geltend gemacht hatte: so ist anzunehmen, daß diese falsche Nachricht noch auf einem anderen Wege nach dem Haag gelangt war. Die Wirkjamkeit derselben tritt uns noch klarer entgegen aus den Aeußerungen der Unbetheiligten. Der Schwede Vilienroth jagte zu Auersperg: „Das Gerücht über die Vollmacht für den Grafen Mannsfeld in Turin hat hier einen solchen Eindruck gemacht, daß man keine Zeit verlieren will, um so bald wie möglich zu einem Congresse zu kommen“²⁾.

Das eigentlich treibende Motiv Wilhelms III. und der Holländer war demnach nicht das positive, ihre Zufriedenheit mit den französischen

¹⁾ Die Collectiv-Berichte vom 22. August und 4. September.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 7. September.

Vorschlägen, sondern das negative, ihr Mißtrauen gegen den Kaiser, welches sich gründete auf irrige Berichte.

Die Reden von Heinsius und Dönhelt aber lauteten so bestimmt, daß sich namentlich der Graf Kaunig keiner Täuschung darüber hingab. Er begleitete den Collectiv-Bericht nach Wien mit einer besonderen Darlegung. „Der König und die Holländer, sagt er darin, sind entschlossen. Sie würden vorgehen auch ohne uns und Spanien.“ Er faßt das Ganze zusammen in den Rath: der Kaiser möge das geringere Uebel erwählen.

Mit dieser Conferenz vom 2. September 1696 beginnt die innere Zerlegung der großen Allianz.

In derselben hatten Heinsius und Dönhelt erklärt, daß sie die Sache an die Generalstaaten bringen würden. Mit anderen Worten, es war ihre Absicht, auch ohne die Zustimmung von Wien her, eine vollendete Thatjache zu schaffen. Sie erfolgte am nächsten Tage, dem 3. September. Nachdem Dönhelt über die französischen Vorschläge vom 21. August Bericht erstattet, beschloß die Versammlung auf Grund derselben die schwedische Vermittelung anzunehmen, dies dem Kaiser kund zu thun, und ihn durch den Gesandten Heemskerck zu ersuchen, wie der König ihn durch Lord Lexington ersuchen lassen würde, seinerseits sich in gleichem Sinne zu entscheiden und seinen Botschaftern Vollmacht zu geben ¹⁾.

Die Holländer mochten meinen, dadurch einen erheblichen Schritt vorwärts gethan, namentlich dem Kaiser den Weg für die angebliche Absicht des Sonderfriedens versperrt zu haben: in der Wirklichkeit hatten sie gehandelt gemäß den Wünschen des Königs von Frankreich. Ludwig XIV., der aus vielfältiger Erfahrung, namentlich noch nach der letzten vom März desselben Jahres, genau wußte, daß jeder Versuch den Kaiser zu einem Sonderfrieden zu bewegen, an dem Rechtsinne und der Bundestreue Leopolds scheitern würde, trachtete nicht mehr ihn von den Seemächten zu lösen, sondern die Seemächte von ihm.

Jener Verdacht der Holländer schien dann, da er eine neue Nahrung nicht erhielt, in den nächsten Tagen zu schwinden. Am

¹⁾ Die Resolution ist abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 229 et suiv.

14. September meldet der Graf Auersperg: „Man hat hier den Verdacht wegen der Instruction des Grafen Mannsfeld fallen lassen“. Allein wenige Tage später zweifelt er selber wieder, ob diese seine Ansicht richtig sei. In jedem Falle war die Frucht da: der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September. Auch wird die Folgezeit uns Belege bringen, daß die Disposition der Gemüther zum Mißtrauen, namentlich bei dem Könige Wilhelm III. selbst, auch durch die Evidenz des Irrthumes in dem einen Falle, für andere Fälle verwandter Art nicht aufgehoben war. Diese Neigung zum Mißtrauen entsprang, wie die Thatfachen ergeben, aus dem Bewußtsein, auf das Vertrauen des Kaisers selber nicht einen voll begründeten Anspruch zu haben.

Wir dürfen nicht unterlassen hier abermals hervorzuheben, daß nur der König Wilhelm und die Holländer handeln. Von englischer Seite war lediglich der Gesandte Lexington in Wien betheiligt, der jedoch, wie wir vernommen, keine Berichte an Heinsius einzusenden hatte. Andere Engländer erhielten keine Kunde. Wir haben bemerkt, daß die Versuche Shrewsburys beim Könige keinen Erfolg hatten. Er machte sie in anderer Richtung. Er klopfte bei Lord Villiers an, der sich als künftiger Friedens-Bevollmächtigter im Haag befand. „Wenn in Betreff des Friedens, schreibt am 28. Juli der englische Staats-Secretär, etwas zu Ihrer Kunde kommt, das sich zur Mittheilung eignet, so bekenne ich mich als sehr neugierig.“ — „Wüßte ich etwas Sicheres von den Bedingungen des Friedens, antwortet Villiers, so würde ich Ew. Gnaden daraus kein Geheimniß machen.“ Dann meldet er, was er vom Hören-Sagen vernommen. So am 31. Juli: 10. August. Der Staats-Secretär sagt ihm warmen Dant für die Bemühungen. „Denn, fügt er hinzu, ich bin unwissender als Sie glauben können.“ Villiers macht dann weitere Mittheilungen vom Hören-Sagen, jedoch mit der ausdrücklichen Bitte, daß der Staats-Secretär nicht auch zu Anderen darüber rede. Erst der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September gibt ihm einen sicheren Boden für seine Nachrichten¹⁾.

Die Eigenthümlichkeit dieser Stellung eines englischen Staats-Secretärs, dessen Geschäftskreis die auswärtigen Angelegenheiten betraf,

¹⁾ Coxe's Shrewsbury Correspondence p. 321.

liegt zu Tage. Sie konnte in ihm die Neigung zum Verbleiben in derselben nicht nähren. Dies ist, wie wir später sehen werden, nicht unwichtig für das gesammte Verhalten Shrewsburys.

Man dürfte nicht sagen, daß, weil englische Staatsmänner zu diesen Verhandlungen über den Frieden nicht herangezogen wurden, darum Wilhelm III. und die Holländer auf England keine Rücksicht genommen hätten. Der Bericht Shrewsburys vom 13./23. Juli wirkte nach, und die Gedanken desselben dienten den Holländern zum Druckmittel auf die Kaiserlichen. Man müsse vor dem Ausgange dieses Feldzuges wissen, jagte Dyfvelt zu ihnen, ob man vor dem künftigen auf den Frieden zu hoffen habe oder nicht. „Das Parlament von England, fügte er hinzu, ist ein böses Thier, mit welchem der König behutsam umgehen muß, und es entspricht nicht seinem Dienste es zu versammeln, ohne vorher des Entschlusses über Krieg oder Frieden sicher zu sein“¹⁾. Wenn der Kaiser sich entschließen könne dem Wunsche der Holländer zu willfahren: so rathen ihm die Gesandten, zugleich den Haag als Congreß-Ort zu benennen, ohne einen weiteren Vorschlag abzuwarten.

Unterdessen lag in Wien der wichtige Bericht über die Schritte der Holländer vom 2. und 3. September vor. Während für das Vorgehen Wilhelms III. und der Holländer in diesen zwei Tagen der Argwohn gegen Wien, der wesentlich sich gründete auf die grundlosen Berichte Lexingtons, erheblich mitgewirkt, läßt sich aus den Protokollen der Berathungen in Wien nicht ersehen, daß dort diesem Verdachte eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Der Kaiser würdigte ihn keiner Antwort. Dagegen wurden in seinem Rathe wider das rasche Vorgehen der Holländer dieselben Einwürfe und Bedenken erhoben, welche die Gesandten im Haag geltend gemacht.

Von französischer Seite dagegen bemühte man sich öffentlich, einen anderen Vorwurf auf die Politik des Kaisers zu bringen, sehr verschieden von dem damaligen Argwohne der Holländer. Der Kaiser, hieß es, juche den Krieg in die Länge zu ziehen bis zum Eintreten des spanischen Successionsfalles durch den Tod Karls II. Jener Argwohn der Holländer, obwohl unverkennbar für die Entwicklung der Dinge

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 18. September.

im September 1696 ein wichtiger Factor, zerfiel nach kurzer Zeit in sich selber. Neuer andere von Frankreich hergebrachte Vorwurf hat gehaftet, und wird um einige Monate später als nicht mehr bloß französisches Eigenthum uns vor Augen treten. Irgend welcher sachlicher Anhaltspunkt für diese ursprünglich französische Behauptung ist nicht erbracht. Entscheidend gegen dieselbe bei dem damaligen Stande der Dinge ist die Thatfache, daß die Protokolle der Berathungen in Wien über die Friedensfrage, im September 1696, der Angelegenheit der spanischen Succession auch nicht mit Einem Worte gedenken¹⁾. Wir werden später sehen, daß und warum diese Angelegenheit in Wien für eine Reihe von Jahren gar nicht berührt worden war, und erst nach dem September 1696 lebhaft angeregt wurde.

Nicht ein besonderes eigenes Interesse hielt den Kaiser zurück, dem Andringen der Holländer zu willfahren. Er stellte im Haag keinen Anspruch für sich selber. Er erhob dort Forderungen für die zahlreichen Schwächeren, deren Existenz oder Nicht-Existenz allerdings das Interesse von Holland nicht berührte, die daher, geschädigt von dem übergewaltigen Könige von Frankreich, und in Furcht und Schrecken vor ihm, keinen anderen Schutz und keine andere Zuflucht hatten als diejenige des römischen Kaisers. Für diese trat Leopold ein.

Er und seine Rätke hielten fest an ihrer früheren Ansicht, daß der eigentliche Friedensvertrag dem Wesen nach festgestellt sein müsse vor dem Congresse, daß dieser dem Vertrage nur noch die Form zu geben habe, daß dagegen Frankreich jeden nicht vorher klar und fest bestimmten Punct auf dem Congresse ausnützen würde, um einen Keil zwischen die Verbündeten einzutreiben und sie zu trennen.

Dazu trat noch ein anderer Beweggrund. Es liegt nach dem Gange der Dinge vor Augen, daß die Holländer den Frieden machten. Es fielen in den Berathungen der kaiserlichen Minister die Worte: „Sollen wir zugeben, daß Dytvelt und Boreel über das Schicksal von Europa entscheiden?“

Das Ergebnis der Berathungen in Wien war die Forderung, daß die Basis des Friedensprojectes bestimmter gefaßt, daß namentlich auch Vothringen und die Reunionen der Kammer von Breisach

¹⁾ Die Conferenz Protokolle vom 12. und 30. September.

zurückgegeben würden. Als Congreß-Ort schlug der Kaiser die Stadt Aachen vor. So am 12. September in Wien. Wir werden die Wirkung dieser Antwort auf Wilhelm III. später vernehmen.

Inzwischen gestalteten sich die Dinge für den Standpunct des Kaisers weniger günstig. Die Bemühungen des Grafen Mannsfeld in Turin den Herzog Victor Amadens zurückzugewinnen, hatten keinen Erfolg. Das Halbdunkel, in welches die neuen Bundesgenossen, Ludwig XIV. und der Herzog, bis in den September hinein den Stand der Dinge gehüllt, flärte sich. Am 10. September verkündeten sie beiderseitig den geschlossenen Frieden. Am folgenden Tage ließ Ludwig XIV. das Tedeum singen. Das Schreiben, durch welches er dem Erzbischofe von Paris dies anbefahl, beginnt mit den Worten: „Da ich in diesem Kriege, den ich allein seit neun Jahren gegen das verschworene Europa aufrecht halte, keine andere Absicht habe als die Religion zu vertheidigen und die Majestät der Könige zu rächen: so hat Gott seine Sache beschützt: er hat meine Pläne geleitet, meine Unternehmungen geführt“. In dieser Weise geht es fort, als ob Frankreich nur Erfolge gehabt habe. Die Redeweise mochte richtig berechnet sein auf die französische Nation: die Gegner wiesen darauf hin, daß der Krieg begonnen habe mit den Schritten dieses Königs wider den Papst Innocenz XI., also wider die Freiheit der Kirche, und daß Jacob II. all sein Unheil nur den verderblichen Rathschlägen des Königs von Frankreich verdanke. Sie hielten die Frage entgegen, ob der Plan des Attentates vom Februar 1696 vereinbar sei mit der Religion und der Majestät der Könige¹⁾.

Immerhin aber konnte damals Ludwig XIV. nach seiner Weise singen lassen; denn der Erfolg in Italien sprach für ihn. Er hatte nicht bloß Savoyen gewonnen. Er hielt allen Mächten in Italien, namentlich dem Papste und der Republik Venedig, die lockende Aussicht vor Augen auf die Sicherheit vor aller Kriegesgefahr, wenn sie einstimmten in den Ruf der Neutralität Italiens. Das einzige Mittel

¹⁾ Die schon mehrmals berührte lezenswerthe Schrift: *Memorie of beknopt Verhaal van alle de Intrigues enz.*, abgedruckt bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 125 enz.

diese zu erreichen, sei die Entfernung aller deutschen Truppen. Darauf hin seien alle Anstrengungen zu richten. Die Vorstellungen gewannen Eingang. Es war der Auftrag und die Absicht des Spaniers Veganez, des Grafen Mannsfeld, des Prinzen Eugen und der verbündeten Mächte, den Krieg dort fortzusetzen auch gegen die Allianz von Frankreich und Savoyen. Bereits in der Mitte September überwog in Turin die Ansicht, daß Veganez nachgeben werde und demgemäß auch Mannsfeld nachgeben müsse ¹⁾.

Das entsprach der Wahrheit. Der spanische Statthalter Veganez und der Graf Mannsfeld erstatteten am 30. August dem Kaiser ihren Bericht, daß die Streitkräfte der Verbündeten nicht ausreichten zum Schutze von Mailand wider die vereinigten Waffen von Savoyen und Frankreich. Auf diesen Bericht zeichnete der Kaiser am 11. September für Beide die Vollmacht, einzuwilligen in die Neutralität für Italien. Eben diese Vollmacht aber wiederholt ausdrücklich: sie werde gegeben unter der Bedingung, daß nach der Ueberzeugung von Veganez für die Erhaltung von Mailand kein anderes Mittel übrig bleibe ²⁾.

Am folgenden Tage, dem 12. September, zeichnete der Kaiser jene Antwort nach dem Haag, auf den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September. Sie erregte bei Heinsius und Dyfvelt große Bestürzung. Die Generalstaaten seien bereits vorgegangen, sagten sie. Sie könnten nicht zurück, auch wenn sie wollten ³⁾. Die Erörterungen mit den kaiserlichen Gesandten im Haag wurden täglich schärfer; nicht minder diejenigen in Wien zwischen dem Grafen Kinsky und den Gesandten Lexington und Heemskerck, zumal da zwischen Kinsky und Lexington noch eine wohl erkennbare gegenseitige persönliche Abneigung hinzutrat ⁴⁾.

¹⁾ Palmquist aus Paris, 24. September.

²⁾ Si vobis visum fuerit nullum praeter supradictam particularem neutralitatem statum Mediolanensem ducatumque Montisferratensem liberandi et conservandi superesse remedium etc.

³⁾ Collectiv Bericht vom 24. September.

⁴⁾ Die Briefe verschiedener Engländer an Lexington in den Lexington Papers spielen auf seine Abneigung gegen Kinsky an. Ueber diejenige des letzteren gegen Lexington lassen einige Privatbriefe an Consbruch, die den Acten beiliegen, keinen Zweifel.

Der Kaiser ließ noch einen Versuch bei dem Könige Wilhelm machen. Dieser hatte sich bereits aus dem Feldzuge nach Voo begeben. Dort trat am 26. September der Graf Auersperg vor ihn. Er hob die Erfahrung hervor, daß man der Krone Frankreich gegenüber nicht vorsichtig genug sein könne, daß darum der Kaiser eine genauere Feststellung verlange, die ein späteres Ausweichen oder Zurückziehen nicht mehr gestatte, und daß, sobald diese erfolge, er bereit sein werde zu einem Congresse¹⁾.

Der König erwiderte: „Ich danke für diese Mittheilung, muß Ihnen aber zugleich auch mein Erstaunen darüber aussprechen. Melden Sie dem Kaiser, daß ich nicht begreife, warum er in einer so ausweichenden Weise antworten läßt, die den Frieden mehr hindert als befördert, nachdem ich doch sowohl durch die kaiserlichen Gesandten von hier aus, als durch die meinigen in Wien, die unumgängliche Nothwendigkeit eines baldigen Congresses habe vorstellen lassen. Denn man wird nicht erwarten dürfen, daß Frankreich sich vorher bestimmter erkläre. Vielmehr kann ich weder in England noch in Holland es verantworten, daß wir, nachdem Frankreich so weit gegangen wie es gethan, noch Schwierigkeiten machen zu einem Congresse zu gehen“.

„Was zunächst die Herstellung des westfälischen Friedens betrifft, so wird, da Frankreich sich darüber jetzt nicht weiter aussprechen will, die Erörterung in dem Congresse statt finden müssen. In Betreff des Hauses Vothringen habe ich Ihnen schon oft versichert, daß Niemand in der Welt das Interesse desselben mehr zu Herzen nimmt als ich, und es ist mir daher sehr schmerzlich, daß diesen meinen Worten so wenig geglaubt und getraut wird.“

„Ich kann also dem Kaiser nicht verhalten, und muß ihn nochmals inständig bitten, daß er die Umsicht und Ueberlegung, durch welche er berühmt ist vor aller Welt, auch in dieser Sache walten lasse. Wenn er sich weigert auf die Präliminar-Verprechungen von Frankreich zu einem Congresse zu kommen: so macht er mich untauglich der gemeinsamen Sache noch ferner zu dienen. Ich kann England auf keine andere Weise bewegen sich in Rüstung zu halten,

¹⁾ Ausführlicher Bericht des Grafen Auersperg vom 28. September. Auch für das Folgende.

als indem ich durch die That zeige, daß ich den Frieden will, daß ich thue was ich vermag, um zu einer wirklichen Unterhandlung zu gelangen, und daß demnach das etwaige Mislingen nicht liegt an mir. In diesem Falle versichere ich Ihnen, daß das demnächstige Parlament kein Bedenken tragen wird für die Verträge einzutreten, und daß, wenn Frankreich gemäß seiner bekannten Chicanerie wider das einmal festgestellte einen Einspruch erhebt, England bereitwillig den Krieg fortsetzen wird. Nur das Eine ist nöthig, daß der Fehler ganz auf Frankreich fällt. Denn obwohl ich das Präliminar-Begehren des Kaisers ganz billig finde: so kennen Sie ja doch selbst England zur Genüge, um zu wissen, daß, wenn ich auf dasselbe einginge, die Mehrheit dort nicht Frankreich, sondern mir die Schuld der Entfernung des Friedens beimeessen würde."

"Ich versichere Ihnen also ganz offenherzig und ohne Scheu, daß ich mich alle meine Vortage noch nicht in einer so großen Verlegenheit befunden, als in welche mich diese Antwort des Kaisers versetzt. Ich verlange, daß Sie sofort durch einen eigenen Courier dem Kaiser dies berichten, und ihn bitten, daß er seine Minister bevollmächtige, damit wir wegen eines Ortes uns vergleichen. Mir zwar ist Aachen ganz recht; allein ich glaube nicht, daß Frankreich sich darauf einläßt. Ich bitte daher, daß der Kaiser nicht eine Stadt in Deutschland benenne, sondern etwa eine in Holland. Es kommt nämlich dazu, daß Frankreich meinen Botschaftern keinen Paß ertheilen wird. Demnach muß ein Ort benannt werden, für welchen ein solcher Paß nicht erforderlich."

"Ich füge noch hinzu, fuhr der König fort, daß ich, wenn diese verzögernde Antwort nicht gekommen wäre, bereits in wenigen Tagen nach England aufbrechen würde. Denn meine Anwesenheit dort ist dringend nothwendig. Bei der jetzigen Ungewisheit jedoch darf ich nicht fort. Ich bitte daher, der Kaiser wolle die Güte haben, durch eben diesen Courier schleunigst eine Antwort zu geben. Im anderen Falle muß ich auch wider meinen Willen zu anderen Maßregeln greifen. Denn, da der Kaiser mit dem Türkenkriege beladen, so tragen ja doch England und Holland allein die Last des französischen Krieges."

"Sie haben also sogleich nach dem Haag zurückzukehren und in meinem Namen dort den Grafen Kauniz anzusprechen, daß er auch

seines Ortes alles dafür thue. Zugleich werde ich dem Rathspensionär befehlen, in derselben Weise zu handeln."

Auersperg erwiderte: er hoffe, der König werde wenigstens mit Callieres im Sinne des Kaisers reden lassen. „Auf keine Weise, versetzte der König. Ich weiß zuvor, daß Frankreich ablehnen wird, und dadurch würde die Sache nur ärger." — „Ich habe dagegen eine andere Frage, fuhr er fort: haben Sie mir über Italien nichts zu sagen?" — Auersperg verneinte. „So kann ich Ihnen denn mein Befremden nicht verhehlen, fuhr der König fort, daß ich von allen Seiten vernehmen muß: der Kaiser wolle die Neutralität für Italien annehmen. Und doch theilt man mir darüber nichts mit, obwohl ich so erheblich für den Krieg dort beigetragen, obwohl auch die Krone Spanien sich in der Sache auf mich compromittirt. Wenn die Nothwendigkeit dort so zwingend ist, so hätte man doch, nach meinen Erbietungen, wenigstens meine Meinung darüber einholen sollen. Ist die Neutralität dort wirklich eingegangen, so muß der Friede quovis modo ¹⁾ sogleich geschlossen werden. Denn alle französische Truppen von dort werden dann auf die Niederlande fallen, und in diesem Falle ist ein Widerstand unmöglich." Auersperg versetzte: er hoffe, der König werde keine weiteren Entschlüsse fassen, bis die Gründe des Kaisers vorlägen.

Der König entließ den Gesandten. Dann jedoch schickte er ihm den Grafen Portland nach. Dieser wiederholte nochmals alles was der König gesagt. Alsdann fuhr er wie aus sich mildernd fort: der Kaiser scheine zu glauben, daß der König die alleinige Leitung der Friedenssache an sich ziehen wolle. Dies sei nicht seine Absicht. Er verlange sie nicht weiter als sie ihm gebühre, und trachte nur danach, daß alles wohl von statten gehe. Wenn man nur ein wenig mehr Vertrauen und Glauben in den König setzen wolle, so werde alles wohl ausschlagen. — Auersperg entgegnete: zu einem Zweifel an dem Vertrauen des Kaisers auf den König liege kein Grund vor. Allein bei so wichtigen Ereignissen, wie sie vielleicht im Jahrhunderte nur einmal vorkommen, sei die Vorsicht eines Jeden höchste Pflicht. Die Erfahrung werde zeigen, daß der Kaiser es an nichts ermangeln lasse,

¹⁾ So die eigenen Worte des Königs, setzt Auersperg ausdrücklich hinzu.

seine Einigkeit und vertraute Freundschaft mit dem Könige vor Europa darzuthun. Portland berichtete dann aus seiner persönlichen Erfahrung über seine letzte Anwesenheit in England. Er habe von vielen Mitgliedern aus beiden Häusern des Parlamentes übereinstimmend die Meinung vernommen, daß, wenn der König nur einen Friedens-Congreß in Aussicht stellen könne, alles Andere sich fügen und schicken werde.

So die Worte. Und dennoch dürfte die Thatsache des Mißtrauens, und zwar nicht bloß auf der einen Seite, nicht in Zweifel gezogen werden.

In denselben Tagen drängten Vexington und Heemskerk in Wien. Die Berathungen ergaben, daß die kaiserlichen Rätthe schrittweise wichen. So am 29. und 30. September. Den Ausschlag indessen gab der Courier Auerspergs. Der Kaiser willigte ein, auf Grund der Resolution der Generalstaaten vom 3. September einen Friedens-Congreß zu beschicken und die schwedische Vermittelung auf demselben anzunehmen. Die Gesandten im Haag hatten jedoch nachdrücklich zu erklären, daß, ohne die Herstellung des Herzogs von Vothringen, der Kaiser in einen Friedensschluß sich nicht einlassen werde ¹⁾.

In Betreff der Wahl des Congreß-Ortes in Holland wandte der Kaiser ein, daß wegen des Verkehrs mit den Reichsfürsten er nicht der entfernteste sein dürfe. Er wolle willigen in die Stadt Mastricht, nur nicht in den Haag oder Utrecht. Er nannte Basel. Wir erkennen den abermaligen Versuch, die Sache nicht ganz in die Hände der Holländer kommen zu lassen.

Es war die Frage, ob auch nur so viel zu erhalten war. Wilhelm III. und die Holländer hatten durch das Vorgehen vom 3. September, durch den Beschluß der Generalstaaten von diesem Tage, die Bahn der Schaffung vollendeter Thatsachen betreten. Das Mittel war gelungen. Es konnte wieder gelingen.

Mit jener Antwort, in den ersten Tagen des October, that zugleich der Kaiser kund, daß er in die Neutralität für Italien habe einwilligen müssen. Es herrschte damals in Holland und England

¹⁾ Kaiserliche Rescripte vom 4. und 9. October, und Collectiv-Bericht der Gesandten vom 23. October.

die Neigung, welche später auch in die Geschichtschreibung der letzteren Nation übergegangen ist, die Verschäumnisse in der savoyischen Angelegenheit dem Kaiser und Spanien beizumessen. Die Sache kam zunächst an auf Veganez, den spanischen Statthalter von Mailand. Die Schrift, durch welche Veganez dem Gesandten Don Quiros im Haag den Gang der Dinge darlegt, der ihn zu dem Entschlusse der Neutralität gebracht, hat weniger den Charakter einer Entschuldigung seines eigenen Verhaltens, als einer Anklage der Bundesgenossen, also auch des Königs und der Republik. Er meldet, daß man ihn zum Widerstande aufgefordert, zu diesem Zwecke Hülfe versprochen, dies Versprechen aber nicht erfüllt habe. Nach dem Ablaufe des Stillstandes habe die savoyisch-französische Armee, plündernd und brennend, die Grenze des Mailändischen überschritten, und mit überlegener Macht die Belagerung von Valenz begonnen. Er erklärt, daß seine Mittel weder zum Entsatze dieser Stadt, noch zur Vertheidigung der anderen Plätze ausgereicht. Darum habe er das geringere Uebel, die Neutralität Italiens, dem größeren, der Eroberung von Mailand durch Frankreich und Savoyen, vorziehen müssen ¹⁾.

So Veganez. Er erwähnt nicht einen anderen Grund, der noch mehr Gewicht bei ihm hatte. Es war der Beschluß des spanischen Staatsrathes für die Einwilligung.

Bei Veganez als dem spanischen Statthalter für Mailand stand das entscheidende Wort. Von französisch-savoyischer Seite war die hauptsächliche Bedingung die Räumung Italiens von allen Hülfsstruppen. Für diese Bedingung konnten sie auf die Zustimmung aller Mächte in Italien rechnen. Indem also Veganez sich entschloß einzuwilligen in jenes kleinere Uebel, die Neutralität Italiens, floß daraus für ihn die Consequenz, den kaiserlichen und den anderen Hülfsstruppen die Winterquartiere in Mailand zu versagen. Demnach hatten die Truppen kein Unterkommen mehr, als wenn sie ein solches mit Gewalt erzwangen. In diesem Falle aber war ein Bündnis aller italienischen Mächte mit Savoyen und Frankreich zu befürchten. Es blieb daher nichts übrig als der Rückmarsch. Sogar die Forderung des Grafen Mannsfeld, zuerst die Genehmigung des Kaisers einzuholen, ward

¹⁾ Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 216 et suiv.

abgeschlagen; denn sie bezwecke nur Zeitgewinn. Mannsfeld mußte auch so einwilligen. Der Friedensvertrag von Vigevano ward geschlossen. Die italienischen Mächte waren nicht säumig, die Ausführung durch Geld zu erleichtern¹⁾.

„Der Kaiser, sagt der Venetianer Pietro Venier, arbeitete dem Abchlusse dieses Sonderfriedens für Italien nach Kräften entgegen. Denn es lag ihm daran, seine Truppen in Mailand zu haben, so wie durch dieselben die italienischen Fürsten in Abhängigkeit zu erhalten²⁾.

Es ist ein starker Beweis der damaligen Disposition des Königs Wilhelm III. zum Mißtrauen, daß der Kaiser vor ihm sich hat rechtfertigen müssen für das erzwungene Nachgeben in einen Sonderfrieden, der direct dem eigenen Interesse des Kaisers zuwider lief.

Der venetianische Botschafter Venier spricht sich wiederholt in derselben Weise aus. „Der Kaiser, sagt er, mußte sich trotz seiner Abneigung fügen in den auferlegten Zwang dieses Sonderfriedens. Und dies ist das in unseren Zeiten seltene Beispiel, daß der spanische Hof denjenigen von Wien geführt hat“³⁾.

Es ist sehr merkwürdig, daß andererseits dazu beigetragen hat der Verdruß Karls II. und seines Hofes über die, wenn auch nur bedingte, Einwilligung des Kaisers vom 20. Juni in die Friedensverhandlungen zwischen Dylvelt und Callieres. Bis dahin hatte Carl II. die Friedenssache völlig dem Kaiser überlassen. In der Antwort auf jene Mittheilung betheuert Carl II. sein lebhaftes Verlangen mit dem Kaiser in allen Dingen einig zu verbleiben, kündigt aber zugleich an, daß er die Friedenssache fortan wieder in die eigene Hand nehmen werde⁴⁾.

Diesem Thatbestande gemäß ist zu entscheiden, ob der Vorwurf Wilhelms III. zu Auerberg, daß nicht vorher seine Zustimmung eingeholt war, aufrecht erhalten werden konnte. In der That hielt der König den Vorwurf nicht aufrecht. Einige Wochen später und nachdem der Graf Auerberg ihm und Portland wiederholt den Gang der Dinge

¹⁾ Resolutio Caesarea de 5^{ta} Octobris pro Regis M. B. et D. D. Ordinum Foederati Belgii Ablegatis.

²⁾ Barozzi e Berchet: Spagna t. II, p. 620.

³⁾ H. a. O. p. 615.

⁴⁾ Hispanica. Handschreiben Karls II. an Kaiser Leopold, vom 31. August.

dargelegt, äußerte sich der König zu dem Lord Monmouth: die Gründe, welche der kaiserliche Gesandte ihm für die Einwilligung des Kaisers in die Neutralität Italiens vorgebracht, seien überzeugend. Monmouth säumte nicht, diese Worte zu überbringen¹⁾.

In Betreff eines Punctes der saronischen Angelegenheit handelten beide Häupter, jedes für sich, in entsprechender Weise. In dem Vertrage von Vigevano hatte Victor Amadeus für sich die Vermittelung des allgemeinen Friedens verlangt. Was er dabei bezweckte, sprach sein Gesandter Gobone am 6. September dem Könige Jacob II. unumwunden aus. Wie nämlich Victor Amadeus, im Jahre 1690, um in die große Allianz einzutreten, dem Könige Wilhelm III. seine Huldigung zu Füßen gelegt als dem Helden des Jahrhunderts, der die Ketten Europas zerbrochen, — überhaupt in Ausdrücken, die das Maß in solchen Dingen übersteigen: so sah er es nun, wo er mit Ludwig XIV. im Bunde war, für seine Obliegenheit an, vor dem unglücklichen Jacob in St. Germain sich der Leichtgläubigkeit, der Schwäche, der Verführung durch listige Feinde anzuklagen, und den König Jacob um Verzeihung zu bitten. Der Herzog eignete sich weiter die Redeweise Ludwigs XIV. an. „Gott segnet, sagte er, die Entwürfe dieses Königs, weil sie gerecht.“ Er schmeichelte sich mit der Hoffnung, ließ dann der Herzog Victor Amadeus den Gobone fortfahren, daß sein Vertrag mit dem Könige von Frankreich die Zwietracht unter den Verbündeten hervorrufen werde, deren Eintracht ein Kiegel sei gegen die Wiederkehr des Königs Jacob in sein Reich, und daß die erste Frucht des allgemeinen Friedens diese Herstellung sein werde²⁾. So am 6. September in St. Germain.

Ähnlich nun, wie Victor Amadeus in dem Vertrage von Vigevano die Friedens-Vermittelung für sich verlangt: so ertheilte er auch seinem Gesandten Della Torre im Haag den Auftrag, dem Könige

¹⁾ Bericht von Auersperg an Kinsky, vom 2. November: M. Monmouth, homme d'importance et de poids, m'a dit en suite de mon audience, que le roy luy avoit dit que j'ay été auprès de luy pour donner part de la neutralité en Italie, et que j'avois allégué des raisons convaincantes, pour que notre auguste maître a été obligé d'y consentir.

²⁾ Die beiden Reden sind damals öfter zusammen gestellt, so bei Sylvius t. IV, b. 42, p. 132.

Wilhelm diese Vermittelung anzubieten. Zugleich sollte Della Torre die noch rückständigen Subsidien fordern. Wir sehen, daß die Dreistigkeit eine Intensität erreichen kann, wo sie zur Naivetät wird. Della Torre führte den nicht erhebenden Auftrag aus, am 17. September. Ob der König Wilhelm damals bereits eine Kunde hatte von der Rede Gobones am 6. in St. Germain, liegt nicht vor. Er erwiderte: „Auf den ersten Punct kann ich nur mit Jaachen antworten. Was den zweiten betrifft, so will ich zahlen bis auf die Zeit, wo das Einverständnis des Herzogs mit Frankreich beginnt“¹⁾. Wir wissen, daß der Beginn dieses Einverständnisses zum Nachtheile der Verbündeten fiel in den November 1693. Wilhelm III. hatte aber noch gezahlt im Jahre 1696 selbst. Es ist demnach kaum anzunehmen, daß er bei jener Antwort an Della Torre schon die Kunde jenes früheren Einverständnisses gehabt habe.

So der König Wilhelm. Sehen wir das Verhalten des Kaisers.

Der Vertrag von Vigevano ward ihm zur Ratification vorgelegt. Es ist sehr möglich, daß seine Räthe, denen die Rede des Gobone in St. Germain, vom 6. September, auch noch unbekannt sein mochte, den Weg über Turin zum Frieden demjenigen über den Haag oder Amsterdam vorgezogen hätten. Sie befürworteten eine Vermittelung des allgemeinen Friedens durch Victor Amadeus. Der Regel nach pflegte der Kaiser die ihm gemachten Vorschläge der Conferenz mit seinem Placet zu versehen. Nicht dies Mal. Er wollte nicht eine Vermittelung des Friedens durch Victor Amadeus. Er durchstrich mit eigener Hand den Paragraphen. Die Thatfache erschien bei dem Charakter des Kaisers als etwas Seltenes, Unerhörtes²⁾. Allein sie war doch eben nur selten. Denn wir erinnern uns, daß er im Juni 1673 seinen gesammten geheimen Rath in Wien beließ, um in Varenburg mit Hoher allein seine Entschlüsse zur Hülfe für Holland zu fassen.

Der Friede von Vigevano fiel mit schwerer Wucht namentlich auf die unglücklichen Waldenjer oder Barbets. Der Satz in dem vorläufigen Vertrage vom 29. Mai zu ihren Ungunsten ward in dem

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 17. September.

²⁾ Lexington Papers p. 226.

Friedensschlüsse härter ausgeprägt. Im siebenten Artikel desselben versprach Victor Amadeus ein Edict zu erlassen, wie der König von Frankreich es forderte. Unter den Barbets, die für die Sache des Victor Amadeus gekämpft, befanden sich auch viele französische Hugenotten. Victor Amadeus versprach, von dem Tage des Friedensschlusses an keinen französischen Unterthan in den Guxerner Thälern zu dulden. Und Anderes dieser Art mehr. Sie hatten rüstig gekämpft, für sich und zugleich für ihn. Er hatte nun Frieden gemacht und bedurfte ihrer nicht mehr. Es stand ihnen frei zu gehen.

Der Entschluß des Herzogs Victor Amadeus nun völlig, oder doch wenigstens für längere Zeit zu Ludwig XIV. überzugehen, hatte jedoch auch für ihn und sein Haus eine besondere Consequenz, die ihm nicht von Anfang an klar gewesen sein mag. Wir erinnern uns, daß seine Gemahlin Anna Maria durch ihre Mutter Henriette von Orleans eine Enkelin Carls I. von England war, daß also nach Jacob II. und seiner Descendenz, im Falle des unbeerbten Todes von Wilhelm III., dem Blute nach die Herzogin von Savoyen dem Throne von England zunächst stand. Wir erinnern uns ferner, daß Correspondenzen über die Sache zwischen England und Turin gepflogen waren, daß Victor Amadeus sich zu dem General Schulenburg geäußert: er dürfe nur einen seiner Söhne nach England schicken, und ihn dort anglicanisch erziehen lassen, um dann, im Falle des Todes des einzigen Sohnes der Prinzessin Anna, des Herzogs von Glocester, für jenen die Thronfolge zu sichern. So lange indessen das schwache Lebenslicht des jungen Herzogs von Glocester nicht erlosch, war eine solche Sendung eines Prinzen von Savoyen nicht wohl thunlich. Ueberhaupt konnte die Frage der Succession in England, wenn nicht ein wichtiges Ereigniß solcher Art eintrat, öffentlich nicht angeregt werden, weil das Parlament im Jahre 1689 beschloß, daß die Act of Settlement genüge. Wir bemerken im voraus, daß der Herzog von Glocester erst vier Jahre später starb, 1700.

Indem nun Victor Amadeus die Partei der Verbündeten verließ, gewann er für seine Tochter Marie Adelaide durch ihre Verlobung mit dem ältesten Enkel Ludwigs XIV., dem Herzoge von Bourgogne,

die Aussicht den französischen Königsthron zu theilen. Zugleich jedoch schnitt er seiner gesammten Descendenz die Aussicht ab auf den englischen Thron. Wilhelm III. machte aus seinen Gefühlen in Betreff des Herzogs Victor Amadeus fortan kein Hehl. Della Torre klagte einige Monate später dem Grafen Auersperg, daß der König Wilhelm zehn Handschreiben des Herzogs unbeantwortet gelassen.

Es ward damals an verschiedenen Orten die Hoffnung gehegt, daß der König Wilhelm III. in anderer Weise für die Thronfolge in England Sorge tragen werde, nämlich durch eine zweite Heirath. Wir erinnern uns, daß bereits zu Ende des Feldzuges von 1695 die Rede gegangen war: der Kurfürst von Brandenburg bemühe sich, daß die Wahl des Königs auf seine Tochter erster Ehe falle. Die Prinzessin stand damals im siebenzehnten Lebensjahre, der König im sechsundvierzigsten. Im September 1696 lud der Kurfürst den König ein nach seinem Schlosse zu Kleve. Dort befanden sich die Kurfürstin und die Prinzessin. Es war wie ein öffentliches Geheimniß, was von dort her erwartet wurde. Auersperg berichtet dem Kaiser darüber am 4. September: „Ueber die projectirte Heirath läßt sich nur so viel sagen, daß der Kurfürst alles Erdentliche thut, um seinen Plan durchzuführen, und ich glaube fast, daß die große Freundschaft, die bisher zwischen dem Könige und dem Kurfürsten bestanden, im Falle des Mislingens sich zerschlagen würde, zumal da die Sache aller Welt fundbar geworden ist“. In London hieß es: der König werde bei seiner Rückkehr dies Mal den Frieden und eine Königin mitbringen¹⁾. Nur Einer schwieg völlig, die wichtigste Person, Wilhelm selbst. Auersperg fragte Dykvelt, ob die Generalstaaten nicht wünschten, daß der König wieder heirathe. Dykvelt bejahte nachdrücklich. Auch habe er schon verschiedene Anwürfe gethan, um den König zu einer Aeußerung zu bewegen, allein jedes Mal, sobald er die Erinnerung an den Verlust der Königin wach gerufen, eine solche Traurigkeit gefunden, daß er nicht habe fortfahren dürfen²⁾.

Der zum Besuche in Kleve angesetzte Tag war der 16. September. Der König erschien mit seinem alten Freunde, dem Herzoge

1) Shrewsbury Correspondence p. 141.

2) Bericht vom 17. August.

Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle. Das Ceremoniell damaliger Zeit gestattete dem Kurfürsten nicht einen Pehnsessel in Gegenwart des Königs. Um diese Schwierigkeit zu vermeiden, bewirthete der Kurfürst das königliche Gefolge, während der König und der Herzog mit der Kurfürstin und der Prinzessin speisten. Der Aufenthalt dauerte nur den einen Tag. Das Ergebnis liegt vor in den Worten Portlands an Shrewsbury: „Wir sind von Kleve zurückgekehrt ohne eine Königin, und ohne den Schein einer solchen“ ¹⁾. Die Prinzessin heirathete einige Jahre später den Landgrafen von Hessen.

Es erwächst also die Frage, ob der König Wilhelm daran dachte, auf andere Weise die Thronfolge in England zu sichern.

Es ist beachtenswerth, daß er im Herbst 1696 nachdrücklicher als jemals zuvor eintritt für das Interesse des Hauses Hannover, und zwar in Betreff der neunten Kurwürde im Reiche.

Der Stand dieser Angelegenheit war damals wie folgt.

Wir erinnern uns, daß im December 1692 der Kaiser die Investitur des neuen Kurfürsten Ernst August von Braunschweig-Lüneburg vollzogen, daß er jedoch, gegenüber dem Einspruche der opponirenden Fürsten, an deren Spitze Dänemark für Holstein, ferner Münster und Wolfenbüttel standen, die Einführung in das kurfürstliche Collegium vertagt hatte. Um namentlich die Einwürfe von katholischer Seite zu beschwichtigen, welche fürchtete, daß die Zahl der protestantischen Kurfürsten die der katholischen einmal überwiegen könne, und zugleich im eigenen Interesse, verband der Kaiser mit der hannoverschen Kurjache die Forderung der Readmission der Kur Böhmen. Seit langer Zeit nämlich nahm Böhmen nur an der Kaiserwahl Antheil, ohne weitere Rechte im Kur-Collegium. Die Folge jener Verknüpfung der zwei an sich getrennten Angelegenheiten war, daß die Freunde Hannovers auch für die Readmission Böhmens eintreten mußten. Nicht Alle waren dafür geneigt, namentlich nicht der Kurfürst Max Emanuel von Bayern, bis dahin unter den weltlichen Kurfürsten der erste. Nicht freilich die Einbuße des Ranges, welche die Forderung der Readmission ihm in Aussicht stellte, war ihm die Hauptjache. Er hatte einen anderen Anspruch an den Kaiser. Wir haben

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 142.

gesehen, daß Max Emanuel bei der Heirath mit der Erzherzogin Maria Antonia im Jahre 1685 den Verzicht derselben auf das spanische Erbe bestätigt, nicht jedoch auf die Niederlande. In dem Heiraths-Vertrage wurde von Seiten des Kaisers Belgien der Descendenz des Kurfürsten zugesichert, ihm selber die Statthaltertschaft auf Lebenszeit. Max Emanuel war Statthalter geworden, hauptsächlich auf die Verwendung Wilhelms III. bei Carl II. Aber er verlangte mehr von dem Kaiser ¹⁾. Leopold konnte, auch wenn er wollte, dies Verlangen nicht erfüllen. Denn wir haben wiederholt beobachtet, daß Carl II. jedem Versuche des Kaisers, die Bestätigung jenes Ehevertrages und demgemäß des Verzichtes von ihm zu erlangen, beharrlich ausgewichen war. Jener Verzicht war für Spanien, als existire er nicht.

Und damit streifen wir an die verwickelte Frage der spanischen Erbfolge. Wir haben nicht dieselbe hier nebenher zu erörtern, zumal da sie bald in anderer Gestalt an uns herantreten wird. Bis so weit indessen mußte die Sache dargelegt werden, damit daraus erhellt, wie die scheinbar einander so fern liegenden Interessen dennoch sich verwoben und einander bedingten.

Kehren wir daher zurück zu der nachdrücklichen Verwendung von Wilhelm III. und demgemäß auch von Heinsius bei den kaiserlichen Gesandten um die endliche Erledigung dieser Angelegenheit der Kurwürde. Wir erinnern uns, daß der König von Anfang an für dieselbe eingetreten war. Aber mehrere Jahre lang hatte er geringeres Gewicht darauf gelegt. Er hatte sogar die Klage erhoben, daß Ernst August von Hannover durch die Anregung dieser Angelegenheit einen Zankapfel in das Reich geworfen, dessen Frankreich sich für seinen Plan der Bildung einer dritten Partei bediene. Nun, im Herbst 1696, berichtet der kaiserliche Gesandte Kaunitz aus dem Haag: „Ich darf nicht verschweigen, daß die neunte Kur dem Könige von England und den Generalstaaten so zu Herzen geht, daß zu besorgen ist, sie werden dieselbe auf dem Friedens-Congresse vorbringen, zum Schaden der Autorität Ew. K. Majestät“ ²⁾.

¹⁾ Für diese ganze Darlegung eine Denkschrift Robethons in seinen Papieren des St. A. N.

²⁾ Bericht vom 26. October. Aehnlich verschiedene andere Berichte von Kaunitz und Auersperg.

Die Thatfache legt dar, daß Wilhelm III. darauf ausging sich das Haus Hannover zu verpflichten. Es geschah zur selben Zeit, wo er mit Victor Amadeus von Savoyen innerlich für immer gebrochen hatte ¹⁾.

Es drängt sich demnach die Frage heran, ob der König Wilhelm III., für den nicht unwahrscheinlichen Fall des frühzeitigen Todes des Herzogs von Glocester, zurückgekehrt war zu seinem früheren Gedanken von 1689, nämlich die Thronfolge in England festzustellen für die Prinzessin Sophie und ihre Descendenz.

Auch in Betreff Hannovers gestattete der abweisende Beschluß des Unterhauses von 1689 nicht eine eigentliche Verhandlung. Aber es kam dabei noch etwas Anderes in Betracht. Die Antworten der Prinzessin Sophie damals (vgl. Bd. IV, S. 481 u. f.) legten nicht Zeugnis ab für eine große Reigung. Stand es damit anders im Jahre 1696? — Wilhelm III. trat mit starkem Nachdrucke damals ein für die Wünsche des Hauses Hannover im Reiche; aber von der Sache der neunten Kur aus baute sich keine Brücke zu einer Kenntniß der Gesinnung der Kurfürstin in Betreff der Succession in England. Dazu war diese Angelegenheit so delicates, so persönlicher Art, daß sie in der Gestalt einer directen Frage nicht zur Sprache gebracht werden konnte.

Dennoch ist eine Andeutung bei dieser wichtigsten Persönlichkeit in Hannover, der Kurfürstin Sophie, damals gemacht, in solcher Art, daß der König Wilhelm III. dabei nicht erscheint. Die Darlegung der Thatfachen wird uns in den Stand setzen, über den Causal-Nexus ein Urtheil zu fällen.

Die Andeutung bei der Kurfürstin Sophie wurde gemacht durch ihren Freund Leibniz. Seine Gedanken beschäftigten sich seit 1689 oft mit der Frage der Succession in England. Im Jahre 1695 hatte er mit dem englischen Diplomaten Stephen einen Austausch der Ansichten darüber anzuknüpfen versucht ²⁾. Dagegen liegt kein Anhaltspunct vor, daß er, nach 1689, bei der Kurfürstin die Sache eher wieder anzuregen gewagt hat als im October 1696.

¹⁾ Man vergleiche die Aeußerung von Leibniz, in seinen Werken Bd. IX, S. 496, n. 2.

²⁾ A. a. O. Bd. VII, S. 320.

In einem Schreiben an die Kurfürstin, die sich in Emsburg befand, vom 14. October 1696, in welchem er zuerst Geschichte und Roman einander gegenüber stellt, kommt er mit einer raschen Wendung auf jene Frage. „Wenn Gott, sagt er, mir die Gnade verleiht, mein Geschichtswerk zu vollenden: so bewahre ich mir für meine alten Tage eine besondere Art von Roman auf. Das soll die Geschichte des zukünftigen Jahrhunderts sein. Denn ich befaße mich ein wenig mit der Wahrsagerei, und glaube die Zukunft zu errathen. Ich werde also reden wie einer von denen, die hundert Jahre nach uns kommen werden. Der Enkel unseres Kurfürsten“ — es ist der nachherige König Georg II. von England — „spielt darin keine geringe Rolle. Er wird ein anderer König Wilhelm sein. Denn ich sage Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht im Vertrauen: ich habe im großen Buche der Geschichte gelesen, daß die Nachkommenschaft der Prinzessin Anna Raum geben wird für die Ihrige, und man wird Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht die Ehre verdanken, dem Hause Braunschweig-Lüneburg ein Königreich als Mitgift zugebracht zu haben.“ So weiter, Scherz mit Ernst gemischt.

Die Kurfürstin erwiedert: „Obwohl ich Ihren Brief erhalten, meine ich mich der Antwort überheben zu können, indem ich Ihnen hierbei ein dickes Packet Bücher sende. Es wird sich darin Stoff genug darbieten, über welchen Sie die schönen Ideen Ihres Romanes vergessen können, zu welchem ich durchaus nicht beitragen möchte. Da wir in wenigen Tagen nach Herrenhausen zurückkommen, so hoffe ich Sie dort zu sehen und mit Ihnen zu reden über die erhabenen Dinge, die sich unzweifelhaft in diesem Pakete befinden“ ¹⁾.

Die Thatfache der fühlten Zurückweisung von Seiten der Kurfürstin liegt vor Augen. Aber ist der König Wilhelm III. bei diesem Versuche von Leibniz betheiligt?

Ein in Schrift ausgedrückter Hinweis findet sich nicht. Aber es darf hier im Voraus bemerkt werden, daß bei den drei anderen späteren Versuchen, einem im Herbst 1698, einem im September 1700, und dem entscheidenden im Januar 1701, Leibniz mit Wissen des Königs Wilhelm III. mitwirkt.

¹⁾ Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 12 u. f.

Bei diesen drei letzteren Versuchen ist namentlich auch der alte Freund des Königs Wilhelm, der Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, in sehr erheblicher Weise bethelligt. Es fragt sich also, ob auch bei demjenigen vom Jahre 1696.

Am 14. October 1696, als Leibniz, der als Historiograph im Dienste des Gesammthauses Braunschweig-Lüneburg stand, jenes Schreiben an die Kurfürstin richtete, war der Herzog Georg Wilhelm eben zurückgekehrt vom Schlosse Koo, wo er mit seinem königlichen Freunde Wochen lang der Jagd obgelegen. Wir erinnern uns, daß Georg Wilhelm einen Monat früher die Brautfahrt oder vielmehr Nicht-Brautfahrt nach dem Schlosse Kleve mitgemacht. Wir erinnern uns andererseits, daß der Enkel der Kurfürstin, der damalige Kurprinz Georg August, der spätere König Georg II. von England, auch sein Enkel war.

Diesen Thatfachen gemäß haben wir unser Urtheil zu bilden, ob ein Causal-Nexus zwischen den Intentionen des Königs Wilhelm und jenem Schreiben von Leibniz möglich oder auch wahrscheinlich ist. Wie immer indessen auch dieses Urtheil ausfalle: die Gesinnung der Kurfürstin Sophie liegt zu Tage. Sie lehnt die Aussicht auf die Thronfolge in England ab, sei es nur Leibniz gegenüber, sei es, daß jene Ablehnung von diesem her durch den Herzog Georg Wilhelm auch zur Kenntniß des Königs Wilhelm III. gelangt. —

Nachdem jene auf das Friedens-Verlangen des Königs mehr eingehende Antwort von Seiten des Kaisers eingetroffen, schickte der König sich zur Abreise nach England an. Vorher beschied er nochmals den Grafen Kaunitz zu sich. Er begann, wie einst auch mehrmals gegenüber dem Grafen Windischgrätz, mit den Worten: „Ich lege jetzt Ihnen gegenüber meinen königlichen Charakter bei Seite, und will reden als Freund zum Freunde. Ich halte es für nothwendig, noch in diesem Winter den Frieden zu machen, so gut immer man ihn haben kann, wenn auch nicht, wie man ihn gern wollte. Denn es liegt bereits genug vor Augen, daß er, wenn wir eher mit Nachdruck darauf ausgegangen, besser gewesen wäre als jetzt. Je länger wir aber warten, desto schlimmer steht es für die Verbündeten. Ich verwundere mich, daß Frankreich so viel im Wege der Präliminarien anbietet. Ich sehe gar keine Nothwendigkeit, welche die Krone Frankreich

dazu zwingt, zumal da nach der Neutralität für Italien sie gar nichts, wir hingegen sehr viel zu befürchten haben. Denn, ob bei der Fortdauer des Krieges unsere Lage sich verbessern oder verschlechtern wird, ist leicht klar zu stellen. Die Kosten der Kriegsführung in Italien sind für den Feind so hoch, daß er für einen Mann dort drei am Rheine und in den Niederlanden unterhalten kann. In der That läßt er 40,000 Mann neu anwerben. Da nun aber Spanien so viel wie gar nichts leistet, da die Kur- und anderen Reichsfürsten keinen Mann stellen, wenn man sie nicht bezahlt — mit Ausnahme der zwei oberen Kreise, Franken und Schwaben — so fällt die ganze Last des Krieges auf England und Holland“.

„Deshalb bin ich geneigt zum Frieden. Zwar wünsche ich für Spanien bessere Präliminar-Bedingungen. Allein eben so wenig für Spanien wie für Lothringen darf man den Frieden aufhalten. Dagegen bin ich damit einverstanden, daß vor allen anderen die Sache Lothringens im Congresse behandelt werde, eben so daß bei der Annahme der schwedischen Vermittelung wir uns vorbehalten, die Forderung der Garantie, welche Schweden schuldig ist, geltend zu machen.“

Kaunitz warf ein: der Kaiser unterhalte doch 30,000 Mann, ohne den Türkenkrieg.

„Diese Rechnung, erwiderte lächelnd der König, habe ich schon öfter vernommen“ ¹⁾.

Wir erinnern uns, worin die Differenz der Rechnung von beiden Seiten bestand. Der Kaiser betrachtete die Brandenburger Truppen, weil er für dieselben zahlte, als die seinigen. Der König und die Republik dagegen sahen die Brandenburger Truppen, weil sie für dieselben zahlten, an als die ihrigen. In so weit hatte man von beiden Seiten Recht. Nur freilich wurde die Zahl der Brandenburger durch diese Rechnungsweise nicht verdoppelt.

Der König schloß die Audienz mit einer nachdrücklichen Empfehlung der neunten Kur.

Am 4./14. October begab er sich von Dranienpolder aus an Bord des harrenden Weichwaders zur Ueberfahrt nach England. Der

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. October.

Wind war günstig. Dennoch drohte eine ungewöhnliche Gefahr. Durch einen Irrthum des Vootjen näherte sich das Geschwader am Abende des 5./15. October nicht der englischen, sondern der französischen Küste. Ein daher segelnder Holländer rief den Vootjen an, und machte ihn aufmerksam auf die Gefahr. Die Sache erschien unglaublich. Nicht eher gab der Vootje nach, als bis der Holländer durch das Heraus-
hoben von Meeresgrund darthat, daß es Erde sei vor Calais. Der Cours ward geändert. Um zwei Uhr Nachts landete der König in Margate ¹⁾.

Bevor wir indessen dem Könige nach England folgen, haben wir uns zurückzuwenden zu dem allgemeinen Stande der Dinge auf dem Festlande.

So arm an Kriegesthaten wie der Feldzug von 1696, war noch keiner dieses umfassenden Krieges verlaufen, kaum anders im Osten wie im Westen.

Nach den verschiedenen fruchtlosen Versuchen, durch Unterhandlungen in Constantinopel den Kaiser von dem Türkenkriege frei zu machen, gab sich bei Wilhelm III. und Heinsius wiederholt die Ueberzeugung kund, daß ein Friede mit den Türken nicht zu erreichen stehe vor demjenigen mit Frankreich. Es lag darum längst im Interesse des Kaisers, diesen letzteren Krieg zu beenden. Dies um so mehr, da er an seinem Eigenen durch die französischen Vorschläge keine Einbuße erlitt, vielmehr, wenn er sich auf das für Straßburg angebotene Aequivalent einließ, namentlich die Stadt Freiburg, selber nur gewann. Heinsius wies darauf hin, daß ja dieser Vortheil für den Kaiser doppelt sei, indem er dadurch seine Erbstadt Freiburg zurück erhalte und indem durch die Beschleunigung des Friedens um so eher seine ganze Macht verfügbar werde gegen die Türken. „Allerdings, erwiederte Kaunig, wenn der Kaiser sein eigenes Interesse mehr ins Auge faßte als dasjenige des Reiches: so würde er das Aequivalent nehmen und schleunigst aus diesem Kriege nach Westen zu kommen suchen. Allein dem Kaiser liegt zuerst das Ganze am Herzen.“

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 19. October.

Fordert von uns Späteren jeder Schritt im Leben Leopolds die Anerkennung, daß die Grundsätze, nach denen seine Politik sich bestimmte, seiner Idee des römischen Kaiserthums entsprachen, darin ihre Wurzel haben, daß sie zu Tage treten namentlich in derjenigen Eigenschaft, welche Leibniz bereits zwanzig Jahre zuvor bezeichnet hat als den wunderbaren Uneigennutz ¹⁾ des Kaisers: so steht als Schattenseite, wie vom Anfange an, daneben der Mangel der Initiative, der geringe Nachdruck des Handelns, und, vor allen Dingen, die Schlassheit und vielleicht mehr noch die Unehrllichkeit der Diener des kaiserlichen Willens, ganz besonders in diesem Türkenkriege.

Im Winter 1695 auf 1696 wurde eine Untersuchung der Gründe angestellt, warum Ungarn nicht mehr ein Siegesfeld sei, wie von 1683 bis 1690. Als hauptsächlichster Fehler ward anerkannt die Langsamkeit. Diese hatte zwei Gründe: den Mangel an Geld zur rechten Zeit, dann die Entfernung der Winterquartiere von dem Kriegsschauplatz. Es geschah, daß die Truppen, die im Spätherbste von dort abgezogen, erst im April wiederkehrten, dann nicht mehr frisch, sondern abgemattet durch lange Märsche. Man berieth lange hin und her, wie diesem Uebelstande abzuhelpen, und ließ es dann beim Alten ²⁾.

Der Kurfürst Friedrich August von Sachsen übernahm für den Feldzug von 1696 abermals den Oberbefehl. Der Plan war gerichtet auf Temesvár. Bereits am 25. Mai befand sich der Kurfürst in Ofen. Die Regimenter waren vollzählig, die Schiffe auf der Donau bereit. Dennoch war die gesammte Ausrüstung dürftig. Es fehlte an Pulver, an einer genügenden Feldbäckerei. Vierzig Tage verstrichen ungenützt. Dann brach das Heer auf. In Szegedin hielt der Kurfürst Kriegsrath. Die Umstände waren ungünstiger geworden. Der Sultan Mustafa stand bereits bei Rijch, die Jahreszeit war vorgerückt. Dennoch hielt man fest an dem Plane der Belagerung von Temesvár. Sie begann. Aber die Türken nahen heran zum Entsatz. Es kam zum Treffen. Der Ausgang war nicht ein eigentlicher Sieg der Türken, dennoch unglücklich für die Kaiserlichen, weil der Plan des Feldzuges

¹⁾ Un désintéressement merveilleux. Vgl. die Werke von Leibniz Bd. V, S. 269.

²⁾ Wagner t. II, p. 307.

mißlungen war. Am 16. September befand sich Friedrich August schon wieder in Wien.

Größeren Ruhm als der Kurfürst erwarb sich der Czar Peter von Moskau, dessen Name damals zuerst durch Europa erklang als derjenige des Siegers von Now. Der Sieg schien ihm ein Recht zu verleihen, in die Allianz des Kaisers, der Republik Venedigs und Polens gegen die Türken mit aufgenommen zu werden. Dies war sein eifriges Bemühen. Er erreichte es in so weit, daß der Kaiser Leopold im Februar 1697 einwilligte in ein Bündnis auf drei Jahre ¹⁾. Bereits spannte der willenskräftige Czar weit aussehende Pläne. Wir werden sie später aus seinen Worten vernehmen.

Wir erinnern uns, daß von kaiserlicher Seite wiederholt der Gedanke ausgesprochen war: es stehe bei England und Holland durch die Entsendung eines Geschwaders vor Constantinopel die Türkei zum Frieden zu zwingen, und somit die ganze Macht des Kaisers nach dem Westen verwendbar zu machen. Allein die Handelsinteressen von England und Holland in der Levante standen entgegen.

Der Gedanke erstarb darum nicht. Wie ein Jahrzehent früher zu dem Gesandten Krampnich im Haag, so traten im Herbst 1696 auch zu dem Grafen Kaunitz dort einige Capitaine der holländischen Marine mit einem gewichtigen Plane. Die Ausführung desselben, sagten sie, erfordere zwölf Capital-Schiffe. Diese würden miethweise auf sechs Monate zu erlangen sein von den zwei nordischen Kronen. Diese Flotte, unter der Kriegesflagge des Reichsadlers, würde unerwartet vor Constantinopel erscheinen, diese Hauptstadt über den Haufen werfen, damit dem ottomanischen Reiche den Herzstoß geben, und zum unsterblichen Ruhme des Kaisers dem langwierigen blutigen Kriege ein kurzes Ende bereiten. Eine, wie es scheint, genaue Kostenberechnung liegt dem Plane bei. Der Anschlag beträgt für die sechs Monate reichlich eine halbe Million Reichsthaler ²⁾.

Der Graf Kaunitz sendete den Plan mit seiner Empfehlung nach Wien. Die einzige übrig gebliebene Spur der Beachtung dort sind einige Ausrufungszeichen am Rande des Kostenbetrages. Wie auch

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 43, p. 14.

²⁾ Zu dem Berichte des Grafen Kaunitz vom 13. October.

war bei den Finanzzuständen der kaiserlichen Monarchie, bei der Untreue vieler Diener derselben eine solche Summe nebenher zu beschaffen! — So lange nicht im Osten wieder eine überlegene Feldherrn-Persönlichkeit auftrat, ähnlich wie Carl von Rothringen, eine solche, die auch mit hungernden, darbenden Kriegern zu siegen verstand, war eine endliche Entscheidung zu Gunsten der kaiserlichen Waffen nicht zu hoffen.

Dieser Zustand der kaiserlichen Heere erfordert noch weiter unsere Aufmerksamkeit. Wir haben eine Schilderung derer, welche unter dem Markgrafen Ludwig von Baden am Oberrheine standen. „Die Regimenter Ew. Majestät, meldet Ludwig von Baden, sind in Kleidung und den übrigen Dingen so kläglich ausgestattet, daß sie allgemeines Mitleid erregen. In Wirklichkeit erinnere ich mich nicht jemals etwas so Dürftiges gesehen zu haben, und die Unwürdigkeit eines solchen Anblickes drückt mich nieder. Ich halte freilich dafür, daß der Soldat geschätzt werden muß nach seiner Leistung, und nicht, wie Frauen, nach dem Puge; auch weiß ich sehr wohl, daß diese in Lumpen gehüllten Männer, nämlich der Kern unseres Heeres, anderen wohl ausgestatteten in vieler Beziehung überlegen sind. Aber unvermeidlich bringt eine solche Dürftigkeit auch brave Männer zum Unrechte, zur Meuterei, zur Desertion. Wenn Ew. Majestät mit eigenen Augen diesen Jammer erblickten, so würden Sie sicherlich mit jeglicher Art der Erleichterung denen zu Hülfe kommen, die den Kriegesruhm erworben, an welchem die deutsche Nation über alle anderen Völker des Erdkreises hervorragt, die den kaiserlichen Thron selbst auf ihren Schultern tragen. Aber nun sind sie hinabgedrückt auf den Stand bettelhafter Armuth, so daß sie, jener ohne Rock, dieser ohne Schuhe, zum Lachen reizen. Ja es ist dahin gekommen, daß der große Haufe, wo er einen Menschen erblickt, der in zerrissener Kleidung zur Zeit wohlfeiler Preise sich ein Stück Brot erbettelt, einen solchen Mann, ohne ihn genauer zu kennen, als kaiserlichen Soldaten bezeichnet. Dies bringe ich offen und ohne Umschweif zur Kenntnis Ew. Majestät, nicht als wollte ich darum die Last des Commandos von mir abschütteln, sondern damit nicht von mir Rechenschaft gefordert werde wegen des Uebels, das daraus entstehen kann“ ¹⁾.

¹⁾ Wagner t. II, p. 357.

Es lag dem Markgrafen Ludwig von Baden ob, mit diesen kaiserlichen Truppen, ferner denen, welche die Reichsreise Franken und Schwaben stellten, und den wenigen, welche aus dem übrigen Deutschland zur Hülfe herbei kamen, den Oberrhein zu vertheidigen. Wir haben vernommen, in welcher Weise der König Wilhelm III. in seiner Rede zu Raunich vor seiner Abreise sich über die Kriegsführung von Seiten des Reiches äußerte, daß er neben dem Kaiser nur jene beiden Kreise nannte als diejenigen, welche aus eigenem Antriebe etwas leisteten. Von den wenigen Reichstruppen, die im Sommer des Jahres 1696 den Kreisen zu Hülfe marschirten, zog der König, ungeachtet der Einwände des Kaisers, noch die Hessen und Münsteraner zu sich nach Belgien. Andere Reichstruppen trafen sehr spät ein, eine derselben erst am 10. September. Bevor sie das Gepäck abluden und Zelte aufschlugen, pflegten sie sich zu erkundigen nach den demnächstigen Winterquartieren ¹⁾.

Es war die Kraft und die Umsicht Ludwigs von Baden, die dort am Oberrheine die Sache aufrecht hielt. Er zog die Föderation der beiden Kreise enger zu einer dauernden gemeinsamen Vertheidigung. Nicht überall gereichte ihm das zum Lobe. Es ward ihm zum Vorwurfe gemacht, daß seine Thätigkeit der Autorität des Kaisers zum Abbruche gereiche. Ludwig von Baden verantwortete sich direct bei dem Kaiser. Diese seine Verantwortung, wie sie jenes Urtheil des Königs über die Leistungen der deutschen Fürsten bestätigt, entrollt uns in Betreff des Ganzen ein wenig erfreuliches Bild.

„Der Beschluß der Kreise sich selber in den Stand der Vertheidigung zu setzen, sagt Ludwig von Baden, erscheint mir eher des Lobes als des Tadels würdig. Denn sie allein, bedrängt von schweren Kriegesleiden, verlassen von den deutschen Vaterlandsgenossen, haben treu und standhaft ausgehalten. Von den übrigen Reichsfürsten ist ein jeder sich selber Kaiser. Je nachdem wie es den Einzelnen vortheilhaft erscheint, halten sie ihre Mannschaft daheim, oder verdingen sie nach außen um Gewinnes willen, oder schicken sie auch gegen den Herbst hieher, verlangen dann aber mit großem Eifer Löhnung und gute Winterquartiere. In Wort und That, sie sind die Söldner des

¹⁾ Wagner t. II, p. 321.

eigenen Vaterlandes. Anders diese beiden Kreise. Sie tragen mit schweren Kosten Sorge für den Schutz der eigenen Volksgenossen, der Gesammtheit, so wie zunächst auch der kaiserlichen Vorlande. Sie zuerst haben den Weg betreten zu einer gemeinjamem Reichswehr, die längst alle wohl Gesinnten ersehnt haben. Ich wünsche nicht, daß diese meine Beschwerde über die Mattheizigkeit der Reichsfürsten von Wien aus sich verbreite, und den Haß derselben auf mich ziehe. Aber ich sehe mit voller Klarheit der Ueberzeugung vorher, daß, wenn nicht fortan die Reichsfürsten ihrer Pflicht für das Ganze getreuer obliegen und die Gebote des Kaisers williger erfüllen, wenn sie nicht um der Gesammtheit willen von dem Eigenen ein Opfer bringen wollen, der Zusammenbruch des Ganzen nicht mehr fern ist. Es ist ein schmerzlicher Anblick, und bei der Nachwelt eine Schmach für uns, wenn Deutschland, das einst über alle Kriege entschied, welches so viele und so mächtige Fürsten umfaßt, dahin gelangte, daß seine Grenze von der Schweiz bis zum Neckar, die ja allein dem Feinde offen steht, vom Untergange bewahrt werden soll lediglich durch die Arme seiner Anwohner, daß dagegen der Kaiser, selber verwickelt in den schweren Türkenkrieg, dabei noch für sein Geld die Deutschen kaufen soll zur Vertheidigung von Deutschland" ¹⁾).

Wir gedenken bei diesen Worten der Klage des Kaisers, daß der Kurfürst von Brandenburg das Geld nahm, seine Truppen dagegen nicht an den Rhein schickte, wie der Kaiser es verlangte, sondern nach Belgien, wo der Kurfürst für dieselben Truppen holländisches und englisches Geld bezog.

Daß es dennoch dem Markgrafen von Baden gelang, mit seiner ungleich schwächeren Macht sich den Feldzug des Jahres 1696 hindurch gegen die überlegene Macht des Herzogs von Choiseul zu behaupten, ward ihm angerechnet als die Leistung eines andern Camillus.

Nun aber drohte für den Feldzug von 1697 die Verstärkung der französischen Macht durch die in Savoyen verfügbar gewordenen Truppen. Wie Wilhelm III. diese Verstärkung fürchtete für Belgien, so Ludwig von Baden und die beiden Kreise für den Rhein. Die gleiche Besorgnis erhob sich in allen Reichsständen, die den Strom

¹⁾ Wagner t. II, p. 319.

berührten und dennoch der Hülfe der Mächtigeren nicht sicher waren. Aber das Beispiel der Conföderation von Franken und Schwaben lag vor. Im Herbste 1696 traten zu Frankfurt Deputirte zusammen, nicht bloß mehr jener zwei Kreise des Reiches, sondern der sechs, die den Rhein berührten. Unter der Führung des Kurfürsten von Mainz einigten sich die sechs Kreise zur Aufstellung eines eigenen Heeres, im Kriege 60,000 Mann, im Frieden 40,000.

Der Wille war gut. Auf die Mittheilung jedoch des Grafen Auersperg erwiederte der König Wilhelm III., daß er an der Ausführung starke Zweifel hege ¹⁾).

Der Feldzug des Jahres 1696 in Catalonien verlief in kleinen Gefechten, die einen nennenswerthen Erfolg nicht brachten. Im Ganzen war der Vortheil eher auf spanischer als auf französischer Seite ²⁾).

Anderer Besorgnisse jedoch erhoben sich für den nächsten Feldzug. Die französischen Truppen, die bisher gegen Savoyen gestanden, waren durch den Frieden dort verfügbar geworden. Wie Ludwig von Baden dieselben fürchtete für den Oberrhein, wie Wilhelm III. für Belgien: so viele Andere für Catalonien. Würde nicht dann der spanische Staatsrath eben dasselbe was er zur Erhaltung von Mailand gethan, abermals thun zur Rettung von Catalonien? Diese Frage ward in der Hofburg zu Wien, im Haag und in Kensington im Laufe des Winters 1696 lebhaft erwogen. Die Berichte aus Madrid legten nicht Zeugnis ab für den festen Willen des Widerstandes ³⁾).

Gewichtiger als die Nachrichten über die geringen Kriegsvorfälle im Feldzuge des Jahres 1696 in Catalonien, erklang eine andere Kunde, die im Herbste Europa durchheilte. Carl II. von Spanien erkrankte im September 1696 sehr schwer. Zwar genas er dann wieder, jedoch nicht so, daß sein Zustand die Gewähr einer langen Dauer zu bieten schien. Die Frage: was dann? — mußte zur Erwägung kommen, und zwar nicht bloß in Madrid. Wir werden indeß die eingehende Erörterung dieser Sachlage bis dahin zu vertagen haben, wo die Schritte, die namentlich in Versailles und in Wien

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 10. Januar 1697.

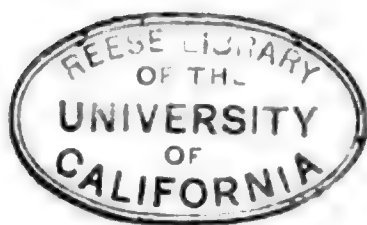
²⁾ Sylvius t. IV, b. 42, p. 108, 156.

³⁾ Die Berichte des Grafen Lobkowitz im November und December.

vorbereitet werden, auch äußerlich sichtbar hervortreten, nämlich auf den Beginn des Jahres 1697.

Ludwig XIV. faßte damals, zu Ende des Jahres 1696, nicht bloß die Kronen der spanischen Reiche ins Auge, und zwar für einen seiner Enkel, sondern zugleich diejenige von Polen für ein Mitglied seines Hauses, den Prinzen Conti. Wir haben vernommen, daß er, nach dem Tode von Johann Sobieski, zuerst dem Könige Jacob seine Verwendung angeboten, daß jedoch Jacob abgelehnt. Der Abbé Polignac, der als Gesandter in Warschau weilte, glaubte bei der zukünftigen Wahl die Mehrheit für einen französischen Prinzen erwerben zu können. Auf diese Meldung beschied Ludwig XIV. den Prinzen Conti zu sich. Er legte ihm die Berichte Polignacs vor. Dann sprach er: „Entscheiden Sie selbst, ob das vermag Sie zu locken. Es thut mir leid, Ihnen nur meine Verwendung bieten zu können. Sie bedürfen jedoch außerdem mindestens 200,000 Kronthaler baar. Trachten Sie dieselben zu finden. Wenn Sie König werden: so werden Sie diese Summe verschmerzen; wenn nicht, so werde ich nach dem Friedensschlusse Sie schadlos halten“. Von diesem Tage an, zu Anfang October, suchte der Prinz Conti durch Verkaufen und Verpfänden diese Summe flüssig zu machen. Es gelang. Die 600,000 Livres wurden an Polignac in Polen übermittelt ¹⁾.

¹⁾ Schreiben von Palmquist aus Paris, 5. October. — Man vergleiche Dangeau t. IV, p. 60.



Einundzwanzigstes Buch.

Das Kriegesjahr 1697 und der Friede von Ryswyck.

Der Jubel des Volkes in London beim Empfange des Königs nach dem thatloßen Feldzuge von 1696 übertraf die Erwartungen. Daß nichts Erhebliches geschehen sei, ward nicht ihm beigemessen, sondern dem Parlamente, welches die bewilligten Geldmittel nicht flüssig zu machen gewußt habe. Denn der König hatte von den bewilligten fünf Millionen nur zwei erhalten. Die Mitglieder des Parlamentes, die sich in London befanden, sprachen ihrerseits sich sehr entschieden aus gegen eine Ueberstürzung des Friedens. Auersperg meldete dem Kaiser, daß er mit Vertrauen der Session entgegen sehe ¹⁾.

Ähnlich schrieb am selben Tage der König an Heinsius: „Ich vermag noch nicht, Ihnen etwas Bestimmtes über den Stand der Dinge hier zu sagen. Wenn ich denjenigen Personen, die ich bis jetzt gehört, Glauben schenken darf: so werden sich die Dinge im Parlamente besser schicken, als man bisher hat hoffen dürfen. Einstweilen indeß sind das nur Vermuthungen; denn die Stimmung einer solchen Versammlung im voraus erkennen zu wollen, ist durchaus unmöglich. Besonders befriedigend ist für mich die Ansicht der Besonnenen. Diese Ansicht im Allgemeinen geht dahin, daß man, um den lebhaft gewünschten Frieden zu erhalten, vorbereitet sein müsse auf einen nachdrücklichen Krieg. Hoffentlich bleiben sie dabei“ ²⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 19. October.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 579.

In den nächsten Tagen verstärkten sich diese Wahrnehmungen. Die Stadt London ersuchte den König den Prozeß über die Verschwörung fortzusetzen, damit die Nation einmal Sicherheit erlange für sein Leben. Die Frage einer allgemeinen indirecten Steuer ward erwogen als das sicherste Mittel das Geld zum Kriege zu beschaffen.

Das Parlament trat zusammen am 20./30. October. Die Thronrede des Königs, wie immer sein alleiniges geistiges Eigenthum, lautete wie folgt.

„Mylords und meine Herren. Ich habe Euch zusammen berufen so bald wie möglich, und ich halte es für ein großes Glück, daß, in Betracht unserer großen Täuschung in den bewilligten Mitteln, und der Schwierigkeit der Herstellung der Münze, dieses Jahr verlaufen ist ohne einen Nachtheil nach außen oder eine Unordnung daheim.“

„Dies ist ein so überzeugender Beweis von der guten Disciplin meiner Armee, und der standhaften Zuneigung meines Volkes, daß ich nicht unterlassen kann meine volle Befriedigung darüber auszusprechen.“

„Unsere Gegner gaben sich der Hoffnung hin, daß diese Zustände für uns unheilvoll sein würden. Ihre Erwartung ist nicht erfüllt. Darum lebe ich der vollen Ueberzeugung, daß Euer einmüthiges Vorgehen in dieser Session ihnen auf immer die Hoffnung benehmen wird, einen Vortheil für sich zu erlangen von irgend welcher Uneinigkeit unter uns.“

„Ich erkenne an, daß eine schwere Aufgabe vor Euch liegt. Denn es sind einerseits Rückstände gut zu machen: andererseits müssen die Mittel da sein für das nächste Jahr.“

„Bei diesem Anlasse muß ich Euch mittheilen, daß mir Eröffnungen gemacht sind zum Zwecke der Unterhandlung eines allgemeinen Friedens. Aber Ihr — des bin ich sicher — werdet mit mir der Ansicht sein: der einzige Weg mit Frankreich zu verhandeln ist derjenige mit dem Degen in der Faust, und wir dürfen nicht einen sicheren und ehrenhaften Frieden erwarten, als indem wir uns vorbereitet zeigen auf einen nachdrücklichen und wirkamen Krieg. Deshalb empfehle ich Euch, Ihr Herren vom Hause der Gemeinen, recht dringend, daß Ihr erwägen wollet, wie die nothwendigen Mittel zu beschaffen, sowohl um die Ehre des Parlamentes aufrecht zu erhalten, indem Ihr auskommt für das bereits früher Bewilligte, als um den

Krieg im nächsten Jahre zu führen. Und zwar dürfte dies nach meiner Ansicht nicht geringer sein, als dasjenige was zu diesem Zwecke in der letzten Session beabsichtigt wurde."

Der König hob dann einzelne Puncte hervor, welche der Fürsorge bedürften, namentlich die Herstellung des Creditcs. Er schloß mit den Worten: „Ich halte dafür, daß es auch nicht Einen guten Engländer gibt, der nicht zum vollen erkenne, wie viel von dieser Session abhängt, und darum darf ich meine Hoffnung aussprechen auf die Einigkeit und Schleunigkeit in Eueren Beschlüssen. Denn mehr als zu irgend einer anderen Zeit sind sie jetzt nothwendig für die Sicherheit und die Ehre von England" ¹⁾.

Die Rede ward mit Beifall vernommen. Dann zog sich das Unterhaus zurück, um sie zu berathen. Eine Stimme dort erhob sich mit dem üblichen Antrage der Opposition, daß zuerst der Zustand der Nation in Betracht genommen werden möge. Lord Cutts, der, wo es galt seinen Eifer für das Gemeinwohl zu bethätigen, nimmer fehlte ²⁾, antwortete so, daß der Antrag damit beseitigt ward. Das Unterhaus faßte den Beschluß, den König und seine Regierung wider alle äußere und innere Feinde aufrecht zu erhalten, ihn zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich nachdrücklich zu unterstützen, und dies ihm durch eine Adresse kund zu thun. Es folgte sofort der noch wichtigere Beschluß, den Werth der Gold- und Silbermünze nicht zu ändern, weder in der Feinheit, noch im Gewichte, noch in der Benennung; und endlich der wichtigste von allen, nämlich einzustehen für alle Parlaments-Bewilligungen, auf welche Gelder vorgeschossen waren, vom Beginne der Regierung des Königs an.

Die Beschlüsse wurden gefaßt ohne Widerspruch. „Denn auch diejenigen, meldet Aueröperg, die sonst der Opposition angehören, erkennen gar wohl, daß die Beschlüsse die Gesinnung der gesamten Nation ausdrücken. Daher darf man sich von diesem Parlamente für die gerechte und allgemeine Sache alles Gute versprechen." Die kaiserlichen Gesandten ergingen sich weiter in Ausdrücken warmer Anerkennung.

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 25.

²⁾ Worte Hoffmanns in seinem Berichte vom 30. October.

Aehnlich wie die kaiserlichen Gesandten faßte der König Wilhelm die Beschlüsse des Unterhauses auf. „Es hat an seinem ersten Tage mehr verrichtet, meldet er an Heinsius, als man hätte hoffen dürfen. Wenn die Fortsetzung ist wie der Beginn, so darf man eine befriedigende Session erwarten. Ja ich kann noch hinzufügen, daß ich nach vielen Erkundigungen zu der Ueberzeugung gelangt bin: mit gutem Willen ist es erreichbar den Zustand dieses Landes zu heilen. Das gebe Gott, und, wenn dieses Glück uns zu Theile wird, so dürfen wir gewis sein, daß Frankreich mit sich reden lassen werde“ ¹⁾).

Es handelte sich darum die damals ungeheuerere Summe von acht Millionen Pfund Sterling zu bewilligen und einzubringen. Die Wohlgesinnten waren vertrauensvoll. Die Uebelgesinnten sagten: an der Bewilligung im Einzelnen sei nicht zu zweifeln; aber bei der Einhebung derselben werde man sich bitter enttäuschen ²⁾).

Die Mehrheit schritt hinweg über diese Einwürfe. Es war hergebracht, in schwierigen Fällen solcher Art einige Tage zu warten, bis die Mitglieder zahlreicher herangekommen waren. Es waren erst 260 da, reichlich die Hälfte der Zahl. Aber nicht Ein Tag sollte ungenutzt vorüber gehen. Montague, der Kanzler der Schatzkammer, faßte die Adresse ab. Am 23. October (a. St.) trat das gesammte Unterhaus vor den König. „Um Ew. Majestät und der gesammten Christenheit zu zeigen, sagt sie, daß das Haus der Gemeinen von England nicht sich beirren läßt in dem festen Entschlusse, durch den Krieg zu einem sicheren und ehrenhaften Frieden zu gelangen, erneuern wir im Namen aller derer, die wir vertreten, vor Ew. Majestät die Versicherung, daß wir Sie und Ihre Regierung aufrecht erhalten wollen gegen alle Ihre Feinde nach außen und nach innen.“

Die Worte waren vollbewußt. Der Ausgang der Dinge hat bewiesen, daß sie berechtigt waren. Man hat diese Tage von 1696 den Nadir Englands genannt. Mit Recht vielleicht in Betreff des Wohlstandes. Nicht mit Recht in Betreff des Muthes und der Opferwilligkeit für das Vaterland. In dieser Beziehung stehen die October-Tage von 1696 gleich den besten von England.

¹⁾ Das Schreiben vom 30. October bei Grovestins t. VI, p. 580.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. October.

Das Unterhaus schickte sich an, die Kriegssubsidien für den Feldzug von 1697 vorzunehmen. An dieser Frage zunächst mußte die Gesinnung sich praktisch bewähren. Es ward der Einwand geltend gemacht, daß, bei der geringen Anzahl der Mitglieder, diese Frage der Subsidien besser hinausgeschoben werde bis nach der Erledigung der Rückstände. Die Whig-Partei sah als den Zweck dieses Antrages an die Bewilligung zu erschweren. Sie warf ihn ab mit 126 gegen 95 Stimmen. So am 26. October/5. November. Und damit waren dem Könige die Kriegesmittel für das nächste Jahr gesichert, im Betrage von etwa fünf Millionen Pfund Sterling ¹⁾.

Wir haben oft Gelegenheit gehabt, der Entwicklung des freien Lebens der Engländer, welches wurzelte in dem unverkümmerten Rechte der Bewilligung von Mitteln für die Vertheidigung des Vaterlandes, gegenüber zu stellen die wachsende Unfreiheit der Franzosen unter dem Willen Ludwigs XIV., welcher für den Krieg, den sein Unrecht heraufbeschworen, die Menschen und die Mittel nahm nach seinem Ermessen. Dennoch blieb diesen Franzosen wenigstens der eine tröstliche Gedanke, daß sie Noth litten für das Vaterland. Anders stand es um die Unterthanen derjenigen deutschen Fürsten, welche sich angelegen sein ließen, ein Jeder daheim dem Könige Ludwig XIV. auf kleinem Fuße nachzuahmen. In denselben Tagen, in welchen das Unterhaus von England jene Beschlüsse faßte, äußerte Wilhelm III. sich zu Heinsius über einen dieser Fürsten mit folgenden Worten: „Ich erfahre, daß der Kurfürst von Brandenburg mit den Venetianern handelt über den Verkauf der vier Bataillone, die in Piemont gedient. Das ist unleidlich, und wir müssen trachten, diesem Scandale zuvorzukommen. Man muß doch sehr geringe Neigung für seine Unterthanen haben, wenn man sie in solcher Weise zum Handelsobjecte macht, nach Gegenden hin, von denen her nicht der zehnte Mann zurückkehrt. Und das geschieht in einer Zeit, in der alle Verbündete das Höchste aufbieten sollten wider Frankreich!“ ²⁾.

Der Contrast der Gesinnungen dieser beiden Fürsten spiegelt zugleich wieder den Contrast der Zustände der Völker, welche zu führen sie berufen waren.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 6. November.

²⁾ Schreiben vom 6./16. November, bei Grovestins t. VI, p. 589.

Der Adresse des Unterhauses entsprach diejenige des Oberhauses. Am 28. October/7. November begab sich der König nach Whitehall, um sie dort in Empfang zu nehmen. Er erwiderte: „Ich bin überzeugt, daß unsere stärkste Sicherheit gegen unsere Feinde aller Art besteht in der glücklichen Eintracht, die jetzt uns Alle verbindet“ ¹⁾.

Wir sehen das Vertrauen des Königs in die Zukunft sichtlich erstarken. Aber man dürfte darum nicht sagen, daß er in seinen Friedensgedanken nachgelassen. Nur bei ihm stand der volle Ueberblick der Dinge, und er hatte zu rechnen mit manchen anderen Factoren, und zwar dies Mal minder willigen, als dem Parlamente von England.

Wir erinnern uns des Wortes von Heinsius dem Könige gegenüber am 8. August, daß alle seine Gedanken sich dreheten um den einen Punct: das Verhehlen der holländischen Schwäche und des holländischen Friedenswunsches vor Frankreich. — Es ist auffallend, daß ein Staatsmann wie Heinsius sich einer Hoffnung hingeben konnte, deren Unerfüllbarkeit Tag für Tag an der Börse von Amsterdam vor Augen lag.

In Versailles ward nicht bloß dieser übereifrige Friedenswunsch der Holländer genau erkannt und gewürdigt, sondern eben so klar auch die Differenz, welche daraus erwuchs zwischen der Republik und dem Kaiser. Der Schwede Palmquist in Paris berichtet darüber am 28. September: „Der Hof hier ist zur Zeit mit dem Stande der Angelegenheiten sehr zufrieden. Durch die Spaltung und das Mißtrauen, welche er unter den Verbündeten zu erregen gewußt hat, hält er sich des Friedens für sicher und fast für Herrn der Bedingungen desselben. Bereits droht er, wenn der Kaiser beharrt seine Zustimmung zu den Vorschlägen von Callieres zu verweigern, sein Angebot zurückzuziehen, namentlich in Betreff des Reiches. Er geht um so ernstlicher mit diesem Gedanken um, weil er bei den Holländern eine ganz maßlose Friedensneigung bemerkt, so sehr daß, wenn der allgemeine Friede auf ein Hindernis stieße, das nicht bald zu beseitigen wäre, sie bereit sind für sich allein zum Abschlusse zu schreiten. Bereits schmiedet man das Eisen, und, wenn die Kaiserlichen zaudern,

¹⁾ In den Robethon-Papieren im St. A. H.

so wird man die Dinge denselben Weg nehmen sehen, wie einst in Rymegen“ ¹⁾).

Wir erinnern uns dieser Dinge von Rymegen. Ludwig XIV. hatte die damalige Allianz zu zerlegen gewußt, indem er die Stadt Amsterdam für den Sonderfrieden gewann. Eben dasselbe Verfahren suchte er auch dies Mal einzuschlagen. Die Republik Holland konnte an ihn keinen Anspruch erheben auf die Zurückgabe von Land und Reuten. Sie hatte, für sich selber betrachtet, ihm gegenüber nur die Forderungen der Sicherung ihres Bestandes und der Nicht-Hinderung ihres Handels. Ludwig XIV. hatte durch Callieres die Gelegenheit den Bürgermeistern von Amsterdam, ohne Mitwissen der anderen Bundesgenossen, die Erfüllung beider Forderungen in Aussicht zu stellen. Die schwere Erkrankung des Königs Carl von Spanien bot dafür einen besonderen Anlaß. Die gewichtigste Besorgnis für die Republik war nämlich, daß Belgien an Frankreich kommen würde. Nun bot, für den Todesfall Carls II., Ludwig XIV. an, den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern im Besitze von Belgien zu belassen und zu beschützen, und mit ihm und der Republik zu diesem Zwecke ein Bündnis zu schließen. Dadurch ward die Besorgnis der Republik von dieser Seite her hinweg genommen. Als positiven Köder bot der König einen Handelsvertrag, so vortheilhaft, wie ihn die Republik bisher nicht gehabt ²⁾).

Ob der König Wilhelm von den Einzelheiten dessen, was zwischen Callieres und Boreel vorging, eine genaue Kunde gehabt, läßt sich mit Gewisheit nicht sagen. Wohl bekannt jedoch war ihm die Friedensneigung in der Republik, besonders der Stadt Amsterdam, und eben so lebendig das Bewußtsein, daß er nicht der Souverän dort war, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden am letzten Ende nicht in seiner Hand stand, daß vielmehr die Republik, wie sie im Jahre 1678 gethan, auch im Jahre 1696 oder 1697

¹⁾ In den Robethon-Papieren des St. A. G. Der Wortlaut ist: *Cette cour paroist présentement assez contente de la situation des affaires, se voyant par la division et la méfiance qu'elle a scu mettre parmy les alliez, seure de la paix et presque maistresse des conditions.*

²⁾ Verschiedene Schreiben von Palmquist im Monate October. — Dangeau t. IV, p. 59.

ihren Frieden mit Frankreich schließen konnte, ohne seine Zustimmung und wider seinen Willen.

In Versailles lief im October 1696 sogar das Gerücht um, welches, wie man behauptete, sich auf Berichte aus Holland stützte: der Prinz von Oranien werde nicht wagen nach England hinüber zu fahren, aus Besorgnis, daß sofort nach seiner Abreise die Republik einen Sonderfrieden mit Frankreich eingehe ¹⁾).

Wir Spätere können nicht wissen, ob Wilhelm III. in seiner Besorgnis so weit gegangen. Jedenfalls aber ergab sich aus dem Stande der Dinge für ihn die doppelte Aufgabe: in Betreff der Republik, sie bei der Allianz zu erhalten, in Betreff des Kaisers und der anderen Bundesgenossen, einen Druck auf sie auszuüben, damit sie dem Friedenswunsche der Republik möglichst sich anbequemen. Wir haben nach beiden Richtungen hin sein Verfahren zu beobachten.

Im Laufe des Monates October steigerte sich im Haag der Ton des Unterhändlers Callieres gegenüber dem Holländer Dytvelt. Es sei unerhört, sagte er, daß der eine kriegende Theil gegenüber dem anderen sich so benehme, wie sein König gegenüber den Allirten. Er biete im Wege der Präliminarien so viel Land und Leute und etwa siebenundzwanzig Städte, ohne daß der andere Theil sich nur in das geringste einlasse. Im Falle die Verhandlung zerginge, genüge diese eine Thatfache, um der ganzen Welt klar vor Augen zu legen, daß nicht dem Könige, sondern den Verbündeten die Fortsetzung des Krieges zur Last falle. Geschehe aber dies, so seien durch die Neutralität von Italien alle Truppen von dort her verfügbar. Neue würden angeworben ²⁾).

So hochfahrend die Rede, so war doch das Thatsächliche derselben nicht zu bestreiten, nämlich daß Ludwig XIV., nicht gezwungen durch die Ueberlegenheit der Verbündeten, sich erbot zur Rückgabe eines sehr großen Theiles des früher Genommenen. Das Erbieten dagegen und zugleich die herausfordernde Sprache des Callieres scheinen im Widerspruche zu stehen. Dennoch sind sie wohl vereinbar. Es ist das umgekehrte Verhältnis gegenüber dem früheren von 1680 bis 1684,

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 62. Vom 5. October 1696.

²⁾ Bericht von Kaunitz und Stratemann, 30. October.

und noch darüber hinaus bis 1688. Zudem Ludwig XIV. in jener Zeit des äußeren Friedens mit Gewalt und List sich Länder und Städte aneignete, die nicht sein waren, hielt er stets sorgfältig sein Auge gerichtet auf die Grenze dessen, was die Friedensliebe, die Furcht, der Mangel an Einigkeit der Schwächeren, dazu der Erfolg seiner goldklingenden Beredsamkeit in Whitehall, Kopenhagen, Berlin ihm verstatteten. Er wollte keinen offenen Krieg, am wenigsten eine Allianz gegen ihn. Es gelang ihm für eine Reihe von Jahren. Im September 1688 überspannte er den Bogen. Der Krieg, den er nicht gewollt, war da. Die Allianz, die er so lange zu verhindern gestrebt, trat ins Leben. Nun, im Jahre 1696, um aus dem Kriege zu kommen, um vor allen Dingen zunächst die Allianz zu zerlegen, bot er Rückgaben dessen an, was er einst genommen, immer tastend, immer forschend, wie viel er behalten dürfe, ohne die Friedensneigung desjenigen Gliedes der Allianz, welches er aus derselben zu lösen hoffte, nämlich der Republik Holland, auf eine allzu scharfe Probe zu setzen. Die Wurzel, aus welcher dies Streben entsproß, ist in beiden Fällen dieselbe, eben so wie das Verfahren analog. Es hat mit moralischen Factoren geringe Gemeinschaft.

Die Reden des Callieres hatten vielmehr noch einen anderen Zweck. Wenn die Erbietungen der Herausgabe für den Frieden nach dem Urtheile der Holländer, die selber davon nichts zu beanspruchen hatten, bei dem Stande der Dinge als genügend erschienen für die anderen Bundesgenossen: so wurden sie folgerecht um so mehr innerlich gelöst von diesen Bundesgenossen, welche sie im Kriege festzuhalten bestrebt waren, zumal bei dem großen Abstände der Leistungen von Seiten dieser Anderen gegenüber denjenigen der Republik.

Heinsius berichtete das Verhalten des Callieres dem Könige. „Der Hochmuth und die Drohungen des Callieres, erwiederte Wilhelm III., setzen mich in Verlegenheit. Denn auf solchem Fuße läßt sich eine Friedenshandlung nicht führen. Andererseits jedoch besorge ich, daß die Herren von Amsterdam in das Abbrechen der Veredungen nicht willigen werden. Dieser Zustand der Ungewisheit ist der schlimmste von allen.“

Einige Tage später wiederholt Wilhelm III. denselben Gedanken in etwas anderer Form. „Es wäre gut, sagte er, dem Callieres zu

erklären, daß wir in Betreff der Festungswerke von Luxemburg nicht nachgeben wollen. Wenn Boreel im Namen von Amsterdam dies in formeller Weise zu erkennen gäbe, so würde das sicherlich eine gute Wirkung ausüben. Es ist nicht zu zweifeln, daß der hochmüthige Ton der Franzosen entspringt aus ihrer Meinung, daß Amsterdam mit allem Nachdrucke den Frieden will, und das gereicht uns zum großen Nachtheile" ¹⁾).

Augenscheinlich sind diese Schreiben Wilhelms III. an Heinsius abgefaßt mit der Absicht, daß sie zur Kunde der Bürgermeister von Amsterdam gelangen sollten. Sie waren nicht darauf berechnet, ihnen eine etwaige Kundgebung des Gelüstes zum Sonderfrieden zu erleichtern.

Bereits sah Wilhelm III. den Frieden als unmöglich an, nicht jedoch in gehobener Stimmung. „Wir müssen uns, sagt er am 6./16. November, wohl oder übel, auf den ferneren Krieg gefaßt machen, und den Ausgang Gott anheim stellen. Es kann geschehen, daß ich im Laufe des Winters auch hier im Königreiche oder in Irland angegriffen werde. Ich bin zur Vertheidigung bereit; aber es fehlt mir dazu baares Geld, und mein Mangel in dieser Beziehung ist wahrhaft unglaublich. Ich hoffe jedoch auf die Aushülfe der Republik zählen zu können" ²⁾).

Da der König Wilhelm diese Worte niederschrieb in den Tagen, wo er der bereitwilligen Unterstützung des Parlamentes von England schon sicher war; da dennoch die trübe Ansicht der Dinge bei ihm überwiegt: so kann dieselbe bei ihm nur aus der Besorgnis entspringen, daß, im Falle der Fortsetzung des Krieges, die Stadt Amsterdam und demgemäß die Provinz Holland oder auch die gesamte Republik nicht mitgehen würde. Um jedoch diese seine wirkliche Besorgnis völlig zu verdecken, spricht er am Schlusse sogar ein besonderes Vertrauen gegen die Republik aus. Der Schluß machte es dem Amsterdamer Bürgermeister moralisch fast unmöglich, einen Sonderfrieden zur Sprache zu bringen.

Im Haag redete Heinsius entsprechend jener Ansicht des Königs zu den kaiserlichen und dem spanischen Gesandten. Die Aussicht auf

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 589. Vom 6./16. November.

²⁾ A. a. O.

den Frieden, jagte er, sei täglich im Schwinden. Er bat dringend: der Kaiser möge bei den Reichsfürsten seine Autorität geltend machen, damit sie mehr als bisher sich der gemeinsamen Sache annähmen und einen erheblichen Theil ihrer Mannschafft auf eigene Kosten stellten ¹⁾).

Heinsius, der um die Stimmung von Amsterdam wissen mußte, redete hier zu den kaiserlichen Gesandten, welche, nach dem Ausweise ihrer Berichte nach Wien, diese Stimmung nicht zum vollen faunten, nicht so sehr als der Rathspensionär der Stände von Holland, sondern als der Minister Wilhelms III. Wie aber stand es um den Rathspensionär selbst, wenn der Plan des Callieres in Amsterdam glückte?

Es liegt demnach das Bestreben des Königs vor Augen, der Republik Holland kund zu thun, daß er ernstlich bemüht sei um den allgemeinen Frieden, sie dagegen festzuhalten bei der großen Allianz, ihr keine Gelegenheit zu geben, einen Wunsch des Sonderfriedens auch nur auszusprechen. Es liegt ferner sein Bestreben vor, in Wien die volle Erkenntnis der Lage der Dinge in Holland nicht aufkommen zu lassen. Wie bei diesem seinen Streben die Republik in einem günstigeren Lichte erscheint, als wir nach den Berichten aus Paris sie kennen: so ging Wilhelm III. andererseits so weit, mit ihr einzustimmen in Vorwürfe gegen den Kaiser.

Wir erinnern uns, daß schon im Sommer 1696 die Furcht lebendig war, daß, wenn Holland und England auf einen Sonderfrieden gedenken würden, der Kaiser und Spanien ihnen zuvor eilen könnten. Wir erinnern uns, daß im Monate August der irrthümliche Bericht des Lords Lexington aus Wien, welcher Sonderverhandlungen zwischen dem Kaiser und Frankreich meldete, der Stachel wurde für Wilhelm III. und Heinsius, durch den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September eine vollendete Thatfache für den Frieden zu schaffen, und den Kaiser in die Anerkennung derselben hinein zu drängen. So geschah es durch die Erklärung des Kaisers vom 4. October.

Es ist nun sehr merkwürdig, daß in denselben Tagen des August, in welchen Lexington in Wien in dieser Weise sich irre führen ließ, ein ähnliches Gerücht sich in London erhob. Hier jedoch erfahren wir bestimmter, von woher das Gerücht entsprang. „Die Jacobiten hier

¹⁾ Bericht von Kaunitz und Stratemann, vom 2. November.

versichern, meldet Hoffmann dem Kaiser am 17. August, daß Erw. Majestät einen Sonderfrieden mit Frankreich schließen, und dann in Gemeinschaft mit dieser Macht einen Religionskrieg unternehmen werden, um den König Jacob wieder einzusetzen" ¹⁾).

Das Gerücht tauchte in England abermals empor zur Zeit der Ankunft des Königs im October. Es gab sich stärker kund als früher, so sehr, daß Portland es an den Grafen Auersperg brachte, mit der Bitte es vor dem Beginne des Parlamentes zu entkräften. Auersperg wirkte in diesem Sinne ²⁾).

Das Parlament ward eröffnet. Auf die Glückwünsche Auerspergs zu den Beschlüssen desselben hielten ihm einige befreundete Mitglieder des Oberhauses die Frage entgegen: ob es wahr sei, daß der Kaiser die europäische Verwickelung in einen Religionskrieg umgestalten wolle. Auersperg erwiederte wie früher: der Kaiser habe beim Beginne diese Frage erwogen, habe demgemäß seinen Entschluß gefaßt und beharre bei demselben ³⁾).

In Wien ward dem Gerüchte keine weitere Beachtung geschenkt. Auch der König Wilhelm, nachdem er im August allzu rasch die Meldung Pexingtons für wahr genommen, mochte längere Zeit Bedenken tragen, sich wieder auf einen Glauben an dies Gerücht einzulassen. In dem Maße jedoch wie Callieres dem Dykvelt gegenüber im October und November seinen Ton steigerte, entfielen dem Könige Aeußerungen zu Auersperg: dies veränderte Verhalten des Callieres komme ihm fremd vor: es stecke darunter ein Geheimnis. Der Gesandte erwiederte: das Geheimnis bestehe darin, daß man in Holland die Friedensneigung allzu stark zu erkennen gegeben ⁴⁾).

Wir haben aus den eigenen Worten des Königs zu Heinsius vernommen, daß er genau derselben Ansicht war und insbesondere die Stadt Amsterdam für jenes Verhalten haftbar machte.

Und dennoch beharrte dem Grafen Auersperg gegenüber der König bei derartigen Anspielungen, daß dem Benehmen des Callieres irgend ein Geheimnis zu Grunde liege. Um die Sache klar zu stellen,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 17. August.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 23. October.

³⁾ Desgleichen vom 30. October. — Eben so Hoffmann.

⁴⁾ Bericht vom 13. November.

erwiederte eines Tages der Gesandte: „Callieres hat zu Dytvelt geäußert, der Graf Mannsfeld habe den Auftrag mit Frankreich einen Sonderfrieden zu unterhandeln. Das Hinwerfen solcher unwahrer Aeußerungen ist bekanntlich eines der üblichen Mittel der französischen Politik, um Mißtrauen zwischen den Verbündeten zu erregen. Diese Mittel sind hoffentlich verbraucht und abgenutzt“. Der König gab keine positive Antwort¹⁾. Hatte er einen Grund zu diesem Verhalten? — Wir werden einige Wochen später, bei der Krisis der Verhandlungen mit Callieres, ihn selber sich aussprechen hören.

Das Parlament von England schritt unterdessen im November fort, wie es begonnen hatte. Nach den Berichten von Shrewsbury im Sommer 1696 hatte der König es für erforderlich erachtet, um die Kriegsmittel weiter bewilligt zu erhalten, dem Parlamente die Aussicht auf einen Friedens-Congreß zu zeigen. Es bedurfte dessen nicht mehr. „Wenn der König dem Parlamente freien Lauf läßt, meldet Auersperg bereits am 23. October/2. November: so ist ein überstürzter Friede nicht zu befürchten. Vielmehr steht zu erwarten, daß das Parlament den Abbruch der Veredungen zwischen Dytvelt und Callieres fordern wird.“ Wir haben gesehen, daß der König selbst dazu neigte, aber diesen Abbruch abhängig machte von Amsterdam, welches nicht wollte. Eine Aeußerung des Parlamentes von England in der Richtung, welche Auersperg andeutet, wußte der König, wie wir später aus seinen eigenen Worten vernehmen werden, wenn auch mit Mühe, dennoch mit Erfolg zu verhindern.

Wie die Beziehungen von England zu den auswärtigen Mächten vielleicht niemals mit so geringer directer Betheiligung von Engländern behandelt worden sind, wie überhaupt während dieses Krieges: so vor allem die Friedenssache. Der König hatte, nach herkömmlicher Weise, zwei Staats-Secretäre für die auswärtigen Angelegenheiten, Shrewsbury und Trumball. Der letztere suchte bald nach der Ankunft des Königs in England den Grafen Auersperg auf. „Es schien mir, meldet der Gesandte, daß dieser Staats-Secretär von den Intentionen des Königs in der Friedenssache sehr wenig unterrichtet ist, wie er

¹⁾ Bericht vom 17. November. — Eben so über die Behauptung des Callieres der Graf Kaunitz aus dem Haag, 22. November.

denn auch selbst sich sehr darüber beklagte" ¹⁾). Dies ist auch fortan der Standpunct Trumballs. Je zuweilen richtet er im Namen des Königs Aufträge an die Gesandten aus: über die letzten Intentionen Wilhelms III. bleibt er ohne Kunde.

In wie weit Shrewsbury bei den Angelegenheiten betheiligt wurde, haben wir vernommen aus seinem Briefwechsel mit dem Könige und dann mit Villiers im Haag. Es trat damals noch eine andere Sache hinzu, welche beitrug ihn völlig fern zu halten. Es war die durch Sir John Fenwick wider ihn erhobene Anklage auf frühere Beziehungen mit St. Germain.

Die Angelegenheit des Sir John Fenwick ist von ungemeiner Wichtigkeit für das innere Rechtsleben von England, und darum von englischen Historikern sehr eingehend behandelt. Für die europäische Verwicklung gegen das Ende des Jahres 1696 hat die Sache eher die negative Bedeutung, daß fast die gesammte Thätigkeit des Parlamentes für Wochen lang wesentlich durch diese eine Angelegenheit in Anspruch genommen wurde. Wir haben sie in den Grundzügen zu überblicken.

Fenwick war nicht betheiligt bei dem Mordplane vom Februar 1696, dagegen bei den Entwürfen einer jacobitischen Erhebung. Indessen er war ein notorischer Jacobit, und darum wurde nach der Entdeckung des Mordplanes auch auf ihn gefahndet. Für viele Monate hielt er sich verborgen. Die Prozesse der Verschworenen thaten dar, daß unter den Zeugen nur zwei durch ihre Aussagen ihm gefährlich werden konnten. Zwei Zeugen aber waren nach dem Gesetze im Falle eines Hochverrathes erforderlich zur Uebersführung. Die Freunde Fenwicks trachteten den einen der Zeugen, Porter, durch reiche Geldmittel zur Flucht nach Frankreich zu bewegen. Der Plan schlug fehl an dem Mißtrauen Porters. Fenwick selber versuchte die Flucht. Sie mißlang. An der Küste selbst wurde er verhaftet, im August 1696.

Er oder Andere für ihn ersannen ein anderes Mittel ihn zu retten, zunächst einen Aufschub zu erlangen. Er wandte sich an einen der Regenten, den Herzog von Devonshire. Er erbot sich dem Könige alles was er wisse zu entdecken. Zu diesem Zwecke überlieferte er dem

¹⁾ Auerpergs Bericht vom 9./19. October.

Herzoge eine Schrift¹⁾. In derselben traten als Jacobiten voran Shrewsbury, Godolphin, Marlborough und Russell. Und zwar bezogen sich die Angaben auf das Jahr 1692.

Ob und in wie weit damals diese vier Personen ihre Versicherungen dem Könige Jacob gegenüber aufrichtig gemeint hatten, muß für immer dahin gestellt bleiben. Daß die Angaben Fenwicks begründet waren, liegt uns Späteren vor Augen.

Der König erhielt die Schrift in Voo, im Anfange September. Er theilte sie zunächst dem Grafen Portland mit.

Es erwächst also die Frage, ob der König und Portland den Angaben Fenwicks Glauben beimaßen. Angenommen auch, daß sie von den Beziehungen Shrewsburys, Russels, Godolphins mit St. Germain im Jahre 1692 keine nähere Kunde hatten, so hatte doch damals der König Anlaß gehabt, den Grafen Marlborough in den Tower zu setzen, und gerade Portland war der Ueberbringer dieses Befehles an die Königin Mary gewesen. Gegen Marlborough muß also damals ein evidentestes Zeugnis vorgelegen haben. Wenn aber Fenwick in diesem einen Falle das Richtige getroffen, so sprach die Wahrscheinlichkeit auch für die anderen Angaben. Wir erinnern uns, auf welche Weise der König den Grafen Shrewsbury zur Wiederannahme der Siegel als Staats-Secretär genöthigt (Bd. VI, S. 292 u. f.).

Es ist daher sogar sehr wohl möglich, daß Fenwicks Papier für den König gar nichts enthielt, was er nicht längst wußte, und zwar sicherer und genauer als Fenwick. Aber wir haben besonders an dem Verfahren in Betreff Marlboroughs im Jahre 1692 erkannt, daß der König sich begnügte mit der Vereitelung des Planes seiner Widersacher, daß er dann die Sache in Vergessenheit begrub, namentlich an eine Rache nicht dachte. Daß ein wesentliches Motiv dafür war ein hoher Sinn, haben wir in Bezug auf Ludwig XIV. gesehen in dem Prozesse wider Grandval. In Bezug auf England trat noch ein anderes wichtiges Motiv hinzu, dasjenige des wahrhaften Königs, der das Ganze ins Auge faßt, der nicht seine großen Ziele gefährden will durch das gleichzeitige Verfolgen von kleineren. Um der großen Ziele willen opferte Wilhelm III. persönliche Neigungen und Abneigungen.

¹⁾ Abgedruckt bei Dalrymple t. III^{II}, p. 275.

Es ist moralisch unmöglich, daß er vor dem Charakter Marlboroughs irgend welche Achtung haben konnte; aber er anerkannte die Befähigung, und darum zog er ihn wieder in Dienst, so bald das Interesse Marlboroughs eine Bürgschaft gab für seine Treue. Das Vertrauen des Königs in alle diese Persönlichkeiten hatte eine scharf gezogene Grenze: es war diejenige der spezifisch englischen Angelegenheiten. Gingen sie um mit Verrath, so mußte dieser Verrath sich kehren gegen das eigene Vaterland.

So viel also auch Wilhelm III. von dem Verkehre dieser vier Persönlichkeiten, Shrewsbury, Godolphin, Marlborough, Ruffel, mit St. Germain wissen mochte: er hatte sie deshalb nie zur Rechenschaft gezogen. Nun aber sollte die Nöthigung dazu ihm auferlegt werden von außen her. Denn dies war nach der Ansicht des Königs, und mit großer Wahrscheinlichkeit, der Plan Fenwicks und derjenigen, die ihn beriethen. Nicht auf seine eigene Rettung so sehr zielte das Geständnis Fenwicks, als auf den Zwiespalt des Königs mit seinen Räthen. Es kam dazu, daß, noch bevor die Sache in England öffentlich bekannt wurde, Villiers im Haag von Genf aus erfuhr: man habe aus Frankreich die Mittheilung, daß Fenwick vornehme Rätze des Königs anklage. Demnach lag die Combination nahe, daß die Angaben Fenwicks einem französisch-jacobitischen Plane entsprangen¹⁾.

Der Plan indessen litt an einem argen Fehler. Fenwick und seine Berather mochten das was er in seinem Bekenntnisse vorgebracht, sicher zu wissen glauben; aber er machte sich darin nicht anheischig, auch Beweise zu erbringen, welche seine Anklagen für Andere als glaubhaft darthun konnten. Er wußte alles nur vom Hören-Sagen. Von diesem Punkte aus faßte ihn der König Wilhelm. Indem er nicht sich einlassen wollte auf irgend eine Anklage gegen die vier Personen, deren Vergehen wider ihn er bei sich längst begraben, behandelte er Fenwick als Verleumder. Er sandte eine Abschrift des Bekenntnisses an Shrewsbury. „Sie können sich, fügte er hinzu, mein Erstaunen denken über die Frechheit Sie anzuklagen. Sie sind, glaube ich, allzu sehr überzeugt von dem völligen Vertrauen, das ich in Sie setze, als daß Sie sich dem Gedanken hingeben werden, diese Anklage

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 329.

habe irgend welchen Eindruck auf mich gemacht, oder gar, die Ueberzeugung geschehe aus diesem Grunde. Beachten Sie die Aufrichtigkeit dieses ehrlichen Mannes, wie er sich nennt, der nur Personen meines Dienstes anklagt, und von seiner eigenen Partei auch nicht Einen. Sein Ziel ist Zeit zu gewinnen für seinen Prozeß. Das soll ihm nicht gelingen. Legen Sie der Regentschaft das Schriftstück vor." So am 10. September von Yoo aus ¹⁾).

Die Antwort Shrewsbury's war dankeserfüllt. Er wolle, sagte er, aufrichtig alles bekennen was er gethan. Er berichtete dann über ein Zusammen-Treffen mit seinem Verwandten Middleton im Jahre 1692. Er schloß mit den Worten: „Ew. Majestät kennen nun mein ganzes Verbrechen, und ich hoffe, es ist nicht schwerer als ein König verzeihen kann“ ²⁾).

Man wird nicht bezweifeln dürfen, daß dasjenige was Shrewsbury berichtet, sich so verhielt. Auch konnte damit die Ungenauigkeit dessen, was Fenwick über ihn ausgesagt, als dargethan angesehen werden. Allein Fenwick wußte nicht alles. Wir erinnern uns der bestimmten Worte von Jacob II. an Ludwig XIV.: „Shrewsbury hat auf meinen Befehl seine Stelle als Staats-Secretär niedergelegt“ ³⁾. Demnach ließ die Rechtfertigung Shrewsbury's eine große Lücke. Aber der König Wilhelm sah diese Lücke nicht, weil er sie nicht sehen wollte. Er sei, sagte er, durch die Antwort völlig überzeugt, sein Vertrauen gesteigert ⁴⁾).

Man hätte denken sollen, daß solche Worte des Königs den Herzog von Shrewsbury völlig befriedigen würden. Es war nicht der Fall. Die Rückkunft des Königs, die Session des Parlamentes stand bevor. Eben damals zog sich der Staats-Secretär zurück auf seinen einsamen Landsitz Eyford in Gloestershire. Der König kam an. Unter den ersten Männern des Landes, die ihn empfangen, fehlte Shrewsbury. Er habe einen Fall vom Pferde gethan, meldete er, und spucke Blut. Die Freunde baten ihn, durch sein Erscheinen der Verleumdung zu trotzen. Der König schrieb an ihn in den freundlichsten Ausdrücken. Shrewsbury antwortete mit der Bitte um seine

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 145.

²⁾ H. a. D. p. 148.

³⁾ Macpherson's Original Papers, vol. I, p. 435.

⁴⁾ Shrewsbury Correspondence p. 151.

Entlassung. Der König rieth ihm um seiner selbst willen dies nicht zu thun, nicht der Verleumdung eine Handhabe zu bieten. Portland wies hin auf das Beispiel Russels, der aus sich selber sich so halte, wie die Freunde Shrewsbury's es von ihm wünschten. Shrewsbury gab in so weit nach, daß er einstweilen seine Bitte zurücknahm. So am 22. October/1. November¹⁾.

Man hat dies Verhalten Shrewsbury's dem geknickten Bewußtsein beigemessen, indem er, der sich schuldiger fühlen mußte als er selber angegeben, von dem Könige so nachdrückliche Bethenerungen der Huld empfing. Dabei jedoch dürfte ein anderes Motiv übersehen sein. Allerdings überhäufte ihn der König mit Versicherungen seines Vertrauens; aber um so tiefer mochte Shrewsbury empfinden, daß der König es ihm durch die That nicht bewies. Der erste Staats-Secretär von England wußte von dem Stande der Friedenssache nach wie vor eben so viel, wie jeder andere Engländer wissen konnte, und weniger als jeder Holländer. Shrewsbury sprach dies Motiv seines Handelns nicht offen aus; aber nur dadurch wird dasselbe völlig erklärlich.

Die äußerliche Rechtfertigung Shrewsbury's für sein Fernbleiben lag in seiner Krankheit. Nur durch die Berufung darauf konnte er den Bitten und Mahnungen der Führer der Whig-Partei widerstehen. Die Sache des Fenwick nahm auch so ihren für ihn günstigen Verlauf.

Aus der ersten Mittheilung des Königs an Shrewsbury haben wir ersehen, daß er den Proceß Fenwicks nicht verzögert wissen wollte. Allein obwohl die eigentliche Sache geheim blieb, so sicherte doch das Gerücht aus, daß Fenwick wichtige Eröffnungen gemacht. Es war demnach zu erwarten, daß das Parlament die Sache an sich ziehen werde. Die Regentschaft wagte darum nicht mit dem Prozesse vorzugehen. Sie schob die Sache hinaus bis auf die Ankunft des Königs.

Erst nach derselben theilte Wilhelm III. dem Admiral Russell die Angelegenheit mit. Die Führer der Whig-Partei hielten wiederholte Berathungen, auf welche Weise die Sache ans Parlament zu bringen. Es ward verabredet den König zu bitten, daß er den Fenwick über seine Anklagen verhöre und diese als in sich nichtig zurückweise, daß jedoch dann Russell als Betheiligter den König um die Erlaubnis bitte,

¹⁾ Sämmtliche Briefe in Shrewsbury Correspondence.

die Angelegenheit im Parlamente zur Sprache zu bringen. Es stand zu erwarten, daß in diesem Falle die gesammte Whig-Partei für ihre Mitglieder Shrewsbury und Russell eintreten würde. Allein es war dabei ein Hindernis. Unter den vier hauptsächlichlichen Personen, die Fenwick genannt, war auch Godolphin, der Tory. Für diesen durfte nicht die gleiche Bereitwilligkeit erwartet werden. Er war demnach in seiner amtlichen Stellung ein Hindernis, das beseitigt werden mußte. Die Aufgabe fiel dem Grafen Sunderland zu. Er löste sie zur vollen Zufriedenheit des Königs und der Whig-Partei. Man darf den König mit der Partei zusammen nennen; denn der Gang der Dinge beweist das Einverständnis. Godolphin als erster Lord des Schatzamtes bat um seine Entlassung. Sunderland scheint ihn gefirrt zu haben mit der Vorpiegelung, daß diese Bitte erforderlich sei, um einen Ausspruch des Vertrauens von Seiten des Königs für ihn zu erlangen. Allein in den Augen des Königs lag für Godolphin, den Tory, die Sache anders als für Shrewsbury, den Whig. Zur Ueberraschung von Godolphin ward seine Bitte sofort gewährt¹⁾.

Nach der Beseitigung dieser Persönlichkeit war, da Marlborough nicht ausdrücklich einer Partei angehörte, die Angelegenheit die Sache der Whigs. „Die Anklage, hieß es dort, trifft die ganze Partei, als ob sie insgesammt jacobitisch wäre. Ja der Mordplan selber fällt dann auf sie“²⁾. Es war also vorauszusehen, daß sie jegliche Anklage gegen Mitglieder ihrer Partei zurückweisen würde.

Der König lud Fenwick vor. Die Antworten desselben waren ausweichend, unbefriedigend. Wenn, wie höchst wahrscheinlich, er benutzt wurde als Werkzeug von Frankreich aus: so war der Plan in so weit unzulänglich, daß man ihm zu seinen Anklagen nicht auch feste Anhaltspunkte für dieselben in die Hände gab. Denn es scheint, daß Fenwick dennoch nicht mehr wußte als er sagte. Der König behandelte ihn demnach als Verleumder. Er entließ ihn mit den Worten, daß er nichts mehr von ihm hören wolle.

¹⁾ Namentlich die Briefe von Somers an Shrewsbury, in der *Correspondence of Shrewsbury* p. 419 sqq. Somers sagt: Godolphin is directly tricked in this matter.

²⁾ Somers an Shrewsbury, 31. October/10. November.

Andererseits ist wahrscheinlich, daß zu dem ausweichenden Verhalten des Kenwick in dieser Audienz nicht wenig beigetragen habe seine Meinung, daß er dennoch sicher sei. Denn in denselben Tagen war seinen Freunden das was früher mit dem einen Zeugen wider ihn, Porter, mißglückt war, gelungen mit dem anderen, Goodman. Man hatte ihn durch Geld zur Flucht nach Frankreich bewogen. Demnach war nur noch Ein Zeuge da, der gesetzlich zur Ueberführung nicht ausreichte. Kenwick meinte sich für sicher halten zu dürfen. „Allem Ansehen nach, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, dürfte er darin sich betrogen finden; denn das Parlament wird gegen ihn eine Bill of attainder beschließen, das heißt seine Hinrichtung ohne die Form eines Prozesses“ ¹⁾. So am 6./16. November, also mehrere Tage vorher. Demnach kann dieser Antrag das Parlament nicht in dem Maße überrascht haben, wie häufig angenommen wird.

Die Sache verlief gemäß dem Plane der Whig-Partei. Russell erbat und erhielt vom Könige die Erlaubnis die Sache an das Unterhaus zu bringen. Russell, der selber am besten wissen mußte, wie es darum stand, erhob gegen Kenwick die Anklage. „Er redete, sagt ein Augenzeuge, angemessen und bescheiden“ ²⁾. Nach der Correspondenz, welche damals Russell mit Shrewsbury unterhielt, scheinen der Eine wie der Andere gegenseitig von den früheren Verbindungen mit St. Germain nichts gewußt zu haben. „Was Kenwick gegen uns vorbringt, sagt Russell, ist so haltlos, daß kein rechtlicher Mensch ihm Glauben beimessen wird“ ³⁾. In der That war es die Ansicht der Unbetheiligten: es sei unmöglich zu glauben, daß Shrewsbury und Russell für eine andere Regierung sein könnten als diejenige des Königs Wilhelm, unter welchem sie in einer solchen Stellung, solchem Ansehen, daß der König Jacob sie nicht mehr erhöhen könne ⁴⁾. Zu dieser allgemeinen Ansicht trat dann im Unterhause die besondere Strömung der Whig-Partei. Kenwick wurde vorgeladen. Seine Aussagen waren unbefriedigend. Die Verhandlungen zogen sich hin bis in die Nacht. Dann erfolgte

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 6./16. November.

²⁾ Vernon an Shrewsbury, 6./16. November.

³⁾ Russell an Shrewsbury, 5./15. November.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 6./16. November.

der Beschluß: die Angaben von Sir John Fenwick seien falsch, erfunden zum Zwecke der Erregung von Zwietracht und Mergerniß.

„Ich darf als ganz gewis versichern, meldet Somers an Shrewsbury, daß lediglich die feste Ueberzeugung unserer Freunde zu Ihren und zu Russels Gunsten sie vermocht hat zu einem einstimmigen Botum solcher Art, wie sie sonst, nach Ihrer sehr richtigen Bemerkung, es nicht leicht fällen“¹⁾.

Shrewsbury und Russel waren dadurch frei gesprochen. Und dann wandte sich der Sturm gegen Fenwick. Wir haben vernommen, daß von Unbetheiligten eine Bill of attainder wider ihn vorhergesehen wurde. Der Antrag eine solche Bill einzubringen ward gestellt. Es stimmten 179 für, 61 dagegen.

Für Wochen lang nahm fortan diese Bill of attainder das politische Leben von England in Anspruch. Graf Auersperg hielt einigen Engländern entgegen, daß in der Errichtung einer solchen Bill König und Parlament so despotisch handelten wie keine Regierung auf dem Festlande es vermöchte²⁾. Die Engländer verneinten nicht. In diesem Falle jedoch, sagten sie, sei es eine Nothwendigkeit. Richtiger vielleicht war es eine Parteisache der Whigs. Dennoch ist oft hervorgehoben worden, daß von einer Abstimmung zur anderen sich die Stimmenzahl minder ungünstig für Fenwick stellte. Bei der ersten Abstimmung im Unterhause waren 196 für die Bill, 102 dagegen. Bei der zweiten 182 dafür, 128 dagegen. Bei der dritten 189 dafür, 156 dagegen³⁾.

Die Bill gelangte demnach an das Oberhaus. In demselben saßen zwei der Personen, die Fenwick angegeben hatte, Marlborough und Godolphin. Nach der Verlesung des Schriftstückes erhob sich Marlborough und erklärte auf sein Ehrenwort, daß er seit der Thronbesteigung des Königs keinen Verkehr irgend welcher Art mit Fenwick gehabt. Dies hatte jedoch Fenwick gar nicht einmal behauptet, sondern die Verbindung Marlboroughs mit St. Germain. Darüber schwieg Marlborough. Anders Godolphin. Die Behauptung, daß er irgend

¹⁾ Somers an Shrewsbury, 7./17. November.

²⁾ Auersperg an Kinsky, 4./14. December.

³⁾ Commons' Debates t. III, p. 60.

welche Verbindung mit St. Germain gehabt, sagte er, sei so falsch wie irgend etwas in der Welt ¹⁾).

Bei den ersten beiden Abstimmungen betrug die Mehrheit für die Bill 20 Stimmen, nämlich 73 : 53, und 73 : 55. Man wußte, daß der König für die Bill war ²⁾. Es kam die dritte Abstimmung, die entscheidende. Eine Reihe von Lords schwankten um. Bis dahin, sagten sie, hätten sie für die Bill gestimmt, um Fenwick einzuschüchtern, und dadurch ihn zum offenen Geständnisse zu bringen. Dies sei nicht gelungen. Aber nun einem Menschen, der nicht wegen des Mordplanes, sondern nur wegen der Invasion angeklagt sei, auf das Wort eines einzigen Zeugen hin, das Leben abzusprechen, verstoße nicht bloß wider den Wortlaut des Gesetzes, welches zwei Zeugen erfordere, sondern sei auch ungerecht in sich selber, zumal da verschiedene des Mordplanes Angeklagte dennoch unerreichbar wären, weil nur Ein Zeuge wider sie sich fände. So redeten namentlich die Lords, welche den Sommer hindurch die Regentschaft geführt, mit Ausnahme des Erzbischofs von Canterbury, Tenison. Ein Mitglied der Whig-Partei meinte diesem Vertreter der Hochkirche die Anerkennung zollen zu müssen: er habe gesprochen mit dem Muth und der Beredsamkeit des Apostels Paulus. ³⁾ Gleich wie er stimmten elf andere Bischöfe der Hochkirche für die Bill of attainder. Eben so Marlborough, nicht Godolphin. Die dritte Abstimmung ergab 68 Stimmen für und 61 Stimmen dagegen ⁴⁾. Der König konnte danach nicht mehr ihn begnadigen. Er konnte nur noch die Hinrichtung hinauschieben, endlos. Es geschah nicht. Das Haupt Fenwicks fiel auf Towerhill. Er war das letzte Opfer einer Bill of attainder.

Es ist möglich und sehr wahrscheinlich, daß zu diesen Beschlüssen gegen Fenwick mitwirkte der Verdacht, daß er die Anklagen auf französisch-jacobitische Anstiftung erhoben, um in England Verwirrung anzurichten. Andererseits mochten beitragen die Gerüchte von neuen Mordplanen wider den König Wilhelm. Sie kamen von verschiedenen Seiten.

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 439. Wharton an Shrewsbury, 1./11. December.

²⁾ A. a. O. p. 435. Somers an Shrewsbury, 24. November/4. December.

³⁾ Lexington Papers p. 237. Vernon an Lexington, 25. December.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 4. Januar 1697. — Lords' Debates t. I, p. 463.

Der Kaiser ließ den König warnen vor einem Conte Boselli, der, wegen vielfacher Verbrechen aus allen anderen Staaten Italiens ausgewiesen, damals auf französische Empfehlung vom Herzoge von Mantua aufgenommen, von einer französischen Pension dort lebte. Die näheren Erkundigungen bestätigten die Gefährlichkeit dieses Individuums, so daß die Sache sehr ernsthaft genommen wurde¹⁾. Bestimmteres über einen damaligen Plan des Boselli findet sich nicht; allein wir werden später ersehen, daß die Besorgnis vor der Verwegenheit dieses Verbrechers darum nicht erlosch, daß sogar Wilhelm III. selber sie als wohl begründet anerkannte.

Eine andere Anzeige eines Mordplanes gegen den König ward in Rotterdam gemacht wider eine Persönlichkeit, die im Begriffe stand nach England hinüber zu fahren. Es ergab sich kein zwingender Beweis. Viele Monate später fand man den Angeber in Harlem von drei Dolchstichen durchbohrt, mit einem Papier in der Hand, auf welchem die Worte: „Du wirst keine Anzeige mehr machen“²⁾.

Andere Besorgnisse regten sich in England. Wir haben aus den Worten des Königs an Heinsius vernommen, daß er nicht sicher sei vor einem Landungsversuche während des Winters selbst. Weit lebhafter noch tritt uns diese Besorgnis entgegen in den Äußerungen Ruffels und Shrewsburns. Der Erstere stellt es im December als unzweifelhaft hin, daß Frankreich einen furchtbaren Plan vorbereite, daß in diesem Falle England wehrlos sei, weil die Flotte mit Lebensmitteln nicht versehen, die Regierung ohne Geld und ohne Credit³⁾.

Die Besorgnis Ruffels war allgemeiner Art. Bestimmter tritt dieselbe bei Anderen auf. Es gehe das Gerücht, meldet Hoffmann, daß Parker sich in London aufhalte. Wir haben die Qualification Parkers kennen gelernt im Prozesse Grandval im Jahre 1692. Hoffmann fügt hinzu, daß die weite große Stadt London sei wie eine Welt für sich, in der es fast unmöglich, solche Persönlichkeiten ausfindig zu machen⁴⁾. Mindestens eben so schreckend war ein Bericht, der von Paris aus nach dem einsamen Ensford gelangte. Der Herzog von

¹⁾ Lexington Papers p. 247 und p. 259.

²⁾ A. a. O. p. 272.

³⁾ Shrewsbury Correspondence p. 441.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. November.

Shrewsbury meldete den Inhalt an Portland. Der König Jacob in St. Germain werde gehätschelt wie je zuvor. An seinem Hofe, früher einsam und verlassen, drängten sich wieder die französischen Edelleute. Es sei gefährlich in Paris zu sagen, daß Ludwig XIV. den König Wilhelm anerkennen werde. Lady Tyrconnel sei für eine Aeußerung solcher Art kaum dem Gefängnisse entgangen. Der Marschall Belleroy werde in Dünkirchen erwartet, ähnlich wie ein Jahr zuvor Boufflers in Calais. Einige Tage später meldet er eine andere Nachricht, noch ungleich bedrohlicher: nach sicherer Meldung befinde sich Sir George Barkley auf englischem Boden. „Um Gottes Willen, fügt er hinzu, bitten Sie den König Sorge zu tragen für sein Leben, und sagen Sie ihm, daß ich auf meinen Gewährsmann mich verlassen kann“ ¹⁾).

Es ist möglich, daß diese Nachrichten düster gefärbt waren, zumal da sich von einer damaligen Thätigkeit des Barkley auf englischem Boden weiter nichts ergibt. Aber der Eindruck, den solche Nachrichten machten, war darum derselbe, und trug der Natur der Dinge nach mit bei zu der Erbitterung des Parlamentes gegen Fenwick und zum Geschehisse desselben.

Unterdessen steigerte sich in Holland die Sprache des Callieres. Am 10./20. November berichtete Dyfvelt im Congresse, daß Callieres in Betreff der Befestigungen von Luxemburg nicht nachgebe. In der Sitzung vom 13./23. meldete er, daß er das vorige Mal vergessen habe, noch eine andere Aeußerung zu berichten. Callieres habe statt des früheren Erbietens, eine schriftliche Zusage für die Anerkennung des Königs von England vor dem Friedensvermittler abzugeben, nunmehr erklärt, daß er dies nur mündlich den holländischen Ministern versprechen wolle. Auf die Vorstellungen Dyfvelts habe er erwiedert: so laute der ausdrückliche Befehl seines Hofes ²⁾).

Der Aufschub der Mittheilung an den Congreß um drei Tage deutet an, daß die Souveräne Dyfvelts, die Generalstaaten, oder richtiger die Stadt Amsterdam geschwanzt hat, ob die Sache an den

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 161. Schreiben vom 10./20. November.

²⁾ Schreiben des Secretärs Kokebue im Haag, vom 24. November, in den Robethon-Papieren des St. A. S.

Congreß zu bringen sei. Denn eine Thatfache von solchem Gewichte, und die Pflicht sie kund zu geben, wird nicht freiwillig vergessen. Die Sache lag anders. Die Erklärung des Callieres war die bis dahin stärkste Versuchung von Seiten Ludwigs XIV. für die Holländer zum Sonderfrieden. Sie brachte die Sache zur Krisis. Wenn Amsterdam sich auf die Erklärung des Callieres als genügend einließ: so war die Spaltung in der Allianz da. Indem die Republik die Erklärung des Callieres durch Dykvelt an den Congreß bringen ließ, ohne ihrerseits eine Willensäußerung über das Annehmen oder Ablehnen hinzuzufügen, gab sie eine Unentschlossenheit kund, die unter diesen Umständen den französischen Wünschen nicht entsprach. Denn daß im Congresse eine Gegenwirkung erfolgen werde, war mit Sicherheit vorauszusehen.

Auf die Mittheilung Dykvelts nahm sofort der kaiserliche Botschafter, der Graf Kaunitz, als Präsident des Congresses, das Wort. „Ich hoffe, sagte er, alle Verbündete werden mit mir darin einig sein, daß die Anerkennung des Königs von England ein nothwendiger Präliminar-Artikel ist, von welchem unter keiner Bedingung abgegangen werden darf.“ Die sämtlichen Gesandten stimmten bei. Heinsius fügte hinzu: „Alle Umstände deuten auf geheime Pläne von Seiten Frankreichs, und darum müssen wir uns vorbereiten auf einen nachdrücklichen Krieg“ ¹⁾.

Offenbar eignet sich diese Rede von Heinsius mehr für einen Minister Wilhelms III. als für den Rathspensionär der Stände von Holland, unter denen die Stadt Amsterdam ein so gewichtiges Wort mitsprach. Dennoch hätte er so nicht reden dürfen geradezu wider den Willen derselben. Es ist der Beweis, daß jene Eröffnung des Callieres in Amsterdam ein Schwanken hervorgerufen hatte.

Eben dasselbe ist an einer anderen Thatfache zu erkennen. Einer der für den Frieden eifrigsten Bürger von Amsterdam, der reiche Kaufmann Molo, drängte in Callieres mit der Frage: woher sein Zurückweichen von dem früheren Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. durch ein Schriftstück. Callieres erwiderte offen genug: sein König wolle die Jacobiten in England nicht entmuthigen ²⁾.

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 24. November. — Eingehender noch derjenige des Secretärs Roebue in den Roethon-Papieren des St. A. H.

²⁾ Dagegen. Vgl. das Schreiben des Königs bei Grovestins t. VI, p. 591.

Dem Könige Wilhelm gegenüber hatten Dnyvelt und Heinsius jene Erklärung des Callieres auch nicht eine Stunde verhehlt. Am selben Tage, an welchem Dnyvelt sie dem Congresse eröffnete, dem 13./23. November, schrieb der König bereits seine Antwort nieder. Sie vor allem zeichnet die Lage der Dinge. „Die Chicanen des Callieres, sagt er, sind unerträglich. Die Schwierigkeit, die er jetzt macht in Betreff einer schriftlichen Zusage für meine Anerkennung, die er früher schon zugestanden, ist von solcher Beschaffenheit, daß ich, bevor sie gehoben ist, in einen Friedens-Congreß nicht willigen kann. Dies muß ihm ausdrücklich gesagt werden. Weigert er sich, so kann sein Beweggrund nur der sein, mich betrügen zu wollen. Diese Absicht würde stimmen zu dem Gerüchte, welches die Jacobiten hier ausbreiten, nämlich daß der König von Frankreich vor kurzer Zeit in Fontainebleau dem Könige Jacob erneute Versicherungen gegeben. Bisher habe ich mit großer Mühe eine Adresse des Parlamentes verhindert, durch welche ich ersucht werden sollte, mich nicht in eine Friedenshandlung einzulassen, wenn nicht meine Anerkennung vorhergegangen. Sie begreifen also, daß ich in irgend einem der von Callieres bereits zugestandenen Punkte weder nachlassen kann noch will“ ¹⁾.

Wir haben uns zu erinnern, daß sowohl die Verhandlungen Dnyvelts mit Callieres, als diejenigen des Congresses der Gesandten im Haag, nicht weiter verlauteten als in die nächst betheiligten Kreise. In England namentlich wurden sie sehr wenigen Personen kund. Der Graf Auersperg theilte sie einigen Mitgliedern des Parlamentes im Vertrauen mit. Sie erwiederten, daß, wenn das Parlament eine offizielle Kunde erhalten könne, es sofort eine Adresse an den König beschließen würde. Der Gesandte hatte nicht den Beruf eine solche Kunde zu geben.²⁾ Der König wollte sie nicht geben, weil, wie wir aus seinen eigenen Worten vernommen, er bereits zuvor eine solche Adresse hintangehalten. Und zwar wollte er eine solche Adresse nicht, aus Besorgnis, daß sie, anstatt vortheilhaft auf Amsterdam zu wirken, die Stadt einschüchtere, sie um so geneigter mache für die französischen Vorschläge. Nicht das Parlament von England sollte seine Stimme

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 590.

²⁾ Auerspergs Berichte vom 27. und 30. November.

erheben, sondern die Stadt Amsterdam. Deshalb verstärkte der König einige Tage später seine Aufforderung an dieselbe durch Heinsius. „Das unumwundene Eingeständnis des Callieres an Molo, daß Frankreich die Jacobiten in England nicht entmuthigen wolle, befestigt meine Ansicht über den mich betreffenden Präliminar-Artikel. Demnach ist meine Meinung, daß wir entweder zu einem Schlusse kommen müssen, oder abbrechen. Indessen, wenn der Bürgermeister Boreel oder Amsterdam mit Nachdruck reden wollte: so bin ich sicher, daß wir zu einem guten Ende gelangen. Wenn nicht, so sind wir verloren“ ¹⁾.

Die letzten Worte des Königs sind sehr merkwürdig. Nach seiner Ansicht ist demnach nicht er selber, oder das Parlament, nicht der Kaiser, noch irgend ein Anderer, die entscheidende Macht, sondern die Stadt Amsterdam und der Bürgermeister Boreel.

Es kam also darauf an, ob diese, wie der König sagt, mit Nachdruck zu Callieres reden würden.

Einstweilen hatte die Richtung, in die der König durch die Unterordnung aller Dinge unter das Botum der Stadt Amsterdam einlenkte, andere Consequenzen. Sie trübte mehr und mehr das Verhältniß des Königs zu dem Kaiser. Wir erinnern uns der Aeußerungen, durch welche Wilhelm III. dem Grafen Auersperg gegenüber das veränderte Verhalten des Callieres, im October und November, nicht auf den eigentlichen Grund zurückzuführen suchte, auf die Friedensneigung der Republik und insbesondere der Stadt Amsterdam, sondern auf das Verhalten des Kaiserhofes. Der König ging darin weiter.

Einige Tage, nachdem er jenen Brief an Heinsius geschrieben, beschied er den kaiserlichen Gesandten ausdrücklich zu sich. „Ich darf Ihnen nicht mehr verhehlen, begann Wilhelm III., daß ich von allen Seiten Nachrichten erhalten, und fast, so schwer es mir auch wird, daran glauben muß, daß der Kaiser mit Frankreich geheim verhandelt, und daß diese Krone ihm große Vortheile verheißen, wenn er, mit Ausschluß von England und Holland, auf einen Sonderfrieden eingehen will. Die Verhandlungen geschehen durch Jesuiten, mit der Zustimmung des Papstes, und das Ziel ist den Krieg zu wandeln in einen Religionskrieg. Zunächst dem Könige Jacob ist diese Zusicherung

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 591. Schreiben vom 27. November.

gegeben. Dann will der König von Frankreich den westfälischen Frieden ohne Einschränkung herstellen. Er will Lothringen zurückgeben. Die Bedenken, welche diese Angaben bei mir erwecken, werden um so gewichtiger, je mehr Callieres sich von allem früher Versprochenen zurückziehen sucht. Ich habe dem Kaiser gegenüber in aller Beziehung aufrichtig und offenherzig gehandelt, ihm alles mitgetheilt, was mit dem Könige von Frankreich vorgefallen. Mir dagegen ist keine Eröffnung geschehen über die Verhandlungen in der Schweiz, obwohl ich so gewis weiß, wie ich Sie vor mir stehen sehe, daß Verhandlungen statt gefunden. Dasselbe was damals, kann auch heute wieder geschehen. Ich verlange also, daß Sie in meinem Namen dem Kaiser dies auf das kräftigste vorstellen, ihm erklären: ich wolle nicht hoffen, daß der Kaiser ohne Mittheilung an mich derartige Schritte thue. Auch zweifle ich nicht, daß der Kaiser auf diesen so wohl begründeten Verdacht eine Erläuterung geben wird. Ich weiß zwar wohl, daß der Kaiser den Artikel der Neutralität Italiens, durch welchen der Herzog von Savoyen sich zum Friedensvermittler aufwerfen wollte, selbst cassirt hat. Allein alles dies ist doch geschehen ohne eine Mittheilung an mich."

Muersperg erwiederte: „Ich werde nicht ermangeln den Befehl auszuführen, muß jedoch meine Ansicht dahin aussprechen, daß die Berichte, die Ew. Majestät erhalten, durchaus unglaublich sind. Der Kaiser weiß eine Religionsache zu unterscheiden von derjenigen der Uebermacht Frankreichs und dem Kampfe gegen dieselbe. Das Erzhaus Oesterreich hat seit vielen Jahren getrachtet, eine aufrichtige Allianz mit England zu erhalten. Daß es von diesem Gedanken ablassen sollte, ist mir unfaßbar. Wahr dagegen ist, daß die Jacobiten hier in diesem Sinne reden und Gerüchte austreuen, als wolle der Kaiser sich losjagen von England. Ich habe auf derartige Reden immer mit Nachen geantwortet". — Der König erwiederte: „Auch ich weiß, daß die Jacobiten solche Nachrichten aus Frankreich erhalten, und damit ihre Partei zu erfreuen und zu ermuthigen suchen. Wenn mein Verdacht sich nur auf solche Gründe stützte, so würde ich Ihnen denselben nicht vertraulich eröffnet haben. Allein ich wiederhole, daß seit geraumer Zeit man von allen Orten her mir Mittheilungen darüber gemacht". — Der Gesandte entgegnete: „Ich erkenne es durchaus für rathsam an, daß Ew. Majestät mir diese Mittheilung gemacht.

Denn es ist ja vor allen Dingen nothwendig, daß gerade Ew. Majestät und der Kaiser gegenseitig kein Mißtrauen aufkommen lassen, weil nur durch das Einverständnis der beiden Häupter man hoffen darf, aus diesem graufamen Kriege wohl heraus zu kommen. Denn Ew. Majestät mögen auch erwägen, welche Sicherheit aus Sonderverhandlungen mit Frankreich erwachsen kann“. — Der König suchte auszuweichen, Auersperg indessen fuhr fort: „Nach meiner Ansicht müßte man dem Callieres schärfer zureden, um endlich klar zu sehen, was von dort her zu erwarten“. Der König erwiderte: er habe Befehle in dieser Richtung gegeben. Wenn Callieres nicht andere Instructionen erhalte, namentlich in Betreff der Anerkennung seiner als des Königs von England: so müsse die Verhandlung abgebrochen werden. „Welden Sie endlich noch dem Kaiser, schloß der König die Audienz, daß mir nichts daran liegt, ob er den Frieden macht ob ich, wenn er nur mit Einigkeit und gut gemacht wird; denn bei einer Trennung wird, direct oder indirect, nur Frankreich gewinnen“ ¹⁾.

Es erwächst also die Frage: ob der König Wilhelm sich von der französischen Arglist so weit hatte bethören lassen, an Gerüchte solcher Art zu glauben. Ich halte es nicht für überflüssig hinzuzufügen, daß jede thatsächliche Grundlage von Seiten des Kaisers für diese Gerüchte fehlt.

Wilhelm III. berichtet über dieselbe Audienz mit folgenden Worten an Heinsius: „Die kaiserlichen Minister wollen nicht, daß die Friedenssache zu Ende komme. Ich habe in dieser Beziehung mit dem Grafen Auersperg geredet und ihm ohne Umschweif das umlaufende Gerücht mitgetheilt, welchem gemäß die Kaiserlichen, durch die Vermittelung von Geistlichen, mit Frankreich geheim unterhandeln und eine Religions-sache daraus zu machen trachten, in der Absicht England und Holland auszuschließen. Auersperg betheuert, daß die Sache ihm unglaublich vorkomme“ ²⁾. Zwei Tage später meldet der König: „Ich komme mehr und mehr zu der Einsicht, daß die Kaiserlichen trachten, die Unterhandlung in Holland zum Abbruche zu bringen. Das würde unserem Interesse nicht entsprechen“ ³⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 4. December.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 593.

³⁾ A. a. O.

Der Vergleich dieser Aeußerungen läßt nicht mit Sicherheit entscheiden, ob Wilhelm III. selber an das Gerücht glaubte, welches er dem Grafen Auersperg gegenüber geltend gemacht. Mag er dagegen sich selber darüber klar geworden sein oder nicht: seine Unaufrichtigkeit dem Kaiser gegenüber in diesem Falle liegt zu Tage. Nicht die kaiserlichen Minister hinderten die Friedenshandlung; denn sie hatten auf die Beredungen mit Callieres, von denen die Sache abhing, gar keinen Einfluß. Diese Beredungen mit Callieres aber stockten, weil Callieres die früheren Zugeständnisse zurückzog. Daß demnach die kaiserlichen Gesandten den Abbruch der Verhandlung mit Callieres für geeignet hielten — ohne doch, wie Kaunitz nach Wien versichert, sie in offizieller Weise zu verlangen — war eine Consequenz, die aus der Natur der Dinge floß, und zwar so sehr, daß wir dieselbe Ansicht von dem Könige vernommen haben, mit dem Zusage freilich, daß dies abhinge von Boreel oder Amsterdam. Diese Rücksicht also war für ihn entscheidend. Und daher auch erklären sich alle Vorwürfe und Anklagen, welche Wilhelm III. damals gegen den Kaiserhof erhebt, und welche dann bei seinen Untergebenen in vielfacher Weise wiederhallen ¹⁾. Diese Anklagen bei dem Könige selbst, bei Heinsius, bei Portland, bei Heemskerck und Lexington in Wien — denn auch dieser letztere ist mehr holländischer als englischer Gesandter — bei allen denen, welche, ohne eigene Kenntniß der Sache, diesen Persönlichkeiten nachsprachen, sind berechnet auf die Stimmung in der Republik, insbesondere auf diejenige der Stadt Amsterdam, sowohl um sie zu firren, indem die Vorwürfe, die ihr gebührten, abgewälzt wurden auf den Kaiser, als um sie einzuschüchtern durch das Schreckbild eines Sonderfriedens zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich.

Es ist bemerkenswerth, daß in denselben Tagen auch Heinsius im Haag dem Grafen Kaunitz mit ähnlichen Reden entgegen trat, freilich in ungleich milderer Weise. Er begann damit sich zu verwahren, daß die Republik auf einen Sonderfrieden mit Frankreich gedenke. Die Weigerung von Versailles, eine bindende Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben, rühre daher, daß man dort sinne auf einen neuen Landungsplan zu Gunsten Jacobs II. Heinsius

¹⁾ J. B. in den Lexington Papers.

behauptete, dies auf geheimem Wege in Erfahrung gebracht zu haben, so wie zugleich auch, daß der König von Frankreich dem Kaiser nicht bloß Straßburg, sondern die völlige Herstellung von Lothringen anbiete, um unter dem Vorwande der Religion den Kaiser von der Allianz los zu machen. Kaunitz erwiederte: „Die Festigkeit des Kaisers bei seinen Entschlüssen ist doch wahrlich längst erprobt. Wenn der Kaiser auf seinen Sonder-Vortheil ausginge, so hätte er, wie wir ja wiederholt besprochen, das für Straßburg ihm angebotene Aequivalent längst genommen. Allein der Blick des Kaisers umfaßt das Ganze. Die Belassung von Straßburg bei Frankreich bringt das gesammte Reich in Gefahr, und der Kaiser am wenigsten will einen eigenen Vortheil auf Kosten der gemeinsamen Sache“. — Heinsius sprach seine Befriedigung aus ¹⁾).

Auf die Aeußerungen des Rathspensionärs jedoch erwiederte dann der Graf Kaunitz mit der Frage, warum man nicht nunmehr die Verhandlungen mit Callieres abbreche. „Ich will es offen aussprechen, entgegnete Heinsius, nicht als Minister der Republik, sondern wie ein Privatmann. Der Kaiser hat weder Geld noch Mittel sich es zu verschaffen. Spanien ist jehnjüchtig nach dem Frieden, so sehr, daß der Staatsrath in Madrid jetzt die Frage der Neutralität für Catalonien erörtert. England hat guten Willen; aber die Münz-Confusion ist dort noch nicht beseitigt und zieht dann noch arge Nachwehen nach sich. Hier endlich haben unsere Kaufleute bereits ihre Maßregeln für den Frieden getroffen“.

Es handelt sich um die Wirkung der Briefe des Königs Wilhelm III. an Heinsius auf die Stadt Amsterdam.

Der Gang der Dinge beweist, daß in dem wichtigsten Punkte, nämlich in Betreff der Forderung der schriftlichen Zusage der Anerkennung, die Mahnungen des Königs an die Stadt Amsterdam durchgeschlagen haben. Längere Zeit hindurch hatte Ludwig XIV. durch die Beredungen von Callieres, wenn auch nicht mit Dyrvelt, so doch mit Boreel, den Sonderfrieden mit der Republik erstrebt, immer ausspähend nach der Grenze dessen, was er von dem bereits Gebotenen belassen müsse, was er zurückziehen dürfe. Er hatte die Sicherheit

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 27. November.

gewonnen, daß wegen der Differenz über Luxemburg die Holländer nicht abbrechen würden. Er hatte nun den letzten und äußersten Schritt gewagt, seine Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. im Friedensschlusse zu beschränken auf ein mündliches, durch Callieres den Holländern zu gebendes Versprechen. Es war vorauszu sehen, daß weder der Kaiser, dessen Forderung in dieser Richtung bei den früheren Verhandlungen in Stockholm am weitesten gegangen, noch der König Wilhelm III. selbst und das Parlament, als deren Ehre betheiligt war, sich auf dieses vage mündliche Versprechen einlassen konnten. Wenn also Holland, oder genauer Amsterdam, sich mit diesem mündlichen Versprechen befriedigt erklärte: so war die Allianz that sächlich gesprengt und Ludwig XIV. unvermeidlich der Sieger. Denn wir haben uns zu erinnern, daß weitaus die Mehrzahl der verbündeten Truppen in Belgien im holländischen Solde stand.

Allein es erging dem Könige von Frankreich hier mit der Erlangung des Sonderfriedens, wie einst im Jahre 1688 mit der Vermeidung des Krieges. Er hatte den Bogen überspannt. Wir haben damals von dem kaiserlichen Gesandten wie von dem französischen übereinstimmend das Urtheil vernommen, daß das dominirende Moment für das politische Handeln der Stadt Amsterdam bestand in ihrer Furcht. Dasselbe Moment übte seine Wirkung zu Ende 1696. Acht Jahre zuvor hatte die Furcht vor einer Erneuerung der Schrecken des Jahres 1672 die Stadt zu dem Entschlusse getrieben zuvorzukommen, hatte demnach entschieden für die Expedition des Oraniers nach England. Im Jahre 1696 erhob sich vor ihren Augen, im Falle der Losjagung von den Bundesgenossen, drohend das Schreckbild der Herstellung von Jacob II. auf dem Throne von England mit den Consequenzen für die Republik. Diese Erwägungen erzwangen von der Stadt Amsterdam, von dem Bürgermeister Boreel gegenüber dem Callieres die nachdrückliche Sprache, welche Wilhelm III. verlangt hatte. Amsterdam forderte die schriftliche Erklärung der Anerkennung Wilhelms III. Callieres sendete den Bericht ein nach Versailles.

In Paris verbreitete sich gegen das Ende des Monates November das Gerücht: die Aufgabe des Callieres, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bringen, sei verfehlt. Seine Eitelkeit trage die Schuld. Er habe heim berichtet, daß D'Hyvelt wiederholt gesagt: er habe noch nie

mit einem so umsichtigen Gesandten verhandelt. Der König habe beim Anhören dieses Berichtes geäußert: „Dykvelt kennt seinen Mann und faßt ihn, wo er zu fassen ist“. Der König sei mit Callieres unzufrieden. So die Pariser. — In solchen Fällen jedoch handelte Ludwig XIV. nach seiner Weise. Callieres hatte gehandelt, wie er zu Dykvelt gesagt, auf ausdrücklichen Befehl. Ludwig XIV. ließ ihn nicht fallen. Er sprach sich öffentlich lobend über ihn aus. Er ernannte ihn, was bis dahin nicht geschehen war, zum Friedens-Botschafter. Und alsbald wandte sich die Meinung der Pariser, und sie priesen die außerordentliche Befähigung des Callieres ¹⁾.

Aber dann erst kam für Ludwig XIV. die eigentliche Schwierigkeit. Nicht bloß der Sonderfriede mit Holland, die Sprengung der Allianz in Folge desselben, war mißlungen, sondern demgemäß stand überhaupt kein Friede, sondern eine nachdrückliche Fortführung des Krieges in Aussicht. Ludwig XIV. konnte dies nicht wünschen. Denn durch die Krankheit Karls II. von Spanien, im September 1696, war der Fall der Succession dort ungleich näher gerückt als zuvor. Ludwig XIV. kannte den geheimen Artikel der großen Allianz vom 12. Mai 1689. Wenn der Todesfall eintrat bei noch währendem Kriege: so gestaltete sich dieser um zu demjenigen um die spanische Succession, und es trat demnach für Ludwig XIV. dasjenige ein, was er am wenigsten wollte, und von Anfang seiner Regierung an zu vermeiden getrachtet hatte, nämlich daß wider die Besitzergreifung des spanischen Erbes die Coalition aller Anderen ihm entgegen stand. Er mußte also suchen, aus diesem währenden Kriege zu kommen. Das einzige Mittel war den letzten Schritt, nämlich die Weigerung der schriftlichen Zusage zu Gunsten Wilhelms III., zurück zu nehmen.

Dies Mittel war leicht zu finden. Schwerer war es für Ludwig XIV. dasselbe in Vollzug zu setzen.

Wir erinnern uns eines ähnlichen Falles, in welchem er zu Gunsten Fürstenbergs sich verschneelt hatte (Bd. II, S. 20, 32). Damals ward der Rückzug so veranstaltet, daß der Bruder Fürstenberg den König bat, um des Friedens willen die zu Gunsten seines

¹⁾ Zwei Schreiben von Palmquist, vom 26. November und 31. December, in den Robethon-Papieren des St. A. S.

Bruders gestellte Bedingung zurück zu nehmen. Demgemäß gab Ludwig XIV. dieser Bitte nach. Diejenigen, welche dies Verhältniß nicht durchschauten, nannten das eine großmüthige Selbstüberwindung. Einer der französischen Minister selber nannte das eine Komödie.

Im Anfange December 1696 ward dies Spiel neu aufgeführt. Wir haben schon im Monate Juni dieses Jahres aus Paris die Ansicht vernommen, daß, wenn lediglich das Interesse Jacobs II. als die Klippe erscheine, an welcher die Herstellung des Friedens für Europa zu scheitern drohe, dieser König selber den König von Frankreich bitten müsse, die Anerkennung Wilhelms III. auszusprechen. Es ward jedoch im December 1696 eine um ein wenig mildere Form gefunden, ähnlich derjenigen von 1675. Die Königin Marie Beatrice erschien bei der Frau von Maintenon. Der König von Frankreich, sagte sie, habe völlig genug gethan in allem, was ihr Gemahl von seiner Freundschaft und von seinem Eifer für die Herstellung wünschen könne. Es sei nicht billig, daß Europa noch länger die Schrecken des Krieges erdulde zu Gunsten eines unglücklichen Fürsten, welcher sich bereit erkläre, sein Interesse dem allgemeinen Frieden zum Opfer zu bringen ¹⁾.

Demgemäß erging am nächsten Tage, dem 28. November/8. December, der Befehl an Callieres, daß er sich bereit erkläre zu der schriftlichen Zusage, den Dranier als König von England anzuerkennen.

Bevor wir jedoch die Wirkung dieser Nachricht in der Republik und in England, namentlich im Palaste Kensington verfolgen, haben wir einem besondern Schritte der beiden Könige zu Versailles und St. Germain nachzugehen, welcher der Zeit wie der Causalität nach mit jener Unterredung der beiden Frauen in engem Zusammenhange steht.

Nachdem Jacob II. in solcher Weise sein Interesse preis gegeben, entsendete er, mit der Zustimmung des Königs von Frankreich, einen

¹⁾ Palmquist, 7. December. Ich setze seine eigenen Worte über diese bisher völlig unbekannte Thatsache hierher: On dit que la Reine épouse du Roy Jacques s'est expliquée sur ce sujet envers M^{me} de Maintenon d'une manière à lever tout scrupule. Elle a dit que le Roy de France ayant pleinement satisfait à tout ce que son amitié et son zèle pouvoient exiger de luy pour le rétablissement du Roy son époux, il n'est pas juste que l'Europe soit plus longtemps troublée pour l'amour d'un prince malheureux, qui est prest à sacrifier son interest à la tranquillité de l'Europe.

heimlichen Agenten nach Wien. Im December also erst ward dasjenige ausgeführt, wovon die französische Politik im November und früher schon aller Orten hatte reden lassen. Der Agent sollte dem Kaiser vorstellen, wie unbegreiflich es der gesammten christlichen Welt erscheine, daß der Kaiser und das gesammte Haus Oesterreich, dessen Frömmigkeit aller Orten berühmt, mithilfe einen katholischen Fürsten zu entthronen, und einen erklärten Feind der Kirche an seine Stelle zu setzen. Nun, wo es sich um einen Frieden handele, sei die Zeit gekommen zu zeigen, daß die Herstellung des Königs Jacob der Forderung der Gerechtigkeit wie der Religion entspreche. — Wenn der Kaiser auf diese Mahnungen nicht einging, so hatte der Agent einen Sonderfrieden vorzuschlagen, in welchem der König von Frankreich bessere Bedingungen bewilligen werde als in einem allgemeinen ¹⁾).

Der Agent erhielt in Wien beim Kaiser keine Audienz. Man sagte ihm, daß der König Wilhelm III. erst neulich seine Unzufriedenheit über das Anhören solcher Agenten kund gegeben. Jedoch ließ sich der Kaiser herbei, durch den Beichtvater Mengatti ihm darzulegen, daß der Kaiser in der ganzen Angelegenheit Jacobs II. gehandelt habe nach Pflicht und Gewissen. — Für den Sonderfrieden mit Frankreich ließ der Agent namentlich die Herstellung Lothringens durchblicken, die, wie in Versailles sehr wohl bekannt, der liebste Wunsch des Kaisers war. Leopold lehnte ab.

Daß der König Jacob, nachdem er die Königin Marie Beatrice jenen Schritt hatte thun lassen, durch welchen er dem Interesse seines vermeintlichen Beschützers zu liebe sich selber preis gab, dennoch von dieser Sendung an den Kaiser einen Erfolg erwartet habe, ist bei dem, wie es scheint, mit den Jahren zunehmenden Mangel an Urtheilskraft des unglücklichen Fürsten immerhin nicht unmöglich. Anders steht die Sache mit dem vermeintlichen Beschützer selbst. Sehen wir ab von der Unwürdigkeit der Bitte an den Kaiser, eine Sache aufzunehmen, die Ludwig XIV., wenn er aufrichtig war, so eben selber hatte fallen lassen. Es kommt darauf an, ob Ludwig XIV. sich von dieser Bitte

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 564. Der Bericht ist nicht gegeben mit Jacobs eigenen Worten, sondern denen des Biographen. Daher ist nur das Thatsächliche von Werth.

einen Erfolg versprechen konnte. Nach allen den zahlreichen Erfahrungen, die er mit dem Kaiser gemacht, erscheint dies kaum denkbar, sowohl in Betreff jener Bitte an sich, als des Vorschlages zum Sonderfrieden.

Demnach war für Ludwig XIV. nicht die Bitte für Jacob II., nicht der Vorschlag des Sonderfriedens der eigentliche Zweck, sondern er hatte eine andere Absicht. Diese liegt nicht fern. Das Ziel Ludwigs XIV. war hier wie immer die Lösung der Allianz, das Mittel dazu die Ausjaat des Mißtrauens. Wir haben vernommen, daß auch so schon Callieres zu Dstvelt, die Jacobiten in England, und, nach der Behauptung Wilhelms III. zu Auerperg, auch viele Andere redeten von heimlichen Unterhandlungen des Kaisers mit Frankreich. Bis dahin entbehrten diese Gerüchte auch des Scheines einer Thatfache. Nun aber war in so fern eine Thatfache da, daß ein Agent Jacobs II. in Wien angehört war. Freilich war er dann abgewiesen. Wir werden zu erfahren haben, daß von französischer Seite in Holland und England die erste Thatfache verwerthet wurde, ohne die davon untrennbare zweite zu erwähnen.

Eben darum ist es um so wichtiger nachzuforschen, ob auch der Kaiser seinen Verbündeten gegenüber die Sache überhaupt verschwieg.

Ein bestimmter Anlaß sich auszusprechen war gegeben. Wir erinnern uns, daß Wilhelm III. am 24. November/4. December 1696 den Grafen Auerperg zu sich beschied, die Anklage des heimlichen Verhandelns von kaiserlicher Seite mit Frankreich erhoben und Antwort verlangt hatte. Auerperg brachte die Antwort am 5./15. Januar 1697. Er verneinte irgendwelche Unterhandlung mit Frankreich. Er hob dagegen die große Deferenz hervor, welche der Kaiser dem Könige in Betreff der heimlichen Beredungen mit Callieres gezeigt. „Wenn immer, fuhr er fort, sich irgend welcher Verdacht erhoben hatte: so hätte er gegenüber dieser Willfährigkeit des Kaisers verstummen müssen. Es ist richtig, daß vor zwei Jahren in der Schweiz Zusammenkünfte statt gefunden, lediglich jedoch zum Zwecke des Anhörens, nicht des Unterhandelns. Mit allem Respecte zu sagen, haben Ew. Majestät dem Kaiser gegenüber nicht dieselbe Deferenz bewiesen; denn Ew. Majestät haben später wieder von Frankreich die Sendung des Callieres begehrt und längere Zeit mit ihm verhandeln lassen, bevor dem Kaiser

davon einige Mittheilung geschehen ist. — Jenes ganze Gerücht aber ist das Werk der französischen Politik, und ich stelle daher die Bitte, daß sie ihren Zweck damit nicht erreichen möge.“ Der König nahm die Eröffnung wohl auf. Er beauftragte den Gesandten, dem Kaiser seinen Dank dafür auszusprechen, und schloß mit den Worten, daß die Eintracht zwischen dem Kaiser und ihm die gemeine Wohlfahrt bedinge ¹⁾.

Es war dieselbe Redewendung, deren der König auch früher sich oft bedient. Damals indessen lagen die Dinge für ihn günstiger. Die Republik folgte damals willig seiner Führung. In der Angelegenheit des Friedens stand sie neben ihm als ein Factor, der nicht immer willig folgte, sondern Compromisse mit ihm schloß.

Es ist nicht unwichtig hervorzuheben, daß Auerperg der Sendung des jacobitischen Agenten nach Wien, die im December 1696 statt gefunden, und der Abweisung desselben dort nicht gedenkt. Eben so wenig findet sich von kaiserlicher Seite irgend eine Mittheilung über die frühere Beredung in Padua, im März 1696, welche gescheitert war nicht an einer Forderung des Kaisers für sich, sondern an derjenigen zu Gunsten des Draniers. Klüger vielleicht wäre es gewesen den Bundesgenossen gegenüber derartige Dinge geltend zu machen: des Kaisers Leopold würdiger war es sie mit Stillschweigen zu begraben.

Und dennoch ist es dann traurig zu sehen, daß so oft die lautersten Charaktere mit Vorwürfen belastet werden, deren die Ankläger schuldiger sind als jene. Vorwürfe solcher Art werden sehr bald uns wieder entgegen treten.

Zunächst handelt es sich um die Wirkung des Entschlusses von Ludwig XIV., den auf seinen Befehl durch Callieres allzu weit vorgehobenen Schritt zurück zu thun.

Die Meldung für Callieres traf in Holland ein. Am 1./11. December eröffnete Heinsius dem Congresse der Gesandten im Haag, daß der König von Frankreich einwillige, über die Anerkennung des Königs von England etwas Schriftliches feststellen zu lassen. Es sei dafür die Form vereinbart, daß, in Gegenwart von Callieres, Dykvelt und Boreel dem Friedensvermittler schriftlich eröffneten, daß diese Zusage

¹⁾ Bericht des Grafen Auerperg vom 5./15. Januar 1697.

ihnen von Callieres gemacht sei, und daß dann Callieres auf Befragen des Vermittlers schriftlich die Aussage der beiden Holländer anerkenne. — Heinsius beantragte im Congresse: es sei die Ansicht des Königs von England darüber einzuholen. Kaunitz fügte hinzu: der König sei zugleich zu ersuchen über alle andere Puncte, damit man endlich in Unterhandlung treten und den Frieden schließen könne¹⁾.

Es kommt also vor allen Dingen auf die Kundgebung des Königs von England darüber an.

Die Stimmung des Parlamentes war ihm damals ungemein günstig. Am 19./29. November ward im Unterhause der Antrag gestellt, die Krieges-Subsidien aufzubringen durch Auflagen, welche im laufenden Jahre selbst bezahlt werden könnten. Der an sich unscheinbare Antrag hatte eine große Tragweite; denn er war die Umhüllung des Planes einer allgemeinen indirecten Steuer, oder, wie man es damals nannte, einer General-Accise. Die Hof-Partei, in sich einiger und umsichtiger als jemals zuvor, hatte in einer Reihe von Vorversammlungen den Weg zu diesem Antrage geebnet. Dennoch war der Kampf hart. Der Kern der Entgegnungen war: immerhin habe man jetzt einen guten König; aber es könne ein anderer kommen, durch den die Bewilligung der General-Accise den Verlust der Freiheit nach sich ziehen würde. Dennoch trug die königliche Partei den Sieg davon. Am 19./29. November 1696 beschloß das englische Unterhaus, mit 202 Stimmen gegen 105, die Bewilligung einer General-Accise²⁾.

Es fragte sich, ob dieser Sieg von Dauer sein würde.

Die nächste Aufgabe für das englische Unterhaus war, den Beschluß vom 19./29. November 1696 ins Werk zu setzen.

Es wurden vorgeschlagen Auflagen auf Malz, auf Tuch, auf das Fleisch der Schlachtthiere. Die Gegenpartei hob die zahlreichen Uebelstände solcher Auflagen hervor. Es ward erwiedert, daß nur dadurch der Zweck sich erreichen lasse, nämlich die dem Könige bewilligten Mittel im laufenden Jahre selbst zu erheben. Wenn man

¹⁾ Schreiben des Secretärs Moxebue, vom 12. December, in den Robethon-Papieren des St. A. S.

²⁾ Anlage I.

einen anderen Weg wisse, so möge man ihn nennen. Hier war der Punct gegeben, von welchem aus die Gegenpartei vorzubeugen verstand. Es erfolgte der Antrag einer allgemeinen Capitation, nur für das eine Jahr 1697. Der Antrag war wie ein Lichtblitz. Er fand keinen Widerspruch. Er wurde einstimmig angenommen. Nur im stillen murrten einige Mitglieder des Hofes von Kensington, daß die gute Partei sich habe überrumpeln lassen ¹⁾.

Wir sehen demnach in Betreff des Objectes eine Nachahmung Frankreichs. Aber der Modus war grundsätzlich verschieden. Dort hatte der König kraft seiner souveränen Allgewalt diese bis dahin höchste Steuer auferlegt. Er hatte, um der Unzufriedenheit zu begegnen, gehascht nach irgend welchen vollendeten Thatfachen, die sich ausdeuten ließen zu einem Scheine einer geschehenen Bewilligung. Er hatte auf königliches Wort verheißen, die furchtbare Auflage nicht über den Krieg hinaus zu erheben. Ungeachtet alles dessen blieb der Act der Verhängung der Capitation die am weitesten und tiefsten eingreifende Maßregel der Besteuerung kraft des Eigenwillens der Krone. In England dagegen trug die Volksvertretung der Krone die Bewilligung entgegen. In diesem Acte selber wahrte und sicherte sie in der bestimmtesten Weise ihr Recht. Sie vermied eine indirecte Steuer, welche möglicher Weise reizen konnte zur Forterhebung auch ohne ihren Willen. Sie bewilligte eine directe Steuer, und nur auf Ein Jahr. Pediglich in ihrer Hand stand es, nach dem Ablaufe des Jahres sie abermals zu bewilligen oder zu versagen. Darum ist dieser Vorgang von der höchsten Bedeutung für die innere Geschichte von England. Indem für die Bewilligungen der letzten Jahre zu einem bedeutenden Theile indirecte Auflagen angewiesen waren, hatte allmählich der Gedanke der allgemeinen indirecten Besteuerung Boden gewonnen, hatte sogar in jenem ersten Beschlusse des Unterhauses die Oberhand davon getragen. Der Beschluß dagegen vom 15./25. December für die directe Steuer der Capitation ist die völlige Umkehr, die Sicherung des alleinigen Rechtes der Volksvertretung über den Geldbeutel der Nation.

Die Capitation sollte für das Jahr 1697 nicht etwa eine mit anderen Auflagen gleich stehende sein, sondern die hauptsächliche, welche

¹⁾ Anlage II.

die sämmtlichen Kriegserfordernisse aufbringen würde. Da man verstieg sich dahin, den muthmaßlichen Ertrag auf neun Millionen Pfund Sterling anzuschlagen ¹⁾. Andere waren der Ansicht, daß man zufrieden sein dürfe, wenn drei Millionen Pfund Sterling wirklich einkämen. Nur die notorisch von Almosen lebenden Armen waren frei. Die gesammte Bevölkerung ward zu dem Zwecke des Ansatzes in zwei- und dreißig Classen eingetheilt. Die Schwierigkeit der Arbeit war wie endlos.

Wochte den Wünschen des Königs Wilhelm die Erhebung der bewilligten Mittel durch eine indirecte Steuer mehr entsprochen haben: so thut doch auch die Thatfache dieser Kopfschätzung dar, daß er sich auf das Parlament verlassen durfte. So namentlich in Betreff der Fragen, welche aus jener Weigerung des Callieres entsprangen.

Der König hatte zu verhindern gewußt, daß die Weigerung des Callieres im Parlamente zur Verhandlung kam; aber gelegentlich wurden die Stimmen darüber laut. Warum, hieß es, werde Callieres nicht zurück geschickt? — Das liege an den Holländern. Aber England und die anderen Verbündeten seien nicht Willens, sich von den Holländern leiten zu lassen. „Es ist nicht zu bezweifeln, meldet Aueröperg, daß, wenn Callieres keine anderen Befehle bekommt, die Engländer den Abbruch der Verhandlungen mit ihm verlangen werden“ ²⁾.

Dann kam die Nachricht, daß Callieres zurückgezogen. „Die Hof-Partei jubelt, meldet Aueröperg, als hätte sie einen wichtigen Sieg davon getragen. Die besonnenen Engländer stimmen nicht ein. Ich fürchte jedoch, daß der Hof den Holländern zu liebe sich in alles fügen wird“ ³⁾.

Und damit gelangen wir zu den eigenen Aeußerungen des Königs. Am selben Tage, an welchem Aueröperg jene Meldung niederschrieb, sprach der König in seinem Briefe an Heinsius sich aus mit folgenden Worten: „Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß Callieres einwilligt in die mich betreffende Präliminar-Bedingung, und noch dazu in Ausdrücken, die mir vortheilhafter erscheinen als die früheren. Ich

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 25. December 1696.

²⁾ Aueröpergs Berichte vom 11. und 14. December.

³⁾ Aueröpergs Bericht vom 18. December.

frage mich, woher diese plötzliche Wendung der Franzosen, und ich fürchte, daß irgend ein böser Plan darunter steckt. Sie werden sich noch erinnern, daß im vorigen Jahre, kurz vor dem Ausbruche der Plane des Mordes und der Landung, die Franzosen sich geneigt zeigten in Betreff Luxemburgs nachzugeben. Wie dem auch sei, nach meiner Ansicht dürfen wir keine Minute verlieren: wir müssen das Erbieten annehmen, uns über die anderen Präliminarien verständigen, und die Unterhandlungen mit dem stärksten Nachdrucke betreiben, damit wir so bald wie möglich zu einem Congresse kommen". Dann fügt er hinzu: „Sie dürfen versichert sein, daß die kaiserlichen Minister in nichts beitragen werden, die Unterhandlung zu beschleunigen, daß sie vielmehr suchen werden nur Schwierigkeiten zu erregen, in der Hoffnung die Sache in die Länge zu ziehen. Es ist daher nöthig, daß man sie ein wenig von oben herab behandle, und was mehr sagen will, sich an ihre Stelle setze, wenn wir erst so weit sind, einen allgemeinen Friedensplan mit Callieres festzustellen" ¹⁾).

Wir sehen, der Inhalt des Briefes stimmt sehr wenig mit den Versicherungen, die der König auch damals noch wie früher dem Grafen Auersperg gab. Es ist, als wäre der Oranier ein anderer Mann geworden. Warum will er hier die kaiserlichen Minister von der ersten Stelle verdrängen, diese den Holländern überliefern? — Nicht weil die Kaiserlichen etwas gethan haben, was der König ihnen zum Vorwurf macht, sondern weil sie nach seiner Behauptung etwas thun werden.

Die Erklärung, daß der König so schreibt wie es geschieht, dürfte, wie früher, nur aus der Adresse des Briefes zu entnehmen sein. Nicht bloß an Heinsius ist sein Brief gerichtet, sondern durch Heinsius an die Generalstaaten, vor allem aber an die Bürgermeister von Amsterdam. Sie haben in der Sache seiner Anerkennung seinem Wunsche entsprochen; aber er ist nach wie vor nicht sicher über ihren Wankelmuth. Er fürchtet ihre Furcht. Um sie festzuhalten, gibt er abermals die Leitung der Friedenssache in ihre Hände, zum Nachtheile seines Bundesgenossen, des Kaisers, zum Verdrusse der allerdings geringen Anzahl derjenigen Engländer, welche dies Verhältniß durchschauen.

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 592.

Die Auffassung dieser Lage der Dinge von kaiserlicher Seite prägt sich aus in einem Berichte des Grafen Kaunitz vom 25. December. „Wie die Dinge liegen, meldet er, ist die Friedenssache völlig in den Händen der Holländer. Sie wollen sie behalten. Darum ist kein Ort, der von unserer Seite zum Congresse benannt wird, ihnen recht. Vielmehr lobt D'Yvelst den Callieres, weil dieser vorgeschlagen, daß man zusammen treten könne auf dem königlichen Lusthause zu Rhyswyck, auf halbem Wege zwischen hier und Delft gelegen. Inzwischen reden sie mit dem Callieres und theilen uns anderen Gesandten das Geschehene mit, oder verschweigen es nach ihrem Ermessen. Ihr Plan ist, alles vorzubereiten nach ihrem Gutfinden und dann den Verbündeten zur Unterschrift vorzulegen, mit der Erklärung, daß mehr nicht zu erhalten, die Fortführung des Krieges aber unmöglich sei.“

„Meine Hoffnung war bisher auf den König gegründet. Ich sehe aber, daß er seinen Vandsleuten gegenüber allzu nachgiebig ist. Er dient ihnen zu einer Ausflucht. Wo sie nämlich sich nicht positiv erklären und etwas beschließen wollen, da beziehen sie sich auf den König, von dessen Ausspruche alles abhänge. Denn freilich muß man ja mehr Respect vor ihm haben und mehr Vertrauen in ihn setzen, als in Heinsius, D'Yvelst oder Boreel. Diese drei nämlich dirigiren die Sache. Ich glaube, daß Vieles dem Könige nicht recht ist; aber er läßt alles gehen.“

So Kaunitz. Wir sehen, daß sein Urtheil über das Verhalten des Königs Wilhelm III. damals noch nicht die Wirklichkeit erreicht. Am selben Tage noch trat Heinsius im Congresse auf gemäß der aus Kenfington erhaltenen Weisung. Da nun, sagte er, durch die Annahme der Erklärung des Callieres von Seiten des Königs die hauptsächlichste Schwierigkeit gehoben: so sei die Republik bereit, die schwedische Vermittelung anzunehmen und zum Hauptwerke zu schreiten. „Ich erkläre dies ausdrücklich, fuhr er fort, damit man uns nicht später der Ueberstürzung beschuldige. Wir wollen uns in Hauptsachen von unseren Verbündeten nicht trennen; wegen Bagatellen jedoch wird die Republik sich in ihrem Beschlusse vom 3. September nicht irre machen lassen“ ¹⁾. So am 25. December.

¹⁾ Bericht vom 25. December 1696.

„Das Ziel dieser Erklärung, fügt Kaunitz hinzu, ist dasselbe wie früher. Sie kündigen uns an, daß sie auch fortan die Leitung der Friedenssache in den Händen behalten wollen.“ Die eigenen Worte des Königs haben gezeigt, daß diese Ansicht von Kaunitz der Wahrheit entsprach.

Dennoch hoffte Kaunitz, daß der Kaiser durch eine nachdrückliche Erklärung diesem Zustande ein Ende machen, der Republik die alleinige Leitung der Friedenssache noch entringen könne. Die Basis dieser Vorschläge war, daß die Republik dennoch nicht wagen würde, einen Sonderfrieden zu schließen.

Allein im Rathe des Kaisers hegte man zu dieser Basis kein Vertrauen. Die Vorwürfe, welche gerade damals der König und die Republik durch Lexington und Heemskerck in Wien erheben ließen, daß von kaiserlicher Seite dem Frieden Hindernisse in den Weg gelegt würden, schienen eben wegen ihrer Grundlosigkeit nichts Gutes anzudeuten. Diese Vorwürfe, hieß es im kaiserlichen Rathe, seien erhoben fast im selben Augenblicke, wo man aus England die Kunde erhalten, daß der König sich mit der Erklärung des Callieres befriedigt finde, wo demnach bis dahin lediglich an der Weigerung des Callieres alles gestockt habe. Der Kaiser habe gerechte Ursache, diese grundlosen Vorwürfe scharf zurückzuweisen. Aber er bedürfe der Mächte England und Holland, ohne welche weder für das Reich noch das Erzhaus etwas zu hoffen. Deshalb seien die Vorwürfe zwar abzulehnen, aber in der möglichst milden Form, dagegen zu erklären, daß der Kaiser sich völlig verlasse auf den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September, welcher für den Frieden ausdrücklich die Rückgabe von Straßburg und Luxemburg mit umfasse ¹⁾.

Die Besorgnis, die Republik Holland werde gestatten, daß Frankreich sich zurückziehe von der Zusage Straßburg zurückzugeben, stieg mahnend empor. Denn Kaunitz meldete dazu, daß in den Beredungen zwischen Dijkvelt und Callieres der letztere jedes Mal, wo von der Rückgabe Straßburgs die Rede sei, die Worte hinzusetze: „oder ein Äquivalent“. Der Graf Auersperg erhielt den Auftrag, bei dem

¹⁾ Conferenz-Protokoll vom 10. Januar 1697.

Könige zu verlangen, daß die Worte: „oder ein Äquivalent“ fortan von den holländischen Ministern zurückgewiesen würden.

Der König schritt unterdessen mit den Holländern vorwärts. Er ernannte seine englischen Friedens-Bevollmächtigten: den Grafen Pembroke, Lord Villiers und Williamson. Die Namen der beiden ersten waren als dazu bestimmt schon früher bekannt gewesen, und Auersperg hatte sie damals charakterisirt mit den Worten: „Der König hat Persönlichkeiten ausgewählt, welche wissen werden den Holländern nachzugeben“ ¹⁾. Der letzte, Williamson, bezeichnete später das gesammte Verhalten ihrer drei mit den Worten: „Die Holländer handeln für uns“ ²⁾. Die Worte bezogen sich darauf, daß die Engländer als die Bevollmächtigten eines von Frankreich noch nicht anerkannten Königs sich den Franzosen gegenüber von den Holländern vertreten lassen mußten. Aber die Worte enthielten noch viel mehr Wahrheit, als in der Absicht des Sprechenden lag.

Heinsius meldete den französischen Vorschlag, daß der Aufenthalt der Gesandten von verbündeter Seite im Haag sein solle, derjenige der französischen in Delft, der Ort der Conferenzen das in der Mitte Wegs zwischen beiden Städten gelegene Schloß im Dorfe Rhynwyck. Es war vorauszu sehen, daß der Kaiser am wenigsten gern sich fügen würde in die Wahl eines Ortes, der gleichbedeutend war mit dem Haag selbst, d. h. mit dem dominirenden Einflusse der Republik. Der König indessen gab sofort seine Zustimmung, noch vor dem Schlusse des Jahres 1696.

Einige Tage später trat der Graf Auersperg mit seinem Auftrage vor den König. Nachdem der Kaiser, begann der Gesandte, so oft und vielfach erklärt, von einem Äquivalente für Straßburg nichts hören zu wollen, und der Beschluß der Generalstaaten vom 3. September gefaßt sei auf Grund des französischen Versprechens Straßburg zurückzugeben, sei es befremdend, daß die holländischen Minister die Reden des Callieres von einem Äquivalente anhörten und dadurch ihm die Hoffnung nicht nähmen, daß man sich in eine Unterhandlung darüber einlassen werde. Dann erinnerte der Gesandte an die so oft

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 28. September 1696.

²⁾ The Dutch deal for us.

gegebenen Versprechungen des Königs für das Haus Lothringen. — Wilhelm III. betheuerte abermals, wie sehr er wünsche die gerechte Sache dieses Hauses zu vertreten. „Es thut mir nur leid, fuhr er dann fort, daß die Sache der Verbündeten nicht in dem Stande ist, wie ich wünschte, um Frankreich mit den Waffen zu zwingen. Dennoch will ich für das Haus Lothringen alles thun, und die von Ihnen gewünschten Befehle nach Holland abgehen lassen. Zugleich jedoch kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß es mir scheint, der Kaiser sehe den Stand der Dinge Frankreich gegenüber zu günstig an, und gebe sich in Betreff des künftigen Feldzuges allzu großen Hoffnungen hin. Ich nehme dies an gemäß den Schwierigkeiten, die man in der Friedenssache erregt, bei Dingen, die doch nicht wesentlich sind. Denn, wenn man wegen Lothringen, Straßburg oder Luxemburg Bedenken hat, so ist es billig sie geltend zu machen.“

Der Gesandte erwiderte: „Die Absicht des Kaisers ist durchaus dahin gerichtet, die Friedensunterhandlung nach Kräften und nach Billigkeit zu erleichtern. Allein noch bis heute hat der Kaiser aus den Reden des Callieres die für die Allianz erforderliche Sicherheit nicht gefunden. Diese Sicherheit erscheint dem Kaiser nothwendig. Auch von Ew. Majestät habe ich bisher niemals eine andere Ansicht vernommen, als daß eine Uebereilung in der Friedenshandlung so viel sei wie die Sache für Frankreich gewonnen geben. Jetzt aber, mit unterthänigstem Respekt zu sagen, scheint es mir, daß Ew. Majestät diese Ansicht geändert haben und in präcipitirter Weise die Sache machen wollen“. — Der König erwiderte: er wolle nicht präcipitiren; allein in Folge des Friedens in Italien sei Frankreich um 50,000 Mann stärker als zuvor, und demnach nicht abzusehen, wie die Verbündeten die in der letzten Zeit besessene Ueberlegenheit noch ferner behaupten könnten. Dann führte er seine besonderen Besorgnisse für den Oberrhein aus. „Denken Sie an mich, rief der König, bis zum April sind auch die Kreise Schwaben und Franken zur Neutralität gezwungen.“ Auersperg bekämpfte diese Ansicht, die er in seinem Berichte als einen geuchten Vorwand bezeichnet ¹⁾. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die von dem Könige ausgesprochene Besorgnis sich nicht bestätigt hat.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 11. Januar 1697.

Auersperg erkennt an, daß der Wunsch nach dem Frieden in England lauter werde. Allein er gibt dafür einen besonderen Grund an. Wir erinnern uns, daß bereits im Jahre 1692 der Kaiser nachdrückliche Vorstellungen erhob gegen die Art und Weise der Kriegsführung des Königs, welcher die hauptsächlichste Kraft der Verbündeten in Belgien concentrirte, wo der dreifache Festungsgürtel nicht zu durchbrechen sei. Nun hatte Jahr auf Jahr diese Art der Kriegsführung sich erneuert. Allmählich war aber auch in England der Widerspruch dagegen wach geworden. Denn ein durchschlagender Erfolg schien, bei allem Aufwande von Mitteln, von dort her nicht erwartet werden zu dürfen. Man sprach nicht offen im Parlamente davon; aber bei vielen Mitgliedern liefen diese Reden um. „Unser Geld geht hinaus, sagten sie, das Königreich verarmt. Aber Frankreich bleibt stark. Soll der Krieg fort dauern, so kann England ihn auf die bisherige Weise nicht mehr führen. Wir müssen uns unserer natürlichen Ueberlegenheit besser bedienen, und den Krieg von der See aus führen. Zu diesem Zwecke soll dem Könige kein Geld fehlen: der Engländer gibt dafür alles her. Für den Landkrieg in Belgien dagegen wollen wir nicht mehr zahlen.“ — „Derartige Reden, fügt Auersperg hinzu, höre ich täglich von Mitgliedern des Parlamentes. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie auch zu den Ohren des Königs gelangen und ihn kränken müssen. Auch dürfte die Vermuthung nicht fern liegen, daß diese Erfahrung ihm den Frieden so wünschenswerth macht, damit er nicht genöthigt werde, thatsächlich sein bisheriges Verfahren als unrichtig anzuerkennen. Es überwiegt jedoch in der englischen Nation die Ansicht, daß der Friedensseifer des Königs allein bezwecke dem Verlangen von Holland zu entsprechen, ohne andere Beweggründe“ ¹⁾).

Alle diese Motive mochten bei dem Könige Wilhelm vorhanden sein. Aus seinen Aeußerungen zu Heinsius indessen erfahren wir noch ein besonderes und gewichtiges. Die bis dahin für lange Jahre latente Frage der spanischen Succession war über den Gesichtskreis aufgestiegen. Die schwere Krankheit Carls II. vom September 1696 war gewichen: das Kränkeln war geblieben. Heinsius deutete bei dem

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 11. Januar. Die Unzufriedenheit der Engländer über die Kriegsführung in Belgien kehrt dann in Auerspergs Berichten häufig wieder.

Könige darauf hin, daß die geringe Bereitwilligkeit der Kaiserlichen von daher ihren Ursprung haben könne. Der König erwiederte: „In Betreff der geringen Willfährigkeit der Kaiserlichen, wo sie doch den Frieden so sehr zu wünschen scheinen, stimme ich bei, daß sie entspringen muß aus der Frage der spanischen Succession. In Wien ist man der Ansicht, daß es vortheilhafter sei, wenn die Frage zur Entscheidung komme bei noch währendem Kriege als nach dem Frieden. Vielleicht hat man dort Recht. Aber das paßt nicht in unsere Rechnung. Denn ich beharre dabei, daß für uns ein unmittelbarer Friede unentbehrlich ist“ ¹⁾.

Beachten wir zunächst, daß diese Aeußerung des Königs über den Grund des Verhaltens auf kaiserlicher Seite — wie nämlich dies Verhalten in seinen und der Holländer Augen erschien — nur eine Vermuthung ausspricht. Diese Vermuthung ist damals und später von Anderen oft wiederholt worden ²⁾. Die Thatfachen werden ergeben, wie es darum stand.

Jedenfalls aber nehmen wir daran wahr, daß der zu erwartende Todesfall in Spanien seit dem Herbst 1696 lebhafter als zuvor in Europa erwogen wird. Zunächst also erfordert der Stand der spanischen Angelegenheiten damals, als der König diese Worte schrieb, unsere Aufmerksamkeit.

Wir erinnern uns, daß Carl II. durch sein heftiges Circular-Schreiben im Januar 1694, in Antwort auf die damaligen französischen Friedensvorschläge, sich verwahrte gegen jegliche Anregung dieser Frage

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 594. Vom 28. December 1696.

²⁾ So neuerdings von Macaulay, in Ch. XXII, nicht freilich als Vermuthung, wie bei Wilhelm III., sondern als Thatfache. Macaulay führt einige heftige Worte des Königs über die Minister des Kaisers an. Er untersucht nicht zuerst, ob diese Worte berechtigt sind, sondern construirt aus denselben seine Anklage wider den Kaiser. Das Ansehen, dessen Macaulay als Historiker in England genießt, nöthigt mich diese Bemerkung noch allgemeiner zu fassen. So viele Verdienste Macaulay um die Geschichtschreibung von England haben mag, so hat er in Betreff alles dessen, was nicht englisch ist, die goldenen Lehren Bolingbrokes im sechsten der letters on the study and use of history nicht genügend gewürdigt, und daher entspricht in Betreff des Kaisers Leopold I. die Ungerechtigkeit der Unkenntnis.

der Succession in seinen Reichen durch die auswärtigen Mächte. Diese Abwehr war gerichtet nicht bloß wider den König von Frankreich, sondern auch wider den Kaiser, und traf thatsächlich diesen mehr als jenen.

Denn Frankreich wußte dennoch Mittel und Wege zu finden eine Einwirkung zu üben. Wir haben die wiederholten Versuche bemerkt, bei den National-Spaniern einen guten Eindruck zu machen. Ludwig XIV. ließ die von Madrid fernab gelegene Stadt Brüssel in Belgien bombardiren, um, wie er sagte, Repressalien zu üben für seine verbrannten Küstenstädte. Dagegen haben wir vernommen, wie der Admiral Tourville vor der spanischen Stadt Malaga sich schonend erwies. Französische Agenten in Spanien verbreiteten und vertraten die Ansicht, daß die beste Lösung der Successions-Frage sein würde die Berufung des Herzogs von Anjou nach Madrid. Dieser Prinz, der zweite Sohn des Dauphins, legitimer Erbe durch seine Abstammung, Spanier durch seine Erziehung, würde dann ein nationaler König sein, die Unabhängigkeit der Krone sichern, und doch wieder die Freundschaft erhalten mit dem Könige von Frankreich, sei es dort der Großvater, der Vater, der Bruder. Reden solcher Art lagen weit ab von dem Standpunkte, von welchem aus einst Ludwig XIV. sich die Sonne zum Sinnbilde erkoren (Bd. I, S. 46). Eben darum gewannen sie hier und dort in Spanien Eingang. Man dürfte nicht sagen, daß darum eine französische Partei sich bildete, sondern nur daß die Abneigung wider Frankreich bei Vielen nachließ, bei nicht Wenigen auch sich in Zuneigung wandelte. Die letztere war dem Auge der Unbetheiligten wohl erkennbar bereits im Jahre 1695¹⁾. Eine directe Einwirkung bei der wichtigsten Persönlichkeit zu üben, bei dem Könige Carl II. selber, war für Ludwig XIV. nicht möglich, nicht bloß wegen des Kriegszustandes, sondern mehr noch wegen der persönlich feindseligen Stimmung dieses Schwagers.

Der Kaiser dagegen konnte seit jener entschiedenen Abweisung alles fremden Einflusses in Betreff der Succession in Spanien nach keiner Richtung hin eine Thätigkeit ausüben. Eine Einwirkung auf die Spanier, ohne Vorwissen des Königs, vertrug sich nicht mit den

¹⁾ So Ruzzini bei Barozzi e Berchet: Relazioni Veneti. Spagna t. II, p. 565.

Grundsätzen der kaiserlichen Politik. Ein anderer Gedanke des Kaisers dagegen scheint direct durch jenes spanische Circular-Schreiben durchkreuzt worden zu sein. Im Winter 1694 befand sich in Wien der heftigste Freiherr von Görz, dessen sich Wilhelm III., wie im Jahre 1688, so auch später zu besonders vertraulichen Sendungen zu bedienen pflegte. Der Kaiser eröffnete ihm den Vorschlag, mit dem Könige von England in Betreff der spanischen Succession sich noch enger zu verbinden und einen feierlichen Vertrag darüber zu errichten. Der König erklärte damals seine Bereitwilligkeit. Der Kaiser, erwiederte er, möge einen Entwurf solcher Art vorlegen. Dann jedoch mochten die Bedenken dagegen überwogen haben. Ein solcher Entwurf erfolgte nicht. Im Laufe des Jahres 1695 machten Dykvelt und Heinsius bei Auersperg und Kaunitz mehrmals den Versuch, die spanische Succession zur Sprache zu bringen. Diese Gesandten, nicht vorbereitet, wichen aus. Von kaiserlicher Seite ruhte die Sache ¹⁾.

Eben so aber auch ruhte sie von Wien aus gegenüber Carl II. selbst. Nur indirect suchte der Kaiser in dieser Richtung zu wirken. Als Carl II. von dem Kurfürsten Max Emanuel Hülfe für Catalonien erbat, schickte der Kaiser, unaufgefordert, 2000 Mann unter dem Landgrafen Georg von Hessen-Darmstadt. Er beförderte Familien-Verbindungen, die auch den Wünschen seines Neffen von Spanien entsprachen, wie die des Herzogs von Parma mit einer Prinzessin von Pfalz-Neuburg, des Herzogs von Modena mit einer Prinzessin von Hannover. Er empfahl Statthalter, auf die er vertrauen zu dürfen glaubte, wie den Prinzen Vandemont für Mailand, den Prinzen Jacob Sobieski, den beiderseitigen Schwager, für Neapel. Der Kaiser hielt, so lange er vermochte, die Neutralität Italiens zurück, um Mailand zu sichern, und fügte sich dennoch endlich widerstrebend, weil Spanien es wollte ²⁾. Der Kaiser vertrat jederzeit seinen Neffen bei den Seemächten. Wir haben oft Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, mit welcher geringen Achtung Wilhelm III. sich über die Haltung Spaniens ausdrückte. Die Verworrenheit der dortigen Zustände gab ja dazu nur allzu vielen Anlaß. Aber der Kaiser trat dann jedes Mal ein, schützend für

¹⁾ Namentlich der Bericht des Grafen Kaunitz vom 6. November 1696.

²⁾ Ruzzini p. 620, cf. p. 613.

Carl II., beschwichtigend bei Wilhelm III. Jener wußte, daß er sich auf den Kaiser verlassen durfte.

Die Frage der Succession in Spanien dagegen ward zwischen dem Oheime und dem Nessen für lange Jahre nicht berührt. In den Berichten des Grafen Kobtowiz, der als Botschafter des Kaisers bis in das Jahr 1697 in Madrid weilte, geschieht dieser Frage gar keine Erwähnung. Demnach war er dafür nicht instruiert¹⁾.

Fast eben so wenig beschäftigen sich damit die Protokolle des kaiserlichen Ministerrathes bis zum Ende des Jahres 1696. Im Laufe desselben erwog der Kaiser Leopold den Gedanken, durch einen eigenen Botschafter die Sache bei Carl II. zur Sprache zu bringen. Dennoch reiste der Entschluß erst in Folge der Krankheit Carls II. im Herbst. Und zwar ist es auffallend zu sehen, in welcher Weise man dabei sich aussprach. In der sehr eingehenden Berathung vom 28. December 1696 fielen die Worte: „Es muß etwas geschehen; denn sonst könnte Frankreich behaupten: wir hätten unser Recht aufgegeben, und das Erbe gebühre dem, der es zuerst ergreift“²⁾. Merkwürdiger Weise trifft der Zeit nach diese Aeußerung in Wien zusammen mit jenen Worten des Königs Wilhelm III. an Heinsius. Der Irrthum dieser Worte liegt demnach vor Augen. Die Aeußerung erbringt den durchschlagenden Beweis, daß die Haltung des Kaisers in der Friedenssache nicht bedingt wurde durch seine Hoffnungen auf die spanische Succession. (Vgl. S. 264.)

Eher könnte der Vorwurf einer Indolenz in einer so wichtigen Sache nahe liegen. Und allerdings ist auch dieser Vorwurf von Unkundigen damals und später oft erhoben worden. Eben darum haben wir zu trachten die Gründe kennen zu lernen, welche den Kaiser abhielten, in dieser Angelegenheit Schritte zu thun.

Nicht bloß jene nachdrückliche Erklärung des Königs Carl II. in dem Circular-Schreiben von 1694 stand dem Kaiser entgegen. Eben

¹⁾ Die Anzahl der erhaltenen Berichte im k. k. Archive ist freilich gering. Einige sind abgedruckt bei Gaebele: Die Politik Oesterreichs in der spanischen Erbfolgefrage, Bd. I, S. 3* u. f.

²⁾ Conferenz-Protokoll vom 28. December 1696. Die Worte lauten: Zu der Sache wird zu thun seyn. Alias Gallus posset dicere, man halte das jus pro derelicto, regnum cedere primo occupanti.

so sehr oder vielleicht mehr noch kam es für ihn an auf die Haltung der Persönlichkeiten, die bei einer Anregung dieser Frage der Succession berathend oder entscheidend mitwirken würden.

Wir erinnern uns, daß eben so wenig wie von außen her, auch von den Spaniern selbst eine nachdrückliche Mahnung an Carl II. herantrat. Die Staatsräthe schoben die Sache ab auf die Weisheit des Königs. Er selber hielt sie sich fern. Er hoffte beharrlich auf eigene Descendenz. Aus demselben Grunde ist undenkbar, daß die Königin, seine Gemahlin, die noch im Sommer 1696 sich einer eigenen trügerischen Hoffnung hingab, bis dahin für die Feststellung der Succession auf andere Weise nach irgend einer Seite hin ihre Stimme erhoben haben sollte.

Dagegen war eine andere Persönlichkeit, welche bei Carl II. ihr Wort geltend machte. Es war seine Mutter Maria Anna, die Schwester des Kaisers Leopold. Nicht jedoch zu Gunsten des Kaiserhauses, welchem sie entstammte, sprach sie, sondern zu Gunsten des eigenen Urenkels, des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern. In diesem Verhältnisse hauptsächlich bestand für den Kaiser die ungeheure Schwierigkeit.

Denn es liegt vor Augen, daß, vom Standpuncte des spanischen Erbrechtes aus, dieses Kind Joseph Ferdinand, geboren 1692, als der Urenkel von Philipp IV. und Maria Anna, den nächsten Anspruch hatte. Die Infantin Marie Theresie und Ludwig XIV. hatten vor und nach der Heirath, auf spanischem und auf französischem Boden, in so ausdrücklicher Weise verzichtet, daß vor dem spanischen Geetze von einem Erbrechte der Descendenz aus dieser Ehe nicht die Rede sein konnte. Ganz anders stand es mit dem Verzicht, den die Erzherzogin Maria Antonia als Erbin ihrer Mutter, der Infantin Margaretha, vor der Heirath mit dem Kurfürsten Maximilian Emanuel abgelegt hatte. Carl II. von Spanien hatte diesen Verzicht nicht bestätigt, hatte den wiederholten Bemühungen des Kaisers um die Bestätigung sich zu entziehen gewußt. Demnach galt dieser Verzicht gegenseitig nicht für Spanien. Aber er behielt vollen Werth für den Kaiser gegenüber seinem Schwiegersohne. Der Kaiser hatte das Recht, von dem Kurfürsten Max Emanuel die Haltung seines Eides, die Gültigkeit des Verzichtes zu fordern. Max Emanuel hütete sich in

Worten dem Kaiser gegenüber die Absicht des Eidbruches kund zu geben: er handelte zuwider durch die That. Er stand in Correspondenz mit der Königin-Mutter, auf deren Fürwort Carl II. ihm die Statthaltertschaft von Belgien gegeben. Er wußte anzuknüpfen mit der Königin Maria Anna, sich ihr angenehm zu machen durch Gefälligkeiten und Geschenke, die er von Brüssel aus übersandte. Er wußte auf gleiche Weise ihre Günstlinge zu gewinnen, namentlich die Gräfin Berlepsch. Wenn die Königin mit diesem Anhang ihm auch keinen Nutzen erwies, so war er doch sicher, daß sie nicht schaden. Den scharfen Augen der kaiserlichen Gesandten Auersperg und Kaunitz entging das alles nicht. Sie berichteten es heim ¹⁾. Allein es ist nicht abzusehen, was der Kaiser dagegen hätte thun können, zumal da sein Gesandter in Madrid, Graf Lobkowitz, andauernd kränklich, bei der Gemahlin Carls II. nicht beliebt war, und mehr noch, da die nach dem Könige wichtigste Persönlichkeit dort, die Königin-Witwe, die Schwester des Kaisers, ihm entgegen stand.

Es ist damals oft hervorgehoben worden, daß Marie Louise, die erste Gemahlin des Königs Carl II., und Maria Anna, die zweite, in einem sehr verschiedenen Sinne auf den König Carl II. gewirkt. Die erstere habe es verstanden, zu Gunsten Frankreichs einzutreten. Ja es wird behauptet, daß ihr frühzeitiger Tod im Jahre 1689 ein für Frankreich sehr ungünstiges Ereigniß gewesen sei, da sie damals den König zur Neutralität vermocht haben würde ²⁾. Maria Anna von Pfalz-Neuburg dagegen wirkte unzweifelhaft nicht zu Gunsten des deutschen Namens, und daher insbesondere nicht dessen, der sie empfohlen, des Kaisers. Wir haben ihre Günstlings-Wirthschaft der Gräfin Berlepsch und des Barons Wiser schon früher berührt. Es war nicht unberechtigt, von diesen Persönlichkeiten zu sagen, daß sie den Aufenthalt in Spanien benutzten, um für sich Geld zu scharren, unbekümmert was später daraus würde. Die Macht, die Maria Anna über den unentschlossenen, schwankenden Gemahl ausübte, stieg von Jahr zu Jahr, zugleich vielleicht auch die Festigkeit, mit welcher sie

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. April. Beispielsweise hebt er hervor die Sendung einer Repetir-Uhr durch einen eigenen Courier.

²⁾ Barozzi e Berchet: Relazioni Venete. Spagna t. II, p. 693. Ruzzini 1695.

ihren Widersachern entgegen trat, darin so sehr verschieden von der Königin-Mutter, vor deren ruhiger Würde die spanischen Granden sich ungleich williger beugten. Die Gegenwart der Witwe indessen hielt noch die junge Königin zurück ¹⁾.

Die Königin-Mutter starb nach langem, schmerzhaftem Leiden im Mai 1696.

Erst auf diese Nachricht konnte in Wien der Entschluß gefaßt werden, für eine Feststellung der Succession in Spanien zu Gunsten des kaiserlichen Hauses noch einmal bei Carl II. alles aufzubieten. Als Botschafter zu diesem Zwecke ersah sich der Kaiser Leopold seinen Jugendfreund, den Grafen Bonaventura Harrach, den Enkel des um die Monarchie hoch verdienten Harrach, der hauptsächlich einst den Kaiser Matthias bewogen, alles Recht des Hauses zu übertragen auf das Haupt des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark, des späteren römischen Kaisers Ferdinand II. Die Freundschaft der Jugend hatte sich fortgesetzt durch das ganze Leben: Graf Harrach, dem Kaiser Leopold ähnlich an Begabung, an Frömmigkeit, an Charakter, war sein Gefährte auf Jagden, auf Reisen, sein Vertrauter im Rathe ²⁾. Dem Könige Carl II. würde Harrach, da er schon einmal eine Mission nach Madrid gehabt, willkommen sein als ein alter Bekannter, der spanischen Sprache völlig kundig. Der Tod der Königin-Mutter, welcher diesen Gedanken der Sendung Harrachs zur Reise brachte, erleichterte zugleich die Ausführung, indem er den Anlaß bot, zur Ablegung der Condolenz des Kaisers bei Carl II. den Sohn Alois Harrach voranzusenden. Der junge Graf Alois, auch selber dem Könige wohl bekannt als der Gespieler seiner Jugend, erhielt zu dem offiziellen Auftrage den besonderen sich zu erkundigen über den Stand der Dinge, die Richtung der Gemüther, namentlich der Königin. Nicht jedoch sollte er die Succession vorbringen.

Bevor noch der jüngere Graf Harrach in Madrid eintraf, nahmen dort die Dinge eine andere Gestalt an, nicht zu Gunsten des Kaisers.

¹⁾ Anlage III.

²⁾ Wagner t. II, p. 487.

Die letzte Mahnung der sterbenden Mutter an Carl II. war gewesen, die Erbfolge zu sichern für den Kurprinzen Joseph Ferdinand, ihren Urenkel, seinen Großneffen. Damals indessen vermeinte die Königin Maria Anna eine eigene Hoffnung zu tragen. Um so weniger also dachte Carl II. an ein Testament. Der Kurfürst Max Emanuel dagegen suchte für sich und seinen Sohn ein anderes Abkommen. Mit Zustimmung seines Bruders Joseph Clemens von Köln ließ er in Versailles den Verzicht seines Sohnes auf das andere gesammte spanische Erbe anbieten, wenn Frankreich ihm den dauernden Besitz von Belgien verbürge. Ludwig XIV. hielt ihn eine Weile hin, dann lehnte er ab ¹⁾.

Max Emanuel bot also dem Könige von Frankreich ein ähnliches Verhältnis an, wie es zwischen ihm und dem Kaiser rechtlich bestand, so jedoch, daß das erstere errichtet werden konnte nur durch den Bruch des zweiten. Der Erfolg für ihn war zur Zeit nach der einen Seite lediglich der, daß Ludwig XIV. fortan wußte, daß und um welchen Preis Max Emanuel zu haben war. Auf der anderen Seite erkannte der Kaiser, der sofort durch Quiros ²⁾ eine sichere Nachricht erhielt, wessen er sich von Max Emanuel zu versehen habe.

Der Schritt dieses Kurfürsten mag hervorgerufen sein dadurch daß er an der Königin-Mutter seine feste Stütze in Madrid verloren. In der Wirklichkeit jedoch standen für ihn die Dinge dort ganz günstig. Im Laufe des Sommers 1696 erwies sich die vermeintliche Hoffnung der Königin als trügerisch. Im September erkrankten sogar beide schwer, der König wie die Königin. Carl II. ließ sich die Sterbesacramente reichen. Er gedachte der letzten Mahnung seiner Mutter. Er verlangte das Votum des Staatsrathes. Die Stimmen waren getheilt: drei für den Kurprinzen, drei für den römischen König Joseph, den älteren Sohn des Kaisers, zwei für den Erzherzog Carl, den jüngeren Sohn ³⁾. Der König trat dem ersten Gutachten bei. Ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand ward errichtet.

¹⁾ Hippeau: *Avénement des Bourbons au trône d'Espagne* t. I, p. XLIV. Die Instruction für Harcourt.

²⁾ Mehrere Schreiben von Quiros an den Kaiser, im Juli 1696. Quiros wußte die Sache durch den Erzbischof von Mecheln.

³⁾ So Wagner t. II, p. 488.

Dann genas Carl II. wieder, jedoch nur so, daß auch fortan die Meinung sich erhielt, es werde nicht lange mehr dauern.

Der Inhalt des Testamentes sollte unbekannt bleiben. In der That wechselten in den ersten Wochen darüber die Gerüchte mannigfach. Im Laufe des November 1696 jedoch kann es im Haag, in Brüssel, in Versailles, in Kensington, in der Hofburg in Wien, nicht mehr zweifelhaft gewesen sein, daß das Testament Carls II. laute zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand ¹⁾. Und demgemäß bestimmte sich das fernere Verhalten der in Europa maßgebenden Mächte und Personen.

Zuerst Ludwig XIV. Er ließ nach Spanien große Erbietungen gelangen.

Wenn der König und die Cortes von Spanien, hieß es darin, einen der zwei jüngeren Söhne der Dauphins zum Erben ernennen wollten: so werde Ludwig XIV. diesen sofort und ohne französische Begleitung nach Spanien senden. Zum Unterhalte des Hofstaates für diesen Prinzen werde der König von Frankreich jährlich 300,000 Thaler zahlen. Er werde alles Eroberte an die Krone Spanien zurückgeben. Er werde mit seinen Mitteln Portugal und Holland der Krone Spanien wieder unterwerfen. Im Falle der König Carl II. eigene Descendenz erlange, werde der König von Frankreich seinen Enkel zurückrufen, die Krone Spanien dagegen im Besitze des Hergestellten lassen, nur daß Holland und Portugal dann dem Herzoge von Bourgogne verbleiben. — Auf diese freundlichen Reden folgte die Kehrseite: im anderen Falle: nachdrückliche Kriegsführung in Catalonien mit 40,000 Mann ²⁾.

Ein besonderes Mittel ward noch, nach einer Mittheilung des spanischen Gesandten im Haag, Don Quiros, versucht bei der Königin von Spanien. Es ward ihr, für den Tod ihres Gemahles Carl II., Aussicht gemacht auf eine neue Heirath, nämlich mit dem Dauphin, so daß sie während der Minderjährigkeit des Herzogs von Anjou die Vormundschaft in Spanien führen, hernach zum französischen Throne gelangen würde ³⁾. „Ich halte diese Proposition, fügt Kaunitz hinzu, für sehr wahrscheinlich, und für ein sehr subtiles und tentirendes Gift.“

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 6. November.

²⁾ Conferenz-Protokoll vom 28. Januar 1697. Fast übereinstimmend das Tagebuch des Grafen B. Harrach S. 174.

³⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 8. Januar 1697.

Wie immer dem sei, die Berathungen in Wien ergeben nicht eine große Besorgnis vor dem Gelingen dieser Versuchung.

Allein auch abgesehen von diesem besonderen Vorschlage, zeigen Erbietungen solcher Art, daß Ludwig XIV. das Ganze wollte, nicht einen Theil.

Die Erbietungen kamen in Wien zur Kunde, noch bevor ein Bericht des jungen Grafen Harrach über die Lage der Dinge in Spanien eingelaufen war. Demnach hatten die Berathungen in so weit keine feste Grundlage. Hauptsächlich an die Königin ward er gewiesen; im Uebrigen überließ man der Umsicht des Botschafters, des älteren Grafen, dort die geneigten und geeigneten Persönlichkeiten zu wählen. Dagegen rüstete man ihn aus mit der Urkunde des Verzichtes des Kurfürsten von Bayern. Dann solle Harrach vorstellen, daß der Kurfürst nicht vermögen würde, die Länder der spanischen Krone gegen Frankreich zu schützen. Eine Vererbung der Monarchie an den Kurprinzen sei daher gleichbedeutend mit der Hingabe derselben an den König von Frankreich. Die Consequenz dessen würde sein die Unterdrückung des deutschen Hauses Oesterreich, die Einbuße der römischen Kaiserkrone. Carl II. werde diese Verantwortung nicht auf sich laden wollen. Er werde einen der Söhne des Kaisers nach Spanien rufen. Verlange er den römischen König Joseph, so sei auszuweichen, weil dann eine Neuwahl statt finden müsse. Verlange er den Erzherzog Carl, so sei bereitwilligst darauf einzugehen.

Die Rätthe des Kaisers erwogen, ob zu bauen sei auf andere Hülfe. Der geheime Artikel der Allianz von 1689 ward verlesen. Freilich, hieß es, dürfe man sich, wegen der Verschiedenheit der Religion, auf die Republik und den König von England nicht sicher verlassen; aber der politische Grund der Selbsterhaltung werde sie bestimmen. Denn der König von Frankreich, im Besitze auch der spanischen Macht, würde vermögen, alles unter seine Knechtschaft zu beugen. Die Rätthe stellten dem Entschlusse des Kaisers anheim, ob er abermals mit diesen Mächten sich einlassen wolle. Sie drängten dagegen auf die Abreise des Botschafters.

Wetter und Wege gestatteten dieselbe erst im März 1697. Wir werden die Verrichtungen Harrachs in Spanien später im Zusammenhange überblicken. Es kommt zunächst an auf die Stellung, welche

England und Holland, oder, sagen wir es genauer, Wilhelm III. und Heinsius, zu dieser Angelegenheit einnahmen.

Muersperg trat vor den König. Die Angelegenheit der Succession in Spanien, sagte er, sei in Anregung. Im Auftrage des Kaisers habe er die Frage zu stellen, ob für den Fall, daß der König von Spanien seinen Entschluß fasse zu Gunsten des Kaiserhauses, der König von England es thunlich finde, darüber einen Artikel in den Friedensschluß aufzunehmen, und die Annahme desselben für Frankreich zur Bedingung zu machen. Er hoffe, fügte der Gesandte hinzu, auf eine zustimmende Antwort, da ja der geheime Artikel der Allianz von 1689 die Verpflichtung dazu mit sich bringe.

Der König erwiderte: „Ich erinnere mich sehr wohl meiner Verpflichtung, bin auch bereit sie zu halten. Aber diese Frage ist von solcher Tragweite, daß ich augenblicklich nicht weiß, was ich darauf antworten soll. Denn wir haben zu erwägen, daß Frankreich niemals darein willigen wird. Wir würden demnach durch eine solche Bedingung die Friedenssache unterbrechen, und niemals aus dem Kriege kommen. Allerdings, wenn wir Verbündete im Stande wären die Bedingungen vorzuschreiben, läge die Sache anders. Eben so würden wir, als Verbündete des Kaisers, im Falle des Todes von Carl II., verpflichtet sein entgegen zu treten, damit nicht Frankreich davon Nutzen ziehe. Dieser Fall ist aber noch nicht eingetreten. Andererseits liegt klar vor Augen, daß alles Absehen von Frankreich gerichtet ist auf die spanische Succession, daß es demnach niemals anders als gezwungen durch die Gewalt der Waffen davon abstecken wird. Es handelt sich hier ja nicht um Städte und Provinzen, sondern um ganze Königreiche. Schreiben Sie also dem Kaiser: ich hielte es für unmöglich, zur Zeit eine solche Friedensbedingung an Frankreich zu stellen. Eher wäre es thunlich, von dem Frieden aus einen neuen Krieg zu beginnen, wenn der König von Frankreich im Falle des Ereignisses sich der Succession des Erzhauses in Spanien widersetzen wollte“. — Nachdem der König diesen Bescheid gegeben, stellte er rasch die Frage: „Welche Hoffnung hat denn der Kaiser, daß der König von Spanien sich zu seinen Gunsten erklären wird?“ — Muersperg erwiderte: er sei darüber nicht unterrichtet; aber an der baldigen Feststellung dieser Succession hange die Ruhe Europas. „Allerdings, erwiderte Wilhelm III.; denn

nach allem Anscheine ist weder ein längeres Leben des Königs, noch eine Descendenz von ihm zu hoffen. Ich werde nicht ermangeln beizutragen, was die Möglichkeit mir gestattet" ¹⁾).

Während der Graf Auersperg seinen Bericht über diese Audienz an den Kaiser abfaßte, meldete der König sie sofort an Heinsius. Dieser hatte seinerseits im Haag auf daselbe Anbringen des Grafen Stratemann in ähnlicher Weise, oder, wie Wilhelm III. auf den Bericht von Heinsius darüber sich ausdrückt, fast wörtlich eben so geantwortet. Diese Uebereinstimmung, ohne Besprechung vorher, ist merkwürdig, und zwar um so mehr, da erst am Schlusse des königlichen Briefes ein hauptsächlichlicher besonderer Grund angedeutet wird. „Diese Frage, sagt der König, ist sehr delicateser Art: sie darf nicht angeregt werden. Dazu kennen Sie die Ansprüche des Kurprinzen von Bayern. Wir werden demnächst mündlich genauer davon reden" ²⁾).

In den letzten Worten liegt unverkennbar ein Zweifel an der Alleinberechtigung des Kaiserhauses auf die Succession in Spanien. Diese Alleinberechtigung aber war ausgesprochen durch den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689. Die Stelle lautet: „Im Falle des Todes von Carl II. ohne rechtmäßige Descendenz werden der König und die Republik mit allen Kräften dem Kaiser und dessen Erben beistehen, um ihnen zu verhelfen zu der ihrem Hause rechtmäßig gebührenden Succession in die spanische Monarchie" ³⁾).

Als der König und die Republik diese Verpflichtung auf sich nahmen, im Jahre 1689, war das Anrecht des Kaiserhauses unzweifelhaft. Eine Descendenz der Erzherzogin-Kurfürstin Maria Antonia von Bayern war damals nicht da, war auch für die Zukunft wenig wahrscheinlich. Dennoch war dann, im October 1692, der Kurprinz Joseph Ferdinand geboren. Die Frage, ob der von der Mutter Maria Antonia wiederholt geleistete, von Spanien dagegen nicht formell

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. März.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 601.

³⁾ *Casu quo modernus Hispaniarum rex e vita decederet, non relictis legitimis descendantibus, se C. M^{tem} ejusve haeredes ad successionem ejusdem domui legitime competentem in Monarchiam Hispanicam etc. etc., omnibus viribus adiuturos etc.*

anerkannte Verzicht zu Rechte bestehe, mußte auch bei Wilhelm III. und Heinsius zur Erörterung kommen.

Eine solche Erörterung zog dann aber auch bei diesen Staatsmännern sofort nothwendig herzu die Erwägung des politischen Interesses der Republik Holland. Ihr war es vor allen Dingen darum zu thun, daß Belgien nicht in französische Hände gerieth. Diese Negative stand voran. In Betreff der positiven Seite der Sache lag es im Interesse der Republik Holland, lieber einen schwachen Fürsten im Besitze von Belgien zu sehen, als einen starken. Denn ein mächtiger und unabhängiger Herr würde sich schwerlich die Fesseln gefallen lassen, welche die Republik in dem Friedensvertrage von Münster 1648 dem herrlichen Strome der Schelde angelegt. Max Emanuel von Bayern war weder äußerlich mächtig, noch innerlich stark. Wenn es daher von der Republik Holland abhing zu entscheiden, ob Belgien in den Händen des Kaisers, ob in denen des Kurfürsten sich befinden solle: so war mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sie ihrem eigenen Interesse gemäß den Kurfürsten vorziehen würde.

Ludwig XIV. hatte diese Lage der Dinge längst mit in Anschlag gebracht. In seinem Plane des Sonderfriedens mit der Republik, welcher im November 1696 mißlang in Folge seiner Weigerung, eine schriftliche Zusage für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben, hatte er als Lockung für die Republik in Aussicht gestellt die Ueberlassung Belgiens an den Kurfürsten von Bayern. Als die Gründe dafür, daß er dennoch eben damals auf jenen Antrag des Kurfürsten von Bayern nicht einging, gibt er selber an seine geringe Meinung von einer bayerischen Partei in Spanien, so wie seine Kunde des geheimen Artikels der Allianz von 1689¹⁾. Wir werden auf diese Kunde später zurück kommen.

Es ist bemerkenswerth, daß Heinsius im Haag aus sich zu dem Grafen Raunig zu reden begann. Er vernehme, jagte er, daß man in Wien durch das Gerücht einer solchen Abmachung in Betreff Belgiens sich beunruhigt fühle. Er erkenne an, daß, wenn dies Gerücht begründet wäre, man eine gerechte Ursache dazu haben würde. Aber

¹⁾ In der Instruction für Harcourt, bei Hippeau t. I, p. XLV.

es sei nicht wahr. — Kaunitz, der nicht von Wien her, sondern von dem Schweden Vilienroth im Haag es vernommen, berichtete diejem, was Heinsius gesagt. „Auch ich glaube, entgegnete Vilienroth, daß nichts abgeschlossen worden ist. Ich halte es sogar für möglich, daß die Franzosen den Vorschlag gemacht ohne Vorwissen des Kurfürsten. Aber daß sie ihn gemacht, und zwar zu dem Zwecke, um den Holländern die Besorgnis vor ihrer gefährlichen Nachbarschaft zu benehmen, sie dadurch für sich zu gewinnen, bleibt darum dennoch eine Thatfache“ ¹⁾.

Wir haben gesehen, daß nach Madrid hin dann Ludwig XIV. ganz andere Erbietungen machte, welche die Wiederbringung auch von Holland an die spanische Monarchie mit umfaßten. Der Widerspruch indeß dürfte nicht schwer aufzuheben sein. Die Politik Ludwigs XIV. betrachtete es nicht als ihre Aufgabe, die Wahrheit zu sagen, sondern einem Jeden das was für ihre Zwecke geeignet erschien.

Wenn demnach von Spanien selbst aus eine solche Bestimmung getroffen wurde, welche Belgien dem Kurfürsten als dem natürlichen Vormunde seines Sohnes zuwies: so hatte die Republik sicherlich nichts dawider. Vielmehr konnte in ihren Augen die Wendung als eine glückliche erscheinen.

Wie die Republik, dachte dann aber als Holländer auch Wilhelm III. In seiner Stellung als König von England gerieth er damit nicht in einen Conflict. Das nächste und wichtigste Interesse hatte England mit der Republik gemeinsam, nämlich Belgien nicht zu einer französischen Provinz werden zu lassen.

Daß aber Wilhelm III. bei jener Meldung an Heinsius, eben so wohl wie zur selben Zeit der Kaiser und Ludwig XIV., eine Kunde befaß von dem damaligen Testamente Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand, darf mit Sicherheit angenommen werden. Denn mehr als einmal tritt uns in jener Zeit die Wahrnehmung entgegen, daß über jeglichen Windeswechsel am Hofe von Madrid Niemand so sicher unterrichtet war, wie Wilhelm III. und Heinsius. Dies war das besondere Verdienst des Agenten der Republik in Madrid, des Juden Schonenberg, und daher erklärt sich zu nicht geringem

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 8. Januar 1697.

Theile die Zähigkeit, mit welcher der König den eben so insolenten, wie brauchbaren Mann dort erhielt.

Diese Kunde des Königs von der Sachlage in Spanien tritt verhüllt auf in jener Frage an Auersperg: welche Sicherheit der Kaiser habe für eine Entscheidung Karls II. zu seinen Gunsten.

Man dürfte nicht sagen, daß Wilhelm III. bei dieser Sachlage die Absicht hatte, sich los zu sagen von der Verpflichtung, die er dem Kaiser gegenüber durch den geheimen Artikel von 1689 auf sich genommen. Seine Antwort an Auersperg hat uns gezeigt, daß er diese Verpflichtung anerkennt. Er verstärkte dies am nächsten Tage durch den Grafen Portland. Dieser trat zu Auersperg. Er wiederholte zuerst, was auch der König gesagt. Er fügte dann hinzu: der König werde jederzeit erbötig sein, dem Kaiser beizustehen, damit Frankreich von dem spanischen Erbfolge keinen Nutzen ziehe, damit vielmehr die Succession dem Kaiserhause zufalle. Deshalb werde es nöthig sein, in der Garantie des Friedens den Artikel der spanischen Succession und die Verpflichtung des Königs und der Generalstaaten für dieselbe zu erneuern. Dann jedoch wiederholte Portland im Auftrage des Königs das Ausweichen vor der ihm gestellten Forderung des Kaisers. Dieses Verlangen zu erfüllen, sagte er, sei unmöglich, weil daran die Friedenshandlung sofort scheitern würde¹⁾.

Demgemäß hat die Erwägung der bayerischen Ansprüche den König Wilhelm damals nicht dahin geführt, seine und der Republik Verpflichtung gegenüber dem Kaiser in Zweifel zu ziehen. Wir werden um ein Jahr später zu beobachten haben, daß dann diese Erwägung bei ihm ungleich stärker und nachdrücklicher sich geltend macht. Im Sommer 1697 hält er fest an jener Verpflichtung. Er erhebt gegen das Verlangen des Kaisers nicht den Einwand einer anderen Rechtsanschauung, sondern denjenigen der Unzweckmäßigkeit in Rücksicht auf den erstrebten Frieden.

Diesem Einwande gegenüber ist von ganz besonderem Interesse die Antwort des kaiserlichen Gesandten. „Ich weiß sehr wohl, erwiederte Auersperg, daß, wie billig, ganz Europa nach dem Frieden seufzt. Allein ich glaube, daß, wenn wir die Unterhandlung präcipitiren, wir

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 26. März.

nur einen Waffenstillstand auf höchstens zwei Jahre erlangen. Ich lasse es dahin gestellt, ob dabei das Gemeinwohl Europas nicht größeren Schaden erleide, als wenn man mehr Standhaftigkeit in der Unterhandlung bewiese“ ¹⁾).

Ähnlich urtheilten andere kundige Zeitgenossen. „Man sollte, sagt Leibniz bereits 1694, die wichtige Angelegenheit der spanischen Succession vor dem Ende des Krieges feststellen. Denn im anderen Falle wird jeglicher Friede für Europa nur ein Stillstand der Waffen sein“ ²⁾).

Bekanntlich haben die Ereignisse diese ahnungsvollen Worte bestätigt. Eben darum liegt es uns ob, die damalige Stellung des Königs Wilhelm in dieser Angelegenheit mit einigen Strichen noch schärfer hervorzuheben.

Wilhelm III. selber hatte in jener Unterredung mit Auersperg sich der Worte bedient, daß das ganze Absehen des Königs von Frankreich gerichtet sei auf die spanische Succession, daß er niemals anders als gezwungen durch die Gewalt der Waffen davon absteigen werde. Aus dieser Anschauung scheint folgerecht fließen zu müssen, daß der Träger derselben, da er das spanische Erbe dem Könige von Frankreich nicht belassen wollte, sich offen bereit und willig erklären mußte, es mit den Waffen zu wehren. Allein hier fällt die Doppelstellung des Königs Wilhelm III. ins Gewicht. Wir haben wiederholt beobachtet, und werden ferner es beobachten, daß seine Entschlüsse nicht frei waren. Daß er aus sich selber, namentlich um Hollands willen, den Frieden ersehnte, dürfte nicht bezweifelt werden. Aber stärker noch als sein eigener Wunsch, war der Druck, den dies Verlangen in Holland, namentlich in der Stadt Amsterdam auf ihn ausübte. Dieser Druck wird im Laufe der Friedenshandlung noch mehr als einmal sehr wahrnehmbar uns ins Auge fallen.

Namentlich also um Hollands willen zog Wilhelm III. nicht die Consequenz, die aus seiner eigenen Anschauung von Frankreichs Streben hätte fließen müssen. Allein in dem Unterlassen dieser Consequenz lag dann noch mehr. Indem er sich weigerte, dem Wunsche des Kaisers gemäß bei noch währendem Kriege sich öffentlich so zu erklären, wie es

¹⁾ Der Genauigkeit wegen gebe ich an, daß Auersperg diese Worte nicht an Portland gerichtet hat, sondern an Sunderland. — Im Berichte vom 26. März.

²⁾ Die Werke von Leibniz, Bd. VI, S. 84.

doch der Consequenz seiner eigenen Anschauung entsprochen hätte, und zwar um dem Friedensschlusse kein Hindernis in den Weg zu legen, barg diese Weigerung in sich den Keim des Entschlusses, auch nach geschlossenem Frieden denselben nicht wieder in Gefahr zu bringen. Das Verhalten Wilhelms III. ist erklärlich nur durch die Annahme der Hoffnung in ihm, daß irgend ein Mittelweg gefunden werden könne, der hinweg helfe über die Gefahr der Erneuerung des Krieges. Daher entspringt in dem Briefe an Heinsius die Erwähnung der Ansprüche des bayerischen Kurprinzen.

Demnach ist hier der Wendepunct, an welchem der König Wilhelm III. in Gefahr geräth, von der Verpflichtung für den Kaiser, ungeachtet er sie anerkennt, thatsächlich dennoch zurückzweichen.

Es würde gewagt sein für damals, für den März 1697, einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, als daß der König Wilhelm III. in diese Gefahr geräth. Am wenigsten dürfte man reden von einer Absicht der Untreue. Wir werden ersehen, daß Wilhelm III. noch für viele Monate auf dem Standpuncte seiner Verpflichtung von 1689 beharrt, und auf welchen Anlaß dann langsam jene andere Strömung der Gedanken bei ihm in Thätigkeit tritt.

Allein es muß schon hier hervorgehoben werden, daß diese Weigerung Wilhelms III. sich im Sinne des Kaisers öffentlich zu erklären und die Angelegenheit der spanischen Succession zu einem Artikel des Friedens zu machen, ein großer Vortheil war für den gemeinsamen Gegner, dessen Scharfblick den leisesten Sprung im Gefüge der Allianz erspähete. Wie dem Kaiser, so war auch dem Könige Wilhelm III. eine Thatsache von höchster Wichtigkeit unbekannt. Wir haben dieselbe darzulegen.

Wir erinnern uns, mit welcher Sorgfalt jener geheime Artikel des Allianz-Vertrages von 1689 beim Abschlusse in Wien verborgen gehalten war. Die Zahl der Mitwiffer beschränkte sich damals dort auf den Kaiser und den älteren Grafen Stratemann, im Haag auf Heinsius, Hop und einige wenige Mitglieder der Generalstaaten, welche im Namen der Republik den Vertrag gezeichnet¹⁾; in England auf

¹⁾ Die Ratification des Vertrages der großen Allianz von Seiten der Republik, datirt vom 1. Juli 1689, trägt, im Auftrage der Generalstaaten, Lopp. Fall d. Hauses Stuart u. Success. d. Hauses Hannover. VII. 23

den König Wilhelm persönlich allein. Und dennoch hatte diese geringe Anzahl von Kundigen im Laufe der Jahre den Zuwachs eines Mitwissers erhalten, den sie am wenigsten wollten, nämlich Ludwig XIV. Woher und durch welche Mittel ihm das gelungen sein mag, dürfte schwer zu erforschen sein. Aber die Thatfache selbst liegt vor in seinen eigenen Worten, nämlich in seiner Instruction für Harcourt, den er im December 1697 zum Botschafter für Madrid ernannte. In dieser Instruction gibt er genau den Inhalt des geheimen Artikels an. Aehnlich einige Monate später in der Instruction für Tallard, seinen Botschafter bei Wilhelm III. ¹⁾.

In dieser Kenntniss Ludwigs XIV. liegt der wesentliche Schlüssel für seine Geneigtheit zum Frieden, für seine Willfährigkeit eine Reihe von Städten zurückzugeben, welche die Verbündeten ihm zu nehmen nicht vermochten, und zwar nicht bloß an Spanien. Wir kennen bereits das damals von Frankreich her ausgestreute Gerücht: der Kaiser suche den Krieg hinzuzerren, damit inzwischen der spanische Successions-Fall eintreten möge. Kein Actenstück des kaiserlichen Archivs spricht für diese Behauptung. Mit vielen derselben ist sie unvereinbar. Dagegen ist die umgekehrte Ansicht richtiger. Ludwig XIV. suchte aus dem Kriege zu kommen, weil entweder die Allianz wider ihn mit dem Kriege zu Ende ging, oder, wenn sie fort dauerte, es ihm im Frieden leichter war sie zu zerlegen. Die Wahrscheinlichkeit aber sprach, namentlich in Betreff des geheimen Artikels, weil derselbe nicht erledigt war, für die Fortdauer der Allianz. Um so eifriger also bestrebte sich Ludwig XIV. zum Frieden zu gelangen.

Wenn aber Wilhelm III., dem Wunsche des Kaisers gemäß, die Angelegenheit der spanischen Succession zu einem Friedens-Artikel machte: so wurde dadurch dem Streben Ludwigs XIV. auf die Zerlegung der Allianz in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben. Indem Wilhelm III. sich weigerte, wandte er unwissentlich dem gemeinsamen Gegner negativ einen erheblichen Vorthail zu.

lediglich die Unterschrift des Vorsitzenden der Woche, Gisbert Cuper, und die Bestätigung derselben durch den Gressier Hagel. — Die Beitritts-Urkunde Wilhelms III. ist, wie in Bd. IV, S. 528 dargethan, gezeichnet lediglich von ihm.

¹⁾ Hippeau t. I, p. XLII. — Grimblot: Letters of William III. and Louis XIV. t. I, p. 271 und 479.

Andererseits hatte der Kaiser bei jenem Verlangen an Wilhelm III. den Wunsch und die Absicht, daß ein entschiedenes Auftreten desselben auch seinem Neffen von Spanien für den zu fassenden Entschluß zur Stütze gereichen würde. Das Ausweichen Wilhelms III. vereitelte diese Hoffnung. Und doch war damals noch die Zeit, wo die Abneigung in Carl II. wider Ludwig XIV. seine Furcht vor ihm überwog.

Daß die französischen Erbietungen zur völligen Herstellung der alten spanischen Monarchie bei Carl II. keinen Erfolg hatten, gab sich sehr bald kund. Mit den Erbietungen verband sich im Falle der Nicht-Aannahme die Drohung gegen Catalonien. Carl II. persönlich wollte die Abwehr. Aber wie war dies möglich bei dem traurig vernachlässigten und herabgekommenen Zustande aller spanischen Wehrkraft? — Carl II. entschloß sich den König von England zu bitten um die Absendung eines Geschwaders zur Hülfe für Barcelona.

Da wegen der noch nicht ausgeglichenen Differenz über Schonenberg dem spanischen Botschafter in London der Hof versagt war: so hatte in seinem Namen der Graf Auersperg die Bitte zu stellen. Er sondirte vorher durch Lord Galway. Dieser brachte die Antwort: auch der König sei der Ansicht, daß nur ein Geschwader der Verbündeten Catalonien halten, namentlich Barcelona retten könne. Auersperg trat also vor den König. Er versicherte gemäß den Meldungen an Canales, daß von spanischer Seite alle Anstalten zur nachdrücklichen Vertheidigung getroffen würden. „Aber, erwiederte der König, der General der kaiserlichen Truppen in Catalonien, der Landgraf Georg von Hessen, meldet es mir ganz anders. Die Dinge dort sind in sehr übelem Stande.“ — „Allein, versetzte Auersperg, es ist bekannt, daß Frankreich zur See dort nicht rüstet. Um so wirksamere Hülfe könnte ein Geschwader bringen.“ Der König erwiederte, er könne nichts versprechen ¹⁾.

Einige Tage später erneuerte der Gesandte seine Bitte. Der König von Spanien, sagte er, wolle seine Truppen aus dem Mailändischen herüber führen. Er bitte um die Deckung dieser Ueberfahrt durch die englischen Schiffe von Cadix aus. Er bitte zugleich um das Geschwader zur Hülfe für Barcelona. „Ich weiß nicht, fuhr der

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 2./12. Februar.

König heftig heraus, wie die Krone Spanien solche Anforderungen an mich stellen kann. Meine Unterthanen dort werden schlecht behandelt, ja wie Sklaven. Der Admiral Neville, der den Auftrag hat mit seinem Geschwader die Heimkehr der spanischen Gallionen zu decken, hat sich in Cadix verproviantiren wollen. Man hat ihm geantwortet: er solle auch nicht ein Stück Brot auf Credit haben: das sei der ausdrückliche Befehl des Hofes. Ich frage Sie, ob das eine Behandlung ist unter Verbündeten. Ich weiß auch, was der Botschafter hier schreibt. Er verdirbt mit seinen Berichten dahin mehr als zehn andere gut machen können. Wäre es nicht um des Königs willen, der, wie ich überzeugt bin, keinen Theil daran hat: so würde ich andere Entschlüsse fassen. Denn dergleichen Dinge bin ich nicht gewohnt“ ¹⁾.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Wilhelm III. Recht hatte, den König Carl II. bei solchen Dingen nicht als betheiligt anzusehen. Allein weniger sicher dürfte es sein, daß Carl II. es vermochte sie zu ändern. Nach der Ansicht des jüngeren Harrach war bereits damals, zu Anfang 1697, den Räthen des Königs nicht zu trauen ²⁾.

Die Lage der Dinge in Catalonien ward drohender. Der päpstliche Nuntius suchte die Neutralität zu vermitteln. Die spanischen Minister stimmten zu, theils offen, theils unter der Hand. Im versammelten Staatsrathe fielen die Worte, daß, wenn der Prinz von Hessen-Darmstadt sich weigere, man noch ausreichende Mittel besitze, ihn zu zwingen. Carl II. sah sich in die Enge getrieben. Er schwankte. Da entschloß sich auf die Bitte der kaiserlichen Gesandten die Königin, bei dem Gemahl ihre volle Geltung einzusetzen. Es gelang. Der König erklärte, daß er bei der Allianz ausharren werde.

Wilhelm III. selber trat mit diesen Nachrichten dem Grafen Auersperg entgegen. Dieser benutzte die Gelegenheit seine Verwendung zu erneuern. Es sei die höchste Zeit, meinte er, den König dort zu ermuthigen. „Ich fürchte, erwiederte Wilhelm III., daß es dennoch darum steht, wie im vorigen Jahre mit Savoyen, wo der Herzog meine Hülfe verlangte, nachdem er schon seinen Sonderfrieden fertig

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 23. Februar/5. März.

²⁾ Final-Bericht S. 92.

hatte. Allein ich bin bereit. Schreiben Sie also, daß ich ein beträchtliches Geschwader dahin absenden will. Bemerken Sie jedoch auch, daß meine Schiffe nicht fliegen können." So am 23. März/2. April. Noch in derselben Stunde eilte der Courier der beiden Gesandten dem Meere zu, um sich nach Corunna einzuschiffen¹⁾. Für Monate lang war fortan die Hoffnung auf dies verbündete Geschwader der Anker, an welchem der Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt und die ihm Gleichgesinnten in Barcelona sich hielten.

Wir sind, um die spanischen Angelegenheiten im Zusammenhange zu überblicken, vorangeeilt bis zu jenem wichtigen Versprechen Wilhelms III. Inzwischen hatte die Friedens-Angelegenheit im Haag Fortschritte gemacht. Wir haben dahin unsere Blicke zurückzuwenden.

Wir erinnern uns der Erwägungen der kaiserlichen Rätthe am 10. Januar 1697, unter dem Drucke der Besorgnis, daß dem Könige Wilhelm und der Republik die Gedanken eines Sonderfriedens nicht fern lägen. Demgemäß fiel der Beschluß dahin aus, sich möglichst genau an die eigenen Worte sowohl der Franzosen als der Holländer selbst zu halten, namentlich an die Resolution der Generalstaaten vom 3. September, welche ausdrücklich die Rückgabe von Straßburg und Luxemburg mit in sich schloß.

Kauniz und Stratemann eröffneten dem Congresse der Gesandten im Haag, daß der Kaiser bereit sei, auf die Präliminarien des Callieres einzugehen, so jedoch, daß dann sofort die Mittlerchaft Schwedens angenommen und dem Botschafter dieser Macht alles Betreffende überwiesen würde. Sie hoben dann eindringlich hervor, daß alle Gesandten bestehen möchten auf die Herstellung Lothringens, wie der Herzog Carl IV. es bejessen; denn ohne dieselbe sei zu besorgen, daß der Friede nicht zu Stande komme. Der Gesandte für Lothringen, Canon, erinnerte daran, daß die Allianz von 1689 ausdrücklich diese Herstellung verheiße. Die Holländer erwiderten, daß sie sich nicht für verpflichtet erachteten, daraus einen Präliminar-Artikel zu machen. In Betreff des Congreß-Ortes verlangten die kaiserlichen Botschafter, daß noch

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 23. März/2. April.

ein Versuch für Aachen gemacht werde. Wenn Frankreich sich weigere, so sei der Kaiser zufrieden mit Maastricht, Breda, Nymegen, Zwolle, oder Arnheim¹⁾.

Auf die Meldung von Heinsius, wie weit die Sache bis dahin gediehen, erwiederte König Wilhelm: „Die Pässe für die französischen Friedens-Botschafter sind sogleich auszufertigen, und zwar nach Delft. Alsdann werden die Conferenzen statt haben zwischen Delft und dem Haag, also in Rhynwyck, mögen die Kaiserlichen zustimmen oder nicht“²⁾.

Dykvelt berichtete dem Callieres, daß die Verbündeten bereit seien zur Annahme der schwedischen Vermittelung, und verlangte bestimmte Fassung der Präliminarien. Callieres gab sie. So oft er Straßburg nannte, fügte er hinzu: „Oder ein Aequivalent“. Auf den Bericht von Dykvelt im Congresse erwiederte der Graf Kaunitz: „Es muß dem Callieres jegliche Hoffnung benommen werden, daß wir für Straßburg ein Aequivalent nehmen. Deshalb dürfen diese Worte nicht gebraucht werden. Ich glaube dasselbe in Betreff Luxemburgs“. Quiros fiel ein: „Ich habe den Auftrag auf die Herausgabe von Luxemburg eben so fest zu dringen, wie die kaiserlichen Gesandten auf diejenige von Straßburg“.

Im Namen des Congresses, mit Ausnahme des Don Quiros, der dazu noch keinen Auftrag hatte, begab sich dann der Graf Kaunitz zu dem schwedischen Botschafter Lilienroth, mit der Erklärung, daß die sämtlichen Mächte die angetragene Friedens-Vermittelung der Krone Schweden annähmen und ihn ersuchten, sofort ans Werk zu schreiten.

Am 10. Februar reichte Callieres dem Vermittler die Friedens-Präliminarien ein. „Der Allerchristlichste König, lautete der erste, bewilligt und stimmt zu, daß die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen die Basis und der Ausgangspunct sein sollen für die allgemeine Friedenshandlung mit allen Verbündeten. — Der König verspricht dem Reiche die Stadt Straßburg zurückzugeben, in dem Zustande, in welchem sie sich bei der Occupation befand. — Er verspricht dem Könige von Spanien die Stadt Luxemburg zurückzugeben in dem

¹⁾ Die ausführlichen Tagesberichte, Ende Januar und Anfang Februar, des Secretärs Kobebue in den Kobethon-Papieren des St. A. H. Auch für das Folgende.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 597. Vom 26. Januar/5. Februar.

gegenwärtigen Zustande. Eben so die Städte Mons und Charleroi, ferner die Städte in Catalonien. Ferner Dinant an den Fürstbischof von Lüttich. Dann alle Reunionen seit dem Frieden von Nymegen. Endlich Lothringen gemäß den Bedingungen desselben Friedensschlusses“.

Der Ueberblick alles dessen, was hier der Stärkere, nicht gezwungen durch die Waffen, zurückzugeben sich erbietet, um den Frieden zu erlangen, gewährt den Beweis, daß dieser Friede ihm sehr werthvoll sein mußte, nicht als Friede an sich, sondern wegen der Consequenz, der Auflösung der Allianz.

Nach jenen Präliminar-Artikeln, welche Callieres dem Vermittler Vilienroth dictirt, kam erst noch der besondere, der die Anerkennung Wilhelms III. betraf. Dykvelt und Callieres begaben sich zu Boreel, der damals das Zimmer hüten mußte. Dort erschien sofort auch der Vermittler Vilienroth. Die beiden Holländer thaten ihm kund, in Gegenwart des Callieres: sie seien mit diesem überein gekommen, daß sofort von der Unterzeichnung des Friedens an der allerchristlichste König den Prinzen von Oranien als König von Groß-Britannien anerkennen werde, ohne jegliche Schwierigkeit, Einschränkung, Bedingung, noch Vorbehalt. Darauf wandte sich Callieres zu dem Vermittler und erklärte, daß er im Namen des Königs von Frankreich alles bestätige, was jene beiden gesagt.

Es ist merkwürdig, daß vom selben Tage an, wo Callieres im Haag diese Erklärung gab, in London eine Protestation Jacobs II. verbreitet wurde. Sie führt den Titel: „Denkschrift, enthaltend die Gründe, welche die verbündeten katholischen Fürsten verpflichten sollten, beizutragen zur Herstellung Sr. Britannischen Majestät“. Heinsius meldete dem Könige Wilhelm, daß Callieres die Schrift nicht desavouire, sondern sage, daß man dem Könige Jacob bei dem Stande, in welchem er sich befinde, diesen Schritt nicht übel nehmen dürfe. In Wahrheit hatten die Verbündeten dazu keine Ursache. Das Ungeschick, welches bisher noch jedes Mal an derartigen Publicationen des unglücklichen Fürsten gehaftet, ward durch diese letzte überboten. Nicht die Anhänger, sondern die Gegner Jacobs II. übersehten die Schrift ins Englische und verbreiteten sie. „Die gesammte Nation, meldet Aueršperg, ärgert sich an diesem Schriftstücke, und ich glaube, daß der König Jacob bei den Umständen hier nicht leicht etwas für ihn Nachtheiligeres hätte

thun können. Denn, ungeachtet seines Unglückes, sind der Haß gegen die anglicanische Religion und die Neigung für Frankreich dennoch auch hier wieder die leitenden Principien. Ein hervorragender Jacobit hat mir gesagt, daß diese Schrift jedem Anglicaner es moralisch unmöglich mache, sich fortan noch für den König Jacob zu erklären“ ¹⁾).

Die Sache nahm sogar eine für den König Jacob noch minder vortheilhafte Wendung. Es scheint, daß zuerst die französische Regierung ihm darin völlig freie Hand belassen habe. Erst nach der Verbreitung ward die Schrift ernstlicher geprüft. Es erfand sich, daß sie katholische und protestantische Fürsten auf gleiche Weise unangenehm berühren müsse, und namentlich daß sie geeignet sei, Zweifel zu erregen an der Aufrichtigkeit des Königs von Frankreich in dem Acte der Anerkennung Wilhelms III. In der That dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß an Aufrichtigkeit auch in dieser Sache der König Jacob seinen Freund und Bruder von Frankreich sehr weit übertraf. Allein die praktische Consequenz war eine andere. Die Politik Ludwigs XIV. forderte abermals ein Opfer, und es ward gebracht. Dieselben Persönlichkeiten, welche im Auftrage Jacobs II. seine Protestation ausgetheilt, gingen nun umher zu verkünden, daß der König Jacob dieselbe désavouire, und daß er zur geeigneten Zeit eine andere erlassen werde an alle christlichen Fürsten ohne Unterschied ²⁾).

Dieser augenscheinlich französische Vorschlag, den Protest nicht abhängig zu machen von der Adresse an eine kirchliche Confeßion, mochte praktischer sein. Allein der König Jacob hatte den unrichtigen Weg betreten: er ging darauf weiter. Wenige Wochen später erschien eine zweite Protestation, dem Titel gleich lautend mit der ersten, nur daß anstatt der Worte: die katholischen Fürsten, hinein gesetzt war: die protestantischen Fürsten und Staaten. Die Kritik dieser zweiten Schrift faßt sich zusammen in die Worte der kaiserlichen Gesandten in

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 2./12. Februar.

²⁾ Schreiben von Palmquist aus Paris, im Februar: *Ainsi on le supprime et les mêmes personnes qui l'ont distribué, disent présentement que le Roy Jacques le désavoue, et que, quand il sera temps, il en fera un qui s'adressera à tous les Princes chrestiens sans distinction.* — Aehnlich Hoffmann aus London am 15. Februar: Die französischen Briefe melden, daß man das Manifest des Königs Jacob zu supprimiren sucht.

London: „Sie ist fast noch übler als die erste. Sie wird mit Geringschätzung angesehen und Wenige nur nehmen Kenntniß davon“ ¹⁾).

Auf die Nachricht des Vorganges im Haag, vom 10. Februar, zeigte sich der König Wilhelm hoch erfreut. Sein Wunsch nach dem Frieden scheint damals beständig im Steigen gewesen zu sein. Er hofft eher zum Ziele zu gelangen, wo möglich noch vor dem Frühlinge, durch einen Stillstand der Waffen, den der Vermittler vorschlagen soll. Er will zu diesem Zwecke weder Verheißungen, noch Geld sparen ²⁾. Es gelingt nicht. Der König ist unwillig über jeden Aufschub, jede Verzögerung, namentlich über die Langsamkeit der Spanier. Es scheint dem Könige Wilhelm damals auch nicht einmal die Erwägung aufgestiegen zu sein, daß sein und der Holländer allzu kundbarer Friedens-eifer den Gegner, obwohl die Geneigtheit desselben für den Frieden offen zu Tage lag, dennoch nicht geschmeidiger machen, und daher den Bundesgenossen nicht zum Vorthail gereichen konnte.

Obwohl außer Sunderland, den zum Verdrusse vieler Engländer der König täglich mehr hervorzog ³⁾, vielleicht auch nicht ein einziger Engländer diese Lage der Dinge durchschaute, so ward sie gefühlt. Einige Mitglieder des Unterhauses traten zu Auersperg mit der Frage, ob es wahr sei, daß Holland den König zu einem überstürzten Frieden dränge. Das würde ihnen, sagten sie, sehr schmerzlich sein. Denn so verwickelt auch die Finanzlage sei, so schwierig das Aufbringen des Geldes: so würden sie doch für den Krieg dem Könige geben was er verlange. Sie versicherten, daß das englische Volk sich in alles füge, wenn es nur den Erfolg sehe, daß die Uebermacht Frankreichs gebrochen werde. — Der Gesandte fühlte sich nicht berufen, in Erörterungen einzugehen, die als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von England ausgelegt werden konnten. Er wich aus ⁴⁾.

Anderß dagegen verfuhr man von Frankreich aus. Das Mittel der Kriegsführung vermittelt unwahrer Gerüchte ward abermals in

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. und Auerspergs Bericht vom 5. April. — Die beiden Protestationen sind abgedruckt in den *Actes de la paix de Ryswyck* t. I, p. 452 et suiv. Eben dort Gegenschriften, jedoch nicht offizielle.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 599. Vom 5./15. Februar.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Februar/8. März.

⁴⁾ Desgleichen vom 9./19. Februar.

Betrieb gesetzt. Es waren erst wenige Wochen verflossen, seitdem Auersperg bei dem Könige selbst den Argwohn zurückgewiesen, daß der Kaiser heimlich mit Frankreich unterhandele. Bereits im Anfange März schlich in London das Gerücht wieder um, dies Mal mit der Wirkung, daß der Kaufmannsstand eingeschüchtert, kleinlaut wurde, daß es der Regierung schwer fiel Geldvorschüsse zu erlangen. Wenige wie Sunderland wiesen das Gerücht mit Lachen hinweg. Andere fragten geradezu den kaiserlichen Gesandten. Sie gaben Einzelheiten an. Der Bund des Kaisers und des Königs von Frankreich, hieß es, solle befestigt werden durch drei Heirathen: des römischen Königs Joseph mit der Tochter des Herzogs von Orleans, des Dauphins und des Prinzen von Wales mit je einer Erzherzogin¹⁾. Diese Angaben zeigen den Weg zu dem Ursprunge. Mit der Ausnahme des Prinzen von Wales, der hier an die Stelle des Herzogs von Bourgogne gesetzt wird, sind die genannten Personen dieselben, welche gerade ein Jahr zuvor auftreten in dem geheimen französischen Vorschlage, der zu Padua zwischen Velo und de la Haye berathen wurde, nur mit dem allerdings großen Unterschiede, daß von kaiserlicher Seite diese Heirathsplane von vorn herein gestrichen waren. Damals war beiderseitig, für den Fall des Mißlingens, in der ausdrücklichsten Weise Schweigen angelobt. Indem nun dennoch diejenigen Vorschläge, zu deren Empfehlung damals Ludwig XIV. liebevoll klingende Phrasen aufgewendet, und die dann entschieden zurück gewiesen waren — indem nun diese Vorschläge verwerthet wurden, als wären sie eine Uebereinkunft, und zwar verwerthet wurden zu dem Zwecke, Mißtrauen und Argwohn in England zu erregen, thut sich vor unseren Augen ein solches Lügengewebe in Zweck und Mitteln auf, daß wir zu der Annahme gezwungen werden, auch jene Vorschläge von Padua selbst seien nur zu dem Zwecke erdacht, damit sie, wenn in irgend einer Weise der Kaiser sich einließe, und wäre es auch nur zum Anhören, von dieser Thatfache des Anhörens aus wider ihn gewendet werden könnten.

Das Gerücht in England, welches keine Basis hatte, mußte darum mit der Zeit von selbst verstummen. Aber bis dahin that es seine Wirkung.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 2./12. März.

Es scheint nicht, daß der König Wilhelm III. auch dies Mal wieder, wie im August 1696 durch die Leichtgläubigkeit Pexingtons und dann im December durch Andere, sich habe täuschen lassen. Die Berathungen mit dem welterfahrenen Sunderland, obwohl dieser in der Friedenssache völlig mit dem Könige ging, mochten doch dieser Neigung zum Mißtrauen nicht förderlich sein.

Um so mehr drängte der König in Auersperg in der Friedenssache. Portland erschien und redete nach der üblichen Weise, daß jede Verzögerung einen Nachtheil bereite. „Thun Sie mir den Gefallen, fiel der Gesandte ein, zu sagen, in welchem Puncte der Kaiser die Friedenshandlung verzögert, in welchem Puncte er nicht alle erdenkliche Bereitwilligkeit herzubringt.“ — „Ich halte meinerseits, fuhr er fort, Ihnen die Frage entgegen, ob nicht zu fürchten, daß durch einen übereilten Friedenseifer günstige Gelegenheiten für Frankreich geboten werden? Ungeachtet aller unserer Protestationen hier und im Haag, daß wir die Stadt Straßburg verlangen, hat Dnyvelt dem Callieres gestattet, zu Straßburg jedes Mal die Worte hinzuzufügen: oder ein Aequivalent. Das ist zu unserem Nachtheile.“ — „Nicht doch, erwiederte Portland; denn es steht in dem Belieben des Kaisers, das Eine oder das Andere zu nehmen.“ — „Gestatten Sie mir, fiel Auersperg ein, anderer Ansicht zu sein. Indem Holland diese Reden zuläßt, muß sich bei dem Callieres die Meinung festsetzen, daß dies nicht geschehen würde, wenn nicht Holland einer Neigung zu dem Aequivalente bei dem Kaiser sicher wäre. Solchen Dingen muß gesteuert werden. Wenn nicht, so ist mit Fug zu besorgen, daß zwischen den Häuptern der Allianz Mißverständnisse aufwachsen. Dies betrifft namentlich auch Pothringen; denn bisher ist das Eintreten von England und Holland für dasselbe sehr kaltfinnig. Ich bitte in dieser Richtung mit dem Könige zu reden, wie ich selber es auch thun werde.“ — Portland versekte: man müsse trachten auch nach dem Friedensschlusse geeinigt zu bleiben, und dadurch dem Könige von Frankreich alle Neigung zu Insulten gegen die Einzelnen zu benehmen. Auersperg erwiederte: „Diese Einigung setze ich zu unser Aller Heil voraus als unumgänglich nothwendig. Allein ich frage Sie, wenn wir uns von Frankreich Gesetze vorschreiben lassen zu einer Zeit, wo wir verbündet in Waffen stehen: was ist dann zu hoffen in einer Zeit, wo

unser Bündnis mehr ein Pergament sein wird als eine Realität? Sie kennen die Engländer besser als ich. Sind Sie der Ansicht, daß diese Nation sich so bald wieder in einen kostbaren Krieg einlassen werde? Oder gar, daß sie sich bereit finden werde in Friedenszeit eine so große Armee zu unterhalten? — Ich sage Ihnen dies Alles nur zu dem Zwecke, um meine Ansicht zu verfechten, daß die Ueberstürzung des Friedens gewis der gänzliche Ruin der gemeinen Sache sein wird“. — „Portland hat, fügt der Gesandte seinem Berichte hinzu, darauf nichts zu antworten gewußt“ ¹⁾).

Einige Tage später sprach Auersperg dieselben Bedenken vor dem Könige aus. Der Kaiser, sagte er, könne nicht einwilligen in ein Acquivalent für Straßburg; denn, wenn diese Stadt in französischen Händen, so sei Lothringen niemals sicher. Der König erwiderte in längerer Rede: „Je mehr ich den gegenwärtigen Stand der Dinge überlege, desto wünschenswerther erscheint mir der Friede. Es ist unmöglich, daß England und Holland den Krieg allein tragen. Ich erkenne an, daß der Kaiser zur Vertheidigung des Rheines das Mögliche leistet. Allein die Erfahrung wird zeigen, daß wir nach einem neuen Feldzuge noch übler stehen als heute. Wenn wir daher im September oder October einen weniger ehrenhaften und vielleicht auch für das Erzhaus nachtheiligeren Frieden schließen müssen als heute: so will ich keine Schuld daran haben. Ich will nichts sagen von der Krone Spanien. Es ist wahrhaft unerhört, daß, wo diese Krone zu dem bevorstehenden Feldzuge in Belgien nicht Einen Mann zu stellen vermag, wo in Catalonien alles darunter und darüber geht, wo Frankreich, wenn es nur will, dieses ganze Land mit Barcelona hinwegnehmen kann — daß auch da noch Quiros im Haag Schwierigkeiten erhebt wider die schwedische Vermittelung, daß er noch allezeit redet von der Herstellung des pyrenäischen Friedens. Bei solchen Reden steigen mir die Haare zu Berge. Dies Alles erregt in mir den Gedanken, daß man mich zwingen will den Krieg fortzuführen. Dahin lasse ich es nicht kommen. Es würde mir leid thun, wenn meine Verbündeten sich verlören. Ich aber mit der Republik will mich in Sicherheit stellen, damit diese beiden Nationen einmal wieder

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 9./19. Februar.

Athem schöpfen". — „Es ist mir auch sehr schmerzlich, fuhr dann der König fort, daß der Kaiser nicht einwilligt in den Haag als den Ort der Unterhandlung. Mir ist, wie ich tausendmal gesagt, jede andere Stadt recht. Daß ich den Haag nenne, geschieht nur um Zeitgewinnes willen, nicht aus einer anderen Absicht. Der Kaiser möge sich das wohl überlegen. Wir müssen suchen aus diesem Kriege zu kommen, uns gegenseitige Garantie leisten und trachten uns zu erholen. Dazu ja aber auch hat der Kaiser, so lange der Krieg mit Frankreich währt, auf einen Frieden mit den Türken nicht zu hoffen.“

Der Gesandte erwiderte: „Auch ich erkenne an, daß Holland und England des Krieges müde sind, bin aber durchaus der Ansicht, daß auch Frankreich den Frieden ersehnt, und daß daher, wenn von Seiten der Allianz nicht ein zu großer Eifer gezeigt wird, man einen besseren Frieden erlangen kann“.

Der König: „Warum Frankreich nach dem Frieden verlangen sollte, sehe ich nicht. Die Aussichten auf den nächsten Feldzug stehen für Frankreich günstiger als für die Verbündeten. Darum müssen wir unter zwei Uebeln das kleinere wählen“ ¹⁾.

Der Gesandte schließt seinen Bericht mit den Worten: „Der König hat demnach von dem bevorstehenden Feldzuge geringe Hoffnung, dagegen viele Besorgnisse. Wenn also ein Unglück eintritt, so ist zu besorgen, daß er und die Republik die Verbündeten zum Eingehen auf einen Frieden zwingen werden.“

Die Meldungen von Kaunitz aus dem Haag, von Auersperg aus London, steigerten im Laufe der Monate Februar und März in Wien die Besorgnis vor einem Sonderfrieden dieser Mächte mit Frankreich. Im Auftrage des Kaisers trat der Graf Auersperg einige Tage später wieder vor den König. Auf Grundlage des Beschlusses der Generalstaaten vom 3. September 1696, und der Annahme der französischen Vorschläge durch diesen Beschluß, sagte der Gesandte, habe der Kaiser eingewilligt in den Congreß und in die schwedische Friedens-Vermittelung. Eben dies habe er dem Reichstage zu Regensburg kund gethan. Er habe darauf hin seine Friedens-Botschafter ernannt, mit der Weisung daran festzuhalten und dies in

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 9./19. März.

formeller Weise dem Vermittler zu erklären. Auf diese Erklärung stehe die französische Antwort noch aus. Um jedoch weiter seine Willfährigkeit zu beweisen, sei der Kaiser bereit in Betreff des Ortes auf den Wunsch des Königs und der Republik einzugehen, wenn diese dafür die bündige Versicherung gäben, nicht sich in einen Frieden einzulassen ohne Zustimmung des Kaisers und des Reiches. Der König erwiderte: „Diese Garantie hat ja der Kaiser durch die allgemeine Allianz, und ich wüßte nicht zu welchem Zwecke eine neue erforderlich wäre“. Er erging sich in weiteren Reden dieser Art. Er bat, daß man doch nicht Subtilitäten suchen wolle. „Ich verspüre wohl, fuhr er dann fort, daß, ob ich auch alles in der Welt thue, um die gemeine Wohlfahrt zu befördern, man dennoch zu mir kein rechtes Vertrauen hat. Darin geschieht mir Unrecht. Dies um so mehr, weil durch jeden Aufschub die Lage der Dinge sich verschlimmert. Wären wir vor drei Monaten zum Congresse geschritten, wie ich damals den Kaiser inständig bat: so wäre jetzt vielleicht ein guter Friede schon geschlossen.“ — Der Gesandte erwiderte: „Ew. Majestät sollten doch die Intention von Frankreich aus dem endlosen Chicaniren erkennen. Ich für mich fasse nicht, warum die gemeine Sache zur Zeit in einem schlimmeren Stande sein sollte als vor drei Monaten. Der Kaiser seines Ortes hat alle erdenklichen Mittel ergriffen, um seine Willfährigkeit an den Tag zu legen“. — Der König erwiderte: „Ich werde thun was möglich“. Dann schwieg er. „Also hat er, fügt der Gesandte hinzu, nach allem meinem Drängen sich über die von mir begehrte Garantie nicht weiter aussprechen wollen“ ¹⁾).

Eben so erfuhr damals der Kaiser von einer anderen Seite her, daß er sich für die Wiedererlangung von Straßburg auf den König Wilhelm und Holland nicht fest verlassen dürfe. Im Haag trat Dytvelt zu Kaunitz. „Wie wäre es, sagte er, wenn man dem Schweden Silienroth für die Wiederbringung von Straßburg eine Belohnung von 60,000 Reichsthalern in Aussicht stellte? — Für den Antheil von England und Holland sage ich gut.“ Kaunitz vernahm es schweigend. Jedoch berichtete er es. Im Rathe des Kaisers kam der Vorschlag nicht zur Erwägung ²⁾).

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 23. März/2. April.

²⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 9. April.

Der Auftrag des Grafen Auersperg bei dem Könige Wilhelm III. war jedoch mit jener Antwort noch nicht erledigt. Der Kaiser, sagte er, verlasse sich in Betreff der Herstellung von Lothringen auf die oft wiederholte Zusage des Königs. Diese Herstellung sei eine selbständige Angelegenheit, unabhängig von der Rückgabe Straßburgs. Von einem Aequivalente für diese Stadt könne nicht die Rede sein.

„Meine Gefinnungen für das Haus Lothringen, erwiederte der König, sind Ihnen bekannt. An mir soll es nicht liegen, wenn dieser Wunsch nicht erfüllt wird, obwohl gerade er der schwierigste. — In Betreff Straßburgs versichern Sie dem Kaiser, daß mir als gutem Verbündeten daran liegen muß, dieses Glied des römischen Reiches von demselben nicht trennen zu lassen. Unter uns jedoch muß ich Ihnen sagen, daß Frankreich ein Aequivalent anbietet zum Verwundern, und daß, nach englischem Brauche, ich wetten wollte, hundert gegen zehn, daß wir andere Verbündete eher darauf bestehen müssen, daß der Kaiser Straßburg nimmt und nicht das Aequivalent. Ich habe das erst durch die gestern angekommenen Briefe erfahren.“ Auersperg horchte hoch auf. Der König bemerkte nicht, welches wichtige Eingeständnis im Eifer des Redens indirect ihm entchlüpft war, und fuhr fort: „Frankreich bietet Breisach, Freiburg, Philippsburg, den Breisgau und die Kehler Schanze, alle diese Städte wie sie sind. Dazu bietet es Lothringen nach dem Stande von 1661. Ich muß Ihnen offen sagen, daß, wenn der Kaiser sein eigenes Interesse ansehen will, diese Angebote vorzuziehen sind, und daß ich, wenn ich im Rathe des Kaisers säße, mit meinem Votum mich in Verlegenheit befinden würde. Dies ist indessen nur ein Discurs“. Auersperg versprach, ihn auch nur als einen solchen zu betrachten ¹⁾.

In seinem Berichte wies er dann hin auf das wichtige Eingeständnis, welches dem Könige entchlüpft war. „Weil, sagt er, der König diese Mittheilungen über das Aequivalent nur erst aus den letzt angekommenen Briefen vernommen: so können Ew. K. Majestät daraus ersehen, daß die geheimen Beredungen der holländischen Minister mit dem Callieres noch täglich fort dauern.“

¹⁾ Bericht vom 23. März/2. April.

Dies war wider die ausdrückliche Bedingung des Kaisers, daß nach der Annahme der schwedischen Vermittelung alle geheimen Verhandlungen der Holländer mit den Franzosen aufhören mußten, wider eben dieselbe Forderung des schwedischen Vermittlers Lilienroth, und wider die darauf ihm ertheilte Zusage der Verbündeten.

Die Sache wird in das klarste Licht gestellt durch die eigenen Worte des Königs Wilhelm III. Zehn Tage vor dieser Audienz des Grafen Auersperg schrieb er an Heinsius: „Die französischen Bevollmächtigten werden zur Zeit bereits in Delft angelangt sein; allein wir dürfen mit ihnen nicht verhandeln als durch die schwedische Vermittelung. Im anderen Falle würden wir der Welt den Beweis liefern, daß wir auf einen Sonderfrieden ausgehen, und unseren Verbündeten den Frieden aufzwingen wollen. Uebrigens hat sich auch ja Lilienroth positiv wider jede Unterhandlung erklärt, die nicht durch seine Hände ginge. Dies ist natürlich; denn es liegt im schwedischen Interesse“ ¹⁾.

Es lag nicht bloß im schwedischen Interesse: es war die Forderung der Gerechtigkeit.

Das französische Erbieten aber des Aequivalentes für Straßburg war nicht an Lilienroth gelangt, nicht von diesem dem Könige mitgetheilt. Wenn das Erbieten an Lilienroth gelangt wäre: so mußte von ihm aus dasselbe in offizieller Form erfolgen an die kaiserlichen Bevollmächtigten im Haag, zunächst an den Grafen Kaunitz. Dieser wußte davon nichts. Aber das Erbieten konnte auch nicht einmal zuerst von den Franzosen her an Lilienroth gelangen, durfte nicht einmal offen von ihnen ausgesprochen werden, weil wenige Wochen zuvor Gallieres jene schriftlichen Vorschläge gemacht, von denen der eine lautete: Rückgabe von Straßburg. Das Erbieten des Aequivalentes konnte demnach nur heimlich gemacht sein, auf dem Wege der Holländer, und daher rührte, wie der Graf Auersperg erkannte, die Kunde des Königs Wilhelm.

Demnach fallen jene eigenen Worte des Königs Wilhelm an Heinsius schwer lastend auf sie beide. Die Worte enthalten ihr eigenes Urtheil über ihr eigenes Thun.

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 604. Vom 12./22. März.

Die vertrauliche Eröffnung dagegen, welche der König dem Grafen Auersperg über das französische Angebot des Aequivalentes für Straßburg machte, war, ungeachtet der Verwahrung des Königs, nicht bloß für den Grafen Auersperg bestimmt. Sie sollte weiter gelangen nach Wien. Sie sollte für den Kaiser das Lockmittel sein ihn zu bewegen, um seines eigenen Interesses willen dasjenige des Reiches an Straßburg zu opfern. Denn dieses war eine Reichsstadt, der Breisgau mit Freiburg ein österreichisches Erbland. Dazu kam das Erbieten der Rückgabe von Lothringen an den Neffen des Kaisers auf dem Fuße von 1661, während die Präliminarien dieselbe anboten nur gemäß dem Frieden von Nymegen, also in derselben Weise, welche der verstorbene Herzog Carl, der Türken Sieger, für unannehmbar erklärt hatte. Der König Wilhelm hatte daher Recht, diese Häufung des Aequivalentes für die Stadt Straßburg als sehr vortheilhaft für den Kaiser und sein Haus anzusehen. Wenn der Kaiser auf diese Lockung einging: so war, gemäß dem Wunsche von Holland, der Weg gebahnt zum sofortigen Abschlusse des Friedens. Und in der That mochten Wilhelm III. und die Holländer Recht haben mit der Ansicht, daß unter zehn Fällen neunmal ein solches Erbieten begierig ergriffen wäre. Der Bürgermeister Boreel und andere Kaufleute von Amsterdam mochten sogar jegliches Zaudern des Kaisers bei einer solchen Wahl als thöricht ansehen. So von dem Standpuncte ihrer Weltanschauung aus. Einen anderen vertrat der römische Kaiser Leopold.

Es ist sehr merkwürdig, daß auch Wilhelm III. damals den Maßstab für diesen Charakter verloren hatte. Und doch hatte er früher verstanden ihn zu würdigen. So im Jahre 1673, so wieder im Jahre 1689. Wilhelm III. wußte, daß sein Unternehmen in England auch nach dem ersten Erfolge, der weit hinausging über den ursprünglichen Plan, dennoch wieder fehlschlagen müsse, wenn nicht der Kaiser für dasselbe eintrat. Er wußte, daß Ludwig XIV. alle Lockungen des Interesses aufbot, um Leopold für sich zu gewinnen. Er vertraute dagegen auf den Kaiser, dem das Gemeinwohl Europas höher stehe, als das nächste eigene Interesse. Sein Vertrauen war gerechtfertigt. Der Kaiser entschied für ihn und seine Sache.

Und nun gab sich der König Wilhelm dem Gedanken hin, daß der Kaiser, den er hätte kennen sollen, durch Privatvorthelle für sich

und sein Haus sich ablenken lassen würde von seiner beschworenen Kaiserpflicht! Diese Pflicht forderte von dem Kaiser die Wiederbringung Straßburgs an das Reich. Und darum ward keiner der Rätthe des Kaisers der Verlegenheit ausgesetzt, in welcher, wie der König Wilhelm sagt, er sich befinden würde, wenn er über die Alternative: Straßburg oder das Aequivalent, sein Botum geben sollte. Der Bericht Auerspergs darüber ward gelesen und dann zu den Acten gelegt. Die Alternative ward im Rathe des Kaisers nicht erörtert. Nicht freiwillig, sondern nur gezwungen konnte der Kaiser für das Reich auf Straßburg verzichten.

Und freilich, die Aussicht auf diesen Zwang tauchte empor. Von England, von Holland hatte Ludwig XIV., wenn er fest blieb bei seinem Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. und den Consequenzen dieser Anerkennung, nichts zu fordern. Von Spanien wollte er nichts fordern, gemäß dem Plane, der offen vorliegt in seinen Erbietungen an Carl II. auf die Kunde des Testamentes für den Kurprinzen Joseph Ferdinand. Auch Spanien seinerseits erhob vom März 1697 an keinen Einwand mehr gegen einen Friedensschluß, wie immer er sein mochte. Man hätte bereits damals abschließen können. Nicht ein Zaudern, ein Ausweichen des Kaisers stand entgegen, wie die Franzosen und die Holländer behaupteten, sondern das Trachten Ludwigs XIV. von den Friedensangeboten, welche er für Kaiser und Reich gemacht, etwas wieder abzuwaschen, und namentlich dasjenige zurückzuziehen, welches unter allen ihm am schwersten gefallen war, dasjenige der Stadt Straßburg. Vom März 1697 an, wo die Holländer das Aequivalent für den Kaiser annehmlich gefunden, durfte Ludwig XIV. mit Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß Wilhelm III. und Holland in diesem Falle für Kaiser und Reich nicht mit Nachdruck eintreten würden. Es handelte sich für ihn wesentlich darum, die Sprünge und Risse in der Allianz, die längst seinen Augen offen lagen, durch Zaudern und Hinzuerren zu erweitern. Bis zu welchen Schritten Wilhelm III. entschlossen war, im vermeintlichen Interesse des Friedens vorzugehen, haben uns seine Worte an Heinsius dargethan.

Und damit ist im voraus die Charakteristik des ferneren Ganges des Friedenswerkes gegeben.

Der König Wilhelm III. war eingegangen auf den französisch-holländischen Vorschlag, welcher die Stadt Delft zum Aufenthalte der französischen Bevollmächtigten bestimmte, den Haag zu demjenigen der Verbündeten, das zwischen beiden Städten halbwegs gelegene Schloß zu Ryswyck zum Orte der Conferenzen. Der König hatte dadurch eine Thatfache geschaffen, von welcher kaum zurückzukommen war. Zu Ende März trafen in Delft auch die anderen zwei französischen Friedens-Botschafter ein, Harlay und Crechy. Dennoch hielt der Kaiser fest an seiner Weigerung. Um dagegen kund zu thun, daß er fern sei von einer Absicht der Verzögerung, ließ er durch seine Botschafter im Congresse im Haag den Vorschlag machen, alle Solennitäten frei zu stellen, demnach die Notification der Ankunft, die Besuche und Gegenbesuche dem eigenen Ermessen eines Jeden zu überlassen. Der Vorschlag ward, wie Stratemann meldet, mit stattlichem Beifalle angenommen ¹⁾. Ein anderer Vorschlag dieser Art betraf eine Erleichterung in der Ausstellung von Pässen. Mit beiden Vorschlägen indessen verband der Kaiser noch eine andere Absicht. Sie waren gemacht, wie das Rescript an die kaiserlichen Botschafter besagte, hauptsächlich zu dem Zwecke, damit jeglicher Anlaß einer Reibung zwischen den französischen Botschaftern und den englischen als denen eines von Frankreich noch nicht anerkannten Königs, im voraus vermieden würde. Dieser Grund ward nur dem Engländer Villiers und dem Pensionär Heinsius eröffnet. Sie erkannten mit willigem Danke diese Vorsicht des Kaisers an, so wie andererseits, daß nur von Wien aus der Vorschlag mit Erfolg hatte gemacht werden können, weil der Kaiser und demgemäß seine Botschafter im Range die ersten waren. Nur die Botschafter von Kur-Sachsen und Kur-Brandenburg murrten im stillen, weil durch die Annahme des Vorschlages ihnen die selten sich bietende Gelegenheit genommen ward, die gleiche Ehre mit königlichen Botschaftern zu beanspruchen ²⁾.

Von da an nämlich treten auch die Gesandten der Reichsstände mitwirkend ein. Dies Verhältniß erfordert einen kurzen Ueberblick.

¹⁾ Stratemanns Bericht vom 22. März.

²⁾ Bericht des Freiherrn von Seilern vom 22. März. — Minder klar findet sich die ganze Sache in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 376.

Es war das Bestreben des Kaisers, dem Auslande gegenüber das gesammte Reich zu vertreten und in der Wahrung des Ganzen auch das Interesse jedes einzelnen Standes zu schützen. Den Reichsständen genügte das nicht. Namentlich der schwäbische und der fränkische Kreis hatten geltend gemacht, wie wichtig es sei, daß die beiden im Reiche geltenden Confessionen durch eine gleiche Anzahl von Gesandten bei den Friedens-Verhandlungen repräsentirt wären. Sie fürchteten, daß die Vertretung durch den Kaiser allein bedenkliche Folgen für die Zukunft haben könne. Der Kaiser hatte nachgegeben. Demnach schickten alle Reichsfürsten, auch diejenigen, welche ihre Truppen nur beim Leuchten des englischen und des holländischen Goldglanzes in Bewegung zu setzen pflegten, ihre Botschafter nach dem Haag. Indem diese sorgfältig wachten, ob die Kaiserlichen ihnen die gebührende Rücksicht schenkten, wirkten sie lähmend auf dieselben und indirect nützlich für die Politik Ludwigs XIV. Wir werden sie in dieser Beziehung näher kennen lernen.

Allein ungeachtet der Kaiser in Betreff des Ceremoniells sich so sehr entgegenkommend bewies: so willigte er doch noch nicht in den Haag und Rhymyk. Dies war indessen nur der eine Punct der Differenz. Ein anderer war die Forderung, daß das allzu weite Präliminare vom 10. Februar schärfer bestimmt werde, direct oder durch Schweden, gemäß den früheren Erklärungen und dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696. Wichtiger noch war darüber hinaus die Forderung eines günstigeren Präliminare für Lothringen. Die Kaiserlichen reichten über alles dies am 28. März dem Vermittler Vilienroth eine Denkschrift ein ¹⁾.

Als Vilienroth die Denkschrift den Franzosen übergab, erhoben diese bei den Holländern laute Beschwerde. Es liege klar am Tage, sagten sie, daß die Kaiserlichen nur Aufschub suchten. Sie ließen dennoch durchblicken, daß sie bereit sein würden sich bestimmter zu erklären, sobald der Kaiser eingehe auf ein Aequivalent für Straßburg. Dessen weigerten sich die Kaiserlichen. Die Holländer drängten zum Nachgeben. Sie richteten indessen diese Forderung nicht an den gemeinsamen Gegner, den König von Frankreich, sondern an den

¹⁾ Französisch bei La Lande: *Histoire de l'empereur Charles VI*, t. I, p. 35.

Verbündeten, den Kaiser, der nicht für sich selber etwas verlangte, sondern für die Schwächeren, welche seinem Schutze vertrauten.

Eben damals aber verließ ihn einer dieser Schwächeren, dessen Vertretung ihm oft genug die Klagen des Königs von England und der Republik zugezogen, sein Neffe Carl II. von Spanien. Ungeachtet der sehr geringen Leistungen von spanischer Seite hatte der Staatsrath dort allein lange sich gesteißt auf den Wortlaut der großen Allianz von 1689, welcher die Herstellung des pyrenäischen Friedens verhiess. Er hatte davon nicht lassen wollen bis in das Jahr 1697 hinein. Im Angesichte der vom Beginne dieses Jahres an stärker als jemals zuvor heran drohenden Gefahr für Catalonien, schlug er um. Und zwar völlig. Das bisherige Verhalten des Don Quiros im Haag erfuhr in Madrid eine entschiedene Misbilligung. Es ward ihm anbefohlen, im April, das Aeußerste aufzuwenden, damit man zum Frieden gelange, unter welchen Bedingungen immer es sei. Der Zuwachs an Druck auf die Kaiserlichen war den Staatsmännern der Republik sehr willkommen ¹⁾.

Am 2. April sammelten sich die Botschafter der Verbündeten, mit Ausnahme der Kaiserlichen, und faßten den Beschluß, das Schloß zu Ryswyck als Congreß-Ort anzunehmen.

Villenroth begab sich dahin, und weiter nach Delft. Die Haltung der Franzosen war durch jenen Erfolg nur noch fester, oder richtiger hochfahrender geworden. Sie beharrten dabei, über das Präliminare vom 10. Februar hinaus nichts festsetzen zu wollen. Die Kaiserlichen erneuten dagegen in einer Denkschrift ²⁾, vom 10. April, ihren Protest, daß sie jenes Präliminare nur in so weit angenommen, als es den früheren französischen Erklärungen entspräche, und daß sie von dem Vermittler, durch welchen diese Erklärungen ihnen zugegangen, die Aufrechthaltung derselben verlangten.

Die Forderungen standen einander scharf gegenüber. Abermals schritten die Botschafter der Verbündeten ein, dies Mal durch eine schriftliche Vorstellung, nicht an die Franzosen gerichtet, sondern an die Kaiserlichen. Sie wünschten, sagten sie darin, daß dem Kaiser die

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 29. April.

²⁾ In französischer Uebersetzung bei La Lande t. I, p. 40.

völlige Genugthuung für seine Forderung widerfahre; aber die Hoffnung darauf sei gering. Sie hielten es für ihre Pflicht, sagten sie weiter, sich dahin kund zu geben, daß es dem Kaiser sowohl wie allen Verbündeten nützlich und seinen wohlwollenden Absichten für den allgemeinen Frieden entsprechend sein würde, wenn seine Botschaft in die Eröffnung des Congresses einwilligte und auf diesem die Erledigung der Forderungen durchzusetzen suchte, anstatt sie vorher zu verlangen. Sie betheuertem, daß sie im Namen ihrer Auftraggeber alle möglichen Anstrengungen aufbieten würden, um von Frankreich die völlige Herstellung des Friedens von Rhymegen und zugleich diejenige des Herzogthumes Lothringen zu erlangen. Sie versicherten, daß dies einer der wesentlichen Punkte der Unterhandlung sein solle ¹⁾.

Die Kaiserlichen präcisirten darauf ihre Forderungen in acht Artikeln. Der Inhalt derselben ist die Forderung der Rückgabe alles dessen, was Frankreich nach dem Frieden von Münster unter was immer für einem Vorwande dem römischen Reiche deutscher Nation genommen. Nur das Haus Oesterreich hat damals seinen Besitz im Elsaß abgetreten, und über diese Abtretung hinaus hat Frankreich dort kein Recht. Eben so nicht über die drei abgetretenen Bisthümer hinaus, noch an die Pfalz. Der Kaiser verlangt endlich eine Entschädigung für die Verheerungen vor der Kriegserklärung in den Kreisen Schwaben, Franken und am Rheine. — Sämmtliche Forderungen des Kaisers betreffen das Interesse des Reiches, keine davon dasjenige seines Hauses.

Der Monat April verging mit den Erörterungen hin und wieder, bis die Kaiserlichen sich bewegen ließen, von der vorläufigen Zusage der Rückgabe Lothringens abzustehen.

Inzwischen starb der friedensvermittelnde Souverän, der König Carl XI. von Schweden, in dessen Namen der Botschafter Lilienroth im Haag fungirte. Im Namen des noch minderjährigen Carl XII. ward die Vollmacht für Lilienroth erneuert durch die Vormundschaft, die Königin-Großmutter Hedwig Eleonore, mit den ihr zugegebenen fünf Räthen, am 10./20. April. Schweden ernannte als ersten Botschafter den Grafen Bonde; jedoch traf er so spät ein, daß das

¹⁾ Die Denkschrift bei La Lande t. I, p. 43.

eigentliche Geschäft der Vermittelung nur dem zweiten Botschafter oblag, dem Freiherrn von Lilienroth ¹⁾).

Die Eröffnung des Congresses verzögerte sich bis in den Mai, nach der Ankunft des Königs Wilhelm III. auf dem Festlande.

Das Parlament von England beharrte die ganze Session hindurch in seiner willfährigen Haltung für den König. Auch die Engländer stimmten ein in den Friedensruf; aber Auersperg wiederholt oft seine frühere Wahrnehmung, daß dieses Verlangen zu einem erheblichen Theile entspringe aus der Erkenntnis, daß der Krieg, wenn in der bisherigen Weise fortgeführt, das gewünschte Ergebnis nicht bringen werde. „Hätten sie nur die geringste Hoffnung, sagt er, daß der Krieg in dieser Weise gelingen könne: so würden sie gemäß ihrer Ueberzeugung, daß der Friede und die Ruhe für England abhängen von der Demüthigung Frankreichs, die Fortführung verlangen, würden darauf dringen. Aber die Hoffnung, daß der König darin sich ändere, haben sie völlig aufgegeben.“ Der Misimuth über die holländische Führung in der Friedenssache regte sich bei Einigen; aber die Zahl derer, die auf den Grund dieser Dinge blickten, war gering ²⁾.

Der Fortgang der Dinge im Parlamente entsprach allen Wünschen des Königs. „Mit Ausnahme der Verzögerung, schrieb er einige Tage vor dem Schlusse an Heinsius, habe ich volle Ursache zufrieden zu sein, mehr als ich erwartet hatte“ ³⁾.

Am 16./26. April erschien der König im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und redete zu ihnen mit folgenden Worten.

„Mylords und Herren. Nachdem ich den mir von Euch unterbreiteten Bills meine Zustimmung gegeben, habe ich nun Euch meinen herzlichen Dank auszusprechen für Euere Verrichtungen in dieser Session. Der Charakter derselben ist Umsicht, Besonnenheit, Anhänglichkeit.“

¹⁾ Actes de la paix de Ryswick t. II, p. 4.

²⁾ Die Berichte Auerspergs vom 16. und 26. April.

³⁾ Grovestins t. VI, p. 606.

„Bei der Eröffnung dieser Session habe ich Euch meine Erwägungen ausgedrückt über die Schwierigkeiten, mit denen Ihr zu kämpfen haben würdet. Sie waren derartig, daß — ich will es offen eingestehen — meine Hoffnung, daß wir sie überwinden würden, sich gründete lediglich auf die Weisheit und den Eifer eines so guten Parlamentes.“

„Ihr habt meiner Erwartung vollauf entsprochen. Ihr seid mit solcher Zuversicht an die Arbeit gegangen, habt dann sie fortgesetzt mit solcher Einmüthigkeit, habt zuletzt die Dinge zu einem solchen Schlusse gebracht, daß, falls unsere Feinde es nicht in ihrem Interesse halten zu einem ehrenhaften Frieden zu kommen, wir hoffen dürfen den Krieg mit Erfolg fortzuführen. Und nachdem eine so wirksame Vorkehrung getroffen ist, um den Mangel in früheren Bewilligungen auszugleichen — was ich ansehe als das beste Fundament für die Herstellung des Crediten: so zweifle ich nicht an einem sehr glücklichen Erfolge in kurzer Zeit, zur allgemeinen Erleichterung und Befriedigung meines Volkes.“

„Die Lage der auswärtigen Angelegenheiten macht es mir zur Pflicht, für einige Zeit das Königreich zu verlassen. Ich werde für die Zeit meiner Abwesenheit die Regierung in die Hände solcher Persönlichkeiten legen, auf die ich mich verlassen darf.“

„Mylords und Herren. Ich habe keinen anderen Wunsch auszusprechen, als daß Ihr dieselbe gute Gesinnung, die Ihr in allen Vorfällen dieser Session an den Tag gelegt habt, auch in Eurer Heimathsgegend bewähren wollt.“

Man schied mit gegenseitiger Befriedigung. „Der Ausgang dieser Session, meldet der Graf Auersperg, hat in seinem erhebenden Eindrücke dem Beginne entsprochen“ ¹⁾.

Einige Tage noch weilte der König in London. Die Namen der Mitglieder der Regentschaft wurden kund. Unter ihnen befand sich einer, der einen schrillen Miston hervorrief. Es war der Graf Sunderland, eben vorher zum Lord Chamberlain ernannt. Es war längst bekannt, daß Sunderland seit Jahr und Tag vom Könige zu vielen Angelegenheiten gezogen wurde. Diese Ernennung jedoch überstieg

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 16./28. April. Aehnlich Hoffmann. Sie beide heben die Rede des Sprechers hervor, die jedoch ihren Berichten nicht beiliegt.

alle Erwartung. „Das Urtheil Vieler geht dahin, meldet der Graf Auersperg, daß der König diesen Schritt nicht gethan haben würde, wenn er sich nicht des Friedens sicher fühlte. Denn die Misstimmung darüber ist allgemein und so tief, daß unzweifelhaft der König früh oder spät darunter zu leiden haben wird. Sunderland könnte nicht verhafter sein als er es ist. Seine Stellung einst zu dem Könige Jacob ist noch in lebhafter Erinnerung, und demgemäß ist die Besorgnis wach, daß er unter dem jetzigen Könige entsprechend handeln werde“ ¹⁾).

Am 26. April/6. Mai begab sich der König um ein Uhr Nachmittags zu Margate an Bord, und stieg am anderen Tage um zehn Uhr Vormittags am Dranienpolder aus Land.

Zwei Tage später, am 9. Mai, begannen die Friedens-Conferenzen auf dem Schlosse Nieumburg beim Dorfe Ryswyck. Die Neußerlichkeiten dafür waren sehr umständlich geregelt.

Die ganze Besingung des Königs, in deren Mitte etwa das Schloß lag, war ein langes Viereck, der Länge nach von Nord nach Süd, der Breite nach von Ost nach West, umzogen von breiten Wassergräben, in Verbindung mit dem Landes-Canal, welcher an der Nordseite der Besingung selber diesen Graben bildete. In der Mitte dieser Nordseite lag die Brücke über den Canal. Sie ward dem Botschafter-Vermittler allein vorbehalten, eben so wie die dann folgende Fahrbahn bis an das Hauptthor des Schloßhofes und weiter über den Hof bis an das Portal des Schlosses. Je am Ende der nördlichen Schmalseite der Besingung, im Osten wie im Westen, wurden zwei andere Brücken über den Canal gelegt, die östliche für die Botschafter der Verbündeten, die westliche für die Franzosen, und eben so an jeder Seite des Hauptthores, links und rechts, eine neue Oeffnung in die Mauer des Hofes gebrochen. Wie der Beginn, der Verlauf der Fahrbahnen getrennt waren, so das Ende, die Orte der Ankunft im Schlosse. Der Botschafter-Vermittler stieg aus am Hauptportale, in den unmittelbar anliegenden großen Saal; die Botschafter der Verbündeten weiter ostwärts an einem Nebenportale in einen kleineren Saal, eben so die französischen westwärts.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 21. April/1. Mai.

Am Nachmittage des 9. Mai sah man sie auffahren, durchweg in Sechsspännern. Der Freiherr von Lilienroth zuerst, wegen des Todes von Carl XI. in tiefer Trauer, aber mit hell funkelnder Livree seiner Diener, deren Trauerkleidung nicht fertig beschafft war. Auffallender erschienen die drei Franzosen Harlay, Crech, Callieres, mit der gesammten Begleitung in tiefer Trauer um die Königin-Mutter von Spanien, obwohl es bekannt, daß der französische Hof diese Trauer bereits abgelegt hatte.

Die Vollmachten wurden ausgewechselt, das Ceremoniell geregelt.

Dennoch gab es gerade dabei Anstöße der verschiedensten Art. Lilienroth wollte zum Zwecke der gegenseitigen Bekanntschaft die Botschafter in seinem großen Mittelsaale zusammen führen. Es fand sich dabei eine Schwierigkeit. Die Kaiserlichen verlangten, daß die Franzosen von ihrer Seite zuerst einträten. Die Franzosen forderten die Gleichzeitigkeit des Eintrittes. Harlay erklärte: wenn er beim Vorstrecken seines Fußes in der Thür nicht wahrnähme, daß auch Kaunitz seinerseits zugleich dieselbe Bewegung machte: so werde er den Fuß zurückziehen. Man kam also nicht zusammen. Die Kaiserlichen erbaten sich Befehle von Wien. Sie erhielten die Weisung, die Franzosen handeln zu lassen nach eigenem Belieben und mit diesem Beispiele voranzugehen. Demnach sah man bei der angeordneten Conferenz im Saale des Vermittlers die Kaiserlichen hervor schreiten, unbekümmert, ob es von den Franzosen vorher oder gleichzeitig oder nachher geschah. Diese Differenz hatte ein Ende¹⁾.

Es gab andere von gleichem Werthe. Dennoch würde es nicht richtig sein zu sagen, daß von solchen Dingen die Erfüllung der Hoffnungen der Völker auf den Frieden abhing.

Das Schwergewicht der Sache lag nicht in den pomphaften Conferenzen auf dem Schlosse zu Ryswyck, sondern nach wie vor in den geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen. Die kaiserlichen Botschafter ließen durch den Vermittler Lilienroth die Franzosen wiederholt zu einer ähnlichen Besprechung auffordern. Sie wichen aus. Die Holländer dagegen erwiederten auf das Befragen von Kaunitz, daß

¹⁾ Actes de la paix de Ryswick t. II, p. 64. Die eigenen Notizen von Lilienroth.

zwischen ihnen und den Franzosen nur holländische und englische Angelegenheiten verhandelt würden, namentlich die Sache des Königs Jacob, nicht diejenigen des Reiches. Die Kaiserlichen bezweifelten die Aufrichtigkeit dieser Antwort¹⁾.

Ludwig XIV. hatte im voraus versprochen, den König Wilhelm III. anzuerkennen. Demgemäß konnte er selbst nicht dafür stimmen, daß ein Botschafter Jacobs II. zum Friedens-Congresse zugelassen wurde. Aber es handelte sich noch um mehr. Wilhelm III. verlangte eine bündige Verpflichtung, daß Jacob II. nicht ferner von Frankreich her zu Angriffen unterstützt werde und darum sich einen anderen Aufenthalt wähle als St. Germain²⁾. Er ließ dagegen durchblicken, daß er mit Zustimmung des Parlamentes von England bereit sein werde, den Unterhalt des flüchtigen Königshauses in irgend einer Form zu übernehmen.

War diese Angelegenheit schon an sich schwierig, so trat dazu den Monat Mai hindurch noch eine andere Thatsache. Der König Wilhelm befand sich schlecht, bald nach seiner Ankunft. Um seinen Zustand nicht kundbar zu machen, ließ er sich nach dem Schlosse Zoo bringen, dann nach Breda. Dort, hieß es, jage er. Indessen ist nicht anzunehmen, daß nicht auch die französischen Botschafter gewußt haben sollten, was anderen Diplomaten kein Geheimniß war. „Was uns die größte Besorgnis einflößt, meldet Auersperg aus dem Haag, am 21. Mai, ist der Zustand des Königs von England, eine andauernde Schwäche und Mangel an Appetit.“ Wenn dieser Zustand sich verschlimmerte, wenn der Tod eintrat: so schien für den König Jacob die Bahn der Wiederverkehr offen zu liegen. Seine Tochter, die Prinzessin Anna, hatte die seit dem Ende 1691 mit ihm eröffnete Correspondenz nicht wieder aufgegeben. Ob sie Willens oder im Stande sein würde, die Krone für sich zu nehmen oder zu behaupten, durfte fraglich sein. Bei dieser Lage der Dinge entschloß sich der König Jacob zu einer nachdrücklichen Protestation wider alle Verhandlungen von Seiten Englands ohne ihn. Die Fassung dieses Schriftstückes, in welchem nicht wie in den beiden früheren, die Subjectivität des

¹⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 28. Mai.

²⁾ Capefigue: Louis XIV. t. IV, p. 40. Aus dem Berichte Harlays.

Königs Jacob vorantritt, sondern eine staatsmännische Würdigung der Sachlage, dürfte eben darum französischen Ursprunges sein. Jacob zeichnete es am 8. Juni 1697¹⁾.

Allein auch abgesehen von diesem besonderen Umstande der Schwäche des Königs Wilhelm lagen andere genug vor, welche dem Könige von Frankreich und seinen Botschaftern das Hinzögern als vortheilhaft erscheinen ließen. Die Uebermacht war bei den Franzosen, sowohl in Catalonien, wie in Belgien. Dort hatte Vendome den Oberbefehl erhalten. Er näherte sich mit überlegenen Kräften der Stadt Barcelona. Der König Wilhelm III. hatte die Absendung eines Geschwaders dahin versprochen. Der Monat Mai ging zu Ende; aber diese Flotte lichtete nicht die Anker. Es fehlten die Mittel zur Verproviantirung. Unterdessen war der französische Admiral Pointis mit einer stattlich ausgerüsteten Flotte von Brest aus nach Westindien gesegelt, und die Franzosen hegten von da her große Hoffnungen. In Belgien betrug die Anzahl des französischen Heeres 130,000 Mann, denen der König Wilhelm nur 100,000 gegenüber zu stellen hatte. Er zog wie früher deutsche Truppen vom Rheine heran. Der Marschall Catinat umschloß die Stadt Ath. Sie erschien unhaltbar, wenn nicht durch einen Entsatz mit gesammter Macht. Sollte man diesen bringen? — Das war eine der hauptsächlichen Fragen, die gegen Ende Mai den damals wieder erstarkten König Wilhelm beschäftigten. Sie stand in enger Verbindung mit allen den anderen Fragen.

Die Neigung des Königs war nicht gerichtet auf ein Haupttreffen. Er suchte zunächst einen Stillstand der Waffen zu erlangen. Ludwig XIV. lehnte ab. „Ich erkenne die Absicht, meldet Wilhelm III. an Heinsius. Sie wollen die Unterhandlungen hincerren bis zum Ende des Feldzuges. Bei dieser Lage der Dinge sehe ich für uns davon wenig Heil. Es wäre vortheilhafter mit Nachdruck aufzutreten, die geheimen Veredungen abzubrechen und der öffentlichen Friedensverhandlung freien Lauf zu lassen“²⁾.

Es wäre nicht bloß vortheilhafter, es wäre vor allen Dingen dem Kaiser gegenüber offener und ehrlicher gewesen. Aber der König

¹⁾ Abgedruckt in den Actes de la paix de Ryswyck t. II, p. 410 et suiv.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 607.

selber gibt einige Tage später das Hindernis an. „Ich besorge, sagte er, daß die Herren von Amsterdam nicht mit dem erforderlichen Nachdrucke reden wollen, und daß doch auch dann, wenn nämlich die Franzosen vorhaben für den Abschluß erst das Ende des Feldzuges abzuwarten, es nicht die gewünschte Wirkung thun möchte.“ In solchen Reden kommt immer wieder der wunde Fleck der Allianz zu Tage. Er liegt in der Stellung des Königs zu der Republik, besonders an der Rücksicht, die er haben mußte vor den schwankenden Entschlüssen der Bürgermeister von Amsterdam. Sie hatten es über sich gewonnen, im November 1696, durch ein bestimmtes Auftreten für die Forderung der Anerkennung Wilhelms III. den König von Frankreich zum Weichen zu bringen. Was in einer so wichtigen Angelegenheit, das stand jedenfalls auch bei geringeren in ihrer Hand. Aber der Kampf der verschiedenen Besorgnisse und Hoffnungen in ihnen war jedes Mal aufs neue durchzumachen. Sie wollten doch auch mit Frankreich zu einem vortheilhaften Handelsvertrage kommen. Sie sprachen nicht mit dem Nachdrucke, den der König Wilhelm in jenem Schreiben für wünschenswerth hielt.

Er begab sich ins Feldlager. Er berief den Kriegesrath über den Entsatz von Ath. Der Kurfürst von Bayern stimmte nachdrücklich dagegen. Er dürfe nicht zugeben, sagte er, daß für das geringe Ath die spanischen Niederlande völlig auf das Spiel gesetzt würden. Der König bestand nicht darauf. Damit war das Schicksal von Ath, das nur 2000 Mann Besatzung hatte, im voraus besiegelt. Aber, wenn Ath fiel, so war sofort auch Dudenarde bedroht, und eben so wenig zu retten. Der König war bedrückt. „Wir hätten es verhindern können, sagt er zu Heinsius, wenn wir etwas weniger gewissenhaft gegen die Kaiserlichen gewesen wären“ ¹⁾.

Die Berichte der Kaiserlichen enthalten damals nicht eine Anerkennung solcher Art.

Bereits tritt dem Könige die Erwägung des Abbruches der Verhandlungen näher. „Wenn dieser erfolgen muß, sagt er, so wünsche ich, daß es geschehe an der Forderung, daß Frankreich sich verpflichte,

¹⁾ So am 30. Mai bei Grovestins t. IV, p. 609. — Ferner Auerspergs Bericht vom 14. Juni.

weder direct noch indirect dem Könige Jacob Hülfe zu leisten. Immerhin könnte er ein Jahrgeld erhalten, jedoch nur unter der Bedingung, daß er seinen Aufenthalt irgendwo in Italien nimmt; denn in Frankreich ist er zu nahe. Ich kann aber Frieden nur schließen, wenn Frankreich jene Forderung bewilligt. Es wird leicht sein, dies in der Republik überzeugend darzuthun, und ich bin sicher, daß England nur unter dieser Bedingung in den Frieden eingehen wird. Denn im anderen Falle wäre der Abschluß für dies Königreich nicht eine Bürgschaft der Ruhe, sondern lediglich eine Kostrennung von den Bundesgenossen, zum Zwecke der Erleichterung einer Invasion. Wenn demnach an dieser Forderung der Abbruch der Verhandlungen erfolgt, so darf ich für die Fortsetzung des Krieges bauen auf eine ausgiebige Unterstützung des Parlamentes" ¹⁾).

Zu einem Abbruche indessen war man in der Republik Holland durchaus nicht geneigt. Viel lieber beharrte man bei dem Bestreben sich mit Frankreich dadurch abzufinden, daß man im Interesse desselben auf die Kaiserlichen drückte. In den nächsten Tagen drängte Heinsius so stark wie jemals zuvor in den Grafen Kaunitz. Es sei Gefahr vorhanden, sagte er, für Catalonien, für Belgien, für den Rhein. Es sei zu besorgen, daß Frankreich die Städte Straßburg und Luxemburg bald nicht mehr geben wolle. Die Republik und England seien unvermögend den Krieg fortzuführen. Man möge daher so bald wie möglich einen Entschluß fassen. Kaunitz erwiderte: „Der Feind ist nicht minder des Friedens bedürftig als wir. Die verbündeten Kräfte sind nicht so gering, wenn sie nur nicht von unserer Seite selbst her gelähmt werden. Dies ist zum Beispiel geschehen durch die Abrufung der Truppen vom Mittelrhein nach Belgien, wo nun dennoch mit dieser Macht nichts geschieht. Das Geschwader nach Catalonien ist wiederholt versprochen; aber wir stehen im Juni, und noch ist es nicht abgesegelt“.

„Glauben Sie mir, daß der Kaiser den Frieden nicht weniger wünscht als England und Holland, und auf alle thunliche Weise ihn befördert. Dieser Friede aber wird durch nichts mehr verhindert als durch die allzu große Furcht, die man vor Frankreich an den Tag

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 608. Vom 30. Mai.

legt, und durch die Spaltung, welche Frankreich unter den Verbündeten zu erregen versteht. Meine Ansicht eben so wie diejenige des Botschafter-Vermittlers ist die, daß die dauernden geheimen Beredungen der Friedenssache nicht zum Vortheile gereichen, sondern sehr zum Nachtheile. Wegen dieser geheimen Beredungen kommen wir in der Hauptsache nicht vorwärts" ¹⁾).

Den französischen Botschaftern war es eben darum ja nicht zu thun. Ihr Vortheil lag im Zaudern. Der Kaiser hatte gehofft, alle Ceremoniell-Fragen der gegenseitigen Besuche von vorn herein principiell abzuthun. Die Franzosen regten sie in den einzelnen Fällen wieder an. Den Gesandten der Reichsfürsten, sagten sie, würden sie nur dann Besuche abstatten, wenn die kaiserlichen Botschafter mit diesem Beispiele vorangingen. Die Kaiserlichen reichten ihre erste Schrift ein, und der Vermittler überlieferte sie den Franzosen. Sie gaben sie zurück; denn der Titel Christianissimus sei darin nicht mit großen Buchstaben geschrieben ²⁾).

Man dürfte nicht sagen, daß im Felde, ungeachtet der Preisgebung von Ath, sich der Stand der Angelegenheiten der Verbündeten im Juni verschlimmert hatte.

Zunächst nicht in Belgien selbst. Die Vereinigung der beiden Armeen unter Villeroi und Boufflers deutete dem Könige einen besonderen Plan der Franzosen an, nämlich die Absicht sich der Plätze Brüssel, Vilvorde und Dry Gaten zu bemächtigen, und dadurch den großen Canal, der hauptsächlich die Communication zwischen Holland und Brabant vermittelte, in ihre Gewalt zu bekommen. Es handelte sich darum, durch einen raschen Nachtmarsch eine Position zu gewinnen, welche diesen Plan vereitelte. Am Abende des 26. Juni brach das verbündete Heer auf aus der bisherigen Stellung von Anderleg. Man sah den eben vorher noch kranken König um Mitternacht bei Fackelschein sich an die Spitze von vier Regimentern Dragoner stellen, um selber sie an den ihnen anzuweisenden Ort zu führen. Die Bewegung

¹⁾ Bericht des Grafen Kaunitz vom 10. Juni.

²⁾ Tagesberichte des Secretärs Rozebue vom 4./14. und 8./18. Juni.

gelang nach Wunsch. Der anbrechende Morgen des 27. Juni fand das verbündete Heer in einer starken Position, die von den Feinden, wenn sie ihren Plan ausführen wollten, nicht zu umgehen war. Sie wagten keinen Angriff¹⁾.

Dagegen hatte auch der König nicht die Absicht zu schlagen. „Die Holländer wünschen es nicht, meldet Auersperg, und ihnen zu Gefallen wird der König, unbekümmert um die Reden der Engländer, jegliches Treffen nach Möglichkeit vermeiden²⁾).

Die Nachrichten aus Catalonien lauteten damals nicht ungünstig. Vendome freilich hatte die Belagerung von Barcelona unternommen. In Versailles ward für das Gelingen dieser Belagerung ein besonderes Vertrauen gesetzt in die Uneinigkeit auf Seiten der Vertheidigung. Die Erwartung erfüllte sich nicht. Die Seele der Abwehr war der energische Landgraf Georg von Hessen-Darmstadt, der Führer der kaiserlichen Hülfsstruppen. Sein Beispiel wirkte ermutigend auch auf die minder Willigen. Es überwog damals, im Mai und Juni, an vielen Orten die Ansicht, daß Vendome von Barcelona werde abziehen müssen³⁾.

Am wenigsten vielleicht galt diese Ansicht im Staatsrathe zu Madrid. Die Instructionen für Quiros und Tirimont im Haag lauteten im Mai und Juni sehr friedfertig, und denselben entsprechend stimmten diese Gesandten den Ton ihrer Reden herab. Und zwar nur zu sehr. Es geschah, daß Quiros den Kaiserlichen gegenüber in die Worte ausbrach: er würde wissen, den Weg zu den Franzosen schon allein zu finden⁴⁾.

Es war ein merkwürdiger Umschwung. Wie oft hatte der Kaiser über seinen Neffen von Spanien die schützende Hand gebreitet! Und nun drohte der jähe Eifer von dort aus nach einem schnellen Abschlusse größere Gefahr als selbst von Seiten der Republik und der Stadt Amsterdam, die doch noch gehalten wurde durch den König von England.

¹⁾ Sylvius t. IV, b. 44, p. 91.

²⁾ Auersperg an Kinsky, den 28. Juni: Ce qu'on taschera toujours à parer autant que l'on peut, et le roy par complaisance pour les Hollandois fera tout, sans se soucier de ce que les Anglois en pourront dire.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 24. Mai. Er beruft sich auf die Briefe von Palmquist aus Paris.

⁴⁾ Collectiv-Bericht vom 2. Juli.

Denn unverkennbar wurde im Laufe des Monates Juni die Haltung der Holländer wieder eine festere, und zwar zu nicht geringem Theile in Folge derjenigen der Franzosen. Diese streueten in der Republik aus: es sei hauptsächlich der König Wilhelm III., der den Frieden hindere. Sie reichten dem Vermittler eine Schrift ein, in welcher sie redeten von ihren Verbündeten. Die Schrift setzte den Vermittler in Verlegenheit. Er kannte keine Verbündete Frankreichs: er fragte die englischen Botschafter, ob sie Jacob II. als solchen erkannten. Sie verneinten. Der Schritt indessen schlug nicht zum Vortheile der Franzosen aus. Eben damals hatten sie in den geheimen Beredungen mit den Holländern die Forderung, den König Jacob als denjenigen zu nennen, welchen Frankreich wider Wilhelm III. nicht unterstützen wolle, bestimmt abgeschlagen. Nur im allgemeinen wollten sie eine solche Nicht-Hülfe versprechen. In Folge dessen wurde die Haltung der Holländer wieder fester. Heinsius versprach den Kaiserlichen, bei den französischen Botschaftern geltend zu machen, daß in den Forderungen der ersteren nichts enthalten, was nicht Holland und England vermöge der Allianz dem Kaiser zu verschaffen schuldig seien. — Man müsse endlich wissen, hieß es von Seiten der holländischen Botschafter, wie man mit Frankreich stehe, ob man sich des Krieges, ob des Friedens zu versehen habe. Wenn nicht der Friede, so müsse man die Verhandlungen abbrechen. So gegen Ende Juni. Also damals war die Ansicht, welche einen Monat früher der König geäußert, auch bei den Holländern durchgedrungen ¹⁾.

Nicht anders in England. Im Laufe des Winters und des Frühlings war dort die Sehnsucht nach dem Frieden beständig im Steigen, am klarsten erkennbar an Sunderland, der wie ein Barometer dafür gelten konnte. Wie einst unter Jacob II., so bewährte er auch nun unter Wilhelm III. die Ueberlegenheit seiner Begabung und Gewandtheit. „Er versteht, meldet Hoffmann, von allen Engländern am besten die auswärtigen Angelegenheiten, und er ist bereits, darf man sagen, *à la tête des affaires*“ ²⁾. Aber er blieb zugleich in besonderer Weise sensibel für die Windestrichtungen in den Gemüthern der Engländer.

¹⁾ Bericht des Freiherrn von Seilern, vom 25. Juni.

²⁾ Hoffmanns Bericht aus London, vom 25. Juni.

Im Laufe des Monates Juni wandelte sich seine Rede. Er wünsche den Frieden, sagte er; aber er zweifelte. — In England hieß es, wenn der König von Frankreich sich weigere in bestimmter Weise zu versprechen, daß er dem Könige Jacob nicht Hülfe leisten wolle: so sei das der klare Beweis, daß er die jacobitische Partei nicht entmuthigen wolle, um sich ihrer bei Gelegenheit zu bedienen. Dabei könne England auf Sicherheit und Ruhe nicht rechnen. Diesen Punct vor allen habe der König Wilhelm in Richtigkeit zu bringen. — So die Engländer in England selbst, so diejenigen im Haag. „Dieses Urtheil, fügt Auersperg hinzu, muß das allgemeine in England sein. Denn man hat dort mir gegenüber sich immer dahin ausgesprochen, daß England bei dem Friedensschlusse für sich nichts fordern werde als eben nur dieses“ ¹⁾).

Die veränderte Lage der Dinge, die festere Haltung von Seiten der Holländer und der Engländer gedachten die kaiserlichen Botschafter zu benutzen im Interesse Aller, nämlich des allgemeinen Friedens.

Denn auch in Wien hatten der Kaiser und seine Räthe aus dieser Lage der Dinge neue Hoffnung geschöpft. Kinsky legte dies den Botschaftern im Haag dar. Er schloß mit den Worten: „Wie sehr auch die Lothringer Angelegenheit dem Kaiser zu Herzen geht, so wird er doch der Wohlfahrt des Hauses Lothringen das Interesse des Reiches niemals zum Opfer bringen, noch unterlassen für dieses zu streben mit aller Kraft. Und wenn die Bundesgenossen, getreu der übernommenen Pflicht, mit dem Kaiser aushalten: so wird auch die Noth uns nicht drängen, Straßburg hintanzulassen.“ So Kinsky am 9./19. Juni.

Am 19./29. Juni, als die Botschafter der Verbündeten sich im Schlosse zu Rhymond eingefunden, eröffnete ihnen der Graf Kaunitz, daß der bisherige Weg der Verhandlung über einzelne Puncte gar zu langwierig sich gestalte und den Anlaß biete zu vielen Verzögerungen. Es handele sich darum einen kürzeren zu finden, und dadurch namentlich in klares Licht zu stellen, ob es den Franzosen Ernst mit dem

¹⁾ Auersperg aus dem Haag, vom 5. Juli. — Eben so Hoffmann am selben Tage aus London. Beide nennen Sunderland.

Frieden sei, ob nicht. Dieses Mittel sei, von den französischen Botschaftern einen förmlichen Entwurf des Friedens mit allen Verbündeten zu begehren, und den Entwurf gemeinsam zu berathen ¹⁾).

Der Antrag war offen gerichtet gegen die Verschleppung der französischen Friedens-Botschafter. Er traf nicht minder die geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen. Aber er war zugleich so loyal, so gerecht für Alle, daß die Holländer nicht wagten sich zu widersetzen. Nur die Spanier machten Einwände, weil sie eine Verschlimmerung gerade ihrer Lage befürchteten. Die anderen Botschafter stimmten sämmtlich zu. Der Antrag ward dem Vermittler Lilienroth übergeben. Er las ihn den französischen Botschaftern vor. Diese stutzten. Das sei eine sehr wichtige Frage, sagten sie. Dennoch erschien die Anforderung so sehr der Billigkeit entsprechend, daß auch sie, eben so wenig wie ihrerseits die Holländer, nicht abzuschlagen wagten. Sie erklärten sich bereit, den wichtigen Antrag in Berathung zu nehmen. Am nächsten Tage fuhr Kaunitz hinüber nach Delft, um den französischen Botschaftern den ersten Besuch abzustatten. Die Unterredungen streiften nur zuweilen die Politik. „Wie viel besser würde es sein, warf Harlay hin, wenn der Kaiser und der König zusammen gingen!“ — „Der Kaiser, erwiederte Kaunitz, hat wie immer, so auch in diesem Kriege nur gezwungen zu den Waffen gegriffen“ ²⁾).

Die holländischen Botschafter hatten in der Versammlung dem Antrage des Grafen Kaunitz zugestimmt, weil sie nicht ausweichen konnten. Die Consequenz desselben lag klar vor Augen. Es trat für sie die Gefahr heran, die Republik von der dominirenden Stellung, welche sie bisher in der Friedenssache gehabt, zurückgedrängt zu sehen in diejenige eines Mitgliedes der Allianz. Noch am selben Abende brachten die holländischen Botschafter den Stand der Sache vor die Generalstaaten. Am anderen Tage, dem 20./30. Juni, brach Heinsius auf nach dem Hauptquartiere des Königs. Den Friedens-Botschaftern der Verbündeten im Haag erschien diese Reise als die Consequenz des Antrages von Kaunitz. Von englischer Seite vernehmen wir die

¹⁾ Actes de la paix de Ryswyck t. II, p. 57. — Ausführlicher ein handschriftlicher Bericht vom 21. Juni/1. Juli in den Robethon-Papieren des St. A. S.

²⁾ Bericht vom 1. Juli.

Nachricht, daß der König den Rathspensionär herbeischieden ¹⁾. Das Eine ist vereinbar mit dem Anderen.

Denn damit sind wir gelangt an die Krisis der Friedenssache, zu den oft besprochenen Unterredungen zwischen Portland und Boufflers. Es ist unsere Aufgabe, diese Unterredungen nicht bloß von englisch-holländischer, oder von französischer Seite, sondern auch in Betreff der anderen Verbündeten zu beleuchten.

In denselben Tagen, wo Kaunitz im Haag den Versuch machte, durch die Forderung eines französischen Friedensvorschlages für alle Verbündete die sich lockernden Fugen der Allianz wieder zu festigen, namentlich den geheimen Beredungen der Holländer mit den Franzosen ein Ziel zu setzen, faßte der König Wilhelm in seinem Hauptquartiere einen anderen Entschluß, wenig vereinbar mit jenem Versuche, eher im Gegensatz mit demselben, nämlich die für seine Person, für England und Holland wesentliche Friedensbedingung feststellen zu lassen zwischen ihm und dem Könige von Frankreich, vermittelt je eines Vertrauensmannes, seinerseits Portland, von französischer Seite Boufflers. Man hat den König für diesen Entschluß oft gelobt. Der Vergleich der Thatfachen nach den verschiedenen Richtungen hin wird darthun, ob dieses Lob begründet ist ²⁾.

Der Entschluß Wilhelms III. ist vor der Ankunft von Heinsius im Hauptquartiere gefaßt, ist erkennbar bereits am 27. Juni ³⁾. Die Ankunft von Heinsius mit seinen Meldungen kann den König darin nur bestärkt haben. Auch war der Entschluß nicht ein plötzlicher. Kaunitz und Lilienvroth erinnerten sich, daß der König eines Tages

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 340. — Villiers an Shrewsbury, 2. Juli. Ich muß jedoch bemerken, daß Villiers sich überhaupt durch Schärfe und Genauigkeit der Kunde nicht auszeichnete. Ein Beispiel davon weiter unten.

²⁾ Für das Folgende dient namentlich Grimblot: Letters of William III. and Louis XIV. London 1848.

³⁾ Grimblot t. I, p. 4. Thursday war der 27. Juni. — Es ist jedoch hervorzuheben, daß über diese Zusammenkünfte nur die eingehenden Berichte von Boufflers vorliegen, nicht diejenigen von Portland. Daß dieser auch schriftlich eingehende Berichte gemacht, nämlich an Sunderland, meldet er an Shrewsbury, bei Grimblot t. I, p. 72. Daß Portland dem Grafen Auersperg gegenüber mündlich sich über die Unterredungen anders ausgesprochen als Boufflers berichtet, wird sich später ergeben.

ihnen gegenüber die Aeußerung habe fallen lassen: um die Weitläufigkeiten feierlicher Tractate abzuschneiden, müsse man den Frieden machen nach türkischer Art, im Felde, im Angesichte beider Armeen ¹⁾).

Spätestens vom 27. Juni an ließ Graf Portland dem Marschall Boufflers auf sicherem Wege kund thun, daß er eine Unterredung mit ihm wünsche, wäre es auch nur von einer halben Stunde, und dafür bereit sei, auf zwei Drittel des Weges entgegen zu kommen. Wir erinnern uns der Bekanntschaft dieser beiden Persönlichkeiten nach dem Falle von Namur. Boufflers fragte durch einen Courier bei Ludwig XIV. an. Er erhielt sofort die Erlaubnis mit der Bemerkung dieses Königs: „Es ist von der höchsten Wichtigkeit zu Tage treten zu lassen, daß Portland Sie um diese Zusammenkunft ersucht hat“ ²⁾. — „Ich verstehe dies vollkommen,“ erwiderte Boufflers.

Unzweifelhaft ist diese Thatfache des Beginnes, wie sie dem Auge Ludwigs XIV. vorlag, entscheidend für den ganzen Verlauf. Der Vortheil der Position war auf französischer Seite.

Die Zusammenkunft fand statt am 8. Juli, im Dorfe Brutom, unweit Hal. Nachdem Portland und Boufflers ihr Gefolge gegenseitig vorgestellt, begaben sie sich allein in einen Obstgarten. Dort begann Portland: der König von England wünsche aufrichtig den Frieden. Er sei bekümmert über die Ausstreuungen der französischen Botschafter, daß er allein den Frieden hindere, daß er heimlich die Kaiserlichen und die Spanier steife. Das Gegentheil sei wahr. Er halte die französischen Erbietungen in den Präliminarien für sehr vernünftig, die Forderungen und die Schwierigkeiten des Kaisers und der Spanier für sehr unvernünftig. Um die Wahrheit dieser seiner guten Absichten darzuthun, sei er erbötig, wenn ihm Genüge geleistet werde für seine gerechten Forderungen in Betreff seiner Person, es auf sich zu nehmen, den Kaiser und die Spanier zu bewegen, einzuwilligen in die französischen Präliminarien, und, im Falle der Weigerung, auch ohne sie für Holland und England mit Frankreich Frieden zu schließen ³⁾).

Die Worte mochten sehr aufrichtig gemeint sein gegenüber dem Könige von Frankreich. Der Charakter derselben in Bezug auf den

¹⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 16. Juli.

²⁾ Grimblot t. I, p. 5.

³⁾ A. a. D. p. 13.

Kaiser wird sich erst dann klar herausstellen, wenn wir die Mittheilungen Portlands an den Gesandten desselben vernehmen werden.

Portland entwickelte dann die Forderungen des Oraniers. In dem zu schließenden Frieden müsse Ludwig XIV., mit der Anerkennung Wilhelms III., auch das Versprechen verbinden, den König Jacob weder direct noch indirect zu begünstigen. Die französischen Botschafter in Delft seien erbötig zu der allgemeinen Zusage, daß Ludwig XIV. nicht die Feinde Wilhelms III. unterstützen wolle. Dies genüge nicht. Er verlange ausdrücklich den Namen des Königs Jacob. Dieser solle in Rom wohnen, oder irgendwo sonst, außerhalb Frankreichs. Für den Namen ließe sich vielleicht eine andere Auskunft finden. Die Entfernung aus Frankreich sei unerläßlich.

Die zweite Schwierigkeit sei die französische Forderung der Amnestie für die Anhänger Jacobs in Betreff ihrer Personen und ihrer Güter. Dieser letztere Punct sei die Sache des Parlamentes, und der König könne nicht einen Vertrag eingehen wider die Landesgesetze. In Betreff der Amnestie für die Personen fordere die Ehre des Königs, daß er nicht die Nothigung sich auferlegen lasse durch einen Vertrag mit einer fremden Macht. Ferner mache die Sorge für die Sicherheit seiner eigenen Person es ihm zur Pflicht, daß er nicht notorische Feinde derselben nach England rufe. Er sei bereit Amnestie zu gewähren, für diejenigen, welche geeignet erscheinen, aber nach eigener freier Wahl.

Die dritte Schwierigkeit betraf die französischen Bedingungen für die Rückgabe des Fürstenthums Oranien. Die Franzosen, in der Besorgnis, daß die Stadt Orange nach der Rückgabe ein Sammelplatz der Hugonotten werde, suchten vorzubeugen durch ein directes Verbot in dem Friedensvertrage. Dagegen machte Portland geltend, daß ein öffentliches Verbot dieser Art unvereinbar sei mit der Souveränität des Königs Wilhelm III. über dies Fürstenthum, daß er dagegen im Geheimen sein Wort geben werde, ohne die Zustimmung des Königs von Frankreich Niemanden in Orange aufzunehmen.

Am Schlusse der Unterredung ließ Portland die Aeußerung fallen, daß vielleicht nach dem Friedensschlusse, wenn erst die Gemüther sich beruhigt, es dem Könige von Frankreich nicht unlieb sein würde, einen Verbündeten zu haben wie den König von England, und daß dann der erstere ihn in der Beförderung der französischen Interessen eben

so getreu und gewissenhaft erfinden werde, wie bisher im Widerstande gegen dieselben. „Nach meiner Ansicht, fügt Boufflers hinzu, sprach Portland die Worte mit Absicht, jedoch ohne besonderen Nachdruck.“ Der Erjaß für diesen Mangel an besonderem Nachdrucke ergab sich nachher, dadurch daß Portland in einer der nächsten Zusammenkünfte die Worte wiederholte¹⁾. Wir werden später sehen, daß Ludwig XIV. diese Worte nicht unbeachtet ließ.

Die nächste Mittheilung Wilhelms III. an Heinsius, geschrieben um volle vierzehn Tage nach der ersten Aufforderung von Portland an Boufflers, prägt nicht die ihm sonst eigene Klarheit aus. Er hat damals aus den letzten Bethuerungen der Franzosen im Haag die Ueberzeugung gewonnen, daß sie Bedenken tragen die Verhandlungen abzubrechen, und diese Gewisheit ist ihm die einzige Bürgschaft für einen baldigen Abschluß. Das beste Mittel dazu ist ihm die geheime Verhandlung durch die holländischen Botschafter. Denn der Vermittler, das sehe man klar, suche nur Aufschub. — Es ist von Lilienroth die Rede, dessen Ehre daran hing, daß etwas zu Stande kam. — Der König ergeht sich dann weiter über die Beredung von Portland und Boufflers. „Ich erwarte nicht viel davon, sagt er. Wahrscheinlich wird Portland nur allgemeine Redensarten zur Antwort erhalten. So wird dann alles wieder auf den Haag ankommen, wie es von Anfang an meine Ansicht war.“

Wenn diese Worte aufrichtig gemeint sind, und nicht etwa zur Captivirung der Holländer: so thun sie dar, daß Wilhelm III. den für ihn selber so wie für Europa höchst wichtigen Schritt der Beredung von Portland und Boufflers gethan, ohne die Consequenzen vorher völlig zu übersehen.

Die Antwort von Frankreich her blieb ihm zu lange aus. Noch am selben Tage, an welchem der König an Heinsius schrieb, daß er nicht viel von den Beredungen erwartete, dem 11. Juli, drängte Portland in Boufflers. Dieser meldete es an Ludwig XIV. Er hob die Ungeduld auf der anderen Seite hervor.

Aus den Berichten des Schweden Palmquist in Paris erfuhr man einige Zeit später, daß Ludwig XIV. in jenen Tagen, auf die

¹⁾ Grimblot t. I, p. 43.

Ankunft eines Couriers von Boufflers, jedes Mal den König Jacob II. zu sich bitten ließ ¹⁾).

Erst am 12. Juli faßte Ludwig XIV. in Marly die Antwort ab. Die Superiorität der Stellung, welche durch das Suchen Wilhelms III. ihm zugewachsen war, entfaltet sich darin mit vollem Nachdrucke. „Versichern Sie, beginnt er, dem Herrn von Bentinck, daß ich mit Vergnügen die Ausdrücke vernommen, mit welchen durch sein Organ der Prinz von Oranien mir den lebhaften Wunsch darthut, die Wiederkehr meiner Gunst zu verdienen.“ Nach ähnlichen Redensarten, der Versicherung der Achtung, folgt dann: „Gerade seine Beharrlichkeit in den Allianzen wider mein Interesse gibt mir Grund anzunehmen, daß die Verträge, welche ich um der Wohlfahrt von Europa willen bereit bin mit ihm zu schließen, in gleicher Weise dauernd sein werden“.

Es ist nicht anzunehmen, daß Ludwig XIV., obwohl er einer der wenigen in Europa war, die damals von dem geheimen Artikel der Allianz von 1689 eine Kunde besaßen, mit solchen Worten eine Ironie beabsichtigt habe. Und doch lag sie thatsächlich darin, damals, im Jahre 1697, nur nach der einen Seite, reichlich drei Jahre später, zu Ende 1700, auch nach der anderen.

Ludwig XIV. hebt dann hervor, daß sein Erbieten eine so zahlreiche Menge fester Plätze für den Frieden an seine Feinde auszuliefern, den bündigen Beweis erbringe, daß er die Ruhe von Europa seinen eigenen Interessen vorziehe. Von dieser Behauptung aus, die, hätte nicht bereits die spanische Succession sich über den Gesichtskreis erhoben, in den Augen Vieler plausibel erscheinen mochte, geht er über zu den drei von Portland angeregten Punkten.

„Meine Ehre, sagt er, wird verwundet durch die Forderung, daß ich einen König, der keine Zuflucht gefunden als bei mir, und keine Erleichterung seines Unglückes als in der Art, wie ich ihn aufgenommen, nun ausdrücklich in einem Vertrage benennen und ihn nöthigen soll mein Königreich zu verlassen. Meine Rücksicht für ihn sollte vielmehr den Prinzen von Oranien überzeugen von der Festigkeit meiner Freundschaft für diejenigen, welchen ich sie gewähre, und von der sicheren Zuversicht, mit welcher er bauen können wird auf alles

¹⁾ Auersperg an Kinsky, 26. Juli.

was ich ihm verspreche, wenn er erst meine Gunst wieder erlangt hat. Wie ich glaube an die Aufrichtigkeit der von ihm mir gegebenen Versicherungen: so muß auch er seinerseits überzeugt sein von meiner Absicht ihnen zu entsprechen."

„Die Einwürfe des Herrn von Bentink in Betreff seiner Besorgnis, daß der Aufenthalt des Königs von England in meinem Königreiche immer die Gelegenheit darbiete, auch wider meine Absichten, die geheimen Anschläge seiner Anhänger zu befördern — diese Einwürfe sind schwach, und es wird Ihnen nicht schwer werden dies zu zeigen. Ganz Europa ist genügend überzeugt von dem Gehorsame und der Unterwürfigkeit meines Volkes, und, wenn es mir beliebt meinen Unterthanen jegliche Hülfe für den König von England zu verbieten — wie ich mich dazu verpflichte durch das Versprechen, die Feinde des Prinzen von Oranien, ohne Ausnahme, weder direct noch indirect zu unterstützen: so ist kein Grund für die Besorgnis vorhanden, daß der König Jacob in Frankreich irgend welche Hülfe finden werde."

„Nachdem Sie dem Herrn von Bentink die Unmöglichkeit dargethan, in dieser Sache mich zu einem Wechsel meiner Ansichten zu bewegen, haben Sie zu erklären, daß, im Falle der Prinz von Oranien von diesem seinem Verlangen nicht absteht, die Erörterung jedes anderen Artikels damit abgeschnitten wird."

Die Forderung in Betreff des Fürstenthums Oranien hält Ludwig XIV. aufrecht, und läßt dafür die andere fallen, diejenige einer allgemeinen Amnestie in England für die dem Könige Jacob gefolgten Anhänger. Zum Schlusse soll Boufflers aussprechen, daß es besser sei fortan die Friedenssache wieder dem regelmäßigen Verlaufe der Conferenzen in Rhymsd zu überweisen. Der König von Frankreich will, wie er sagt, dadurch zugleich den Holländern die Besorgnis nehmen, die vielleicht ihnen beigebracht sein könnte, als wolle er einen Sonderfrieden schließen ohne sie.

Nach diesen letzten Worten scheint Ludwig XIV. gedacht zu haben: der König Wilhelm handele in Betreff der Veredungen zwischen Portland und Boufflers ohne Mitwissen der leitenden Persönlichkeiten in der Republik. Diese Meinung war nicht richtig. Denn sowohl nach der Sachlage überhaupt, als namentlich dem Urtheile der Kundigen waren die Führer der Republik mit dem Könige von England

durchaus einig. Vilienroth sprach den kaiserlichen Gesandten seine Ansicht aus in folgender Weise. „Die holländischen Botschafter bereden mit den Franzosen unablässig ihren Handelsvertrag. Allerdings werden von der letzteren Seite einige Schwierigkeiten gemacht, jedoch nicht von erheblicher Bedeutung. Dagegen bin ich der festen Ansicht, daß die holländischen Botschafter deshalb nicht nachgeben, damit, wenn eine Einigung über die Sache des Königs Jacob nicht erreicht wird, das Odium wegen der Fortdauer des Krieges in der Republik nicht auf den König von England allein falle, sondern damit dann dem holländischen Volke gegenüber geltend gemacht werden könne, Frankreich habe sich in den Handelsfachen nicht der Billigkeit gemäß erklären wollen“ ¹⁾.

Nicht dagegen waren die englischen Friedens-Botschafter unterrichtet. Am 12. Juli schrieb Lord Villiers an den Herzog von Shrewsbury: „Portland und Boufflers haben neulich nahe bei Hal eine Unterredung gehabt. Man sagt mir, es sei gewesen in Betreff des Friedens. Näheres darüber jedoch weiß ich nicht“ ²⁾.

Die kaiserlichen Botschafter ihrerseits suchten nicht Auskunft bei den Engländern, sondern bei Heinsius. Kaunitz stellte die Frage, ob die Zusammenkunft von Portland und Boufflers, von der alle Welt rede, den Ausgleich der Differenz über den König Jacob betreffe. Heinsius suchte auszuweichen. „Ich bitte, fiel Kaunitz ein, mir nichts sagen zu wollen von Auswechslung der Gefangenen. Das sind Reden, die man vor Kindern führt. Zu solchem Zwecke jedoch sendet der König von England nicht seinen ersten Vertrauten.“ Heinsius suchte zu entkommen mit den Worten: immerhin möge ja auch etwas Anderes beredet sein; dies würden aber die englischen Botschafter wissen. Am nächsten Tage, dem 17. Juli, fand eine Versammlung in Rhyndyf statt. Die kaiserlichen Botschafter wendeten sich an die englischen. Diese versicherten nichts mehr zu wissen als was das allgemeine Gerücht melde. Auf ihre Anfrage im Hauptquartiere hätten sie keine Antwort erhalten, nicht einmal die Bestätigung des Empfanges ihrer Briefe ³⁾.

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 12. Juli.

²⁾ Grimblot t. I, p. 26.

³⁾ Berichte des Grafen Kaunitz vom 16. und 19. Juli.

Es scheint demnach, daß der König die geduldige Fügsamkeit seiner drei englischen Auserwählten doch etwas überschätzt habe.

Erfuhren die sämmtlichen Friedens-Botschafter der Verbündeten, außer den Holländern, bis tief in den Monat Juli hinein über die Beredungen von Portland und Boufflers nur allgemeine Gerüchte: so gab sich ihnen der Rückschlag auf den Gang der allgemeinen Angelegenheiten bald kund durch die Haltung der Franzosen. Am 5. Juli eröffnete Villenroth den Verbündeten: die von ihrer Seite vorgeschlagene kürzere Methode eines allgemeinen Friedens-Projectes sei auf französischer Seite angenommen. Nur hätten auch die Spanier vorher sich darüber zu erklären. Inzwischen könne man von französischer Seite einstweilen sich so weit aussprechen, daß der Friede von Nymegen die Grundlage sein werde.

Demnach erblicken wir die französischen Botschafter im vollen Rückzuge von ihrem eigenen Präliminare.

Die Botschafter der Verbündeten ließen erwiedern, daß diese Eröffnung nicht vereinbar sei mit dem französischen Präliminare vom 10. Februar, nach welchem die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen die Basis des zu schließenden Friedens sein sollten.

In jeder der Zusammenkünfte im Schlosse zu Ryswyck, die zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Samstag, statt fanden, wurde fortan zunächst von verbündeter Seite die Anfrage gestellt, ob nun der allgemeine Entwurf von französischer Seite fertig sei, und es erfolgte dann jedes Mal dieselbe Antwort, daß unausgesetzt daran gearbeitet werde. Die Botschafter im Haag waren unter sich längst darüber einig, daß diese Abfassung nicht zu Ende gebracht werde vor dem Ausgange der unbekannten Unterredungen von Portland und Boufflers ¹⁾.

Die Stimmung, die sich in den Berichten der kaiserlichen Botschafter über diese Lage der Dinge ausprägt, ist nicht eine gehobene. Es kam noch dazu die Haltung der reichsfürstlichen Botschafter, die stäte Besorgnis derselben, daß ihnen nicht die volle Ehre erwiesen werde. Voran darin trat der brandenburgische, Namens Schmettau. Er gab am 19. Juli im Congresse der Verbündeten die Erklärung

¹⁾ Die speciellen Berichte des nicht genannten Nachfolgers des Secretärs Rotgebue, in den Robethon-Papieren des St. A. G.

ab, daß, wenn man nicht auch dem zweiten Botschafter, Dankelmann, den Titel der Excellenz gewähre, der Kurfürst seine Truppen aus Belgien und Ungarn abberufen werde¹⁾. Diejenigen, welche genauere Kunde hatten, daß diese Truppen nicht umsonst für den Kurfürsten im Felde standen, mochten an der Ausführung dieser Drohung an sich einige Zweifel hegen. Den englischen und holländischen Botschaftern gab die Drohung, neben dem Anlasse zum Spotte und Gelächter, auch denjenigen zur Anfrage an die Kaiserlichen, was auf die moralische Qualität solcher Bundesgenossen zu bauen sei.

Aus dem fernen Osten dagegen traf eben damals die Nachricht ein, daß eine besondere Hoffnung Ludwigs XIV. auf die Erlangung eines Bundesgenossen dort sich nicht erfüllt habe. Nicht der französische Prinz Conti, sondern der Kurfürst Friedrich August von Sachsen trug die polnische Königskrone davon. Beleuchten wir mit einigen Strichen diese Angelegenheit.

Wir erinnern uns, in welcher Weise Ludwig XIV. den Prinzen Conti zu dieser Bewerbung aufforderte. Die Zahl der Concurrenten war nicht gering. Unter ihnen befand sich bis tief in das Jahr 1697 hinein nicht Friedrich August. Der hauptsächliche neben Conti war der Prinz Jacob Sobieski, gestützt durch seinen Schwager, den Kaiser Leopold. Im Namen desselben hob der Bischof Lamberg von Passau die Verdienste des Vaters Johann um die Christenheit hervor, den Dank, den der Kaiser ihm und dem Königreiche Polen schulde für die Rettung von Wien. Darum empfehle der Kaiser den Sohn, auf dem der Sinn des Vaters ruhe²⁾. Dem Prinzen Conti stand dazu von außen noch der starke Druck des Czaren Peter von Moskau entgegen, dessen Name durch den Sieg von Now damals in Westeuropa bekannt geworden war. Czar Peter, der in dem Könige von Frankreich den Bundesgenossen seiner Feinde, der Türken, erblickte, bedrohte daher, im Falle der Wahl Contis, die Polen mit Krieg. Dennoch überwog

¹⁾ Der Bericht lautet wörtlich: Chur-Brandenburg droht seine Völker aus Ungarn und denen Niederlanden zurück zu ziehen, wo man ihren zweiten ambassadeur nicht wie den ersten ohne condition tractiren wollte. — Vom 9./19. Juli.

²⁾ Künigß: *Orationes procerum Europae* t. III, p. 307.

die goldklingende Beredsamkeit des Abbé Polignac in Warschau viele Gegengründe. Die Aussicht für den Prinzen Conti war nicht gering. Für ihn waren namentlich der Cardinal Primas Radziejowski, die mächtigen Familien der Sapieha und Lubomirski ¹⁾).

Im Frühlinge des Jahres 1697 befand sich der Kurfürst Friedrich August in Baden unfern von Wien, zum Gebrauche der Schwefelquellen. Dort legte er in aller Stille das katholische Glaubensbekenntnis ab vor seinem Verwandten, dem Bischof von Raab. Dann beschied er den sächsischen Obersten Fleming zu sich, der in Wien weilte. Diesem eröffnete er seine Absicht als Bewerber um die Krone Polen aufzutreten. Fleming stand überrascht, um so mehr, da der Kurfürst ihn als Agenten ausersuchen. Aber er ging bereitwillig ein. Der Plan ward angelegt mit ungemeinem Geschicke und geringer Ehrlichkeit. Es handelte sich wesentlich darum, beide hauptsächliche Parteien in Polen zugleich irre zu führen. Fleming begab sich nach Warschau. Er suchte durch einen Verwandten, den Starosten Prebendowski, einen Anhänger des Prinzen Conti, Eingang bei Polignac. Nachdem er das Zutrauen desselben erworben, schlug er ihm vor: das geeignete Mittel die Partei des Prinzen Jacob Sobieski zu zertrennen und zu zerlegen, sei die Aufstellung eines neuen, dem Prinzen Conti ungefährlichen Bewerbers. Dies sei der Kurfürst von Sachsen. Der Vorschlag gefiel dem Abbé Polignac. Er selber lich Geld her. Fleming verwendete es, so wie die Wechsel des Kurfürsten, mit besonderem Geschicke. Er gab den Einzelnen wenig; aber das Gerücht meldete, daß seine Hand immer gefüllt sei. Die Partei mehrte sich. Erst dann, als Fleming auch in die Reihen der Anhänger Contis einbrach, unmittelbar vor dem Wahltag selbst, erkannte Polignac den Stand der Dinge. Fleming gewann den Bischof von Cujavien. Für Conti dagegen hielt aus der Cardinal Primas Radziejowski ²⁾).

¹⁾ Eine Menge Einzelheiten bei Sylvius t. IV, b. 43, p. 4 sqq., 13 sqq., 48 sqq., 63 sqq., 68 sqq., 73 sqq. — Eine zusammenhängende Darstellung im *Theatrum Europaeum* Theil XV, S. 279 u. f.

²⁾ Bericht von Leibniz, in der Ausgabe seiner Werke Bd. VI, S. 148 u. f., augenscheinlich aus dem Munde von Fleming selbst. — Ueber das Nicht-Wissen in Wien die Berichte von Lexington in den *Lexington Papers* p. 273, 276, 282, 289.

Der Kurfürst eilte von Wien zurück nach Dresden. Er traf dort ein am 11. Juni. Sofort setzten seine Truppen, 10,000 Mann, sich ostwärts in Bewegung. Mit der Zustimmung des Kaisers betraten sie Schlesien, rückte der Kurfürst in Breslau ein. Am Wahltage, dem 27. Juni, errang der Prinz Conti mehr Stimmen als einer der anderen Bewerber. Der Cardinal Primas rief ihn aus als König. Dann jedoch einigte sich die Partei Sobieskis mit der des Kurfürsten, und der Bischof von Gajavien proclamirte den König August. Beide Parteien sangen das Te Deum. Beide entsendeten Couriere durch Europa. Bei den Kundigen war schon auf die ersten Nachrichten hin kein Zweifel, nach welcher Seite hin die Dinge dort ausfallen würden.

Als die Nachricht im Haag eintraf, befanden sich die französischen und holländischen Botschafter bei ihren häufigen besonderen Unterredungen im Hause des erkrankten Boreel. Dorthin ließ der sächsische Botschafter Bose den Holländern die Meldung machen. Aber sie ward auch von den anwesenden Franzosen vernommen. Der Holländer van Haren wandte sich lächelnd zu ihnen mit den Worten: „Meine Herren, Sie haben eine Seele gewonnen“. — „Und ein Königreich verloren,“ erwiderte halblaut der Botschafter Crech¹⁾.

Unterdessen gingen die Zusammenkünfte zwischen Portland und Boufflers fort.

Wir haben die Antwort Ludwigs XIV. auf die von Portland in der ersten Zusammenkunft gemachten Vorschläge vernommen. In der zweiten Zusammenkunft, am 15. Juli, gab Boufflers dieselben kund.

Auf die allgemeine Eröffnung von Boufflers über die Gesinnung des Königs von Frankreich erwiderte Portland: er habe den Befehl seines Königs auszusprechen, daß Niemand mehr Achtung, Verehrung und Respect für den König von Frankreich habe als er. Dann brachte Boufflers die Einwände Ludwigs XIV. vor gegen die Nennung des Königs Jacob im Friedensvertrage. Portland wich. Er bestand weder darauf, daß der Name im Friedensvertrage genannt, noch daß der König Jacob sofort genöthigt werde Frankreich zu verlassen. Er schlug

¹⁾ Bericht von Hamel-Bruining, in den Lexington Papers p. 280.

dagegen das Auskunftsmittel vor, daß beiderseitig die Nicht-Unterstützung der Feinde in den gleichen Ausdrücken zugesagt werde; denn dies würde dieselbe Bürgschaft gewähren wie die Nennung des Namens. Er sprach ferner die Hoffnung aus, daß Ludwig XIV. nach geschlossenem Frieden, um ihn dauerhaft zu machen, dem Könige Jacob zu verstehen geben möge, daß er aus eigenem Entschlusse anderswo sich niederlasse¹⁾.

Damit schieden sie. Doch bereits in der Frühe des nächsten Morgens, am 16. Juli, erhielt Boufflers die Meldung, daß Portland ihn abermals um eine halbe Stunde ersuche. Boufflers, obwohl er diesen Eifer als günstig ansah, wagte nicht aus sich allein zu entscheiden. Er befragte den Höchst-Commandirenden, den Marschall Villeroi. Dieser hegte dieselbe Meinung über die günstige Lage der Dinge, rieth jedoch die Antwort des Königs von Frankreich abzuwarten.

Diese Antwort Ludwigs XIV., vom 17. Juli, verwirft den Vorschlag der beiderseitigen gleichen Ausdrücke für die Nicht-Unterstützung der Feinde. „Die Lage auf beiden Seiten, sagt Ludwig XIV., ist nicht gleich. Die Unterwürfigkeit meiner Unterthanen, die Ruhe meines Königreiches gibt mir keinen Anlaß zur Besorgnis vor Parteiung und Rebellion. Ich will mich nur verpflichten, Niemanden, ohne Ausnahme, wider den Prinzen von Oranien zu unterstützen.“ — „Wenn Bentink nicht wieder darauf zurückkommt, daß ich nach dem Friedensschlusse dem Könige Jacob nahe legen soll: er möge sich aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz wählen als in meinem Königreiche: so lassen Sie den Punct unberührt. Regt er dagegen die Forderung wieder an: so antworten Sie, daß dieselben Gründe, welche mich hindern den Namen zu nennen, mich auch abgeneigt machen, irgendwelche andere Verpflichtung einzugehen.“

Diese Antwort Ludwigs XIV. schloß schon für Boufflers die Ermächtigung zu einer dritten Zusammenkunft in sich. Dennoch erwartete er dieselbe erst ausdrücklich.

Unterdessen eilten die Couriere zwischen dem Hauptquartiere und dem Haag hin und wieder. Wilhelm III. forderte von Heinsius ein Urtheil über die genaue Abfassung der Verpflichtung für Ludwig XIV., den König Jacob nicht zu unterstützen, ohne doch den Namen zu nennen.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 31.

Denn daran hauptsächlich hange die Angelegenheit des Friedens. Der König beauftragte dann Heinsius, in seinem Namen den kaiserlichen Botschaftern und anderen über diese Zusammenkünfte von Portland und Boufflers Mittheilung zu machen, mit dem Zusätze jedoch: in so weit Heinsius es für nöthig erachte. So am 18. Juli. Daß unter den anderen Botschaftern auch die englischen zu verstehen sind, thut der Verfolg dar. Denn am nächsten Tage, dem 9./19. Juli, erfolgt der erste Bericht des englischen Friedens-Botschafters Williamson an den Staats-Secretär Shrewsbury ¹⁾).

Nach dem Eingange der Erlaubnis von Ludwig XIV. für eine dritte Zusammenkunft lud der Marschall Boufflers den Grafen Portland auf den 20. nach Brufom ein. Zum Beginne tauschten sie abermals die bereits gewohnten Versicherungen aus. Wenn der Bericht von Boufflers genau der Wahrheit entspricht, so hat Wilhelm III. darin durch Portland den König Ludwig XIV. bezeichnen lassen nicht bloß als den größten Souverän der Welt, sondern, wegen seiner seltenen und erhabenen Befähigung, auch persönlich als den größten Mann der Zeit ²⁾. Wir Spätere müssen dies auf sich beruhen lassen.

Portland legte dann in Betreff der Nicht-Unterstützung des Königs Jacob die Fassung des Artikels vor, welche, wie wir vernommen, zwischen Wilhelm III. und Heinsius vereinbart war. Boufflers bekämpfte dieselbe als viel zu wortreich. Die von seinem Könige bereits gegebene Erklärung sei völlig genügend. Portland zog zurück, und beantragte dagegen als Zusatz zu jener französischen Erklärung die Worte: der König von Frankreich wolle weder direct noch indirect eine Person oder Personen begünstigen, welche Unruhen in England erregen würden. Für den König Wilhelm III. sei dieser Zusatz nothwendig, für denjenigen von Frankreich nur eine Erklärung, die ihn nicht über seine Intention hinaus binde. Portland erwarte daher, der König von Frankreich werde dazu sich bereit finden.

Den anderen Punct, die Hoffnung des Königs Wilhelm, daß nach geschlossenem Frieden Ludwig XIV. den König Jacob bewegen werde, aus eigenem Entschlusse eine andere Residenz zu erwählen,

¹⁾ Grimblot t. I, p. 40.

²⁾ A. a. O. p. 43.

regte Portland nicht wieder an. Boufflers hatte demnach, seiner Instruction gemäß, keinen Anlaß sich darüber auszusprechen.

So berichtet Boufflers. Er schweigt jedoch über einen sehr wichtigen Punkt. In einer der Beredungen, ob in dieser, ob einer anderen, ist, gemäß der Meldung von Portland an Shrewsbury vom 2./12. August, dennoch die Entfernung des Königs Jacob wieder zur Sprache gekommen, und zwar so, daß Boufflers als den geeignetsten Ort für die künftige Residenz des Königs Jacob genannt hat die Stadt Avignon. „Wenn demnach Frankreich aufrichtig den Frieden will, fügt Portland hinzu, so zweifle ich nicht, daß der König Jacob Paris verlassen wird“¹⁾.

Diese Differenz wird später uns wieder entgegen treten.

Bevor wir die Antwort Ludwigs XIV. auf den Bericht von Boufflers über diese Beredung vom 20. Juli vernehmen, haben wir zu beobachten, in welcher Weise die Thatsache dieser Zusammenkünfte von Portland und Boufflers nicht bloß mehr negativ, sondern auch positiv ihre Wirkung übte auf die Angelegenheiten der anderen Verbündeten zu Ryswyck.

Am 19. Juli begab sich der Vermittler Liliensroth zu einem Mitgliede der kaiserlichen Botschaft, dem Grafen Stratemann. „Ich erfahre, begann Liliensroth, von zuverlässiger Hand in Paris, daß die französischen Botschafter hier den Auftrag erhalten werden, zugleich mit der Uebergabe des allgemeinen Friedens-Projectes einen Termin zu setzen. Sie haben auch hier zu mir wiederholt in diesem Sinne geredet, und ich habe ihnen die Inconvenienz eines solchen Verfahrens vorgehalten. Aber ihr Auftreten, verschieden von dem früheren, wird täglich hochfahrender. Ich weiß den Grund nicht, vermuthe aber, daß er zu suchen sei in den Beredungen zwischen Portland und Boufflers. Ich werde meine Bemühungen gegen die Stellung eines solchen Termines fortsetzen, habe aber geringe Aussicht, weil ich keine Stütze habe an den Holländern, die öfter mit den Franzosen zusammen kommen als ich. Wenn die Holländer in Betreff des Königs Jacob sich mit Frankreich

¹⁾ Grimblot t. I, p. 93: He has since spoken to me of it, adverting to the place whither he might be sent, and even mentioning Avignon as the fittest for his residence. Vom 2./12. August.

einigen: so werden sie auf alle Weise in die Verbündeten dringen, den Frieden anzunehmen, wie Frankreich ihn vorschreibt. Im anderen Falle der Nicht-Einigung werden sie die Fortsetzung der Kriege verlangen" ¹⁾).

Am nächsten Tage, dem 20. Juli, befand sich ein von Paris gesendetes, vollständig ausgearbeitetes Friedens-Project in den Händen der französischen Botschafter. Sie lasen es dem Vermittler vor. Er kritisirte es ihnen gegenüber mit folgenden Worten: „Wider Gebühr sind in diesem Projecte die von Ihrer Seite selbst früher als Präliminarien bezeichneten Punkte zum Ultimatum umgewandelt. Das Fundament, über welches verhandelt werden sollte, ist zum Gebäude selbst geworden" ²⁾).

In der Wirklichkeit war es nicht einmal dies. Das französische Project vom 20. Juli wich hinter die Präliminarien vom 10. Februar zurück, und zwar in den wichtigsten Punkten, in Betreff der Städte Straßburg und Luxemburg, formell nur erst in so weit, daß es statt derselben, trotz der früheren ausdrücklichen Ablehnung von Seiten der Verbündeten, wieder Aequivalente vorschlug, daß mithin die Wahl dem Kaiser und Spanien frei blieb. Nebenher jedoch lief eine andere gewichtige Drohung. Die französischen Botschafter überreichten dem Vermittler Vilienroth zugleich mit jenem Projecte die Erklärung, daß der König von Frankreich als Termin für die Annahme seines Projectes setze den 31. August, daß er nach diesem Termine daran nicht mehr gebunden sein wolle ³⁾).

Die französischen Botschafter fanden dafür freilich den Vermittler nicht willfährig. „Mein Auftrag, erwiederte er, lautet auf die Beförderung des Friedens, nicht auf die Hinderung. Dahin aber würde die Feststellung eines Termines führen. Ich muß daher ablehnen, als Vermittler diese Erklärung den Friedens-Botschaftern der Verbündeten kund zu thun" ⁴⁾).

Vilienroth überreichte lediglich das französische Friedens-Project. Der Graf Kaunig, als der Vorsitzende der Verbündeten, nahm es in

¹⁾ Bericht des Grafen Stratemann vom 25. Juli.

²⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

³⁾ Die Schriftstücke in den Actes de la paix de Ryswyck t. I, p. 219 et suiv. — Die Erklärung über die Terminsetzung dort p. 236.

⁴⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Botschafter vom 25. Juli.

Empfang, und erwiederte, daß man dasselbe eingehend prüfen werde. Welchen Eindruck es im Einzelnen auf die kaiserlichen Botschafter machen mußte, läßt jenes Urtheil des Vermittlers zur Genüge errathen.

Besonders merkwürdig jedoch ist es, welche Lücke die Gesandten der protestantischen Reichsstände sofort herausfanden. Das französische Friedens-Project, sagten sie, enthalte nichts über die Herstellung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten in den Ländern, welche Frankreich zurückgeben wolle. Es müsse daher der zu Regensburg in dieser Beziehung entworfene Artikel zu Grunde gelegt, und von da aus versucht werden, in wie weit man damit durchdringen könne¹⁾. In ihrer allzu weit getriebenen Vorsicht, oder richtiger ihrem Eifer, hörten diese protestantischen Reichsstände nicht auf die Abmahnung der kaiserlichen Botschafter, daß dies eine innere Angelegenheit des Reiches sei, nicht eine Friedenssache mit Frankreich, daß man vielmehr sich hüten möge, für Frankreich die Handhabe zu bieten zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches. Dazu könne dies Frankreich an Dinge erinnern, die es zur Zeit vergessen habe²⁾. Die Abmahnung verfiel nicht. Die protestantischen Reichsstände beharrten. Wir werden später zu ersehen haben, wie Ludwig XIV. vermöge der günstigen Position, in welche Wilhelm III. ihn gesetzt, diese Handhabe ausnützte zu der sogenannten Ryswyckschen Clausel, zum Entsetzen aller Protestanten, und nicht zum wenigsten des Königs Wilhelm III. selbst.

Damals freilich, zu Ende Juli, sprach er, der Bundesgenosse des Kaisers, über das französische Verfahren nicht denselben Tadel aus wie der Vermittler Vilenroth, den Wilhelm früher oft als französisch gesinnt bezeichnet hatte.

„Es überrascht mich nicht, schreibt der König an Heinsius, daß die französischen Botschafter einen Termin für die Annahme ihres Angebotes gesetzt haben. Denn, um die Wahrheit zu sagen, halte ich es nicht für vernünftig immer wieder hinaus zu schieben, wo doch die Verhandlungen so lange schon im Gange sind und die Kaiserlichen so geringe Neigung zeigen dieses Angebot anzunehmen. Wenn wir, andererseits, die Ueberlegenheit Frankreichs in Betracht ziehen, so kann

¹⁾ Bericht vom 16./26. Juli, in den Robethon-Papieren des St. A. S.

²⁾ Neuhaus: Der Ryswycker Friede u. s. w., S. 137.

auch von daher der Schritt nicht als ungerechtfertigt erscheinen, und darf, nach meinem Dafürhalten, mit ihren früheren Annahmen nicht in Vergleich gebracht werden. Auffallend ist, daß der Vermittler den Verbündeten von dem Ansätze dieses Termines keine Kenntniss gegeben; denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die französischen Botschafter ihm zuerst die Sache mitgetheilt haben. Es gefällt mir nicht, daß sie auf die Frage Dufvelts, was sie im Falle der Einnahme von Barcelona zu thun gedächten, ausweichend geantwortet haben. Dies erregt in mir die Besorgnis, daß alles noch unsicher ist. Zunächst aber haben wir in die kaiserlichen und spanischen Minister zu dringen, daß sie die Bedingungen innerhalb der gesteckten Frist annehmen. Zwar ist diese kurz; doch vielleicht ist dies für einen raschen Abschluß desto besser. Nach meiner Ansicht ist es erforderlich, Lexington und Heemskerk in Wien zu beauftragen mit der Erklärung dort, daß wir den Krieg nicht länger fortsetzen können" ¹⁾).

Die Aufträge an Lord Lexington ertheilte demgemäß auch Heinsius. Für den englischen Staats-Secretär Shrewsbury begnügte sich der König am selben Tage mit der kurzen Meldung, daß er den Frieden als nahe bevorstehend hoffe. Doch tritt hier ein Mißtrauen gegen Frankreich etwas schärfer hervor. Wenn man mit Frankreich zu thun habe, sagt der König, so sei man vor dem Abschlusse keines Dinges sicher. Deshalb müsse man gefaßt sein auf Krieg, als wäre auf den Frieden keine Hoffnung.

Anders jedoch als jene Worte an Heinsius klingen die Reden, welche Wilhelm III. am selben Tage durch Portland zu dem Grafen Auersperg im Hauptquartiere führen ließ. Ueberhaupt sind darin gar manche Angaben, namentlich auch über den Anlaß der Unterredungen von Portland und Boufflers, verschieden von den Berichten, die wir vernommen haben. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß diese ersteren Berichte von französischer Seite stammen, von dem Marschalle Boufflers.

Auersperg trat zu Portland mit der Frage um Auskunft über die Beredungen mit Boufflers ²⁾. Portland erwiederte: „Ich habe

¹⁾ Grimblot t. I, p. 51. Vom 22. Juli.

²⁾ Für das Folgende der Bericht des Grafen Auersperg vom 22. Juli.

vom Könige den Befehl, Ihnen alles mitzutheilen. Nachdem wir in diese Gegend gekommen, gab der Marschall Boufflers bei jeder Gelegenheit zu verstehen, daß, weil wir einander nahe, er eine Zusammenkunft wünsche, um persönlich seinen Dank auszusprechen für meine Gefälligkeiten gegen ihn nach dem Falle von Namur. Ich theilte dies dem Könige mit. Er war der Ansicht, daß diese Gelegenheit zu benutzen sei. Er befahl mir, eine Zusammenkunft mit Boufflers zu vereinbaren, und dann durch ihn den König von Frankreich wissen zu lassen, wie sehnlich wir unsererseits den Frieden verlangten. Boufflers erschien in Hal mit einem Gefolge von zweihundert Personen, ich hatte ein viel geringeres. Wir beide traten allein zusammen, unter freiem Himmel, ohne ein Wort zu schreiben. Der König hatte mir befohlen dem Boufflers zu versichern, daß er den wahrhaften und aufrichtigen Willen habe, einen beständigen Frieden mit Frankreich zu machen. Allein, weil er sehe, daß die französischen Botschafter in Delft so stark chicaniren, so könne er nicht anders annehmen, als daß Frankreich den Frieden nicht verlange. Boufflers sagte: ich möge verzeihen, daß er sich des Titels Prinz von Oranien bediene. Er habe den Befehl zu versichern, daß sein König eine große Feindschaft wider den Prinzen von Oranien gehabt, um so viel mehr, weil dieser das Hindernis für alle französischen Pläne. Jedoch habe er nicht umhin gekonnt, innerlich vor der Haltung des Prinzen von Oranien immer eine große Achtung zu hegen, so daß, wenn der Friede einmal geschlossen, die vergangene Feindschaft sich wandeln solle in eine weit größere Freundschaft. Boufflers schlug mir vor etwas schriftlich zu machen. Die Augen aller Welt seien auf uns gerichtet. Wir dürften uns nicht lächerlich machen, wie es geschehen würde, wenn unsere Zusammenkunft gar kein Ergebnis brächte. Ich erwiderte, daß ich ein Soldat sei, nicht ein Minister, daß meine Befehle nicht weiter gingen als daß die öffentliche Friedenshandlung befördert werden möge".

„Darauf befahl mir der König noch eine andere Zusammenkunft zu begehren. Sie erfolgte. Ich versicherte, daß auch mein König mit Freuden eine wahrhafte Freundschaft eingehen werde.“

Auersperg fiel ein: „Es sind viele andere Dinge erzählt worden. Der französische Botschafter Harlay hat öffentlich versichert, Boufflers habe sich der Wendung bedient: que le roi de France accordera

l'honneur de ses bonnes grâces au Prince d'Orange, quand il s'en rendra digne" ¹⁾. — Portland lachte. „Ich habe so geredet, erwiederte er, wie ich gesagt. Ich bitte Sie, alles was Sie über die Sache vernehmen, offen zu mir auszusprechen. Es liegt das Heil von Europa daran, daß der Kaiser und der König in Einigkeit und Vertrauen leben.“

Auersperg fragte weiter: ob nicht hauptsächlich vom Könige Jacob und von Lothringen die Rede gewesen sei. „Allerdings, erwiederte Portland, von dem ersteren. Mein König indessen erkennt sehr wohl, daß, wenn auch seinem Wunsche gemäß Frankreich den König Jacob in dem Friedens-Tractate nennen würde, doch darauf nicht viel zu bauen ist. Denn wir wissen ja, wie wenig Frankreich das gegebene Wort hält, und daß man dieser Macht gegenüber keine andere Sicherheit hat als diejenige der Einigkeit der Verbündeten.“ — „Ohne sich weiter genauer zu erklären, fügt Auersperg hinzu, gab er mir dennoch zu verstehen, daß dieser Punct in Richtigkeit gebracht sei. Ueber Lothringen dagegen sei man nicht in Einzelnes eingegangen.“

Auersperg hob dann die Besorgnis hervor, die ihm aufsteige aus dem französischen Vorgehen einen Termin setzen zu wollen. Portland suchte diese Besorgnis zu bekämpfen. Dann fuhr er fort: „Ich bitte nur namentlich das ins Auge zu fassen, daß, wenn Gott uns den Frieden verleihen will, die Nothwendigkeit von uns fordert, nicht bloß die Allianz zu erneuern, sondern uns auch gegenseitig zu verständigen, was zu thun und auf welche Weise wir einander zu Hülfe kommen können, im Falle Frankreich den Frieden bricht“.

In so weit die Differenzen der Berichte von Portland und Boufflers über die Zusammenkünfte unvereinbar sind, muß die Entscheidung über die Frage, auf welcher Seite die größere Glaubwürdigkeit, offen gelassen werden. Dagegen legt uns diese Rede Portlands dar, daß Wilhelm III. ungeachtet aller seiner Schritte hofft und wünscht, mit dem Kaiser in gutem Verständnisse zu bleiben.

Unterdessen erwog Ludwig XIV. den Bericht des Marschalls Boufflers vom 21. Juli. Die Worte, welche dieser als die Kundgebung

¹⁾ Die Worte Ludwigs XIV. an Boufflers vom 12. Juli sind von jenen wenig verschieden, bei Grimblot t. I, p. 20.

der Gefühle von Wilhelm III. für die Person Ludwigs XIV. gemeldet, wurden mit gleichwerthigen Worten erwiedert. Dann jedoch stockt Ludwig XIV. bei den von Portland vorgeschlagenen Worten: „eine Person oder Personen“. In dieser Zusammenstellung, meint er, könne das erste Wort bezogen werden nur auf den König Jacob, das zweite auf die Engländer seines Gefolges. Boufflers soll darlegen, daß solche Ausdrücke dem Vertrauen, welches der Oranier in das Wort des Königs von Frankreich zu setzen habe, nichts hinzufügen. Indessen, um jede Satisfaction zu gewähren, sei er erbötig den größeren Theil des von Portland vorgeschlagenen Zusages sich anzueignen, jedoch so, daß der König Jacob nicht designirt werde. Das Wort „Person“ im Singular, weil es allein nicht den König Jacob bedeute, sondern überhaupt Jeden, könne er gestatten, nicht die Fassung: „eine Person oder Personen“. Dann jedoch besinnt sich Ludwig XIV., daß der Prinz von Oranien die Einsetzung des Titels: König von England, in den Vertrag selbst nicht mehr verlange. Da dies Verlangen, welches ein unübersteigliches Hindernis geboten hätte, nicht mehr bestehe: so dürfe Boufflers im äußersten Nothfalle die Ausdrücke: „eine Person oder Personen“ dennoch gestatten, aber nicht das Wort „Recht“ in Bezug auf den Prinzen von Oranien. Der König legte einen Entwurf bei.

Der ganze Handel um Worte von Seiten des Königs von Frankreich, wo er die That der Anerkennung nicht mehr weigerte, hat einen Sinn nur bei einem Hintergedanken, nämlich seiner Absicht, im Falle er den König Jacob oder dessen Sohn einmal wieder wie bisher als Kriegeswerkzeug zu verwenden gedachte, sich eine Rückzugslinie offen zu halten.

Im Besitze jener Instruction setzte der Marschall Boufflers den Grafen Portland in Kenntniß. Sie kamen zusammen am 26. Juli. Boufflers war glücklicher, als Ludwig XIV. zu hoffen gewagt. Er legte nicht den Entwurf des Königs vor, sondern einen eigenen Auszug aus demselben. Der König versprach darin keine Partei noch Rebellion in England zu unterstützen, noch diejenigen, welche sie erregen oder nähren würden, ohne irgend welche Ausnahme einer Person. — Portland las. Er erklärte damit sich befriedigt. Auch da noch war Boufflers vorsichtig. Er übergab nicht das Papier mit seiner Handschrift.

Er gestattete nicht die Abschrift durch seinen Secretär. Er lud in sehr höflicher Weise den Grafen Portland ein es selber abzuschreiben.

Dann kam die Rehrseite dieses Handels, die Angelegenheit des Druckes auf die Verbündeten für den Frieden, oder richtiger, zum Eingehen auf die Forderungen Ludwigs XIV. Portland versicherte, daß der König von England aufrichtig und mit allem Nachdrucke auf die Bundesgenossen wirken werde. Doch müsse er Vorsicht gebrauchen, um nicht seine Verbündeten mißtrauisch zu machen, nicht den Schein zu erwecken, als wolle er sie zwingen. Der Kaiser insbesondere sei der hartnäckigste und widerstrebe am heftigsten, in Folge der Unvernunft eines der hauptsächlichsten Minister in Wien.

Wir haben uns zu erinnern, daß nicht Portland selbst hier redet, sondern daß seine Rede hier erscheint als hindurchgegangen durch das Medium der Auffassung von Boufflers. Ludwig XIV. verstand den Namen des Ministers, den Boufflers vergessen hatte, und ergänzte ihn. Es war der Graf Kinsky, in seiner amtlichen Stellung zunächst Hofkanzler für Böhmen, zugleich jedoch, obwohl nicht in dem Sinne erster Minister wie einst bis 1673 der Fürst Lobkowitz, dennoch durch lange Erfahrung und umfassende Kenntniß der erste im Rathe des Kaisers. Die Privatbriefe Kinskys an Auersperg legen nicht Zeugniß ab von einer Abneigung wider den König Wilhelm, noch auch wider einen Friedensschluß. Vielmehr haben wir wiederholt den Wunsch Kinskys nach dem Frieden vernommen. Dagegen haben wir uns aus früheren Mittheilungen zu erinnern, daß das Verhältniß zwischen dem Grafen Kinsky und dem Lord Lexington in Wien nicht ein freundschaftliches war. Diese Stimmung Lexingtons scheint sich fortgepflanzt zu haben auf Engländer im Haag, die mit ihm in Beziehungen standen¹⁾. Daß derartige Motive auf den König Wilhelm Einfluß übten, dürfte kaum anzunehmen sein. Vielmehr scheint die Umständlichkeit und das Uebermaß des Scharffsinnes²⁾ bei dem Grafen Kinsky ihn verdrossen, ihn geneigt gemacht zu haben, alles was an der kaiserlichen Politik ihm mißfiel, der Persönlichkeit des Grafen Kinsky zur

¹⁾ Lexington Papers p. 303 und an anderen Orten. Es sind Prior, Blathwait u. a.

²⁾ Ruggini p. 394: imputati sempre quelli (difetti) della troppa sottigliezza, lentezza, e riserva nei modi del suo negoziare.

Last zu legen. Allein es ist nicht zu ersehen, daß der Führer der kaiserlichen Friedensbotschaft im Haag, der Graf Kaunitz, über die damaligen politischen Wendungen Wilhelms III. günstiger gedacht habe, als der Graf Kinsky oder ein anderer Minister in Wien. Das Urtheil freilich aller dieser Persönlichkeiten könnte als subjectiv befangen angesehen werden. Wir haben dagegen dasjenige des Botschafter-Vermittlers vernommen. Es dürfte für uns Spätere als maßgebend anzusehen sein.

Der kaiserliche Gesandte im Hauptquartier des Königs, der Graf Auersperg, ward nicht so unmittelbar von den Consequenzen dieser Wendungen berührt. Das Vertrauen, welches gerade in jenen Tagen der Graf Portland ihm entgegen trug oder doch entgegen zu tragen schien, brachte auch Auersperg zum offenen Reden. Am selben 26. Juli, am welchem Portland sich, nach dem Berichte von Boufflers, in jenen Ausdrücken über das Verhalten des Kaiserhofes ausgesprochen, hatte er eine andere Begegnung mit Auersperg. Dieser begann: „Die Zeit ist gekommen, die Einigkeit zwischen dem Kaiser und dem Könige von England vor der gesammten Welt kundbar darzuthun; denn Frankreich muß ins Unrecht gesetzt, und von daher der Grund genommen werden, es zur Vernunft zu bringen. Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß der König sich im vollen Vertrauen dem Kaiser gegenüber ausspreche, sein eigentliches Ziel eröffne, so wie die Mittel dahin zu gelangen. Die Verwirrung bisher rührt nur davon, daß man von englischer und holländischer Seite nicht offenherzig zu uns geredet, und wir demnach nicht gewußt, worauf wir uns zu verlassen“. Portland leugnete dies nicht ¹⁾. „In einigen Tagen, sagte er, wird Ihnen der König aufrichtig und offenherzig seine Meinung entdecken. Ich bitte Sie, dem Kaiser zu versichern, daß der helle Blick des Königs allzu wohl sein eigenes Interesse erkennt, als daß er nicht wünschen sollte, mit dem Erzhaufe Oesterreich immer im aufrichtigen und wahrhaften Verständnisse zu leben. Auch der König ist der Ansicht, daß diese hochwichtige Friedenssache besonders zwischen dem Kaiser und ihm entschieden werden müsse. In gleicher Weise habe ich mich zu Boufflers

¹⁾ Auerspergs Worte sind: Auf welches mir der Portland replicirt, daß ich in allem Recht hätte.

ausgesprochen. Er wollte mir das Compliment machen, daß wegen des großen Ansehens und der Macht des Königs Wilhelm alles an ihm liege. Ich habe ihm erwiedert, daß, wenn es auch also wäre, wie es ja in der Wirklichkeit nicht sei, dennoch der König seine jetzige Position nicht misbrauchen werde, weil das nicht von Dauer sein könne." ¹⁾

Die Audienz, welche Portland in Aussicht gestellt, erfolgte einige Tage später. Auf die Bitte des Grafen Auersperg an den König, ihm vollständige Klarheit über die Sachlage zu geben, erwiederte Wilhelm III. in bestimmter Weise: „Wir können den Krieg nicht länger fortsetzen: deshalb muß der Friede auf die angebotenen Bedingungen angenommen werden, und zwar innerhalb des angelegten Termines“. Obwohl der Vermittler gemeigert diese Ansetzung des Termines durch Frankreich in formeller Weise zur Kunde des Friedenscongresses zu bringen: so gaben doch die französischen Botschafter zur Genüge zu verstehen, daß sie dessen ungeachtet daran festhalten würden. Sie konnten dies um so eher, da der König Wilhelm III., also der Vertreter der beiden Mächte, England und Holland, dies französische Verfahren nicht mißbilligte, und durch diese ausdrückliche Erklärung an den Grafen Auersperg dem Kaiser und den anderen Verbündeten, für den Fall der Nicht-Annahme bis zum 31. August, den Sonderfrieden von England und Holland mit Frankreich in Aussicht stellte ²⁾.

Der König bemerkt dem Rathspensionär gegenüber, daß Auersperg nicht viele Einwürfe gemacht, nur sich bitter beklagt habe über die Härte der Bedingungen für Lothringen. Es ist richtig, daß auch die kaiserlichen Friedensbotschafter im Haag dem Grafen Auersperg vorhielten: sie wünschten, daß er dem Könige nachdrücklicher geantwortet hätte. Wilhelm III. jedoch stellte seine Forderung so geradezu, daß Auersperg jede Bekämpfung derselben als zwecklos ansah. Der König trug ihm auf an den Grafen Rinsky noch besonders die Mahnung zu schreiben, daß der Kaiser recht bald seinen Entschluß fassen möge. Indem Auersperg den Auftrag ausführte, fügte er über den Stand der Dinge Bemerkungen hinzu, welche die Billigung Wilhelms III. schwerlich erlangt haben würden. „Der Stein ist geworfen,

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Juli.

²⁾ Grimblot t. I, p. 71. Wilhelm III. an Seinius vom 29. Juli.

sagt er, ist nicht mehr in ihren Händen. England und Holland sind bereits allzu tief mit Frankreich verwickelt. Dazu kommen die neuen Instructionen der Spanier, die nun ganz mit jenen gehen." — „Ich bekenne, fügt er dann hinzu, daß man noch niemals einen so thatlosen und für die Waffen der Verbündeten so ruhmlosen Feldzug gemacht als den heurigen. Es scheint, daß der alleinige Zweck der Kriegsführung sei sich zu verschanzen und zu vergraben" ¹⁾).

Wie diese Art und Weise der Kriegsführung völlig den Wünschen der Republik entsprach, wo man durchaus nicht mehr etwas wagen wollte: so war die Rückwirkung auf die Engländer, weil mit allen den bewilligten Kriegsmitteln dennoch nichts Augenfälliges ausgerichtet wurde, die Steigerung des Friedenswunsches.

Der König Wilhelm III. suchte nach allen Seiten diesem Wunsche zu entsprechen. Er beauftragte die holländischen und englischen Botschafter im Haag, das Friedenswerk in jeglicher Weise zu befördern. Er redete wie zu dem Grafen Auersperg auch zu den Spaniern, Don Quiros und Tirimont, so wie zu dem Kurfürsten von Bayern als spanischem Statthalter von Belgien. Der frühere Widerstand von Don Quiros hatte sich, in Folge der Instructionen von Madrid, in Eifer verwandelt.

Bei dieser Lage der Dinge begab sich der Vermittler Lilienroth zu den kaiserlichen Botschaftern, um sie auf die wachsende Gefahr aufmerksam zu machen. „Es gewinnt fast den Anschein, sagte er, als sei die französische Ansetzung des Termiues von Seiten der Holländer eher veranlaßt als nur bewilligt. Die Sache wird mir um so verdächtiger, weil auf meine Frage, was die Verbündeten fortan von der Republik zu erwarten haben, Heinsius jeglicher Antwort ausgewichen ist, dagegen im Gespräche wiederholt seine Besorgnis um Straßburg angedeutet hat, so wie daß Frankreich, wenn es nicht Straßburg behalte, für Lothringen über den Rymeger Frieden hinaus nichts geben werde. Es geht sogar die Rede von einem englisch-holländisch-französischen Bündnisse. Ich mache Sie also aufmerksam, daß Sie Ihr Heil bedenken wollen" ²⁾).

¹⁾ Auerspergs Berichte vom 29. Juli und vom 2. August.

²⁾ Collectiv-Bericht vom 1. August.

Die Mittheilung war freundschaftlich, und der Graf Kaunitz sprach dafür seinen Dank aus. Die kaiserliche Botschaft, erwiederte er, müsse die Gutachten der Reichsstände abwarten: jedoch in keinem Falle werde sie gutwillig auf Straßburg verzichten. Dem Rathe des Vermittlers zufolge beschlossen sie dann mit Heinsius und mit den Engländern zu reden.

Der Rathspensionär gestand zu, daß der König von England die Zusammenkünfte von Portland und Boufflers veranlaßt habe. Dann jedoch wandte er sich sofort zu Friedensmahnungen. Er hege, sagte er, Besorgnis für Straßburg und Lothringen; aber dies sei nun einmal der leidende Theil. Die Republik und England seien nicht im Stande den Krieg fortzusetzen. „Aber Sie würden dazu im Stande sein, fiel Kaunitz ein, wenn Frankreich den König von England persönlich nicht befriedigt hätte. Sie waren, wie ich weiß, am 27. Mai nahe daran mit Frankreich abzuschließen, wenn nicht eben damals von dorthier in der Sache des Königs von England Schwierigkeiten erregt wären.“ Heinsius wich aus. Man habe, sagte er, damals nichts zum Nachtheile der Verbündeten abgeschlossen. Formell war dies unzweifelhaft richtig. — Die Kaiserlichen begaben sich zu den Engländern. „Diese jedoch, melden sie, scheinen nicht alles zu wissen.“ Indessen auch die Engländer drängten in die Kaiserlichen zum baldigen Entschlusse, nicht ohne Spott und Klagen über die methodische Langsamkeit der reichsständischen Gesandten ¹⁾.

Das Mißtrauen unter den Verbündeten war im Monate August im Steigen. Zu der Thatsache des Druckes, welchen der König und Heinsius auf die Kaiserlichen ausübten, um sie zum baldigen Eingehen auf die französischen Bedingungen zu bewegen, traten noch Gerüchte auf beiden Seiten. Was Villenroth in seinen letzten Worten den Kaiserlichen angedeutet, sagte der Spanier Quiros bestimmter. Nach aller Wahrscheinlichkeit, sagte er zu Auersperg, sei in der letzten Unterredung zwischen Portland und Boufflers ein Vertrag errichtet, dem gemäß der König von England demjenigen von Frankreich zu der spanischen Succession verhelfen werde. Die Kritik des Gerüchtes liegt

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 1. August.

in den Worten Auerspergs: „Das hieße ja England zu einer französischen Provinz machen“ ¹⁾).

Wurde somit wenigstens von kaiserlicher Seite diese Meinung in ihrer Wichtigkeit sofort erkannt, so nicht auf der anderen Seite ein altes Gerücht in neuer Fassung. Der spanische Graf Berghenck behauptete vor Auersperg ganz sicher zu wissen, daß der Kaiser mit dem Könige von Frankreich in Tractaten stünde. Und zwar handele es sich um die Heirath des römischen Königs Joseph mit der Nichte Ludwigs XIV., der Prinzessin von Orleans. Auch habe man zu Wien nicht eine so große Abneigung wider das Aequivalent für Straßburg: man wolle nur gezwungen sein. Der englische Gesandte in Brüssel, Hill, bestätigte das alles, namentlich das Project der Heirath. Er habe das, sagte er, von einem sehr sicheren Orte. „Damit, fügt Auersperg hinzu, kann er nur den König selber oder den Grafen Portland meinen“ ²⁾).

Wir sehen demnach, daß die Disposition des Königs Wilhelm III. zur Aufnahme von Gerüchten solcher Art, die, weil dem Interesse der französischen Politik entsprechend, immer französischen Ursprunges sind, ungeachtet aller Widerlegung durch die Thatfachen, stets dieselbe blieb. Gerade ein Jahr zuvor hatte das ähnliche Gerücht, als dessen hauptsächlichster Träger damals Lord Lexington in Wien erscheint, auf den König und Heinsius eingewirkt für den Entschluß eine vollendete Thatfache zu schaffen. Es ist den Umständen nach mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auch im Sommer 1697 das alte Gerücht in neuer Form nicht ohne Bedeutung blieb, daß es für den König und Heinsius ein erheblicher Factor war, die Kaiserlichen in die ihnen vorgezeichnete Bahn hineinzudrängen.

Allein man dürfte nicht sagen, daß der König Wilhelm geneigt oder Willens war, den Kaiser oder Spanien preis zu geben. Und eben darum erwuchsen für ihn aus dem Stande der Sache gewichtige Bedenken und Hindernisse. Der französische Entwurf vom 20. Juli bot für Luxemburg nicht, wie für Straßburg, ein bestimmtes Aequivalent, sondern ließ diese Frage offen. Kaiser und Reich verlangten

¹⁾ Auersperg an Rinsky, vom 2. August.

²⁾ Bericht vom 9. August.

die Rückgabe von Luxemburg selbst. Bei aller Geneigtheit Spaniens zum Friedensschlusse, auch innerhalb der gestellten Frist, mußte man dennoch nicht einmal, worüber man abschließen sollte. Eine andere wichtige Frage war diejenige von Barcelona. Die Stadt wurde von der französischen Armee unter Vendôme belagert: wie stand es darum, wenn sie innerhalb der Frist, vor dem 31. August, von diesem genommen wurde?

Der König Wilhelm III. mußte darüber sich Klarheit zu verschaffen suchen.

Wie er, so war noch mehr Ludwig XIV. mit dem Ausgange der Beredung vom 26. Juli sehr zufrieden. Boufflers erhielt sein volles Lob, so wie den Auftrag zu versichern, daß fortan das Verhalten der französischen Friedensbotschafter im Haag vereinbar sein werde, wie Ludwig XIV. sich ausdrückt, mit seiner guten Meinung von dem Prinzen von Oranien ¹⁾.

Boufflers und Portland traten demgemäß am 2. August wieder zusammen. Sie tauschten zuerst die zwischen ihnen üblichen Be-theuerungen aus. Dann jedoch brachte Portland jene beiden Punkte zur Sprache: das Aequivalent für Luxemburg, und ganz besonders Barcelona. „Es ist unmöglich, sagte Portland, die Spanier zur Einwilligung in den Frieden zu bewegen, bevor sie Sicherheit haben für Barcelona, so wie alle andere französischen Eroberungen in Catalonien. Da nun der König von Frankreich, seiner Erklärung gemäß, den schleunigen Abschluß des Friedens will: so ist es erforderlich, daß die Botschafter in Delft über seine Intentionen in Betreff von Luxemburg und Barcelona genau in Kenntniß gesetzt werden. Je eher dies geschieht, desto besser steht es um die Sache des Friedens“ ²⁾.

Wilhelm III. hatte damals bereits jeden Gedanken an eine kriegerische Action aufgegeben. Portland meldete, daß der König noch am selben Tage sich nach Voo verfügen würde, um dem Friedens-Congresse näher zu sein und nachdrücklicher auf denselben einzuwirken. Es falle ihm dagegen schmerzlich anzusehen, daß zu einer Zeit, wo man doch beiderseits zum Frieden willig, die Unterthanen der Krone

¹⁾ Grimblot t. I, p. 76.

²⁾ A. a. D. p. 81.

Spanien in den Niederlanden die ganze Last des französischen Heeres trügen, und von derselben fast verzehrt würden. Er schlug einen Waffenstillstand vor.

Ludwig XIV. ging auf diese Forderungen nicht ein. Er erwiderte, daß das Aequivalent für Luxemburg vorzuschlagen sei von spanischer Seite, ihm die Wahl zustehe. Ueber Barcelona könne er sich nicht äußern, da es noch nicht in seinen Händen. Die Stellung seiner Armeen in Belgien sei ein wirkames Druckmittel auf die Verbündeten für den Frieden: er wolle sie nicht zurückziehen¹⁾.

Wir erkennen, daß die Vortheile, welche Wilhelm III. durch den Antrag auf die Unterredungen zwischen Portland und Boufflers dem Könige von Frankreich zugewendet, in beständigem Wachsen sich befanden.

Um so sehnlicher wünschte der König Wilhelm III. diesem Zustande der Ungewisheit ein Ende zu machen. Er beschied Heinsius nach Voo²⁾. Nach seiner Wiederkehr lud Heinsius die kaiserlichen Friedens-Botschafter so wie den Grafen Auersperg zu einer Besprechung mit den holländischen. Nach dem inzwischen erfolgten Tode Boreels bestand diese holländische Botschaft aus Heinsius selbst, Dytvelt und Haren. Sie traten zusammen am 12. August. Heinsius redete im Auftrage des Königs. Er erinnerte an die letzten Eröffnungen desselben zu dem Grafen Auersperg. Er hob abermals hervor, daß die Republik und England nicht im Stande seien den Krieg fortzuführen. Er mahnte die von Frankreich mit dem Ablaufe des Monates gesetzte Frist nicht vorüber gehen zu lassen. Er wies darauf hin, daß die in dieser Beziehung von den Franzosen überreichte Schrift, der Lage der Dinge nach, ziemlich gemäßigt sei. „Ich bitte Sie also, fuhr er fort, nicht allzu viel auf die, Ihrer Meinung nach, angegriffene Ehre zu sehen, sondern auf die Sache. Wollen Sie doch nicht sich klammern an Dinge, die unter besseren Umständen an sich nicht unbillig, bei dem jetzigen Stande jedoch unmöglich sind. Wollen Sie noch viel weniger die Frist verstreichen lassen, wo Sie ja doch von Frankreich, welches die eigenen Kräfte, wie diejenigen des

¹⁾ Grimblot t. I, p. 88.

²⁾ A. a. D. p. 89.

Bundes kennt und abmißt, je länger desto weniger zu erwarten haben, ganz besonders aber in Gefahr stehen Straßburg zu verlieren. Nehmen Sie also das Angebotene alsbald an, damit vor dem Ausgange des Monates abgeschlossen werden kann, und begnügen Sie sich im allgemeinen mit der Herstellung des westfälischen und des nymegischen Friedens, so daß die Einzelheiten in Betreff der Reunionen später ausgemacht werden können" ¹⁾).

Der Graf Kaunitz im Namen der Kaiserlichen erwiederte: „Es sollte doch billigerweise dem Könige und der Republik noch in Erinnerung sein, wie oft und willfährig der Kaiser seinen Wunsch für den Frieden kund gegeben, wie bereitwillig er auch in die jetzigen Verhandlungen eingegangen, wie geringe Neigung zum Frieden dagegen England und Holland in den früheren Zeiten an den Tag gelegt. Auch jetzt noch würden Sie leicht die Mittel zur Fortsetzung des Krieges finden, würden den Bestand der kaiserlichen Macht in Ihren Reden hoch heben, würden durch den Vertrag der Allianz uns zwingen mit Ihnen im Kriege auszuharren, wenn nicht Frankreich Sie befriedigt hätte. Nachdem aber dies geschehen, hat alles sich gewendet. Nicht bloß zu unbilligen, sondern auch zu unmöglichen Dingen wollen Sie uns nöthigen. Denn die französischen Bedingungen sind unklar und unbestimmt gefaßt, die Zeit, von der uns geredet wird, zu kurz. Die französische Schrift, welche Sie als ziemlich gemäßigt bezeichnen, und durch welche uns eine Frist gesetzt wird, kennen wir nicht. Der Botschafter-Vermittler hat sie uns nicht formell übergeben. Er hat nur mündlich darauf hingewiesen, daß die Franzosen binnen einer gewissen Zeit ein Ende verlangten. Wie wir aber damals schon erwiedert, daß wir, wie bisher, zur Beschleunigung der Sache nichts unterlassen würden, nicht jedoch um der französischen Drohung willen, auch nicht wehren könnten, wenn die französische Botschaft sofort aufbrechen und davon ziehen wollte: so müssen wir auch jetzt Ihnen als den Friedens-Botschaftern der Republik eben daselbe wiederholen. Dagegen werden wir in der Zusammenkunft, welche uns der Vermittler mit den Franzosen vorgeschlagen, uns bescheiden und maßvoll zu verhalten trachten. Der Rathspensionär hat uns vorhin den Rath ertheilt, daß wir auf

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 13. August.

das französische Project ausführlich antworten, das Bewilligte annehmen und wegen des Anderen unsere Rechte vorstellen sollten. Wir haben diejem Rathe entsprechend gehandelt, und sind des Willens ferner so zu handeln. Was z. B. die sogenannten Reunionen betrifft, so liegt die in Aussicht gestellte Liste derjenigen, welche Frankreich zurückgeben will, noch nicht vor. Aber wir sind erbötig mit den französischen Botshaftern die Urtheile der Reunionskammern von Metz, Breisach, Besançon, eins nach dem anderen, mündlich zu erörtern, den Ungrund dieser Urtheile zu erweisen, und weiter zu vergleichen, was immer noch übrig sein mag. Allein, daß wir uns mit Allgemeinheiten begnügen, darauf den Namen des Friedens eingehen, und dann alles Besondere zu neuer Verhandlung nach dem Abschlusse hinausstellen sollen — das wolle man weder uns zumuthen, noch von uns oder den Reichs-Deputirten jemals erwarten. Und zwar sage ich dies mit dem Zusatze: möge auch daraus kommen was da wolle“.

Heinsius versuchte es auf andere Weise. Er trachtete den Wunsch hervorzulocken, daß die Frist verlängert würde. Die Kaiserlichen waren auf ihrer Hut. Sie nahmen mit Vergnügen wahr, daß mehrmals Dnyvoelt und Haren an Heinsius die Mahnung richteten: die ausgesprochene Erklärung müsse genügen.

Er erörterte dann mit den kaiserlichen Botshaftern das französische Project und ihre Gegenvorschläge. Man kam auf Luxemburg. Die kaiserlichen Botshafter und diejenigen des Reiches verlangten die Stadt selbst. Dem holländischen Interesse entsprach, wie Wilhelm III. früher oft hervorgehoben, ein Aequivalent von mehreren Städten. In dieser Beziehung lag der Plan vor, daß diese Städte eben so wie auch Mons und Namur, damit die Last für Spanien erleichtert würde, holländische Besatzungen einnehmen sollten. Heinsius bestand darauf, daß man sich für das Aequivalent entscheiden solle. Dies sei beschlossen zwischen dem Könige und dem Kurfürsten in Brüssel. Die Kaiserlichen wußten es. Sie wußten aber auch, daß Heinsius schon bei dem einen der spanischen Botshafter, dem Grafen Tirimont, sich deshalb bemüht, und von diesem, obwohl er für den Abschluß des Friedens an Eifer dem Rathspensionär nicht nachstand, die Antwort erhalten hatte: seiner Instruction vom Könige von Spanien gemäß werde er die Stadt Luxemburg nehmen, nicht ein Aequivalent.

Es ward bemerkt, daß von französischer Seite nicht mehr dasselbe Gewicht wie früher auf Luxemburg gelegt wurde. Der Grund liegt nicht so sehr fern. Wir erinnern uns der Ansicht jener Zeit, daß Luxemburg in französischen Händen dienen sollte als der Drücker auf die vier rheinischen Kurfürsten im Falle der Wahl eines römischen Königs. Diese Wahl aber war erfolgt in der ersten Zeit des Krieges, im Beginne des Jahres 1690, und der römische König Joseph stand da in der Vollkraft des jugendlichen Alters. Die Möglichkeit einer Aussicht des Hauses Bourbon auf die römische Kaiserkrone war also im Jahre 1697 sehr entfernt.

„Der traurige Zustand hier — so schließen die kaiserlichen Botschafter ihren Bericht über die Veredung mit Heinsius — liegt demnach nur allzu klar vor Augen. Wir bilden uns nicht ein, daß unsere Gegenvorstellungen bei dem Könige oder bei Heinsius irgend etwas fruchten werden. Wir harren demnach der kaiserlichen Entscheidung, und werden bis dahin uns verhalten wie bisher.“

In diesen Zustand der Ungewisheit während des Monates August fiel als neuer und gewichtiger Vorthail für Frankreich die Nachricht des Falles von Barcelona. Wir haben daher unsere Blicke nach Spanien zu wenden.

Wir erinnern uns, daß im Herbst des Jahres 1696 der Kaiser den jüngeren Grafen Harrach, Alois, nach Madrid entsendete, um dem Könige die Condolenz über den Tod seiner Mutter auszusprechen, zugleich jedoch, um dem Vater, dem Grafen Bonaventura Harrach, den Weg zu bahnen für die Anregung der Angelegenheit der Succession. Graf Alois fand die Dinge in sehr verworrenem Zustande. Seine Instruction wies ihn hauptsächlich an die Königin, deren Geltung damals bei dem unentschlossenen Könige überwog. Maria Anna war bereit dieses Gewicht zu Gunsten der Erbfolge des Kaiserhauses geltend zu machen. Es geschah sehr bald in einer wichtigen Sache, derjenigen des Testaments.

Wir erinnern uns, daß Carl II., nach seiner schweren Krankheit im Herbst 1696, auf das Gutachten eines Theiles der Mitglieder des Staatsrathes ein Testament errichtet zu Gunsten des Kurprinzen Joseph

Ferdinand. Dies Testament wurde der Königin sorgfältig geheim gehalten. Als die Thatfache der Existenz dennoch zu ihrer Kunde gelangte, wußte sie bald auch den Inhalt zu erfahren. Dann drängte sie in den König es zu vernichten. Carl II. sagte zu. Das Versprechen genügte nicht. Carl II. zerschchnitt die Urkunde vor den Augen der Königin, wiederum aber im tiefsten Geheim¹⁾.

Der Vorgang ist bezeichnend für Carl II. persönlich wie für die Lage der Dinge. Er hatte auf den Rath seiner Minister das Testament gemacht, ohne Mitwissen der Königin. Er vernichtete es auf den Betrieb der Königin, ohne Mitwissen der Minister.

Das Kaiserpaar in Wien und nicht minder die Rätthe dort waren ausgegangen von der Ansicht, daß das Interesse des Kaiserhauses seine natürliche Stütze finden müsse an der Schwester der Kaiserin. Auch bewährte sich diese Ansicht als richtig. Aber es war in der ganzen Angelegenheit ein Factor, der hinaus lag über jegliche Berechnung: der Charakter des schwachen Königs, seine Unentschlossenheit. Es kam in jedem einzelnen Falle auf die Fragen an: welcher Impuls stärker auf ihn einwirkte, und welche Widerstandskraft er entgegen zu stellen vermochte, zumal in den von da an häufigen Fällen der körperlichen Schwäche. In den Augen vieler Beobachter mochte die Ansicht aufsteigen, daß das Eintreten der Königin, durch welches sie die Succession des Kaiserhauses in Spanien damals zu ihrer persönlichen Angelegenheit machte, dafür eher schädlich sei als förderlich.

Die nächste Obliegenheit eines kaiserlichen Botschafters war zu trachten, daß eine Annäherung zwischen der Königin und diesem oder jenem Mitgliede des Staatsrathes angebahnt würde. Der Graf Alois Harrach versuchte es mit dem Cardinal Portocarrero, Erzbischof von Toledo. Die ersten Schritte wurden gethan. Sie schienen günstig. Dann jedoch gewann die gegenseitige Abneigung wieder die Oberhand.

Der König hatte auf den Betrieb der Königin das Testament vernichtet. Mochten die Mitglieder des Staatsrathes davon eine Kunde haben oder nicht: sie wurden im Winter 1696 auf 1697 der Succession des Kaiserhauses nicht geneigter. Auf die Nachricht, daß der ältere Graf Harrach als kaiserlicher Botschafter nach Spanien kommen

¹⁾ Finalbericht des Grafen Alois Harrach S. 93.

werde, erhoben sich vom Staatsrathe aus Einwendungen gegen diese Sendung. Die Anregung der Successionsfrage, sagte man dem Könige, sei durchaus nicht an der Zeit. Er möge durch einen eigenen Courier den Kaiser bitten, den Auftrag zurückzunehmen. Gegen diese Zumuthung hielt Carl II. Stand¹⁾.

Am 13. Mai 1697 landete der Graf Bonaventura Harrach in Barcelona. Beim ersten Schritte dort trat ihm die innere Zerrissenheit Spaniens entgegen. Der Vicekönig Velasco, ein Castilier, führte schwere Klage über die Catalonier, und wiederum diese über die Unterdrückung, die sie von den Castiliern erlitten. Die heftigen Reden des Velasco zielten namentlich auf den Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt, den General der kaiserlichen Truppen, welchem dagegen die Catalonier volles Vertrauen entgegen trugen. Harrach hielt damals die Gefahr für Barcelona gering²⁾. Wir haben uns zu erinnern, daß Wilhelm III. dem Grafen Auersperg für Barcelona die Hülfe eines Geschwaders zugesagt hatte.

Gleich nach der Ankunft in Madrid erfuhr Harrach von sicherer Hand, daß der Graf Dropesa, der frühere Minister, den die Königin hinaus getrieben, durch ihn seine Herstellung hoffe. Er fand in der ersten Audienz die Königin in der Angelegenheit der Succession völlig bereitwillig. Allein sie wies hin auf das Widerstreben der Minister. Hier war der Punct berührt, von welchem, wenn nicht alles, doch sehr viel abhing. Harrach erwiderte: da diesen Ministern nicht zu trauen sei, so müsse man andere suchen. Die Königin, ohne einen Namen abzuwarten, fiel gleich ein mit den Worten: Dropesa sei gar zu gefährlich, er überhebe sich und wolle gleich erster Minister sein. Harrach erwiderte: „Es kommt darauf an mit ihm zu pactiren. Er hat mir geschrieben und versprochen sich ganz Ew. Majestät zu fügen, und die Successions-Angelegenheit völlig nach Wunsch einzurichten“. — Die Königin entgegnete: „Wenn die Leute ihre Intention erreicht haben, so thun sie was sie wollen“. — „Es bleibt dennoch endlich ein Mittel, antwortete Harrach, als in irgend eine Persönlichkeit das Vertrauen zu setzen; denn allein vermögen wir nicht die Sache

¹⁾ Final-Relation des Grafen Alois Harrach S. 94.

²⁾ Tagebuch des Grafen F. B. Harrach S. 179, auch für das Folgende.

auszuführen". — Die Königin konnte sich nicht entschließen. Sie wolle es sich überlegen, sagte sie ¹⁾.

Die Königin hegte wider Dropesa eine besondere Abneigung, deren Grund sie dem Grafen Harrach bei seinen erneuten Versuchen später offen aussprach. Sie wußte, daß er dem Könige, während seiner Witwerschaft, oft die Mahnung vorgehalten, einer zweiten Frau nicht wieder den Einfluß zu gestatten wie der ersten. Dennoch, meinte sie, habe Dropesa während der ersten Ehe immer Unfrieden zu erregen gewußt. Das habe auch sie zu befürchten ²⁾. Die Besorgnis mochte in so fern begründet sein, daß überhaupt kein spanischer Minister die Günstlingswirthschaft, in welcher die Königin sich gefiel, dulden würde. Die Königin war für die Succession des Kaiserhauses in Spanien, und in ihrem Sinne damals gewis aufrichtig. Aber die Erkenntnis, daß dieses Ziel erreichbar sei nur bei einem Verzicht auf persönliche Neigungen, die außer ihr selbst nur von den sehr wenigen Personen ihres Anhangs aus Eigennuz gebilligt wurden — diese Erkenntnis ging ihr nicht auf. Sie wollte die Sache überlegen; aber es blieb bei dieser Ueberlegung. Aus der Persönlichkeit der Königin selber, die das Ziel wollte, erwuchs eins der stärksten Hindernisse gegen die Erreichung des Zieles.

Denn damals allerdings war der König Carl II. in einer solchen Stimmung, daß es nur der äußeren Stütze in Spanien selbst für ihn bedurft hätte. Nachdem die Königin ihn vorbereitet, brachte der Graf Harrach seine Mission vor. „Ich habe, begann er, den Wunsch des Kaisers auszusprechen sich mit Ew. Majestät so fest zu einigen und zu verbinden, wie die ruhmvollen Vorfahren Ihrer beiden Majestäten immer geeinigt gewesen sind, und wie es nothwendig ist zur Erhaltung des Erzhauses, welches die Eifersucht der Feinde zu schmälern und zu verringern trachtet.“ — „Und wie dies?“ fragte der König. — „Indem man austreut, fuhr Harrach fort, daß Ew. Majestät ein Testament gemacht hätten zu Gunsten eines Sohnes des Dauphins, oder, wie Andere behaupten, des Kurprinzen von Bayern, mit Ausschluß des Kaiserhauses. Obgleich der Kaiser solchen Kunstgriffen der Widersacher

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 185.

²⁾ A. a. O. S. 191.

keinen Glauben beimißt: so kann er doch nicht umhin den schweren Nachtheil zu erwägen, der daraus erwachsen würde. An dem Entschlusse Ew. Majestät hängt auch die Erhaltung oder der Untergang des Kaiserhauses und seiner Monarchie. Denn durch die Vereinigung der beiden Monarchien Spanien und Frankreich würde die letztere an Macht so überlegen werden, daß nicht bloß der Kaiser und das Reich, sondern auch die gesammten Fürsten und Staaten von Europa ihr nicht zu widerstehen vermöchten, sondern genöthigt sein würden, um der Selbsterhaltung willen, Maß und Gesetz von ihr anzunehmen. Ich geschweige der anderen zahlreichen Uebelstände. Denn, nachdem ich von Ihrer Majestät der Königin vernommen, daß Ew. Majestät, in Erwägung alles dessen, beschlossen haben: der Kaiser möge seinen zweiten Sohn, den Erzherzog Carl, hierher senden, damit er sich an spanische Sitte und Weise gewöhne, geziemt es mir nicht, Ew. Majestät noch eine längere Rede vorzutragen, sondern lediglich im Namen des Kaisers den gebührenden Dank darzubringen, und zu versichern, daß der Kaiser nicht ermangeln wird, diese Sendung mit den erforderlichen Truppen zu unterstützen, wenn dies dem Wunsche Ew. Majestät entspricht."

Der König erwiderte: „Sie dürfen versichern, daß ich thun werde was mein Oheim wünscht. Ich habe mit der Königin darüber geredet, und Sie können auch mit ihr davon reden, aber im tiefsten Geheim; denn diese Sache muß sein wie das Allerheiligste". — Harrach versprach es, bat dagegen, daß er seinen Sohn mit der Nachricht an den Kaiser senden möge. „Auch das, erwiderte Carl II., bereden Sie mit der Königin." — Harrach fügte endlich hinzu: das Kaiserpaar in Wien lebe der Hoffnung, der König werde dem Beispiele seines Vaters Philipp IV. folgen, welcher die Königin ernannt habe zur Vormünderin und Regentin. In diesem Falle spreche dafür nicht bloß die nahe Verwandtschaft, sondern auch die Mitwirkung der Königin für den Entschluß. „Nein, nein, fiel der König ein, das erste ist besser begründet, und ich habe bereits daran gedacht" ¹⁾.

So die Reden. Der Gesundheitszustand des Königs machte auf Harrach nicht den Eindruck einer nahen Gefahr, keineswegs jedoch einen günstigen.

¹⁾ Tagebuch S. 185 u. f. Am 16. Juni.

Der Ausgang schien nach Wunsch. Carl II. verfaßte einen Brief, welchen der jüngere Harrach dem Kaiser überbringen sollte. Der Entwurf befriedigte die Königin nicht. Sie berief den älteren Harrach und legte ihm das Schreiben vor. Es lautete: „Der Graf Harrach hat mir Kunde gegeben von seinem Auftrage in Betreff der wichtigsten Angelegenheit, die vorkommen kann, und da ich nicht weniger als Ew. Majestät wünsche Ihren Gesinnungen zu entsprechen, so bin ich darauf eingegangen“. Dann meldete das Schreiben Einiges über Catalonien und schloß mit den Worten, daß der König weiter mit Harrach reden werde. Dieser stand bestürzt. „Auf ein solches Schreiben hin, sagte er, wird der Kaiser weder den Erzherzog senden, noch Truppen. Denn von den letzteren findet sich ja hier kein Wort. Ich bitte Ew. Majestät dahin zu trachten, daß der Brief anders abgefaßt wird. Aber die Zeit drängt. Wir sind bereits zu Ende Juni. Auf den Brief muß in Wien ein Entschluß gefaßt und dieser ausgeführt werden. Bevor das geschehen kann, ist vielleicht der Sommer vorbei, der Transport nicht mehr möglich.“ Die Königin versprach mit dem Könige zu reden.

„Der Anfang ist gut, fuhr Harrach in seinem Berichte an den Kaiser fort. Dennoch sehe ich große Schwierigkeiten voraus. Denn wenn der König seinen Entschluß kund gibt, dürften vielleicht sich alle Geheimräthe widersetzen, wäre es auch nur deshalb, weil sie nicht gefragt sind. Dennoch darf man andererseits hoffen, daß sie, wenn dazu aufgefordert, mitwirken werden.“ — Es ist klar, daß er abermals einen Versuch machen wollte zu Gunsten von Dropesä. Die Königin ging nicht ein. Sie entgegnete, die Autorität des Königs werde alles durchsetzen. Nur finde sie nicht für gut, zur Zeit schon eine Kunde zu geben. Man müsse noch alles im tiefsten Geheim halten.

Harrach versprach es. Freilich mochte ihm dabei gar manches Bedenken aufsteigen. Denn was bedeutete die Ernennung eines Successors, mit der zugefügten Bitte um Truppen, wenn dies geheim bleiben sollte? — War die Königin auch nur selber bei sich des Geheimnisses sicher? — Sie vertraute darauf, daß die Autorität des Königs alles durchsetzen werde. Aber der Entwurf seines Briefes, in welchem er nicht einmal dem Kaiser gegenüber die Sache offen auszusprechen wagte, legte nicht Zeugnis ab von dem entschiedenen Willen, die volle Autorität der Krone für die Sache einzusetzen.

Es gelang dennoch der Königin, den König zu bewegen sein Schreiben an den Kaiser bestimmter zu fassen ¹⁾. Demnach lautete es: „Der Graf Harrach hat mir Kunde gegeben von seinem Auftrage in Betreff der wichtigsten Angelegenheit, die vorkommen kann, und da ich nicht weniger ²⁾ als Ew. K. Majestät wünsche Ihren Gefinnungen zu entsprechen, so komme ich damit überein, daß, wenn Gott über mich verhängen sollte ohne Descendenz zu sterben, der Erzherzog Carl mein Nachfolger sein soll. Was seine Ueberkunft hierher betrifft, die ja der delicateste Punct ist, so werden Ew. K. Majestät das erwägen und mir über die Art und Weise, in welcher sie ausführbar erscheint ³⁾, Ihre Ansicht mittheilen. Ich bin in Sorge um das zu Lande und zu Wasser belagerte Barcelona, bis das vom Könige von England versprochene Geschwader heran kommt. Ich hege keinen Zweifel, daß Ew. K. Majestät mir diejenige Anzahl Truppen zu Hülfe senden, welche Ihnen ausreichend erscheinen diese Herrschaft sicher zu stellen. Bis ich die Antwort erhalte, werde ich mit dem Grafen Harrach die Angelegenheit verhandeln. Ich bitte Ew. K. Majestät um das tiefste Geheimnis in dieser Sache; denn darin besteht der wichtigste Vortheil“.

Mit diesem Schreiben des Königs Carl II. brach am 30. Juni der jüngere Graf Harrach auf nach Wien.

Unterdessen gewann Graf Bonaventura Harrach täglich tieferen Einblick in den wenig erfreulichen Stand der Dinge. Namentlich der Graf Montereau, ein Mitglied des Staatsrathes und, wenigstens bis dahin, entschiedener Gegner von Frankreich ⁴⁾, redete zu ihm mit voller Offenheit. Er beklagte, daß im Jahre zuvor die Neutralität für Italien abgeschlossen sei. Auch diejenige für Catalonien sei dem Abschlusse nahe gewesen. Nicht jedoch sei sie verhindert durch die Vorstellungen von außen, sondern durch die Forderungen des Königs von Frankreich, welcher die Festungen Gerona und Roses bis nach geschlossenem Frieden in der Hand habe behalten wollen. „Gott hat

¹⁾ Das Schreiben im Original in Sybels historischer Zeitschrift, Jahrgang 1873, S. 90. Es ist, wie das Tagebuch Harrachs vom 25. Juni sagt, S. 189, von diesem Datum.

²⁾ y no siendo menos mi deseo.

³⁾ con que le pareze se execute.

⁴⁾ Man vergleiche die Instruction für Harcourt, bei Hippeau t. I, p. LVI.

ihn verblendet, sagte Montereux; denn ohne diese Forderung wäre der Stillstand geschlossen, und dann unvermeidlich der König von Frankreich Herr geworden über die Succession in dieser Monarchie." „Sie dagegen, fuhr Montereux fort, sind zu übler Zeit gekommen. Bevor man an die Angelegenheit der Succession hier denken kann, muß die Regierung hier geändert werden. Sie werden bemerken, daß alles in Wirrwarr, daß die Königin, die Deutschen insgesammt, ja der Kaiser selbst verhaßt sind. Eben dieser Haß bewirkt, daß die Franzosen weit mehr angesehen sind als je zuvor." — Harrach erwiederte: er hoffe, man werde so gerecht sein, die Schuld von zwei oder drei Personen nicht auf die ganze deutsche Nation zu werfen. Namentlich der Kaiser, dessen Wunsch und Bestreben nur dahin gerichtet sei, dem Könige und der Nation beizustehen, habe an jenen Dingen keinen Theil. Montereux entgegnete: „Das ist alles ganz richtig; aber Sie sehen, wie es um Barcelona steht. Geht die Stadt verloren, so wird man hier die Schuld der Königin und ihrer Umgebung beimessen". — „Ich sehe die Gefahr für Barcelona noch nicht so groß an, erwiederte Harrach. Aber angenommen es sei, so kann doch der Königin die Verantwortlichkeit nicht beigemessen werden, weil sie ja doch nicht die Regierung führt." — „Wollte Gott, es wäre so!" — entgegnete Montereux. Harrach fuhr fort, aus dem Verlaufe der letzten Jahrzehnte darzulegen, daß die Anklagen gegen die Deutschen nicht begründet seien, am wenigsten gegen den Kaiser, der sich nicht in die Angelegenheiten Spaniens mische. „Aber warum sind Sie denn gekommen?" — fragte Montereux wieder. „Die bessere Einrichtung der Regierung hier muß vorangehen, und dann erst kann die Regelung der Succession erfolgen." — „Aber, erwiederte Harrach, diese Angelegenheiten hängen nicht zusammen. Spanien selber hat für seine Erhaltung zu sorgen. Wenn Sie nicht in die französische Sklaverei gerathen wollen, so müssen Sie zuvorkommen." — „Gott bewahre uns vor Frankreich!" — fiel Montereux ein. — „Wen also, sagte Harrach, wollen Sie? — Der Kurprinz von Bayern ist gleichbedeutend mit einem französischen Prinzen. Er kann die spanische Monarchie wider Frankreich nicht vertheidigen. Demgemäß bleibt ja nur der Erzherzog." — „Ich sage nicht, antwortete Montereux, daß wir den Erzherzog nicht wollen. Aber vorher geht eine bessere Einrichtung der Regierung." — Harrach

erwiederte: „Dies steht nicht in meiner Hand. Zu diesem Zwecke bin ich nicht gesendet“ ¹⁾).

Die Unterredung zeichnet wie den Stand der Sache, so namentlich die schwierige Lage des kaiserlichen Botschafters. Die für die Succession des Kaiserhauses in Spanien thätigste Persönlichkeit war die Königin. Die Spanier dagegen von der Gesinnung des Grafen Montereux forderten von dem Kaiser als die Bedingung für diese Succession zunächst ein Eingreifen solcher Art in die spanische Regierung, daß es sich unvermeidlich gegen die Königin wenden mußte. Es drängte sich täglich mehr dem Grafen Harrach die Beobachtung auf, daß sehr viele Spanier ähnlich dachten wie Montereux ²⁾. Die Vorwürfe derselben gingen äußerlich gegen den Grafen Melgar, als Admiral von Castilien einer der ersten Würdenträger des Reiches, dessen die Königin hauptsächlich sich bediente. In Wirklichkeit war sie selber gemeint.

Für die Hereinberufung kaiserlicher Truppen war ein Beschluß des Staatsrathes erforderlich. Harrach drängte in die Königin, daß ein solcher erfolgen möge. Wir erinnern uns, daß am 25. Juni der König jenes Schreiben an den Kaiser abgefaßt. Drei Wochen später, am 13. Juli, war er noch zweifelhaft, ob er die Angelegenheit dieser Truppen vor den Staatsrath bringen solle. Die Königin handelte unterdessen in ihrer Weise. Sie sendete ihren Beichtvater, den Kapuziner Gabriel, an drei Mitglieder, den Cardinal Portocarrero, den Admiral von Castilien, den Grafen Aguilar, um im voraus ihre Zustimmung zu erwirken. „Es thut mir leid, erwiederte Harrach auf die Mittheilung des Paters, daß da, wo der König einen Beschluß des geheimen Rathes verlangt, man allemal vorher trachten muß die Gemüther zu gewinnen. Aber wenn doch, warum nicht alle? Warum nicht auch die anderen fünf?“ — „Es bedarf dessen nicht, erwiederte Pater Gabriel. Unter ihnen sind Balbaces und Mansera alt, die anderen drei, Montalto, Villafranca und Montereux so misgestimmt, daß man ihnen nie trauen darf.“

Die Nachrichten von Barcelona meldeten die steigende Gefahr. Am 15. Juli erfolgte der Beschluß des geheimen Rathes von Spanien:

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 191 u. f.

²⁾ A. a. O. S. 193. Vom 7. Juli. Fast die meisten, sagt Harrach.

der Kaiser sei um Truppen zu ersuchen. Man war also um einen Schritt weiter gekommen, und dennoch nicht viel; denn der Beschluß war nur erst allgemein gefaßt. Die Königin schien damals den Cardinal Portocarrero gewonnen zu haben, indem sie seinem Neffen, dem Grafen Palma, die Ernennung zum Grande von Spanien zubrachte. Portocarrero weinte vor Freude. Der König ernannte ihn zum Commissär der Unterhandlung mit Harrach über die Zahl der Truppen. Dann jedoch verrann abermals ein Tag nach dem anderen. Harrach drängte. Portocarrero wich aus. Der König, erwiderte er, habe noch keinen Entschluß gefaßt.

Es ward August. Die Bedrängnis von Barcelona stieg. Die Blicke der Belagerten späheten hinaus auf das Meer. Es war vergeblich: eine englische oder holländische Flagge tauchte dort nicht wieder empor. Vendome ließ den Belagerten entbieten: er bedauere die schöne Stadt, die tapfere Besatzung, die ihrem König getreue Bürgerschaft. Aber seine Mienen seien fertig. Man möge kommen, sie ansehen und dann sich entschließen, ob man die Wirkung derselben abwarten wolle. Die Besichtigung hatte den gewünschten Erfolg, zumal da die in Aussicht gestellten Bedingungen nicht ungünstig waren. Barcelona capitulirte. Am 15. August zog der Landgraf Georg mit 8000 Mann aus.

Die günstigen Bedingungen waren von französischer Seite deshalb um so leichter zugestanden, weil der Ausgang der letzten Beredung zwischen Portland und Boufflers, vom 2. August, die Sicherheit gewährte, daß Frankreich zum Frieden mit England und Holland gelangen könne. Die Absicht Barcelona zu behalten, würde nicht der Politik Ludwigs XIV. entsprochen haben. Dagegen entsprach derselben der vorüber gehende Besitz der Stadt, nur zu dem Zwecke, um sie zurückgeben zu können, dadurch bei Spanien sich einen Dank zu erwerben, und dennoch dem Kaiser und dem Reiche gegenüber dies Zurückgeben in Anrechnung zu bringen ¹⁾.

Obwohl dieser Verlauf noch nicht sofort vorlag, so doch auf jeden Fall die Erkenntnis, daß der Fall von Barcelona ein schwerer Schlag war für die Sache des Kaiserhauses in Spanien. Abermals wie früher ward der Vorschlag der Neutralität für drei Monate mit

¹⁾ Bericht des Grafen Harrach vom 30. August.

Frankreich erwogen, also ohne Rücksicht auf die Friedens-Handlung in Rhsmnd. Portocarrero war eifrig dafür, Montereü dagegen. Es gelang sie abzuwenden. Harrach sprach dem letzteren seinen Dank aus und bemerkte: wenn Spanien die Neutralität einging, so müsse es entwaffnet bleiben. Dann würden wider den Willen des Königs die Franzosen einen der Söhne des Dauphins hereinbringen. „Nun, erwiederte Montereü, so würde er sich spanisch kleiden.“ — „Nicht doch, erwiederte Harrach, vielmehr würden Sie Alle sich französisch kleiden. Jene würden die unumschränkten Herren sein.“ — Montereü dagegen knüpfte an seine früheren Aeußerungen an. „Ich habe Ihnen, sagte er, am ersten Tage gesagt, daß Ihre Hierherkunft übereilt sei. Die meisten Spanier und auch ich — wir sind der Ansicht, daß Sie die Schuld tragen an dem Verluste von Barcelona. Wären Sie nicht gekommen, so würden die Franzosen diesen Angriff auf Barcelona nicht unternommen haben. Denn, da sie in der Kriegeszeit hier nicht wie der Kaiser unterhandeln konnten: so haben sie Ihre Tractaten über die Succession mit den Waffen durchkreuzen wollen.“ — „Dies ist möglich, erwiederte Harrach; allein erwägen Sie selbst, ob der Kaiser nach der schweren Krankheit des Königs im vorigen Herbst noch länger zuschauen und die Sache unangeregt lassen durfte. Denn, stirbt der König, wie jetzt die Dinge liegen, so hat der Kaiser von dieser Succession nichts zu hoffen.“ Montereü erwähnte: man habe auch von der Berufung der Cortes geredet. Er sei dawider. Denn jeglicher Schritt solcher Art biete für Frankreich den Anlaß zu der Vermuthung, daß man von der Succession handeln wolle, und ziehe dadurch die französischen Waffen gegen Spanien heran. „Das einzige Mittel, erwiederte Harrach, ist sich in wehrhaften Stand zu setzen. Wenn Sie sich vertheidigen können: so wird Frankreich die Berufung der Cortes ruhig geschehen lassen.“

Es handelte sich nur um 8000 bis 10,000 Mann, oder genauer nicht einmal um diese selbst, sondern um die Mittel für den Unterhalt derselben. Denn die Frage, ob Spanien aus der eigenen Bevölkerung ein solches Heer errichten könne, wurde höchstens gestreift, und dann sofort verneint. Also kam es auf kaiserliche Truppen an. Die Mitglieder des geheimen Rathes von Madrid bezweifelten, ob der Kaiser eine solche Truppenmacht entbehren könne. Harrach erwiederte, der

Kaiser habe 104,000 Mann unter den Waffen. „Aber sie sterben vor Hunger,“ erwiderte man. „Ich leugne nicht, sagte Harrach, daß der doppelte Krieg in Ost und West, der erstere seit nun fünfzehn Jahren, uns hart mitgenommen hat. Aber Frankreich gegenüber haben wir lediglich die Stadt Philippsburg im Beginne des Krieges eingebüßt, und unsere Leistungen gegen die Türken sind Ihnen bekannt.“

Einen anderen Einwurf erhob Portocarrero. „Der Kaiser, sagte er, ist uns fern, und wir wissen nicht, ob die Engländer und Holländer eine solche Truppenzahl, wie wir bedürfen, überführen können oder wollen.“ — „Aber, entgegnete Harrach, hoffen wir es doch wenigstens, bis wir es wissen; denn damit ist ja gar keine Gefahr verbunden. Der Feind, obwohl erfolgreich in Catalonien, ist doch auch abgemattet, kraftlos, nicht mehr fähig zu einer anderen Unternehmung. Geben wir ihm eine solche Furcht zu erkennen: so wird er nicht mit der Neutralität sich begnügen, so wird er die Succession in der Monarchie fordern, und einen Enkel schicken, der noch bei Lebzeiten des Königs die Krone begehrt.“ So am 24. August.

Harrach schüttete seine Klagen vor der Königin aus. Sie konnte dieselben nur vermehren. Jene Rätke fürchteten sich vor Frankreich. „Aber der König, sagte die Königin, fürchtet sich nicht bloß vor Frankreich, sondern auch vor seinen Ministern und Dienern. Hat er einen Entschluß gefaßt, so kommen Andere, die ihm denselben wieder ausreden. Ich sehe, daß alles über und über geht.“ Harrach deutete hin auf die Junta, den Ausschuß, den der König zur Berathung der Vertheidigung niedergesetzt. Diese Junta, deren Mitglieder Portocarrero, der Admiral von Castilien, Montalto, sei die Wurzel alles Uebels. Die Königin stimmte ein: der erste sei undankbar, der zweite unzuverlässig, der dritte offen ihr Feind. Harrach benutzte die Gelegenheit abermals den Namen Dropesä anzuregen. Der Graf Aguilar, sagte er, das vierte Mitglied der Junta, gehe mit dem Plane um, den Grafen Dropesä wieder herzubringen. Er rieth: die Königin möge es thun, möge sich dafür die Dankbarkeit Dropesas sichern, welcher verspreche dem Kaiser wohl zu dienen. Die Königin lehnte ab. Sie könne niemals Vertrauen zu ihm haben, und seine Frau sei noch schlimmer als er. „Wenn aber ja doch, versetzte Harrach, sonst alles verloren ist: so müßte man ihn betrachten, wie ein Brechmittel in

schwerer Krankheit. Man nimmt es, weil man genesen will.“ Die Königin beharrte bei ihrer Weigerung ¹⁾).

Jeder Tag brachte dem Grafen Harrach neue unerfreuliche Wahrnehmungen. Er befragte den Pater Matilla, den Beichtvater des Königs. Dieser erkannte offen an, daß der Mangel an Entschluß bei dem Könige die hauptsächlichste Schuld des Wirrwarrs trage. „So reden sie alle, fügt Harrach hinzu; aber Niemand legt Hand an um ein Heilmittel zu finden. Man zuckt die Achseln und schweigt.“ Er redete mit Don Cotes, dem Präsidenten der Hazienda, über die Einkünfte des Königs. „Sie reichen nicht, erwiederte Cotes, und werden noch dazu übel verwaltet. Es gäbe noch Mittel uns vom Untergange zu retten; aber ich sehe nicht, daß man sie ergreift oder sonst zu helfen verlangt.“ Harrach begab sich zu dem Grafen Aguilar, an dessen Gesinnung für den Kaiser nicht zu zweifeln stand. Sie sahen beide die kommende Parteibildung voraus. Auf der einen Seite werde der Cardinal Portocarrero mit seinem Anhang stehen, und mit demselben zugleich alle Widersacher des Admiral von Castilien; auf der anderen Seite dieser selbst, gestützt durch die Königin. „Zur Zeit, sagte Aguilar, schmeicheln wir uns mit der Hoffnung auf den Frieden. Wenn wir ihn haben, so wird Keiner auf die Anstalt zu einer Gegenwehr bedacht sein. Wir werden ausruhen wollen und alles in der größten Gefahr belassen. Die Monarchie geht zu Grunde und fällt durch sich selber in die Hände der Franzosen. Wir sehen es. Wir erkennen es. Aber Niemand denkt daran es zu hindern“ ²⁾).

Die Nachricht des Falles von Barcelona traf im Haag ein. Es kam zugleich die andere, daß die Unternehmungen des französischen Admirals Pointis in Westindien für ihn glücklich abgelaufen, daß er von dort her reiche Beute nach Brest heimgebracht. Diese Erfolge machten die Stellung Frankreichs noch ungünstiger.

Im Laufe des Monates August fanden verschiedene Beredungen der kaiserlichen Botschafter mit den französischen statt, unter dem

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 207 u. f.

²⁾ A. a. O. S. 211. Vom 3. September.

Vorsitze des Vermittlers Lilienroth. So am 17. August. Der erste Artikel der kaiserlichen und reichsständischen Gesandten betraf eine Entschädigung für die Unglücklichen, welche durch die französische Grausamkeit im Winter von 1688/9, also vor der formellen Kriegserklärung, um Hab und Gut gekommen. Die Franzosen erwiederten: *que c'était un malheur de guerre, et que la guerre et la compassion ne marchaient pas ensemble*. Bevor man solche Forderungen aufstellen dürfe, müsse man erst Paris sehen: sie würden nicht das Geringste erzeuhen¹⁾.

Wie in Betreff dieses ersten Artikels, so wesentlich auch in Betreff der anderen. Man einigte sich nicht. Das Drängen der Verbündeten in die Kaiserlichen auf die Annahme der französischen Vorschläge wurde täglich stärker. Die französischen Botschafter ließen offen verlauten, daß, nach dem Ablaufe des 31. August, der König die Stadt Straßburg nicht mehr geben werde. Es stieg gegen die Kaiserlichen der Verdacht empor, daß sie den Termin verstreichen lassen wollten, damit dann der Kaiser scheinbar gezwungen würde, das ihm persönlich ungleich vortheilhaftere Aequivalent zu nehmen. Man sprach ihnen diesen Verdacht offen aus. Die Botschafter meldeten es dem Kaiser. Sie erhielten die Vollmacht sich vor dem Ablaufe des Monates August zu erklären²⁾.

Die Besorgnis des Königs Wilhelm III., der sich den Monat August hindurch im Schlosse Loo befand, war im Steigen, namentlich nach dem Empfange jener beiden Nachrichten von Barcelona und den Erfolgen des Pointis. Er gab dieser Besorgnis Ausdruck in einem Briefe an Heinsius. „Es ist mir unbegreiflich, sagt er am 25. August, daß die Franzosen, nachdem sie selbst den Termin des 31. August gesetzt haben, nun nicht im Stande sind, vorher über alles abzuschließen. Ihr Zaudern sich über die Rückgabe von Barcelona zu erklären, wo sie doch wissen, daß ohne diese Rückgabe der Friede unmöglich, ist ein klarer Beweis, daß sie einen Plan im Hinterhalte haben. Entweder wollen sie für die Rückgabe Barcelonas von den

¹⁾ Theatrum Europaeum Bd. XV, S. 179. — Neuhaus: Der Ryswycker Friede u. s. w., S. 198.

²⁾ Die Collectiv-Berichte vom 6., 13., 27. August.

Spaniern unstatthafte Bedingungen heraus pressen, oder sie legen es darauf an, daß der von ihnen selber gesetzte Termin verstreiche.“ Diese letztere Seite der Alternative gewinnt in dem Könige die Oberhand. „Ihre Absicht dabei ist, dann freie Hand zu haben, neue Bedingungen vorzuschreiben“ ¹⁾).

Aber es liegt die Frage nahe, welchen Erfolg der König bei dieser eigenen Erkenntnis sich von seinem und der Holländer Drängen in die kaiserlichen Botschafter versprechen konnte. Nicht dahin war der Druck zu richten, sondern auf den König von Frankreich. Diesem gegenüber freilich war ein Druckmittel nicht mehr vorhanden. Die Besorgnisse, welche der König seinen Vertrauten Heinsius und Portland gegenüber nicht verhehlt, waren nur allzu sehr begründet. Aber sie waren es, weil Wilhelm III. selber den König von Frankreich zum Herrn der Situation gemacht.

Obwohl die kaiserlichen Botschafter officiell die Stellung des Termines nicht anerkannten, so wollten sie dennoch nicht den Bundesgenossen einen Anlaß geben zu dem Vorwurfe, daß sie ihn hätten verstreichen lassen. Ihrer Vollmacht gemäß reichten sie am 30. August dem Vermittler eine Schrift ein. Diese enthielt nicht die Annahme des französischen Vorschlages vom 20. Juli, sondern die Erklärung, daß die kaiserlichen Botschafter im Namen von Kaiser und Reich die von Frankreich wiederholt dargebotene Basis der Friedensschlüsse von Münster und Nymegen, mit der Rückgabe der Stadt Straßburg, nochmals annähmen ²⁾).

Am 31. August erschienen die beiderseitigen Friedens-Botschafter im Schlosse zu Ryswyck. Der Vermittler Pilienroth eröffnete den französischen Botschaftern die kaiserliche Erklärung. Sie nahmen sie nicht an. Die holländischen und die spanischen Botschafter verlangten darauf Erstreckung der Frist, die mit dem Tage abließ. Sie seien bereit, sagten sie, sofort zu unterzeichnen, wenn nur dem Kaiser der Beitritt auf Grund der französischen Präliminarien für eine gewisse Frist offen gehalten würde. Die Franzosen wiesen das Verlangen zurück. Der Befehl des Königs, erwiederten sie, laute in bestimmter

¹⁾ Grimblot t. I, p. 99.

²⁾ Die Erklärung in Actes de la paix de Ryswick t. III, p. 35.

Weise entgegen. Eilienroth ging ab, ging zu, von der einen Seite zur anderen, bittend, mahnend, damit an dem Tage der Friede gemeinsam geschlossen würde. Es war vergeblich. Er brach den französischen Botschaftern gegenüber in die Worte aus: ihr Verfahren werde den Fluch Gottes und der Menschen auf sie herabziehen. Sie schwiegen ¹⁾).

Die eifrigsten zum sofortigen Abschlusse waren die Spanier Quiros und Tirimont. Die Instructionen, die sie erhalten, waren für den ersteren nicht bloß dringend, sondern drohend. Es war ein merkwürdiger Umschwung gegen früher. Um Spaniens, um der Forderung willen, welche der spanische Staatsrath erhob auf die Herstellung des pyrenäischen Friedens, hatte der Kaiser, indem er auf Grund der Allianz von 1689 für Spanien eintrat, von dem Könige Wilhelm III. und der Republik in den früheren Jahren manches herbe Wort vernehmen müssen: nun war es dahin gekommen, daß selbst die Holländer den übermäßigen Eifer der Spanier zum Frieden um jeden Preis zurückhalten mußten, damit nicht geradezu ein Sonderfriede heraus kam. Dies war um so gefährlicher für Alle, weil die hauptsächliche Armee der Verbündeten, die englisch-holländische, in Belgien stand, auf dem Boden des Königs von Spanien. Es gelang die beiden Botschafter zurückzuhalten. Es ward am 31. August nichts unterzeichnet.

Beim Ausbruche aus Ryswyck am Abend sagte Harlay zu Eilienroth: „Obwohl wir uns verhalten, wie es gemäß unserer Instruction unsere Pflicht: so folgt daraus noch nicht, daß wir morgen einander die Hälse zu brechen haben. Vielmehr werden wir unsererseits uns so erklären, daß hoffentlich Sie als Vermittler und auch die Verbündeten damit befriedigt sein werden“.

Am 1. September versammelten sich die Botschafter abermals in Ryswyck. Die drei Franzosen erschienen bei dem Vermittler. Da der Kaiser, erklärte Harlay, die Neutralität in Catalonien verhindert, da er dadurch die Schuld trage an der Belagerung von Barcelona, an dem großen Blutvergießen um diese Stadt: so sei es billig, daß

¹⁾ Im Collectiv-Berichte der kaiserlichen Botschafter vom 2. September: Daß er zuletzt der französischen Gesandtschaft Gottes und der Menschen ungezweiften Fluch nicht so sehr angewünscht, als verkündiget.

Frankreich Straßburg zurück behalte. Dafür biete es Freiburg, Breisach und Philippsburg als Aequivalent. So bald der Kaiser darein willige, werde Frankreich sich bereit erklären zur Rückgabe von Barcelona an Spanien. Harlay überreichte zugleich eine Denkschrift mit diesen Vorschlägen. Die Schrift versicherte, daß die einzige Richtschnur der Politik Ludwigs XIV. damals wie immer sei, die Leiden der Christenheit zu enden. Sie setzte für die Annahme dieser Vorschläge abermals einen Termin, bis zum 20. September¹⁾.

Der Vermittler erwiederte sogleich: er müsse darauf hinweisen, daß eine so eingeschränkte Frist für den Kaiser und die Reichsstände bei der Entfernung nicht ausreiche. Jedoch wolle er die Schrift den Verbündeten antragen. Er ging hinüber.

Der Graf Kaunitz weigerte die Annahme. Der Vermittler bat, wenigstens Kenntniß davon zu nehmen. Kaunitz willigte ein, unter der Bedingung, dann die Schrift zurückzugeben. Es geschah. Bevor Vilenroth zurücktrat, erklärte Graf Pembroke, daß der König von England keinesweges gesonnen sei, die Stadt Straßburg bei Frankreich zu belassen²⁾. Kaunitz fügte hinzu, daß Kaiser und Reich beharrten bei der Erklärung vom 30. August. Auch die Holländer ihrerseits bemerkten: als Basis seien gesetzt die Friedensschlüsse von Münster und Nymegen. Mit diesen jedoch sei die neue französische Erklärung vom 1. September in vielen Punkten unvereinbar. Die Spanier sprachen ihre Furcht aus vor den Fortschritten von Catinat gegen Dudenarde, vor denjenigen Vendomes in Catalonien. Die anderen Botschafter glaubten zu erkennen, daß, wenn Frankreich die Rückgabe Barcelonas sofort und unbedingt zugesagt, Quiros und Tirimont alles Andere unterzeichnet hätten.

Die Absicht, in welcher Ludwig XIV. durch den Vorschlag vom 1. September die sehr entlegenen und verschiedenen Städte Straßburg und Barcelona an einander gebunden, war unzweifelhaft wohl überlegt: es war diejenige des Aufreizens und Hekens der Spanier wider

¹⁾ In den Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 48. — Für das Andere der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September.

²⁾ So ausdrücklich der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September. Man vergleiche dazu auch den Bericht von Lord Villiers vom 3. September, bei Grimblot t. II, p. 105.

den Kaiser. Um dieser Absicht willen wurde jedoch der andere Vortheil preis gegeben, der für Frankreich erwachsen wäre aus dem sofortigen Abschlusse mit Spanien allein. Denn an Barcelona gelang es den anderen Verbündeten im Schlosse zu Rhywyl die Spanier zurückzuhalten ¹⁾.

Heinsius drängt in seinem Berichte an den König den französischen Plan kurz zusammen. „Der Ausgang, sagt er, hat klar dargethan, daß die Franzosen keinen Abschluß wollten vor dem Ablaufe des Termines. Darum haben sie gezaudert sich über Barcelona auszusprechen, darum diese Sache mit der allgemeinen verknüpft. Da sie nun ihren neuen Termin auf den 20. September setzen: so ist evident, daß ihr einziger Zweck dabei ist die Einwilligung Ew. Majestät und der Republik zu erlangen, um dann die Kaiserlichen zur Annahme des Aequivalentes für Straßburg zu zwingen“ ²⁾.

So Heinsius am Abende desselben Tages. Unzweifelhaft war der französische Plan hier richtig gezeichnet. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Franzosen gehofft haben, gleich am 1. September damit durchzudringen. Denn dies ergibt sich aus einer Unterredung zwischen Vilienroth und Harlay. Jener hielt diesem das Unrecht des französischen Verfahrens vor. Harlay fand sich in die Enge getrieben. Er gestand zu, daß der französische Hof wieder den hochmüthigen Ton anschlage, dessen er seit dem Tode von Louvois sich mehr enthalten. Er könne sich jedoch nicht denken, sagte er dann, daß England und Holland sich entschließen würden, den Krieg fortzusetzen um Straßburgs willen. „Es handelt sich hier aber nicht bloß um Straßburg, erwiederte Vilienroth, sondern um die Frage, ob die Mächte gestatten dürfen, daß man sich losjagt von den Erbietungen, welche man selbst gemacht.“ Vilienroth war dem Harlay gegenüber der Ansicht, daß die Seemächte entschieden festhalten würden ³⁾.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß Vilienroth als Schwede einen solchen Ausgang der Sache wünschen mußte. Denn dem Könige von Schweden als dem Mit-Garanten des westfälischen Friedens lag

¹⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 2. September.

²⁾ Grovestins t. VI, p. 624.

³⁾ A. a. O. p. 624.

die Verpflichtung ob, die Stadt Straßburg dem Kaiser und dem Reiche zu erhalten, und demgemäß hatte der Kaiser, zugleich mit der Erklärung vom 30. August in Ryswyck, in Stockholm die Forderung der Garantie erneuert ¹⁾).

Allein wir haben auch mehr als einmal Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, daß Vilienroth als Vermittler des Friedens seiner hohen Aufgabe gerecht zu werden trachtete. Das geschah namentlich in der anderen Angelegenheit, an sich nicht minder schwierig als derjenigen von Straßburg, derjenigen der Herstellung Lothringens.

Es war schon wiederholt der Gedanke angeregt, daß diese Sache leichter zu schlichten sein würde, wenn man mit ihr eine Heirath in Verbindung bringe, diejenige des ältesten Prinzen von Lothringen mit der Prinzessin von Orleans, der Nichte Ludwigs XIV. Vilienroth versicherte sich durch die kaiserlichen Botschafter der Zustimmung in Wien und in Innsbruck. Dann schrieb er an die Herzogin von Orleans, Elisabeth Charlotte. In Frankreich herrschte damals die Meinung, daß nach geschlossenem Frieden der König Wilhelm III. um jene Prinzessin anhalten würde. Irgend welche Thatsache für dies Gerücht liegt nicht vor, und die Mutter Elisabeth Charlotte, obwohl sie es gewünscht hätte, glaubte selber nicht daran ²⁾. Sie ging daher ihrerseits auf den Vorschlag von Vilienroth ein, und brachte ihn zur Kunde des Gemahles, des Herzogs. Dieser legte ihn dem Könige vor. Ludwig XIV. verwies die Sache an seine Friedens-Botschafter in Delft. Mit anderen Worten: er nahm im Principe an, so daß Vilienroth mit den Botschaftern nur noch die Modalitäten festzustellen hatte ³⁾.

So sank diese Angelegenheit, Jahre hindurch einer der schwersten Steine des Anstoßes für den Frieden, geräuschlos unter, um in der Stille erledigt zu werden. Das Verdienst des Vermittlers dabei war doppelt. Er hatte tactvoll einen Weg des Ausgleichs eröffnet, der die Zustimmung aller Betheiligten fand. Er hatte eben durch diesen Weg

¹⁾ Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 38.

²⁾ Ihr Schreiben an die Kurfürstin Sophie, vom 8. August.

³⁾ Bericht von Heinsius an den König, vom 11. September, bei Grovestins t. VI, p. 625.

für Ludwig XIV. die Bahn geebnet, das langjährige Unrecht gegen das Haus Lothringen einigermaßen zu tilgen, ohne dafür einen Zwang von außen her anzuerkennen.

Nicht mehr Lothringen, sondern wesentlich nur noch Straßburg war im September 1697 der Kern der Friedensfrage.

Auch Heinsius sprach dem Könige aus, daß eine Unterzeichnung des Vertrages am 31. August, ohne Rücksicht auf die Kaiserlichen, ein Uebermaß von Feigheit gewesen wäre. Dann wäre Straßburg jedenfalls verloren. Nun, meinte er, sei es noch zu retten¹⁾.

Der König Wilhelm III. weilte in Roo, mit Spannung harrend auf jede Post von Portland und Heinsius. Es kam die Nachricht, daß am 31. August nichts geschlossen sei. „Ich habe es leider vorhergesehen, sagte er. Wir bedürfen durchaus des Friedens; aber die Art und Weise, wie wir hinein gezwungen werden, ist schrecklich.“ Wenn denn Straßburg nicht erlangt werden könne, meint er, so müsse man den Botschaftern des Reiches diese bittere Pille möglichst zu versüßen trachten. So am Morgen des 2. September. Erst einige Stunden später erhielt er die Nachricht über das Auftreten der Franzosen am 1. September. „Ich sehe nicht ab, schreibt er an Portland, wie wir nach einem solchen Schriftstücke der Franzosen noch Frieden schließen können. Aber die Erklärung, die Sie mir anrathen, kann ich nur abgeben, wenn der feste Entschluß gefaßt ist für den Krieg“²⁾. — Es scheint also, daß der Rath Portlands conform gewesen ist mit der Aeußerung des Grafen Pembroke in Ryswyck. Darüber schwankt der König, und es ist sehr bemerkenswerth, welche Factoren dabei für ihn ins Gewicht fallen. „Ich kann über eine solche Erklärung keinen Entschluß fassen, fährt er fort, bevor ich die Ansicht der Generalstaaten kenne, so wie diejenige der Herren in Amsterdam. Dies also haben Sie zunächst zu erforschen und mir darüber dann Bericht zu bringen.“ Von England und den Ansichten dort über den Krieg oder den Frieden ist in dem Schreiben nicht die Rede.

Abermals also handelte es sich um Amsterdam. Dort indessen redete auch Frankreich ein Wort mit.

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 621. Vom 1. September.

²⁾ Grimblot t. I, p. 104. Vom 2. September.

Am 3. September trat Harlay zu dem Rathspensionär. Dieser hielt jenem vor, wie unbillig es sei zurückzuweichen von den eigenen Erbietungen. Heinsius glaubte einigen Eindruck gemacht zu haben. Harlay jedoch suchte dann den reichen Kaufmann Molo auf. Diesem sagte er: nach dem was er so eben vernommen, erkenne er wohl, daß nichts auszurichten sein werde. Gemäß seiner Vollmacht stehe es in seiner Hand sogleich die Erneuerung des Krieges zu erklären. Er halte es jedoch nicht für zweckmäßig, dies jetzt zu thun. — Die Worte waren nicht vergeblich gesprochen.

Molo eilte sofort zu einem Mitgliede des Gemeinderathes von Amsterdam, Namens Buys, und dieser wiederum zu Heinsius. Er eröffnete dem Rathspensionär, daß eine Fortsetzung des Krieges nicht stimme zu den Ansichten der Bürgermeister von Amsterdam. Vielmehr gehe die Meinung derselben dahin, daß, um neue Wechselfälle zu vermeiden, man das Aequivalent für Straßburg anzunehmen habe. Heinsius machte Gegenvorstellungen. Das Nachgeben in diesem Falle, sagte er, sichere nicht den Frieden. Vielmehr würde Frankreich abermals zurückziehen. Das einzige Mittel sei festes Auftreten. Dann fügte er hinzu: hernach könne man weichen. Buys bat die Sache dem Könige zu berichten ¹⁾.

Dies war auch so die Absicht von Heinsius. Er fügte seinen Rath hinzu, daß ein entschiedenes Auftreten des Königs Eindruck machen werde. Er hatte schon vorher den Grafen Portland aufgefordert, an Boufflers über die Sache zu schreiben. Er bat nun den König eine neue Zusammenkunft zu veranstalten, damit diese Sache, von der allein noch der Friede abhange, beigelegt werde durch die Vermittelung der beiden Könige.

Der Rath entsprach der eigenen Absicht des Königs Wilhelm. Portland erhielt den Auftrag, eine abermalige Zusammenkunft mit Boufflers zu suchen. Ludwig XIV. gestattete sie. „Wenn Bentind höflich ist wie bisher, schließt er sein Schreiben an Boufflers, so haben auch Sie sich zu verhalten gemäß den früheren Weisungen. Wenn er dagegen anmaßend auftritt, so haben Sie zu antworten mit aller mir gebührenden Würde“ ²⁾.

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 622. Heinsius am 4. September.

²⁾ Grimblot t. I, p. 109.

Es war ein Versuch, von welchem Wilhelm III., wie er selber zu Portland beim Abschiede sagte, einen Erfolg nicht erwartete. Und wahrlich mit Recht. Denn eben dieser Versuch legte ja nicht Zeugnis ab von einer Entschiedenheit des Willens, sondern von der Tendenz zur Nachgiebigkeit. Die Conferenz der beiden Generale zu Tubise, am 11. September, dauerte über vier Stunden. Der ausführliche Bericht des Marschalls Boufflers an den König von Frankreich läßt ersehen, daß Portland kein Moment außer Acht gelassen, welches dienlich sein konnte, das französische Unrecht in klares Licht zu stellen¹⁾. Aber es fehlte in seiner Beweisführung das einzige Wort, gewichtiger als alle Gründe: die Drohung der Fortsetzung des Krieges mit der gesamten Macht der Verbündeten. Den Worten Portlands stellte Boufflers seine Worte entgegen. Die Zusammenkunft verlief ohne Ergebnis. Und eben darum hatte sie das Ergebnis, die Ueberlegenheit der Position Ludwigs XIV. abermals zum unzweifelhaften Ausdrucke zu bringen.

Es war von seiner Seite dasselbe Verfahren, welches er so oft beobachtet. Er ging bis an die Grenze dessen, was das Bedürfnis und der Wunsch nach Frieden bei dem Schwächeren ihm zu verstatten schien. Mehr als einmal war dies Verfahren ihm fehl geschlagen, und der Anlaß zu dem ganzen ungeheueren Kriege hatte ja im Jahre 1688 aus einer solchen irrthümlichen Rechnung sich ergeben. Aber damals wandte Ludwig XIV. diese Rechnung an auf zwei Charaktere, für die er in sich keinen Maßstab besaß, auf den Papst Innocenz XI. und den römischen Kaiser Leopold. Eine ähnliche Rechnung war ihm abermals fehl geschlagen im November und December 1696, und zwar sogar gegenüber den Bürgermeistern von Amsterdam, nicht etwa weil in diesen sich ein Charakter kund gab ähnlich demjenigen des Papstes Innocenz XI. oder des Kaisers Leopold, sondern weil ihre Furcht vor der Fortsetzung des Krieges noch überboten wurde durch ihre Furcht vor der Herstellung des Königs Jacob in England. Vor dieser letzteren Furcht hatte damals Ludwig XIV. einlenken, hatte er zurückkehren müssen auf sein früher gegebenes Wort, sich für die Anerkennung Wilhelms III. schriftlich zu verpflichten. Im September 1697 rechnete Ludwig XIV. abermals auf die Kriegesfurcht der Kaufleute von

¹⁾ Grimblot t. I, p. 109 et suiv.

Amsterdam. Diese Kriegesfurcht ward damals nicht überboten durch eine andere Furcht: es stand ihr nur entgegen die Pflicht der Bundestreue für den Kaiser. Und darum erwies sich die Rechnung Ludwigs XIV. als richtig.

Diejenige Stimmung, welche die Kaufleute Molo und Buhs zuerst nur für sich persönlich dem Rathspensionär kund gethan, griff rasch um sich. Der Gemeinderath der Stadt Amsterdam entsendete eine Deputation an den König. Sie verlangte von ihm eine Erklärung, ein Versprechen in ihrem Sinne. Deshalb sah er sich in die Lage gesetzt, auf den Bericht des Grafen Portland zu erwiedern: „Wenn ich meiner eigenen Neigung folgte, so würde ich fest bleiben und keine Concession machen. Aber der Rathspensionär wird Ihnen die Erklärung vorlegen, zu welcher die Bürgerschaft von Amsterdam mich bewogen. Ich vermag daher nicht die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu entdecken, und ohne diese Mittel hat aller feste Wille keinen Werth. Ich habe große Besorgnis, daß wir überhaupt den Frieden machen müssen, wie Frankreich ihn uns auferlegt, es wäre denn, daß wir den Bürgermeistern von Amsterdam klar darthun können, daß Frankreich nicht den Frieden wünscht und fortdauernd uns täuscht. Obwohl man auch in England den Frieden eifrig ersehnt: so bin ich doch von dort her nicht in gleicher Weise besorgt. Aber freilich, Sie kennen das Parlament“ ¹⁾.

Die Worte des Königs geben zu erkennen, daß er für damals, während der Krisis selbst, nicht daran dachte, von England her Meinungen oder Urtheile einzuholen, die auf seine Entschlüsse bestimmend einwirken würden. Statt seiner versuchte es einer der englischen Friedens-Botschafter, Lord Villiers, in einer Weise, die nicht die Zustimmung des Königs gefunden haben würde. Zwar berichtet auch er, daß über das französische Abspringen von den Präliminarien Jedermann aufgebracht sei, und findet selber es nicht vernünftig. Dann jedoch entwickelt er weiter seine Meinung, moralisch auf gleicher Höhe mit derjenigen der Kaufleute von Amsterdam. Wie in den Augen dieser, so beschränkte sich auch in denen des Lord Villiers die ganze Krisis auf die Frage, ob der Kaiser und das Reich die Stadt Straßburg

¹⁾ Grimblot t. II, p. 12. Vom 14. September.

erhalten würden oder ein Aequivalent dafür. Alle anderen Fragen: diejenige der öffentlichen Treue im Völkerleben, des Zurückweichens vor der Drohung Frankreichs, der Zersetzung der Allianz durch dieses Weichen — kamen für den Lord Villiers nicht in Betracht. Er schildert dagegen die Noth der Kaiserlichen in Ungarn und fragt, ob man auf diese Bundesgenossen sich verlassen könne, ob England und Holland dafür die Last des Krieges wieder auf sich nehmen sollen, ob das Parlament dies thun werde für Straßburg, ob es bei einer solchen Zumuthung auch nur glauben werde an die ernstliche Absicht zum Frieden. Er bittet den Herzog von Shrewsbury, demgemäß seinen ganzen Einfluß beim Könige für den Frieden zu verwenden, fügt aber vorsichtig das Ersuchen hinzu, diesen seinen Brief zu verbrennen¹⁾.

Die Antwort des Staats-Secretärs ist sehr merkwürdig, nicht freilich durch die Höhe der politischen Anschauung. Shrewsbury steht darin mit Villiers ziemlich gleich. Er acceptirt die Meinungen desselben. Dann jedoch fährt er fort: „Wenn ich in irgend einer Weise einen Anlaß fände, so würde ich sicherlich meine Meinung in dem von Ihnen gewünschten Sinne geltend machen. Allein da mir niemals irgend etwas mitgetheilt ist, mit Ausnahme des Artikels von Boufflers, welchen Lord Portland mir zugestellt hat: so weiß ich nicht, wie ich mich der Impertinenz schuldig machen soll, mich in eine Angelegenheit von so geheimnisvoller Art einzudrängen“. Er weist dann hin auf den Zustand seiner Gesundheit, der ihm den Rückzug von den Geschäften zur Pflicht mache²⁾. Offener klingt einige Tage später seine Bitte an den Grafen Orford, den früheren Admiral Russell: „Bereitsen Sie mir zu meiner Freiheit: das ist die größte Wohlthat, die Sie mir erweisen können“. Es war unverkennbar nicht die Last der Geschäfte, welche diesen Staats-Secretär Shrewsbury nieder drückte.

Den Berichten von Hoffmann aus London gemäß ist allerdings anzunehmen, daß, wenn damals von England aus Kundgebungen über den Krieg oder den Frieden an den König gelangten, sie der Ansicht Shrewsburys entsprochen haben, daß es nicht im Interesse Englands liege, um einer oder zweier Städte willen für das Reich den Krieg

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 369. Vom 6. September (n. St.).

²⁾ A. a. O. p. 371. Vom 8./18. September.

fortzusetzen. „Es ist vergeblich, fügt er hinzu, ihnen klar machen zu wollen, welche europäische Wichtigkeit der Besitz von Straßburg für Frankreich hat“ ¹⁾).

In den Reichsständen dagegen schien seit dem 1. September ein größerer Eifer erwacht zu sein. Die Gesandten derselben im Haag traten wiederholt zusammen. Die am Schlusse des Jahres zuvor in Frankfurt errichtete Association lautete auf die Aufstellung eines Kriegsheeres von 60,000 Mann. Es war der Plan die Association über das ganze Reich auszubreiten, namentlich auch den Kaiser um den Beitritt für den Kreis Oesterreich zu ersuchen²⁾. Man durfte dessen im voraus sicher sein; denn der Kaiser hatte bereits damals alle Beschlüsse der Association gut geheißsen. Die Gesandten der Reichsstände baten den Grafen Auersperg, dem Könige dies kund zu thun, damit er sehe, daß er fester als bisher sich auf das Reich verlassen könne. Es geschah. Der König erwiderte kurz: „Wir vermögen nicht Krieg zu führen mit Frankreich auf und mit Papier, sondern mit Geld und guten Truppen“ ³⁾).

Die französischen Botschafter gingen unterdessen umher mit der Versicherung, daß Frankreich niemals die Stadt Straßburg wieder herausgeben werde, daß ihr König entschlossen sei eher das Aeußerste zu wagen ⁴⁾).

Es ist auffallend, daß dennoch der Rathspensionär Heinsius noch bis zur Mitte September sich der Hoffnung hingab, Frankreich würde weichen. Am 14. September begaben sich die Botschafter wieder nach Rhemynck. „Wir ließen, meldet Heinsius, durch den Vermittler die Franzosen befragen, ob sie sich an die Präliminarien halten wollten. Ihre Antwort lautete, daß sie am 1. September ihre Vorschläge gemacht, und darauf von uns die Antwort erwarteten.“ Der letzte Schlag auf diese Hoffnungen von Heinsius erfolgte am anderen Tage durch eine neue Erklärung der Stadt Amsterdam. Einer der Bürger-

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 13. September.

²⁾ Eingabe der reichsständischen Gesandten an die kaiserlichen Botschafter im Haag, vom 10. September.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 6. September.

⁴⁾ So zu Quiros am 9. September: qu'ils ne rendront jamais plus Strasbourg.

meister, Corber, und der uns bereits bekannte Buys, traten vor den Rathspensionär mit der Eröffnung, daß die Bürgermeister festhalten würden bis zum Ablaufe des von Frankreich gesetzten Termines, in der Voraussetzung jedoch, daß dann die Unterzeichnung erfolge. „Die Herren von Amsterdam, fährt Heinsius fort, wünschen, daß England und die Republik gemeinsam unterzeichnen. Sie haben mich ersucht, diesen ihren Wunsch Ew. Majestät kund zu thun. Denn sie halten den Frieden für unabweisbar, theils in Betracht der außerordentlichen Erfolge dieses Feldzuges für unsere Feinde, theils in Betracht der kritischen Lage der Verbündeten und der Entwerthung des Crediten in England. Ich sehe demnach nicht, daß uns etwas Anderes übrig bleibt als abzuschließen“ ¹⁾).

Am selben Tage sprach der König Wilhelm im Schlosse Voo zu dem Grafen Auersperg die Worte: „Straßburg ist für dies Mal verloren“ ²⁾).

Es lag vor Augen, daß der Kaiser und das Reich eine Stadt, welche sie mit Hülfe dieser Verbündeten nicht hatten wieder nehmen können, ohne dieselben gewis nicht erlangen würden. Es war demnach nur noch die Aufgabe der kaiserlichen Botschafter mit Hülfe von Holland und England wenigstens das Aequivalent möglichst stark zu machen ³⁾. Sie erklärten dagegen zu einem Abchlusse mit Frankreich am 20. September keine Vollmacht zu haben.

Weniger willig waren die Gesandten der protestantischen Reichsstände, unter denen der Brandenburger Schmettau vorantrat. Auf Straßburg zu verzichten, rief er, sei ein Verrath am Vaterlande. Lieber müsse man mit dem stärksten Nachdrucke den Krieg fortsetzen. So am Abende des 19. September in der Versammlung der Reichsstände ⁴⁾. Dies war eine andere Rede als einst bei der widerrechtlichen Occupation dieser Stadt der Kurfürst Friedrich Wilhelm geführt. (Vd. II, S. 381.) Aber auch die bisherigen Thaten von Brandenburg

¹⁾ Grovestins t. VI, p. 627.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 15. September.

³⁾ Collectiv-Bericht vom 17. September. — Vgl. das Schreiben von Heinsius vom selben Datum bei Grovestins t. VI, p. 627.

⁴⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 23. September. — Man vergleiche die Worte von Heinsius bei Grovestins t. VI, p. 627.

in dem Kriege hatten dieser Rede wenig entsprochen. Wir haben die öftere Klage des Kaisers vernommen, daß vom Jahre 1690 an die Brandenburger Truppen, obwohl der Kurfürst auch vom Kaiser Subsidien bezog, auch nicht Einmal zum Schutze des Rheines verwendet wurden. War denn nun Brandenburg völlig umgewandelt? Wir werden der Rede die That gegenüber zu stellen haben.

Am 20. September erfolgte, gemäß dem französischen Willen, die Unterzeichnung des Friedens. Bevor die englischen Botschafter sich nach Ryswyck hinaus begaben, erschienen sie einzeln bei den Kaiserlichen. Sie sprachen ihr tiefes Leidwesen aus, daß sie einen Schritt thun müßten, durchaus im Widerspruche mit ihrer eigenen Neigung. Die Kaiserlichen dagegen baten nur noch so lange die Unterzeichnung zu verschieben, bis sie die eben angelangte Resolution des Kaisers mit den reichsständischen Gesandten erwogen. Die Engländer wagten es nicht ¹⁾.

Die Verhandlungen zogen sich hin bis in die Nacht. Die Spanier wollten zuerst zeichnen. Die Franzosen gestatteten es nicht. Sie würden, erklärten sie, die Unterschrift der Spanier annehmen erst nach derjenigen von England und Holland. Die Engländer ihrerseits trugen Bedenken. Die Holländer also gingen voran ²⁾. Um Mitternacht vom 20. auf den 21. September unterzeichneten die Holländer, um 2 Uhr Morgens die Engländer, um 4 Uhr die Spanier.

Am Morgen des 21. eilte bei den Friedensgesandten von Munde zu Munde die Nachricht, daß in den Friedensschluß Englands und der Republik mit Frankreich auch Kur-Brandenburg aufgenommen sei. Die anderen Gesandten des Reiches stellten die Brandenburger zur Rede, wie eine solche That vereinbar mit den hochfahrenden Worten am Abende des 19. Schmettau und Dankelmann erwiederten, daß Brandenburg sein Reichs-Contingent jederzeit treulich leisten werde ³⁾. Dies Contingent bestand in 9000 Mann.

Für Kaiser und Reich handelte es sich zunächst, damit nicht die nun so sehr überlegene französische Macht sich gegen einen schwachen

¹⁾ Anlage IV.

²⁾ Actes de la paix de Ryswyck t. III, p. 101.

³⁾ Collectiv-Bericht vom 23. September. — Nach Neuhaus: Der Ryswycker Friede S. 256, haben Schmettau und Dankelmann auch geantwortet: die Mit-einschließung Brandenburgs sei ohne ihr Zuthun geschehen.

Punct wende, um einen Stillstand der Waffen mit Frankreich. Dies war die Forderung aller drei Mächte, unterstützt durch den Vermittler. Dennoch erhoben sich Schwierigkeiten. Erst am Abende des 21. September gelang es den sämtlichen Botschaftern in Ryswyck, die Franzosen zur Herausgabe eines Formulars zu bewegen. Don Quiros übersendete es sofort den Kaiserlichen, mit dem Drängen um Eile. „Die englischen und holländischen Botschafter, sagt er, ersuchen dieses Formular anzunehmen so wie es ist, und verweisen im anderen Falle auf die schlimmen Folgen, für welche sie jede Verantwortlichkeit ablehnen“ ¹⁾. Die kaiserlichen Botschafter fügten sich in das Unvermeidliche. Noch in derselben Nacht war das unterzeichnete Formular in den Händen der Franzosen, und dann ein Courier auf dem Wege zum Markgrafen Ludwig von Baden.

Im Laufe des 23. September machten die Kaiserlichen den Gesandten der Reichsstände die Mittheilung und verlangten den schriftlichen Beitritt. Die Brandenburger wandten ein, daß bei dieser Unterzeichnung nur durch die kaiserlichen Botschafter die Rechte der Reichsstände nicht gewahrt seien. Der Unwille der Anderen loderte empor. „Es ist unleidlich, riefen sie, daß Kur-Brandenburg, nachdem es sich selber völlig sicher gestellt, durch die Erregung eines solchen Zwistes das übrige ganze Reich geflissentlich der Gefahr preis geben will.“ Die Brandenburger verstummten. Das Reich trat dem abgeschlossenen Stillstande bei ²⁾.

Ueberblicken wir die Gesamtheit des Friedensschlusses vom 20. September 1697: so zeigt es sich als unverkennbar, daß Ludwig XIV., im Verhältnisse des Standes der Dinge von 1688, in der Sache vor jeder einzelnen der drei Mächte Holland, England, Spanien gewichen war.

Wir haben uns zu erinnern, daß im Jahre 1688 ein sehr wichtiges Motiv für die Republik zum feindseligen Auftreten wider Jacob II. entsprang aus der steigenden Bedrückung ihres Handels durch Frankreich. Nun, durch den Frieden von Ryswyck erhielten sie einen so vortheilhaften Handelsvertrag mit Frankreich, wie sie jemals besaßen.

¹⁾ Quiros an Kaunitz, 21. September, 8 Uhr Abends.

²⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 23. September.

Augenfälliger noch war das Zurückweichen Ludwigs XIV. vor Wilhelm III. Er hatte oft verkündet, daß er den Kampf führe für die Religion und das in der Person Jacobs II. geschädigte Königthum. Nun gelobte er durch einen feierlichen Vertrag, Niemanden, wer immer es sei, der sich gegen den König Wilhelm III. von Großbritannien erhebe, in irgend einer Weise zu unterstützen. Er hatte ihm einst das Fürstenthum Oranien genommen, hatte die Verwendung Jacobs II. zurück gewiesen, hatte erklärt, daß das Recht des Prinzen von Oranien anfechtbar sei. Von anderen Ansprüchen auf das Fürstenthum war nun nicht mehr die Rede. Ludwig XIV. gab es zurück.

Auders noch gegenüber dem Könige von Spanien. Eine lange Reihe von Städten und Ländern Karls II. war im Besitze Ludwigs XIV., darunter Luxemburg und Barcelona. Für die erstere hatte er ein Aequivalent geboten; die andere hatte er noch zuletzt in Compensation zu stellen gesucht gegen Straßburg. Er gab durch den Frieden von Ryswyck sie beide zurück.

Auch für Kaiser und Reich war Ludwig XIV. bereit, etwas von dem Genommenen zurück zu stellen, nur nicht was sie verlangten. Die sämtlichen drei Friedensschlüsse vom 20. September enthielten einen geheimen Artikel, kraft dessen für Kaiser und Reich bis zum 1. November der Abschluß auf Grund der französischen Erklärung vom 1. September offen gehalten wurde, also ohne Straßburg.

Der Venetianer Ruzzini, indem er bemerkt, daß in diesem Friedensschlusse Ludwig XIV. zum ersten Male zurückgewichen sei, charakterisirt ihn mit den Worten: „Der Vortheil Frankreichs bestand in dem geringeren Nachtheile, und der Nachtheil der Verbündeten in dem geringeren Vorthteile“¹⁾.

Der Vortheil also, welchen den Verbündeten nach einem mehr unglücklich als glücklich geführten Kriege dieser Friedensschluß brachte, war unleugbar. Und doch sehen wir eine rechte Freude nicht aufkommen. Die Form stand mit der Sache nicht im Einflange. In der Sache allerdings war der König von Frankreich gewichen, nicht jedoch in der Form.

¹⁾ *Fontes rerum Austriacarum*, Bd. XXVII, p. 385: *Può discernersi ch' il bene della Francia consiste nel minor male, et il male degl' Alleate nel minor bene.* — Im Jahre 1699.

Auf die Nachricht des Abchlusses schrieb Wilhelm III. von Voo aus an Heinsius: „Möge es Gott gefallen, den eben geschlossenen Frieden zu segnen, und durch seine Gnade lange zu erhalten! Aber ich bekenne, daß die Art und Weise, in welcher er zu Stande gekommen, mich mit bangen Besorgnissen für die Zukunft erfüllt.“ Stärker drückt sich Portland zu Shrewsbury aus. „Der Friede ist nicht zum Vortheile Frankreichs; aber wir konnten ihn besser haben, brauchten nicht das hochmüthige Gebahren Frankreichs seit dem letzten August uns gefallen zu lassen, hätten wir nicht das maßlose Verlangen, ja gar die Nothwendigkeit dieses Friedens offen an den Tag gelegt“ ¹⁾.

Der Grund dessen war, wie wir gesehen, die Abhängigkeit des Königs von dem guten Willen der Bürgermeister von Amsterdam. Wie neunzehn Jahre zuvor den Frieden von Nymegen, so hatte auch denjenigen von Ryswyck in dieser Form hauptsächlich die Stadt Amsterdam durchgedrückt. Jene Worte von Portland stimmen im Grunde genau zu den öfteren Klagen der kaiserlichen Botschafter. Auch in der Republik selbst vernahmen sie manche Urtheile, die mit dem Gange der Dinge zu Ryswyck nicht einverstanden waren. Indem sie dies berichten, geben sie zugleich die Richtschnur des eigenen ferneren Verhaltens an mit den Worten: „Wir haben uns beflissen den englischen und holländischen Botschaftern gegenüber uns so zu verhalten, daß wir zwar unsere Mißbilligung ihres einseitigen Abchlusses, der fast durchweg in diesen Landen getadelt wird, ihnen nicht verbergen, jedoch, da wir ihrer Hülfe noch bedürftig, nicht völlig mit ihnen brechen, sondern ihnen den Weg offen lassen mögen, desto eher wieder herbei zu kommen, und das zugefügte Unrecht durch andere Erweisungen wieder gut zu machen“ ²⁾. Sie glaubten eine solche Absicht aus den Reden Dijkvelts zu erkennen, mit welchem sie ein, wie sie hinzufügen, nicht allezeit sanftes Gespräch geführt. Auf die Andeutung von seiner Seite hatten sie erwidert, daß ihr nächster Wunsch sein würde, den Türkenkrieg durch das Zuthun der Verbündeten zu beenden.

Die Unterredung fand statt am 22. September. Die kaiserlichen Botschafter, die an diesem Tage im Haag einen solchen Wunsch

¹⁾ Beide Schreiben bei Grimblot t. I, p. 125.

²⁾ Collectiv-Bericht vom 23. September.

aussprach, wußten noch nicht, daß von dem fernen Osten bereits eine Kunde heraneilte, welche jenem Wunsche eine baldige Erfüllung verhieß.

Länger als sechs Jahre hindurch, vom September 1683 bis zum Ende 1689, war jegliche Botschaft aus dem Türkenkriege diejenige eines Sieges der kaiserlichen Waffen. Damals hoffte man auf einen ehrenvollen und vortheilhaften Frieden. Die Hoffnung mißlang, zu nicht geringem Theile durch das Schüren Frankreichs in Constantinopel. Wir haben damals das Wort Ludwigs XIV. zu dem Könige von Schweden vernommen, daß er den Krieg gegen die Allianz nicht bestehen könne ohne die Hülfe der Türken wider den Kaiser. Diese Hülfe ward ihm und blieb ihm. Mit dem Beginne des Jahres 1690 trat für den Kaiser die schreckensvolle Wendung ein. Die Siegesfluth des Osmanenthums rollte abermals von Osten nach Westen. Der Tag von Salankemen im Jahre 1691 setzte den Türken nur ein Ziel ihrer Fortschritte, stellte die früheren Erfolge nicht her. Dann schleppte der Krieg sich hin, schwerfällig, kostspielig, ohne Entscheidung. Die Türken wurden im Kampfe erhalten durch die Hoffnung auf den Wiedergewinn des Verlorenen, und nicht zum geringen Theile durch französische Mahnungen, und, je nach Bedarf, französisches Gold.

Die Türken hatten für Ludwig XIV. erhebliche Dienste geleistet. Auf seine Abmahnungen hatten sie mehr als einmal das Angebot der Friedens-Vermittelung von Seiten der Seemächte verworfen. Sie vertrauten darauf, daß eben so auch der König von Frankreich nicht seinen Frieden machen werde ohne sie. Aber nun gelangte, im Beginne des Jahres 1697, auch zu ihnen das Gerücht der Verhandlungen von Rhöwyck. Der Großwesir stellte den Gesandten Chateauneuf zur Rede. Dieser hatte einen schweren Stand. Er wandte sich fragend nach Versailles. Torcy stattete ihn aus mit einer sehr merkwürdigen Antwort, vom 19. Januar 1697 ¹⁾.

„Der allerchristlichste König, heißt es darin, versichert auf's neue dem Sultan seine Freundschaft. Allerdings hat der König begonnen,

¹⁾ Capefigue: Louis XIV., t. IV, p. 38. — La Lande: Histoire de l'empereur Charles VI, t. I, p. 30.

den Bitten der verbündeten Fürsten das Ohr zu leihen; aber im Grunde wird das alles auslaufen zum Vortheile für die hohe Pforte. Denn alle diese Anknüpfungen bezwecken von Seiten Frankreichs nur, einige Mächte von der Allianz loszureißen, wie vorher den Herzog von Savoyen. Dadurch hofft der König von Frankreich nach und nach die Allianz aufzulösen und die Macht seiner Feinde so zu schwächen, daß er sich in den Stand gesetzt sieht, alle seine Kraft wider den Kaiser zu wenden. Denn mit diesem wird der König niemals einen definitiven Frieden schließen."

Es lag Wahrheit in diesen Worten Ludwigs XIV. und seines Dieners, wenn auch nicht gegenüber den Türken.

Die Beredsamkeit, mit welcher Chateauneuf diese Gedanken in Constantinopel entwickelte, erhielt Nachdruck durch den Klang und Glanz von reichlich einer Million französischer Livres, bestimmt zur Vertheilung unter die geeigneten Persönlichkeiten. Die hohe Pforte war bereit, den Krieg fortzusetzen.

Auf kaiserlicher Seite dagegen fehlte bis dahin der rechte Führer. Im Jahre 1697 fand sich dieser Führer in dem Prinzen Eugen von Savoyen. Und dann erst gelang es, das Werk Carls von Lothringen fortzuführen und zu besiegeln.

Die Leistungen des Kurfürsten Friedrich August von Sachsen als Oberfeldherrn gegen die Türken in den Jahren 1695 und 1696 mochten immerhin in Wien das Vertrauen in seine Befähigung nicht gekräftigt haben: bei der beträchtlichen Anzahl Hülfsstruppen, die er stellte, und den Subsidien der Seemächte für ihn, konnte man sich von ihm nicht losmachen. Im Jahre 1696 hatte der Hofkriegsrath in Wien den alten Caprara ihm beigeordnet, also einen erprobten, früher selbständigen Feldherrn dem ungleich jüngeren Manne, dessen fürstliche Würde in den Augen Capraras die mangelnde Befähigung nicht ersetzte. Das Verhältniß hatte sich als unhaltbar dargethan. Vor dem Beginne des Feldzuges von 1697 handelte es sich um einen Ersatzmann für Caprara.

Und dann sehen wir durch eine merkwürdige Verkettung der Dinge rasch den Helden empor steigen, dessen Name für den Kaiser Leopold und seine Monarchie fortan für lange Jahre gleichbedeutend war mit Sieg nach Osten und nach Westen.

Der Verrath des Herzogs Victor Amadeus, so nachtheilig er der gemeinen Sache sein mochte, hatte für den Kaiser den besonderen Vortheil, den Prinzen Eugen von Savoyen von dort her verfügbar zu machen. Der Vorsitzende des Hofkriegsrathes, Graf Rüdiger von Starhemberg, empfahl dem Kaiser anstatt Capraras vor allen Anderen diesen erst zweiunddreißigjährigen General. „Denn unter denen, die in Vorschlag kommen können, sagt er, weiß ich Keinen, der mehr Verstand, Erfahrung, Application und Eifer für Ew. K. Majestät Dienst besäße, so wie ein so generöses und uninteressirtes Gemüth, auch die Liebe und den Respect der Soldaten.“ ¹⁾ Demgemäß ernannte der Kaiser den Prinzen Eugen zum Beigeordneten des Kurfürsten.

So im April 1697. Im Juni erfolgte die Königswahl in Polen. Durch die Annahme der Krone dort befreite Friedrich August die kaiserliche Armee von seiner Oberfeldherrnschaft. Bereits am 5. Juli übertrug der Kaiser dem Prinzen Eugen das selbständige Commando.

Die hauptsächlichliche Absicht des Kaisers Leopold war immer auf Belgrad gerichtet²⁾. Aber die Unsicherheit über das Ober-Commando war auch der Ausrüstung nicht günstig gewesen, und erst durch das nachdrückliche Eingreifen des Prinzen Eugen traten viele Schäden in der Heeresverwaltung recht ans Licht. Seine Berichte nach dem Eintreffen im Lager lauteten kläglich. Er fand an Mehl nur den Bedarf für vierzehn Tage, keinen Hafer. Es lagerte Getreide in Komorn und Ofen; aber es harrte der Schiffe, und die Schiffleute verlangten zuvor eine Sicherheit für die Fracht. „In der Kriegscasse, fügt Eugen hinzu, befindet sich kein Kreuzer Geld, so daß ich gezwungen bin tausend Gulden vom Grafen Herberstein zu leihen.“ Diese Lage der Dinge machte eine offensive Kriegsführung sehr schwer.

Dagegen kam den Kaiserlichen ein Aufstand in Asien zu statten. Bis zum 1. Mai befand sich noch kein Reiter aus Natolien diesseit der Meerenge. Dann jedoch sammelte sich das Heer bei Adrianopel und zog westwärts. Im August lagerte der Sultan Mustafa mit

¹⁾ Die Feldzüge des Prinzen Eugen, Bd. II, S. 410. Vom k. k. Generalstabe. Auch für das Folgende.

²⁾ N. a. D. S. 458. — Schreiben des Kaisers an den Prinzen Eugen, vom 22. September.

etwa 80,000 Mann bei Belgrad. Der Prinz Eugen stellte es sich zur Aufgabe, alle zerstreuten Streitkräfte an sich zu ziehen, namentlich auch diejenigen Rabutins aus Siebenbürgen, welcher die letzten Jahre hindurch wie selbständig operirt hatte. Der August ging zu Ende und Rabutin war noch nicht eingetroffen. Am letzten Tage dieses Monates schrieb der Prinz dem Kaiser: „Läßt mir der Feind nur noch einige Tage Zeit, bis ich die kaiserliche Armee völlig zusammen bringe: so lebe ich der Hoffnung, mit göttlichem Beistande dem Feinde sein Vorhaben allerdings sauer zu machen.“ Der Brief ist datirt aus dem Feldlager an dem Esisaer Moraste, drei Stunden herwärts von Zenta.

Der Feldherr mochte damals nicht denken, daß fast eben dort, wo er diese Hoffnung für den Kaiser niederschrieb, sie um beinahe vierzehn Tage später sich erfüllen sollte. Denn zugleich meldet er, daß er aufbrechen wolle nach Peterwardein, um daselbe zu decken. Am 2. September stieß das Corps Rabutins von Siebenbürgen her zu ihm. Dann begann der Marsch südwärts und dauerte vier Tage. Am letzten derselben, dem 6. September, brach die Armee auf eine Stunde vor Sonnenaufgang. In beständiger Fühlung mit der feindlichen Cavallerie, die bald hier, bald da angriff, marschirte die Infanterie bis 10 Uhr Abends. Zur Labung hatte sie wenig Morastwasser. „Ich kann, berichtet der Prinz Eugen dem Kaiser, nicht genug den guten Willen und den tapferen Muth der Armee loben. Ich glaube, daß auch nicht Einer war, der nicht mit Freuden den Feind erwartet hätte. Ob er vorn, ob in der Flanke uns neckte, brachte Niemanden in Verlegenheit. Ich rückte fort in aller guten Ordnung, und es blieb auch nicht ein einziger Mann zurück, obwohl der Marsch achtzehn Stunden dauerte.“

Was immerhin vorher die Absicht des Feindes sein mochte, bereits am zweiten Tage nach der Ankunft in der Nähe von Peterwardein, am 8. September, erhielt der Prinz Eugen die sichere Kunde, daß das türkische Heer, nach dem Uebergange über die Donau bei Belgrad, am rechten Ufer der Theiß stromaufwärts ziehe. Demnach war der Wahrscheinlichkeit gemäß die Absicht gerichtet auf Szegedin, welches nicht Einen Tag sich würde halten können, und von dort nach Siebenbürgen. „Darum, berichtet der Prinz Eugen dem Kaiser, kehre ich auch morgen wieder um und folge ihm auf dem Fuße.“

Der mühevollen Marsch der letzten Tage war also abermals zu machen, nur in umgekehrter Richtung, dies Mal von Süd nach Nord. Die Hoffnung der Türken war augenscheinlich darauf gerichtet, daß sie bei dem Vorprunge, den sie hatten, und mit ihren frischeren Kräften den Uebergang auf das linke Ufer der Theiß an irgend einer geeigneten Stelle vollbringen würden, bevor die ermatteten Kaiserlichen herankämen. Die geeigneten Fahrzeuge zum Zwecke einer Schiffbrücke fuhren die Theiß hinauf. Französische Ingenieure hatten den Bau zu leiten. Die Hoffnung des Prinzen Eugen dagegen war, auf die Türken zu treffen vor dem Uebergange oder während desselben.

Die Kaiserlichen marschirten den 9. September. Am Morgen des 10. berief der Prinz Eugen die Generale zum Kriegsrath, legte die Sachlage und seine Kundschaften dar und verlangte die Ansichten. Sie stimmten einmüthig für den Weitermarsch ohne Zeitverlust. So geschah es.

Die Strahlen der aufgehenden Sonne des 11. September beleuchteten das kaiserliche Heer abermals auf dem Marsche. Um 9 Uhr jedoch ließ der Feldherr rasten. Denn es war die Meldung eingekommen, daß der Sultan, auf die Kunde des Nachrückens der Kaiserlichen, nicht mehr den Marsch auf dem rechten Ufer der Theiß fortsetze, sondern eine Strecke unterhalb Zenta die Schiffbrücke habe schlagen lassen, daß zunächst die Cavallerie auf das linke Ufer übergehe, die Infanterie in der eilig aufgeworfenen Verschanzung stehe.

Da die Nachrichten Zweifel zuzulassen schienen, begab sich der Feldherr selber mit der Cavallerie voraus, bis auf eine Stunde von Zenta. Er erfuhr nur Bestätigungen. Der Feind war in vollem Uebergange begriffen, nicht ohne Verwirrung. Unterdessen kam auch die kaiserliche Infanterie heran. Eugen formirte die Schlachtordnung, den rechten Flügel geschlossen bis an die Theiß, den linken weit in das Feld hinaus. Nach vollendeter Aufstellung waren nur noch drei und eine halbe Stunde bis zum Sonnenuntergang. In voller Schlachtordnung marschirte die Armee vorwärts, auf die Verschanzung zu. Der linke Flügel der Kaiserlichen schwenkte völlig herum bis an die Theiß. Dort bot sich ihm die schwächste Stelle des Feindes, weil es sich erfand, daß von der Verschanzung bis zu dem inzwischen gefallenem Wasser ein freier Raum war von etwa vierzig Schritten. Ueber denselben hin drangen die Kaiserlichen den Türken in den Rücken.

„Die Verschanzung, meldet nachher der Prinz Eugen, war so fest und hoch, daß ich nicht begreife, wie die kaiserliche Infanterie hat hinüber gelangen können. Die Cavallerie ist mit der Infanterie an den Graben vorgerückt, hat dort das Feuer ausgehalten, und mit gestürmt wie die Infanterie, was ich die Zeit meines Lebens noch nie gesehen habe. Alsdann und als man in Folge des Angriffs von unserem linken Flügel her Lust bekommen, ist mit gesammter Gewalt Alles hinein gedrungen, und da war es nicht mehr möglich den Soldaten zu halten. Er hat fast Keinem Quartier gegeben, weder Pascha noch Offizier, so viel Geld sie auch boten.“

„Diese siegreiche Action hat sich geendet mit der Scheidung von Tag und Nacht, und hat sogar die Sonne selbst von dem Tage nicht eher weichen wollen, bis sie mit ihrem glänzenden Auge den völligen Triumph von Ew. K. Majestät gloriwürdigsten Waffen vollständig mit anschauen können.“

Und dann folgt die warme Anerkennung des Feldherrn für seine Armee. „Allergnädigster Herr, fährt der Prinz Eugen fort, den tapferen Heldengeist Ihrer gesammten Generale, Offiziere und Soldaten, kann meine schwache Feder nicht genugsam entwerfen, weniger denn sattfam loben und preisen. Und geruhen Ew. K. Majestät diese meine schuldige Contestation nicht aufzunehmen für das gewöhnliche Compliment, welches man pflegt bei allen glücklichen Actionen den Armeen zuzueignen; sondern ich muß es mit wahrer Gerechtigkeit bekennen und zum unsterblichen Nachruhm Ihrer unvergleichlichen Armee, als das geringe Haupt derselben, bezeugen: es sind zwar etliche, die Gelegenheit gehabt vor anderen sich auszuzeichnen; nicht ein Einziger aber ist insgesammt, welcher — so viel ich weiß — nicht mehr als seine Schuldigkeit gethan hätte. Dasselbe gilt von den verbündeten Truppen.“ Der Feldherr bat für seine Armee um die längst verheißene Zahlung.

Für sich persönlich erhielt er noch eine Anerkennung besonderer Art. Am zweiten Tage nach der Schlacht gelangte an ihn ein kaiserliches Schreiben vom 5. September. Er konnte darauf erwiedern mit den folgenden Worten: „Ich darf meine große Consolation bezeugen, daß Ew. K. Majestät nicht allein alle meine bisher gemachten Anstalten genehmigen, sondern auch dasjenige mir anbefehlen, was ich bereits

vollbracht, bevor das Schreiben Ew. K. Majestät mir behändigt wurde“¹⁾).

Der Hofkriegsrath hob auch nachher in seinem Berichte an den Kaiser hervor, daß er nichts auszustellen, sondern alles nur zu rühmen habe, besonders die vortreffliche Disposition des Marsches von Peterwardein auf Zenta. Die dankbare Gesinnung des Kaisers entsprach dem Geleisteten. Zur Bethätigung derselben fehlten die Mittel. Die siegreiche Armee litt auch nachher Noth und Kummer wie vorher.

Die türkische Infanterie war fast völlig vernichtet, die Artillerie verloren, die Cavallerie schwer geschädigt, der Sultan selber in rastloser Flucht auf dem Wege nach Constantinopel. Sein Siegel, welches der Großwesir am Halse getragen, überreichte der Prinz Eugen als eine Beute der seltensten Art einige Wochen später persönlich dem Kaiser. Die volle Bedeutung des Sieges nach dem Urtheile der Kundigen ergibt sich jedoch für uns erst aus den Worten des Generals Rabutin an den Grafen Kinsky. „Wenn nicht, sagte er, die Gnade Gottes die Augen der Feinde geblendet: so konnten Sie für den Winter in Wien nicht bleiben“²⁾. Nun war das anders. Aus der mühseligen Defensive langer Jahre auf dem eigenen Boden trat die kaiserliche Armee wieder in die Offensive, und eben darum stieg nun endlich die sichere Hoffnung empor auf einen baldigen ehrenvollen und vortheilhaften Frieden im Osten.

In diesem Sinne meldete der Kaiser Leopold den Sieg seinen Bundesgenossen, den Königen von England und Spanien. „Nicht für uns allein, schreibt er an den König Wilhelm, ist ja dieser Sieg errungen, sondern zugleich für die gesammte Christenheit, und namentlich für unsere Bundesgenossen. Daher lebe ich des Vertrauens, Ew. Liebden werden die Kunde mit derselben Freude aufnehmen, mit welcher ich immer die günstigen Nachrichten von Ihnen her begrüßt habe. Aber zugleich bekenne ich nicht wenig bekümmert zu sein, daß ich und das römische

¹⁾ Der Bericht in dem genannten Werke des k. k. Generalstabes, Bd. II, Supplementheft S. 61. — Ich bemerke dazu, daß schon Wagner in t. II, p. 346 diese Thatfache hervorgehoben hat, mit dem Hinzufügen, daß er nicht bloß in diesem Falle, sondern häufig eine merkwürdige Uebereinstimmung der Ansichten im Hofkriegsrathe mit denen im Hauptquartier gefunden hat.

²⁾ Arneht: Prinz Eugen, Bd. I, S. 458.

Reich von unseren besten Bundesgenossen, deren Wohlfahrt und Freundschaft ich höher geachtet als mein eigenes Interesse, nun so sehr verlassen zu sein scheinen, daß der Feind in unerhörter Weise, mit Ausschluß jeglicher Verhandlung, nicht so sehr harte Bedingungen vorschreibt, als vielmehr mir und dem römischen Reiche höchst unbillige Gesetze auferlegen will ¹⁾. Die Nachtheile, die daraus für das Gemeinwohl erwachsen, liegen so augenfällig vor, daß ich im Vertrauen auf die Einsicht und die Bundestreue Ew. Liebden die Abwendung derselben erhoffe."

So der Kaiser am 14. September, sofort nach der Ankunft des ersten Couriers von Zenta. Als das Schreiben in die Hände des Königs Wilhelm gelangte, hatte er dem Drucke der Bürgermeister von Amsterdam sich bereits gefügt. Am 20. war, wie wir vernommen, sein Friede mit Frankreich gezeichnet.

Der Gewinn, den nach dem Westen hin dieser Sieg für den Kaiser nach sich zog, war daher wesentlich nur moralischer Art. Abermals erlangen durch das gesammte Abendland, außer in Frankreich, die Sieges-Fanfaren über den gemeinsamen Feind der Christenheit, die Völker mahnend an den römischen Kaiser, dessen Beruf es war schützend vor dem Abendlande zu stehen. Der Haltung indessen des Königs von Frankreich in der Friedenssache zu Rhymond that das Unglück seines fernen Verbündeten unmittelbar keinen Eintrag.

Eine schwere Aufgabe dagegen erwuchs ihm in Betreff seiner Schützlinge in der Nähe, des unglücklichen Königspaares in St. Germain. Es war der Brauch des französischen Hofes, einen Theil des Herbstes im Schlosse Fontainebleau zuzubringen, und dahin auch jenes Königspaar einzuladen. Dort traf noch am 22. September der Courier der Botschafter von Rhymond ein. Demgemäß war es fortan eine

¹⁾ Interea vero, dum hujus eventus jucunditate fruimur, non mediocriter nos turbare fatemur, quod ab optimis Foederatis, quorum saluti et amicitiae commoda nostra privata lubentes hucusque posthabuimus, una cum Imperio Romano eo usque derelicti videamur, ut, secluso omni tractandi spatio, hostes inusitato inter Principes exemplo jam non tam conditiones duras proponere, quam iniquissimas leges Nobis et Romano Imperio dictare praesumant.

befiegelte Thatfache, daß Ludwig XIV. das Königthum Wilhelms III. anerkannte. Jacob II. mußte es erfahren, und zwar, den Umständen nach, nur von Ludwig XIV. selbst. Es geschah in einer eigenthümlichen Weise. „Ich bin gewis, berichtet Jacob II. dem Abte von La Trappe, daß Se. Allerchristlichste Majestät mehr bedrückt war es mir zu sagen, als ich es zu vernehmen. Er sagte mir, daß er alles thun würde was in seiner Macht liege, um mir den bitteren Trank zu versüßen. Allein wenn nicht der König der Könige mir die schuldige Ergebung in seinen Willen verleihe, so würde ich in der Angelegenheit nicht so frei athmen wie ich thue“ ¹⁾. Von dieser Anschauung Jacobs II. aus wandelten sich für ihn die Dinge. Nicht der König von Frankreich beklagte und tröstete ihn, sondern er beklagte und tröstete den König von Frankreich. Wie hoch auch dieser an intellectueller Begabung seinen unglücklichen Bruder von England überragte: so ist kaum anzunehmen, daß das Bewußtsein der Ueberlegenheit gerade in dieser Unterredung die Oberhand behalten habe über die Gefühle, welche bei den tröstenden Worten seines Schüglings in Ludwig XIV. sich regen mußten. Denn warum Jacob II. sich seit 1689 in St. Germain befand und nicht in Whitehall, wußte doch am letzten Ende Niemand besser als Ludwig XIV.

Dieser König nun versprach alles zu thun, was in seiner Macht liege, um dem Könige Jacob den bitteren Trank der französischen Anerkennung Wilhelms III. zu versüßen.

Demgemäß überbot sich Ludwig XIV. in Aufmerksamkeiten aller Art. Er untersagte in seiner Umgebung in Betreff des Friedensschlusses jede Aeußerung, die als verlegend für das Königspaar von St. Germain angesehen werden konnte. Jacob II. kam darin nach. Auch er verbot seinem Gefolge jegliches Wort über den Frieden, ob zum Lobe, ob zum Tadel ²⁾.

Ludwig XIV. hatte von Wilhelm III., in den Beredungen zwischen Boufflers und Portland, die Amnestie für die geflüchteten Anhänger Jacobs II. verlangt, dann jedoch für seine eigenen Forderungen in Betreff des Fürstenthums Oranien, auf jene verzichtet.

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 576. Vom 4. October.

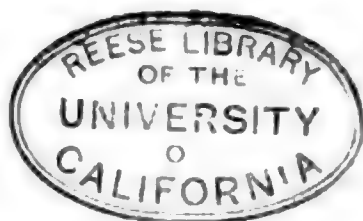
²⁾ Schreiben von Palmquist aus Paris, vom 14. und 25. October.

Dadurch verblieb für Jacob II. eine schwere Last: diejenige des Unterhaltes vieler Personen, die ihm gefolgt waren. Ludwig XIV. gab die Zusage, daß er die bisherige Subvention von 600,000 französischen Livres fortzahlen werde. Zugleich hatte das Königspaar begründete Aussicht auf andere Mittel.

Wir erinnern uns, daß Wilhelm III. der Zusage eines Jahrgeldes für das flüchtige Königspaar sich nicht abgeneigt verhielt, da ja sogar die erste Anregung dazu von seiner Seite gekommen war, nämlich durch Dykvelt in den geheimen Unterredungen mit Callieres zu Mastricht im Jahre 1694. Es ist bisher keine Äußerung Jacobs bekannt, welche darthäte, daß dies wirkliche Angebot an ihn gelangt. Dem Papste Innocenz XII. gegenüber hatte er im Juli 1696 sich ausgesprochen, daß er nicht eingehen werde auf die Annahme eines Jahrgeldes, welche ausgelegt werden könne wie ein Verzicht auf sein Recht (S. 252). Dagegen glaubte er, eine andere Forderung mit Recht erheben zu können, nämlich diejenige des Unterhaltes der Königin, gemäß früheren Parlaments-Beschlüssen. Zu diesem Zwecke sendete er im Sommer 1697 nach Delft einen Agenten, welcher auftreten mußte als zum Hause des französischen Botschafters Creech gehörig. Es bedurfte indessen kaum einer besonderen Verhandlung, weil ja den französischen Botschaftern die Willigkeit des Königs Wilhelm außer Zweifel stand. Seine Botschafter erklärten beim Abschlusse des Friedens, am 20. September, den schwedischen Vermittlern zu Protokoll, daß der Königin Marie Beatrice ein Jahrgeld von 50,000 £ in bündiger Form zugesichert und ausgezahlt werden solle ¹⁾.

In so weit war formell alles richtig. Dennoch schlummerte unter der Sache ein Mißverständnis. Wir erinnern uns, daß, nach dem Berichte von Portland über die Unterredungen mit Boufflers in Betreff des künftigen Aufenthaltes von Jacob II., im Juli und August, Boufflers das Wort Avignon hatte fallen lassen. Demnach ist anzunehmen, daß bei jener Zusage vom 20. September durch die englischen Botschafter dem Könige Wilhelm die Wahl dieses Ortes als Residenz für Jacob II. vorgeeschwebt habe. Jene tröstenden Worte dagegen von Ludwig XIV. an Jacob II. lassen erkennen, daß der

¹⁾ Die Schriftstücke in Macpherson's Original Papers vol. I, p. 567 sqq.



Gedanke des Scheidens von Jacob aus dem französischen Gebiete ihm völlig fern lag.

Diese Differenz der Ansichten wird noch öfter uns nahe treten.

Obwohl indessen der König Jacob im persönlichen Verkehre mit Ludwig XIV. sich jeglicher Aeußerung über den Friedensschluß enthielt, so erließ er doch öffentlich eine neue Protestation gegen die Schädigung seiner Rechte durch denselben. Das Actenstück ist ein abermaliges Gepräge der unheilbaren Unklarheit dieses Königs. „Da unsere Feinde, sagt er darin, falsche Gerüchte ausgestreut haben über eine geheime Vigue unsererseits mit Frankreich: so erklären wir auf Königs Wort, daß wir niemals irgend eine Vigue mit dieser Krone geschlossen, noch weniger eine solche wider die in diesem Kriege verbündeten Mächte.“ Dem Buchstaben nach war das alles wahr, und dennoch durfte den Thatfachen von 1688 und ferner gemäß Jacob II. sich nicht verwundern, wenn seine Worte keinen Glauben fanden.

Am wenigsten erhob gegen solche Worte sein Beschützer einen Einwand. Es fiel auf, daß in der nächsten Zeit das Verhältniß der beiden Könige freundschaftlicher erschien als je zuvor. Die Königin Marie Beatrice bemerkte darüber: das Loos ihres Gemahles sei sehr eigenthümlich, indem er in der Person seines größten Wohlthäters zugleich den besten Freund seines bittersten Feindes zu erblicken habe ¹⁾. — Es scheint, daß von dieser Wahrnehmung aus ein anderer Scharfsinn als derjenige des königlichen Ehepaares von St. Germain auch zu noch anderen Schlüssen hätte gelangen können.

Die Jacobiten in England, denen nicht ähnliche Rücksichten oblagen, wie dem Gefolge Jacobs II. in St. Germain, hielten dagegen nicht zurück mit den Aeußerungen ihres Verdrusses und Unwillens über den König von Frankreich. Bei der Friedensfeier in London sah man sie das Bild des Königs von Frankreich mit Verwünschungen in die Flammen werfen ²⁾.

Aus anderen Gründen waren auch in der Stadt Paris die vorherrschenden Aeußerungen über diesen Friedensschluß diejenigen der Mißbilligung. Eine solche Reihe von eroberten Städten zurückzugeben,

¹⁾ Palmquist aus Paris, den 25. October.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 1. November.

hieß es, verdunkele den Ruhm Frankreichs. Namentlich sei dies der Fall mit der Auslieferung von Luxemburg, da man auch so noch diese Stadt habe behalten können. Diese Meinung entsprach allerdings durchaus der Wahrheit. Die letzten Instructionen für Don Quiros, die am 17. September, also um drei Tage vor dem Abschlusse, sich in seinen Händen befanden, wiesen ihn an den Frieden zu schließen auch mit Zurücklassung von Luxemburg. Andere von Madrid aus gleichzeitig an ihn gelangte Briefe enthielten die Warnung, daß, im Falle eines Zauderns zum Abschlusse wie immer, es sich handele um seinen Kopf ¹⁾. Demgemäß zeigte sich fortan der Friedenseifer dieses Botshafter's beflügelt. Dennoch bestanden die Franzosen nicht mit Nachdruck auf Luxemburg. Dies einerseits und andererseits die sofortige Rückgabe von Barcelona ohne andere Bedingung steigerte in Spanien den Ruhm der Großmuth des Königs von Frankreich. Den Pariser'n jedoch, deren Augen die weiteren Ziele des Königs nicht erfaßten, mißfiel die Nachgiebigkeit. Man warf die Schuld auf die Botshafter in Delft als ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Am 23. October erfolgte in Paris die öffentliche Verkündigung des Friedens. Auf den Plätzen der Stadt und an den Straßenecken bliesen die Trompeter Fanfaren, und dann riefen die Herolde aus, daß „der König unser Herr seinen Feinden den Frieden verliehen“ ²⁾. Die Polizei trug zugleich Sorge in den Häusern ansagen zu lassen, daß am Abende Freudenfeuer anzuzünden seien, und machte später diese Mahnung eindringlich durch Patrouillen. Demgemäß gab Paris seine Freude kund.

Indessen noch stand der Friede aus mit Kaiser und Reich. Und nach dieser Seite hin war Ludwig XIV. nicht Willens zu einer Nachgiebigkeit, sondern zur Ausnützung der Ueberlegenheit seiner Machtstellung.

Nach der Meinung, welche damals einige Holländer und Engländer kund gaben, würde es den Kaiserlichen nicht unlieb sein, für

¹⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 17. September. — Adam Soelder an den Landgrafen Georg, 31. August, bei Rünzel: Georg von Hessen-Darmstadt S. 139.

²⁾ Capesigue: Louis XIV. t. IV, p. 53.

Straßburg ein Aequivalent zu nehmen.¹⁾ Diejenigen indessen, die ihr Urtheil in dieser Weise fällten, nahmen den Maßstab aus sich selber, und nicht aus der Seele des Kaisers. „Ich empfinde den Stand der Dinge im Haag um so schmerzlicher, schreibt Leopold an den Grafen Harrach in Madrid, je weniger ich die Macht habe ihn zu ändern. Aber ich meines Ortes kann mich freiwillig zu diesem Stande nicht bequemen, werde auch niemals dazu schreiten, es sei denn, daß ich von der Reichs-Deputation wie mit Gewalt dazu gezwungen werde“²⁾.

Ein Zwang dieser Art trat heran. „Auf der reichsständischen Gesandten einmüthiges Begehren, melden dem Kaiser seine Botschafter am 27. September, sind wir genöthigt einzuwilligen in die Zurücklassung der Stadt Straßburg, wenn nur das Aequivalent verstärkt wird durch Vandau, Fort Louis, Montrohal und Saarlouis“³⁾. Die Franzosen stellten jedem Wunsche und jeder Forderung dieser Art ihre Erklärung vom 1. September entgegen. Darüber hinauszugehen hätten sie keine Vollmacht.

Dagegen that sich in der zweiten Hälfte des Monates October eine neue besondere Schwierigkeit hervor.

Es war den protestantischen Reichsständen darum zu thun, daß der Protestantismus gesichert bliebe, sowohl in den Territorien, welche das Reich an Frankreich überlassen sollte, also z. B. in Straßburg, als in denen, welche der König zurückgeben würde. Deshalb drängten sie in die kaiserlichen Botschafter, daß in den dritten Artikel, welcher den westfälischen Frieden als Basis nannte, der Zusatz eingerückt werde: im Kirchlichen wie im Weltlichen (*in sacris et profanis*). Die kaiserlichen Botschafter wiesen hin auf die Gefahr, die daraus entspringen könne. Für das Reich im Ganzen handele es sich nur um die Wiederbringung der entrissenen Glieder: die Ordnung der kirchlichen Dinge im Reiche sei eine innere Angelegenheit: es sei bedenklich einer fremden Macht eine Handhabe der Einmischung zu geben⁴⁾.

¹⁾ Lexington Papers p. 303.

²⁾ Schreiben des Kaisers an Harrach, vom 10. September. Hispanica.

³⁾ Collectiv-Bericht vom 27. September.

⁴⁾ Der Bericht der kaiserlichen Gesandten darüber erhält ausdrückliche Bestätigung durch die Eingabe der protestantischen Reichsstände, vom 4. November 1697,

Allein der Eifer der protestantischen Reichsstände hörte nicht auf die patriotische Mahnung. Derselbe Eifer regte sich in den schwedischen Vermittlern. Sie zeigten sich dem Wunsche der protestantischen Reichsstände willfährig. Die Kaiserlichen gaben nach.

Die französischen Botschafter fügten sich widerstrebend in die Aufnahme jener Worte. Sie hoben dann hervor, daß die Aufnahme ihnen erleichtert werde durch den Nachsatz: „in so weit nicht im Folgenden etwas Anderes ausdrücklich vereinbart wird“ ¹⁾.

Es scheint, daß die protestantischen Reichsstände bei diesem von ihnen selbst eingebrachten Satze irgend eine Gefahr nicht geahnt haben. Sie hatten überhaupt die ganze Fassung aus dem Instrumente des westfälischen Friedens herüber genommen, und dort konnten sich, dem Sinne gemäß, jene Worte nicht beziehen auf kirchliche Dinge, sondern auf weltliche. Dies machten sie später geltend ²⁾. So richtig indessen dies sein mag: so muß doch jene Fassung des dritten Artikels, für sich stehend, als eine im Interesse der protestantischen Reichsstände nicht vorsichtige bezeichnet werden.

Nicht bloß aber ahnten die protestantischen Reichsstände bei dem dritten Artikel keine Gefahr, sondern sie wollten sich desselben noch weiter zu ihrem Vortheile bedienen. Sie brachten Vorschläge ein, denen gemäß auch für Straßburg, welcher Stadt der König die Capitulation von 1681 in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten nicht gehalten, die kirchliche Herstellung gemäß dem westfälischen Frieden erfolgen sollte. Es ist anzunehmen, daß, da im Haag die protestantischen Gesandten an Zahl weit überwogen, die Strömung der Meinungen in diesem Sinne rann. Sie vergaßen dabei, daß diese Mehrheit der

in den Actes de la paix de Ryswick t. IV, p. 146, §. 12: *Exc. Legatio Caesarea commune Evangelicorum monitum ad articulum tertium executionem pacis in Imperio tantum concernens, ex hac ratione admittere recusavit, quod dicta executio in Imperio nil quicquam Galliam tangat, sed unice ad Caesarem et Imperium spectet.*

¹⁾ Schluß des dritten Artikels: *nisi quatenus nunc aliter expresse conventum fuerit.* — Für die Darstellung des Vorganges bis hierher liegt wesentlich der Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November zu Grunde.

²⁾ In der Schrift vom 4. November, in den Actes de la paix de Ryswyck t. IV, p. 145, §. 9.

Meinungen nicht auch die Kraft der Entscheidung verbürgte, daß vielmehr diese bei dem Mächtigsten stand.

Dem Verlaufe der Dinge nach liegt es vor Augen, daß dem Könige Ludwig XIV. jener Zusatz zum dritten Artikel, in den seine Botschafter nur zögernd gewilligt, sehr erwünscht gekommen sei. Denn eben dieser Zusatz, d. h. die letzten Worte: „in so weit nicht im Folgenden etwas Anderes ausdrücklich vereinbart wird“ — eröffnete ihm die Thüre zur Einbringung eines ganz anderen Planes, als welchen die protestantischen Reichsstände sich gedacht. Jedoch wartete er damit bis zuletzt.

Im Laufe des Monates October meldete der schwedische Secretär Palmquist aus Paris: er vernehme aus sicherer Quelle, daß der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz, dem ein großer Theil der reunirten Gegenden wieder zufallen würde, in Versailles sich bemühe um die Sicherstellung der katholischen Religion in diesen Ländern durch einen Friedens-Artikel. Er warnte, man möge auf seiner Hut sein¹⁾.

Der König Wilhelm III. weilte den October hindurch in Voo. Mit besorgten Blicken schaute er von da aus auf den Gang der Dinge in Rhosnyck. „Es thut mir leid zu vernehmen, schreibt er am 27. October an Heinsius, mit welcher Arroganz die Franzosen ihre unvernünftigen Forderungen gegen Kaiser und Reich aufrecht halten. Dennoch sehe ich zur Zeit kein anderes Mittel, als daß diese den Frieden schließen auf die Bedingungen hin, welche immer sie erhalten können. Denn, wenn die Frist ungenützt verstreicht, so ist offenbar die Folge dessen ein trauriger Wirrwarr im Reiche“²⁾.

So Wilhelm III. am 27. October. Von der Absicht der Franzosen eine Forderung in Betreff der kirchlichen Angelegenheiten des Reiches zu erheben, hatte er an diesem Tage noch keine Kunde. Wochte immer die Warnung des Schweden Palmquist auch an den König Wilhelm gelangt sein: es lag darüber doch bis zuletzt nichts Bestimmtes vor.

Der Friede sollte geschlossen werden vor dem 1. November. Am 29. October hielten die Franzosen den gesammten Friedensentwurf

1) Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November.

2) Grimblot t. I, p. 130.

fertig. Der vierte Artikel handelte von der Rückgabe der sogenannten Reunionen, schloß aber in dieser ihrer letzten Redaction mit dem bisher ungeahnten Zusätze: „so jedoch, daß die römisch-katholische Religion in diesen Gegenden in dem Stande verbleibt, in welchem sie zur Zeit sich befindet“. Da Ludwig XIV. diejenigen Maßregeln, welche der Aufhebung des Edictes von Nantes entsprachen, auf alle sogenannt reunirten Länder ausgedehnt hatte: so sollte durch diese Clausel jene seine Willkür die völkerrechtliche Sanction erhalten. Jedoch nicht das allein war der Zweck. Es werden andere sofort hervortreten. Erst am Abende des 29. hatten die französischen Botschafter den Entwurf zu übergeben.

Noch vor der Uebergabe, im Laufe dieses Tages verlautete zu Ryswyck im Saale der Verbündeten, was bevorstehe. Eine heftige Erregung bemächtigte sich der Gemüther. Nicht jedoch wider die eigene Thorheit, die auf den guten Rath der Kaiserlichen nicht gehört, wandte sich der Zorn der Gesandten der protestantischen Reichsstände, und demgemäß auch das Mißtrauen der anderen protestantischen Botschafter, sondern aus den Reden blickte der Argwohn wider die Kaiserlichen hervor, als seien sie mitschuldige. „Es war, melden sie dem Kaiser, als befänden wir uns vor einem peinlichen Halsgerichte. Der erste englische Botschafter und die Vermittler standen vor dem Camine, die anderen zwei Engländer und die Holländer saßen umher: das Wort dagegen führte der Brandenburger Schmettau und mit ihm einige andere reichsständische Gesandte. Sie drängten in uns eine schriftliche Erklärung zu geben, daß Ew. K. Majestät den Reichsgezeugen nicht zuwider handeln würden.“ Die Botschafter gaben die verlangte Erklärung. Wir Spätere erinnern uns dabei einer Thatfache, welche damals vielleicht nicht einmal diesen Botschaftern selbst bekannt war, nämlich daß im Jahre 1695 der Kaiser die Vorschläge Wilhelms III. in Betreff Straßburgs verworfen, weil er die kirchliche Verfassung von Straßburg gemäß dem westfälischen Frieden, das ist die Herrschaft des Protestantismus in der Stadt, zu schützen verpflichtet sei (S. 40 u. f.). Wenn aber auch den kaiserlichen Botschaftern in Ryswyck diese Thatfache unbekannt sein mochte: so hatte im Jahre 1696 der Kaiser durch sie kund gegeben, daß er in die französische Bedingung für die Rückgabe von Straßburg, den Stand der Religion dort zu

belassen, wie Ludwig XIV. ihn geordnet, nicht willigen werde, und vor dieser Weigerung des Kaisers hatte damals Ludwig XIV. die Bedingung fallen lassen (S. 256 und 259) ¹⁾.

Dann erst, nachdem bereits die lebhafteste Erörterung im Saale der verbündeten Mächte zu Rhswyck statt gefunden, erfolgte von Seiten der Franzosen durch die Vermittler die Ueberreichung des Friedensentwurfes. Jene verhängnisvolle Clausel im vierten Artikel machte alle Befürchtungen zur Wahrheit, oder überbot sie. Der Sturm in den Gemüthern schwoll an. Die Engländer, die Holländer trugen dennoch Bedenken, selbst zu den Franzosen darüber zu reden. Sie überließen diese Aufgabe den Vermittlern und den Kaiserlichen. Die Vermittler hoben hervor, daß die Forderung dem Gewissen der protestantischen Reichsstände zuwider laufe. „Dafür also, erwiederten die Franzosen, muthet man dem Könige zu, seinem Gewissen zuwider seine Glaubensgenossen preis zu geben? Dies Verlangen ist unbillig.“ Die Kaiserlichen machten verschiedene Gegenvorschläge. Man könne die Clausel auslassen, und die Sache der Vermittelung des Kaisers mit den protestantischen Reichsständen anheim stellen. Oder man könne die Clausel beschränken auf die unter der französischen Herrschaft erbauten Kirchen. Jegliche solcher Vorstellungen blieb fruchtlos. Die französischen Botschafter forderten die Unterschrift des von ihnen vorgelegten Entwurfes ²⁾.

Am Abende des 29. October stand die Alternative: entweder der Friede mit Inbegriff der Clausel, oder die Fortsetzung des Krieges, klar vor Augen.

Erst damals waren alle Gesandte der Reichsstände eingetroffen, und constituirten sich als Reichs-Deputation. Am Morgen des 30. October berief der kurmainzische Gesandte im Haag sie zusammen. Es handelte sich darum, einen allgemeinen Schluß zu fassen ³⁾. Da die Localität für die Versammlung nicht ausreichte, begab man sich hinaus nach dem Schlosse zu Rhswyck.

¹⁾ Meine Darstellung weicht in Einzelheiten ab von derjenigen bei Neuhaus: Der Rhswycker Friede S. 276 u. f. — Ich folge den Berichten der kaiserlichen Botschafter.

²⁾ Collectiv-Bericht der kaiserlichen Gesandten vom 5. November.

³⁾ Protokoll der Reichsdeputation vom 30. October.

Dort redete der kursächsische Gesandte, Freiherr von Bose, im Namen der protestantischen Reichsstände. „Es ist Allen bekannt, sagte er, mit welcher unerwarteten Clausel am gestrigen Abende die französische Friedens-Botschaft hervorgetreten. Die protestantischen Reichsstände haben heute darüber berathschlagt, und besonders erwogen, daß die Aufrechthaltung des westfälischen Friedens, namentlich in kirchlichen Dingen, fast die einzige Säule ist, auf welcher der Zusammenhalt des heiligen römischen Reiches beruht. Demnach kann die geringste Verletzung nichts Anderes nach sich ziehen als das Verderben und den völligen Zusammensturz. Deshalb richten die evangelischen Reichsstände an die katholischen das freundliche Ersuchen: sie wollen allen möglichen Fleiß anwenden, damit dieser Einbruch in den westfälischen Frieden verhütet werde; ja sie wollen, falls diese Bemühungen keinen Erfolg haben sollten, alsdann lieber zusammen mit den protestantischen Reichsständen den Krieg fortsetzen, als sich fügen in diese dem römischen Reiche nicht ehrenhafte Gewalt. Die Grundgesetze desselben, zu welchen namentlich die Wahl-Capitulation des römischen Königs Joseph (von 1690) gehört, lassen einen anderen Entschluß nicht zu. Wenn aber, wider Vermuthen, die katholischen Reichsstände darin nicht mit aller Kraft zu uns stehen sollten: so werden wir evangelische Stände uns ausländischen Mächten zuwenden, nämlich Schweden, Dänemark, Holland und England, und mit Hülfe derselben auf unsere Erhaltung zu gedenken uns genöthigt sehen. Denn, so wahr Gott ist, die evangelischen Stände können und werden den Frieden mit dieser Clausel nicht unterschreiben.“

Auf diese Kundgebung ersuchten die Gesandten der katholischen Reichsstände zunächst allein sich berathen zu dürfen. Die Protestanten zogen sich zurück. Eine gemeinsame Antwort ward vorgeschlagen und dann einstimmig beschlossen. Nachdem die protestantischen Stände wieder eingetreten, trug der Gesandte für Kurmainz, der Freiherr von Schoenborn, die Antwort vor. Sie lautet: „Die katholischen Reichsstände haben bisher bei jeder Gelegenheit ihren Eifer für die Aufrechthaltung des westfälischen Friedens dargethan. Sie haben zu diesem Zwecke sogar die Einschaltung jener Worte: „„sowohl kirchlich wie weltlich““ (in sacris et profanis) in den dritten Artikel befürwortet. Sie beharren in dieser Intention, bezeugen mit Wahrheit, daß sie es

aufrichtig so meinen, und mißbilligen, daß Frankreich uns die bekannte Clausel aufdringen will. Deshalb ist man auf katholischer Seite entschlossen, sowohl bei der kaiserlichen Botschaft wie bei den Vermittlern inständig sich zu verwenden, daß Frankreich bewogen werde abzustehen von dieser Clausel. Auch sind wir nicht ganz ohne Hoffnung des Gelingens“.

„Was aber die Fortsetzung des Krieges anbetrifft, so wäre es zunächst die Aufgabe der evangelischen Reichsstände, nachzuweisen, mit welchem Erfolge sie geschehen kann. Denn bisher ist man jederzeit darin einig gewesen, daß dem Reiche allein diese Fortsetzung allzu schwer fallen würde. Es käme dabei namentlich in Betracht, auf welche Weise die vom Feinde zunächst bedroheten Reichsstände gedeckt, und wie sie sowohl dafür als für die Entschädigung in reeller Weise sicher gestellt werden können. Wenn dies geschieht, so werden die katholischen Reichsstände mit den evangelischen bis zur Erlangung besserer Bedingungen gern getreulich aushalten. In Ermangelung dessen aber kann namentlich den zunächst von Frankreich bedrohten Reichsständen nicht verdacht werden, daß sie sich bei gegenwärtigen allzu schlechten Umständen zu retten suchen, so gut es eben geschehen mag. Sie können es in diesem Falle um so eher, da doch jene Clausel nicht die Fundamental-Regel aufhebt, sondern nur eine Ausnahme von derselben statuirt.“

Es erwächst hier die Frage, ob jene Rede des kursächsischen Gesandten Bose, welche den Religionskrieg mit Hülfe der fremden Mächte in Aussicht stellte, eine sichere Unterlage hatte. Wichtig für diese Frage ist vor allem die Ansicht des Königs Wilhelm. Heinsius berichtete ihm durch einen Courier den Stand der Dinge am 30. October. Der König antwortete am Morgen des 31¹⁾.

„Beim Aufstehen, schreibt er, erhielt ich Ihren gestrigen Brief, der mich wegen einer positiven Antwort in große Verlegenheit setzt. Unzweifelhaft wäre es eher unsere Pflicht den Krieg fortzusetzen, als irgend ein Zugeständnis zu machen wider die freie Uebung des reformirten Glaubens. Wenn die Deputirten der Stadt Amsterdam und demgemäß die Stände von Holland“ — diese Worte des Königs sind

¹⁾ Grimblot t. I, p. 130.

gewichtig — „aushalten wollen: so bin auch ich dazu geneigt, in der Hoffnung, daß das Parlament mir beistehen wird ein so frommes Werk auszuführen. Andererseits jedoch muß ich Ihnen offen meinen Zweifel bekennen, ob, mit menschlichem Auge angesehen, die protestantischen Fürsten und Staaten mit den katholischen in die Schranken treten können, namentlich zur Zeit, wo weder Schweden, noch Dänemark, noch die Schweizer Cantone zu uns stehen. Ich habe immer einen Religionskrieg gefürchtet, in der Besorgnis, daß zwischen Oesterreich und Frankreich ein geheimes Einverständniß bestehe, wie es zur Zeit nur zu augenscheinlich ist. Ich fasse nicht, wie Schweden als Vermittler eine so notorische Verletzung des westfälischen Friedens in Betreff der Religion gestatten kann, wie diejenige, welche Frankreich nun fordert. Diese Sache bringt mich in die höchste Verlegenheit. Gott gebe, daß vor Mitternacht, wo der Termin abläuft, ein Auskunftsmittel gefunden werde; denn dieser mein Brief gelangt ja doch nicht eher in Ihre Hände. Ich fürchte, daß die Gesandten der protestantischen Reichsfürsten die einzigen sind, welche die Unterzeichnung weigern; denn das würde über sie sehr ernsthafteste Nachtheile bringen, und ich sehe nicht, wie wir ihnen mit genügender Schnelligkeit helfen und das Unheil abwenden können, welches Frankreich sicherlich über sie bringen würde. Ich sende durch diesen Courier meinen Botschaftern die Instruction, im gleichen Schritte zu gehen mit denen der Republik, so daß, wenn Sie Ihrerseits aushalten, wir von unserer Seite daselbe thun.“

Das Schreiben des Königs erneuert namentlich eine unerfreuliche Wahrnehmung, die seit dem Sommer des Jahres 1696 wiederholt sich dargeboten. Es ist die Disposition zum Argwohne gegen den Kaiser, dies Mal in der Form ausgedrückt, daß ein geheimes Einverständniß desselben mit Frankreich augenscheinlich vorliege. Dieser ganze Augenschein beschränkte sich auf die Vermuthung des Königs, für welche jeder thatsächliche Anhaltspunct fehlt. Die sämtlichen Berichte der kaiserlichen Botschafter nach Wien legen dar, daß sie den Streich der französischen Politik, zu welchem wider ihr Abrathen der unbesonnene Eifer der protestantischen Reichsstände den Anlaß geboten, dennoch abzuwenden suchen. Es kam dazu für sie, entsprechend der Gesinnung des Kaisers, noch ein anderes Motiv, nämlich die Besorgnis vor dem Rückschlage, welchen, nach dem Geiste der Zeit, dieser französische

Streich auf die unschuldigen Katholiken in den protestantischen Ländern üben mußte ¹⁾. Wilhelm III. hatte einst in Betreff der kirchlichen Politik Frankreichs ähnliche Erwägungen angestellt in Anlaß der Aufhebung des Edictes von Nantes.

Ludwig XIV. allein wußte in dieser Angelegenheit der Clausel von Rhöwyck klar und genau was er wollte. Er wollte nicht eine Verlängerung des Krieges. Er wollte aus der Kriegesfurcht der Anderen herausdrücken was eben möglich. Und dieses Aeußerste war ihre eigene Einwilligung in den Zankapfel der Uneinigkeit, den er in das Reich zu werfen vorhatte. In solchen Fällen pflegte er richtig zu rechnen.

Jeglicher Vorschlag einer Milderung oder Aenderung der Clausel wurde von den drei französischen Botschaftern kurz zurückgewiesen. Sie beriefen sich wie immer auf den bestimmten Befehl des Königs.

Es handelte sich also um die andere Frage, diejenige der Fortsetzung des Krieges. Wir haben in dem Schreiben des Königs Wilhelm an Heinsius beobachtet, daß auch für diese Frage wieder die Entscheidung stand bei der Stadt Amsterdam. Diese würde die Provinz Holland, die Provinz Holland die gesammte Republik, die Republik den König und somit England nach sich gezogen haben. Es liegt keine Andeutung vor, daß die Bürger von Amsterdam, außer in Worten, sich die Sache sehr zu Herzen genommen. Wenn die Frage der Fortsetzung des Krieges, wie Wilhelm III. in seinem Schreiben annimmt, am 30. October dort formell erwogen ist: so beweist der Fortgang des Tages, daß das Ergebnis verneinend ausgefallen. Die protestantischen Stände des Reiches hatten zwar am Morgen gegenüber den katholischen in hohen Worten geredet; aber auch von ihrer Seite brachte der Fortgang des Tages den Beweis, daß diese Worte die Entschlüsse überragten.

Da die französischen Botschafter sich weigerten die Clausel zu ändern: so hielten die kaiserlichen ihnen entgegen, daß die protestantischen

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 5. November. Darin: Wir haben nichts unterlassen, als die französische Gesandtschaft mit angeregter Clausel in der Mediatorum Anwesenheit losgebrochen, und wir vieler Ursachen halber zu besorgen gehabt, ob anstatt des Religions-Eifers sie nicht ein ander gefährliches Absehen darunter hegen möchte, stracks selbiges Mal und nachgehends, allein und in Anderer Gegenwart, fürzulehren, was zu Erhaltung guter Einigkeit im Reiche und Verhütung anderweitiger Verfolgung der Katholiken gereichen möge.

Gesandten sich auf den Mangel einer Vollmacht für eine so unerwartete Zumuthung beriefen. Dieser Einwand fand Gehör. Die Franzosen erwiederten, daß sie für die Unterschrift den Zusatz gestatteten: unter Hoffnung der Genehmigung, oder auch überhaupt Frist lassen würden bis zur Ratification des Friedens-Vertrages durch den Kaiser. Bis dahin solle ein Jeder des Friedens genießen, jedoch der dann noch sich Weigernde im Kriegszustande mit Frankreich sich befinden. Für Brandenburg ward ausdrücklich bestimmt, daß in diesem Falle der Einfluß in den Frieden vom 20. September mit Holland und England erlösche.

Die Mitternacht war längst vorüber: es graute bereits der Morgen des 31. October, als endlich man zur Unterzeichnung gelangte. Nur sehr wenige der protestantischen Gesandten theiligten sich. Die Mehrheit der anderen reichte einige Tage später, am 4. November, eine Darlegung der Gründe ein, weshalb sie nicht unterzeichnen könnten. Sie hoben die zahlreichen Widersprüche hervor, welche obwalteten zwischen dieser Clausel einerseits und andererseits dem westfälischen Frieden, der französischen Garantie desselben, den Präliminarien vom 10. Februar 1697, und vielem Anderen¹⁾. Das Alles war richtig; aber es berührte nicht den Kernpunct der Sache. Dieser Kernpunct war die Uebermacht des Königs von Frankreich, welcher die Clausel vorgegeschrieben, mit wohl erwogener Voraussicht der Protestationen, die man erheben würde, und mit dem Entschlusse sich um sie nicht zu kümmern. Vielmehr waren ihm die Protestationen lieb. Denn je häufiger, je schärfer sie erklangen: desto sicherer war er, einen tiefen Keil der Zerklüftung in die Fugen der Allianz getrieben zu haben. Er hatte dies oft versucht, indem er den Kaiser zu locken trachtete mit dem Trugbilde der Vertheidigung der katholischen Religion. Es war ihm nicht gelungen. Hier hatte sich ihm die Gelegenheit geboten, zwischen den Protestanten aller Schattirungen ein Mißtrauen zu erregen wider den Kaiser. Und sofort liehen sie das Ohr.

Denn ungeachtet der vor Augen liegenden Thatfache, daß das einzige Mittel zur Abwehr der Clausel bestanden hätte in einem geschlossenen Auftreten der gesammten Allianz wider eine solche Zumuthung, dauerte noch längere Zeit der Verdacht, daß die Kaiserlichen

¹⁾ Actes de la paix de Ryswyck t. IV, p. 143 et suiv.

heimlich vorher darein gewilligt. Wir haben diesen Verdacht von Wilhelm III. vernommen, in seinem Schreiben an Heinsius vom 31. October, und zwar so bestimmt ausgesprochen als läge hier eine erwiesene Thatsache vor. Wir werden erfahren, daß schon wenige Tage später, am 5. November, der König in einer Audienz des kaiserlichen Botschafters nicht etwas vorbringt, was dem Kaiser gegenüber einem Vorwurfe gleich sähe, sondern wieder, wie einst, dem Vertrauenden entgegen tritt mit Vertrauen. Und doch hatte innerhalb dieser wenigen Tage die Stimmung des Mißtrauens und des Argwohn's, welcher bereits das Schreckbild des Religionskrieges emporsteigen sieht, in ihm eine unsäglich bittere Frucht getragen. Innerhalb dieser wenigen Tage vergaß Wilhelm III. seinen königlichen Beruf als des Schützers der Rechte aller seiner Unterthanen. Er handelte, als wäre er englisch-protestantischer Parteimann wider das katholische Irland. Die Gefinnung dauerte nur für diese kurze Zeit weniger Tage. Allein was innerhalb derselben geschah, ward entscheidend für lange Zeit, zum unendlichen Jammer einer ganzen Nation.

Wir gelangen hier an ein sehr merkwürdiges Beispiel, wie die Gesichte der Völker sich verflechten und verweben. Wir haben diesem bisher völlig unbekannten Zusammenhange der Dinge nachzugehen, ihn uns klar zu machen.

Im Sommer 1697 war das irische Parlament versammelt. Die Wogen der Leidenschaft desselben gegen die Katholiken rollten hoch daher wie nur je zuvor. Im Juli erfolgten harte Beschlüsse. Ein Protestant, der eine katholische Frau heirathe, solle ausgeschlossen sein von jedem öffentlichen Amte. Eine Protestantin, die einen Katholiken heirathe, solle die Hälfte ihres Vermögens verlieren. Es sollen fortan keine Ordensgeistlichen mehr geduldet werden, sondern nur noch Welt-priester. — „Auch die beiden ersten Beschlüsse sind hart, berichtet Hoffmann. Da sie jedoch nicht direct die Religion betreffen, wie der dritte, so habe ich nur über diesen mich beschwert. Aber Shrewsbury erwiedert: er vermöge nichts zu thun“¹⁾).

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. Juli.

Die Beschlüsse wurden erneut. In den ersten Tagen des Monates September ging durch beide Häuser des irischen Parlamentes eine Acte, welche sämtliche Ordenspriester und kirchliche Würdenträger aus Irland verbannte. Sie wandten sich mit flehender Klage an den kaiserlichen Residenten Hoffmann in London. Da keiner der Staats-Secretäre Shrewsbury und Trumball sich dort befand, richtete Hoffmann seine dringenden Vorstellungen an das auswärtige Amt. Er setzte voraus, sagte er, daß die Statthaltertschaft in Irland vom Könige den Befehl habe, eine solche Bill nicht zu genehmigen. Die Antwort klang nicht ermutigend. Die Ordensgeistlichen, hieß es, verdienen nicht eine solche Verwendung des Kaisers. Erst kürzlich sei ein Benedictiner, Namens Harrison, für dessen Haftnahme, wegen des Verdachtes der Betheiligung an dem Mordplane vom Februar 1696, die Proclamationen den Preis von tausend Pfund Sterling aussetzten, zum General des Ordens erwählt. Die Erwiederung, daß die Schuld nicht erwiesen, zog die andere nach sich, daß in jedem Falle die Wahl nicht der Vorsicht entspräche. Hoffmann eilte zum Bischof Veyburn. Dieser erwiderte: „Die Thatfache ist in so weit richtig, daß Harrison zum Prior des englischen Conventes der Benedictiner in Paris erwählt ist. Ich habe dies eben so ungern vernommen, wie einst die Wahl des Paters Peters, nach seiner Flucht von hier, zum Rector des Collegiums in St. Omer“ ¹⁾. Hoffmann begab sich zu dem in London weilenden Superior der Benedictiner. Einige Wochen später konnte er melden, daß der Orden, obwohl er den Pater Harrison für unschuldig halte, dennoch, um nicht den Vorwand zu einer Verfolgung zu geben, ihm das Priorat wieder genommen und einen entlegenen Ort zum Aufenthalte angewiesen habe ²⁾.

Die weiteren Erkundigungen Hoffmanns ergaben, daß in Irland sich etwa eintausend Ordensgeistliche befanden, Weltpriester zwischen vier- und fünftausend. Man hatte geltend gemacht, daß die Acte nur die Ersteren betreffe, nicht die Weltgeistlichkeit, daß die Orden dem Volke zur Last gereichten, daß die Weltpriester selbst ihre Entfernung wünschten. Von der Weltgeistlichkeit aus erging dagegen eine Schrift

¹⁾ Bericht vom 1. October.

²⁾ Bericht vom 28. November.

an Hoffmann, des Inhalts, daß diese Acte die Wespriester eben so sehr betreffe, wie die Ordensleute, daß sie abziele auf die Ertödtung der katholischen Kirche. Denn nach derselben dürfe kein Bischof, kein Dechant, oder überhaupt kein geistlicher Würdenträger länger als noch eine kurze Frist in Irland weilen, und werde, im Falle der Wiederkehr, bedroht mit der Strafe des Hochverrathes. Demgemäß, da ein Ersatz der Priester nicht möglich, würden die Pfarren verwaissen, die römisch-katholische Kirche zu Grunde gehen ¹⁾).

Hoffmann in London eilte zu diesem, zu jenem. Sie suchten die Achseln. Die Entscheidung, sagten sie, stehe nur bei dem Könige. Er begab sich zu Sunderland. Dieser erwiederte: er vermöge in der Sache so viel oder so wenig, wie sein Sakai. Er halte die auch dem Vertreter des Kaisers längst bekannte Erfahrung entgegen, daß die Strafgesetze niemals nach der Schärfe, vielmehr gar nicht ausgeführt würden. Wolle jedoch Hoffmann einen weiteren Schritt thun: so habe er nirgends anderswohin sich zu wenden als an den König ²⁾).

Bereits vorher hatte Hoffmann den Grafen Auersperg im Haag von der Sachlage in Kenntniß gesetzt. Der König befand sich damals in Voo. Dahin richtete Auersperg seine Verwendung. Die erste seiner Bitten betraf einen Schutzbrief für den Erzbischof von Ancona i. p. i., der im Auftrage des Kaisers nach Persien und Indien ging. Die Bitte ward vollaus gewährt. Lord Lexington hatte von Wien aus an seinen Bericht über diese Bitte den Hinweis geknüpft, daß sie dem Könige die geeignete Gelegenheit biete zu Gunsten der Protestanten in Ungarn zu reden, die, wie Lexington meldet, barbarisch behandelt würden ³⁾. Die Acten ergeben nicht, daß der König Wilhelm diesen Rath befolgt habe. Es ist daher anzunehmen, daß er die Meldung nicht als richtig angesehen. Und in der That ist sie unvereinbar mit den eigenen Worten des Kaisers, die wir einige Jahre früher vernommen (Bd. V, S. 192). Daß die Berichte des Lords Lexington, so bald sie das kirchliche Gebiet berührten, nicht immer zuverlässig waren, mochte dem Könige aus dem Jahre zuvor noch in lebendiger Erinnerung sein.

¹⁾ Anlage V.

²⁾ Bericht vom 8. October.

³⁾ Lexington Papers p. 272.

Aber die wichtigere Verwendung des Grafen Auersperg betraf die Klostergeistlichkeit in Irland. Er berief sich auf die Verheißungen des Königs beim Beginne seiner Regierung, so wie auf die Capitulation von Limerick. Es war zu Anfang October. Er erhielt von dem Secretär Blathwayt eine Antwort, die nicht wie einst auf diese Berufung einging. „Der König, hieß es darin, wird auf die Wünsche des Kaisers alle Rücksicht nehmen. Es soll in Betreff der Erziehung der Kinder von katholischen Eltern nichts geschehen, was Ihnen einen Anlaß zur Beschwerde geben könnte. Dagegen wird die Ausweisung der Ordensgeistlichen den Weltpriestern eine Erleichterung sein. Die Ersteren sind sämmtlich Werkzeuge Frankreichs und arbeiten nur für unseren gemeinsamen Feind. Ich glaube nicht annehmen zu müssen, daß der Nachwuchs von Weltpriestern in irgend einer Weise beschränkt werde. Uebel unterrichtete Leute haben getrachtet, durch die Angabe des Gegentheils Sie voreinzunehmen“¹⁾).

Es scheint, daß gegenüber einer so hochfahrenden Unkunde der Gesandte jeglichen weiteren Versuch durch das Medium dieser Persönlichkeit für zwecklos gehalten hat. Er harrte der Ankunft des Grafen Portland. „Ich bitte Sie, sagte er diesem, zu erwägen, welchen übeln Eindruck die Sanction der Bill in Irland bei dem Kaiser und bei allen katholischen Mächten hervorrufen wird. Ich darf dabei nicht unterlassen hinzuweisen auf die Verpflichtung, welche dem Kaiser gegenüber der König beim Beginne der Allianz auf sich genommen, so wie auf seine den armen Irländern gemachten Versprechungen.“ Portland erwiederte: die Austreibung der Ordensleute schädige nicht die katholische Religion. Dagegen gereichten die Orden dem Volke zur Last. Auersperg wies darauf hin, daß vor zwei Jahren in derselben Angelegenheit die Verwendung des Kaisers nicht fruchtlos geblieben: er hoffe es auch dies Mal. — Portland erwiederte: „Wenn Sie diese

¹⁾ Le Roy aura de grands égards pour tout ce que souhaitera S. M. I. Il ne se fera rien pour l'éducation des enfants des catholiques, à quoy vous pourrez trouver à redire. Le bannissement des prestres Réguliers soulagera les Séculiers. Les premiers sont tous missionnaires de la France, et ne travaillent que pour nos ennemis communs. Je ne scaurois croire que la succession des autres soit aucunément défendue. Des gens mal informés vous ont voulu prévenir du contraire. Bom 3. October. — Man vergleiche das Schreiben Blathwayts in den Lexington Papers p. 304.

Ordensleute näher kannten, so würden Sie für dieselben sich nicht so verwenden". — „Immerhin, versetzte Auersperg, mag es darunter den einen oder den anderen Schuldigen geben; aber hier werden Alle getroffen, auch die Unschuldigen mit" ¹⁾).

Der von Portland hier erhobenen Anklage wider die Klostergeistlichkeit kann noch eine andere und stärkere Erwiderung entgegen gestellt werden, als diejenige des Grafen Auersperg.

Im folgenden Jahre sandte Ludwig XIV. den Grafen Tallard als seinen Botschafter nach London. Die Instruction desselben wies ihn an, nicht sich mit englischen Ordensleuten in Beziehung zu setzen. Theils seien sie der englischen Nation gehässig; andererseits, wie berichtet werde, viele gänzlich dem Könige Wilhelm ergeben. „Im Allgemeinen, heißt es dann, schienen sie sämmtlich unter der vorigen Regierung mehr die eigenen Interessen im Auge zu haben, als diejenigen der Religion" ²⁾).

Da uns Späteren aus den Handlungen Ludwigs XIV. und seines Botschafters Barillon zur Zeit Jacobs II. in England offen vorliegt, was sie verstanden unter den Interessen der Religion, nämlich die französische Politik: so enthalten jene Worte das Zeugnis, daß die Ordensleute von England für die Politik Ludwigs XIV. nicht verwendbar waren. Das Zeugnis ist, wenn auch nicht im Sinne Ludwigs XIV., für die damalige Klostergeistlichkeit höchst ehrenvoll. Nach Maßgabe aber der Verhältnisse fällt dies Zeugnis von Ludwig XIV. für die Ordensgeistlichkeit schwerer ins Gewicht, als jene durch Portland ausgesprochene Anklage wider dieselbe.

Allein die in Irland beschlossene Bill beschränkte sich nicht auf die Ordenspersonen. Der Graf Auersperg wies den Grafen Portland darauf hin, daß sie alle geistlichen Würdenträger umfasse. „Sie werden von unserer Religion so viel wissen, sagte er, daß wir, wo uns die Bischöfe fehlen, auch keine Priester mehr haben können." Portland hielt entgegen, daß zum Zwecke der Priesterweihe einigen Bischöfen die Reise nach Irland verstattet werden könne ³⁾).

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 18. October.

²⁾ Grimblot t. I, p. 281. Die Instruction ist vom 2. März 1698.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 18. October.

Auersperg erkannte, daß alle Bemühungen zur Zeit fruchtlos blieben. Er bat den Kaiser, dem Lord Lexington in Wien dringend zureden zu lassen¹⁾.

Das Schlimmste indessen stand noch aus.

Das irische Parlament beschloß eine neue Bill, unter dem Titel: zur größeren Sicherheit der Person des Königs. Diese Bill forderte von Allen ohne Unterschied die Ablegung des Supremat-Eides, dessen Wortlaut den König als das Oberhaupt der Kirche anerkennt, mithin unvereinbar ist mit der katholischen Religion. Die Weigerung sollte nach sich ziehen die Anwendung des Strafgesetzes unter dem Titel Praemunire, nämlich Gefängnis der Person des Weigernden und Confiscation des Vermögens. Am 12./22. October traf die Nachricht des Beschlusses dieser Bill in London ein.

Hoffmann eilte sofort zu Trumball. „Im Namen des Kaisers, rief er, erhebe ich meine Vorstellungen gegen die unerhörte Grausamkeit, welche dieses Gesetz über eine ganze Nation verhängen würde.“ In derselben Weise redete er zu Sunderland.

Es ist von Interesse, hier die Erwägungen Hoffmanns zu vernehmen.

„Ich weiß nicht, meldet er dem Kaiser, was ich über dieses ganze Verfahren urtheilen soll. Bisher hat man alle Ursache gehabt, das maßvolle Verhalten des Königs in der Religionsache zu rühmen. Nun scheint es, daß man hier eben so hitzig und grausam sein wolle, wie die Nachkommen der Cromwellianer in Irland. Ich möchte geneigt sein anzunehmen, daß die englischen Mitglieder der Regierung in Irland vorgehen auf eigene Hand. Allein unter ihnen befindet sich auch der Graf Galway, welcher als geborner Franzose, durch die Gunst des Königs emporgehoben, viel zu besonnen ist, sich in etwas einzulassen, wodurch er diese Gunst verscherzen könnte. Demnach werde ich gedrängt zu der Annahme, daß die Regierung dort handelt auf ausdrücklichen Befehl. Andererseits gibt das Verhalten von Trumball und Sunderland auf meine Vorstellungen die Bedenken kund, welche sie hindern, im geheimen Rathe gegen die Bill aufzutreten. Sie fürchten die Verantwortung vor dem Könige, und, jedenfalls mehr

¹⁾ Die gedruckten Lexington Papers enthalten darüber keine weitere Meldung.

noch, vor dem Parlamente. Und eben diese ihre Behutsamkeit bringt mich auf die Vermuthung, daß der Plan vorliegt die katholische Religion in Irland zu vertilgen, weil sie glauben, dadurch jeglichen Aufstand dieser Nation für die Zukunft zu verhüten" ¹⁾).

Dennoch schien in den nächsten Tagen der Eifer nachzulassen. Am 14./24. October kam die Bill im geheimen Rathe der Regentschaft in London zur Verhandlung. Man fand sie zu hart. Es ward beschlossen sie zu mildern. Es erwuchs die Hoffnung, daß statt eines zwingenden Gesetzes eine Association errichtet würde, ähnlich der englischen Association nach dem Mißlingen des Mordplanes vom Februar 1696, so daß der Beitritt oder Nicht-Beitritt frei blieb. Immerhin möchte der letztere den Ausschluß der Katholiken von allen öffentlichen Aemtern nach sich ziehen; aber dies würde nichts Anderes sein als die Erhebung einer Thatfache zum Gesetze ²⁾).

In den nächsten Tagen stieg nicht bloß diese Hoffnung, sondern auch diejenige auf die Milderung der ersten Bill. Der Graf Kaunitz hatte zu den englischen Botschaftern im Haag mit solcher Wärme geredet, daß der Eindruck auch bei der Regentschaft in London für Hoffmann deutlich wahrnehmbar war ³⁾).

Am selben Tage jedoch, an welchem die Regentschaft in London ihrerseits mehr noch als zuvor auf die Milderung der irischen Bill bedacht war, verlautete im Haag die Kunde der Religions-Clausel, welche der König von Frankreich dem vierten Artikel des Friedens-Vertrages mit dem Reiche eingefügt. Die Stimmung des Königs Wilhelm III. darüber hat sich uns kund gethan in seinem Schreiben an Heinsius vom 21./31. October, vor allem darin sein Argwohn einer Collusion der kaiserlichen Botschafter mit den französischen in Betreff jener Clausel. In dieser Stimmung sanctionirte der König Wilhelm III. jene zweite irische Bill. Die Sanction der Bill und die Nachricht des Friedensschlusses zwischen Kaiser und Reich einerseits, Ludwig XIV. andererseits, trafen mit derselben Post, im Anfange November, in London ein ⁴⁾).

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 12./22. October.

²⁾ Desgleichen vom 15./25. October.

³⁾ Desgleichen vom 19./29. October.

⁴⁾ Desgleichen vom 2./12. November.

„Die einzige Milderung, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, ist die, daß die Ausführung dieses grausamen Gesetzes abhängen soll von dem Willen und Gutbefinden des Königs. Nun hat man zwar Ursache von dem Könige zu hoffen, daß, so lange es bei ihm steht, das Gesetz nicht zur Ausführung gelangen werde. Allein es ist einmal ein Gesetz, und darum auch früher oder später die Ausführung unvermeidlich. Denn nur der Form wegen hat man es sicherlich nicht gemacht. Die Irländer, die sich hier befinden, sind tief gebeugt. Sie wünschen nur noch über das Wenige, das sie besitzen, verfügen zu dürfen, um dann auszuwandern“.

Jene Milderung, deren Hoffmann gedenkt, daß die Ausführung abhängen solle von dem Gutbefinden des Königs, war allerdings von hohem Werthe. Einstweilen gelangte das Gesetz nicht zur Ausführung. Wir werden später zu vernehmen haben, daß der Kaiser es bei den Protesten Hoffmanns nicht bewenden ließ, und es wird uns dann die Antwort entgegen treten, daß der König, bei der Stimmung in Irland, seine Sanction nicht habe versagen können. Allein es bleibt die gewichtige Thatfache, daß er diese Sanction gegeben innerhalb der wenigen Tage, wo auf ihm jener, am 31. October zu Heinsius ausgesprochene, ungerechtfertigte Argwohn wider den Kaiser lag.

Wie hatte der König einst, noch vor der Aufhebung des Edictes von Nantes, klar und bestimmt die Consequenz der kirchlichen Politik Ludwigs XIV. erfaßt! Eben darum, weil dieser König die Schärfung und Schürung der kirchlichen Gegensätze ausnuzte für seine Politik, hatte damals der Dranier als seine Aufgabe erkannt ein conciliatorisches Verhalten (Bd. III, S. 110 u. f.). Und nun war es gerade er, der in diesem Falle die Berechnung Ludwigs XIV. noch übertraf. Dieser König bezweckte, aller Wahrscheinlichkeit nach, mit jener Clausel die Ausjaat des Haders im Reiche. Daß er dadurch auch in Betreff der künftigen Stellung von England und Irland zu einander einen Gewinn für seine Art von Politik ernten werde, hatte er wohl kaum vorher mit in Anschlag bringen können.

Der König Wilhelm III. handelte so, wie er gethan, in den Stunden der Leidenschaft, die ihm einen Religionskrieg vorspiegelte, weil er sich hatte verleiten lassen, irre zu werden an dem Kaiser. Es war nicht geschehen auf Grund von Thatfachen, und darum beharrte

er nicht in diesem Irrthume. Die Anträge, welche der Graf Auersperg im Namen des Kaisers wenige Tage später, am 5. November, in Voo ihm eröffnete, und welche wir, dem Zusammenhange der Dinge gemäß, erst später ersehen werden, ließen keinen Boden übrig für einen Vorwurf irgend welcher Art wider den Kaiser. Auersperg fügt seinem Berichte über diese Audienz ausdrücklich hinzu, daß der König der Rhodender Clausel keine Erwähnung gethan¹⁾.

Wir dürfen daher annehmen, daß bereits an diesem Tage die bessere Einsicht in Wilhelm III. wieder die Oberhand gewonnen. Allein diese bessere Einsicht hob den Act, den er in der Leidenschaft des Irrthumes und des Argwohnes vorher vollzogen, nicht mehr hinweg. Die Sanction der Bill war auf dem Wege nach Dublin.

Wenn für das Irrewerden des Königs an dem Kaiser etwas zur Entschuldigung gereichen kann: so ist es die Wahrnehmung, daß er in Voo nicht frei war von dem Einflusse, den die brieflichen Mittheilungen Anderer auf ihn ausübten. Und wiederum waren diese Anderen nicht unabhängig von der Einwirkung der französischen Botschafter.

Wir sehen diese Botschafter nach mehr als einer Richtung hin thätig in dem Aussäen von Mißtrauen und Zwietracht. Sie warfen gelegentlich die Aeußerung hin: der König von England werde bald ein guter Freund ihres Königs sein, und werde dessen bedürfen. Denn Frankreich werde ihm den Plan offen legen, den das Haus Oesterreich wider ihn schmiede²⁾.

Ganz besonders tritt diese Thätigkeit der Franzosen, so wie die Wirkung derselben auf die Persönlichkeiten im Haag, uns entgegen in Anlaß der Rhodender Clausel.

Einer der englischen Botschafter, Lord Villiers, damals von Wilhelm III. zum Grafen Jersey ernannt, trat zu dem Grafen Auersperg. Da dieser nicht Friedens-Botschafter, sondern Gesandter

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 5. November.

²⁾ Auersperg an Kinsky, den 24. September: Je sais de bonne part que les François débitent que le roy G. sera bientôt leur véritable ami, et qu'il aura besoin d'eux, puisqu'ils luy découvriront le dessein que la maison d'Autriche a contre luy. V. E. verra par là comme ces gens-là tâchent à nous désunir.

bei Wilhelm III. war: so hatte er über die drei anderen Kaiserlichen, Kaunitz, Stratemann, Seilern, den Vorthail voraus, bei einem etwaigen Vorwurfe nicht persönlich betheiligt zu sein. Zerjesch begann in der Weise, die wir in Fällen solcher Art damals bei den Engländern häufig bemerken, nicht zuerst fragend, sich erkundigend, sondern vorwerfend, anklagend. „Ich kann nicht zweifeln, sagte er, daß der Kaiser seinen Botschaftern Befehl gegeben, sich unter der Hand mit den Franzosen zu verständigen. Ich versichere Ihnen, daß dies in England eine sehr übele Wirkung thun wird, und es ist noch nicht abzusehen, wie das Parlament es aufnehmen werde.“ — Auersperg erwiederte: „Sie thun dem Kaiser schweres Unrecht. Sie selber erkennen zu wohl, daß, nachdem einmal durch den besonderen Abschluß vom 20. September die Trennung erfolgt, Frankreich so überlegen dastand, daß es jede Forderung durchzudrücken vermochte. Der Kaiser hat durch mich dem Könige eben jetzt wieder, wo ich gerade von Voo zurückkomme, seinen Wunsch zu erkennen gegeben, mit ihm im Bunde und guter Einigkeit zu bleiben. Demnach ist ein Verständniß seinerseits mit Frankreich undenkbar. Da vielmehr, wie gesagt, nach dem 20. September für uns allein nichts mehr durchzusetzen möglich war: so haben Sie, England und Holland, sich selber allein beizumessen, was da geschehen ist“. — Zerjesch entgegnete: „Aber die französischen Botschafter haben mir gesagt, daß sie dem Andringen der Kaiserlichen und der Kurpfälzer nicht haben widerstehen können“. Der Bericht Auerspergs läßt nicht ersehen, daß er auf diese letzten Worte eine Erwiderung für erforderlich gehalten ¹⁾).

Mit gleicher Bereitwilligkeit des Glaubens an das was sie nach französischer Absicht glauben sollten, sehen wir andere Engländer im Haag angethan, wie den Secretär Blathwayt, den poetischen Diplomaten Prior, welche demgemäß die eigenen Vorurtheile ausbreiteten auch nach anderen Richtungen, namentlich nach England ²⁾. Nach den Berichten Hoffmanns in London redete man dort ganz ähnlich wie Zerjesch im Haag.

Nicht anders viele Holländer. Dyfvelt trat zu Auersperg. „Ich vermag nicht Ihnen auszudrücken, begann er, welch ein Geschrei diese

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 8. November.

²⁾ Die Briefe derselben in den Lexington Papers p. 315.

Sache in allen Provinzen der Republik erregt. Wir haben dies um den Kaiser nicht verdient. Die Franzosen behaupten: die Clausel sei ihnen abverlangt worden. Sie geben Einzelheiten darüber an." — Auersperg erwiederte ihm in derselben Weise, wie dem Grafen Zerjev. „Wie mit dem Könige, sagte er, so wünscht auch mit der Republik der Kaiser in gutem Verständnisse zu bleiben. Ich frage Sie also, wie mit diesem Wunsche jener Verdacht vereinbar ist" ¹⁾. Es gelang ihm, diesem Holländer jeglichen Argwohn in Betreff des Kaiserhofes selbst, so wie der Botschafter Kaunitz und Stratemann zu benehmen, nur nicht in Betreff des dritten, des Freiherrn von Seilern ²⁾. Die Briefe dieses Gesandten an den Grafen Kinsky in Wien ergeben, daß Dykvelt oder wer immer sonst den Verdacht gegen ihn hegte, dennoch Bedenken getragen haben muß, die Anklage ihm selber auszusprechen. Seilern redet über die Angelegenheit eben so unbefangen wie Auersperg.

In Wahrheit hätte den kaiserlichen Botschaftern, wenn sie einer Mitwirkung an dem Einbringen dieser Clausel sich schuldig wußten, nicht ein Lob des Kaisers in Aussicht gestanden. Wir haben uns nicht bloß, wie bereits geschehen, zu erinnern an die Art und Weise, in welcher Leopold im Jahre 1695 den Vorschlag Wilhelms III. aufnahm, die Stadt Straßburg dem Fürstbischöfe zu überlassen (S. 256 u. f.), wie er damals seine beschworene Kaiserpflicht entgegen stellte, die Protestanten von Straßburg zu schützen und zu erhalten in dem Genuße der Rechte des westfälischen Friedens. Diese Rhyemayer Clausel brachte noch etwas ganz Anderes mit sich. Von einer fremden Macht dictirt, war sie ein Eingriff in die Unabhängigkeit des Reiches, demnach ein Schlag auf die Autorität des Kaisers. Eben darum hatten seine Botschafter dem Eifer der protestantischen Reichsstände vorher ihre Mahnung und Warnung entgegen gehalten, sie gebeten nicht einen Schritt zu thun, welcher für Frankreich ein Thor eröffnen würde zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 8. November.

²⁾ Desgleichen. In einem Privatschreiben an Kinsky sagt Auersperg: Dykvelt m'a dit de plus qu'il savoit bien que ny les comtes de Kaunitz et de Stratemann, ny la cour impériale même, n'étoient pas cause de ce qui est passé sur le point de religion; mais il jette toute la faute à M. le baron de Seilern, disant qu'il n'ignoroit pas les discours que ce ministre a tenus.

Die Clausel war ferner unvereinbar mit dem conciliatorischen Streben der kirchlichen Reunion, an welchem der Kaiser Leopold festhielt auch nach dem Tode des Bischofs Spinola. Diesem hatte er auf dem Stuhle von Wiener-Neustadt einen Nachfolger ernannt in dem Grafen Leopold von Buchaim, ausgerüstet mit denselben Instructionen. Die Erbitterung, welche diese Clausel bei den Protestanten hervorrufen mußte, war für diese conciliatorischen Pläne ein schweres Hemmnis. Wir haben bereits die politische Stellung zu England und Holland berührt, welche, wenn dem Kaiser oder seinen Botschaftern in dieser Angelegenheit ein Vorwurf mit Recht zu machen war, darunter nur leiden konnte. Der Kaiser begnügte sich daher nicht mit den Berichten, in denen seine Botschafter die Angelegenheit der Clausel neben vielen anderen behandelten: er verlangte einen besonderen eingehenden Bericht über diese Angelegenheit ¹⁾.

Bei den protestantischen Reichsständen überwog nach und nach die Erkenntnis, daß, bei dem Mangel eines festen Stützpunktes für sie, der überlegenen Macht Frankreichs gegenüber alle Protestationen fruchtlos bleiben würden. Einer nach dem anderen sandte innerhalb der offen gehaltenen Frist seine Zustimmung ein. Aber für lange Zeit noch blieb die gereizte Stimmung über den Verlust, oder richtiger den Nicht-Wiedergewinn von etwa siebenhundert Kirchen für den Protestantismus, und in enger Verwandtschaft damit der Argwohn wider den Kaiser ²⁾. Denn allerdings war ja der Kurfürst von der Pfalz, über dessen Thätigkeit in der Richtung der Clausel am Hofe von Versailles schon im Laufe des Monats October die Berichte vorlagen, ein Schwager des Kaisers. Er hatte durch diese Angelegenheit seinem kaiserlichen Verwandten einen ähnlichen Undienst erwiesen, wie drei Jahre zuvor durch die Beredungen von Steckborn bei Zürich. Um so größer also der Erfolg Ludwigs XIV. in dieser Angelegenheit.

Es ist darum von Wichtigkeit den Plan Ludwigs XIV. bei dieser Clausel noch mit einigen Strichen zu beleuchten.

¹⁾ Collectiv-Bericht vom 19. December.

²⁾ Pütter: Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des Reiches, Theil II, S. 300. Pütter sagt, im Jahre 1788: „Es hat bis auf den heutigen Tag nicht verwunden werden können“.

Der Plan dieser Clausel ist, von der politischen Seite betrachtet, ein Ausfluß des Grundgedankens der französischen Staatsraison damaliger Zeit, nämlich die eigene Macht zu kräftigen vermittelt der Erregung von Zwietracht und Feindschaft bei den Nachbarn.

Als das hauptsächlichste Mittel, die Nachbarländer durch confessionelle Zwietracht in sich zu zerlegen und zu lähmen, hatte die französische Politik bis dahin benutzt den Protestantismus, namentlich in Deutschland. Die Aggressiv-Partei dort wider den Bestand der alten Kirche und des alten Reiches, von Moritz von Sachsen an oder genauer schon vor ihm zur Zeit des schmalkaldischen Bundes, bis zu Gustav Adolf und den Schweden des dreißigjährigen Krieges überhaupt, hatte jederzeit rechnen dürfen auf französische Geldhülfe. Von dieser Seite betrachtet, war die Consolidation des Protestantismus in Deutschland wesentlich ein Erfolg der Politik der Häuser Valois und Bourbon.

Nun, durch die Einbringung der Ryswycker Clausel, scheint der König von Frankreich ein ganz entgegen gesetztes Verfahren zu befolgen. Er tritt als vermeintlicher Schützer der Katholiken in Deutschland auf.

Denn so allerdings wollte er namentlich in Frankreich sich angesehen wissen. Nach der Ratification des Friedens erließ er, wie üblich, an den Erzbischof von Paris den Befehl das Tedeum singen zu lassen¹⁾. In dem Schreiben zählt er seine durch den Frieden erlangten Vortheile auf. „Straßburg, sagt er, eine der festesten Burgen des Reiches und der Kezerei, ist für immer wieder vereinigt mit der Kirche und mit meiner Krone. Der Rhein ist hergestellt als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Und was mich noch mehr erhebt, der Cultus der wahren Religion ist unter Fürsten eines anderen Bekenntnisses gesichert durch feierlichen Vertrag.“

Es dürfte nicht zu bezweifeln sein, daß in Frankreich durch solche Worte der Zweck erreicht wurde, daß bei der großen Menge dieses Volkes der König in dem glänzenden Lichte erschien, als sei er in der That ein Vorkämpfer der katholischen Religion.

Allein, daß darum Ludwig XIV. nicht verzichtete auf den in Deutschland so oft mit Erfolg betretenen Weg, die Protestanten, und zwar voran die Fürsten, zu erregen wider den Kaiser, legte sich dar

¹⁾ Actes de la paix de Ryswick t. IV, p. 261.

durch die Thatfache in Ryswyck selbst. Seine Botschafter dort führten bei den anderen wider die kaiserlichen die wahrheitswidrigen Reden, durch die es ihnen gelang im Anfange alle Protestanten zu täuschen, nicht bloß die Deutschen, sondern auch die Engländer und Holländer, mit inbegriffen den König Wilhelm III. Wir haben gesehen, wie diese Täuschung Wilhelms III. ihren Schatten warf über das unglückliche Irland.

Einige Monate später that Ludwig XIV. in besonderer Weise kund, daß er nicht Willens sei, für sich selber wegen der Religion sich mit den protestantischen Reichsfürsten zu entzweien. In den Instruktionen, denen gemäß der Graf Tallard als französischer Botschafter, im Beginne des Jahres 1698, seine Reden vor Wilhelm III. einzurichten hatte, heißt es darüber: „Der König von Frankreich hat in denjenigen Gegenden, welche ihm unterthan gewesen waren und welche er beim Friedensschlusse zurückgab, der katholischen Religion alle ihm möglichen Vorthelle zu verschaffen gesucht; aber die Sorgfalt, zu welcher er sich daheim innerhalb seiner Länder verpflichtet glaubt, geht nicht darüber hinaus. Er hat daher nicht die Absicht, den protestantischen Reichsfürsten irgend einen Anlaß zum Misvergnügen zu geben, betrachtet vielmehr die Mehrheit derselben als alte Verbündete seiner Krone“ ¹⁾.

Mit anderen Worten: nachdem Ludwig XIV. die Ryswycker Clausel durchgesetzt, und mehr noch, nachdem er durch die wahrheitswidrigen Reden seiner Botschafter in Holland das Odium der Clausel bei nicht wenigen Protestanten auf den Kaiser gewälzt, trat der für seine Politik, wie einst für diejenige seiner Vorgänger habituelle Krankheitszustand wieder ein, nämlich die protestantischen Fürsten im Reiche an sich zu locken durch den Hinweis auf seinen Schutz.

Daß auf eine oder andere Weise dies geschehen würde, erkannte jedoch der König Wilhelm auch seinerseits noch vor dem Abschlusse des letzten Friedens-Vertrages. Es war seine Absicht, den Grafen Portland nach England voraus zu jenden. Bevor Portland aufbrach, ließ

¹⁾ Grimblot t. I, p. 275.

der König durch ihn dem Grafen Auersperg Eröffnungen machen, welche Schritte er im allgemeinen Interesse für erforderlich halte.

„Der König, begann Portland, hält es für höchst nothwendig, daß ein Garantie-Vertrag zugleich mit der Association, von der schon die Rede gewesen, sobald wie möglich zur Erörterung komme. Denn er hat zuverlässige Nachrichten, daß die Krone Frankreich sofort nach dem Friedensschlusse ihre Emisäre entsenden und nichts unterlassen wird, um diesen oder jenen Reichsfürsten für sich zu gewinnen. Es handelt sich also um das Zuvorkommen; denn, wenn sie einmal mit uns engagirt sind, so ist die Besorgnis des Abfalles geringer. Dem Kaiser aber muß daran besonders gelegen sein, namentlich wegen der spanischen Succession. Wenn der Kaiser das Reich wohl geeinigt erhält und dadurch vermag, der französischen Macht von seiner Seite her zu widerstehen: so werden ihm der König und die Generalstaaten mit Freuden zur Hülfe bereit sein. Findet jedoch Frankreich Handhaben, das Reich in sich uneinig zu machen und dadurch lahm zu legen, so ist es für England und Holland fast unmöglich so aufzutreten, wie sie es selber wünschen. Sie würden dies sehr beklagen; denn es ist beiden Mächten hoch daran gelegen, daß die spanische Monarchie nicht aus dem Besitze des Erzhauses komme, weil in diesem Falle das gesammte Europa unzweifelhaft unter die französische Botmäßigkeit gerathen würde, nur freilich so, daß diese Mächte wegen ihrer Lage, und namentlich England erst zuletzt daran kämen.“

„Der König weiß, fuhr Portland fort, daß in Spanien die Rede geht von der Herberufung des Erzherzogs. Um so mehr drängt die Zeit auf den Abschluß des Garantie-Vertrages. Denn der Kern und Schlüssel der gesammten französischen Politik ist die spanische Succession.“

Auersperg erwiederte: die Berichte des Grafen Harrach aus Spanien legten dar, daß für diese Macht, ob im Kriege, ob im Frieden, jeder Widerstand gegen Frankreich unmöglich sei, wenn sie nicht gestützt werde durch die Allirten. Er vernehme daher sehr gern diese Mittheilung. Portland fiel ein: „Ja seien Sie versichert, wenn Sie sich nur selber helfen wollen, so soll Ihnen gewis geholfen werden. Wenn die englische Nation einen Widerstand gegen Frankreich erblickt, welcher Aussicht bietet auf Erfolg: so ist auch sie bereit alles zu leisten, was man von ihr verlangen kann.“

Er erneuerte in den nächsten Tagen wiederholt diese Reden. Er wies hin auf die einzelnen Fürsten im Reiche. Diejenigen zu Hannover, Celle, Cassel, seien dem Könige besonders verpflichtet. Dies war namentlich in Betreff des Kurfürsten Ernst August sehr richtig. Denn, da der Kaiser wegen der Misstimmung einiger Reichsstände wider die neunte Kurwürde nicht wagte, einen Reichsbeschluß darüber fassen zu lassen, so erhielten die englischen Friedens-Botschafter im Haag den Auftrag, demjenigen des Kurfürsten, Herrn von Bothmar, in demonstrativer Weise die üblichen Höflichkeiten zu bezeugen. Aehnliches geschah dann von den holländischen, von den schwedischen in ihrer Eigenschaft als Friedens-Vermittlern, und anderen. — Der Herzog von Celle war persönlich des Königs alter, treu ergebener Freund. — Der Kurfürst von Brandenburg, fuhr dann Portland fort, wolle anfangen andere Wege einzuschlagen; jedoch rechtzeitiges und einmüthiges Zureden werde ihn auf der rechten Bahn erhalten. Die Gesandten vieler anderen Reichsfürsten, meinte Portland, setzten ein besonderes Zutrauen in Heinsius. Dies müsse benutzt werden. Dem Kaiser jedoch müsse an dieser Union am meisten gelegen sein. Er werde bedenken, daß der König von England nicht unsterblich sei. Wenn diese Fatalität eintrete, wenn dann Frankreich die bisherigen Allirten disunirt fände: wie stünde es um Europa?

Man dürfte sagen, daß wir aus jedem dieser Worte Portlands den König selber vernehmen.

Er berichtete weiter: bei einem Besuche der schwedischen Vermittler habe er sich alle Impertinenzen der Franzosen erzählen lassen. Er bekenne, daß, wenn er ihnen nicht aus sich selber schon so feindselig wäre, so würde er es dadurch geworden sein. Denn dies auszudauern, gehe über menschliche Geduld. „Wenn uns Andere, sagte er, die Präpotenz der Franzosen nicht einigte: so sollte es ihre Impertinenz thun.“

Wir sehen also, daß zu Ende des Krieges der König Wilhelm III., und demgemäß auch die Staatsmänner der Republik, eine abermalige Einigung der bisherigen Allirten verlangten, und zwar mit dem ausdrücklichen Hinweise auf den etwa eintretenden Fall der spanischen Succession. Der Stand dieser Angelegenheit erfordert daher unsere Aufmerksamkeit, und zwar, da vor dem Friedensschlusse Versailles

noch nicht direct einwirkt, in Betreff der beiden Orte Wien und Madrid.

Wir erinnern uns des Schreibens von Carl II. an den Kaiser, vom 25. Juni, durch welches der König seine Geneigtheit kund gab, den Erzherzog Carl zu berufen und kaiserliche Truppen aufzunehmen. Der Kaiser setzte eine besondere Deputation nieder, bestehend aus den Grafen Kinsky, Waldstein, Mannsfeld, Bucellini und Harrach dem Jüngeren, und verlangte ihr Gutachten. Drängen wir die Gedanken desselben kurz zusammen ¹⁾.

„Es ist unzweifelhaft, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Spanien der Erzherzog dort sich sehr beliebt machen werde. Allein es steht entgegen, daß eine Entsendung des Erzherzogs, bevor der römische König eine Descendenz hat, das Erzhaus in die Gefahr bringt, die römische Kaiserkrone mit den Erbkönigreichen und Ländern, kurz alles zusammen, zu verlieren. Ferner zeigt sich zwar der König von Spanien ganz geneigt; allein eben so wie bei dem Testamente Philipps IV., welches den Kaiser als Nachfolger substituirt, ist auch in diesem Falle die Zustimmung der Cortes erforderlich. Dies um so mehr, da eine starke Partei der Rätthe französisch, eine andere bayerisch gesinnt, überhaupt die Meisten der Ansicht sind, der Kaiser, als zu weit entfernt, vermöge nicht Spanien wider Frankreich zu schütten.“

„Ferner stellt das Schreiben Bedingungen, nämlich den Unterhalt des Hofstaates für den Erzherzog, so wie der 12,000 Mann Truppen auf kaiserliche Kosten. Im Falle einer eigenen Descendenz des Königs würde der Erzherzog zurückkehren müssen.“

„Allem Ansehen nach wird die Angelegenheit dieser Succession, es sei denn, daß Gott wunderbarlich ins Mittel trete, mit dem Schwerte auszumachen sein.“

„Dennoch ist die Frage, ob der Erzherzog zu senden sei, zu bejahen. Denn diese Antwort ist schon gegeben durch die Instruction des Grafen Harrach, hervorgerufen durch das französische Erbieten auf eigene Kosten einen Enkel des Königs hinein zu schicken. Zwar ist diese Ausgabe schwer, jedoch, wenn Gott nicht ein Unglück in

¹⁾ Protokoll vom 5. bis 10. September.

Ungarn verhängt — die Schlacht von Zenta war noch nicht geschlagen — erträglich. Ferner ist das Erbieten der erste günstige Lichtblick von Seiten des Königs, seit seiner Weigerung den bayerischen Verzicht und die Ueberlassung von Belgien an Kur-Bayern anzuerkennen. Diese Gelegenheit ist zu benutzen. Es ist endlich zu hoffen, daß die Hineinkunft des Erzherzogs mit 12,000 Mann auch die zur Zeit noch abgeneigten spanischen Minister umstimmen werde.“

„In Betreff der Zeit ist Eile zu empfehlen, wo möglich, noch vor dem Friedensschlusse. Denn nach demselben dürften England und Holland wegen des Transportes der Truppen Schwierigkeiten machen, um sich nicht einem neuen Bruche auszusetzen. Man hat bisher ihnen nichts mittheilen können, weil die Absicht des Königs von Spanien unbekannt war ¹⁾. Aber sich an Holland zu wenden, ist bedenklich, weil man dort des Geheimnisses nicht sicher. Das einzig richtige Mittel dürfte sein durch den Grafen Auersperg die Sache an den König zu bringen, und es diesem zu überlassen, die geeigneten Schritte zu thun, demnach die Ausführung des Entschlusses, den der König von Spanien gefaßt, auf das Gutdünken des Königs von England zu stellen.“

Der Kaiser fügte dem Gutachten seine lobende Zustimmung bei, verlangte dann jedoch noch eine besondere Erwägung, in welcher Form der Graf Auersperg dem Könige das hochwichtige Geheimniß vortragen solle.

So am 10. September, wo in Wien das Verhalten der Seemächte auf das französische Vorgehen vom 1. September noch nicht vorlag. Dann erfolgte der Sonder-Friedensschluß vom 20. September. Erst am 11. October führte der Kaiser jenen Gedanken des Auftrages für den Grafen Auersperg aus, und zwar in umfassender Weise.

„Der Allianz-Vertrag vom 12. Mai 1689, schreibt der Kaiser an Auersperg, enthält ausdrücklich die Bestimmung, daß auch nach

¹⁾ Da diese Thatsache für das Verhalten des Kaiserhofes von den Schriftstellern über diese Zeit selten oder vielleicht niemals nach Gebühr gewürdigt ist, so setze ich den Wortlaut des Protokolles hierher: „Mit welchen (nämlich England und Holland) man nicht ehender communiciren können, alldieweil intentio regis catholici unbekannt gewesen“.

beendetem Kriege das Bündnis in Kraft verbleiben soll. Nachdem es jedoch mit dem Friedensschlusse in der bekannten Weise hergegangen, so wird es für alle Theile nützlich sein, sich durch neue Erklärungen darüber zu vergewissern. Besonders ist uns daran gelegen zu erfahren, was wir von England und Holland in Betreff des damals errichteten geheimen Artikels über die spanische Succession zu erwarten haben. Weil nun dieses zunächst mit dem Könige von England zu erörtern sein wird, theils wegen des Geheimnisses, theils weil ja doch ohne ihn die Generalstaaten sich auf nichts einlassen werden: so finden wir für gut, daß Du, ohne an der dauernden Verbindlichkeit der Allianz irgend einen Zweifel spüren zu lassen, gelegentlich dem Könige vortragen mögest, daß, obwohl der Vertrag von 1689 die Fortdauer des Bündnisses nach dem Frieden in bestimmter Weise ausspreche, es dennoch zweckmäßig sei, darüber beiderseitig sich zu erklären, und daß wir von unserer Seite um so mehr dazu erbötig seien, da die Gesandten von England und Holland noch kurz vor dem Friedensschlusse dies bei uns beantragt. Wir stellen es demnach in das Belieben des Königs von England, ob er mit Dir eine bestätigende Erklärung dieser Art errichten, oder die Sache an die Minister im Haag, oder endlich hierher verweisen will."

„Für den Fall, daß der König sich willig beweist, so hast Du die Bestätigung des geheimen Artikels ganz besonders zu beantragen und um ausdrückliche Instruction der betreffenden Minister, ob im Haag ob hier, dafür zu bitten. Auf Grund der Erklärung des Königs wird dann die entsprechende bei den Generalstaaten zu erlangen sein, immer mit der erforderlichen Discretion; denn weder die spanischen, noch überhaupt andere Gesandte dürfen zur Zeit von dem geheimen Artikel etwas wissen" ¹⁾.

So die allgemeine Instruction über den Fortbestand der Allianz. Die Reden Portlands zu Auersperg haben uns gezeigt, daß diese Gedanken des Kaisers durchaus denen des Königs entsprachen, daß mithin Auersperg beim Empfange des Schreibens einer günstigen Antwort im voraus sicher war. Es folgte dann die besondere Instruction über die Angelegenheit der Sendung des Erzherzogs nach Spanien. Sie spiegelt

¹⁾ Kaiserliches Handschreiben an den Grafen Auersperg, vom 11. October.

sich wieder in der Rede Aueršpergs vor dem Könige im Schlosse Roo, am 5. November.

Und hier erst gelangen wir an die bereits früher berührte Audienz, in der es sich ausweisen mußte, ob der um sechs Tage früher von Wilhelm III. zu Heinsius geäußerte Argwohn wider den Kaiser in ihm haften blieb.

„Der Kaiser, jagte Aueršperg, steht in Zweifel, ob selbst auch dann, wenn die Krone Spanien mit Beobachtung aller Formen den Erzherzog Carl als Successor ernannte, die Hineinsendung an der Zeit, und nicht doch vielleicht verfrüht sein würde. Der Kaiser stellt die Entscheidung darüber Ew. Majestät anheim, nicht zweifelnd, Sie werden den Rath, den Sie geben, zur rechten Zeit auch zu behaupten wissen. Da der Kaiser mit dieser Offenherzigkeit und diesem Vertrauen sich Ew. Majestät eröffnet und dadurch gleichsam die Wohlfahrt seines Erzhauses Ew. Majestät anvertraut: so lebt der Kaiser der völligen Zuversicht einer wahrhaften Gegenseitigkeit, wie er denn auch in Glück und Unglück Ew. Majestät mit allen Kräften zur Seite stehen wird.“

Der König erwiderte: „Ich vermag Ihnen nicht auszusprechen, wie sehr mich der Kaiser durch das in mich gesetzte Vertrauen verpflichtet. Ich versichere Ihnen, daß es jederzeit mein Gedanke gewesen: die jetzige Allianz dürfe nie abgebrochen werden. Ich bin erbötig, sie in aller Beziehung zu bestätigen, und sehr erfreut, daß der Kaiser darin mit mir überein stimmt. Innerhalb zweier Tage gedenke ich im Haag zu sein. Dort werde ich mit dem Rathspensionär alles reiflich überlegen, namentlich in Betreff des geheimen Artikels. Denn es wird Ihnen bekannt sein, daß man, um wirklich die Sache geheim zu halten, sie nicht den Generalstaaten insgesammt vorlegen darf. Da Sie jedoch vor mir im Haag eintreffen, so haben Sie dadurch den Anlaß auch vorher schon die Sache mit ihm zu besprechen. Wir werden hoffentlich alles wohl einrichten“.

„Was den Transport der 12,000 Mann betrifft, so zweifele ich, offen gesagt, ob Spanien, nach dem Friedensschlusse, sie noch verlangt. Leider wissen wir ja Alle seit langen Jahren, wie wenig Spanien selber auf seine Bertheidigung bedacht ist. Es dürfte in diesem Falle um so weniger sich getrauen die Mannschaft zu nehmen, da Frankreich es als einen Friedensbruch auslegen würde.“ — „Aber, erwiderte

Muersperg, eine solche Auslegung ist auch für Frankreich nicht möglich; denn kein Vertrag kann untersagen, daß eine andere Macht, während des Friedens, auf ihre Sicherheit gedenken dürfe. Welches Unglück dagegen für Europa, wenn, bei plötzlichem Todesfalle des Königs von Spanien, alle diese Länder nicht in besserem Vertheidigungsstande wären als zur Zeit!" — „Sie haben Recht, sagte der König. Erwarten wir also was aus Spanien kommt.“

Wie einige Tage vorher Portland, so wies dann auch der König hin auf die Nothwendigkeit, daß der Kaiser die Reichsfürsten um sich schaare. Frankreich habe bei diesen letzten Verhandlungen zur Genüge wieder seinen unerträglichen Hochmuth gezeigt: nur in Einigkeit und durch eine gute Kriegsverfassung vermöge man diesen zu dämpfen.

So der König Wilhelm III. am 5. November. Es war ihm nicht unbekannt, daß auch andere Gerüchte umliefen. Die Königin von Spanien hatte der Prinzessin Baudemont in Brüssel gemeldet: sie habe sichere Nachrichten: der König von England wolle fortan völlig mit Frankreich gehen. Darum habe er nichts für Barcelona gethan, damit es verloren werde. Man rede bereits viel von einer Heirath zwischen ihm und der Prinzessin von Orleans.

Der letzte Satz kennzeichnet den Ursprung des Gerüchtes. Dieser Heirathsplan war und blieb französisches Eigenthum. Demnach war auch das Uebrige desselben Ursprunges.

Die Prinzessin Baudemont schickte dem Könige den Brief, mit der Frage, was sie antworten solle. Sie möge versichern, erwiderte er, daß er in keiner Gelegenheit noch Weise sich mit Frankreich verbinden werde. Barcelona habe er nicht retten können wegen der Unmöglichkeit ein Geschwader dahin zu senden. Die Königin von Spanien möge fest glauben, daß er dem Erzhaufe und den übrigen Allirten getreu verbleiben werde¹⁾.

Nicht die Wahrheit einer Thatjache enthielt jenes französische Gerücht, sondern die Wahrheit der Ankündigung, daß fortan das nächste Ziel der französischen Politik sein werde, den König Wilhelm III. zu gewinnen.

¹⁾ Muerspergs Bericht vom 5. November.

Der Weisung des Königs gemäß traten die Botschafter Kaunitz und Auersperg im Haag mit Heinsius zusammen. Dieser bewies sich mehr zurückhaltend als der König gethan. Er ging von der Ueberzeugung aus, daß die Krone Spanien sich in Betreff der Succession noch nicht so bald declariren würde. England und Holland glaubten demnach für alle Fälle genügende Versicherung ihres Beistandes zu geben, wenn sie den geheimen Artikel der Allianz vom 12. Mai 1689 bestätigten. Heinsius zeigte sich aufs äußerste besorgt wegen der Geheimhaltung. Erhalte der König von Frankreich irgend welche Kenntniß des geheimen Artikels: so werde er den eben geschlossenen Frieden nicht ausführen.

Die Folgezeit wird darthun, daß diese Ansicht von Heinsius nicht richtig war. Der König von Frankreich kannte den geheimen Artikel. Eben weil er ihn kannte, wollte er den Frieden. Denn nur während des Friedens durfte er hoffen, die Allianz an dem Punkte, der fortan der Kern war, dem geheimen Artikel in Betreff der spanischen Succession, unheilbar zu zerlegen.

Aus den Unterredungen blickte von Seiten des Rathspensionärs die Besorgniß hervor, daß die Kaiserlichen die Sache übereilen wollten. Kaunitz und Auersperg gaben daher die Erklärung ab: „Auch wenn der König und die Republik sich dem Kaiser verpflichten, im Falle der Benennung des Erzherzogs Carl als des Erben der spanischen Monarchie, ihn mit Truppen hinüber zu führen: so folgt daraus noch nicht die Gefahr einer Uebereilung. Denn der Kaiser erkennt selbst an, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Sache nichts auszurichten ist. Der Kaiser will nicht anders vorgehen als nach gemeinsamer Verabredung mit England und der Republik, und wünscht daher nur die Sicherheit zu haben, für alle Fälle auf den Beistand von England und Holland rechnen zu dürfen. Das ist der Punct, auf den es ankommt“.

Der Rathspensionär erwiederte: „Nach meinem ausführlichen Vortrage hat der König mir befohlen, Ihnen seine Bereitwilligkeit auszusprechen, die Allianz mit dem geheimen Artikel zu erneuern“. Er verlas den Artikel. „Sie sehen, fuhr er dann fort, daß der Wortlaut uns so streng bindet, wie immer es sein kann. Eine weitere Zusage jedoch, nämlich im Falle der Erklärung Spaniens für den Erzherzog als den Erben der Monarchie, ihn mit unserer Flotte hinüber zu

führen, können wir nicht auf uns nehmen. Denn der König und die Generalstaaten würden dadurch sich verpflichten, den Krieg zu erneuern, und vielleicht gar in einer Zeit, in welcher sie sich dazu nicht im Stande befänden. Und für uns steht es außer Zweifel, daß Frankreich das Eine wie das Andere, die Hinüberführung des Erzherzogs oder die Truppenjendung nach Spanien, für einen Friedensbruch aufnehmen würde. Nach unserer Ansicht würde das Bemühen des Kaisers hauptsächlich dahin zu richten sein, daß die Krone Spanien sich erkläre, daß sie demgemäß ein Testament errichte. Dann darf man sich auf uns verlassen, daß wir den geheimen Artikel der Allianz von 1689 mit Nachdruck zur Ausführung bringen. Daß die Sache so eingerichtet werde, ist unser eigener Wunsch. Denn vorher ist auf eine Ruhe in Europa nicht zu hoffen" ¹⁾).

Die Kaiserlichen nannten beständig in Betreff der Erbfolge in Spanien nur den jüngeren Sohn des Kaisers, den Erzherzog Carl. Heinsius bemerkte dazu: „Unsere Ansicht bleibt dieselbe auch dann, wenn der römische König Joseph zum Erben von Spanien erklärt werden, und mithin, wie zu den Zeiten Carls V., Ein Herrscher in seiner Person beide Monarchien vereinigen würde" ²⁾).

Vor allen Dingen legte Heinsius im Namen des Königs den kaiserlichen Gesandten die Mahnung nahe, daß der Kaiser sich mit dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern verständige, ihm den Besitz von Belgien zusichere. Allein hier eben erwuchs ein wichtiges Hinderniß, nicht von Seiten des Kaisers. Wilhelm III. und Heinsius boten damals dem Kurfürsten Max Emanuel an, ihm durch einen Vertrag die Statthaltertschaft von Belgien zu sichern für die Lebenszeit Carls II., und die Souveränität dieses Landes nach dem Tode des Königs, wenn dagegen der Kurfürst den vor seiner Heirath mit der Erzherzogin Maria Antonia geleisteten Verzicht bestätigen würde. Max Emanuel weigerte sich. Er erhob für seinen Sohn den Anspruch auf das ganze Erbe. Demnach ist anzunehmen, daß für Wilhelm III. und Heinsius die Erkenntnis bei Max Emanuel nicht durchdringen zu können, ein Hinderniß war sich dem Kaiser gegenüber bestimmter auszusprechen ³⁾).

¹⁾ Die Berichte der Grafen Auersperg und Kaunitz vom November.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 15. November.

³⁾ Grimblot t. I, p. 272. Aus der Instruction Ludwigs XIV. für Tallard.

Es fanden noch wiederholte Berathungen statt. Die Basis, auf welcher Heinsius gemäß der Uebereinkunft mit dem Könige stand, blieb dieselbe. Er erinnerte daran, daß der König wie auch er selber während des Krieges wiederholt die Sache berührt und den Wunsch ausgesprochen, daß sie damals geordnet würde. Auch später ist oft der Vorwurf geltend gemacht, daß von Wien aus die rechte Zeit, nämlich während des Krieges, versäumt worden sei. Der Vorwurf ist, wie wir aus den Berathungen in Wien im Monate September vernommen haben, nicht begründet. Und eben so wenig ist es darum auch der andere, daß der Kaiser getrachtet habe, den Krieg in die Länge zu ziehen um der spanischen Succession willen. Die Thatfachen haben gezeigt, daß der König Wilhelm den Frieden machte, um den Wünschen der Republik zu willfahren, und daß der Weg, welchen er zu diesem seinem Ziele einschlug, nicht die Zustimmung des Kaisers finden konnte. Andererseits hat sich uns aus den Thatfachen ergeben, daß die Aussicht auf die spanische Succession, ungeachtet des geheimen Artikels der Allianz von 1689, eine Reihe von Jahren hindurch für den Kaiser keinen großen Werth besaß. So lange Carl II. von Spanien, im Einverständnisse mit seiner Mutter Maria Anna, der Schwester des Kaisers, an der Ungültigkeit des Verzichtes der Erzherzogin-Kurfürstin Maria Antonia festhielt, wurde die Angelegenheit von Wien aus oder auch nur im Rathe des Kaisers nicht berührt. Erst auf die Kunde des Testamentes zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand, und der dadurch hervorgerufenen französischen Bemühungen in Madrid, führte der Kaiser den Entschluß aus, den Grafen Bonaventura Harrach nach Madrid zu entsenden. Die erste positiv günstige Kundgebung Carls II. in Folge dieser Sendung war jenes Schreiben vom 25. Juni 1697. Der jüngere Harrach traf mit demselben in Wien ein im August. Auf die dem Wesen nach bereits fertige Friedenssache konnte demnach dieses Schreiben keinen Einfluß mehr üben, weder fördernd, noch hemmend. Dagegen bot es dem Kaiser den Anlaß, die Angelegenheit der Succession in Spanien bei den Seemächten zur Sprache zu bringen. Wir haben gesehen, in welcher Weise es geschah.

Die Eröffnungen des Rathspensionärs im Namen des Königs von England verwiesen den Kaiser zunächst an Spanien, verlangten als Vorbedingung des Handelns die öffentliche Erklärung desselben.

Wir haben also, bevor wir die Antwort der kaiserlichen Botschafter im Haag vernehmen, den gleichzeitigen Stand dieser Angelegenheit bei Carl II. von Spanien kennen zu lernen.

Obwohl sein Schreiben vom 25. Juni 1697 an den Kaiser günstig lautete: so verbürgte es doch, namentlich in Rücksicht auf den Druck, durch welchen der kaiserliche Botschafter dem Versprechen die Form gegeben, noch nicht die Kraft eines wirklichen Entschlusses. Als im September der Graf Harrach im Namen des Kaisers seine Danksagung auszusprechen begann, unterbrach ihn der König Carl mit den Worten: „Reden Sie leise. Das Zimmer ist hoch und hell. Man möchte Sie hören“ ¹⁾.

Angenommen aber auch selbst, die Räthe Carls II. wären geneigter gewesen als sie waren: so keimten erst dann noch neue Hindernisse hervor. Wir haben vernommen, daß der König Wilhelm III. und Heinsius den kaiserlichen Botschaftern die Forderung nahe legten: Belgien für den Kurfürsten Max Emanuel. Das Verlangen entsprach andererseits der rechtlichen Verpflichtung, welche der Kaiser im Jahre 1685 übernommen, gegen den Verzicht seiner Tochter Maria Antonia und des Kurfürsten auf das andere gesammte spanische Erbe. Allein eine solche Cession Belgiens entsprach nicht der Meinung der kaiserlichen Partei in Madrid. Sie ließ eben damals durch Quiros, selber kaiserlich gesinnt, im Haag dem Gesandten Auersperg aussprechen: es scheine, daß in Wien die Absicht gehegt werde, den Kurfürsten für immer in Brüssel festzusetzen. Aber diese Niederlande seien von je her betrachtet wie eine Vormauer der spanischen Monarchie, untrennbar von derselben ²⁾.

Auersperg seinerseits lehnte ein weiteres Eingehen auf diese Mittheilung ab; aber sie war gemacht. Und zwar ist sie von besonderer Wichtigkeit, nicht bloß nach der einen Seite. Denn sie zeigt, daß auch damals noch der castilische Hochmuth, nicht gebeugt durch die Wahrnehmung der eigenen Wehrlosigkeit, nicht sich befriedigen würde mit der Wahrung der eigenen nationalen Unabhängigkeit, sondern unerschütterlich festhielt an der Fiction, daß diese zerstreuten nur durch die

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 214. Vom 24. September.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 21. November.

Personal-Union in dem Monarchen verbundenen Länder dennoch ein in sich unlösbares Gefüge darstellten

Diese Meinung war um so weniger berechtigt, weil rechtlich die Herrschaft der Niederlande nicht dem Könige von Spanien als solchem zustand, sondern als dem Descendenten des Hauses Habsburg. Denn der erste Philipp, der Stammvater beider Linien des Hauses Habsburg, der spanischen wie der deutschen, hatte, kraft des Rechtes seiner Geburt, von seiner Mutter Maria von Burgund die Niederlande ererbt. Er war im Besitze derselben, bevor in ihm oder dem Hause Habsburg ein Gedanke an Spanien aufsteigen konnte. Durch die Heirath Philipps mit der Infantin Johanna ward der Sohn beider, Carl, als König von Spanien der erste dieses Namens, als römischer Kaiser der fünfte, der Erbe des Vaters wie der Mutter, vereinigte also in seiner Person das Königthum Spanien mit der Erbherrschaft der Niederlande. Nicht also waren die Niederlande eine Pertinenz der Krone Spanien oder umgekehrt, sondern ein jedes war für sich, nach eigenem Rechte und Gesetze, eine Pertinenz des Hauses Habsburg.

In Spanien jedoch war jene Meinung der Untheilbarkeit der Gesamt-Monarchie aufgewachsen. Diese Meinung stand in den Köpfen von Madrid, so verschiedenartig sie auch sonst sein mochten, fest wie ein Axiom, und war eben darum ein politischer Factor, welcher auch von denen, die den Irrthum desselben erkannten, dennoch mit in Rechnung gebracht werden mußte.

Für den Kaiser hatte es nicht erst einer solchen Aufforderung bedurft, wie Heinsius sie nahe legte. Er wandte sich in denselben Tagen wie an Wilhelm III., so auch an Carl II. in Madrid. Mit Bezug auf das Schreiben vom 25. Juni kündigte er seinem Nessen an, daß er, im Falle der Bereitwilligkeit von England und Holland zur Ueberführung der Truppen, diese bis zu Ende December zur Einschiffung ans Meer marschiren lassen würde. Bevor er jedoch sich zur Sendung seines Sohnes Carl entschließe, wünsche er die Absicht des Königs genauer zu wissen ¹⁾. „Zugleich, fügt der Kaiser hinzu, kann ich nicht umhin Ew. Majestät die unumgängliche Nothwendigkeit

¹⁾ Kaiserliches Handschreiben vom 24. October: *de saber mas claramente la intencion de V. Mag^d.*

vorzustellen, daß Sie, ungeachtet des eben geschlossenen Friedens, sich zu Wasser und zu Lande bewaffnet halten mögen. Denn es lehrt ja die traurige Erfahrung, wie wenig man sich auf Verträge und Verheißungen des Königs von Frankreich verlassen darf. Ohne eine genügende Waffenmacht werden weder Ew. Majestät der gebührenden Rücksicht von dort versichert sein, noch Ihre Monarchie des Friedens und der Ruhe, deren sie bedarf, und die Ihren eigenen Wünschen entspricht, noch endlich werden Sie vermögen die gefaßten Entschlüsse auszuführen, um den Glanz unseres Hauses und unserer Vorfahren zu behaupten und zu bewahren. Ew. Majestät wollen meinem verwandtschaftlichen Eifer es zu gute halten, daß ich mich verpflichtet fühle, in einer so delicaten Angelegenheit offen meine Ansichten auszusprechen."

So der Kaiser Leopold am 24. October 1697. Er überließ die weitere Ausführung der Gründe dem Grafen Harrach. Damit auf jeden Fall etwas geschehe, ermächtigte er den Botschafter, dem Könige die Ernennung des Erzherzogs Carl zum spanischen Statthalter von Mailand vorzuschlagen.

Seit dem Monate Juni, wo Harrach bei dem Könige Carl II. jenes Schreiben erwirkt, waren seine Hoffnungen nicht gestiegen, namentlich nicht durch den Abschluß des Friedens. Dieser brachte Dank sagungen und Freudenfeste, vor allen Dingen Stiergefechte: er brachte keine Rettung aus der Verworrenheit. Vielmehr tauchte bei patriotischen Spaniern eine neue Besorgnis auf. Bei der allgemeinen Erbitterung wider den Admiral von Castilien und demgemäß auch das königliche Paar selbst, sei zu befürchten, daß die Mißvergnügten sich mit dem zu erwartenden französischen Botschafter verständigten, den König und die Königin einsperrten und einen französischen Prinzen zur Uebernahme der Regierung beriefen. Harrach erfuhr dieses Gerücht von dem Grafen Aguilar. Er theilte es der Königin mit¹⁾. Auch ohne jene Mahnung des Kaisers abzuwarten, drängte er unablässig in die Königin, daß Spanien sich in wehrhaften Stand setzen müsse. Er wies sie hin auf die eigene Gefahr, die bei der ungewissen Lage der Dinge im Falle des unvermutheten Todes von Carl II. ihr drohe.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 217. Vom 30. September und 1. October 1697.

Im Staatsrathe seien nur drei der Mitglieder für sie, fünf wider sie. Daher möge sie sich entscheiden, entweder für die Ernennung eines leitenden Ministers (*valido*), oder einer Junta von mehreren, unter denen der Graf Dropeza nicht fehlen dürfe. Eben diesen wollte die Königin nicht.

Es ist überhaupt, beim Ueberblicke des ganzen Verhaltens der Königin, schwer zu sagen, ob sie, berathen von der Gräfin Berlepsch, damals einen festen Plan verfolgt habe. Denn, während das Kaiserpaar auf sie alles Vertrauen setzte, hatte doch auch der Kurfürst Max Emanuel bei ihr seine Anknüpfungen, stieg oft der Verdacht empor, daß die französischen Erbietungen für den Todesfall von Carl II. auf sie nicht ohne Wirkung blieben.

Harrach überlieferte dem Könige das Schreiben des Kaisers vom 24. October. Dann bat er um eine Antwort, ob der König die früher gewünschten Truppen noch verlange. Carl II. erwiederte rasch: „Und wie sehr ich sie verlange!“ — Harrach fuhr fort: „Diese Mannschaft, die der Kaiser senden will, besteht aus seinen ältesten und besten Regimentern Infanterie. Es wäre zu beklagen, wenn nicht genügende Sorgfalt für sie getragen würde“. — „Mein Brot will ich mit ihnen theilen,“ fiel Carl II. ein. — „Dann aber ist es auch erforderlich,“ sagte Harrach, „daß man hier sich waffne.“ — „Gewis ist es das,“ entgegnete Carl II. „Sie dürfen meinem Oheim versichern, daß meine Sorge immer gerichtet ist auf das Gedeihen unseres Hauses, und daß ich wohl erkenne, daß das Verderben der einen Linie auch dasjenige der anderen nach sich zieht. Um so nothwendiger ist es, daß wir für unsere gemeinsame Wohlfahrt uns einigen.“ Bis so weit erklangen die Worte des Königs für Harrach nach Wunsch. Dann jedoch stellte er die Frage, ob der König ihm gestatte in diesem Sinne mit den Ministern zu reden. Die Erwiederung Carls II. lautete: „Halten Sie damit noch inne, damit es nicht auskomme“. So am 12. December 1697¹⁾.

Wir sehen, es ist eine Art des Wollens bei Carl II., die bei dem Gedanken an die That jedes Mal zurückscheut. Er fürchtet seine Rätthe

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 228.

daheim. Er fürchtet Frankreich von außen. Nur die sichere Aussicht auf eine fremde Hülfe hätte ihm den Muth geben können, vor der Welt frei seinen Willen zu verkünden.

Und hier liegt uns in merkwürdiger Weise vor, wie die Entschlüsse verschiedener Menschen sich gegenseitig bedingen und von einander abhängig sind. Der Rathspensionär — denn er, nicht Wilhelm III., steht in dieser Sache in erster Linie — verlangt vor jeder weiteren Verpflichtung der Seemächte zum Handeln, daß sich der König von Spanien öffentlich zu Gunsten des Kaiserhauses erkläre. Carl II. dagegen kann sich zu einem solchen Schritte nicht entschließen, weil er nach außen keine Stütze erblickt. Wie daher das Eine unterbleibt, so das Andere. Die Bedeutung dieses Unterlassens von beiden Seiten liegt vor Augen.

Der Rathspensionär beharrte jedoch bei dem Vorschlage, die Allianz von 1689 mit dem geheimen Artikel zu erneuern. Er fand dafür auf kaiserlicher Seite nicht den entsprechenden Eifer. „Es fällt uns schwer, erwiederte Auersperg dem Engländer Hill, der in ähnlicher Weise in ihn drängte, sofort wieder zu vergessen, in welcher Weise Kaiser und Reich von den Bundesgenossen verlassen worden sind. Ich sehe nicht ab, was es fruchten soll, eine Allianz erneuern zu wollen, nachdem man eben zuvor sie gebrochen“ ¹⁾.

Das Zaudern der Botschafter auf den Vorschlag Wilhelms III. und des Rathspensionärs sofort einzugehen, fand die volle Zustimmung in Wien. „Man behauptet von Seiten der Seemächte, erwiederte Kinsky auf den Bericht, den Zweck zu wollen; aber die Anwendung der erforderlichen Mittel verschiebt man in eine unbestimmte Zukunft. Auch ich bin daher der Ansicht, daß wir eine günstigere Zeit abzuwarten haben“ ²⁾.

Das Zaudern war nicht eine Ablehnung. Auch der Kaiser wollte die Erneuerung der Allianz, aber in einer solchen Form, daß die Uebelstände, welche namentlich bei dem Friedensschlusse sich hervorgethan, fortan vermieden würden. Dieser Zweck, schrieb der Kaiser

¹⁾ Bericht vom 8. November.

²⁾ Schreiben Kinsky vom 3. December.

an den König von Spanien, fordere vorher eine Berathung, und dafür sei lediglich Wien der geeignete Ort ¹⁾).

Demnach ward die Allianz von 1689 damals nicht in ausdrücklicher Form erneuert.

Dagegen trafen Wilhelm III. und Heinsius eine andere Fürsorge zur Sicherheit der Republik.

Wir haben wiederholt beobachtet, daß sie geneigt waren, den Kurfürsten von Bayern im Besitze von Belgien zu erhalten. Das Motiv dafür fand sich nicht in einer Zuneigung für die Persönlichkeit von Max Emanuel. Es galt die Ansicht, daß die Verleihung aller Aemter, die von ihm abhingen, bei der Gräfin Popuaille stand, zum allgemeinen Verdrusse der Belgier ²⁾. Ueberhaupt war der Zustand in vieler Beziehung ähnlich demjenigen, welchen einst in der letzten Zeit Karls II. die Herzogin von Portsmouth über England gebracht. Je zuweilen brach das Mißtrauen und der Unmuth des Königs Wilhelm über den Kurfürsten hervor. Dieser jedoch war dann immer biegsam genug, dem Bruche auszuweichen und rechtzeitig einzulenten. Zudem Wilhelm III. ihn im Besitze von Belgien zu sichern suchte, verfolgte er das Bestreben, ihn durch diesen Besitz zu binden und dadurch zu hindern, daß Max Emanuel sich mit Frankreich einige. Wir werden später ersehen, daß diese Fürsorge Wilhelms III. nicht viel fruchtete, sondern daß Max Emanuel ungeachtet derselben längst mit Ludwig XIV. angeknüpft hätte, wenn nur dieser wollte. Für Wilhelm III. handelte es sich aber zunächst darum, die festen Plätze von Belgien als die Barriere für die Republik gegen Frankreich zu bewahren. Er begann im Sommer 1697 mit dem Vorschlage, daß nach dem Friedensschlusse für Belgien dieselbe Einrichtung getroffen würde wie in der Republik, nämlich, daß jede einzelne Provinz die Mittel aufbringe für die in derselben gelegenen Festungen. Er ließ in Wien erjuchen, diesen Vorschlag in Madrid zu befürworten, mit dem Hinweize, daß in diesem Falle die Mittel nicht durch die Hände

¹⁾ Handschreiben des Kaisers an Carl II., vom 25. Februar 1698.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 26. Juli 1697: welches dann generaliter eine große Verzweiflung verursacht, weil sie kein Ende davon sehen, noch hoffen können,

des Kurfürsten gehen würden ¹⁾. Der Vorschlag ward als nicht durchführbar angesehen. Es scheint, daß der König ihn nur gemacht, um sich den Weg zu dem anderen zu bahnen, nämlich daß die Republik Holland auch für Belgien diese Last auf sich nehme. Die Schwäche der spanischen Macht, die innere Haltlosigkeit des Kurfürsten-Statthalters halfen hinweg über die minder ehrenhafte Seite dieses Vorschlages. Mons, Namur, Luxemburg zusammen nahmen fünfundzwanzig holländische Bataillone auf. Die Republik hatte somit die Genugthuung, ihre Barriere wider Frankreich zu sichern durch ihre eigenen Truppen auf fremdem Boden ²⁾.

Die Republik hatte im siebenzehnten Jahrhunderte überhaupt dies System verfolgt, namentlich ostwärts. Die nach Süden vorgeschobenen Posten wurden für sie von besonderer Wichtigkeit um vier Jahre später.

Die Geschäfte des Königs Wilhelm III. auf dem Festlande für das Jahr 1697 waren zu Ende. Allein durch das Aufhören des Krieges war ein Motiv hinweggefallen, welches in den früheren Jahren beschleunigend für die Abfahrt nach England eingewirkt, nämlich der Wunsch der zeitigen Vorbereitung für den nächsten Feldzug. Nun zum ersten Male trieb den König nicht die Ungeduld nach England. Der Wind wehete beharrlich aus Westen. „Der König, meldet Auersperg, ist wohl damit zufrieden, weil er dadurch vollen Grund hat sich hier aufzuhalten, und weil die Engländer darum nicht glauben dürfen, daß dies nach seinem Belieben geschehe“ ³⁾.

Nach seinem Eintreffen im Haag ersuchten die drei französischen Botschafter um eine Audienz. Der König empfing sie in seinem Cabinet. „Er begrüßte uns, meldet Callieres, sehr höflich, und redete zu uns einzeln. Er spricht gut französisch, ohne fremden Accent. Er redet mit Nachdruck, sehr langsam, mit Sorgfalt in der Wahl seiner Worte, damit sie gerade das ausdrücken, was er will, nicht darüber, nicht darunter. An Gestalt ist er dünn, und erscheint von schwacher Constitution; dennoch unterzieht er sich täglich beim Zagen ungemeiner Beschwerde,

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 2. August.

²⁾ Grimblot t. I, p. 143.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 11. November.

wie noch gestern bei kaltem Wetter, vom Morgen bis zum Abend." — Die Unterhaltung drehete sich hauptsächlich um den letzten Krieg. Der König sagte: es habe längere Kriege gegeben, nicht blutigere, noch größere Heeresmassen wider einander. Die Armee, welche der Prinz Condé in der Schlacht bei Senefse geführt, sei die größte gewesen, welche man je gehabt, und doch würde sie nur einer Abtheilung derjenigen des letzten Krieges gleichkommen.

„Wir sagten ihm, berichtet weiter Callieres, daß er in diesem letzten Kriege gesehen habe, was Frankreich vermöge unter einem Könige wie dem unsrigen.“ Wilhelm III. erwiderte lächelnd, daß er es nur zu sehr empfunden. Daß dies Lächeln des Königs mehrfacher Deutung fähig war, mochte dem Callieres nicht in den Sinn kommen. Der König versicherte wiederholt, daß er aufs lebhafteste fortan die Erhaltung des Friedens zwischen den beiden Kronen wünsche, daß es nur von dem Könige von Frankreich abhänge, den Frieden fest und dauerhaft zu machen. Er selber sei nicht mehr jung und bedürfe nach so vielen Mühsalen seines Lebens der Ruhe: er kenne den Jammer, den das Volk während des Krieges erlitten. Er fügte hinzu, daß er viele Verpflichtungen gegen die Republik habe. „Er betrachtet sie, sagt Callieres, wie sein eigenes Land, und liebt sie, wie nur Jemand das Land seiner Jugend lieben kann“ ¹⁾.

So der Bericht des Callieres. Es ist nicht anzunehmen, daß der König Wilhelm hier ein Wort gesprochen, welches nicht zur Kunde Ludwigs XIV. kommen sollte.

Kein Anzeichen in diesen letzten Tagen seines Aufenthaltes im Haag, im November 1697, deutet an, daß er auf Stürme gefaßt war, die jenseit des Wassers wider ihn sich erheben könnten. Für den Fall der Eröffnung der Succession in Spanien hatte er sich dem Kaiser abermals verpflichtet, den geheimen Artikel von 1689 zu erneuern. Es ist zu bezweifeln, ob, außer dem Könige, damals auch nur ein einziger Engländer von diesem geheimen Artikel irgend eine Kunde hatte. Daß, nach der Ueberzeugung des Königs, der Artikel dem Interesse von England entsprach, liegt vor Augen, und demgemäß zugleich sein moralisches Recht, im vorkommenden Falle die Wehrkraft

¹⁾ Grimblot t. I, p. 135.

von England für die Gedanken dieses Artikels einzusetzen. Er hatte dies Versprechen gegeben im Besitze dieser Wehrkraft, in der Zuversicht der Dauer dieses Besizes. Wie aber stand die Sache, wenn England selber diesen Besitz ihm entzog? Diese Frage war noch nicht da: sie erwuchs erst nach dem Betreten des Bodens von England.

Am 15./25. November 1697 landete der König, dies Mal in Greenwich.

Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Neunzehntes Buch.

Anlage I. Zu S. 24.

H. I. Archiv. Anglica. Bericht des Grafen Auersperg vom 12./22. Februar 1695.

Man glaubt nicht, daß die hiesige Nation den König absonderlich zu persuadiren suchen werde sich wieder zu verheirathen, weil sie vermeinen, daß vielleicht nicht große Succession zu hoffen, dieselbige aber auch schon durch das Parlament vorgesehen, nämlich nach der Prinzessin Anna und ihrer Descendenz das Haus Hannover, und zwar im Falle daß jene, welche näher sind, die Religion nicht changiren, wodurch des jetzt regierenden Herzogs von Savoyen Kinder verstanden werden. Was doch aber die Nation dahin bewegen könnte den König zu bitten, wäre daß man dadurch der Prinzessin eine Furcht machte, im Falle daß der König eine Succession hätte, es auf dieselbige einzurichten, und vielleicht auch nicht öffentlich an diesem zu zweifeln, und auch, daß sie eine Königin hätten, welche allhier den Dames abgeht, weil sie auf den Abend einen Hof haben wollen zu eigenem Divertissement. Man geht zwar zu der Prinzessin. Diese aber ist bei der Nation nicht beliebt, der Prinz nicht estimirt, zumal da die Prinzessin allhier (dafür) passirt, daß sie von einem gar übelen und ungleichen Humor sei, der Prinz aber gar zu wenig tauglich, also daß zwar diese beiden suchen der Nation zu gefallen, auch alles in der Welt thun dem Hof keine neue Klage über sie zu geben, auf daß die Nation den duke of Glocester, den Sohn, nicht vor ihr selbst zur Krone zu seiner Zeit berufe und die Prinzessin excludire, welches um so viel leichter geschehen könnte, als die Dame mit Namen Malboro (Marlborough) sehr von der Nation gehasset, die Prinzessin aber völlig von derselben guberniret wird. Diese Umstände machen so viel, daß

man an Seiten des Hofes sicher ist, daß die Prinzessin, wenn sie auch gleich wollte eine Alteration in den Affairen verursachen, nicht capabel ist es zu thun.

Anlage II. Zu S. 44.

R. I. Archiv. Anglica.

1.

Aus der Instruction des Grafen Rinsky für den Grafen Auersperg in London, vom 6. April 1695.

Il seroit bon de sonder icy adroitement les sentiments du Roy, à scavoir s'il ne trouveroit pas bon que le Parlement entrât dans cette Alliance nomine suo. C'est une question qui demande beaucoup de délicatesse dans sa proposition, et beaucoup de circonspection dans son ménagement, et je ne scay mesme s'il convient de n'en parler plustost au Sec. d'E., Mylord Shrewsbury, qu'à M. Portland. Et pour moy, j'en sonderois sur cela le premier, par forme de pensée qui m'est venue en teste, pour m'y regler selon la propension ou l'aversion qu'il m'y auroit tesmoignée, et au cas qu'il la goustast, je le prierois d'en parler au Roy comme d'une pensée que je luy ay proposée en discourant. L'on croit icy qu'il en pourroit revenir deux avantages à S. M. B., l'un que cette nation glorieuse et pointilleuse, ayant pris cet engagement, seroit obligée de seconder le Roy au point des contributions et deniers; l'autre que les François, voyant cette guerre non pas particulière et personnelle au Roy, mais commune et propre de toute la nation, auroient moins de sujet à attenter sur sa vie précieuse par des voies autant illicites que mal-honnestes. Voyez, Monsieur, ce que vous y pouvez faire sans danger d'en chagriner en quelque manière que ce puisse estre. Vous voyez donc, Monsieur, que ce pas à faire quoyque très-utile est bien délicat, demandant beaucoup de circonspection pour n'y pas heurter. Vous y pourrez faire un peu d'avance en forme de votre propre pensée pour suivre si vous voyez qu'il pourroit réussir, désister si vous remarquez que la proposition pourroit ou choquer ou n'avoir pas de suite.

2.

Antwort des Grafen Auersperg, aus London, vom 26. April 1695.

Pour ce qui est de la continuation de l'alliance, du Parlement même, j'y trouve beaucoup de difficulté parce que V. E. scait

que l'autorité royale de ce pays icy consiste seulement à pouvoir faire la paix et la guerre, sans communication du dit Parlement, lequel ne demanderoit pas mieux que d'empiéter en cela; mais le Roy auroit de la peine à y consentir. Cependant je feray ce que V. E. m'ordonne et je le proposeray à M. Portland, dès que l'occasion s'en présentera, comme une chose venue de moy, ne scachant pas si le Roy souhaite que l'on parle de cette matière de la paix en détail au Mylord duc de Shrewsbury, lequel comme bon Presbytérien, au moins faisant semblant de l'être, donneroit volontiers les mains à cela. J'en informeray V. E. de tout.

Anlage III. Zu S. 59.

R. I. Archiv. Anglica. Schreiben des Grafen Auersperg aus London an den Grafen Kinsky, vom 30. December 1694.

On reste icy bien souvent des semaines entières sans lettre. Il y avoit même un homme qui se faisoit fort d'avoir inventé une petite machine, avec laquelle il passeroit, avec tous les vents contraires, en deux fois vingt-quatre heures. Et le roy m'a fait l'honneur de dire que l'on avoit mis le dit homme à l'épreuve, et qu'il avoit parfaitement bien fait, et que l'on l'avoit ensuite proposé au Parlement, lequel a extrêmement tiré contre, comme une chose de la plus grande nouveauté, et que l'on étoit obligé à n'en plus parler.

Dies ist alles, was der Graf Auersperg über den merkwürdigen Vorschlag meldet.

Anlage IV. Zu S. 118.

R. I. Archiv. Anglica. 1695.

Die Beitritts-Erklärung schließt mit den Worten: Actum Hagae Comitum die octava Augusti. Anno 1695.

Pro Rege Magnae Britanniae
Villiers.

(L. S.)

Es folgt die Ratification:

Nos supramemoratam Renovationem et Confirmationem praedicti Foederis in singulis ejus Punctis et Clausulis approbavimus etc., sicut per praesentes pro nobis, haeredibus et successoribus nostris eandem approbamus etc., spondentes et Verbo Regio promittentes, nos omnia etc. praestituros. In quorum majorem fidem ac robur

praesentibus Magnum Nostrum Angliae Sigillum apponi fecimus.
Dabantur in Aula Nostra Burfordiae, VI Novembris 1695.

(s.) Guilelmus Rex.

Concordat cum Originali

(s.) Villiers.

Zwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 161.

Mazure hat in dem Werke: *Histoire de la révolution de 1688*, t. IV, p. 179, note 6^m, in einem besonderen Excurse nachweisen zu müssen geglaubt, daß Jacob II. dennoch im Jahre 1693 einen Befehl solcher Art an Crossbie gegeben.

Hallam hat in der *Constitutional History* Ch. XV diese Anlage von Mazure als begründet angenommen.

Wäre sie das, so würde für den König Jacob noch der Vorwurf der Lüge hinzutreten.

Nun frunkt aber die Beweisführung von Mazure an verschiedenen Ungenauigkeiten.

Mazure unterscheidet zuerst nicht, was der König Jacob, was der compilirende Biograph sagt. Er mißt alles in *The life of James* Gesagte dem Könige zu, sogar mit den ausdrücklichen Worten: *On vient d'exposer ici l'apologie de Jacques II, telle qu'il l'a faite lui-même sur un événement qui lui devint si funeste.* Dies ist nicht richtig. Die betreffende Stelle dort, welche Mazure zum Nachtheile Jacobs II. bespricht, rührt nicht von diesem selbst, sondern von dem Biographen her. Mazure scheint nach der französischen Uebersetzung des Werkes gearbeitet zu haben. Der englische Original-Druck dagegen läßt klar ersehen, welche Worte dem Könige Jacob angehören, und welche seinem Biographen. Die letzteren als subjective Meinung desselben sind werthlos.

Die von Herrn Mazure dem Könige Jacob zur Last gelegte Vollmacht von 1693 für Crossbie ist, wie er selber sagt, wenn auch unter den Papieren Jacobs II. gefunden, *écrit au crayon*. Mazure hat nicht den Beweis erbracht, daß dieser Entwurf die Zustimmung des Königs Jacob erlangt, oder gar seine Unterschrift erhalten habe. Alles, was Mazure beibringt, enthält nur den Beweis, daß in St. Germain im Jahre 1693 mit Crossbie verhandelt worden ist, stößt aber die Wahrheit des von König Jacob selbst Gesagten nicht um.

Auffallend ist besonders die Folgerung des Herrn Mazure, daß Crossbie demgemäß sich autorisirt glaubte im Jahre 1696 das zu thun, wozu er im Jahre 1693 aufgefordert war. Um diese Folgerung zu ziehen, hätte doch Herr Mazure zuerst darthun müssen, daß Crossbie bei dem Mordplane von 1696 betheiligt war. Allein sein Name erscheint in keiner der vier Proclamationen von 1696.

Es dürfte nicht zu verkennen sein, daß der König Jacob in seinen Aufzeichnungen Manches verschwiegen hat, z. B. die ganze Sache des Brandval im Jahre 1692. Daß er dagegen in den Aufzeichnungen, die er doch zunächst nur für sich selber machte, das Gegentheil der ihm bekannten Wahrheit niedergelegt haben sollte, ist eine Anklage, die nur auf unwidersprechliche Beweise hin erhoben werden dürfte. Solche Beweise sind bisher nicht erbracht.

Anlage II. Zu S. 172.

Robethon bemerkt zu der Abschrift dieses Schreibens: Voicy la lettre que le roy de France écrivit au comte d'Avaux, qui a été rendue publique, et qu'on a leue dans toutes les gazettes de l'Europe. Elle est du 1^{er} de Mars. — Eben so meldet Robinson aus Stockholm an Lord Lexington am 18. März, in den Lexington Papers p. 193: The French Ambassador had so great assurance of the success of the descent, that he published his master's letter to him about it.

Es ist mir indessen nicht gelungen einen französischen Abdruck zu finden, sondern nur eine holländische Uebersetzung bei Sylvius t. IV, b. 41, p. 55. Deshalb lasse ich das französische Original nach der Abschrift Robethons hier folgen.

Le désir que j'ay toujours eu de profiter des occasions favorables qui pourroient se présenter de restablir le Roy d'Angleterre sur le trosne, m'a obligé de faire avancer à sa prière sur les costes de la mer des troupes prestes à s'embarquer et à suivre ce prince en Angleterre, en cas que la nouvelle d'un soulèvement confirme les advis qu'il a reçus depuis longtemps de la fidélité de plusieurs de ses sujets, de l'empressement qu'ils ont de le revoir à leur teste, et du mécontentement général que la nation tesmoigne du gouvernement du prince d'Orange. Si le succez n'est pas conforme à son attente, toute l'Europe verra que je ne me lasse point d'assister un Roy abandonné de tous ceux que l'intérêt commun des testes couronnées obligeoit à le soutenir.

Anlage III. Zu S. 193.

R. f. Archiv. Anglica. Im Berichte des Grafen Auersperg an Kinsky, 6. März 1696.

Cet horrible attentat de la France.

Eben dort. Hoffmanns Bericht vom 6. März.

Daß der König von Frankreich und der König Jacob der ganzen Welt manifeste zeigen wollen, daß sie in der abscheulichen action als der vorgehabten Mordthat die Hand gehabt, darüber hat man sich billig als Christ zu ärgern.

Eben dort. Hollandica. Im Berichte der Grafen Kaunig und Stratemann vom 13. März 1696.

Und gleich wie den Berichten nach sowohl aus Frankreich wie aus England der König Jacob auf das Signal, welches nach ausgeführtem Mordthat des Königs Wilhelm in der Gegend von Dover durch Anzündung eines Feuers hat sollen gegeben werden, die Truppen zu embarquieren und die Landung vorzunehmen, gewartet hat: also muß sowohl der König von Frankreich als auch der König Jacobus das dissegno der Landung auf solch unerhörtes und greuliches assassinat fundirt haben.

Eben dort. Hispanica. Bericht des Don Quiros vom 9. März 1696.

Un asesinamiento en que no se save comprehender como el Rey de Francia se ha querido mezclar, fomentandole y dirigiendole por lo mucho que perjudica semejante disignio a su grandeza, honor y Religion.

Die im Texte gegebenen Aeußerungen Kinskys finden sich in einem Privatschreiben desselben an Don Quiros, vom 21. März 1696. Aehnlich ein anderes Schreiben von Kinsky an Quiros, vom 4. April 1696, abgedruckt bei Gaedeker: Die Politik Oesterreichs u. s. w., Bd. I, S. 11* u. f.

Da ich hier dieses Werk zum ersten Male citire, so dürfte es der geeignete Ort sein zu erwähnen, daß überhaupt von hier an bis zum Ende 1700 eine bedeutende Anzahl der in Frage kommenden Actenstücke des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchives, namentlich in Betreff der Angelegenheit der spanischen Succession, in dem Werke Gaedekers zum Abdrucke gebracht ist. Im Uebrigen fälle ich über diese Arbeit hier kein Urtheil, sondern beziehe mich auf das Vorwort zu Bd. V meines Werkes.

Anlage IV. Zu S. 247.

N. I. Archiv. — Separat-Verhandlung mit Frankreich im Jahre 1696. Die Artikel 19, 20, 21 des Entwurfes.

19. Ad dissidia imposterum tollenda et ut, quantum possibile est, causa Ser^{mo} Stuardae Domus protegatur, placuit duas secretas scripturas inter utrumque Monarcham proponere, cum expressa conditione, ut utraque executioni mandetur, et, si per humana accidentia eveniret, ut una executioni dari non possit, nihilominus altera observari debeat et omnem vim obtinere.

20. Prima Scriptura Chr^m Regis erit circa Hispaniarum successionem juxta schedam exhibitam per C. P., quae quidem ab ipso Rege subscripta et a Delphino acceptata tradetur in manus S. M. I. ad subscriptionem Legatorum ex utraque parte.

21. Altera ex parte Caesaris ad favorem Principis de Galles, qua scilicet eveniente casu quod Rex Guilelmus sine mascula prole decederet, promittat S. C. M. non solum nullum obicem allaturum, quin idem Princeps in patrium Regnum restituatur, sed universali pace facta, hoc idem tentaturum suavi modo apud regem Guilelmum, ut idem probet et juvet; si tamen hoc vel effici, vel evenire non posset, nulla major obligatio Augustae D. insit, aut per hoc non minus praecedens renuntiatio et scriptura executioni mandetur.

22. Quodsi adversante Deo hoc generale Projectum non acciperetur a Foederatis, placeretque bellum proseguere, occultus maneat hic tractatus et omne contentum, si^{nti} numquam factum fuisset.

Anlage V. Zu S. 250.

Wie Anlage IV.

9. Procurabit dicta Majestas Anglica, si ita placebit Ser^{mo} Regi Jacobo, ut a Parlamento congrua pensio assignetur, omnemque vim in hoc impendet, ut Parlamentum in hoc feratur; si autem obtinere non posset, non eidem vitio vertatur, aut pax rupta videatur, aut adeo Chr^m Rex a plenissima executione praecedentis capituli desistere debeat.

Es könnte scheinen, als spräche die Majestas Anglica für Wilhelm III. in diesem Entwurfe vom Beginne 1696 gegen die französische Abfassung. Aber sie spricht vielmehr gegen diejenige von kaiserlicher Seite. Nur Leopold I. persönlich gab in Handbriefen an Wilhelm III. (vgl. Bd. V,

S. 343) dem Könige den Titel der Majestät, nicht die Reichs-Canzlei in offizieller Form. Der diesem neunten vorhergehende achte Artikel aber enthielt die Anerkennung Wilhelms III. durch Ludwig XIV. Vgl. den Wortlaut.

Einundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 328.

Da ich bei englischen Historikern diesen merkwürdigen Beschluß nicht erwähnt finde, so lasse ich den betreffenden Bericht im Originale hier folgen.

R. I. Archiv. Anglica. Bericht des Secretärs Hoffmann vom 20./30 November 1696.

Gestern hat das Unterhaus über die Kriegs-Subsidien die höchst-ersprießliche resolution gefaßt, daß sie vermittelst solcher Auflagen, welche im Jahre bezahlt werden können, erhebt werden sollen, welches so viel sagen will, daß es durch ein General accis geschehen solle. Die Hof-Partey, welche niemahls so wohl unirt gewesen als dies Mal, und welche sich nur des Nachts hin und wieder zu versammeln pflegt, um ihre Vorschläge mit einander zu concertiren, hat zur Facilitirung besagtes General accis vor gut befunden, anstatt solche direct vorzuschlagen (wodurch sie die Gegen-Partey zu scheu gemacht hätte), vorher erst obbesagten punct, daß die Gelder im Jahr bezahlt werden sollen, zu heben, wohl wissend, daß, wann solches erhalten, kein ander Mittel als der accis, um es zu bewerkstelligen, vorhanden seye. Nun hat die Gegen-Partey zwar wohl vermerkt, wo es hinaus will, und hat folglich alles gethan, um es zu verhindern, wie dann der Fürnehmste davon dahin peroriret, daß, ob man schon anjeto einen guten König habe, man sich aber eines bösen zu befahren hätte, bei welchem dergleichen Verwilligungen von General accis zum Exempel dienen, und mithin dem Land seine libertät kosten dürfte, welches aber nichts versangen, zumahlen die gute Partey es mit 202 gegen 105 Stimmen gehoben hat.

Anlage II. Zu S. 329.

Da ich bei englischen Historikern nichts Genaueres über diesen wichtigen Beschluß finde, so lasse ich die Aufzeichnung Robethons darüber hier folgen. Sie findet sich in seinen Papieren im Stadtarchive Hannover.

Plusieurs accises ayant esté mises sur le tapis dans la Chambre basse, et entre autres sur le malt, sur le drap, et sur la viande de boucherie, on y a proposé un nouveau projet qui a esté reçu unanimement. C'est une capitation générale, ou plustost une taxe

mixte, en vertu de laquelle chacun sera taxé à proportion de son bien. Voicy les résolutions du comité là-dessus etc.

Il est constant que le bon party a esté pris pour duppe dans cette affaire. Car après avoir proposé les accises, ceux du party opposé à la cour en ayant fort exagéré les inconvénients, on leur dit qu'il falloit donc trouver quelque autre moyen de lever dans l'année les sommes qu'on avoit accordées à S. M. Sur quoy ils proposèrent la capitation générale, qui fut reçue sans aucune opposition, ceux du party de la cour s'estant désistés des accises avec trop de facilité.

Anlage III. Zu S. 343.

Zu der auch früher bekannten, nicht immer zuverlässigen Literatur über die Angelegenheit der spanischen Succession sind in den letzten Jahren mehrere sehr wichtige Publicationen hinzugekommen. Ich stelle die wichtigsten der Zeitfolge nach zusammen.

Letters of William III. and Louis XIV. etc., edited by Paul Grimblot, in 2 volumes, 1848. — Dann die Relationen der Venetianer, Ruzzini von 1695, und Pietro Venier von 1698, bei Barozzi et Berchet: Spagna t. II, p. 551 sqq. — Ferner die Final-Relation des Grafen Alois Harrach, zum Drude gebracht von A. Gaedele, in Sybels historischer Zeitschrift Bd. XXIX, S. 91 u. f. — Ferner das Tagebuch des Grafen J. Bonaventura Harrach, zum Drude gebracht von A. Gaedele, im Archive für österreichische Geschichte Bd. XLVIII, 1., S. 173 u. f. (1872).

Ferner: Avénement des Bourbons au trône d'Espagne, correspondance inédite du marquis d'Harcourt, publiée par C. Hippeau. 2 vol. Paris 1875.

Ferner das bereits erwähnte Werk von A. Gaedele: Die Politik Oesterreichs in der spanischen Erbfolgefrage, 2 Bände, 1877. Es ist darin eine lange Reihe von Actenstücken des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchives in Wien zum Abdrucke gebracht. Nicht wenige der aus diesem Archive von mir citirten Actenstücke wird daher der Leser dort ausführlich finden.

Anlage IV. Zu S. 444.

k. k. Archiv. Hollandica. Aus dem Collectiv-Berichte der kaiserlichen Botschafter vom 23. September 1697.

Der Bericht beginnt: „Nach allen umsonst vorgekehrten Bemühungen und insonderheit bei der englischen Gesandtschaft, als dieselbe den 20. September zu uns zertheilt kommen, und ihre vorgewandte Noth beklaget, wodurch

sie zu solchen in ihre Seel dringenden unbeliebigen Dingen gezwungen wurden, von uns vergeblich gesuchten nur so langem Aufschub, bis" u. s. w. — Das Uebrige im Texte.

Ich habe für erforderlich gehalten diesen Wortlaut hierher zu setzen, weil die Thatsache auffallend erscheinen könnte. Denn sie ist allerdings eine Manifestation sehr eigenthümlicher Art wider die Politik des Königs. Die Kaiserlichen nennen die englischen Botschafter nicht. Ob Lord Villiers sich dabei befunden habe, muß demnach dahin gestellt bleiben. Graf Pembroke dagegen mag sich um so mehr im Gewissen dazu verpflichtet gehalten haben, weil er am 1. September zu Rhswyck jene Erklärung für Straßburg abgegeben.

Anlage V. Zu S. 472.

N. t. Archiv. Anglica. Beilage zu dem Berichte Hoffmanns vom 1. October 1697.

Les Prestres Seculiers de l'Eglise Catholique Romaine du Royaume d'Irlande, ayant esté avertis que Sa M^{te} Britannique a esté informée que l'Acte qui doit passer au Parlement d'Irlande au prejudice des Prestres de la Communion Romaine, ne regarde pas le Clergé Seculier, mais seulement les Reguliers du dit Royaume, c'est pourquoy les Prestres Seculiers representent très humblement à Monsieur Hoffman, Resident de Sa M^{te} Imp^{le}, que le dit Acte regarde et affecte les dits Prestres Seculiers aussy bien que les Reguliers. Car il est dit par cet Acte qu'aucun Evesque, Doyen, Dignitaire ou Prestre élevé dans aucun Seminaire (qui ont esté toujours l'appuy de la Religion Catholique) ne pourra demeurer en Irlande après un certain temps limité par le dit Acte, sous peine de Crime d'Estat, et n'y pourra retourner sous peine de Haute Trahison. Et qu'après le decès des Prestres Seculiers, ayant Paroisses ou chargés de cure d'ames il ne sera pas permis de substituer d'autres en leurs places. Ce qui achevera la Ruine de la Religion Catholique Romaine. Il y avoit de tous temps en Irlande des Evesques, des Grand Vicaires et d'autres Dignitaires, lesquels pourtant cet Acte veut exclure à present. Et d'autant que Sa M^{te} a esté informée que le Clergé Seculier a souhaitté et souhaite le bannissement du Clergé Regulier, le dit Clergé Seculier declare qu'il n'a jamais désiré que le dit Clergé Regulier fût exclus du dit Royaume.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Aachen 358.

Abisalom 173.

Achmet, Sultan, 63.

Aguilar, Graf, 426, 429.

Ailesbury, Graf, 154.

Allianz, die große, von 1689. S. 29, 43, 47, 60, 68, 74, 110, 112. Erneuerung derselben 117 u. f., 121, 214, 223, 236. Geheimer Artikel 346, ist Ludwig XIV. bekannt 353 u. f. und 491. Angelegenheit der Erneuerung nach dem Frieden 498 u. f.

Althorp 129.

Amsterdam 48, 70, 111, 117, 124. Die Stadt ist Herd der Agitation für den Frieden 207 und 211; 231, 237, 296 u. f., 300 u. f. Wichtige Bedeutung der Stadt für den Plan eines Sonderfriedens von Frankreich mit der Republik 314 u. f. Die Haltung der Stadt wirkt auf diejenige Wilhelms III. gegenüber dem Kaiser 317 u. f. Sie weicht zurück vor dem Sonderfrieden mit Frankreich 321 u. f.; wird mit großer Zuvorkommenheit von Wilhelm III. behandelt 331; 352, 369. Die Haltung der Stadt im Juni 1697 S. 381, so wie im September S. 437. Sie entsendet eine Deputation an Wilhelm III. S. 440; erklärt sich definitiv für den Frieden 442; hat für den Frieden überhaupt eine höchst wichtige Bedeutung gespielt 447, so wie dann über die Frage des Religionskrieges in Folge der Religions-Clausel 466 u. f.

Anderlecht 100, 383.

Anglicaner. Die Bischöfe in Betreff der Absolution von Friend und Parkyns 201.

Anjou, Herzog von, 338, 345.

Anna, verm. Prinzessin von Dänemark, 8. Sie sucht nach dem Tode der Königin Mary die Ausöhnung mit Wilhelm III. S. 23; 53 u. f., 128 u. f., 275, 379.

Anna Maria, Herzogin von Savoyen, 74, 275.

Asow 285.

Association für den König Wilhelm III. S. 182 u. f., 200.

Ath, 338, 345.

Athlone, Graf, 90, 187.

Attainder, Bill of, gegen Fenwick 310 u. f.

Auersperg, Graf, kaiserlicher Gesandter bei Wilhelm III. S. 1, 5. Er berichtet über die Königin Mary 7 u. f., so wie über den König 9 und 12, über die Jacobiten 21, über die Nicht-Mittheilung der auswärtigen Angelegenheiten an die englischen Minister 29 u. f. Er meldet eine umfassende Rede Wilhelms III. über Krieg und Frieden, vom 15./25. Februar 1695, S. 33 u. f.; theilt die Antwort von Wien dem Könige mit 43 u. f. Seine Ansicht über den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz 43 u. f. Seine Unterredung mit dem Könige über die Antwort aus Wien 45 u. f. Urtheil über die Stimmung des Parlamentes beim Feldzuge von 1695 S. 59; über das Verhalten von Heinsius zu Wilhelm III. und über die englischen Minister 65. Er erhält von Wilhelm III. keine Auskunft über einen Vorschlag für Spanien 79 u. f. Berichtet über die Belagerung von Namur 90, so wie 94 und 95 und 97 und 102. Sein Urtheil über den Kurfürsten Max Emanuel von Bayern 107; über die Einnahme von Namur 109. Seine Unterredung mit Duxvelt am 9. August 1695 S. 111. Er macht diesem den Vorschlag die große Allianz an das Parlament zu bringen 112; befragt Portland über Sunderland 129 u. f.; verwendet sich im Auftrage des Kaisers für die Katholiken in Irland, im November 1695, S. 135, eben so, im Jahre 1697, bei Blathwait und Portland S. 472 u. f. Er findet ein Auskunftsmittel für die Beilegung der Differenz zwischen England und Schweden 138 u. f.; wird mit einem Anerbieten in der Sache Schonenbergs abgewiesen 140 u. f. Seine Ansichten darüber 142 u. f. Er meldet die Verstimmung im Parlamente zu Anfang des Jahres 1696 S. 151; hat keine Kunde eines jacobitisch-französischen Planes 177; klagt über das Verhalten vieler Katholiken in London 184 und 202. Er berichtet über den Ausgang des Nordplanes 186.

Er staunt über das Mißtrauen Wilhelms III. gegen den Grafen Rinsky 256; geht nicht ein auf das Dringen der Holländer zum Frieden, 2. September 1696, S. 259. Seine Audienz bei Wilhelm III., am 28. September 1696, S. 267 u. f. Er berichtet über die Frage einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276; über das Parlament im October 1696 S. 291 und 293; äußert sich zu Wilhelm III. über die französischen Gerüchte 302 u. f.; berichtet über die Bill of Attainder gegen Fenwick 311; antwortet auf den Verdacht Wilhelms III. gegen den Kaiser Leopold 317 u. f. Seine Reden zu Wilhelm III. über das Verhalten des Kaisers im Januar 1697 S. 326 u. f., so wie 334 u. f. Er befragt Wilhelm III. über die Angelegenheit der spanischen Succession 347 u. f.; spricht die eigene Ansicht aus 351 u. f.; bittet bei Wilhelm III. um Hülfe für Barcelona 355, 359. Er mengt sich nicht in die inneren Angelegenheiten von England 361; bespricht mit Portland die Friedenssache 363, und eben so mit dem Könige 364 u. f. Er berichtet über das Parlament 375, über Sunderland 385; erfährt von Portland den Inhalt der Veredungen mit Voufflers 404 u. f.; fordert die Einigkeit des Königs mit dem Kaiser 409 u. f.; sieht die

Bekämpfung der Ansicht des Königs als zwecklos an 410. Er weist die Anklagen der Engländer und Holländer in Betreff der Religions-Clausel zurück 478 u. f. Seine Unterredung mit Portland im October 1697 S. 483 u. f. Er erörtert mit dem Könige die Angelegenheit der spanischen Succession 487 u. f., so wie dann mit Heinsius 491 u. f. Ueber die Erneuerung der Allianz 498.

Abaux, Graf d', französischer Gesandter in Stockholm, 42, 73, 113, 115. Das Schreiben Ludwigs XIV. an ihn, vom 1. März 1696, S. 172.

B.

Balbaces 425.

Barbescieux 92, 167, 170, 242.

Barbets 226 u. f., preisgegeben durch den Frieden von Vigevano 274.

Barcelona 32 u. f., 120, 355, 380, 384, 404, 414, 418 u. f., 420, 427, 433.

Barkley, Sir George. Seine Relation die Basis zur geschichtlichen Feststellung des Mordplanes wider Wilhelm III. S. 156 u. f. Er legt seine Vollmacht aus für den Mord 160 u. f. Er flieht aus England 179; wird von Jacob II. damals nicht entlassen 192; hat seinen letzten Rückhalt nicht an Jacob II. S. 193. Die Meisterschaft in der Führung seines Planes 196; 314.

Bart, Jean, 206.

Bastille 197 u. f.

Belgrad 124, 450 u. f.

Benedictiner-Orden 471.

Berges, Prinz de, 101.

Berghand, Graf, 108, 413.

Berlepsch, Gräfin, 342 u. f., 497.

Berwick, Jacob, Herzog von. Seine Mission nach England im Februar 1696 S. 164 u. f. Sein Bericht darüber 168 u. f. Seine Meldung darüber bei Ludwig XIV. S. 170 u. f. Er wird als Mitverschworener genannt 181; ist mit Jacob II. in Calais 187 u. f. Sein Bericht über ein Abkommen mit Wilhelm III. zu Gunsten des Prinzen von Wales 245 u. f.

Blathwayt 116, 258, 473, 479.

Böhmen, Readmission der Kur, 277.

Bonde, Graf, schwedischer Friedens-Vermittler im Haag, 374.

Boreel, Bürgermeister von Amsterdam, 111. Er nimmt im Jahre 1696 Theil an den Friedensberedungen mit Callieres 207 u. f., 232, 297 u. f., 317, 321, 327, 332, 358, 369.

Borgomainero, spanischer Gesandter in Wien, 39, 41, 42.

Bose, Freiherr von, sursächsischer Gesandter zum Friedens-Congresse, redet dort im Namen der protestantischen Reichsstände 465.

Boselli, Conte, hegt Mordplane wider Wilhelm III. S. 313.

Bothmar, Freiherr von, kurbraunschweigischer Friedens-Botschafter, 485.

Boufflers, Marschall, 89. Er wirft sich in Namur 90; vertheidigt die Stadt 95 u. f.; capitulirt 97; auch in der Citadelle 104; wird gefangen zurück behalten 106, entlassen 108; 176, 231, 383. Er hält Unterredungen mit

Portland 388 u. f.; die erste Unterredung am 8. Juli 1697 S. 389 u. f., die zweite am 15. Juli S. 398 u. f., die dritte S. 400. Differenz der Berichte 401. Die vierte Zusammenkunft 407; die fünfte 414 u. f. Im September noch eine Unterredung S. 438 u. f.; 457.

Bourgogne, Herzog von, 216, 226, 345.

Brandenburg s. Friedrich III.

Breisach 212, 367, 434.

Bruckom 389, 400.

Brüssel wird von Villeroy bombardirt 99. Urtheil der Königin von Polen darüber 102, 383.

Buchaim, Leopold Graf von, Bischof von Wiener-Neustadt, 481.

Burmarius 22.

Buß 438, 440.

C.

Calais 166 u. f., 186 u. f.

Callieres, französischer Unterhändler und später Friedens-Botschafter, 79, 112, 210 u. f., 220 u. f. Er macht, im August 1696, weitere Zugeständnisse 259; 297. Er steigert seinen Ton im October 1696 S. 298; weigert ein schriftliches Versprechen für die Anerkennung Wilhelms III. S. 314; spricht darüber zu Molo in Amsterdam 315; erhält Befehl auf die frühere Zusage zurückzukommen 321 u. f.; bringt das Aequivalent für Straßburg wieder vor 333 und 358; überreicht das Präliminare 358 u. f.; 378. Er berichtet über eine Audienz bei Wilhelm III. S. 500 u. f.

Canales, spanischer Gesandter in London, 141, 147.

Canon, lothringischer Friedens-Botschafter, 357.

Capefigue ungenau über den Mordplan von 1696 S. 200; sein Urtheil über den Verkauf der Adelsbriefe in Frankreich 241.

Capitation in England 328 u. f.

Capitation in Frankreich 82 u. f., 240 u. f.

Caprara, kaiserlicher General, 449.

Carignan, das Haus, 74.

Carl, Erzherzog, 421 u. f., 486 u. f., 496.

Carl II., König von Spanien, über die Friedenseröffnung Wilhelms III. vom Februar 1695, S. 68 u. f.; ratificirt die Erneuerung der großen Allianz 119; will die Sache der Succession in Spanien nicht berühren lassen 122. Seine Spannung mit Wilhelm III. S. 122. Er will dem Kaiser nicht mehr die Friedenssache auch für ihn überlassen 272. Sein Verhalten in der Sache der Succession 337 u. f.; erkrankt und macht ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand 344; geht nicht ein auf französische Erbietungen 355; wünscht Hülfe für Catalonien von Wilhelm III. S. 355 u. f.

Er wird zum Frieden geneigt 373 und 384; vernichtet sein erstes Testament 419. Seine Unentschlossenheit 419. Er spricht sich zu Harrach aus zu Gunsten des Erzherzogs Carl 421 u. f.; schreibt günstig an den Kaiser 423; hat aber darum nicht die Kraft eines festen Entschlusses 494 u. f. Seine Antwort auf die Mahnung des Kaisers 497. Wechselwirkung der Ansichten Carls II. und des Rathspensionärs Heinsius 498.

- Carl V., römischer Kaiser, 492, 495.
 Carl V., Herzog von Lothringen, 47, 449.
 Carl XI., König von Schweden, 114, 115, 138, 194. Er will die Friedens-
 vermittlung nicht fahren lassen 222; stirbt 374.
 Carlingford, Graf, 134.
 Carpio, spanischer Gesandter in Rom, berichtet das Urtheil von Innocenz XII.
 über Wilhelm III. S. 67 u. f.
 Carpiß 155.
 Casale 35, 74, 75, 76, 123, 224.
 Catalonien 289, 343, 355, 380, 384.
 Catinat 227, 242, 380.
 Ceremoniell in Ryswyck 378, 383.
 Chamlay 170.
 Charnock 154 u. f. Seine Bekanntschaft mit Bartley 159 u. f.; 161 u. f. Er
 wird gefangen 179. Sein Prozeß 185 u. f., und sein Verhalten vor dem
 Tode 195 u. f.
 Chartres, Herzog von, 93.
 Chateaufort, französischer Gesandter in Constantinopel, 63, 448.
 Clarendon, Graf, 24.
 Clausel, die Ryswycksche, s. Ryswyck.
 Clermont 168.
 Coehorn 91 u. f., 187.
 Compagnie, die ostindische, in England 51 u. f., 147; in Schottland 149 u. f.
 Constantinopel, Plan eines Bombardements von, 285 u. f.
 Conti, Prinz, trachtet nach der polnischen Krone 290 und 396 u. f.
 Corver, Bürgermeister von Amsterdam, 443.
 Cotes, Don, 430.
 Cotterel 141.
 Courtrai 52, 89.
 Couvonges 214, 218.
 Crech, französischer Friedens-Botschafter, 371, 378, 398.
 Crenan, General, 76.
 Croissy 190, 222, 242.
 Crosbie 160 u. f.
 Cujavien, Bischof von, 397 u. f.
 Cutts, Lord, 95 u. f., 175, 293.

D.

- Dänemark sucht Schweden zum Kriege fortzureißen 138 u. f.
 Dangeau über Wilhelm III. S. 5; über den Plan der Invasion in England
 166 u. f.; 177, über den Mordplan gegen Wilhelm III. S. 197 u. f.
 Dankelmann, brandenburgischer Friedens-Botschafter, 396, 444.
 Dartmouth, Lord, 20.
 Dauphin 247. Das Gerücht über das Angebot einer Heirath mit ihm für die
 Königin Maria Anna 345, 362.
 Delft 334, 358, 371, 387.
 Devonshire, Herzog von, 57, 304 u. f.

Deynse 98, 105.

Dixmuiden 98, 105.

Dorset 57.

Dover-Vertrag 15.

Dry Gaten 383.

Dünkirchen 100, 176, 187.

Dykwelt 48, 72, 106, 108. Er äußert sich in einer Unterredung mit Auersperg, 9. August 1695, über das Angebot eines Jahrgeldes für Jacob II. S. 111 u. f. (vgl. S. 250); wünscht in Folge des Mordplanes den Frieden 203; wird zu neuen Friedens-Veredungen mit Callieres verwendet 207; 211, 220, 231 u. f.; spricht Mißtrauen gegen die Kaiserlichen aus, im August 1696, S. 257 u. f., so wie 259 und 261. Sein Urtheil über das englische Parlament 263; über den Gedanken einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276. Er verhandelt im October 1696 weiter mit Callieres 298; berichtet darüber im Congresse 314; 327, 332, 358 u. f. Er redet zu Auersperg über die Ryswycker Clausel 479.

E.

Eleonore, Herzogin von Lothringen, 134, 218.

Elisabeth, Königin von England, 152.

Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, 20, 94. Ihr Urtheil über Wilhelm III. S. 110; 199, 436.

Ellenberg 99.

Enguien 99.

Ernst August, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 277 u. f.

Eugen, Prinz von Savoyen, durchschaut Victor Amadeus 73 und 76, so wie 223 u. f.; 230, 266. Er erhält 1697 den Oberbefehl gegen die Türken 449 u. f. Seine Berichte über den Feldzug 450 u. f.

Evremonts Urtheil über England 152.

Exford 307, 313.

F.

Fenwick, Sir John, 154 u. f., 304 u. f.

Fisher 173.

Fleming, Agent des Kurfürsten Friedrich August bei der polnischen Königswahl, 397 u. f.

Foley, Sprecher des Unterhauses von England, 143, 146.

Franken, der Kreis, 282, 287, 335.

Freiburg im Breisgau 212, 283, 367, 369, 434.

Friede von Münster 213.

Friede von Nymegen 70, 213, 296 u. f.

Friede, der pyrenäische 34, 68 u. f.

Friede von Ryswyck, Frankreichs mit den Seemächten, gezeichnet am 20. September 1697, S. 444, mit Kaiser und Reich am 31. October 1697, S. 469.

Friede mit den Türken. Die Frage desselben 63, 283.

Friedens-Botschafter in Ryswyck.

Die englischen, nicht unterrichtet über die Veredungen von Portland und Boufflers 394 u. f.; sprechen am 20. September vor der Unterzeichnung den Kaiserlichen ihr Bedauern aus 444. Ihr Verhalten bei der Ryswyckischen Clausel 463 u. f.

Die französischen, sehen die heimlichen Veredungen mit den Holländern fort 378 u. f. Ihr Vortheil liegt im Zaudern 383. Sie sind im Rückzuge von ihrem Präliminare 395; erhalten Befehl einen Termin zu setzen 401 halten, im August, verschiedene Veredungen mit den Kaiserlichen 431. Ihr Verhalten am 31. August 433. Ihre Erklärung vom 1. September S. 434. Sie versichern, im September, daß ihr König die Stadt Straßburg nicht hergeben wird 442; treten mit dem Friedens-Entwurfe hervor, der im vierten Artikel die Religions Clausel enthält 463; fordern die Unterschrift 464 und 468; schüren Mißtrauen und Zwietracht 478. Ihre Audienz bei Wilhelm III. S. 500 u. f.

Die holländischen, sehen die geheimen Veredungen mit den Franzosen fort 378 u. f.; werden im Juni 1697 wieder fester 385; entsenden den Rathspensionär nach Loo 389.

Die kaiserlichen, schlagen als kürzeren Modus vor, von den Franzosen einen allgemeinen Friedens-Entwurf zu begehren 387. Die Stimmung derselben nicht eine gehobene 395. Sie sind nicht zufrieden mit dem Grafen Auersperg 410; werden von Pilienvroth gewarnt 411; treten mit Heinsius zusammen 415; sehen, im August 1697, den Zustand der Friedenssache als traurig an 418; halten verschiedene Veredungen mit den Franzosen 430; erkennen officiell die Stellung eines Termines nicht an, erklären aber vor Ablauf nochmals die Annahme der Präliminarien 432; nehmen am 20. September den vereinbarten Stillstand an 445; berichten über den Friedensschluß vom 20. September 1697 S. 447; geben auf das Andringen der reichsfürstlichen Gesandten Straßburg auf 460. Ihr Verhalten bei der Kunde der Religions-Clausel 463. Sie verlangen und erhalten Frist für die Unterschrift 469; sind bei der Clausel nicht theiligt 480.

Die reichsfürstlichen. Haltung derselben 395 u. f., 403 u. f., 443 u. f. Sie dringen in die Kaiserlichen die Stadt Straßburg aufzugeben 460. Ihr Verhalten bei der Kunde der Religions-Clausel 463 u. f.

Die spanischen. Sie erhalten sehr friedfertige Instructionen 384 u. f.; halten an der Stadt Luxemburg fest 497; sind am 31. August die eifrigsten für den Abschluß des Friedens 433.

Die schwedischen s. Pilienvroth.

Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, 61. Er erhält für das Verhalten der Brandenburger vor Namur das Lob Wilhelms III. S. 104; wünscht eine Heirath Wilhelms III. mit seiner Tochter 125 und 276; zieht doppelte Bezahlung für seine Truppen 209 und 282 und 288; schreibt an Victor Amadeus 229; wird beurtheilt von Wilhelm III. S. 295. Das Verhalten seiner Gesandten in Ryswyck 443 u. f.

Friedrich August, Kurfürst von Sachsen, 60 u. f. Er erhält das Commando in Ungarn 62 u. f. Es bringt dem Kaiser keine Frucht 124 und

284 u. f., so wie 449 u. f. Er wird zum Könige von Polen gewählt
396 u. f.

Friedrich Christian, Fürstbischof von Münster, 60 u. f.

Friend 154 u. f., 201.

G.

Gabriel, Kapuziner, Beichtvater der Königin Maria Anna von Spanien, 426.

Gallicanismus 88.

Galway, Graf, durchschaut nicht den Herzog Victor Amadeus 73 u. f., so wie
77 u. f., ferner 119 u. f., eben so 223 u. f.; 230, 355.

Generalstaaten 143. Sie beschließen, am 3. September 1696, auf die französischen
Friedens-Vorschläge einzugehen 261 und 270; wollen nicht einen Sonder-
frieden mit Frankreich 314 u. f.; entsenden Heinsius an Wilhelm III., zu
Ende Juni 1697, S. 387.

Georg, Prinz von Dänemark, 23 u. f., 53 u. f., 339, 355, 357, 384, 420, 427.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, 280 u. f.

Georg Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, 277 u. f.

Germain, St., 20, 23, 154 u. f., 273, 306 u. f., 455 u. f.

Givet 187.

Glocester, Herzog von, 8, 24, 74, 128 u. f., 275.

Godfrey 97.

Godolphin 57, 233, 306 u. f.

Görz, Freiherr v., 339.

Goodman 161, 310.

Govone, Gesandter des Herzogs Victor Amadeus bei Ludwig XIV., S. 273 u. f.

Graevius. Seine Trauerrede auf die Königin Mary S. 19 u. f., so wie 27 u. f.

Grandvaal 313.

Greenwich 27.

Greg, englischer Gesandter in Kopenhagen, 194.

Gremouville 219.

Grupel 225 u. f.

Guiscard, Graf, Commandant in Namur, 98, 106.

Gwynne, Sir Rowland, beantragt die Association für Wilhelm III., S. 182.

H.

Habeas-Corpus-Acte 181.

Harcourt, Marquis, in Calais 186, Botschafter in Spanien 354.

Haren, v., holländischer Friedens-Botschafter 398.

Harlay, Erzbischof von Paris, 87.

Harlay, französischer Friedens Botschafter, 371, 378, 387, 405, 433. Er reicht am
1. September dem Vermittler die französische Denkschrift ein 433; redet
zu dem Kaufmann Molo 438.

Harrach, Graf Alois, 343, 346, 418 u. f., 424.

Harrach, Graf Bonaventura, kaiserlicher Botschafter für Spanien 343 u. f. Seine
Instruction 346 u. f.; trifft in Spanien ein 418 u. f. Seine erste Audienz
bei der Königin Maria Anna 420, bei Carl II. S. 421. Er erlangt durch

die Königin eine bestimmtere Fassung des Handschreibens von Carl II. an den Kaiser 423. Seine Unterredung mit Monterey 424 u. f. Er verlangt einen Beschluß des Staatsrathes für die Berufung kaiserlicher Truppen 426. Neue Unterredung mit Monterey 428, mit der Königin 429, mit Matilla, Cotes, Aguilar 430. Er findet auf den Dank des Kaisers den König nicht fester entschlossen 494; warnt die Königin vor der eigenen Gefahr 496 u. f.; verlangt eine bestimmte Antwort von Carl II. S. 497.

Harrison 184, 471.

Haye, de la, französischer Gesandter in Venedig, unterhandelt mit dem kaiserlichen Bevollmächtigten Grafen Vello in Padua, im März 1696, S. 216 u. f., 246 u. f.

Hedwig Eleonore, Königin von Schweden, 374.

Heemskerk, holländischer Gesandter in Wien, 266, 404.

Heinsius, Rathspensionär der Stände von Holland. Er bewegt die Stände zur raschen Bewilligung der Kriegesmittel 2; urtheilt über Kurpfalz 64. Seine Uebereinstimmung mit Wilhelm III. S. 65. Er täuscht sich über Victor Amadeus 77; ist eifrig für die Erneuerung der Allianz 110 u. f.; führt schwere Klage über Spanien 119 u. f. Sein Urtheil über die Sache des Schonenberg zu Anfang derselben 123. Er erhält von Wilhelm III. die Nachricht über den Mordplan 180; wünscht in Folge des Mordplanes den Frieden 203, 207. Er vertheidigt die Abberufung der Flotte aus dem Mittelmeere 209. Seine Position gegenüber dem Grafen Kaunitz in Betreff der neuen Friedens-Verebungen von Dylvelt und Callieres 210 u. f. Sein Rath, daß der Kaiser das Aequivalent für Straßburg nehme, von Kaunitz zurückgewiesen 212. Er theilt den kaiserlichen Gesandten den Sachverhalt der Verebungen mit 212 u. f.; beruft sich auf eine vermeintliche Unterhandlung des Couvonges 214; wird, in Folge der Einwilligung des Kaisers, mehr entgegen kommend 221 u. f.; läßt sich von Della Torre täuschen 227; sieht die Lage der Dinge minder düster an als Wilhelm III., im Sommer 1696, S. 236; will den Friedenswunsch der Holländer verhehlen 237.

Er und Wilhelm III. erregen einander zu einem nicht begründeten Verdachte wider den Kaiser 238 u. f., eben so 257 und 259. Er tritt, am 2. September 1696, den kaiserlichen mit dem fertigen Entschlusse zum Frieden entgegen 259 u. f., eben so 270; ist besürzt über die Antwort des Kaisers 266. Sein Verhalten in der Sache der neunten Kurwürde 277 u. f. Er redet für den Frieden im Privat-Interesse des Kaisers 283; will den holländischen Friedenswunsch vor Frankreich verhehlen 296; berichtet über den Hochmuth des Callieres 299; redet mehr als Minister Wilhelms III., denn als Rathspensionär 300 u. f., eben so 315; wird mit seinen Vorwürfen gegen den Kaiser von Kaunitz zurückgewiesen 320 u. f.; spricht sich im Congresse aus über das Zurückziehen des Callieres 327 u. f., so wie 332.

Er will nicht die Angelegenheit der spanischen Succession zu einer Bedingung des Friedens mit Frankreich machen 348 u. f.; verneint das Gerücht einer Abmachung mit Frankreich über Belgien 349 u. f.; anerkennt das Bestreben des Kaisers das Ceremoniell zu erleichtern 371; drängt im Interesse Hollands in Kaunitz 382; nimmt wieder eine festere Haltung

an, im Juni 1697, S. 385; wird nach Loo zu Wilhelm III. entsendet 387; weicht der Frage der Kaiserlichen über die Veredungen von Portland und Boufflers aus 394; muß dem Grafen Kaunitz Stand halten 412; redet im Auftrage Wilhelms III. zu den kaiserlichen Botschaftern, am 12. August 1697, S. 415 u. f.; will ein Aequivalent statt Luxemburg 417 u. f.; zeichnet den Plan, welchen Frankreich bei der Erklärung vom 1. September verfolgt 435 und 437; rath dem Könige Wilhelm eine neue Veredung zwischen Portland und Boufflers an 438; hegt noch Hoffnung für Straßburg, im September 1697, S. 442.

Er ahnt nicht, daß Ludwig XIV. den geheimen Artikel der Allianz von 1689 kennt, und irrt von diesem Puncte aus 491 u. f.; will diesen geheimen Artikel halten 491 u. f. und 498; empfiehlt den Kaiserlichen die Verständigung mit Max Emanuel 492; verlangt, daß zuerst Carl II. sich offen für den Kaiser erkläre 493. Wechselwirkung seiner Ansicht mit derjenigen Carls II. S. 498. Er hat, zusammen mit Wilhelm III., den Plan holländische Besatzungen in belgische Städte zu legen 499 u. f.

Henriette, Herzogin von Orleans, 275.

Heyden, brandenburgischer General, 90.

Hill, englischer Gesandter in Brüssel, 413, 498.

Hochkirche s. Anglicaner.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London, über die Verschwörung in Lancashire 3; über den Tod der Königin Mary 10 und 12. Ueber die Katholiken in England 133 u. f., so wie 184. Ueber den Mordplan gegen Wilhelm III. S. 185 u. f., so wie 197. Er sieht die Bill of Attainder gegen Fenwick vorher 310; berichtet über die irischen Bills gegen die Katholiken und seine Bemühungen in dieser Sache 470 u. f. Sein Urtheil über die harte irische Bill, unter dem Titel: zur größeren Sicherheit der Person des Königs 475.

Holmes 159, 163.

Hyde-Parl 162, 179.

J.

Innocenz XI., Papst, 439.

Innocenz XII., Papst. Sein Urtheil über Wilhelm III. S. 66 u. f. Er schreibt ein Jubiläum aus 126. Sein Verhalten in der Sache Jacobs II. S. 250 und 457.

Jacob, Prinz Sobieski, 339.

Jacob II. Sein Verhalten beim Tode seiner Tochter Mary 15 u. f. Die Stimmung über ihn und seine Sache in Rom 66 u. f. Er begibt sich, im October 1695, nach La Trappe 156; entsendet Bartley nach England 156 u. f. Die Frage über den Ursprung des Planes der Invasion in England, zu Ende 1695, S. 157. Er gibt dem Bartley eine Vollmacht 158. Seine Ansicht über einen Mordplan gegen Wilhelm III. S. 160 u. f. Sein Bericht über den Plan der Invasion 164 u. f. Seine Hoffnung auf eine jacobitische Erhebung in England 165 u. f. Er entsendet Berwick nach England 166 u. f.; fragt nicht nach dem Grunde des Dringens von Ludwig XIV. auf seine Abreise 167; erhält in Clermont den mündlichen Bericht Berwicks 169 u. f.; ist bereit Nutzen zu ziehen aus dem Mordplane Anderer 169 u. f. Reden über ihn in Versailles und Paris 173. Sein Aufenthalt in Calais und Boulogne, im März 1696, S. 186 u. f. Er

hält dort fest an dem Plane der Invasion 189. Er kehrt zurück nach St. Germain 191; entläßt nicht den Barfley 192.

Er ist niedergeschlagen über den Gang der Dinge, im Sommer 1696, S. 242; schreibt an den Abt Rancé 243; wird beurtheilt von der Prinzessin Sophie 243; will nicht die polnische Krone 243. Er verwirft eine Abmachung zu Gunsten seines Sohnes 244 u. f. Demnach ist der Vorschlag Ludwigs XIV. bei dem Kaiser ohne Jacobs Vorwissen gemacht 247 u. f. Er hat keine Kunde des früheren Angebotes durch Dykvelt in Maastricht 251; sieht ein Jahrgeld als eine Abfindung an und lehnt ab 251 u. f. Die That, subjectiv betrachtet, königlich, befestigt aufs neue die Abhängigkeit seines Hauses von Ludwig XIV. S. 252. Er geht darin noch weiter 253 u. f.

Die Beziehungen der von Fenwick angeklagten Lords zu ihm 305 u. f. Er wird in Frankreich hoch gehalten, im Herbst 1696, S. 314; muß durch die Königin Marie Beatrice den König von Frankreich seines Versprechens entbinden 324; wendet sich dann an den Kaiser mit der Bitte ihm zu helfen 324 u. f.; erläßt eine Protestation an die katholischen Fürsten 359 u. f.; muß sie desavouiren 360; erläßt eine neue Protestation 360; ist beim Friedens-Congresse nicht vertreten 379; protestirt abermals 379; wird nicht als Verbündeter Ludwigs XIV. anerkannt 385; wird von Ludwig XIV. über die Veredungen von Boufflers und Portland zugezogen 391; wird im Friedens-Vertrage nicht genannt 398; wird durch die Anerkennung Wilhelms III. von Seiten Ludwigs XIV. preis gegeben 446. Sein Verhalten diesem Könige gegenüber 455 u. f. Er hat durch den Frieden Aussicht auf ein Jahrgeld von England her 457; erläßt eine neue Protestation gegen den Frieden 458.

Jacobiten. Verschwörung derselben in Lancashire 3. Verhalten beim Tode der Königin Mary 21 und 133 u. f. Ihr Plan einer französischen Invasion und der Mordplan 153 u. f. Verhältnis des ersteren Planes zu dem zweiten 164 u. f. Sie verbreiten in England französische Gerüchte über den Kaiser 301 u. f., so wie 318 u. f. Urtheile von ihrer Seite über die Proteste Jacobs II. S. 360. Sie sind aufgebracht gegen Ludwig XIV. S. 458 u. f.

James-Parl 162, 179.

Jersen s. Villiers.

Jessen, dänischer Minister, 194.

Johann Sobieski, König von Polen, 243, 290.

Johann Wilhelm, Kurfürst von der Pfalz, 481.

Johanna, Königin von Spanien, 495.

Joseph, römischer König, 216, 344, 346, 362, 413, 492.

Joseph Ferdinand, Kurprinz von Bayern, 247, 341 u. f., 344.

K.

Katholiken in England 3, 133 u. f. Ungerechte Anklagen gegen sie 183 und ihr Verhalten 184. In wie weit betheiligt bei der Verschwörung von 1696, S. 200 und 202.

Katholiken in Irland 134, 470 u. f., 475 u. f.

Kaunitz, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag und Friedens-Botschafter, 2; über die Trauer der Holländer um den Tod der Königin Mary 14; über die Friedens-Gefinnung Wilhelms III. im Jahre 1695, S. 38; über Quiros 69; über die Aufnahme der Nachricht von Casale im Haag 77 u. f.; über die Einnahme von Namur 109 und 111. Er warnt im Haag, Spanien preis zu geben 121.

Ueber die unbegründeten Anklagen gegen die Katholiken in Betreff des Mordplanes von 1696 S. 183 u. f.; über den Eindruck des Mordplanes in Holland 203. Er misbilligt vor dem Rathspensionär die geheimen Friedens-Beredungen 210 u. f.; warnt den Kaiser vor einem Sonderfrieden der Seemächte 213 und 261; geht nicht ein auf das Drängen von Heinsius und Dytvelt zum Frieden, am 2. September 1696, S. 259; berichtet über die Sache der neunten Kur 278 und 282. Seine Audienz bei Wilhelm III. vor dessen Ueberfahrt im Herbst 1696 S. 281 u. f. Er legt dem Rathspensionär die Gefinnung des Kaisers in Betreff Straßburgs dar 283; berichtet nach Wien über den Plan eines Bombardements von Constantinopel 285 u. f.; fordert im Congresse ein schriftliches Versprechen Frankreichs für die Anerkennung Wilhelms III. S. 315; weist den Verdacht von Heinsius zurück 320 u. f.; erkennt die Nachgiebigkeit Wilhelms III. gegen die Holländer 332; hofft den Holländern die Friedenssache noch entwinden zu können 333. Seine Besorgnisse für Straßburg 333. Er berichtet über die Königin Maria Anna von Spanien 342 und 345; 357.

Er eröffnet dem Schweden Vilienroth die Annahme der schwedischen Vermittelung 358; 366, 368, 378. Er antwortet dem Rathspensionär, im Mai 1697, S. 382; bringt in Ryswyck einen Vorschlag ein, die Friedenssache zu beschleunigen 386 u. f.; besucht Harlay in Delft 387. Er stellt Heinsius über die Besprechungen von Portland und Vousslers zur Rede 394; nimmt den französischen Friedens Entwurf entgegen und warnt die protestantischen Reichsstände 403; beschwert sich bei Heinsius über den Druck der Holländer zum Frieden 412; antwortet ihm in derselben Sache 416 u. f.; weigert die Annahme der französischen Erklärung vom 1. September 1697 S. 434; weist die protestantischen Reichsstände hin auf die Gefahr einer französischen Einmischung in das Reich 460 u. f.; tritt bei den englischen Botschaftern für die Katholiken in Irland ein 477; bespricht mit Heinsius die Angelegenheit der spanischen Succession 491 u. f.

Kensington 8, 10, 26, 174 u. f.

Keppel, Joost Arnold v., über eine zweite Heirath Wilhelms III. S. 125.

Kenes, Prozeß des, 185.

King, Prozeß des, 185.

Kinsky, Graf, Hofkanzler für Böhmen, über Wilhelm III. S. 31. Er begutachtet die Friedensrede Wilhelms III. vom Februar 1695 S. 39 u. f.; wünscht den Beitritt des Parlamentes zu der großen Allianz 43 u. f.; fürchtet französische Mordplane gegen Wilhelm III., im Mai 1695, S. 44. Ueber den Oberbefehl in Ungarn für den Kurfürsten Friedrich August 64. Er ist misgestimmt über die Holländer 72; warnt vor dem Abfalle von Savoyen und Spanien 73 u. f.; eben so 121; ist besorgt um den Zustand der Dinge

in England, zu Anfang 1696, S. 153; über den Mordplan 193; 215, 218. Er wird von Wilhelm III. ungünstig beurtheilt 221 und 256, so wie 408. Er steht nicht freundlich mit Lord Lexington 266 und 408. Seine Mahnung an die kaiserlichen Friedens-Botschafter im Haag 408.

Kleve, Schloß, 281.

Kurwürde, die neunte, und die Opposition dagegen 59 u. f. Der Stand dieser Angelegenheit im Jahre 1696 S. 277, so wie beim Friedens-Congresse von Ryswyck 485.

L.

Lancashire, Verschwörung in, 3.

Landbank, Project der, 232.

Languedoc 86, 241.

Lauenburg, Herzogthum, 61.

Leeds, Herzog von, angeklagt 53 und 56.

Leganez, spanischer Statthalter in Mailand, 230 u. f., 266. Seine Gründe für das Eingehen auf die Neutralität für Italien 1696 S. 270 u. f.

Leibniz über den Tod der Königin Mary 23. Er berührt gegenüber der Kurfürstin Sophie die Aussicht auf die Succession in England 279 u. f. Ueber den Uneigennutz des Kaisers Leopold 284. Ueber Spanien 354.

Leopold I., römischer Kaiser. Er antwortet Wilhelm III. über den Tod der Königin Mary 13; bespricht die Eröffnungen Wilhelms III. vom Februar 1695 nur mit Rinsky 39 u. f.; wünscht den Beitritt des Parlamentes zur großen Allianz 43 und 112; macht Vorschläge über die Verwendung des Kurfürsten Friedrich August 61. Sein eigentlicher Grund für die schwedische Friedens-Vermittelung 70 u. f. Er ist dem Könige Wilhelm überlegen an Einsicht in die Qualität der Bundesgenossen 73; spricht bei Wilhelm III. zu Gunsten von Victor Amadeus 75; lobt das Verhalten des Prinzen Eugen bei Casale 77; beglückwünscht Wilhelm III. zu der Einnahme von Namur 109. Fortdauer der Differenz über die Vermittelung durch Schweden 110. Er erneuert für Starhemberg in Stockholm den Befehl, kein Schriftstück anzunehmen, welches dem Könige Wilhelm nicht diesen Titel gebe 114. Die Aufgabe seiner Gesandten in Betreff Spaniens 121.

Er wünscht die Einnahme von Temesvar 124. Er verwendet sich nachdrücklich für die Katholiken in England 133 u. f.; bietet seine Vermittelung an zwischen England und Schweden 138 u. f., so wie dann in der Sache des Schonenberg in Madrid 140 u. f. Er ist besorgt wegen der Misstimmung im Parlamente zu Anfang 1696 S. 153. Seine Ansicht über den Mordplan, ausgesprochen durch Rinsky 193. Er wünscht in Folge dessen den Frieden 203. Das Verhältnis zu Wilhelm III. von 1696 an 208. Er erkennt die Kriegsführung in Belgien nicht als die richtige an 208 u. f.; beklagt die Abberufung der Flotte aus dem Mittelmeere 209; will nicht Straßburg bei Frankreich belassen 212; will nicht mit einem Sonderfrieden den Seemächten voreilen 214; läßt eine geheime Verhandlung in Padua anstellen, im März 1696, S. 215; streicht in dem französischen Entwurfe den Vorschlag der Heirathen 216; verlangt als erste Bedingung die Anerkennung Wilhelms III. S. 218; läßt Couvonges abweisen 219.

Er antwortet auf den Bericht über die holländischen Friedens-Veredungen mit Callieres, 20. Juni 1696, S. 220; tritt darin ein für die Schwächeren, für die Gesamtheit 221; gestattet jedoch die Verhandlungen 221. Er läßt den Offizieren nachtheilige Reden über Victor Amadens untersagen 223 u. f.; gibt die Hoffnung nicht auf den Herzog Victor Amadens wieder zu gewinnen 230; geräth bei Wilhelm III. und Heinsius in einen unbegründeten Verdacht 238 u. f. Sein Verhalten in der Sache des Prinzen von Wales im Jahre 1696 S. 247 u. f.

Er tritt in Folge der französischen Vorschläge zu Gunsten des Protestantismus in Straßburg ein 256; wird mit Unrecht beargwöhnt von Wilhelm III. und Heinsius 259 u. f. Sein Verhalten gegenüber dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696 S. 263 u. f.; wird dabei nicht geleitet durch die Rücksicht auf die spanische Succession 264; macht durch Auersperg noch einen Versuch bei Wilhelm III., im September 1696, S. 267; gibt nach 270; thut seine Einwilligung in die Neutralität für Italien kund 270 u. f.; will nicht eine savoyische Friedens-Vermittelung 274. Sein Verhalten in der Sache der neunten Kurwürde 277 u. f. Er hat nicht sein eigenes Interesse im Auge, sondern das Wohl des Ganzen 283.

Die Schattenseite seiner Regierung 284. Der Zustand der kaiserlichen Armeen 285 u. f. Er wird von seinem Gesandten Auersperg vor Wilhelm III. vertheidigt 317 u. f., und eben so von Raunitz vor Heinsius 320 u. f.; läßt auf die Bitten Jacobs II. antworten 325 u. f.; läßt diese Befendung bei Wilhelm III. nicht erwähnen 326 u. f.; will nicht ein Aequivalent für Straßburg 333 u. f.; irrig beurtheilt von Wilhelm III. und später von Macaulay 337.

Er kann auf Carl II. in Betreff der Succession in Spanien für lange Zeit nicht einwirken 338 u. f.; vertritt Carl II. bei den Seemächten 339 u. f.; läßt 1696 den Entschluß Harrach als Botschafter nach Spanien zu senden 340; läßt Wilhelm III. über die Angelegenheit der spanischen Succession befragen 347 u. f., so wie 355; erklärt sich bereit auf das Präliminare des Callieres einzugehen 357; will nicht ein Aequivalent für Straßburg 358 und 363, so wie 367 und 369. Französische Gerüchte über ihn in England ausgestreut 362. Er besorgt einen Sonderfrieden der Seemächte mit Frankreich 333 und 357 und 365; läßt durch Auersperg eine Versicherung des Königs Wilhelm dagegen verlangen 365 u. f.; kann sich für Straßburg auf Wilhelm nicht verlassen 366; läßt in Betreff Lothringens bei Wilhelm III. anfragen 367; bewährt seinen Charakter in Betreff Straßburgs 369.

Er erleichtert das Ceremoniell 371 und 378; willigt in den Haag und Rhosvnd 372; empfiehlt Jacob Sobieski zum Könige von Polen 396. Ahermalige Gerüchte von heimlichen Tractaten mit Ludwig XIV. im August 1697 S. 413.

Er hofft in Betreff der spanischen Succession auf die Mitwirkung der Königin Maria Anna 418 u. f. Der Fall von Barcelona ein schwerer Schlag für seine Sache in Spanien 427. Er befiehlt seinen Botschaftern im Haag, sich vor dem 31. August zu erklären 431.

Seine damalige Stellung im Türkenkriege 448. Er ernennt den Prinzen Eugen zum Oberanführer 450; empfängt dessen Berichte 450 u. f.; meldet dem Könige Wilhelm den Sieg bei Zenta 454; will Straßburg nicht anders fahren lassen als gezwungen 460. Verhalten von kaiserlicher Seite zu der Religions-Clausel von Ryswyck 460 u. f. Er muß dieselbe als einen Eingriff in seine Autorität ansehen 480, so wie als nachtheilig für seine kirchlichen Reunionspläne 481.

Er verlangt das Gutachten einer Deputation seiner Minister über die Angelegenheit der spanischen Succession 486 u. f.; beauftragt Auersperg die Sache an Wilhelm III. zu bringen 487; verlangt die Absichten Carls II. genauer zu wissen 495; schlägt den Erzherzog Carl zum Statthalter von Mailand vor 496; will die Erneuerung der großen Allianz in Wien feststellen lassen 498.

Verington, Lord, Gesandter in Wien, 28, 74, 116, 207. Er berichtet ein unbegründetes Gerücht, im August 1696, S. 258. Er steht nicht im freundlichen Verhältnisse mit Rinsky 266; 404, 472, 475.

Veyburn, Bischof, 137, 471.

Vilienroth, Freiherr v., schwedischer Gesandter im Haag und hernach Friedens-Vermittler, 71, 213. Er sucht für Schweden die Friedens-Vermittelung zu erlangen 222; ist Friedens-Vermittler 358 u. f.; erklärt sich gegen die geheimen Veredungen der Holländer mit Callieres 368; 372, 373, 387. Seine Ansicht über die Haltung der Holländer in der Friedenssache 394. Er eröffnet den Verbündeten die französische Annahme des Vorschlages, ein allgemeines Friedens-Project einzubringen 395; warnt die Kaiserlichen vor der französischen Absicht einen Termin zu setzen 401; kritisiert den französischen Friedens-Entwurf 402; eröffnet den Kaiserlichen offiziell nicht die Terminstellung 402; warnt sie 411. Sein Verhalten bei der Uebergabe der kaiserlichen Erklärung vom 30. August 1697 S. 432 u. f. Seine Unterredung mit Harlay 435. Er sucht als Vermittler seiner Aufgabe gerecht zu werden auch in Betreff Lothringens 436.

Vimerid, Capitulation von, 136, 473.

Vobkowitz, Graf, kaiserlicher Gesandter in Madrid, berichtet über Schonenberg 123; bespricht nicht die Sache der Succession 340.

Vondon, Lord Mayor von. Anreden desselben an den König 127, 292.

Voo, Schloß, 379, 414, 431.

Vothringen 35, 42, 47, 220, 264, 267, 282, 325, 335, 357, 363, 367, 372, 386, 410, 436.

Vudwig, Markgraf von Baden, 60, 230. Er schildert den Zustand des kaiserlichen Heeres 286 u. f.; vertheidigt den Oberrhein 287; verantwortet sich bei dem Kaiser 287 u. f.

Vudwig XIV., König von Frankreich. Rückblick auf seine Politik in Bezug auf Jacob II. S. 15 u. f. Er willigt nicht in den Präliminar-Artikel der Anerkennung Wilhelms III. S. 42 und 73; kommt mit Victor Amadeus über Casale überein 76. Vorbereitungen für den Feldzug von 1695 S. 81 u. f. Die regelmäßigen Einkünfte Frankreichs 81. Er findet die Capitation 82 u. f. Der Eingang des Edictes derselben spiegelt seine Auffassung wieder 82. Verschiedenheit der Entwicklung Frankreichs durch

ihn gegenüber derjenigen von England oder auch der Monarchie des Kaisers 85. Er wahrt dennoch den Schein einer Zustimmung durch den Hinweis auf die Stände von Languedoc 86; verlangt ein don gratuit von dem geistlichen Stande 86 u. f.; führt die Sache so, daß die Bischöfe indirect die Bewilligung der Capitation aussprechen 87.

Er rüstet 1695 nicht eine Kriegsflotte aus 88; läßt auch einen Theil der angeworbenen Mannschaft zurückkehren 88; beschließt für 1695 nach allen Seiten die Defensiv 89; erwartet, im Juli, eine Siegesnachricht von Marschall Villeroy 92 u. f.; läßt seinen Unmuth aus 93; verkündet durch ein Manifest das Bombardement von Brüssel, dessen Plan viel älter ist 100 u. f. Sein Verhalten auf die Nachricht des Arrestes von Boufflers 108. Er will die Anerkennung Wilhelms III. hinauschieben bis zuletzt 115; läßt durch seine Agenten in Spanien hinweisen auf die Vererbung eines seiner Enkel 121.

Die Initiative des Invasions-Planes von 1696 stammt von ihm 157 u. f. Er setzt als das Datum der Invasion denselben Tag, welchen Barkley für den Nord 164 und 167; verlangt bei Jacob II. die Erhebung vor der Invasion 165; fordert Jacob II. am 15./25. Februar zur Abreise auf, zuerst durch Pontchartrain 166, dann persönlich 167; beschließt auf den Bericht Berwicks, daß die Unternehmung statt haben solle 171; theilt verschiedenen Gesandten seine Absicht mit, Jacob II. zu unterstützen 171 u. f. Sein Schreiben darüber an den Grafen d'Avaux in Stockholm 172. Er zügelt den Eifer Jacobs II. S. 190; ruft ihn zurück 191; ist der eigentliche Rückhalt für Barkley 193; wird in diesem Sinne von den Zeitgenossen beurtheilt, sowohl feindlichen, als neutralen 194. Ob eine Meinung darüber in England laut wurde 197. Seine eigene Aeußerung 198. Die Angelegenheit wird in Frankreich nicht weiter besprochen 199 u. f.

Er schlägt für die geheime Unterhandlung in Padua drei Heirathen vor 216; durchkreuzt die Veredungen von Padua durch die Sendung des Couvonges nach Innsbruck 218; läßt diese Sendung verlauten 219; erlangt einen großen Vortheil durch die Forderung der Verbündeten 220. Er geht ein auf die Forderung von Victor Amadeus, ihm Pignerol zu überliefern 225. Der Vertrag mit Victor Amadeus 226. Er wünscht aus dem Kriege zu kommen 239 u. f. Die Capitation nicht zulänglich 240. Er bietet Adelsbriefe zum Verlaufe an 240. Sein Verhalten damals gegenüber dem Könige Jacob II. S. 242 u. f. Er bietet seine Mithülfe an, die Krone von Polen zu erlangen 243 u. f. Er bringt in den Veredungen zu Padua die Herstellung des Prinzen von Wales zur Sprache, so wie die Angelegenheit der spanischen Succession 246 u. f. Er verlangt in demselben Projecte ein Jahrgeld für Jacob II. ohne dessen Vorwissen 249; hat demgemäß ihm das Angebot von Mastricht im Jahre zuvor nicht mitgetheilt 251. Die Abhängigkeit Jacobs II. von ihm neu befestigt 253.

Er wird durch das Interesse Jacobs II. auf seinem Wege nicht gehindert 254; läßt Gallieres zurückweichen und die Rückgabe von Straßburg anbieten 255; verkündet seinen Frieden mit Savoyen, am 10. September 1696, S. 265; will die polnische Krone für den Prinzen Conti 290. Er steht dennoch höher als seine deutschen Nachahmer 295. Er rechnet

auf den Friedenswunsch der Holländer, um sie aus der Allianz zu lösen 298 u. f. Sein Plan scheitert an der größeren Furcht der Stadt Amsterdam 321. Er befiehlt dem Callieres das Versprechen der Anerkennung Wilhelms III. in bindender Form zu geben 323. Merkwürdiges Spiel zu diesem Zwecke mit der Königin Marie Beatrice 323 u. f.

Er sucht auf Spanien einzuwirken in Betreff der Succession 338; macht große Erbietungen nach Spanien hin 345 u. f.; sucht sich mit der Republik Holland über Belgien zu einigen 349; kennt den geheimen Artikel der großen Allianz 353 u. f.; will darum den Krieg beenden 354 u. f.; läßt in England neue Gerüchte über den Kaiser ausbreiten 362; will von dem Friedens-Präliminare die Stadt Straßburg wieder abzwachen 370; will nicht einen Waffenstillstand, im Juni 1697, S. 380.

Er gestattet die Unterredungen zwischen Boufflers und Portland 383 u. f.; zieht für seine Antworten den König Jacob herzu 391; hat bei diesen Beredungen die Superiorität der Stellung 392 u. f. Er weicht zurück von dem eigenen Präliminare 395; erlangt nicht die Wahl des Prinzen Conti zum Könige von Polen 396. Ueber die zweite Unterredung von Portland und Boufflers 399 u. f. Seine Erwägungen über die Bezeichnung der Person Jacobs II. im Friedens-Vertrage 406 u. f. Er ist sehr zufrieden mit den Beredungen von Portland und Boufflers 414.

Er will Barcelona nicht behalten, sondern durch die Wegnahme der Stadt auf Spanien drücken 427; geht ein auf den Plan der Heirath des Herzogs von Lothringen mit der Prinzessin von Orleans 436; willigt in eine neue Unterredung zwischen Boufflers und Portland, im September 1697, S. 438. Ueberlegenheit seiner Position, weil er rechnet auf die Kriegesfurcht von Amsterdam 439.

Er ist in Betreff des Friedens vor jeder einzelnen Macht gewichen 445. Sein damaliges Verhalten zu den Türken 448 u. f.; zu dem Königs-paare in St. Germain 455 u. f.; läßt in Paris den Frieden vom 20. September feiern 459; hält dem Kaiser und dem Reiche gegenüber fest 460.

Sein Urtheil über die katholischen Ordensleute in England 474. Sein Plan bei der Rhemischer Religions-Clausel 481 u. f.

Lugos, Verlust der Kaiserlichen bei, 124.

Lüttich 40.

Luxemburg, Marshall, 89. Er weigert sich Brüssel zu bombardiren 101.

Luxemburg, die Stadt, 35, 208, 357, 358, 402, 413 u. f., 417, 459, 500.

M.

Maine, Herzog du, 89, 92; vor Brüssel 102.

Maintenon, Frau von, 198, 324.

Malo, St., 100.

Mannsfeld, Graf, kaiserlicher Gesandter in Turin, 230, 238, 258, 266, 271.

Mansera, Grande von Spanien, 426.

Mantua, Herzog von, 76.

Maria von Burgund 495.

- Maria Anna, Mutter Carls II. von Spanien, 341 u. f.
- Maria Anna, zweite Gemahlin Carls II. von Spanien. Ihre Einwirkung auf Carl II. S. 342 u. f., 344. Sie drängt den Gemahl das erste Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand zu vernichten 418 u. f. Ihre erste Unterredung mit dem älteren Grafen Harrach 420. Sie bewegt Carl II. zu einer bestimmteren Fassung seines Schreibens an den Kaiser, im Juni 1697, S. 423; klagt über den Stand der Dinge in Spanien 429; hegt Misstrauen wider Wilhelm III. S. 490; wird gewarnt von Harrach 496; hat Anknüpfungen nach verschiedenen Seiten 497.
- Maria Antonia, Erzherzogin-Kurfürstin, 341, 348.
- Marie Adelaide, Prinzessin von Savoyen, wird verlobt mit dem Herzog von Bourgogne 226, 275.
- Marie Beatrice, Gemahlin Jacobs II., 165, 191, 198, 245, 324. Sie äußert sich über das Verhältnis von Jacob II. und Ludwig XIV. S. 458.
- Marie Louise, erste Gemahlin Carls II., 342.
- Marlborough, Graf, 23; wird bei Wilhelm III. wieder zu Gnaden aufgenommen 54 u. f.; von Fenwick angeklagt 306 u. f.
- Mary, Königin von England. Ihre Krankheit und ihr Tod 6 u. f. Sie wird betrauert in England 10 u. f., so wie 22 und 25, und in Holland 14. Rückblick auf ihr Verhalten gegenüber ihrem Vater Jacob II. S. 15 u. f. Die Leichenseier in England 25 u. f., so wie in Holland 27 u. f. Sie erhält ein Denkmal durch das Hospital von Greenwich 27. Ihr Tod belebt Hoffnungen der Jacobiten 133 und 154.
- Mastricht, Veredungen von, 30, 33, 38 u. f., 71, 107.
- Matilla, Beichtwater Carls II., 430.
- Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern, spanischer Statthalter in Brüssel, 100. Er schließt mit Boufflers die Capitulation von Namur 105; billigt zuerst nicht das Anhalten von Boufflers 107. Sein Verhalten in der neunten Kurfsache 277; in der Sache der spanischen Succession 341 u. f., 349 u. f. Er will nicht den Entsatz für Ath 381; erfreut sich in Betreff Belgiens der Gunst Wilhelms III. und des Rathspensionärs Heinsius 492 u. f., so wie 499; nimmt holländische Besatzungen in belgische Städte 500.
- Mehaigne 104.
- Melgar, Graf, Admiral von Castilien, 426 u. f., 496 u. f.
- Menegatti, S. J., 134 u. f., 215 u. f., 218, 324.
- Middleton, Staats-Secretär bei Jacob II., S. 189 u. f. Er ist in den Mordplan nicht eingeweiht 190.
- Moso, Kaufmann in Amsterdam, stellt Callieres zur Rede 315; überbringt eine Aeußerung des Parlay 438; 440.
- Monmouth, Lord, 273.
- Mons 500.
- Montague, Kanzler der Schatzkammer, 148, 294.
- Montal, französischer General, 92.
- Montalto, Graf, 426.
- Monteren, Graf, spricht sich zu dem Botschafter Harrach aus über die Lage der Dinge in Spanien 424 und 428.
- Montez 177.

Montgomery, Lord, 154.

Münznoth in England 50, 145, 147 u. f., 232.

Mustafa, Sultan, 63, 124, 284; führt 1697 sein Heer 450 u. f.

N.

Namur, Belagerung von, 80, 89 u. f., 109, 124, 187 u. f., 500.

Neutralität in Italien 230, 257 u. f., 265 u. f., 269 u. f.

Neutralität, Frage der, in Catalonien, 355 u. f., 424.

Neville, Admiral, 356.

Nieuport 98, 177.

Normaljahr von 1624 S. 41.

Normanby, Lord, 200.

Nottingham, Graf, 20, 50, 185, 200.

O.

Oberhaus von England s. Parlament.

Orange, Stadt und Fürstenthum, 390 u. f.

Orford, Lord, s. Ruffel.

Oropesa, Graf, 420 u. f., 429, 497.

Ostende 177.

Oudenarde 381.

Ozenskjerna, Graf Benedict, 42, 48, 114, 194.

Oxford, Universität, 131.

P.

Padua, geheime Veredung von, 216 u. f., 246.

Paget, Lord, 63.

Palma, Graf, 427.

Palmquist, schwedischer Gesandter in Paris, über das Fehlschlagen des Planes von Februar und März 1696 S. 188, 222, 240; berichtet über Jacob II. S. 242; sieht im September 1696 den Gang der Friedenssache vorher 296; über die Veredungen zwischen Boufflers und Portland 391; warnt im October 1697 vor einem französischen Plane in Betreff der Religion 462.

Parler 313.

Parluns 154 u. f., 159 u. f., 163 u. f., 201.

Parlament von England. Günstige Stimmung desselben zu Ende 1694 S. 1 u. f. Adressen des Ober- und Unterhauses in Anlaß des Todes der Königin 10 u. f. Unterhaus in Anlaß des Todes nicht aufgelöst 11. Das Parlament theilte sich bei der Leichenseier der Königin Mary 26 u. f. Wunsch des Kaisers, daß das Parlament der großen Allianz beitrete 43 und 112 und 117.

Es ist im Frühling 1695 nicht freundlich für Holland und zugleich kriegeseifrig 49 u. f. Das Unterhaus straft Unterschleife 51 u. f. Es weist

eine Erfindung für die Seefahrt zurück 58. Es wünscht, daß der König im Felde etwas Nachdrückliches wage.

Zusammentritt 22. November/2. December 1695 S. 143. Günstige Stimmung für den König 146. Beginn einer Verstimmung 147. Unterhaus beschließt die Neuprägung der Münze 149. Beide Häuser überreichen eine Adresse gegen die schottisch-ostindische Compagnie 150. Die Verstimmung im Wachsen 150 u. f. Unterhaus verlangt die Zurücknahme der Schenkung an Portland 151 u. f. Die Misstimmung im Steigen 152.

Unkunde des Parlamentes über die französisch-jacobitischen Pläne vom Februar 1696 bis zum letzten Tage 177. Stimmung in Folge der Rede des Königs über den Mordplan 181, und gemeinsame Adresse beider Häuser 181. Unterhaus suspendirt die Habeas-Corpus-Acte 182; beschließt die Association für den König 182 u. f. Ungerechtigkeit darin gegen die Katholiken 183. Compromis über die Unterzeichnung der Association 184. Unterhaus überreicht die Adresse dem Könige 200. Vertagung 206. Parlament beurtheilt von Dykvelt S. 263.

Es tritt zusammen im October 1696 S. 291. Unterhaus faßt wichtige Beschlüsse 293 u. f. Vollbewußte Adresse 294. Mitglieder des Oberhauses nehmen falsche Gerüchte über den Kaiser auf 302 u. f. Das Unterhaus kriegeseisriger als der König Wilhelm 303 u. f. Die Thätigkeit des Parlamentes für lange Zeit in Anspruch genommen durch die Sache Fenwicks 304. Behandlung der Bill of Attainder gegen Fenwick 310 u. f. Es erhält keine offizielle Kunde von der Weigerung des Callieres ein schriftliches Versprechen für die Anerkennung Wilhelms III. zu geben 316. Günstige Stimmung für den König Wilhelm im Winter 1696/7 S. 328 u. f. Unterhaus beschließt die Capitation 329. Unterschied der Bewilligung dieser Steuer von dem Befehle derselben in Frankreich 329. Es ist geneigt, den Abbruch der Verhandlungen zu verlangen 329. Urtheile im Parlament über die Kriegsführung Wilhelms III. S. 336, und über die Neigung des Königs zum Frieden 361. Es beharrt in seiner willfährigen Gesinnung für den König 375.

Parlament von Irland gegen die Katholiken 134, ferner 470 u. f., so wie 475 u. f. Parlament von Paris 84.

Parlament von Schottland beschließt eine ostindische Compagnie 149 u. f.

Pembroke, Graf, Friedens-Botschafter in Ryswyck, 57, 334, 434.

Pendergras entdeckt den Mordplan vor Portland 173 u. f.; 185 u. f., 201.

Berth, Gesandter Jacobs II. in Rom 67 u. f.

Peter, Czar von Moskau, 285, 396.

Peters, Pater, 471.

Peterwardein 451.

Pforte, die hohe, s. Türken.

Philipp I. von Spanien 495.

Pignerol 41, 47, 75, 77 u. f., 205, 213, 220, 224.

Pointis, Admiral, 380, 430.

Polignac, Abbé, Gesandter in Polen, 102, 243, 290, 396 u. f.

Pontchartrain 166.

Porter 161 u. f., 168, 174, 185 u. f., 304.

- Portland, Graf, 10, 25, 29, 52, 62, 80, 90. Seine Rede zu Voufflers vor Namur 106; 110. Seine Ansicht über Sunderland 129 u. f.; 151 u. f., 173, 233. Er redet im Auftrage Wilhelms III. mit Auersperg 269; äußert sich über den Gedanken einer zweiten Heirath Wilhelms III. S. 276 u. f.; über die Angelegenheit der spanischen Succession 351; über die Friedenssache im Februar 1697 S. 363. Beginn seiner Unterredungen mit Voufflers in Bruckom 389 u. f.; die zweite Unterredung 398 u. f.; die dritte 400. Differenz der Berichte 401. Er theilt an Auersperg den Inhalt der Beredungen mit 404 u. f. Vierte Zusammenkunft 407 u. f. Er bezeugt die Aufrichtigkeit Wilhelms III. für den Kaiser 409. Fünfte Zusammenkunft mit Voufflers 414. Aermalige im September 438. Urtheil über den Friedensschluß von Ryswyck 447; 457. Seine Ansicht über die Katholiken in Irland 473. Er macht im Auftrage Wilhelms III. vor Auersperg Eröffnungen über die zukünftige Politik 483 u. f.
- Portocarrero, Cardinal, 419, 426, 427 u. f. Seine Einwürfe gegen eine Sendung kaiserlicher Truppen nach Spanien 429 u. f.
- Powel 165 u. f., 167.
- Trebendowski 397.
- Prielmayer 108.
- Prior, englischer Diplomat und Poet, 14, 479.

Q.

- Quiros, Don, spanischer Gesandter im Haag, 46. Er ist misgestimmt gegen die Republik 69 u. f.; 80, 121, 141. Er berichtet über den Mordplan von 1696 gegen Wilhelm III. S. 193; 209, 215, 220, 259, 344 u. f., 358, 373, 384. Er hegt, im Jahre 1697, Besorgnis vor einer holländisch-englisch-französischen Abmachung in Betreff der spanischen Succession 412; 433, 445, 459, 494.

R.

- Rabutin, kaiserlicher General in Siebenbürgen, 451.
- Radziejowski, Cardinal und Primas von Polen, 397 u. f.
- Rancé, Abt der Trappisten, 15.
- Regentschaft in England 53 u. f., 57, 376.
- Reichsstände. Die Deputation derselben im Haag 372, 403, 442. Sie nöthigen den Kaiser, Straßburg aufzugeben 460. Sie verhandeln über die Ryswycker Clausel 463 u. f., so wie 481 u. f.
- Religions-Clausel s. Ryswycker Clausel.
- Religions-Krieg, Frage des, 37, 39, 131 u. f., 317 u. f., 466 u. f.
- Reunion, kirchliche, 481.
- Richmond 163.
- Robinson, englischer Gesandter in Stockholm, über den Mordplan von 1696 S. 194.
- Rochester, Graf, 50.
- Roxton 51.
- Rue, de la, entdeckt den Mordplan von 1696 S. 175 u. f., 201.

Russel, Admiral, segelt nach der französischen Küste 179 und 187 u. f.; wird von Fenwick angeklagt 305 u. f. Sein Verhalten in dieser Sache 308 u. f.; 441
 Ruzzini über den Ryswycker Frieden 446.
 Ryswyck 334, 358, 371 u. f., 373, 377, 431 u. f. Der Friedensschluß vom 20. September 1697 S. 444; derjenige vom 31. October 1697 S. 469.
 Ryswycker Clausel 403. Die Entstehung derselben 460 u. f. Urtheile darüber von Wilhelm III. S. 466, von Villiers 478, von Dijkvelt 479. Sie ist ein Eingriff in die Autorität des Kaisers 480.

S.

Savoyen f. Victor Amadeus.
 Schmettau, Adjutant des Herzogs von Württemberg, an Wilhelm III. gesandt zum Berichte über den Invasions-Plan 176 u. f.
 Schmettau, brandenburgischer Gesandter im Haag, 80, 215, 395, 443 u. f. Sein Verhalten in Anlaß der Ryswycker Clausel 463.
 Schönborn, Freiherr von, redet im Namen der katholischen Reichsstände zu Ryswyck über die Clausel 465 u. f.
 Schöning, Hans Adam von, 60 u. f.
 Schonenberg, holländischer Geschäftsträger in Madrid, 120. Sein Verhalten dort und das Einschreiten wider ihn 122 u. f.; 140 u. f., 210. Er erstattet genaue Berichte an Wilhelm III. S. 350.
 Schulenburg, General, 74.
 Schwaben, der Kreis, 282, 287, 335.
 Seilern, Freiherr von, kaiserlicher Friedens-Botschafter im Haag, 480.
 Seneffe 501.
 Seymour 200.
 Shrewsbury, Herzog von, englischer Staats-Secretär, 10. Er wird von Wilhelm III. in die auswärtigen Geschäfte nicht eingeweiht 28 u. f., eben so 44 u. f., desgleichen 57, so wie 117 und 269. Er antwortet günstig auf die Verwendung Auerspergs für die Katholiken 136; 141. Er täuscht sich über Victor Amadeus 228; antwortet auf ein Schreiben Wilhelms III. mit einem längeren, düstern Berichte über England 232; erreicht dadurch nicht eine Mittheilung des Königs über die Friedensberedung 234; erfährt auch fernerhin nichts darüber von Villiers 262. Sein Verhalten im Herbst und Winter 1696/7 gegenüber der Anklage Fenwicks 303 u. f. Er warnt vor Mordplanen gegen den König 313 u. f.; ist eifrig für den Frieden, aber der Sachlage unfundig 441.
 Simeoni 108.
 Simon, St., berichtet über die Feigheit des Herzogs von Maine 92 u. f.; über den Plan der Invasion Englands im Jahre 1696 S. 199.
 Soissons, Graf, 97.
 Somers, Lord, 57, 128, 136, 310.
 Somerville 248.
 Sophie, Prinzessin, Kurfürstin von Braunschweig-Lüneburg, 20, 23, 74, 94, 199. Ihr Urtheil über Jacob II. S. 243. Ihr Verhalten gegenüber der Aussicht auf die englische Thronfolge, im October 1696 S. 279 u. f.

- Soranzo über die Friedenswünsche der Holländer im Jahre 1696 S. 279 u. f.
 Spanien, Zustand der Macht, 33 u. f.
 Spinola, Bischof von Wiener-Neustadt, 481.
 Staaterath, der spanische, will nicht die Botschaft des Grafen Harrach 420; beschließt den Kaiser um Truppen zu ersuchen 427; 433; ist nicht günstig für die Königin 496 u. f.
 Stanhope, englischer Gesandter in Madrid, 143.
 Starhemberg, Graf, kaiserlicher Gesandter in Stockholm, 30, 42, 114.
 Starhemberg, Graf Rüdiger, Präsident des Hofkriegsrathes, 450.
 Stecborn, Veredung von, 35, 37 u. f., 208, 215, 247.
 Stepney, englischer Diplomat, 279.
 Straßburg, die Stadt, 35. Das Gutachten Rinskys über die Vorschläge Wilhelms III. von 1696 in Betreff der Stadt 40 u. f.; 46 u. f. Die Holländer lau für Straßburg 211 und 212. Der Kaiser hält fest an Straßburg 221; 255, 259, 283, 321, 333, 357, 363, 366 u. f., 411 u. f., 431, 434. Die Stadt im September 1697 der Kern der Friedensfrage 437 u. f.; muß auf das einmüthige Andringen der Reichsstände vom Kaiser aufgegeben werden 460; 482.
 Stratemann, Graf, kaiserlicher Friedens-Botschafter im Haag, 259, 371.
 Succession, Frage der, in England, 74 u. f., 244 u. f., 275 u. f., 337 u. f.
 Succession, Frage der, in Spanien 121 u. f., 247, 278, 412, 419 u. f., 484 u. f.
 Sunderland, Graf, 128 u. f. Seine Stellung bei Wilhelm III. S. 129 u. f.; 361. Er wird zum Mitgliede der Regentschaft ernannt 376; ist sensibel für die Richtungen in den Gemüthern der Engländer 385. Seine Meinung über die Bills gegen die Katholiken in Irland 472.
 Szegedin 284, 451.

T.

- Talbot 198.
 Tallard, Graf, französischer Botschafter bei Wilhelm III., S. 354.
 Temesvar 124, 284.
 Tenison, Erzbischof von Canterbury, 5, 8, 23, 25, 27, 57, 312.
 Tessé, französischer General 73, 75, 224 u. f., 229.
 Test-Eid 202.
 Tettau 94.
 Theiß 451.
 Tillotson, Erzbischof von Canterbury, 5.
 Tirimont, Graf, spanischer Friedens-Botschafter, 384, 417, 433.
 Tököly 183.
 Torch, französischer Staats-Secretär. Sein Auftrag an Chateaufauf in Constantinopel 448.
 Tories 3, 53, 57.
 Torre, Della, saronischer Gesandter im Haag, 75, 80, 204, 224, 273 u. f., 276.
 Trappe, Pa, 156.
 Trenchard, Staats-Secretär, 3.
 Trevor, Sprecher des Unterhauses von England, ausgestoßen 51.
 Triennial-Bill 2, 5.

Trumball, Staats-Secretär, über die Katholiken in Irland 135 u. f. Sein Verhalten in der englischen Differenz mit Schweden 139. Er antwortet in der Sache Schonenberg 141; über die Verstimmung im englischen Parlamente zu Anfang 1696 S. 150 u. f.; 177. Er hat keine Kunde der Friedenssache 303 u. f., 475.

Tubise 439.

Türken, Stellung derselben zu Frankreich im Jahre 1697 S. 448. Niederlage bei Zenta 452 u. f.

Turnham Green 163.

Tyrconnel, Lady, 314.

U.

Unterhaus s. Parlament von England.

Utrecht, Plan von Friedensverhandlungen zu, 71, 111.

V.

Valenz, Belagerung von, 271.

Vaudemont, Prinz, gegenüber Villeroi 91 u. f.; 100, 103, 181, 339.

Vaudemont, Prinzessin, 490.

Velasco, Vicelkönig von Catalonien, 420 u. f.

Velo, Graf de, verhandelt geheim mit de la Haye in Padua 215 u. f. und 246 u. f.; 362.

Vendome, Marschall, in Catalonien 123, 380, 384.

Venier, venetianischer Botschafter, über den Frieden von Vigevano 272.

Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, 41. Er hat seit 1693 eine heimliche Uebereinkunft mit Frankreich 73. Anwartschaft seiner Gemahlin Anna Marie auf die Thronfolge in England 74 u. f. Er schließt mit Frankreich einen Vertrag über Casale 76 u. f.; setzt sein Lügenspiel fort 78 u. f.; ratifizirt die Erneuerung der großen Allianz 119; ist dem Kaiser verdächtig 119.

Er erhält 1696 durch Della Torre die Gewisheit, daß die Allianz ihm Pignerol nicht verschaffen wird 204; wird den Seemächten gegenüber vertreten von dem Kaiser 220. Sein Abfall 223 u. f. Das Ziel seiner Wünsche ist Pignerol 224. Sein Vertrag mit Ludwig XIV. S. 226. Er spielt seine Rolle mit Geschick 227; verlangt von Wilhelm III. noch Subsidien 228. Sein Verhalten nach dem Berichte des Tessé 229. Seine Falschheit gegen den Kaiser 229. Er hält zu Frankreich 258; verkündet den Frieden mit Frankreich 266 u. f.; erzwingt die Neutralität für Italien 271 u. f. Sein unwürdiges Verhalten vor Ludwig XIV. und Jacob II. S. 273; wird von Wilhelm III. zurückgewiesen 273 u. f.; verscherzt durch den Frieden von Vigevano für sein Haus die Aussicht auf die Thronfolge in England 275 u. f. — Sein Verrath dennoch nützlich für den Kaiser durch das Freiwerden des Prinzen Eugen für den Türkenkrieg 450.

Vigevano, der Friede von, 273.

Villafranca 426.

- Villeroy, Marschall, 89. Sein Verhalten gegenüber den Prinzen Vandemont 91 u. f. Er nimmt Dixmuiden und Deyuse 98 u. f.; bombardirt Brüssel 99; sucht vergeblich die Citadelle von Namur zu entsetzen 103; 383, 399.
- Williers, Lord, unterzeichnet die Erneuerung der großen Allianz in besonderer Weise 118; hat keine Kunde der Friedens-Unterhandlungen im August 1696 S. 262. Er wird Friedens-Botschafter 334; 371. Er ist über die Verhandlungen zwischen Portland und Boufflers nicht unterrichtet 394; sucht durch Shrewsbury von England her einen Druck auf den König für den Frieden zu bewirken 440 u. f.; äußert sich über die Ryswycker Clausel 478;
- Williers, Miss, 130.
- Wilvorde 383.
- Wliefingen 176.
- Voltaire kennt nicht den Mordplan von 1696 S. 199.

W.

- Waldenser f. Warbets.
- Wales, Prinz von, Sohn Jacobs II. Die Frage, ob vor dem Frieden von Ryswyck zu seinen Gunsten etwas abgemacht ist 244 u. f.
- Westminster Abtei 26.
- Wharton, Lord, klagt den Herzog von Leeds an 52 u. f.
- Whigs 4, 53, 57, 130, 295, 309 u. f.
- Whitehall 26.
- Wilhelm III., König von England. Er landet in England am 10./20. November 1694 S. 1; berichtet an Heinsius über die Stimmung 2 und 4; sanctionirt die Triennial-Bill 5. Sein Verhalten bei der Krankheit und dem Tode der Königin Mary 7 u. f. Er macht dem Kaiser den Tod kund 13; erholt sich langsam 24 u. f.; führt den Plan der Königin in Betreff des Hospitals von Greenwich aus 27 u. f.
- Er nimmt die Geschäfte seiner Regierung wieder auf 28; theilt seinen Ministern die auswärtigen Angelegenheiten nicht mit 28 u. f.; differirt mit dem Kaiser über Spanien 31 u. f.; glaubt sich persönlich nicht im Stande den Krieg weiter zu führen 32 u. f.; spricht sich nach Wien hin umfassend aus über die Frage des Krieges und des Friedens, am 15./25. Februar 1695, S. 33 u. f. Unterredung mit Auerberg über die Antwort aus Wien 45 u. f. Er hat kein Vertrauen auf die Friedens-Vermittelung durch Schweden 48; will mit Amsterdam in gutem Verständnisse bleiben 48; antwortet auf den Kriegeseifer des Parlamentes 49. Er ist ungeduldig zum Ausbruche 50 u. f.; mahnt das Parlament zur Eile 52; nimmt Marlborough wieder zu Gnaden auf 54 u. f. Seine Thronrede am 3./13. Mai 1695 S. 56. Er begibt sich nach dem Festlande 59.
- Er zahlt Subsidien an Münster 60; warnt den Kaiser vor Schöning 60 u. f.; will nicht die Brandenburger Truppen an den Rhein entlassen 61 u. f.; rath dem Kaiser das Commando in Ungarn an Friedrich August von Sachsen zu geben 62; hofft auf den Türkenfrieden 63. Seine Uebereinstimmung mit Heinsius, während er keine englischen Minister zu den

auswärtigen Geschäften zieht 56. Er wird beurtheilt von Innocenz XII. S. 66 u. f.

Seine Mißstimmung gegen Spanien steigt 69. Die Differenz mit dem Kaiser über die schwedische Vermittelung hat einen tieferen Grund 70. Er hat den Plan neuer geheimer Friedensverordnungen 71; wird durch Galway über Victor Amadeus getäuscht 74 und 78, eben so 119; schweigt über ein Friedens-Project für Spanien 79.

Sein Feldzugsplan für 1695 richtet sich gegen Namur 89 u. f. Sein Lob für Baudemont 93. Er feuert den Eifer der Engländer vor Namur an durch die Rundmachung eines französischen Briefes 94. Seine Haltung vor Namur 94 u. f. und 97. Er will nicht die Einnahme der Stadt mit Sturm 96; gewährt die Capitulation 97; wird von den französischen Offizieren als König begrüßt 98; belagert die Citadelle von Namur 98 u. f.; kann Brüssel gegen das Bombardement nicht schützen 99 u. f., 102. Er will nicht mit Villeroy schlagen 103; läßt die Vorwerke der Citadelle erstürmen 104; faßt den Entschluß, den Marschall Boufflers kriegsgefangen zurück zu behalten 105; erwirbt durch die Einnahme von Namur großen Ruhm 109 u. f.

Er lehnt den Amsterdamer Vorschlag zu geheimen Unterhandlungen mit Frankreich ab, im August 1695, S. 111. Er geht nicht ein auf den Vorschlag des Kaisers, den Vertrag der großen Allianz an das Parlament zu bringen 112 und 117; stellt seine Bedingungen für die Annahme der schwedischen Vermittelung 113 u. f.; benützt die Gelegenheit einer Differenz mit Schweden, um die Vermittelung in Wien abzulehnen 115, und fordert energische Kriegsführung 116.

Er unterzeichnet die Erneuerung der großen Allianz 117 u. f.; wird, wie früher, durch Galway über Victor Amadeus im Irrthume erhalten 119 u. f.; beschwert sich über Spanien 120; steht nicht freundlich mit Carl II. von Spanien 122 u. f.; äußert sich über die Sache des Schonenberg 123; erlangt in wenigen Tagen im Haag die Bewilligung der Kriegeskosten 125; zeigt keine Neigung zu einer zweiten Heirath 125 u. f.; landet in Margate 126.

Er wird in England festlich empfangen 127; löst, am 11./21. October 1695, das Parlament auf und beruft ein neues 128; berichtet an Heinsius über die Stimmung in Engand 128; gibt dem Herzog von Glocester den Hosenband-Orden 129; besucht Sunderland in Althorp und zieht ihn heran 130; empfängt auf einer Rundreise die Huldigungen der Engländer 131; äußert sich zu Heinsius befriedigt über die Reise 131. Er geht auf die Verwendung des Kaisers zu Gunsten der Katholiken ein 136 u. f.; nimmt die Vermittelung des Kaisers in der Differenz mit Schweden an 140; verhält sich anders in der Sache des Schonenberg 141 u. f.

Seine Thronrede 22. November/2. December 1695 S. 143. Er entläßt den schottischen Staats-Secretär 150; nimmt die Schenkung von Kron Gütern an Portland zurück 152 u. f. Er mißt der Anzeige Fishers über eine Verschwörung keinen Glauben bei 173; verspricht auf die Anzeige von Pendergrass, am anderen Tage in Kensington zu bleiben 174; verhört

Pendergras und de la Rue gesondert 175; erhält durch Schmettau die Kunde des Invasionsplanes 178; trifft seine Gegenanstalten 179. Seine Anrede an das Parlament 180. Er nimmt das Erbieten Charnock's zu weiteren Eröffnungen nicht an 195. Er nimmt die Association entgegen 200.

Er wird mehr durch Holland als durch England zum Frieden gedrängt 204 u. f. Seine Anrede an Della Torre 204. Er zieht, wie früher, keine englischen Minister zu den auswärtigen Angelegenheiten 205 und 207; ernennt eine Regentschaft 206. Seine Thronrede zur Vertagung, am 27. April/7. Mai 1696 S. 206.

Seine Ansicht über Luxemburg 208. Sein Verhältniß zu dem Kaiser seit 1690 S. 208 u. f. Er will die geheimen Friedensveredungen nicht aufgeben 211; ist nicht entschieden genug in Betreff Straßburgs 212; läßt den Kaiserlichen den Sachverhalt der Veredungen mit Callieres mittheilen 212 u. f.; will nicht dem Kaiser drohen 213 u. f.; erhält die bedingte Einwilligung des Kaisers in die Friedensveredungen 221; wird über Victor Amadeus durch Galway andauernd im Irrthume erhalten 223 u. f.; faßt endlich Verdacht gegen Victor Amadeus 228; gibt noch nicht die Hoffnung auf ihn wieder zu gewinnen 230.

Er wird im Juli und August 1696 an aller Offensive gehindert durch die Holländer 231; klagt über Amsterdam 231; erhält Berichte von der Regentschaft in England 232 u. f.; antwortet Shrewsbury in gedrückter Weise 232; sendet Portland nach England 233; antwortet auf einen eingehenden Bericht von Shrewsbury 235 u. f. Er und Heinsius erregen einander zu einem nicht begründeten Verdachte wider den Kaiser 238 u. f. Er hat nicht mit Ludwig XIV. ein Abkommen zu Gunsten des Prinzen von Wales getroffen 245 u. f.; kann als holländischer Patriot nicht die Rückkehr eines Stuart auf den englischen Thron gewollt haben 249; hat durch Dnkvelt in Maastricht ein Jahrgeld für Jacob II. anbieten lassen 250.

Er ist misstrauisch gegen den Grafen Rinsky und überhaupt gegen Wien 256 u. f.; wird über den Kaiser irre geführt durch einen ungegründeten Bericht Lexingtons 258; glaubt am 2. September 1696 an den Concessionen des Callieres eine sichere Basis für den Frieden zu haben 259. Nur er und die Holländer, nicht ein Engländer, handeln in Betreff der Friedenssache 262 u. f. Er verlangt nachdrücklich die Zustimmung des Kaisers zu dem Beschlusse der Generalstaaten vom 3. September 1696 S. 267 u. f.; beschwert sich über die Neutralität in Italien 269; hat durch den Beschluß der Generalstaaten vom 3. September die Bahn der vollendeten Thatfachen betreten 270; hält seinen Vorwurf gegen den Kaiser in Betreff Italiens nicht aufrecht 272 u. f.; weist die Zumuthung des Herzogs Victor Amadeus zurück 274; denkt nicht mehr an die Succession in England für das Haus Carignan 275 u. f.; geht nicht ein auf den Gedanken einer Heirath mit der Prinzessin von Brandenburg 276 u. f.; sucht sich das Haus Hannover zu verpflichten 279 u. f. Die Frage, ob er Antheil hat an dem Versuche von Leibniz, die Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg zu einer Aeußerung über die Succession in England zu bewegen 279 u. f. Seine Unterredung mit Kauniz vor der Abfahrt nach England 281 u. f. Er kommt der französischen Küste nahe 283.

Er sieht mit Vertrauen auf das Parlament 291 und 294. Seine Thronrede vom 20./30. October 1696 S. 292. Er urtheilt über den Soldaten-Handel des Kurfürsten von Brandenburg 295. Seine Haltung in der Friedenssache wird bedingt durch diejenige der Stadt Amsterdam 297 u. f. Sein Urtheil über das Verhalten des Callieres 299. Er sucht auf Amsterdam einzuwirken 300; stimmt mit ein in die Anklagen derselben wider den Kaiser 301 u. f.; weist die französischen Gerüchte über den Kaiser nicht zurück 302 u. f., und mehr noch 317 u. f. (s. unten.)

Sein Verhalten in der Sache der von Sir John Fenwick angeklagten vier Lords 305 u. f., namentlich gegenüber Shrewsbury 306 u. f. Er wird von Mordplänen bedroht 312 u. f.; äußert sich über die Weigerung des Callieres ein schriftliches Versprechen für seine Anerkennung zu geben 316. Seine unbegründete Anklage wider den Kaiser wird von Auersperg bestritten 317 u. f. Er schreibt darüber an Heinsius 319; nimmt das Zurückweichen des Callieres mit Befriedigung auf 330; läßt zugleich den Holländern zu Liebe auf die Kaiserlichen drücken 331; ernennt drei englische Friedens-Botschafter 334. Neue Unterredung mit Auersperg 334. Die ungünstigen Urtheile vieler Engländer über seine Kriegsführung befördern seinen Friedenseifer 336.

Er sieht als das Motiv der kaiserlichen Politik die Rücksicht auf die spanische Succession an 337; will nicht die Angelegenheit derselben zu einer Friedensbedingung für Frankreich machen 347; handelt darin mit Rücksicht auf die Neigungen in Holland 352; und, ohne es zu wollen, zum Vortheile Ludwigs XIV. S. 353 u. f.; verspricht Hülfe für Barcelona 355 u. f.; bestimmt Rhymond zum Friedensorte 358; hofft, im Februar 1697, den baldigen Frieden 361 u. f.; drängt zu diesem Zwecke in die Kaiserlichen 363 und 364; gibt nicht die von dem Kaiser durch Auersperg verlangte Versicherung gegen einen Sonderfrieden 366; äußert sich über Pothringen 367 u. f.; hebt das Aequivalent für Straßburg als vortheilhaft hervor 367; läßt die geheimen Veredungen der Holländer mit Callieres fort dauern 367 u. f.; erkennt selber das Unrecht derselben an 368; hat damals den Maßstab für den Charakter des römischen Kaisers Leopold verloren 369.

Er ist zufrieden mit der Session des Parlamentes von 1696/7 S. 375. Seine Thronrede zur Vertagung, 16./26. April 1697, S. 375. Er verlangt gegen ein Jahrgeld für Jacob II. seine Entfernung aus Frankreich 379; ist krank im Mai 1697 S. 379; wünscht einen Waffenstillstand 380. Der wunde Fleck seiner Stellung liegt in dem Verhältnisse zu Amsterdam 381. Er erwägt den Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich 381 u. f.; führt einen raschen Nachtmarsch aus 383; läßt Unterredungen zwischen Portland und Voufflers anstellen 388 u. f. Sein Urtheil über den Stand der Friedenssache vor den Unterredungen 391. Er verlangt von Heinsius eine genaue Abfassung der französischen Verpflichtung, Jacob II. nicht zu unterstützen 399; läßt erst dann den Engländern Kunde der Veredungen geben 400; ist nicht gegen die französische Terminsetzung 403 u. f.; läßt durch Portland dem Grafen Auersperg den Inhalt der Veredungen mittheilen 404 u. f.; hofft mit dem Kaiser in gutem

Einverständnisse zu bleiben 406; eröffnet dem Gesandten Auersperg, daß die französischen Bedingungen angenommen werden müssen 410; wirkt in gleichem Sinne nach allen Seiten 411; ist disponirt zur Aufnahme verleumderischer Gerüchte wider den Kaiser 413; begibt sich nach Loo 414; wünscht der Ungewisheit der Friedenssache ein Ende zu machen 415.

Seine Besorgnis ist im Steigen 431. Ueber das Auftreten der Franzosen am 1. September 1697 S. 437. Er läßt Portland eine neue Unterredung mit Boufflers halten, im September, S. 438; willfahrt einer Deputation der Stadt Amsterdam zum Frieden 440; erklärt dem Grafen Auersperg gegenüber Straßburg für verloren 413. Sein Urtheil über den Frieden 447.

Er sagt ein Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice zu, nach seiner Ansicht mit Bedingung 457; ahnt in Loo die Rhewander Clausel nicht vorher 462; äußert sich darüber zu Heinsius, abermals mit unbegründetem Argwohne wider den Kaiser 466 u. f.

Er sanctionirt in dieser Stimmung die ihm vorgelegten Bills des irischen Parlamentes wider die Katholiken dort 470 u. f., namentlich 476. Vergleich dieses Actes mit seinem früheren klaren Urtheile 477.

Er verlangt, nach dem Friedensschlusse, mit Bezug auf die Angelegenheit der spanischen Succession, eine abermalige Einigung der Allirten 483 u. f.; antwortet günstig auf die Meldung des Kaisers durch Auersperg, am 5. November 1697, S. 489; weist das Gerücht seiner Absicht mit Frankreich zu gehen zurück 490. Er will Belgien für Max Emanuel 492; wünscht, daß zunächst der König von Spanien sich offen für den Kaiser erkläre 493. Der Plan holländische Besatzungen in belgische Städte zu legen 499 u. f.

Er hat im Herbst 1697 keine Eile zur Ueberfahrt nach England 500 u. f.; empfängt die französischen Friedens-Botschafter 500 u. f. Er ahnt nicht, daß das Unterhaus ihm die Seeresmacht sehr verringern werde 501.

Williamson, englischer Friedens-Botschafter, 334, 400.

Wiser, Freiherr von, 342.

Wien 27.

Württemberg, Herzog von, 178 u. f.

Y.

York, Erzbischof von, 131.

Z.

Zenta 451 u. f.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
I. I. Universitäts-Buchdruckerei.

Der
Fall des Hauses Stuart

und die
Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von
O n n o K l o p p.

Achter Band.

Die Zeit der beiden Theilungsverträge über die spanische Monarchie bis zum
Tode Carls II., November 1700.

Wien, 1879.

W i l h e l m B r a u m ü l l e r

I. I. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Zweiundzwanzigstes Buch.

Die Zeit des ersten Theilungsvertrages.

Vom Spätherbste 1697 bis zum Spätherbste 1698.

Der Stand der Dinge in England, im Winter 1697/8.

	Seite
Das Verhalten der Engländer bei der Rückkehr Wilhelms III., im October 1697	1
Unterredung zwischen Portland und Auersperg über die Sendung des Ersteren nach Frankreich	2
Portland hofft die Beibehaltung der englischen Armee	3
Seine Ansicht über die Diener Wilhelms III., insbesondere Sunderland . .	4
Misstimmung der Engländer über die holländische Garde	5
Die Ansicht des Königs Wilhelm über die Stimmung	6
Eine Flugschrift gegen ein stehendes Heer	—
Die Thronrede des Königs, am 3./13. December 1697	7
Urtheile über die Thronrede	9
Die Adressen beider Häuser des Parlamentes	—
Der Beschluß des Unterhauses, die Armee zu reduzieren	10
Die Ansicht des Königs darüber	12
Das Unterhaus klagt nicht für den König persönlich	13
Sunderland entzieht sich dem Angriffe des Unterhauses	—
Die Stellung des Königs zu der Whig-Partei	14
Seine Aeußerungen zu Heinsius	15
Portland und Albemarle	16

Portland als Botschafter in Paris.

Portlands Aufbruch nach Frankreich, 10./20. Januar 1698.	17
Das Auftreten Portlands in Versailles	18
Seine Audienz bei Ludwig XIV., 7./17. Februar 1698	20
Das Verhalten des Hofes von St. Germain	22
Wilhelm III. über das Auftreten Portlands	—
Seine Meinung über das Verhalten der Engländer ist düster gefärbt . . .	23
Er beharrt nicht bei der Forderung Portlands in Betreff Jacobs II. . . .	26

	Seite
Die Abhängigkeit Jacobs II. von Ludwig XIV. wird dadurch aufs neue befestigt	27
Das Verbleiben in St. Germain nach 1697, ähnlich wie die Flucht vom December 1688	29
Ludwig XIV. und Wilhelm III. suchen einander in Betreff der spanischen Succession	30
Der öffentliche Aufzug Portlands in Paris	32
Elisabeth Charlotte von Orleans über Wilhelm III.	—
Die Ceremoniell-Fragen für Portland.	33
Die öffentliche Audienz Portlands bei Ludwig XIV.	—
Die Angelegenheit des spanischen Erbes.	
Das wesentliche Ziel der Politik Ludwig XIV. ist die Erlangung des spani- schen Erbes.	35
Der lange Krieg nicht ohne Einwirkung auf seine persönliche Haltung. . .	36
Er ernennt Harcourt zum Botschafter nach Spanien	37
Die Instruction desselben zeichnet den Stand der Dinge nach der Auffassung Ludwigs XIV.	—
Der Unterschied in der Sendung des kaiserlichen Botschafters Harrach und des französischen, Harcourt	40
Das Ziel der Instruction für Harcourt ist die Erlangung des ganzen spani- schen Erbes.	41
Die Lage der Dinge in Spanien	—
Die Hoffnung des Kaisers zu Anfang 1698	45
Carl II. misstrauisch auch gegen den Kaiser	46
Die Ansicht des älteren Grafen Harrach im Januar 1698	—
Seine Unterredung mit der Königin Maria Anna	47
Mit dem Admiral von Castilien	—
Urtheil Wilhelms III. über die spanische Unordnung	48
Duplicität des Admirals von Castilien	—
Handschreiben Carls II. an den Kaiser, vom 6. Februar 1698	49
Die neue Erkrankung Carls II., im Februar 1698	50
Der Rath Harrachs an die Königin	—
Die ersten Berichte Harcourts, im März 1698	51
Neue Instruction Ludwigs XIV., vom 16. März 1698, für den Fall des Todes von Carl II.	53
Der Standpunkt Wilhelms III. und des Rathspensionärs Heinsius in Betreff der spanischen Angelegenheit.	
Heinsius zu dem Grafen Stratemann.	56
Wilhelm III. erkennt den geheimen Artikel der Allianz von 1689 an . . .	57
Die Unterredung zwischen Portland und Gourville	59
Wilhelm III. in sich getheilt und zweifelhaft.	—
Beginn der Unterhandlungen zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III. über Spanien.	
Pomponne und Torcy reden mit Portland über Spanien	60
Portland verlangt die Auslieferung der Theilhaber des Nordplanes von 1696	63

	Seite
Urtheil Wilhelms III. über die französischen Eröffnungen, 9./19. März 1698	64
Der Plan Ludwigs XIV. gegenüber Wilhelm III. entspringt aus seiner Kunde des geheimen Artikels der Allianz von 1689	65
Das Geschick Ludwigs XIV. die Eigenschaften Anderer auszunutzen	67
Er sucht den Oranier zu gewinnen an seinem holländischen Patriotismus .	68
Die Zurückhaltung Portlands	69
Die Erwägungen Wilhelms III. über die spanische Sache, 15./25. März u. f. 1698	—
Ludwig XIV. sucht die Unterhandlung mit Wilhelm III.	71
Seine Vorschläge, zu Ende März 1698	—
Die Unterredung darüber zwischen Portland, Pomponne und Torcy	73
Auftrag Ludwigs XIV. an Tallard, den König Wilhelm zum Reden zu bringen	74
Correspondenz von Wilhelm III. und Heinsius über einen Vertrag mit Frankreich	75
Wilhelm III. erkennt Auersperg gegenüber die große Allianz noch an, 1./11. April 1698	76
Am selben Tage jedoch eine Unterredung mit Tallard.	77
Wilhelm III. macht Vorschläge für eine Theilung der spanischen Monarchie	78
Er berührt wieder die Anwesenheit Jacobs II. in St. Germain	—
Tallard warnt Wilhelm III. vor einem Mordplane.	79
Wilhelm III. sagt sich innerlich los von dem geheimen Artikel der Allianz von 1689	80
Ludwig XIV. über die Eröffnungen Wilhelms III. zu Tallard	81
Das Geheimnis nicht streng bewahrt	82
Die Gegenvorschläge Ludwigs XIV.	83
Er will lieber durch Tallard verhandeln als mit Portland.	—
Er überhäuft Portland mit Höflichkeiten	84
Wilhelm III. und Tallard verhandeln über die Vorschläge Ludwigs XIV. .	85
Die Frage ob Recht, ob Convenienz, in Wilhelm III.	86
Er geht thatsächlich ein auf die französischen Vorschläge	87
Seine Unterredung mit dem Grafen Auersperg, 17./27. April	89

Die damalige Stellung Wilhelms III. in England.

Er ersehnt eine Reise nach Holland	90
Die Misstimmung zwischen ihm und den Whigs	91
Der Mangel des gegenseitigen Vertrauens.	92
Die Vorliebe Wilhelms III. für die Holländer und für Holland	—
Er unterschätzt den Eifer der Engländer in der spanischen Sache	93
Äußerungen von Parlaments-Mitgliedern gegen Frankreich und zu Gunsten des Kaisers	94

Die Frage des Türkenfriedens und der Czar Peter.

Der Czar Peter und sein Plan wider die Türken.	96
Der Czar Peter in England	97

	Seite
Das Urtheil Burnets über ihn	98
Die Differenz des Czaren mit dem Admiral Mitchell	100
Der Czar in Holland nicht geneigt zu einem Türkenfrieden	—
Fortgang der Verhandlungen über einen Theilungsvertrag.	
Wilhelm III. und Heinsius neigen sich zum Eingehen auf die französischen Vorschläge	101
Wilhelm III. hegt Bedenken über sein Verfahren gegenüber dem Kaiser.	102
Tallard bekämpft dieselben	—
Beredung über die einzelnen Vorschläge	103
Der Bericht Tallards über England, 8. Mai 1698	104
Die Antwort Ludwigs XIV. auf die Bedenken Wilhelms III.	105
Ludwig XIV. sucht gleichzeitig mit dem Kaiser anzuknüpfen	106
Der Graf Harrach weicht aus	—
Ludwig XIV. sucht Wilhelm III. enger an sich zu ziehen	108
Seine erneute Darlegung über den Aufenthalt Jacobs II. in St. Germain	109
Wilhelm III. weicht in den anderen Punkten, nicht in Betreff Jacobs II.	110
Er läßt die Sache thatsächlich untersinken	111
Portland gelangt nicht zu der Frau von Maintenon	112
Ludwig XIV., um Wilhelm III. näher an sich zu ziehen, sucht seinen Verdacht gegen den Kaiser zu erregen.	—
Die Loyalität der kaiserlichen Politik gegenüber England	113
Warnung Tallards an Ludwig XIV. vor der Stimmung von England.	114
Auersperg theilt Wilhelm III. die Geneigtheit Carls II. mit und ersucht ihn auf Max Emanuel einzuwirken	—
Unaufrichtigkeit Wilhelms III. in dieser Beziehung	115
Die Wurzel seines Thuns sein holländischer Patriotismus	116
Das Verhalten Wilhelms III. in der Audienz Auerspergs vom 3./13. Juni 1698	118
Der Verdacht einer Verhandlung mit Frankreich wächst in England auf	121
Der Vorschlag zum Ausgleich in der Sache Schonenbergs wird von Wilhelm III. abgelehnt	122
Wilhelm III. in Madrid nicht vertreten	123
Ungeachtet der Abmachung Tallards will Ludwig XIV. nochmals versuchen, Wilhelm III. enger an sich zu ziehen	124
Tallard bringt die Vorschläge nicht an Wilhelm III.	127
Er weicht bei Ludwig XIV. aus durch einen Bericht in Betreff der Heeresreduction	—
Ludwig XIV. steigert seine Forderungen an das spanische Erbe	129
Das Befremden Wilhelms III. darüber	130
Die Haltung des Kaisers Leopold im Sommer 1698.	
Die Stellung des Kaisers Leopold zu Wilhelm III.	131
Die Angelegenheit des Türkenfriedens	132
Kinsky und Ruzzini zeichnen die Präliminarien, 23. Juni 1698	133
Verhandlung des Czaren Peter und des Grafen Kinsky, am 4. Juli 1698	—
Das persönliche Auftreten des Czaren bei dem Kaiser Leopold	136

Die Lage der Dinge in Spanien im Jahre 1698.

	Seite
Die Krankheit Carls II. im Februar 1698	138
Der Plan einer Junta für die Succession	139
Der heftige Austritt vom 9. März	—
Die Folgen günstig für Portocarrero	142
Die Königin und der Nuntius	—
Der Plan einer Junta für die Succession wird verlassen.	143
Die Misgriffe der Königin Maria Anna nachtheilig für die Sache des Kaisers Carl II. gibt dem Botschafter Harcourt Audienz	— 144
Eben so Maria Anna.	145
Die Vereinigung der französisch Gesinnten bei Madame Daguirre	—
Das Schreiben des Kaisers an Carl II., vom 25. März	146
Das Verhalten dagegen von spanischer Seite	147
Unterredung zwischen Harrach und Aguilar, im Mai 1698	—
Ludwig XIV. will den Zustand in Spanien erhalten, wie er ist	149
Er läßt Hülfe anbieten für Ceuta und Oran	—
Der Staaterath für die Annahme, Carl II. lehnt ab	150
Ludwig XIV. erhebt durch Harcourt Beschuldigungen wider Georg von Hessen- Darmstadt	— 151
Georg von Hessen-Darmstadt hat einen Vorschlag zur Gewalt gemacht	152
Die Urtheile Ludwigs XIV. und des Grafen Harrach über den Prinzen Georg stimmen wesentlich überein	— 153
Der Kaiser dringt durch Harrach in Madrid auf eine Antwort	154
Harrach zweifelt an der Aufrichtigkeit der Königin	155
Das Gerücht über den Vorschlag einer Heirath mit dem Dauphin	156
Harrach mahnt die Königin durch den Beichtvater Gabriel	158
Seine Unterredung mit der Königin, vom 6. Juli 1698	159
Carl II. schwankend zwischen dem Erzherzog Carl und dem Kurprinzen Joseph Ferdinand.	—
Die Frage der Nicht-Bestätigung des Verzichtes von Maria Antonia	160
Carl II. hat keine Neigung für seine französischen Verwandten	161
Die Denkschrift Harcourts vom 11. Juli 1698	162
Die spanische Antwort nicht principiell	163
Der Staaterath beschließt Bewaffnung.	—
Portocarrero und Monterej dagegen.	—
Unterredung zwischen Portocarrero und Harcourt, vom 19. Juli 1698	164
Die Maßregeln Ludwigs XIV. für den Todesfall Carls II., im Juli 1698	165
Seine neue Instruction für Harcourt, vom 5. August 1698.	166
Ueberblick über den Stand der Successions-Frage in Madrid	167
Harrachs Unterredung mit Portocarrero, vom 22. Juli 1698	168
Die Antwort Carls II. an den Kaiser, vom 29. Juli 1698.	—
Harrachs Unterredung darüber mit der Königin	170
Das Verhalten der Königin Maria Anna und der Gräfin Verlepsch	—
Die Freundschaft für die Marquise Harcourt	171
Die französische Politik wünscht von der Königin nur negative Dienste	—

	Seite
Portocarrero steht voran gegen die Königin	172
Ludwig XIV. läßt durch Harcourt seine Zufriedenheit mit der Antwort vom 17. Juli aussprechen	173
Die allgemeine Erwartung des nahen Todes von Carl II., im August 1698	—
Die Frage der französischen Gesinnung bei den Spaniern	174
Der vermeintliche Schutz der Silberflotte durch französische Kriegsschiffe . .	176
Der öffentliche Aufzug des Botschafters Harcourt, am 15. September 1698	177
Harrach und Dropesa über die Frage der spanischen Wehrhaftmachung . .	178
Harrachs Unterredungen mit Mansera, Monterey, Aguilar	179
Der Plan von Leganez wider die Königin	180
Harrachs letztes Schreiben aus Spanien	181
Das Ziel Ludwigs XIV. bei den Verhandlungen mit Wil- helm III.	
Ludwig XIV. will, im Juli 1698, nicht einen Vertrag mit Wilhelm III.	181
Die Abmahnung Tallards, vom 28. Juni/8. Juli 1698	183
Ludwig XIV. beweist für Portland immer dieselbe Höflichkeit bis zu Ende	185
Tallards Verhalten in Betreff des Ceremoniells.	—
Ludwig XIV. geht ein auf die Abmachung Tallards, 5./15. Juli	186
Das Feldlager von Compiègne, im Sommer 1698	187
Er will das spanische Erbe, wo möglich, ohne Krieg	188
Er will die Verhandlungen mit Wilhelm III. hinziehen	189
Die Besorgnis Wilhelms III. vor dem Abbruche derselben kommt ihm zu statten	—
Wilhelm III. dringt durch den Staats-Secretär Vernon und persönlich auf den Türkenfrieden	190
Die isolirte Stellung Wilhelms III. in der Unterhandlung mit Frankreich	191
Der Zweifel des Lord-Kanzlers Somers	192
Graf Portland nach seiner Rückkehr aus Frankreich	—
Wilhelm III. in seiner Stellung zu den Engländern.	
Die Differenz mit dem Unterhause über die Armee	193
Die Ursachen der langen Dauer der Parlaments Session	194
Der Plan einer neuen ostindischen Compagnie	195
Die Thronrede des Königs, am 5./15. Juli 1698	196
Sein Urtheil über die Session für Heinsius	197
Wilhelm III. sucht dennoch sich eine Armee zu erhalten	—
Marlborough zum Gouverneur des Herzogs von Glocester ernannt.	198
Ebenso zum Mitgliede der Regentschaft	199
Wilhelm III. bricht nach Holland auf, 15./25. Juli	—
Die Stellung der Katholiken in England und Irland, im Jahre 1698.	
Der König Wilhelm III. für die Wünsche des Kaisers minder eifrig als früher	200
Die antilatholische Bewegung in England im Jahre 1698	—
Die Instruction für den Botschafter Tallard in Betreff der Katholiken . .	201
Diejenige für den Grafen Auersperg	202

	Seite
Das Auftreten Tallards in dieser Beziehung	203
Die Unterredungen Auerspergs mit Vernon und Methuen	—
Die Verfolgungen der Hugenotten in Frankreich.	205
Die Capellen der Gesandten katholischer Mächte in London	—
Die völkerrechtliche Seite der Angelegenheit.	206
Das nachgiebige Verhalten Tallards.	—
Der Kaiser lobt das Auftreten seiner Gesandten.	208
Das Verfahren unter Wilhelm III. gegen katholische Priester	209
Der Bericht des Grafen Dohna über die Correspondenz von Wilhelm III. mit einem Jesuiten-General	210
Die ferneren Unterhandlungen über den Theilungs- vertrag.	
Abermaliger Versuch Wilhelms III. den Kaiser zu betheiligen	212
Ludwig XIV. faßt den Entschluß zu einem Vertrage zu kommen.	213
Der Theilungsvertrag steht zum Abschlusse, im August 1698	214
Das Vertrauen Wilhelms III. auf Ludwig XIV.	215
Das eigentliche Motiv die Zweckmäßigkeit des Vertrages für Holland.	216
Die Mittheilung des Vertrages nach England	217
Die Frage des Geheimnisses	—
Die Kunde über die Verhandlungen bei Bernon, Orford, Montague	219
Das Verfahren des Königs bei der Kundgebung an Somers	220
Die Antwort desselben schiebt die Cardinal-Frage eines Vertrauens in Ludwig XIV. auf Wilhelm III. zurück.	—
Die Erwägungen von Somers wider einen Krieg	221
Wilhelm III. schließt mit Tallard ab vor der Ankunft der englischen Voll- macht	222
Uebersicht des Verfahrens der beiden Könige von Frankreich und England	223
Der Inhalt des Vertrages	224
Tallard über das Verhalten Wilhelms III. bei dem Vertrage	225
Der Beitritt der Republik der Niederlande	—
Wilhelm III. über die Frage des Geheimnisses von da an	226
Ludwig XIV. über die Mittheilung der Sache an Harcourt.	227
Seine neue Instruction für Harcourt	—
Der Unterschied derselben von der früheren	229
Die neuen Versicherungen Portocarreros, 20. September	230
Die Bedenken des Botschafters Harcourt	—
Ludwig XIV. verlangt durch Tallard die Geheimhaltung des Vertrages vor dem Kaiser, 10. October.	231
Dennoch geht die Kunde des Vertrages aus	232
Der Plan Ludwigs XIV. bei diesem Verfahren	233

Die Frage der Succession in England, im Herbst 1698.

Wilhelm III. begibt sich nach Celle, 30. September 1698.	234
Tallards Vermuthung über diese Reise	—
Der Stand der Successions-Frage für England.	235
Die Beziehungen der Prinzessin Anna zu St. Germain	—

	Seite
Wilhelm III. trachtet das Haus Hannover zu gewinnen	236
Die kurfürstliche Familie zu Hannover.	237
Die Kurprinzessin Sophie Dorothee	—
Das Verhältniß mit dem Grafen Königsmark	238
Der Tod desselben	241
Das Verhalten der Prinzessin	242
Die Brüder Georg Wilhelm und Ernst August	243
Die Scheidung des kurprinzlichen Paares.	—
Das Verhalten des Vaters Georg Wilhelm.	244
Der Kurfürst Ernst August	245
Die Unterredung der Herzogin Eleonore mit dem Könige Wilhelm III..	246
Die Kurfürstin Sophie wünscht nicht die Thronfolge in England	248

Die Geheimhaltung des ersten Theilungsvertrages.

Wilhelm III., nicht ohne Mißtrauen in Ludwig XIV., hält dennoch fest. .	249
Auersperg sucht bei Heinsius Auskunft, doch vergeblich	250
Seine Audienz bei Wilhelm III., 28. October 1698	—
Er richtet neue Fragen an Heinsius	253
Der holländische Gesandte Hop in Wien	255
Der Theilungsvertrag wird ratificirt	—
Wilhelm III. bringt abermals den Aufenthalt Jacobs II. in Frankreich zur Sprache	256
Die Antwort Ludwigs XIV.	257
Wiederholte Versuche der kaiserlichen Gesandten Auersperg und Goës von dem Vertrage Kunde zu erhalten	258
Das Urtheil des Don Quiros über den Vertrag	259

Die Kunde des Vertrages bewirkt die Errichtung des Testamentes von Carl II. für Joseph Ferdinand.

Ludwig XIV. hat bei seinem Plane die bayerische Partei außer Acht gelassen	260
Der Kurfürst Max Emanuel hat sein besonderes Ziel	261
Die Königin Maria Anna findet bei Harcourt und Ludwig XIV. kein Ent- gegenkommen	—
Der Admiral von Castilien und Harcourt	262
Max Emanuel sendet nach Madrid eine Abschrift des Theilungsvertrages .	263
Der Admiral von Castilien und die Königin treten für Bayern ein . . .	264
Der spanische Staaterath ersucht Carl II. um die Feststellung der Succession	265
Die Stimmung günstig für den Kurprinzen Joseph Ferdinand	266
Portocarrero befragt Harcourt, 27. October	267
Ludwig XIV. spricht sich aus gegen jede Feststellung der Succession . . .	—
Das Testament Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand, vom 14. November 1698	268
Audienz des Grafen Alois Harrach darüber.	269

Dreißundzwanzigstes Buch.

Die Zeit des zweiten Theilungsvertrages über Spanien. 1699.

Die Reduction der englischen Armee.

	Seite
Ankunft Wilhelms III. in England, 4./14. December 1698.	270
Das Ergebnis der Neuwahlen nicht günstig für ihn	—
Die Thronrede vom 6./16. December 1698.	271
Die Strömung im Unterhause gegen den Bestand einer Armee	272
Der Unmuth des Königs Wilhelm	273
Die Abneigung gegen ein stehendes Heer allgemein	—
Die Bill für die Reduction der Armee auf 7000 Mann	274
Wilhelm III. erwägt den Gedanken der Rückkehr nach Holland	275
Der Entwurf seiner Rede an das Parlament.	—
Unterredung Wilhelms III. mit Somers über seinen Plan	276
Die Whigs treten nicht als Partei gegen die Bill ein	277
Die zweite Lesung der Bill	—
Die Erregung des Königs Wilhelm	278
Ein Plan Ludwigs XIV. in Betreff der Person Wilhelms	279
Wilhelm III. läßt den Gedanken der Heimkehr fallen	280
Der eigentliche Grund sein Patriotismus für Holland	—
Die dritte Lesung der Bill, 18./28. Januar 1699	282
Das Oberhaus tritt bei	—
Der König sanctionirt, 22. Januar/1. Februar	283
Dank-Adresse des Unterhauses	284
Tennoch ist es nicht willig zu irgend einer Concession	285
Bewilligung dagegen für die Flotte	—
Wilhelm III. hegt noch Hoffnungen	286

Der Friede von Carlowitz 1699.

Die Haltung der Bundesgenossen des Kaisers 1698	286
Die Friedens-Bevollmächtigten nach Carlowitz, im October 1698	287
Charakteristik derselben	288
Die Vertilichkeit und der Rangstreit	289
Die Türken wollen nicht lassen von Siebenbürgen.	290
Das entschiedene Auftreten des Lords Paget	291
Der Modus der Verhandlung	—
Der Friedensschluß am 26. Januar 1699	293
Die Urkunde ist zugleich diejenige des Niederganges der türkischen Macht	—

Der Tod des bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand.

Wirkung der Kunde des spanischen Testamentes für Joseph Ferdinand	295
Ungewisheit des Kaisers über die Absichten der Seemächte	297
Moralisch ungünstige Position Wilhelms III. und der Holländer.	298
Das damalige Vertrauen Wilhelms III. in Ludwig XIV.	300

	Seite
Die Haltung Ludwigs XIV. gegenüber dem spanischen Testamente	301
Drohende Rede Harcourts vor dem Könige Carl II.	302
Ausweichende Antwort Ubillas	304
Wilhelm III. und die Republik bereit den Kurprinzen nach Spanien über- zuführen	305
Der Kurprinz Joseph Ferdinand stirbt, 6. Februar 1699.	—
Die französischen Anklagen gegen den Kaiser Leopold	—
Diejenige des Kurfürsten Maximilian Emanuel	306
Die Ansicht des Holländers Lamberty	—
Ludwig XIV. an Harcourt über seine ferneren Absichten	307
Eindruck der Todesnachricht im Haag und in Kensington.	309
Beginn der Verhandlungen über einen zweiten Thei- lungsvertrag.	
Die Frage, ob der Kurfürst Max Emanuel an die Stelle seines Sohnes trete	309
Die Frage beleuchtet den eigentlichen Plan Wilhelms III.	310
Auersperg sucht den Rathspensionär auf den geraden Weg zurückzuführen .	311
Ludwig XIV. und Tallard verneinen den Bestand des geheimen Artikels .	312
Der Wunsch Wilhelms III., daß dieser Artikel bestehe, führt ihn abermals zu Ludwig XIV.	313
Die Holländer halten noch lange fest an diesem Wunsche	314
Die neuen Instructionen Ludwigs XIV. für Tallard	315
Er verlangt Mailand für den Dauphin zum Austausch gegen Lothringen.	—
Die Bedeutung dieser Forderung gegenüber dem Kaiser Leopold	—
Der Plan Ludwigs XIV. bei dem Vorschlage des zweiten Theilungsvertrages	317
Die spanische Angelegenheit für ihn eine Frage der Macht, nicht des Rechtes	319
Wilhelm III. wird hineingelockt durch seinen Eifer für Holland	—
Ludwig XIV. bietet Spanien und Westindien für den Erzherzog	320
Ludwig XIV. will nicht eine Verständigung mit dem Kaiser.	
Geneigntheit in Wien zur Verständigung mit Ludwig XIV.	321
Differenz zwischen Vichtenstein und Villars	—
Weder Rinsky, noch Villars legen derselben Anfangs ein Hauptgewicht bei	322
Ludwig XIV. benutzt dieselbe, um Zeit zu gewinnen	323
Er allein hat seinerseits alle Fäden in seiner Hand	324
Sein Urtheil über die Friedensneigung des Kaisers	—
Die Thätigkeit Harcourts in Madrid.	
Harcourt über den Zustand der Dinge in Madrid, im Februar 1699. . .	325
Harcourt wünscht eine Verhandlung mit der Königin	—
Er durchschaut nicht den Plan Ludwigs XIV.	—
Dieser will das ganze spanische Erbe ohne Krieg	326
Er sucht die Reigung Carls II. für den Erzherzog niederzuhalten durch Furcht	327
Carl II. über den Frieden Ludwigs XIV. mit Miquanez	—
Hochfahrende Rede Harcourts zu Ubilla	328

	Seite
Audienz des Harcourt bei Carl II., 12. März 1699	328
Weitere drohende Reden Harcourts	329
Ludwig XIV. erstrebt damals nicht ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou	330
Der spanische Staaterath hält die Erörterung der Succession nicht für zeitgemäß	331

Fortgang der Unterhandlung über den Theilungsvertrag.

Urtheil Wilhelms III. über die neuen Vorschläge Ludwigs XIV.	—
Er will einen neuen Vertrag nicht zeichnen ohne Vorwissen des Kaisers.	332
Er zeigt sich bei der Unterhandlung als der Schwächere	333
Die Holländer eröffnen sich nicht den Kaiserlichen gegenüber.	334
Unterredung von Auersperg und Goes mit Heinsius, 27. März 1699.	—

Die Haltung des Unterhauses von England.

Neben der Kriegesfurcht der Holländer wirkt günstig für Ludwig XIV. die Haltung des Unterhauses	335
Vermuthung in England über die neuen Verhandlungen mit Frankreich	336
Das Schreiben Wilhelms III. an das Unterhaus für seine holländischen Garden	337
Die ablehnende Adresse des Unterhauses	—
Die Antwort Wilhelms III. an das Unterhaus	338
Sein eigentliches Urtheil über die Adresse	339
Er fordert Heinsius auf im Amte zu verbleiben	340
Auch bei ihm selber ist der holländische Patriotismus der Schlüssel jener Antwort	341
Er bevorzugt den Holländer Albemarle vor Ormond und Rivers	—
Das Unterhaus beschließt eine Untersuchung über die Verwendung der Rebellengüter in Irland	342
Die Autorität des Unterhauses im raschen Wachsen	—
Die Misstimmung des Königs über das Unterhaus	343
Sein Bericht über das Verhalten des Grafen Portland	—
Die Urtheile Anderer über Portland	—

Fortsetzung der Unterhandlung über den Theilungsvertrag.

Das Uebergewicht Ludwigs XIV. in der Unterhandlung	344
Vorsicht Ludwigs XIV. gegen eine Verufung des Erzherzogs nach Spanien	—
Die französische Politik wirkt auf Wilhelm III. durch das Gerücht einer Unterhandlung mit dem Kaiser	346

Die Stimmung im Parlamente.

Die Neigung der Engländer ist zu Gunsten des Kaisers	347
Auersperg über die Position des Kaisers in der spanischen Sache	—
Er wendet sich nicht an das Parlament	348

	Seite
Die Gründe Wilhelms III. für die Nicht-Betheiligung von Engländern an den Verhandlungen mit Frankreich	348
Das Mißtrauen des Unterhauses gegen ihn nicht berechtigt	350
Die Vertagung des Parlaments am 4./14. Mai 1699	—
Das Urtheil des Königs über die Session	351
Die Mitglieder der Regentschaft	—
Die Stimmung über die Reise des Königs nach Holland	352
Die Verschiedenheit des Kaisers Leopold und Wilhelms III. in der spanischen Angelegenheit.	
Die erste Instruction über die Sache für Hop in Wien	353
Die Instruction des Kaisers für Auersperg und Goes, 29. Mai.	—
Antwort des Königs Wilhelm an Auersperg, 19. Mai.	354
Der Zustand der Dinge in Spanien.	
Die Thätigkeit Harcourts im April	356
Aufstand in Madrid, veranlaßt durch die Theuerung, Ende April 1699.	—
Dropesa und der Admiral von Castilien verbannt	359
Die geheimen Zusammenkünfte der kaiserlich Gesinnten.	—
Der eigentliche Plan	360
Vollmacht des Kaisers für eine Regentschaft unter Portocarrero, vom 8. Juli 1699	361
Harcourt im Sommer 1699 ganz isolirt	362
Er bekämpft den Plan des Theilungsvertrages	363
Erwiderung Ludwigs XIV.	—
Balbazes über den Vertrags-Entwurf	364
Die Antwort Ludwigs XIV.	365
Der Unmuth des spanischen Staatsrathes über den Theilungs-Entwurf.	366
Carl II. will nach allen Seiten protestiren	—
Der Theilungs-Entwurf.	
Wilhelm III. unklar über das Verhalten des Kaisers zu dem Entwurfe	367
Die Eröffnungen nach Wien stillweise.	—
Heinsius erinnert an den Theilungsvertrag von 1668	368
Die Frage des Theilungsvertrages im Rathe des Kaisers.	369
Der Kaiser bietet im Haag Westindien für den Dauphin an	—
Die Gegenreden von Heinsius und Portland	—
Die Aeußerung Wilhelms III. darüber	370
Die Reden Tallards	—
Weitere dem Kaiser nachtheilige Bestimmungen des Vertrags-Entwurfes	371
Rede von Heinsius für den Entwurf	372
Umfassende Antwort des Grafen Auersperg.	—
Die Besorgnis Wilhelms III., daß der Kaiser weigern werde	375
Die Berathungen in Wien	—
Die Grundzüge für das Verhalten des Kaisers	376
Berichte des Grafen Sinzendorf aus Paris, im August 1699	—

	Seite
Die Antwort des Kaisers an Wilhelm III., vom 4. September 1699 . . .	377
Unterredung von Heinsius und Auersperg darüber.	378
Wilhelm III. will dem Kaiser Zeit lassen	379
Ludwig XIV. drängt auf den Abschluß	—
Die Vermuthung seiner eigentlichen Absicht wird wiederholt ausgesprochen	—
Wilhelm III. und der Kaiser beiderseits wollen nicht mit einander brechen	380
Die Sache des spanischen Botschafters Canales in London	380
Missstimmung der Spanier gegen Wilhelm III.. . . .	381
Die schottische Colonie in Darien	382
Auf den König Wilhelm fällt der Unmuth von spanischer wie von schotti- scher Seite	383
Die Denkschrift des spanischen Botschafters Canales	—
Die Antwort Wilhelm III. durch Vernon	384
Das Verhalten des Botschafters Canales.	—
Wilhelm III. will durch Jersey den Theilungsvertrag zeichnen lassen. . .	385
Die Stellung Jerseys zu dem Vertrage	386
Wilhelm III. versucht noch einmal den Kaiser zum Beitritte zu bewegen .	—
Die protestirende Antwort des Kaisers vom 18. October 1699	388
Uebersahrt des Königs Wilhelm am 27. October	392

Die Zeit der Unentschiedenheit über die Annahme des
Vertrags-Entwurfes, von October 1699 bis Ja-
nuar 1700.

Heinsius bringt den Vertrags-Entwurf an die Stände von Holland . . .	392
Wilhelm III. sucht sich gegen einen französischen Bruch des Vertrages zu decken durch einen geheimen Artikel	—
Das Urtheil Wilhelms III. über den Protest des Kaisers.	393
Seine Antwort an Auersperg, vom 4. November	394
Jersey, Portland, Marlborough, Vernon, Albemarle, versichern, daß Wil- helm III. kaiserlich gesinnt	395
Der Kaiser will nicht mit den Seemächten brechen	396
Sein Verhalten gegenüber Frankreich	—
Er bietet in der Sache des Canales seine Vermittlung an	397
Das Auftreten des Canales in Madrid nicht gebilligt	—
Die Generalstaaten nehmen den Protest des Don Quiros nicht an. . . .	398
Die Antwort Ludwigs XIV. an Castel dos Rios	—

Die Königin Maria Anna geneigt zu einer Verständi-
gung mit Harcourt.

Der Kaiser genehmigt nicht den Plan der Wegführung der Gräfin Berlepsch	399
Das Spiel der Königin und der Berlepsch	—
Harcourt und die Berlepsch	—
Harrach mahnt den König Carl II. an die Wehrhaftmachung der Monarchie	401
Die verfügbaren Mittel verwendet für die Reise nach dem Escuriale . . .	—
Die Geldforderungen der Berlepsch bewilligt	—

	Seite
Patriotische Klage des Don Quiros	402
Die Verlepsiſch und die Königin bereit zum Dienste für Ludwig XIV. . . .	403
Ludwig XIV. zieht den Theilungsvertrag einem Ab-	
kommen mit der Königin Maria Anna vor.	
Die Stellung Ludwigs XIV. zu Wilhelm III., im October 1699	404
Seine Antwort an Harcourt, vom 26. October	405
Dieser Botschafter damals im Escuriale	—
Seine Stellung zu den Spaniern	406
Die Bürgermeister von Amsterdam nicht willfährig für den Vertrag . . .	407
Audienz Mandhesters bei Ludwig XIV., 15. November 1699	408
Die Antwort Ludwigs XIV.	409
Die Aussichten für den Vertrag in der Republik nicht günstiger	410
Ludwig XIV. läßt bei Wilhelm III. drängen	411
Wilhelm III. und Heinsius versuchen durch die kleineren Provinzen auf Holland zu wirken	—
Tallard trifft in London ein und mahnt zum Abschlusse	—
Ludwigs XIV. Antwort an Harcourt, vom 30. November	412
Das Decret der Verbannung für Monterey	414
Neue Unterredung Harcourts mit der Verlepsiſch, vom 5. December 1699 .	415
Die Frage des Vorschlages einer Heirath für die Königin Maria Anna mit dem Dauphin	—
Die Aussichten auf die Annahme des Theilungsvertrages in der Republik werden günstiger	418
Die Berichte Harcourts bleiben in Paris nicht völlig unbekannt	419
Die Antwort Ludwigs XIV. an Harcourt, vom 27. December	—
Er will jedoch nur den Weg durch die Königin sich offen erhalten	420
Er zieht den Theilungsvertrag als Mittel zum Zwecke vor	421
Die Königin Maria Anna wirkt dennoch negativ für Ludwig XIV.	—
Jegliche Wehrhaftmachung Spaniens unterbleibt	422
Die weiteren Beobachtungen Harcourts	423
Der Pater Gabriel und die Verlepsiſch	424
Ludwig XIV. will abwarten bis Ende Januar 1700.	—
Erneutes Unternehmen der Schotten in Darien	—
Die Haltung der Königin Maria Anna	—
Ludwig XIV. verzichtet auf den Plan sich ihrer zu bedienen	425
Harcourt bittet um seine Abberufung	426
Ludwig XIV. legt ihm den eigentlichen Plan näher	—
Die Königin im Stadium des Ueberganges zum Kaiser	427
Die Ungnade der Gräfin Verlepsiſch	428
Das Zustandekommen des Theilungsvertrages.	
Amsterdam stimmt dem Theilungsvertrage zu, im Januar 1700	429
Abermalige Ablehnung des Kaisers, im Januar 1700	430
Die Antwort Wilhelms III.	—
Er zieht einige Whigs ins Geheimnis des Vertrages	431
Die Unterzeichnung des zweiten Theilungsvertrages, März 1700	432

	Seite
Die Grundzüge des Vertrages	432
Die verschiedenen Ziele Wilhelms III. und Ludwigs XIV.	434
Die Stellung des Königs Wilhelm zu dem Parlamente im Winter 1699 auf 1700.	
Die Stimmung des Parlamentes nach der Abreise des Königs, im Jahre 1699	435
Das Urtheil des Königs darüber nach der Wiederkehr, im October 1699	436
Wilhelm III. sucht der Klage über den Mangel an Hoffsten abzuheffen. .	—
Thronrede des Königs, vom 16./26. November 1699.	437
Sein eigenes Urtheil über den Stand der Dinge	—
Das Unterhaus überreicht eine unfreundliche Adresse	438
Die Nachricht einer Erkrankung Jacobs II.	439
Die Wünsche Tassards und Ludwigs XIV. für den Prinzen von Wales .	440
Die Besorgnis vor den Plänen des Conte Boselli	441
Der König Jacob II. hat davon keine Kunde.	443
Die Katholiken in England 1699.	
Burnet über die Vorwürfe gegen den König wegen der Gunst für die Katholiken.	443
Ludwig XIV. erneuert die Strafbefehle wider die Hugenotten, 1698 und 1699	444
Die Bill wider das Anwachsen des Papiasmus	445
Urtheile über die Bill und die eigentliche Absicht der Urheber	446
Die Hoffnung und die Furcht in Folge dieser Bill	447
Wilhelm III. wagt nicht die Annahme des gregorianischen Kalenders vor- zuschlagen	448
Die fernere Haltung des Unterhauses.	
Die Commission zur Untersuchung der Verwendung der irischen Rebhengüter	—
Der Beschluß des Unterhauses darüber, vom 15./25. December 1699 . . .	449
Die Antwort des Königs	—
Das Unterhaus verbindet den Beschluß über die Rebhengüter in Irland mit einer Geld-Bill.	450
Das Oberhaus gibt nach	—
Der Beschluß des Unterhauses gegen nicht-einheimische Diener des Königs	451
Vertagung des Parlamentes, am 11./21. April 1700.	—
Das Urtheil des Königs Wilhelm über die Session	—
Das Schwergewicht liegt im Unterhause	—

Vierundzwanzigstes Buch.

Die Zeit der zwei europäischen Todesfälle des Jahres 1700, des Herzogs von Glocester und des Königs Carl II. von Spanien.	
Die Ungewisheit der Erbfolge in Spanien und in England	452
Der Beginn des großen nordischen Krieges 1700.	
Carl XII. von Schweden	453
Der Czar Peter, die Könige August von Polen und Friedrich von Dänemark	454
Klopp. Fall d. Hauses Stuart u. Success. d. Hauses Hannover. VIII. b	

	Seite
Die schwedische Monarchie im Vergleiche zu der spanischen	455
Die Hinterlist des Czaren Peter und des Königs August	456
Die Differenz der dänischen Könige mit den Herzögen von Holstein-Gottorp	457
Dänemark voran gegen die neunte Kurwürde	458
Wilhelm III. für Schweden und Hannover	459
Frankreich schürt die Zwietracht im Reiche	460

Die Mittheilung über den Abschluß des Theilungsvertrages an die anderen Mächte.

Die Frage des Termines der Mittheilung	461
Die Audienz des Marquis Villars bei dem Kaiser, 18. Mai 1700	462
Unterredungen des Villars mit Harrach und Kaunitz	464
Abermals zwischen Villars und Harrach	465
Ein besonderes Motiv der Holländer für den Theilungsvertrag	466
Die kaiserlichen Räte erörtern eine directe Verständigung mit Frankreich	467
Die Tragweite der kaiserlichen Erbietungen an Frankreich	468
Uebersicht des Standes der Dinge, im Mai 1700	469
Verschiedenheit des Verfahrens beim Kaiser Leopold und Ludwig XIV.	472
Unterredung zwischen Torch und Sinzendorf über den Vertrag	473
Ludwig XIV. macht den Theilungsvertrag öffentlich kund	475
Seine Absicht dabei	476
Er entwindet sich dem Vorschlage des Kaisers zu directer Verständigung, 16. Juni 1700	—
Die Unwahrhaftigkeit Ludwigs XIV. nach allen Seiten dennoch günstig für Wilhelm III.	478
Die Antwort des Kaisers auf den Vertrag ist ausweichend	479
Besondere Antwort des Kaisers an Wilhelm III., 25. Mai 1700	480

Die Wirkungen der Kunde des Vertrages in England.

Die Anpreisung des Vertrages durch Tallard	481
Die Mißstimmung der Engländer über den Vertrag	—
Namentlich der Mitglieder des Parlamentes	482
Verhalten Wilhelms III., im Juni 1700	484
Er entläßt den Lord-Kanzler Somers	—
Die Unzufriedenheit in Schottland	—
Trübe Aussichten für seine Wünsche nach außen	485
Er sehnt sich nach Holland	486

Urtheile in Holland über den Vertrag.

Der Gesandte Goes im Haag längere Zeit ohne Instruction	486
Seine Unterredungen mit Holländern	487
Mit Heinsius, am 9. Juni 1700	—
Die Meinung, daß Wilhelm III. den allgemeinen Bruch gewollt habe	490
Abermalige Unterredung zwischen Goes und Heinsius, 18. Juni	491

Das königliche Paar in Spanien kaiserlich.

Seite

Die Königin Maria Anna.	493
Der Botschafter Moles der Vertrauensmann des königlichen Paares . . .	494
Abermals die Wehrhaftmachung Spaniens	496
Die Drohungen Ludwigs XIV.	—
Die Gegnerschaft des Staatsrathes gegen das königliche Paar	497
Ludwig XIV. will die Kunde des Vertrages als Druckmittel auf Spanien verwenden.	—
Er beruft Harcourt ab, 2. Mai 1700	498
Sein Auftrag für den Nachfolger Blecourt, 20. Mai 1700	499
Wirkung der Kunde des Theilungsvertrages auf das königliche Paar . . .	500
Gutachten des Staatsrathes, vom 6. Juni 1700, zu Gunsten eines Prinzen von Frankreich	501
Die Stellung des königlichen Paares dem Gutachten gegenüber	502

Die Befragung des Papstes Innocenz XII.

Carl II. beschließt den Rath des Papstes einzuholen	504
Das Handschreiben des Königs Carl II., vom 13. Juni 1700.	—
Audienz des spanischen Botschafters Uzeda bei dem Papste Innocenz XII. .	505
Audienz des Botschafters Lamberg, am 24. Juli 1700	507
Die von Innocenz XII. dem Könige Carl II. gegebene Antwort	509
Erörterung des Gutachtens der drei Cardinäle	510
Ludwig XIV. reizt das Cardinals-Collegium durch sein Verfahren wider Bouillon	511
Das Collegium tritt bei Innocenz XII. für Bouillon ein	512
Die französische Tradition über den Rath von Innocenz XII. ist späteren Ursprunges	513

Der Stand der Dinge in Wien, im Juli 1700.

Die Thätigkeit des Botschafters Moles in Wien	514
Der kaiserliche Hof nicht geneigt den Erzherzog nach Spanien zu senden .	515
Die Besorgnis der Gefahr für ihn begründet	516
Die Stellung des Kaisers zu dem Theilungsvertrage.	517
Die Differenz der Interessen der Mächte.	—
Doppelspiel der Häuser Carignan und Hohenzollern	518

Der Zustand der Ungewisheit, namentlich für Wilhelm III., im Sommer 1700.

Wilhelm III. dringt bei dem Kaiser auf den Beitritt zu dem Vertrage . .	519
Die Ansicht des Residenten Hoffmann in London	520
Der Verdruss in England über den Vertrag im Steigen	521
Wilhelm III. ersehnt seine Reise nach Holland, im Juli 1700	522
Die Erfolge Carls XII. gegen Dänemark	523
Der Friede von Travendal, 18. August 1700	524
Die Stellung Wilhelms III., Ludwigs XIV., des Kaisers Leopold, im Sommer 1700.	—

	Seite
Die Handschreiben des Kaisers an Veganez und Portocarrero	525
Die Haltung des königlichen Paares in Madrid.	526
Der spanische Staatsrath	—
Portocarrero und Blecourt, zu Anfang Juli 1700.	—

Die Haltung Ludwigs XIV.

Er verlangt das Entgegenkommen der Spanier	527
Die Erklärung des Blecourt an Portocarrero, 15. Juli 1700	528
Carl II. verlangt Gutachten von Bischöfen	529
Das eigentliche Motiv der Hineigung zu Frankreich	530
Portocarrero wünscht eine bindende Zusage Ludwigs XIV.	—
Versuche dieselbe zu erlangen	531
Ludwig XIV. weicht aus, und benimmt dabei nicht die Hoffnung, 23. August 1700	532
Der Kaiser hofft auf die Thätigkeit der Königin Maria Anna.	533
Er lehnt den Beitritt zu dem Theilungsvertrage ab, 18. August 1700	534
Urtheil Wilhelms III. über die Ablehnung	—
Die Differenz über Schonenberg durch die Königin erledigt	535
Ludwig XIV. ist erregt durch die verschiedenen Schritte zu Ungunsten seiner Plane	536
Er läßt durch Blecourt eine neue drohende Denkschrift einreichen	537
Ludwig XIV. fürchtet die Thätigkeit von Maria Anna.	—
Erneuter Versuch des Herzogs Medina Sidonia eine positive Erklärung Ludwigs XIV. zu erlangen.	538
Ludwig XIV. will die Maske des Theilungsvertrages sich nicht entwenden lassen.	539

Die Haltung Carls II.

Unterredungen Harrachs mit Carl II., mit Maria Anna, Portocarrero, Ubilla	539
Ferner mit Mansera, Del Fresno, Aguilar	542
Mit Estevan und Torres	543
Inhalt der französischen Denkschrift	544
Antworten von Mitgliedern des Staatsrathes auf die französische Denkschrift.	545
Carl II. spricht dem Staatsrathe sein Mißfallen aus über die Hineigung zu Frankreich, 10. September	546
Verhalten des Staatsrathes, namentlich Portocarreros	547
Harrach durch ihn getäuscht	548
Carl II. klammert sich an die Hoffnung der Herüberkunft des Erzherzogs	—
Auch die Seemächte protestiren gegen ein Einrücken kaiserlicher Truppen in Italien, 7. September	549
Die Antwort des Kaisers, 1. October 1700	—
Die Antwort Carls II., vom 23. September 1700	550
Erneute Krankheit Carls II., im September	—

Der Tod des Herzogs von Glocester, 27. Juli/6. August 1700.

	Seite
Der Stand der Successions-Frage in England, im Sommer 1700.	551
Der Gesundheitszustand des Königs Wilhelm, im Sommer 1700	552
Der Herzog von Glocester stirbt, 27. Juli/6. August 1700	553
Die Prinzessin Anna	—
Die Hoffnungen in St. Germain	554
Stammtafel	555
Die Tory-Partei lenkt ihre Blicke auf den Kurprinzen Georg August in Hannover	556
Wilhelm III. mit dem Herzog Georg Wilhelm in Loo	557
Aeusserungen der Kurfürstin Sophie auf die Todesnachricht	558
Die Gründe Wilhelms III. für die Feststellung der Succession auf das Haus Hannover	559
Er läßt durch Stepney an die Kurfürstin schreiben	561
Die Schwierigkeit der Sache für Stepney	—
Das Schreiben Stepneys vom 11./21. September 1700	—
Die Nennung des Namens von Leibniz in dem Schreiben	567
Die Ablehnung durch den jacobitischen Brief der Kurfürstin Sophie	—
Die Freude Jacobs II. darüber	569
Die Reise der beiden Kurfürstinnen in Holland	570
Wiederholte Begegnung mit Wilhelm III.	—
Der Kurprinz Friedrich Wilhelm von Brandenburg	571
Wilhelm III. nimmt den Prinzen mit auf die Nacht	—
Graf Dohna reclamirt den Prinzen	—
Jacob II. hat Besorgnis vor einem Fluchtversuche seines Sohnes	572

Die Besorgnisse um den Frieden Europas, im Herbst 1700.

Zunächst im Norden	573
Das Schreiben des Czaren Peter an August von Sachsen-Polen, 9. August 1700	—
Erklärung Mathueofs im Haag, October 1700	574
Der Beginn des großen nordischen Krieges.	575
Die Opponenten wider die neunte Kur in Nürnberg, am 9. August 1700.	—
Ludwig XIV. kommt ihrem Hülfsgesuche entgegen	576
Die Schwierigkeit dieser Sache für Wilhelm III.	577
Unterredung von Goes und Heinsius darüber.	—
Erneute holländische Bemühungen um den Beitritt des Kaisers zu dem Vertrage	578
Die Nachrichten aus Madrid über die Krankheit Carls II., im October	579
Die aufsteigende Besorgnis Wilhelms III. vor einem Vertragsbruche Ludwigs XIV., 11. October 1700	—
Ludwig XIV. kommt einer Aufforderung zuvor	580
Die Nachrichten aus Spanien bringen den Grafen Goes ins Schwanken	—
Das Andringen Ludwigs XIV. einen dritten Fürsten statt des Erzherzogs zu benennen	581
Die Befürchtungen des Rathspensionärs Heinsius	—

	Seite
Die Meldungen Blecourts über die Krankheit Carls II., Ende September 1700	582
Erneute Versicherungen des Cardinals Portocarrero	583
Tallard und Briord erklären im Haag, daß Ludwig XIV. sich für den Vertrag auf die Seemächte verlasse, 16. October	—
Erneutes Ansuchen der Generalstaaten bei dem Kaiser um den Beitritt . .	584
Der Theilungsvertrag im Haag betrachtet als das Heilmittel des Friedens	585
Die Bemerkung von Goes über diese Stimmung	—
Auch Wilhelm III. wendet sich nochmals an den Kaiser	—
Die moralische Entzweiung der Seemächte mit dem Kaiser ist Ludwig XIV. nicht gelungen	586
Die Aufforderung Ludwigs XIV. in Wien	586
Der Beitritt zu dem Vertrage abermals abgelehnt, 20. October	—
Das Testament Carls II.	
Harrach mahnt die Königin Maria Anna	587
Die weiteren Schritte Beider	—
Der Beichtvater Torres	589
Die Gerüchte über ein Testament	590
Portocarrero erwirkt das Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou, 3. October 1700	—
Die hauptsächliche Stelle desselben	592
Das Testament verfügt auch über die Reichslehen Mailand und Finale . .	593
Die Unterzeichnung	594
Harrach und Blecourt berichten über das Testament	—
Die Krankheit Carls II. dauert an	595
Die Haltung der verschiedenen Mächte auf die Kunde der Krankheit Carls II.	
Die Maßregeln Ludwigs XIV., 11. October	596
Weitere Aeußerung auf die Kunde des Testaments	597
Er dringt zugleich im Haag auf die Ausführung des Theilungsvertrages .	—
Wilhelm III. über den Vertrag zu dem kaiserlichen Gesandten Goes, 26. October	598
Stärker noch die Aeußerungen von Heinsius	599
Die Haltung des römischen Kaisers Leopold	—
Conferenz der Rätthe vom 25. October 1700	600
Das Gutachten erneuert dasjenige vom 20. October wider den Vertrag . .	601
Antwort des Kaisers an den König Wilhelm, vom 5. November	—
Die Antwort eröffnet für Wilhelm III. die Rückkehr	603
Letzte Krankheit und Tod Carls II.	
Der Zustand Carls II. vom 8. October an besser	603
Der Bericht Schonenbergs	—
Derjenige Blecourts	604
Der Beichtvater Torres	605
Das Codicill vom 21. October	—
Rückfall Carls II.	606

	Seite
Die Herrschaft der Partei Portocarreros	606
Tod Carls II., am 1. November 1700	607

Die Annahme des Testamentes in Versailles.

Der Staatsrath eröffnet das Testament und entsendet einen Courier nach Paris	607
Der Mangel an Instruction bei Blecourt erregt Zweifel in Portocarrero	608
Das Gesuch an Ludwig XIV. vom 3. und 7. November	—
Leichenbegängniß Carls II.	610
Die Meinung Wilhelms III. auf die Todesnachricht	—
Das Conseil von Fontainebleau, 9. und 10. November	—
Die Urtheile Middleton's, Mocenigos und Anderer über den Theilungsvertrag als Mittel zum Zwecke	611
Der Bericht Torcy's	612
Rückblick auf den Weg Ludwigs XIV. zu diesem Ziele	613
Die französische Tradition bei St. Simon und Torcy	618
Die Hoffnung auf die Vereinigung beider Kronen ein Motiv für die Annahme	619
Die Annahme des Testamentes, 10. November	620
Das Verhalten Briords im Haag erweckt Verdacht, 14. November	621
Die Antworten Ludwigs XIV. nach Spanien	622
Mittheilung an den Herzog Philipp von Anjou	—
Die Denkschrift für den englischen Gesandten Manchester, 12. November	623
Die feierliche Erklärung zu Versailles, 16. November	—

Das Verhalten Wilhelms III.

Sein erster Entschluß auf die Denkschrift vom 12. November	624
Die Tory-Partei gegen den Theilungsvertrag	625
Das Urtheil Wilhelms III. über die Sachlage, 16. November	—
Besonders über das Verhalten der Engländer	626
Der Vorsatz Wilhelms III. sie zu führen	627
Die Ansicht der Engländer nach den Worten Vernons	630
Wilhelm III. sucht Zeit zu gewinnen	—
Wilhelm III. hofft für die Republik auf Heinsius	—
In der Sache überhaupt auf den Kaiser	631
Die Stellung des Kaisers gegenüber seinen alten Bundesgenossen	—

Zweiundzwanzigstes Buch.

Die Zeit des ersten Theilungsvertrages über die spanische Monarchie.

Vom Spätherbste 1697 bis zum Spätherbste 1698.

Die Botschaft des Friedensschlusses von Ryswyck ward in England mit unendlichem Jubel vernommen. Der Gemeinderath von London ersuchte die Regenten den König zu bewegen, daß er dies Mal bei Tage in London einfahre, damit er die Triumphbögen wahrnehme, die man ihm errichten werde. Denn die Stadt werde ihn empfangen, wie einst Carl II. bei der Herstellung des Königthumes. So am 15. October 1697 ¹⁾. Einige Tage später fiel ein Dämpfer auf diese Freude. Man vernahm, daß der König mehrere englische National-Regimenter entlasse, dagegen seine holländischen Garden wieder mit nach England bringe. Die Nachricht erweckte Unmuth. Der König, hieß es, habe doch durch die Erfahrung die Treue der englischen Soldaten erprobt. Obwohl die beiden letzten Jahre hindurch gar oft der Sold gefehlt, sei niemals eine Meuterei vorgekommen. Deshalb bedürfe man nicht fremder Truppen: der König müsse sich auf die Engländer verlassen. Unparteiische entgegneten: die Zahl der holländischen Garden betrage etwa 3000 Mann. Der König habe sie erprobt durch lange Jahre. Es würde unbillig und hart sein, sie zu entlassen lediglich aus Nachgiebigkeit vor der unbegründeten Abneigung der Engländer wider alles Nicht-Einheimische ²⁾. Der Unmuth indessen nahm zu. Es mochte

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 15. October 1697.

²⁾ Desgleichen vom 19./29. October.

dazu die Kunde kommen, daß die englischen Friedens-Bevollmächtigten in Rhymwyd nicht im Vordergrunde gestanden, dann die andere, daß der König zum Botschafter nach Frankreich einen geborenen Holländer ersehen, seinen Freund, den Grafen Portland. Das Gerücht von großen Vorbereitungen für den Einzug des Königs verstummte. „Es wird, hieß es, eine sehr bescheidene Solennität abgeben“¹⁾.

So mochte es die Absicht sein. Allein Erwägungen solcher Art beherrschten nicht die Gefühle des englischen Volkes. Es sah sich erlöst von einem langen, schweren Kriege, den der König, obwohl nicht immer glücklich geführt, dennoch mit Ehren beendet hatte. Dem hoffenden Auge ging die Aussicht auf eine bessere Zukunft auf. Darum forderten die Gefühle des Dankes ihren Ausdruck, und namentlich für die Person des Königs. Er stieg aus Land bei Greenwich. Von dort bis zur Stadt, vier englische Meilen weit, war der Weg zu beiden Seiten eingefaßt mit einer unzähligen Menschenmenge, die jubelnd den König willkommen hieß. Nach seiner Weise traf er am Abende ein; aber er fand die Stadt London festlich beleuchtet. Der König fuhr sogleich durch nach Kensington²⁾.

In den nächsten Tagen stiegen ihm die Vorboten auf, daß er die Dinge in England nicht so finden würde, wie er während des Aufenthaltes auf dem Festlande noch nach dem Friedensschlusse sie sich gedacht.

Wir haben diese Ansichten des Königs vor der Ueberfahrt nach England kennen zu lernen, wenn auch nicht direct aus seinen eigenen Worten, doch aus denen seines Vertrauten, des Grafen Portland.

Daß der König diesen Mann zu seinem Botschafter nach Frankreich bestimmt, ward im Haag bereits im October 1697 kund, und zwar mit dem Zusatze: die Sendung bezwecke lediglich die Erfüllung einer völkerrechtlichen Höflichkeit. Der kaiserliche Gesandte Auersperg benutzte eine Aeußerung Portlands zu der Frage: wie es komme, daß der König ihn nach Frankreich entsende zu einer Zeit, wo doch zum Zwecke der Erhaltung der Armee die Anwesenheit von Portland in England ihm wünschenswerth sein müsse. Vielfach werde die Ansicht

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 29. October/8. November.

²⁾ Desgleichen vom 16./26. November.

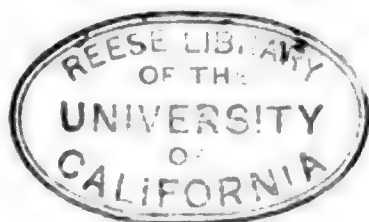
laut, daß mehr dahinter stecke, irgend etwas, was der König einem Engländer nicht anvertrauen dürfe¹⁾

„Ich will, erwiederte Portland, über die Sache ganz offen mit Ihnen reden. Der König ist der Ansicht, daß er keinen Anderen habe, der für diese erste Botschaft tauglich. Er hat es sehr bitter empfunden, wie Frankreich ihn behandelt, indem es sich von den Präliminarien des Friedens nachher zurück gezogen. Er hat daraus zu erkennen geglaubt, daß Frankreich darauf ausgehe, ihm Veringschäkung zu beweisen. Meine Aufgabe daher ist, durch ernstes und nachdrückliches Zureden weiteren Schikanen zuvorzukommen. Der König hat sich nicht verhehlt, daß bei seinen Bundesgenossen diese Sendung schwere Bedenken hervorrufen werde. Allein die Zeit wird ergeben, daß ein Verdacht wider ihn nicht begründet, daß seine Absicht nur das Gemeinwohl bezweckt. — Was mich betrifft, so habe ich dem unbedingten Befehle Sr. Majestät mich nicht entziehen können. Dies um so weniger, da ich Ihnen im tiefsten Vertrauen nicht verhehlen will, daß ich mit Boufflers mich geeinigt über die Entfernung des Königs Jacob aus Frankreich, oder wenigstens aus Paris, und demnach auf die Ausführung dieser Zusage dringen will.“

Auersperg hielt die Frage entgegen, ob diese Entfernung dem Interesse des Königs Wilhelm entspreche. Nach seiner Ansicht werde in diesem Falle die englische Nation geringeren Eifer für ihre Vertheidigung zeigen, und weniger bereit sein die Armee aufrecht zu erhalten. „Denn, fuhr Auersperg fort, die Gesinnung der Engländer in diesem Puncte ist ja bekannt, und auch Sie werden wissen, daß bei den alten Parlaments-Männern die Willigkeit der Soldaten dem Könige fortzudienen, obwohl sie nicht bezahlt wurden, nicht Beifall gefunden, sondern Mißtrauen erregt hat. Man hat diese Willigkeit als in England beispiellos bezeichnet. Ich besorge daher, daß das Parlament sich die Entfernung des Königs Jacob aus Frankreich zu nütze machen würde, um die Entlassung der Armee zu beschließen.“

Portland erwiederte: „So lange der König Jacob in der Nähe, wird seine Partei allezeit an der Hoffnung der Herstellung fest halten

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 22. October 1697. Auch für das Folgende.



und darum geeinigt bleiben. Die Auflösung dieser Partei wird bedingt durch die Entfernung des Königs Jacob. Im Uebrigen sind es doch nur wenige Personen, welche irgend ein Mißtrauen in den König Wilhelm setzen, als sei es seine Absicht die Freiheit der Engländer zu beschränken. Und ich kann mir nicht denken, daß man von daher einen Vorwand nehmen würde, die Entlassung der Armee zu verlangen. Nach meiner Ansicht wird man nur eine Reduction der Cavallerie verlangen, die Infanterie bestehen lassen. Die Engländer erkennen allzu wohl die Gefahr der Uebermacht Frankreichs und werden, eben so wie der König, sich davor zu hüten wissen".

Portland wies weiter hin auf die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens der Verbündeten. Aus dieser Einigkeit, sagte er, würde für England die Ermuthigung entspringen, sich um so eher wieder in einen Krieg einzulassen, wenn Frankreich, wie er nicht bezweifele, ein neues Spiel bald beginnen würde. Er wolle es in Paris hinreichend zu verstehen geben. Zwar vernehme er, daß man dort gedente, ihn zu überladen mit Höflichkeiten. Allein das werde ihn nicht irre machen.

Bei der Willfährigkeit Portlands zum Reden stellte der Gesandte weitere Fragen. „Ich habe nicht fassen können, sagte er, aus welchem Grunde der König sowohl im Schazamte wie in der Admiralität offenbare Jacobiten beibehalten, und dadurch nicht wenige wohlgesinnte Personen zurück geschucht, weil sie gesehen, daß Se. Majestät — damit ich es ganz offen ausspreche — übel bedient sein wollte.“ — Portland erwiederte: „Glauben Sie mir, daß der König alles sehr wohl erkannt und gewußt hat. Allein er hat es in der Kriegeszeit nicht ändern können. Von jetzt an werden die Dinge anders gehen, und namentlich wird der König sich angelegen sein lassen, die Admiralität in einen guten Stand zu bringen“. Portland machte dann mehrere Persönlichkeiten namhaft. „Da Sie Namen nennen, fiel Auersperg ein, so muß ich doch auch Einen hervorheben. Wie ist es möglich, daß der König den Lord Sunderland wieder ins Ministerium gebracht hat? — Er mußte doch wissen, wie verhaßt dieser Mann bei der ganzen Nation ist. Ja ich fürchte, daß im Unterhause einmal sich ein Sturm wider ihn erheben könnte, zum großen Verdrusse des Königs.“ — „Der Grund, entgegnete Portland, ist die Noth des Bedürfnisses. Sehen Sie sich in England um: einen fähigeren Staatsmann als Sunderland

finden Sie nicht. Ich könnte noch andere Gründe anführen; aber dieser eine ist durchschlagend: der König hatte keine Wahl. Auch hat Sunderland sich mit allen seinen Gegnern ausgesöhnt. Sein Heil kann er finden nur im treuen Dienste für den König, und darum darf dieser auf ihn zählen."

Es ist mit Grund anzunehmen, daß die Ansichten, welche Portland in dieser Unterredung kund gab, denjenigen des Königs durchaus entsprachen. Es war am 22. October, einige Wochen vor der Ueberfahrt nach England.

Der Wunsch wie die Hoffnung auf die Erhaltung der Armee mochte dann bei dem Könige verstärkt werden durch die Nachrichten, daß Frankreich nicht, wie üblich, nach dem Friedensschlusse abrüstete. Er hebt dem Rathspensionär gegenüber hervor, daß, bei der sonstigen Sparsamkeit der Franzosen, gerade dies ihn mit tiefem Mißtrauen erfülle ¹⁾. Es geschah von französischer Seite sogar noch mehr. Es fanden sich unter den entlassenen deutschen Soldaten französische Werber ein. Ludwig XIV. hatte bereits sechs deutsche Regimenter in Dienst. Er erhöhte nicht diese Zahl; aber er brachte durch die Werbungen jedes Regiment auf vier Bataillone, so daß er vierundzwanzig deutsche Bataillone besaß ²⁾.

Mit welchem Jubel auch das englische Volk den König empfing, seine Ankunft beschwichtigte bei den Parlaments-Mitgliedern nicht die Mißstimmung über die Entlassung englischer Regimenter, die Beibehaltung der holländischen Garden ³⁾. Diese bestanden aus drei Regimentern, je Infanterie, Cavallerie, Dragoner. Die ersten beiden trafen in England ein. Gegenüber der sichtlichen Mißstimmung beließ der König die Dragoner in Holland. Darum jedoch legte sich nicht der Verdruß. Denn er betraf nicht bloß diesen den Holländern gegebenen Vorzug: vielmehr war er nur der Anlaß, an welchem eine principielle Frage zur allgemeinen Erörterung kam: die Abneigung gegen ein stehendes Heer überhaupt.

Diese Abneigung, welche so sehr den Wünschen des Königs entgegen stand, wurde ihm nicht von Anfang an völlig klar. Um für

¹⁾ Grimblot t. I, p. 138. Vom 23. November/3. December.

²⁾ Auerpergs Bericht vom 14. November.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 3. December.

seine Vorlagen für das Parlament Zeit zu gewinnen, vertagte er den Zusammentritt auf den 3./13. December. Inzwischen suchte er zu beobachten. „Im allgemeinen, sagt er am 19./29. November, ist die Geneigtheit, im Frieden eine Armee zu erhalten, klar erkennbar; aber die Hauptfrage betrifft die Zahl der Truppen. Einige sind für 30,000 Mann, Andere für 20,000. Bestimmtes läßt sich noch nicht sagen“¹⁾. Je mehr indessen Mitglieder des Unterhauses vom Lande her eintrafen, desto offener gab sich kund, daß die Stimmung für die Erhaltung einer stehenden Armee weniger günstig wurde. „Ich bemerke, meldet der König an Heinsius, den 26. November/6. December, daß die Erhaltung der Armee auf stärkere Hindernisse im Parlamente stoßen wird, als ich erwartet hatte“²⁾.

Die Frage der Armee ward beiderseitig in Rede und Druck aller Orten besprochen. Eine dieser Flugschriften zog die besondere Aufmerksamkeit auf sich. Sie führte den Titel: „Ein überzeugender Beweis, daß eine stehende Armee unvereinbar ist mit einer freien Regierung und durchaus zerstörend für die Constitution der englischen Monarchie“. Die Haltung der Schrift war wissenschaftlich-historisch. Sie suchte an den Republiken Griechenlands, an Rom, an den Königreichen Frankreich, Schweden, Dänemark, den Beweis zu erbringen, daß eine ständige Armee die allgemeine Freiheit gefährde, den Untergang derselben nach sich ziehe. Sie redete von dem Könige Wilhelm III. mit dem größten Respecte, und bahnte dadurch sich den Weg zu scharfen Angriffen wider die Minister³⁾.

Ein Verfasser nannte sich nicht. Der Drucker ward gerichtlich vernommen. Allein er stellte die in solchen Fällen übliche Erwiderung entgegen, daß ihm das Manuscript ohne Namen ins Haus geliefert sei. Bei der Haltung der Schrift bot sich zu einer weiteren Verfolgung kein Anlaß. Sie ward jedoch allgemein aufgefaßt wie eine Kundgebung von bedeutender Tragweite. Hoffmann fügt seinem

¹⁾ Grimblot t. I, p. 137.

²⁾ A. a. O. p. 139.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. December. Der englische Titel: Argument, showing that a standing army is inconsistent with a free government, and absolutely destructive to the constitution of the English monarchy. Der damals unbekannte Verfasser hieß Moxle.

Berichte die Worte hinzu: „Die Schrift ist der Vorbote dessen, was des Königs im Parlamente harret“ ¹⁾).

Der König erkannte die Sachlage. Am selben Tage schrieb er an Heinsius: „Zu meinem großen Bedauern muß ich Ihnen sagen, daß ich die Schwierigkeit, die Mitglieder des Parlamentes bereitwillig zu stimmen für die Erhaltung einer guten Truppenmacht, täglich größer finde. Sie haben dort keine Vorstellung von der Weise, in welcher die Leute hier reden“ ²⁾).

Demnach hatte der König in seiner Thronrede zunächst und hauptsächlich Bedacht zu nehmen auf diese seinen Wünschen und Ansichten zuwider laufende Strömung.

Am 3./13. December trat das Parlament zusammen. Der König erschien im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden und redete wie folgt.

„Mylords und Herren. Der Krieg, den ich auf den Rath meines Volkes unternommen, ist durch Gottes Segen und den eifrigen und ergebenen Beistand meiner Unterthanen, zu dem Ende geführt, welches uns Allen als das wünschenswerthe vorschwebte, nämlich einem ehrenvollen Frieden. Ich habe denselben willfährig geschlossen, nicht so sehr um mich selbst zu befreien von diesen Mühen und Wagnissen, als um das Königreich zu entlasten von der fortdauernden Bürde eines kostspieligen Krieges.“

„Es bekümmert mich tief, daß meine Unterthanen nicht gleich im Beginne von dem Friedensschlusse her diejenige Erleichterung genießen werden, welche ich ihnen wünschen möchte und sie erwarten werden. Aber die Bewilligungen für den letzten Feldzug haben weitaus nicht dem Bedürfnisse entsprochen, so daß erhebliche Rückstände zu decken übrig bleiben.“

„Sowohl für die Flotte als für das Landheer ist je eine Schuld aufgenommen. Die Einkünfte der Krone sind, mit meiner Zustimmung, im voraus für öffentliche Zwecke verbraucht, so daß ich nicht im Stande bin die Beamten zu bezahlen, die auf die Civilliste angewiesen sind.

¹⁾ Bericht vom 10. December.

²⁾ Grimblot t. I, p. 140.

Ich setze in Euch das Vertrauen, daß Ihr dies nicht mir zum Nachtheile wenden, sondern für meine Lebenszeit mich in einer solchen Weise ausstatten wollt, wie es meiner Ehre und derjenigen meiner Regierung entspricht."

"Unsere Seemacht ist seit dem Beginne meiner Regierung auf etwa das Doppelte gestiegen, demnach auch die Bedürfnisse für ihre Erhaltung, und es ist für die Ehre und das Interesse Englands sicherlich nothwendig, immer eine starke Seemacht zu haben."

"Bei der Lage der auswärtigen Angelegenheiten halte ich mich verpflichtet, Euch meine Ansicht dahin auszusprechen, daß England ohne eine Landmacht nicht sicher sein kann. Und ich hoffe, wir werden den uns Uebelwollenden nicht die Gelegenheit geben, unter dem Namen des Friedens dasjenige wider uns durchzusetzen, was sie durch den Krieg zu bewirken nicht vermocht haben."

"Ich zweifle nicht, daß Ihr, Herren vom Unterhause, diese besonderen Umstände in reifliche Erwägung ziehen werdet, in der Art, daß Ihr die erforderlichen Mittel bewilligt. Und dies empfehle ich Euch sehr angelegentlich."

"Mylords und Herren. Was mich, wie ich bereitwilligst anerkenne, ganz besonders erfreut, ist die Wahrnehmung aller derjenigen Beweise der Anhänglichkeit des Volkes, die ein Fürst sich wünschen kann. Und ich ergreife diese Gelegenheit, die feierlichste Versicherung zu geben, daß, wie ich niemals ein Sonder-Interesse gehabt habe, getrennt von demjenigen des Volkes, so werde ich weder, noch kann ich es in Zukunft haben."

"Ich sehe es als einen der größten Vortheile des Friedens an, daß ich jetzt Muße haben werde, die Mißbräuche oder Mängel abzustellen, die während des Krieges in irgend einen Zweig der Verwaltung sich eingeschlichen haben mögen, demnach auch der Unehrlichkeit und dem Leichtsinne abzuhelpen. Ich werde trachten den Handel zu befördern, so wie das Glück und den blühenden Zustand dieses Königreiches höher zu bringen."

"Ich schließe mit dem Versprechen, daß, eben so wie ich mit Wagnissen jeglicher Art Euere Religion, Euere Gesetze, Euere Freiheit errettet habe aus der äußersten Gefahr, ich eben so auch den Ruhm

meiner Regierung darein setze, sie ferner unverfehrt zu bewahren und als solche sie der Nachwelt zu überliefern" ¹⁾).

Der Eindruck der Rede war nicht ein durchweg günstiger. Der Graf Auersperg, noch im Haag zurückgeblieben, meldet darüber: „Die Rede erscheint mir wie geheimnisvoll und unterwürfig. Man muß abwarten, ob das Parlament nachgiebig sein wird. Denn augenscheinlich verlangt der König alles, was sein Vorgänger gehabt, und worüber damals die Nation sich so sehr beklagt. Ich begreife nicht, welchen Rath man dem Könige gegeben haben mag, und befürchte schlimme Folgen" ²⁾).

Es dürfte doch sehr fraglich sein, ob der König für diese Thronrede überhaupt einen Rath eingeholt. Aus den Reden von Portland zu Auersperg zu Ende October haben wir vernommen, daß damals dem Könige der Gedanke an die Entlassung der Truppen noch völlig fern lag. Seine Beobachtungen und Wahrnehmungen in England selbst hatten ihm dann gezeigt, auf welchen Widerstand er stoßen werde. Er suchte denselben zu brechen, indem er durch die Thronrede im voraus die Einwände der Gegner zu entkräften trachtete. Dem zu Anfange seiner Regierung ausgesprochenen Grundsatz gemäß wollte er selber seine Thronreden abfassen. Vielleicht in keinem anderen Falle tritt es aus inneren Gründen so klar hervor, daß Wilhelm III. dies Princip befolgt hat, wie in diesem. Denn jeder Gedanke, jedes Wort dieser Rede ist individuell gehalten, reflectirt den König persönlich in der damaligen Lage der Dinge.

Beide Häuser beschloßen zunächst, ein jedes für sich, ihre Adressen. Der König nahm die Nachricht wohl auf; doch war er gefaßt auf sehr freimüthige Worte ³⁾. Solche indessen traten darin nicht hervor. Vielmehr war der durchhallende Ton beider Adressen derjenige des Dankes. „Ew. Majestät, sagt diejenige des Unterhauses, haben die Ehre Englands hergestellt, nämlich die Wage Europas in Händen zu halten, und dies gewährt Ihren Unterthanen hohe Befriedigung." Mehr noch preist dann die Adresse die Erhaltung seiner königlichen Person in

¹⁾ Commons Debates t. III, p. 74.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 20. December.

³⁾ Grimblot t. I, p. 141. Vom 3./13. December.

allen den zahlreichen und großen Gefahren. Aehnlich die Adresse des Oberhauses. Irgend ein Miston ist in diesen Adressen nicht wahrnehmbar. So am 9./19. December ¹⁾).

Der Wunsch und Plan des Königs hatte sich damals fixirt auf die Erhaltung von 32,000 Mann in England, ohne die Truppen in Irland und Schottland ²⁾).

Inzwischen bereiteten sich andere Dinge vor.

Am 10./20. December constituirte sich das Unterhaus als Comité. Es war der Antrag eingebracht, daß alle seit dem 29. September 1680 errichteten Truppenkörper auszulohnen und zu entlassen seien. Der Strom der Reden gegen eine stehende Armee rann so allgemein, so unwiderstehlich einher, daß die Vertreter der Wünsche des Königs sich an diesem Tage nicht getrauten das Wort zu ergreifen ³⁾).

Der Beschluß am nächsten Tage war demgemäß vor auszusehen. Dennoch wurde am Abende ein Versuch gemacht, die Sache gütlich zu vereinbaren. Es wurden dem Könige so viele Mittel in Aussicht gestellt, daß er immerhin noch eine beträchtliche Macht würde aufrecht halten können. Das Parlament werde darenin conniviren. Der König verweigerte sich darauf einzulassen. Er wolle handeln nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Parlamentes. Die unparteiischen Beobachter gaben dem Könige darin Recht. Denn nach ihrer Ansicht würde man früher oder später ihm denselben Vorwurf gemacht haben, wie einst dem Könige Jacob II. Dennoch dürfte nicht anzunehmen sein, daß dieser Versuch hervorging aus einer bösen Absicht. Denn an demselben nahmen einige Persönlichkeiten Antheil, deren Treue für den König Wilhelm unzweifelhaft, die jedoch in dieser Frage der Bewilligung eines stehenden Heeres wider ihn standen ⁴⁾).

Am nächsten Tage handelte es sich um den eigentlichen Beschluß. Als die hauptsächlichsten Gründe wurden geltend gemacht: der Unterhalt eines stehenden Heeres sei wider die Grundgesetze des Königreiches. Wer darenin willige, durchbreche selber die Gesetze, die zu schützen seine Pflicht. Auch sei das nie geschehen. Man habe kein Mißtrauen in

¹⁾ Commons Debates t. III, p. 75. — Lords Debates t. II, p. 1.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 20. December.

³⁾ Desgleichen vom 21. December.

⁴⁾ Desgleichen.

den König, als ob er sich der Armee zur Unterdrückung der Freiheit bedienen werde. Aber man sei nicht in gleicher Weise sicher auch bei seinen Nachfolgern ¹⁾).

Die Frage über Leben und Sterben des Königs mag als allzu delicat im Unterhause nicht weiter zur Erörterung gekommen sein. Aber sie wirkte erheblich mit. Ein Mitglied des Parlamentes, damals im Haag, gab auf die Vorstellungen des kaiserlichen Gesandten die Antwort: „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge hat die englische Nation sich sehr zu hüten, daß nicht bei dem etwa plötzlich erfolgenden Tode des Königs eine starke Truppenmacht beisammen ist. Denn es könnte geschehen, daß irgend Jemand sich zum Herrn dieser Truppen machte, und mit dieser Macht über die Thronfolge nach seinem Belieben verfügte“ ²⁾).

Wir erkennen, daß die Erinnerung an die Zeiten Cromwells und Monks damals noch nicht verblaßt war, daß andererseits bei der nicht festen Gesundheit des erblosen Königs der Gedanke an die Unsicherheit der Zukunft sich den Engländern oft schwerwiegend aufdrängte.

Indessen auch seine eigene Persönlichkeit ward in dieser wichtigen Erörterung nicht unbedingt geschont. Man habe sich billig in Acht zu nehmen, rief einer der Redner, den Unterhalt einer Armee in Friedenszeit einem Könige zu bewilligen, welchem als vornehmster Rath ein Minister zur Seite stehe, der unter den zwei vorhergehenden Regierungen gegolten als der Fahmenträger des Absolutismus. Der Name Sunderland ward nicht genannt. Es bedurfte dessen nicht. Ein vielstimmiges Hear zollte dem Redner Beifall ³⁾).

Die Gegner des Antrages hoben hervor: immerhin sei es richtig, daß man noch niemals im Frieden eine Armee aufrecht erhalten; aber man müsse sich richten nach den Erfordernissen der Zeit, in welcher man lebe. Niemals früher sei Frankreich so mächtig gewesen. Niemals habe es eine Flotte besessen, so stark, daß diese allein es mit der englischen aufnehmen könne. Nie vorher sei ein Prätendent da gewesen wie der König Jacob, der mit 15,000 oder 16,000 Irländern, die

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. December.

²⁾ Bericht des Freiherrn von Seilern, vom 31. December.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. December.

er bei sich habe, stets im Anschlage liege zur Invasion in England, und dabei hoffen dürfe auf Anhänger daheim. Auch sei der Friedensstand in Europa noch keineswegs so sicher, daß nicht unversehens die Kriegerflamme wieder ausbrechen könne. Eine stehende Armee von etwa 20,000 Mann würde nicht ausreichen, die Freiheit Englands zu gefährden. Gegen etwaige Unordnung und Zügellosigkeit der Soldaten genüge die Anspannung der Disciplin.

Diese Gründe blieben machtlos gegen die überwältigende Strömung. In so weit die Mehrheit sich jenen Erwägungen nicht entziehen konnte, meinte sie ähnlich wie früher in der Zeit Jacobs II., daß sich viel erreichen lasse durch eine Reform der Land-Miliz. Zu diesem Zwecke ward ein Comité niedergesetzt. Jener Antrag dagegen für die Auflösung des Heeres erhielt die Mehrheit von 35 Stimmen. Demnach sollte für Wilhelm III. nur ein Bestand von Truppen bleiben wie in der letzten Zeit Carls II. Er selbst schlug diese Zahl an auf 8000 Mann¹⁾.

Unverkennbar tritt hauptsächlich von diesem Puncte der Nicht-Bewilligung einer ausreichenden Armee eine Entfremdung zwischen dem Könige und den Engländern ein. „Es ist unglaublich, meldet er an Heinsius, welche irrthümliche Begriffe hier in den Köpfen die Oberhand haben, und wie meine Feinde gegen mich wählen“²⁾.

Der erste dieser beiden Gedanken kehrt von da an bei dem Könige unablässig wieder. Der zweite neben dem ersten dürfte dennoch zu stark ausgedrückt sein. Denn andere Nicht-Engländer hatten einen solchen Gang der Dinge vorausgesehen, und zwar nicht wegen eines bösen Willens. Ein solcher trat auch ferner nicht als bewegende Ursache hervor. Einige Tage später meldet der Graf Auersperg: nach seinen Erkundigungen werde der König die Mittel erhalten für 12,000 bis 14,000 Mann in England, 12,000 in Irland, 6000 in Schottland, unter dem Titel: für die Sicherheit des Staates. Allein man werde ihm nur National-Truppen gewähren. Diese seien, nach der in dem Kriege, namentlich während der letzten zwei Jahre gemachten Erfahrung, zuverlässig genug. Das Kränkende für den König bestehe

¹⁾ Grimblot t. I, p. 142.

²⁾ A. a. O. p. 143. Bom 17./27. December.

in der Nothigung, die Holländer zu entlassen, die ihm von Jugend auf gedient ¹⁾).

Auch kargte das Unterhaus nicht für den König persönlich. Es bewilligte ihm am 20./30. December 1697 700,000 £ jährlich für Lebenszeit. Mit inbegriffen waren darin die 50,000 £ für die Königin Marie Beatrice, so wie die Kosten für den Hofstaat des heranwachsenden Herzogs von Glocester. Der Betrag war höher als derjenige für die früheren Könige, weil es diesen damals oblag, von der im allgemeinen bewilligten Summe auch den Unterhalt der Flotte und der allerdings geringen Truppenmacht zu bestreiten. Das Unterhaus erklärte sich bereit, dafür besonders zu bewilligen. Dem Könige war dies viel lieber, weil dadurch auch der Schein einer Connivenz des Unterhauses mit einem durch die Mittel des Königs errichteten Heere vermieden wurde ²⁾. Er selbst äußert sich über diese Bewilligung zu Heinsius mit den Worten: „Die Dinge sind gestern und heute in Betreff meiner Einkünfte wohl abgelaufen“ ³⁾.

Allein die hauptsächliche Differenz blieb, obwohl die Beschlüsse des Unterhauses noch nicht endgültig gefaßt waren. Die Whig-Partei, von welcher als der Mehrheit im Unterhause diese Beschlüsse ausgingen, verfolgte dabei noch andere Zwecke. Sie selbst hatte früher eingewilligt, daß Sunderland, ungeachtet des allgemeinen Hasses wider ihn, vom Könige ins Cabinet gezogen wurde. Es war dann ähnlich ergangen, wie unter dem Könige Jacob. Sunderland, den Anderen an Erfahrung und Gewandtheit überlegen, hatte alles an sich gezogen, und denjenigen selbst, welche für ihn aufgetreten waren, die Sache verleidet, so namentlich dem Herzoge von Shrewsbury. Sunderlands Name war in den letzten Reden wider ein stehendes Heer im Unterhause niemals ausdrücklich genannt, und doch war er das hauptsächliche Ziel alles Bornes. Er suchte auszuweichen. Er bat am 24. December/3. Januar um seine Entlassung. Der König gewährte sie. Aber man glaubte nicht an die Aufrichtigkeit dieses Schrittes. „Er wird bleiben wie zuvor, hieß es, als Rath hinter der

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 27. December.

²⁾ Desgleichen vom 31. December.

³⁾ Grimblot t. I, p. 143.

Tapete" ¹⁾). Die Whig-Partei verlangte dagegen die Aufnahme einer bestimmten, scharf ausgeprägten Persönlichkeit in das Cabinet. Es war der Lord Wharton. Raum für ihn war vorhanden. Denn der eine der zwei Staats-Secretäre, die sich über die Last ihrer Geschäfte nicht zu beschweren hatten, Trumball, hatte seine Entlassung gesucht und erhalten; der andere, Shrewsbury, wünschte sie zu bekommen. Da er andauernd kränklich war, oder vielleicht auch nur vorgab es zu sein, so wurden beide Stellen versehen von dem alten, fleißigen, geschäftserfahrenen Vernon, der, obwohl Whig, als solcher nicht scharf hervortrat. Allein der König, überhaupt stets abgeneigt seine Minister zu ernennen gemäß den Wünschen oder gar den Forderungen der Parteien, war es in diesem Falle um so mehr, weil Whartons übergreifender Charakter nicht leicht sich in die beschränkte Thätigkeit fügen würde, welche die auswärtige Politik des Königs den Staats-Secretären anwies. Wilhelm III. verfolgte einen anderen Plan. Um die Fühlung mit der Whig-Partei zu behalten, wünschte er, daß der Herzog von Shrewsbury, an der Stelle Sunderlands, den weißen Stab des Oberstkämmerers annehme. Er ließ in diesem Sinne auf ihn einwirken. Hervorragende Persönlichkeiten der Whig-Partei, wie der Lord-Kanzler Somers, betheiligten sich an diesem Bestreben. Der letztere kam zu dem Ausspruche: „Es ist für den König geradezu unmöglich, mit unserer Partei sich noch in Beziehung zu erhalten, wenn nicht Ihre Gesundheit Ihnen verstattet, uns zu Hülfe zu kommen“. Die Antworten Shrewsburys aus seinem einsamen Schlosse Eyford drehen sich um den Einwand, daß seine Gesundheit weder den Geschäften, noch dem Vergnügen gewachsen, der Pflege in der Stille bedürfe ²⁾).

Die Differenz zwischen dem Könige und dem Unterhause über die Entlassung der Land-Armee hob sich nicht. Wilhelm III. forderte und erhielt das Gutachten der Admirale, daß die Flotte allein nicht ausreiche, das Land gegen eine etwaige Invasion zu schützen ³⁾. Das Gutachten schlug nicht durch. Das Unterhaus bewilligte, am 11./21. Januar 1698, zum Unterhalte der Truppen für das laufende

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 3. Januar 1698. — Somers an Shrewsbury, 6./16. Januar, in der Shrewsbury Correspondence p. 523.

²⁾ A. a. O. p. 531.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. Januar.

Jahr die Summe von 350,000 £. „Mit diesem Betrage, meldet Wilhelm III. an Heinsius, vermag ich kaum 10,000 Mann zu erhalten. Dennoch habe ich für diese Session auf ein Mehr keine Aussicht. Sie können daher leicht ermessen, wie sehr das mich kränkt und in welche Verlegenheit es mich setzt, namentlich in Betreff der Lage der Dinge nach außen. Sie haben keine Vorstellung von der Gleichgültigkeit, mit welcher alle auswärtigen Angelegenheiten hier nun behandelt werden. Die Gedanken der Menschen hier haben als Angelpunct lediglich ihre Einbildungen von Freiheit, während sie doch anerkennen müssen, daß sie nie so frei gewesen sind wie heute, und von mir nichts zu besorgen haben. Ich sehe in allem diesem nur eine Züchtigung vom Himmel, welche rechtshaffene Menschen verblendet, und den Bösen gestattet ihre Absichten auszuführen“ ¹⁾.

So der König. Nach der Meinung Anderer reichte jedoch der Betrag hin für 14,000 Mann ²⁾. Dazu kam einige Tage später der Beschluß, den zu entlassenden Offizieren Halbsold zu reichen. Die Zahl derselben betrug etwa 1500. Wilhelm III. selber erkannte dies als das geeignete Mittel an, im Falle der Noth dennoch eine Armee bald wieder zusammen zu bringen. Dagegen konnte er sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß das Unterhaus sich weigern würde, den Unterhalt seiner holländischen Garden zu bewilligen ³⁾. Das Regiment Cavallerie derselben trug den Namen Portland. „Dieser Name allein, meldet Hoffmann, macht diese Garden hier so verhaßt, daß auch das Leib-Regiment zu Fuß, obwohl es sich bei jeder Gelegenheit ausgezeichnet, darunter wird leiden müssen“ ⁴⁾.

Der König glaubte wahrzunehmen, daß diese ablehnende Haltung des Unterhauses ihm gegenüber sofort Einfluß übe auf Frankreich. „Ich verwundere mich nicht, sagt er, daß die Franzosen wieder ihrer Lieblings-Gewohnheit nachgehen, bei der Ausführung jedes Friedenspunctes Zank zu erregen und neue Ansprüche zu erheben. Sie wissen ja nur allzu wohl, wie es hier steht“ ⁵⁾.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 148. Rom 11./21. Januar 1698.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 21. Januar.

³⁾ Grimblot t. I, p. 149 und 150. An Portland und Heinsius.

⁴⁾ Hoffmanns Bericht vom 24. Januar.

⁵⁾ Grimblot t. I, p. 147. Der König an Heinsius, 11./21. Januar 1698.

Eben darum betrieb Wilhelm III. die Abreise seines Botschafters, des Grafen Portland, nach Paris. Denn nach den eigenen Worten des letzteren zu Auersperg war es ja der wesentliche Zweck seiner Mission, auf die Erfüllung des Friedens zu dringen. Das politische Vertrauen Wilhelms III. in Portland war voll und unbedingt: die einstige persönliche Freundschaft mit ihm war gelockert. Wir haben bereits mehrmals berührt, daß ein jüngerer Mann, Joost Arnold van Keppel, aus einer alten Familie in Geldern, sich die Gunst des Königs in auffallendem Maße gewann. Er wuchs darin hinaus über den Grafen Portland. Bereits im Februar 1697 ernannte der König den ersteren zum Grafen Albemarle. Er verlieh zugleich dem Grafen Portland, damit der Vorzug desselben sichtbar bleibe, den Hosenband-Orden. Dennoch konnte Portland sich kein Hehl daraus machen, daß die Persönlichkeit Albemarles dem Könige mehr zusagte. Die Erzählung Burnets, daß Portland kalt und trocken war, Albemarle dagegen sich auszeichnete durch ein höchst gewinnendes Wesen, dürfen wir auf sich beruhen lassen; denn die Franzosen, wie St. Simon aus eigener Anschauung berichtet, fühlten sich besonders angezogen durch die Leichtigkeit und Gefälligkeit, welche Portland im Verkehre mit Würde und nach Umständen auch mit Stolz zu verbinden wußte¹⁾. Die Anziehungskraft welche der eine Mensch auf den anderen übt, ist ja individueller Art, nicht im allgemeinen zu messen, noch zu wägen. Dem Könige Wilhelm blieb die Verstimmung des Freundes seiner Jugend nicht verborgen. Er betheuerte ihm mündlich und schriftlich, daß seine Gefinnungen sich nicht geändert. „Ich versichere Ihnen, sagt er, daß Ihre Abreise mich tiefer ergriffen hat, als Sie denken können. Wenn Sie bei unserem Scheiden den gleichen Schmerz empfunden wie ich, so würde mir das eine Befriedigung sein, und ich dürfte dann hoffen, daß Sie keinen Zweifel mehr setzen würden in den feierlichen Eid, mit welchem ich mich Ihnen verbunden. Dies ist das wahrste Wort, das ich je in meinem Leben gesprochen, und lediglich der Tod kann meine Gefühle enden“²⁾.

Portland war dennoch nicht der erste Gesandte, den Wilhelm III. nach dem Friedensschlusse an den Hof von Versailles schickte. Vorher

¹⁾ Mémoires t. I, p. 331.

²⁾ Grimblot t. I, p. 145. Vom 10./20. Januar.

schon hatte er den Herzog von St. Albans entsendet, einen der Söhne Karls II., um dem Könige von Frankreich seinen Glückwunsch auszusprechen zur Verlobung des Herzogs von Bourgogne mit der Prinzessin Marie Adelaide von Savoyen. Dies jedoch war die einzige Verrichtung von St. Albans, und die Ankunft Portlands war die Ankündigung seiner Rückkehr.

Am 10./20. Januar 1698 brach der Graf Portland von Whitehall auf, ausgestattet, wie auch sogar in damaligen Zeiten selten ein Botschafter, mit einem Gefolge von zahlreichen Cavalieren. Er landete in Calais am Abende des 13./23. Von französischer Seite ward ihm alle denkbare Höflichkeit entgegen getragen. Die Commandanten der Städte, die er berührte, empfingen ihn vor dem Thore, die Besatzung stand unter Gewehr, die Geschütze auf den Wällen verkündeten seinen Einzug und Auszug. Am 21./31. Januar traf er in Paris ein, wo der Palast des Prinzen d'Auvergne für ihn bereitet war. Die erste Audienz bei Ludwig XIV. in Versailles fand statt am 25. Januar/4. Februar. Wilhelm III. ließ durch Portland dem Könige von Frankreich versichern, daß er nichts sehnlicher wünsche als in Frieden und Freundschaft mit ihm zu leben, und daß er hoffe, der König von Frankreich werde dieses Bestreben in jeglicher Weise erleichtern. Ludwig XIV. erwiederte in gleicher Weise entgegen kommend¹⁾.

Es ist hervorzuheben, daß diese Correspondenz des Königs Wilhelm III. mit seinem Botschafter Portland zu Anfang lediglich das Eigenthum der zwei Personen war. Erst im Laufe derselben theilte der König sie dem Lord-Kanzler mit. Die Nicht-Betheiligung von Engländern bei den Angelegenheiten der auswärtigen Politik war überhaupt dieselbe wie früher, oder vielleicht noch weiter ausgedehnt. Der König entsendete allerdings auch Engländer als Diplomaten, aber dann mit einer besonderen Weisung. So damals George Stepney nach Berlin. „Er hat von mir den Befehl, meldet der König dem Rathspensionär Heinsius, sich leiten zu lassen durch Ihre Instructionen“²⁾.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 156.

²⁾ A. a. O. p. 153. Bom 1./11. Februar.

Portland machte bald eine Wahrnehmung, die ihn sehr erregte. Er erblickte in Versailles den Herzog von Berwick, den die Proclamationen vom Februar und März 1696 als Mitschuldigen an dem Mordplane nannten. „In der Nähe solcher Personen, rief er aus, siedet mir das Blut in den Adern, und ich hoffe, man hat hier nicht die Absicht mich gewöhnen zu wollen an den Anblick von Mördern meines Königs.“ Die Worte wurden vernommen. Der Marschall Boufflers benutzte die nächste Gelegenheit, um begütigend zu reden. Portland indessen ging weiter. Er sprach sein Erstaunen aus über die dauernde Anwesenheit des Königs Jacob in Frankreich, über diejenige von Schurken, die dem Könige von England nach dem Leben getrachtet. Dies stimme nicht mit der Uebereinkunft von Brufom, auch nicht mit der in der Audienz vom Könige von Frankreich ihm kund gegebenen Gesinnung. Boufflers erwiederte: Portland könne nicht behaupten, daß er, Boufflers, das Wort des Königs eingelegt, den König Jacob hinaus zu weisen. Portland als rechtschaffener Mann und ihm freundlich gesinnt, werde ihn nicht nöthigen wollen so etwas einzugestehen. Portland entgegnete: er habe dies Versprechen damals nicht erwirken können, weil Boufflers nicht ermächtigt gewesen es zu geben. Er wiederholte dann die damalige Unterredung. Das Interesse seines Königs, sagte er, liege ihm mehr am Herzen als dasjenige aller seiner Freunde zusammen. Darum müsse er in diesem Falle reden. Er sei bereit, dem Könige von Frankreich alles zu wiederholen, in Gegenwart von Boufflers selbst. Dieser suchte dennoch abzulenken. Portland hob hervor, daß er Rom als Aufenthalt für Jacob vorgeschlagen, daß Boufflers dann den Namen Avignon genannt ¹⁾).

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. nach den ersten Unterredungen bei Brufom im Sommer zuvor den Marschall Boufflers angewiesen, über die Angelegenheit der Entfernung Jacobs II., wenn nicht Portland sie wieder anrege, seinerseits zu schweigen, im anderen Falle abzuschlagen. Portland war nicht darauf zurückgekommen. Ludwig XIV. und Boufflers mochten dadurch damals die Forderung

¹⁾ Grimblot t. I, p. 164. Bericht Portlands an Wilhelm III. vom 16. Februar.

als in ihrem Sinne erledigt angesehen haben. Allein anders faßte Portland die Dinge auf. Er erinnerte den Marschall Boufflers nun in Versailles an seine damals gesprochenen Worte, daß ohne das Eingehen auf diese Forderung der Friede nicht Bestand haben könne. Demnach erschien in seinen Augen das spätere Schweigen auf diese Worte wie eine Zustimmung. Die Ueberlegenheit dieser Position von Portland gegenüber dem Marschalle Boufflers in Versailles ist unverkennbar.

Eben dasselbe legt sich dar in dem weiteren Verfahren von französischer Seite. Nach Boufflers kam der Marschall Villeroi, um die Sache abermals zu erörtern, und zwar in den höflichsten und mildesten Formen. Der Beweggrund seines Königs zu Gunsten Jacobs II., sagte er, sei das Mitleid. Dies müsse auch den König Wilhelm bewegen. Wenn dem Könige von Frankreich bewiesen werde, daß es Personen dort gebe, des Mordplanes verdächtig: so werde er sie nicht dulden. Verwicks Anwesenheit in England im Februar 1696 habe den Invasions-Plan bezweckt; der Ritter Barkley und seine Gefährten seien entlassen.

Portland dagegen wollte von seiner günstigen Position und seiner Forderung nicht weichen. Der König Wilhelm, erwiederte er, habe aus sich selber bei jeder Gelegenheit sein Mitleid bewiesen über Erwarten, namentlich in diesem Falle, indem er dem Könige Jacob eine so reichliche Summe bewilligt, ohne eine Verpflichtung dafür aufzulegen, und nach der Erfahrung von so vielen Versuchen wider sein Leben.

Diese Worte von Portland wiegen schwer. Ihnen gemäß hielt Wilhelm III. seinen Oheim und Schwiegervater Jacob II. für schuldig an den wiederholten Mordplanen wider ihn. Wir haben an den Thatfachen erkannt, sowohl 1692 wie 1696, daß dies sehr zu beschränken ist. Jacob II. war schuldig der Mitwissenschaft der ohne ihn fertigen Mordplane, nicht der Urheberchaft. Dagegen sprach der Schein, namentlich im Frühling 1696, für den Verdacht, welchen mit dem Könige Wilhelm III. diesen Worten gemäß auch Portland theilt. Und danach ist, wie dieser es verlangt, auch das Handeln Wilhelms III. zu würdigen.

Portland fuhr fort in seiner Rede. Er sei erstaunt, sagte er, über die Ausdrücke, deren Villeroi sich bediene, als wenn nur ein

Verdacht wegen eines Mordplanes obwalte. Denn die Sache liege ja klar am Tage durch die Bekenntnisse derer, die darauf gestorben, so wie durch die Aussagen der Zeugen. Er führte Einzelheiten an. Dessen ungeachtet müsse er nun erleben, daß dabei betheiligte Frevler hier geduldet und im Dienste behalten würden. Dies sei in der ganzen Welt unerhört. Er zweifelte nicht im geringsten an dem Worte, welches im allgemeinen der König von Frankreich ihm gegeben. Wenn dieser nicht so genau unterrichtet sei, wie zu wünschen, so hege er, Portland, die Ueberzeugung, daß, so bald er die Ehre haben könne mit dem Könige von Frankreich zu reden, dieser die Mörder zur verdienten Bestrafung ausliefern werde ¹⁾.

Mit dieser Antwort begab sich Villeroy nach Versailles. Portland harrte einige Tage. Als kein weiterer Bescheid erfolgte, ließ er um eine Audienz bei dem Könige ansuchen. Er gab zu diesem Zwecke in Betreff der beiden Punkte eine kurze Denkschrift ein. Die Audienz fand statt am 7./17. Februar.

Portland redete wie vorher zu Boufflers und Villeroy. Ludwig XIV. erwiederte: er fasse nicht, weshalb Portland von ihm verlange, den König Jacob zur Entfernung zu nöthigen. König Jacob sei sein naher Verwandter, dessen Unglück ihn tief schmerzlich berühre. Er habe diesen seinen Verwandten so lange unterstützt, daß er in Ehren ihn nun nicht fortsenden dürfe. Er fügte hinzu: eben dasselbe habe der Marschall Boufflers in den Conferenzen von Brufom ausgesprochen, und darauf habe Portland seine Forderung fallen lassen. Man habe sich zu begnügen mit seinem Ehrenworte, daß er den König Jacob nicht unterstützen, sondern aufrichtig den Frieden halten wolle.

Portland erwiederte: er finde ein Mitleid in Betreff der Entfernung des Königs Jacob nicht begründet, da ja der König Wilhelm für ihn oder die Königin an einem anderen Orte 50,000 £. jährlich zusage. Wenn nach diesem Versprechen der König Jacob die Wahl eines anderen Aufenthaltes noch weigere: so geschehe dies in der Hoffnung, das Geld verwenden zu können zur Erregung von Unruhen, oder zu einem noch schlimmeren Plane. Der König von England erwarte diesen Abzug Jacobs II. wie eine vereinbarte Sache. Denn

¹⁾ Portlands Bericht vom 16. Februar, bei Grimblot t. I, p. 167.

der einzige Grund, weshalb er, Portland, nicht darauf bestanden, die Bedingung dieses Abzuges als eine Clausel dem Friedens-Acte einzuverleiben, sei ja die Rücksicht auf die Allerchristlichste Majestät, nämlich die Scheu, in irgend einer Beziehung ihn unangenehm zu berühren. Dagegen habe er, Graf Portland, mit Bestimmtheit erklärt, daß, wenn nicht der König Jacob einen anderen Aufenthalt suche, der Friede nicht dauernd sein werde.

Portland führte dann dem Könige die Einzelheiten der Unterredung mit Boufflers vor und betonte, daß dieser die Stadt Avignon genannt habe.

Allen Reden Portlands gegenüber beharrte Ludwig XIV. bei der Erwiderung: er werde durchaus niemals einen Schritt thun, den König Jacob zu nöthigen sich zu entfernen.

Portland bat dann um eine Antwort in Betreff des anderen Punctes, der die Theilnehmer des Mordplanes von 1696 betraf. Ludwig XIV. erwiederte: er wisse nichts von diesen Personen, auch nicht, ob Jemand von ihnen sich dort befinde, sei überhaupt dieser ganzen Angelegenheit unfundig. Portland entgegnete: „Ich glaube sehr gern, daß Ew. Majestät nichts von Leuten dieser Art wissen, wenigstens nicht in so weit es den Charakter derselben als Mörder betrifft. Wenn Sie dagegen über die Personen und die Thatfachen genaue Kunde verlangen: so bitte ich mir nur die Form anzugeben, in welcher es geschehen soll. Ich verpflichte mich Sie zufrieden zu stellen, bevor irgend ein Schritt gegen diese Individuen gethan wird“. „Ich nannte ihm, fährt Portland fort, die verschiedenen Personen auf Grund der Proclamation.“ Der König erwiederte: die Reise Berwicks nach England könne nur die Invasion zum Zwecke gehabt haben. Sir George Barkley mit seinen Gefährten sei entlassen, dessen Aufenthalt sogar ihm unbekannt. Aehnlich äußerte er sich über die Andern, welche Portland nannte ¹⁾.

Es ist hier eine merkwürdige Verschiedenheit der beiderseitigen Berichte. Nach demjenigen Portlands hat Ludwig XIV. sehr wohl

¹⁾ Grimblot t. I, p. 171. — Hippeau t. I, p. 14: Qu'à l'égard de ceux qu'il prétend avoir eu part à la dernière conspiration d'Angleterre, j'ignore ce qu'est devenu un particulier qu'il m'a nommé, qui était, à ce qu'il me dit, dans les gardes du roi d'Angleterre.

gewußt, wer Sir George Barkley war. Nach dem eigenen Berichte des Königs an Harcourt ist Barkley ihm völlig unbekannt, sogar der Name.

Dem Botschafter scheint es, seinem Berichte nach, nicht in den Sinn gekommen zu sein zu denken, daß der König, dem er sich hier zur Auskunft über den Mordplan erbot, über die eigentliche Anlage desselben und das Wesen der Sache eine ungleich genauere Kunde besaß, als Portland selbst. Denn angenommen auch, Ludwig XIV. sei frei von jeder Mitwissenschaft vor der Rückkehr des Herzogs von Berwick aus England, am 29. Februar 1696, so waren doch dann die Mittheilungen desselben über den Mordplan Barkleys so eingehend und einleuchtend gewesen, daß Ludwig XIV. darauf hin an dem Plane der Landung festhielt.

Portland schließt seinen Bericht mit der Bemerkung, daß der Ton Ludwigs XIV. in dieser zweiten Audienz ungleich kühler gewesen sei als in der ersten. Er bat um Instruction für sein ferneres Verhalten.

Das Auftreten Portlands blieb dennoch nicht wirkungslos. Der Staats-Secretär des Königs Jacob, Lord Middleton, befand sich am selben Tage in Versailles. Ludwig XIV. ließ ihn ersuchen, an den Tagen einer Audienz für Portland sich nicht dort einzufinden¹⁾. Es ging das Gerücht: der König Jacob habe bei Ludwig XIV. angefragt, ob Portland seine Entfernung verlange. Ludwig XIV. habe erwiedert, daß diese Forderung nicht erhoben sei. Allein einige Tage später ward beobachtet, daß der König Jacob mit dem päpstlichen Nuntius eine Unterhaltung über die Lage der Stadt Avignon anspann. Die Unbetheiligten faßten die Sache auf, als sei dem Könige Jacob ein vorläufiger Fingerzeig gegeben²⁾.

Es kam also darauf an, auf welcher Seite man festhalten würde.

Wilhelm III. hatte nicht mit Befriedigung vernommen, daß Portland gerade mit dieser Angelegenheit begonnen. Er sah die Antwort

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 204.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 15./25. Februar: Palmquist (in Paris) ver-
meine, daß dem Könige Jacob wohl eine Präliminar-Insinuation mag gemacht
worden sein.

Ludwigs XIV. an als eine positive Weigerung. So sprach er sich zu Heinsius aus, so zu Portland selbst ¹⁾).

Der König meldet dem letzteren zuerst, daß er die Berichte dem Cabinet habe vorlegen wollen, daß jedoch der Lord-Kanzler Somers, der einzige Minister, der ihm verblieben, es abgerathen habe. Dann erörtert der König die Sache. „Ich bin, sagt er, über die Antwort, die Sie in Betreff des Königs Jacob erhalten, nicht minder überrascht als Sie. Nach den Aeußerungen der Marschälle Boufflers und Villeroi durften Sie jedoch keine andere erwarten. Auch werden Sie eingedenk sein, daß ich Ihnen vor Ihrer Abreise, mit Bezug auf den Stand der Dinge hier, wiederholt meine Ansicht ausgesprochen: man werde diese Forderung dort nicht bewilligen. Es wäre zu wünschen, Sie hätten einen solchen Abschlag lieber am Schlusse Ihrer Mission erfahren als zum Beginne; denn dieser Vorgang erschwert weitere Unterhandlungen, namentlich in Betreff des wichtigsten Punctes, der Frage der Succession in Spanien. Nach meinem Dafürhalten können Sie fortan nur so verfahren, daß Sie die Sache des Königs Jacob überhaupt nicht wieder anregen, auch nicht direct davon reden, sondern nur je nach Gelegenheit, und daß Sie, wenn man dort das Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice zur Sprache bringt, erwidern: Ihr Auftrag laute sich nicht eher auf eine Erörterung darüber einzulassen, als bis zuvor der künftige Aufenthalt des königlichen Paares festgestellt sei.“ In Betreff des Mordplanes von 1696 verspricht der König Wilhelm einen genauen Bericht, und fügt hinzu: „Meines Erachtens liegt ein Beweis der Betheiligung Berwicks nicht vor: jedoch ist die Mitwissenschaft höchst wahrscheinlich“. Wir erinnern uns, daß diese Worte dem Thatbestande entsprechen. Dann fährt der König fort: „Obwohl Sie mit dem Stande der Dinge hier hinlänglich bekannt sind, wird es Sie doch einigermaßen überraschen zu erfahren, daß die Weigerung des Königs dort, den König Jacob aus seinem Lande verziehen zu lassen, auf die Gemüther hier nicht den leisesten Eindruck machen wird. Denn zur Zeit scheint nichts danach angethan sie aufzurütteln zu können. Ja sie sind in solchem Maße verblendet, daß sie keine Gefahr wahrnehmen, es sei denn, daß eine Invasion wirklich eintritt“.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 177 et suiv.

Der König meldet weiter, daß er einige Truppen bereits entlassen, daß er darin fortfahren werde. Er ist noch ungewis über das Schicksal seiner holländischen Gardes, will noch die Hoffnung sie zu behalten nicht aufgeben. Er hat wenige Offiziere von Bedeutung entlassen, und würde die Zahl noch verringert haben, wenn er die Antwort an Portland eher gewußt. Dennoch hält er für sicher, daß man in St. Germain keine anderen Entschlüsse fassen werde als solche, die in Versailles angenehm, und dort werde man sich sehr irren, wenn man meine, zutreffende Folgerungen ziehen zu können aus dem jeweiligen Stande der Dinge in England, wo alles so raschem Wechsel unterworfen sei, einem Wechsel, der nur an Ort und Stelle selbst verstanden werden könne.

„Ungeachtet dessen was Ihnen widerfahren, schließt der König Wilhelm, wünsche ich doch, so schwer es Ihnen bei Ihrem Charakter auch fallen möge, daß Sie in der Höflichkeit dort ausharren. Zur Zeit entspricht es weder meinem Interesse, noch meiner Neigung, beleidigt zu sein. Trachten Sie nur, daß dasjenige, was allzu offen hervortritt, zurückgedrängt werde. Ich sehne mich sehr Sie wieder bei mir zu sehen; denn meine Neigung zu Ihnen bleibt immer dieselbe“ ¹⁾.

Das Schreiben ist merkwürdig in mehr als einer Beziehung. Es enthüllt uns, daß dennoch das wichtigste Object der Sendung Portlands von Anfang an war die Angelegenheit der spanischen Succession, daß Wilhelm III. diesen wichtigsten Zweck zu gefährden glaubte durch das Beharren auf dem Wege, den Portland allerdings nicht nach Wahl und Ueberlegung eingeschlagen, sondern nach der Zufälligkeit der Begegnung. Deshalb hauptsächlich weicht Wilhelm III. in der Sache des Königs Jacob zurück.

Die anderen Gründe für dies Weichen nimmt der König Wilhelm von dem Mangel der Unterstützung in England.

In dieser Beziehung jedoch haben wir auch andere Stimmen zu vernehmen. Gemäß den Berichten des kaiserlichen Gesandten Hoffmann fiel es auf, und zwar im Unterhause selbst, daß der König auf den letzten Beschluß, vom 11./21. Januar, der nach seiner eigenen

¹⁾ Grimblot t. I, p. 181. Vom 13./23. Februar.

Ansicht ihm die Beibehaltung von nur 10,000 Mann verstattete, keine weiteren Schritte gethan und sich verhalten hatte, als ginge ihn die Sache nicht weiter an ¹⁾. Eine Verwunderung dieser Art hatte einen Sinn nur unter der Voraussetzung, daß, im Falle einer weiteren nachdrücklichen Forderung, die Willfährigkeit sich gefunden haben würde.

Es scheint ferner, daß der König Wilhelm den Mangel an Empfindlichkeit bei den Engländern über das Verhalten von Ludwig XIV. gegenüber dem Botschafter Portland allzu stark betont. Er führt dieselben Gedanken aus vor dem Rathspensionär Heinsius. Eben damals erwiesen sich die Stände von Holland bereit zu einer Ausgabe zu Gunsten des Kurfürsten von Köln, um diesen wankelmüthigen jungen Herrn sich geneigt zu erhalten. Der König beklagt, daß er Aehnliches nicht vermöge, daß er zu solchen Zwecken auch nicht über einen Pfennig verfüge. Dann fährt er fort: „Es wäre zu wünschen, daß das Beispiel der Stände von Holland hier Nachahmung fände. Allein die Menschen hier sind jetzt in so thörichter Weise mit sich selber erfüllt, daß sie den Vorgängen in anderen Ländern auch nicht die geringste Aufmerksamkeit zollen. Nach ihrer Art zu reden sollte man meinen, entweder daß auf der ganzen Erdoberfläche nur diese Insel existire, oder daß sie mit der übrigen Welt in keiner Berührung stehe“ ²⁾.

Genau genommen, meldet der König in dem einen Falle wie dem anderen weniger eine Thatsache als eine Meinung. Denn auch die Berichte Portlands über die Vorgänge in Versailles waren ja, wenigstens im Einzelnen, Niemandem bekannt geworden als dem Könige selbst und dem Lord-Kanzler Somers. Auch gebraucht der König selbst die Worte: „Der Abschlag wird auf die Engländer nicht den leisesten Eindruck machen“. Aber war dies mit Grund vorauszu sehen? Eben vorher hatte das Parlament in Betreff der Jacobiten sehr harte Beschlüsse gefaßt. Diese erklärten jegliche Correspondenz mit dem Könige Jacob für Hochverrath. Sie verwiesen alle diejenigen, welche nach der Umwälzung von 1688 in Jacobs Diensten

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 7. Februar: Man kann sich, und zwar von Seiten des Unterhauses selbst, nicht genugsam über des Königs Stillschweigen verwundern.

²⁾ Grimblot t. I, p. 184. Vom 15./25. Februar.

gestanden, binnen einer bestimmten Frist aus dem Königreiche, bei derselben Strafe des Hochverrathes ¹⁾. Demnach war die Stimmung der Mehrheit sehr feindselig wider Jacob II. Als jene Antwort Ludwigs XIV. auf die Forderung von Portland in England bekannter wurde, traten mehrere Mitglieder des Parlamentes zu dem Grafen Auersperg, mit der Versicherung, daß diese abermalige Chicane von Frankreich ausschlagen werde zu Gunsten des Königs Wilhelm, daß sie das Parlament und die Nation anfeuern werde zu einer Kundgebung für ihn ²⁾. Eine solche Kundgebung erfolgte allerdings nicht; aber es fehlte auch der Anlaß, nämlich eine beglaubigte Mittheilung des Vorgefallenen.

Unverkennbar sind also die damaligen Aeußerungen des Königs Wilhelm zu Portland über die Engländer etwas düster gefärbt. Diese trübe Stimmung war einerseits die Folge der herben Enttäuschung, die in Betreff der Armee ihm widerfahren war. Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß der König gerade in jenen Tagen sich schlecht befand. Er wollte es verbergen. Er ging auf die Jagd wie immer. Aber die Gesandten berichteten heim, daß er, wider seine Gewohnheit, im Cercle sich setzte. Er selbst meldete seinen Zustand mit wenigen Worten an Portland: „Ich war appetitlos und sehr niedergeschlagen“. Einige Tage später schreibt er an Portland: „Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich niemals in meinem Leben so trübe gestimmt gewesen bin wie zur Zeit“ ³⁾.

Welche Motive indessen auch immer stärker oder schwächer eingewirkt haben mögen: die Thatfache des Nachgebens oder doch des Nicht-Beharrens gegenüber der Weigerung Ludwigs XIV. war da. Demgemäß ist es eine müßige Frage erwägen zu wollen, ob im Falle eines nachhaltigen Andringens von Portland auf die Entfernung Jacobs II. von St. Germain der König Ludwig XIV. Stand gehalten hätte. Der Sieg war sein.

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 579.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 1./11. März.

³⁾ Grimblot t. I, p. 183 und 219. An der letzteren Stelle, vom 2./12. März, heißt es: I cannot conceal from you that I have never been more vexed and melancholy in all my life than I am now.

Allein hatte darum das unglückliche Königspaar von St. Germain sich dies als einen Vortheil anzurechnen? — Wilhelm III. band die Erfüllung seiner Zusage eines Jahrgeldes an die Bedingung eines anderen Aufenthaltes, weil nur unter dieser Voraussetzung die Zusage gegeben sei. Indem Ludwig XIV. diese Bedingung weigerte, ließ er das Druckmittel fahren. Der Nachtheil traf das königliche Paar von St. Germain. Es büßte die Aussicht ein auf ein königliches Jahrgeld, durch dessen Annahme es in den Stand gesetzt wäre, selber unabhängig zu leben und zugleich noch Andere zu unterstützen, welche um ihrer Treue willen litten. Man dürfte nicht sagen, daß Jacob II. und Marie Beatrice für ihre Abhängigkeit von Versailles bereits unempfindlich waren. Der Biograph, der aus ihrem Sinne redete, sagt darüber: „Demnach hatte das königliche Paar das schmerzliche Gefühl, völlig von dem Wohlwollen eines anderen Fürsten zu leben, in aller Beziehung in derselben Abhängigkeit, als hätte es die klösterlichen Gelübde der Armuth und des Gehorsams abgelegt“ ¹⁾.

Fassen wir nach diesen beiden Seiten hin die Dinge ins Auge.

Jacob II. selber beklagte damals seine Lage. „Die Beschlüsse des Parlamentes von England wider meine Anhänger, schrieb er an den Abt von La Trappe, sind für mich schmerzlicher als alles Andere. Was ich selber erlitten, ist nichts im Vergleiche mit dem, was meine früheren Missethaten mit Recht verdient haben mögen; allein daß ich meine loyalen Unterthanen so leiden sehen muß, und zwar wegen ihrer Treue für mich, das zu ertragen erfordert mehr als eine gewöhnliche Gnade. Gleich schlimm sind die Nachrichten aus Irland. Denn der Prinz von Dranien hat, ungeachtet aller seiner schönen Versprechen gegenüber seinen Bundesgenossen, noch während des Friedens-Congresses in Rhymyck, ein neues Gesetz zum Zwecke der Ausrottung des Papstthumes dort sanctionirt. Dies Gesetz, welches unter anderem die Austreibung aller religiösen Orden verfügt, ist von Ruwigny — d. h. dem Grafen Galway — dort in Vollzug gesetzt, so daß die Unglücklichen haufenweise nach Frankreich herüber flüchten, in wenigen Monaten vierhundert an der Zahl. Dies legt mir eine neue Bürde auf, und ich erlebe den Kummer, nachdem ich unter sie vertheilt, was ich selber

¹⁾ The life of James, vol. II, p. 579.

für meinen Unterhalt nothwendig bedarf, dennoch ansehen zu müssen, daß viele von ihnen aus Mangel vor meinen Augen zu Grunde gehen“¹⁾).

Wir werden zu erfahren haben, daß die Katholiken in Irland nicht völlig schutzlos gelassen wurden.

Nicht minder wichtig ist die andere Seite der Sache, die Fortdauer der Abhängigkeit des Hauses Stuart von Ludwig XIV.

Zudem Jacob II., gemäß dem Willen Ludwigs XIV., sich weigerte St. Germain zu verlassen, büßte er nicht bloß die Aussicht auf ein königliches Einkommen ein, sondern zugleich auch die einzige Gelegenheit, die sich ihm bot und bieten konnte, die Unabhängigkeit des Willens von dem Könige von Frankreich wieder zu gewinnen. Der Friedensschluß von Ryswyck, durch welchen Ludwig XIV. den König Wilhelm III. anerkannte, hatte offen dargethan, daß eine Solidarität der Interessen für die beiden Höfe von Versailles und St. Germain nicht bestand. Wenn immer Jacob II. in seinem Sinne vermeinte, bis dahin Verpflichtungen für Ludwig XIV. zu haben: so hatte dieser Friedensschluß sie gelöst. Zu der inneren Lösung trat zugleich die Möglichkeit der äußeren, durch die Annahme eines Jahrgeldes, an welchem keine andere Bedingung haftete als diejenige der Wahl eines anderen Aufenthaltes, also gerade die Bedingung, welche dem Könige Jacob auch äußerlich die volle Freiheit wieder gab. Noch dazu war der Titel, unter welchem das Jahrgeld in Aussicht stand, der von Seiten Jacobs II. selber vorgeschlagene, nämlich derjenige des Witthumes der Königin. Dieser Titel ließ das Recht des Sohnes von Jacob, des Prinzen von Wales, völlig unberührt. Vielleicht sogar dürfte man sagen, daß durch die Bewilligung zu Gunsten der Mutter das Parlament mittelbar auch mit dem Sohne wieder anknüpfte, daß dieser dadurch auch für die Zukunft angewiesen ward auf England. Immerhin mochte dies nicht die Intention Wilhelms III. dabei sein; aber es lag in der Consequenz der Thatfachen.

Wir haben früher, von Rom aus, in Anlaß der Erörterungen über die Wahl dieser Stadt als Aufenthalt für Jacob II. und seine Familie, die Ansicht vernommen, daß nach dem Könige Wilhelm III. ohne allen Zweifel der Prinz von Wales auf den Thron seiner Väter

¹⁾ Schreiben des Königs Jacob vom 15. März.

zurückkehren würde. Diese Ansicht schloß indessen der Natur der Sache nach eine Bedingung in sich: diejenige der Lösung des Hauses Stuart von Ludwig XIV. Eben so lagen die Dinge im Jahre 1698 und ferner. Wenn die Rückkehr eines Königs aus dem Hause Stuart nach England möglich war: so war sie es jedenfalls nicht von Frankreich aus, weil sie in diesem Falle gleichbedeutend erschien mit der Knechtschaft von England unter Frankreich. Darum war jedes andere Land zum Aufenthalte für das Haus Stuart besser geeignet als Frankreich. Wilhelm III. selbst hatte durch die Bewilligung des Jahrgeldes den Weg nach einem anderen Lande eröffnet. Das Königspaar von St. Germain hatte nur diesen Weg zu betreten, um sich selber einen ehrenhaften Unterhalt und dadurch die Unabhängigkeit des Willens zu sichern, und namentlich dem Prinzen von Wales die Bahn zur Wiedererlangung der Krone nicht zu versperren.

Das Königspaar Stuart betrat nicht diesen Weg. Es konnte nicht lassen von dem Gedanken, daß Jacob II. selber die Krone wieder erringen müsse. Darum hielten sie fest an dem Wahne, daß die stärkste Seite ihrer Sache bestand in derjenigen, welche in der Wirklichkeit die schwächste war, dem Schutze Ludwigs XIV. Darum klammerten sie sich mit zäher Hartnäckigkeit an das Trugbild einer Hoffnung für den Vater, welche die besser begründete für den Sohn nicht bloß verdeckte, sondern hinweg nahm. Sie waren bereit durch den ferneren Aufenthalt in St. Germain, demgemäß durch den Verzicht auf das Jahrgeld, den eigenen Willen und die Zukunft ihres Hauses abermals abhängig zu machen von ihrem vermeintlichen Beschützer, Ludwig XIV. Dieser König schlug die Forderung Wilhelms III. ab, und behielt somit in dieser Beziehung über ihn den Sieg. Den Nachtheil aber trug das unglückliche, verblendete Königshaus in St. Germain. Wir haben früher das Urtheil der ihm Wohlgesinnten vernommen, daß dem Könige Jacob II. das Misgeschick anhafte, unter den Entschlüssen nach rechts oder nach links immer die ihm ungünstige Wahl zu treffen. Das Verbleiben in St. Germain nach dem Frieden von Ryswyck steht in dieser Beziehung ähnlich wie die Flucht im December 1688.

Denn dies Verbleiben hatte von Seiten Jacobs II. einen Sinn nur unter der Voraussetzung, daß früher oder später dennoch wieder sich eine Gelegenheit bieten würde, bei welcher er auf die Waffen

Ludwigs XIV. zu rechnen habe. Dieser König hielt der Forderung Portlands entgegen sein Mitleid mit Jacob II., die Verwandtschaft, seine Ehre, die verletzt werde durch das Nachgeben in einer Angelegenheit, die schon vorher in Aller Munde gewesen sei. Diesen letzten Einwand ließ er durch seine Minister Pomponne und Torcy ganz besonders hervorheben. Wilhelm III. sprach zu Portland sein Erstaunen aus über die Mattigkeit dieser Entgegnungen, namentlich über die letzte. „Man wußte ja dort vorher, sagt er, was Sie verlangen würden. Und dennoch redet man, als ob Dinge solcher Art ein Geheimniß sein, und als ob die Menschen nicht dasjenige errathen könnten, was einem Jeden in die Augen springt“ ¹⁾. In der That findet ja auch das Verhalten Ludwigs XIV. eine genügende Erklärung nur in der Voraussetzung, ähnlich wie bei Jacob II., daß auch er die Absicht hatte, je nach Zeit und Gelegenheit seinen Schützling wieder gegen Wilhelm III. oder England zu verwenden. Eben dieser selbe Gedanke liegt in den Worten Portlands an die französischen Minister. Der Weisung des Königs Wilhelm gemäß ließ er die beiden Forderungen in Betreff des Königs Jacob und der Theilnehmer an dem Mordplane von 1696 als solche fallen; aber er begann eben dies Einlenken mit denselben Worten wie früher: „Es ist die Meinung des Königs von England, daß, wenn nicht diese beiden Punkte zur Wichtigkeit gebracht werden, der Friede nicht bestehen kann“ ²⁾.

Portland war nicht der Ansicht des Königs Wilhelm, daß er durch das Erheben dieser beiden Forderungen zu Anfang sich den Weg für seine anderen Aufgaben erschwert habe. Er erwartete vielmehr, daß, wenn nicht die entschiedene Absicht des Bruches obwalte, man nun in allen anderen Punkten sich um so willfähriger zeigen werde. Diese Absicht des Bruches aber war nach seiner Meinung nicht vorhanden ³⁾.

Die Worte Portlands entsprachen in Betreff Ludwigs XIV. der Wahrheit. Beide Könige, Wilhelm III. und Ludwig XIV., hatten jeder von seinem Standpuncte aus die Absicht, die Gedanken des Anderen über die Angelegenheit der spanischen Succession zu erforschen.

¹⁾ Grimblot t. I. p. 196.

²⁾ Grimblot t. I, p. 186. Vom 19. Februar/1. März.

³⁾ A. a. O. p. 203.

Daß für Wilhelm III. bei der Sendung von Portland dies der hauptsächlichste Zweck war, haben wir aus seinen eigenen Worten vernommen. Eben dasselbe liegt von Seiten Ludwigs XIV. vor in der Instruction für seinen Botschafter Tallard, und zwar so, daß auch die eigentliche Aufgabe Portlands darin vermuthet wurde. Ludwig XIV. ging dabei aus von den Versicherungen, welche Portland im Jahre zuvor am Schlusse der ersten Conferenz mit Boufflers gegeben, daß der König Wilhelm III. im völligen Einverständnisse mit Ludwig XIV. zu leben wünsche, um gemeinsam den Frieden Europas aufrecht zu halten. „Der gewichtigste Fall aber, heißt es in der Instruction für Tallard, von dessen Eintritt mit Grund eine Störung des Friedens besorgt werden kann, ist derjenige des Todes des Königs von Spanien. Demnach leuchtet ein, daß der König von England, indem er denselben Mann, der damals jene Worte gesprochen, als ersten Botschafter nach Frankreich entsendet, ihn ausgerüstet haben muß mit den Vorschlägen, die er für das Eintreten jenes Falles als zweckmäßig erachtet. Dies ist um so mehr wahrscheinlich, da Wilhelm III. mit dieser wichtigen Mission nicht einen Engländer betraut, sondern diesen Holländer, dessen Anhänglichkeit an ihn sich das Leben hindurch bewährt, und auf den er daher sich fest verlassen kann“ ¹⁾).

Wir sehen, daß Ludwig XIV. die Gedanken Wilhelms III. richtig erräth. „Allein bisher, fährt dann die Instruction vom 20. Februar/2. März fort, hat Portland dieser wohlbegründeten Vermuthung nicht entsprochen, hat er nicht die geringste Andeutung gemacht, daß er die Vollmacht habe, die Angelegenheit der spanischen Succession zur Erörterung zu bringen.“ Demgemäß erhält Tallard den Auftrag, zu versuchen, ob er in London die Gedanken des Königs von England über diese Sache hervorlocken kann.

Das Verhältnis ist also dies, daß für uns von beiden Seiten dieselbe Absicht zu Tage liegt, diejenige der Verhandlung über die spanische Succession, so jedoch daß jeder der beiden Könige das erste Wort darüber von dem anderen erwartet.

Unterdessen gestalteten sich für Portland, nachdem er von jenen ersten beiden Forderungen abgelaßen, die Dinge in Paris und

¹⁾ Grimblot t. I, p. 268.

Versailles äußerlich günstiger. Am 27. Februar/9. März hielt er, nach der üblichen Weise der Zeit, mit einem stattlichen Gefolge vornehmer Engländer und einer zahlreichen Dienerschaft, seinen feierlichen Aufzug in Paris. Der Zug ging über den Pont neuf, dieselbe Stelle, welche acht Jahre zuvor gedient hatte als der hauptsächlichste Schauplatz des wilden Jubels über den vermeintlichen Tod des Oraniers.

Der grelle Contrast des Einst und Jetzt war den Parisern selber so augenfällig, daß Portland beim Hinüberfahren über die Brücke aus dem Volke her die Worte vernahm: „Das ist der Botschafter desselben Fürsten, dessen Bildnis wir vor acht Jahren hier verbraunt haben“ ¹⁾. Die Worte waren nicht feindselig gesprochen: vielmehr besangen die Pariser diesen Wechsel der Dinge in der bei allen Gelegenheiten dieser Art damals dort üblichen Chanson.

So das leicht bewegliche Volk. Portland fand indessen auch eine wirkliche Freundin seines Königs in der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans. Sie machte kein Hehl aus ihrer Bewunderung für ihren Better von Oranien, den Spielgefährten ihrer Jugend im Haag und in Honslardyk. Sie unterhielt sich gern mit Portland, der ihr zu erzählen wußte von ihren Verwandten in Hannover, vor allem von ma tante, nämlich der Prinzessin Sophie, mit welcher auch Portland in brieflichem Verkehre stand ²⁾. Die Herzogin erhielt indessen für die häufigen Besuche Portlands nicht die Zustimmung ihres Gemahles. Er wies hin auf das Königspaar zu St. Germain. Die Freundlichkeit für den Botschafter des Oraniers werde dort misfallen. Elisabeth Charlotte erwiderte: „Ich beklage das unglückliche Königspaar und bin willig ihm zu helfen, wo ich es vermag; aber das hindert mich nicht den König Wilhelm hoch zu achten. Denn er verdient es. Auch habe ich das schon früher nie verhehlt, und darum thue ich Jenen kein Unrecht“. Sie verfolgte ihren Weg, gerade aus ³⁾.

Eine ähnliche Stimmung wie sie hier bei dem Herzoge von Orleans sich zeigt, trat dem Botschafter persönlich sehr oft in den

¹⁾ Grimblot t. I, p. 224. Portland an Wilhelm III., 13. März.

²⁾ Z. B. ein Condolenz-Schreiben von Portland an die Kurfürstin in Anlaß des Todes des Kurfürsten im Januar 1698. Im British Museum. Add. Mss. Collection of king George III.

³⁾ Schreiben der Herzogin von Orleans an die Prinzessin Sophie, vom 13. März.

Kreisen des Hofes entgegen. Er meldet, daß er jede Frage des Ceremoniells sich erkämpfen müsse, daß er, wider seine eigene Neigung, streitfertig und kleinlich erscheine, um nur das Gerechte und Billige durchzusetzen. Es entwickelten sich dann Scenen merkwürdiger Art. Die Herzogin von Bourgogne sandte zur Begrüßung des Botschafters den Marquis Villacerf. Der Marquis stieg die Treppe halb hinan, in der Erwartung, bis dahin werde der Botschafter ihm entgegen kommen. Dieser dagegen war bereit jenen an der Thür des Vorzimmers zu empfangen, und trat vor dieselbe hinaus auf die oberste Treppenstufe. So standen sie lange Zeit, durch Boten miteinander parlamentirend. Endlich erklärte Portland: er werde einige Stufen hinab steigen; wenn dies dem Abgesandten nicht genüge, so werde es besser sein, daß jeder seines Weges gehe und er für sich auf die Ehre des Besuches verzichte. Auf dieses Wort stieg der Marquis Villacerf hinan¹⁾.

Dem Geiste der Zeit entsprechend ward in solchen Fällen den Fragen des Ceremoniells allgemein eine solche Wichtigkeit beigelegt, daß die Nachgiebigkeit, die Abweichung von dem was als recht erschien, nicht in der Wahl der einzelnen Persönlichkeit stand. So wenig der König Wilhelm III. aus sich dem Ceremonielle geneigt war: so ergibt sich doch in diesem Falle wie in anderen, daß er und seine Vertreter die Forderungen desselben mit Nachdruck geltend machten. Portland erhielt die volle Anerkennung des Königs²⁾. Zu den Ansprüchen Portlands in Betreff des Ceremoniells stimmte die äußere Ausstattung seiner Botschaft. Nach der Meinung der Engländer mußten auch die Franzosen eingestehen, daß sie einen solchen Glanz der Equipagen, der Tafel, der Livréen, niemals erblickt. Die Franzosen dagegen suchten zu überbieten. Zwar sei die Ausstattung Portlands prächtig, sagten sie, nicht jedoch in dem Maße, wie man erwartet. Glänzender als er in Paris, werde der französische Botschafter Tallard in London auftreten³⁾.

Einige Tage nach dem feierlichen Aufzuge erhielt Portland seine erste öffentliche Audienz. Sie war nicht minder als der Einzug, für

¹⁾ Grimblot t. I, p. 220.

²⁾ A. a. O. p. 304.

³⁾ A. a. O. p. 227, note. — Dangeau t. IV, p. 211 et suiv.

die Franzosen ein Ereignis. Es war derselbe König von Frankreich, den einst, obwohl noch als Kind, die Botschafter Karls I. von England begrüßt, welcher dann diejenigen des Protector's Oliver Cromwell empfangen, wiederum lange Jahre hindurch diejenigen Karls II., dann Jacobs II., und welcher nun sich anschickte, öffentlich den vertrauten Freund und Diener desjenigen Fürsten willkommen zu heißen, der bis dahin als der schärfste, der nachdrücklichste Widersacher ihm entgegen gestanden. Wer immer am Hofe von Versailles den Anspruch erheben durfte, dabei anwesend zu sein, war erschienen. „Das Gewoge und Gedränge, meldet Portland, war so stark, daß ich mich lange im Saale befand, bevor es mir gelang mich bis zu dem Könige hindurch zu arbeiten, obwohl er mich erblickte, wie ich ihn. Als ich endlich vor ihn trat, nahm er zuerst das Wort und äußerte seine Freude, daß er so viele Engländer und Franzosen durch einander gemischt erblicke“. Auf die Antwort des Botschafter's erwiderte der König in möglichst starken und günstigen Ausdrücken seiner freundschaftlichen Gesinnung für König Wilhelm III. Er richtete an den Botschafter persönlich einige schmeichelhafte Worte, und entließ ihn mit einem gnädigen Nicken¹⁾.

Die französischen Hofleute umdrängten den Botschafter. Sie hoben jedes Wort und jeden Act des Königs hervor. Es sei unerhört, sagten sie, daß er einem Botschafter gegenüber jemals zuerst das Wort genommen, und noch dazu in so vertraulicher Weise. „Aber ist es nicht ein wenig absurd, fragt Portland, daß sie erstaunt sind oder doch es zu sein scheinen darüber, daß der Anblick des Königs, umgeben von seinem Hofe, mich nicht in Verlegenheit gesetzt habe?“

Er faßt dann sein Urtheil zusammen in die Worte: „Ich gestehe ein, daß, wenn das Verhalten des Königs mir gegenüber nicht aufrichtig ist, so ist es eine mit wunderbarem Geschicke durchgeführte Komödie. Und zwar habe ich, gemäß dem Verhalten der Minister, Grund dies letztere zu fürchten. Denn sie geben sich nicht einmal die Mühe da, wo sie für ihr Verweigern keine wirklichen Gründe haben, nach schönen Worten zu suchen. Dies haben sie doch wenigstens der Republik Holland gegenüber zuerst gethan, bis sie durch ihr Verhalten in Betreff des Handelsvertrages derselben die Augen geöffnet“.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 225. Portland's Bericht vom 13. März.

Wir vernehmen diese letzte Beschwerde auch von Seiten des Königs Wilhelm. „Wenn die Republik, schreibt er an Heinsius am 1./11. März, gezwungen würde auf den Tarif zu verzichten: so würde man kein Vertrauen mehr setzen dürfen in Verträge mit Frankreich. Das hätte die traurigsten Folgen. Es ist unmöglich, auf diesen Grund hin einen neuen Krieg zu beginnen, und dennoch wiederum ist ohne ein solches Mittel eine Abhülfe nicht zu erwarten. Mit jedem Einbruche in die Verträge ist es dasselbe. Wo soll das enden?“ ¹⁾

Und doch bot Ludwig XIV. nicht bloß für den englischen Botschafter Portland, sondern auch für den holländischen Gesandten Heemskerck alle erdenkliche Höflichkeit auf. Der König erwies ihm die Ehren eines Botschafters. Als die Frau und die Tochter der Herzogin von Bourgogne vorgestellt wurden, erschien auch der König. Er begrüßte die Frau des Gesandten und die Tochter mit einem Kusse auf die Stirn ²⁾.

Für Portland ergab sich gegenüber der demonstrativen Freundlichkeit Ludwigs XIV. bei der öffentlichen Audienz noch eine besondere Negative, welche zum Nachdenken anregte. Er hatte von Wilhelm III. die ausdrückliche Weisung, sich zu bemühen um eine Audienz bei der Frau von Maintenon ³⁾. Es gelang ihm nicht.

Unterdessen harrte Ludwig XIV., daß Portland mit einem Auftrage in Betreff der spanischen Angelegenheit hervortreten würde. Es geschah nicht.

Wir haben aus den Äußerungen von beiden Seiten ersehen, daß sowohl Wilhelm III. wie Ludwig XIV. eine Erörterung der Sache wünschten. Es kommt also darauf an, den damaligen Standpunct einer jeden der beiden gewichtigsten Persönlichkeiten, vor dem Beginne einer Verhandlung zwischen ihnen, uns völlig klar zu machen. Zunächst also diejenige Ludwigs XIV.

Wir erinnern uns, daß der Cardinal Mazarin als das wesentliche Ziel aller französischen Politik aufgestellt hatte die Erlangung des

¹⁾ Grimblot t. I, p. 218.

²⁾ Capesigue: Louis XIV. t. IV, p. 61.

³⁾ Grimblot t. I, p. 175.

spanischen Erbes für das Haus Bourbon. Um dieses Zieles willen hatte Ludwig XIV. der Reigung seiner Jugend entsagt, hatte er, nicht aus Reigung die Infantin Marie Theresie geheirathet, und gleich wie sie und mit ihr vor dem Vater Philipp IV. den Eid des Verzichtes auf Spanien geschworen, mit der vorher wohl überlegten Absicht diesen Eid nicht zu halten. Er hatte in jener Zeit seinem Sinnbilde der Sonne die Inschrift hinzugefügt: *Nec pluribus impar*, als ob es ihm beschieden sei, die spanische Monarchie mit der französischen unter seiner Herrschaft zu vereinigen. Der Rausch des Uebermuthes hatte im Laufe der Jahre sich verflüchtigt. Namentlich bemerkte man nach dem letzten ungeheueren Kriege bei dem Könige mehr Maß. So viele Erfolge auch dieser Krieg für Frankreich aufwies: so war doch die Mahnung an die Vergänglichkeit alles irdischen Glanzes, welche der langjährige Jammer gepredigt, auch an Ludwig XIV. nicht ohne Eindruck vorüber gegangen. Im Beginne des Jahres 1698 ließ er die Lampen löschen, die um sein Standbild auf dem Siegesplatze brannten. Eine derartige Ehrfurchts-Bezeugung, sagte er, gehöre nur in die Kirchen. Der Marschall La Feuillade, der jenes Standbild gewidmet, hatte zugleich für den Unterhalt der Richter eine Summe angelegt und auf dem Stadthause von Paris eintragen lassen. Ludwig XIV. gebot, den Erben diese Summe zurück zu erstatten ¹⁾.

In Betreff anderer Huldigungen freilich gestattete Ludwig XIV. innerhalb des Bereiches seiner Macht keinen Nachlaß. Ein Richter im Herzogthume Bar hatte in einer Reihe von Urtheilen, in denen der König von Frankreich genannt werden mußte, ihn bezeichnet mit dem in Europa anerkannten Titel: *Le roi très-chrétien*. Aber Ludwig XIV. hatte längst den Anspruch erhoben, zum Unterschiede von allen anderen Königen: *le roi* ohne Zusatz genannt zu werden. Jener Richter hatte also dieser Forderung nicht entsprochen. Der Herzog von Lothringen sah sich genöthigt, seinen Beamten zu cassiren ²⁾.

Der Wunsch selber die spanische Monarchie zu beherrschen, hatte bei Ludwig XIV. mit der Zeit sich zuerst ermäßigt in das Streben die vermeintlichen Rechte des Dauphins an dieselbe zu sichern, und

¹⁾ Dangeau t. IV, p. 356.

²⁾ A. a. O. p. 372.

dann in das andere, einem der Söhne des Dauphins, der eigenen Enkel, die Nachfolge in Spanien zu verschaffen. Wir haben beobachtet, in welcher Weise noch während des großen Krieges, besonders gegen das Ende desselben Ludwig XIV. diesem Gedanken in Spanien Eingang zu verschaffen wußte. Als Organe zu diesem Zwecke erscheinen französische Ordensgeistliche, namentlich ein Pater Blandiniere, der, hervorragend durch rednerische Begabung, auch am Hofe von Madrid Eingang gefunden hatte. Anfänglich nur gelegentlich in dieser politischen Richtung thätig, wurde er dann zum Zwecke derselben von Ludwig XIV. entsendet ¹⁾. Es ist demnach anzunehmen, daß Blandiniere der Träger der Vorschläge war, die, wie wir gesehen, bereits im December 1696 zur Kunde des Kaisers gelangten und für die Absendung des älteren Grafen Harrach beschleunigend wirkten.

Der Abschluß des Friedens von Ryswyck eröffnete dem Könige von Frankreich auch seinerseits die Bahn, durch einen offiziellen Botschafter in Spanien zu wirken. Er ernannte den Marquis Harcourt, dieselbe Persönlichkeit, welcher er zwei Jahre zuvor, im Februar 1696, das Commando des Invasions-Corps gegen England anvertraut. Es ist hervorgehoben worden, daß Ludwig XIV. nach dem Ryswycker Frieden die Gesandtschaftsposten, nicht bloß in Wien, Madrid, London, sondern überhaupt alle, mit General-Offizieren besetzte ²⁾. In Betreff Harcourts berichtet St. Simon, daß Harcourt höfische Sitten und Umgangsformen mit der Ungebundenheit des militärischen Lebens in gewandter Weise zu vereinen wußte. „Er war offen und frei, sagt St. Simon, so lange nicht sein Interesse ins Spiel kam. Sobald dagegen es ihm zweckmäßig erschien, war er die Falschheit selbst, und jederzeit selbstüchtig in aller Beziehung“ ³⁾. So St. Simon. Die Mission des Marquis Harcourt war an sich selber, wie der Verlauf zeigen wird, nicht auf die besseren Eigenschaften im Menschen berechnet.

Die Instruction für diesen Botschafter war umfassend ⁴⁾. Sie beginnt mit einer Uebersicht der bisherigen Bemühungen um die spanische Succession. Ludwig XIV. überschägt darin diejenigen des

¹⁾ Hippeau t. I, p. L. Aus der Instruction für Harcourt.

²⁾ Capefigue: Louis XIV., t. IV, p. 58.

³⁾ Mémoires t. II, p. 330.

⁴⁾ Hippeau t. I, p. XXVII et suiv.

Kaisers für den Erzherzog Carl, weil ihm unbekannt sein mochte, daß der König Carl II. von Anfang an sich geweigert, den Verzicht seiner Nichte, der Erzherzogin Maria Antonia, zu genehmigen, und daß darum der Kaiser, nach dem mißlungenen Versuche von 1688 (Bd. IV, S. 185 u. f.) die Sache für eine Reihe von Jahren völlig hatte ruhen lassen. Jene Correspondenz zwischen dem Kaiser und seinem Neffen von Spanien war, wie wir gesehen, von Souverän zu Souverän geführt, und darum der französischen Kundschaft unzugänglich geblieben.

Dagegen kennt Ludwig XIV. genau den Stand der Dinge beim Schlusse des Jahres 1697. Wie immer er sich den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689 verschafft haben mag: er gibt den Inhalt hier genau an, und eben so die Stellung Wilhelms III. zu demselben. „Zwar hat dieser König, sagt die Instruction, bisher den kaiserlichen Gesandten versichert, daß er diesen Artikel ausführen wolle; aber zugleich hat er ihnen bemerkt, daß die rechte Zeit noch nicht gekommen, und daß die Uebersführung von kaiserlichen Truppen nach Spanien unzweifelhaft einen neuen Krieg mit Frankreich erregen werde.“ — Nur freilich hatte Wilhelm III. nicht, wie die Instruction lautet, die Vertheidigung der Rechte des Dauphins als den Grund für Frankreich zu einem solchen Kriege angegeben, sondern die Macht Ludwigs XIV.

Ungleich genauer als der Kaiser, kannte dagegen Ludwig XIV. die Bemühungen des Kurfürsten von Bayern. Dies um so leichter, da der Kurfürst versucht hatte, in Betreff Spaniens mit Ludwig XIV. gemeinsame Sache zu machen. Die Mittheilungen des Königs ergeben, daß die Fäden in Spanien sich in sonderbarer Weise kreuzten. Der Kaiser setzte sein Vertrauen damals wesentlich auf die Königin Maria Anna, die Schwester der Kaiserin, also die Tante seines Sohnes Carl. Der hauptsächliche Diener der Königin war der Graf Melgar, Admiral von Castilien. Eben diesen aber betrachtete der Kurfürst als sein eigentliches Werkzeug. „Demnach ist es sicher, sagt die Instruction, daß der Admiral den Einen oder den Andern betrügt. Wenn er aber Einem von Beiden gegenüber aufrichtig ist, so ist er es wahrscheinlich dem Kurfürsten, der in seinem Vertrauen so weit gegangen ist, ihm eine Vollmacht zu senden.“

Die Thatfachen, welche Ludwig XIV. hier angibt, so wie der begründete Schluß, den er aus denselben zieht, sind von nicht

geringer Wichtigkeit für den Gang der Dinge in Spanien. Wir haben daher uns dieselben immer gegenwärtig zu erhalten.

Ludwig XIV. hatte sich mit Max Emanuel nicht weiter eingelassen, weil er, wie er sagte, zuvor den Stand der Dinge in Spanien genauer kennen lernen müsse. Der wirkliche Grund war ein anderer.

„Denn — sagt weiter die Instruction — obwohl während des Krieges, wenn der König von Spanien vor dem Abschlusse des Friedens gestorben wäre, die Wage geschwankt hätte nur zwischen der kaiserlichen und der bayerischen Partei: so kommen doch seitdem von allen Seiten dem Könige Nachrichten ein über eine günstige Gesinnung des Volkes für den Dauphin und seine Prinzen. Die Spanier betrachten sie als die rechtmäßigen Erben. Sie sind überzeugt, daß, selbst wenn auch der Verzicht der Königin (Maria Theres) gültig wäre, dies sich nicht erstrecken kann auf ihre noch nicht geborenen Kinder. Die spanischen Rechtsgelehrten kommen überein, daß, wie ja ein Minorenn, wenn er zu seinen Jahren kommt, Einspruch erheben kann wider alles was zu seinem Nachtheile geschehen, mit viel besserem Grunde noch Kinder die Rechtsgültigkeit eines vor ihrer Geburt geschehenen Actes verneinen können, wenn dieser Act sie einer so beträchtlichen Succession beraubt, so wie diejenige eines Testamentes, dessen Bestimmungen mit den Gesetzen so völlig im Widerspruche stehen.“

Die Umkehrung der Rechtsbegriffe in diesen Worten Ludwigs XIV. liegt vor Augen. Angenommen aber auch sogar, jener Satz wäre haltbar: so hätte er es doch nur sein können für den Dauphin und die Söhne desselben, nicht für Ludwig XIV. Vielmehr mußte dann die Anklage des Dauphins sich zunächst wenden wider den Vater selbst, der die Rechte der eigenen Kinder im Voraus preis gegeben und diese Preisgebung beschworen hatte. Ludwig XIV. konnte dann etwa dieser Anklage gegenüber weichen, indem er sich selber einer früheren Uebereilung zieh. Statt dessen sehen wir ihn als Anwalt einer Anklage auftreten, die, wenn gegründet, gerichtet war gegen ihn selbst.

Die späteren französischen Historiker haben sich sehr leicht das Wort Voltaires angeeignet, daß alle Rechte auf Spanien für das Haus Bourbon sprachen. Wir sehen, daß dem Könige Ludwig XIV., der mitten in den Dingen stand, oder vielmehr, dem das Bewußtsein seines einstigen Eides auf der Seele lag, es ungleich schwerer fiel einen

Ausweg zu finden, und daß er, bei einem Versuche dieser Art, sich sofort in seine eigenen Sophismen verstrickte. Nicht auf diese kam es an, sondern auf die Macht seinen Willen durchzusetzen. Die spanischen Juristen, die, wie Ludwig XIV. sagt, in jener Weise redeten, dürften richtiger genannt werden französische Kanonen, insofern wenigstens daß Ludwig XIV. für die Durchführung seines Planes wesentlich vertraute auf seine Macht, nicht zunächst auf die wirkliche Anwendung, sondern auf die Drohung mit derselben. Neben der Drohung aber ging die Verheißung. Die Gewalt paarte sich mit der List.

Es kommt auf die Person oder die Personen an, bei welchen die Mittel in Thätigkeit gesetzt wurden. Und hier vor Allem tritt uns der principielle Unterschied entgegen zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. Der Kaiser entsendet seinen Botschafter Harrach an den König von Spanien, mit dem Auftrage, bei diesem, also bei der rechtmäßigen Autorität, die Feststellung der Succession gemäß den Haus-Verträgen zu erwirken. Dies Verfahren ist loyal. Anders Ludwig XIV. Er sendet seinen Botschafter Harcourt an den König von Spanien, nicht jedoch mit dem Auftrage von dieser rechtmäßigen Autorität die positive Anerkennung eines französischen Rechtes auf Spanien zu erlangen. Der Minister Torcy hat in seinen Denkwürdigkeiten¹⁾ sich mit starken Worten ereifert gegen die Behauptung mancher Schriftsteller, daß das endliche Testament Karls II., vom October 1700, seinen Ursprung in Versailles genommen und durch Harcourt mit der Nachhülfe französischen Goldes Eingang in Madrid gewonnen habe. Formell dürfte Torcy Recht haben, jedoch aus etwas anderen Gründen. Wie auch immer Carl II. von Spanien unentschlossen sein mochte: er persönlich schwankte doch nur zwischen Wien und München, und irgend ein Beweis einer Geneigtheit bei ihm in seinen gesunden Tagen für die Descendenz seines ihm furchtbaren Schwagers von Frankreich ist nicht erbracht. Ein anderer Grund weshalb Ludwig XIV. vermied von Frankreich her den Vorschlag eines Testamentes zu Gunsten eines seiner Enkel an Carl II. bringen zu lassen, lag in seinem Verhältnisse zu Wilhelm III., und wird später uns klarer vor Augen treten.

¹⁾ Mémoires t. I, p. 2 et suiv.

Die Instructionen für Harcourt stellen daher ihm nicht die Aufgabe, ein Testament Karls II. zu Gunsten eines französischen Prinzen zu erwirken. Dagegen ergeben sie als die Richtschnur des Verhaltens von Harcourt in Bezug auf die Persönlichkeit des armen Königs von Spanien den Hinweis auf die französischen Waffen. Harcourt soll nicht geradezu drohen: er soll an geeigneter Stelle nur die Thatfachen berichten, wie stark die französische Armee, wo ihre Standorte, mit welcher Leichtigkeit sie sich im vorigen Kriege Cataloniens bemächtigt. Von der Erwähnung dieser Thatfachen aus, sagt weiter die Instruction, könne der Botschafter, wenn nöthig, die Besorgnis aufsteigen lassen vor dem gerechten Zorne des Königs von Frankreich, wenn etwa der katholische König in Betreff der Succession einen Entschluß fassen wolle zum Nachtheile der Rechte des Dauphins ¹⁾.

Mit anderen Worten: die Furcht vor französischer Gewalt soll den König Carl II. abhalten, sich offen für das Kaiserhaus zu erklären.

Die andere Seite der Aufgabe des Botschafters Harcourt dagegen war, eine französische Partei in Spanien zu bilden. Ludwig XIV. sah diese Aufgabe als wesentlich erleichtert an in Folge des Wirkens der Königin Maria Anna. Sie mit ihrem deutschen Anhange, nämlich der Gräfin Berlepsch, welche als Vertraute der Königin Gelegenheiten gefunden durch sie von dem Könige große Geschenke und Bewilligungen zu erlangen, ferner ihrem Beichtvater, dem Kapuziner Gabriel, der sich durch Habgier, Stolz und Grobheit den Spaniern unerträglich mache, endlich dem Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt, dem die Königin, zum Nachtheile der Spanier, alle Ehre und alles Verdienst der Vertheidigung von Barcelona zuschreibe — habe den deutschen Namen in Spanien verhaßt gemacht. Allein darum soll Harcourt nicht sich feindlich zu der Königin stellen. Er soll nicht sich betheiligen an den Gerüchten, die in Spanien über das Verhältniß der Königin zu dem Prinzen Georg im Umlaufe sind ²⁾. Die äußere Haltung Harcourts der Königin gegenüber soll entgegen kommend sein, damit er um so leichter im Stande sei, geheime Schritte zu thun, um die

¹⁾ Hippeau t. I, p. XLVIII.

²⁾ Die Briefe der Königin und des Prinzen, die in dem Werke Künzels: Leben und Briefwechsel des Landgrafen Georg, veröffentlicht sind, geben für den hier ausgesprochenen Verdacht keinen Anhaltspunct.

Pläne des Kaisers zu durchkreuzen. Er soll trachten die Königin minder abgeneigt gegen Frankreich zu machen, und zu diesem Zwecke das Mittel der Geschenke versuchen. Er soll denselben Weg einschlagen bei der Berlepisch und dem Kapuziner Gabriel. — Es gereicht dem Landgrafen Georg zur besonderen Ehre, daß Ludwig XIV. ihn für die Versuche dieser Art nicht mit benennt.

„Der Haß wider die Königin und die Deutschen, sagt weiter die Instruction, ist das Gemeingefühl der spanischen Nation. Harcourt soll im Verkehre mit den Spaniern diese Saite anschlagen, ihr Vertrauen zu gewinnen suchen, ihnen die Erklärung entlocken, daß sie in dem Könige von Frankreich ihren Befreier erblicken. Er soll sie hinweisen auf den Jammer, der sie bedroht, wenn sie, im Falle ihr König stürbe, sich dem Kaiser unterwürfen, und dagegen den Frieden preisen, der ihnen in Aussicht stehe, wenn sie in diesem Falle einen französischen Prinzen anerkennen. Er soll gelegentlich hervorheben, wie sehr der König von Frankreich die spanische Nation achte und schätze, ihre Verdienste würdige. Er soll die Meinung bekämpfen, als bestünde eine natürliche Antipathie zwischen Spaniern und Franzosen. Er soll darlegen, wie einig vielmehr die zwei Nationen gewesen, bevor der Ehrgeiz und die unabsehbaren Entwürfe des Hauses Oesterreich sie entzweit. Die Eintracht werde wiederkehren enger als je, wenn erst der König von Frankreich die Interessen des Königs von Spanien betrachten und vertreten könne wie die eigenen. Aber der Friede könne nicht bestehen, wenn der Erbe der spanischen Krone andere Interessen habe, direct entgegen denen des Königs von Frankreich.“

Drängen wir alle diese Reden kurz zusammen. Ludwig XIV. läßt den Spaniern sagen: die Succession eines französischen Prinzen in Spanien ist der Friede, diejenige eines kaiserlichen der Krieg.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmet Ludwig XIV. denjenigen Granden von Spanien, die zugleich Mitglieder des Staatsrathes waren. Er zeichnet den Admiral von Castilien, den Günstling der Königin, eben darum allen Anderen verhaßt, mit Ausnahme des Grafen Aguilar. „Der erstere, wohl befähigt, schlau, durchtrieben, scheint in der kaiserlichen Partei vorn an zu stehen; der letztere, mehr begabt als erfahren, ist kaiserlich aus Ueberzeugung. Das Zusammengehen mit dem Admiral zieht dem Grafen Aguilar denselben Haß zu.“

„Dem Admiral gegenüber stehen namentlich der Cardinal Portocarrero und der Herzog von Montalto. Man lobt ihren Patriotismus; aber die Einsicht des Cardinals gilt als eng begrenzt. Montalto wird als befähigt angesehen. Zur Zeit auf Betrieb der Königin von Madrid verbannt, wahrscheinlich, weil er sich der Berufung des Erzherzogs Carl widersetzt, wird er doch bald wiederkehren. Dann soll Harcourt ihm sagen, wie sehr der König von Frankreich seine Verdienste zu schätzen wisse.“

„Der Marquis von Villafranca geht mit dem Cardinal Portocarrero und dem Herzoge von Montalto. Da er mit Abneigung erfüllt ist wider die Misregierung, die Autorität der Königin und die Erfolge der Schritte des Kaisers: so darf er als französisch gesinnt betrachtet werden.“

„Der Graf Monterej, sagt weiter die Instruction, war früher sehr wider Frankreich. Er soll seitdem sich geändert haben. Aber sein Ziel ist leitender Minister zu werden, und darum wird er je nach der Aussicht, die sich ihm bietet, gehen mit der Königin oder der Gegenpartei.“

„Der Marquis von Mansera war als Obersthofmeister der Königin-Witve ihr sehr zugethan. Es ist daher anzunehmen, daß er nicht günstig für Frankreich gesinnt ist.“

„Der Marquis Los Balbazes hat im Rathe nicht ein starkes Gewicht. Aber er steht feindlich zu dem Admiral von Castilien.“

„Der Cardinal Cordova verdankt seine Erhebung der Anhänglichkeit seines Vettters Aguilar für die Königin. Seine Befähigung gilt für beschränkt.“

Wir sehen demnach, daß Ludwig XIV. gemäß seiner damaligen Kenntniß, zu Ende 1697, nur erst auf einige Mitglieder des spanischen Staatsrathes hoffte.

Die gesammte Instruction ist durchzogen von dem Gedanken, das ganze spanische Erbe für einen französischen Prinzen zu erlangen. Allein beim Abfassen derselben, zu Ende des Jahres 1697, scheint dennoch Ludwig XIV. sich noch nicht definitiv entschieden zu haben. Erst von den Berichten Harcourts über den Zustand der Dinge in Spanien läßt er es abhängen, ob es seinem Interesse besser entspreche, mit dem Kaiser oder dem Kurfürsten von Bayern in Verhandlung

zu treten über eine Theilung des spanischen Erbes, oder, wie er es nennt, die Rechte des Dauphins zu behaupten ¹⁾).

Wir beobachten, daß Ludwig XIV. damals, zu Ende 1697, nur diese Alternative aufstellt, nicht diejenige einer Verhandlung mit den direct nicht beteiligten Mächten, England und Holland.

Wenn demnach die Berichte Harcourts aus Spanien so günstig für das französische Interesse lauten, daß Ludwig XIV. nicht sich genöthigt sehen würde, mit dem Kaiser oder dem Kurfürsten von Bayern sich in das Erbe zu theilen: so will er die Rechte des Dauphins behaupten, das heißt, das Ganze nehmen. Diese Kundgebung Ludwigs XIV. ist von höchster Wichtigkeit. Sie ist der Kern der ganzen Geschichte jener Zeit.

Dagegen indessen erwächst ein Bedenken von den anderen Mächten her.

„Der Entschluß, die Rechte des Dauphins zu behaupten, sagt Ludwig XIV., würde sicherlich den Krieg in ganz Europa wieder ansfachen, und die Mächte der Allianz würden sich bald wieder vereinigen, um den König an dem Erwerbe einer so reichen Succession zu hindern.“

Es erhebt sich also die Frage, wie dieser Krieg abzuwenden sei.

Alein es liegt uns hier nicht eine authentische Darlegung des weiteren Planes von Ludwig XIV. in Bezug auf die Seemächte vor, sondern lediglich seine Instruction für Harcourt zu Ende 1697. Diese schließt mit dem Befehle, daß Harcourt, wenn der Todesfall einträte, bevor er genügende Nachrichten eingezogen, nicht durch eine öffentliche Erklärung den König von Frankreich engagiren dürfe. Wir haben also abzuwarten, ob der Plan Ludwigs XIV. in schärferen Umrissen vor uns auftauchen wird.

Am 24. Februar 1698 traf der Botschafter Harcourt in Madrid ein. Carl II. war abermals schwer krank. Demnach mußte voraussichtlich eine längere Zeit vergehen, bis Harcourt zur Audienz gelangen konnte. Inzwischen hatten sich die Aussichten Ludwigs XIV. dort nicht verschlechtert. Blicken wir also zurück.

Wir erinnern uns der Antwort Carls II. an Harrach, vom 12. December des Jahres zuvor, nach welcher der König nicht wollte,

¹⁾ Hippeau t. I, p. LXIII.

daß der kaiserliche Botschafter die Truppensendung mit den Mitgliedern des Staatsrathes bespräche. Der Kaiser richtete unterdessen ein neues Handschreiben an seinen Neffen, am 19. November. Es betraf die Verständigung über das damalige englisch-holländische Erbieten, die Allianz von 1689 zu erneuern. Der Kaiser bat den König, diese Gelegenheit nicht entwinden zu lassen, sowohl zur Garantie des wenn auch immer schlechten Friedens, als zur Sicherheit gegen die Insulten des gemeinsamen Feindes, dessen Herrschsucht und Gier nimmer zur Ruhe komme¹⁾.

Die Intentionen aller Betheiligten mochten damals dem Kaiser günstig erscheinen. Zum Beginne des neuen Jahres 1698 schrieb er seinem Botschafter, dem älteren Grafen Harrach, in Madrid: „Gott, auf den ich alles gegründet, hat bisher denen, die mein Erzhaus stürzen wollten, das Concept durchstrichen. Darum hoffe ich, daß auch ferner die Dinge glücklich von statten gehen werden“²⁾.

So willfährig im allgemeinen die Antwort Karls II., so wird darin die Angelegenheit der Succession, die Bitte des Kaisers sich darüber bestimmter zu erklären, nicht berührt. Wir sehen demnach die wichtige Frage der Verschmelzung beider Angelegenheiten, der Succession in Spanien und der Erneuerung der Allianz, auch von dieser Seite her langsam untersinken.

Der Graf Harrach erneuerte daher sein Andringen bei Carl II. auf eine bestimmte Antwort in Betreff der Truppensendung. Er fügte den anderen Vorschlag hinzu, den Erzherzog zum Statthalter von Mailand zu ernennen. Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. diesen Vorschlag kannte, bevor Harrach ihn in Madrid vorbrachte. Harrach hob hervor, wie wichtig das sei gegenüber dem Herzoge Victor Amadeus von Savoyen, dessen Begier nach Mailand wohl erkennbar vorliege. Da der König sich so gütig für die Uebertunft des Erzherzogs ausgesprochen, diese aber zur Zeit nicht durchführbar: so würde die Ernennung die geeignete Vorbereitung sein. Carl II. erwiederte, daß er sich die Sache überlegen wolle³⁾.

¹⁾ Handschreiben des Kaisers vom 19. November 1697.

²⁾ Desgleichen vom 3. Januar 1698.

³⁾ Harrachs Tagebuch S. 232.

Es tritt uns hier eine besondere Frage entgegen, nämlich ob Carl II., der allerdings in seinem Handschreiben vom 25. Juni 1697 den Wunsch nach kaiserlichen Truppen ausgesprochen, bei sich selber immer des festen, klaren Willens war diese Truppen auch wirklich zu nehmen. Zwischen dem Könige und dem Botschafter kam diese Frage, der Natur der Sache nach, nicht zur Sprache. Dennoch erfuhr Harrach viele Monate später darüber eine bestimmte Aeußerung. Der Marquis Veganez, früher Statthalter von Mailand, trat nach seiner Rückkehr nach Madrid bei Carl II., der ihn gern sah, nachdrücklich für das kaiserliche Interesse ein. Er berichtete dem Grafen Harrach den Eindruck seiner Unterredungen mit dem Könige. „Man hat ihm, sagte Veganez, die Meinung beigebracht: der Kaiser würde sich durch seine Truppen hier mit Gewalt zum Herrn der Succession machen“ ¹⁾.

So der Bericht von Veganez im September 1698. Der Factor dieser Furcht in der Seele Carls II. ist nicht unwichtig, seine schwankende, unentschlossene Haltung auch dem Kaiser gegenüber zu erklären.

Harrach erkannte, daß er nicht vorwärts kam. Im Anschauen dessen was vor seinen Augen vorging, richtete er, zunächst an die Gräfin Berlepsch, durch den Hinweis auf die Zukunft eine eindringliche Mahnung. „Die Dinge hier, sagte er, stehen übel für den Kaiser und demgemäß auch für die Königin. Der Kaiser hat keine Freunde. Die Königin ist verhaft. So viele Gnaden sie austheilen mag: sie kann sich nicht beliebt machen. Denn sie vertraut lediglich auf den Admiral von Castilien, der gleich verhaft ist bei dem Adel wie beim Volke. Ich bitte daher den Kaiser mit jeglicher Post um meine Abberufung.“ — „Und was wird dann aus uns, wenn der König stirbt?“ fragte jammernd die Berlepsch. — „Ich will es Ihnen kurz sagen, erwiederte der Botschafter: man steckt die Königin sofort ins Kloster. Ich rede aus der Erfahrung dessen, was ich hier einst bei der Erhebung gegen die Königin-Mutter mit angesehen. Sie mußte es für eine Gnade ansehen, daß man ihr gestattete zu Toledo im Exile zu leben“ ²⁾.

Am selben Tage erhielt Harrach durch die Königin die Antwort auf sein Andringen in Betreff der Truppensendung. Sie war

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 288.

²⁾ A. a. O. S. 233. Vom 10. Januar.

ausweichend. Als der König diese Truppen begehrt, hieß es darin, habe er vorausgesetzt, der Kaiser werde die Kosten des Unterhaltes tragen. Harrach begab sich zu der Königin. „Diese Antwort, sagte er, stimmt nicht mit der früheren, nach welcher man die Truppen hier übernehmen wollte. Ich erkenne daraus, daß man nach dem Frieden die Truppen des Kaisers hier nicht mehr wünscht. Aber es wäre richtiger entweder dies offen zu sagen, oder einzugestehen, daß die Mittel fehlen, als nun sich auf ein Mißverständniß auszureden.“ — Die Königin erwiederte: die spanische Monarchie bedürfe im Frieden nicht dieser Truppen. Der Zweck derselben sei die Succession zu sichern: das sei das Interesse des Kaisers, komme ihm zu gute, und demnach habe er auch die Last zu tragen. Harrach erkannte das an; aber er machte dagegen die schwere Bürde des Türkentriegeß geltend. Die Königin verwies ihn an den Admiral von Castilien.

Der Admiral leugnete nicht den Widerspruch der letzteren Antwort gegen die frühere. Er gab als die Lösung an, daß der König über die frühere Denkschrift Harrachs, im August 1697, das Gutachten des Staatsrathes eingeholt. Dieses Gutachten habe die Truppen- sendung begehrt, aber in böswilliger Absicht, nämlich von der Ueberzeugung aus, daß weder die Mittel zur Ueberfahrt noch zur Erhaltung der Truppen in Spanien zu finden. Weil der Staatsrath auch dies Mal wieder sich ähnlich verhalten, also den Kaiser täuschen würde: so habe der König aus sich die andere Antwort gegeben. Der Admiral fuhr fort: „Ich rede Ihnen gegenüber nicht bloß als Minister, sondern als Freund. Die Mittel sind zur Zeit nicht da. Ich habe mit Mühe 50,000 Dublonen zusammengebracht, um dem Corps von 10,000 Mann in Catalonien die Hälfte des bereits fälligen Soldes zu zahlen“. — Harrach erwiederte: „Ich möchte nur wünschen, daß man hier gleich von Anfang an so aufrichtig zu mir geredet. Dann würde ich nicht acht Monate hier verloren haben“. Der Admiral fuhr fort in seinen Klagen. Er habe beim Antritte seines Amtes als erster Minister alle Mittel des Königs versezt, verkauft, übel verwaltet vorgefunden. Vom Staatsrathe und der Finanzkammer hingen, wie man ihm gesagt, vierzigtausend besoldete Personen ab. Immerhin wolle er nur ein Viertel davon glauben. Aber, wenn unter den zwölf Aposteln, die der Herr erwählet, schon Einer ein Dieb war:

so sei danach zu ermessen, wie viele unter dieser Zahl sich finden würden ¹⁾).

Es dürfte im allgemeinen nicht richtig sein, diesen Uebelstand der spanischen Monarchie der einen Person mehr beizumessen als der anderen. Der König Wilhelm III. faßte damals sein Urtheil über den Zustand der Dinge dort zusammen in die folgenden Worte. „Gemäß den Nachrichten, die ich aus Madrid erhalte, gedenkt dort Jeder nur auf sein eigenes Interesse. Diese große Maschine muß unvermeidlich zusammenbrechen, es sei denn, daß sie durch ein Wunder erhalten bleibe. Ich habe dem Könige wohl ausgearbeitete Pläne eingekendet, wie die spanischen Niederlande wieder in guten Stand zu bringen. Das Wesen derselben war der Vorschlag einer umfassenden Reduction in dem Personale aller Behörden, namentlich in Betreff der Pensionen, damit durch eine Einschränkung dieser Art die Mittel zum Unterhalte von Truppen gewonnen würden. Der Staatsrath in Madrid hat meine Vorschläge mit Beifall aufgenommen, und dann sie lange erwogen. Allein der endliche Beschluß ist dahin ausgefallen, daß eine solche Reform die Angestellten und Pensionäre in große Noth bringen würde. Das sei wider die Grandeza der Krone. Also will man lieber insgesammt ins Verderben rennen, als zugeben, daß eine Anzahl von Privatpersonen vorübergehend leide“ ²⁾).

So im Allgemeinen. Es kommt jedoch hier auf den Admiral von Castilien im Besonderen an. Jene Unterredung mit Harrach fand statt am 16. Januar 1698. Nachdem dann der Admiral reichlich zwei Monate die Stelle als Valido oder erster Minister inne gehabt, äußerte sich über sein Walten der ihm nicht feindselig gesinnte Graf Aguilar zu dem kaiserlichen Botschafter: „Der Admiral will alles allein thun; aber in den zwei Monaten seines Amtes hat man nichts Anderes von ihm gesehen und gehört als Gnaden und Mercedes austheilen. Das kann ein Jeder. Wenn erst der französische Botschafter kommt, wird man andere Dinge vernehmen. Es ist keine Freundschaft zwischen den Ministern und dem Adel. Der Haß wie der Argwohn steigt, und demgemäß der Wirrwarr“ ³⁾).

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 235 u. f. Vom 16. Januar.

²⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 4. März 1698.

³⁾ Harrachs Tagebuch S. 239. Vom 5. Februar.

Die Worte Aguilar's, im Vergleiche mit denen des Admirals einige Wochen früher, enthalten eine noch viel schärfere Anklage gegen den letzteren, als Aguilar selber beabsichtigen mochte, zumal für uns Spätere, die wir aus der Instruction Ludwigs XIV. für Harcourt das Doppelspiel des Admirals kennen. Es ist demnach anzunehmen, daß dieser Minister, indem er das unheilvolle System der Gnadenpensionen fortsetzte und übertrieb, die Absicht hatte, durch dies Preisgeben der Sache des Kaisers zu arbeiten für diejenige des Kurfürsten von Bayern. Wenn dieses sich so verhielt, so blieb dabei ihm verborgen, daß gerade derjenige, den er nicht wollte, der König von Frankreich, eben durch jenen Kurfürsten sichere Kunde über ihn besaß. Da andererseits Ludwig XIV. wußte, daß nach dem Friedensschlusse England und Holland nicht geneigt waren, kaiserliche Truppen nach Spanien überzuführen; da ihm nicht minder bekannt war, daß die eigenen Mittel des Kaisers bei noch währendem Türkenkriege für eine Entsendung nach Spanien nicht reichten: ¹⁾ so hatte er keinen Anlaß zur Unzufriedenheit über das Walten des Admirals. Dieser Minister, nebst der Königin, die ihn stützte, arbeitete durch die fortgesetzte Vergeudung der Mittel des Königs von Spanien, nicht absichtlich, aber in Wirklichkeit, für die französischen Pläne.

Harrach erörterte die Frage der Truppensendung noch wiederholt mit der Königin. Die endliche Entscheidung des Königs Carl II. erfolgte durch ein Handschreiben an den Kaiser, vom 6. Februar 1698. „Der König wünscht, hieß es darin, die Uebersendung der 10,000 Mann. Aber wegen der Kriege, der schlechten Zeiten, des Ausbleibens der Gallionen, sind die Mittel zur Ueberführung und zum Unterhalte nicht vorhanden. Der König hofft, der Kaiser werde die Kosten auf sich nehmen. Die Verleihung der Statthalterchaft von Mailand an den Erzherzog Carl erscheint bei den dormaligen Umständen, wo Frankreich sich widersetzen würde, nicht rathsam. Der König beharrt jedoch immer in den Gesinnungen, die er durch sein Schreiben vom 25. Juni 1697 kund gethan hat“ ²⁾.

Harrach nahm die Antwort als günstig auf. Das Versprechen des Königs von Spanien zu Gunsten des Erzherzogs Carl war dadurch

¹⁾ Hippeau t. I, p. LI et suiv.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 240.

erneuert, die Bereitwilligkeit zur Aufnahme von kaiserlichen Truppen abermals erklärt. Die Seemächte hatten die Ueberführung derselben nach Spanien nicht unbedingt abgelehnt. Harrach hoffte, daß inzwischen die Allianz von 1689 sich erneuern, der Garantie-Vertrag zwischen dem Kaiser, England und Holland zu Stande kommen, und darauf hin die Seemächte ihre Schiffe stellen würden für die Ueberfahrt der kaiserlichen Truppen. In dieser Weise redete er zu der Königin. Aber bereits nahe, sagte er, der neue französische Botschafter heran, dessen Hauptaufgabe es sein würde diese Truppensendung zu hindern. Deshalb thue Eile Noth. Er bat die Königin die erste Audienz des französischen Botschafters hinauszuschieben ¹⁾).

Wir sehen demnach bei Harrach noch keine Ahnung aufsteigen, daß in der Seele des Königs von England, welcher beide Seemächte führte, eben damals eine andere Strömung die Oberhand gewonnen hatte.

Noch bevor indessen Harcourt in Madrid eintraf, erhob sich im Februar das Gerücht einer neuen Erkrankung des Königs von Spanien. Die Versuche die Thatsache zu verhehlen, erwiesen sich als unzulänglich. Die Symptome der neuen Krankheit erregten schwere Besorgnisse. Sie schienen auf Wassersucht zu deuten. Die Stimmung des Königs selber war tief gedrückt, kleinmüthig, verdrossen. Vor der Königin stieg nun erst recht die Furcht dessen auf, was der Graf Harrach wenige Wochen zuvor ihr angekündigt, daß sie beim Todesfalle des Königs ins Kloster gesteckt würde. Sie befragte den Grafen Harrach. „Wenn der Tod eintreten sollte, erwiederte dieser, so sehe ich nicht, was den König von Frankreich hindern könnte, sich sofort Spaniens zu bemächtigen.“ Die Königin bat um Rath. „Suchen Sie, antwortete Harrach, den König dahin zu vermögen, daß er ein Testament abfasse, entsprechend demjenigen seines Vaters Philipp IV., daß er darin den Erzherzog Carl zum Erben und Nachfolger ernenne, und bis zur Volljährigkeit desselben eine Regentschaft einsetze, bestehend aus Ew. Majestät und einer Junta.“ Harrach schlug als Mitglieder derselben vor die beiden Cardinäle, Portocarrero von Toledo und denjenigen von Cordova. „Vor allem jedoch, fügte er hinzu, trachten Sie zu verhindern, daß der Cardinal Portocarrero allein bei dem Könige sich befinde; denn

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 242.

es ist ja allbekannt, daß er das frühere Testament zu Gunsten des Kurprinzen von Bayern hervorgeholt hat" ¹⁾).

Der Gedanke einer Junta schlug ein, zumal da die Verwaltung des Admirals von Castilien längst sich verhaßt gemacht. Die Königin fügte sich in die Rückberufung Drapejas als eines Mitgliedes derselben. Denn die Junta sollte sofort gebildet werden, um die Angelegenheit der Succession einzurichten.

So der Wunsch Harrachs, so vielleicht auch das Bestreben der Königin, im Beginne des Monates März 1698.

Inzwischen war der französische Botschafter Harcourt in Madrid eingetroffen. Wir haben aus seinen Berichten zu erfahren, wie er dort die Dinge fand.

Auf die Meldung seiner Ankunft und das Ersuchen um Audienz durfte ihm die Krankheit des Königs auch offiziell nicht verhehlt werden. Im Geheimen erfuhr er darüber viel mehr. Bereits in seinem ersten Berichte aus Madrid, vom 27. Februar, drängt er seine Wahrnehmungen zusammen in die Worte: „Aus Allem was an mich gelangt, ersehe ich, daß es um den König schlimm steht. Nach dem allgemeinen Urtheile hier darf ich annehmen, daß er nicht wieder aufkommt. Demnach müssen Ew. Majestät, meines Erachtens, die Maßregeln treffen, die Ihren Interessen entsprechend erscheinen" ²⁾).

Die Meldungen von Harcourt zeigen übereinstimmend mit denen Harrachs in Madrid einen Anäuel verschiedener Bestrebungen. Es gab neben den hauptsächlichlichen Richtungen auch noch eine portugiesische. Sie war die schwächste; aber nach den Meldungen, die Harcourt einzog, war auch die bayerische nicht von Bedeutung. Die Wage schien nur schwanken zu können zwischen einem kaiserlichen Prinzen und einem französischen. Aber wie stand es mit dieser letzteren Partei? Es war damals der Brauch, daß einem neu angekommenen Botschafter die ersten Besuche gemacht wurden. Harcourt hatte seine Ankunft dem Adel in Madrid kund gethan. Allein Niemand erschien. Einige Tage später erhielt jedoch Harcourt darüber genauere Kunde von dem modenesischen Gesandten Dini, der seit zweiunddreißig Jahren in

¹⁾ Tagebuch des Grafen Harrach S. 246. Vom 5. März.

²⁾ Hippeau t. I, p. 25.

Madrid weilte, und seine französische Gesinnung schon zu den Zeiten von Feuquieres und Rebenac bewährt hatte.

Dini begann mit der Versicherung, daß nach den ihm zugekommenen Nachrichten es mit dem Könige von Spanien nicht mehr lange dauern könne.

Dann redete er mit Nachdruck über den Umschwung in den Gesinnungen der Spanier zu Gunsten der Franzosen. Die Mehrheit, und zwar der verständigere Theil des Adels, sei wohl geneigt für Frankreich, der deutschen Partei dagegen sehr abhold. Daher herrsche große Freude über die Ankunft des Botschafters. Das Nicht-Erscheinen der Granden zum Besuche habe seinen Grund lediglich in der Ungewisheit über den Ausgang der Krankheit des Königs, weil Niemand sich dem Zorne der Königin bloß stellen wolle. Bei der früheren Krankheit habe sich eine allgemeine Bestürzung und Niedergeschlagenheit bemerklich gemacht, nicht dies Mal. Bei seinem langen Aufenthalte in Spanien habe er, Dini, dort beobachtet, daß die Ansprüche Frankreichs an Spanien immer für rechtmäßig gegolten, daß die Spanier keinen Werth legten auf Testamente über die Thronfolge. Nach seiner Ueberzeugung könne der innere Friede von Spanien, beim Tode des Königs, nur durch die Succession eines französischen Prinzen gewahrt werden. Die einzige Besorgnis sei, daß man Spanien zu einer Provinz machen, die Regierungsform und die Gesetze verändern wolle. In diesem Falle würden die Spanier, aus Furcht vor einer solchen Unterjochung, für die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit lieber das Aeußerste wagen. Wenn sie dagegen die Sicherheit hätten, daß man ihnen einen Prinzen gäbe, der allein käme, unabhängig von Frankreich dastünde: so würde dies ihren Neigungen, ihren Interessen, der Ehre ihrer Monarchie so durchaus entsprechen, daß sie ihn mit Freuden willkommen heißen würden. Um den Kurfürsten von Bayern kümmere man sich sehr wenig. Der Kurprinz würde nicht einmal genannt. Die Spanier würden sich nur entschließen entweder für einen französischen oder österreichischen Prinzen ¹⁾.

Die Haltung der Rede dieses Gesandten von Modena läßt erkennen, daß er nicht bloß eine eigene Beobachtung darlegte, sondern

¹⁾ Hippeau t. I, p. 27 et suiv.

sprach wie das Organ der französisch Gesinnten in Spanien. In dieser Weise faßte auch Harcourt die Sache. Er hatte auf seinen Bericht über die Krankheit Carls II. von Versailles her noch keine Antwort. Er äußerte daher zunächst nur seine eigene Ansicht, daß es dem Interesse von Frankreich nicht entspreche, die spanische Monarchie in eine Provinz zu verwandeln.

Noch bevor dieser Bericht vom 5. März über die Stimmung der Spanier dem Könige von Frankreich zukam, verfaßte er am 16. März eine neue Instruction für Harcourt. Sie ist von ganz besonderer Wichtigkeit ¹⁾.

Ludwig XIV. stimmt nach den erhaltenen Mittheilungen der Ansicht bei, daß die Lebenskraft Carls II. nachlasse, daß ein baldiges Ende zu erwarten.

„Allem Vermuthen nach, schreibt er dann weiter an Harcourt, wird gleich nach dem Todesfalle eine Junta von hauptsächlich Ministern zusammen treten. Sie haben dann ohne Zeitverlust zu ihnen insgesammt zu reden.“

„Sie werden zunächst als ein sicheres Princip, welches nicht in Zweifel gezogen werden darf, die Rechte meines Sohnes hinstellen, als begründet auf das gemeine Recht, auf die besonderen Gesetze Spaniens und die Gewohnheiten aller Länder, welche vereinigt diese Monarchie ausmachen.“

„Sie werden weiter ausführen, daß mein Sohn als der nächste Erbe durch nichts gehindert sein würde, den Titel: König von Spanien anzunehmen, und mit aller meiner Macht sich diese große Succession zu sichern; ferner daß meine Truppen an der Grenze stehen, ausreichend um das Recht des legitimen Erben zu behaupten, und daß sie mit Leichtigkeit den Unternehmungen derjenigen zuvorkommen können, die etwa es versuchen würden, die meinem Sohne gebührende Krone ihm streitig zu machen.“

¹⁾ Sie steht bei Hippeau t. I, p. 37 et suiv., und zum großen Theile noch einmal p. 62, unter dem Datum des 12. April. Daß nur das erstere Datum, der 16. März, richtig, zeigt der Vergleich. Daß der Courier mit dem Berichte vom 5. März, den Ludwig XIV. erwartete, noch nicht eingetroffen war, sagt er ausdrücklich p. 47.

„Allein ich begreife auch die Eifersucht, die in ganz Europa sich regen würde wider die Vereinigung einer so mächtigen Monarchie mit meiner Krone. Ich würdige zugleich das drückende Gefühl, welches eine Nation, gewohnt so viele verschiedene Völker zu beherrschen, empfinden würde bei dem Gedanken, fortan selber nur einen Theil einer Monarchie auszumachen. Ich erkenne die Berechtigung des Verlangens an, daß Spanien immer seinen gegenwärtigen Rang in Europa behaupte, daß es regiert werde von durchaus unabhängigen Königen, daß es vermöge die Wage des Gleichgewichtes zu erhalten, wenn etwa eine Macht empor wachsen wollte auf Kosten anderer. Diese Art der Gleichheit verbürgt die Ruhe der Christenheit. Wie ich mich bemüht diese herzustellen, so will ich nicht weniger thun, um sie zu erhalten. Wie die letzten Friedensschlüsse den Beweis erbracht haben, daß ich der allgemeinen Wohlfahrt mein besonderes Interesse nachgesetzt: so darf man auch fortan von meiner Mäßigung dieselben Wirkungen erwarten. Mein Sohn hegt gleiche Gesinnungen mit mir.“

„Meine Truppen, die an den Grenzen stehen, werden daher nur angewendet werden, um den Frieden in Spanien zu erhalten. Sie werden nicht anders einmarschiren als gerufen von dem spanischen Volke, für dessen eigene Sicherheit. Meine Absicht ist den Spaniern alle ihre Rechte und ihre Freiheit zu bewahren. Sie mögen sich derselben bedienen, um die allgemeinen Stände aller Königreiche Spaniens zu berufen. Als mein Botschafter haben Sie in meinem Namen dies zu verlangen. Dieser Versammlung, berufen und constituirt gemäß den Gebräuchen und Privilegien der Nation, spreche ich und spricht mein Sohn die Befugnis zu, alle seine Rechte an die spanische Krone zu übertragen auf einen meiner Enkel, nach der Wahl der Stände. Ich schlage nur den Herzog von Anjou und denjenigen von Berry vor als die von meiner Krone entferntesten, um dadurch jegliche Besorgnis vor einer Einverleibung Spaniens in dieselbe hinweg zu nehmen. Derjenige Prinz, den die allgemeinen Stände Spaniens erwählen, wird dann sofort sich nach Spanien begeben. Keiner meiner Unterthanen wird dort bei ihm bleiben. Die Spanier selbst werden ihn heranzubilden nach spanischer Weise. Sie werden demgemäß einen einheimischen König haben, der sorgsam wachen wird über die Länder seiner Krone, und der doch zugleich vermöge seiner Geburt eine feste

und dauernde Einigung zwischen Frankreich und Spanien begründen wird. Da lediglich die Herrschsucht des Hauses Habsburg zwei früher in Einigkeit lebende Nationen getrennt hat: so wird, wenn dies Princip nicht mehr besteht, die gute Eintracht immerwährend sein."

„Wenn dagegen die Spanier, mit Hintansetzung der rechtmäßigen Erben ihrer Könige, einen der Söhne des Kaisers anerkennt: so würde dies eine neue Quelle des Krieges sein. Denn ich würde dann genöthigt sein, wenn auch ungern, das Recht meines Sohnes mit den Waffen zu behaupten. So um des Rechtes willen. Nicht minder jedoch wegen der Zweckmäßigkeit. Denn wie ich begreife, daß Europa sich beunruhigt fühlen würde durch eine Vereinigung der spanischen Monarchie mit meiner Krone: so wird man anerkennen, daß ich mich einer Vereinigung derselben mit den Erbländern des Kaisers widersetzen müßte."

So in der Hauptsache. Ludwig XIV. fügt weitere Vorschriften hinzu, in welcher Weise Harcourt den Spaniern Furcht einflößen solle vor einer deutschen Herrschaft, wie er dagegen sich bemühen solle, sich ihnen angenehm zu machen durch Lobreden auf ihre Tapferkeit, auf ihre Königstreue. Er hat nicht die Absicht viel Geld zu wagen, weil die Königin von Spanien mehr zahlen könne als er. Er glaubt nicht eine Aussicht zu haben die deutschen Truppen in Spanien zu kaufen, und will es daher gar nicht versuchen. Nur zu besonderen Gratificationen will er Geld anwenden, und dann immer nur mäßige, aber rechtzeitig gegebene Summen. Zu diesem Zwecke werden 300,000 Livres angewiesen. Dagegen darf Harcourt Aemter und Würden in Aussicht stellen, nach Verhältnis des Ranges der Personen. In Betreff der Truppen meldet Ludwig XIV., daß 30 Bataillone Infanterie und 3000 Reiter so bereit stehen, daß sie auf den ersten Befehl sich an die spanische Grenze begeben können. Andere Truppen werden anrücken nach Bedarf. Die Magazine nach der Seite von Catalonien sind gefüllt. Erscheint der Einmarsch durch Navarra geeigneter, so ist es nicht schwer in kurzer Frist auch dort die Magazine mit allem Erforderlichen zu versehen.

So die Instruction Ludwigs XIV. für Harcourt in der Erwartung des nahen Todesfalles, im März 1698. Sie setzt diesen Fall voraus, und ist daher, weil derselbe damals nicht eintrat und

später die Umstände sich noch günstiger für Ludwig XIV. wandten, nicht in Kraft getreten. Dennoch ist sie ein geschichtliches Actenstück von schwerer Bedeutung. Denn sie zeigt, daß das Ziel Ludwigs XIV. dauernd dahin gerichtet war, nicht einen Theil, sondern das gesammte spanische Erbe für einen seiner Enkel zu erlangen.

Dieser Gedanke ist für die Folgezeit immer im Auge zu behalten als der Prüfstein der Verhandlungen über die Theilung der spanischen Monarchie.

Denn wir gelangen damit, und sogar genau dem Datum nach, an den Beginn dieser Verhandlungen zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III.

Allein es bleibt uns zuvor noch die andere Aufgabe zu erledigen, vor dem Beginne dieser Verhandlungen auch den Standpunct Wilhelms III. und seines ersten Rathes, des Pensionärs Heinsius, uns klar zu machen.

Die Nachrichten über die neue Erkrankung Carls II. eilten im Februar und März durch Europa, und demgemäß stieg die Besorgnis eines nahen Krieges aller Orten empor.

Der Graf Stratemann im Haag legte dem Rathspensionär die Berichte Harrachs aus Madrid vor. Heinsius erwiederte: die Republik werde kein Bedenken tragen, mit Rath und That zu dem Kaiser zu stehen. Nur sei es dringend nothwendig, daß der König von Spanien seinen Willen kund gebe, sei es durch ein Testament, sei es auf andere Weise, ferner daß der Kaiser mit den Türken einen Frieden schließe, daß er sich mit dem Kurfürsten von Bayern verständige, dann daß die Allianz erneuert, eine gemeinsame Garantie ohne Zeitverlust geschlossen werde. Die bewaffnete Macht von Frankreich sei fast noch im selben Stande, wie während des Krieges. Darum seien alle Truppen beisammen zu halten, namentlich auch im Reiche nicht ferner abzurüsten. Hoffentlich werde die Mahnung an die vielleicht bald bevorstehende Katastrophe auch auf das Parlament von England einen Einfluß üben, dasselbe hemmen auf dem bedenklichen Wege, den es seit dem Friedensschlusse eingeschlagen. Heinsius versprach endlich sogleich an den König von England zu berichten. Er zweifelte nicht,

sagte er, der König werde mit den Generalstaaten sich erklären zur völligen Befriedigung des Kaisers ¹⁾).

In derselben Weise sprach sich der König Wilhelm dem Grafen Auersperg aus, und zwar zuerst noch vor der Nachricht der Erkrankung Carls II. „Ich bin, erwiederte er auf die Frage Auerspergs, mit dem Plane der Erneuerung der Allianz und eines Garantie-Vertrages sehr wohl zufrieden. Sie wissen, daß es mein Wunsch war, die Sache sogleich nach dem Abschlusse des Friedens im Haag vorzunehmen. Man hätte dadurch Zeit gewonnen, und von vorn herein die französischen Umtriebe im Reiche vereitelt. Die Allianz muß so eingerichtet werden, daß wir im Stande sind gegen neue Verjuche von Frankreich sofort mit Nachdruck aufzutreten. Denn allerdings ist das Verhalten dieser Krone bereits ähnlich, wie nach dem Frieden von Nymegen.“ Auersperg erwiederte: das Streben des Kaisers sei dahin gerichtet, daß die Reichsfürsten nicht einzeln, wie während des Krieges, sondern insgesammt der Allianz beiträten. Darum habe der Kaiser die Stadt Wien als den geeigneten Ort ersehen, zumal da die Sache zuerst am Reichstage in Regensburg festgestellt werden müsse. Der König seinerseits mahnte an den Türkenfrieden ²⁾).

Wenige Tage später traf eine günstige Nachricht von Lord Paget aus Constantinopel ein. Der Sieg von Zenta trug seine Früchte. Im Januar 1698 einigte sich der Divan, den Antrag des Lords Paget auf die Friedens-Vermittelung anzunehmen. Die Türken waren bereit im Principe den Bestand des *uti possidetis* anzuerkennen, jedoch mit Einschränkungen. Namentlich wollten sie nicht sich fügen in die Abtretung von Siebenbürgen an den Kaiser, andererseits in diejenige einer Reihe von festen Plätzen nur in geschleiftem Zustande. Paget erwiederte, daß sie diese Bedingungen nicht erhalten würden. Dennoch war auch so die erklärte Annahme der Vermittelung ein großer Fortschritt. Wilhelm III. hob dies dem Grafen Auersperg gegenüber nachdrücklich hervor ³⁾).

¹⁾ Stratemanns Bericht vom 28. März.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 14. März.

³⁾ Desgleichen. — Man vergleiche den Final-Bericht Ruzzinis in den *Fontes rerum Austriacarum* t. XXVII, p. 350 u. f.

Dann kam die Nachricht der Krankheit Carls II. Auersperg trat vor den König Wilhelm III. Die Krankheit sei im Wachsen, sagte er: es sei keine Zeit zu verlieren. Der König möge sich erklären. Wilhelm III. erwiderte, daß auch seine Nachrichten ergäben: es werde mit dem guten Herrn in Madrid bald vorbei sein, zumal da die Unwissenheit der spanischen Aerzte eben so gefährlich wie die Krankheit. Er machte den Vorschlag, einen englischen Arzt hinzusenden. Auersperg erwiderte: die Spanier würden ihn nicht aufkommen lassen. Der König erging sich in weiteren Betrachtungen. „Dieser Todesfall gerade jetzt, sagte er, würde das größte Unglück von der Welt sein. Denn die verbündeten Mächte sind entwaffnet: Frankreich dagegen steht gerüstet da. Dazu gelangen die Nachrichten aus Madrid zuerst nach Versailles, und der König dort kann daher seine Maßregeln treffen, bevor Wien und London nur die erste Kunde erhalten. Unter diesen Umständen ist das nächste Erfordernis ein baldiger Friede mit den Türken. Hoffentlich hält die Jugend des Königs von Spanien das Uebel noch so lange zurück. Zugleich ist dahin zu trachten, daß das Reich sich einige und waffne. Ich meinerseits werde bedacht sein, den Kaiser wirksam zu unterstützen. Die Generalstaaten sind eben so gesinnt. So lange aber der Friede mit den Türken nicht geschlossen, sehe ich die Möglichkeit nicht ab, wie wir der französischen Macht zu Lande und zu Wasser widerstehen können.“ — Auersperg wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß der diplomatische Verkehr der Seemächte mit dem Hofe von Madrid hergestellt, die Differenz über den Schonenberg endlich beigelegt werde. Der König erwiderte: „Er hat mir treu gedient: ich kann ihn nicht fallen lassen“ ¹⁾.

Die Krankheit des Königs Carl II. von Spanien bot damals durch ganz Europa den Ausgangspunct aller politischen Erwägungen. „Ich sehe, meldet Auersperg, daß die Mitglieder des Parlamentes die Sache sehr zu Herzen nehmen. Auch zweifle ich nicht, daß der König diese Stimmung noch mehr anfachen wird. Aber er muß mit großer Vorsicht handeln, damit es nicht scheint, als habe er eine Neigung zu einem abermaligen Kriege. Denn dies würde ihm bei der englischen Nation zum großen Nachtheile auschlagen“ ²⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 25. März.

²⁾ Desgleichen vom 28. März.

Weder dieser Gesandte, noch die Mitglieder des Parlamentes ahnten damals, daß in Betreff der spanischen Angelegenheit bereits die Fäden eines neuen, ganz außerordentlichen Gewebes sich verschlangen.

Und hier erst gelangen wir dahin, die Stellung des Königs Wilhelm uns völlig klar zu machen.

Seine Aeußerungen zu Auersperg haben uns ergeben, daß er die Verpflichtung des geheimen Artikels der Allianz von 1689 noch anerkennt. Aber wie konnte er, bei der Anerkennung einer Verpflichtung, die ihre Spitze kehren mußte gegen Ludwig XIV., auf den Gedanken kommen, mit diesem Könige über dieselbe Angelegenheit zu irgend einer Einigung zu gelangen? — Wilhelm III. erwog, ob nicht der Knoten noch in einer anderen Weise zu lösen sei.

Sein Botschafter Portland in Paris trat nicht mit einer Eröffnung über Spanien hervor; dennoch war er über die Frage selber nicht unthätig. Die Denkwürdigkeiten des französischen Diplomaten Gourville lassen ersehen, daß der Oranier in die Befähigung, wie in den Charakter desselben seit langen Jahren ein besonderes Vertrauen setzte. Dies wird bestätigt durch die Bezeichnung, welche Wilhelm III. in einem seiner Briefe an Portland dem Namen beifügt. Er nennt ihn den ehrenwerthen Gourville ¹⁾. Portland ließ diesem Manne durch eine vertraute Persönlichkeit melden, daß er den besonderen Auftrag habe mit ihm zu reden. Gourville war damals alt und hinfällig: seit dem Jahre 1692 verließ er sein Zimmer nicht mehr. In diesem Falle jedoch war er bereit den Besuch zu empfangen. Portland eröffnete ihm, daß der König Wilhelm seine Ansicht wünsche, was zu thun sei, damit beim Todesfalle des Königs von Spanien ein allgemeiner Krieg vermieden werde. Gourville, seinerseits überzeugt von der Aufrichtigkeit dieses Wunsches, erwiederte, daß nach seiner Ansicht man von allen Seiten dahin trachten müsse, den Kurprinzen von Bayern zum Könige von Spanien zu machen. Portland entgegnete, daß der König von England damit völlig übereinstimme ²⁾.

Die Antwort Portlands wirft ein überraschendes Licht auf die damalige Stellung Wilhelms III. zu der wichtigen Frage. Wir haben

¹⁾ Grimblot t. I, p. 158.

²⁾ Mémoires de Gourville t. II, p. 286.

gesehen, daß er eben so wie Heinsius sich nicht betrachtet als gelöst von der Verpflichtung, welche sie dem Kaiserhause gegenüber durch den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689 auf sich genommen. Und nun tritt uns hier die Nachricht entgegen, daß Wilhelm III. das Recht des Kurprinzen Joseph Ferdinand als das bessere anerkennt, daß er hofft durch die Geltendmachung desselben den Frieden für Europa zu bewahren! — Mindestens eben so schwer wie die Rechtsanschauung, mochte bei Wilhelm III. das Interesse der Republik Holland ins Gewicht fallen, zunächst in Betreff Belgiens, der Vor-mauer derselben gegenüber Frankreich, welche die Republik sich so eben neu gesichert durch den Vertrag mit dem Kurfürsten Max Emanuel über die Besetzung der festen Plätze¹⁾. Indessen, welches Motiv immer den Ausschlag geben mochte, wir sehen den König Wilhelm III. in sich getheilt. Die Verpflichtung, die er dem Kaiser gegenüber nicht verneinte, der Wunsch, den er hier vertraulich kund gab, standen mit einander in unvereinbarem Widerspruche. Indem dagegen Portland, wie wir aus den eigenen Worten Wilhelms III. zu ihm vernommen, nach Frankreich gesendet war zu dem Zwecke, mit Ludwig XIV. über die spanische Succession zu verhandeln, folgt daraus, daß Wilhelm III. für den Kurprinzen eintreten wollte bei demjenigen Könige, welcher eigene Ansprüche erhob und dieselben stützte auf seine überlegene Macht. Schon diese Umstände stellen es in Frage, ob der König Wilhelm III. bei diesem inneren Widerstreite seiner Gedanken, bei dieser Unklarheit über das zu erreichende Ziel, einen festen, sicheren Gang seiner Politik inne halten konnte.

Wir kennen dagegen das bestimmte Ziel Ludwigs XIV., der in jener wichtigen Instruction für Harcourt die bayerischen Ansprüche an das spanische Erbe nicht einmal einer Erwähnung würdigt.

In der ersten Hälfte des Monates März harrten Ludwig XIV. und seine Rätthe einen Tag um den anderen, ob der Botschafter Portland die Angelegenheit der spanischen Succession zur Sprache bringen würde. Es geschah nicht. Daher entschloß sich Ludwig XIV.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 143.

bei der Lage der Dinge, wo nach den bisherigen Nachrichten aus Spanien die Todeskunde in täglicher Aussicht stand, den ersten Schritt zu thun. Es geschah am 14. März, demnach noch vor jener Instruction für Harcourt ¹⁾).

Die Minister Pomponne und Torcy erschienen bei Portland. Sie begannen zu reden von den beiderseitigen Bethenerungen des aufrichtigen Willens für die Erhaltung des Friedens in Europa, von der Nothwendigkeit sich zu diesem Zwecke zu einigen. Langsam kamen sie näher. Das wichtigste Ereignis, geeignet diesen Frieden zu stören, sei der zu befürchtende Todesfall Carls II. von Spanien. Der König von Frankreich sei bereit, mit demjenigen von England die Sache zu besprechen, ihm Beweise seines völligen Vertrauens zu geben. Portland erwiederte: der König Wilhelm könne sich nicht richten nach eigenen Neigungen, sondern müsse das Interesse von Holland und England voranstellen. In England sei die Eifersucht wider Frankreich so stark wie jemals zuvor. Pomponne und Torcy erwiederten: es sei der Wunsch ihres Königs diese Eifersucht zu verringern. Eine sehr berechtigte und begründete Eifersucht sei dagegen zu richten wider den Kaiser, welcher trachte sich die spanische Succession zu sichern, und durch den Grafen Harrach in Madrid die Einladung seines Sohnes dahin zu erlangen.

Ueber die Rechtsfrage redete Portland, als sei er ganz unfundig. Er fragte, ob das salische Gesetz in Spanien Anwendung finde, ferner wie es stehe um das Testament Philipps IV. Pomponne und Torcy bemühten sich ihm darzuthun, daß die Krone von Spanien auch durch die weiblichen Linien vererbe, daß das Testament eines Königs nicht vermöge, diese gesetzlich festgestellte Erbfolge zu ändern. Der Verzicht der Infantin Marie Theresie und Ludwigs XIV. vor der Heirath kam dabei nicht zur Sprache.

Portland indessen verlangte bestimmtere Angaben. Jene erwiederten: der König von Frankreich werde so verfügen, daß Spanien

¹⁾ Der Bericht Portlands bei Grimblot t. I, p. 290 gibt bestimmt dieses Datum. Der Schluß der Instruction für Harcourt, bei Hippeau t. I, p. 43, steht damit nicht in Widerspruch. Der französische Bericht über die Unterredung mit Portland ist bei Hippeau t. I, p. 15 et suiv., in englischer Uebersetzung bei Grimblot t. I, p. 294. Auch dieser Bericht gibt als Datum an den 14. März.

und Frankreich niemals denselben König haben würden. Holland dagegen bedürfe einer Barriere gegen Frankreich. Dies hieß mit anderen Worten: Belgien für den Kurprinzen Joseph Ferdinand: das übrige spanische Erbe für einen der zwei jüngeren Söhne des Dauphins, der Enkel Ludwigs XIV., Anjou oder Berry. Pomponne und Torcy nannten keinen Namen; aber Portland erwiederte: die Besorgnis für Europa sei völlig gleich, ob Spanien zu der französischen Krone gezogen werde oder einem dieser Prinzen zufalle. Das Interesse von England sei der Handel und die Schifffahrt, und für dies Interesse sei Frankreich zu fürchten, weil es den Handel nach Indien und dem Mittelmeere stören könne. Der Kaiser dagegen habe keine Flotte. Die spanische Seemacht sei verfallen. Der Kaiser würde den Erzherzog nach Spanien senden als selbständig. Dazu kenne der König von England besser als irgend ein Anderer die Schwäche der Macht des Kaisers, die Erschöpfung seiner Finanzen, und wisse demgemäß, daß an eine Gefahr von dort her überhaupt nicht zu denken. — Pomponne und Torcy gaben das nicht zu. Im Besitze von Seehäfen werde der Kaiser auch vermögen eine Flotte zu schaffen. Durch die Mittel von Spanien könne er seine Finanzen herstellen. Noch gegen die Mitte des nicht abgelaufenen Jahrhunderts habe die vereinigte Kraft beider Linien des Hauses Habsburg das gesammte Europa bedroht. Es habe Wunder bedurft Deutschland zu retten von der Sklaverei. Der Kaiser werde sich im Reiche eben so souverän machen wie andere Könige daheim. Immerhin möge der enge Blick der Engländer, sich beschränkend auf die eigene Insel, die Welt rund umher anschauen mit der Gleichgültigkeit, welche Portland ihnen zuschreibe; der Lebensgang des Königs Wilhelm III. thue dar, daß sein Auge das Ganze umspanne, und darin werde er sich nicht geändert haben.

Die Rede der beiden Minister enthält gedrängt die französischen Vorurtheile, welche Jahrhunderte lang gedient haben zur Verschönigung der Aggression der Häuser Valois und Bourbon gegen Habsburg. Da sie das Urtheil des Königs Wilhelm darüber herausfordern: so ist es zweckmäßig dasselbe aus seiner Antwort an Portland sogleich hier folgen zu lassen. „In Betreff der Besorgnis vor der anwachsenden Macht des Kaisers, welche diejenige von Frankreich überragen soll,

staune ich, daß Pomponne und Torcy sich nicht schämen so etwas zu sagen" ¹⁾).

Nach langem Hin- und Herreden warf Portland hin: „Nach meiner Ansicht ist vermöge des Testamentes von Philipp IV. der Kurprinz Joseph Ferdinand von Bayern der rechtmäßige Erbe. Warum nicht ihn nehmen? — Die Wahl würde der Besorgnis von ganz Europa vor Frankreich ein Ende machen, und eben so derjenigen, welche Frankreich vor dem Kaiser zu haben betheuert“. Auf die Erwiederung von Pomponne und Torcy, daß sie ja bereits die Wichtigkeit dieses Testamentes dargethan, entgegnete Portland: er habe nur seine Privat-Ansicht ausgesprochen.

Man einigte sich beiderseitig dahin, daß Portland einen Courier mit der Meldung dieser Eröffnungen absenden solle. Dann jedoch kam er zum Schlusse auf seine erste Angelegenheit zurück. „Wenn wir, sagte er, verhandeln wollen über Angelegenheiten von solcher Tragweite: so wäre es zu wünschen, daß vorher jeglicher Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt würde.“ — „Es ist nicht meine Absicht, fuhr er fort, abermals die Entfernung des Königs Jacob zu verlangen. Der König von Frankreich hat gesagt, daß seine Ehre dabei betheiligt, und der König von England ist weit entfernt eine Forderung auszusprechen, welche ein Gefühl dieser Art verletzen würde. Aber ich begreife nicht, daß, wo wir doch gegenseitig auf freundschaftlichem Fuße leben wollen, Einer dem Anderen etwas abschlägt, was Könige sonst immer zu gewähren pflegen. Es sind in St. Germain Personen, die meinem Könige nach dem Leben gestanden.“ Portland las die Namen ab. „Ich kenne auch die Reden, fuhr er fort, welche sie über mich führen.“ Er wiederholte sie. „Darum darf ich verlangen, schloß er, daß sie um der Sicherheit meines Königs willen mir ausgeliefert werden. Sind sie nicht bekannt, was ich doch kaum glaube: so möge der König geruhen zu befehlen, daß die Beweise aus meinen Händen entgegen genommen werden.“

Pomponne und Torcy wichen aus wie früher. Dann sagten sie, daß die Angelegenheit, um die es nach ihren Eröffnungen sich handele, weil so außerordentlich wichtig, auch ein so völliges Vertrauen

¹⁾ Grimblot t. I, p. 345.

bedinge, daß im Vergleiche mit ihr alles Andere erscheine als geringfügig. Die Einigung über diese Angelegenheit werde keinen Schatten eines Zweifels an der Freundschaft beider Könige übrig lassen.

In den nächsten Tagen glaubte Portland zu beobachten, daß, in Betreff des ferneren Aufenthaltes von König Jacob, viele ¹⁾ Hofleute von Versailles für St. Germain auftraten, daß jedoch in Betreff der Theilnehmer an dem Mordplane vom Februar 1696 Alle die Achseln zuckten.

Es handelt sich um die wichtige Frage, wie der König Wilhelm die seinem Botschafter gemachten Eröffnungen aufnahm.

Der König Wilhelm scheint auch nicht einen Augenblick über seine Entscheidung geschwankt zu haben. Es sei seine Absicht, erwidert er seinem Botschafter, auf diese wichtige Mittheilung nicht abzubrechen, sondern sich darauf einzulassen, um zu ersehen, wie weit Frankreich etwa gehen würde, und somit im Stande zu sein zu beurtheilen, ob er über eine so delicate Angelegenheit wie die spanische Succession, mit Frankreich zur Verständigung gelangen könne.

In diesem Sinne sendete er sofort an den Rathspensionär Heinsius eine Abschrift des Berichtes. Er wies ihn an sich direct mit Portland in Verbindung zu setzen. Wir erkennen daraus, wie sehr überzeugt sich der König fühlte, in Heinsius ein Gegenbild seines politischen Ich zu finden. Er versichert den Grafen Portland von beiden Seiten her des Geheimnisses. An den Verhandlungen mithin, die von da an mit Frankreich beginnen, sind betheiligt nur die drei Personen: der König Wilhelm III., Portland, Heinsius.

Für dies Eingehen des Königs treten in seiner Antwort an Portland namentlich zwei Motive hervor. Das eine derselben kleidet er in die Worte: „Ich bekenne, daß ich von Herzen den Wunsch fühle, für die kurze Zeit, die ich noch zu leben haben mag, nichts mehr von Krieg zu sehen. Darum will ich, um ihn zu vermeiden, nichts unterlassen, was meine Ehre und mein Gewissen mir zu thun verstattet“ ²⁾.

¹⁾ The flattering courtiers, im Berichte vom 19. März, bei Grimblot t. I, p. 309.

²⁾ A. a. O. p. 307.

So der König bei dem ersten Schritte auf diesem Wege. Die Folgezeit wird ergeben, ob ihm auch im Fortgange der Angelegenheit, dem Kaiser gegenüber immer dies selbe Bewußtsein geblieben sein kann.

Das andere Motiv kleidet er in diese Worte. „Es scheint mir, sagt er zu Portland, daß Sie kein Urtheil fällen wollen über die Aufrichtigkeit der starken Ausdrücke, mit welchen der König von Frankreich seine friedliche und freundschaftliche Gesinnung für mich betheuert. Nach meiner Ansicht ist dies Räthsel klar gelöst durch die Ihnen gemachten Eröffnungen. Denn, wenn wir im Stande sind auf seine Vorschläge einzugehen: so dürfen wir an der Aufrichtigkeit seiner Absichten keinen Zweifel mehr hegen, und dann wird alles meinen Wünschen gemäß abgethan werden. Im anderen Falle freilich ist zu besorgen, daß die Dinge wieder zurückkehren auf den alten Fuß. Ihnen jedoch will ich nicht verhehlen, daß ich über die Ihnen gemachten Vorschläge sehr erfreut bin. Denn, wie immer die Dinge ausfallen, es kann nur zu meinem Vortheile sein“.

So der König Wilhelm am 9./19. März 1698, bei dem Beginne seines Hinüber-Lebens zu Ludwig XIV. Die Worte sind gewichtig. Wir werden uns an dieselben zu erinnern haben um reichlich zwei Jahre später, im November 1700.

Jedoch auch hier schon muß es auffallen, daß Wilhelm III. das Eingehen auf Verhandlungen, welche Ludwig XIV. mit so unverkennbarem Eifer herbeizuführen getrachtet hatte, ansehen konnte als unter allen Umständen vortheilhaft für sich. Näher hätte doch, wie es scheint, die Frage gelegen, warum Ludwig XIV. mit solchem Eifer diese Verhandlungen anzuspinnen suchte.

Uns Späteren liegt die Lösung dieser Frage offen vor: sie ist der Schlüssel des Ganzen.

Wir wissen aus der Instruction für Harcourt, welche Ludwig XIV. zwei Tage nach jener Beredung seiner Minister mit Portland entsendete, daß er das gesammte spanische Erbe für einen seiner Enkel verlangte, daß Harcourt angewiesen war, beim Tode Carls II., in Spanien diejenigen Schritte zu thun, welche dieser Forderung entsprachen.

Wir haben aber auch aus den Worten Ludwigs XIV., bei der Entsendung von Harcourt, seine Ansicht vernommen, daß der Entschluß

das ganze spanische Erbe zu nehmen, die Mächte der Allianz von 1689 sofort wieder gegen Frankreich vereinigen werde.

Es ist dabei vor allen Dingen wichtig und stets gegenwärtig zu halten, daß Ludwig XIV. den geheimen Artikel der Allianz von 1689 kennt, demnach weiß, daß dieser Artikel auch nach dem Friedensschlusse in Kraft besteht.

Wir erinnern uns der von Heinsius ausgesprochenen Besorgnis vor der Gefahr, die erwachsen würde, wenn Ludwig XIV. von jenem geheimen Artikel Kenntniss erhielt.

Umgekehrt lagen die Dinge.

Nicht wenn Ludwig XIV. von diesem Artikel Kenntniss erhielt, erwuchs eine Gefahr, sondern sie bestand darin, daß er diese Kenntniss besaß, ohne daß Wilhelm III. und Heinsius diese Kenntniss bei ihm vermutheten, noch ahnten. Darum kamen sie nicht auf den Gedanken, daß der Eifer Ludwigs XIV. sich ihnen zu nähern, entsprang aus dieser Kenntniss.

Denn dieser von der Allianz von 1689 übrig gebliebene Artikel ist wie das Samenkorn, von welchem aus eine neue ähnliche Allianz, und zwar ganz direct und ausdrücklich wider den Plan Ludwigs XIV. auf das gesammte spanische Erbe, sofort wieder emporwachsen kann. Darum sucht Ludwig XIV. die Triebkraft dieses Samenkornes zu vernichten, indem er es zersekt und auflöst.

Als das geeignete Mittel zu dieser Zersekung erschien dem Könige von Frankreich das Anknüpfen von Verhandlungen mit der wichtigsten Persönlichkeit, dem Führer der beiden Seemächte, über die Angelegenheit der spanischen Succession. Es ist Gewicht zu legen auf das Wort Verhandlungen. Denn wir stehen mit unserer geschichtlichen Betrachtung im Monate März 1698, wo Ludwig XIV. gemäß den Nachrichten aus Spanien den Todesfall dort als nahe bevorstehend ansieht. Die Frage, ob Ludwig XIV. damals auch das Ziel einer Verhandlung, einen Vertrag, gewollt habe, wird erst an der weiteren Entwicklung der Dinge sich beantworten lassen.

Zunächst liegt nur die Thatfache vor, daß Ludwig XIV. damals, im März 1698, eine Verhandlung mit Wilhelm anstrebte. Wie immer diese Verhandlung ausfallen mochte, so lange sie dauerte, trat Wilhelm III. dem Kaiser Leopold nicht bloß nicht näher, sondern rückte

unvermeidlich ihm ferner. Namentlich erneuerte er nicht und bekräftigte nicht jenen für Ludwig XIV. gefährlichen geheimen Artikel der großen Allianz. Wenn dann der Fall in Spanien sich ereignete, so war jene Allianz, trotz ihres Wortlautes, welcher das Fortbestehen auch über jenen großen Krieg hinaus ankündigte, dem Wesen nach zerstückt und aufgelöst, die einstigen Mitglieder derselben von Mißtrauen wider einander erfüllt, und die Entscheidung stand bei dem Stärksten.

So der Grundzug des Planes von Ludwig XIV., wie er uns in der Folge klarer sichtbar werden wird. Aber es fragte sich um das Positive, um die Lockung, den König Wilhelm III. und den Rathspensionär für das Eingehen auf eine solche Verhandlung zu gewinnen.

Wir haben mehr als einmal die Meisterschaft Ludwigs XIV. kennen gelernt, die Neigungen und Leidenschaften anderer Menschen für seine Zwecke auszunutzen.

Vermöge der Friedensliebe des Kaisers Leopold hatte im Beginne des Jahres 1668 der König Ludwig XIV. gesucht, jenen zu einem Theilungsvertrage über das spanische Erbe zu bewegen, welcher nach der Meinung Leopolds und den gegenseitigen Bethuerungen beider Vettern den Zweck hatte, den Frieden Europas zu verbürgen, welcher dagegen nach der eigentlichen Absicht Ludwigs XIV. und seines Dieners Bremonville dienen sollte, die beiden Linien des Hauses Habsburg in Deutschland und in Spanien unheilbar mit einander zu entzweien (Bd. I, S. 216). Der Vertrag gelang, nicht freilich dann die Absicht Ludwigs XIV.

Vermöge der Tendenzen von Carl II. und Jacob II. für das was sie bezeichneten als Religion und Königthum, hatte Ludwig XIV. getrachtet, England in sich lahm zu legen durch innere Zwietracht, oder es in Krieg zu verwickeln mit der Republik Holland, damit beide Mächte, in einander verwickelt, ihm für seine anderen Plane kein Hindernis in den Weg legten. Es war ihm darin viel gelungen, nicht alles. Die Thatkraft des Oraniers band endlich im Jahre 1688 beide Mächte zusammen wider den Friedensstörer, und das Königthum Jacobs II. wurde zum Opfer dargebracht.

Dennoch suchte nun Ludwig XIV. den Oranier zu locken, ihn sich einzufangen.

Wilhelm III. war nicht in solcher Art faßbar wie seine beiden Oheime, seine Vorgänger in England. Er war weder ein schlaffer Weichling wie Carl II., noch verwechselte er Herrschsucht mit Frömmigkeit, wie Jacob II. Dennoch besaß auch er eine Leidenschaft, höher, edler, als diejenige seiner Oheime von England, weil sie nicht direct seine Person betraf, und dennoch eine Leidenschaft, die geeignet war ihn hinauszuführen über das Recht. Diese Leidenschaft war diejenige des Patriotismus für sein geliebtes Holland. Man wird ihn darum nicht hinabdrücken dürfen auf gleiche Stufe mit irgend einem Eroberer, welcher den Patriotismus zum Vorwande nimmt, um Andere zu berauben. Wilhelm III. von England wollte nicht sein Vaterland vergrößern, sondern es sichern, es bewahren, den Frieden ihm erhalten, ihm Vortheile zuwenden. Auf dies Bestreben rechnete Ludwig XIV. Diesem Wunsche hielt er die Fockung vor, durch welche er den Dranier abzuleiten hoffte von den eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Es geschah. Wir werden den Schritten zu folgen haben, bis, wie es scheint, der völlige Triumph Ludwigs XIV. vor Augen liegt. Und dann werden wir dennoch ersehen, wie der Dranier in der Erkenntnis des mit ihm getriebenen Spieles, sich wieder findet und ersticht wie im Jahre 1688, und wie eben darum dann doch dasjenige eintritt, was Ludwig XIV. mit dem Aufgebote alles Geschickes, mit ungemeiner List, mit einer staunenswerthen Berechnung und Ausnutzung fremder Schwächen und Leidenschaften hat vermeiden wollen: die abermalige Einigung aller Anderen wider ihn.

Auch von dieser Seite jedoch tritt an uns die Frage heran nach den mitwissenden Personen. Von englisch-holländischer Seite, oder, wenn wir es genau bezeichnen wollen, von holländischer Seite, waren es die drei: der König Wilhelm III., Heinsius, Portland. Von französischer Seite ist nicht eine solche Dreizahl zu entdecken. Pomponne und Torcy in Paris, Harcourt in Madrid, Tallard in London, agiren sämmtlich nach Befehl. Es wird sich heraus stellen, daß namentlich der letztere, welcher mit Eifer und Geschick, und besonders mit großer Gewandtheit der Rede, die Verhandlungen betreibt, immer in dem guten Glauben lebt, daß Ludwig XIV. die ernstliche Absicht habe die spanische Monarchie zu theilen. Es ist demnach in Frankreich

nur Einer im Vollbesitze des Geheimnisses über das letzte Ziel, Ludwig XIV. selbst.

Die nächste Aufgabe war nur erst einen Faden anzuknüpfen. Wie der Eifer Ludwigs XIV. und seiner Minister in Versailles dafür sich fund gibt in ihren Schritten gegenüber dem Grafen Portland: so haben wir aus der Instruction für den nach London entsendeten Botschafter Tallard vernommen, daß auch er den Auftrag hatte, die Gedanken des Königs Wilhelm über die Angelegenheit der spanischen Succession hervorzulocken. Diese Aufgabe war ihm hingestellt als die erste und hauptsächliche ¹⁾.

Um so merkwürdiger ist die dauernde Zurückhaltung Portlands. Wir haben aus dem ersten Schreiben von Wilhelm III. an ihn nach Paris ersehen, daß die Vermuthung Ludwigs XIV. richtig, nämlich daß die Angelegenheit der spanischen Succession allerdings der wichtigste Punct seiner Sendung war. Allein auch nach jener Eröffnung durch Pomponne und Torcy suchte er ihnen gegenüber seinen anfänglichen Standpunct des Nicht Wissens festzuhalten. Einige Tage später bemerkte er ihnen, daß er auf ihre allgemein gehaltenen Vorschläge von London her nicht eine bestimmte Antwort erwarte. Denn diese Gedanken seien etwas völlig Neues, von dem Könige von England bisher nicht in Erwägung gezogen, und würden daher ihn überraschen. Pomponne und Torcy erwiederten: es sei undenkbar, daß der König von England diesen Fall, der allein geeignet sei den Frieden Europas zu stören, nicht längst in Betracht genommen und über die zweckmäßigen Mittel zur Abhülfe nicht nachgedacht haben sollte ²⁾. — In der That dürfte das Festhalten Portlands an seiner Fiction weniger gedient haben, diese glaubhaft erscheinen zu lassen, als vielmehr den französischen Ministern die Gewisheit zu geben, daß von Seiten Wilhelms III. ein bestimmter Plan nicht vorlag.

Die täglich aus Madrid einlaufenden Nachrichten steigerten unterdessen die Sorge und die Unruhe dieses Königs. „Wenn der zu besorgende Tod in Madrid bald eintritt, schreibt er am 15./25. März an Heinsius, so ist von dieser Unterhandlung mit Frankreich nichts zu erwarten.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 268.

²⁾ A. a. C. p. 308.

Mich schaudert bei dem Gedanken, daß wir unter den gegenwärtigen Umständen, wo die Verbündeten nicht in Waffen, Spanien völlig zerüttet, in einen neuen Krieg verwickelt werden können. Unleugbar ist Frankreich im Stande von der Monarchie Besitz zu ergreifen, bevor nur wir vermögen, die geringste Maßregel zum Widerstande zu treffen. Der Gang der Dinge hier gestattet mir für die Landmacht sehr wenig zu thun. Eher ist etwas zu erreichen für die Seemacht, weil man dafür besser geneigt. Ich stimme durchaus Ihrer Ansicht bei, daß unverzüglich alle Maßregeln mit den Bundesgenossen zu vereinbaren sind. Ich habe schon erwogen, ob es nicht gut sein würde, wieder eine Art Congreß im Haag zu versammeln. Oder besser vielleicht noch in Wien? Die Entfernung ist freilich ein großes Hindernis. Dennoch ist es der bestgeeignete Ort, und, in diesem Falle, müssen Minister von Erfahrung dorthin gesendet werden. Nicht minder nach Madrid. Eben so müssen wir trachten die Bundesgenossen allerseits anzufeuern, mit den Waffen bereit zu sein" ¹⁾.

Das Wort Bundesgenossen, wie der Gedankengang überhaupt, haben einen Sinn nur von der Voraussetzung Wilhelms III. aus, daß die große Allianz, obwohl nach dem Friedensschlusse nicht ausdrücklich erneuert, dennoch in Kraft bestehe.

Jener Gedanke, daß Frankreich bereit sei für alle Fälle, die Verbündeten dagegen gar nicht, tritt in den nächsten Tagen bei Wilhelm III. in den Vordergrund seiner Erörterungen. Mit demselben verbindet sich der andere, daß durch einen Vertrag über diese spanische Sache der Krieg ganz vermieden werden könne. Wilhelm III. erwägt das hin und wieder. Demgemäß steigt in ihm der Wunsch empor, die Besonderheiten der französischen Vorschläge sehr bald zu erfahren. Diesem Wunsche haftet dann die Besorgnis an, daß der König von Frankreich, je wahrscheinlicher der nahe Todesfall, desto schwieriger mit dieser Mittheilung sein werde. Wilhelm III. neigt sich demnach zu einem Vertrage mit Frankreich. Dann jedoch wieder steigt ihm als der stärkste Stein des Anstoßes empor der Gedanke an das geringe Vertrauen, welches man auf Verträge mit Frankreich setzen dürfe. Denn diese überlegene Macht halte ja die Verträge lediglich nach ihrer Convenienz.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 312.

Fast täglich erörtert der König diese Gedanken in seinen Briefen an seine Vertrauten, Heinsius und Portland. Seine Stimmung, unter dem Drucke des körperlichen Unbehagens, des Verdrusses über die Haltung des Parlamentes in der Angelegenheit der Truppen, hebt sich nicht. Er fügt einem der Schreiben an Portland eine Notiz hinzu über eine abgehaltene Hirschjagd. „Sie fiel ziemlich gut aus, sagt er, in so weit dies häßliche Land es verstattet“ ¹⁾.

Die Besorgnis Wilhelms III., daß Ludwig XIV. irgend ein Bedenken trage, sich bestimmter und specieller einzulassen, war nicht begründet. Auf die im allgemeinen zusagende Antwort Wilhelms III. vom 9./19. März erbat und erhielt Portland eine Privat-Audienz. Ludwig XIV. sprach seine Befriedigung aus über die Antwort. Dann fuhr er fort: es sei nicht anders möglich, als daß Wilhelm III. die spanische Sache erwogen habe; aber er möge nicht eine solche Eröffnung erwartet, nicht sich vorgestellt haben, daß er, der König von Frankreich, den Frieden so ernstlich wolle. Er habe dies schon wiederholt versichert, und versichere es abermals. Er habe ja zwanzig der festesten Plätze in Europa aufgegeben, nur um den Frieden zu erwirken, zu einer Zeit, wo die Kraft seines Königreiches ausgereicht habe, den Krieg noch auf lange hinaus fortzuführen. Dies sei doch ein starker Beweis, hinreichend, alle Welt von seinen Absichten zu überzeugen. Portland erwiederte, daß der König Wilhelm bereit sei alles zu thun, was den Frieden zu sichern vermöge, und zu diesem Zwecke bestimmte Vorschläge erwarte. Ludwig XIV. sprach seine Freude aus über diese Willfährigkeit. „Wenn wir beide unter uns einig sind, schloß er, so vermögen wir der übrigen Welt das Gesetz vorzuschreiben“ ²⁾.

Das Selbstgefühl, das in diesen Worten sich kund gibt, ragt, wie der Verlauf der Dinge zeigen wird, nach der Intention des Redners noch hinaus über diese Worte.

Bereits am Tage nach jener Rede zu Portland, am 17./27. März, that Ludwig XIV. seinem Botschafter Tallard besondere Vorschläge kund, die er dann, einige Tage später, auch dem englischen Botschafter

¹⁾ Grimblot t. I, p. 327. Vom 21. März/1. April.

²⁾ A. a. O. p. 315. Vom 16./26. März.

Portland eröffnen ließ. Sie drängen sich zusammen in die folgenden Sätze.

„Es ist das allgemeine Interesse von Europa, daß die spanische Monarchie nicht mit meiner Krone vereinigt werde. Europa hat das nämliche Interesse, daß nicht der Kaiser der Herr der spanischen Monarchie werde. Neben diesem allgemeinen Interesse gibt es für England und Holland das besondere, welches dem Könige Wilhelm zunächst am Herzen liegt, daß Belgien unabhängig werde von jeglicher anderen Krone, dagegen unter der Regierung eines eigenen Fürsten stehe. Auf Grund dieser Bordsätze erkläre ich mich bereit zu versichern, daß die spanische Monarchie niemals vereinigt werden soll mit meiner Krone, ferner daß ich bereit bin die Maßregeln zu treffen, welche die Souveränität von Belgien dem Kurfürsten von Bayern verbürgen, nämlich dadurch daß mein Sohn alle seine Anrechte an Belgien dem Kurprinzen abtritt. Nachdem aber so die Mittel gefunden sind, welche die Besorgnis vor der Vereinigung der beiden Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt hinweg nehmen, würde es nicht gerecht sein, den legitimen Ansprüchen der gesetzlichen Erben nicht zu willfahren. Die Mehrheit der Spanier weiß, daß, gemäß ihren Gesetzen und Gewohnheiten, welche durch die Erfahrung wiederholt bestätigt sind, die Erbfolge in Spanien beim Todesfalle des jetzt regierenden katholischen Königs verstimmt auf meinen Sohn, den Dauphin. Er jedoch, um jeglichen Anlaß einer Besorgnis hinwegzunehmen, ist bereit sein Recht zu übertragen auf den jüngsten seiner drei Söhne, den Herzog von Berry. Ich meinerseits erbiere mich diesen Prinzen ganz allein, ohne jegliche französische Begleitung, in die Hände der Spanier zu übergeben, damit er dort spanisch erzogen werde. Diese Erziehung wird ihm das Gepräge eines Königs von Spanien geben. Die Gefühle, die er von seiner Geburt her in sich trägt, werden ihn nicht hindern zu wachen über den Schutz aller Länder und Rechte der spanischen Krone. Er wird kein anderes Interesse kennen als dasjenige dieser Monarchie. Er wird den Spaniern nicht fremder sein als der zweite Sohn des Kaisers, welcher kein Recht hat, während dasjenige meiner Enkelkinder unzweifelhaft ist, sobald mein Sohn, der Dauphin, auf das seinige verzichtet, und zwar zu Gunsten desjenigen seiner Prinzen, welcher der spanischen Nation zusagt.“

Abgesehen von Belgien, welches hier dem Kurfürsten von Bayern in Aussicht gestellt wird, steht diese erste Eröffnung für Wilhelm III. der Instruction für Harcourt in Spanien noch sehr nahe.

Einige Tage später eröffneten Pomponne und Torch dem Botschafter Portland dieselben Vorschläge. Sie fügten noch hinzu denjenigen eines Handelsvertrages zu Gunsten von England und Holland ¹⁾.

Portland sprach ihnen sein Erstaunen über jene Vorschläge aus. Sie dagegen entwickelten ihre Gründe. Er bekämpfte sie. „England und Holland, jagte er, hegen vor einer Vereinigung der spanischen Krone mit dem Kaiserthume keineswegs die gleiche Besorgnis, wie vor einer Vereinigung der beiden Kronen von Frankreich und Spanien. Wenn der König von Frankreich die Unabhängigkeit Spaniens dadurch sicher stellen will, daß er einen französischen Prinzen dahin entsendet, nämlich den Bruder des zukünftigen Königs von Frankreich: so kann der Kaiser in derselben Weise Sorge tragen durch die Entsendung des Erzherzogs. Ueber diesen Punct hat jedoch der König von England sich nicht erklärt. Auch dürfte ja sich herausstellen, daß der Kurprinz von Bayern ein näheres Anrecht an die spanische Krone hat als irgend ein Anderer. Eben so spricht für ihn der praktisch-politische Gesichtspunct. Es liegt vor Augen, daß der Erzherzog als König von Spanien eine ähnliche Zuneigung für seinen Bruder, den künftigen Kaiser, beweisen würde, wie etwa der Herzog von Anjou oder derjenige von Berry als König von Spanien für seinen Bruder von Frankreich. Aber es ist eben so klar, daß der Kurprinz von Bayern als König von Spanien nach keiner dieser zwei Seiten hin eine Vorliebe beweisen, sondern lediglich sein eigenes Interesse und dasjenige seiner Monarchie ins Auge fassen würde. Den Kurprinzen mit Belgien wie es ist abfinden zu wollen, wäre wahrlich für ihn zu wenig und für uns keine Sicherheit. Auch sehe ich nicht ab, mit welchem Grunde man redet von einem Verzicht des Dauphins auf Belgien. Denn ein solcher Verzicht gewährt für uns keine bessere Bürgschaft, als derjenige, welchen die Infantin Marie Theresie, die Mutter des Dauphins, auf das gesammte spanische Erbe vor ihrer Heirath geleistet, und welcher dann von den beiden Königen von Frankreich und Spanien bestätigt

¹⁾ Grimblot t. I, p. 328.

worden ist in der möglichst feierlichen Weise. Endlich halte ich es für sehr wohl möglich, daß der Kaiser gerechte Ansprüche hat auf dieses oder jenes Fürstenthum oder Land, welches zur Zeit mit der spanischen Krone vereinigt ist" ¹⁾).

Die Erwägung der Einwände Portlands im Rathe Ludwigs XIV. führte zu dem Ergebnisse, welches sich darlegt in dem Berichte dieses Königs an den Botschafter Tallard. „Nach allem ist zu schließen, sagt Ludwig XIV., daß der König von England geneigt ist für die Ansprüche des Kurprinzen. Vielleicht will er auch eine Theilung von Westindien zwischen England und Holland. Seine Absicht indessen ist keine Vorschläge zu machen. Im Gegentheil, ich soll vorschlagen, und dann will er das was ich biete, als geringfügig oder bereits zugestanden behandeln, überhaupt sich alle die Vortheile zu nütze machen, welche bei einer Verhandlung die abwartende Partei hat über die vorschlagende. Portland wird also immer behaupten, ohne Instruction zu sein, und der König Wilhelm wird seine wahren Absichten so lange wie möglich verhehlen. Für mich ist es jedoch höchst wichtig so bald wie möglich zu erfahren, was ich von dem Könige von England zu erwarten habe. Denn, obwohl das Leben Carls II. nicht mehr in unmittelbarer Gefahr, dürfen wir doch den Fall der Succession immer als bevorstehend ansehen. Deshalb ist es meine Absicht, daß Sie dem Könige die Sachlage entwickeln, und ihn dahin zu bringen suchen, daß er Vorschläge macht, wie entfernt auch immer dieselben von den unsern sein mögen. Jeglichem Versuche eine Abtretung in Westindien an England oder Holland zu erlangen, haben Sie zu begegnen mit dem Einwurfe, daß Spanien und Indien nicht getrennt gedacht werden dürfen. Daß ich die spanischen Niederlande für den Kurprinzen bewillige, ist eine Schenkung, nicht ein Verzicht.“

Es ist vor allen Dingen sehr merkwürdig zu sehen, wie diese Instruction des Königs für Tallard herumbiegt um den Einwurf, den Portland hergenommen von dem Verzicht der Infantin Marie Therese, der Tochter Philipps IV. und einstigen Gemahlin Ludwigs XIV.

„Lord Portland, sagt Ludwig XIV., hat behaupten wollen, daß diese Cession keine Bürgschaft gewähre, da ja Verzicht zurückgezogen

¹⁾ Grimblot t. I, p. 327.

würden. Aus diesem Grunde haben Sie den Unterschied klar zu stellen, welcher besteht zwischen dem Rechte einen bereits erworbenen Besitz abzutreten, und dem Unrechte einen Minderjährigen zu nöthigen zum Verzicht im voraus auf den Anspruch an einen Besitz, an welchem er einst ein Interesse haben kann" ¹⁾).

So die Worte Ludwigs XIV. an Tallard. Aber Portland hatte besonders hervorgehoben, daß der Verzicht der Infantin Marie Therese dann in feierlicher Form von Ludwig XIV. vor der Heirath bestätigt war. Ueber diese wichtigste Seite der Sache geht Ludwig XIV. schweigend hinweg. In diesem Schweigen liegt die Anerkennung des wunden Punktes der ganzen Angelegenheit von Seiten der französischen Politik. (Vgl. Bd. I, S. 37.)

Unterdessen gestalteten sich die Dinge in den Augen des Königs Wilhelm nicht heller. Heinsius war der Ansicht, daß es nicht möglich sein werde, zu irgend einem Vertrage mit Frankreich zu gelangen, daß der Krieg unvermeidlich sei. Er zweifelte nicht, sagte er, daß die Republik ohne Zaudern eintreten werde. „Ich möchte wünschen, erwiedert Wilhelm III., über England dasselbe sagen zu dürfen. Ich bin gewis, daß, was immer ich wähle, wenn die Wahl in meiner Macht steht, man hier das Gewählte misbilligen wird. Ja ich habe sogar zu fürchten, daß, wenn man auch in einen Krieg einwilligt, man nachher mich stecken, mich zu Grunde gehen läßt durch Mangel an Nachschub. Sie wissen, daß in den letzten Jahren ich mich mehr als einmal in dieser Gefahr befand.“ Nach seiner Ansicht waren die Engländer einer Erneuerung des Krieges so sehr abgeneigt, daß sie ohne auf ihre Sicherheit für die Zukunft zu gedenken, lieber eingehen würden auf jeglichen Vorschlag von französischer Seite. „Wenn demnach, sagt er, die Sache endlich doch zum Kriege ausschlagen sollte: so werde ich meine Maßregeln so zu treffen haben, daß ich diese Nation unmerklich hinein verwickle. Auf alle Fälle ist mir das schon gewis, daß die Republik vorangehen, daß sie den Reigen eröffnen muß.“ Er erwägt weiter, daß Frankreich die Verhandlungen auf die Dauer nicht geheim halten, daß es, im Vertrauen auf die Abneigung der Menschen gegen einen Krieg, damit öffentlich hervortreten werde. „Und in diesem Falle, sagt Wilhelm III.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 340.

zu Heinsius, stehe ich nicht minder in Sorge vor Deputationen von Amsterdam als vor den Beschlüssen des Unterhauses" ¹⁾).

Um so weniger also konnte der König damals geneigt sein, die Verbindung mit dem Kaiser zu lösen. Der Graf Auerberg trat vor ihn mit der Meldung, daß nach den Briefen, die der spanische Gesandte aus Madrid erhalten, die Reconvalescenz keine Aussicht biete auf Bestand. „Meine Nachrichten, erwiederte der König, sind noch schlimmer. Es kann nicht über den Herbst dauern. Wir müssen daher um so mehr darauf gefaßt sein, unser Möglichstes zu leisten. Die erste Bedingung ist der Türkenfriede. Ferner muß der Kaiser trachten sich mit dem Kurfürsten von Bayern zu verständigen. Ich merke, daß das Verhältniß ein sehr gespanntes ist. Setzen wir nun den Fall, daß das Testament des Königs von Spanien laute zu Gunsten des Kurprinzen. Obgleich die Allianz mich verpflichtet zum Beistande für den Kaiser: so ist doch nicht zu hoffen, daß sich die englische Nation deswegen in einen neuen Krieg einlassen werde. Es ist vielmehr mit Grunde anzunehmen, daß man hier den Krieg fürchten wird wie den Tod, und nur im äußersten Falle dahin zu bringen sein wird. Ich habe auch bei den Generalstaaten nachgeforscht und gefunden, daß sie eben so wohl wie ich bei der Fortdauer eines solchen Mißverständnisses unter den Verbündeten in Verlegenheit sein würden" ²⁾).

Der König fuhr fort: „Ich fürchte indessen, daß der König von Spanien sich für einen der Söhne des Dauphins erklärt. In jedem Falle kann Frankreich uns zuvorkommen. Auch ist die französische Partei in Spanien nicht gering, und dazu sehr thätig. Der König von Frankreich erbietet sich, einen seiner Enkel ohne jegliche Begleitung dahin zu senden, so daß die Spanier den Prinzen erziehen könnten nach eigenem Gutdünken. Der König von Frankreich behauptet so zu handeln lediglich zu dem Zwecke, den Frieden in Europa dauerhaft zu machen.“

„Wenn doch Gott, schloß Wilhelm III., dem Könige von Spanien nur noch ein paar Jahre das Leben erhalten wollte, damit

¹⁾ Grimblot t. I, p. 348. Vom 29. März/8. April.

²⁾ Auerbergs Bericht vom 1./11. April. Auch für das Folgende.

der Kaiser, nach dem Abchlusse eines Türkenfriedens, vorbereitet sein könnte. Dies würde auch auf die Engländer vortheilhaft wirken."

Der Gesandte erwiderte, daß er bitte um die Absendung eines Ministers nach Wien. Wilhelm III. versetzte, daß er zu diesem Zwecke für sich selber und die Republik den Holländer Hop ernannt habe. Es war derselbe, der neun Jahre zuvor in Wien die große Allianz geschlossen.

Wir sehen daß der König Wilhelm hier zum ersten Male, seitdem er auf die Verhandlung mit Frankreich eingegangen, sich zu dem kaiserlichen Gesandten über die spanische Angelegenheit aussprach. Seine Worte enthalten nicht eine thatsächliche Unrichtigkeit. Und doch war es schwer, ja unmöglich den eigentlichen Thatbestand seiner Stellung zu der Sache daraus zu ersehen. Nur erkennt er damals, am 1./11. April 1698, augenscheinlich noch die Verpflichtung an, welche die große Allianz ihm für den Kaiser auferlegt.

Am selben Tage indessen machte er einen weiteren Schritt vor dem Botschafter Tallard, welcher gemäß jenem Auftrage Ludwigs XIV. bemüht war ihn zum Sprechen zu bringen. Wir haben dabei vor allen Dingen uns das bereits Gesagte zu vergegenwärtigen, daß Tallard damals wie immer in dieser Sache handelt in dem guten Glauben, daß Ludwig XIV. nicht bloß eine Verhandlung mit dem Könige von England über die Theilung der spanischen Monarchie wolle, sondern auch das Ziel einer Verhandlung, einen Vertrag. Tallard suchte in langer Rede dem Könige Wilhelm III. darzulegen, daß die Vorschläge des Königs von Frankreich: Belgien für den Kurprinzen, das gesammte andere spanische Erbe für einen der Söhne des Dauphins, dem Interesse Europas entspräche. Ein französischer Prinz, jetzt zehn Jahre alt, werde in Spanien ein Spanier werden. Wilhelm III. erwiderte: die allgemeine Rechtsansicht in Europa halte den Verzicht der Infantin Marie Theresie, der Mutter des Dauphins, für gültig. Er ließ fallen, daß er beim Beginne des großen Krieges einen Vertrag über die spanische Sache mit dem Kaiser geschlossen. Auch sei es bekannt, daß zwischen der Erzherzogin Kurfürstin Maria Antonia und ihrem Vater, dem Kaiser, eine Uebereinkunft getroffen sei. Tallard erwiderte, daß der Verzicht einer minderjährigen Prinzessin keine rechtliche Gültigkeit habe. „Dann, berichtet Tallard, nahm

ich mir die Freiheit ihm offen zu sagen, es sei mir unglaublich, daß er dem Sohne des Kaisers das ganze reiche spanische Erbe zuwenden wolle." Der König versetzte: „Da Sie so sehnlich meine Ansicht zu erfahren wünschen: so erwiedere ich Ihnen, daß nach meiner Meinung der Kurfürst von Bayern die für ganz Europa annehmbarste Persönlichkeit sein würde". „Was, rief Tallard, Spanien und Italien, Indien und die Niederlande dem Sohne des Kurfürsten von Bayern?" Der König wiederholte seine Rede mit weiteren Ausführungen, die der Botschafter als unklar, als absichtlich verworren bezeichnet. Er seinerseits drängte den König etwas zu sagen, was er heim berichten könne. „Wohlan, erwiederte Wilhelm III., Ihnen nicht als Botschafter, sondern als Herrn Tallard, sage ich: Belgien verstärkt dem Kurfürsten von Bayern, Spanien und Indien einem Sohne des Dauphins, Mailand und Neapel dem Erzherzoge, ein Handelsvertrag mit einigen Plätzen für Holland und England in Westindien." Der König fügte lächelnd hinzu: „Wenn dies auskäme, würde ich Sie desavouiren; denn ich habe nicht zu einem Botschafter geredet, sondern zu Herrn Tallard, und wir verfügen hier über Dinge, über welche uns ein solches Recht nicht zusteht" ¹⁾).

Tallard schickte sich an zum Gehen. Der König indessen nahm noch einmal das Wort. „Ich muß nun auch meinerseits zu Ihnen reden, freilich über einen Gegenstand, den ich lieber meinem Botschafter überlassen würde. Aber ich habe einmal begonnen mich freimüthig zu Ihnen auszusprechen. Es ist Ihnen ohne Zweifel bekannt, daß Portland bereits die Anwesenheit des Königs Jacob in St. Germain angeregt hat. Ich gestehe, daß die Entfernung von dort mein sehnlicher Wunsch ist, und daß die Fortdauer seiner Anwesenheit dort mich hindert, mich mit dem Könige von Frankreich so nahe einzulassen, wie ich wohl wollte." Tallard erwiederte: er erkenne den Wunsch an, aber auch die Gründe seines Königs dagegen. Die Sache sei in den Conferenzen zwischen Boufflers und Portland völlig erörtert. Der König erwiederte: er verlange nicht etwas auf Grund des Friedensvertrages, erwarte alles nur von der Freundschaft des Königs von

¹⁾ Hippeau t. I, p. 60 et suiv. Im Original. — Grimblot t. I, p. 371. In englischer Uebersetzung, aber vollständiger als bei Hippeau. Vom 1./11. April.

Frankreich. Avignon, Rom, Modena seien ihm gleich. Tallard hielt entgegen, daß Ludwig XIV. nicht seinen Vetter hinaustreiben könne, der bei ihm um ein Asyl nachgesucht. Der König, etwas erregt, erwiderte: „Es gibt Auskunftsmittel für alle Dinge, wenn nur der gute Wille da ist. König Jacob bleibt nur deshalb in St. Germain, weil es näher bei England ist“. Tallard fügt hinzu: „Die Betonung, mit welcher er die Worte: näher bei England, hervor hob, ließ mir keinen Zweifel, daß er damit hindeuten wollte auf ein Attentat gegen seine Person. Als er sah, daß ich ihn nicht zu verstehen schien, und doch auch keine weitere Frage stellte, zog er ein sehr ernsthaftes Gesicht und brach ab“.

Wir sehen demnach abermals, daß Wilhelm III. in Betreff des Mordplanes von Barkley im Februar 1696 den König Jacob im Verdachte der Urheberchaft hatte. Wir erinnern uns, daß nicht die Urheberchaft, sondern, und zwar erst nach der Rückkehr von Berwick aus England, die Mitwissenschaft dem Könige Jacob zur Last fällt. (Bd. VII, S. 169 u. f.)

Daß Tallard persönlich frei war von jedem Gedanken einen Mordplan zu begünstigen, that er wenige Tage später in überzeugender Weise dar. Es ward ihm ein Schreiben zugestellt, durch welches ein nicht genannter französischer Hauptmann sich ihm erbot den König von England zu ermorden. Tallard sandte das Original sofort an den Staats-Secretär Vernon, und fügte einen eigenen Brief mit dem Ausdrücke seines Abscheues an den König hinzu. Er suchte den Namen des Verbrechers zu ermitteln. Er glaubte so im Sinne seines Königs zu handeln¹⁾. Das Lob desselben entsprach nicht den Wünschen des Botschafters. „Ich bin, sagt Ludwig XIV., in der Hauptsache weit entfernt zu mißbilligen, was Sie gethan haben; aber ich hätte doch eine andere Art und Weise gewünscht. Sie haben durch ein eigenes Schreiben an den König von England über eine so sehr dunkle Angelegenheit einen allzu großen Eifer an den Tag gelegt. Es darf nicht vermuthet werden, daß, auch in Kriegeszeit, Jemand gewagt haben sollte, so abscheuliche Vorschläge an mich zu bringen.“ Ludwig XIV.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 371.

²⁾ A. a. O. p. 379. Vom 5./15. April.

fürchtet ferner die Folgen, nämlich daß der Glor, wie er jagt, den Tallard der Sache gegeben, neue Erörterungen über den Aufenthalt des Königs Jacob in St. Germain hervorrufen oder eine Verfolgung über die Katholiken in England herauf beschwören könne. Er untersagt dem Botschafter die Ausführung der Absicht, den Namen des Verbrechers zu nennen ¹⁾).

In der Wirklichkeit gereichte gerade die Nicht-Nennung des Namens den Katholiken in England zum Nachtheile. „Da der französische Botschafter kund gibt — meldet der Staats-Secretär Vernon dem Könige — daß unter den französischen Papisten in England sich ein Mörder befindet, und dennoch es nicht für geeignet hält die Person näher zu bezeichnen: so würde ich mich für berechtigt halten, auf alle diese französischen Papisten zu greifen“ ²⁾).

Der König Wilhelm verhehlte sich nicht, daß er durch seine Eröffnungen gegenüber Tallard seine Stellung zu dem Kaiser veränderte. Er sprach sich darüber aus zu Heinsius. „Wie nun die Dinge stehen, jagt er, halte ich es für ein Glück, daß wir in Betreff der spanischen Succession nicht fester mit dem Kaiser verknüpft sind, und daß es fraglich ist, ob die große Allianz fortbesteht oder nicht. Denn, bei einem plötzlichen Todesfalle in Madrid, müssen wir zu einem Vergleiche kommen, weil wir in unserer jetzigen Lage nicht vermögen, der Uebermacht von Frankreich Widerstand zu leisten. Wir müssen daher auch, bei der jetzigen Lage der Dinge, sehr vorsichtig sein und weiter mit dem Kaiser einzulassen. Denn er ist in der Sache so sehr theiligt, daß es immer von uns abhängt dies zu thun, in so weit die Gelegenheit und unser Interesse es erfordern. Wenn wir dagegen allzu eilig sind, mit dem Kaiser eine förmliche Uebereinkunft oder einen Vertrag abzuschließen: so würden wir uns die Hände binden. Wir würden diesen Vertrag ausführen müssen, und dadurch verzichten auf die Freiheit des eigenen Entschlusses je nach der Gelegenheit und unserem eigenen Interesse“ ³⁾).

Diese Ansicht Wilhelms III. über den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689 war neu. Sie war verschieden von derjenigen, welche

¹⁾ Grimblot t. I, p. 410. Vom 13./23. April.

²⁾ A. a. O. p. 407.

³⁾ A. a. O. p. 374. Vom 6./16. April.

in seinem Namen der Rathspensionär Heinsius sechs Monate früher den kaiserlichen Gesandten im Haag ausgesprochen hatte. (Man vergleiche Bd. VII, S. 491 und 498.)

Augenscheinlich birgt diese Erwägung Wilhelms III. in sich den Wendepunct. Indem der König den Entschluß faßte, sich nicht mehr dem Kaiser zu nähern, mochte ihm das damals nur wie ein Stillestehen erscheinen, und zwar so, daß das erneuerte Fortschreiten von seinem Willen abhing. Er ward sich noch nicht klar darüber, daß er mit dem Stillestehen zugleich auch die Richtung verändert, oder vielmehr, daß das Stillestehen gegenüber dem Kaiser die Consequenz war seiner Frontveränderung, und daß diese erste Consequenz noch andere nach sich ziehen würde. Er ward sich darüber deshalb zu Anfang nicht klar, weil er damals sich der Meinung hingab: Ludwig XIV. werde die dem Botschafter Tallard gemachten Eröffnungen nicht mit Befriedigung aufnehmen, und demgemäß sei die Unterhandlung nahe am Ende ¹⁾).

So die Ansicht Wilhelms III. Sie war nicht richtig. Ludwig XIV. war durchaus nicht geneigt, die Verhandlungen abubrechen, die er mit solchem Eifer anzuspinnen gesucht.

Einige Tage nach jenen von Wilhelm III. dem Botschafter Tallard gemachten Eröffnungen empfing Ludwig XIV. den Botschafter Portland in Audienz. Der König sprach seine Befriedigung aus über die dem Tallard gemachten Eröffnungen, sowohl in Betreff der Form wie des Inhaltes. Es sei recht, sagte er, daß Wilhelm III. Sorge trage für das Interesse des Kaisers in Italien. Er misbillige nicht, sagte er, den Wunsch nach einer starken Barriere für die Republik; aber eben so wünsche auch er seinerseits eine solche für sich zu behalten. Portland warf ein, daß für die Sicherheit des Handels von England und Holland in Westindien und im Mittelmeere erforderlich sei der Besitz von festen Plätzen dort. Der König erwiederte: „Wenn ich wünsche, daß mein Enkel König in Spanien wird: so muß er auch dort sich behaupten können, und was ist ein König von Spanien ohne Indien?“ — In Betreff des Mittelmeeres sagte er, daß Port Mahon auf Minorka ein guter Hafen sei. Oran und Ceuta seien

¹⁾ Grimblot t. I, p. 374.

jedenfalls stark und leicht zu vertheidigen, eben so Gibraltar. Portland erwiederte: „Dieser letzte Platz liegt in Spanien, am Eingange der Straße. Ich weiß nicht ob Ceuta, Oran, Gibraltar, gute und geräumige Häfen haben“.

Portland hob dann die Wichtigkeit des Geheimnisses hervor. Aber die durch Pomponne und Torcy ihm gemachten Vorschläge seien von Anfang an bekannt gewesen, und der König Wilhelm habe sie aus Berichten von Holland her gelesen. Ludwig XIV. erwiederte: er werde sein Mißfallen aussprechen über die schlechte Bewahrung des Geheimnisses. Aber vielleicht, meinte er, hätten die fremden Gesandten aus sich errathen, daß beim Todesfalle in Spanien die Lösung des Knotens durch diese Vorschläge die zweckmäßigste sein würde ¹⁾.

Das Geheimnis der Sache lag, wie Portland ausdrücklich hervorhob, im Interesse des Königs Wilhelm gegenüber seinen bisherigen Bundesgenossen. Es liegt vor Augen, daß die Geheimhaltung der Thatfache einer Verhandlung dieser Art weniger lag im französischen Interesse. Bereits war es in London das allgemeine Gerede der Jacobiten, daß die beiden Könige von England und Frankreich auf dem Wege seien, sich über alle Differenzen zu einigen. Der König von Frankreich biete in Betreff der spanischen Angelegenheit für England und Holland volle Satisfaction ²⁾.

Wie Ludwig XIV. dem Grafen Portland seine Zufriedenheit mit den Eröffnungen Wilhelms III. ausgedrückt: so sprach er sie dem eigenen Botschafter Tallard aus, weniger jedoch über den Inhalt als über die Thatfache selbst, durch welche die Bahn einer eigentlichen Verhandlung eröffnet war. „Die Vorschläge des Königs von England, sagt er, sind von den meinigen weit entfernt. Es handelt sich also darum einen Mittelweg zu finden. Jeder Mittelweg in dieser Sache gereicht zum Nachtheile der Rechte meines Sohnes und meiner Enkel. Alles also, was ich aufgebe, geschieht nur im Interesse des Friedens von Europa.“

„Der König von England hat zwei Vorschläge gemacht: der eine verlangt das ganze spanische Erbe für den Kurprinzen, der

¹⁾ Grimblot t. I, p. 378. Vom 6./16. April.

²⁾ Auerpergs Bericht vom 5./15. April.

andere die Theilung. Ich stelle die Alternative von zwei Vorschlägen entgegen."

„Der erste ist: der Kurprinz erhält das spanische Erbe, mit Ausnahme von Neapel, Sicilien und dem Herzogthume Luxemburg, welche drei Länder der Dauphin zur Entschädigung erhält. Hält der König von England auf einen Antheil für das Kaiserhaus, so mag Mailand an den Erzherzog fallen."

„Der andere Vorschlag ist: einer meiner Enkel erhält die eigentliche spanische Monarchie, der Kurprinz Belgien, der Erzherzog Neapel und Sicilien, der Herzog von Savoyen Mailand."

Ludwig XIV. fügt hinzu, daß er auf dem letzten Puncte des zweiten Vorschlages nicht bestehe. Auch Mailand möge der Erzherzog haben, jedoch erst im Laufe der Unterhandlung.

Ludwig XIV. erkennt an, daß er für sich dem ersten Vorschlage den Vorzug gebe. Tallard soll die Einwürfe des Königs Wilhelm bekämpfen, und erst dann, wenn dieses fruchtlos, zu dem zweiten Vorschlage übergehen. Aber England und Holland haben keine Ansprüche. Im äußersten Falle will der König ihnen Plätze an der afrikanischen Küste bewilligen. Portland brachte vor ihm die Rückgabe von Dünkirchen zur Sprache. Die Forderung ward mit Erstaunen vernommen.

Es liegt vor Augen, daß auch ohne die Einnengung von Objecten solcher Art, die nicht direct zur Sache gehörten, die von Ludwig XIV. vorgeschlagene Alternative, durch welche in einer bis dahin nie erhörten Weise über das Geschick von Ländern und Völkern verfügt werden sollte, einen überreichen Stoff zu Verhandlungen bot.

Für diese Verhandlungen indessen entsprach die Persönlichkeit Portlands nicht den Wünschen Ludwigs XIV. „Die Erfahrung hat dargethan, schrieb er an Tallard, daß der König von England persönlich viel bereitwilliger ist sich herauszulassen als sein Botschafter hier. Deshalb ist es für mich zweckmäßiger, die Unterhandlung mit diesem Fürsten dort durch Sie fortzuführen" ¹⁾. Einige Tage später drückt Ludwig XIV. dies noch stärker aus. „Portland, sagt er, hat nur die Absicht meine Gedanken zu erforschen, diejenigen seines Königs

¹⁾ Grimblot t. I, p. 392. Vom 17. April.

zu verhehlen, während Sie diesen nöthigen sich auszusprechen" ¹⁾. Für Tallard, dessen Eifer aus seinen Berichten sich eben so sehr kund gibt, wie sein guter Glaube, daß es mit der ganzen Sache aufrichtig gemeint sei, mochten solche Worte zum Sporne dienen. Dagegen ist es sehr merkwürdig, daß Portland bereits am Tage nach jenen ersten Worten, am 8./18. April, aus sich den Wünschen des Königs von Frankreich entgegen kam. Er eröffnete demselben, daß, wenn nicht Ludwig XIV. seinen längeren Aufenthalt verlange, er wegen seiner Privatangelegenheiten seinen König bitten werde um die Erlaubnis zur Heimkehr. Ludwig XIV. überhäufte ihn mit den verbindlichsten Ausdrücken, daß niemals ein Botschafter vor ihm erschienen, dem er eine höhere Achtung gezollt, und mit anderen Worten solcher Art, „die ich, sagt Portland, nicht wiederholen darf“. Ja Ludwig XIV. legte sogar die bei solchen Anlässen übliche Gravität bei Seite, und redete, wie zu einem Privatmanne, frei und vertraulich ²⁾. Den wahren Grund dieser heiteren Stimmung mochte Portland seinerseits nicht erkennen. Denn auch fortan, für die noch übrigen Tage der Anwesenheit Portlands in Frankreich, überbot sich Ludwig XIV. in besonderen Aufmerksamkeiten. Er redete den Botschafter an, so oft er ihn erblickte, oft dreimal an einem Tage. Er selber zeigte, einen Nachmittag mit ihm umher wandelnd, ihm seine Gärten und Springbrunnen. Es ward selten den fremden Botschaftern ein so vertraulicher Zutritt gestattet, daß sie zur Zeit des Coucher des Königs bei Hofe erscheinen durften. Es geschah für Portland. Und noch mehr: der König ließ ihm dabei den Handleuchter reichen. „Dies war eine Gunstbezeugung, sagt St. Simon als Augenzeuge, die nur besonders hochstehenden Personen zu Theil wurde, wenn der König sie auszeichnen wollte“ ³⁾. Portland fügt seinem Berichte darüber hinzu: „Ew. Majestät kennen die französische Nation zur Genüge, um nach diesem Beispiele zu ermessen, wie der ganze Hof sich gegen mich benimmt. Ich darf ohne Schmeichelei hinzufügen, daß Ew. Majestät hier mehr geachtet, geehrt und respectirt werden als dort in Ihrem Königreiche“. Die Worte scheinen darzutun, daß die Absicht Ludwigs XIV. auf Portland und durch ihn

¹⁾ Grimblot t. I, p. 447. Vom 6. Mai.

²⁾ H. a. D. p. 396. Vom 20. April.

³⁾ Bericht Portlands bei Grimblot t. I, p. 443. — St. Simon t. I, p. 334.

auf Wilhelm III. Eindruck zu machen, nicht völlig mißlungen war. Zwischen herdurch freilich vernahmen die Hofleute Ludwigs XIV. je dann und wann das Wort Portlands: „Ein wahres und gutes Vertrauen ist unmöglich, so lange man hier nicht anders auftritt gegen die Theilhaber an dem Mordplane“. Ludwig XIV. ließ ihm erwiedern, daß, wenn Portland einen dieser Bösewichter in Frankreich entdecke, die Verhaftung erfolgen solle ¹⁾.

Unterdessen hatte Tallard jene beiden Vorschläge Ludwigs XIV. dem Könige von England entwickelt. Bei dem letzten Punkte des zweiten Vorschlages lachte Wilhelm III. und wiederholte: „Also Mailand für den Herzog von Savoyen!“ — Im Fortgange der Unterredung brach wiederholt seine Indignation gegen Victor Amadeus hervor, mehr in hingeworfenen Reden und Geberden, als in längerer Darlegung.

Allein auch die principielle Seite der Sache kam noch einmal wieder zur Sprache. Wilhelm III. wandte ein: Philipp IV. habe seine Tochter Marie Theresie an Ludwig XIV. gegeben nur mit der Bedingung des Verzichtes. Tallard hielt die üblichen französischen Erwiderungen entgegen, daß dieser Verzicht nichtig sei, so wohl nach dem Gesetze als nach Präcedenzfällen. Auch wisse man ja wohl, sagte er, daß von dem Frieden von Münster an der Kaiser für lange Zeit am Hofe von Madrid keinen Credit gehabt, daß er in Betreff des pyrenäischen Friedens nicht zu Rathe gezogen sei, daß er nicht einmal zu Gunsten von Spanien am Kriege von 1667 Antheil genommen, daß die Verbindung von Wien und Madrid erst wieder erneuert sei im Jahre 1672 ²⁾.

Wir erinnern uns, daß die Dinge in mehr als einer Beziehung anders lagen als Tallard sie dem Könige Wilhelm hier vortrug. (Man vgl. Bd. I, S. 36 u. f.) Die Infantin Marie Theresie war ursprünglich bestimmt gewesen für den römischen König Ferdinand IV. Nach seinem frühen Tode war eine Heirath zwischen seinem Bruder Leopold, dem nachherigen Kaiser, und der Infantin Marie Theresie, beiderseitig erwogen. Gleichzeitig aber kam über Philipp IV. von Spanien der Druck der Noth, hauptsächlich in Folge des Gewichthes,

¹⁾ Grimblot t. I, p. 442.

²⁾ A. a. O. p. 422. Für das Folgende neben dem Berichte Tallards diejenigen Wilhelms III. an Heinsius und Portland.

welches der Protector Oliver Cromwell durch sein Hinzutreten für Frankreich in die Wage legte. Unter dem Drucke dieser Noth hatte Philipp IV., um den Frieden zu erlangen, sich gefügt in die Forderung der Heirath der Infantin Marie Theresie mit Ludwig XIV., jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung des Verzichtes. Philipp IV. hatte dann die Heirath seiner zweiten Tochter, der Infantin Margaretha, mit dem Kaiser Leopold gewünscht und betrieben. Auf Grund des Verzichtes seiner älteren Tochter Marie Theresie, Königin von Frankreich, und des gültigen Rechtes der jüngeren, der Kaiserin Margaretha, hatte er dann sein Testament errichtet. Ein Enkel der Kaiserin Margaretha lebte, der bayerische Kurprinz Joseph Ferdinand. Dem Rechte des Blutes nach stand daher dieser Prinz dem Throne von Spanien zunächst. Aber auch seine Mutter Maria Antonia hatte ihrem Vater, dem Kaiser, gegenüber, vor ihrer Heirath auf das spanische Erbe verzichtet. Die eigentliche Rechtsfrage war also die, ob dieser von Spanien nachher nicht anerkannte Verzicht gültig war oder nicht. Wenn nicht, so gehörte das spanische Erbe dem Kurprinzen Joseph Ferdinand. Wenn der Verzicht gültig war, so gehörte es, gemäß dem Testamente Philipps IV. und gemäß den älteren Verträgen der beiden Linien des Hauses Habsburg, der jüngeren Linie, nämlich dem Kaiserhause.

Indem Tallard jene von Ludwig XIV. gestellte Alternative dem Könige Wilhelm III. vorlegte, trat an diesen die Frage der Wahl heran, aber zunächst und vor derselben noch die nicht ausgesprochene Frage des Principes, ob Recht, ob Convenienz. Wenn Wilhelm III. sich auf die von Ludwig XIV. gestellte Alternative einließ, so war eben damit auch die principielle Frage entschieden zu Gunsten der Convenienz. Eben darum ist der Conflict der Gedanken in der Seele Wilhelms III. bei diesem Anlasse von dem höchsten Interesse. An seine Erwägungen für und wider binden sich die Gesichte Europas. Sie concentriren sich in seine Person.

Wilhelm III. hielt dem Botschafter Tallard gegenüber nicht fest an seinem Einwande der Rechtsfrage. Er war vielmehr in sich dreifach getheilt. Für das Kaiserhaus sprach bei ihm die Mahnung an die Vertragspflicht vermöge der Allianz von 1689. Für den Kurprinzen von Bayern, der, wie wir uns erinnern, erst 1692 geboren war, machte sich bei ihm geltend seine seitdem veränderte Rechtsansicht.

Für irgend einen Vertrag mit Frankreich dagegen sprach die politische Convenienz, namentlich die Hoffnung dadurch den Krieg zu vermeiden. Aber durfte er dem Könige von Frankreich trauen? — Er war zweifelnd, ungewis. Er schrieb an Heinsius sofort, nachdem er die Vorschläge vernommen. „Meine eigene Meinung ist, sagt er, daß, im Falle der Annahme des einen oder des anderen Vorschlages, die Franzosen nicht fest dabei bleiben würden.“ Dann wieder überwiegt der Gedanke, daß doch das Angebot dieser Vorschläge seine Erwartungen übertreffe. „Das Eine steht mir außer allem Zweifel, sagt er, daß, im Falle des Bekanntwerdens dieser Vorschläge, bei einem plötzlichen Tode des Königs von Spanien weder England noch Holland sich auf einen Krieg einlassen würden.“

Mit dieser einen politischen Convenienz, der Hoffnung auf ein Abkommen über die Sache ohne Krieg, verband sich dann noch die andere, daß durch das Eingehen auf den einen oder den anderen Vorschlag auch für Holland und England etwas abfallen werde. Ja Wilhelm III. ist sogar bereit, diesem besonderen Interesse das allgemeine nachzusetzen. „Der Vorschlag, sagt er, welcher dem Kurprinzen Spanien zuweist, ist sicherlich vortheilhafter im allgemeinen Interesse für Europa; aber in diesem Falle hätten England und Holland nichts für sich zu beanspruchen, wie z. B. Häfen im Mittelmeere und in Westindien. Dazu hat Frankreich diesem Vorschlage die Bedingung des Besizes von Luxemburg für sich hinzugefügt, augenscheinlich, um dadurch uns zu nöthigen, lieber den anderen zu wählen, welcher Spanien einem französischen Prinzen zuweist.“

Indem Wilhelm III. sofort nach der Mittheilung durch Tallard die Vorschläge an Heinsius einsendet, verlangt er dessen Gutachten, um, wie er sagt, sein ferneres Verhalten danach einzurichten. In gleicher Weise machte er wiederholt dem Botschafter gegenüber geltend, daß die Vorschläge allzu wichtig, daß er darüber nicht sofort sich erklären könnte. Und doch verhielt er sich dann so, daß über die principielle Frage, über diejenige des Eingehens auf den einen oder den anderen Vorschlag überhaupt, für Tallard kaum noch ein Zweifel übrig bleiben konnte. Ja Wilhelm III. verband dieses Eingehen mit jener Antwort. „Ich will die Sache erwägen, erwiederte er, aber Mailand muß dem Erzherzoge zufallen.“ Er ging auf viele andere

Einzelheiten ein. Er erhob die Forderung von Dünkirchen für England. „Der Platz, sagte er, hat für Frankreich keinen Werth als denjenigen der Offensive wider uns.“ Wir sehen also, daß Wilhelm III. in etwas anderer Weise den einstigen Gedanken Cromwells wieder aufnimmt. Genau vierzig Jahre früher war der Wunsch nach dem Besitze von Dünkirchen für den Protector eins der wichtigsten Motive gewesen, welche ihn bewogen, oder richtiger, ihn verleiteten, seine Waffen zu einigen mit denjenigen Frankreichs und zu Gunsten dieser Macht auf die spanische den entscheidenden Streich zu führen, welcher das Nachgeben Philipps IV. in die französische Forderung der Heirath erzwang. Wir erinnern uns, in welcher Weise dann der sorglose Carl II. die Stadt verkaufte. Wilhelm III. hoffte nun, indem er sich darauf einließ, wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Consequenzen anzuerkennen, welche Ludwig XIV. aus dieser spanischen Heirath zog, auch Dünkirchen wieder zu erlangen.

Das gesammte Verhalten des Königs machte auf den Botschafter Tallard den Eindruck der Bereitwilligkeit, auf den Handel einzugehen. Die Veredungen fanden statt in Newmarket, wohin Tallard dem Könige nachgereist, zu wiederholten Malen am selben Tage. Als Tallard sich das erste Mal zurückzog, rief Wilhelm III. ihm nach: „Ich rechne auf Mailand für den Erzherzog“. Der König behandelte ihn mit besonderer Zuvorkommenheit. Es fand ein Hahnenkampf statt. Tallard begleitete den König dahin. Wilhelm III. wies ihm den Sitz an neben sich. Er ritt hinaus zum Wettrennen. Duwerkerke schaffte Pferde herbei für Tallard und sein Gefolge. Dann begab sich der König auf die Hasenjagd. Abermals ließ er für Tallard die Pferde anbieten. Als der Botschafter ablehnte, sandte der König ihm den Grafen von Nassau zur Gesellschaft. Er ließ den Botschafter zur Abendtafel einladen, und trank auf seine Gesundheit. „Ich kann mit Wahrheit berichten, meldet Tallard, daß die Zuvorkommenheit für mich ganz unübertrefflich war.“

Unterdessen drehten sich die Gedanken des Königs unablässig um die eine wichtige Sache. Nach der Tafel zog er den Botschafter in die Kammer, und begann abermals von derselben zu reden. Tallard wiederholte die beiden Vorschläge. Als er an den letzten Punct des zweiten Vorschlages kam: „Mailand für den Herzog von Savoyen“,

fiel der König ein: „Sagen Sie statt dessen immer: Mailand für den Erzherzog“. Tallard wiederholte seine Gründe dawider. Der König erwiderte lächelnd: „Gut, gut“, und entließ ihn.

Unverkennbar lag das Bewußtsein der Stellung gegenüber dem Kaiser schwer auf der Seele des Königs. Er sprach dies aus zu Portland: „Die Sache setzt mich in Verlegenheit, weil wir den Kaiser niemals freiwillig dazu bringen werden“. Stärker noch äußert er sich zu Heinsius: „Der Kaiser wird gezwungen werden müssen“ ¹⁾.

Diese Verlegenheit war erst im Beginne. Wilhelm III. redete zu seinen englischen Ministern über die Sache dieser Verhandlung damals nur, wie er selber es bezeichnet, in allgemeinen Ausdrücken. Erst bei vorgerücktem Stande der Angelegenheit wollte er sie heranziehen. Wir werden Anlaß haben zu beobachten, daß jene Ausdrücke allerdings sehr allgemein gewesen sein müssen.

Noch weniger aber entfiel dem Könige eine positive Andeutung der Sachlage gegenüber dem Gesandten des Kaisers. Von Frankreich, von Madrid aus kamen die Nachrichten ein, daß auf die Kunde der Krankheit Karls II. die französischen Truppen sich in Marsch gesetzt nach Süden. Auersperg hoffte eine Aeußerung von Seiten Wilhelms III. Da eine solche nicht erfolgte, hielt er es für sein Recht und seine Pflicht zu fragen. Nach der Rückkehr des Königs von Newmarket bat Auersperg um eine Audienz. Die Schritte des Königs von Frankreich, sagte er, legten die Nothwendigkeit dar, sich für den Todesfall in Spanien zu verständigen. Wilhelm III. erwiderte: je mehr er die Sache betrachte, desto wichtiger und zugleich verwickelter erscheine sie ihm. Zu einer Zeit, wo alle Anderen nicht gerüstet, der Kaiser noch im Kriege mit den Türken, habe Frankreich seine Maßregeln getroffen, trage es keine Scheu sich offen zu erklären, sowohl dem Grafen Portland in Paris gegenüber, als durch den Botschafter Tallard in London, daß es seine Ansprüche in jeder Weise, und namentlich auch mit den Waffen aufrecht halten wolle. „Käme nun gar noch dazu, fuhr der König fort, daß Spanien sich für einen französischen Prinzen erklärte, so weiß ich wahrlich nicht, was zu thun wäre. Wird dagegen dort der Kurprinz benannt, so können Holland

¹⁾ Grimblot t. I, p. 415 und 417. Am 14./24. und 15./25. April.

und England wider ihn nicht einen Krieg führen. Deshalb ist es höchst wünschenswerth, daß der Kaiser sich mit dem Kurfürsten von Bayern vergleicht. Da ferner der Kaiser ganz besonders betheiligt, so erwarte ich einen Rath von ihm, hoffe aber zugleich auf einen baldigen Türkenfrieden; denn daran ist zunächst alles gelegen." „Ich habe mit Leidwesen vernommen, fuhr dann der König fort, daß neulich der Landgraf Georg in Barcelona, auf das unverbürgte Gerücht vom Tode des Königs, die Wache hat aufziehen lassen im Namen des Kaisers. Das hat vielen Spaniern mißfallen." „Aber wie steht es denn, sagte endlich der König, mit der Sendung des Grafen Harrach? Hat der König von Spanien ein Testament zu Gunsten des Erzherzogs errichtet? Es wäre doch endlich einmal Zeit, daß dies große spanische Geheimniß an den Tag käme." Der Gesandte erwiederte: „Ich hoffe demnächst über den Stand der Harrach'schen Mission volles Licht geben zu können; denn der Kaiser setzt in Ew. Majestät volles Vertrauen, nicht zweifelnd, daß es eben so geschehe von Ihrer Seite" ¹⁾.

Der Bericht läßt nicht erkennen, ob es dem Gesandten klar geworden, daß jedes der Worte des Königs ein Zurückweichen in sich schließen könne. Nur hebt er besonders hervor, daß er aus der Haltung des Königs den Eindruck tiefer Niedergeschlagenheit empfunden.

Die Wahrnehmung des Gesandten war richtig. Der König meldet eben damals an Portland, daß sein Befinden sich nicht hebe. Aber es ist merkwürdig, wie er diese Meldung einleidet. „Ich habe mich nicht wohl befunden, sagt er, so lange ich hier bin. Nach dem Schlusse des Parlamentes gedenke ich nach Holland zu gehen; aber Gott weiß, wann das sein wird. Senden Sie Ihre Pferde von Paris direct nach Loo. Meine Sehnsucht dort zu sein, wächst zur Ungeduld." So am 14./24. April ²⁾.

Es war um die Jahreszeit, in welcher der König bis dahin sieben Jahre nach einander gewohnt war hinüber zu segeln nach seiner Heimat. Aber weder diese Gewohnheit, noch sein körperliches Befinden

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 19./29. April.

²⁾ Grimblot t. I, p. 416. Vom 14./24. April.

reichen aus zur Erklärung seiner Sehnsucht. Als drittes Moment trat dazu die wachsende Misstimmung zwischen ihm und vielen Engländern. Man dürfte nicht sagen, der Nation überhaupt; denn in den Augen des Volkes war er nach wie vor populär, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie früher. Aber die höheren Classen waren ihm abgeneigt, und zwar damals die Whigs mehr als die Tories. Der König, hieß es, habe oft die Parteien gewechselt, und immer diejenige verlassen, welche im Amte sich befand. Aber die Whigs behaupteten, ihn auf den Thron gesetzt zu haben. Sie hatten nun die Mehrheit. Sie verlangten, daß der König mit ihnen gehe. Er selber spricht sich damals darüber zu Portland aus mit folgenden Worten: „Shrewsbury hat endlich sich völlig geweigert ein Amt zu führen, und sich nach Enford zurückgezogen. Er behauptet, daß lediglich seine Schwäche ihn dazu nöthige. Die Thatsache dieser Schwäche ist in Folge von Blutspucken unzweifelhaft. Aber die Welt hält für die Ursache seines Rückzuges meine Weigerung, dem Lord Wharton die Siegel als Staats-Secretär zu geben. Der Herzog von Shrewsbury will einstweilen die Siegel fortführen bis nach dem Schlusse des Parlamentes, und darum bleibt bis dahin die Sache geheim. Nun drängen sie in mich, dem Lord Wharton den durch Sunderlands Rücktritt erledigten weißen Stab des Oberst-Hofmeisters zu geben. Ich will dies eben so wenig wie ihn zum Staats-Secretär ernennen. Die Whigs geben darüber ihren Unmuth kund, und sagen, daß, wenn ich nicht willsfahre, die Dinge im Parlamente nicht nach Wunsch endigen werden. Sie sehen wie weit man die Sache treibt. Von Sunderland redet man nicht mehr, gleich als wäre er todt“¹⁾. Sunderland war, wie wir uns erinnern, dem Sturme der Whigs durch die Bitte um seine Entlassung rechtzeitig ausgewichen. Dennoch war er während der Abwesenheit von Portland, der Einzige, mit welchem der König eingehend die Geschäfte besprach²⁾. Lord Wharton stand bei der Whig-Partei in hohem Ansehen. Der König dagegen war, wie wir uns erinnern, ihm persönlich abgeneigt wegen der Dreistigkeit und Indiscretion, von

¹⁾ Grimblot t. I, p. 437. Vom 22. April/2. Mai.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 538. Somers an Shrewsbury, 26. Mai/5. Juni.

welcher Wharton gleich im ersten Jahre eine besondere Probe abgelegt. (Man vgl. Bd. V, S. 72.)

Dennoch würde die Stellung des Königs nur der Whig-Partei gegenüber nicht ausreichen, das eigentliche Verhältniß zu erklären. Die Mißstimmung griff ungleich tiefer. Sie wurzelte in dem Mangel des gegenseitigen Vertrauens überhaupt. Uns Späteren liegen die Briefe des Königs an Heinsius und Portland vor, in denen er so offen sich ausspricht, und zwar auch über England selbst, wie niemals zu einem Engländer. Die Zeitgenossen hatten davon keine Kenntniß im Einzelnen. Aber, wie Tassard und wie Ludwig XIV. wußten, daß bis dahin noch niemals der König Wilhelm III. einen Engländer in sein volles Vertrauen gezogen: so konnte dies noch viel weniger in den höheren Lebenskreisen von England selbst unbekannt bleiben. Zu der Abneigung gegen alles Nicht-Einheimische, welche bei den Engländern stärker ausgeprägt war, als bei irgend einer anderen Nation, trat bei ihnen das Bewußtsein, daß die Politik von England nach außen lag in den Händen von Holländern. Dies Bewußtsein an sich war für die Engländer nicht erhebend. Aber es verband sich mit denselben sofort und unabweisbar der andere Gedanke, daß diese Politik, mochte sie Krieg bezwecken oder Frieden, zuerst und zunächst ins Auge fasse das Interesse der Republik Holland.

Die Mißstimmung darüber in England konnte mit den Jahren nur sich steigern. Daß der eigentliche politische Vertrauensmann des Königs der Rathspensionär Heinsius war, lag weniger offen vor, weil Heinsius niemals nach England kam. Die Vorliebe des Königs für Portland gründete sich auf die Jugendfreundschaft. Aber wir haben bereits wiederholt berührt, daß Wilhelm III. in den letzten Jahren noch einen jüngeren Holländer besonders zu sich herangezogen, Joost Arnold van Keppel, und auch diesem den Titel eines englischen Grafen gegeben hatte. Keppel als Graf Albemarle hatte daher seinen vollen Antheil an der Abneigung der Engländer.

Wir haben ferner vom Könige selbst zu Portland Ausdrücke vernommen, welche seine Vorliebe für sein Heimatland, seine Abneigung sogar gegen den englischen Boden in derber Weise kund geben. Es darf angenommen werden, daß derartige Ausdrücke auch einmal an englische Ohren gelangten. Wenn dies geschah, so wirkten sie nicht conciliatorisch.

Die Misstimmung, die der König damals gegen die Engländer empfand, mochte mit dazu beitragen, daß er ihren Eifer für die spanische Angelegenheit geringer anschlug als derselbe nach anderen Berichten erscheint. „Seitdem aus Spanien die Nachricht eingekommen, meldet er an Heinsius, daß der König dort sich wieder besser befindet, lassen die Leute hier ihre Besorgnis fahren, und meinen, nun sei ja nichts mehr zu befürchten. Die Strömung in den Gemüthern hier ist unberechenbar, und deshalb ist es so schwierig positive Maßregeln zu ergreifen.“ So am 22. April/2. Mai ¹⁾. Einige Tage später dagegen sagte Methuen, Kanzler für Irland und zugleich Mitglied des Unterhauses, zu dem Grafen Auersperg: „Ich kann Ihnen versichern, daß die Mitglieder des Unterhauses mehr und mehr die Augen öffnen und erkennen, wie wichtig es für uns ist zu verhindern, daß Frankreich von dem spanischen Erbe etwas erlange. Wir wissen, mit welcher Insolenz Frankreich vorgeht. Nach meiner Ansicht haben wir keine Wahl: wir müssen gegen Frankreich auftreten. Denn, wenn es dem Könige dort gelingt, Herr zu werden über Spanien und Westindien, so ist aller Widerstand vergeblich, und auf England zuerst fällt die Wucht dieser Macht. Wenn darum heute der König vor das Parlament träte mit der Erklärung, daß er mit dem Kaiser und den Generalstaaten eine Allianz geschlossen, und angäbe, was der Kaiser und was die Generalstaaten zum Zwecke dieser Allianz beitragen würden: so darf ich versichern, daß das Parlament das Seinige thun würde, wie man es nur wünschen kann“. — „Aber warum, fragte Auersperg, geht man bei dieser Sachlage noch fort mit der Auflösung der Regimenter?“ — „Daß der König darin noch weiter nachgibt, erwiderte Methuen, halte ich für politisch sehr klug. Denn durch die Willfährigkeit einzugehen auf die Beschlüsse des Unterhauses, macht er sich dasselbe verbindlich, so daß er, im Falle es erforderlich, um so leichter seine Verfügungen treffen kann. Ueberhaupt aber ist diese Maßregel der Entlassung weniger schlimm als sie scheint, weil die Offiziere Halb Sold erhalten, und namentlich deshalb die Truppen in geringer Zeit wieder zusammen zu bringen sind“ ²⁾.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 439.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 26. April/6. Mai.

Diese Meinung in Betreff der Truppen trat den kaiserlichen Gesandten in England durchweg entgegen. Ihr Einwand, daß doch immer ein großer Unterschied statt finde zwischen einer an die militärische Disciplin gewöhnten und einer neu aufgebrachten Mannschaft, schlug gegen diese Meinung nicht durch ¹⁾.

Ähnlich wie Methuen redete Trumball, der frühere Staats-Secretär. Das Stillschweigen des Königs über die spanische Angelegenheit, sagte er, erzeuge bei den Engländern allgemeine Verwunderung. Als das Motiv des Schweigens sehe man an seine Besorgnis vor der Behauptung, daß er darauf ausgehe, einen neuen Krieg anzuspinnen. Aber das Parlament werde mit allen Kräften eintreten für die Sache des Kaisers ²⁾.

Es fehlte nicht an vielfachen Aeußerungen von Mitgliedern des Parlamentes im gleichen Sinne. Im Gefolge des Botschafters Tallard befand sich der Abbé du Bois, früher Erzieher des Herzogs von Chartres, der spätere Cardinal, gewandt, beredt, vielgeschäftig. Der Kern seiner Reden war: Frankreich verlange nichts Anderes als einen der Söhne des Dauphins nach Spanien zu senden, allein, ohne die Begleitung auch nur Eines Franzosen. Somit werde der Prinz in kurzer Zeit durch und durch ein Spanier werden. Er erhielt stets dieselbe Antwort ³⁾: es sei im Parlamente auch nicht Einer, der nicht Hab und Gut daran setzen werde, um zu hindern, daß Frankreich etwas von der spanischen Monarchie erlange, ob direct ob indirect. — Du Bois ward einige Wochen später abgerufen. Bevor er schied, traf es sich, daß er sich mit einigen Mitgliedern des Parlamentes und dem Grafen Auersperg zusammen befand. Abermals kam die Rede auf Spanien. Die Engländer sagten: „So lange hier ein Mann die Muskete zu tragen vermag, oder ein Pfennig zu finden sein wird: können wir nicht zulassen, daß Frankreich unmittelbar oder mittelbar von dem spanischen Erbe sich etwas aneigne. Weder eine jacobitische Gesinnung, noch eine Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung, hat in dieser Beziehung ein Gewicht: es handelt sich

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 29. April/9. Mai.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 19./29. April.

³⁾ Desgleichen vom 15./25. April: Sie haben ihm unanimiter gesagt.

um das wohl erkannte Interesse der Nation. Melden Sie dies in Frankreich" ¹⁾).

Andererseits sprachen sich die Mitglieder des Parlamentes bei jedem Anlasse zu Gunsten des Kaisers aus, jedoch mit einer Einschränkung. „Sie vermeinen, meldet Auersperg, daß Ew. K. Majestät den Frieden mit den Türken in Händen haben, aber lieber darauf ausgehen, den großen Sieg weiter auszubeuten, so daß im Falle des Krieges mit Frankreich die ganze Last wieder auf England fallen würde. Sie dagegen sind geneigt, ihrerseits den Krieg nur zur See zu führen, und dafür alle Kraft aufzubieten" ²⁾).

So die Stimmung im Parlamente. Denn der Graf Auersperg hebt wiederholt hervor, daß alle Mitglieder desselben im gleichen Sinne redeten. Eben so aber auch der Staats-Secretär Vernon, welcher, bei der Abwesenheit des franken Shrewsbury, beide Stellen versah. Wir erinnern uns der Worte des Königs Wilhelm zu Portland, daß er seinen englischen Ministern die Verhandlung mit Frankreich nur erst im Allgemeinen kund gebe, und sich vorbehalte, erst bei vorgerücktem Stande der Angelegenheit sie heranzuziehen. Ob diese allgemeine Mittheilung ausgereicht habe, den Ministern ein einigermaßen klares Bild von der Sache zu geben, thut sich uns dar aus den Worten Vernons. Er trat zu Auersperg und sagte: „Die Jacobiten sprengen das Gerücht aus, daß der König unter der Hand einen Vertrag mit Frankreich abschließen wolle. Aber der König ist in Betreff der Angelegenheit der spanischen Succession so gesinnt, wie man es wünschen kann. Machen Sie nur erst den Türkenfrieden, damit der König im Stande ist der Nation zu versichern, daß, wenn Frankreich bei seinen Absichten beharrt, die ganze Last des Krieges nicht wieder auf England fällt" ³⁾).

Aus diesen verschiedenen Aeußerungen ergibt sich, daß der König Wilhelm, innerlich gedrückt wie er war, in jenen Worten an Heinsius den Eifer der Engländer für die spanische Angelegenheit unterschätzte. Er wollte seine Entschlüsse fassen nur mit dem Beirathe von Heinsius. Die Erwägungen über die Sache gingen hin und wieder. Bevor wir

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 13./23. Mai.

²⁾ Desgleichen vom 3./13. Mai.

³⁾ Desgleichen vom 26. April/6. Mai.

daher denselben weiter folgen, haben wir unsere Aufmerksamkeit derjenigen Frage zuzuwenden, welche wir in den Reden der Engländer immer in den Vordergrund treten sehen, nämlich des Friedens mit den Türken.

Wir erinnern uns, daß der Divan im Januar 1698 den Beschluß gefaßt, die Vermittelung von Lord Paget, so wie den Besitzstand als die Basis des Friedens, anzunehmen. Zugleich jedoch versuchte er eine Reihe von Einschränkungen zu machen. Dieser Versuch erschien den Verbündeten um so bedenklicher, da in dem Schreiben des Großwesirs an Paget sich die Worte befanden, daß der Besitzstand, im Wortsinne genommen, unvereinbar sei mit der Würde des türkischen Reiches. Namentlich die Republik Venedig hob die *mala fides* der Türken hervor, und forderte mit Bezug darauf ein bestimmteres Präliminare. Sie verlangten den Besitzstand ohne Ausnahme, ohne Bedingung, noch Vorbehalt. Die Türken gaben nach, im April 1698 ¹⁾.

Allein damit waren noch nicht alle Schwierigkeit erledigt. So willig auch der Kaiser und die Republik Venedig zum Frieden waren: so zeigten doch nicht ihre Bundesgenossen dieselbe Geneigtheit. Es waren der neue König August von Polen, und der Czar Peter von Moskau. Die Persönlichkeit des letzteren fordert hier unsere Aufmerksamkeit.

Im Jahre zuvor hatte die sonderbare moscovitische Bottschaft, deren der Czar Peter sich bediente, um seine persönliche Anwesenheit bei derselben zu verdecken, sich auf den Weg nach dem Westen begeben. Im August 1697 traf sie im Haag ein. Der König Wilhelm, nicht Willens den Besuch in Voo zu erwarten, begab sich nach der Stadt. Der Czar redete dort sehr offen zu ihm. Er rathe den Krieg wider Frankreich noch drei oder vier Jahre fortzusetzen: dann werde der König dort ganz anders reden. Unterdessen, sagte der Czar Peter, werde es ihm gelingen, den Bundesgenossen Frankreichs, den Türken, niederzuwerfen, namentlich Constantinopel zu nehmen. Er lasse zum

¹⁾ Final-Bericht des Venetianers Ruzzini in *Fontes rerum Austriacarum* t. XXVII, p. 351.

Zwecke der Communication mit dem schwarzen Meere bei Now einen Canal graben, und beschäfte dabei 80,000 Mann. Sobald dieser Canal fertig, würden die Türken erfahren, mit wem sie zu thun hätten. Von den Generalstaaten verlangte der Czar, daß seine Erfolge über die Türken durch die holländischen Zeitungen veröffentlicht würden, damit die Kunde nach Frankreich gelange ¹⁾).

Der Rath des Czaren mochte bei Wilhelm III. nicht eine nachdrückliche Wirkung ausüben. Die eigene Gesinnung des Czaren Peter dagegen liegt vor Augen. Er stand in Allianz mit dem Kaiser wider die Türken: demnach konnte der Kaiser nicht Frieden schließen ohne ihn.

Folgen wir noch mit einigen Strichen dieser merkwürdigen Persönlichkeit.

Er entschloß sich auch nach England hinüber zu gehen. Während der Ueberfahrt war er als holländischer Matrose gekleidet, und redete mit dem ihn geleitenden Contre-Admiral nur von Schifffahrt und Schiffbau. Er kletterte in den Mastkorb hinauf, und verlangte, daß der Contre-Admiral dahin ihm folge. Dieser als schwerer Mann weigerte sich. Erst beim Einlaufen in die Themse ließ der Czar sich bewegen, andere Kleidung anzulegen. Bis Gravesend hatte man ihm leichtere Fahrzeuge entgegen geschickt. Der Czar, um nicht erkannt zu werden, stieg sofort hinab in das für das Gepäck bestimmte, und gelangte so unbemerkt in die ihm bestimmte Wohnung. Es waren drei kleine mit einander verbundene Häuser und zwar, seinem Wunsche entsprechend, an der Themse gelegen, so daß er sich ohne Aufsehen zu Wasser aus- und einbegeben konnte ²⁾).

Die Hofhaltung dieses Großfürsten von Moskau, dessen Zugehörigkeit zu Europa damals noch eine offene Frage war, entsprach sehr wenig der englischen Lebensweise. Das ganze Gefolge, in Allem siebenundzwanzig Personen, speiste mit dem Czaren an derselben Tafel. Ausgeschlossen waren nur der Koch und dessen Diener. Das Zimmer, welches der Czar bewohnte, war klein. Dessen ungeachtet ließ er darin eine Reihe von Personen des Gefolges mit ihm schlafen. Der König

¹⁾ Die Berichte des Grafen Auersperg vom 20. August und 15. September 1697.

²⁾ Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 8. und 21. Januar 1698.

Kloppe. Fall d. Hauses Stuart u. Success d. Hauses Hannover. VIII.

stattete ihm dort seinen Besuch ab. Er blieb auf der Schwelle stehen und bat, daß, bevor er einträte, die Fenster geöffnet würden. Die scharfe Frostluft strömte ein. Der Czar jedoch war ohne Noth. Er erwiederte dann den Besuch in voller russischer Nationaltracht. Die Wachen nahmen keine Notiz von ihm. So mochte es seinem Wunsche entsprechen; denn er wollte nicht erkannt sein. Seemännisch gekleidet ¹⁾, wanderte er allein in der Stadt umher, und setzte sich, wenn er ermüdet war, in die nächste Kohnkutsche. Einmal ließ er sich bewegen das Theater zu besuchen. Er nahm seinen Platz so, daß das vor ihm sitzende Gefolge ihn verdeckte. Dennoch mißlang dies Bestreben, weil das beständige Zucken der Glieder, dem er unterworfen war, namentlich aber das unstäte Rollen der Augen, seine Person kund gab. Es gelang dem Könige ihn zu bereden, dem Maler Gottfried Kneller zum Zwecke eines Portraits zu sitzen ²⁾.

Auch in London wie im Herbst zuvor in Holland, widmete der Czar den Schiffswerften eine besondere Aufmerksamkeit; jedoch arbeitete er hier nicht selbstthätig wie dort. Er hatte Zeit auch für andere Angelegenheiten. Im Namen der anglicanischen Geistlichkeit erschien vor ihm Dr. Burnet, Bischof von Salisbury, um ihn zum Besuche eines Gottesdienstes derselben einzuladen. Beide waren in Folge des Aufenthaltes in Holland dieser Sprache mächtig, der Czar so sehr, daß er, obwohl er sich zu dem Könige von einem Dolmetsch begleiten ließ, der Hülfe desselben kaum bedurfte. Auf die Einladung Burnets erwiederte der Czar, daß er nirgends sich sehen lassen könne, ohne einen großen Zulauf hervorzurufen. Das sei ihm unleidlich. Wenige Tage später jedoch erblickte man ihn in der Capelle des Erzbischofes von Canterbury. Es ward beobachtet, daß Burnet von da an sich häufig bei dem Czaren einfand, daß dieser die Prälaten der Hochkirche überhaupt mit besonderer Zuvorkommenheit behandelte ³⁾. Burnet suchte dem Czaren die Lehre der englischen Hochkirche zu entwickeln. „Allein, bemerkt er selber darüber, es ließ sich nicht danach an, daß der Czar eine entsprechende Aenderung in Moskau vornehmen werde.“ Und

¹⁾ Wie ein Bootsknecht, sagt Graf Auersperg.

²⁾ Berichte Auerspergs und Hoffmanns vom 28. Januar, 2. und 7. Februar.

³⁾ Auerspergs Berichte vom 11. und 18. März.

doch, wer vermöchte zu sagen, wie ein in die Menschenseele geworfenes Samenkorn sich bewurzelt und aussprießt? — Zu den Vortrefflichkeiten der Hochkirche von England gehörte, nach Burnets Anschauung, unzweifelhaft der kirchliche Supremat der Krone. Eben dieser mochte dem Auge des Czaren am klarsten einleuchten, und ihm zum Vorbilde der Nachahmung werden, die er einige Jahre später in seiner Weise daheim vollzog. — Der Eindruck, den der Czar in der Bekanntschaft mehrerer Wochen auf Burnet gemacht, war nicht ein wohlthuender. Der Geistliche gedachte an den Psalm, in welchem David in der Betrachtung der großen Wohlthaten Gottes an die Menschen in Entzücken ausbricht. Aber Burnet gedachte daran, um die Worte nach der umgekehrten Weise anzuwenden. „Wie gering, ruft er aus, müssen in den Augen Gottes die Menschen sein, da er eine so ungeheuer Anzahl derselben einer Persönlichkeit wie dem Czaren zu Füßen geworfen, dem Mißtrauen und der Wildheit desselben preisgegeben hat?“ ¹⁾

Die volle Zuneigung des Czaren besaß der König Wilhelm. Demgemäß machte jener aus seinem Verdrusse über die Haltung des Unterhauses kein Hehl. Dennoch wandelte ihn die Neigung an, diese Körperschaft des Parlamentes von England zu sehen. Das Verlangen war schwer erfüllbar; allein es ließ sich für diese besondere Persönlichkeit, weil schwindelfrei, ein Mittel finden. Es ward eine Vorkehrung am Dache angebracht. Der Czar stieg hinauf, und blickte vom Dache durch ein kleines Fenster herunter auf die Räume des Oberhauses. Dort saß der König auf dem Throne, um einige Bills zu sanctioniren, die Mitglieder des Oberhauses waren wie er im vollen Ornate, und an den Schranken desselben reihten sich die Mitglieder des Unterhauses ²⁾.

Wie auf Burnet, so mochte auch auf die übrigen Engländer der Eindruck der Persönlichkeit des Czaren im Ganzen und Großen nicht als ein gewinnender bezeichnet werden. Man sagte von ihm, daß er sein Volk civilisiren wolle. Sein eigenes Verhalten schien in dieser Richtung nicht viel zu verheißen. Namentlich aber bemerkte man den Mangel einer besonderen fürstlichen Eigenschaft. Die Kaufleute

¹⁾ Burnet (London edition of 1857) p. 655.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 15. April.

von London erlangten durch den bei ihm besonders wohl gelittenen Admiral Saermarthen die Erlaubnis, Tabak nach Moscovien einzuführen, gegen Vorbehalt einer Summe für den Czaren. Er persönlich verhandelte dann mit ihnen über die Einzelheiten dieser Summe. Sie ward auf 50,000 Reichsthaler vereinbart ¹⁾.

Dennoch war der Czar ein mächtiger Fürst, und von großer Bedeutung für die Frage des Friedens mit den Türken. Der Graf Auersperg erhielt vom Kaiser den Auftrag, den König von England zu ersuchen, daß er zu diesem Zwecke auf den Czaren einwirkte ²⁾. Der Auftrag traf zu spät ein. Bereits schickte sich der Czar zur Abreise an über Holland nach Wien. Der Versuch der Einwirkung auf ihn ward daher nach Holland verwiesen.

Zum Abschiede schenkte der König seinem Gaste eine Yacht mit zwanzig Kanonen. Der Czar begab sich an Bord derselben auf der Themse. Dort ließ er auf dem ihm nunmehr eigenen Schiffe seine Flagge aufhissen. Der Admiral Mitchell, der mit seinem Geschwader ihm das Geleite zu geben hatte, ließ bitten die Flagge abzunehmen, weil England innerhalb seiner Gewässer eine fremde Kriegesflagge nicht dulde. Der Czar weigerte sich. Mitchell schickte zum zweiten Male, mit dem Bemerken, daß es für ihn als englischen Admiral, wenn er nachgäbe, nach dem Gesetze sich handele um seinen Kopf. Der Czar beharrte bei seiner Weigerung. Der Admiral erneute seine Mahnung durch einen scharfen Schuß auf die Yacht des Czaren. Dann ließ dieser die Flagge sinken, entzündete jedoch zugleich eine Persönlichkeit seines Gefolges mit Beischwerde an den König. Wilhelm III. erwiederte: der Admiral Mitchell habe nach den englischen Gesetzen nicht anders handeln können ³⁾.

Der Czar traf in Holland ein. Heinsius ersah sich dort zur Ausführung des Auftrages für den Türkenfrieden den Amsterdamer Bürgermeister Witsen, der bei dem Czaren in hohem Ansehen stand. Die Antwort klang nicht erfreulich. Witsen meldete, daß der Czar sofort bei der Berührung der Angelegenheit seinen Verdruß kund

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. Mai: Der Czar ist so sehr auf sein Interesse, daß er in Person über die wenigen Stüber verhandelt hat.

²⁾ Kaiserliches Rescript vom 20. April.

³⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 3./13. Mai.

gegeben. Er sei auf dem Wege nach Wien, sagte er. Dort werde er mit dem römischen Kaiser selber die Sache besprechen¹⁾.

Wie der Czar nicht geneigt war zum Frieden, so auch nicht August von Polen. Sein Gesandter Bosc im Haag versicherte, daß der König und der Czar auch allein den Krieg fortsetzen würden²⁾. Andererseits bewiesen auch die Türken dem Czaren gegenüber keine Geneigtheit. Ihr Friedensentwurf benannte ihn nicht mit. Aber der Kaiser und die Republik Venedig waren dem Könige wie dem Czaren verbunden durch den Vertrag der Allianz. Es bedurfte des ganzen Druckes jener ersten Mächte auf die Türken, um zu erwirken, daß sie sich bereit erklärten, auch mit den zwei anderen zu verhandeln. In jedem Falle aber rückte der Abschluß noch in eine weite Ferne. Und zwar dies zu einer Zeit, wo man sich nicht für sicher hielt, daß nicht von einem Tage zum anderen das matte Lebenslicht Carls II. von Spanien erlosch, wo darum die Frage dessen was im Falle dieses Todes bevorstehe, die Gemüther aller Orten in besorgter Spannung erhielt, und insbesondere den König Wilhelm bewog einzugehen in jene merkwürdige Verhandlung mit Ludwig XIV.

Wilhelm III. wollte über die von dem Könige von Frankreich vorgeschlagene Alternative seine Entscheidung treffen nur im Einverständnisse mit Heinsius. Die ersuchte Antwort desselben traf ein. Sie entsprach dem eigenen Gedankengange des Königs. In demselben findet ein besonderes Moment, welches er zu Anfang der Sache hervorgehoben, nicht mehr einen Ausdruck: der Zweifel an der Aufrichtigkeit des Königs von Frankreich. Wilhelm III. glaubt demnach an die Möglichkeit des Gelingens einer Verhandlung, so wie an den Bestand eines Vertrages, den er über das spanische Erbe mit Ludwig XIV. schließen würde.

Die Rehrseite liegt nahe. Immer neu wächst vor Wilhelm III. empor die Frage seines Verhaltens gegenüber dem Kaiser. „Der Kaiser, schreibt er an Heinsius, wird in keine der beiden Alternativen willigen.

¹⁾ Bericht des Grafen Stratemann vom 13. Mai.

²⁾ Bericht des Grafen Goes vom 23. Mai.

Dazu wird er behaupten: wir seien ihm bereits verpflichtet. Dieser Punct ist sehr schwierig. Der König von Frankreich aber wird mehr bewilligen vor der Mittheilung an den Kaiser. Denn nach derselben würde er aus allem einen Ehrenpunct machen, wie er das bei jeder Gelegenheit gethan. Welche Alternative immer wir annehmen: wir werden den Kaiser erbittern: er wird uns ansehen als Feinde" ¹⁾).

Er ließ Tallard zu sich bescheiden, am 28. April/8. Mai. Diesem eröffnete er, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit nicht habe vorgehen können ohne die Republik Holland, und daß er darum den Rathspensionär Heinsius, und zwar diesen ganz allein auf der Welt, ins Vertrauen gezogen. Er hob hervor, daß sein Wunsch nach seinen Kräften einem Kriege zuvorzukommen und die Ruhe Europas zu sichern, ihn bewöge, ohne über die Ansprüche der Bewerber zu entscheiden, dennoch einzutreten in eine Verhandlung über die von Frankreich vorgeschlagene Alternative. Die Form der Sache jedoch setze ihn in Verlegenheit. Denn, nach so langer Allianz mit dem Kaiser, sei es ihm ein drückendes Gefühl, wenn er die Vorschläge dem Kaiser nicht zuvor mittheile. Er fragte, ob der Botschafter darüber eine Instruction habe. Tallard verneinte. Er könne nur seine persönliche Ansicht aussprechen. Diese gehe dahin, daß die Vereinbarung feststehen müsse vor einer Mittheilung an den Kaiser, ja daß sogar das Geheimnis zu bewahren sei bis zum Eintreten des Falles. Denn er halte es für gewis, daß die Minister in Wien auf eine solche Verhandlung nicht eingehen würden. Der König bezweifelte die Möglichkeit einer solchen Geheimhaltung.

So berichtet Wilhelm III. selber für Portland den Gang der Unterredung ²⁾. Von einem Widerspruche seinerseits ist dann nicht mehr die Rede.

Der Bericht Tallards über dieselbe Unterredung läßt schärfer den inneren Kampf des Königs gewahren. Wilhelm III., dessen Rede der Regel nach auf Andere den Eindruck der Klarheit, der Bestimmtheit machte, erging sich gemäß diesem Berichte in Umschweifen, in einem Reichtume an Worten. Er wiederholte, daß der Act an sich, das Verhandeln

¹⁾ Grimblot t. I, p. 453. Vom 26. April/6. Mai.

²⁾ A. a. O. p. 472.

über das Erbe eines lebenden Fürsten, ihm widerstrebe. Tallard suchte darzuthun, daß dies Bedenken, so gerechtfertigt im allgemeinen, dennoch in dem besonderen Falle nicht statthaft sei. Länger verweilte der König bei seinem Verhalten in dieser Sache gegenüber dem Kaiser. Er deutete wiederholt darauf hin, daß er einen Vertrag mit dem Kaiser habe. Er pflege, sagte er, sonst offener zu handeln. Tallard dagegen hob als Grund wider eine Mittheilung in Wien namentlich hervor: der König Wilhelm wisse eben so wohl wie er, daß der Kaiser nicht sich mit einem Theile begnügen, sondern das Ganze als sein Recht fordern werde. Hier bot sich dem Könige Wilhelm III. der Punkt, an welchem ein Einlenken möglich war, und zwar durch den Einwand, daß die Behauptung Tallards eben nur eine Supposition enthalte, nicht eine bewiesene und unzweifelhafte Thatfache, daß es vielmehr erst eines Versuches der Erkundigung bedürfe. Aber die Dreistigkeit, mit welcher Tallard die Behauptung vortrug, scheint den König Wilhelm an diesem Punkte rasch vorüber geführt zu haben. Der Fortgang der Dinge wird uns noch klarer zeigen, wie viel für Ludwig XIV. durch das Vorbeieilen an diesem wichtigen Punkte gewonnen war. Ein Urtheil dagegen über die Richtigkeit dieser Behauptung, daß der Kaiser sich nicht mit einem Theile begnügen, sondern das Ganze fordern werde, läßt sich bilden nur im Ueberblicke der gesammten Haltung des Kaisers, wie sie uns aus dem bisher Vernommenen noch nicht vorliegt.

Dann kam man auf die Sache. Der König Wilhelm machte damals den Vorschlag, der, mit einiger Modification, durch den Frieden von Utrecht verwirklicht wurde: Spanien und Westindien für einen der Söhne des Dauphins, Mailand, Neapel und Sicilien für den Erzherzog Carl, Belgien mit verstärkter Barriere für den Kurprinzen Joseph Ferdinand. „Ich hielt es für überflüssig, meldet Tallard, diesen Vorschlag zu erörtern.“ Fünfzehn Jahre später, nach dem unjäglichen Jammer eines ungeheueren Krieges, durfte Ludwig XIV. es für einen großen, in den letzten Jahren kaum noch gehofften Gewinn erachten, diesen Vorschlag, oder doch das Princip desselben verwirklicht zu sehen.

Wilhelm III. und Tallard redeten hin und wider über die Vortheile und Nachtheile der von Ludwig XIV. gestellten Alternative.

Tallard erkannte die Abneigung des Königs gegen Victor Amadeus von Savoyen als unüberwindlich. Wilhelm III. dagegen fand keine französische Willigkeit einen Hafen einzuräumen, weder Havannah auf Cuba, noch einen europäischen. Ludwig XIV. wiederholte nachher noch ausdrücklicher, daß er weder Dünkirchen, noch Gibraltar, noch Port Mahon abtreten werde. Dennoch kamen in der Hauptsache der König und Tallard einander näher. Tallard erjah, daß die Rathschläge von Holland aus den König geneigt machten für den Vorschlag, welcher Spanien und Westindien dem Kurprinzen Joseph Ferdinand überwies. Nur die Forderung von Luxemburg für den Dauphin in diesem Falle war ein schweres Hindernis. Ein principiellles fand nicht mehr statt: die Aussicht auf eine Einigung war im Steigen.

Eben darum aber mußte auch das Verhältniß der beiden Könige überhaupt zur Sprache kommen. Wilhelm III. erwähnte wieder des Königs Jacob. Tallard unterbrach ihn mit dem Rufe: „Um Gottes willen sparen Ew. Majestät die Worte über eine Angelegenheit, über die ich doch nur das früher Gesagte wiederholen dürfte“. Wilhelm III. blickte erstaunt ihn an und fragte, ob er die frühere Unterredung berichtet. Tallard bejahte und fügte hinzu, daß er seitdem keine Weisung empfangen. „Ich überlasse Ihnen, versetzte der König, was Sie zu schreiben für geeignet befinden; aber Sie sehen, worauf es hier ankommt, und ob, indem ich französisch werde; denn ich werde es . . .“ Bei diesen Worten verstummte er ¹⁾.

So berichtet Tallard. Wilhelm III., in seiner Meldung an Portland, sagt darüber: „Im Laufe der Unterredung ließ ich wie von ungefähr die Worte fallen, daß eine Vereinbarung mit Frankreich über diese wichtige Angelegenheit mich trennen würde vom Hause Oesterreich. Niemals habe ich einen Menschen so freudig erregt gesehen wie den Tallard bei diesen Worten. Er wiederholte sie vier oder fünf Mal, und war kaum im Stande seiner Herr zu bleiben“ ²⁾.

Am nächsten Tage entwarf Tallard einen ausführlichen Bericht über England. Der König Jacob, sagte er, habe noch immer Freunde. Wenn die Seeschlacht von La Hogue einen anderen Ausgang genommen,

¹⁾ Grimblot t. I, p. 463. Tallards Bericht vom 8. Mai.

²⁾ A. a. O. p. 474.

so würde die Mehrheit sich für ihn erklärt haben. Der König Wilhelm habe keine feste Grundlage für die Stärkung seiner Macht in England. Er habe nur die Armeer, auf die er sich verlassen dürfe, und die Nachbarschaft der Holländer, die ebenfalls zu seiner Verfügung stehen. Er habe das ganze Gewicht des Parlamentes in das Unterhaus gelegt. Das Oberhaus habe gar keine Bedeutung. Die Absicht der Reise nach Holland erzeuge so viel Mißvergnügen, daß es fraglich, ob der König sie ausführen werde. Sicherlich sei die Stellung des Königs noch eine lockere, und der Friedensschluß, welcher der übrigen Welt Ruhe gegeben, habe sich für diesen Fürsten erwiesen als der Beginn der inneren Mühsale ¹⁾).

Dieser Bericht Tallards scheint dem Könige von Frankreich erwünscht gekommen zu sein. Er mäßigte den Eifer seines Botschafters für einen Abschluß. Da dem Könige von England sein eigenes Interesse es als vortheilhaft erscheinen lasse, sich mit Frankreich zu einigen: so werde er auch weitere Schritte in dieser Richtung vorwärts thun. Ludwig XIV. sucht dann die Bedenken des Königs von England zu bekämpfen. Zuerst diejenigen gegenüber dem Kaiser. „Da er von seinem Vertrage mit dem Kaiser offen zu Ihnen gesprochen, sagt Ludwig XIV.: so will ich ihm nicht verhehlen, daß ich den Vertrag kenne. Demgemäß erhebt der Kaiser den Anspruch auf das gesammte spanische Erbe. Der König hat aber selbst gesagt, daß das Interesse der beiden Nationen, England und Holland, ihn bestimme. Es ist also für ihn die Frage, ob es dem Interesse dieser beiden Nationen entspricht, wenn der Kaiser mit seiner Kaiserwürde und seinen Ländern auch noch die spanische Monarchie verbände. Jener Vertrag war für den Krieg. Will man nun, nach dem Frieden, die Bedingungen einer Offensiv-Allianz buchstäblich beobachten? Der Abschluß von Rhodwyck hat den wesentlichen Artikeln der Allianz ein Ende gemacht. Daher darf eine hinfällig gewordene Uebereinkunft den König von England nicht hindern die Schritte zu thun, welche erforderlich sind für die Bewahrung des Friedens. Namentlich liegt es vor Augen, daß die geringste Andeutung von diesen Schritten bei dem Kaiser sie völlig vereitelt. Das Gemeinwohl muß besonderen Erwägungen vorgehen, namentlich solchen, welche

¹⁾ Grimblot t. I, p. 470.

dem Könige von England eine Verpflichtung auferlegen würden wider die Gerechtigkeit, nämlich durch die Hemmung der Ansprüche der rechtmäßigen Erben, und wider das Interesse von Holland und England, ja des gesammten Europa."

„Kurz als das einzig richtige Verhalten des Königs gegenüber dem Kaiser erscheint mir die Nicht-Erneuerung der Allianz. Aus den Bemühungen des Kaisers um eine neue Allianz selber geht die Anerkennung hervor, daß er die frühere Uebereinkunft betrachtet als durch den Abschluß des Friedens erloschen."

„Die Scrupel über einen Theilungsvertrag bei Lebzeiten des Königs von Spanien würden gerechtfertigt sein, wenn der Vertrag seine Unterthanen zum Ungehorsame reizte oder ihn kränkte. Aber ich habe meinem Botschafter dort Befehl gegeben, in keiner Weise zu dem Könige zu reden über das Recht meines Sohnes, während doch der Graf Harrach seit einem Jahre in Madrid sich bemüht um die Einladung des Erzherzogs. Von meinem geheimen Vertrage mit dem Könige von England hat dagegen Niemand einen Nachtheil. Er wird für Jedermann unbekannt bleiben, und erst dann ans Licht treten, wenn der Zweck des Gemeinwohles von Europa die Nothwendigkeit auferlegt, damit dadurch der sonst gefährdete Friede bewahrt bleibe. Die Macht dieses Beweggrundes überwältigt alle Bedenklichkeiten."

„Der Kaiser, der Oheim des Königs von Spanien, hatte im Jahre 1668 nicht diese Scrupel. Die schwache Gesundheit des jungen Fürsten schien damals ein baldiges Ende in Aussicht zu stellen. Damals schloß ich mit dem Kaiser einen Vertrag über die Succession. Wenn Sie dem Könige von England dies darlegen, so wird er über seine Scrupel leicht hinwegkommen" ¹⁾.

Wir erinnern uns dieses Vertrages, der Mittel und Wege, durch welchen Ludwig XIV. ihn erreicht, so wie des eigentlichen Zweckes. (Bd. I, S. 212 u. f.)

Es ist besonders merkwürdig, daß Ludwig XIV. eben damals, wo er den König Wilhelm durch diesen Hinweis zu bewegen suchte, mit ihm in einen Theilungsvertrag einzugehen, ohne Vorwissen des Kaisers, sich nach der anderen Seite hin bemühte, auf Grund dieses alten

¹⁾ Grimblot t. I, p. 476. Vom 6./16. Mai.

Theilungsvertrages von 1668 eine Verhandlung anzuspinnen mit dem Kaiser, ohne Vorwissen des Königs von England. Er gab seinem Botschafter Harcourt in Madrid den Auftrag, bei dem älteren Grafen Harrach darüber anzuklopfen, ob es nicht dem Interesse des Kaisers entspreche, jenen Vertrag wieder aufzunehmen. Jedoch dürfe eine solche Verhandlung nicht in Madrid statt finden, damit nicht die französisch gesinnten Granden darüber scheu werden. Deshalb soll Harcourt den Vorschlag erst machen kurz vor der Abreise Harrachs, auch nicht im Auftrage, sondern wie aus eigener Meinung. So die Instruction vom 7. April ¹⁾).

Verfolgen wir hier gleich in kurzen Zügen den Verlauf dieser Sache.

Der Auftrag erschien dem Botschafter Harcourt bedenklich. Er erhob Einwendungen. Er hielt namentlich entgegen, daß nach dem Vertrage von 1668 Belgien an Frankreich fallen würde, daß aber eben dies ein unüberwindliches Hindernis sei, weil England und Holland lieber die ganze übrige spanische Monarchie an einen französischen Prinzen hingeben würden, als Belgien an die Krone Frankreich. Harcourt erwiedert daher, daß er bei diesem gewichtigen Bedenken nur auf erneuten, bestimmten Befehl den Auftrag ausrichten werde ²⁾).

Wir sehen, Harcourt nimmt die Sache ernsthaft.

Dennoch muß dann dieser bestimmte Befehl des Königs erfolgt sein ³⁾. Der jüngere Graf Harrach, Alois, traf damals aus Wien wieder in Madrid ein, als Nachfolger seines Vaters. Die Abreise des letzteren stand demnach in Aussicht. Am Abende des 2. Juni trat der französische Botschafter zu ihm, und redete stundenlang von diesem und von jenem. Wenn der Kaiser und der König von Frankreich sich mit einander verstünden, sagte er: so würden sie der gesamten Welt das Gesetz vorschreiben; aber die kaiserlichen Minister seien immerdar mißtrauisch gegen Frankreich. Harrach sprach den Wunsch aus, daß der jetzige Friede lange dauern möge. Harcourt fiel ein: „Nur der Tod des Königs von Spanien würde ihn stören können“. Dann fragte er, ob Harrach Kunde habe von einem Vertrage,

¹⁾ Hippeau t. I, p. 56.

²⁾ A. a. O. p. 67.

³⁾ Er findet sich nicht in der Correspondenz bei Hippeau, dagegen die Thatsache der Ausführung in Harrachs Tagebuch S. 260.

der in Betreff des spanischen Erbes vor Zeiten zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich geschlossen worden sei. Harrach erwiederte: er habe wohl einmal davon gehört, sei aber damals nicht im Ministerium des Kaisers gewesen, könne also nichts Genaueres darüber angeben.

Es ist nicht ersichtlich, ob der ältere Graf Harrach den eigentlichen Plan des französischen Anwurfs durchschaut, demselben überhaupt nur eine besondere Wichtigkeit beigelegt habe. Die Kürze seiner Notiz läßt eher das Gegentheil vermuthen. Und doch war an dieser seiner ablehnenden Antwort ein wichtiger Plan Ludwigs XIV. zerstückelt. Denn es war offenbar der Zweck des Königs von Frankreich, eben so wie er mit Wilhelm III. von England einen besonderen Theilungsvertrag angeponnen, eben so auch einen besonderen mit dem Kaiser einzuleiten. Macht schon diese Thatsache an sich, auch wenn wir sonst nichts Näheres wüßten, es wahrscheinlich, daß der Eine oder der Andere, oder auch Beide getäuscht werden sollten: so steigt diese Wahrscheinlichkeit zur Gewisheit in Betreff des Objectes. Nach den Vorschlägen für Wilhelm III. und die Holländer war Ludwig XIV. von Anfang an bereit zum Verzicht auf Belgien. Nach dem alten Theilungsvertrage von 1668 mit dem Kaiser sollte Belgien an Frankreich kommen. Der Widerspruch liegt vor Augen. Welche widersprechenden Verträge aber auch immer Ludwig XIV. schloß: das für ihn Entscheidende, seine Machtstellung, ward dadurch nicht alterirt. Demnach war der letzte Zweck des Planes hier wie immer die Zwietracht zwischen den Bundesgenossen von 1689.

Kehren wir zurück zu jenem Schreiben Ludwigs XIV., vom 6./16. Mai, an Tallard.

Der König macht dann in Betreff der Theilung neue Vorschläge. Nicht diese fallen für uns ins Gewicht, sondern die Motive des Handelns, in so weit die Worte sie kund geben oder nicht kund geben, oder auch sie verbergen sollen.

„Ihr Bericht über England, sagt Ludwig XIV. weiter zu Tallard, zeigt mir, daß für den König dort keine Allianz besser ist als die meinige. Diejenige mit dem Hause Oesterreich ist immer lästig. Er kann sich mit demselben nicht verbünden, ohne die Bürde auf sich zu laden, ihm immer zur Seite zu stehen mit Truppen, mit

Schiffen, mit Geld. Er wird dagegen, indem er meine Allianz derjenigen des Kaisers vorzieht, nichts verlieren. Vielmehr sichert sie ihm seine jetzige Stellung. Ich hoffe, daß er nie meiner Hülfe bedürfen wird; allein — damit ich seines eigenen Ausdruckes mich bediene — wenn er französisch wird: so sind seine Interessen auch die meinigen.“

„So ist meine Gesinnung gegen ihn, und, auch abgesehen von dem neuen Vertrage, ist es meine Absicht, die Bedingungen des Friedens pünktlich zu erfüllen. Von dieser Grundlage aus sollte die Residenz des Königs Jacob in St. Germain ihm eher eine Bürgschaft sein, daß dieser sich nicht auf eine Unternehmung wider England einlassen wird, als ein Gegenstand der Furcht, daß König Jacob verdächtige Absichten begünstige. Ich bin so genau mit dem Könige Jacob bekannt, daß ich überzeugt bin: er ist fern davon eine derjenigen Unternehmungen zu billigen, an welche man nicht ohne Schauder denken kann. Aber selbst, wenn man annehmen wollte — was doch nicht statthaft —, daß dieser Fürst fähig wäre Pläne solcher Art gut zu heißen: so würde ich, wenn er in meiner Nähe, viel leichter davon Kenntniß erhalten und darum die Ausführung hindern können, als wenn die Entfernung das Verhehlen begünstigte. Wie Lord Portland dem Könige gemeldet haben wird, habe ich auf seine Anzeige eines Verdachtes gegen einige Personen ihm erwiedern lassen, daß die Befehle zu ihrer Verhaftung ergehen würden, sobald er ihren Aufenthalt angeben könnte. Also ist die Sicherheit des Königs Wilhelm durchaus vereinbar mit dem Aufenthalte des Königs Jacob in St. Germain. Ja man darf behaupten, daß diese Sicherheit weniger verbürgt sein würde, wenn ich den König Jacob zwänge sich von hier weg zu begeben. Und dazu würde dieser Schritt so sehr wider meine Ehre sein, daß ich jeglichen Vorschlag solcher Art verworfen habe. Je fester ich an diesem Grundsatz halte, desto stärker auch fühle ich mich verpflichtet darüber zu wachen, daß die Sicherheit des Königs von England nicht darunter leide. Die Sicherheit allein ist der Grund, aus welchem dieser König die Entfernung verlangt. Da nun ich die Sorge dafür übernehme, so kann ich nicht glauben, daß der König von England beharren wird bei einem Verlangen, welches ich zu erfüllen nicht versprochen, welches ferner unvereinbar ist mit meiner Ehre,

welches endlich seine eigene Sicherheit nicht stärker verbürgt, sondern schwächer. Nach meiner Ueberzeugung dürfte ich, ohne eine Gefahr für mich, dem König von England selber als Richter in dieser Sache anheim stellen, zu entscheiden was ich zu thun habe."

„Allein da der König von mir etwas verlangt, was ich nicht versprochen: so kann ich nicht umhin mein Erstaunen auszudrücken, daß von seiner Seite mir kein Wort gesagt wird über die Erfüllung dessen was er versprochen, nämlich in Betreff des Jahrgeldes für die Königin Marie Beatrice. Dies Versprechen war bedingungslos, und es ist auch nicht dabei festgestellt, daß die Erfüllung erfolgen solle erst nach einem Wechsel des Aufenthaltes. Einen solchen Vorschlag würde ich nicht zugelassen haben. Daher sehe ich nicht ab, welchen bündigen Grund der König geltend machen könnte, dasjenige nicht zu halten, was seine Botschafter in seinem Namen versprochen, er selber dann bestätigt hat" ¹⁾.

Ähnlich redete Ludwig XIV. mündlich zu Portland. Dieser hob in seinem Berichte hervor, daß jener wiederholt die Worte gebraucht: „Wenn wir, der König von England und ich, völlig einverstanden sind: so wird das übrige Europa uns folgen müssen" ²⁾. Wir erinnern uns, daß in denselben Tagen derselbe Gedanke von Harcourt in Madrid im Auftrage Ludwigs XIV. geltend gemacht wurde gegenüber dem Botschafter des Kaisers (S. 107).

Es handelt sich darum, wie der König Wilhelm die Darlegung Ludwigs XIV. aufnahm. Er ließ seine Scrupel in Betreff der principiellen Frage der Theilung fallen. Er willigte ein, daß der Kaiser noch nichts erfahren sollte. Er erwiederte, daß er alle die Betrachtungen, welche Ludwig XIV. an jene Aeußerung geknüpft, daß er französisch werde — nach Gebühr zu würdigen wisse. Dann jedoch kam die Frage der Entfernung des Königs Jacob. Tallard sagte: „Mein König, der Ew. Majestät kennt als so gewissenhaft in Betreff des wahren Ruhmes und als gerechten Richter in solchen Angelegenheiten, hält sich für überzeugt, daß er unbedenklich Ew. Majestät selbst als Richter in seiner eigenen Sache aufrufen dürfe".

¹⁾ Grimblot t. I, p. 476 sqq. Vom 6./16. Mai.

²⁾ Portlands Bericht vom 17. Mai.

Der König Wilhelm erwiederte: es gäbe Auskunftsmittel alle solche Dinge beizulegen. Er selber sei, im Sinne des Königs von Frankreich, nicht der geeignete Richter in dieser Sache. Aber er wolle es ankommen lassen auf das Urtheil nicht bloß aller Fürsten von Europa, sondern aller Privatpersonen, ob die beabsichtigte enge Einigung vereinbar sei mit dem Aufenthalte des Königs Jacob in St. Germain. Dann wiederholte er lächelnd den früheren Ausdruck, daß er mit der Zeit französisch werde. Aber er sei es müde immer zu hören von Nachstellungen gegen seine Person. Denn sobald die eine Verschwörung aufgedeckt, spinne eine neue sich an. Die Irländer steckten tief darunter. Bei diesen Worten brach er ab¹⁾.

Bei den hauptsächlich dieser Mordplane, die der Nachwelt offen liegen, von 1692 und 1696, war in dem ersteren Falle kein Irländer betheiligt, in dem zweiten wenigstens nicht in hervorragender Weise. Gemäß dieser Aeußerung des Königs ist daher anzunehmen, daß noch andere Pläne dieser Art zur Entdeckung gekommen sind.

Dennoch scheint Wilhelm III. auf das fernere Verweilen von König Jacob in St. Germain nicht ein schweres Gewicht gelegt zu haben. „Wenn wir uns einigen über die Angelegenheit der spanischen Succession, meldet er damals an Portland: so wird davor diese Sache untersinken“²⁾.

Fortan ist von derselben nicht wieder die Rede. Eben so wenig aber kommt zur Sprache die im engen Zusammenhange damit stehende Angelegenheit des Jahrgeldes für die Königin in St. Germain. Die Berichte Tallards lassen nicht ersehen, daß er jenen Auftrag Ludwigs XIV. den König Wilhelm III. an dasselbe zu mahnen, auszuführen gewagt habe.

Portland dagegen erfuhr und meldete heim, daß in St. Germain dies Mal die Frage der Uebersiedelung nach Avignon eifrig erwogen werde³⁾. Denn, wenn auch nicht die für die Ohren Wilhelms III. bestimmten Reden Ludwigs XIV. zu dem Königspaaire von St. Germain drangen: so lag doch die eine Thatsache vor Augen, daß der Botschafter

¹⁾ Grimblot t. 1, p. 506. Tallards Bericht vom 12./22. Mai.

²⁾ A. a. O. p. 500.

³⁾ A. a. O. p. 492. Vom 17. Mai.

Wilhelms III. in Versailles geehrt ward, wie niemals ein anderer vor ihm, daß demgemäß das Verhältniß der beiden Könige ein freundschaftliches sein mußte, und endlich daß, wenn von Seiten des Königs von Frankreich diese Freundschaft aufrichtig war, von ihm wenigstens bei Lebzeiten des nun fünfundsechzigjährigen Königs Jacob für das Haus Stuart nichts mehr zu hoffen stand. Die Mahnung, die daraus floß, fügte sich zu den anderen, welche schon im Monate März desselben Jahres aus der damaligen Sachlage sich ergaben. Allein der weitere Verlauf der Dinge thut dar, daß auch diese Mahnung nicht durchschlug. Das Haus Stuart blieb nach wie vor in St. Germain. Da dies Verbleiben geschah auf Kosten der Casse des Königs von Frankreich: so kann auch nur er den Ausschlag für dasselbe gegeben haben.

An diesen Ehren für den Botschafter Portland fehlte jedoch eine. Er hatte, wie wir vernommen, von Wilhelm III. den bestimmten Auftrag um eine Audienz bei der Frau von Maintenon anzusuchen. Sie war ihm nach einem Aufenthalte von drei Monaten noch nicht geworden. Der König Wilhelm III. mahnte zu einem erneuten Versuche ¹⁾. Auch dieser blieb vergeblich. Die Freundin der Königin Marie Beatrice ward für den Botschafter des Königs von England nicht sichtbar. Daß Ludwig XIV. um diese Weigerung gewußt und demgemäß sie gebilligt habe, bedarf nicht eines Beweises.

Wir sehen dagegen diesen König festhalten an dem Gedankengange, der aus dem Worte Wilhelms III. entsprang, daß er französisch werde. „Je mehr, sagt Ludwig XIV. zu Tallard, seine Macht beschränkt wird durch das Parlament, desto stärker wird sein Interesse sich eng mit mir zu verbinden. Andere Mächte wollen nur Subsidien von ihm. Im Falle der Noth hat er von ihnen keine Hülfe. Ein Vertrag mit mir verpflichtet ihn zu nichts als was er leisten kann, und dafür steht ihm, im Falle er dessen bedürfte, meine stets bereite Hülfe in Aussicht. Das Haus Oesterreich bietet ihm nicht denselben Verlaß, und, im Falle einer Wendung in England, hat er von der Allianz, die er immer mit jenem Hause gepflegt, einen Vortheil nicht zu erwarten. Ich will Ihnen noch dazu sagen, und Sie werden davon

¹⁾ Grimblot t. I, p. 500. Vom 12./22. Mai.

nach Ermessen den geeigneten Gebrauch machen, daß die Partei des Kaisers in Spanien ihm vor schlägt, sich zum Zwecke der Unterstützung für seine Ansprüche auf das spanische Erbe lieber an das Parlament von England zu wenden als an den König. Es wird sich bald herausstellen, ob die kaiserlichen Gesandten darauf ausgehen, die Gemüther der Nation zu gewinnen. In diesem Falle wird der König von England gerechten Argwohn fassen und erkennen müssen, daß er auf die Allianz mit dem Kaiser nur so lange bauen kann, als es dem Interesse des letzteren entspricht" ¹⁾).

So Ludwig XIV. am 26. Mai 1698. Die Kundgebung ist sehr merkwürdig in mehr als einer Beziehung. Dieser König glaubte demnach Wilhelm III. bereits auf der Bahn des Hauses Stuart, und suchte auf derselben ihn vorwärts zu treiben durch ähnliche Mittel, wie die welche er bei dem unglücklichen Brüderpaare Carl II. und Jacob II. angewendet.

Es erwächst demnach zunächst die Pflicht darzuthun, ob die Anschuldigung gegen die kaiserliche Politik besteht mit den Thatfachen.

Wir haben im Verlaufe dieses Werkes die Instructionen für eine lange Reihe von kaiserlichen Gesandten kennen gelernt, zur Zeit Carls II., Jacobs II., Wilhelms III. Keine derselben gestattet einem Gesandten in England eine Thätigkeit ohne Wissen oder gar wider den Willen des Königs. Wir haben beobachtet, daß die Gesandten diesen Instructionen gemäß gehandelt, daß sie sich nicht eingelassen auf Anträge und Vorschläge von Mitgliedern des Parlamentes, welche, wenn auch immer sonst im Interesse der kaiserlichen Politik, nicht im Einklange standen mit jener ersten Regel.

Damals, im Jahre 1698, war als kaiserlicher Gesandter in London der Graf Auersperg. Wir haben im Laufe des großen Krieges wiederholt den Wunsch des Kaisers kennen gelernt, daß der König Wilhelm die große Allianz vom 12. Mai 1689 dem Parlamente vorlegen möge. In der That ja darf man sagen, daß die Bestätigung der Allianz durch das Parlament, demnach auch des geheimen Artikels, welcher die Feststellung der spanischen Succession enthielt, dem Könige Wilhelm das Schwanken von 1698 an unmöglich gemacht haben würde.

¹⁾ Grimblot t. I, p. 512.

Allein wir erinnern uns, daß nur dem Könige selber der Kaiser diesen Wunsch eröffnen ließ. Nicht einmal dem Staats-Secretär Shrewsbury wollte der Graf Auersperg ihn mittheilen, und zwar aus Rücksicht für den König, für die Prærogative desselben. Da Wilhelm III. durch sein Schweigen den Wunsch ablehnte: so blieb das Parlament ohne Kunde des Vertrages der Allianz von 1689, zum Nachtheile des Kaisers.

Denn die Stimmung des Parlamentes in Betreff Spaniens war für die Ansprüche des Kaiserhauses. Wir haben die Berichte des Grafen Auersperg darüber vernommen. Sie werden mittelbar bestätigt durch diejenigen des Botschafters Tallard, der es für seine Pflicht hält, den König von Frankreich vor allzu großem Vertrauen auf den Frieden von England her zu warnen. „England ist erschöpft, meldet er. Es ist belastet mit Schulden, für deren Abzahlung bereits alle verfügbaren Mittel angewiesen sind. Es ist nicht bereitwillig für den König, und er würde sicherlich nicht vermögen, die Nation in einen neuen Krieg zu verwickeln, als auf Grund ihrer eigenen festen Ueberzeugung, daß ihr Interesse unabweisbar diesen Krieg verlangt. Aber mit demselben Nachdrucke muß ich eine andere Thatsache als gewis aussprechen. Diese ist, daß sie Antheil haben wollen an dem spanischen Erbe. Als die Nachricht eintraf, daß der König von Spanien im Sterben läge, hat Jedermann hier im selben Sinne gesprochen. Nach ihrer Meinung stehen ihre eigenen Interessen, ihr Handel auf dem Spiele, und würden verloren sein, wenn Ew. Majestät Herr wären von Cadix und Westindien. Ungeachtet aller Opposition gegen den König, die sich steigern wird mit der Dauer des Friedens, wird er im Stande sein, ihnen den letzten Pfennig aus der Tasche zu ziehen von dem Tage an, wo es heißt: Krieg gegen Frankreich“ ¹⁾.

Der Graf Auersperg, welcher, gemäß seiner Stellung wie seiner Erfahrung in England, diese Sachlage genauer kannte als Tallard, wandte sich nicht, wie Ludwig XIV. durch Tallard dem Könige Wilhelm einreden lassen wollte, an die Mitglieder des Parlamentes, sondern an den König. Er trat vor Wilhelm III. am 10./20. Mai. Der König Carl II. von Spanien hatte, wie wir vernommen, in einem Hand-

¹⁾ Grimblot t. I, p. 508. Vom 12./22. Mai.

schreiben vom 6. Februar, dem Kaiser die Versicherung seiner günstigen Disposition wiederholt, freilich in eben so wenig bestimmter Weise, wie durch das Schreiben vom 25. Juni des Jahres zuvor. „Der Kaiser, sagte Auersperg, hat von dem Könige von Spanien die erneute Versicherung, daß dieser des Willens ist, das Erzhaus im Besitze der Monarchie zu erhalten. Ew. Majestät wollen aus dieser Mittheilung entnehmen, mit welchem aufrichtigen Vertrauen der Kaiser Ihnen entgegen kommt. Demgemäß werden auch Ew. Majestät Ihre Maßregeln treffen.“ — Auersperg bemerkte, daß der König sich über die Mittheilung etwas verwunderte. Wilhelm III. äußerte jedoch nichts weiter als seinen Dank für das Vertrauen. Auersperg fuhr fort: „Ich darf ferner bemerken, daß der Kaiser den vernünftigen Rath Ew. Majestät in Betreff eines Vergleiches mit dem Kurfürsten von Bayern wohl in Acht genommen. Ich habe daher den Auftrag zu sagen, daß, wenn der Kurfürst einen Gesandten nach Wien schicken würde, um durch denselben sich über seine Ansprüche weiter zu erklären, eine günstige Aufnahme und bereitwilliges Gehör ihm in Aussicht steht. Da nun der Kaiser in dieser Weise entgegen kommt: so ist zu hoffen, daß der Kurfürst entsprechend handeln werde, es wäre denn, daß er sein eigenes Interesse verkennte. Denn, wäre dies der Fall, so würde er bei der jetzigen Sachlage schaden, sich selbst aber nicht nützen können. Ew. Majestät würden dem Kaiser einen besonderen Gefallen thun, wenn Sie das Gewicht des Ansehens, welches Sie bei dem Kurfürsten haben, anwendeten, um ihn zum Eingehen auf diesen Vorschlag zu bewegen. Auch der bayerische Gesandte Simeoni erkennt das an“.

Der König erwiederte: er vernehme die Mittheilung mit großer Befriedigung. Er wolle dem Kurfürsten zureden. Es wäre eine große Verblendung, wenn dieser sich nicht darauf einließe.

„Nachdem nun, fuhr Auersperg fort, Ew. Majestät vernommen, was im tiefen Vertrauen zwischen dem Kaiser und dem Könige von Spanien vorgegangen, darf ich fragen, was zu thun, wenn dennoch die Spanier, im Falle des Todes des Königs, einen der Söhne des Dauphins proclamiren wollten. Denn, wenn auch jene Nation in ihr Unglück rennen wollte, so haben doch wir Andere für uns selber vorzusehen.“

Der König erwiederte: er sehe auf alle Weise eine große Verwirrung vorher. Man werde aber thun, was möglich sei. Damit brach er ab ¹⁾.

Vernehmen wir über dieselbe Audienz den Bericht des Königs Wilhelm an Heinsius.

„Der Graf Auersperg hat mir mitgetheilt, daß man in Wien einen bayerischen Gesandten gern empfangen würde, und hat mich ersucht für die Absendung mitzuwirken. Nach meiner Ansicht ist es nicht rathsam, daß, so lange unsere Verhandlung mit Frankreich währt, der Kurfürst Jemanden nach Wien schicke. Auersperg hat mir ferner gesagt, daß man in Wien neue Versicherungen habe von Seiten des Königs von Spanien zu Gunsten des Erzherzogs. Dies ist genau das Gegentheil dessen, was der Kurfürst von Bayern zu Gunsten seines Sohnes von dort her ausgibt. Nach meiner Ansicht ist eben so wenig Verlaß auf die eine Nachricht wie auf die andere. Sicher dagegen ist, daß, so lange unsere Unterhandlung mit Frankreich währt, es besser ist, daß eine Vereinbarung zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern in Betreff der spanischen Succession nicht zu Stande komme“ ²⁾.

Der Vergleich beider Berichte zeigt uns den König Wilhelm nicht auf dem geraden Wege der Ehrlichkeit. Um so dringender wächst die Frage heran nach dem eigentlichen Ziele seines Strebens. War es, wie Ludwig XIV. vermeinte, dasjenige seines persönlichen Interesses, sich in England als König zu behaupten, die Macht seines Königthumes dort auszudehnen? — Der Maßstab ist der subjective Ludwigs XIV.: er entspricht nicht dem Oranier. Aber dieser horchte auch nicht auf die Stimmen, die aus der englischen Nation zu ihm empor drangen wider Frankreich. Er sagte zugleich sich innerlich los von seiner Verpflichtung für den Kaiser, ohne auch nur mit Einem Worte dies dem auf ihn vertrauenden Kaiser kund zu thun. Er selber hatte sich, wenn auch wie im Scherze, französisch genannt, und Ludwig XIV. hatte das für Ernst genommen.

Wilhelm III. war weder französisch, noch kaiserlich, noch auch — man darf es hinzufügen — in erster Linie englisch. Er war in

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 20. Mai.

²⁾ Grimblot t. I, p. 497. Vom 20. Mai.

erster Linie holländisch. Sein Patriotismus für seine Heimat war die Wurzel und die Seele aller seiner Politik. Für die Erhaltung Hollands lud er einst, zweiundzwanzigjährig, auf seine Schultern die Last des Widerstandes gegen die Gewalt des übermächtigen Königs von Frankreich. Um Hollands willen suchte er die Freundschaft seiner Oheime Stuart, ging er nach England mit dem Entschlusse, ein neues Band mit denselben zu knüpfen durch seine Heirath. Um Hollands willen suchte er mit seinem Oheime und Schwiegervater Jacob II., ungeachtet aller Täuschungen, die er von demselben erfahren, Frieden und Freundschaft. Um Holland sicher zu stellen wider den vermeintlichen Bund der beiden Könige Ludwig XIV. und Jacob II., um die Hülfe Englands für Holland zu erzwingen wider Frankreich, brach er im Herbst 1688 mit Waffengewalt auf wider Jacob II. Zunächst, um Holland besser zu schützen, nahm er die von Jacob verlassene Krone. Seine persönliche Neigung mag der Krieg gewesen sein; aber er trachtete nach dem Frieden von dem Momente an, wo er inne wurde, daß Holland des Friedens bedurfte. Er machte den Ryswycker Frieden in der Weise, wie es geschah, um Hollands willen, mit Rath und Zuthun nur von Holländern, ohne berathende Theilnahme eines Engländers, und nicht gemäß seiner Vertragspflicht gegenüber dem Kaiser. Er ließ sich in die Verhandlungen ein mit Ludwig XIV. über die spanische Succession, wider seinen Vertrag mit dem Kaiser, nicht aus dem Bedürfnisse einer Allianz mit Ludwig XIV., wie dieser König vermeinte, sondern weil Wilhelm III. hoffte, durch einen Vertrag mit Frankreich über das spanische Erbe einen abermaligen Krieg abzuwehren, und dabei zugleich die Interessen von Holland und von England zu sichern. Er nannte beide Länder; allein er ersah sich zum Zwecke der Verathung dieser Interessen, wie der ganzen Sache überhaupt, nur die Staatsmänner von Holland.

Wilhelm III. steht daher dem Könige Ludwig XIV. nicht gegenüber wie der römische Kaiser Leopold. Wilhelm III. ist nicht, wie der Kaiser, der Spiegel der wahrhaft ruhmwürdigen, weil gerechten Politik. Das Bild Wilhelms III. erscheint in dieser Zeit der Verhandlungen über die Theilung des spanischen Erbes getrübt durch mehr als einen Flecken der Unaufrichtigkeit, namentlich gegenüber dem Kaiser. Wir werden ihn auf dieser Bahn noch tiefer hinabgleiten

sehen, und dann die schmerzliche Klage des Kaisers zu ihm darüber vernehmen. Aber wir werden dann auch wieder ihn sich emporringen sehen, und von derselben Stelle her seine vollgültige Anerkennung hören.

Welcher Vorwurf aber auch immer den König Wilhelm treffe für seine Haltung während der drei Jahre von dem Ryswycker Frieden an: nicht sein persönliches Interesse ist der Leitstern seines Handelns, sondern dasjenige seines Vaterlandes, auch nicht die Macht und Größe, sondern der Schutz und die Erhaltung desselben. Wilhelm III. steht nicht auf gleicher moralischer Höhe mit dem Kaiser Leopold, dessen politisches Leben eben so makellos wie das häusliche; aber es ist, auch während dieser drei Jahre des Niederganges, ein weiter Abstand zwischen ihm und Ludwig XIV. oder Victor Amadeus.

Der Mangel an Aufrichtigkeit von Seiten des Königs Wilhelm und demgemäß des Rathspensionärs Heinsius gegenüber dem Kaiser und den Vertretern desselben äußerte sich in mehr als einer Weise. Wilhelm III. und Heinsius hatten gemahnt zu einem Vergleiche mit dem Kurfürsten von Bayern. Wir haben von Wilhelm III. selber vernommen, daß er, auf die Erklärung der Bereitwilligkeit des Kaisers, durch Heinsius den Kurfürsten zurückhalten ließ. Sie beide hatten, sofort nach dem Frieden von Ryswyck, die Erneuerung der Allianz von 1689 verlangt. Der Kaiser war bereit, nur daß das Reich als solches miteintreten sollte, und daß darum die Verhandlung statt finden sollte in Wien. Seitdem waren viele Monate vergangen. Der König hatte Hop zum Gesandten nach Wien ernannt. Aber Hop weilte in Amsterdam. Am 6. Juni berichtete der kaiserliche Gesandte Graf Goës aus dem Haag: „Die Erneuerung der Allianz wird hier als eine Nothwendigkeit betrachtet zu allseitigem Schutze“. Allein Hop brach nicht auf nach Wien.

Der König Wilhelm III. hatte am 19./29. April dem Grafen Auersperg gesagt, daß er von dem Kaiser als dem zunächst Betheiligten einen Rath erwarte. Am 3./13. Juni trat der Gesandte mit der Antwort vor den König. Auersperg begann: „Da die mannigfachen Schritte des Königs von Frankreich zur Genüge kund geben, wie weit seine Plane hinaus schauen; da ferner das Gelingen derselben alle andere mit der französischen Oberherrschaft bedroht; und da endlich,

obwohl der Zustand des Königs von Spanien besser, dennoch auf eine völlige Herstellung nicht zu rechnen: so ist es der Wunsch des Kaisers, daß unverzüglich eine Vereinbarung zwischen den Verbündeten getroffen werde“.

Der König erwiderte: „Daß eine solche Vereinbarung gemacht werden müsse, ist immer meine Ansicht gewesen, und zwar so, daß sofort nach dem Friedensschlusse auch die Allianz hätte erneuert werden sollen. Sie werden es sicherlich noch spüren, welche Schwierigkeiten Ihnen unterdessen, vermöge der französischen Intriguen bei den Reichsfürsten, dort erwachsen sind. Ja man wird es in Wien noch bedauern, daß man meinem Rathe damals nicht gefolgt ist. Ich werde die Reise Hops nach Wien nachdrücklichst beschleunigen, werde auch von hier aus einen Minister hinsenden“.

So der König Wilhelm am 3./13. Juni. Mit diesen Worten standen seine Handlungen nicht im Einklange. Drei Wochen später schrieb er an Heinsius: „Zimmerhin dürfte Hop jetzt nach Wien aufbrechen, aber mit gebundener Instruction. Denn wir dürfen uns nicht mit dem Kaiserhofs einlassen, bevor der Ausgang der jetzigen wichtigen Unterhandlung vorliegt“¹⁾. Die Absendung erfolgte nicht. Am 19./29. Juli befand sich Hop noch in Amsterdam. Er harrete, wie er sagte, zuvor der Entbindung seiner Frau²⁾.

Der Graf Auersperg fuhr fort: „Ew. Majestät haben immer die Ansicht zu erkennen gegeben, daß Spanien sich nicht für das Kaiserhaus erklären werde. Nun habe ich schon neulich angezeigt, daß die Nachrichten, die der Kaiser von dort her direct empfängt, günstiger lauten, als diejenigen, die an Ew. Majestät gelangen. Auch ferner werde ich getreue Mittheilung machen über alles, was von dort her kommt. Daß der König von Spanien nicht offener hervortritt, rührt einerseits von der Furcht vor Frankreich, andererseits von der Unsicherheit des Beistandes anderer Mächte. Es wäre daher sehr zu wünschen, wenn Ew. Majestät die Krone Spanien Ihrer Freundschaft versicherten und zugleich mit dem Kaiser dahin arbeiteten, daß Spanien sich in wehrhaften Stand zu setzen vermöchte“.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 44. Vom 24. Juni/3. Juli.

²⁾ Bericht des Grafen Goës vom 29. Juli.

Der König erwiederte: „Allerdings muß Spanien erimuthigt werden, weil die Furcht vor Frankreich dort das wirksamste Mittel ist zu Gunsten dieser Macht. Allein so lange die Angelegenheit des Schonenberg nicht erledigt, kann ich dort nicht handeln. Um aber ganz offen zu reden, muß ich Ihnen sagen, daß der Wirrwarr in Spanien so groß, daß man nicht weiß an wen sich zu wenden. Ich beharre bei meiner Ansicht, daß alles Ueble oder Gute aus Spanien selber kommen wird. Macht es sich nicht wehrhaft, so wird Frankreich es überfallen und nirgends einen Widerstand finden. In Catalonien sind einige Truppen, in Navarra auch nicht Ein Mann. Frankreich kann also einmarschiren lassen nach seinem Belieben. Deshalb muß allerdings dahin getrachtet werden, Spanien zur Bewaffnung zu bewegen“.

Aber Wilhelm III. hatte eben vorher selber gesagt, daß er in Spanien nicht handeln könne, so lange die Differenz über Schonenberg schwebt. Auersperg kam darauf zurück. Der Kaiser habe durch den Grafen Harrach sich alle Mühe darum gegeben. Der König erwiederte: „Harrach hat vorgeschlagen, daß Schonenberg als Privatmann in Madrid bleibe. Dies genügt mir nicht. Ich kann der Dienste dieses Mannes nicht entbehren. Er weiß um alle meine Interessen. Er ist in Spanien mit Personen und Sachen aufs genaueste bekannt. Er ist mir unersetzbar. Er muß dort in der Stellung bleiben, wie vor der Differenz, mit dem Charakter des Gesandten, den die Generalstaaten ihm gegeben“.

Wir werden später sehen, daß Wilhelm III. in seiner Forderung noch weiter ging.

Auersperg fuhr fort: „Der Kaiser hat noch keineswegs den Gedanken aufgegeben, den ich schon im vorigen Herbst kund gethan, nämlich auf das Ansuchen der Krone Spanien eine Anzahl Truppen hinüber zu schaffen. Der Kaiser verlangt nicht, daß England und Holland den Transport dieser Truppen völlig auf sich nehmen, sondern nur dazu beitragen, namentlich zu dem Zwecke, daß aus dieser Mitwirkung dem Könige von Frankreich die Einigkeit Ew. Majestät und der Generalstaaten mit dem Kaiser hervorleuchte“.

Der König Wilhelm III. erwiederte: „Um offen mit Ihnen zu reden, glaube ich nicht, daß der Kaiser nach einem so langwierigen

Kriege mit den Türken im Stande ist, eine Mannschaft nach Spanien zu senden, es sei denn, daß zuvor der Friede mit den Türken geschlossen würde“.

Jedenfalls mußte doch der Kaiser, der seinem Gesandten den Auftrag gegeben dies zu melden, genauer wissen was er leisten konnte und was nicht, als der König Wilhelm. Wir werden diese Ansicht des Kaisers später aus seinen eigenen Worten zu vernehmen haben.

Der König kam dann aus sich auf die Stellung des Kurfürsten von Bayern. „Er hatte schon versprochen, sagte Wilhelm III., einen Minister nach Wien zu schicken, hat jedoch dann seine Meinung geändert, weil er in Verlegenheit darüber ist, was er in Wien vorschlagen soll. Denn er will doch endlich auch seines Sohnes Glück nicht hindern, falls ein solches ihn anlachte.“ Auf das Erstaunen Auerspergs über diese Worte fuhr der König fort: „Ich will mit Ihnen darüber frei reden. Der Kurfürst hegt große Hoffnung, daß sein Sohn zum Erben der spanischen Kronen ernannt werde. Deshalb trägt er Bedenken Jemanden nach Wien zu schicken, um über ein Object zu unterhandeln, dessen er sich für sicher hält. Ich will ihm aber noch einmal schreiben, auch hier mit seinem Gesandten Simeoni darüber reden“.

Wir erinnern uns der Ansicht, welche der König zu Heinsius aussprach, daß eine Vereinbarung des Kurfürsten mit dem Kaiser nicht zu befördern sei vor dem Ende der Unterhandlung mit Frankreich.

Jenen Worten des Königs gegenüber hielt Auersperg mit seiner Verwunderung nicht zurück. „Der Kurfürst, sagte er, sollte sich des feierlichen Vertrages erinnern, den er mit dem Kaiser vor seiner Heirath geschlossen und beschworen.“ Der König schwieg. Die Audienz war zu Ende.

Auersperg suchte Methuen auf, den Kanzler für Irland. Dieser, der eben so wenig wie irgend ein anderer Engländer von den Verhandlungen mit Frankreich eine Kunde besaß, sprach seine Ueberzeugung aus, daß der König mit allem Nachdrucke trachten werde, die französischen Pläne auf Spanien zu vereiteln. „Denn, sagte Methuen, da die Krone Frankreich das Gerücht in die Welt ausgesprengt, daß zwischen ihr und dem Könige hier ein Vertrag über die spanische Succession verhandelt werde: so hat dies auf die Nation hier einen

tieften Eindruck gemacht. Man erkennt die Gefahr, welche von dort aus für uns erwächst, und ersieht nicht, daß dagegen eine Anstalt getroffen wird. Auf die Kundgebungen dieser Besorgnis kann der König nicht mehr zweifeln, daß die Nation den nachdrücklichsten Widerstand gegen Frankreich verlangt. Dem entsprechend wird der König handeln. Es kommt nur darauf an, daß Spanien selber waffnet, und dadurch seinen Willen kund gibt Frankreich zu widerstehen. Dann werden England und Holland nach allen Kräften Beistand leisten."

Auersperg entgegnete: „Um offenherzig mit Ihnen zu reden, verhehle ich nicht, daß mich der Argwohn hier zu Lande wider den König wegen seiner Unthätigkeit nicht in Verwunderung setzt. Wenn ich von seiner guten Intention nicht so fest überzeugt wäre, so würde ich mich demselben Argwohne zuneigen" ¹⁾.

Nicht bloß bei dem Gesandten Auersperg und demgemäß in Wien, nicht bloß bei vielen Engländern keimte der Verdacht einer solchen Verhandlung empor. Der Kanzler Methuen that dem Grafen Auersperg kund, daß sein Sohn, englischer Gesandter in Lissabon, den Auftrag erhalten habe, dem etwaigen Gerüchte einer solchen Verhandlung dort nachdrücklich entgegen zu treten. Immerhin mochte der Gesandte Methuen dies im guten Glauben thun: durfte der König Wilhelm III. sich davon einen Erfolg versprechen?

Einige Tage später brachte Auersperg dem Staats-Secretär Vernon die Nachricht, daß in der Sache des Schonenberg der König von Spanien nun so völlig nachgegeben, daß das auf die Gesandten beiderseitig gelegte Interdict zugleich und gegenseitig aufgehoben werde. Er bitte daher, daß dies in England sofort geschehe. Vernon erwiederte, daß zuvor die Ansicht der Generalstaaten gehört werden müsse. Auersperg fiel ein: „Aber die Erwiderung solcher Pointillen sieht ja aus, als wolle man die Sache nicht zu Ende bringen". Er ersuchte um eine Audienz bei dem Könige. „Als ich mich näherte, meldet er, begann der König sofort mit einer Hefigkeit, wie ich sie noch niemals bei ihm wahrgenommen: „„Der Staats-Secretär wird Ihnen von meiner Intention in Betreff Schonenbergs bereits Kenntniß gegeben haben. Dabei lasse ich es bewenden""". — Auersperg

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 3./13. Juni.

begründete seinen Vorschlag durch den Hinweis auf die Wichtigkeit des Zeitgewinnes bei der politischen Sachlage. Der König unterbrach ihn mit den Worten: „Dies wird nicht geschehen. Ich bin der zuerst Beleidigte, und demnach verlange ich zuerst meine Satisfaction“.

„Ich kann nicht verhehlen, fügt der Gesandte hinzu, daß dieser Zwischenfall auf Grund einer solchen Pointille mich nicht wenig befremdet. Ich muß besorgen, daß fortan ein Ausgleich nicht mehr möglich. Denn, nachdem Spanien so weit entgegen gekommen, mehr als man jemals hoffen durfte, ist nicht zu erwarten, daß es nun auch noch auf den weiteren Schritt sich einlasse, zuerst den Schonenberg herzustellen. Andererseits ist bei der weltkundigen Hartnäckigkeit des Königs hier nicht zu erwarten, daß er diese Forderung zurücknehmen werde“ ¹⁾).

So war es in der That. Die Sache ward nicht beigelegt. Und damit ergab sich die Consequenz, daß für die Zeit der heran nahenden Krisis, welche eintreten konnte von einem Tage zum anderen, immerhin Wilhelm III. Berichte aus Spanien empfing, daß jedoch weder er, wenn er gewollt hätte, sein Wort direct bei dem Könige von Spanien geltend machen konnte, noch der König von Spanien bei ihm. Wir müssen jene Worte hinzufügen: wenn Wilhelm III. gewollt hätte. Denn das eben ist hier die Frage. Bei der Richtung, in welcher die Politik Wilhelms III. damals sich bewegte, hatte er kein Interesse dem Könige Carl II. von Spanien näher zu treten. Denn eine Einigung mit Spanien setzte für ihn voraus oder zog nach sich die Erneuerung der großen Allianz von 1689, demnach auch die Erneuerung des geheimen Artikels derselben zu Gunsten des Kaisers. Wochte Carl II. diesen geheimen Artikel seit jener Zeit erfahren haben oder nicht: Wilhelm III. konnte in dem Falle einer engeren Einigung mit Spanien auf Carl II. nicht anders wirken als im Sinne dieses Artikels. Der Artikel aber war unvereinbar mit der neuen Richtung, in welcher damals Wilhelm III. sich bewegte. Weil daher die Herstellung eines guten Einvernehmens mit Spanien den König Wilhelm III. in den Conflict mit seiner neuen Richtung gebracht hätte: so wich er dieser Herstellung aus. Es geschah in der Weise, die wir

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 10. 20. Juni.

kennen gelernt haben. Es geschah sicherlich nicht in der Absicht, dadurch Ludwig XIV. einen Dienst zu erweisen. Der Plan Wilhelms III., für uns Spätere, denen seine Verhandlungen mit Ludwig XIV. offen liegen, auch aus seinen gewundenen Reden zu Mueršperg wohl erkennbar, ging wesentlich darauf hinaus, dem Kurprinzen von Bayern die Hauptmasse des spanischen Erbes zu verschaffen. Die Disposition in Madrid war, nach seinen Berichten, dafür da. In dieser Beziehung also durfte er die Dinge in Spanien nur gehen lassen. Der eine Gedanke, daß der Kurprinz Joseph Ferdinand mit seinen Ansprüchen auf das spanische Erbe noch vor Carl II. ins Grab gelegt werden könne, daß er selber, Wilhelm III., auch dann ohne Vertretung bei Carl II. bleiben werde, stieg bei ihm im Sommer 1698 nicht auf.

Diese Nicht-Vertretung bei Carl II. war eine der Consequenzen des Verhaltens von Wilhelm III. in der Sache des Schonenberg. Eine andere trat unvermeidlich noch dazu. Die seit Jahren emporgewachsene Misstimmung der beiden Könige wider einander mußte sich schärfen. Diese Misstimmung aber lag unverkennbar im Interesse des Königs von Frankreich.

Wir haben diesen König verlassen bei seinen Erwägungen, wie es ihm gelingen könne, den König Wilhelm bei dem vermeintlichen persönlichen Interesse desselben an seinem Königthume in England ganz zu sich herüber zu ziehen, ihn auf die Bahn der beiden letzten Stuart-Könige zu drängen. Tallard mahnte ab von Gedanken solcher Art. „Wilhelm III., erwiederte er, ist nicht in derselben Lage wie König Carl II. oder Jacob II. Denn er wird gestützt durch die Republik Holland, welche unbedingt ihm folgt, und daher verfügt er über mehr Schiffe und mehr Truppen als für ihn erforderlich sind, um sich hier zu behaupten. Er bedarf daher nicht wie seine Vorgänger der Hülfe Ew. Majestät. Vielmehr ist sein Interesse in Betreff Frankreichs nur Ew. Majestät zu hindern, daß Sie seine Absichten durchkreuzen und ihm Unrecht thun“ ¹⁾.

Ungeachtet dieser Abmahnung Tallards mochte Ludwig XIV. dennoch jenem Plane nicht entjagen. In einem neuen Schreiben an Tallard baut er seine Schlüsse auf wie folgt.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 13. Vom 2. Juni.

„Es war vorauszusehen, daß die Lage des Königs von England nach dem Frieden sich schwieriger gestalten würde als während des Krieges. Denn da ihm die Vorwände fehlen Geld vom Parlamente zu fordern und dafür Truppen zur Verfügung zu halten: so ist gegenüber einer Nation, die immer mit eifersüchtigem Auge über die Gewalt ihrer Souveräne wacht, voll der steten Begier sie einzuschränken, seine Autorität in beständigem Sinken.“

„Nun haben Sie allerdings bereits früher bemerkt, daß das Verfahren dieses Fürsten gegenüber den Engländern namentlich darin besteht, Geduld zu üben und den rechten Moment abzuwarten. Aber da im Laufe der Zeit dies Mittel sich abnutzt: so darf man mit Grund annehmen, daß der König sich dahin gedrängt sehen wird, sich nach anderen Stützen umzusehen, zumal wenn er im nächsten Parlamente wieder auf so viele Hindernisse stößt, wie man schon jetzt vorher vermuthen darf. Das nächste Mittel in solchem Falle wäre allem Anscheine nach einen neuen Krieg zu beginnen, eine Allianz zu bilden wie die letzte, deren Haupt er war. Aber dies ist nicht leicht. Je begieriger die Engländer darauf ausgehen seine Autorität einzuschränken, desto mehr müssen sie einen Krieg vermeiden. Wenn die Mittel dieses Königreiches so reichlich wären wie früher: so möchte die Nation kein Bedenken tragen den Krieg zu erneuern. Allein bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge würden sie den Krieg nicht führen können ohne ganz außerordentliche Lasten. Bewilligen sie diese einmal, so ist es für die Könige von England nicht mehr nöthig Parlamente zu berufen. Nach meiner Ueberzeugung werden so gewichtige Beweggründe die Engländer von einer Bewilligung abhalten, namentlich wenn sie durchschauen, daß die Störung des Friedens nicht in ihrem Interesse liegt.“

„Die Eröffnung der spanischen Succession würde allerdings, im Falle der König von England auf meine Theilungs Vorschläge nicht eingeht, ihm einen Vorwand zum Kriege bieten. Allein dieser Fall ist noch entfernt. Die Gesundheit des Königs von Spanien festigt sich täglich mehr.“

Unterbrechen wir hier mit einigen Worten diesen Gedankengang.

Bei der wirklichen Sachlage in Spanien waren diese letzten Worte übertrieben. Eben aber diese Uebertreibung eines Sachverhaltes, von welchem auch Wilhelm III. eine zuverlässige Kunde haben konnte

und mußte, ist ein auffallendes Zeugnis für den Eifer Ludwigs XIV., die Consequenz seiner Bordersätze zu ziehen.

„Demnach, — also folgert Ludwig XIV. — da der König von England nicht im Stande ist, einen neuen Krieg zu beginnen, in welchem er wieder als das Haupt einer Allianz auftreten würde: so entspricht seinem Interesse nichts Anderes so sehr als eine enge Einigung mit mir. Allerdings bemerken Sie mit Recht, daß er, indem die Streitkräfte der Republik ihm zu Gebote stehen, sich im Besitze von Mitteln befindet, die seine Vorgänger nicht besaßen. Dennoch würde er um so sicherer sein, wenn er auf meine Hülfe rechnen könnte, und zwar für den Fall einer Revolution, wie sie ja doch in England ziemlich häufig sich ereignen“ ¹⁾).

Es ist der Gedankengang Ludwigs XIV., der sich uns in diesen Worten darlegt, und lediglich darum, nicht wegen eines Erfolges desselben bei Wilhelm III., hat die Kenntniss desselben einen Werth. Das eigentliche Ziel dieses Gedankenganges spricht indessen Ludwig XIV. nicht aus. Es ergibt sich aus den Thatfachen der französischen Politik, deren System er nicht geschaffen, sondern von seinen Vorgängern Richelieu und Mazarin fertig überkommen hatte. Die Stärkung der königlichen Autorität in England war niemals das Ziel dieser Politik, weder zur Zeit Carls I., noch Carls II., noch endlich Jacobs II., sondern vielmehr die Zwietracht zwischen der Krone und dem Parla-mente. Die Nicht-Erkennntnis dieses Systemes war die Klippe, an welcher das Königthum Jacobs II. zu Grunde ging. Folgerecht barg auch dies Mal dem Könige Wilhelm gegenüber die Lockung Ludwigs XIV. in sich als letztes Motiv nicht die kund gegebene Absicht, sondern das Gegentheil derselben, diejenige der Lähmung Englands in sich durch die Schürung der inneren Zwietracht.

Das System hatte sich verwirklichen lassen gegenüber den Stuart-Königen Carl II. und Jacob II. durch die Ausbeutung ihrer Leidenschaft und ihrer Thorheit. Bei dem Könige Wilhelm fehlte ein solcher Factor. Ludwig XIV. versuchte diesen zu suppliren durch die Annahme einer Herrschsucht, welche in Wirklichkeit Wilhelm III. nicht besaß. Der Plan war allzu künstlich angelegt.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 31. Bom 12. Juni.

Für den Botschafter Tallard indeß erwuchs durch den Auftrag eine dornige Alternative. Er hatte abgemahnt. Dennoch hatte Ludwig XIV. den Auftrag erneut, und zwar vermöge eines Aufbaues von Gründen, welchen Tallard nach seiner Ansicht durch seine Abmahnung den Boden vorweg genommen hatte. Sollte Tallard nun sich weigern und diese Weigerung stützen auf dieselben Gedanken, die er bereits vorher ausgesprochen? — Das konnte für ihn persönlich schlimme Folgen nach sich ziehen. Die andere Seite der Alternative war die Ausführung des Auftrages bei Wilhelm III., und damit zugleich die, wie Tallard nach seiner eigenen in jener Abmahnung ausgesprochenen Ansicht mit Sicherheit sich voraussagen mußte, abweisende Antwort. Tallard suchte und fand einen Weg, auf welchem er zwischen den beiden Klippen durchsteuerte.

Das Schreiben Ludwigs XIV. mit dem erneuerten Auftrage ist datirt vom 12. Juni. Es gelangte am 14., oder sicher am 15. in die Hände des Botschafters Tallard. Er hatte wenige Tage zuvor, am 12. Juni, berichtet über einen Beschluß des Unterhauses, durch eine Adresse an den König einen Ausweis über den Bestand der Truppen zu verlangen ¹⁾. Auf den Empfang der Aufträge Ludwigs XIV. setzte Tallard diesen Bericht in eingehender Weise fort, und zwar so, daß er durch denselben jene Aufträge indirect beantwortete.

„Die große Angelegenheit, sagt er am 16. Juni, ist zur Zeit hier die Frage, was mit der Adresse des Unterhauses über die Entlassung der Truppen geschehen wird. Der König, wie ich weiß, gibt zu, daß es unnütz sei, während der Dauer des Friedens mit Frankreich so viele Mannschaft aufrecht zu halten. Aber man könne nicht wissen, sagt er, wie lange dieser Friede dauern werde. Für die Sicherheit von England reiche die Flotte nicht aus. Die alte Ansicht, daß dafür nur Schiffe erforderlich, sei nicht mehr haltbar, seitdem die französische Flotte sich der englischen nicht bloß gleich, sondern überlegen erwiesen. Der letzte Krieg habe diesen Beweis geliefert, weil sich darin die französische Flotte der vereinigten holländisch-englischen gewachsen gezeigt. Daß er, der König Wilhelm, vorschlage und darauf

¹⁾ Grimblot t. II, p. 27.

bestehe, daß Truppen beibehalten werden, geschehe nicht aus einem Privat-Interesse, auch nicht um seine Autorität zu festigen, oder sich zum Meister zu machen. Solche Gedanken möchten vielleicht ihm in den Sinn kommen, wenn er Kinder hätte, oder die Krone in den Händen eines Mitgliedes seiner Familie bliebe. Er aber stehe allein. Deshalb sei es weit mehr die Sache der Nation als die seinige. Auf sie also komme es an zu erwägen, was dienlich sei für das Interesse ihrer Freiheit und ihrer Gesetze." — „Ich wage es, schließt Tallard, Ew. Majestät zu versichern, daß dies die eigenen Ausdrücke sind, deren der König sich bedient hat" ¹⁾).

Ungeachtet dieser letzten Versicherung hat der Botschafter Tallard nicht angegeben, wann, wo, bei welchem Anlasse Wilhelm III. diese Rede gehalten. Andere Berichte aus jenen Tagen wissen nichts von einer solchen Rede ²⁾. Auch dürfte die Verbindung dieser Gedanken in solcher Form kaum der Weise Wilhelms III. entsprechen. Andererseits ist nicht anzunehmen, daß Tallard die Rede erfunden habe. Die Gedanken des Königs Wilhelm III. über die Angelegenheit waren aus manchen Äußerungen bekannt genug. Es ist daher wahrscheinlich, daß Tallard diese ihm bekannten Äußerungen zu einem Ganzen verwoben habe, und zwar so, daß es dienen konnte als eine Antwort auf jenen Auftrag Ludwigs XIV. und wider die Ausführung desselben. Man wolle beachten, daß die Rede fast geradezu sich wendet wider den Aufbau jener Sätze Ludwigs XIV.

Die Absicht Tallards gelang. Es findet sich nicht ein weiterer Bericht von ihm, daß und warum er den Auftrag Ludwigs XIV. bei Wilhelm III. nicht ausgeführt. Der Auftrag war, auch in den Augen Ludwigs XIV., gegenstandslos geworden.

Allein der merkwürdige Eifer, welchen Ludwig XIV. für den Auftrag an den Tag gelegt, ergibt, daß das Ziel desselben, nämlich den König Wilhelm in ein ähnliches Verhältnis zu locken, wie vorher

¹⁾ Grimblot t. II, p. 31. Vom 16. Juni.

²⁾ Commons Debates t. III, p. 88, in denen, so unvollständig sie in Betreff der Debatten sind, dennoch die Adressen und die Antworten des Königs der Regel nach sich finden, haben weder die Adresse noch eine Antwort. — Ebenso wenig findet sich in den Berichten von Auersperg und Hoffmann eine Andeutung eines besonderen Vorganges.

die beiden Stuart-Könige, für Ludwig XIV. bei diesen Verhandlungen mit Wilhelm III. in erster Linie gestanden hatte. Dies Ziel entrückte sich als unerreichbar. Von da an tritt klarer und bestimmter ein anderes hervor.

Denn einige Tage später macht Ludwig XIV. in Betreff der Theilung des spanischen Erbes neue Vorschläge. Seine Forderungen steigen. Er will für den Dauphin nehmen, was früher dem Erzherzoge bestimmt war, nämlich Mailand, Neapel und Sicilien. Weniger jedoch die Einzelheiten dieser neuen Vorschläge sind das geschichtlich wichtige Moment, als die Gesinnung, das politische Trachten, aus welchem sie entspringen. „Auch wenn Sie, schreibt Ludwig XIV. an Tallard, bei dem Könige von England für das Eingehen auf diese Vorschläge keine Neigung finden, haben Sie doch die Verhandlung nicht abzubrechen. Es ist sehr wichtig sie im Gange zu erhalten so lange wie möglich, auch selbst wenn sie nicht zum Abschlusse gebracht werden können. Sie werden deshalb auf alle Schwierigkeiten und Einwürfe, die er macht, zu antworten suchen, so gut Sie vermöge Ihrer Kenntniss meiner Intentionen dazu im Stande sind. Sie werden mir Bericht erstatten über jegliche Aeußerung von seiner Seite. Sie werden meine Meinung darüber erwarten. Sie werden endlich nichts unterlassen, was dienen kann meine Meinung hervorzuheben, daß es im Interesse des Gemeinwohles von Europa liegt, Maßregeln zu treffen für die Erhaltung des Friedens im Falle des Todes in Spanien. Es ist sehr wichtig alles aufs strengste geheim zu halten; denn die Spanier sind sehr widerwillig gegen jeglichen Plan einer Theilung der Länder, aus welchen ihre Monarchie besteht“ ¹⁾.

Beachten wir zunächst diese letzten Worte. Von Seiten Wilhelms III. waren nur er selber, Portland und Heinsius im Besitze des Geheimnisses der Verhandlungen. Daß sie über eine Angelegenheit schwiegen, deren Kundwerden ihnen, so lange sie den Schein der Bundesgenossenschaft mit dem Kaiser aufrecht halten wollten, in Wien nicht zum Vortheile gereichen konnte, bedarf nicht des Beweises. Dennoch schwirrte das Gerücht solcher Verhandlungen durch Europa. Woher entsprang es? — Wir haben von dem Engländer Methuen,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 42. Vom 26. Juni.

der dem Gerüchte keinen Glauben schenkte, die Worte vernommen, daß es ausgehe von Frankreich.

Der König Wilhelm vernahm die neuen Vorschläge des französischen Botschafters. „Ich kann Ihnen, erwiederte er, mein Befremden nicht verhehlen. Der Regel nach beginnen diejenigen, welche einen Vertrag schließen wollen, mit höheren Forderungen, um nachlassen zu können. Der König von Frankreich in diesem Falle handelt anders. Er steigert seine Forderungen im Laufe der Verhandlung.“ Die Unterredung wurde lebhaft. Tallard erkannte, daß mit den neuen Forderungen nicht durchzudringen war. Er schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ich nehme mir die Freiheit als treuer und ergebener Diener meine Ansicht über die Gesamtlage auszusprechen. Der König von England wird sicherlich den Hafen Finale oder die Insel Sardinien für den Dauphin bewilligen, vielleicht auch beides. Allein machen Ew. Majestät Sich nicht die Hoffnung, durch einen Vertrag mehr von ihm zu erlangen. Nach meiner Ansicht würde es schwer sein, auf die Seite der Alternative zurückzukommen, welche Spanien für einen französischen Prinzen bestimmt. Die Holländer haben ihn entschlossen gemacht darein nicht zu willigen. Er ist ehrenhaft in allem, was er thut, sein Verfahren ist aufrichtig. In der That, nach aufmerksamer Prüfung aller in Betracht kommenden Momente bin ich überzeugt, daß Ew. Majestät ihn nicht bewegen werden, in etwas mehr einzuwilligen, als was ich gesagt. Sie selber verstehen Ihr Interesse: es ist nicht meine Aufgabe mehr zu sagen“. So Tallard am 23. Juni/3. Juli ¹⁾.

Am selben Tage gibt Wilhelm III. den Eindruck dieser letzten Verhandlung in einem Schreiben an Heinsius kurz wieder mit den Worten: „Es scheint, daß die Franzosen eher zurückziehen als sich uns nähern, so daß ich noch nicht urtheilen kann, was endlich der Ausgang sein wird“ ²⁾.

Ludwig XIV. aber ward in der neuen Haltung gestärkt durch die Nachrichten, die ihm aus Madrid zukamen. Er beruft sich darauf mit Nachdruck. Belassen wir daher die Verhandlungen zwischen den beiden Königen von Frankreich und England auf diesem Puncte der

¹⁾ Grimblot t. II, p. 48.

²⁾ Grimblot t. II, p. 43.

Ungewisheit im Anfange des Monates Juli, und wenden wir unsere Blicke nach Spanien, oder vielmehr vorher noch nach Wien. Denn wie der Gang der Dinge inzwischen dort von besonderer Wichtigkeit, so ist die Kenntniß desselben erforderlich für das Verständniß derjenigen in Spanien. Die Stellung des Kaisers nach den verschiedenen Seiten also erfordert zunächst unsere Aufmerksamkeit.

Wir erinnern uns, daß der Vorschlag die große Allianz zu erneuern, gleich nach dem Friedensschlusse ausgegangen war von Wilhelm III. und Heinsius. Der Kaiser war nicht abgeneigt, nur mit der Bedingung, daß die Verhandlungen darüber, weil er hoffte, die sämmtlichen Reichsfürsten zum Beitritte zu bewegen, statt finden sollten in Regensburg und Wien.

Der Kaiser erwartete also zu diesem Zwecke die Bevollmächtigten des Königs von England und der Republik. Allein Wilhelm III. lenkte, wie wir gesehen, im Beginne des Jahres 1698 in eine andere Bahn. Er sagte sich nicht offen los von seiner Verpflichtung für den Kaiser. Wir haben im Beginne jener Unterhandlung mit Frankreich sein Wort zu Heinsius vernommen, daß es zweifelhaft sei, ob die Allianz mit dem Kaiser bestehe oder nicht. Es lag lediglich an ihm, darüber Klarheit zu geben. Denn er wußte, daß der Kaiser sie als bestehend betrachtete. Aber Wilhelm III. glitt weiter hinab auf der abschüssigen Bahn. Wir haben den Vorwurf vernommen, den er durch Auersperg an den Kaiser richtete, daß die Allianz nicht sofort nach dem Frieden erneuert sei. Aber er erhob diesen Vorwurf zu einer Zeit, wo es täglich von ihm abhing, einen Gesandten nach Wien zu schicken und die Allianz zu erneuern. Wir haben aus seinen Worten an Heinsius vernommen, daß der Gesandte nicht abzuschicken sei, so lange die Unterhandlung mit Frankreich noch im Gange.

Wilhelm III. behielt also für sich die freie Hand, auf die Erneuerung der Allianz von 1689 noch immer zurückzugreifen. Anders der Kaiser. Wie bei Auersperg in London langsam der Verdacht aufdämmerte, daß eine Unterhandlung mit Frankreich sich angesponnen: so mußte es folgerrecht auch in Wien geschehen. Aber ein Beweis dafür lag nicht vor. Dazu auch kamen ja die Kundgebungen anderer

Art. Nuerberg in London meldete die allgemeine Stimmung der Engländer wider einen Zuwachs für die französische Macht durch das spanische Erbe. Stratemann im Haag meldete noch am 6. Juni: „Die Erneuerung der Allianz hält man hier für eine Nothwendigkeit zum allseitigen Schutze“.

Wir haben dabei uns immer gegenwärtig zu halten, daß in London nur der König, im Haag nur Heinsius, sich im Besitze des Geheimnisses der Unterhandlung mit Frankreich befanden.

Ob auch immer also in Folge der Gerüchte, die Europa durchschwirrten, in Wien der Verdacht einer solchen Unterhandlung zwischen Kensington und Versailles aufstieg: der Verdacht fand keinen Ausdruck. Vielmehr werden wir ersehen, daß der Kaiser durch den Grafen Harrach bei Carl II. sein volles Vertrauen auf Wilhelm III. aussprechen ließ.

Dagegen hatten Wilhelm III. und Heinsius nach Wien hin wiederholt auf die Erfüllung zweier Forderungen gedrungen als die Bedingung ihres Handelns für den Kaiser. Die eine war diejenige des Türkenfriedens, die andere der öffentlichen Erklärung des Königs von Spanien. In beiden Fällen war nicht der Wille des Kaisers allein entscheidend. In dem ersteren, in der Frage des Türkenfriedens, hätte er es sein können, wenn das Interesse die Richtschnur der kaiserlichen Politik gewesen wäre. Aber Leopold hatte Bundesverträge mit der Republik Venedig, mit dem Czaren Peter von Moskau, mit Polen. So dringend sein Interesse im Westen forderte, daß er frei wurde im Osten: der Kaiser wollte nicht anders handeln als gemeinsam mit seinen Bundesgenossen. Unter diesen war die Republik Venedig wie der Kaiser geneigt zum Frieden auf der Grundlage des *uti possidetis*; nicht geneigt waren der Czar Peter und der König Friedrich August von Sachsen-Polen.

Wir erinnern uns, daß bei der Anwesenheit des Czaren in London und dann in Amsterdam, in den ersten Monaten des Jahres 1698, Versuche gemacht wurden ihn williger zu stimmen. Der Czar nahm die Versuche nicht günstig auf. Er gehe nach Wien, erwiederte er: dort wolle er selber mit dem Kaiser reden.

Der König Wilhelm III. und Heinsius beharrten dagegen bei dem Drängen auf den Frieden. Der König August von Polen, sagten sie besitze, bei allem Eifer und aller Ruhmesgier, nicht die Mittel zu

einer nachdrücklichen Kriegsführung. Der Czar habe die Leistungen, die er in Aussicht gestellt, nicht vollbracht. Der Kaiser möge sich durch sie nicht abhalten lassen, die günstige Disposition der Türken zu benutzen ¹⁾).

Diese Disposition war da. Am 23. Juni 1698 zeichneten in Wien der Graf Kinsky und der venetianische Botschafter Ruzzini ein Präliminare des Türkenfriedens auf der Basis des Besitzstandes ²⁾). Es kam nun darauf an, einerseits die Türken, andererseits den Czaren und den König von Polen zur Annahme derselben Basis für beide Theile zu bewegen, und demgemäß zu einem Friedens-Congresse zu gelangen.

Der Czar Peter traf in Wien ein. Im Auftrage des Kaisers trat der Graf Kinsky mit ihm in Verhandlung, am 4. Juli ³⁾). Der Czar suchte zuerst der Sache zu entkommen mit dem Einwande, daß die Geneigtheit des Kaisers zum Frieden ihm zeitiger hätte mitgetheilt werden müssen. Kinsky erwiederte, daß aus der Türkei keine Nachricht an den Kaiser gelangt, die er nicht sofort auch dem Czaren mitgetheilt. Demnach sei die ganze Sachlage ihm bekannt. Der Czar fuhr fort: „Die türkischen Erklärungen ergeben die Zusicherung des Besitzstandes für den Kaiser. Wenn der Kaiser damit sich begnügt, so ist für die Bundesgenossen auch nicht mehr zu hoffen. Nun kostet aber die Ausrüstung meiner Flotte viele Millionen, die ich als verloren ansehen muß, wenn ich auf Grund des Besitzstandes abschließe. Ich erjuche also den Kaiser, mit dem Abschlusse des Friedens so lange zurück zu halten, bis auch ich und der König von Polen unsere Eroberungen gemacht haben, und uns dann mit dem Besitzstande genügen lassen können“.

„Ich erkenne durchaus an, sagte weiter der Czar, daß der Kaiser die spanische Sache im Auge behält und sein Recht dort wahren will. Allein es ist ungewis, wie lange noch Gott dem Könige von Spanien

¹⁾ Eine Reihe von Berichten des Grafen Goës aus dem Haag an den Grafen Kinsky, im Juni und Juli 1698.

²⁾ Ruzzinis Final-Bericht S. 351, in den *Fontes rerum Austriacarum* Bd. XXVII.

³⁾ Das Folgende ganz nach dem ausführlichen Notat des Grafen Kinsky vom 5. Juli.

das Leben fristen wird, und daher meine ich, daß man nicht für das unsichere Zukünftige das Gegenwärtige opfern und den Frieden übereilen sollte. Besser wäre es, die errungenen Vortheile durch den Zwang der Waffen noch zu vermehren. Die Lage der Dinge ist günstig. Die Türken sind in die Enge getrieben. Sie können gegenüber dem Kaiser, bei der Lage seiner Länder, nicht mehr offensiv vorgehen. Nachdem sie aber doch nun einmal so viel verloren, werden sie es nicht ver Schmerzen, sondern, sobald der Kaiser mit Frankreich wegen des spanischen Erbes verwickelt sein wird, diese Gelegenheit benutzen, um auf's neue zu brechen. Dann würde der Kaiser, wenn er seine Bundesgenossen jetzt verläßt, sie nicht wieder finden. Der Wiedergewinn des Verlorenen würde den Türken um so leichter werden, da die Grenzen in Ungarn nicht genügend geschlossen, noch befestigt sind."

Der Graf Rinsky erwiederte: „Die Bundesgenossen haben noch keinen Grund zu einer Beschwerde wider den Kaiser. Er hat für sie von den Türken die Anerkennung des Besitzstandes gefordert. Diese Forderung ist ihrerseits noch nicht bewilligt. Im Falle des Verneinens hat der Kaiser nicht die Absicht einen Friedens-Congreß zu beschicken. Wenn jedoch die Türken für den Kaiser und zugleich für alle seine Bundesgenossen eingehen auf die Forderung des Besitzstandes: so kann der Kaiser nicht anders als sich einlassen auf einen Friedens-Congreß. Das ist der Wunsch des gesammten römischen Reiches, ferner Spaniens, Englands, der Republik Holland, ja der gesammten Christenheit, welche einen sicheren und ehrenhaften Frieden verlangt. Der Kaiser will diesem allgemeinen Wunsche willfahren. Dazu auch kommt, daß, bevor Ew. Czariſche Majestät in diesen Krieg miteingetreten, der Kaiser ihn schon fünfzehn Jahre lang geführt, mit dem Aufwande unsäglicher Millionen".

„Der Kaiser und die Republik Venedig haben für die Bundesgenossen den Besitzstand gefordert, mithin jedenfalls dasjenige, was diese bereits erobert haben. Es dürfte doch die Frage erhoben werden, ob zu einer anderen Zeit als gerade bei dieser günstigen Lage der Dinge, den Türken eine solche Forderung gestellt werden dürfte. Aber es handelt sich nicht bloß um das bereits Eroberte. Inzwischen haben vielleicht Ew. Czariſche Majestät große Fortschritte, wie bekanntlich

bisher gegen die Tartaren, so auch gegen die Türken gemacht. Das Eingehen auf die Forderung des *uti possidetis* würde im voraus dies Erworbene sichern."

„Auch ist zu betrachten, daß mit dem Zusammentreten des Congresses doch der Friede noch nicht geschlossen ist. Die Feststellung der Grenzen im Einzelnen wird geraume Zeit in Anspruch nehmen, so daß, wenn Ew. Czarische Majestät im Stande sind, Ihre Waffen mit Nachdruck geltend zu machen, noch erhebliche Vortheile in Aussicht stehen würden."

„Wollte man aber rechnen auf künftige Erfolge, auf einen Frieden gemäß denselben: so ist doch dagegen auch zu erwägen, daß der Ausgang eines jeglichen Krieges zweifelhaft, daß auch bei vortheilhaften Anstalten dennoch Gott oft anders verfügt und statt des gehofften Gewinnes und Sieges einen Verlust und eine Niederlage verhängt. Einen Umschlag solcher Art haben namentlich diejenigen zu befürchten, welche, wo ein guter und ehrenhafter Friede in Aussicht stand, dennoch sich nicht gescheut, sich zu beladen mit der Verantwortlichkeit des umsonst zu vergießenden Menschenblutes. Denn ich wiederhole: für den Sieg gibt es im voraus keine Bürgschaft."

So der Graf Kinsky. Der Czar erwiederte: „Ich bitte mir noch einmal die Namen derjenigen Mächte zu nennen, welche besonders auf diesen Türkenfrieden dringen". Kinsky nannte sie: „Das römische Reich, Spanien, England, Holland, ja man dürfte sagen: die gesammte Christenheit".

Der Czar entgegnete: „Vom Reiche und von Spanien will ich nichts sagen. Aber Sie nennen auch England und Holland. Was von der Treue und Beständigkeit dieser Mächte zu halten, hat doch der Kaiser in dem letzten Kriege mit Frankreich zur Genüge erfahren. Er ist ja von ihnen verlassen und zum Frieden gezwungen. Auf diese Leute sollte man ja doch niemals bauen. Sie gehen lediglich dem Nutzen ihres Handels nach; alles Uebrige, zumal das Interesse ihrer Bundesgenossen, wird in ihren Augen nicht beachtet. Sagen Sie dies dem Kaiser. Ich will Ihnen meine Forderungen an die Türken übergeben, und alles so maßvoll einrichten, daß man hoffentlich an mir nichts auszusetzen haben wird".

Kinsky überbrachte die Vorschläge dem Kaiser. Er rieth sich auf die Einzelheiten nicht einzulassen, sondern zunächst im allgemeinen

anzuerkennen, daß nach beiden Seiten hin gewichtige Gründe obwalteten, dann jedoch entschieden auszusprechen, daß bei der ganzen Weltlage das Nicht-Eingehen auf den türkischen Antrag des Friedens vor Gott und Menschen nicht zu verantworten sein würde. Darum indessen solle der Friede nicht übereilt, und nichts geschlossen werden ohne Mittheilung an die Bundesgenossen. Der Kaiser möge versprechen, die Forderungen des Czaren gemäß der Allianz mit ihm nach Kräften zu unterstützen.

So der Rath Rinskys im Anfange Juli 1698. Der Kaiser Leopold ging darauf ein. Der Vergleich liegt nahe zwischen diesem Verfahren und demjenigen, welches der Czar Peter an England und Holland gerüht, oder genauer an Wilhelm III. und den Führern der Republik.

Der Hergang der Dinge thut ferner dar, daß es in Wien an dem Eifer für den Türkenfrieden nicht fehlte, und daß es einer Mahnung dazu von Seiten Englands und Hollands nicht bedurfte. Auch war dieser Eifer dem Könige von Frankreich sehr wohl bekannt ¹⁾. Es werden uns auch später wieder von Seiten Wilhelms III. und des Rathspensionärs misbilligende Aeußerungen über den geringen Eifer in Wien für den Türkenfrieden entgegen treten. Wir haben diese Aeußerungen zu beurtheilen nach jenem Thatbestande.

Wir haben die Persönlichkeit des Czaren Peter kennen gelernt bei seinem Aufenthalte in London. Verweilen wir kurz auch bei den Aeußerlichkeiten desjenigen in Wien.

Der Kaiser hatte dem Czaren den Palast Königsegg in Gumpendorf als Wohnung angewiesen, er selber hatte sich nach der Favorita begeben. Der Czar behielt sein Incognito bei, so sehr, daß er sich zu seinem Besuche bei dem Kaiser durch den Favoriten-Garten führen ließ und eine Nebentreppe hinanstieg. Es ward beobachtet, daß er unbedeckten Hauptes vor den römischen Kaiser trat, und so verblieb, ungeachtet der zweimaligen Mahnung des Kaisers sich zu bedecken, so daß dann auch Leopold selber den Hut abnahm ²⁾.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 80. Harcourt an den König, 30. April: V. M. m'a fait connaître l'empressement de l'Empereur à faire la paix avec le Grand Seigneur.

²⁾ Theatrum Europaeum, Theil XV, S. 472. Auch für das Folgende.

Der Kaiser veranstaltete seinem Gaste zu Ehren ein großes Fest, eine sogenannte Wirthschaft, bei welchem die geladenen Personen in Verkleidung erschienen, z. B. der römische König Joseph als Aegyptier, der Czar Peter als friesischer Bauer. Diese damals beliebte Form der Hoffeste gewährte den Vortheil, daß Differenzen über den Rang nicht leicht entstehen konnten. Während des Bankets erhob sich der Kaiser, begab sich mit einem gefüllten krystallinen Pokale zu dem friesischen Bauer und sagte: „Da ich weiß, daß Ihnen der Groß-Czar von Moskau wohl bekannt: so bringe ich Ihnen seine Gesundheit zu“. — „Er ist mir sehr wohl bekannt, erwiderte Jener, inwendig und auswendig als ein Freund Ew. K. Majestät, als ein Feind Ihrer Feinde, und Ihnen so sehr zugethan, daß ich darauf diesen Pokal leeren werde, und wäre er voll Gift.“ Bei diesen Worten nahm er dem Kaiser den Pokal aus der Hand, und leerte ihn bis auf den Grund. Dann reichte er ihn dem Kaiser zurück. Dieser entgegnete: „Da Sie mir gar nichts übrig gelassen, so verehere ich Ihnen auch den Pokal“. Der Czar nahm den Pokal mit höchstem Vergnügen. Dann wandte er sich an den römischen König. „Ew. Majestät, sagte er, sind noch jung, können daher besser als der Herr Vater einen Trunk vertragen. Thun Sie mir Bescheid.“ Es geschah, bis zu acht Malen nach einander. Dann umarmte der Czar den römischen König, küßte ihn und hob ihn empor. Seine Schen gesehen und beobachtet zu werden, schien geschwunden. Er gab sich unablässig dem Vergnügen des Tanzes hin, und hielt aus bis zuletzt.

So am 11. Juli. Sein Reiseplan war damals auch auf Venedig gerichtet. Inzwischen gelangte an ihn die Kunde von dem Aufstande der Strelizen. Er brach von Wien auf nordostwärts, traf dann in Lemberg mit dem Könige August zusammen. Bereits im Beginne des Monates September war er in Moskau thätig bei der graufigen Blutarbeit an den Strelizen.

Das wichtige Ergebnis des czariſchen Besuchs in Wien war seine Einwilligung, den Friedens-Congreß zu beschicken. Ihn dazu vermocht zu haben, war die wesentliche letzte Frucht der Thätigkeit des Grafen Kinsky. Wir finden über diesen Staatsmann in den Berichten englischer und holländischer Diplomaten jener Zeit manches spitze Wort. Es ist die Sprache der Diener, welche den Wismuth ihres

Herrn in solcher Weise zum Ausdruck bringen. Die Handbriefchen des Kaisers Leopold an Kinsky, sämmtlich in lateinischer Sprache, thun dar, daß an der rechten Stelle das Vertrauen der Befähigung und dem Verdienste entgegen kam ¹⁾.

Wir werden den Verlauf dieses Friedens-Congresses mit den Türken, vom October 1698 an, später zu überblicken haben. Vom Juli 1698 an stand dieser lang ersehnte Friede, wenn auch nicht mit Gewisheit, doch mit Wahrscheinlichkeit, in baldiger Aussicht.

Weniger erfreulich für den Blick des Kaisers lagen die Dinge in Spanien.

Wir erinnern uns, daß der König Carl II. am 6. Februar 1698, kurz vor der damaligen Krankheit, in einem Handschreiben an den Kaiser den Ausdruck seiner Geneigtheit erneuert, und zwar in etwas bestimmterer Form als in jenem ersten vom 25. Juni 1697. Er verlangte abermals die Herüberkunft von 10,000 Mann, aber auf Kosten des Kaisers. Auch er wolle dann waffnen. Wenn dies geschehen und der Türkenfriede gemacht, wolle er dem Erzherzog Carl die Statthalterschaft von Mailand geben oder ihn nach Spanien berufen.

Es handelte sich also für den Kaiser darum, den abermaligen Versuch zu machen, ob nicht sein Nefte von Spanien diese wiederholt kund gegebene Gesinnung bethätigen werde durch einen kräftigen Entschluß.

Wenige Tage indessen nach dem Abgange des Schreibens vom 8. Februar trat jene Krankheit Carls II. ein, deren Kunde so sehr aufregend durch Europa wirkte, und namentlich in Versailles und Kensington die Schritte hervorrief, die wir kennen gelernt haben. Wir haben nicht minder gesehen, daß auch die Königin Maria Anna, in der Sorge um die eigene Zukunft, willfährig dem Rathe des kaiserlichen Botshafers das Ohr lieh, daß sie diesem Rathe gemäß mit dem Gedanken umging, eine Junta zu bilden, welche die Angelegenheit der Succession festzustellen habe. Sie befragte ihren eigentlichen

¹⁾ Eine Reihe derselben abgedruckt bei Gaedele, Bd. I, S. 157* u. f.

Berather, den Grafen Melgar, Admiral von Castilien, den sie einige Monate zuvor zum ersten Minister gemacht. Die Verwaltung des Admirals hatte die Zahl seiner Freunde nicht gemehrt. Wenn der Tod des Königs eintreten würde, fühlte er sich sehr unsicher. Er ging daher nicht bloß auf den Plan einer solchen Junta ein, sondern schlug auch die Rückberufung Dropezas und die Ernennung desselben zum Mitgliede vor. Die vielfachen früheren Verwendungen Harrachs für Dropeza hatte Maria Anna beharrlich abgelehnt: auf jenen Vorschlag des Admirals von Castilien eilte sie zum Könige. Ihm mochte diese plötzliche Sinnesänderung überraschend erscheinen. Er starrte verwundert die Königin an. Dann erwiderte er: „Mach' es, wie es Dir gut scheint“. Sofort enteilte ein Courier. Am anderen Tage traf Dropeza ein. Die kaiserlich Gesinnten waren hoch erfreut. Der Admiral von Castilien zeigte sich voll Eifers. Sobald nur der König ein wenig sich erholt, hieß es, werde er ein Testament errichten gemäß dem Antrage des Grafen Harrach. So in den ersten Tagen des Monates März ¹⁾.

Carl II. entließ damals seinen bisherigen Beichtvater Matilla, mit der Behauptung, daß er ein Atheist. Auf den Vorschlag des Admirals von Castilien wählte er einen anderen, Pater Frohlan Diaz. In Madrid hielt man diese Aenderung für das Werk des Cardinals Portocarrero. Es war nicht richtig. Dem Grafen Harrach betheuerte der neue Beichtvater, daß er beflissen sein werde für ein gutes Einvernehmen des Königs mit dem Kaiser ²⁾.

Das Befinden des Königs hob sich. Am Morgen des 9. März mahnte er die Königin, da der Tag so schön sei, nach der Liebfrauenkirche von Atocha zu fahren und dort Dank zu sagen für seine Besserung. Das werde auch dem Volke eine Tröstung sein. Da die Hin- und Rückfahrt den ganzen Tag erforderte, während dessen dann der König fremder Einwirkung zugänglich sein würde, so gab Maria Anna nur zögernd nach ³⁾.

In der That waren namentlich der Cardinal Portocarrero und der Graf Monterej eifrig diese Gelegenheit zu benutzen.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 245 u. f.

²⁾ A. a. D.

³⁾ A. a. D. S. 247.

Es lag eine Thatfache zur Beschwerde vor. Um dieselbe zur völligen Klarheit zu bringen, haben wir uns hinein zu denken in jene Zeit, wo die Anwesenheit von Truppen in den Residenz-Städten nicht regelmäßig statt fand. Madrid hatte keine stehende Besatzung. Eben damals aber war ein Regiment Cavallerie von Catalonien her eingerückt, und zwar ohne Vorwissen des Königs. Diese letztere Thatfache war kundbar.

Es ist möglich, daß noch andere Gründe zu Besorgnissen vorlagen.

Denn einige Monate später kam es zur Kunde des Grafen Harrach, daß der Prinz Georg in Barcelona während der Krankheit des Königs der Königin vorgeschlagen: er sei bereit, ohne Jemandes Vorwissen sich nach Madrid zu begeben, mit dem Leibregimente den Parkplatz zu besetzen, und den König und die Königin unter dem Schutze dieser Truppe fortzuführen. Den Cardinal Portocarrero würde er dann nach Tran an der Küste von Afrika bringen lassen. Die Königin sei auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. So erzählte die Gräfin Berlepsch dem kaiserlichen Botschafter ¹⁾.

Diese Unterredung über das Erbieten des Prinzen Georg vom März erfolgte im Juni. Es liegt aus dem Verlaufe der Dinge nicht vor, daß Portocarrero und Monterej über die Vorschläge des Prinzen Georg schon im März eine bestimmte Kunde gehabt haben. Immerhin wäre es möglich, da der Prinz nicht sehr verschwiegen damit gewesen zu sein scheint ²⁾. Allein, auch wenn jene Beiden nichts Bestimmtes wußten, so lag die Thatfache vor, daß jenes Regiment sich in Madrid befand, ohne Befehl noch Vorwissen des Königs. Die Furcht, die aus dieser Thatfache für alle diejenigen entkeimte, die sich in Opposition zu der Königin wußten, dürfte derjenigen, welche die Kenntniß der Vorschläge des Prinzen Georg erweckt haben würde, ziemlich ähnlich gewesen sein. Eben darum auch ist es nicht zu verwundern, wenn der Cardinal Portocarrero und der Graf Monterej die Abwesenheit der Königin benutzten, um gemäß dieser ihrer Furcht auf den König einzuwirken. Der Erfolg trat hervor bei der Rückkehr der Königin.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 260. Vom 12. Juni. Künzel: Leben und Briefwechsel des Landgrafen Georg, hat kein Schreiben des Landgrafen aus dem Jahre 1698, springt vielmehr S. 152 und 153 vom November 1697 über zum October 1699.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 268.

Auf die Frage nach seinem Befinden erwiederte ¹⁾ der König mit dem Rufe: „Ich sterbe, ich bin verdammt, ich fahre zur Hölle“. Er rief den Grafen Monterey herzu. Während dieser neben dem Bette kniete, jagte er zu der Königin: „Es betrifft das Regiment. Der König will nicht, daß es hier sei. Befehlen Ew. Majestät, daß es abmarschire“. Der König wiederholte unablässig seinen Ruf. Die Königin erwiederte: „Trage zuerst Sorge um Deine Gesundheit, und dann verführe über das Regiment nach Deinem Ermessen“. Die Scene ward heftiger. Monterey fiel ein, die Königin möge den Wunsch des Königs erfüllen, das Regiment abziehen lassen. „Bedenken Ew. Majestät, sagte er, daß weder der König, noch wir Minister und Granden, noch das Volk das Regiment hier leiden wollen. Wir Andere schützen Ew. Majestät mit unserer Brust und unserer Treue, und vertheidigen Sie gegen Alle. Auch die Königin-Mutter sah sich genöthigt ihr Regiment nach Catalonien zu entsenden, und dennoch lag der Fall anders, weil darin viele Granden oder ihre Söhne dienten. Ew. Majestät sind eine Königin von vieler Einsicht; aber Sie schenken schlechten Menschen Ihr Vertrauen, und daher kommt dies alles“ ²⁾. Die Königin brach in Thränen aus. Monterey zog sich zurück. Der König dagegen fuhr fort: „Um jenen Teufel des Regimentes fahre ich zur Hölle: Du bist Ursache meiner Krankheit, meines Todes, meiner Verdammnis“. Laut weinend enteilte die Königin.

Am anderen Tage lenkte der König gegenüber der Königin etwas ein. Er schickte ihr den Grafen Dropeja, um sie zu begütigen. Monterey erhielt Hausarrest wegen Mangels an Respect vor der Königin. Es ist zu bemerken, daß er dann in seinem Hausarreste die Besuche der vornehmsten Persönlichkeiten empfing, unter ihnen des Nuntius und auch selbst des Grafen Harrach. Dagegen beharrte der König, obwohl die Aerzte sein Befinden für besser erkannten, in der Einbildung seines nahen Todes. An jenem ersten Tage hatte weniger Portocarrero als Monterey bei ihm das Wort geführt. Dann erst begann die Thätigkeit Portocarreros, und mit Erfolg. Der König verlangte, daß der

¹⁾ Das Folgende nach den Erzählungen der Berlepsch und der Königin an den kaiserlichen Botschafter, in Harrachs Tagebuch S. 247 u. f.

²⁾ Diese Worte, die in dem Berichte der Berlepsch sich nicht finden, hat Monterey dem Grafen Harrach als die seinigen angegeben, im Tagebuch S. 251.

Cardinal, der Beichtvater Froilan Diaz und der Franziskaner Moreda beständig um ihn weilten, um ihm im Sterben beizustehen. Er wollte nicht anders essen noch trinken als aus den Händen des Cardinals Portocarrero ¹⁾).

Dropesa hielt dem Cardinale vor, daß er der Königin gegenüber zu weit gegangen. Die Worte hin und wieder darüber brachten erst klar ans Licht, wem hauptsächlich die Sache gegolten. Portocarrero warf im Zorne und Eifer sein Barett zu Boden, und rief aus: er werde nicht eher ruhen, bis er den Admiral von Castilien, die Berlepsch und den Beichtvater Gabriel vom Hofe weggeschafft. Der Verdruß des Königs gegen den ersteren ward bald ersichtlich. Carl II. äußerte sich zu Dropesa: es scheine, der Admiral wolle ihm die Regierung aus den Händen ziehen, wolle den Souverän spielen. Seine Kräfte nahmen wieder zu. Er selber, erklärte er, werde fortan die Zügel erfassen. Der Admiral glaubte nicht an die Dauer des Entschlusses; aber er wie die Königin hielten es für gerathen, daß er dem Sturme weiche.

Der ganze Unmuth der Königin fiel auf den Cardinal Portocarrero. Sie beschwerte sich bei dem Nuntius, daß der Cardinal ihre Abwesenheit benugt, den kranken Gemahl in diesen Zustand zu versetzen und ihn mit ihr zu entzweien. Dies stehe einem Geistlichen schlecht an. Sie verlangte das Einschreiten des Papstes gegen den Cardinal.

Der Nuntius entsprach nicht diesem Wunsche. Er gab vielmehr der Königin einen anderen Rath. Sie möge über das Vergangene mit dem Cardinale Portocarrero hinwegsehen und sich mit ihm gut stellen, möge den Grafen Monterey wieder zu Hofe berufen, dagegen die Gräfin Berlepsch und den Beichtvater Gabriel nach Deutschland zurück senden. Der Rath war kurz und klar, vielleicht der beste, welcher der Königin gegeben werden konnte. Sie nahm ihn sehr übel auf, und ließ dem Nuntius melden: sie habe seinen Rath und seine Assistentz nicht nöthig.

¹⁾ Hier wie auch ferner Harrachs Tagebuch S. 248. Der Vergleich mit den Berichten von Harcourt bei Hippeau t. I, p. 31 et suiv. stellt die größere Glaubwürdigkeit des Ersteren in klares Licht, zumal da Harrach seine Kunde aus erster Hand empfing.

Man dürfte nicht sagen, daß der Cardinal in dieser Angelegenheit mit Absicht für Frankreich gearbeitet. Er war dem kürzlich angekommenen Botschafter Harcourt noch nicht näher getreten. Auf die Schmeichelreden desselben für den Eifer des Cardinals um sein Vaterland erwiederte dieser, daß er strebe für Wahrheit und Gerechtigkeit, daß er, nach dem Könige von Spanien, keinem anderen Fürsten eine solche Zuneigung und solchen Respect entgegen trage wie dem Könige von Frankreich. So meldet Harcourt ¹⁾).

Allein, wenn auch vielleicht nicht eine der mitwirkenden Persönlichkeiten positiv für Frankreich gearbeitet hatte: so fiel doch in negativer Beziehung der Erfolg für Frankreich aus. Die wichtigste Consequenz jenes Vorfalles war, daß eine Junta für die Feststellung der Succession nicht gebildet, daß der Gedanke überhaupt, bei dem Wiedererstarken des Königs, zurück geschoben wurde. Dies war mittelbar ein Gewinn für Ludwig XIV., dessen hauptsächliches Trachten dahin ging, daß die große Frage in Spanien eine offene bliebe.

Und nicht bloß dies, sondern der Rückschlag der ganzen Angelegenheit fiel auf die Sache des Kaisers. Maria Anna zwar schlug ihre Verdienste um dieselbe hoch an, so sehr, daß sie damals eine Gegenforderung stellte. Auf die Kunde, daß von Wien aus eine Werbung statt finde um die Prinzessin Amalie Wilhelmine von Hannover für den römischen König Joseph, stellte sie an Harrach schriftlich und mündlich die Forderung, daß lieber eine Prinzessin von Hessen-Darmstadt gewählt werde. Harrach wendete ein, daß jene Werbung bereits offenkundig im Gange. Maria Anna bestand. Sie verlange es sehr, sagte sie. Dann wies sie darauf hin, daß sie sich ja bemühe, ihren Gemahl zu einem Testamente für den Erzherzog Carl zu stimmen ²⁾).

Der einzige Zug thut dar, daß Maria Anna geneigt war ihren Launen und Einfällen einen sehr hohen Werth beizumessen.

Es war dagegen nach der Lage der Dinge unabwendbar, daß in Spanien alle Misgriffe der Königin, weil sie die Sache des Kaisers zu vertreten schien, zurückgedeutet wurden auf den Kaiser. Und dieser

¹⁾ Hippeau t. I, p. 54.

²⁾ Harrach's Tagebuch S. 239.

Misgriffe mochte es nicht wenige geben. Franzosen und ihre Anhänger behaupteten, daß die Königin Verhaftsbefehle ausgeben lasse auch ohne Vorwissen des Königs ¹⁾. Jedenfalls wurden, wie Harcourt meldet, die Acte der Willkür, zu welchen die Königin den Gemahl öfters vermocht hatte, angesehen als ausgehend von Wien her, und als befürwortet von dem kaiserlichen Botschafter ²⁾. Die Abneigung der spanischen Großen wider die Königin wendete sich daher wider den Kaiser. Und noch weniger brachte ihr Vertrauen auf den allgemein verhaßten Admiral von Castilien dem Kaiser einen Vortheil, vielmehr doppelten Schaden. Denn wir wissen aus den Worten Ludwigs XIV., daß dieser schlaue Mann zugleich von dem Kurfürsten Max Emanuel als hauptsächlichste Stütze angesehen wurde, daß der Admiral also die eine Partei betrog oder die andere, wahrscheinlich aber die erstere.

In der vollen Erkenntnis des Waltens der Königin Maria Anna meldete Ludwig XIV., welcher, wenn nicht an anderen Eigenschaften, so doch an Schärfe des Blickes alle jene Anderen weit übertraf, dem Botschafter Harcourt sein Urtheil mit den Worten: „Das Verhalten der Königin erscheint mir sehr geeignet, der Sache des Kaisers zu schaden. Nichts entspricht mehr dem Interesse meines Dienstes, als der Gebrauch, den sie von ihrer Geltung bei dem Könige macht“ ³⁾.

Carl II. war unterdessen so weit hergestellt, daß die längst erbetene Audienz dem französischen Botschafter nicht länger verjagt werden durfte. Der König bestimmte eine Abendstunde, am 18. April. Der Botschafter ward in ein kleines Zimmer geführt. Der König stand mit dem Rücken an einen Tisch gelehnt, auf dem einige Lichter brannten. Es war Niemand anwesend als ein Dolmetsch. Carl II. nahm das Handschreiben Ludwigs XIV. entgegen, und die üblichen Redensarten wurden gewechselt. Es gelang dem Botschafter nicht die Augen des Königs, noch die Gesichtsfarbe klar zu erkennen. „Aber, fügt er seinem Berichte hinzu, mein Bruder, der sich an der Thüre des Zimmers befand, hat beobachtet, daß der König sich beim Weggehen mit beiden Händen auf einen Mann stützte.“ — Von dort

¹⁾ Hippeau t. I, p. 106. So Blandiniere.

²⁾ H. a. D. p. 67.

³⁾ H. a. D. p. 85. Vom 8. Mai.

ward Harcourt zu der Königin geführt, die in gebrochenem Französisch zu ihm redete. Sie ließ ihm am anderen Tage sagen, daß, wenn sie ihm eher hätte Audienz geben dürfen als der König, sie nicht so lange gezaudert haben würde ¹⁾).

War dies letzte Wort nur eine Höflichkeit, oder sollte es mehr bedeuten? — Wir werden uns daran zu erinnern haben.

Durch die erhaltene Audienz war Harcourt als Botschafter anerkannt. Es ward ihm, nach damaliger spanischer Weise, ein Commissär ernannt, der Cardinal Cordova, an den er etwaige Anträge zu richten hatte. Wie er erst von da an öffentlich als Botschafter auftreten durfte, so hatten auch erst von da an die Spanier das Recht, ihn dieser Eigenschaft gemäß zu behandeln. Die Meldungen von vielen Seiten her, namentlich von Ordensgeistlichen, thaten ihm kund, daß die Strömung in dem spanischen Volke zu Gunsten Frankreichs beständig wachse. So sei es aller Orten, von den Pyrenäen bis Cadix. Man wünsche als Nachfolger Carls II. einen französischen Prinzen, wenn nur die Selbständigkeit und die Untheilbarkeit der Monarchie erhalten bleibe. Harcourt hoffte, daß demgemäß nun die Granden sich ihm eröffnen würden. Es geschah nicht. Er unterhielt eine Verbindung mit einer Madame Daguirre, welche, früher die Freundin der Königin-Mutter, sich später dem Namen nach von der Welt zurückgezogen, so jedoch, daß ihr Haus als Vereinigungspunct für viele Granden diene. Auf die Anfrage des Botschafters ließ Madame Daguirre ihm erwiedern, daß alle diese Persönlichkeiten in beständiger Furcht schwebten vor der Rache der Königin, die bei geringen Anlässen sofort heftige Entschlüsse fasse, daß diese Granden unter einander die Angelegenheit oft verhandelten, ohne doch gegen jene Furcht ein Heilmittel zu finden ²⁾).

Wir erkennen, daß in den Augen dieser französisch Gesinnten die Königin Maria Anna noch viel mehr auf sich nehmen mußte, als ihr wirklich zur Last fiel. Denn irgend ein Zusammentreten einzelner Spanier mit dem französischen Botschafter, wie dieser es anrieth, um, ohne Wissen und wider den Willen der rechtmäßigen Autorität, über

¹⁾ Hippeau t. I, p. 71.

²⁾ A. a. O. p. 83.

die Geschicke Spaniens zu verfügen, war nicht bloß geeignet den Unwillen der Königin herauszufordern: es war an sich selber illegal, ein Verbrechen gegen die Sicherheit und den Bestand der Monarchie.

Der Graf Harrach hatte vor dem französischen Botschafter den Vortheil voraus, daß er sich wenden durfte an die rechtmäßige Autorität, den König. Allein auch der Vortheil hatte eine besondere Schattenseite. Eben damals machte sie sich ihm fühlbar in Anlaß der Antwort des Kaisers auf das Schreiben Karls II. vom 6. Februar.

Die unbestimmte Zusage desselben gewährte in Wien keine Befriedigung. In einer ausführlichen Antwort vom 25. März erörterte der Kaiser nochmals die ganze Sachlage. Er legte seine Hoffnungen dar auf einen baldigen Türkenfrieden, auf die Erneuerung der Allianz mit den Seemächten. Er erklärte abermals seine Bereitwilligkeit zur Sendung von 10,000 Mann, und zwar, so lange der Türkenkrieg nicht geendigt, zur Hälfte auf seine Kosten. Nach geschlossenem Türkenfrieden werde er alle Kosten des Unterhaltes übernehmen. „Aber, sagt er dann, dieses Corps kann zu nichts Anderem dienen als zur Grundlage für die eigene Bewaffnung von Spanien. Und diese allein gewährt die Bürgschaft einer Sicherheit für die Succession. Vermag Spanien gegenüber dem Reiche und den beiden Seemächten hinzuweisen auf die eigene Wehrkraft, und gibt es dadurch den Beweis, daß es sich nicht ohne Widerstand von den französischen Waffen überwältigen lassen wird: so ist sofort auch bei allen diesen Mächten die Bereitwilligkeit da zur Allianz mit Spanien. Einstweilen wäre gut, wenn der König ein Testament verfassen, mir mittheilen und, nach dem Beispiele Philipps IV., durch den Rath von Castilien, welcher die Cortes vertreten kann, bestätigen lassen wollte.“ Der Kaiser hebt dann besonders Mailand hervor. „Ich gestehe, sagt er, daß mich der Aufschub der Uebertragung von Mailand an den Erzherzog bis nach gescheneher Bewaffnung und nach geschlossenem Türkenfrieden, nicht angenehm berührt, zumal da ich nicht einsehe, mit welchem Vorwande Frankreich sich dem widersetzen dürfte, und da ferner Mailand sehr entblößt und ausgesetzt ist. Wer den Zweck will, muß doch auch die geeigneten Mittel wollen. Wenn aber aus Furcht vor Frankreich jegliche Maßregel der Vorsicht unterbleibt, wenn gar die so nothwendige Bewaffnung immer neu hinaus geschoben wird: so stelle ich dem Könige und

seinen Rätthen selber das Urtheil anheim, was endlich aus der Hauptsache werden soll. Ihr werdet mit geziemender Bescheidenheit dies vorstellen und zugleich bemerken, daß, indem ich meine Truppen zu senden und einstweilen, bis zum Türkenfrieden, die Hälfte der Kosten für sie zu tragen erbötig bin, ich von der billigen Erkenntlichkeit des Königs und der Monarchie erwarte, daß die Statthalterschaft von Mailand meinem Sohne, dem Erzherzoge Carl, verliehen werde" ¹⁾).

Harrach trat zu der Königin. Er meldete seinen Auftrag. Er bat, daß nach der spanischen Weise ein Minister zum Commissär für ihn ernannt werde. Er brachte dieselbe Bitte an den König. Es war am 24. April. Am nächsten Tage brach das königliche Paar auf zum Frühlings-Aufenthalte in Toledo. Dem Brauche nach durfte dahin kein Gesandter folgen. Harrach erneuerte schriftlich seine Bitte. Nach langem Harren erhielt er durch die Gräfin Verlepsch die Antwort, daß der König sich in ärztlicher Behandlung befinde, darum von Geschäften nichts hören wolle ²⁾. Unverkennbar also war das Andringen Harrachs lästig geworden.

Carl II. hatte nicht einmal die Absicht die Sache seinem Staatsrathe zu überweisen. Und eben so wenig ward von diesem aus ein Schritt gethan. Das Verhalten der Betheiligten von spanischer Seite legt sich uns übersichtlich dar in einer Unterredung eines kaiserlich gesinnten Mitgliedes desselben, des Grafen Aguilar, mit dem Botschafter, dem älteren Grafen Harrach, am 11. Mai 1698 ³⁾.

„Wir wissen, sagte Aguilar, daß auf die Nachricht der Krankheit des Königs Frankreich die Reduction der Truppen eingestellt, daß dort 15,000 Mann nach der Grenze Italiens marschiren, unter dem Vorwande, der Kaiser sende Truppen nach Mailand. Es ist demnach die Absicht Frankreichs, unsere Monarchie zu erobern. Ich habe im Staatsrathe beantragt: es sei unsere Pflicht, dem Könige die Lage der Dinge vorzustellen, damit wir Mittel ergreifen, dem Uebel rechtzeitig zuvorzukommen. Droyes, so wie auch Andere haben zugestimmt. Allein es herrscht bei uns der Brauch, daß, wenn in solchen Fällen auch nur

¹⁾ Kaiserliches Rescript an Harrach, entworfen am 25. März.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 256. Vom 8. Mai.

³⁾ A. a. D. S. 256 u. f.

Einer dissentirt, der Staatsrath in seiner Gesammtheit nicht handelt. Und dabei ist es geblieben."

"Nach meiner Ansicht gibt es kein Mittel den Zustand der Dinge zu ändern. Der König will von Geschäften nichts hören, will keinen ersten Minister leiden, will keine Junta ernennen. Die Königin ist eingeschüchtert, getraut sich nicht mehr ihm etwas zu sagen. Der Admiral von Castilien ist in völliger Ungnade. Dropeja ist in Folge seiner Verbannung scheu geworden. Der Cardinal Portocarrero ist den Geschäften nicht gewachsen. Die Mehrzahl der Mitglieder des Staatsrathes, uneinig unter sich, ermangeln des Vertrauens. Die Granden vermögen nichts. Unter ihnen ist nicht Einer, der es wagte offen und frei zu reden. Bei dem übeln Stande der Dinge thun uns tief greifende Entschlüsse noth; aber der König ist nicht fähig sie zu fassen. Das einzige Mittel wäre die Bewaffnung; aber es fehlt uns das Geld und die Bethätigung des guten Willens. Der französische Botschafter hat nicht nöthig sich zu bemühen, er darf alles nur gehen lassen: dann rennt unsere Monarchie aus sich selber seinem Könige in die Hände. Nach Allem finde ich nirgends ein Mittel, eine Hülfe, auf die noch zu hoffen wäre."

Der kaiserliche Botschafter erwiderte: „Wenn die Dinge hier so liegen, so kann ich abreisen und dem Kaiser die Enttäuschung bringen, damit auch er seine Entschlüsse fasse, seine Maßregeln treffe". — „Und welche Entschlüsse könnte der Kaiser fassen?" fragte Aguilar. — „Den Entschluß, erwiderte Harrach, in solchem unglücklichen Falle die Monarchie oder doch einen Theil derselben mit den Waffen zu beanspruchen. Ist erst der Türkenfriede gemacht, so vermag der Kaiser 100,000 Mann ins Feld zu stellen. Das Reich wird mit derselben Zahl oder einer noch größeren zu ihm stehen. England und Holland werden vermöge der Allianz, die jetzt erneuert werden soll, mit Macht ihm helfen. Dänemark, Schweden, ja alle Mächte von Europa, werden wider Frankreich sich verbünden. Denn für Alle ist es die Lebensfrage, daß nicht diese zwei Monarchien in Eine Hand vereinigt werden. Den sicheren Antheil des Unglückes hat Spanien; denn, wie immer die Würfel des Krieges rollen, die Länder dieser Krone sind für beide Theile die Objecte der Eroberung. Um sie, auf ihrem Boden werden die Schlachten geschlagen."

So diese beiden Männer zu einander im Mai 1698. Sie hatten beide, ein jeder von seinem Standpuncte aus, die leidensvolle Geschichte des kommenden Jahrzehnts im voraus verkündet.

Wenn eine Persönlichkeit wie der Graf Aguilar nicht sofort den Gedanken erfaßte, daß eine französische Besignahme der spanischen Monarchie, unter welcher Form immer es sein mochte, einen europäischen Krieg herausbeschwören würde, dessen Leiden zunächst und hauptsächlich Spanien selber trafen: so ist danach zu ermessen, wie viel leichter und glatter dem Ohre des großen Haufens der Spanier die Rede einging, daß die Succession eines französischen Prinzen in Spanien gleichbedeutend sei mit dem Frieden und der Erhaltung der Monarchie. In der That mußte diese Meinung einer der gewichtigsten Factoren für Frankreich sein. Ludwig XIV. erkannte daher seine Position als die günstigere, zumal bei der Wahrnehmung, daß zwischen der Königin, den beiden Grafen Harrach — denn seit dem Anfange April war auch der Sohn, Alois Harrach, wieder in Madrid — und dem Prinzen Georg in Barcelona eine wechselseitige Misstimmung statt fand. „Es entspricht dem Interesse meines Dienstes, schreibt er am 15. Juni an Harcourt, daß die Dinge in Spanien verbleiben in dem gegenwärtigen Stande. Dies erscheint mir leichter, als es den kaiserlichen Botschaftern sein wird, den König von Spanien dahin zu bringen, daß er ein ihm widerstrebendes Testament abfasse und den älteren Grafen Harrach mit einer bestimmten Antwort entlasse“ ¹⁾.

Dabei jedoch nahm Ludwig XIV. jede Gelegenheit wahr, sowohl auf die Masse der Spanier, wie auf einzelne Persönlichkeiten einzuwirken.

In ersterer Beziehung bot sich ihm ein besonderer Anlaß. „Ich bringe in Erfahrung, schreibt er noch im Mai an Harcourt, daß die Mauren ihre Kräfte sammeln, um Ceuta stärker zu bedrängen, und um zugleich Oran anzugreifen. Ich glaube daher dem Könige von Spanien keinen stärkeren Beweis meiner Freundschaft geben zu können, als indem ich ihm, zur Befreiung dieser Plätze, meine Galeeren anbiete. Sie stehen zu seiner Verfügung nach seinem Wunsche. Auch werde ich, auf Verlangen, Segel-Kriegsschiffe hinzufügen.“ Dann

¹⁾ Hippeau t. I, p. 114.

folgt der eigentliche Zweck des Antrages. Der König fügt hinzu: „Es ist mit Grund vorherzusehen, daß das Anerbieten nicht angenommen wird. Allein da es auf die Stimmung der Nation nicht anders als vortheilhaft einwirken kann: so entspricht es meinem Dienste, daß mein Anerbieten in geschickter Weise zur öffentlichen Kunde gelange“ ¹⁾).

Harcourt empfing den Auftrag mit großer Freude und suchte ihn in aller Weise zu verwerthen. Wie auch die Entscheidung Carls II. ausfalle, meinte er: die Sache selbst könne für Frankreich nur zum Vortheil gereichen. Jedoch hatte sie auch eine Kehrseite. Der kaiserliche Botschafter führte bei einigen Spaniern schwere Klage, daß ein solcher Vorschlag auch nur in Berathung genommen werde, wo man doch die Angelegenheit der kaiserlichen Truppen, welche Spanien zuerst verlangt, der Kaiser dann bewilligt habe, nun völlig ruhen lasse. Es scheine, sagte er, daß man die Succession noch bei Lebzeiten des Königs einem französischen Prinzen zuspielen wolle. Er drängte namentlich in Mansera. Dieser wies hin auf die arge Verwirrung in Spanien. „Ich bin ein alter Mann, sagte er mit Thränen in den Augen, und dennoch fürchte ich, die Monarchie geht noch eher zu Grunde als ich sterbe. Denn sie schwebt am Abgrunde.“ Als Harrach erwiederte, daß die Sache noch nicht verzweifelt stehe, daß muthige Entschlüsse sie noch retten könnten, ergoß Mansera sich in herben Worten über die Königin, welche an allen diesen Dingen viele Schuld trage, namentlich die Deutschen verhaßt mache, und ihn persönlich mit der Verbannung bedrohe ²⁾).

In ähnlicher Weise richtete Harrach seine dringenden Vorstellungen an andere Mitglieder des Staatsrathes. Es war nicht überflüssig. Denn obwohl Ludwig XIV. von Anfang an sich auf die Annahme seines Erbietens keine Hoffnung gemacht: so stimmten doch im Staatsrathe die beiden Cardinäle Portocarrero und Cordova, ferner Los Balbaces, Mansera und Villafranca für die Annahme. Monterey verhielt sich unentschieden. Der Admiral von Castilien, Aguilar, Dropeja waren dagegen. Die Mehrheit also war für die

¹⁾ Hippeau t. I, p. 86.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 259. Vom 25. Mai.

Annahme. Der König Carl II. befand sich noch in Toledo. Er hatte die Botschaften der Einzelnen schriftlich verlangt. Sie wurden ihm dahin geordnet. Er ertheilte dem Cardinal Cordova als dem Commissär des Botschafters Harcourt den Befehl, das großmüthige Erbieten Sr. Allerchristlichsten Majestät dankend abzulehnen¹⁾.

Auf die Meldung dessen erwiederte Ludwig XIV.: er habe Grund anzunehmen, daß im Falle des Verlustes von Ceuta oder Oran der Haß des spanischen Volkes gegen die Königin noch unendlich steigen, und daß man in Spanien die Anhänger des Kaisers ansehen werde als die Urheber des Verderbens der spanischen Monarchie. Auch in den Spaniern lebe die Ueberzeugung, daß die Mauren den Gedanken der Wiederkehr dahin niemals aufgegeben haben²⁾. — Die Worte enthalten offenbar weniger eine Thatfache, oder auch nur die Meinung über eine Thatfache, als einen Befehl, entsprechend der Politik Ludwigs XIV.

Demselben Zwecke diene ein anderes Mittel, eine Anschuldigung besonderer Art gegen den Kaiser vermittelt des Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt in Catalonien. Ludwig XIV. meldet dem Harcourt, daß dieser Prinz die Absicht hege die Irländer im französischen Dienste nach Catalonien zu locken. Der Prinz glaube die Zahl auf 10,000 bringen zu können. Ludwig XIV. bemerkt dabei, daß er in allem nicht so viele Irländer im Dienste habe, und daß dieser Plan ihm durchaus keine Sorge bereite. — Man dürfte hinzufügen, daß der Prinz Georg, der nicht die Mittel besaß die schon vorhandenen Truppen gegen den Hunger zu schützen oder an der Desertion zu hindern³⁾, und der weder von Madrid noch von Wien her solche Mittel erwarten durfte, nicht daran denken konnte, noch andere Soldaten an sich zu ziehen. Demnach ist eine thatsächliche Basis für die Nachricht Ludwigs XIV. nicht wahrscheinlich. Sie ist es noch weniger durch den Zweck. Denn Ludwig XIV. weist den Harcourt an, die Kunde zu verwerthen wider den Kaiser. Da der Kaiser erkenne, daß seine Unterhandlungen in Madrid keine Frucht bringen: so wolle er sich der Succession in

¹⁾ Hippeau t. I, p. 103 et suiv.

²⁾ A. a. O. p. 113.

³⁾ So die Worte der Königin, in Harrachs Tagebuch S. 263.

Spanien mit Gewalt versichern. Deshalb sei es das allgemeine Interesse der spanischen Nation, keine fremden Truppen, unter welchem Vorwande auch immer, bei sich zuzulassen, dagegen es sich klar zu machen, daß alle zu treffenden Maßregeln gerichtet sein müssen wider diejenigen, welche sich zu ihren Vertheidigern aufwerfen wollen. Die Erfahrung an dem Prinzen werde den Spaniern namentlich eine Warnung sein, einem Deutschen niemals ein wichtiges Staatsamt anzuvertrauen ¹⁾.

Bei jener Anklage jedoch vergißt Ludwig XIV. nicht der Vorsicht.

„Da der Prinz, sagt er, diesen Plan, wenn er in die Oeffentlichkeit gelangte, leicht ableugnen würde, und die Beweise gegen ihn nicht völlig klar sind: so darf das, was ich Ihnen hier melde, nur denjenigen anvertraut werden, welche nach Ihrer Ansicht einen guten Gebrauch davon machen. Es handelt sich nur darum, ihnen die geheimen Anschläge der Anhänger des Kaisers offen zu legen, damit sie dagegen auf ihrer Hut sein können.“

Man dürfte geneigt sein zu der Frage, welchen Erfolg sich Ludwig XIV. von einer solchen nicht mit überraschender Feinheit angelegten Kriegslist versprechen durfte. Allein unglücklicher Weise für den Prinzen Georg war ja nach einer anderen Richtung hin viel Schlimmeres wahr, als was Ludwig XIV. hier, aller Wahrscheinlichkeit nach, lediglich fingirte. Wenn auch im März jener Vorschlag des Prinzen Georg an die Königin dem Grafen Monterey und dem Cardinale Portocarrero noch nicht bekannt gewesen sein mag: so war er es damals, als Harcourt jenen Befehl erhielt.

Eines Tages nämlich, im Juni, ward im Staatsrathe die Angelegenheit der Succession berührt. Der Graf Monterey fiel ein: „Meines Erachtens dürfen wir davon nicht reden, wenn nicht zuvor dem Wirrwar ein Ende gemacht ist“. — Aguilar fragte: „Was ist der Sinn dieser letzten Worte?“ — „Ich meine damit, erwiederte Jener, die jetzige Regierungsweise und den Prinzen in Catalonien.“ Die Anderen schwiegen, nickten aber beifällig.

Als der Vater Gabriel, der Beichtvater der Königin, dies dem Grafen Harrach mittheilte, erwiederte er: „Der Vorgang zeigt, daß die Herren von jenem Vorschlage des Prinzen an die Königin Kunde

¹⁾ Hippeau t. I, p. 98. Vom 27. Mai.

haben. Und noch weiter: die Herren sind der Meinung, daß im Falle einer Verstärkung mit 10,000 Mann kaiserlicher Truppen der Prinz Georg jedenfalls kommen und ihnen die Köpfe abschlagen werde". Pater Gabriel erwiderte: der Prinz habe den Ausdruck gebraucht, daß er die Mitglieder des Staatsrathes zum Fenster hinauswerfen wolle. Er erzählte weiter, daß der Kammerherr Benavente auch dem Könige das Gerücht dieser Sache wie eine Tagesneuigkeit mitgetheilt. „Und nun frage ich Sie, fiel ihm Harrach ein, wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, kaiserliche Truppen in Spanien einzubringen, oder auch nur die Spanier selbst für eine Bewaffnung willfährig zu machen? Die Königin begeht viele Irrthümer. Die Ernennungen des Prinzen zum Statthalter in Catalonien, so wie zum Commandanten des Leibregimentes, tragen eine Hauptschuld an dem jetzigen Zustande der Dinge. Die erste Bedingung für das Gelingen der Hauptsache ist die Entfernung des Prinzen Georg und der Ersatz durch einen Spanier." Pater Gabriel erkannte das an; aber es sei schwer, sagte er, denn der König wolle nicht einmal den Namen des Prinzen hören, so sehr hasse er ihn ¹⁾).

Wir haben vernommen, daß Ludwig XIV. durch Harcourt den vermeintlichen Plan des Prinzen Georg verwenden läßt, um die Spanier aufzureizen, sie aufzufordern, daß sie auf seine Entfernung dringen. Wir haben dagegen gesehen, daß Harrach, auf die Kunde des wirklichen Planes des Prinzen, das Verbleiben desselben im Amte als nachtheilig für die Sache des Kaisers ansieht und deshalb die Abberufung wünscht. Demnach könnte es auf den ersten Blick scheinen, als erstrebten Ludwig XIV. und der kaiserliche Botschafter, ein Jeder von seinem Standpunkte aus, dasselbe Ziel, nämlich die Entfernung des Prinzen Georg. Allein, genauer betrachtet, liegt die Sache dennoch anders. Ludwig XIV. will allerdings, daß die Spanier die Abberufung des Prinzen Georg verlangen sollen. Allein in der ersten und hauptsächlichsten Instruction für Harcourt gibt er seine Ansicht über den Prinzen Georg mit den Worten: „Es gereicht dem Dienste des Königs zum Vortheile, wenn der Prinz Georg auch ferner vom katholischen Könige mit Wohlthaten überschüttet wird. Denn dies steigert den Haß der Spanier gegen die

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 268.

Deutschen. Da andererseits die Ansichten über die Befähigung des Prinzen nicht vortheilhaft lauten: so wird der Kaiser von ihm geringen Nutzen ziehen" ¹⁾).

Demnach ergibt sich sogar die Uebereinstimmung zwischen Ludwig XIV. und dem kaiserlichen Botschafter, und zwar bei Jedem nach seiner Art. Der Prinz Georg verblieb in seiner Stellung als Statthalter von Catalonien, und demgemäß war auch darin der Vortheil für Ludwig XIV.

Die Berichte Harrachs aus Madrid machten es unmöglich, daß sich der Kaiser über den Zustand der Dinge in Spanien einer Täuschung hingeben konnte. „Ich gestehe, schreibt der Kaiser am 31. Mai an Kinsky, daß die Sache der Succession in Spanien zur Zeit sehr zweifelhaft steht und vielen Gefahren unterliegt. Zwar hängt ja alles von der göttlichen Fügung ab, und auf sie zuerst haben wir zu vertrauen. Dennoch dürfen auch wir nichts hintanlassen, was die Sache fördern oder Hindernisse beseitigen kann.“ Harrach erhielt also den erneuten Befehl, auf die Vorschläge vom 25. März eine Resolution zu verlangen.

Sobald der König Carl II. von Toledo nach Madrid zurückkehrte, erbat sich Harrach eine Audienz, am 16. Juni. Er mahnte an das kaiserliche Schreiben vom 25. März, an die Erbietungen desselben. Er hob hervor, daß England und Holland zur Allianz bereit seien, aber Auskunft über die Angelegenheit der Succession verlangten, weil dieses der hauptsächliche Punct.

Uns Späteren liegt vor, daß Wilhelm III. und Heinsius damals längst in die Verhandlungen mit Frankreich über den Theilungsplan eingetreten waren. Harrach konnte dies im Juni 1698 nicht wissen, und redete daher in gutem Glauben.

Er fuhr fort: der Kaiser habe auf dies Begehren nicht antworten dürfen, weil der König von Spanien immer das Geheimnis eingeschärft. Aber die Frage trete heran, in welcher Form der König von Spanien demjenigen von England seinen Entschluß kund thun wolle, ob direct, ob durch ein Schreiben an den Kaiser. Der Botschafter bat um eine baldige Resolution. Er begab sich zu der Königin und ersuchte auch sie in diesem Sinne zu wirken. Sie erwiederte: es

¹⁾ Hippeau t. I, p. LIX.

sei das alles zwar gut, was Harrach vorbringe; aber auf eine Bewaffnung Spaniens sei nicht zu hoffen ¹⁾).

Harrach spricht nicht ausdrücklich einen Zweifel an der Königin Maria Anna aus, und doch ist aus der Haltung seiner Berichte unverkennbar, daß Bedenken bei ihm aufstiegen.

Bereits am nächsten Tage vernahm Harcourt das Gerücht: die Königin habe vom Kaiser einen Brief voll Vorwürfe über ihr Verhalten empfangen. Darüber sehr aufgebracht, habe sie geäußert, daß sie sich in nichts mehr einmischen wolle ²⁾. Harcourt benutzte den günstigen Moment. Er ließ im Namen des Königs von Frankreich der Königin Maria Anna einige Geschenke anbieten. Sie wurden nicht zurückgewiesen ³⁾. Es ist bemerkenswerth, daß Harcourt seine Meldung darüber nicht, wie alle anderen Berichte, an den König von Frankreich richtet, sondern an den Minister Torcy.

Am Abende des 25. Juni, nachdem der König sich zu seiner gewohnten Andachtsübung zurückgezogen, vernahm der dienstthuende Kammerherr, Herzog von Uzeda, seinen Hülfseruf. Er fing den ohnmächtig hinsinkenden König auf. Carl II. kam wieder zu sich; aber es folgte ein zweiter, dann ein dritter Anfall. Bei dem letzten lag er drei Viertelstunden bewußtlos. Es hieß in Madrid, daß man täglich auf das Ende gefaßt sein dürfe ⁴⁾.

Die Meinung war übertrieben; dennoch war bei Allen der erste Schreck groß. Harrach eilte zu der Gräfin Berlepsch. Er mahnte sie, daß die Königin bedacht sein möge für die Feststellung der Succession. Dies erfordere nicht weniger ihr eigenes Interesse, als dasjenige des Kaisers. Die Gräfin Berlepsch erwiederte: die Königin thäte es gern; aber sie vermöge nichts mehr. Im Fortgange der Unterredung wich die Berlepsch weiter zurück. Sie ihrerseits erhob Vorwürfe gegen Harrach. Er lehnte sie ab. Er faßte seine Mahnung noch einmal zusammen. Er nannte mehrere Mitglieder des Staatsrathes, die verlangten, daß die Königin sie zu eigenen und des Kaisers Diensten verwende. Aber die Königin befehle nichts, lasse alles gehen, werde daher

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 263. Vom 16. Juni.

²⁾ Hippeau t. I, p. 116.

³⁾ A. a. O. p. 119. Vom 22. Juni.

⁴⁾ Stanhope's letters to his son, 29th June.

in die Gefahr gerathen, daß man sie ins Kloster stecke. Die Gräfin Berlepsch beharrte dabei: die Königin vermöge nichts. Harrach erwiederte: eben dies sei das Schlimmste; denn daran werde sie selber untergehen. „Ich beklage, schloß er, das Geschick, daß dadurch diese Monarchie aus dem Hause Oesterreich kommt. Ich werde es dem Kaiser melden, damit er sich danach richte, und für seine eigene Erhaltung Sorge, weil man ihm hier nicht helfen will“ ¹⁾.

Zwei Tage später erhielten die Grafen Harrach, Vater und Sohn, eine Mittheilung, welche geeignet erschien, das Räthsel des Verhaltens der Königin Maria Anna zu lösen. Dem Sohne Harrach ward durch den Schweden Oxenstjerna, einem Bruder des früheren Gesandten Gabriel, die Kunde, daß Ludwig XIV. für den Fall des Todes von Carl II. der Königin Maria Anna eine Heirath mit dem Dauphin in Aussicht stellen lasse ²⁾. Wir erinnern uns, daß bereits früher einmal dies Gerücht aufgetaucht war, daß Kaunitz es aus dem Haag nach Wien gemeldet. (Bd. VII, S. 345). Die Nachricht erschien den beiden Grafen Harrach, in Betracht der Quelle, aus der sie ihnen zukam, und vieler Umstände, nicht unglaublich. Sie erinnerten sich der öfteren Aeußerung der Königin, daß sie auf sich selbst gedenken und für ihr eigenes Heil sorgen müsse. Sie glaubten sogar die Mittelsperson zu entdecken in der Gräfin Colonna. Sie war diejenige Nichte des Cardinals Mazarin, welcher einst die jugendliche Neigung Ludwigs XIV. zugewendet gewesen war. Sie hatte den Connetable Colonna geheirathet, dann nach einem zerfahrenen Leben, getrennt von dem Gemahl, ihren Wohnsitz in Madrid aufgeschlagen. Wie alle Franzosen im Auslande, diente auch sie der Politik Ludwigs XIV. Bei der Königin Maria Anna ging sie täglich ein und aus, gleichwie die Gräfin Berlepsch. Und war denn der letzteren Persönlichkeit, bei allen ihren glatten Reden, für den kaiserlichen Botschafter zu trauen? Sie hatte zur Zeit des Krieges Geschenke angenommen mindestens von zwei Seiten, von kaiserlicher und von bayerischer. Nun, nach dem Friedensschlusse, war eine französische Botschaft nach Madrid gekommen. Das Gold derselben war im Glanze gleich demjenigen der anderen, am

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 264. Vom 26. Juni.

²⁾ A. a. O. S. 265.

Gewichte vielleicht noch schwerer. Aber wir haben aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. an Harcourt vernommen, daß es nicht für nichts gegeben werden durfte.

In der Correspondenz des Botschafters Harcourt mit Ludwig XIV. wird im Jahre 1698 ein solcher Vorschlag einer Heirath für die Königin Maria Anna mit dem Dauphin nicht erwähnt. Dies beweist noch nicht, daß nicht auf einem anderen, nicht officiellen Wege das Wort an Maria Anna gelangt sein kann. Jedenfalls war dem Botschafter Harcourt die Möglichkeit des Gedankens damals nicht unbekannt. Als einige Wochen später die Königin in der Richtung nach Frankreich hin weitere Fortschritte machte, hielt der Pater Blandiniere dem Botschafter Harcourt die Frage entgegen, ob das ehrlich gemeint sein könne. Harcourt erwiederte: die Königin könne dabei Verschiedenes im Auge haben, ein Asyl, eine Heirath oder andere Vortheile ¹⁾. Auch noch bei anderen Staatsmännern jener Tage wird der Gedanke uns entgegentreten. Der Holländer Odys brachte aus Paris die Mittheilung zurück, daß dort an hohen Orten die Rede von dem Plane einer solchen Heirath ginge ²⁾. Nun ist es aber geradezu undenkbar, weil wider die weibliche Natur, daß Maria Anna selber zuerst das Wort einer Heirath ausgesprochen haben sollte. Der Ursprung des Gerüchtes muß daher von französischer Seite stammen ³⁾.

Es ist hier die Rede von dem Stande der Dinge im Jahre 1698, nicht darüber hinaus. Die Frage der Aussicht auf diese Heirath wird im Jahre 1699 abermals vor uns treten.

Harrach begab sich zu dem Pater Gabriel, dem Beichtvater der Königin. Dieser war der Ansicht, daß es mit dem Könige bald zu Ende gehe. Er versicherte dagegen, daß die Königin bei ihm nachdrücklich für die Sache des Kaisers eintrete. Allein sein Bericht selbst rief aufs neue die Zweifel Harrachs wach. Im Schmerze und Verdruße über die Täuschungen, über den Mangel an Aufrichtigkeit, der von allen Seiten her ihm entgegen trat, rief er dem Pater Gabriel entgegen: „Ich bin der unglücklichste Minister, den es geben kann.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 160.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 4. November.

³⁾ Capefigue t. IV, p. 150, n. 2 sagt, daß die Marquise Harcourt damals der Königin diese Heirath vorspiegelte.

Auf mir lastet die wichtigste Mission, die jemals das Kaiserhaus gehabt, ja von welcher die Erhaltung desselben abhängt. Und dabei macht alles was ich hier wahrnehme, mich so irre und erfüllt mich so sehr mit Argwohn, daß ich fast nicht mehr weiß, was ich glauben, was ich hoffen oder fürchten soll" ¹⁾).

Dabei jedoch unterließ Harrach nicht, seine Warnung an die Königin dem Beichtvater auszusprechen. „Die Königin, sagte er, gedenkt auf ihre eigene Erhaltung. Sie kann dieselbe finden nur mit dem Kaiser. Geht sie mit Kurbayern, so wird der Kurfürst nicht geneigt sein, sie hier regieren zu lassen, sondern wird selber die Zügel in die Hand nehmen, so lange es dauert. Denn er wird sich nicht behaupten können. Will dagegen die Königin auf Frankreich bauen, so lehrt die Erfahrung, daß der König kein Versprechen hält. Er hat den Verrath gern, nicht die Verräther. Diese verachtet und haßt er" ²⁾).

Die Worte Harrachs machten Eindruck. Noch einmal wieder warf die Königin ihr ganzes Gewicht bei Carl II. in die Wage für den Kaiser. Harrach hatte das kaiserliche Schreiben vom 25. März nicht an den ihm bestellten Commissär gebracht, den Cardinal Portocarrero, sondern an den König selbst. Der Grund war das Geheimniß, in welches Carl II. seine dem Kaiser günstigen Erklärungen vom 25. Juni 1697 und 6. Februar 1698 einzuhüllen bemüht war. Die Königin bewog den König, in diesem Falle den Grafen Dropeja und den Admiral von Castilien als Commissäre zu ernennen. Auf ihre Frage, ob Harrach noch andere Mitwisser wünsche, erwiderte er: „Ich würde lieber sehen, wenn der gesammte Staatsrath darüber sich ausspräche. Denn ich bin der Ansicht, daß weder in Betreff des Rechtes, noch der Zweckmäßigkeit, Jemand für den Kurprinzen von Bayern votiren wird. Ich halte auch Niemanden für so keck, sich offen für Frankreich zu erklären. Je mehr Persönlichkeiten also herangezogen werden, desto lieber ist es mir; denn die Theilnahme an den Beschlüssen verpflichtet sie auch zu der Ausführung beizutragen". Die

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 267. Vom 30. Juni.

²⁾ A. a. O. S. 266. Zuerst an Adam Sölber gerichtet, dann bei dem Pater Gabriel wiederholt.

Königin war der Ansicht, daß man sich auf fünf von den acht Mitgliedern des Staatsrathes verlassen dürfe. Dann aber kam das Hauptbedenken. „Der König, sagte sie, ist immer von der Furcht erfüllt, daß Frankreich eine Kunde erhalte und ihn dann sogleich mit Krieg überziehe.“ — Harrach erwiderte: „Wenn der König in dieser Furcht beharrt, so ist das eben so viel wie die Monarchie an Frankreich zu überliefern. Die Seemächte, deren Interesse es ist, dies nicht zu gestatten, haben nur den Wunsch, daß der König ihnen seinen Willen kund gebe, die Monarchie im Hause Oesterreich zu erhalten. Dann werden sie die entsprechenden Mittel ergreifen und namentlich die kaiserlichen Truppen herüberführen.“ — Die Königin entgegnete: ihr Gemahl sei unzufrieden mit dem Könige Wilhelm, weil er Barcelona nicht entsetzt und die Briefe Karls II. nicht beantwortet habe. Wenn er ein Testament zu Gunsten des Erzherzogs mache, so werde er dennoch Bedenken tragen, die Kunde dem Könige Wilhelm anzuvertrauen. Harrach bekämpfte dies Mißtrauen. Gerade der König von England, sagte er, sei der verschwiegenste Mann in Europa. Eben er aber bedürfe einer solchen Kunde, um seine Entschlüsse zu fassen. — Die Königin machte noch ein anderes Bedenken geltend. Der Cardinal Portocarrero, sagte sie, halte dem Könige vor, daß der Kurprinz von Bayern der rechtmäßige Erbe sei, und mahne ihn an das der Königin-Mutter gegebene Versprechen ¹⁾.

Wir sehen demnach, daß in Betreff des positiven Rechtes in der Seele des Königs Carl zwei Richtungen mit einander in beständigem Kampfe lagen: diejenige zu Gunsten des Kaiserhauses, mit welchem die gemeinsame Abstammung und Tradition der Vorfahren ihn verband, und diejenige zu Gunsten seines Großneffen, des Kurprinzen Joseph Ferdinand, der dem Blute nach ihm näher stand. Nach der Anschauung auf kaiserlicher Seite existirte kein Recht des Kurprinzen, weil seine Mutter Maria Antonia, die Trägerin des Rechtes, vor der Heirath mit Vorwissen und Zustimmung des künftigen Gemahles verzichtet hatte. Für die kaiserliche Anschauung stand dieser Verzicht gleich mit demjenigen der Infantin Marie Theresie, der Mutter des Dauphins. Allein auch Oropesa hielt dem Botschafter Harrach entgegen, daß der

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 270. Vom 6. Juli.

bayerische Verzicht, weil nicht, wie früher der französische, in Spanien formell bestätigt, von Vielen dort nicht als gültig anerkannt werde. Er mahnte daher dringend, daß der Kaiser sich mit dem Kurfürsten in der Güte vergleiche.

Bei diesem Anlasse machte Harrach eine Bemerkung geltend, von schwerem Gewichte für die Sache des Kaisers. „Verzichte der Töchter, versetzte er, pflegen immer im väterlichen Hause geleiſtet zu werden. Der Kaiser hat nicht bloß den Consens des Königs von Spanien zu jener Heirath, sondern auch die Zustimmung zu dem Verzicht in Händen, nur daß der König damals hinzugefügt: es sei nicht an der Zeit öffentlich davon zu handeln. Findet man aber nun diese Solennität erforderlich: so hängt es ja nur von dem Könige ab, sein damals gegebenes Versprechen zu erfüllen und eben so auch die Stände seiner Reiche zur Bestätigung aufzufordern“ ¹⁾. Es ist damit der Beweis erbracht, daß der Kaiser, auch ungeachtet der Nicht-Bestätigung des Verzichtes von Maria Antonia in Spanien, dennoch berechtigt war, seinem Neffen Carl II. so gegenüber zu treten, als sei die Bestätigung wirklich geschehen. Aber wie stand es dann mit dem Könige von Spanien?

Wir erinnern uns, daß der König Wilhelm III. auf die Meldung von Auersperg, der König von Spanien habe in günstigen Ausdrücken an den Kaiser geschrieben, sich zu Heinsius äußerte: ähnlich rede seinerseits für sich der Kurfürst von Bayern, und daher dürfe man sich verlassen weder auf das Eine noch das Andere. Dennoch war das Eine wahr wie das Andere. Daß der König Carl II. sich dem Kaiser im allgemeinen günstig ausgesprochen, liegt uns Späteren vor Augen in jenen wiederholten Handschreiben vom 25. Juni 1697 und 6. Februar 1698. Aehnlich aber hatte auch Carl II. gegenüber dem Kurfürsten Max Emanuel sich kund gegeben. Wir erinnern uns, daß dieser auf die Nachricht der Erkrankung des Königs, im März 1698, seinen Sohn nach Brüssel kommen ließ, daß dann dieser Schritt in Wien Erstaunen und Befremden hervorrief. Carl II. dagegen sprach dem Kurfürsten durch ein Handschreiben seine volle Zustimmung aus ²⁾.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 274.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 7./17. Juni. Der bayerische Gesandte Simeoni legte ihm die darüber von Brüssel erhaltenen Briefe vor.

Man wird Carl II. wegen dieses Doppel-Verhaltens nicht rechtfertigen wollen. Andererseits aber dürfte man ihn auch nicht einer eigentlichen Falschheit anklagen. Er hatte doch nun einmal den Verzicht seiner Nichte Maria Antonia nicht formell bestätigt, und hatte im Zusammensein mit seiner Mutter Maria Anna sich an den Gedanken gewöhnt, daß dieser Verzicht, weil von spanischer Seite nicht bestätigt, für ihn nicht bestehe. Nach dem Tode der Königin-Mutter vertrat der Cardinal Portocarrero diesen Standpunct, und mahnte den König an das der sterbenden Mutter gegebene Versprechen. Für Carl II. lag daher die Rechtsfrage nicht unzweifelhaft klar. Indem in der Seele des kranken, schwachen Mannes die beiden Richtungen auf- und abwogten, ist es erklärlich, daß, je nach einem kräftigen Zuspruche von außen, bald die eine, bald die andere die Oberhand erhielt.

Unzweifelhaft dagegen regte sich in ihm nicht irgend eine Neigung für seinen Schwager in Frankreich oder dessen Descendenz. Ludwig XIV. ließ durch Tallard, wie wir vernommen, dem Könige Wilhelm sagen, daß er die Sache der Succession durch seinen Botschafter Harcourt bei Carl II. nicht einmal anrühren lasse. Nach der positiven Seite hin war dies richtig. Allein diese Zurückhaltung war weniger ein Verdienst als eine Maßregel der Klugheit. Denn, daß bei Carl II. persönlich, so lange er eine Kraft des Widerstandes besaß, auf eine Kundgebung zu Gunsten eines französischen Prinzen nicht zu rechnen war, bezweifelte sicherlich auch Ludwig XIV. nicht. Er mochte vielmehr des Versuches eingedenk sein, den er einst bei dem Vater Philipp IV. gemacht, um eine urkundliche Erklärung für die Nullität des Verzichtes von Marie Theresie zu erlangen. (Bd. I, S. 70 u. f.) Wie sein damaliges Bemühen eine erneute spanische Erklärung der Gültigkeit des Verzichtes von Marie Theresie hervorgerufen hatte: so konnte auch im Jahre 1698 eine Forderung solcher Art an Carl II. den Nachtheil mit sich führen, daß der König von Spanien in einer abschlagenden Antwort abermals hinwies auf diese Rechtsgültigkeit. Eine solche Erklärung aber würde die Fiction der Ungültigkeit unheilbar zerrissen, jeden Vorwand eines französischen Anspruches auf das spanische Erbe hinweggenommen haben.

Dagegen entsprach die Behauptung Ludwigs XIV., daß er bei Carl II. die Angelegenheit der Succession nicht anrühren lasse, nur

halb der Wahrheit. Nur die positive Seite der Sache rührte er nicht an, desto stärker die negative.

Wir haben aus der Instruction für Harcourt vernommen, daß seine wesentliche Aufgabe darin bestand, zu hindern, daß der König von Spanien eine Verfügung über die Succession treffe, und zwar zu hindern durch den Hinweis auf die französische Waffenmacht an der Grenze.

Sowohl die Thatsache des Antrages von Harrach, als auch die Einzelheiten desselben blieben dem französischen Botschafter nicht unbekannt. Er hielt daher die Zeit für gekommen zu handeln gemäß seiner Instruction. Er reichte, am 11. Juli, dem Secretär Ubilla eine Denkschrift ein, des Inhalts, daß der König von Frankreich erfüllt sei von dem aufrichtigen Wunsche, den Frieden mit Spanien unverletzt zu bewahren. „Der König von Frankreich hofft, hieß es darin weiter, daß auch E. katholische Majestät ihrerseits zu dieser guten Einigung beitragen werde, nämlich durch die Erhaltung der Dinge in dem gegenwärtigen Stande. Denn jede Neuerung, worin immer sie bestehen möge, könnte den König von Frankreich nur sehr unangenehm berühren“ ¹⁾. Die Haltung der Schrift war nicht unmittelbar drohend. Harcourt half mündlich bei Ubilla nach. Auch nur die Ueberweisung der Statthaltertschaft von Mailand an den Erzherzog, jagte er, sei anzusehen wie ein offener Friedensbruch.

Denken wir uns hinein in die Seele des unglücklichen Königs Carl II. Damals schwirten bereits seit Wochen durch Europa die Gerüchte, daß fremde Mächte sich zusammengethan, um bei seinen Lebzeiten, ohne ihn, über sein Erbe zu verfügen nach ihrem Willen. Und nun ließ gar der eine dieser Könige, pochend auf seine Waffenmacht, ihm, dem allein oder doch zunächst Berechtigten, aber Wehrlosen, auch nur den Willen im eigenen Hause und über das eigene Recht eine Verfügung zu treffen, vorhalten als die Absicht den Frieden zu brechen, und bedrohte dafür ihn mit Krieg!

Harcourt selber machte sich kein Hehl über das Wagnis dieses Schrittes ²⁾. Wenn Carl II. der Drohung nicht wich, so war der

¹⁾ Hippeau t. I, p. 125. Vom 11. Juli.

²⁾ Man vergleiche den Schluß seines Berichtes, vom 23. Juli, an Ludwig XIV., bei Hippeau t. I, p. 137.

Krieg da, und mit demselben die Gefahr einer neuen Allianz wider Frankreich.

Es fragt sich also um das Verhalten Carls II. Er wies nicht die französische Denkschrift vom 11. Juli zurück als einen Uebergriff in sein Recht. Er ließ sie am 17. Juli in allgemeinen Redensarten beantworten. Es scheint weder ihm selber, noch auch sogar dem Grafen Harrach ¹⁾ gleich damals klar geworden zu sein, daß damit das Princip verlassen war.

Denn allerdings den Willen des Nachgebens hatte Carl II. nicht. Der Beichtvater der Königin brachte dem kaiserlichen Botschafter die Meldung, daß der König den Grafen Drovesa mit dem Entwurfe eines Testamentes zu Gunsten des Erzherzogs beauftragt. Der König selber ließ dem Grafen Harrach die französische Denkschrift, so wie seine Antwort mittheilen. Er legte die Frage der Bewaffnung dem Staatsrathe vor. Noch einmal wallte, wenigstens in Worten, das spanische Selbstgefühl auf. Die Mehrheit der Mitglieder stimmte für die Bewaffnung, nur zwei verneinten: der Graf Monterey und der Cardinal Portocarrero ²⁾. Sie hielten entgegen, daß Frankreich dadurch gereizt werde. Man möge sich vorsehen in Betreff der Mittel, und nicht etwas beginnen, was man nicht durchführen könne.

Auf die Mittheilung dieser Einzelheiten durch die Königin erwiederte der Graf Harrach: die Sache setze ihn in Verwunderung, weil ihm bekannt, daß der Papst dem Cardinale Portocarrero es anders geheißsen. Einige Tage später wiederholte Harrach diese Worte, mit dem Beifügen: er habe aus dem Munde des Nuntius, daß der Papst durch ihn dem Cardinale Portocarrero anbefohlen, Sorge

¹⁾ Man vergleiche die Anführung der Thatfache in Harrachs Tagebuch S. 276, vom 17. Juli.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 277, vom 21. Juli. Es ist zu vermuthen, daß der Bericht Harcourts bei Hippeau t. I, p. 128 über dieselbe Sitzung spricht, nur freilich in ganz anderer Weise. Harcourt hatte den Bericht von Dini. Die Ungenauigkeit ergibt sich schon aus der einen Thatfache bei Harcourt selbst, am Schlusse, daß, als Dini dem Grafen Monterey gegenüber den Beschluß des Staatsrathes lobt, Monterey ihn erstaunt fragt, was er damit meine. — Mansera, auf dessen Rede der Bericht Harcourts nach Dini das Hauptgewicht legt, war durchaus nicht französisch gesinnt. Man vergleiche Harrachs Tagebuch S. 286, vom 1. September, wo Mansera den kaiserlichen Botschafter vor den französischen Anknüpfungen der Königin warnt.

zu tragen, daß die spanische Monarchie in wehrhaften Stand gesetzt werde ¹⁾.

Das Wort ist gewichtig gegenüber der nach dem Tode des Papstes Innocenz XII. aufgetommenen französischen Meinung, daß er für die Sache Ludwigs XIV. Partei genommen, dem Könige Carl II. in diesem Sinne gerathen habe. Die Frage, ob dies geschehen sei, wird um zwei Jahre später, im Jahre 1700, an uns herantreten. — Das Motiv, weshalb der Cardinal Portocarrero der Mahnung des Papstes Innocenz XII. im Jahre 1698 nicht Folge leistete, wird sich uns sofort klarer ergeben.

Wir haben vernommen, daß er und Monterey im Staatsrath gegen den Beschluß der Bewaffnung stimmten. Beide traten zur selben Zeit, Jeder für sich, in Verbindung mit dem Botschafter Harcourt. Die wichtigere Persönlichkeit ist jedenfalls der Cardinal. Die Mittelspersonen, deren Harcourt sich bediente, waren die Madame Daguirre und ein Pater, Namens Martin. Sie leiteten eine Zusammenkunft ein ²⁾. Harcourt wies darin hin auf den Zustand des Königs von Spanien, welcher schnelle Maßregeln erfordere. Er hob die Stellung des Cardinals hervor, als die erste in der Monarchie. Darum liege ihm die Pflicht ob, sich klar auszusprechen. Der Cardinal erwiderte, daß er nach reiflicher Prüfung alles dessen, was der Dienst Gottes und seines Vaterlandes, so wie die Gerechtigkeit von ihm fordere, den Entschluß gefaßt habe, die französische Partei zu ergreifen. Harcourt machte geltend, daß nur in der Verbindung mit Frankreich für Spanien der ersehnte Friede bestehe. Portocarrero stimmte zu.

Wir haben in der Instruction Ludwigs XIV. für Harcourt ersehen, daß er die staatsmännische Befähigung Portocarreros nicht überschätzte. Der Beweis der Richtigkeit dieses Urtheiles liegt vor Augen. Denn weniger eine staatsmännische Einsicht tritt aus diesen Worten des Cardinals, wie Harcourt sie berichtet, uns entgegen, als die spanische Volksmeinung, das Gemisch der eigenen Wünsche und der französischen, zu diesem Zwecke in Spanien ausgestreuten Reden. Jede Besprechung des Cardinals mit einem der Sachlage in Europa

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 278. Rom 22. Juli.

²⁾ Hippeau t. I, p. 129, 134.

kundigen Kaiserlichen, Engländer, Holländer, würde in ihm den Zweifel hervorgerufen haben, ob er, der so sehr den Frieden erhalten wollte, nicht doch vielleicht mehr als irgend ein anderer Spanier arbeitete für den Krieg.

Der Cardinal versicherte dem Botschafter seine wahren Ansichten ausgesprochen zu haben. Er werde darin beharren bis an seinen Tod. Auf Harcourts weitere Frage, ob der Cardinal eine Partei hinter sich habe, erwiderte er, daß er sich verlassen dürfe sowohl auf die Mehrheit der Spanier, wie auf die besseren Elemente unter ihnen. Dies werde ganz klar hervortreten beim Todesfalle. Mit Ausnahme von fünf oder sechs Querköpfen, den Werkzeugen einer Königin, die Gott den Spaniern wie eine Zuchtruthe zugesendet, werde alles zu ihm stehen ¹⁾).

Erst durch dieses Entgegenkommen des Cardinals erlangte die Thätigkeit des französischen Botchafters einen reellen Erfolg. Balbaces war mit Erklärungen dieser Art schon vorangegangen; aber der Cardinal war eine ungleich wichtigere Persönlichkeit.

Ludwig XIV. hatte namentlich den letzten Krankheitsanfall Karls II. vom 25. Juni mit besonderer Spannung vernommen. Er war täglich gefaßt auf die Todesnachricht. Es beunruhigte ihn dabei die Besorgnis, daß bei dem Könige Carl II. am Ende dennoch, mit dem Zuthun der Königin, die Anhänglichkeit für das Stammhaus die Abneigung gegen die Deutschen überwinden, und daß dann die Spanier den letzten Willen ihres Königs respectiren würden. Er schärfte daher dem Botschafter Harcourt für diesen Fall aufs neue die Instruction vom 16. März ein, nämlich den Appell an die Generalstände von Spanien. Er steigerte die Anzahl seiner Bataillone, die zum Einrücken bereit standen. Er hatte von der Seite Roussillons 30 Bataillone und 50 Schwadronen, von derjenigen Navarras 30 Bataillone und 30 Schwadronen, eine etwas geringere Zahl im Dauphiné. Er verlangte die Ansicht von Harcourt über die geeignete Stelle zum Einmarsche in Spanien ²⁾. So am 17. Juli und wieder am 5. August. Er beauftragte Harcourt, in seinem Namen dem Cardinal das bestimmte Versprechen zu geben, daß er Spanien nicht zur Provinz

¹⁾ Hippeau t. I, p. 134 et suiv. Vom 20. Juli.

²⁾ Hippeau t. I, p. 133 und 149.

machen, es nicht durch Vicekönige regieren lassen wolle. Sobald die Spanier ihm die sichere Aussicht gäben, daß einer seiner Enkel dort als der rechtmäßige Erbe der Krone empfangen würde, stelle er die Wahl frei zwischen den Herzögen von Anjou oder von Berry. Er warnte vor der Ernennung solcher Statthalter in den Kronländern, die eigene Wege gehen könnten. Er wies darauf hin, daß der Kurfürst von Bayern, gestützt auf die Seemächte, trachten würde, sich in dem Besitze von Belgien zu behaupten, auch wider den Willen der Generalstände von Spanien.

Dann erst, nachdem Ludwig XIV. diese Aufträge gegeben, welche abermals den Willen kund thun, das gesammte spanische Erbe für einen seiner Enkel zu nehmen, erhielt er die Kunde der Eröffnungen des Cardinals Portocarrero vom 19. Juli, so wie der geringeren von Monterey und Balbases. Sie bestärkten ihn in seinem Entschlusse. Es ist hier von besonderer Wichtigkeit, seine eigenen Worte zu vernehmen.

„Obwohl die Ansichten dieser Spanier über das, was beim Tode des Königs für sie zu fürchten sei, von einander abweichen: so stimmen sie doch Alle darin überein, daß Spanien aus sich selber nichts vermag, daß es sich zur Durchführung der günstigen Disposition der Völker lediglich auf meine Hülfe an Truppen und Geld verlassen kann. Ich darf also nicht darauf rechnen, die Rechte meines Enkels geltend zu machen ohne einen neuen Krieg.“

„Demnach habe ich meine Truppen gegen die Grenze hin in dem Stande zu erhalten wie sie sind, um sie zur geeigneten Zeit in Marsch zu setzen. Ihre Aufgabe dort dagegen ist, die Führer der spanischen Nation in derjenigen Gesinnung zu kräftigen, welche sie zur Zeit kund geben. Ich war allerdings nicht darauf gefaßt, daß sie so weit sich eröffnen würden, und die Aussicht die Krone Spaniens einem meiner Enkel zu sichern, ist daher stärker, als ich annehmen durfte. Aber ich sehe doch noch nicht, daß diese Spanier dieselbe günstige Ansicht haben über die Bewahrung aller Theile der Monarchie in ihrer Gesammtheit. Darauf hin ist alle Aufmerksamkeit zu richten, und in dieser Richtung sind die geeigneten Maßregeln zu treffen“ ¹⁾.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 152. Vom 5. August.

Der Standpunct Ludwigs XIV. ist hier mit seinen eigenen Worten klar und bestimmt gezeichnet. Er will die ganze spanische Monarchie, nichts ausgenommen, auch Belgien nicht. Er verlangt nicht, daß die spanischen Granden von Carl II. ein Testament in diesem Sinne erwirken. Ein Verlangen dieser Art konnte, so lange Carl II. widerstandsfähig war, dem Könige Ludwig XIV. nicht in den Sinn kommen. Dagegen sieht er voraus, daß er, wie im Jahre 1698 die Dinge liegen, das spanische Erbe nicht nehmen kann ohne Krieg. Er ist dazu entschlossen.

Von diesem Standpuncte aus sind alle seine anderen Schritte zu bemessen. Die Verhandlungen mit Wilhelm III. und Heinsius über eine Theilung, seine Versuche dieser Art bei dem Kaiser, sein Anhören der Wünsche des Kurfürsten von Bayern — alles dies hat keinen anderen Zweck als die anderen Mächte irrezuführen, sie hinzuhalten, zu hindern, daß sie, indem sie seine wahre Absicht erkennen, wider dieselbe sich vereinigen. Wie Ludwig XIV. einst den Verzicht der Infantin Marie Theresie beschworen, mit dem Entschlusse diesen Eid nicht zu halten: so ist er in die Unterhandlung über den Theilungsvertrag eingetreten, mit dem Willen sich, was immer das Ergebnis sein mochte, an dieses Ergebnis nicht zu binden.

Allein bevor wir diese Unterhandlung weiter verfolgen, haben wir uns wieder zurück zu wenden nach Madrid, um dort den Fortgang der Dinge zu erkennen.

Wir haben wahrgenommen, wie die Schritte von beiden Seiten einander bedingen. Das Dringen des kaiserlichen Botschafters auf eine Resolution bewegt den französischen, Harcourt, zu protestiren gegen jede Resolution des Königs von Spanien, welche die Sachlage ändern würde. Carl II., persönlich geneigt für den Wunsch des Grafen Harrach, sucht dennoch einen Mittelweg. Er weist nicht jene Denkschrift Harcourts zurück als einen Eingriff in sein Recht. Er weicht aus mit allgemeinen Redensarten. Er sucht dann doch die Sache zu retten durch ein Botum des Staatsrathes, nicht über den Kern der Sache, die Frage der Succession, sondern über die Hülle derselben, die Frage der Wehrhaftmachung Spaniens. Allerdings fällt dies Botum in Worten aus nach seinem Wunsche; aber es hat die unmittelbare Folge, daß die zwei verneinenden Mitglieder des Staatsrathes ins französische Lager übergehen, daß sie,

ohne Vorwissen des eigenen Königs, und demnach wider Eid und Pflicht, über Spanien verhandeln mit einem fremden Könige.

Harrach in Madrid durchschaute weder den Grafen Monterey, noch den Cardinal Portocarrero. Den ersteren hielt er geradezu für aufrichtig. Jedenfalls war Monterey es insoferne, daß er dem kaiserlichen Botschafter gar keine Hoffnung machte. Etwas anders der Cardinal. Mehrere Tage nach jener Unterredung, in welcher dieser sich dem Harcourt verpflichtet, trat Harrach zu ihm. Portocarrero klagte über den traurigen Zustand des Gehe-*ren*-*Assens*. Der geheime Rath ermangele nicht dem Könige die dringende Noth, die Wichtigkeit eines Entschlusses vorzustellen. Aber dieser Entschluß erfolge nicht, und noch weniger eine That. Die Monarchie gehe zu Grunde und werde elendiglich sich auflösen¹⁾. Die Wahrheit dieser Worte an sich war vereinbar mit seinem Thun, nur nicht in ihrer Adresse an den Botschafter des Kaisers.

Harrach äußerte keinen Verdacht gegen eine bestimmte Person. Und dennoch wuchs in ihm das Mißtrauen. „Ich fürchte sehr, sagte er einige Tage später zu dem Pater Gabriel, daß hier heimliche Verhandlungen mit Frankreich gepflogen werden.“ Pater Gabriel protestirte. Der König, sagte er, beweise gute Zuneigung für den Kaiser, und werde ein Testament machen zu Gunsten des Erzherzogs²⁾.

Der König Carl II. hegte diese Gesinnung. Denn was immer damals auch von französischen Anhängern in Madrid über die Aeußerungen Carls II. ausgestreut und von Anderen³⁾ geglaubt werden mochte: wir haben uns zu halten nur an die eigenen Worte, die entweder Harrach aus dem Munde des Königs aufzeichnet, oder die der König selber nieder schrieb. Carl II. ließ den Botschafter berufen, am 29. Juli⁴⁾. „Es drückt mich schwer, begann er, daß die gegenwärtigen Umstände mir nicht gestatten, frei zu handeln gemäß meinem Wunsche, so wie demjenigen des Kaisers und dem Interesse unseres Erzhauses.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 278. Vom 22. Juli.

²⁾ Harrachs Tagebuch vom 27. Juli.

³⁾ Z. B. der Bericht Stanhopes vom 9. Juli ist, wie innerlich unwahrscheinlich, so auch unvereinbar mit den Aufzeichnungen Harrachs. Eine unwürdige Behandlung solcher Art würde dieser nicht mit Schweigen übergangen haben.

⁴⁾ Harrachs Tagebuch S. 279. Vom 29. Juli.

Die so verworrene Lage der Dinge nöthigt mich Entschlüsse zu fassen, welche verhüten, daß nicht alles zusammenstürze. Denn ich sehe klar, daß wenn ich mich zu Grunde richte, ich auch meinen Oheim mit ins Verderben reiße, und umgekehrt, daß das Verderben meines Oheims auch das meinige nach sich zieht. So sehr sind unsere Interessen und unsere Erhaltung mit einander verbunden und verschlungen, und Gott weiß, daß ich alles Mögliche zu thun wünsche, um die Succession hier in unserem Hause zu erhalten. Dessen dürfen Sie meinen Oheim versichern." Bei diesen Worten übergab der König dem Botschafter ein geschlossenes Schriftstück. Harrach eilte heim es zu lesen. Es enthielt zuerst die Entschuldigung der verspäteten Antwort durch die Krankheit, dann die Anerkennung der Sorgfalt des Kaisers für das gemeinschaftliche Haus. Der König habe gewünscht sich wider die französischen Plane in völlige Sicherheit zu setzen, und zu erfahren, was zu diesem Zwecke der Kaiser beitragen könne, sowohl zur Zeit als nach geschlossenem Türkenfrieden. Nachdem man nun die französischen Anstalten kennen gelernt, wolle man sich beiderseits auf das äußerste anstrengen. In Betreff des Wunsches, daß der Erzherzog Carl als Statthalter nach Mailand gehe, könne der König dem Kaiser nicht willfahren, weil es wegen des Widerstrebens von Frankreich nicht so sehr nützen als schaden würde. Aehnlich habe ja auch, wie der Kaiser sich erinnern werde, Frankreich früher sich der Ueberweisung von Belgien an den Kurfürsten von Bayern widersetzt. Weiter sagte das Schreiben: „Da der hauptsächliche Grundsatz, welchen wir gegen die umfassenden Plane Frankreichs zu befolgen haben, besteht in der Eintracht und dem guten Einverständnisse aller österreichischen Linien: so habe ich mit großer Freude vernommen, was mir der Graf Harrach in Betreff des Strebens Ew. K. Majestät dafür mitgetheilt hat" ¹⁾. Der König schließt: er hoffe zu Gott, daß der Kaiser auf dem Congresse, welchen er mit den Verbündeten halten wolle, einen heilsamen und festen Plan des Handelns beschließe. Zu diesem Zwecke wolle der König auch seinen Botschafter bevollmächtigen.

¹⁾ Y siendo la mas fundamental (maxima) que devemas tomar contra los vastos designios de la Francia, la armonia y buena union de todas las lineas Austriacas, hé entendido con mucho gusto lo que el conde de Harrach ha participado dello que V. M^d procura ella misma. Y asi espero en Dios etc.

Wir sehen, der gute Wille des Königs Carl II. für das Kaiserhaus ist da; aber über den guten Willen wächst dominirend hinaus die Furcht vor Frankreich und drückt ihn kraftlos zu Boden.

Harrach begab sich zu der Königin. Er wies hin auf die Dunkelheit des königlichen Schreibens. Es schweige über die Hauptsache, die Angelegenheit der Succession. Es sage nichts Bestimmtes über die Truppenendung, die eigene Wehrhaftmachung Spaniens.

Wir erinnern uns, daß nach der Ansicht des Kaisers in diesen letzten Punct sich alles sammelndrängte.

Die Königin erwiederte, daß für eine Bewaffnung Spaniens die Mittel fehlten. In Betreff der Succession werde der König dem Kaiser in einem eigenen Handschreiben die Zusicherung ertheilen. Auch wolle er ein Testament machen. Nur dürfe sie daran nicht mahnen, weil die Angelegenheit auch sie betreffe.

Harrach beklagte die Nicht-Überweisung von Mailand an den Erzherzog Carl. Die Königin hielt entgegen, daß dies nicht geschehen dürfe, damit Frankreich nicht gereizt werde ¹⁾.

Harrach sagt nicht ausdrücklich, und doch fühlt man seinen Aufzeichnungen an, daß sein Verdacht gegen die Königin stieg. Dieser Verdacht sank nicht dadurch, daß dann die Gräfin Berlepsch sich in heftigen Worten gegen das Gerücht erging, daß die Königin eine kostbare Perlenschnur von Seiten des Dauphins angenommen. Die Gräfin Berlepsch gab sich gegenüber dem jüngeren Grafen Harrach den Schein, als sei der französische Botschafter ihr unbekannt. Der Zufall brachte es mit sich, daß Harrach noch in derselben Stunde sich mit eigenen Ohren vom Gegentheile überzeugte ²⁾.

Es ist ein häßliches Spiel, welches diese beiden Persönlichkeiten treiben, die Königin Maria Anna und die Gräfin Berlepsch. Die Wichtigkeit der Sache erfordert, daß wir mit einigen Strichen darauf eingehen.

In der zweiten Hälfte Juli traf die Frau des Botschafters Harcourt in Madrid ein. Von der ersten Audienz an kam die Königin Maria Anna ihr mit Geschenken entgegen ³⁾. Die Zuneigung schien

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 280.

²⁾ H. a. D. S. 283.

³⁾ Hippeau t. I, p. 144.

bei jeder Zusammenkunft sich zu steigern. Zugleich vernahm man, daß Maria Anna sich ohne Rückhalt über den Kaiser beschwere, so wie über seine Botschafter, die Grafen Harrach, auf deren Betrieb sie von dem Kaiserpaare scharfe Vorwürfe empfangen. Sie that weitere Schritte. Der Gesandte ihres Bruders, des Kurfürsten von der Pfalz, trat zu dem Botschafter Harcourt. Er erzählte, daß sein Auftrag sei der Königin zu sagen: sie habe schon allzu viel sich für die Sache des Kaisers bemüht, habe dadurch den tödtlichen Haß der Spanier sich zugezogen, sei dagegen den Deutschen verdächtig geworden: die Zeit sei gekommen sich für den Todesfall des Königs sicher zu stellen. Der Gesandte fügte weiter hinzu, wie die Königin selbst ihre Lage ansehe. Der Kaiser habe für jenen Fall ihr noch keine Zuflucht angeboten: sie sei von daher gefaßt auf Undantbarkeit. Sie sinne daher auf andere Mittel. Harcourt hörte die Reden an. Er erwiderte mit glatten Worten. Eine positive Antwort gab er nicht ¹⁾.

Die Königin beharrte unterdessen bei ihren Liebkojungen für die Harcourt. Die Spanier redeten davon. Man vernahm unter ihnen das Wort: „Die Deutschen haben dem Kaiser unsere Monarchie nicht geben können: es scheint, daß sie uns jetzt an Frankreich verkaufen wollen“ ²⁾. Harcourt schränkte die Besuche seiner Frau im königlichen Palaste ein bis auf einen in der Woche. Es fanden sich dann dort zusammen die Königin Maria Anna und die Gräfin Verlepsch, die Connetable Colonna und die Marquise Harcourt. Die Königin gab diesen Persönlichkeiten bei jedem Anlasse zu erkennen, daß sie um das kaiserliche Interesse sich nicht mehr kümmern. Gerade das und nicht mehr war es, was man von französischer Seite gewollt. Der Botschafter Harcourt that ihr keinen Schritt weiter entgegen. „Es ist besser, meldet er an Ludwig XIV., sie herankommen zu lassen, und unsererseits sie nur in der Gefinnung zu erhalten, welche sie aus sich selber hegt, nämlich sich der deutschen Interessen nicht mehr anzunehmen“ ³⁾. Ludwig XIV. billigte diese Haltung seines Botschafteres. „Selbst wenn die Königin geneigt ist, sagt er, Vorschläge von unserer

¹⁾ Hippeau t. I, p. 154. Vom 5. August.

²⁾ A. a. D. p. 161.

³⁾ A. a. D. p. 165. Vom 15. August.

Seite anzunehmen: so wüßte ich bei dem gegenwärtigen Stande der Sache ihr keine zu machen" ¹⁾).

Im Gegentheile äußerte sogar der Vater Blandiniere in Madrid, der mit einem maßlosen Eifer dennoch eine der Regel nach genaue Kunde verbindet: „Es ist besser, daß die Königin nicht mit uns thut. Denn zwei oder drei der einsichtigsten Köpfe am spanischen Hofe sind der Ueberzeugung, daß, wenn nur die Königin sich bei unseren Angelegenheiten nicht betheiligt, man Hoffnung hegen darf, den König dahin zu bringen, daß er über die Succession eine Erklärung abgibt zu Gunsten des Herzogs von Anjou" ²⁾).

So am 14. August 1698. Es ist seit der Botschaft Harcourts das erste Mal, daß dieser Gedanke ausgesprochen wird, und zwar, wie die Worte des Blandiniere ergeben, nicht zuerst von französischer Seite, sondern von spanischer. Auch selbst über die Personen kann man kaum zweifelhaft sein. Unter den sehr wenigen, die sich offen dem Botschafter Harcourt ausgesprochen, stand voran der Cardinal Portocarrero. Zugleich trug vielleicht kein anderer Spanier der Königin Maria Anna eine schärfere Abneigung entgegen als der Cardinal. Er wußte oder glaubte zu wissen, daß die Königin ihren Gemahl fußfällig um seine Entfernung gebeten. Er bethenerte dem Botschafter Harcourt so sicher zu wissen wie er lebe, daß die Königin sich im Besitze einer Declaration ihres Gemahles zu Gunsten des Erzherzogs Carl befinde. Denn obwohl die Furcht vor Frankreich den König von jedem offenen Schritte zurückhalte, so doch nicht von einer Willenserklärung im Geheimen ³⁾. — Was immer die Königin bezwecken mochte, der Cardinal konnte nicht mit ihr zusammen gehen, nicht gemeinsam mit ihr jenen Gedanken verwirklichen wollen. Er harrete seiner Zeit. Aber auch Maria Anna harrete der ihrigen, und wir werden erschen, daß sie noch nicht machtlos war.

Das Verhalten aber dieser Königin im Juli und ferner erklärt sich, nicht aus ihrem Unmuth über die doch nur allzu wohl begründeten Vorwürfe des Kaiserpaares, noch aus ihrer Unzufriedenheit mit dem Botschafter Harrach, sondern aus ihrer Erkenntnis, daß, ungeachtet

¹⁾ Hippeau t. I, p. 184. Rom 8. September.

²⁾ A. a. D. p. 160.

³⁾ A. a. D. p. 186. Harcourts Bericht vom 10. September.

der Neigung des Gemahles für die Sache des Kaiserhauses, diese doch, wie damals die Dinge standen, als verloren erschien. Dies war in Spanien der allgemeine Eindruck, den die Antwort des Königs an den Kaiser machte. Zwar den Wortlaut desselben kannten ja nur sehr wenige Personen, kannte namentlich nicht der französische Botschafter. Sie wußten nicht, daß der unglückliche König seinem Oheim die warme Anhänglichkeit für die gemeinsame Sache des Hauses bezeugte. Sie wußten nur, daß er durch die That oder vielmehr durch die Thatlosigkeit diese Sache preis gab. Darum brachte Harcourt, im Auftrage Ludwigs XIV., für jene Antwort auf seine Denkschrift, durch deren allgemeine Ausdrücke Carl II. der französischen Bedrohung auszuweichen vermeint hatte, seine volle Anerkennung dar. Im Auftrage des Königs von Frankreich versichert er den König von Spanien der festen, innigen, dauerhaften, unerschütterlichen Freundschaft, und bittet Se. Katholische Majestät, lediglich an seine Gesundheit zu denken, für die der König von Frankreich, wenn es in seiner Macht stünde, eben so gern beitragen möchte, als für jede andere Angelegenheit, die ihm am Herzen liege ¹⁾.

Es scheint nicht, daß diese Worte absichtlich einen Hohn in sich schließen, den Carl II. als solchen auffassen sollte. Thatsächlich jedoch fand ein ähnliches Verhalten von Seiten des französischen Botschafters Harcourt statt, wie einst von seinem Vorgänger, dem Erzbischof von Embrun, gegenüber dem damaligen Infanten. Wie zu jener Zeit Embrun (Bd. I, S. 67), so erspähete nun Harcourt jeglichen Wechsel in dem Zustande des königlichen Patienten und erstattete genauen Bericht, bis in die Einzelheiten hinab, harrend von einem Tage zum anderen, wann die Stunde schlage ²⁾.

Denn allgemein herrschte die Ansicht, daß es nun bald vorbei sein werde. Zu Ende Juli wollte man wissen, daß es höchstens bis zur Mitte oder Ende September dauern könne. So sagten die Aerzte, hieß es, so auch die Astrologen ³⁾. Auch Persönlichkeiten, die genauere

¹⁾ Hippeau t. I, p. 168. Vom 22. August.

²⁾ Man vergleiche Hippeau t. I, p. 154, vom 5. August; und p. 166, vom 18. August.

³⁾ Hippeau t I, p. 145.

Runde haben konnten, wie z. B. die Gräfin Berlepsch, nannten denselben Termin, und wußten umständliche Thatsachen dafür anzugeben¹⁾. Wenn aber dieser Fall eintrat, so schien damals kein Zweifel, daß Frankreich nur zuzugreifen habe. Harcourt ersuchte den König Ludwig XIV., nach dem Eintreffen seines Couriers mit der Todesnachricht sogleich und auf das schleunigste einen der Prinzen an die Grenze zu entsenden, in der festen Erwartung, daß Jedermann in Spanien die Berufung verlangen werde. So am 1. September²⁾.

So war oder so erschien damals die Stimmung in Spanien. Freilich hielten selbst die heißspornigsten unter den Franzosen in Madrid, wie der Vater Blandiniere, sich selber die Frage entgegen, ob dieser völlige Umschwung in der Stimmung der Spanier im Vergleiche mit den früheren Zeiten einen Bestand verbürge. „Im Grunde, meint er, ist diese ganze spanische Freundschaft für uns doch nur ein Rückschlag ihres Hasses gegen die Deutschen. Wäre nicht dieser Haß so allgemein, so völlig, so würden wir auch an ihrer Liebe keinen Antheil haben. Darum möchte ich doch für gewis annehmen, daß tief verborgen in der Brust noch immer ein Nest der Abneigung wider Frankreich glüht“³⁾.

Man dürfte entgegnen, daß in solchen Reden doch auch die Abneigung der Spanier, insofern sie eine Folge des Verhaltens der Königin war, allzu hoch angeschlagen wird. Denn was immer an Willkür der Königin zur Last zu legen war: es ging doch über die Kreise des Hofes nicht hinaus. Die Granden mochten durch die Königin vielfach verletzt und beleidigt sein — die zahlreichen Uebel, welche die Gesamtheit der Spanier drückten, hatte die Königin Maria Anna nicht verschuldet. Eine stärkere Einwirkung auf die Gesamtheit mochte derjenige Factor üben, der namentlich das Haupt, den König Carl II. selber lähmte, die Furcht vor einem Kriege mit Frankreich, vor dem Einmarsche der an der Grenze bereit stehenden Heermacht. Aber diese Gefahr schien vermieden werden zu können durch ein freiwilliges Entgegenkommen. An diesem Punkte wandelte sich der negative Factor in einen positiven, die Furcht in die Hoffnung. Es

¹⁾ Harrach's Tagebuch S. 281. Vom 1. August.

²⁾ Hippeau t. I, p. 181.

³⁾ A. a. O. p. 161 und 180.

war die Hoffnung auf die Befriedigung der National-Eitelkeit durch einen französischen Prinzen. Die nationale Eitelkeit forderte die Erhaltung der Monarchie in ihrem ganzen Bestande. Die Schlassheit, die Trägheit der Spanier, rückte ihnen, wenn sie auf die eigene Thatkraft angewiesen waren, dies Ziel in weite Ferne. Dagegen erschien es ihnen erreichbar nahe vor Augen zu stehen mit der Hülfe Frankreichs.

Und dazu mochte, wenigstens in Betreff der Kundgebungen in Madrid zu Gunsten Frankreichs, für damals, im Jahre 1698, noch eine andere Erregung kommen, wie sie je zuweilen in Hauptstädten zu Tage tritt, anscheinend bedeutungsvoll, und doch innerlich hohl und flüchtig. Die Königin zuerst hatte das Beispiel gegeben, die Marquise Harcourt zu feiern. Die vornehmen Spanierinnen thaten das Gleiche, nicht um des Beispiels willen, sondern um zu überbieten. Und wiederum folgten dann die Männer nach. Der König Carl II. bezeichnete das ganze Gebahren mit den Worten: *Las mugeres son tontas, los hombres son tontos* ¹⁾ (die Weiber sind Narrinnen, die Männer sind Narren).

Ernsthafter erschien eine andere Demonstration. Am Abende des Tages des heiligen Ludwig sammelte sich ein bewaffneter Haufe vor dem Hause des Grafen Dropeja, und sang Spottlieder auf ihn, auf die Königin, den Admiral von Castilien, den Pater Gabriel und die Gräfin Berlepsi. Der Haufe begab sich vor den Palast unter die Fenster der Königin. Als sie, durch die Musik gelockt, am Fenster erschien, schallten ihr rohe Schimpfworte entgegen. Dann jedoch weichen die Berichte ab. Nach der Meldung, die der Graf Harrach empfing, hatte der Haufe der Königin zugerufen, daß sie mit ihrem Anhange die Monarchie an Frankreich verkaufe; nach dem französischen Berichte hatte man gesungen: „Ruhm und Ehre für Ludwig XIV., die ewige Ruhe für Carl II.“ ²⁾. — Weder der eine, noch der andere Bericht beruht auf eigener Wahrnehmung. Aber der Vorgang an sich selber machte solchen Eindruck, daß Dropeja um seine Entlassung bat. Carl II. gewährte sie nicht.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 169. Vom 23. August.

²⁾ Harrachs Tagebuch S. 285, und der Bericht von Mlandiniere bei Hippeau t. I, p. 175.

Wichtiger für die Festigung der Sympathie in den Gemüthern der Spanier mit Frankreich war damals ein mit umsichtiger Berechnung angelegter Plan.

Im Sommer 1698 ward die längst ersehnte Silberflotte von Amerika her erwartet. Der Werth der Schätze, welche sie trug, ward angegeben auf vierzig Millionen spanischer Thaler. Im Anfange September verbreitete sich vielfach das Gerücht, daß der Flotte eine besondere Gefahr drohe. Die Seeräuber von Algier seien Willens, beim Cape St. Vincent ihr aufzulauern. Die Flotte dagegen sei abgesegelt von der Havannah im tiefen Frieden, darum mit geringer Bedeckung, ohne Ahnung von der Absicht eines solchen Ueberfalles. Die Meldungen dieser Art liefen von Cadix her in Madrid ein. Wir erinnern uns, daß einige Monate zuvor Carl II. das Erbieten Ludwigs XIV. für Centa und Ovan abgelehnt. In diesem Falle jedoch erschien die Gefahr allzu dringend. Carl II., selber machtlos zu Wasser wie zu Lande, ließ den Botschafter Harcourt ersuchen, den französischen Schiffen in der Nähe zu befehlen, sich nach dem Cape St. Vincent zu begeben, um zur Hülfe bereit zu sein. Harcourt war sehr willig. Er zweifelte nicht, erwiederte er, an der nachträglichen Genehmigung seines Königs. In der Hoffnung darauf werde er sofort seine Couriere entsenden¹⁾.

Obwohl dies mit dem möglichsten Geräusche geschah, so handelte doch dabei Harcourt in gutem Glauben. Erst nachher erhielt er die Aufklärung. Der Admiral d'Estrees, indem er die erhaltenen Aufträge mit dem Aufwande aller Ostentation ausführte, meldete dem Botschafter zugleich, daß er selber jenes Gerücht über die Absicht der Mauren in die Welt gesetzt, um dadurch den König von Spanien zu dem Schritte der Bitte um Hülfe zu drängen. „Ich glaube nicht, sagt der minder ehrliche als schlaue Seemann, daß den Algierern jemals ein solcher Gedanke gekommen ist; aber das geht uns weiter nicht an. Unsere Aufgabe ist es die Furcht auszunutzen, die sich in Folge dessen des gesammten Handelsstandes bemächtigt hat, um unseren Dienst für Spanien in ein glänzendes Licht zu stellen und demgemäß Anspruch zu erheben auf die Dankbarkeit aller bei der Erhaltung dieser Flotte betheiligten Nationen“²⁾.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 196.

²⁾ A. a. O. p. 216 und 231.

Wie d'Estrees vorausgesagt, so geschah es. Die Silberflotte lief in den Hafen von Cadix ein, ohne einen Seeräuber von Algier erblickt zu haben. Aber es war allbekannt, daß französische Kriegsschiffe sich sammelten beim Cape St. Vincent. Die Franzosen und viele Spanier mit ihnen sagten, daß ohne diesen Schutz der Angriff der Afrikaner ganz sicher erfolgt wäre, und nannten dies die Großmuth des Königs von Frankreich. Er dagegen befahl dem Harcourt bei Carl II. geltend zu machen, daß diese Leistung seiner Flotte in einer so ungünstigen Jahreszeit — nämlich im Monate September — sogar sein früheres Angebot für Ceuta und Oran weitaus übertreffe ¹⁾. Es ist nicht anzunehmen, daß der Admiral d'Estrees den König Ludwig XIV. in Zweifel gelassen habe über ein Spiel, welches er dem Botschafter offen einbekannte. Aber die Instruction Ludwigs XIV. für den letzteren ist ernsthaft gemeint, und demgemäß pries auch Harcourt am Hofe von Madrid die Großmuth seines Königs.

Die Sache hatte für Ludwig XIV. noch einen anderen besondern Nutzen. Die Bundesgenossenschaft mit den Türken während des großen Krieges hatte dem Könige von Frankreich in Spanien einen bösen Namen gemacht. Der Pater Blandiniere in Madrid hatte längst geseufzt nach irgend einer, auch der geringsten That, die den Anhaltspunct bieten könnte, um die Behauptung zu widerlegen, daß Frankreich den Türken nie etwas zu Leide thue. „Ich habe den Zeitungsschreiber von Madrid an der Hand, fügt Blandiniere hinzu, und lasse ihn sagen was ich will“ ²⁾. Der längst gewünschte Anhaltspunct war nun gefunden.

Die Kundgebungen der französischen Sympathien in der Bevölkerung von Madrid erreichten ihren Höhepunct am 15. September, bei dem öffentlichen Aufzuge des Botschafters Harcourt.

Harcourt, obwohl damals bereits ein halbes Jahr in Madrid, hatte den nach dem Gebrauche der Zeit öffentlichen Aufzug bis dahin hinausgeschoben, und zwar, wie es scheint, wegen der schweren Kosten. Es dürfte nicht richtig sein zu sagen, daß Ludwig XIV. seine Botschafter persönlich mit überreichen Mitteln ausstattete. Die Correspondenz

¹⁾ Hippeau t. I, p. 227. Schreiben des Königs vom 20. September.

²⁾ A. a. O. p. 142.

Harcourts ergibt, daß er Vieles aus Eigenem zu leisten hatte ¹⁾. Namentlich aber ein solcher Aufzug erforderte ungemeine Ausgaben, in diesem Falle um so mehr, da es darauf abgesehen war, an Glanz und Pracht alle anderen Gesandtschaften zu verdunkeln und dadurch auf das Volk von Madrid zu wirken. Der Aufzug fand statt am 15. September. Das Gedränge der Menschen und Wagen in der Hauptstraße war derartig, daß der Zug durch Nebenstraßen geführt werden mußte. Harcourt meldet, daß in Folge der dadurch verspäteten Ankunft der König Carl II. sein Mittagsmahl um drei Viertelstunden habe aufschieben müssen, zum ersten Male in seinem Leben. Das in der großen Straße sich drängende Volk dagegen habe tausend Verwünschungen ausgesprochen wider diejenigen, welche den Zug in die Nebenstraßen geleitet, und die Schuld auf die Deutschen geschoben, welche mit Absicht Verwirrung erregt ²⁾. — Die Anklage verdient Erwähnung als das Zeichen einer Stimmung, welche jede Thorheit für glaubwürdig hält, wenn nur daraus ein Vorwurf gegen die Widersacher erwächst.

Die französischen Berichte legen einen starken Nachdruck auf die Wirkung dieses Einzuges zu Gunsten von Frankreich. Die Aufzeichnungen des kaiserlichen Botshafers, des älteren Grafen Harrach, würdigen die Sache nicht der Erwähnung.

Er bereitete sich zu seiner Abreise. Vorher jedoch war es ihm wesentlich darum zu thun, Bestimmteres über die spanische Wehrhaftmachung zu erfahren. Er drängte in den König, in Drojesa. Dieser erwiderte: der geheime Rath habe für Catalonien 20,000 Mann Infanterie und 5000 Mann Cavallerie vorgeschlagen. Aber es fehlten die Mittel. Von dem Schatz der Silberflotte habe der König nur 400,000 Thaler für sich beansprucht; aber darüber sei ein Rumor entstanden, als ginge nun aller Handel zu Grunde. Harrach erwiderte: „Vieher als nur ein Procent würde ich den ganzen Betrag von vierzig Millionen nehmen, den die Gallionen mitgebracht. Denn damit wäre der gesammten spanischen Monarchie geholfen. Auch gehört das Geld zum geringsten Theile spanischen Unterthanen, fast

¹⁾ J. B. Hippeau t. I, p. 123. Harcourt zählt fünf vergoldete Kutschen auf.

²⁾ H. a. D. p. 214.

ganz dem Auslande“. Dropeja lachte. Man werde die Mittel finden, meinte er, wenn man nur recht wolle ¹⁾).

Harrach trat zu den einzelnen Mitgliedern des Staatsrathes. Mansera sprach über kostbare Geschenke von Frankreich aus an die Königin und die Berlepsch. In diesem Falle, erwiederte Harrach, werde es sich weniger handeln um Habgier als um andere Dinge. Man rede von der Versicherung einer künftigen Heirath. Mansera verjekte: auch er habe das vernommen. Wenn es wahr, so sei alles verloren. Ihm erscheine es aus allen Umständen glaublich. Denn, was immer der geheime Rath für die Erhaltung der Monarchie vorgeschlagen, das sei verworfen. Das Gute werde verhindert, alles Ueble beschlossen. „Gibt es denn kein Heilmittel?“ fragte Harrach. Die Antwort Manseras lautete: „Es gibt keines“ ²⁾).

Die Unterredung ist nicht unwichtig, weil sie zeigt, wie selbst diejenigen Persönlichkeiten, die mitten in den Dingen standen, diese nicht durchschauten. Ob immer der Königin die Aussicht auf eine Heirath mit dem Dauphin gemacht ist, und ob sie daran geglaubt hat: die Berichte Harcourts an den König bis dahin lassen davon nichts erkennen. Die Frage wird später wieder herantreten. Jedenfalls stand die Königin nicht in einer Verbindung mit Frankreich, sondern suchte erst sie anzuknüpfen. Und zwar in Gemeinschaft mit dem Admiral von Castilien. Dieser aber war bis dahin bayerisch. In so weit also die Anklage Manseras begründet war, daß der Staatsrath auch bei gutem Willen für das kaiserliche Interesse nichts durchzusetzen vermöge, bleibt diese Anklage für damals haften an dem Admiral von Castilien.

Dann trat Harrach zu Monterey. Wir wissen, daß dieser damals französisch war. Jedenfalls aber suchte er den Botschafter nicht mit vergeblichen Hoffnungen zu täuschen. „Der Kaiser hat die Zeit versäumt, sagte Monterey. Vor drei Jahren hätte er den Erzherzog hereinbringen und die Monarchie erlangen können.“

Monterey scheint demnach das Verhältnis nicht gekannt zu haben, daß bei Lebzeiten der Königin-Mutter Maria Anna die Anregung der Successionsfrage bei Carl II. dem Kaiser wie abgeschnitten war.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 283.

²⁾ A. a. O. S. 286.

„Jetzt, fuhr Montereux fort, ist es unmöglich. Wir haben die französische Macht an unseren Grenzen, zu Lande und zu Wasser. Sie würde die Ueberkunft des Erzherzogs nicht zulassen.“ — „Aber der König, fiel Harrach ein, hat dem Kaiser versprochen Truppen zu werben, zu rüsten.“ Montereux lachte. „Man redet es dem Könige vor, sagte er; aber es wird nie zur That werden. Das sind Spiegel-sechtereien, zum Blendwerke für den Kaiser und den König. Ich wiederhole, daß alles hier verloren ist, daß diese Monarchie eine französische Provinz wird, eben so wie Neapel und Sicilien.“ — Harrach entgegnete: „Immerhin mag der Anfang für Frankreich sein. Dann aber werden Andere kommen, und ein Jeder wird nehmen, was ihm wohl ansteht“. — „Das ist eine Hoffnung, schloß Montereux, gut für unsere Urenkel, nur nicht für uns“ ¹⁾).

Harrach begab sich zu dem Grafen Aguilar, in welchem er den nach seiner Ansicht bestgesinnten Spanier gefunden. Aguilar rieth, daß der Kaiser schleunigst seinen Frieden mit den Türken schließe, wohl bewaffnet bleibe, die Angelegenheit der Succession, weil man derselben in Madrid ausweiche, in Wien mit den Seemächten feststelle, und dann seinen Plan wenigen getreuen Spaniern anvertraue. Aguilar fragte, auf wen in Madrid der Botschafter Vertrauen setze. „Auf keinen mehr als auf Sie selbst,“ erwiderte Harrach. Die Rede kam auf die Königin, deren erster Hofbeamter Aguilar war. „Ich kann nie wissen, sagte er, wie sie will, daß ich ihren Dienst einrichte. Sie läßt sich betrügen und wird sich als betrogen erfinden; denn man wird ihr nicht halten was man ihr verspricht“ ²⁾). Die Worte enthalten ohne Zweifel eine Hindeutung auf das Gerücht des Planes einer Heirath mit dem Dauphin.

Es gab jedoch auch ohne Aguilar in Madrid eine Anzahl kaiserlich Gesinnter, welche durch entschiedenes Auftreten dem Wirrsale der Dinge abzuhelpen suchten. Das Haupt derselben war Veganez, der frühere Statthalter von Mailand, im August von dort zurückgekehrt. Er erkannte den Kern alles Uebels in dem Admiral von Castilien. Aber er und seine Partei glaubten des Rückhaltes an dem Kaiser zu

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 286.

²⁾ A. a. O. S. 288.

bedürfen. In ihrem Namen bat Veganez den Grafen Harrach sich bei dem Könige wider den Admiral und die Königin zu erklären. In diesem Falle werde auch der Cardinal Portocarrero ihnen zutreten. Harrach erwiederte, daß er kein Bedenken tragen würde, wenn er die Ueberzeugung fassen könne, damit dem Kaiser zu dienen. Aber zuvor müsse er wissen, ob eine Aussicht sei den König von der Königin zu trennen, und den ersteren geneigt zu haben. Veganez drängte wiederholt. Harrach verlangte eine Denkschrift über den Plan für den Kaiser. Es war im September. Bis von Wien aus die Resolution auf die Vorschläge einer solchen Schrift einkommen konnte, hatten doch nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit die Dinge in Madrid längst sich geändert ¹⁾.

Graf Harrach der Aeltere schickte sich zur Abreise an. Sein letzter Bericht aus Madrid an den Kaiser enthielt die Worte: „Spanien schläft und wird ferner schlafen bis zum Tode des Königs. Dann werden die Franzosen, ohne einen Widerstand zu finden, in Castilien und in Madrid einziehen wie in ihr eigenes Haus“ ²⁾.

Während Ludwig XIV. durch Harcourt über diesen Zustand der Dinge in Madrid in genauer Kunde erhalten wurde, unterhandelte er fort und fort mit Wilhelm III. über den Theilungsplan. Wir haben diese Unterhandlung verlassen an dem Puncte, wo Ludwig XIV. seine Anforderungen steigert, im Beginne des Monates Juli, wo dagegen Tallard ihn warnt vor dem Zurückkommen auf diejenige Seite der Alternative, welche Spanien für einen der Söhne des Dauphins in Anspruch nehmen würde. Es ist nicht unwichtig, abermals daran zu erinnern, daß Tallard unterhandelt im guten Glauben, mit der Absicht einen gültigen Vertrag zu Stande zu bringen.

Nachdem Ludwig XIV. dem Gedanken hatte entsagen müssen, den König Wilhelm in ein ähnliches Verhältniß zu ihm zu locken, wie vorher die beiden Stuart-Könige, wird seine Haltung eine etwas andere.

¹⁾ Harrachs Tagebuch S. 286 und 289.

²⁾ Wagner t. II, p. 501. Ich wiederhole, daß in den Berichten Harrachs im I. I. Archive viele Lücken. Aber ich zweifle nicht, daß Wagner hier einen solchen vor Augen gehabt, zumal da die Worte den Umständen ganz entsprechen.

Wir haben bereits gesehen, daß seine Forderungen in Betreff des spanischen Erbes steigen. Noch bevor er die abmah nende Antwort Tallards erhalten, tritt in einem neuen Schreiben an diesen, vom 24. Juni/4. Juli, seine Absicht klarer hervor. Nicht der Abschluß eines Vertrages ist sein eigentlicher Zweck, sondern die Verhandlung, das Hinziehen derselben. Drängen wir seine eigenen Worte zusammen.

„Die Nachrichten aus Madrid weisen mich an, für den Fall, daß der König von England auf meine letzten Vorschläge nicht eingeht, die Unterhandlung zu suspendiren. Die Kaiserlichen haben für den Erzherzog nichts erlangt, auch nicht die Statthalter schaft von Mailand. Der Haß der Spanier gegen die Deutschen ist stark. Der König will nichts hören von einer Feststellung der Succession. Der Wirrwarr ist groß. Der Kaiser hat keine sichere Partei. Das Volk ist ihm abgeneigt, ist für meinen Enkel. Einige der ersten Mitglieder des Staatsrathes haben sich offen meinem Botschafter erklärt: sie wollen nichts, was von den Deutschen kommt. Auch die Königin darf nicht wagen, mit Carl II. über den Erzherzog oder über eine Truppen sendung zu reden. Aus Arragon, Navarra, Andalusien, dem besten Theile auch der anderen Provinzen, hat man meinem Botschafter, für den Fall des Todes, die geneigte Gesinnung für mich kund gethan.“

„Bei diesem Stande der Dinge würde ein Eifer für den Abschluß eines Vertrages mit dem Könige von England meinem Interesse nachtheilig sein. Dies um so mehr, da ich erfahre, daß die Spanier nichts so sehr fürchten wie eine Theilung ihrer Monarchie. Jede Kunde eines solchen Planes, die an sie gelangte, würde hinreichen, alle Geneigtheit für mich ins Gegentheil zu verkehren.“

„Dennoch, wenn der König von England aufrichtig wünscht auf dem Fuße der von mir gestellten Alternative weiter zu unterhandeln, dürfen diese Erwägungen Sie nicht abhalten. Auch wenn er auf diese Vorschläge nicht eingeht, sondern seinerseits neue macht, entspricht es doch dem Interesse meines Dienstes, daß Sie nicht abbrechen, sondern weiter unterhandeln.“

„Aber das Geheimniß ist dringende Pflicht. Ich habe dem Grafen Portland gesagt, daß ich jegliches Gerücht über Theilungsvorschläge desavouiren werde. Thun Sie bei passender Gelegenheit eben daselbe dem Könige von England.“

„Dieser König hat bisher weder mit dem Kaiser, noch mit dem Kurfürsten von Bayern etwas abgeschlossen. So lange Ihre Unterhandlung mit ihm sich hinzieht, wird nach aller Wahrscheinlichkeit dies ihn hindern, sich auf andere Vorschläge einzulassen. Durch das Hinhalten erweisen Sie mir also einen erheblichen Dienst. Denn weder der Kaiser, noch der Kurfürst vermögen, ohne Hülfe von England, ihre Ansprüche geltend zu machen.“

„Sollte endlich, wie es sehr wahrscheinlich, die Gesundheit des Königs von Spanien sich herstellen: so vermag ich mit den Reichsfürsten Verbindungen anzuknüpfen, die den Kaiser außer Stand setzen, von dort her die Hülfe zu empfangen wie im vorigen Kriege“ ¹⁾.

Aus dem gesammten Inhalte dieses Schreibens erkannte Tallard die wahre Absicht. Es ist von besonderem Interesse zu sehen, wie er derselben gegenüber sich verhält.

Er tritt dieser Absicht nicht zunächst direct entgegen. Er gibt Mittel an, durch welche, bei dem bevorstehenden Ausbruche Wilhelms III. nach Holland, es ihm gelingen würde, die Verhandlung um einige Wochen länger zu halten. Nachdem er so formell dem Gebote Ludwigs XIV. willfahrt, erfolgt in der Sache selber, in Betreff der eigentlichen Absicht Ludwigs XIV., seine dringende Abmahnung. „Der König von England, sagt er, hat einen scharfen Blick und ein richtiges Urtheil, und wird, wenn wir die Dinge allzulange hincerren, bald inne werden, daß wir unser Spiel mit ihm treiben“ ²⁾.

Wir werden uns an diese Worte Tallards zu erinnern haben im November 1700.

Und von diesem Punkte aus erstreckt Tallard weiter seine eindringliche Warnung, und zeichnet im voraus dem Könige Ludwig XIV. in den Grundstrichen den künftigen Krieg um die spanische Succession. „Wenn die Verbindungen, sagt er, die der Marquis Harcourt in Spanien angeknüpft, ihn in den Stand setzen Ew. Majestät zu versichern, daß man einen der Söhne des Dauphins zur Krone berufen wird: so wage ich dagegen zu sagen, daß, wenn dies nicht im

¹⁾ Grimblot t. II, p. 52. Vom 4. Juli.

²⁾ He will soon perceive that we are trifling with him, if we protract matters too much. — So die Uebersetzung Grimblots p. 54. Es läme an auf das französische Originalwort für trifling with him.

Einverständnisse mit dem Könige von England geschieht, Ew. Majestät wieder verwickelt werden in einen Krieg gleich dem vorigen. Dieselbe Coalition würde wieder erstehen. Die Angelegenheiten Europas würden in einen ärgeren Wirrwarr gerathen als jemals zuvor." Dagegen hält Tallard die Vortheile des Vertrages, welcher Italien, mit Ausnahme nur von Mailand, für Frankreich erwerben würde. Auch aus Mailand werde der König den Erzherzog bald vertreiben können. Spanien sei auch unter einem Prinzen des königlichen Hauses nicht sicherer für Frankreich, als unter dem Kurprinzen. Jedenfalls seien die nächsten Vortheile des Vertrages für Frankreich. „Denn, sagt Tallard, Ew. Majestät demüthigen dadurch das Kaiserhaus, und steigern die eigene Macht durch den Erwerb Italiens. Immerhin belassen Sie Spanien und den Rest der Niederlande dem Kurprinzen; aber doch auch nur dies. Dazu ist er noch ein Kind und kann sterben. Sollte dies eintreten, so sind Sie, nach einigen Friedensjahren, im Stande, auch nach dieser Seite hin Ihren Interessen gemäß zu handeln. Dies um so mehr, da Ihre Macht dann verstärkt ist durch den Besitz Italiens."

So Tallard. Man sieht, daß auch bei ihm irgend ein Recht nicht in Betracht kommt.

Dagegen weist er die Meldung Ludwigs XIV. über die in Aussicht stehende Herstellung Carls II. zurück. „Immerhin, sagt er, befindet sich der König von Spanien zur Zeit etwas besser; aber gemäß den Nachrichten, die der König von England aus Madrid erhält, wird Carl II. den Winter nicht ausleben, und die englischen Aerzte, von den Spaniern consultirt, sind derselben Ansicht."

Wir haben bei diesen letzten Worten Gewicht darauf zu legen, daß Tallard bei der Abfassung derselben noch keine Kunde hatte von dem neuen Krankheitsanfälle Carls II. vom 25. Juni.

Die Mahnung in dieser Erwiderung Tallards liegt vor Augen. Er verstärkte sie durch einen abermaligen Hinweis auf Wilhelm III. „Bisher, sagt er, hat dieser König mit großer Aufrichtigkeit gehandelt, und ich wage zu behaupten, daß er, wenn ein Vertrag zu Stande kommt, gewissenhaft daran halten wird" ¹⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 56. Vom 28. Juni/8. Juli.

Noch bevor Ludwig XIV. dieses Schreiben von Tallard erhalten, gelangte an ihn die Nachricht von dem abermaligen Krankheitsanfälle Carls II. am 25. Juni, so wie neue Meldungen Harcourts über die günstige Disposition der Spanier. „Dazu, sagt er, sind meine Maßregeln so getroffen, daß meine Armee mitten im Königreiche stehen wird, bevor irgend welche andere Truppen herankommen können, um das Recht meines Sohnes zu bestreiten. Bei dieser Lage der Dinge wäre es daher für mich nicht rathsam, um geringer Vortheile willen auf die größeren zu verzichten, welche ich mit Recht zu erwarten habe von meiner Machtstellung und der Geneigtheit der Spanier“ ¹⁾).

So am 1./11. Juli, bevor der König die eindringliche Warnung Tallards vom 28. Juni/8. Juli erwogen. Wir sehen ihn demnach vor dieser Erwägung nahe daran die Verhandlung abubrechen, überhaupt bereit zu Schritten, die, wenn der Tod Carls II. eintrat, sofort den Krieg entzünden mußten.

Aus dem Verhalten Ludwigs XIV. gegenüber dem englischen Botschafter Portland ließen sich Gedanken dieser Art nicht entnehmen. Vielmehr ward Portland bis zu Ende seiner Botschaft mit derselben Zuverlässigkeit behandelt. Ludwig XIV. schenkte dem Botschafter sein Porträt in Diamanten. Der Bitte Portlands auf seiner Rückfahrt die Stadt Dünkirchen besuchen zu dürfen, entsprach der König durch das Hinzufügen von noch zehn anderen sehenswerthen Städten. Bei der Ankunft vor denselben ward dann der Botschafter begrüßt durch das Abfeuern der Geschütze. Vor seiner Wohnung zog eine Ehrenwache aus von hundertfünfzig Mann. Ingenieure standen bereit, ihm die Festungswerke zu zeigen ²⁾).

Im allgemeinen war es in jener Zeit am wenigsten die Weise der Franzosen, in den Angelegenheiten des Ceremoniells zuvorkommend zu sein. Tallard in London zerfiel darüber mit den Vertretern fast aller Mächte, vom Botschafter bis hinab zum Residenten. Es gelang ihm nicht immer seinen Anspruch durchzuführen. Beim Empfange des bayerischen Gesandten Simeoni ließ er, unter dem Baldachine, sich nieder auf einen Lehnstuhl, und wies dem Gesandten einen Sitz

¹⁾ Grimblot t. II, p. 57.

²⁾ A. a. O. p. 36. — Dangeau t. IV. — St. Simon t. I, p. 334.

ohne Verhütung an. Als Simeoni jedoch rasch einen Lehnstuhl gleich demjenigen Tallards erfaßte, erhob sich dieser und lud Simeoni ein, mit ihm im Zimmer auf- und abzuwandeln. Der brandenburgische Gesandte ließ darauf dem Tallard andeuten, daß er nicht eher erscheinen werde, als bis er eine Sicherheit habe gegen nicht gerechtfertigte Zumuthungen. Tallard erwiderte: er sei *homme d'épée* und nicht *homme de robe*, und thue daher in Sachen des Ceremoniells immer lieber zu viel als zu wenig. Diese Meinung entsprach nach dem Urtheile Anderer nicht der Wahrheit. „Denn kein *homme de robe*, meldet Auerberg, hat jemals sowohl dem Hofe hier als den fremden Gesandten gegenüber so viel *chicanirt* wie dieser *homme d'épée*.“ Tallard holte durch einen eigenen Courier Verhaltensbefehle für seine verschiedenen Differenzen ein¹⁾.

Um so mehr also mußten unter solchen Umständen die ungewöhnlichen Höflichkeiten, welche Ludwig XIV. dem Botschafter Portland erweisen ließ, vor der Welt erscheinen als die Manifestation einer ganz besonderen Freundschaft der beiden Könige von Frankreich und England.

Unterdessen gelangte an Ludwig XIV. die eindringliche Warnung Tallards vom 28. Juni/8. Juli. Wir haben den Inhalt seiner Antwort kennen zu lernen.

„Ich habe, sagt er am 5./15. Juli, die voraussichtlichen Nachtheile, welche aus einer Suspension der Verhandlungen mit dem Könige von England erwachsen, so wie diejenigen, welche ein Abschluß mit ihm nach sich ziehen würde, sorgfältig gegen einander abgewogen. Das Ergebnis zeigt das Uebergewicht auf Seiten der ersteren. Denn das Unterlassen des ferneren Verhandelns mit dem Könige von England ist indirect gleich einer Mahnung an ihn, sich in Betreff der spanischen Sache in Verkehr zu setzen mit dem Kaiser, mit dem Kurfürsten von Bayern und mit anderen Reichsfürsten. Es würde ihm nicht schwer werden diese zu sich herüber zu ziehen. Die betreffenden Verträge würden abgeschlossen werden während seines bevorstehenden Aufenthaltes in Holland. Hat sich aber einmal eine solche Allianz vor dem Tode des Königs von Spanien gebildet: so würde es bei der

¹⁾ Auerbergs Bericht vom 3. Juni.

Eröffnung der Succession unmöglich sein, die Rechte meines Sohnes anders geltend zu machen als durch einen neuen Krieg, eben so furchtbar wie den vorigen."

Dieser letzte Gedanke ist inhaltschwer. Die Bedeutung desselben wird klarer durch die Umbildung in den Gegensatz, nämlich: hat sich eine solche Allianz vor dem Tode des Königs von Spanien nicht gebildet: so würde es bei der Eröffnung der Succession möglich sein, die Rechte des Dauphins geltend zu machen ohne Krieg.

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. in denselben Tagen, indem er dem Botschafter Harcourt den Stand seiner Bataillone an der spanischen Grenze darlegt, sich dahin ausspricht, daß er, im Falle des Ergreifens des spanischen Erbes, gefaßt sein müsse auf den Krieg. Dieser Gedanke scheint mit jenem anderen zu Tallard geäußerten im Widerspruche zu stehen. Dennoch dürfte sich dieser lösen lassen. Die Sache ist: Ludwig XIV. will das ganze Erbe, wenn möglich, ohne Krieg; wenn nicht möglich, so ist er auch dazu entschlossen.

Um im Voraus den Krieg zu vermeiden, nämlich um die anderen Mächte Europas zu schrecken, bot er eben damals viele Mittel auf für ein besonderes, bis dahin im tiefen Frieden nicht erhörtes kriegerisches Schauspiel. Er versammelte eine Armee von 70,000 Mann im Feldlager bei Compiègne. Das Commando derselben gab er dem Marschall Boufflers. Nach den Anschauungen jener Zeit hatte Boufflers für die Offiziere offene Tafel zu halten, und es mochte daher damals nicht zu viel gesagt sein, daß die Mittel des Hauses Boufflers für ein Jahrhundert lang an den Folgen des Heerlagers von Compiègne franken würden. Die Hauptsache aber war für Ludwig XIV., durch die Schaustellung dieses militärischen Gepräuges, durch den Beweis der steten Schlagfertigkeit Frankreichs, einen für seine Zwecke förderlichen Druck zu üben auf die anderen Mächte, welche der alten Weise gemäß nach hergestelltem Frieden mehr oder minder abgerüstet hatten ¹⁾.

In jedem Falle aber, und das ist zu wiederholen, will Ludwig XIV. das ganze spanische Erbe. Dies ist die Basis, auf welcher er steht, und von welcher aus ihm die Gefahren eines Krieges bald

¹⁾ Capetigue t. IV, p. 135.

größer, bald geringer erscheinen. Indem er der Mahnung Tallards weicht, muß ihm eben deshalb damals auch das Wagnis des Krieges größer erschienen sein. Es mochte dazu der obwohl von ihm nicht ausgesprochene Gedanke kommen, den Tallard ihm schon früher einmal hingeworfen mit den Worten: „Wenn ich die Verlegenheiten des Königs hier in England zur Friedenszeit erwäge: so, glaube ich, müssen wir sehr auf unserer Hut sein, ob er nicht im Grunde seines Herzens den erneuten Krieg will, und nur dahin trachtet, vor den Holländern den Beweis führen zu können, daß er das Mögliche gethan, um den Krieg zu vermeiden“¹⁾. Jedenfalls ist aus der Darlegung Ludwigs XIV. unverkennbar, daß er seinerseits den Krieg vermeiden möchte, nicht jedoch darum das spanische Erbe fahren lassen will.

Zu diesem Zwecke also, um den Krieg zu vermeiden, geht Ludwig XIV. ein auf die fernere Unterhandlung. Das Schreiben vom 5./15. Juli scheint daher äußerlich wie im Gegensatze zu stehen zu demjenigen um vier Tage vorher, vom 1./11. Juli. Damals hat Ludwig XIV. den Antheil der Mehrzahl der Länder von Italien als zu gering befunden im Verhältnisse zu dem Rechte des Dauphins: nun am 5./15. Juli, ersieht er dennoch dabei, das heißt bei der Verhandlung darüber, genügende Vorthteile für seine Krone. Den hauptsächlichsten gibt er an mit den folgenden Worten: „Um die Maßregeln zu verhindern, welche der König von England, gemäß Ihrer Wahrnehmung in Betreff seiner letzten Absichten, gemeinsam mit dem Kaiser treffen könnte, für den Fall, daß er dächte, ich suchte das gesammte spanische Erbe zu erlangen“. Und eben von diesem Gesichtspunkte aus löst sich der Gegensatz der Schreiben Ludwigs XIV. vom 1./11. Juli und vom 5./15. Juli. Er will das gesammte spanische Erbe. Er will es am 5./15. Juli nicht minder als am 1./11. Juli. Aber am 1./11. Juli ist er der Ansicht, daß er durch rasches Zugreifen alles erlangen werde, bevor ein Widerstand erwachse. Am 5./15. Juli ist aus dem Berichte Tallards die Gefahr einer neuen Coalition drohend vor ihm empor gestiegen. Die Coalition kann sich und wird sich bilden, wenn er die Unterhandlung fahren läßt. Darum setzt er die Unterhandlung fort.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 4. Vom 29. Mai.

Aber die Unterhandlung ist nur der Weg, das Mittel. Das Ziel, der Zweck ist der Vertrag. Der Botschafter Tallard will augenscheinlich auch das Ziel, den Zweck. Ludwig XIV. gibt ihm darin nach, aber mit Beschränkung. „Obwohl, sagt er, der abermalige Krankheitsanfall des Königs von Spanien, der bevorstehende Ausbruch des Königs von England nach Holland, und die Maßregeln, welche er dort mit dem Kaiser oder dem Kurfürsten vereinbaren könnte, eben so viele Beweggründe sind für den Abschluß eines Vertrages, bevor eine neue Allianz sich bilden kann: so würde doch eine Uebereilung darin sowohl den Erfolg beeinträchtigen, als unvereinbar sein mit meiner Würde. Aus Ihren Reden muß klar hervorgehen, daß, bei meiner jetzigen Machtstellung, die anderen Mächte die Erneuerung des Krieges zu fürchten haben, und daß lediglich der Hinblick auf das Gemeinwohl Europas mich bewegt, meine ganze Fürsorge der Erhaltung des allgemeinen Friedens zu widmen. Ich verlasse mich daher gegen jegliche Uebereilung auf Ihren Tact.“

Nicht zufrieden indessen mit dieser allgemeinen Vorschrift und diesem Vertrauen gibt dann Ludwig XIV. eine Reihe von Einzelheiten an, die in Betracht kommen. Nicht diese Einzelheiten fallen für uns ins Gewicht, sondern die hauptsächliche Absicht, welcher sie zu dienen hatten, nämlich die Sache hinzuziehen.

Der entscheidende Grund aber für dies Hinzuziehen lag nicht in allen den Einzelheiten, die Ludwig XIV. hier aufzählt, sondern in dem Einen Umstande, daß er nach seinen Berichten aus Spanien glaubte: es handele sich für das Leben Carls II. von Spanien nur noch um Tage, oder, wie Andere meinten, um Stunden ¹⁾.

Für dies Hinschleppen der Verhandlungen über den Theilungsvertrag kamen die Umstände dem Könige von Frankreich zu statten. Tallard hatte eine Audienz bei Wilhelm III. am 6./16 Juli, wo er noch keine Kunde hatte von der Schwenkung Ludwigs XIV. am Tage zuvor, mithin redete auf Grundlage des Schreibens vom 1./11. Juli. Wilhelm III. machte wiederholt geltend, daß er erstaunt, überrascht sei

¹⁾ Der König an Harcourt, 17. Juli, bei Hippeau t. I, p. 133. — Dazu die Worte des Pater Blandiniere, eben dort p. 222: Il est moralement impossible qu'il vive longtemps; mais, comme dit saint Augustin sur une autre matière: *de hora magna quaestio est.*

über den geringen Werth, den der König von Frankreich lege auf die Königreiche Neapel und Sicilien als den Antheil für den Dauphin. Tallard glaubte zu bemerken, daß Wilhelm III. den Abbruch der Verhandlungen fürchte. Die Beobachtung war richtig; denn sie wird bestätigt durch die eigenen Worte von Wilhelm III. an Heinsius. Der König zweifelte an dem Gelingen der Verhandlung, und zwar von der Besorgnis aus, daß der abermalige Krankheitsanfall Carls II. die Forderungen Ludwigs XIV. steigern¹⁾. Tallard beobachtete scharf den ungünstigen Eindruck dieser letzten Nachricht. Er beschloß daher mit dem Kundgeben der Schwenkung Ludwigs XIV. vom 5./15. Juli zu zaudern. „Zeit und Geduld, sagt er, sind die Mittel, welche dieser Fürst anwendet, um seine Ziele zu erreichen: es scheint mir, daß er bekämpft werden müsse mit denselben Waffen.“ Der Ausbruch des Königs nach Holland stand bevor. Erst auf holländischem Boden gedachte Tallard einzulerten²⁾.

Nach der Rückkehr Portlands waren in England nur die drei Personen: der König, Portland, Tallard, im Besitze des Geheimnisses dieser Verhandlungen. Dem kaiserlichen Gesandten gegenüber hüllte sich Wilhelm III. in Schweigen. Auersperg befragte den Staats-Secretär Vernon. Dieser erwiderte: das Schweigen des Königs rühre lediglich daher, daß der Kaiser noch nicht den Frieden mit den Türken abgeschlossen. So lange dies nicht geschehen, würden England und Holland Bedenken tragen, sich in ein Bündnis mit dem Kaiser einzulassen, damit nicht, im Falle des Unglücks in Spanien, alle Last des Krieges wieder auf diese beiden Mächte falle³⁾.

Die Worte mochten der persönlichen Ansicht des Staats-Secretärs entsprechen, welcher über den wahren Sachverhalt eben so wenig unterrichtet war, wie der kaiserliche Gesandte. Eben so jedoch redete auch der König. Auersperg trat vor ihn. „Warum nicht, fragte Wilhelm III., den Frieden mit den Türken? Ich rede im Namen von ganz Europa. Die Nachrichten aus Spanien ergeben ja doch zur Genüge, daß kein Verlaß ist auf das Leben des Königs. Tritt dort das Unglück ein,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 78. Wilhelm III. an Heinsius, den 8./18. Juli.

²⁾ A. a. O. p. 79. Vom 12./22. Juli.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 22. Juli.

so frage ich: in welchem Stande sind wir, wenn nicht jener Friede gemacht ist? Ich fasse nicht, daß nicht der Kaiser, ohne viel nach Förmlichkeiten zu fragen, aufs schleunigste abschließt." — „Demnach muß ich annehmen, fügt Auersperg hinzu, daß die Schweigsamkeit des Königs in Betreff der spanischen Sache das Druckmittel sein soll, um den Türkenfrieden zu beschleunigen" ¹⁾).

Uns Späteren liegt der Irrthum, welchen demgemäß der Gesandte durch diesen Bericht auch nach Wien verpflanzte, offen vor Augen. Allein, indem Wilhelm III. den Gesandten in diesen Irrthum hinein redete, ging ihm kein Licht darüber auf, daß er selber sich in einer größeren Täuschung befand. Der hauptsächlichste Zweck Ludwigs XIV. bei der ganzen Unterhandlung war, nach jenen seinen eigenen Worten, der negative, nämlich zu verhüten, daß England und die Republik mit dem Kaiser sich einigten vor dem Tode Karls II. Wilhelm III. dagegen wünschte einen Vertrag mit Frankreich, einen solchen, der Bestand hätte und einen Krieg im voraus abschnitte. Eben darum aber, weil er diesen Vertrag wünschte, war es um so mehr seine Aufgabe vorsichtig zu sein. Darf man sagen, daß er in vollem Maße diese Vorsicht aufwandte?

Ein für ihn ungünstiger Umstand lag zunächst darin, daß der Unterhändler von französischer Seite, Tallard, auch selber den Vertrag wünschte, darum in so weit für seine Person aufrichtig handelte, und demgemäß auch auf Wilhelm III. diesen Eindruck machte. Aber Wilhelm III. trat allein diesem Manne gegenüber. Er bediente sich nur des Beirathes von Heinsius, welcher fernab in Holland, nicht in persönlichen Verkehr mit Tallard trat, ihn nicht sah, nicht hörte, und, vor allen Dingen, nicht fragen konnte. Den kaiserlichen Gesandten hielt Wilhelm III. von sich ab. Er hatte keine directe Anknüpfung in Madrid. Immerhin erhielt er durch Schonenberg von dort aus genaue und zuverlässige Nachrichten, aber doch nur aus zweiter Hand. Es fehlte ihm die directe eigene Wahrnehmung eines Gesandten in Madrid, die Beobachtung des sehr eigenthümlichen Verhältnisses der beiden königlichen Personen dort, und namentlich der Weg für eine Einwirkung auf dieselben. Es fehlte ihm endlich in Kensington selbst

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. Juli.

jeglicher Rath eines Engländers. Die Stimmung dort allerdings kannte er. Eine Persönlichkeit, deren Urtheil er nicht unterschätzte, Lord Sunderland, verkündete laut und offen, daß, wenn Frankreich von seinem Ansprüche auf die spanische Monarchie nicht abstehe, für England keine Wahl übrig bleibe, als diejenige des Krieges ¹⁾. Wilhelm III. allerdings vermeinte, durch das Mittel eines Vertrages den Krieg abzuwenden. Aber er zog keinen Engländer zu Rathe über die wichtige Frage, ob dies Mittel als probehaltig betrachtet werden dürfe. Derjenige Engländer, der wenigstens für die inneren Angelegenheiten ihm zunächst stand, der Lord-Kanzler Somers, meldet eben damals: „Lord Portland ist eingetroffen, beladen mit Höflichkeiten; aber ich sehe nicht, daß er außer solchen Bezeugungen irgend welchen Beweis der Aufrichtigkeit von Seiten des Königs von Frankreich gegen den unseren mitgebracht hat“ ²⁾. Somers hob besonders hervor, daß die Frau von Maintenon, die, wie er sagt, in Frankreich alles absolut beherrsche, sich geweigert habe Portland zu sehen. Es ist merkwürdig, daß Wilhelm III. selbst, der dem Grafen Portland wiederholt das Ansuchen um eine Audienz bei jener Frau zur Pflicht gemacht, so wie seinerseits auch Portland aus der Nicht-Erfüllung dieser Bitte, wenigstens so weit ersichtlich, kein Mißtrauen geschöpft haben.

Portland war, neben Heinsius, in Betreff des Theilungsvertrages der einzige Berather des Königs. Persönlich rückten eben damals die beiden einander ferner. Wilhelm III. empfing zwar den rückkehrenden Jugendfreund mit alter Wärme ³⁾. Und doch lag es bald Allen vor Augen, daß während der Abwesenheit Portlands der jüngere Freund, Albemarle, in der Zuneigung des Königs hinausgewachsen war über ihn. Das alte Verhältnis war getrübt, demnach auch die Offenheit, das Vertrauen. Weniger der König zog sich von Portland zurück als Portland von dem Könige. Die Erkaltung der persönlichen Beziehungen dürfte jedoch keinen Einfluß geübt haben auf jene politische Verhandlung mit Frankreich, welche nach wie vor bei Portland verblieb. Er war, wie wir aus seinen Worten zu Auersperg vernommen, nach Frankreich gegangen mit dem Vorsatze sich nicht beirren zu lassen

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 22. Juli.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 540. Vom 23. Juni/3. Juli.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 1. Juli.

durch die Höflichkeiten, mit denen man ihn überladen werde. Wir haben dagegen beobachtet, mit welcher Beharrlichkeit und mit welchem Aufgebote auch der eigenen Leistung der König Ludwig XIV. seine Freundschaft für Wilhelm III. dem Botschafter gegenüber als aufrichtig zu bethätigen suchte. Ist es zu verwundern, wenn diese Bemühungen bei Portland, auch ungeachtet jenes Vorsages, und trotz der geringeren Höflichkeit der Frau von Maintenon, nicht erfolglos blieben? — In den Reden Portlands nach seiner Rückkehr aus Frankreich ist ein principieller Zweifel an der Aufrichtigkeit Ludwigs XIV. in Betreff des Theilungsvertrages nicht zu entdecken.

Von Portland her, dem einzigen Vertrauten des Königs Wilhelm in dieser Sache auf englischem Boden, erwuchs ihm also keine Stütze. Ob durch den Rath, das Bedenken, den Zweifel von Somers oder irgend einem anderen Engländer der Bann der Täuschung oder doch der Unklarheit über das eigentliche Ziel Ludwigs XIV. bei Wilhelm III. hätte gelöst werden können, ist eine nachträgliche, darum nicht zu entscheidende Frage. Aber die Thatfache ist da, daß der König Wilhelm diese immerhin mögliche Hülfe einer fremden Einsicht sich abschnitt, und dabei vergaß, daß, indem er die etwa in ihm aufsteigenden Zweifel überwand, nicht bloß Gründe dafür mitwirkten, sondern auch Wünsche. Die Frage, ob sein Verfahren dem damaligen constitutionellen Systeme von England entsprach, mögen Andere entscheiden. Uns liegt die moralische Seite der Sache näher, ob Wilhelm III., der fortan immer tiefer in den Irrthum einging, von seiner Seite alles gethan was er hätte thun können, um den Irrthum zu vermeiden. Und diese Frage muß verneint werden.

In Betreff der Engländer war es überhaupt von Anfang an nicht die Weise des Königs gewesen, in den Fragen der europäischen Politik einen derselben zu Rathe zu ziehen. In der ersten Hälfte des Jahres 1698 war er dazu noch weniger geneigt als früher, wegen der Differenz zwischen ihm und dem Parlamente in Betreff der Entlassung des größeren Theiles der Armee.

Wilhelm III. hatte diesen Beschlüssen keinen offenen Widerstand entgegen gesetzt, aber darum die Gründe für dieselben nicht anerkannt.

Die Misstimmung zwischen ihm und dem Unterhause lag so offen vor, daß, wie wir gesehen, Ludwig XIV. von seinem Standpuncte aus eine Zeit lang die Hoffnung aufbaute, ihn in ein ähnliches Verhältniß zu locken wie einst die Stuart-Könige Carl II. und Jacob II. Die Berichte Tallards benahmen dieser Hoffnung allen Boden. Er wies darauf hin, daß Wilhelm III. die ganze Schwere des Parlamentes in das Unterhaus verlegt habe¹⁾. Dies war richtig, nur mit dem Unterschiede, daß dies weniger die Absicht Wilhelms III. gewesen war als die Consequenz des Krieges, nämlich der alljährlichen Bewilligung der außerordentlichen Mittel für denselben. Wilhelm III. war unzufrieden mit dem Unterhause, und das Unterhaus war es mit ihm. Und dennoch lag es offen vor Augen, daß es immer den einen wichtigen Punct gab, an welchem sie sich einigen könnten und würden, denjenigen des Widerstandes gegen Frankreich in Betreff der spanischen Succession. Es kam dazu noch der andere, über welchen Ludwig XIV. und Jacob II. sich in fortdauerndem Irrthume befanden: der Widerwille der Engländer sich einen König setzen zu lassen durch die französische Macht.

Die Misstimmung zwischen dem Könige und dem Parlamente erhielt neue Nahrung durch das Kundwerden der Absicht des Königs, auch im Sommer 1698, obwohl nicht, wie in den Jahren vorher, der Beginn des Feldzuges ihn rief, dennoch nach Holland hinüber zu gehen. Der Verdruß über diese Absicht ward so laut, daß vielfach die Frage erörtert wurde, ob demselben gegenüber der König es wagen dürfe. Andere glaubten zu bemerken, daß das Unterhaus darauf ausgehe, die Berathungen hinzuschleppen, bis die Absicht unausführbar werde²⁾.

Indessen auch in den Angelegenheiten selbst, die das Unterhaus berieth, lag manche Schwierigkeit. Es ergab sich, daß während des Krieges mit den bewilligten Geldern vielfach in sehr leichtsinniger Weise verfahren war, so daß Tallard, an die strenge Ordnung Frankreichs gewöhnt, über die Einzelheiten in lautes Erstaunen ausbrach³⁾. Es mochte Manchem fraglich erscheinen, ob das Unterhaus willig sein

¹⁾ Grimblot t. I, p. 468.

²⁾ A. a. O. In Tallards Bericht vom 9. Mai. — Auerspergs Bericht vom 10. Juni.

³⁾ A. a. O. p. 467.

würde, alle Anweisungen auf die Schatzkammer zum vollen Nennwerthe anzuerkennen. Sie sanken im Verkehre bis auf die Hälfte des selben. Das Unterhaus jedoch erkannte alle diese Anweisungen an, und festigte dadurch für immer seinen Credit ¹⁾).

Dies erforderte sehr schwere Summen. Die bewilligten Mittel der Landtaxe, etwa ein Siebentel des Ertrages von Grund und Boden, die indirecten Auflagen auf Salz, Thee, Kaffee, Malz, reichten dafür nicht aus. Die ostindische Compagnie sollte zu einer Anleihe herangezogen werden. Für die Zusicherung des ausschließlichen Rechtes auf den Handel nach Ostindien bot sie 700,000 £. Die Summe reichte nicht. Es bildete sich der Plan einer neuen ostindischen Compagnie, welche zwei Millionen Pfund Sterling vorstrecken würde. Der Vertreter dieses Planes war Montague, der Kanzler der Schatzkammer. Für Wochen lang war dieser Gedanke der Mittelpunkt aller Erwägungen. Wenn der Plan nicht durchging, hieß es, so sei die ganze bisherige Session fruchtlos, so sei ein Ende derselben nimmer abzusehen. Das Unterhaus ging ein. Stürmischer war der Kampf im Oberhause. Lord Godolphin rief: er könne für die neue Compagnie nicht stimmen, auch wenn man ihm persönlich die zwei Millionen böte. Lord Rochester redete von den Urhebern des Planes wie von Verbrechern, des Strickes würdig. Die Wellen gingen so hoch, daß Montague, wie er selbst nachher versicherte, dahin kam innerlich seinen Versuch zu bereuen ²⁾. Dennoch wandten sich dann die Dinge. Auch im Oberhause erhielt der Plan mit neunzehn Stimmen die Mehrheit. Die nächste Folge war für den König die Zusicherung der ihm bewilligten 700,000 £ aus diesen Mitteln.

Aber es war noch die große Frage, ob die Actien der neuen Compagnie Unterzeichner finden würden. Die allgemeine Meinung verneinte. Tallard behauptet, daß er vorher auch nicht Eine Stimme günstig dafür gefunden. Die Actien wurden ausgelegt. In drei Tagen wurde der ganze Betrag gezeichnet. „Ich war immer der Ansicht, meldet Montague, daß nach der Parlaments-Acte die Sache nicht mehr fehl schlagen könne; aber dieser Erfolg übertrifft alle meine

¹⁾ Grimblot t. I, p. 509. Tallards Bericht vom 22. Mai.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 543. Vom 16./26. Juli.

Erwartung." Er übertraf nicht minder diejenige des Königs. Wilhelm III. machte kein Hehl aus seiner Verwunderung ¹⁾).

Und damit war das letzte Hindernis gefallen, welches dem Aufbruche des Königs entgegenstand.

Am 5./15. Juli begab er sich in das Oberhaus, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und verlas seine Thronrede mit folgenden Worten:

„Mylords und Herren. Ich kann von einem so guten Parlamente nicht scheiden, ohne öffentlich meine Anerkennung auszusprechen für die wichtigen Dinge, welche Ihr verrichtet habt zu Gunsten meiner Sicherheit und meiner Ehre, so wie der Erleichterung und der Wohlfahrt meines Volkes.“

„Jede unserer Sessionen hat diesen Charakter ausgeprägt. Es war zuerst unsere glückliche Vereinigung in eine Association zu gegenseitigem Schutze. Dann war es die Rettung aus der Münzverwirrung, welche so lange auf dem Volke gelastet. Ferner die Herstellung des Crediten. Dazu die Bereitwilligkeit die Mittel für den Krieg zu gewähren, so daß mit Gottes Segen ein ehrenhafter Friede erlangt werden konnte. Endlich die Fürsorge für unsere gemeinsame Sicherheit, für die Berichtigung der Schulden, die in dem langen Kriege erwachsen waren, mit möglichst geringer Belastung des Königreiches. Das alles sind Dinge, welche diesem Parlamente ein bleibendes Andenken sichern, und die kommenden zum Wettstreit spornen werden.“

„Dazu noch halte ich mich persönlich verpflichtet, Euch Herren vom Unterhause meinen Dank auszusprechen für die Rücksicht, die Ihr für meine Ehre bewiesen durch die Feststellung meines Einkommens.“

„Mylords und Herren. Ich schätze nichts so sehr wie die Achtung und die Liebe meines Volkes, und eben so wie ich um seinetwillen im Kriege kein Wagnis gescheut, so wird alle meine Mühe und Sorge fortan dahin gewendet sein, die Vortheile und Segnungen des Friedens zu festigen und zu steigern“ ²⁾).

Der König schloß mit einer Mahnung zur Wachsamkeit für die Beobachtung der Gesetze, besonders derjenigen wider die Profanation

¹⁾ Grimblot t. II, p. 92. — Shrewsbury Correspondence p. 544.

²⁾ Commons' Debates t. III, p. 90.

des Heiligen und die Irreligiösität. Dann verkündete der Lord-Kanzler Somers die Vertagung.

Heimgekehrt nach Kensington meldete der König an Heinsius: „Endlich habe ich heute das Parlament bis auf den 2. August vertagt, und beabsichtige nun, es in einigen Tagen aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Die Session ist unerträglich lang gewesen, sehr schwierig und verworren, wie sie sogleich mit einer ungünstigen Wendung begann. Aber Gott sei Dank hat sie besser geendet als angefangen. Mit Gottes Hülfe denke ich spätestens in vierzehn Tagen aufzubrechen“ ¹⁾.

Am selben Tage schrieb der Lord-Kanzler Somers an den Staats-Secretär Shrewsbury: „Wie es heißt, soll das Parlament demnächst aufgelöst und ein neues berufen werden“ ²⁾. Der Vergleich beider Äußerungen kennzeichnet, wenn es anders dessen noch bedürfte, die Stellung der Minister zu Wilhelm III. auch in den Angelegenheiten nach innen.

Ungeachtet jenes Lobes in der Thronrede für das scheidende Unterhaus hatte der König das Verhalten desselben in der Angelegenheit des Heeres nicht verschmerzt. Er setzte seine Hoffnungen auf das neue Unterhaus. Die Reduction der Truppen gemäß den früheren Beschlüssen war nicht vollständig durchgeführt. Wilhelm III. wollte sie nicht vollziehen. Er wollte dennoch eine Armee behalten. Er ließ die fünf französischen Regimenter, die bis dahin in den Niederlanden gestanden, in Ostende nach Irland einschiffen. Eben dahin schickte er von England aus zwei Regimenter Infanterie ³⁾. Er ließ sein holländisches Garderegiment in England, bis dahin blau gekleidet, den rothen Rock anziehen, gleich den englischen Regimentern. Jede Compagnie desselben wurde von hundert Köpfen auf sechzig reducirt. Die Offiziere fragten an, ob zunächst die Katholiken darunter zu entlassen. Der König erwiederte: die weniger geübten, unangesehen die Religion ⁴⁾.

Wichtiger noch war ein anderer Schritt. Der König deponirte versiegelte Befehle, von der Regentschaft nach seiner Abreise zu eröffnen. Sie enthielten, daß er mehrere Regimenter, welche nach

¹⁾ Grimblot t. II, p. 71.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 541.

³⁾ Grimblot t. II, p. 85. An den Grafen Galway in Irland, 16./26. Juli.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 1. August.

der allgemeinen Ansicht aufgelöst werden sollten, für die Marine bestimmt hatte. Man berechnete nachher, daß der König durch diese verschiedenen Maßregeln in den drei Königreichen in allem etwa 40,000 Mann aufrecht hielt ¹⁾.

Dies Verfahren des Königs war unvereinbar mit den Beschlüssen des Unterhauses. Es ist daher erklärlich nur durch seine Hoffnung, daß das künftige Parlament in dieser Angelegenheit willfähriger sein werde als das aufgelöste. Allein wie stand es, wenn das Umgekehrte eintrat? — Die Frage gehörte noch der Zukunft an. Zunächst durfte der König auf den geneigten Willen der von ihm ernannten Regentschaft sich verlassen. Dies Mal trat in dieselbe ein neues, sehr bemerkenswerthes Mitglied ein, eine Persönlichkeit, in welche damals der König Wilhelm Vertrauen setzte. Er bewies dasselbe durch eine doppelte Ernennung.

Einige Tage zuvor nämlich hatte der König den Haushalt des nun neunjährigen Herzogs Wilhelm von Glocester eingerichtet. Zum Gouverneur desselben ernannte er den Grafen Marlborough.

Die Ernennung rief die Erinnerung wach an einige frühere Worte, durch welche der König seinen Ingrimm wider Marlborough geäußert, nämlich: „Wenn ich Privatmann wäre, so würde ich mich mit Marlborough schlagen“ ²⁾. Es dürfte fraglich sein, ob Wilhelm III., wenn auch ihm die That Marlboroughs vom Mai 1694 nicht bekannt war, von dem Charakter desselben inzwischen eine bessere Meinung gewonnen hatte. Aber er hatte, wie es scheint, einen anderen Beweggrund. Da es nicht in seiner Macht stand, das Band zwischen der Prinzessin Anna und dem Ehepaare Marlborough zu zerreißen: so verknüpfte er das eigene Interesse desselben mit der Treue für den Prinzen.

Lady Sarah Marlborough hat in ihrer späteren Schrift schwere Klage geführt über den Mangel an Rücksicht, welchen der König bei der Besetzung der Stellen in dem Hofstaate des Herzogs von Glocester für die Mutter bewiesen habe. Ueber diese Angelegenheit sagt ein Bericht des kaiserlichen Residenten Hoffmann: „Die Prinzessin ist

¹⁾ Auerpergs Bericht vom 5. August.

²⁾ Grimblot t. II, p. 92. Tallards Bericht vom 30. Juli.

unzufrieden, daß für den Hofstaat des Herzogs von Glocester zu wenig ausgeworfen, und daß die Aemter vergeben sind ohne ihr Zuthun. Da indessen weder von Seiten des Hofes noch der Nation allzu viel auf ihren Verdruß geachtet wird, so muß sie sich in Geduld fassen" ¹⁾).

Wenige Tage nach dieser Ernennung Marlboroughs folgte die andere, welche das Erstaunen höher trieb. Die Liste der Mitglieder der Regentschaft für die Zeit der Abwesenheit des Königs enthielt statt des Namens von Shrewsbury, den andauernde Krankheit an seinen Landsitz Eyford band, denjenigen des Grafen Marlborough.

Und nun endlich war für den König die Zeit gekommen, wo er sich anschicken konnte zum Ausbruche nach der Heimath. „Er sprach diesen Morgen im Cercle aus, meldet Huersperg am 15./25. Juli, daß er sich noch heute einschiffen wolle, wenn der Wind günstig. Sein ganzes Verhalten zeigt, daß er die Stunde nicht abwarten kann.“

Der Wind blieb ungünstig für die Ausfahrt aus der Themse. Am 19./29. Juli verließ der König London, um zu Lande nach Margate zu fahren und dort an Bord zu steigen. „Seine Haltung, meldet Tallard, prägte die Freude aus, welche er empfand nach Holland zu gehen. Er gab sich gar keine Mühe den Engländern diese Stimmung zu verhehlen, und sie reden darüber ganz offen“ ²⁾).

Bevor wir dem Könige nach Holland folgen, haben wir unsere Blicke zurück zu wenden auf eine Angelegenheit, welche alle diese letzten Monate hindurch in lebhafter Anregung blieb, die Frage der Stellung der Katholiken in England und Irland.

Wir erinnern uns der Beschlüsse des Parlamentes von Irland gegen die Katholiken im Jahre 1697, der Sanction derselben durch Wilhelm III., der schmerzlichen Klage des Königs Jacob II. gegen die Folgen dieser Beschlüsse (S. 27). Wir haben die Einwendungen vernommen, welche noch im Jahre 1697 die kaiserlichen Gesandten in Holland gegen diese Beschlüsse erhoben, so wie die Erwiderungen

¹⁾ Bericht vom 9. August.

²⁾ Grimblot t. II, p. 91.

des Königs, daß, ungeachtet der ertheilten Sanction die Ausführung der Beschlüsse abhängen werde von seinem Willen.

Es könnte scheinen, daß in demselben Maße wie der König Wilhelm III. innerlich sich löste von dem Kaiser, er auch weniger eifrig war, den Wünschen desselben in Religions-Angelegenheiten zu willfahren. Richtiger jedoch dürfte man vielleicht sagen, daß Wilhelm III. sich selber nicht immer klar geblieben ist. Wir haben die Thatfachen zu verzeichnen.

Von der Hofpartei im Parlamente aus vernahm man im Februar 1698 Reden über die Gefahr einer Liga des Kaisers mit dem Könige von Frankreich zum Zwecke eines Religionskrieges. Der Gesandte Auersperg befragte darüber den Staats-Secretär Vernon. Dieser gab zu, daß Reden solcher Art im Unterhause gefallen seien. „Allein, fügte er hinzu, ich kann versichern, daß dabei keine andere Absicht obwaltete als diejenige Partei, welche so stark auf die Abkündigung der Truppen dringt, auf andere Gedanken zu bringen. Denn Sie wissen ja wohl, daß das Interesse von England durchaus die Freundschaft mit dem Kaiser verlangt.“ — „Ich will, versetzte Auersperg, die Intention derjenigen, die in dieser Weise geredet, als klar gestellt hinnehmen, möchte jedoch wünschen, daß man fortan sich anderer Argumente bediene“ ¹⁾.

Es ist unverkennbar, daß die antikatholische Strömung in England im Jahre 1698 wieder stärker aufwallte. Nicht jedoch war dies die Manifestation einer Abneigung gegen ein positives Kirchenthum überhaupt. Im Februar 1698 erschien eine Schrift, welche die Lehre der Dreieinigkeit angriff. Sie kam im Unterhause zur Sprache. Die gesammten Mitglieder übergaben in Kensington eine Adresse, durch welche sie den König ersuchten, Fürsorge zu treffen gegen derartige gemeinschädliche Schriften, welche die Grundlagen der christlichen Religion antasteten. Der König sprach über diese Adresse keine besondere Genugthuung aus. Demgemäß verfaßte das Parlament eine Bill, welcher der König seinerseits durch eine Proclamation sofort entsprach ²⁾.

Die damalige Erregung wider die Katholiken in England hatte andere Gründe, nämlich zunächst, wie immer in jener Zeit, die

¹⁾ Bericht des Grafen Auersperg vom 18./28. Februar.

²⁾ Commons' Debates t. III, p. 83. — Auerspergs Bericht vom 28. Februar.

herkömmliche Unkenntnis über den Katholizismus, den darum stets bereit liegenden Verdacht einer Collusion der Katholiken mit Frankreich, und dann die Erregung wider die neuen Erlasse Ludwigs XIV. gegen die Hugenotten, im Sinne der Aufhebung des Edictes von Nantes. Die politische Abneigung wider Frankreich und die kirchliche wider Rom waren bei den damaligen Engländern wie untrennbar verbunden.

Es ist daher von besonderem Interesse, neben einander zu stellen und zu vergleichen, in welcher Weise nach dem hergestellten Frieden der damals mächtigste König der Christenheit, Ludwig XIV., und der römische Kaiser Leopold, jeder in seiner Art, sich verhielten, namentlich in Betreff der bedrängten Katholiken in Irland. Wie der Kaiser über die Lage derselben unterrichtet war durch seine Gesandten, so Ludwig XIV. durch den König Jacob II. in St. Germain.

Es waren reichlich neun Jahre verflossen, seitdem der französische Botschafter Barillon den englischen Boden verlassen. Wir erinnern uns, daß seine Thätigkeit dort weder den Interessen noch den Wünschen der stillen und friedlichen Katholiken entsprach. Abermals nun kam ein französischer Botschafter, Tallard. Durfte man von ihm etwas hoffen für die katholische Religion in England? Wir haben in dieser Beziehung zunächst seine Instruction kennen zu lernen¹⁾.

„Die Frömmigkeit des Königs von Frankreich, heißt es darin, hat stets ihn angetrieben seine Botschafter anzuweisen, ihr Fürwort geltend zu machen zu Gunsten der englischen Katholiken. In gleicher Weise beauftragt er den Grafen Tallard für sie alles zu thun, was von ihm abhängt, jedoch mit aller erforderlichen Vorsicht. Denn unzweifelhaft erfordert eine Bethätigung in dieser Richtung jetzt mehr Delicatesse als je zuvor. Dringende Vorstellungen eines französischen Botschafters zu Gunsten der englischen Katholiken würden bei dem Könige von England sicherlich ähnliche Verwendungen hervorrufen für die französischen Réfugiés. Obwohl nun die Fälle ganz verschieden liegen, da ja die sogenannte reformirte Religion zur Zeit in Frankreich verboten ist, während die Katholiken in England unter den vorigen Regierungen die freie Uebung ihrer Religion genossen, wenn auch in

¹⁾ Grimblot t. I, p. 281. Vom 2. März.



bedingter Weise: so erklärt doch auch Se. Majestät ganz bestimmt, in keiner Weise eine solche Verwendung gestatten zu wollen. Eine Discussion darüber darf nicht eröffnet werden. Es ist vielmehr die Aufgabe des Grafen Tallard zu prüfen, was er zu Gunsten der englischen Katholiken thun kann, ohne daß dadurch ein Eintreten zu Gunsten der französischen Refugiés veranlaßt werde. Aber er darf sich zum Zwecke der Informirung nicht an die geistlichen Orden in England wenden." — Es folgen dann jene Angaben über das politische Verhalten der Ordensgeistlichkeit, welche wir bereits früher vernommen haben (Bd. VII, S. 474). Ihnen gemäß waren die Ordensgeistlichen in England für die Zwecke der französischen Politik nicht zu verwenden.

Wir erkennen, daß die Bedingungen, welche Ludwig XIV. an den Auftrag zu Gunsten der Katholiken knüpft, diesen Auftrag durchlöchern. Die Folgezeit wird uns zeigen, wie Tallard gemäß dieser Instruction handelte.

In denselben Tagen, am 4. März, erließ der Kaiser Leopold eine Weisung an seinen Gesandten Auerberg in London ¹⁾.

„Ich habe, sagt der Kaiser, die Berichte über die Lage der Katholiken in Irland mit schwerem Herzen vernommen. Denn ich habe daraus ersehen, daß die neuen Gesetze dort bezwecken die völlige Vertilgung der katholischen Religion. Allein dies steht im Widerspruche mit den Versicherungen, die mir der König beim Antritte seiner Regierung gegeben. Es widerstreitet ferner der Capitulation von Limerick. Es stört das Vertrauen zwischen den Verbündeten von verschiedener Religion. Das Uebel wird nicht gehoben durch den Einwand, daß der König die Sanction dieser widerrechtlichen Gesetze nicht habe verweigern können, sie aber nicht ausführen lassen werde. Denn der König ist gleich anderen Menschen sterblich, und nach ihm dürften jene harten Gesetze noch härter vollzogen und gar nicht mehr geändert werden. Deshalb ist es mein Wille und gemessener Befehl, daß Du bei der ersten Gelegenheit dem Könige darlegen sollst sowohl die Unbilligkeit dieses Verfahrens an sich, als die Nicht-Uebereinstimmung desselben mit seinem früheren Versprechen und mit der Capitulation von Limerick.“

Beachten wir demnach zuerst das Auftreten Tallards.

¹⁾ Anlage I enthält den Wortlaut.

Wir erinnern uns des Planes eines Attentates, welchen er der Regierung in England zur Anzeige brachte. Seine Weigerung, gemäß dem Befehle des Königs von Frankreich, den Namen des Verdächtigen zu nennen, gereichte den Katholiken in England nicht zum Vortheile, namentlich nicht denjenigen von französischer Herkunft. Eine weitere Besorgnis indessen kam bei dem Botschafter nicht auf. „Die katholische Religion, meldet er, wird nach meiner Ansicht in Folge dessen durchaus nicht leiden. Denn sie wird hier offener geduldet als selbst in den Zeiten Carls II., und es ist augenscheinlich, daß der König von England entschlossen ist sie friedlich zu belassen, um seine eigene Religion zu sichern“ ¹⁾.

Wir sehen, Tallard beschreibt den Zustand, den er vorfand. Seine weiteren Berichte enthalten nichts von einer Verwendung für die Katholiken. Wir werden sein späteres Verhalten kennen zu lernen haben von anderer Seite her.

Der Graf Auersperg trat zu dem Staats-Secretär Vernon, um nachdrückliche Vorstellungen wider das Verfahren in Irland zu erheben. Nicht bloß Ordensleute seien dort ausgetrieben, sagte er, sondern auch Bischöfe. Wer aber diese austreibe, mache eine Priesterweihe unmöglich, habe also die Absicht die katholische Religion auszutilgen. — Vernon erwiederte: die Ordensleute seien maßlos wider die Regierung, seien für den König Jacob. Nicht aus Haß gegen die katholische Religion habe man dort gehandelt, sondern aus politischer Klugheit. Die Antworten gewährten dem Gesandten keine Befriedigung ²⁾. Einige Tage später kehrte Vernon wieder. Er versicherte: es sei nicht die Absicht des Königs, die katholische Religion in Irland zu erdrücken, sondern sie zu erhalten. Die Bischöfe sollten bleiben. Die Artikel wegen der Kindererziehung seien nicht sanctionirt. Der Gesandte möge den übertriebenen Gerüchten keinen Glauben beimessen ³⁾.

Die Antworten Vernons waren allzu unbestimmt. Auf das weitere Drängen Auerspergs erschien bei ihm Methuen, der Kanzler für Irland. „Ich komme im Namen des Königs, begann er, um Auskunft zu geben über den Stand der katholischen Religion in Irland.“ „Der König hat mir dies befohlen, fuhr er fort, in dem

¹⁾ Grimblot t. I, p. 434. Vom 30. April.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 1. April.

³⁾ Desgleichen vom 15. April.

Vertrauen, daß die Vorstellungen, die der Kaiser durch Sie hat machen lassen, aus freundschaftlicher Gesinnung entspringen.“ Auersperg fiel ein: „Ich begreife sehr wohl, was Sie andeuten wollen, nämlich, daß diese Vorstellungen von Seiten des Kaisers die inneren Angelegenheiten des Königreiches betreffen. In so weit haben Sie Recht. Allein ohne Zweifel wird Ihnen der König auch mitgetheilt haben, was er zur Zeit der Umwälzung hier dem Kaiser in Betreff der Religion versprochen hat, und daß von daher dem Kaiser das Recht zusteht, seine Stimme geltend zu machen, falls nach seiner Ansicht nicht jenem Versprechen gemäß hier verfahren würde“. — „Allerdings, erwiderte Methuen, und eben darum bin ich gekommen. Im Auftrage des Königs soll ich Ihnen Mittheilung machen, damit Sie demgemäß berichten und der Kaiser daraus erkenne, daß der König seines Wortes wohl eingedenk dasselbe halten will.“

„Ich bitte Sie also, fuhr Methuen fort, den Klagen der Irländer nicht unbedingt zu glauben. Der König hat allerdings die Bill genehmigt. Er hat zu einer Zeit, wo er vom irischen Parlamente so viel Geld verlangt, dies nicht abschlagen können. Allein sie soll in vieler Beziehung nicht ausgeführt werden. Der Religion soll kein Schade geschehen, auch gegen die Capitulation von Vimerick nicht gehandelt werden. Daß die Katholiken gezwungen werden sollen ihre Kinder protestantisch erziehen zu lassen, ist nicht richtig, und ich kann mir nicht vorstellen, wie man dies Gerücht hat erfinden können. Anders dagegen steht es mit den Ordensleuten. Sie haben keine Klöster, leben nur von Almosen, und dafür ist das Volk zu arm. Ferner arbeiten diese Religiösen Tag und Nacht gegen die Regierung.“ — Auersperg erwiderte: „Ich habe in dieser Richtung dahin oft treulich gemahnt und gewarnt, und hätte wünschen mögen, daß dies Früchte getragen hätte. Es ist leider nicht geschehen“.

Wir erblicken hier eine Differenz zwischen den Angaben auf dieser Seite und der Instruction von Ludwig XIV. für Tallard auf der anderen.

„Demgemäß, fuhr Methuen fort, können die Religiösen nicht alle geduldet werden. Dagegen soll kein kirchlicher Würdenträger ausgeschafft, noch viel weniger der Gottesdienst gehindert werden“¹⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 29. April/9. Mai.

Der Graf Auersperg entsandte die Kunde dieser Mittheilungen sofort auf sicherem Wege an die Bischöfe in Irland, und an den Internuntius in Brüssel für Rom.

Es hieß jedoch, daß bereits vier Bischöfe aus Irland abgesegelt. Auersperg verlangte die Rückberufung derselben. Lord Galway in Dublin verneinte die Thatsache. Nur Einer sei weggereist. Das Versprochene solle streng gehalten werden. Er erbot sich, mit dem Gesandten darüber in Correspondenz zu treten¹⁾.

Im Sommer 1698 mehrten sich in England die Gerüchte von neuen Verfolgungen in Frankreich wider die Hugenotten. Es hieß, daß viele Prediger dort ergriffen seien. In London erhoben sich Stimmen für Repressalien an den katholischen Priestern. Seit dem Friedensschlusse, hieß es, seien manche herüber gekommen. Der Staats-Secretär Vernon deutete den fremden Gesandten an, daß die Stimmung der Engländer den König nöthigen werde, wider ihre Capellen vorzugehen und die einheimischen Besucher derselben zu verhaften²⁾.

Diese Capellen der Gesandten nämlich unterlagen nicht dem Verbote des öffentlichen katholischen Gottesdienstes. Sie standen offen für Jeden. Demnach war der Andrang von englischen Katholiken dahin sehr stark. In der Capelle der kaiserlichen Gesandtschaft ward an Sonn- und Feiertagen sechsmal die Messe gelesen. Eben so oft also füllte und leerte sich das Haus. Aehnlich war es bei der portugiesischen Capelle, die an Dimensionen einer Kirche glich. Die Anzahl dieser Capellen, früher größer, war durch die Umwälzung von 1688 auf drei gesunken: die kaiserliche, die portugiesische, die spanische. Man durfte sagen, daß die Capläne dieser drei Gesandten dem Wesen nach fungirten wie Pfarrgeistliche der Katholiken von London³⁾. Die französische Capelle des Botchasters Tallard, seit dem März 1698, stand nicht in gleich unbedingter Weise offen.

Vernon sprach dem Residenten Hoffmann den Wunsch aus, daß die Capelle geschlossen werde. Hoffmann erwiederte: „Ich bin nun siebenzehn Jahre hier, und habe schon oft Ungewitter solcher

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 3./13. Juni.

²⁾ Auerspergs und Hoffmanns Berichte vom 4. Juli.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 26. December.

Art wider die Katholiken aufsteigen sehen. Niemals jedoch waren sie von Dauer. Ich kann daher auch nicht glauben, daß der jetzige Sturm, namentlich unter der Regierung dieses Königs, sich lange erhalten werde". Vernon lachte und begnügte sich einstweilen mit dieser Antwort.

Für die Gesandten indessen beschränkte sich die Sache nicht auf das kirchliche Gebiet. Es handelte sich zugleich um die völkerrechtliche Seite der Sache. Besonders nachdrücklich trat in dieser Richtung der Portugiese auf. „Wir Gesandte, erwiederte er dem Staats-Secretär, haben hier auf englischem Boden außer unseren Capellen keine Immunität. Wir zahlen von den geringsten Sachen den königlichen Zoll. Keiner unserer Diener, ja wir selbst sind nicht gesichert gegen eine Verhaftung, es sei wegen Schulden oder aus einem anderen Grunde; wir haben also nicht das Privilegium der Mitglieder des Parlamentes. Dagegen hegt der englische Gesandte in Lissabon zur Zeit zwei Mörder in seinem Hause, und zwar Portugiesen, welche dort täglich sich den Behörden sichtbar machen, ohne daß der König, welcher kein Bedenken trägt, Verbrecher auch aus den Kirchen wegzunehmen, dem Gesandten die Auslieferung zumuthen läßt. Es ist ein Unterschied zwischen einem unschuldigen Priester und einem Mörder" ¹⁾).

Die Gesandten des Kaisers und der Könige von Spanien und Portugal kamen überein, daß auf eine weitere Anforderung jeder Einzelne von ihnen für sich erwiedern werde: er dürfe in keine Neuerung willigen, bis er zuvor ausdrücklichen Befehl von seinem Hofe erhalten. Der Franzose Tallard betheiligte sich nicht. Die Meinungen über ihn waren verschieden. Einige waren der Ansicht, daß, im Falle er beiträte, er voran gehen werde, um die Angelegenheit zu einem Zankapfel der Verbündeten zu machen. Andere dagegen waren der Meinung, daß Tallard sich jeder englischen Forderung fügen werde. Wir werden sehen, daß diese letztere Meinung der Wahrheit näher kam.

Der Staats-Secretär Vernon wiederholte seine Forderungen. Man erwiederte ihm: das Verlangen sei eine Neuerung. Wenn protestantische Mächte mit katholischen verbündet sein wollten: so müsse

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 4. Juli.

man in den Puncten, in denen man nicht schnurstracks einander zuwider, gegenseitig sich vertragen. So geschehe es in Belgien. Es sei bekannt, daß früher dort der König von Spanien die protestantische Predigt nicht geduldet. Seitdem aber die Könige von Spanien und England verbündet, geschehe für die Regimenter protestantischer Confession dort der Gottesdienst ohne jeglichen Einspruch. In Gent sei der Besatzung ein Haus zur Kirche eingeräumt.

Die Erwiderung brachte Vernon in einige Verlegenheit. Dann versetzte er: „Nachdem der französische Botschafter gehört, daß die Gesandten der anderen Mächte die Sache so hoch aufnehmen, hat er erklärt, daß er dabei nicht theilhaftig, weil seine Capelle noch nicht eröffnet sei“. Auersperg sprach seine Verwunderung aus, da Tallard ihm gegenüber anders geredet. Indessen sei das Verhalten desselben für ihn nicht maßgebend: er werde handeln, wie er es für recht ansehe. Vernon versetzte: er sei gespannt darauf zu sehen, wie es am nächsten Sonntage gehalten werde. „Ganz wie früher, erwiederte Auersperg; denn die Besucher meiner Capelle wissen nichts von dieser neuen Schärfe.“ — „In welcher Sprache lassen Sie predigen?“ fragte Vernon. — „In der niederländischen, erwiederte Auersperg; denn die meisten Katholiken hier sind dieser Nationalität“ ¹⁾.

Der portugiesische Gesandte glaubte den Schlüssel des auffallenden Eifers von Vernon zu finden. Im Unterhause, sagte er, hätten sich Stimmen erhoben für eine Adresse an den König wider den öffentlichen Gottesdienst in den Capellen der Gesandten. Die ostensiblen Thätigkeit Vernons habe den Zweck diesen Bestrebungen zuvorzukommen ²⁾. Der fernere Verlauf der Dinge nach der Vertagung des Parlamentes mußte ergeben, ob diese Ansicht sich bestätigen werde.

Jedenfalls war der eine der Gesandten, der französische Botschafter Tallard, nicht dieser Ansicht. Er hielt jenes Andringen Vernons für rechten Ernst. Er schickte damals sich an, dem Könige Wilhelm nach dem Festlande zu folgen. Unmittelbar vor seinem Aufbruche berief er die Capläne seiner Capelle, sämmtlich englische

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 1./11. Juli.

²⁾ Desgleichen vom 5./15. Juli.

Unterthanen, und verabschiedete sie mit der ausdrücklichen Mahnung, daß er sich ferner um sie nicht kümmern und, im Falle einer Verhaftung, sie nicht reclamiren werde. Er gestattete ihnen keine Antwort ¹⁾.

Die Kunde dieses Verhaltens ging unter den Katholiken von London rasch von Munde zu Munde. „Sie empfinden, melden Auersperg und Hoffmann, daselbe sehr hoch wider die Krone Frankreich“ ²⁾. Denn nach Maßgabe der Zeit erschien es unzweifelhaft, daß Tallard zuvor von Versailles her eine Instruction eingeholt ³⁾. Er ging dann noch weiter. Von Calais aus schrieb er an den ersten seiner früheren Capläne, daß er die ertheilte Erlaubnis in seiner Capelle die Messe zu lesen, ausdrücklich widerrufe. „Dies macht, meldet Auersperg, unter den Katholiken hier ein großes Geschrei, weil sie klar erkennen, daß sie, außer dem Schutze Gw. K. Majestät, einen anderen auf der Welt nicht zu erwarten haben“ ⁴⁾.

So der Bericht vom 12. August. Noch bevor derselbe in Wien eintraf, zeichnete der Kaiser eine lobende Anerkennung für seine Vertreter in London wegen ihres Verhaltens in Betreff der Capelle. „Ihr sollt auch ferner, fährt das Schreiben fort, alles anwenden, was zum Schutze der Freiheit und zum Troste der Katholiken reichen kann. Ihr sollt auch besonders dem Könige, wo es geschehen kann, zu Gemüthe führen, welche kräftige Versicherungen zu Gunsten der katholischen Religion Seine Liebden uns beim Beginne der Regierung gegeben, wie er auch demgemäß bisher die Gesandten ihrer vollen Freiheit ohne jegliche Beschränkung genießen lassen, und dadurch bei fast allen katholischen Potentaten besonderen Ruhm, Liebe und Hochschätzung sich erworben. Deshalb verzeihen wir uns auch billig einer besseren Gunst, als daß nun gleich nach geschlossenem Frieden den Katholiken, ungeachtet daß sie in den Schranken der Pflicht und der Gesetze bleiben, der Zugang zu den Capellen der Gesandten versperret und diesen die Anstellung englischer Capläne verwehrt sein soll.“ „Jedoch, schließt mahnend das kaiserliche Schreiben, habt Ihr

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 21. Juli/1. August.

²⁾ Desgleichen vom 2. August.

³⁾ In der durch Grimblot veröffentlichten Correspondenz von Ludwig XIV. und Tallard findet sich die ganze Sache nicht erwähnt.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 12. August.

im Falle der Noth allen Anstoß zu vermeiden, damit nur nicht ein Parlaments-Beschluß hervorgerufen werde“ ¹⁾).

Und dies führt uns zurück zu der Frage, ob jene Ansicht des portugiesischen Gesandten sich als richtig erwies. Wenn es dem Könige Ernst war mit der Forderung, die er durch Vernon hatte stellen lassen: so bot ihm der eilige Rückzug des Botschafters Tallard den Anlaß zum stärkeren Drucke auf die anderen Gesandten katholischer Mächte.

Nicht ein solcher Druck erfolgte. Das Parlament war vertagt und aufgelöst. Ein Tag nach dem anderen verrann, und Vernon kam auf seine Forderung, die Capellen zu schließen, nicht zurück. Die Ansicht des portugiesischen Gesandten erwies sich durch die Thatfachen selbst als richtig, und Wilhelm III. hatte, wenn auch mit der Umhüllung, welche nach seiner Ansicht die Lage der Dinge in England ihm zur Pflicht zu machen schien, dennoch der Erwartung des Kaisers von ihm entsprochen. Es fragt sich jedoch, wie es denjenigen Priestern erging, denen nicht ein Schutz von Gesandten katholischer Mächte zur Seite stand. Vernehmen wir darüber einen Bericht Hoffmanns an den Kaiser Leopold über einen besonderen Fall, welcher dennoch Licht wirft auf das Verhältniß im Allgemeinen.

„Vor einigen Tagen, meldet Hoffmann am 21. August 1698, sind die zwei im Arrest gewesenen Priester, nämlich ein Kapuziner und ein Weltpriester, nach Frankreich transportirt worden, und zwar, nachdem sie selbst darein gewilligt, wie die Gesetze es fordern. Sie willigen um so leichter ein, weil man sie bedroht im anderen Falle sie als Priester, und demgemäß unter der Anklage des Hochverrathes, dem Gerichte zu überliefern. Wie sie nun so zu einem Thore hinausgeführt werden, so können sie zum anderen wieder hereinkommen. ohne sich dadurch einer anderen Strafe auszusetzen als einer nochmaligen Transportation. Denn die Minister des Königs sind froh ihrer auf diese Weise los zu werden. Sie sehen es durchaus nicht gern, wenn vielgeschästige Angeber ihnen einen Priester zuführen, den sie dann, damit nicht der Angeber sie selber wegen Nicht-Ausführung der Gesetze zur Anzeige bringe, in Verhaft nehmen müssen. Aber

¹⁾ Kaiserliches Rescript vom 17. August.

auch die Haft in diesen Fällen ist nicht schwer, weil der König für die Wohnung und die Kost reichlich zahlt, und weil auch meistens das Ausgehen in Begleitung eines Wächters gestattet wird“¹⁾).

Demnach waren in England die Sitten besser als die Gesetze, und zwar zu nicht geringem Theile durch den Einfluß Wilhelms III.

Wir haben in vielen Fällen beobachtet, daß Wilhelm III., obwohl er in seinen Thronreden sich den damaligen Vorurtheilen der Engländer wider die Katholiken anbequeme, dennoch persönlich davon nicht berührt wurde, daß erst vom Jahre 1696 an, damals in Folge der irrthümlichen Berichte des Lords Lexington aus Wien, je dann und wann ein Schwanken darin sich bei ihm kundgab. Es ist bemerkenswerth, daß die Gesandten des Kaisers ein Mißtrauen, einen Zweifel an ihm persönlich in dieser Richtung niemals aussprechen. Es ist über seine Beziehungen mit Katholiken sogar eine eigenthümliche Nachricht erhalten, die, wenn sie sich auch nicht völlig probehaltig erweist, dennoch Erwähnung verdient.

Im Jahre 1698 befand sich als brandenburgischer Gesandter in London der Graf Christoph Dohna. Er war bei dem Könige, mit welchem ihn eine, wenn auch entfernte Verwandtschaft verband, eine gern gesehene Persönlichkeit. Er schrieb später die Denkwürdigkeiten seines Lebens nieder, nicht für die Oeffentlichkeit, sondern für seine Kinder. Schon diese Absicht, so wie dann die ganze Haltung der Schrift sprechen für die Aufrichtigkeit des Verfassers. Eben darum ist es wichtig die eigenen Worte Dohnas in diesem Falle zu vernehmen²⁾).

„Ich berichte eine vertrauliche Mittheilung, sagt Dohna, die ich für ein Märchen genommen haben würde, wenn sie mir gemacht wäre von einem weniger ernsthaften Mann als Duverferke, wie sie dann bestätigt wurde durch Albemarle und Schomberg. Ich hatte mich dem ersten näher angeschlossen. Der freundliche Herr erwies mir viele Artigkeiten, und dies war mir wegen seiner vertrauten Stellung bei dem Könige nicht ohne Nutzen. Eines Morgens als ich zu Hofe kam, fand ich ihn auffallend schweigsam, ähnlich wie seinen Herrn, der mir

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. August.

²⁾ Mémoires du comte Christophe de Dohna p. 229.

gedrückt und nachdenklich erschien. Da ich wahrhaften Antheil nahm an allem was den letzteren betraf: so konnte ich mich nicht enthalten, Duverferke zu fragen, ob eine schlimme Nachricht eingegangen. „„Allerdings, erwiederte dieser, sehr schlimm. Ich kenne Ihre Zuneigung für meinen Herrn, in dessen Augen Sie mehr sind als nur ein fremder Gesandter. Ich kenne auch Ihre Discretion. Deshalb sage ich Ihnen ganz offen was es ist. Der Ordensgeneral der Jesuiten ist todt.““ — „Als er bemerkte, fährt Dohna fort, daß ich geneigt war, diese Worte als im Scherze gesprochen aufzunehmen, fiel er rasch ein: „„Herr, das ist weder eine Mystification, noch ein Spaß, wie Sie zu glauben scheinen. Sie werden vielleicht noch mehr staunen, wenn ich Ihnen sage, daß dieser Ordensmann der beste Freund des Königs war, daß sie in regelmäßigem Briefwechsel standen, und daß der König durch ihn manche wichtige Nachrichten erhalten, sowohl in Betreff seiner persönlichen Sicherheit, als seiner Königreiche.““ — „Ich gestehe, berichtet weiter Dohna, daß diese Erzählung mich in hohem Grade überraschte, und bezweifle durchaus nicht, daß Viele, die dies lesen, es wie einen Traum ansehen werden. Dennoch verhält sich die Sache wie ich gesagt, und ich nenne meinen Gewährsmann, welcher, ehrenhaft und glaubwürdig, wie jemals Einer, nichts weniger war als ein Schwäger, welcher dazu mich freundschaftlich behandelte, und endlich nicht danach angethan war, meine Anhänglichkeit für seinen König zu vergelten mit grundlosen Reden.“

So Dohna. Demnach dürfte ein Zweifel an seiner subjectiven Wahrhaftigkeit nicht gestattet sein. Anders jedoch ist es mit dem Thatbestande. Unter der Regierung des Königs Wilhelm III. starb kein General des Jesuiten-Ordens, sondern Pater Royelle vorher, im Jahre 1686, sein Nachfolger Pater Gonzalez nachher, im Jahre 1705. Dazu ist im Archive des Ordens eine derartige Correspondenz Wilhelms III. nicht vorhanden ¹⁾.

Dieser Thatbestand indessen reicht nicht hin, die ganze Mittheilung des Grafen Dohna überhaupt zu verwerfen. Dies wäre ein Unrecht gegen das Andenken eines Mannes, für dessen Ehrenhaftigkeit

¹⁾ Gemäß freundlichen Mittheilungen von Seiten der betreffenden Archivbeamten des Ordens.

sein ganzes Buch Zeugniß ablegt. Da er lange Jahre später aus dem Gedächtnisse niedergeschrieben, so ist immerhin möglich, daß irgend eine Verwechslung stattgefunden zwischen dem Jesuiten-General und einem anderen hochgestellten Ordensmanne in Rom. Die Worte von Innocenz XII. (Bd. VII, S. 66 u. f.) legen dar, daß der König Wilhelm III. in Rom viele Freunde hatte.

Der König Wilhelm III. hatte sofort nach seiner Ankunft in Holland sich nach Voo begeben. Die fremden Gesandten in London hatten die Weisung bekommen ihm dahin nicht zu folgen. Man ließ durchblicken, daß er wünsche, der Nähe des französischen Botchasters Tallard überhoben zu sein¹⁾. Der Wink entsprach nicht der wahren Absicht. Es war die Uebereinkunft getroffen, daß zur Fortsetzung der Verhandlung über den Theilungsvertrag Tallard sich nach Utrecht begeben solle.

Wir erinnern uns des Standes der Verhandlung beim Aufbruche des Königs Wilhelm III. nach Holland. Der hauptsächlichste Theil des spanischen Erbes, das Königreich Spanien selbst und Westindien, sollte dem Kurprinzen Joseph Ferdinand zufallen, Neapel und Sicilien dem Dauphin, Mailand dem Erzherzoge Carl. Die geringschägige Weise, mit welcher Tallard von jenen beiden Ländern sprach, erregte in Wilhelm III. den Verdacht, daß Frankreich absichtlich die Sache hinzerre. Er machte noch einmal den Versuch, den Kaiser mit hereinzuziehen. Wenn der König von Frankreich zustimme, sagte er, so könne man den Kaiser befragen, ob er Neapel und Sicilien lieber wolle als Mailand.

Hier berührte Wilhelm III. den Nerv des französischen Planes, den negativen und dennoch wichtigsten Grund der ganzen Unterhandlung, die Absicht Ludwigs XIV. ihn zu trennen von dem Kaiser. Tallard hob daher in seiner Antwort hervor, daß der Kaiser unbedingt fern gehalten werden müsse. Gemäß dem Berichte Tallards machte Wilhelm III. keinen Versuch zu beharren²⁾, zum abermaligen Beweise, wenn es dessen noch bedarf, daß er den Kern der Sache bei Ludwig XIV. nicht erfaunte.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 4. Juli.

²⁾ Grimblot t. II, p. 89. Vom 30. Juli aus Calais.

Die Antwort dieses Königs drückte noch stärker die Bereitwilligkeit zum Abschlusse mit Wilhelm III. aus, als das Schreiben vom 15. Juli. Er baute seine Säge für Tallard auf in folgender Weise. „Harcourt, sagte er, berichtet mir durch einen Courier abermals über die Neigung in Spanien zu Gunsten meines Enkels. Nicht bloß die Mehrheit des Volkes, sondern auch die höheren Classen sind für ihn. Sie sehen das Unglück vorher, wenn Spanien in andere Hände kommen sollte. Sie nehmen keinen Anstand zu sagen, daß der König von Spanien, obwohl Herr für seine Lebenszeit, nicht sich einen Successor wählen dürfe wider die Geseze und die Verfassung des Königreiches. Viele versprechen sich beim Tode des Königs sofort zu erklären. Sie behaupten, daß Andere, zur Zeit noch zurückgehalten durch die Furcht, ihrem Beispiele folgen werden. Die Anhänger des Kaisers, verhaßt bei der Nation, würden bald verlassen sein. An den Kurprinzen denkt Niemand. Demnach steht alles zu meinen Gunsten. Ich bin im Stande durch meine Truppen an den Grenzen von Spanien im Todesfalle das Recht geltend zu machen. Ich vermag allen Unternehmungen des Kaisers und seiner Helfer zuvorkommen.“

„Allein, in der That, ich kann es nicht, ohne den furchtbar blutigen Krieg zu erneuern.“

„Dagegen ist der Wunsch den allgemeinen Frieden zu erhalten, für mich der stärkste Beweggrund gewesen, einzutreten in die Unterhandlung mit dem Könige von England. Freilich kannte ich bei dem ersten Vorschlage noch nicht die Geneigtheit der Spanier für meinen Enkel. Allein da die Ruhe der Christenheit mein hauptsächlichs Ziel: so ist, je größer die Wahrscheinlichkeit der spanischen Succession für meinen Enkel, desto stärker auch der Beweis meiner Mäßigung, indem ich mich begnüge mit einem Theile, und indem ich dem Frieden meiner Unterthanen und der Ruhe Europas so wichtige Interessen zum Opfer bringe.“

„Darum ändern die letzten Berichte aus Madrid nicht meinen Entschluß, mit dem Könige von England weiter zu verhandeln. Im Gegentheile bewegt mich der schlechte Gesundheitszustand des Königs von Spanien, so bald wie möglich einen Vertrag zu schließen“ ¹⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 93. Vom 5. August.

Allerdings verlangte dann in Betreff der Einzelheiten Ludwig XIV. mehr als in seinem Schreiben vom 15. Juli, namentlich Mailand, statt Neapel und Sicilien, für seinen Antheil, jedoch mit der Ermächtigung für Tallard, wenn dieses Mehr nicht zu erlangen, sich mit jenen Forderungen zu begnügen.

So Ludwig XIV. am 5. August. Tallard meldete von Utrecht aus an Portland, daß er weitere Instructionen besitze. Am 10. August empfing ihn der König Wilhelm, in Anwesenheit von Portland, im Schlosse Voo. Wilhelm III. bewilligte Mailand statt Neapel und Sicilien für die Krone Frankreich. Das Ergebnis des Ganzen war, daß der König Wilhelm III., mit dem Ausdrucke seiner Zufriedenheit über den Hergang, den Rathspensionär Heinsius und Dyfvelt nach Voo beschied, Tallard dagegen nach Versailles die Bitte richtete um die Vollmacht zum Abschlusse ¹⁾.

Die Antwort Ludwigs XIV. war abermals darauf berechnet, den Botschafter Tallard in dem Glauben zu bestärken, daß es dem Könige zu thun sei um den Vertrag als solchen. „Es ist vorthafter für meine Krone, sagt er, Mailand, Finale, Auentarabia, San Sebastian, die Provinz Guipuzcoa und die Plätze an der Küste von Toscana zu erhalten, als einen meiner Enkel auf den Thron von Spanien zu setzen, und dafür ganz Italien dem Kaiser hinzugeben, so wie den Engländern und Holländern Plätze in Westindien. Das Interesse von ganz Europa verbündet sich bei dieser Gelegenheit mit dem meinigen. Es handelt sich nur noch um die Ausführung. Diese ist möglich, wenn der König Wilhelm dieselbe Aufrichtigkeit beweist wie bisher.“ „Es darf aber, fügt er hinzu, keine Zeit mehr verloren werden; denn die letzten Nachrichten aus Madrid, vom 30. Juli, melden, daß der König dort den Herbst nicht ausleben wird“ ²⁾.

In Folge des Heranziehens jedoch von Heinsius und Dyfvelt wurde eine Aenderung vorgenommen. Mailand wurde wieder dem Erzherzog Carl bestimmt, Neapel und Sicilien der Krone Frankreich. Die Holländer gaben dafür einige andere Vortheile für dieselbe zu. Und damit war der Vertrag zum Abschlusse fertig, in der zweiten

¹⁾ Grimblot t. II, p. 104.

²⁾ A. a. O. p. 112. Vom 18. August.

Halbte des Monates August. Der König Wilhelm machte dann den weiteren Vorschlag zur Aufrechthaltung und Durchführung des Vertrages ein Schutz- und Trugbündnis der drei Mächte zu schließen, Englands, Frankreichs, der Republik Holland. Ludwig XIV. stimmte bei. Wilhelm III. machte zu Gunsten des Kaisers noch einen Versuch. Er schlug vor, daß eben so wie der Antheil für Frankreich nicht einem Prinzen des Hauses, sondern der Krone überwiesen werde, so auch das Herzogthum Mailand nicht dem Erzherzoge Carl zufallen solle, sondern dem Kaiser selbst. Ludwig XIV. lehnte ab. Wilhelm III. schlug dann vor, daß, wenn der Kaiser nicht beitrete, Mailand mit Sequester zu belegen sei, und zwar durch die Republik Venedig. Ludwig XIV. billigte das sehr ¹⁾.

Wir erinnern uns, daß der König Wilhelm III. nach dem Abschlusse des Friedens von Ryswyck dem Kaiser den Antrag gemacht, die große Allianz, und demgemäß auch den geheimen Artikel derselben zu erneuern, welcher dem Kaiserhause das gesammte spanische Erbe zusprach. Wir erinnern uns ferner, daß der Kaiser diesen Vorschlag nicht abgelehnt hatte, daß er vielmehr seit vielen Monaten und auch damals noch der Ankunft eines Gesandten von Wilhelm III. zu diesem Zwecke harrend entgegen sah. Als endlich der holländische Gesandte Hop eintraf, hatte er nicht diesen Auftrag. Der König Wilhelm hatte eingelenkt in eine andere Bahn.

Er sagte dem Botschafter Tallard, daß er nach diesem Vertrage völlig abhänge von der Allianz mit Frankreich; denn auf das Haus Oesterreich dürfe er nun nicht mehr zählen. Aber Wilhelm III. durfte auf den Kaiser fortan nicht mehr zählen, weil er seinerseits den Vertrag nicht hielt, kraft dessen einst der Kaiser vor der Welt die Sache Wilhelms III. mit auf sich genommen hatte: durfte der König Wilhelm darauf bauen, daß Ludwig XIV., den er so oft bei dem Kaiser der Untreue angeklagt, nun ihm einen Vertrag halten werde?

Und doch war dies Vertrauen das entscheidende Motiv für den Schritt, welchen Wilhelm III. zu thun im Begriffe stand. Der Schritt war nicht gerecht, nicht bloß gegenüber dem Kaiser, sondern auch nach anderen Seiten. Wir haben die mannichfachen Bedenken aus den

¹⁾ Grimblot t. II, p. 128, 138.

Worten des Königs, aus seiner Seele selbst heraus vernommen, und haben gesehen, wie er dennoch dieselben überwand. Es geschah vermöge der Erwägung, daß dieser Schritt die Erhaltung des Friedens bezwecke. Daß auch in Betreff dieser vermeintlichen Zweckmäßigkeit je dann und wann bei Wilhelm III. Zweifel emporstiegen, haben wir mehr als einmal wahrgenommen. Dennoch behielten die Gründe für dieselbe die Oberhand, nicht allein bei dem Könige persönlich, sondern auch bei seinen Berathern.

Eben die Personen dieser Berather nöthigen uns, die Frage der Zweckmäßigkeit schärfer ins Auge zu fassen. Es waren Portland, Heinsius, Dytvelt, lauter Holländer, wie Wilhelm III. selbst. Sie waren sämmtlich Männer von hoher geistiger Begabung, von weitreichendem Blicke, ausgerüstet mit reicher Erfahrung. Sie beriethen und beschloffen über die wichtigste europäische Angelegenheit, die es bis dahin gegeben. Sie suchten Europa zu bewahren vor einem neuen furchtbaren Kriege. Allein bei aller dieser Begabung, bei allem diesem Streben, waren und blieben sie zunächst holländische Patrioten, faßten sie ihre Beschlüsse zunächst im Interesse des eigenen Vaterlandes. Wenn, wie sie glaubten, Holland durch den Vertrag vor einem neuen furchtbaren Kriege bewahrt blieb, oder, im Falle daß es zum Kriege kam, Holland der stärkeren Partei angehörte, welche voraussichtlich die Entscheidung geben würde: so hatten sie für ihr Vaterland genug gethan. Und damit schrumpfte die Frage der allgemeinen Zweckmäßigkeit für Europa ein auf die Frage der Zweckmäßigkeit für die Republik.

Es war der holländische Gesichtspunct. Und eben auf demselben stand auch Wilhelm III. Es war sein eigener vermöge seiner Geburt, seiner Erziehung, seiner Jugendzeit wie seiner Mannesjahre, vermöge der glühenden Hingebung, die er in jeder Stunde seines Lebens an die Sache seines Vaterlandes dargethan. Dieser Gesichtspunct in ihm änderte sich nicht durch die Krone von England auf seinem Haupte, weil er für alle Fragen von europäischer Bedeutung sich nur holländische Berather erfor, weil er namentlich in dieser wichtigsten Frage, derjenigen der Succession in Spanien, jeden nicht-holländischen Rath von sich abhielt, ja man dürfte sagen, sich mit seinen wenigen Holländern isolirte. Indem er mit den Holländern,

die um ihn waren, wünschte, daß die Dinge so kommen möchten, wie sie hofften, nämlich daß der König von Frankreich in diesem Falle vertragstreu sein werde, vergaßen sie, daß dieser in die Luft hinein gebaute Wunsch bei ihnen allmählich das Gewicht eines Grundes erlangt hatte. Und doch nur bei ihnen. Von diesem ihrem Wunsche aus erkannten sie nicht oder beachteten sie nicht, daß derselbe König von Frankreich, welcher durch einen Vertrag mit ihnen dem Kurprinzen von Bayern das Königreich Spanien zuerkannte, dessen ungeachtet an den Gemüthern der Spanier, bei Hohen und bei Niederen, unablässig fortarbeiten ließ zu Gunsten seines Enkels.

Der Vertrag war fertig gemacht zwischen jenen Holländern und dem Franzosen Tallard. Es handelte sich nun um die Herbeiziehung auch von England, so wie um die formelle Zustimmung der Republik.

Von Roo aus meldete Portland dem Staats-Secretär Vernon, daß Frankreich Vorschläge gemacht zu einem Vertrage über das spanische Erbe. Es dürfte für Vernon sehr schwer geworden sein, aus dem Briefe zu erkennen, daß die Sache, nach einer Verhandlung vieler Monate, völlig fertig war. Denn Portland meldet ihm: „Da der König nicht Willens ist sich in diese Sache allzu tief einzulassen, ohne vorher die Ansichten in England zu kennen: so theile ich auf seinen Befehl Ihnen die Vorschläge mit, damit Sie mit dem Lord-Kanzler darüber reden“ ¹⁾.

An den Lord-Kanzler Somers schrieb Wilhelm III. selbst. Er stellte ihm anheim, die Personen zu wählen, mit denen, außer Vernon, er die Sache bereden wolle. Aber er erhob drei wichtige Forderungen: tiefes Geheimnis, möglichste Eile, die erforderlichen Vollmachten unter dem großen Siegel von England, jedoch in Blanco ²⁾.

Dies tiefe Geheimnis war von Wilhelm III. unzweifelhaft bewahrt. Tallard hatte von Ludwig XIV. denselben Befehl, und zugleich denjenigen bei Wilhelm III. darauf zu dringen. An demselben Tage, an welchem Wilhelm III. jene Aufträge an Somers gab, sprachen Wilhelm III. und Tallard einander ihre Befriedigung aus über das bisherige Gelingen. „Es ist unglaublich, meldet Tallard

¹⁾ Grimblot t. II, p. 120. Vom 24. August.

²⁾ A. a. O. p. 121. Vom 25. August.

an Ludwig XIV., und der König von England selber ist erstaunt, daß auch nicht ein einziges Wort der Besorgnis über die Vorgänge zwischen uns an ihn gelangt ist, weder von einem Fürsten, noch einem Gesandten, so daß auch nicht eine leise Vermuthung dessen sich regt, was eines Tages ans Licht treten wird, dann freilich zur Verwunderung der Welt" ¹⁾).

Das Erstaunen Wilhelm III. mochte subjectiv richtig sein, eben so wie die Meldung Tallards; aber weder das Eine noch das Andere entsprach dem Thatbestande. Bereits vierzehn Tage vorher trat der portugiesische Gesandte in London zu dem Grafen Auersperg und theilte mit, daß nach seinen Nachrichten aus Frankreich man dort überall aussprengte: zwischen England und Frankreich werde ein Vertrag über die spanische Succession verabredet. Der Portugiese war darüber sehr besorgt. Auersperg, arglos wie er war, suchte ihn zu beschwichtigen durch den Vorhalt der Unmöglichkeit ²⁾).

Die Meldung wirft ein grelles Streiflicht auf beide Könige. Wir erkennen, daß Ludwig XIV., indem er durch Tallard von Wilhelm III. das Geheimniß forderte, seinerseits es geßfentlich nicht bewahrte. Wir erkennen, daß Wilhelm III., einst so umsichtig, in dieser Zeit seines Lebens es nicht war, und, während er noch den Kaiser in der Täuschung über seine Freundschaft hinhielt, nicht erkannte, daß er selber getäuscht wurde. Immerhin mochte er in London ein Gerücht über seine Verhandlungen mit Frankreich nicht vernehmen; aber er vergaß, daß er bereits vor der Abreise dahin die Gesandten in Betreff der spanischen Angelegenheit in weiter Entfernung von sich gehalten, und daß er in London doch nur Einen fremden Gesandten zu sich ließ, den Tallard, den Prediger des Geheimnisses. Dagegen konnte Wilhelm III. nicht wissen, daß der kaiserliche Gesandte, auf den es zunächst angekommen wäre, allerdings das Gerücht der Verhandlungen kannte,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 128. Vom 25. August.

²⁾ Auersperg an Kinsky, 8. August: L'envoyé de Portugal m'a dit qu'il avoit des avis de France que l'on y débite partout qu'il y a quelque concert fait entre l'Angleterre et la France touchant la succession d'Espagne, et le dit envoyé m'en paroist fort embarrassé. Cependant, lorsqu'il en considère toutes les circonstances, il voit bien que cela ne sauroit avoir de la substance.

aber die Thatsache als moralisch unmöglich verneinte zu Ehren Wilhelms III.

Nicht unterrichtet, völlig ohne Kunde waren jedenfalls die englischen Minister. Die Reden des Staats Secretärs Vernon zu dem Gesandten Auersperg, auch nach der Abreise Wilhelms III., drehen sich beständig um den Türkenfrieden. Der Nicht-Abschluß desselben sei der Beweis, daß der Kaiser sich die spanische Angelegenheit nicht so zu Herzen nehme, wie die Noth fordere. Der König von England allein sei es, der mit Ernst daran gedenke. So am 2./12. August¹⁾. Eine Ironie lag bei diesen Worten nicht in der Absicht Vernons. Er redete, unfundig des wirklichen Sachverhaltes, von dem Standpuncte aus, den er als Engländer auch für denjenigen des Königs ansah.

Die gleiche Unkunde zeigt sich bei dem Admiral Russell, den Wilhelm III. zum Grafen Orford ernannt. Während schon der Courier des Königs mit seiner Aufforderung an den Lord-Kanzler sich auf dem Meere befand, schrieb Orford aus London an Shrewsbury: „Von hier ist nichts zu melden, als daß wir täglich die Nachricht vom Tode des Königs von Spanien erwarten. Was dann aus uns werden soll, weiß der liebe Gott. Ich ersehe nicht, daß der König, obwohl oft darum gebeten, für diesen Fall irgend welche Vorsehrung getroffen hat. Diese Unterlassung dürfte, nach meiner bescheidenen Ansicht, unheilvoll für England werden, und der Vorwurf dann auf die Persönlichkeiten in Aemtern fallen, die doch nichts dazu gekonnt haben“²⁾.

Eine ähnliche Auffassung der Dinge prägt sich aus in einem Schreiben von Montague, dem Kanzler der Schatzkammer, an Shrewsbury. „Die Newwahlen, sagt er, befunden eine wenig geneigte Stimmung für uns, die wir in Aemtern sind. Denn wenn die Steuern als so lästig erschienen während des Krieges gegen Frankreich und den Papismus: so werden sie um so schwerer empfunden werden, wo die Gefahr ferner erscheint, während doch die Ausgaben für unsere Sicherheit auch in der Friedenszeit unvermeidlich sind. Und wenn nun gar der König von Spanien stirbt, auf dessen längeres Leben ja doch Niemand eine Hoffnung setzt: so möge Gott uns gnädig sein“³⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 12. August.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 552. Vom 16./26. August.

³⁾ A. a. O. p. 551.

Während die hauptsächlichlichen politischen Personen in England, der Verhandlungen des Königs in Betreff Spaniens unkundig, voll solcher Besorgnisse in die Zukunft schauten, gelangte die Aufforderung des Königs an den Lord-Kanzler Somers, nachdem er zum Zwecke einer Kur gerade in Tunbridge Wells eingetroffen war. Sein Schreiben an Vernon faßt kurz und bündig die lange Reihe der Erwägungen zusammen, die auf ihn einströmten. Aber es galt hier keine Zeit zu verlieren. Er ersuchte Vernon um die Mittheilung an Orford, Montague, Shrewsbury, und stellte ihnen anheim, ob noch Andere herbeizuziehen. Diesen Allen erschien das Geheimhalten so wichtig, daß sie darauf verzichteten¹⁾.

Wir sehen also ein merkwürdiges Verfahren. Der König selber bringt die Sache nicht an die Regentschaft als solche, sondern an den Lord-Kanzler Somers, mit der Ermächtigung, andere Personen zu betheiligen gemäß seiner Wahl. Somers zieht einige heran, nicht nach Maßgabe der amtlichen Stellung, sondern der Parteigenossenschaft als Whigs, und des persönlichen Vertrauens. Diese Wenigen stecken dann selber die Grenze gegen eine weitere Mittheilung. Genauer noch war die Antwort an den König das Ergebnis der Berathungen zwischen Somers, Montague, Vernon²⁾. Es dürfte nicht unwichtig sein daran zu erinnern, daß von dem Verhältnisse Wilhelms III. zu dem Kaiser, von dem Vertrage der großen Allianz von 1689 und dem geheimen Artikel desselben keiner dieser drei Engländer eine Kunde besaß.

Die erste und wichtigste Frage war diejenige des Vertrauens auf den König von Frankreich. „Das Eingehen auf einen Vorschlag dieser Art, sagt Somers, erschien uns für den Fall, daß Frankreich nicht aufrichtig handelt, als verknüpft mit sehr vielen bösen Konsequenzen. Aber wir enthoben uns bald dieser Bedenklichkeiten, da wir ja sicher sein dürfen, daß Ew. Majestät in einer Angelegenheit, bei der es sich um das Wohl von ganz Europa handelt, nicht anders vorgehen werden, als mit möglichst denkbarer Umsicht.“

So Lord Somers über diesen Punct. Allein so leicht, wie er sagt, war man doch darüber nicht hinweggekommen. Vernon spricht

¹⁾ Grimblot t. II, p. 129 sqq.

²⁾ H. a. D. p. 143. Rom 28. August/7. September.

sich in einem Schreiben an Portland darüber bestimmter aus. „Vor allem, sagt er, wird die Besorgnis geltend gemacht, daß dieser Vorschlag eines Vertrages eine dem Könige gelegte Schlinge ist, damit man, im Falle des Eingehens, ihn darstellen könne als fähig sich von seinen früheren Verpflichtungen loszusagen, und sein persönliches Interesse allen anderen Erwägungen vorzuziehen, damit man ferner dadurch ihn isolire und eine Grundlage gewinne zu neuen Allianzen wider ihn ¹⁾).

Diese Gedanken Vernons entsprechen so sehr der Sachlage, daß es unbegreiflich wäre, wenn sie in der Verathung der drei Engländer nicht zum Ausdruck gelangt sein sollten. Dem Könige persönlich gegenüber mochte Somers Bedenken tragen sie zur Geltung zu bringen. Zene seine Fassung ist bei ihrer Kürze dennoch eben so gewichtig. Sie schiebt diese Cardinal Frage zurück auf den König.

Und eben dadurch hatte Somers sich die weitere Bahn eröffnet.

„Die zweite Frage, fährt er fort, die für uns in Erwägung kam, war die Aussicht auf den wahrscheinlichen Wirrwarr, den der voraussichtlich nahe Tod des Königs von Spanien hervorrufen wird, wenn nicht zuvor eine Fürsorge getroffen wäre. Denn der König von Frankreich steht ja mit solcher Macht in Bereitschaft, daß er Spanien wegnehmen kann, bevor irgend eine Macht es vermag ihm entgegen zu treten. Ew. Majestät sind, bei Ihrer genauen Kenntniß der auswärtigen Angelegenheit, am ehesten im Stande zu beurtheilen, ob diese Ansicht der Sachlage entspricht.“

Demnach war auch für diese zweite Frage die moralische Verantwortlichkeit auf den König zurückgeschoben.

Dann erst tritt das heimische Interesse mit ein in die Betrachtung dieser drei Engländer.

„Zedoch, sagt Somers, in so weit die Sache England angeht, fordert es unsere Pflicht, Ew. Majestät offen auszusprechen, daß wir in der Nation eine Abspannung, einen Mangel an Frische wahrnehmen, und zwar allgemein, derartig, daß der Gedanke in einen neuen Krieg verwickelt zu werden sehr wenig Geneigtheit finden würde. Der Druck der Lasten wird, wie es sich in Anlaß der Neuwahlen erst kürzlich

¹⁾ Grimblot t. II, p. 155. Rom 30. August/10. September.

klar gestellt hat, empfunden über unsere Erwartung hinaus. So die Wahrheit, und auf Grund derselben mögen Ew. Majestät Ihre Entschlüsse fassen."

Es folgen dann die besonderen Erwägungen von Somers für den Fall, daß der Vertrag zu Stande kommt. Auch sie enden damit, daß Somers alles der überlegenen Einsicht des Königs anheim stellt. Der Forderung Wilhelms III. gemäß, legt er die Vollmachten in Blanco bei, geschrieben von Vernon, mit dem von ihm selber beigefügten großen Siegel von England, so daß außer den in der Sache selbst genannten fünf Personen kein anderer Engländer davon eine Kenntnis besaß. Somers schließt seinen Bericht mit den Worten: „Ich setze voraus, daß Ew. Majestät es nicht für geeignet halten, bei einer Angelegenheit dieser Art andere Bevollmächtigte zu ernennen als geborene oder naturalisirte Engländer“.

Englische Schriftsteller haben die Frage erörtert, ob die Forderung des Königs einerseits, ob die Erfüllung von Somers andererseits den Gesetzen des Königreiches entsprach. Nicht diese Frage tritt für die geschichtliche Betrachtung voran, sondern die Klarstellung der Thatfachen an sich. Die englischen Historiker und Juristen haben nämlich dabei unbeachtet gelassen oder nicht gewußt, daß Wilhelm III. dem Vertrage der großen Allianz von 1689 beigetreten war und im Jahre 1695 ihn erneuert hatte ohne die Mitwissenschaft, ohne die Gegenzeichnung eines Ministers, in dem einen Falle wie dem anderen mit dem beigefügten großen Siegel von England.

Und eben so handelte auch dies Mal, genau genommen, der König Wilhelm III. ganz allein. Er hatte in seiner Aufforderung an Lord Somers um Eile gedrängt, am 15./25. Jene Antwort von Somers ist datirt vom 28. August/7. September. Wilhelm III. wartete nicht bis auf die Ankunft derselben, sondern schloß vorher mit Tallard ab, am Morgen des 29. August/8. September. Er fügte dem Entwurfe eigenhändig die Note hinzu, daß derselbe als Vertrag gelten solle, auch wenn der König von Spanien sterbe vor der Auswechselung der Ratification. Demnach machte Wilhelm III. sich persönlich verbindlich, bevor er die Zustimmung von Seiten Englands und der Republik in Händen hatte. Der Unterschied seines Verfahrens in diesem Falle von demjenigen bei der großen Allianz von 1689

bestand darin, daß er für die anderen verfassungsmäßigen Gewalten beider Länder den Schein beließ. Er setzte die Unterzeichnung des wirklichen Vertrages an auf den 19./29. September. „Er will nämlich, meldet Tallard, nicht durch ein Datum fund werden lassen, weder im Haag, noch in Vondon, daß der Vertrag völlig fertig war, bevor Jemand zu Rathe gezogen worden ist. Indem daher jene seine handschriftliche Note unter dem Entwurfe, den ich nach Versailles eingekendet, erlischt mit dem Momente der Auswechselung der Ratifikationen, bleibt kein Document, dessen Datum älter wäre als die Berathungen in den Generalstaaten oder als das ihm von England zugekommene Votum“ ¹⁾).

Fassen wir also diesen wichtigen Vorgang im Völkerleben Europas noch einmal übersichtlich zusammen. Die beiden Könige von England und Frankreich schließen einen Theilungsvertrag über die spanische Monarchie. Sie thun dies, ohne den Träger dieser Krone, ohne die berechtigten Erben zu befragen. Der König von Frankreich bedarf für einen solchen Act nicht der Zustimmung einer Körperschaft seines Reiches. Er handelt absolut. Aber der König von England, welcher einer solchen Zustimmung bedarf, handelt in der Wirklichkeit eben so absolut. Er schließt ab vor jeglicher Zustimmung von England aus. Ja noch mehr. Er schließt ab nicht bloß für England, dessen Krone er trägt, sondern auch für die Republik Holland, in welcher er, wenn auch der erste und höchste Bürger, dennoch ein Unterthan ist. Immerhin zieht er drei Holländer zur Berathung heran, Portland, Heinsius, Dyfvelt. Jedoch nur für Heinsius kann bei dieser Auswahl die amtliche Stellung als Grund gelten: das durchschlagende Motiv in Betreff aller drei ist für den Oranier sein persönliches Vertrauen. Demnach handelt er allein. Dennoch bindet er sich dem Könige von Frankreich gegenüber persönlich durch sein schriftliches Wort, so sehr, daß, welche Einrede auch immer die verfassungsmäßigen Gewalten in Holland und England erheben mochten, sie dem Könige von Frankreich gegenüber nicht besteht. Wilhelm III. hält sich also in Betreff beider Länder für sicher, daß im Ganzen wie im Einzelnen sein Wille durchschlagen werde. Zudem er somit den verfassungsmäßig berechtigten Personen

¹⁾ Grimblot t. II, p. 149.

in Holland und England den Schein beläßt, daß sie mitberathen haben, ist er doch beflissen die Spuren zu tilgen, welche ein formelles Zeugnis dafür ablegen konnten, daß nur er allein gehandelt.

Die wesentlichen Bestimmungen dieses in einer so merkwürdigen Weise errichteten Vertrages lauteten dahin, daß der Kurprinz von Bayern erhalten solle Spanien, Belgien und Westindien; der Dauphin, der künftige Träger der Krone von Frankreich, die Königreiche Neapel und Sicilien, so wie eine Reihe von Gebieten an den Pyrenäen; der Erzherzog Carl, der zweite Sohn des Kaisers, das Herzogthum Mailand. Die drei Mächte verbündeten sich den Vertrag gegen jeden Widerspruch mit Gewalt durchzusetzen. Nach der Unterzeichnung des Vertrages soll der König von England den Kaiser davon in Kenntniß setzen und zum Beitritte auffordern. Ein geheimer Artikel des Vertrages überträgt für den Fall des Todes des Kurprinzen Joseph Ferdinand sein Recht auf den Vater Max Emanuel. Unter allen willkürlichen Bestimmungen des Vertrages ragt dieser Artikel hervor, weil dem Kurfürsten gar kein Recht zustand. Der Vorschlag Tallards, den Herzog Victor Amadeus von Savoyen zu benennen, war bereitwillig aufgenommen bei Portland, jedoch gescheitert an dem Widerwillen Wilhelms III. gegen den Herzog Victor Amadeus. Tallard beklagte es nicht. „Denn — meldet er dem Könige Ludwig XIV. — der letztere Fürst ist sparsam, ehrgeizig, fähig die Finanzen Spaniens herzustellen, Festungen zu erbauen, wo sie erforderlich. Er besitzt das für uns gefährlich gelegene Piemont. Der Kurfürst von Bayern dagegen denkt nur an sein Vergnügen, vernachlässigt alles, und gibt, nach Maßgabe von Flandern, welches ich so eben durchreist, uns zu erkennen, daß Spanien unter ihm in demselben Zustande bleiben wird, in welchem wir es seit so langen Jahren kennen“ ¹⁾. — Es liegt nahe, daß bei den Holländern dieselbe Wahrnehmung für den Kurfürsten von Bayern sprach. Man durfte mit Sicherheit annehmen, daß der Gedanke, die Schelde von ihren Fesseln zu befreien, durch Max Emanuel für Holland nicht gefährlich werden konnte. Vielmehr war er die geeignete Persönlichkeit, mit welcher von Seiten der Republik Holland sich alles dasjenige abschließen ließ, was, wie Wilhelm III.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 152.

zu Heinsius sich ausdrückt, „unserer Convenienz und unserem Vortheile besonders entspricht“ ¹⁾).

Die Gesinnung dem Kaiser gegenüber, aus welcher der Vertrag geboren war, ergibt sich in Betreff des Botchasters Tallard aus dem Vobe, welches er für Wilhelm III. bei Ludwig XIV. darbringen zu müssen glaubt. „Die Absichten Ew. Majestät, jagt er, alle Ansprüche des Kaisers abzuschneiden, sind durchaus erreicht: kurz ich hoffe, Ew. Majestät werden zufrieden sein. Sie müssen sogar es sein in Betreff des Königs von England; denn, seitdem wir die Vermehrung der Macht Ew. Majestät vereinbart, war es unmöglich mehr Rücksicht für Sie zu zeigen als er bewiesen hat. Denn jeglichen Vorschlag, der beitragen konnte den Kaiser auszuschließen, habe ich bei ihm durchgesetzt“ ²⁾. Nur die eine Rücksicht bewies Wilhelm III. gegen den Kaiser, daß der geheime Artikel, welcher den Kurfürsten von Bayern, im Falle des Todes des Kurprinzen, an die Stelle desselben setzte, überhaupt noch verborgen bleiben solle, sowohl dem Kurfürsten, als der Republik Holland.

Bis dahin scheint Ludwig XIV. der Ansicht gewesen zu sein, daß Wilhelm III. nur als König von England mit ihm unterhandele, nicht zugleich auch für die Republik Holland. Er nahm die Kunde, daß der Beitritt derselben versucht werde, mit großer Befriedigung entgegen. Er drängte auf Eile; denn nach den Berichten Harcourts sei der Zustand des Königs von Spanien derartig, daß die Todesnachricht in jedem Momente eintreffen könne. Er gab auf alle Fälle für die Gültigkeit des Entwurfes des Vertrages eine handschriftliche Erklärung, welche derjenigen Wilhelms III. entsprach. Eben so der Dauphin ³⁾.

Der Vertrag über die Theilung der spanischen Monarchie war demnach fertig. Im Namen des Königs Wilhelm zeichneten Portland und Williamson, im Namen Ludwigs XIV. der Botschafter Tallard. Der letztere verkündete die Sache dem Könige von Frankreich mit den Worten: „Der gewichtigste Vertrag, der seit langen Zeiten her geschlossen

¹⁾ Grimblot t. II, p. 163. Vom 14. September.

²⁾ A. a. O. p. 148.

³⁾ A. a. O. p. 168.

worden, ist am 24. September Abends neun Uhr im Schlosse Foo unterzeichnet" ¹⁾).

Die Verfassung der Republik der Niederlande gestattete nicht eine so rasche Erledigung. Daher wurde für die Unterschrift ihrer Bevollmächtigten freier Raum gelassen.

Heinsius unternahm inzwischen die Arbeit, den Vertrag bei den Generalstaaten annehmbar darzustellen. Seine Gründe waren: es sei nothwendig, daß die Republik über die spanische Sache einen Vertrag mit Frankreich schließe. Denn das Interesse des Kaisers in Spanien sei nicht im wünschenswerthen Stande. Der Kaiser zaudere mit dem Abschlusse des Türkenfriedens so lange, daß zu fürchten stehe, der König von Spanien werde vorher sterben. Wenn dann die Republik dem Kaiser verpflichtet wäre, so falle die schwerste Last des Krieges abermals auf sie. Ueberhaupt sei von Wien aus in dieser Angelegenheit bereits so viele Zeit verloren, daß auch ferner auf einen Entschluß von dort her nicht zu bauen sei. Zwar sei der Kaiser direct dabei betheiligt, Holland und England nur indirect: dennoch dränge die Gefahr, die aus der Krankheit des Königs von Spanien erwachse, zur eigenen Sicherheit für die Republik auf Eile ²⁾).

Ob die Rede des Rathspensionärs über das Verhalten des Kaisers in Bezug auf einen Frieden mit den Türken der Wahrheit entsprach, hat die Verhandlung mit dem Czaren Peter in Wien und klar gestellt, und wird sich ferner an den Thatfachen ergeben.

Nicht die Generalstaaten als solche waren berechtigt einen Vertrag abzuschließen, sondern die Stände der souveränen Provinzen. An diese also mußte die Sache gesandt werden. Vor der Mittheilung wurde ein Eid strenger Verschwiegenheit abgelegt. Daß dieser Eid nicht eine Bürgschaft des Geheimnisses bot, darüber war Wilhelm III. sich klar. „Da Sie nun die Sache an die Stände von Holland gebracht haben, jagt er zu Heinsius: so dürfen wir auf das Geheimnis nicht lange mehr rechnen. Und doch sollte es sein, und sicherlich würden wir dann für die Sache in Wien wie in Madrid mehr Bereitwilligkeit und geringeren Tadel finden. Denn das Lautwerden,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 167.

²⁾ Auerspergs Bericht aus dem Haag, vom 7. October.

welches ich doch fortan für unvermeidlich halte, wird eine erstaunliche Erregung hervorrufen. Jedenfalls müssen wir trachten die Sache so still zu halten wie immer möglich" ¹⁾).

So Wilhelm III. am 4./14. September. Die Worte Ludwigs XIV. an Tallard verkündeten dieselbe Absicht. Noch am 21. September/1. October gab er an Tallard den Befehl: „Versichern Sie dem Könige von England, daß von meiner Seite her über den Vertrag nichts verlauten wird, bis er zuvor dem Kaiser die Mittheilung gemacht hat“. „Nur zu Ihrer eigenen Kunde, fügt er dann hinzu, sage ich Ihnen, daß ich meinen Botschafter Harcourt in Madrid von allem unterrichtet habe. Dies war durchaus erforderlich, weil sein Verhalten dort fortan ein anderes sein muß, als wenn ein solcher Vertrag nicht da wäre" ²⁾).

Ludwig XIV. gibt für Tallard nicht bestimmter an, worin diese Verschiedenheit bestehen werde. Tallard war demnach angewiesen auf seine eigenen Vermuthungen. Wir erinnern uns, daß er, der den Vertrag gemacht, geneigt war zu glauben an die aufrichtige Absicht Ludwigs XIV. denselben zu halten.

Es kommt also zunächst darauf an, diese neue Weisung an Harcourt in Madrid in bestimmterer Weise kennen zu lernen.

Ludwig XIV. entsendete die Mittheilung des Vertrages an Harcourt am 15. September. Sie traf also dort ein zu der Zeit, wo die Spanier die sichere Heimkehr der Silberflotte, nach der schlaun Veranstaltung des Admirals d'Estrees, dem rechtzeitigen Eintreffen von französischen Kriegsschiffen beim Cap St. Vincent zuschrieben, wo der Botschafter Harcourt seinen feierlichen Aufzug in Madrid hielt, und wo dabei die Sympathien des Volkes dieser Stadt für Frankreich in hohen Wellen gingen.

Ludwig XIV. erkannte diese günstige Stimmung an. „Ich habe deshalb, sagt er zu Harcourt, lange zwischen der Alternative geschwankt, ob ich die soliden Vortheile für meine Krone, wie sie der Theilungsvertrag mir in Aussicht stellt, vorziehen solle, oder die Aussicht auf das Erbe der gesamten Monarchie für einen meiner Enkel, wie die

¹⁾ Grimblot t. II, p. 163.

²⁾ A. a. O. p. 172. Vom 1. October.

Sympathie der spanischen Nation sie mir verheißt.“ „Aber, sagt er dann, diese Sympathie des Volkes stützt sich nicht auf eine feste Macht. Sie hat keinen ausgesprochenen, fähigen Führer. Der Cardinal Portocarrero wäre vielleicht die geeignete Persönlichkeit. Aber bisher sind seine Versicherungen allgemeiner Art. Seine Haltung ist furchtsam. Vielleicht gar steckt er noch heimlich mit Bayern. Auch wenn er eine erhebliche Partei führte, so hat er doch auch Gegner verschiedener Art. Ihr Widerstand könnte zu einem Bürgerkriege in Spanien führen. Selbst aber auch, wenn die Spanier einstimmig einen meiner Enkel beriefen: so wären dann doch noch alle anderen Länder dieser Krone zu erobern. Denn es würde sich sofort wieder eine Allianz bilden gegen mich, stärker noch als die vorige. Spanien würde aus eigenen Mitteln nichts leisten, und ganz Europa würde wieder sich verwickelt sehen in einen härteren und längeren Krieg als den vorigen.“

Wir erkennen den Widerhall der Mahnung Tallards, vom 8. Juli (S. 183 u. f.).

„Aus diesen Gründen, sagt Ludwig XIV., habe ich mit dem Könige von England verhandelt, um durch einen Vertrag den Frieden sicher zu stellen. Nach meinem Ermessen verlangt das Gemeinwohl von Europa durchaus die Erniedrigung der Macht des Hauses Oesterreich. In diesem Sinne ist der Vertrag geschlossen, der geheim bleiben soll bis zum Tode des Königs von Spanien. Danach haben Sie Ihre ferneren Schritte zu bemessen.“

Within dürfte man erwarten, daß fortan Harcourt im Sinne des Theilungsvertrages dem Interesse des bayerischen Kurprinzen in Spanien nicht entgegen treten solle. Nicht das ist die Absicht Ludwigs XIV.

„So lange Carl II. lebt, sagt er, haben Sie dasselbe Verfahren zu beobachten wie bisher. Eben so ist es erforderlich die Wohlgesinnten so zu erhalten und sie zu hindern, ihre Zuflucht zu dem Kaiser zu nehmen, wozu der Glaube, daß ich mit dem Plane umgehe ihre Monarchie zu theilen, ihnen ein Anlaß werden könnte.“

„Allein beim Todesfalle des Königs von Spanien gelten meine früheren Vorschriften nicht mehr. Wenn dann der Cardinal Portocarrero oder andere Wohlgesinnte Sie fragen, welche Befehle Sie von

mir haben, und ob man dort darauf rechnen könne, daß ich einen meiner Enkel nach Spanien schicken werde: so haben Sie zu erwiedern, daß alle Maßregeln, die ich bis jetzt habe ergreifen können, darin bestehen, daß ich meine Truppen bis an die spanische Grenze vorgeschoben, und sie bereit halte zum Einrücken auf den Ruf der Nation. Weiter haben Sie zu erwiedern, daß, da mir bisher nur die Geneigtheit des Volkes kund, ohne Gewähr selbst der Einstimmigkeit, ferner da ich von den Granden und Vornehmsten des Königreiches keine Bürgschaft empfangen, ich nicht wohlüberlegt handeln würde, wenn ich nur auf jene Geneigtheit hin einen meiner Enkel nach Spanien senden wollte. Die Hauptsache, welche namentlich Zeit in Anspruch nehme, sei gethan, nämlich das Vorschieben meiner Truppen an die Grenze. Vor einem Einmarsche aber müßten Sie mir Kunde geben von der Willsfähigkeit der Spanier die Truppen aufzunehmen, von der Bereitwilligkeit sie zu unterhalten, so wie ihnen Sicherheitsplätze anzuweisen, wie es erforderlich in einem Lande, wo vielleicht nicht die ganze Bevölkerung einstimmig. Ueberhaupt müßten Sie wissen, was die Wohlgesinnten zu leisten Willens sind, um die Monarchie in ihrer Gesamtheit zu erhalten. Auf diese Kunde hin würden Sie meine Befehle empfangen. Ohne diese Kunde sei es mir unmöglich, im voraus sie zu geben."

„Bei dem jetzigen Stande der Dinge haben Sie beständig hinzuweisen auf die Schwierigkeit, alle Länder der Monarchie bei derselben zu erhalten, und ich gestatte Ihnen sogar, bei günstiger Gelegenheit, im eintretenden Falle darauf hinzuweisen, daß der Kurprinz von Bayern, weil weder französisch, noch österreichisch, eher als ein Anderer befähigt sei Spanien in Frieden zu erhalten, wenn ich in seine Erhebung willigte und wenn der Kaiser zustimmte" ¹⁾.

Wir sehen, der zweite Theil des Schreibens, die eigentliche Instruction für Harcourt, steht nicht im Einklange mit dem ersten, der Mittheilung des Vertrages und der Angabe der Gründe für denselben. Die Instruction vielmehr ist berechnet auf das ganze spanische Erbe für einen französischen Prinzen. Die Hauptsache für diesen Plan, nach der Ansicht Ludwigs XIV., ist da: die französischen Truppen stehen an der spanischen Grenze, bereit zum Einmarsche. Obwohl der

¹⁾ Hippeau t. I, p. 200. Vom 15. September.

eben geschlossene Theilungsvertrag dies Königreich dem Kurprinzen von Bayern zuweist, so bleibt doch jene Hauptsache, wie sie ist, und demnach auch der Plan, dem sie als das wichtigste Mittel dienen soll. Nur in dem Modus des Handelns für Harcourt ist ein großer Unterschied. Nach der früheren Weisung sollte, beim Eintritte des Todesfalles, er die Initiative ergreifen, die Berufung der Generalstände von Spanien verlangen. Gemäß dieser neuen Instruction nach dem Abschlusse des Theilungsvertrages soll die Initiative von den Spaniern ausgehen, sollen der Cardinal Portocarrero und seine Partei an Frankreich ihre Erbietungen machen. Sagen wir es mit anderen Worten: Die Einladung von Seiten Spaniens soll dem Könige Ludwig XIV. den Vorwand bieten, sich von dem Theilungsvertrage wieder loszusagen.

Der Grundzug also des Verhaltens von Ludwig XIV. gegenüber den Spaniern ist fortan das Abwarten, bis sie selber anbietend oder bittend herankommen, so jedoch daß sie für die Hauptsache, durch die Aufstellung seiner bewaffneten Macht an der spanischen Grenze, seiner Bereitwilligkeit im voraus sicher sind. Es kommt für Ludwig XIV. nur darauf an, daß die Spanier ihrer günstigen Stimmung einen formellen, für sie selber bindenden Ausdruck geben.

Als der Repräsentant dieser günstigen Stimmung galt dem Könige von Frankreich die Persönlichkeit des Cardinals Portocarrero. Und dies mit Recht. Eben damals, am 20. September, trat der Cardinal wieder zu Harcourt. Er versicherte seine unausstilgliche Ergebenheit für Frankreich. Er meldete, daß alles nach Wunsch ginge und daß er eine glückliche Lösung hoffte. Der König von Spanien, sagte er, sei zu betrachten wie ein todter Mann, mit dem es in jeder Stunde aus sein könne. Er bat, daß Harcourt arbeite mit demselben Fleiße, wie auch er es thue. Der Botschafter fügte hinzu, daß er von Tage zu Tage die Stimmung günstiger finde, namentlich auf dem Festlande Spanien¹⁾.

So am 20. September, vor einer Kunde des Theilungsvertrages. Dann jedoch traf die Abschrift des Vertrages und die neue Weisung bei Harcourt ein. Seine Antwort läßt erkennen, daß er sich durch

¹⁾ Hippéau t. I, p. 221.

die Kunde nicht angenehm berührt fühlte, sei es daß er den tieferen Sinn der Instruction, die Bereitwilligkeit Ludwigs XIV. sich von dem Vertrage loszusagen, sobald Spanien ihm den Vorwand böte, nicht erfaßte oder nicht auszusprechen wagte, oder auch Bedenken trug, in einer solchen Angelegenheit als Werkzeug zu dienen. Er sprach seine Besorgnis aus, daß beim Kundwerden des Vertrages der Unwille der Spanier sich wenden würde wider ihn. Er gab den Wunsch seiner Rückkehr zu erkennen¹⁾. Aber er handelte fortan wie bisher, seiner Instruction gemäß, wie auf der anderen Seite Tallard bei Wilhelm III. Und das genügte dem Könige von Frankreich, in dessen Hand allein alle Fäden zusammen liefen, und welcher jeden derselben lenkte nach seinem Willen und nach seiner Weise.

Wir haben seinen Auftrag für Harcourt in Madrid vernommen. Etwas anders lautete ein gleichzeitiger für Tallard. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. durch ihn bei Wilhelm III. wiederholt die Wichtigkeit des Schweigens über den Theilungsvertrag betont hatte. Am 10. October hob er noch stärker diese Wichtigkeit hervor. „Sobald der Vertrag bekannt wird, schrieb er an Tallard, werden die Spanier, weil jedem Gedanken an eine Theilung der Monarchie abgeneigt, darüber sehr erregt sein. Dies könnte zur Folge haben, daß dann der Erzherzog berufen würde. Darum muß, damit nicht der Kaiser dieses Vortheiles sich bedient, der Vertrag ihm verborgen bleiben bis zum Tode des Königs von Spanien. Glaubt aber der König von England, daß ich diesen Vorschlag mache, um freie Hand zu haben, wenn etwa beim Tode Carls II. die Spanier einen meiner Enkel berufen: so versichern Sie ihm, daß ich mich darum nicht weniger fest gebunden halte an die pünctliche Beobachtung alles dessen, was wir vereinbart haben, und versichern Sie ihm ferner, daß mein Vorschlag lediglich bezweckt, den Vertrag um so besser durchzuführen“²⁾.

Solchen Worten gemäß hatte Ludwig XIV. vor allen Anderen ein Interesse an der Geheimhaltung des Vertrages. Allein verfolgen wir die Thatfachen. Wir haben schon früher, bereits zu Anfang August, aus den Mittheilungen des portugiesischen Gesandten in London

¹⁾ Hippeau t. I, p. 238 Vom 26. September.

²⁾ Grimblot t. II, p. 174. Vom 10. October.

an Auersperg vernommen, daß nach seinen Nachrichten aus Frankreich dort Gerüchte verbreitet würden über eine Verhandlung zwischen den beiden Königen in Betreff des spanischen Erbes. Diese Gerüchte wurden stärker im Monate September. Besonders auffallend erschien damals die zuversichtliche Haltung der Jacobiten in London. Der kaiserliche Gesandte machte den Staats-Secretär Vernon aufmerksam auf die fundbare Thatfache dieser gehobenen Stimmung. Vernon verneinte sie nicht. „Es ist mir sogar bekannt, sagte er, daß der König Jacob II. hierher geschrieben: der Tod des Königs von Spanien stehe bevor. Dann werde Frankreich unzweifelhaft dort alle Wünsche erreichen, und demgemäß auch ihn wieder hierher zurückführen“ ¹⁾. Auersperg wies hin auf die umlaufenden Gerüchte über einen Vertrag der beiden Könige. „Ein Vertrag solcher Art, sagte er, würde doch dem Interesse der englischen Nation mehr zuwider sein als irgend einer, den die beiden vorigen Könige mit Frankreich geschlossen. Ich halte es für meine Pflicht davon Meldung zu thun, weil ich sehe, daß dies Gerücht dem Könige hier sehr schadet.“ Vernon dankte für die Mittheilung. Auch er, erwiderte er, habe Aehnliches vernommen. Wir erinnern uns, daß er einer der wenigen Mitwisser der Sache in England war. Es gelang ihm durch einige allgemeine Redensarten sich weiteren Fragen des Gesandten zu entwinden ²⁾.

Es ist undenkbar, daß das Gerücht über den Theilungsvertrag von einem der Mitwisser in England seinen Ursprung genommen. Dies um so mehr, da das Gerücht existirt vor dieser Mitwissenchaft. Es ist eben so undenkbar, daß es von Holland aus stamme. Denn es ist vorhanden bereits zu einer Zeit, wo nur noch die Vertrauten Wilhelms III. dort um das Geheimnis wissen. Alle Spuren, sowohl die positiven wie die negativen, deuten zurück auf Frankreich.

Alein es erwächst dann die Frage: zu welchem Zwecke? — Denn Ludwig XIV. läßt doch selber durch Tallard vor Wilhelm III. behaupten, daß das Bekanntwerden dem Kaiser zum Vortheile gereiche, daß der Kaiser sich des Vertrages bei Carl II. bedienen werde, um die Berufung des Erzherzogs zu erlangen.

¹⁾ Eine Reihe von Berichten Auerspergs im September 1698.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 30. September.

Das Spiel Ludwigs XIV. ist, nach seiner Art, angelegt mit erstaunlichem Geschicke. Der Kaiser soll keine offizielle Kunde des Vertrages erhalten, aus zwei Gründen. Die Vorlage des Wortlautes in Madrid von Seiten des Kaisers, zugleich mit seinem Proteste gegen einen solchen Vertrag, würde dort zu Gunsten des Kaisers wirken, vielleicht die Sympathien für Frankreich überwältigen. Darum darf dem Kaiser diese Waffe des formellen Vertrages nicht in die Hand gegeben werden ¹⁾. Andererseits wirkt das Vorenthalten der offiziellen Kunde abermals kältend und ertödtend auf das Verhältniß zwischen dem Kaiser und Wilhelm III., macht es ihnen immer schwerer, sich jemals wieder zusammen zu finden.

So die Gründe Ludwigs XIV. wider die formelle Kundgebung des Vertrages durch Wilhelm III. an den Kaiser.

Aber der Vertrag soll dennoch, nach dem Sinne Ludwigs XIV., nicht unbekannt bleiben, namentlich nicht in Spanien. Nach seiner Ansicht war der Gedanke einer Theilung der Monarchie den Spaniern so widerwärtig, so gehässig, daß sie, um derselben zu entgehen, eher zu jedem anderen Schritte sich entschließen würden ²⁾. Als der rettende Schritt aber konnte ihnen dann, nach seiner Meinung, nur derjenige zu ihm erscheinen, da er die Macht in Händen hatte, und zugleich die Sympathie der Spanier bejaß. Er brachte nicht den Theilungsvertrag in offizieller Form in die Welt; aber er ließ die Kunde der Thatfache durchsickern, hier und dort, damit diese Kunde, wie sie den Kaiser und den König Wilhelm einander entfremden würde, den Spaniern als das Schreckbild erscheine, welches sie zu Frankreich hin scheuchte.

Es ist sehr merkwürdig, daß Ludwig XIV. bei seiner Berechnung einen Factor völlig überjah, der noch dazu in vieler Beziehung befähigt war ähnlich zu rechnen wie er selbst. Wir werden diesen anderen Factor bald in Thätigkeit treten sehen.

Blicken wir einstweilen zurück auf jenen Befehl an Tallard, vom 10. October. Es dürfte kaum ein Zweifel sein, daß dieser Botschafter selbst, weil er aufrichtig und eifrig für den Vertrag arbeitete, eben darum auch gläubig und vertrauend auf die Weisung eingegangen

¹⁾ Man sehe die Darlegung Ludwigs XIV. an Tallard, vom 25. October, bei Grimblot t. II, p. 179.

²⁾ Ebendort p. 180.

ist. Und doch steht diese in aller Beziehung im Widerspruche mit der Wahrheit. Gegen die Betheuerung Ludwigs XIV., daß er das Geheimnis des Vertrages, wie überhaupt, so namentlich dem Kaiser gegenüber verlange, steht die Thatfache, daß die Kunde von Frankreich aus verbreitet wurde. Gegen die Versicherung, daß er sich das Schweigen über den Vertrag in Spanien nicht zu nuge machen wolle, steht die Thatfache, daß die französische Armee am Nordabhange der Pyrenäen marschfertig verblieb, so wie die neue Instruction für Harcourt, in welcher dieser Botschafter angewiesen ward, bei dem zu erwartenden Todesfalle Carls II. diese Aufstellung der Truppen als die Hauptsache mit Nachdruck geltend zu machen.

Und blicken wir nun zurück auf das Schreiben von Ludwig XIV. an Tallard, vom 10. October, auf die darin enthaltenen Versicherungen, die Tallard dem Könige Wilhelm machen soll: so ergibt sich daß Ludwig XIV. selber seinen Plan dort gezeichnet, mit der zugesügten Betheuerung, daß er ihn nicht habe.

Wenn der Todesfall eintrat, wie Ludwig XIV. damals erwartete; wenn dann die Spanier handelten, wie er hoffte und durch Harcourt ihnen vorschreiben ließ: so hatte Wilhelm III. als Bürgschaft für das Halten des Theilungsvertrages das Wort Ludwigs XIV. Man hätte denken sollen, daß Wilhelm III. damals doch aus langer Erfahrung wußte, wie tief dieser Anker saßte und wie fest er hielt.

Der neue Vorschlag Ludwigs XIV. dem Kaiser die Kunde des Theilungsvertrages bis zum Tode Carls II. vorzuenthalten, traf den König Wilhelm nicht mehr in Loo. Dort pflegte er sonst alljährlich den Besuch seines alten Freundes zu empfangen, des Herzogs Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle. Georg Wilhelm war, ungeachtet der Last seiner Jahre, ein eben so unermüdlicher, rastloser Jäger, wie sein jüngerer Freund, der König. Dies Mal jedoch sollten nicht die Wälder von Loo der Schauplatz dieser Thätigkeit sein, sondern die Wöhrde im Fürstenthume Lüneburg. Am 30. September brach der König auf nach Celle.

Tallard forschte nach dem Zwecke dieser Fahrt. „Ich finde keinen, meldet er, als den, daß davon geredet werden soll. Der König

will den Engländern gegenüber einen Vorwand haben für seine Ueberfahrt nach dem Festlande und sein Verweilen hier. Denn er gedenkt erst gegen Ende November dahin zurückzukehren. Die Engländer sollen glauben, daß er mit den deutschen Fürsten sehr wichtige Dinge zu verhandeln hat. Ich habe mich in derselben Weise wie hier zu dem Lord Portland darüber ausgesprochen, der nicht umhin konnte darüber zu lachen“ ¹⁾). Daß das eigentliche Object des Vachens von Portland der Scharfsinn des Botchafters selber war, fiel diesem nicht ein. Denn der Fortgang der Dinge wird uns zeigen, daß Wilhelm III. bei dieser Reise allerdings einen sehr wichtigen Zweck im Auge hatte.

Die Succession in England war nicht viel sicherer als diejenige in Spanien. Nächst berechtigt nach Wilhelm III. war die Prinzessin Anna und ihre Descendenz. Im Sommer 1698 trug die Prinzessin abermals eine Hoffnung. Es ward alle erdenkliche Fürsorge getroffen sie zu behüten vor dem oft wiederholten Unglücke einer Fehlgeburt. Auch dies Mal wieder erwies sich alle Vorsicht vergeblich. Das Kind, das sie im September zur Welt brachte, war abermals nicht lebensfähig. Der einzige Sohn, Herzog Wilhelm von Glocester, war damals neunjährig, geistig wohl beanlagt, aber von so schwacher Gesundheit, daß seine Erscheinung immer aufs neue die Frage wach rief, ob auf dies schwache Leben zu bauen sei ²⁾).

Wir erinnern uns, daß die Prinzessin Anna im Jahre 1692 wieder mit St. Germain angeknüpft. Der Tod ihrer Schwester, der Königin Mary, stellte sie dem Throne zunächst. Sie blieb im Verkehr mit St. Germain, mit wiederholten Versicherungen ihrer Treue und ihrer Pflicht. Allein darüber her leuchtete der lockende Glanz der Krone. Sie ersuchte den Vater Jacob um seine Einwilligung, daß sie beim Tode des Draniers die ihr dargebotene Krone annähme, gegen das Versprechen der Bereitwilligkeit ihrerseits, bei günstiger Gelegenheit sie zurückzustellen. Sie machte geltend, daß, bei der Lage der Dinge in England, das Nichteingehen des Vaters auf diesen Vorschlag die Herstellung seines Rechtes hinauschieben werde in eine noch weitere Ferne. Denn dann möchte die Krone in schlimmere Hände

¹⁾ Grimblot t. II, p. 169.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 26. September.

gerathen, aus welchen sie wieder zu erlangen ungleich schwerer sein dürfte¹⁾).

Der Vorschlag entsprach nicht den Ansichten des Königs Jacob. Er könne nicht, sagte er, Böses zulassen, damit Gutes daraus komme. Er vermöge das Unrecht mit Geduld und sogar mit Willigkeit zu ertragen, nicht jedoch es zu gestatten oder gut zu heißen. Dazu sei keine Wiedererstattung so schwer wie diejenige einer Krone. Er lehnte ab. Sein Entschluß war ein anderer. Im Falle des Todes des Prinzen von Drauien, sagte er, werde er nach England hinüber gehen, auch wenn nicht drei Mann ihm folgten.

In der Frage und der Antwort liegt gedrängt das spätere Geschick der Betheiligten, des Hauses Stuart.

Anders der König Wilhelm von seinem Standpuncte aus. Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß er als Holländer noch weniger denn als König von England die Rückkehr eines Stuart auf den englischen Thron gestatten wollte. Er hatte versucht, in der Bill of Rights von 1689 die Prinzessin Sophie und ihre Descendenz mitbenennen zu lassen. Es war mißlungen. Aber auch die Kundgebungen dieser Prinzessin selbst deuteten nicht auf eine Willfährigkeit. Der König hatte dann sein Auge gewandt auf die Descendenz von Anna Marie, der Tochter von Henriette von Orleans, geborenen Stuart, und Victor Amadeus von Savoyen. Der Verrath dieses Fürsten an der großen Allianz wandelte die Neigung des Königs für ihn in Widerwillen und Verachtung. Wir erinnern uns, daß damals, im Herbst 1696, Leibniz an die Kurfürstin Sophie in Betreff der Succession in England ein Schreiben richtete, dessen Schlüssel sich finden dürfte in den Beredungen zwischen Wilhelm III. und dem Herzoge Georg Wilhelm in Loo. Die Kurfürstin wies die Aussicht von sich ab (Bd. VII, S. 279 u. f.).

Wilhelm III. gab darum die Hoffnung nicht auf. Bevor er, im October 1698, nach Celle aufbrach, schrieb er an die Kurfürstin

¹⁾ The life of James. Vol. II, pag. 560. Leider nicht die eigenen Worte von beiden Seiten. Auch wird dort kein Datum angegeben; aber es folgt unmittelbar das Anerbieten der polnischen Krone. Deshalb gestattet diese Anordnung in der Biographie, welche die einzige Quelle jener Aeußerungen, nicht sie später anzusetzen als in 1696.

Sophie, daß er hoffe sie dort zu sehen. Sie machte sich mit ihrem Sohne, dem Kurfürsten Georg Ludwig, auf den Weg nach Celle. Eben dahin kamen einige Tage später die kurfürstlichen Kinder, der Kurprinz Georg August, später König Georg II. von England, und die Prinzessin Sophie Dorothee, später die Gemahlin des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preußen. Es fehlte in dem Familientreise zu Celle nur das eine Mitglied, die Mutter dieser Kinder, die Tochter des Hauses zu Celle, Sophie Dorothee, damals gemeiniglich Herzogin von Ahlden genannt. Sie weilte auf dem Schlosse dieses Namens, welches der Vater Georg Wilhelm ihr zur Wohnung angewiesen.

Wir haben daher hier einen Rückblick auf die Geschichte des kurfürstlichen Hauses zu werfen.

Wir erinnern uns, daß einst Georg Wilhelm in Celle und Ernst August in Hannover gesucht hatten, ihr brüderliches Zusammenhalten herzustellen und für immer fest zu begründen durch die Heirath ihrer Kinder, Sophie Dorothee und Georg Ludwig. Es geschah im Jahre 1682 (Bd. IV, S. 476 u. f.). Das Ziel ward erreicht in Betreff der Väter selbst, für eine Reihe von Jahren auch in Betreff des jungen Paares, dessen gegenseitiges Band gefestigt wurde durch die Geburt jener zwei Kinder. Später erhoben sich zwischen dem Paare schrille Misflänge. Auf welcher Seite in solchen Fällen die größere Schuld, vermag das Auge eines Dritten selten zu durchschauen¹⁾. Für die geschichtliche Betrachtung fällt wesentlich ins Gewicht das Verhalten der beiderseitigen Väter.

Die Prinzessin Sophie Dorothee kannte als GeSpielen ihrer Kindheit in Celle den Grafen Philipp Christoph von Königsmark. Er war der Sproß einer schwedischen, im Herzogthume Bremen reich begüterten Familie, ein Enkel jenes Königsmark, der im Jahre 1648 kurz vor dem westfälischen Frieden die böhmische Hauptstadt Prag überrascht und eingenommen hatte. In Philipp Christoph regte sich, wie bei seiner Schwester, der nicht minder als er bekannten Maria

¹⁾ Auf die weitschichtige Literatur über diese Angelegenheit einzugehen, ist hier kein Anlaß. Die verhältnismäßig beste Schrift darüber ist (vom Grafen Schulenburg): Die Herzogin von Ahlden, Stammutter der königlichen Häuser Hannover und Preußen. Leipzig 1852.

Aurora, ein abenteuerlicher Zug. Wie die Schwester, so war der Bruder eine äußerlich höchst glänzend ausgestattete Persönlichkeit.

Im Jahre 1690 finden wir Philipp Christoph von Königsmark als Obersten in hannoverschen Diensten. Er erneuerte die Jugend-Befanntschaft mit der Kurprinzessin, aber so, daß er bald wärmere Gefühle kund gab. Die Prinzessin wies ihn erst zurück, dann wich sie, nicht ohne schweren, innerlichen Kampf. Sie trat in Correspondenz mit Königsmark. Die Correspondenz ward vermittelt durch die Hofdame Fräulein von dem Kneesebeck. „Es verging kaum ein Tag, jagt diese Persönlichkeit in einem Berichte, den sie später zur eigenen Rechtfertigung und zur Anklage Anderer für die Tochter von Sophie Dorothee, die gleichnamige Kronprinzessin von Preußen abgefaßt — an welchem nicht von der einen oder der anderen Seite Briefe gewechselt wurden.“

Diese beiderseitigen Briefe bis zum Ende des Jahres 1693 liegen mir vor ¹⁾. Die Briefe bekunden nicht, wie oft angenommen worden ist, daß der Unwille über erlittenes Unrecht von Seiten des Gemahles die Prinzessin zu Königsmark geführt. Dieser vielmehr ist positiv der Verderber. Es glüht in den beiderseitigen Aeußerungen eine heftige Leidenschaft, aufrichtig von Seiten der Prinzessin, maßlos und in den Ausbrüchen dieser Maßlosigkeit fast unglaublich von Seiten Königsmarks. Ja man möchte fragen, wie es möglich war, daß eine junge Prinzessin von ungleich überlegener Bildung sich durch die innere Rohheit, die sich in den Aeußerungen Königsmarks kund gibt, nicht vielmehr abgestoßen fühlte. Dennoch sieht auch Königsmark vorher, zu welchem Ende seine Wege führen. Er erzählt seine Träume, in denen er sich selber mit abgeschlagenem Haupte erblickt. Er redet zu der Prinzessin von der Aussicht für sie auf eine lebenslängliche Haft, freilich um sie vorwärts zu treiben auf der unheilvollen Bahn. Die eine Stelle charakterisirt das Verhältniß, nämlich die, ich möchte sagen, dämonische Gewalt, mit welcher Königsmark die Gewissens-Bedenken seines Opfers niederspottet ²⁾.

¹⁾ Die Originale befinden sich in der Universitäts-Bibliothek zu Lund. Näheres darüber in der genannten Schrift: Die Herzogin von Ahlden S. 114 u. f.

²⁾ Im October 1693: Qui veut avoir un galan pour l'amour duquel l'on doit avoir mille embarras, estre en crainte de perdre la réputation, se brouiller

Der Gedanke der Flucht der Prinzessin mit Königsmark wird in dieser Correspondenz bis zu Ende 1693 oft erwogen. Die Bereitwilligkeit indessen reifte noch nicht zum Entschlusse.

Während des Feldzuges von 1693 in Belgien knüpfte Königsmark im Heerlager Bekanntschaft an mit dem damaligen Prinzen Friedrich August von Sachsen, dessen moralische Ungebundenheit, wie der erstere sie an Einzelheiten darlegt, die seinige übertraf ¹⁾. Er hoffte jedoch, daß Friedrich August Kurfürst werde: dann werde man sich in Dresden angenehm unterhalten. Wenige Monate später, im April 1694, ward jene Hoffnung erfüllt durch den frühen Tod des älteren Bruders Johann Georg IV. Der Kurhut vererbte auf Friedrich August. Königsmark begab sich nach Dresden. Er erhielt von dem neuen Kurfürsten die Bestallung als General-Major. Aber er hatte in Hannover noch nicht seinen Abschied. Er kehrte im Mai oder Juni 1694 dahin zurück.

Zur selben Zeit faßte der Kurprinz Georg Ludwig die Absicht einer Reise nach Berlin. Ob er damals eine genauere Kunde von dem Thun und Treiben Königsmarks hatte, läßt sich mit Gewisheit nicht sagen; denn die Echtheit von Schriftstücken, in denen er seine Beschwerden an den Schwiegervater Georg Wilhelm gebracht haben soll, ist anfechtbar. Noch bevor der Gemahl nach Berlin aufbrach, begab sich die Prinzessin zu ihrem Vater, der sich auf dem unfern gelegenen Schlosse Bruchhausen aufhielt, und bat in das elterliche Haus zurückkehren zu dürfen. Der Herzog Georg Wilhelm gestattete es nicht, sondern verwies seine Tochter auf ihre Pflicht gegen den Gemahl. Er gebot ihr zurückzukehren und vor der Abreise des Kurprinzen ihn zu sehen und zu sprechen. Der Herzog betrachtete als die Urheberin des ehelichen Zwistes die Hofdame Kneesebeck, welche im Dienste der Feinde des fürstlichen Hauses, dahin trachte die Einigkeit der Mitglieder desselben zu zerrütten ²⁾. Ob diese Dame Kneesebeck von

avec ses parents, s'hazarder à estre enfermée pour le reste de ses jours: vous n'avez pas tort, si cela vous déplaît. Ce sont les leçons que le pédagogue vous a données (le pédagogue ist die Mutter, die Herzogin Eleonore zu Celle).

¹⁾ Sa conduite ne vaut pas le diable, et pour trop d'esprit, il n'en a pas. — So Königsmark an die Prinzessin Sophie Dorothee.

²⁾ Rescript des Herzogs an seinen Geiandten Bothmer in Wien vom 23. Juli 1694.

Fremden gewonnen war, liegt nicht erwiesen vor. Da sie dagegen selber von sich aus sagt, daß sie jene unheilbringende Correspondenz vermittelte, in welcher sie bezeichnet wird als *la confidente*: so wird dadurch die eigentliche Anklage des Herzogs gegen sie bestätigt. — Die Prinzessin Sophie Dorothee fügte sich dem Gebote des Vaters in so weit, daß sie zurückkehrte, jedoch an Herrenhausen, wo ihr Gemahl sie erwartete, vorüber fuhr nach Hannover.

Einige Tage später brach der Kurprinz Georg Ludwig auf nach Berlin. Von dort aus richtete er noch mehrmals Briefe an die Kurprinzessin ¹⁾.

Während dieser Abwesenheit des Kurprinzen erhielt der Graf Königsmark ein Billet, welches ihn zu der Kurprinzessin beschied. Er begab sich spät am Abende des 30. Juni in das kurfürstliche Schloß.

Ueber diese Einladung lauten die Nachrichten der beiden betheiligten Persönlichkeiten verschieden. Die Hofdame Kneesebeck sagt, daß die Prinzessin dem Grafen Königsmark die Aufforderung zugesandt habe. Die Prinzessin selber dagegen sagt in ihrem Lebenslaufe, daß das Billet von ihrer Feindin, der Gräfin Platen, mit verstellter Hand geschrieben sei. Als die Kneesebeck den Grafen Königsmark, auf Grund des Billets, bei ihr eingeführt, habe sie dies Billet als unecht ihm zurückgegeben.

Diese um viele Jahre später niedergeschriebene Erzählung der Prinzessin ist, wie unvereinbar mit dem Berichte der Hofdame Kneesebeck, so auch unwahrscheinlich in sich. Denn, wenn die Ladung ein Falsum war, so war die höchste Vorsicht gegen irgend welchen Plan der Ueberraschung geboten. Nach den übereinstimmenden Berichten aber sowohl der Prinzessin wie der Hofdame wurde dann stundenlang der Fluchtplan erwogen, bis endlich die Kneesebeck den Grafen Königsmark zum Aufbruche trieb. Nachdem er geschieden, packte die Prinzessin für die beabsichtigte Flucht ihre Juwelen ein.

Sei es indessen, daß die Ladung ausging von der Prinzessin oder von der Gräfin Platen, Königsmark mußte wissen, daß, indem er einer solchen Ladung folgte, indem er sich um Mitternacht in einem fremden Hause befand, zu dem Zwecke, um einer Frau, der

¹⁾ Man sehe die Schrift: Die Herzogin von Ahlden S. 76.

Schwiegertochter des Schloßherrn, zur Flucht von ihrem Gemahle zu verhelfen — er in jeden Falle den Weg des Verbrechens wandelte. Dies Verbrechen ward gesteigert dadurch, daß der Schloßherr zugleich der Landesfürst war, der den Obersten Königsmark aus seinem Dienste und Eide noch nicht entlassen hatte.

Die nächtliche Anwesenheit des Grafen Königsmark im Schlosse war auf irgend eine Weise verkundschaftet. Die Prinzessin berichtet darüber: „Als die Gräfin Platen von der Ankunft Königsmarks in den prinzlichen Zimmern Kunde erhielt, begab sie sich sofort zu dem Kurfürsten, zeigte ihm diese Zusammenkunft an und bat den Grafen Königsmark verhaften zu lassen, damit der Ehre des fürstlichen Hauses nichts vergeben würde“.

Es ist möglich, und nach den eigenen Erlebnissen der Gräfin Platen wahrscheinlich, daß sie sowohl gegen die Prinzessin wie gegen Königsmark einen besonderen Haß gehegt habe. Allein sie stand als Oberst-Hofmeisterin in Eid und Pflicht des Kurfürsten, und, wie immer sie jene Kunde erlangt haben mag, im Besitze derselben konnte sie pflichtgemäß nicht anders handeln als sie that.

In einem Corridor des Schlosses, welchen Königsmark zu passiren hatte, waren hinter einem vorspringenden Schornsteine vier Trabanten aufgestellt. Beim Herannahen Königsmarks traten sie hervor, um ihn zu verhaften. Er setzte sich zur Wehr. Die Prinzessin berichtet: es sei ihm gelungen, nach großer Anstrengung sich seines Degens bedienen zu können, dann sei die Klinge zerisprungen. Königsmark sei übermannt, am Kopfe und mehreren Stellen schwer verwundet, dann gefesselt in das nächste Zimmer gebracht, wo sich die Gräfin Platen befand, und auf den Fußboden niedergelegt. — Dort starb er. Nach dem Berichte der Prinzessin ist die Gräfin Platen über diesen Ausgang der Dinge von tiefem Leide ergriffen gewesen.

Kürzer sagt die Hofdame Kneisebeck: die Prinzessin erfuhr, daß Königsmark bei der Gegenwehr gegen die Verhaftung getödtet worden war.

Nach der weiteren Erzählung der Kurprinzessin setzte sofort die Gräfin Platen den Kurfürsten Ernst August von dem Ereignisse in Kenntniß. Der Kurfürst habe laut und heftig gezürnt, die Gräfin dagegen alles Vorgefallene der unbedachtamen Wuth Königsmarks

zugeschrieben. — Der Kurfürst habe dann eingewilligt, daß die Leiche heimlich beseitigt würde. So die Prinzessin; allein dies letztere ist fraglich.

Als nach dem 30. Juni Königsmark nicht mehr gesehen wurde, stiegen allmählich Fragen nach ihm auf und Gerüchte gingen um. Der Kurfürst Friedrich August ließ ihn beim Hofe in Hannover für den Feldzug am Rheine reclamiren. Nach einigem Zaudern ward die Antwort gegeben: der Graf Königsmark sei im Duell gefallen. Der Abgesandte verlangte die Leiche zu sehen. Es ward ihm willfahrt. Er bemerkte, daß die Wunden nicht von einem Degen, sondern von Partisanen herzurühren schienen¹⁾.

Augenscheinlich ist es die Absicht des Kurfürsten Ernst August gewesen, die leidige Sache nicht weiter öffentlich werden zu lassen. Dies mißlang, zumal da namentlich durch die Bemühungen der Familie Königsmark ein wildes Gestrüppe von Romantik aufwuchs, zu dem Zwecke, einen Mann, der durch eine Kette von rechtswidrigen Handlungen sein Schicksal sich selber zugezogen, als ein Opfer der Rache der Gräfin Platen darzustellen. Immerhin sei es, daß diese Gräfin mehr geleistet, als die Eidespflicht unbedingt von ihr erforderte: so ist es fraglich, ob dadurch die Schuld Königsmarks gemindert werde.

Das Bestreben, die Sache der Vergessenheit zu übergeben, mißlang ferner an dem Verhalten der Kurprinzessin Sophie Dorothee.

Auf die Meldung vom Tode Königsmarks, berichtet das Fräulein Kneesebeck, brach die Prinzessin in so leidenschaftliche Klagen aus, daß sie dadurch den Verdacht wider sich erregte, Königsmark sei ihr mehr gewesen als der Freund ihrer Jugend. Die Kneesebeck nannte dies Verhalten sehr tadelnswerth. Die beiderseitigen Väter Ernst August und Georg Wilhelm dagegen erlangten aus den Briefen, die man unter Königsmarks Papieren gefunden, die volle Gewisheit dessen, was sie befürchtete. Die Brüder verständigten sich sofort. Auf den Antrag des Herzogs Georg Wilhelm, welcher die Hofdame von dem Kneesebeck als die Hauptaufstifterin seines Familienunglückes anjah, ließ der Kurfürst diese Person von der Prinzessin fortnehmen und verhaften.

¹⁾ Mittheilungen des Grafen Friesen an den Grafen Auersperg, im Berichte des letzteren an den Kaiser Leopold, vom 23. August 1694.

Der Prinzessin selber ward für eine Reise von Hannover nach Celle von Seiten des Kurfürsten Ernst August kein Hindernis in den Weg gelegt. Auf der Fahrt jedoch erhielt sie den Befehl des Vaters nicht nach Celle zu kommen, sondern sich nach dem ihm gehörigen Schlosse Ahlden zu begeben¹⁾.

Diese Einigkeit der Brüder Ernst August und Georg Wilhelm war von erheblicher politischer Wichtigkeit. Denn sowohl in Wien, wie im Hauptquartiere Wilhelms III. in Belgien, galt für Wochen und Monate die Besorgnis, daß der Vorfall in Hannover die Brüder entzweien werde. Georg Wilhelm dagegen ließ dem Kaiser melden, daß die Abneigung seiner Tochter wider ihren Gemahl durch fremde Tücke erregt und genährt sei, daß dagegen er und sein Bruder in Einigkeit Bedacht nähmen, wie das Vorgefallene ausgeglichen werden könne, und darin sich durch fremde Arglist nicht stören lassen würden.

Im Juli 1694 befand sich die Prinzessin Sophie Dorothee in Ahlden. Während der ersten Wochen ihres Aufenthaltes dort versuchte ihr Schwiegervater Ernst August eine gütliche Einigung herbeizuführen. Die Prinzessin charakterisirt das Erbieten mit den Worten: „Wenn ich nur in Ergebenheit anerkennen wollte, daß ich mich gegen meinen Gemahl zu unbedachtjam benommen, und ferner mit ihm leben wollte, so sollte alles mir vergeben und vergessen sein, und ich meine frühere Stellung wieder einnehmen“.

Die Prinzessin Sophie Dorothee weigerte eine Erklärung dieser Art.

Auf diese Weigerung der Prinzessin, sich mit ihrem Gemahle gütlich zu verständigen, traf man die Maßregeln, welche eine gerichtliche Ehescheidung herbeiführen sollten. Es ward ein besonderes Gericht nach der kleinen Stadt Kauernau dazu delegirt, mit je vier Beisitzern aus beiden Ländern. Der Kurprinz klagte seine Gemahlin der bösslichen Verlassung an. Sie selber erschien in Kauernau.

Während der Dauer dieser Verhandlung wurden die Sühneversuche erneuert. Der Präsident des Gerichtes, von dem Bussche, und der Abt Molanus begaben sich zu der Kurprinzessin. Molanus verfocht die Untrennbarkeit der Ehe. Er mahnte die Prinzessin an

¹⁾ Rescript des Herzogs Georg Wilhelm, vom 23. Juli 1694, an seinen Gesandten Bothmer in Wien.

das Wort des Apostels Paulus an die Korinther, I, Kap. 7, V. 10 und 11. Er vermochte nicht sie umzustimmen. Sie erwiederte, daß sie entschlossen sei, nicht zum Kurprinzen zurückzukehren, sondern ihre Tage in Abgeschiedenheit von der Welt, welche sie nur zu sehr geliebt, in Betrachtungen über deren Nichtigkeit, in der Stille und im Frieden hinzubringen ¹⁾).

Das Gericht faßte diese Erklärung auf als die Absicht der vorläufigen Desertion, und erkannte daraufhin, wie es bei dergleichen Fällen in der evangelischen Kirche hergebracht, auf die Scheidung. Dies Urtheil ward öffentlich bekannt gemacht.

Es liegt demnach vor Augen, daß die Weigerung der Prinzessin, einen entgegen kommenden Schritt zu thun, den Knotenpunct der ganzen unglücklichen Angelegenheit ausmacht. Nicht der Tod des Grafen Königsmark, bei welchem der damals in Berlin weilende Gemahl der Prinzessin in keiner Weise theilhaftig war, errichtete eine unübersteigliche Schranke zwischen den beiden Ehegatten, sondern jene Weigerung der Prinzessin.

Ob sie sich damals über die volle Consequenz ihrer Antwort klar gewesen, dürfte schwer zu sagen sein. Aber der Vater, der Herzog Georg Wilhelm, zog diese Consequenz. Die Prinzessin selber und die Kneisebeck berichten, daß der eigene Vater schärfer über sie geurtheilt habe als der Schwiegervater. Die Prinzessin selber scheint die Abneigung des Vaters wider sie seiner Kunde der kränkenden Ausdrücke beizumessen, mit denen sie ihn in den Briefen an Königsmark belegt. Aber der König Wilhelm III. pflegte diesen Herzog, seinen Freund, Anderen gegenüber den lieben alten Herrn zu nennen. Eine solche Bezeichnung deutet nicht auf Unversöhnlichkeit. Dagegen war der Herzog Georg Wilhelm unbeugsam im Puncte der Ehre. Es stand bei seiner Tochter, durch das Ergreifen der dargebotenen Hand des Schwiegervaters zugleich der Wahrheit zu genügen, das Gebot der Religion zu erfüllen, die eigenen Kinder zu bewahren vor dem Zwispalte der Neigungen zu dem Vater und zu der Mutter, und die Ehre des Hauses herzustellen. Die Prinzessin weigerte sich. Der Vater Georg Wilhelm war vierundsechzig Jahre alt. Er hatte nur dies einzige

¹⁾ Die Herzogin von Ahlden S. 77.

Kind. Er wies seiner Tochter das Schloß Ahlden zum ferneren Wohnsitz an und sah sie nicht wieder. Die Mutter Eleonore besuchte dort sie zuweilen. Auch trafen sich Mutter und Tochter im Schlosse Bruchhausen¹⁾. Für gewöhnlich durfte die Prinzessin die Umgebung des Schlosses nicht verlassen. Sie lebte dort über dreißig Jahre.

Daher finden wir unter den Mitgliedern des Welfenhauses, welche den König Wilhelm III. bei seinem Besuche in Celle im October 1698 begrüßten, nicht die Tochter des Schloßherrn.

Auch der Kurfürst Ernst August befand sich nicht mehr unter diesen Mitgliedern. Das letzte Jahr seines Lebens war ein beständiges Siechthum, welches ihm namentlich auch die Sprache fast völlig benahm. Um so unentbehrlicher war ihm die Pflege der Kurfürstin Sophie, die eine lange Reihe von Monaten hindurch ihn nur dann verließ, wenn er schlief²⁾. Im Januar 1698 machte der Tod dem langen Leiden ein Ende.

Der Kurfürst Ernst August hatte mit Befriedigung zurückblicken dürfen auf den wichtigsten Plan seines Lebens, die Feststellung der Primogenitur und in enger Verbindung damit die Erlangung, oder, in seinem Sinne, die Herstellung der einst seinem Ahnherrn Heinrich dem Löwen durch das Unrecht und die Gewalt Barbarossa's entrissenen Kurwürde. Dennoch war dies Ziel nicht völlig erreicht. Es fehlte noch die Anerkennung des Reiches und demgemäß auch die Ausübung der Rechte der Kur. Die Partei der opponirenden Fürsten hatte sich nicht verringert, und die Thätigkeit des französischen Gesandten du Heron in Wolfenbüttel, und manche andere Dinge gaben kund, daß diese Partei ihre Anlehnung hatte an Ludwig XIV. Wilhelm III. dagegen legte das Gewicht von Holland und England mit allem Nachdrucke in die Wage für die neunte Kur. Demnach war das Wohlwollen, die Freundschaft beiderseitig da. Allein in der Sache

¹⁾ Leibniz erwähnt im Jahre 1700 eine solche Zusammenkunft in einem Briefe an Pfeffinger.

²⁾ Die Briefe der Kurfürstin an ihre Base Louise, Kaugräfin zu Pfalz, im gräflich Degenfeld-Schonburgischen Archive in Eybach, 1697. Der Regel nach betreffen diese Briefe nur die Fürsorge der Kurfürstin für diese Kinder ihres Bruders, des Kurfürsten Carl Ludwig; jedoch findet sich darin auch manche werthvolle Aeußerung anderer Art.

selbst lag wieder ein Gegensatz. Georg Ludwig war eingetreten in die Fußstapfen seines Vaters. Dieses Streben, dasjenige der Herstellung seines Hauses in der Führerschaft des Stammes der Niedersachsen im Reiche, vor allen Dingen durch treues Zusammenhalten mit dem römischen Kaiser, band ihn an den heimatischen Boden. Der Wunsch Wilhelms III. ging dahin, für den Fall des Todes des Herzogs von Gloucester, in dem Kurfürsten Georg Ludwig und dessen Descendenz die Fortsetzer seines Werkes zu finden, das Haus Hannover zu verpflanzen auf den Thron von England.

Bei der Zusammenkunft in Celle, im Herbst 1698, trat dies Königthum in die Gedanken des Kurfürsten Georg Ludwig noch nicht ein.

Dagegen gab es dort andere Persönlichkeiten voll Eifers. Wir erinnern uns der Thätigkeit von Leibniz im October 1696. Die Antwort, die er damals von der Kurfürstin erhalten, mochte ihm eine erneute Andeutung ihr gegenüber nicht rathsam erscheinen lassen. Er machte einen Versuch an anderer Stelle, nämlich bei der Herzogin Eleonore zu Celle, und dies Mal, wie es scheint, lediglich aus eigenem Antriebe.

„Ich befand mich — so berichtete er lange Jahre nachher der Kurprinzessin, späteren Königin Caroline — vor der Ankunft des Königs in Celle. Ich nahm mir die Freiheit aus eigenem Anlasse, aber im Eifer für das kurfürstliche Haus, der Herzogin zu sagen, daß die Zeit gekommen sei, zu dem Könige zu reden über die Feststellung der Succession in England für die Kurfürstin und ihre Nachkommen. Die Herzogin könne dies leichter thun als Andere, und werde dadurch das kurfürstliche Haus verpflichten.“ „Die Herzogin, sagt Leibniz weiter, nahm meine Worte auf als kämen sie von Hannover. Sie benutzte also eine Gelegenheit in dem Jagdschlosse Wöhrde“¹⁾.

„Sire, begann sie, man hat mir von Hannover aus einen Wink gegeben, Ihnen vorzuschlagen, daß Sie die Kurfürstin und ihre Nachkommenchaft zur Krone von England berufen möchten, weil ja die

¹⁾ Leibniz an die Prinzessin Caroline, am 3. October 1714. Nach diesem Berichte von Leibniz hat die Herzogin Eleonore ihm den Verlauf der Unterredung später dictirt.

katholischen Linien ausgeschlossen sind.“ — Der König erwiederte: „Man hat noch Niemanden benannt, um nicht den Herzog von Savoyen zu verlegen“. — „Dieser Grund, sagte die Herzogin, ist erledigt durch den Abfall des Herzogs von Savoyen von der großen Allianz. Durch die Benennung der Kurfürstin und ihrer Descendenz werden dagegen Ew. Majestät sich das Haus Hannover und den Herzog hier verpflichten.“ — Wilhelm III., sagt der Bericht, gab zur Genüge zu erkennen, daß er dafür günstig gestimmt sei.

Die Herzogin fragte weiter: „Steht nicht die Entscheidung über eine künftige Heirath des Herzogs von Glocester bei Ew. Majestät?“ — „Allerdings, entgegnete der König, nur freilich, wenn er bis dahin lebt; denn er ist sehr zart. Freilich bin ich selber auch so zart gewesen, und doch ist noch Leben in mir.“ — „Nun, sagte die Herzogin, wenn Ew. Majestät über die Heirath entscheiden, so dürfte Ihre Wahl sich eben so wohl lenken auf die Prinzessin von Hannover, wie auf eine Andere.“ — „Besser sogar, entgegnete der König; denn Sie wissen, wie sehr ich dem Herzoge zugethan bin. Aber ich wünsche die Prinzessin zu sehen.“ — „Bei unserer Rückkehr nach Celle,“ erwiederte die Herzogin.

Sie erzählte dann ihrem Gemahle die Unterredung. „Aber, fragte er, wie kommen Sie dazu von diesen Dingen zu sprechen?“ — „Leibniz hat mich darum ersucht“, erwiederte sie. — „Aber warum nicht zuvor mir die Sache mittheilen?“ — „Weil, erwiederte die Herzogin, Sie es mir verboten hätten, und weil ich es thun wollte.“ — „Es ist geschehen, entgegnete Georg Wilhelm, und demnach muß dem Kurfürsten Rechenschaft gegeben werden.“ — Die Herzogin erstattete Bericht. Der Kurfürst erwiederte: „Danach wird der König meinen, daß ich der Urheber solcher Reden bin“. — Die Herzogin versetzte: „Allerdings; denn eben von Ihrer Seite her hat man davon zu mir angefangen“.

So der Bericht von Leibniz für die Kurprinzessin, die spätere Königin Caroline. Dennoch ist es sehr zweifelhaft, ob der Verlauf der Dinge nachher den Wünschen Wilhelms III. entsprochen habe.

Gleich jene ersten Worte der Herzogin Eleonore, zum Beginne der Unterredung, müssen dem Könige dargethan haben, daß entweder die Herzogin Eleonore über die Stimmung der in Frage kommenden

Persönlichkeiten in Hannover nicht unterrichtet war, oder daß dort ein völliger Umschwung statt gefunden hatte. Der Fortgang kann ihm nur die erstere Seite dieser Alternative bestätigt haben.

Und dennoch bot die Unterredung dem Könige einen Vortheil, nämlich den der Anregung der Sache nicht durch ihn. Nach Celle zurückgekehrt, begann er vor der Kurfürstin davon zu reden, ihr offen zu sagen, daß er die Absicht habe die Succession für sie und ihr Haus festzustellen. Er hatte damit keinen Erfolg. Leibniz hat ein Schreiben mit der Meldung jener Worte an den Bischof Burnet abgefaßt, dann jedoch nicht abgeandt ¹⁾. Der Grund ist augenscheinlich der, daß er den Erbietungen des Königs nicht ein eingehendes oder zustimmendes Wort der Kurfürstin beizufügen vermochte. Ein solches kann nicht gefallen sein. Denn wir erinnern uns der abweisenden Worte vom October 1696 gegenüber den Andeutungen von Leibniz. Wir werden ersehen, daß Wilhelm III. im September 1700 einen abermaligen Versuch des Tastens machen läßt, der noch wieder eine Ablehnung nach sich zieht. Aber auch schon der Versuch vom September 1700 ist undenkbar, wenn im October 1698, auf die directe mündliche Eröffnung des Königs, sich bei der Prinzessin Sophie irgend eine Bereitwilligkeit gezeigt hätte. Leibniz selber bezeichnet das Verhalten der Kurfürstin in Celle zwei Jahre später in einer Denkschrift, die bestimmt war, ihr vor Augen zu kommen, mit den Worten: „Der König ging in Celle so weit, der Kurfürstin Erbietungen zu machen. Aber ich weiß nicht, ob man damals von dieser Geneigtheit Nutzen gezogen hat“. Stärker lauten dann in derselben Denkschrift die Worte: „Es hat mich immer verdrossen, wenn es mir vorkam, daß die Angelegenheit der englischen Succession hier kühl behandelt wurde“ ²⁾.

Der König Wilhelm III. traf in Voo wieder ein am 24. October. Sein erstes Schreiben von dort aus an Heinsius besagte: „Es wird mir sehr angenehm sein, wenn der Vertrag mit Frankreich auch noch ferner geheim bleiben kann. Allein ich weiß nicht, ob man nicht dort

¹⁾ Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 104.

²⁾ A. a. O. S. 218. Die Denkschrift vom 2. Januar 1701.

auf andere Absichten sinnt. Ich habe jedenfalls Gründe an der Ehrlichkeit dort zu zweifeln“. Deshalb fordert der König den Rathspensionär nach Loo. „Ungeachtet meines Verdachtes, schließt er dann, müssen doch die Ratificationen schleunigst ausgewechselt werden, damit auf unserer Seite sich nicht irgend ein Mangel erfinde ¹⁾).

Erst dann trat an ihn die neue Forderung Ludwigs XIV., daß der Vertrag dem Kaiser verborgen bleiben müsse bis zum Tode Karls II. Wir kennen die Gründe oder Vorwände aus dem Schreiben an Tallard, vom 10. October. Aber der achte Artikel des Vertrages besagte, daß der König von England unmittelbar nach der Auswechslung der Ratificationen den Vertrag zur Kunde des Kaisers bringen werde. Demnach bezweckte das neue französische Verlangen die Aufhebung eines Artikels in dem eben geschlossenen Vertrage. Der König Wilhelm hielt dazu das Decorum entgegen, nicht bloß in Betreff des Kaisers, sondern noch mehr des Königs von Spanien, über dessen Länder man durch den Vertrag verfügt habe ²⁾. Ludwig XIV. bestand, und Wilhelm III. gab in so weit nach, daß die Ausführung des achten Artikels bis zum Januar 1699 suspendirt werden solle ³⁾. Nach der damaligen Meinung war es ja bis dahin mit Carl II. längst zu Ende.

Wir sehen den König Wilhelm schrittweise von seinem einstigen Standpuncte hinunter gleiten bis auf einen Boden, den er ursprünglich nicht gewollt. Es ist möglich, daß der Verdacht wider Frankreich, welchen er gleich nach seiner Rückkehr zu Heinsius geäußert, inzwischen sich nicht als probehaltig erwiesen. Jedenfalls wollte er dem Könige von Frankreich gegenüber seine aufrichtige Gesinnung für den Vertrag bis aufs äußerste bethätigen. Wie stand es aber dann mit der Pflicht der Aufrichtigkeit gegenüber dem Kaiser?

Der Beginn jenes Schreibens an Heinsius, nach der Wiederkunft in Loo, empfahl noch die Geheimhaltung. Aber diese Geheimhaltung war unterdessen schwerer geworden. Immerhin mochte an das Ohr Wilhelms auf seiner Reise nach und von Celle keines der Gerüchte gedrungen sein, welche Europa durchschwirrten. Allein die Sorge darüber

¹⁾ Grimblot t. II, p. 177.

²⁾ A. a. O. p. 180.

³⁾ Hippeau t. I, p. 254.

ließ dem kaiserlichen Gesandten Auersperg keine Ruhe in London, wo die Rede von einem solchen Vertrage allgemein ging, und wo doch die offiziellen Persönlichkeiten keine Auskunft wußten, oder keine geben durften. Er begab sich nach dem Haag. Er trat vor Heinsius zu wiederholten Malen. Der Rathspensionär suchte durch Reden allgemeiner Art den Erkundigungen zu entkommen. Auersperg stellte direct die Frage nach dem Thatbestande des Gerüchtes. Heinsius erwiederte mit Lachen: er wisse, daß dieses Gerücht eben so wie in England, auch in Holland gehe: er glaube aber, daß die Sache für sich selbst rede; denn er finde nicht, wie es möglich sein werde mit Frankreich zu einer Uebereinstimmung zu kommen. Auersperg erwiederte: er sei ganz derselben Ansicht ¹⁾.

So wenig aufrichtig die letzten Worte des Rathspensionärs, so enthielt doch die kurze Erwiderung Auerspergs die Mahnung, daß sie der Wahrheit entsprachen, und demgemäß den weiteren Fingerzeig, daß die Unaufrichtigkeit des Rathspensionärs und des Königs Wilhelm nicht sie zu Herren der Situation mache, sondern den König von Frankreich. Heinsius zog damals nicht diese Consequenz.

Auch die weiteren Beredungen mit ihm brachten für Auersperg kein positives Resultat. Er entschloß sich, auf die Wiederkehr des Königs sich nach Voo zu begeben.

Dort redete er zuerst mit Portland. Er berichtete über die Stimmung in England. Das Gerücht von einem Vertrage mit Frankreich erzeuge dort großen Unmuth. Man scheue sich nicht zu sagen, daß die spanische Angelegenheit die englische Nation näher angehe als den König selbst. Portland wich aus wie Heinsius.

Auersperg trat vor den König. „Der Kaiser, begann er, hat den Rath Ew. Majestät zur Verständigung mit dem Kurfürsten von Bayern wohl beherzigt. Er erbietet sich nach wie vor einen Gesandten, den der Kurfürst nach Wien schicken würde, mit aller Bereitwilligkeit anzuhören. Da Ew. Majestät den Rath gegeben, so zweifelt der Kaiser nicht daran, daß Sie auch in diesem Sinne auf den Kurfürsten wirken werden. Dies um so mehr, da die Spanier selbst es zu wünschen scheinen.“ Der König erwiederte: die Aufforderung komme

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 7. und 10. October.

zur rechten Zeit, da in einigen Tagen der Kurfürst in Poo eintreffen werde. Dann werde er das Seinige dabei thun. Jedoch zweifelte er, ob der Kurfürst sich darauf einlassen werde ¹⁾.

Wir erinnern uns, daß Wilhelm III., nachdem er früher dem Kaiser jenen Rath gegeben, dann durch Heinsius den Kurfürsten hatte abhalten lassen. Daß der Kurfürst, nach der Mittheilung des Vertrages an ihn, nicht mehr sich an den Kaiser wenden werde, konnte für Wilhelm III. gar nicht mehr zweifelhaft sein.

Dann ging der König ein auf die Zustände in Spanien. „Meine Nachrichten von dort, sagte er, lauten ungünstig für den Kaiser. Namentlich ist zu bedauern, daß die Königin nicht mehr seine Sache vertritt. Es hat mich nichts so sehr überrascht, als daß jetzt Spanien zum Geleite der Silberflotte französische Kriegsschiffe angenommen hat. Dies ist ein Beweis, daß die wichtigen Persönlichkeiten schon mit Frankreich einig sind.“

„Wenn das wäre, erwiederte Auersperg, so ist das hauptsächlichste Motiv die Furcht. Diese Furcht ist namentlich mächtig in dem Könige selbst. Ich weiß von zuverlässiger Seite ²⁾, daß diese Furcht einen großen Antheil hat an der Krankheit des Königs. Man hat ihm die Meinung beigebracht, daß das Volk durch die französische Partei erregt sei zum Aufstande. Er sieht in jeder Ansammlung einiger Menschen auf dem Platze vor seinem Palaste den Beginn einer Empörung. Er meint, daß diese darauf ausgehen würde ihn in ein Kloster zu stecken. Gemäß den Nachrichten des Don Quiros wünscht der gute Herr nichts auf der Welt so sehr als seine Monarchie dem Kaiserhause zu erhalten. Weil jedoch die Furcht bei ihm überwiegt, so weiß er sich nicht zu helfen, noch wagt er sich zu entdecken.“

„Nach meiner Ansicht, fuhr Auersperg fort, würde der König den rechten Muth fassen können, wenn er sich verlassen dürfte auf eine Stütze von außen, wenn er wahrnähme, daß die Mächte der Allianz, daß Ew. Majestät und die Republik mit dem Kaiser fest zusammen halten. Ew. Majestät haben mehr als einmal mir die

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 28. October.

²⁾ Auersperg nennt in seinem Berichte darüber an den Kaiser den spanischen Botschafter Don Quiros im Haag.

Ansicht ausgesprochen, daß alles Ueble oder alles Gute aus Spanien selber kommen, von der endlichen Resolution dort abhängen werde. Ich stimme bei. Eben darum aber auch, meine ich, müßten diese Mächte einmüthig dahin arbeiten, daß ein Entschluß dort gefaßt werden könne. Der Zuspruch eines Botschafters Ew. Majestät würde er-muthigend wirken. Aber leider ist die Angelegenheit des Schonenberg noch nicht erledigt."

Der König unterbrach den Gesandten. „Diese Sache hätte längst abgethan sein können. Ich erkenne die Wichtigkeit an, wenn zur Zeit sowohl ich wie die Republik wieder bevollmächtigte Minister in Madrid haben könnten. Allein daß es nicht geschieht, liegt nicht an mir. Die spanische Regierung hat die Sache völlig in die Hand des Kaisers gelegt. Ich kenne die beiderseitigen Schreiben."

Nach der Meinung des Königs fiel demnach der Vorwurf auf den Kaiser, der ihm nicht die Genugthuung verschafft, welche Wilhelm III. forderte. Heinsius und Portland hatten diesen Vorwurf dem Grafen Auersperg gegenüber sogar ausdrücklich ausgesprochen. Wir erinnern uns daß, auf die Verwendung des Kaisers, Spanien sich bereit erklärt hatte, einzugehen auf die gleichzeitige Zurücknahme der Maßregeln wider die Gesandten von beiden Seiten, daß dagegen Wilhelm III. forderte, Spanien zuerst müsse den Schonenberg herstellen, endlich daß Auersperg diese Mehrforderung Wilhelms III. über das vom Kaiser bei Carl II. erwirkte Zugeständnis als Pointille bezeichnete. Wie jenen beiden gegenüber, so war er auch jetzt vor dem Könige nicht Willens, diesen indirecten Vorwurf für den Kaiser hinzunehmen.

„Wenn Ew. Majestät mir erlauben, erwiederte er, so muß ich sagen, daß Sie in dieser Angelegenheit nicht wohl unterrichtet sind. Auch ich habe die beiderseitigen Schreiben gelesen. Ich finde darin nicht, daß Spanien die Sache völlig in die Hand des Kaisers gelegt hat. Auch entspricht dies nicht der spanischen Weise. Und nun wollen Ew. Majestät erwägen, welchen Vortheil Frankreich aus dieser Sachlage zieht." — Der König erwiederte, das Letztere sei ganz richtig; aber er bleibe dabei, es liege alles an dem Kaiser. Er kenne die Sachlage ganz genau.

Auersperg hatte vor dem Rathspensionär und dem Grafen Portland die Sache noch anders angefaßt. Er hatte hingewiesen auf

das Beispiel des Kaisers in einer Differenz mit Schweden in Betreff Mecklenburgs, wo der Kaiser um des Gemeinwohles willen sich mit einer geringen Satisfaction begnügt. Heinsius bestritt das nicht. Aber er erwiederte: er glaube nicht, daß die Parität in allen Umständen statt finde ¹⁾. — Dem Könige selber gegenüber war ein solcher Hinweis nicht thunlich. Die anderen Gründe fruchteten nicht. Auersperg schließt seinen Bericht über diese Sache mit den Worten: „Sein Humor ist bekannt, so daß, wenn er einmal in dergleichen Sachen nein gesagt hat, er nachher nicht wieder davon abzubringen ist“. Die Dinge hatten also die merkwürdige Wendung genommen, daß der Vorwurf des Fortbestandes der wichtigen Differenz, die der Kaiser von Anfang an beklagt, die er aufzuheben sich alle Mühe gegeben, in der Seele Wilhelms III. lastete gerade auf dem Kaiser. Oder vielleicht auch dürfte man sagen: lastete sollte. So wenigstens sagte Auersperg in einer Beredung mit Heinsius die Sache auf. „Wenn nicht, sagte er, der König und die Republik ein Einverständnis mit Frankreich hätten: so wäre es unmöglich sich bei solchen Pointillen aufzuhalten wie in der Sache des Schonenberg“ ²⁾.

Allein Wilhelm III. hatte mehr Vorwürfe dieser Art. „Ich beklage sehr, sagte er zu Auersperg, daß noch immer der Türkenfriede nicht geschlossen ist. Schon vor drei Monaten hätte dies geschehen können. Nach meiner Ansicht ist dieser Zeitverlust dem Könige von Polen zum Opfer gebracht. Das Verhalten dieses Fürsten ist aber nicht danach angethan, solche Rücksichten zu verdienen.“

Das Urtheil Wilhelms III. über Friedrich August von Sachsen-Polen mochte immerhin richtig sein; aber der Kaiser stand mit ihm, wie mit dem Czaren, in Allianz, und der Kaiser vor allen gab das Beispiel des treuen Festhaltens an den Verträgen.

Jeglicher Andeutung von Auersperg auf den mit Frankreich geschlossenen Theilungsvertrag über die spanische Monarchie wich der König in ähnlicher Weise aus wie vorher Heinsius und Portland.

Auersperg kehrte nach dem Haag zurück. Er erzählte den Verlauf seiner Fahrt nach Voo dem Holländer van Heeckeren, dem früheren

¹⁾ Er war ein wenig embarrassirt von diesem Argumente, glaubte, daß nicht in allen Circumstantien die Parität statt finde. Im Berichte vom 17. October.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 21. October.

Gesandten in Stockholm. Dieser stand bestürzt. „Es schmerzt mich in der Seele, erwiederte er, daß, wo die ganze Welt diese Angelegenheit kennt, man Ihnen gegenüber sie ableugnet, und daß Sie la dupe ¹⁾ sein sollen. Folgen Sie meinem Rathe, ohne mich zu exponiren: dringen Sie aufs neue in den Rathspensionär.“

Auersperg trat zu Heinsius. Ich komme zurück, begann er, auf die frühere Anfrage, ob Frankreich einen Entwurf zur Theilung der spanischen Monarchie hier vorgelegt und damit Gehör gefunden habe. Ich habe einer kundigen Persönlichkeit erzählt, daß Sie mir auf meine frühere Anfrage mit Schweigen geantwortet. Der Betreffende hat erwiedert: „„Der Rathspensionär hat eine Sache nicht verneinen wollen, die in Wirklichkeit besteht, und hat demnach gehandelt als ehrlicher Mann““. — Heinsius lachte und erwiederte: „Es ist unmöglich, einen Vertrag mit Frankreich einzugehen. Eher müßte man sich zu einem verzweifelten Kriege entschließen; denn daraus wäre noch etwas zu hoffen. Mit einem Vertrage aber ginge alles verloren.“ — „Man sagt sogar, entgegnete Auersperg, daß Frankreich einen Vorschlag zu Gunsten des Kurfürsten von Bayern gemacht. Wie immer dem sei: der Kaiser ist überzeugt, daß der König von England und die Generalstaaten allzu wohl ihr eigenes Interesse kennen, und namentlich wissen, wie wenig man zu allen Zeiten auf Verträge mit Frankreich hat bauen dürfen. Sollte aber dennoch so etwas geschehen sein, so muß ich im Namen des Kaisers gegen jede Beeinträchtigung seines Rechtes protestiren.“ Heinsius erwiederte: immerhin sei es möglich, daß der König von England als solcher einen Vertrag abschließe, von dem er als Rathspensionär für Holland keine Kunde erhalte. „Bei diesen Worten, fiel Auersperg ein, scheinen Sie doch vergessen zu haben, daß ich schon seit Jahren die Ehre habe mit Ihnen zu verkehren. Ich kann mir sehr wohl denken, daß der König von England einen Schritt solcher Art thun könnte, ohne auch nur irgend einem englischen Minister eine Mittheilung zu machen, nicht jedoch, daß er ihn thäte ohne Ihr Vorwissen.“ Heinsius schwieg ²⁾.

¹⁾ Mich seines termini zu gebrauchen, sagt Auersperg im Berichte vom 28. October.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 4. November.

Einige Wochen zuvor hatte der König endlich den seit vielen Monaten darauf harrenden Holländer Hop nach Wien geschickt. Einen Engländer hatte er nicht ernannt. Der Kaiser ließ durch Auersperg anfragen. Denn, da der Zweck sei die Erneuerung der Allianz von 1689 und, vermöge des Zusammenhaltens der großen Mächte, auch der Beitritt der gesammten Reichsfürsten: so sei dafür die Anwesenheit auch eines englischen Gesandten unentbehrlich. Wir sehen, wie der Kaiser folgerecht einher schritt auf dem geraden Wege seiner Politik, unbeirrt durch irgend welche Rücksicht auf heimliche Abmachungen, die man ihm vorenthielt. Heinsius, im Auftrage des Königs, suchte sich der Anforderung zu entwinden. Es falle dem Könige, erwiderte er, zur Zeit zu schwer, eine geeignete Persönlichkeit in England zu finden. Aber er werde als König von England genehm halten, was Hop im Auftrage der Generalstaaten thue.

Hop war nun in Wien. Aber sein Verhalten dort kennzeichnete sich in derselben Weise wie dasjenige von Heinsius und Portland. Diese beklagten dem Grafen Auersperg gegenüber, daß nicht, gemäß dem Vorschlage des Königs, die Allianz erneuert worden sei sogleich nach dem Abchlusse des Friedens. Hop in Wien redete in allgemeinen Ausdrücken von einem Tractate, den er zu schließen habe: einen Antrag zur Erneuerung der Allianz brachte er nicht vor. Wie war auch dies möglich, da ja dieselbe im Widerspruch stand mit dem eben zu Voo geschlossenen Theilungsvertrage? — Ueber diesen aber schwieg Hop, wie der König selbst, wie Portland und wie Heinsius ¹⁾, weil Wilhelm III., in die Forderung Ludwigs XIV. gewilligt, den achten Artikel des eben geschlossenen Vertrages, nämlich denjenigen über die Mittheilung des Vertrages in Wien, sofort wieder aufzuheben.

Nachdem Wilhelm III. diese Zustimmung gegeben, wurden die Ratificationen des Vertrages in Voo ausgetauscht.

Während somit den beiden nächst betheiligten Fürsten, dem Kaiser und dem Könige von Spanien, ein Vertrag unbekannt bleiben sollte, durch welchen fremde Mächte über ihr Recht und ihr Eigenthum verfügten, ließ Ludwig XIV. den König von England auffordern, auf die deutschen Reichsfürsten einzuwirken zu Gunsten des Vertrages.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 4. November.

Auch er selber will reden lassen zu den zwei nordischen Königen, demjenigen von Polen, den geistlichen Kurfürsten, demjenigen von Brandenburg, dem Fürstbischöfe von Münster, dem Herzog zu Wolfenbüttel, dem Landgrafen von Hessen-Cassel, allen Fürsten in Italien, den Schweizern, dem Könige von Portugal. „Wenn sie erkennen, sagt er, daß der König von England und die Generalstaaten zu mir stehen, daß sie darum ohne Furcht ihrem wahren Interesse folgen dürfen: so werden sie bald wünschen in den Vertrag mitaufgenommen zu werden.“ Nur wegen des Herzogs von Savoyen hatte Ludwig XIV. ein Bedenken ¹⁾).

Wir sehen, wie umfassend die Pläne Ludwigs XIV. angelegt sind. Er will das gesammte Europa wenden wider den Kaiser. Und wenn er dies alles erreicht, so blieb — wir wiederholen es — dem Könige Wilhelm als einzige Garantie für den Theilungsvertrag das Wort des Königs von Frankreich, dessen Macht allein einer ganzen Coalition gewachsen war. Wie viel mehr, wenn alle anderen führerlos zersprengt waren!

Allein in der Seele Wilhelms III. war doch noch nicht alles Mißtrauen wider den neuen Freund erloschen. Nachdem die Ratificationen des Vertrages in Voo ausgewechselt waren, schlug er vor Tallard noch einmal wieder eine andere Saite an. „Ich kann Ihnen mein Erstaunen nicht bergen, sagte er, daß zur selben Zeit, wo ich mit dem Könige von Frankreich mich einlasse in die engsten und gewichtigsten Verpflichtungen, dem Könige Jacob mehr Aufmerksamkeit bewiesen wird als je zuvor, kurz daß ein König von England mit zahlreichem Hofe in Frankreich weilt, zur Zeit in Fontainebleau. Ich habe es unterlassen, während der Unterhandlung davon zu reden.“ — Tallard unterbrach ihn mit der Erwiderung, daß nur dadurch der Vertrag habe geschlossen werden können. Der König fuhr fort: „Ich würde auch jetzt nicht davon reden; aber ich muß Ein Wort hervorheben. Nämlich, ich beklage den König Jacob. Er ist nach meiner Ansicht so unglücklich, daß es mir leid thut genöthigt zu sein, noch etwas zu seiner Kränkung hinzuzufügen. Gott ist Zeuge der Aufrichtigkeit meines Verhaltens ihm gegenüber. Aber in der That, es

¹⁾ Grimblot t. II, p. 181.

darf nicht zwei Könige von England geben." Er fügte dann noch einige Worte hinzu, deren Höflichkeit die starke Bedeutung nicht abschwächte ¹⁾).

Der König Wilhelm hatte noch eine Reihe anderer Beschwerden: über den Rückhalt, welchen die Partei der Opposition wider die neunte Kurwürde im Reiche finde an Ludwig XIV., über die Schwierigkeiten, die ihm gemacht würden bei der Rückgabe seines Fürstenthumes Oranien, über die geringe Geneigtheit von Seiten Frankreichs gegenüber der Republik Holland in Betreff des Zoll-Tarifs. Jene erste Beschwerde jedoch trat voran.

Wilhelm III. mochte nicht vorhergesehen haben, daß gerade der Vertrag in den Händen Ludwigs XIV. eine Waffe werden könne für die Ablehnung des Verlangens. „Obwohl, erwiedert Ludwig XIV. an Tallard, der Inhalt des Vertrages nicht allgemein kund, so ist in England doch so viel in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß ein Vertrag, ein enges Bündnis zwischen uns besteht, daß ich also, weit entfernt dem Könige von England irgend eine Schwierigkeit zu bereiten, im eigenen Interesse einschreiten muß wider alle Plane, die ihm zum Nachtheile gereichen könnten. Ich darf sogar sagen, daß der König Jacob davon überzeugt ist, und geneigt zu sein scheint, die ihm noch übrigen Tage in Ruhe zu verleben. Er spricht nicht mehr von Geschäften. Sein einziger Trost in seiner Lage ist, daß ich mein Verhalten gegen ihn nicht ändere. Dazu kommt meine nahe Verwandtschaft mit ihm. Bei dem völligen Einverständnisse zwischen mir und dem Könige Wilhelm, auf einer so soliden Grundlage wie derjenigen unseres Vertrages, habe ich Grund zu erwarten, er selbst werde fühlen, daß er mir nicht ein Verlangen stellen darf, welches die Ehre mir nicht gestattet zu gewähren. Und ferner darf ich hoffen, er selbst werde urtheilen, wie schwer es mir wird ihm einen Wunsch abzuschlagen, und er werde doch dabei zugleich die Gründe anerkennen, die mich bestimmen ihm gegenüber mein Verhalten nicht zu ändern ²⁾).

Tallard überbrachte diese Worte. Er fügte hinzu, daß, wenn Jacob II. aus sich einen anderen Aufenthalt wähle, Ludwig XIV. ihn

¹⁾ Grimblot t. II, p. 183. Vom 3. November: adding some words very polite, but the meaning of which was very strong.

²⁾ Grimblot t. II, p. 185. Vom 11. November.

nicht hindern werde. „Aber er wird nicht wählen, erwiederte Wilhelm III., wenn er nicht genöthigt wird zu wählen.“ — „Da ich meinem Könige nicht ein Gebot zumuthen darf, versetzte Tallard, so habe ich nichts weiter zu sagen.“ — Auch Wilhelm III. schwieg¹⁾. Er war abermals zurückgewiesen.

Es ist nicht anzunehmen, daß Ludwig XIV. mit jener Antwort eine Ironie beabsichtigt habe. Und doch liegt sie in den Thatfachen selbst. Wilhelm III. hat für die Aufrichtigkeit seines neuen Freundes keine andere Bürgschaft als das Wort desselben. Und auf die Forderung, daß die Aufrichtigkeit durch eine Thatfache erhärtet werde, erwiedert der neue Freund durch den Hinweis auf sein Wort. In diesem Kreislause blieben die Dinge. Wie der stärkste Grund Wilhelms III. für den Abschluß des Vertrages bestanden hatte in seinem Wunsche: so besaß er auch für sein Vertrauen, daß Ludwig XIV. sein Wort halten werde, nicht ein anderes Fundament²⁾.

Denn die Absicht Wilhelms III. von seiner Seite den Vertrag zu halten, steht nach seinen Aeußerungen zu Heinsius, die ja doch anders zu beurtheilen sind als die Befehle Ludwigs XIV. an Tallard, außer allem Zweifel. Und darum auch entsprach sein ferneres Verhalten gegenüber dem Kaiser nicht bloß den Consequenzen des Theilungsvertrages, sondern auch den Forderungen Ludwigs XIV. in Betreff desselben. Und eben so dasjenige seiner Diener und Vertrauten in Holland. Auerberg hegte die Hoffnung, daß wenigstens Dylvelt zugänglicher sein werde. Gerade dieser hatte ihm einst wiederholt betheuert, daß durch den hochherzigen Entschluß des Kaisers in die große Allianz von 1689 einzugehen, die Umwälzung in England das Siegel empfangen. Auerberg erinnerte ihn daran, so wie an die Bedingungen dieser Allianz. „Es ist hart zu tragen, sagte er, daß nach allem diesem nun England und Holland die Sache des Kaisers so verlassen.“ Dylvelt erging sich in allgemeinen Reden über die Gefahr Aller vor Frankreich. In der Hauptsache wich er aus³⁾.

Der König kam von Voo zurück nach dem Haag, um sich nach England einzuschiffen. Auerberg machte noch einen Versuch bei ihm

¹⁾ Grimblot t. II, p. 216. Vom 29. December.

²⁾ Man vergleiche seine Worte an Heinsius, bei Grimblot t. II, p. 233.

³⁾ Auerbergs Berichte vom 11. und 14. November.

persönlich. Dies Mal sprach er direct von dem Gerüchte über den Theilungsvertrag. Der König ging nicht ein. Sein Verhalten dabei jedoch machte auf Auersperg den Eindruck der Verlegenheit ¹⁾.

Die kaiserlichen Gesandten Auersperg und Goeß im Haag ließen darum nicht ab. Sie fragten immer wieder. Heinsius beharrte bei seiner Verneinung. „Ich darf Ihnen nicht meine Verwunderung verhehlen, sagte Auersperg, daß Sie etwas verneinen, was alle Welt bejaht. Ich kann Ihnen versichern, daß ich meine Gewährsmänner habe, die genau alles wissen, was zu Voo vorgegangen ist.“ Heinsius verlangte die Namen. Auersperg weigerte sich. Es waren Albemarle und Heeckeren. Heinsius suchte zu entkommen mit der Rede: es sei unter Souveränen nicht Brauch, daß man seinen Freunden über alles Thun und Lassen Rede stehe. Auersperg möge sich beruhigen mit der Versicherung, daß weder der König noch die Republik jemals das Gemeinwohl von Europa preis geben werden ²⁾.

Heinsius berichtete dem Könige Wilhelm die Unterredung. Dieser erwiderte: „Es thut mir leid, daß die kaiserlichen Gesandten in Betreff unseres Vertrages mit Frankreich Ihnen so zujagen. Ihre Antwort aber war vortrefflich ³⁾.“ Allerdings hätte auch Ludwig XIV. bei jener Versicherung des Rathspensionärs stuhig werden können.

Denn man dürfte nicht sagen, daß der eigentliche französische Plan dem Könige Wilhelm III. und dem Rathspensionär damals nicht wenigstens als möglich vor die Seele getreten sei, wenn nicht aus ihnen selbst, so von anderer Seite her. Der Spanier Don Quiros, im Unmuth über den Vertrag, dessen formelle Kunde man ihm wie den Kaiserlichen vorenthielt, hatte lange vor jener Unterredung von Auersperg und Heinsius sich zu dem Holländer Dyfvelt geäußert: „Zunmerhin mögen der König von England und die Republik unsere Monarchie theilen. Spanien wird darüber lachen, wird sich zu Frankreich schlagen, und im Bunde mit dieser Macht über England und Holland kommen ⁴⁾.“

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 25. November.

²⁾ Desgleichen vom 8. December.

³⁾ Grimblot t. II, p. 211. Vom 23. December.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 11. November.

Ein Spanier von seinem Standpuncte aus mochte allerdings den Plan Ludwigs XIV. leichter erfassen als ein Holländer. Wir sehen zugleich, daß Quiros an eine andere Lösung des Knotens nicht denkt, als an diejenige, welche jener König im Auge hatte.

Und dennoch war Ludwig XIV. damals diesem Ziele noch sehr fern.

In der Berechnung, daß die Spanier, in ihrem Widerwillen gegen den Theilungsvertrag, in dem Wunsche ihre Monarchie beisammen zu erhalten, lieber zu jedem anderen Mittel greifen würden, hatte der König von Frankreich nicht mit erwogen, daß dann außer einem Erzherzoge und einem französischen Prinzen auch noch eine dritte Persönlichkeit in Frage kommen könne, der Kurprinz von Bayern. Dies Uebersehen erklärt sich daher, daß eine bayerische Partei in Madrid für Harcourt kaum sichtbar wurde. Den Berichten desselben gemäß meldete Ludwig XIV. an Tallard: „Ich bemerke nicht, daß in Madrid irgend eine Stimme laut wird für den Kurprinzen“ ¹⁾.

Ludwig XIV. hegte daher auch nur in Betreff des Kaisers die Besorgnis, daß die formelle Kunde des Theilungsvertrages in Madrid wider ihn verwerthet werden konnte. Nur in Betreff des Kaisers verlangte daher Ludwig XIV. nachträglich von Wilhelm III. die Sistirung des achten Artikels in dem Vertrage, nicht in Betreff des Kurfürsten Max Emanuel, den ebenfalls jener Artikel benannte. Er überließ ausdrücklich dem Könige von England die Sorge, dem Kurfürsten gegenüber die erforderlichen Maßregeln zu treffen. „Die Vortheile, meint er, die dem Kurfürsten aus dem Vertrage zuwachsen, lassen nicht bezweifeln, daß er eifrig zustimmen wird ²⁾.“ Dem Kurfürsten also ward der Vertrag in Voo vorgelegt. Diese seine Kunde allein schon reicht hin zu erklären, weshalb er nicht, wie der Kaiser wiederholt vorgeschlagen, mit ihm sich zu verständigen suchte. Wie der König Wilhelm, der Sachlage nach, damals nicht mehr wünschen konnte, was er einst selber dem Kaiser dringend angerathen: so entsprach ein solcher Schritt

¹⁾ Grimblot t. II, p. 93. Vom 5. August.

²⁾ A. a. O. p. 182. Vom 25. October.

noch viel weniger der eigenen Neigung des Kurfürsten. Er stand sich besser ohne den Kaiser. Er betheuerte den Holländern, daß er sich gänzlich verlasse auf den König und die Republik ¹⁾).

Allein auch er hatte sein besonderes Ziel. Auch er kannte die Gesinnung der Spanier, welche nicht ihre Monarchie theilen lassen wollten. Auch er baute auf diese Gesinnung seinen Plan. Seine Partei in Madrid war schwächer als die kaiserliche und als die französische. Aber sein Gesandter Vertier dort war rührig und thätig, in der Wahl der Mittel eben so wenig verlegen wie Harcourt. Und dazu trat eben damals eine mächtige Bundesgenossin für den Kurfürsten ein.

Wir erinnern uns, daß die Königin Maria Anna im Laufe des Sommers zu Frankreich hinüber zu lenken suchte, daß Ludwig XIV. und Harcourt ihr nicht weiter entgegen kamen, als um sie abzuhalten, bei Carl II. zu Gunsten des Kaisers zu wirken. „Selbst, wenn die Königin geneigt ist, sagte Ludwig XIV., Vorschläge von unserer Seite anzunehmen; so wüßte ich bei dem gegenwärtigen Stande der Sache ihr keine zu machen.“ So am 8. September.

Aber die Königin ließ noch nicht ab. Der kurpfälzische Gesandte trat wiederholt zu Harcourt, und meldete, daß sie mit dem Kaiser völlig zerfallen sei. Andere Versuche wurden gemacht. Der Jesuit Cienfuegos, befreundet mit dem Admiral von Castilien, meldete, daß die Königin sich völlig der Führung des letzteren hingegeben, daß sie beide, ohne Hoffnung auf den Kaiser, ihre Stütze nur noch an Frankreich suchen könnten. Die Herrschaft der beiden über das Gemüth des Königs sei so vollständig, daß sie ihn zu jedem Entschlusse für einen Prinzen von Frankreich bringen würden ²⁾).

Harcourt war von tiefem Mißtrauen gegen beide Personen erfüllt. Er legte besonderes Gewicht auf die Mittheilung des Cardinals Portocarrero, daß die Königin eine geheime letztwillige Verfügung des Gemahles zu Gunsten des Erzherzogs Carl in Verwahrung habe. Er fürchtete daher, daß man ihm eine Falle legen wolle. Nach seiner Ansicht war kein Vorschlag von Seiten der Königin her annehmbar, als etwa ihr Versprechen den König bei Lebzeiten zu einer öffentlichen

¹⁾ So Dufvelt zu Auersperg, am 21. November.

²⁾ Hippeau t. I, p. 211. Vom 17. September.

Erklärung für einen französischen Prinzen zu bewegen¹⁾. Allein auch nicht einmal dies wollte er nach jener Seite hin fund geben. Auf das oft erneute Tasten und Aufklopfen von dort her erwiederte er: man könne sich darauf verlassen, daß nicht er zuerst reden werde²⁾.

So Harcourt vor seiner Kunde von dem Abchlusse des Theilungsvertrages. Ludwig XIV. fügte der Mittheilung desselben die Weisung hinzu, daß es seinem Interesse durchaus nicht entspreche, zu Carl II. über die Succession reden zu lassen³⁾. Der Schlüssel dieses Ausweichens liegt darin, daß eine öffentliche Erklärung Carls II. zu Gunsten eines französischen Prinzen den König Ludwig XIV. genöthigt haben würde, auch seinerseits zwischen der Annahme dieser Erklärung und dem Festhalten am Theilungsvertrage sofort seine Wahl zu treffen und auszusprechen.

Die kühle Haltung des Botchasters Harcourt scheuchte jedoch die Königin und den Admiral von Castilien noch nicht zurück. Der letztere bot dem Botschafter eine Zusammenkunft an. Es gab von beiden Seiten viele Worte. Harcourt betonte, daß lediglich Vernunft und Gerechtigkeit die Mittel seien, deren der König von Frankreich sich bediene, und stellte dann praktisch seine Forderung dahin: die Königin und der Admiral müssen positiv sagen, was sie zu Gunsten Frankreichs bieten und was sie dafür verlangen. Der Admiral erwiederte, daß auf diese Weise die Sache unausführbar sei. Doch bat er um Meldung nach Versailles⁴⁾.

Harcourt war der Ansicht, das als das wirksamste Motiv in den beiden Persönlichkeiten anzusehen sei die Furcht. Denn auch sie mochten den Tod Carls II. als nahe bevorstehend glauben. Der Admiral wartete nicht einmal die Rückkehr des Couriers von Versailles ab. Am 4. October trat er abermals zu Harcourt. Dieser entgegnete wie früher: „Was bietet die Königin, und was verlangt sie dafür?“⁵⁾

Harcourt redete, wenn auch ohne ausdrückliche Ermächtigung, dennoch im Sinne Ludwigs XIV. Dieser mißtraute der Königin.

¹⁾ Hippeau t. I, p. 212.

²⁾ A. a. O. p. 220. Vom 20. September.

³⁾ A. a. O. p. 230. Vom 20. September.

⁴⁾ A. a. O. p. 234. Vom 24. September.

⁵⁾ A. a. O. p. 216.

„Aber auch selbst wenn ich ein Vertrauen in sie setzen dürfte, sagte er, so haben doch die Dinge durch den Vertrag sich geändert.“ Stärker noch misstraute er dem Admiral. Nach seiner Ansicht hatte dieser bereits abgeschlossen, entweder mit dem Kaiser, oder mit dem Kurfürsten von Bayern, und ging nur darauf aus eine etwaige französische Eröffnung zu Gunsten jener zu verwerthen ¹⁾).

Harcourt durfte demnach darauf rechnen, daß die endgültige Antwort auch Ludwigs XIV. an den Admiral von Castilien und die Königin Maria Anna in demselben Sinne ausfallen würde. Es kam nicht dazu. Er hatte die endgültige Antwort nicht auszusprechen, weil der Admiral von Castilien nicht wieder kam, um eine solche zu empfangen.

Denn inzwischen nahmen die Dinge in Madrid eine neue, unerwartete Wendung. Es geschah durch das nachdrückliche Eintreten des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern.

Dem achten Artikel des Theilungsvertrages gemäß sollte dieser dem Kurfürsten mitgetheilt werden sofort nach der Auswechslung der Ratificationen. Diese Mittheilung muß jedoch schon früher geschehen sein; denn jene Auswechslung fand statt im Schlosse Poo zu Ende October, und bereits am 29. October verfaßte Harcourt in Madrid einen Bericht, in welchem die Thätigkeit der Partei des Kurfürsten sehr sichtlich hervortritt ²⁾).

Woher immer Max Emanuel die genaue Kunde des Vertrages noch früher erhalten haben mag: er entsendete in den ersten Tagen des Monats October einen Courier mit der Abschrift nach Madrid. Unmittelbar von der Reise begab sich der Courier zu dem Grafen Melgar, Admiral von Castilien, und verweilte dort mehrere Stunden, dann eben so bei dem Grafen Dropeja ³⁾). Also ward noch am Tage der Ankunft das Geheimnis den wichtigsten Persönlichkeiten kund. Der

¹⁾ Hippau t. I, p. 250. Vom 12. October.

²⁾ A. a. O. p. 252.

³⁾ Wagner t. II, p. 513. Die Berichte des Grafen Alois Harrach im I. I. Archive enthalten diese Einzelheiten nicht; aber die Berichte sind, wie bereits bemerkt, lückenhaft. Wagner, im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts, scheint mehr Acten gekannt zu haben. Nur in Betreff der Königin Maria Anna ist er nicht unterrichtet.

Kurfürst Max Emanuel hoffte für seine Mittheilung auf den Dank der Spanier. Hier also trat ein Factor in Thätigkeit, den Ludwig XIV. in seine Berechnung nicht miteinbezogen.

Es fragte sich, ob dieser Factor Unterstützung fand.

Der französische Botschafter Harcourt meldete später dem Könige, daß der Kurfürst seinem Gesandten in Madrid 25,000 Goldstücke angewiesen, zur Vertheilung an die Gräfin Verlepsi und andere geeignete Persönlichkeiten¹⁾. Andere geben ähnliche Beträge an.

Diese Thatfache dürfte daher nicht in Zweifel zu ziehen sein, eben so wenig, daß dieses Gold dann auch gewirkt. Ludwig XIV. seinerseits dagegen hebt auf den ersten Bericht Harcourts sofort hervor, daß der Admiral von Castilien nach dem 4. October nicht wieder erschienen sei, um eine endgültige Antwort zu empfangen. Aus diesem Umstande und der ganzen Sachlage überhaupt folgert er, daß die Königin Maria Anna das ganze Gewicht ihres Einflusses lege in die Wage des Kurfürsten von Bayern²⁾.

Ludwig XIV. folgerte richtig. Der Kurfürst Max Emanuel in Brüssel mochte hoffen, aber er konnte nicht wissen, daß er bei seinem Plane in Madrid sofort diese mächtige Bundesgenossin für sich haben würde. Aber so lagen die Dinge. Von dem Momente an, wo der bayerische Courier vor dem Admiral von Castilien seine Depeschen ausbreitete, war der Bund der Königin Maria Anna mit dem Kurfürsten Max Emanuel wie geschlossen.

Fassen wir die Stellung der Königin vor dem Eintreffen des bayerischen Couriers ins Auge.

Nachdem sie als vermeintliche Freundin des Kaisers vor allen Anderen beigetragen, die Sache seines Hauses in Spanien zu verderben, suchte sie damals, um sich vor den Folgen des eigenen Thuns sicher zu stellen, ihre Zuflucht bei dem Könige von Frankreich. Wir haben das Urtheil Ludwigs XIV. vernommen, bereits im Mai 1698, daß die Königin Maria Anna negativ arbeite für ihn³⁾. Wenn dies von ihr bis dahin auch nicht absichtlich geschehen war: so dürfte nach

¹⁾ Hippeau t I, p. 259.

²⁾ A. a. D. p. 255, vom 17. November, und p. 262, vom 30. November.

³⁾ A. a. D. p. 85.

den Vorwürfen des Kaiserpaares die Erkenntnis dessen doch nicht völlig geschilt haben. Anstatt umzukehren, lenkte sie im Sommer 1698 auch positiv hinüber zu Frankreich. Wie immer es stehen mag um das bei den Staatsmännern in Madrid, in Paris, im Haag gängige Gerücht des Vorschlages einer Heirath mit dem Dauphin: da die Gräfin Berlepsi daselbe kannte und ferner wußte, daß in Madrid die Sage melde von kostbaren Geschenken des Dauphins an die Königin Maria Anna: so kann auch dieser selbst jenes Gerücht nicht unbekannt gewesen sein. Dies ist das Mindeste, was nach den Thatfachen angenommen werden muß. Bei dieser Lage der Dinge nun that Maria Anna durch den Admiral von Castilien, im September, dem Könige von Frankreich einen Schritt entgegen, der ihre Bereitwilligkeit ankündigte, die Sache des kaiserlichen Hauses völlig preiszugeben und an Frankreich zu verrathen. Der Schritt war nicht geeignet auf französischer Seite das Gefühl der Achtung vor Maria Anna hervorzurufen; aber die Erwiderung Harcourts, die sich zusammen drängen läßt in die Worte: Waare und Preis, prägte das französische Urtheil über sie nicht aus in einladender Form. Die Zukunft lag düster vor Maria Anna.

Bei dieser Lage der Dinge traf der bayerische Courier ein, der die Kunde des Theilungsvertrages und die Wünsche des Kurfürsten Max Emanuel dem Admiral von Castilien überbrachte. Es ist anzunehmen, daß Maria Anna die Aufforderung ihres Berathers für den Kurfürsten einzutreten, auf das freudigste ergriffen habe.

Und dies Mal fand die Königin Maria Anna sich einig mit der Strömung in den Gemüthern vieler Spanier. Die Kunde des Theilungsvertrages erregte in den Mitgliedern des Staatsrathes eine heftige Bewegung wider einen Plan, der, ohne sie, über ihre Monarchie verfügte nach fremdem Willen und fremder Zweckmäßigkeit. Die verschiedenen Richtungen waren einig für die Erhaltung der gesamten Monarchie in ihrer Unabhängigkeit. Gegen Frankreich ward geltend gemacht, daß man keine Bürgschaft habe wider die Absicht Ludwigs XIV., das gesammte spanische Erbe für den Dauphin zu fordern¹⁾, demnach die Kronen von Spanien und Frankreich auf Ein

¹⁾ So Portocarrero zu Harcourt, bei Hippeau t. I, p. 252. Vom 29. October.

Haupt zu bringen. Die Frage war also: ob der Erzherzog, ob der Kurprinz. Man vernahm das Wort, welches Dropeza im Munde zu führen pflegte: für den Kurprinzen spreche bei dem Könige das Recht und das Gewissen, für den Erzherzog die Rücksicht auf sein Volk und sein Haus. Der Staatsrath einigte sich zu einer dringenden Bitte an den König eine Verfügung zu treffen über die Succession ¹⁾.

Carl II. ging ein. Er stellte zwei Fragen: ob es ihm zustehe, vermöge eines Testamentes, ohne Befragung der Cortes, über die Succession zu verfügen, und dann, ob das Recht spreche für den Kurprinzen oder für den Erzherzog. Die Antwort auf die erste Frage lautete: wie Philipp IV. sein Testament verfaßt, ohne vorher die Cortes zu befragen: so stehe eben dasselbe Recht auch seinem Nachfolger zu. Die Antwort auf die zweite Frage lautete: der Kurprinz von Bayern als der Enkel der Infantin Margaretha, der Schwester des Königs, dürfe ohne schwere Sünde dem Erzherzoge nicht nachgesetzt werden. Die Antworten wurden dem Beichtvater des Königs eingereicht. Er billigte sie. Er mahnte den König ihnen beizutreten.

Carl II. entschloß sich.

Eben so auch schien den wortführenden Spaniern dieser Entschluß in Bezug auf das übrige Europa der heilsamste zu sein. Weder die Macht Frankreichs, noch diejenige der deutschen Linie des Hauses Oesterreich dürfe gesteigert werden, weil die eine wie die andere der allgemeinen Freiheit gefährlich werden könne. Dagegen sichere die Uebertragung dieser sämtlichen Länder der spanischen Krone auf den Kurprinzen den allgemeinen Frieden. Denn da Frankreich und Oesterreich unter einander darüber sich niemals einigen könnten, so würden sie beiderseitig einen dritten Besizer im Frieden belassen. Darauf hin auch seien die Wünsche von England und Holland gerichtet, nicht bloß wegen des Gleichgewichtes in Europa, sondern auch wegen der Schifffahrt nach Indien, und in Holland spreche dafür namentlich auch das Interesse, die Besatzungen in den belgischen Städten zu behalten als die Bürgschaft der eigenen Sicherheit ²⁾.

¹⁾ Wagner t. II, p. 513.

²⁾ So saßt der damalige venetianische Botschafter in Madrid, Mocenigo, die Ansichten der Spanier zusammen, in Barrozzi e Berchet, Spagna t. II, p. 692.

Von diesem Stande der Dinge in Madrid gab der Cardinal Portocarrero durch seinen Vertrauten Urraca sofort Nachricht an den Botschafter Harcourt, zugleich mit der Anfrage, ob es den Wünschen des Königs von Frankreich mehr entspräche, der Errichtung eines solchen Testaments entgegen zu treten, oder die Dinge gehen zu lassen. Harcourt, dem die Sache völlig neu, wagte nicht eine bestimmte Antwort. So am 29. October ¹⁾).

Ludwig XIV. schwankte, ob er die Eröffnung des Cardinals für einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung für Frankreich nehmen solle, oder für den Versuch seine Zustimmung zu erwirken. Er war weit davon entfernt diese zu geben. Er verlangte vielmehr, daß der Cardinal mit allem Nachdrucke einem solchen Entschlusse des Königs entgegen wirke. „Er selber hat gesagt, fährt Ludwig XIV. fort, daß ein solches Testament, als wider alle Rechtsform, im Falle des Todes des Königs dort, nichts entscheide. Heben Sie dagegen hervor, daß dennoch ein solcher Act den Friedensstörern zum Vorwande dienen könne. Demnach entspricht es der Wohlfahrt Spaniens zu hindern, daß der katholische König vor seinem Tode irgendwelche letztwillige Verfügung treffe“ ²⁾).

Zwischen diesen Worten Ludwigs XIV., im October 1698, und seinem Verhalten um zwei Jahre später, im November 1700, liegt von seinem Standpunkte aus kein Widerspruch. Ludwig XIV. wollte das gesammte spanische Erbe. Dasselbe zu erlangen auf Grund einer letztwilligen Verfügung Carls II. zu Gunsten eines französischen Prinzen — dafür bot sich im October 1698 gar keine Aussicht. Ludwig XIV. konnte daher damals nur negativ wirken, indem er überhaupt jede Feststellung in Spanien zu vereiteln suchte, damit nicht eine solche seinem Plane auf das gesammte Erbe hinderlich entgegen trete. Wenn aber eine Aussicht aufging, daß eine solche Feststellung zu Gunsten eines französischen Prinzen erfolge, wie es im Jahre 1700 geschah: so wandelte sich dadurch auch die Rechtsanschauung Ludwigs XIV. Nicht diese war das bleibende, sondern sein Verlangen

¹⁾ Hippeau t. I, p. 252.

²⁾ A. a. O. p. 257: il est du bien de l'Espagne d'empêcher que le roi Catholique ne fasse aucune disposition avant sa mort.

nach dem ganzen Erbe. Dies war dasselbe im October 1698, wie im November 1700.

Der Fingerzeig, der in jenen Worten des Königs an Harcourt liegt, ward von Ludwig XIV. noch verstärkt durch die weiteren Worte: „Benehmen Sie dem Cardinale die Meinung, als ob ich mir die spanische Angelegenheit nicht mehr zu Herzen nehme, und als ob mein Plan dessen, was ich bei dem Todesfalle des Königs von Spanien zu thun habe, schon fest stehe“ ¹⁾.

Die letzten Worte, welche nicht den Willen ankündigen an dem Theilungsvertrage festzuhalten, waren augenscheinlich nicht minder berechnet für den Botschafter Harcourt, als für den Spanier Portocarrero.

Diese Weisungen Ludwigs XIV. haben indessen nur den Werth, daß sie klarer als die früheren, sein letztes Ziel errathen lassen. Eine praktische Bedeutung ward ihnen nicht zu Theil. Lange bevor sie in Madrid eintrafen, war dort für damals die Entscheidung gefallen. Der moralische Druck, den Ludwig XIV. durch den Theilungsvertrag auf Spanien hatte üben wollen, war da; aber die Wirkung erfolgte nicht für ihn, sondern wider ihn. Eben vorher hatte er die dargebotene Hand der Königin Maria Anna nicht angenommen. Sie zeigte ihm, was sie vermochte.

Am 14. November 1698 erschien der König Carl II. im Staatsrathe, wie es selten geschah, und ließ das von Dropeja aufgesetzte, von ihm vollzogene Testament verlesen. Es setzte den Kurprinzen Joseph Ferdinand zum Nachfolger ein, und bestätigte im Uebrigen das Testament Philipps IV. Für den Fall der Minderjährigkeit des Prinzen bei seinem Tode, ernannte Carl II. darin die Königin zur Regentin, umgeben von einer Junta, bestehend aus dem Cardinale Portocarrero und fünf anderen benannten Personen. Der König verlangte die Unterschrift der Mitglieder des Staatsrathes ²⁾. Der Cardinal Portocarrero trat zuerst heran. Er schien ein wenig zu zaudern. Dann unterschrieb er. Nur Monterey und Manjera waren nicht geladen. Der Secretär Ubilla, dem dies obgelegen hätte,

¹⁾ Hippeau t. I, p. 255 et suiv. Vom 17. November.

²⁾ Wagner t. II, p. 514.

entschuldigte sich mit Vergeßlichkeit. Man wußte, daß sie dem Kurfürsten von Bayern sehr abgeneigt waren. An Monterey, den Präsidenten des Rathes für Belgien, hatte eben vorher der Kurfürst aus Brüssel heftige Drohungen entsendet ¹⁾).

Dann ward berathen, ob die Zustimmung der Cortes einzuholen. Die Frage ward verneint. Die wichtigste Bedingung sei das Geheimniß.

Noch am Abende desselben Tages erhielt der Graf Alois Harrach, auf den nach der Abreise des Vaters die Botschaft übergegangen, durch Reganez die Meldung, daß etwas Besonderes sich ereignet habe. Er bat die Königin um eine Audienz. Es dauerte vierzehn Tage, bis sie ihm gewährt wurde. Die Königin verneinte alles. Auch mahnte sie den Botschafter ab, den König, ihren Gemahl, oder den Kaiser mit der Anfrage oder dem Berichte über solche Gerüchte zu behelligen. Harrach scheint der Königin Glauben geschenkt zu haben, daß sie nicht betheiligt sei. Es gelang ihm endlich nach langen Mühen auch zu dem Könige durchzudringen. Er hielt Carl II. vor, daß das Mittel dieses Testaments die ungeheuren Schwierigkeiten nicht löse. In der That lag eine derselben sehr nahe. Mochten immer die Rätthe des Königs gehandelt haben im guten Glauben der spanischen National-Idee, daß die Monarchie untrennbar sei: sie hatten vergessen, daß z. B. Mailand ein Mannlehen des Reiches war, nicht unterworfen der freien Disposition des Inhabers zu Gunsten einer cognatischen Linie. „Und welches Bollwerk, fragte Harrach, hat Spanien an dem Kurprinzen wider die Begehrlichkeit des Königs von Frankreich?“ — Carl II., verwirrt, verlegen, betheuerte seine treue Anhänglichkeit für seinen Oheim, den Kaiser ²⁾).

Harcourt verhielt sich einstweilen schweigend.

Inzwischen durchheilten die Gerüchte Europa. Lange vor dem Ende des Jahres 1698 war der wesentliche Inhalt des Testaments bekannt, in Wien wie in Versailles, in London wie im Haag. Es fragte sich also, wie man an den verschiedenen Orten zu der vollendeten Thatfache Stellung nehmen würde.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 4. November.

²⁾ Wagner t. II, p. 515.

Dreißundzwanzigstes Buch.

Die Zeit des zweiten Theilungsvertrages über die spanische Monarchie. 1699.

Am 4./14. December 1698 traf der König Wilhelm III. in London ein. Während er noch niemals vorher seine Ueberkunft so spät hingezögert, hatten sich die Mitglieder des neuen Parlamentes bereits seit der Mitte Octobers in London angesammelt ¹⁾. Der König mochte hoffen, daß das neue Unterhaus in Betreff der Erhaltung einer Armee günstiger für ihn gesinnt sein würde als das vorige. Nur diese Hoffnung erklärt, wie wir bemerkt haben (S. 197 u. f.), die letzten Schritte vor seiner Abreise im Juli aus England, seine Befehle an die Regentschaft zur Aufrechthaltung von 16,000 Mann. Allein die Umstände lagen bei den Neuwahlen für seine Wünsche nicht günstig. Der Eindruck seines Verhaltens während der letzten Session, seine Verschlossenheit nach allen Richtungen, hatte nicht vortheilhaft gewirkt. Er hatte kein Vertrauen zu seinen Ministern, und sie nicht zu ihm. Man wußte nicht welche Partei ihm lieber war. Kundige Beobachter vermeinten, daß Wilhelm III., wenn er die erforderliche Anzahl Tories finden könne, die Whigs aus den Aemtern längst beseitigt haben würde ²⁾. Aber die letztere Partei hatte darin einstweilen noch die Oberhand, nur daß sie sich nicht sicher fühlte. Von beiden Seiten her dagegen

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 18. October 1698.

²⁾ Shrewsbury Correspondence p. 560. Somers an Shrewsbury, den 25. October/4. November.

wurden Klagen laut über die schwere Last der Steuern. Dazu kam die Unsicherheit über die Wege des Königs in der Politik nach außen. Man war unnmuthig über seine Reise nach Holland, über das Gerücht des Geheimnisses von Voo. „Ich kann Ihnen aussprechen, sagte vor dem Zusammentritte des Parlamentes der Graf Auersperg im Haag zu Heinsius, daß nach meinen Nachrichten mehr als dreihundert Mitglieder des Parlamentes nicht mehr zweifeln an einem Vertrage des Königs mit Frankreich. Ich besorge daher einen übeln Anfang der Session, vielleicht gar eine Adresse des Unterhauses gegen die Reisen nach Holland, jedenfalls ein starkes Andringen auf die Entlassung der Armee“ ¹⁾).

Am selben Tage meldete der König selbst an Heinsius die Wahrnehmung dieser letzteren Strömung. Zugleich jedoch zeigte er sich sehr zufrieden mit der Wahl des Sprechers Littleton, eines rechtschaffenen Mannes; denn damit sei alles in Ordnung ²⁾. Die Thronrede, abgefaßt unter dem Beirathe des Lord-Kanzlers Somers, lautete wie folgt.

„Mylords und Herren. Ich zweifle nicht, daß Ihr zusammen getreten seid mit der völligen Geneigtheit alles zu thun, was erforderlich ist für die Sicherheit, die Ehre und die Wohlfahrt des Königreiches. Und das ist alles, was ich von Euch verlange. In dieser Beziehung erfordern hauptsächlich zwei Fragen Eure Aufmerksamkeit. Die erste ist: welche Streitkräfte sind in diesem Jahre erforderlich zur See, und welche zu Lande? Alles was ich in Betreff dessen zu bemerken habe, befaßt sich darin, daß das Gedeihen des Handels, die Aufrechthaltung des Crediten, und die Beruhigung der Gemüther daheim, sämmtlich abhängen von der Meinung der Menschen über ihre Sicherheit. Und, um für England das Gewicht und den Einfluß zu bewahren, den es zur Zeit auf die Angelegenheiten nach außen hin ausübt, ist auf dem Festlande erforderlich die Erkenntnis, daß Ihr es an Euch selber nicht ermangeln lasset.“

„Die zweite Frage, die als besonders wichtig ich Eurer Erwägung anheim stelle, ist diejenige der weiteren Entlastung der Nation von den Schulden, welche sie wegen des langen und kostspieligen Krieges

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 6./16. December.

²⁾ Grimblot t. II, p. 207.

auf sich genommen. Das öffentliche Interesse sowohl wie die Gerechtigkeit verlangen es, und nach meiner Ueberzeugung kann ein englisches Parlament nie in den Fehler verfallen, nicht alle solche Verpflichtungen heilig zu achten."

„Meine Herren vom Unterhause, ich empfehle Euch dringend diese Angelegenheiten, damit Ihr diejenigen Bewilligungen beschließt, welche Ihr für diese verschiedenen Zwecke als nothwendig erachtet."

Der König schloß mit der Empfehlung einer besonderen Fürsorge für die Armen, für das Gedeihen des Handels, gegen Laster und Gottlosigkeit.

Die Rede ward mit Schweigen vernommen. Das Oberhaus erließ dann eine Dank-Adresse. Das Unterhaus befaßte sich nicht mit einer solchen Verathung, sondern zog den Zustand des Königreiches in Erwägung. Die Strömung in den Gemüthern gegen den Bestand einer Armee war stark. Sie schwoll an durch die heftigen Reden. Namentlich die Tory-Partei stürmte an gegen ein stehendes Heer. Sie war die geringere. Aber die Whigs erkannten die Sache des Heeres nicht an als diejenige ihrer Partei. Es war von Anfang an klar, daß die Zahl, welche dem Könige vorschwebte, 16,000 Mann, nicht zu erreichen stand. Aber er hatte es verschmäht eine geringere Zahl zu benennen, mit der er etwa sich begnügen würde. Seine Minister waren der Ansicht, daß in dem Comité vielleicht die Zahl 10,000 durchzusetzen sein würde. Aber sie waren nicht autorisirt. Daher schwiegen sie. Robert Harley, ein Mitglied der Tory-Partei, schlug für England die Zahl 7000 vor, Offiziere und Diener mit inbegriffen, und nur Engländer. Sedley wagte die Zahl 10,000 zu nennen, fand jedoch nur schwache Unterstützung. Da, im Falle der Verwerfung des Antrages von Harley, keine Aussicht zu sein schien auf eine andere Zahl: so stimmten Alle dafür. Am anderen Tage, dem 17./27. December, ward eine Bill dieses Inhaltes beschlossen, und Harley mit der Abfassung beauftragt ¹⁾. Der Name dieses begabten, der englischen Zustände sehr kundigen Mannes erscheint damals zum ersten Male: wir werden ihm später noch sehr oft wieder begegnen.

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 567. Nach den Briefen Bernons.

Wir erkennen den von einem Tage zum anderen steigenden Unmuth des Königs in seinen Briefen an Heinsius ¹⁾). „Diese Verhandlungen, sagt er am 16./26. December 1698, dem Tage jenes Beschlusses im Comité, sind mir so sehr zuwider, daß ich davon nicht reden mag.“ Aber in den nächsten Tagen gestalteten sich die Dinge nur noch schlimmer. „Ich bin so bekümmert, meldet er vier Tage später, am 20./30. December, über die Vorgänge im Unterhause in Betreff der Armee, daß ich es nicht vermag meine Gedanken zu wenden auf irgend einen anderen Punct.“ Und dann bligt zum ersten Male ein Gedanke besonderer Art hindurch. „Ich sehe vorher, fährt der König fort, daß ich genöthigt sein werde, einen Entschluß äußerster Art zu fassen, und daß ich Sie in Holland eher wieder sehen werde als ich gedacht hätte.“ So am 20./30. December.

Das Unterhaus wiederholte seine Beschlüsse. Man dürfte nicht sagen, daß sie das Werk einer Partei waren, noch auch, daß die Whigs, welche durch die Wahl Rittletons zum Sprecher ihr Uebergewicht im Unterhause dargethan, in dieser Frage dem Könige mit einer besonderen Absicht entgegen standen. Vielmehr lag die Sache so, daß nach dem Zeugnisse von zwei unbetheiligten Beobachtern, dem Franzosen Tallard und dem Deutschen Hoffmann, in dieser Angelegenheit alle Parteien zusammen gingen ²⁾). Sie war die Sache der Nation. Hoffmann spricht sich darüber aus mit folgenden Worten: „Was immer den Namen einer stehenden Truppe hat, ist den Engländern zuwider. Diese Abneigung ist so allgemein, daß auch die treuen Anhänger des Königs, obschon sie offiziell für den Fortbestand der Truppen reden, dennoch innerlich dawider sind und bei sich wünschen, daß ihre Worte wirkungslos verhallen. Dazu kommen dann noch besondere Motive. Sie wollen nicht die französischen Regimenter in Irland. Sie sind unzufrieden, daß der französische Refugie Ruvigny, jetziger Lord Galway, Statthalter von Irland sein soll, gleich als wäre ein dafür befähigter Engländer nicht da“.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 209 sqq. Vom 6./16., 9./19, 12./23., 14./24., 16./26., 20./30. December.

²⁾ Der Bericht Tallards bei Grimblot t. II, p. 224. — Derjenige Hoffmanns vom 30. December 9. Januar.

Indessen man dürfte auch nicht einmal sagen, daß die Angestellten des Königs durchweg ihre Stimmen erhoben zu Gunsten seiner Wünsche. Einer der Redner sagte: er habe im Jahre zuvor votirt für die Erhaltung einer ansehnlichen Macht, weil einestheils damals der König von Spanien schwer krank und im Falle seines Todes ein allgemeiner Krieg bevorzustehen schien, weil andererseits der Friede des Kaisers mit den Türken noch entfernt. Diese beiden Gründe hätten seitdem ihr Gewicht verloren. Der König von Spanien befinde sich wieder wohl, und habe noch dazu durch ein Testament über die Succession so verfügt, daß allem Vermuthen nach ein Krieg darüber nicht zu besorgen. Andererseits sei der Friede des Kaisers mit den Türken fast wie geschlossen, demnach der Kaiser im Stande seine gesammte Macht für das Gemeinwohl von Europa in die Wage zu legen. Unter solchen Umständen seien 7000 Mann für England ausreichend ¹⁾.

Diese Rede wurde von Mitgliedern des Parlamentes als eine durchschlagende bezeichnet ²⁾. Der Redner war einer von den fünf Commissären des Schatzamtes.

Demnach stand als erstes Motiv dieser Beschlüsse voran die nationale Abneigung aller Engländer gegen eine stehende Heeresmacht als unverträglich mit der bürgerlichen Freiheit, mochte nun Wilhelm III. König sein oder irgend ein anderer. Erst in zweiter Linie stand das Motiv des Mißtrauens wider den König Wilhelm persönlich. Dies zweite Motiv war im allgemeinen nicht gerechtfertigt; denn wie absolut auch immer Wilhelm III. die auswärtige Politik von England leitete: die bürgerliche Freiheit ward durch ihn nicht gefährdet. Und dennoch hatte sein Verhalten Handhaben zum Mißtrauen geboten: namentlich seine Verschlossenheit in Betreff der Angelegenheiten nach außen, die Besorgnis vor einem mit Frankreich geschlossenen Vertrage, welcher das Interesse Englands nicht wahre, endlich die bei seiner Abreise nach Holland im Sommer 1698 hinterlassenen Befehle, welche eine größere Truppenmacht aufrecht erhielten als vereinbar war mit den früheren

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 16. Januar.

²⁾ Dergleichen vom 27. Januar: Diese Rede hat den härtesten Druck darin gegeben.

Parlaments-Beschlüssen. Wilhelm III. hatte gehofft von dem neuen Parlamente die Bewilligung eines stärkeren Bestandes zu erhalten. Es erfolgte das Gegentheil: jener Beschluß nach dem Antrage Harleys drückte die Zahl noch tiefer hinab.

Wir haben den Gedanken vernommen, den er am 20./30. December zuerst gegen Heinsius aussprach. In den nächsten Tagen, unter dem Eindrucke der erneuten Beschlüsse, bildete er ihn weiter.

Aus manchen Zügen seines Verhaltens und aus mehr als einer vertraulichen Aeußerung der früheren Jahre liegt vor Augen, daß er sich, namentlich seit dem Tode der Königin, auf dem Boden von England niemals heimisch fühlte. Jene Beschlüsse steigerten die Abneigung. Sie durchkreuzten nicht bloß seine Politik nach außen: sie verletzten ihn auch persönlich. Denn da die Bill des Unterhauses über den Bestand von nur 7000 Mann Truppen alle Nicht-Engländer ausschloß: so mußte folgerecht der König auch seine holländische Garde entlassen, die drei blauen Regimenter, mit denen er seit nun sieben- undzwanzig Jahren Leid und Freud getheilt, welche ihm bis dahin erschienen wie unzertrennlich von seiner Person. Es ist aus dem Gange der Dinge unverkennbar, daß gerade diese Forderung ihm am schwersten fiel. Das gesammte Vorgehen des Unterhauses machte ihm den Boden von England unleidlich. Er war als Fremdling dahin gekommen, ein Fremdling dort geblieben. Er erwog den Gedanken der Rückkehr in die Heimat. Er entwarf eine Abschiedsrede an das Parlament. Der Wortlaut, obwohl der Entwurf nicht eine That geworden, ist dennoch als die authentische Darlegung der Gedanken, welche damals die Seele des Königs Wilhelm bewegten, ein geschichtliches Actenstück von schwerem Gewichte. Der Entwurf lautet wie folgt ¹⁾.

„Mylords und Herren. Ich bin in dieses Königreich gekommen auf den Wunsch der Nation, um sie vor dem Untergange zu retten, um Eure Religion, Eure Rechte, Eure Freiheiten zu schützen. Zu diesem Zwecke bin ich genöthigt gewesen, für das Königreich einen sehr langen und beschwerlichen Krieg zu führen. Durch Gottes Gnade und

¹⁾ Bekanntlich befindet sich dieser oft gedruckte Entwurf in der eigenen Handschrift des Königs, französisch, im British Museum.

die Ausdauer der Nation hat derselbe geendet mit einem guten Frieden. In diesem Frieden würdet Ihr glücklich und in Ruhe beharren können, wenn Ihr für Euere eigene Sicherheit in solcher Weise beitragen wolltet, wie ich beim Beginne dieser Session Euch gerathen. Allein da ich erkenne, daß Ihr auf meinen Rath so wenig Rücksicht nehmt, und für Euere Sicherheit so geringe Sorge tragt, vielmehr dadurch, daß Ihr Euch der einzigen für Euere Sicherheit ausreichenden Mittel beraubt, Euch dem augenscheinlichen Verderben aussetzt: so wäre es für mich weder gerecht noch vernünftig, ein Zeuge Eueres Verderbens zu sein, ohne meinerseits etwas dagegen thun zu können, weil ich nicht vermöchte Euch zu vertheidigen und zu beschützen. Und doch ist ja dies der einzige Zweck meines Kommens gewesen."

„Demnach muß ich Euch auffordern geeignete Personen auszuwählen und mir zu benennen, denen ich für meine Abwesenheit die Verwaltung übertragen könnte. Denn ich gebe Euch die Versicherung, daß ich, ungeachtet der Nöthigung, die Ihr mir auferlegt, zur Zeit das Königreich zu verlassen, dennoch immer dieselbe Zuneigung für die Wohlfahrt und das Gedeihen von England bewahren werde, und daß, wenn meine Gegenwart hier für Euere Vertheidigung nothwendig würde, und, wenn ich glaube diese mit Aussicht auf Erfolg unternehmen zu können, ich immer bereit sein werde wieder zu kehren, und auch in Zukunft, wie ich bisher gethan, mein Leben einzusetzen für Euere Sicherheit. Möge Gott Euere ferneren Berathungen segnen, und Euch erfüllen mit den Gedanken für das Wohl und die Sicherheit des Königreiches!"

Der König hielt den Gedanken nicht durchaus geheim. Er sprach ihn namentlich aus vor dem Lord Kanzler Somers, dann auch vor Marlborough, vor Montague, vor Orford, vielleicht auch noch vor Anderen. Am 29. December, 8. Januar 1699 machte Somers einen ausführlichen Bericht darüber an Shrewsbury. Er hatte die ersten Andeutungen des Königs nicht für ernstlich gemeint genommen, sondern nur wie eine Mahnung dem Parlamente gegenüber für ihn einzutreten. Somers wies daher den Gedanken weit hinweg, bezeichnete ihn als extravagant und absurd, und bat den König, um seiner eigenen Ehre willen, nicht wieder davon zu sprechen. Der König hörte geduldig an. Nach einer Unterredung von zwei Stunden erkannte dennoch

Somers, daß seine Gründe ohne Wirkung geblieben. Am anderen Tage lehrte er wieder. Der König verbat sich eine neue Erörterung. Er meinte: sie beide würden doch nicht überein stimmen. Somers machte dennoch einen anderen Versuch. Er meldete, daß er mit dem Staats-Secretär Vernon und Anderen übereingekommen, daß im günstigen Falle die Zahl der zu bewilligenden Truppen nur auf 10,000 zu bringen sei, und zwar lediglich dadurch, daß dies den Edelleuten vom Lande vorgehalten werde als der besondere Wunsch des Königs. Wilhelm III. nahm dies ungehalten auf. Er beabsichtige, sagte er, nicht eine Täuschung. Sein Entschluß sei gefaßt. Er stelle alles der Vorsehung anheim. Jedoch wolle er warten bis zum Ende der Woche ¹⁾).

Die Zeit der Vertagung während der Weihnachtszeit wurde von Somers, Vernon und Anderen benutzt zur Einwirkung auf eine Reihe von Mitgliedern. Hier und da fand sich bei Einigen die Geneigtheit, dem König seine holländische Garde zu belassen. Aber auch diejenigen Whigs, welche eine stärkere Macht für erforderlich hielten, bangte vor den übeln Folgen des Mißlingens, wenn die Sache zur Partei-Angelegenheit gemacht wurde. Die Beschränkung der Truppen auf 7000 Mann entsprach dem nationalen Wunsche. Diese Mitglieder der Whig-Partei hatten also zu wählen zwischen der Unpopularität oder dem Mißfallen des Königs. Lieber fügten sie sich in das letztere ²⁾).

Die zweite Lesung der Bill fand statt am 4./14. Januar 1699. Ein schwacher Kampf zu Gunsten einer stärkeren Zahl der Armee ward versucht, jedoch bald aufgegeben. Die Zustimmung zu der Bill gab sich kund durch Acclamation. Die Zahl der 7000 Mann stand demnach fest. Dennoch ward eine Milderung eingebracht. Statt der Worte, daß nur englische Unterthanen der Landmacht in England angehören dürften, wurde in die Bill hinein gesetzt: geborene Unterthanen des Königs oder naturalisirte. Demgemäß durften Schotten in England dienen, konnte der König den Grafen Galway, den Herzog von Schomberg behalten ³⁾). Als der Termin der Entlassung der

¹⁾ Shrewsbury Correspondence p. 573.

²⁾ Grimblot t. II, p. 229. Vernons Schreiben vom 31. December.

³⁾ A. a. O. p. 232. Schreiben Vernons an Shrewsbury, vom 5. 15. Januar.

überzähligen Truppen ward bestimmt der 26. März, mit dem Zusatze, daß alle fremde Offiziere und Soldaten, die nach dem 26. März sich noch im englischen Kriegsdienst befänden, der Strafe des Gesetzes Praemunire unterliegen würden. Diese Strafe war Confiscation des Vermögens und lebenslängliches Gefängnis. Dieselbe Drohung galt für die königlichen Zahlmeister und Commissäre, welche Sold zahlen oder Quartiere anweisen würden¹⁾.

Die erregte Stimmung des Königs hielt an. Seine Gesundheit litt. Sein Schlaf, sein Appetit waren gestört. Er äußerte sich zu Heinsius, zwei Tage nach jenem Beschlusse, mit den Worten: „Die Angelegenheiten im Parlamente gehen in einer Weise, die mich wild macht. Ich werde bald in die Nothwendigkeit kommen, einen Schritt zu thun, der sie hier in Erstaunen setzen soll. Aber ich kann zur Zeit nicht weiter darüber reden“²⁾.

So am 6./16. Januar. Trotz dieser erneuten Ankündigung seines Entschlusses muß dennoch in den nächsten Tagen ein Umschlag bei ihm eingetreten sein. Denn am 12./22. Januar meldet Tallard die Aeußerung von Portland, daß der König in jüngeren Jahren und bei stärkerer Leidenschaft die Dinge auf einen anderen Fuß bringen, nun jedoch, wo ihm das Alter herannähe, Ruhe und Milde vorziehen würde³⁾. In der That enthält das nächste Schreiben des Königs an Heinsius nichts mehr von einem solchen Entschlusse. „Es thut mir leid, sagt er am 13./23. Januar, Ihnen melden zu müssen, daß die Dinge hier schlechter gehen, als man sich jemals hätte vorstellen können, und daß ich nach allen Seiten nichts voraus sehe als Verwirrung. Wenn Frankreich zu diesem Zwecke hier Geld ausgelegt hat: so hätte es sich das sparen können. Ich versichere Ihnen, daß nichts so überflüssig ist wie das. Denn im Allgemeinen sind die Menschen hier so blind und übel geneigt, daß sie gar nicht noch einer Bezahlung bedürfen, um ihre eigene Sicherheit preis zu geben“⁴⁾.

Aus den Meldungen Tallards ist nicht ersichtlich, daß Ludwig XIV. damals in der Weise wie früher zu den Zeiten Karls II.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

²⁾ Grimblot t. II, p. 233. Vom 6./16. Januar.

³⁾ A. a. O. p. 236.

⁴⁾ A. a. O. p. 238. Vom 13./23. Januar.

und Jacobs II. erbötig gewesen sei, für die Opposition im Parlamente Geld zu zahlen. Nicht als ob er darum verzichtete, von diesem Conflict in England für sich Nutzen zu ziehen. Er entwarf vielmehr einen anderen Plan, nicht zunächst berechnet auf das Parlament, sondern auf den König Wilhelm.

Die Persönlichkeit desselben war nicht in ähnlicher Weise faßbar, wie einst Carl II. bei seinem Hange zum Vergnügen, wie Jacob II. bei seinem Streben für das was er Religion und Königthum benannte. Ludwig XIV. konnte daher bei Wilhelm III. nicht direct eine Summe Geldes anbieten. Er schlug einen Umweg ein. Er redete von den europäischen Verpflichtungen, die Wilhelm III. auf sich genommen, an deren Erfüllung er gehindert werden könne durch die Nicht-Bewilligung der Mittel von Seiten des Parlamentes. Daher solle Tallard, für den Fall der Verschärfung des Conflictes, dem Könige von England schrittweise einen Vorschlag nahe bringen, der ihm Geld verschaffen würde ohne das Parlament, nämlich denjenigen des Verkaufes des Fürstenthumes Oranien an Frankreich. Das betreffende Geld würde den König von England unabhängig machen von seinem Parlamente, und dadurch ihm fortan das Glück und die Ruhe seines Lebens sichern¹⁾.

Daß die Erhaltung einer Armee in England durch die eigenen Mittel des Königs, ohne die Bewilligung des Parlamentes, nicht das Glück und die Ruhe des Lebens für Wilhelm III. sichern würde, liegt auf der Hand. Und eben damit auch die Arglist des Entwurfes. Er ist eine neue Umhüllung des alten Kernes der französischen Politik in Bezug auf England, derjenigen Politik, welche Ludwig XIV. nicht erst erfunden, sondern von seinen Vorgängern fertig überkommen hatte, nämlich die Macht England in sich lahm zu legen durch die Verhezung des Königs mit dem Parlamente.

Es scheint, daß bei näherer Erwägung dem Könige Ludwig XIV. die Unausführbarkeit dieses Entwurfes eingeleuchtet habe. Er durchstrich das Schriftstück. Der Inhalt desselben ist demnach nur ein geschichtliches Zeugnis seiner Gesinnung.

Wir haben vernommen, daß Wilhelm III. bereits einige Tage, bevor Ludwig XIV. jenen Plan entwarf, sich über den Stand der

¹⁾ Grimblot t. II, p. 242. Vom 30. Januar 1699.

Dinge zu Heinsius in einer Weise äußerte, welche den Gedanken der Heimkehr nach Holland nicht mehr andeutet. Demnach muß der Umschwung in seiner Seele bereits vorher statt gefunden haben. Allein da die Vereiztheit wider England sich in diesem Schreiben vom 13./23. Januar mindestens eben so scharf, wenn nicht schärfer ausdrückt als vorher: so dürften die Gründe, welche ihn bewogen seinem bereits gefaßten Entschlusse dennoch wieder zu entsagen, schwerlich auf englischem Boden zu finden sein. Nach dem eigenen Berichte des Lord-Kanzlers Somers hatte seinen Reden gegenüber der König Wilhelm beharrt. Andererseits dürfte auch der persönliche Grund, welchen Portland gegenüber dem Botschafter Tallard für das Nachgeben des Königs hervorhob, die Zahl der Jahre, die Rücksicht auf sein Alter, bei Wilhelm III. selbst nicht allzu schwer gewogen haben. Die Zahl dieser Jahre war damals achtundvierzig, und einer bemerkbaren Abnahme der Kraft des Königs geschieht in jener Zeit keine Erwähnung. — Es gibt eine Tradition, daß Wilhelm III. in leidenschaftlichem Unmuth über den Beschluß wider seine holländische Garde in den Ruf ausgebrochen sein soll: „Bei Gott, hätte ich einen Sohn, ich würde sie nicht lassen!“ — Die Tradition ist angezweifelt¹⁾. Sie ist allerdings, wie äußerlich nicht genügend beglaubigt, so auch innerlich nicht wahrscheinlich. Denn bei solchen Worten hätte Wilhelm III. die Frage der Gewalt in England in Aussicht genommen, also dem jehulichen Wunsche Ludwigs XIV. in Betreff Englands entsprochen, und dadurch die Republik Holland ihm preis gegeben. Eben dies letztere vor Allem macht jene Drohung unwahrscheinlich. Vielmehr liegt es näher, daß Wilhelm III. sich zum Nachgeben entschlossen hat um Hollands willen.

Denn der König Wilhelm konnte sich, bei der Erwägung des Gedankens England zu verlassen, nicht verhehlen, daß, wie überhaupt die Consequenzen seines Entschlusses hinaus lagen über alle Berechnung, so doch sehr wahrscheinlich sie nicht günstig ausfallen würden für die Republik. Es war möglich, daß auch England sich abermals als Republik constituirte. Es war auch möglich, daß Jacob II. zurückkehrte. In dem einen Falle wie dem anderen gab

¹⁾ Hallam's Constitutional History. Ch. XV.

die Erfahrung, daß die Macht England geneigt sein würde zur feindseligen Stellung wider die Republik Holland, so wie daß die Macht Frankreich dann alles aufbieten werde, um die Macht England vorwärts zu treiben zum offenen Bruche mit Holland. In diesem Falle war die Republik aufs höchste bedroht, zumal da es sehr fraglich erscheinen durfte, ob der Kaiser, nach der abermaligen Erfahrung des Umdankes von dort her, sich zum dritten Male entschließen würde für sie einzutreten. Dagegen hatte die Republik, bei dem Stande der Dinge in Europa, ihre Sicherheit hauptsächlich durch den Frieden und die Freundschaft mit England. Diese Freundschaft ward ihr verbürgt durch die Person des Königs Wilhelm. Um daher für die Heimat diese Freundschaft und die aus derselben entspringende Sicherheit zu erhalten und zu bewahren, durfte der Dranier England nicht aufgeben, mußte er König dort bleiben. Und darum auch mußte er sich dort gefallen lassen, was er nicht ändern konnte. Er blieb also aus demselben Grunde, aus welchem hauptsächlich er gekommen war, weniger um Englands willen, als für Holland. Er war gekommen, nicht zunächst, um nach der Krone von England zu greifen, sondern um Holland zu erretten von der Gefahr, mit welcher der nach seiner Meinung bestehende Bund der beiden Könige Ludwig XIV. und Jacob II. es bedrohte, und, um im Bunde mit England, unter welcher Form das sein mochte, Holland auch ferner dauernd zu beschützen wider den König von Frankreich. Als die zweckmäßigste Form dieses Bundes erschien damals die Annahme der von Jacob II. verlassenen, von dem Parlamente ihm dargebotenen Krone. Aber nun hatten die Engländer selbst ihm diese Krone verleidet. Wilhelm III. erwog den Gedanken sie zu verlassen, freilich in einer ungleich anderen Weise als einst Jacob II. Er kam zum Entschlusse. Er ließ dann wieder ab von dem Entschlusse aus demselben Grunde, aus welchem er die Krone genommen, nicht zunächst um Englands, sondern um Hollands willen. Für sein Vaterland fügte er sich in Parlaments-Bechlüsse, die er anjah als persönliche Kränkung.

Diese Doppel-Stellung des Königs Wilhelm, mit dem einen Fuße in der Republik, mit dem anderen in England, ist ein gewichtiges, und nicht immer genügend beachtetes Moment für die Entwicklung der Verfassung von England. So sehr eigenthümlich diese Verfassung,

in dem Maße, daß sie einem anderen Lande eben so wenig angepaßt werden kann, wie die Geschichte von England übertragbar ist auf irgend ein anderes Königreich: so ist doch der Baum dieser englischen Verfassung, wenn auch aus dem eigenen Boden erwachsen, doch nicht anders heran gediehen als unter der Einwirkung der Luftströmungen, die von verschiedenen Seiten her nach der Insel hinüber weheten, das heißt die englische Verfassung ist geworden unter der Einwirkung des Contactes von England mit dem Festlande von Europa.

Der Sieg über die eigene Neigung — denn so darf das Ablassen Wilhelms III. von seinem Entschlusse zur Rückkehr nach Holland bezeichnet werden — fand statt nach der zweiten Lesung der Bill über den Heeresbestand von 7000 Mann, vor der dritten. Der Umschlag in der Person des Königs zog nach sich eine merkwürdige Folge. Die eigentliche königliche Partei im Unterhause hatte bei der ersten und der zweiten Lesung der Bill nicht einen nachdrücklichen Widerstand geleistet. Der Grund lag in der zürnenden Passivität des Königs. Auch bei der dritten Berathung im Comité gab sich kaum eine Opposition kund. Die Sache schien wie beendet. Nur noch der formelle Act der dritten Lesung blieb übrig. Es war am 18./28. Januar. An diesem Tage jedoch erhob sich eine Reihe von Rednern wider die geringe Anzahl von 7000 Mann. Es war nicht die Absicht der Vertheidiger der Bill, im Bewußtsein ihrer Mehrheit die Sache nochmals zu erörtern; aber die Angriffe aus allen Ecken des Hauses zwangen sie zu reden. Nicht wie früher konnte die Bill durch Acclamation erledigt werden. Bei der Abstimmung erfanden sich 221 für und 154 gegen die Bill. Demnach war sie endgültig geworden; aber es blieb dem Könige die Genugthuung einer starken Minderheit wider sie ¹⁾.

Am nächsten Tage gelangte die Bill an das Oberhaus. Dort bejaß der König eine erhebliche Partei. Es hing von ihm ab, durch sie die Bill verwerfen zu lassen. Aber das Unterhaus hatte mit derselben die Geldbewilligung für die Ablöhnung der Truppen verwoben. Es nannte daher die Bill eine Geldbill. Demnach würde die Verwerfung im Oberhause einen Conflict beider Häuser des Parlamentes

¹⁾ Grimblot t. II, p. 240. Schreiben Vernons an Shrewsbury, vom 19./29. Januar.

nach sich ziehen. Da es galt die Ansicht, daß die Gegenpartei des Königs im Oberhause, obwohl der Bill geneigt, eben um den Conflict hervorzurufen, für die Verwerfung stimmen würde. Weitaus die Mehrheit des Oberhauses indessen entsprach jener Ansicht. Die Redner derselben erkannten an, daß die Bill nicht genügende Sorge trage für die Sicherheit des Königreiches, daß der Beschluß derselben ein falscher Schritt des Unterhauses sei, daß jedoch, gegenüber dem größeren Uebel der Gefahr eines Conflictes beider Häuser, das geringere Uebel bestehe in der Annahme der Bill auch im Oberhause. In diesem Sinne entschied sich die Mehrheit für dieselbe ¹⁾).

Nachdem einmal der König Wilhelm III. in sich jenen Gedanken des Aufbruches nach Holland überwunden, war er gefaßt sich in das Unvermeidliche nicht bloß zu fügen, sondern auch mit einer anscheinenden Bereitwilligkeit. Am 22. Januar/1. Februar 1699 erschien er im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und redete wie folgt.

„Mylords und Herren. Sobald ich vernommen, daß die Bill für die Auflösung der Truppen so weit fertig war, bin ich gekommen, um sie zu sanctioniren. Obwohl, bei unseren gegenwärtigen Umständen, die Entlassung so vieler Truppen als ein großes Wagnis erscheint, und obwohl auch ich selber es als einen Mangel des Wohlwollens für mich ansehen dürfte, daß die Gardes, welche mit mir zur Hülfe für Euch herüber gekommen sind, welche dann in allen Vorfällen, bei denen ich betheiligt, mich beständig umgeben haben, nun von mir getrennt werden sollen: so ist es doch meine feste Ueberzeugung, daß für uns nichts so unheilvoll sein kann als das Aufwachsen von irgend welchem Mißtrauen oder Eifersucht zwischen mir und meinem Volke. Ein solches Mißtrauen müßte allerdings nach demjenigen, was ich für die Herstellung und die Sicherung Euerer Freiheit unternommen, gewagt und geleistet habe, mir sehr unerwartet vorkommen.“

„Damit habe ich Euch ganz klar und offen den einzigen Grund dargelegt, welcher mich bewegt die Bill zu sanctioniren. Und dagegen nun halte ich es für meine Pflicht, um dem in mich gesetzten Vertrauen

¹⁾ Bericht Hoffmanns vom 3. Februar. — Berichte Vernons an Shrewsbury, und Tallards an Ludwig XIV., bei Grimblot t. II, p. 241 sqq.

zu entsprechen, und zu meiner eigenen Rechtfertigung, damit nicht mir etwaige übele Folgen zur Last gelegt werden können, Euch offen mein Urtheil kund zu thun, daß die Nation der Gefahr allzu sehr bloß gestellt ist."

„Es liegt daher Euch ob, diese Angelegenheit in ernste Erwägung zu ziehen, und für eine solche Waffenmacht Sorge zu tragen, wie sie erforderlich ist für die Sicherheit des Königreiches und die Erhaltung des Friedens, den Gott uns verliehen" ¹⁾).

Sobald die Mitglieder des Unterhauses in ihre Räume zurückgekehrt waren, beschloßen sie auf dies Entgegenkommen von Seiten des Königs zu antworten mit einer Dank-Adresse. Sie lautete wie folgt.

„Wir Ew. Majestät pflichtschuldigte und getreueste Unterthanen, die im Parlamente versammelten Gemeinen, sind in vollem Maße erkenntlich für die Schwierigkeiten, denen Ew. Majestät sich unterzogen, die Mühsale, welche Sie auf sich genommen, die Gefahren, denen Sie sich ausgesetzt, um uns zu befreien vom Papstthum und willkürlicher Gewalt, unsere Freiheit herzustellen, und der ganzen Christenheit Frieden und Ruhe wieder zu geben. Darum bitten wir unseren herzlichsten Dank darbringen zu dürfen für die gnädigste Thronrede, in welcher Sie eine so große Rücksicht aussprechen für den guten Willen und die Zuneigung Ihres Volkes, und einen so unzweifelhaften Beweis geben für Ihre Bereitwilligkeit den Wünschen des Parlamentes zu willfahren. Und da Ew. Majestät zugleich eine freundliche und väterliche Sorgfalt kund thun für die Sicherheit Ihres Volkes: so bitten wir Ew. Majestät, unsere Versicherung anzunehmen, daß Sie niemals Grund haben sollen, das Haus der Gemeinen für nicht pflichtwillig oder undankbar gegen Ew. Majestät zu halten, sondern daß wir bei jeder Gelegenheit zu Ew. Majestät stehen werden, um Ihre geheiligte Person zu erhalten und Ihre Regierung gegen jeglichen Feind zu unterstützen."

Das gesammte Haus überbrachte dem Könige die Adresse. Er erwiederte: „Meine Herren, ich nehme die Adresse freundlichst an. Ich bin von Euerem Pflichtgeföhle und Euerer Zuneigung zu mir durchaus

¹⁾ Commons' Debates, t. III, p. 93.

überzeugt, und zweifelte nicht, Ihr werdet handeln in der hier ausgesprochenen Weise.“

Eben so wie offiziell, wurden auch vertraulich dieselben Versicherungen gemacht. Nicht bloß das Unterhaus, sagte man, sondern die ganze Nation sei entzückt: der König werde fortan erhalten können was er nur verlange ¹⁾).

Dennoch entsprechen die Worte nicht ganz den Thatfachen. Die wesentlichste Thatfache war die, daß der Sieg völlig dem Unterhause verblieb. Und ungeachtet jener loyalen Worte war es nicht Willens von den Consequenzen auch nur die geringste nachzulassen, oder gar dem Könige irgend welche Concession zu machen. Die Summe für die Auslöhnung der zu entlassenden Truppen war bewilligt. Sie sollte zu einem hohen Zinsfuße aufgenommen werden. Montague, der Kanzler der Schatzkammer, brachte einen Vorschlag ein, nach welchem das Geld zu einem geringeren Zinsfuße zu beschaffen war. Der Vorschlag ward abgelehnt, weil er den Termin der Entlohnung der Truppen hinausziehen würde ²⁾). Dagegen beschäftigte sich das Unterhaus mit Projecten über die Reform der Trainbands. Kundige Beobachter waren der Ansicht, daß diese Trainbands in England noch weniger dienstfähig seien, als in Deutschland der sogenannte Landes-Ausschuß, daß dagegen die Kosten in England mehr betrügen als diejenigen des Unterhaltes für 20: bis 30,000 Mann disciplinirter Truppen ³⁾). Ueberhaupt hoben die Mitglieder des Unterhauses selbst nachdrücklich hervor, daß in den Motiven für die Entlassung der Truppen nicht die Sparsamkeit voran stehe. Ihre Bewilligungen für die Flotte, sagten sie, würden der Welt zu erkennen geben, daß für die Abdankung des Heeres der durchschlagende Grund sei die Sorgfalt für die Freiheit ⁴⁾). In der That bewilligten sie dann den Unterhalt von 15,000 Seeleuten, statt der 10,000 im Jahre zuvor ⁵⁾).

Die Bill für die Entlohnung der Landtruppen bis auf 7000 Mann versperrte indessen nicht die Wege zur Wiedererrichtung einer Armee.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 17. Februar, nach seinen Briefen aus England.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 27. Januar.

³⁾ Desgleichen vom 17. Februar.

⁴⁾ Desgleichen vom 3. März.

⁵⁾ Grimblot t. II, p. 299. Tallards Bericht vom 4. März.

Nur die Zahl war genannt, dagegen die Qualität oder gar die Waffengattung nicht bestimmt. Demnach konnten alle Stäbe beibehalten werden, so wie die Cadres der Regimenter. Die Compagnien bestanden fortan aus je 40, auch aus 36 Mann. Die Infanterie, die beibehalten wurde, betrug nur 3412 Mann, die jedoch fünf Regimenter ausmachten¹⁾.

Der König Wilhelm III. knüpfte sogar an die Zahl der 7000 Mann noch eine besondere Hoffnung, nämlich diejenige auf den Einschluß seiner holländischen Garden in diese Zahl, und demgemäß die Belassung derselben. Er schob die Einschiffung derselben auf bis gegen die Zeit des letzten Termines, des 26. März. Wir werden dann in dieser Hoffnung ihn handeln sehen in unerwarteter Weise.

Während das Unterhaus, indem es den König die Ueberlegenheit seiner Macht fühlen ließ, zugleich dem Worte Englands nach außen einen erheblichen Theil seines Gewichtes benahm, hallten fast gleichzeitig durch Europa zwei Nachrichten, von denen jede in ihrer Art weittragende Consequenzen nach sich ziehen mußte. Die erste war diejenige des endlichen Abchlusses des Türkenfriedens, zu Carlowitz am 26. Januar 1699; die zweite diejenige des Todes des kleinen bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand, welchen Carl II. von Spanien kurz zuvor, am 14. November 1698, zum Erben seiner Monarchie ernannt, zu Brüssel am 5. Februar 1699. Wir haben beide Ereignisse nach einander ins Auge zu fassen.

Wir erinnern uns, daß der Czar Peter bei seiner Anwesenheit in Wien seinen Widerspruch gegen den Frieden fallen ließ, und bereit war mit zu unterhandeln auf der Basis des Besitzstandes. Schwieriger noch als der Czar war der König von Polen. Wir haben den Vorwurf Wilhelms III. für den Kaiser vernommen, daß er auf Polen allzu viele Rücksicht nähme. Der Vorwurf mochte berechtigt erscheinen, weil Polen, nach der Beihülfe zum Entsatze von Wien im September 1683, den ganzen langen Krieg hindurch nichts Rennenswerthes mehr geleistet, keinen Sieg errungen, keinen Fußbreit Landes gewonnen, die

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. März.

Zahl der verheißenen Truppen nie gestellt hatte ¹⁾). Auch war für den Kaiser auf den neuen König Friedrich August nicht sicherer zu bauen als, nach 1683, auf seinen Vorgänger Johann Sobieski. Allein der Kaiser Leopold gab, wie immer, für alle Fürsten das Beispiel der genauen Beobachtung der Verträge. Ungeachtet seines eigenen sehnlichen Wunsches nach dem Türkenfrieden, ungeachtet des Drängens von England und Holland, wollte er nicht handeln ohne seine Bundesgenossen. Endlich fügte sich auch Friedrich August, und versprach einen Bevollmächtigten zu senden.

Ueber diese und andere Vorverhandlungen, bei der Entfernung der Hauptstädte von einander, verging der Sommer 1698. Die Türken weigerten sich in eine der vorgeschlagenen Städte zu kommen. Ihre Ehre verlange, sagten sie, daß man zusammen trete auf der beiderseitigen Grenze, am rechten Ufer der Donau. Zu diesem Zwecke ward eine Stelle ersehen in Syrmien, neben der in Trümmern liegenden Stadt Carlowitz. Im Laufe des Monates October 1698 trafen die Bevollmächtigten dort ein. Es war das erste Mal seit der Anwesenheit der Türken in Europa, daß sie sich einließen auf eine formelle Friedenshandlung durch Vermittler ²⁾).

Für diese Vermittelung hatte im Auftrage Ludwigs XIV. auch sein neu ernannter Botschafter in Wien, der Marquis Villars, dem Grafen Kinsky seine Bereitwilligkeit erboten. Kinsky dankte für den guten Willen ³⁾). Von welcher Art aller Wahrscheinlichkeit nach diese Vermittelung gewesen sein würde, lehrt uns das Schreiben des Staats-Secretärs Torcy an den Botschafter Chateauneuf in Constantinopel, vom 19. Januar 1697 (in Bd. VII, S. 448 u. f.).

Die Vermittler waren der Engländer Lord William Paget und der Holländer Colher. Jener, bereits vorgerückt an Jahren, obwohl zum ersten Male in seinem Leben bei einem so wichtigen Geschäfte betheiligt, war dennoch durch seine Persönlichkeit der schweren Aufgabe völlig gewachsen. Zurückhaltend in seiner Rede, oft wortkarg, besaß er doch eine ungemeine Feichtigkeit der Umgangsformen. „Zuweilen

¹⁾ Wagner t. II, p. 452.

²⁾ H. a. O. p. 474.

³⁾ La Lande: Histoire de l'empereur Charles VI, t. I, p. 73.

indessen, sagt der Venetianer Ruzzini, wallten seine Gefühle in außerordentlicher Weise empor und rissen ihn hin zu Ausdrücken, die der Delicateſſe des Gegenstandes nicht entsprachen." Die türkiſchen Botſchafter bewieſen ihm große Rückſicht. Indem er für ſich die Ehre des Werkes davon zu tragen ſuchte, war er wenig mittheilſam gegenüber dem Holländer Colher. Die Jugend dieſes letzteren, der Mangel an Lebenserfahrung, ſtellten ihn zurück. Dagegen hatte er andere Vortheile. Als Sohn des früheren Geſandten bei der Pforte, in Conſtantinopel geboren und erwachſen, kannte er genau die Sprache und die Sitten der Türken und beſaß ihre Zuneigung ¹⁾.

Der erſte Botſchafter derſelben war der Reis Eſſendi Nami, wohl befähigt und ausgerüſtet mit Kenntniſſen von ungewöhnlicher Art bei einem Türken. Sein Verhalten war, ſo lange nicht der türkiſche Stolz und Hochmuth in ihm die Oberhand erhielt, der Regel nach maßvoll. Gewandter noch war der Pforten-Dolmetſch und zweite Botſchafter, der Grieche Maurocordato, den wir bereits kennen von der erſten Botſchaft Suſſitar Eſſendis, im Jahre 1689. Er vereinte mit einer ungemeinen Befähigung die Erfahrung eines ſehr wechſelvollen Lebens. Bei den Türken einſt angeſehen als der Rathgeber Kara Muſtaſhas für den Entſchluß Wien zu belagern, hatte er, nach dem unglücklichen Ausgange dieſes Unternehmens, längere Zeit im Kerker verbracht und ſeine Befreiung nur erlangt durch die Hingabe ſeines geſamnten Vermögens. Dann gelang es ihm wieder empor zu klimmen, und, ungeachtet des raſchen Wechſels der Großweſire ſich zu erhalten. Die neue Friedenshandlung bot ihm die Gelegenheit ſein Glück dauernd zu begründen, und man ſagte von ihm, daß er als Lohn hoſſe das Fürſtenthum der Moldau oder der Walachei.

Voran im Range ſtanden unter den Verbündeten die kaiſerlichen Botſchafter, die Grafen Dettingen und Schlick. Das Geſchäft dieſer Friedenshandlung war in Wien nicht als ein lockendes erſchienen. Andere, auf die vor Dettingen der Kaiſer das Auge geworfen, waren

¹⁾ Ruzzinis Finalbericht in den *Fontes rerum Austriacarum* t. XXVII, p. 376. — Ausführlicher über die eigentlichen Verhandlungen iſt Wagner nach den Berichten der kaiſerlichen Botſchafter, und genauer noch Hammer in der *Geſchichte des oſmanischen Reiches* Bd. III, S. 909 u. f.

ausgewichen. Nettingen war als Präsident des Reichshofrathes sehr kundig in den Angelegenheiten des Reiches, weniger in auswärtigen. Dafür stand Schlic ihm zur Seite, der als Soldat seine Laufbahn gemacht, und darum als besonders geeignet erachtet wurde für einen Friedens-Congreß im Felde, unter militärischen Formen, zum Zwecke der Feststellung der Grenzen und der Sicherheit derselben im Falle eines abermaligen Krieges. Zum Beistande diente beiden der Botschaftsrath Graf Marsigli, befähigt durch seine besondere Landeskunde.

Der polnische Botschafter Graf Malachowski, Palatin von Posen, reicher an Ansprüchen als in seiner Ausstattung, die nach dem Urtheile der Anderen dem Decorum eines solchen Congresses nicht entsprach, war dennoch ein Mann von Einsicht und Gewandtheit des Benehmens. Minder der Russe Bogdanovic, dessen Aeußeres die Culturstufe seiner Nation ankündigte, und der zugleich sich bemühte der türkischen Botschaft gegenüber seine Ueberlegenheit, wenn nicht eine Geringschätzung an den Tag zu legen.

Venetianischer Botschafter war der Ritter Carl Ruzzini. Sein eigener Bericht spiegelt ihn wieder als einen Mann von klarer, scharfer Beobachtung, der mit Nachdruck, mit Zähigkeit die Ansprüche der Republik vertrat, nicht minder mit dem Selbstbewußtsein, daß die Republik die ihn entsendet, auf gleichem Fuße mit den ersten Mächten verhandle.

Die Aeußerlichkeiten der Friedenshandlung hatten Aehnlichkeit mit derjenigen von Ryswyck. Die Baracken für die Botschafter der vier Bundesmächte waren erbaut westwärts der Ruinen von Carlowitz, nach Peterwardein zu, diejenigen der Türken in der Entfernung von etwa einer halben Stunde ostwärts. In der Mitte lag das Conferenzhaus, dessen Räume abgetheilt waren wie die des Schlosses zu Ryswyck, und daneben die Wohnungen der Vermittler, des Engländers Paget und des Holländers Colyer. Alle diese Baracken, erbaut aus Holz und Leinwand, gelegen in einer verödeten, unwirthsamen Gegend, ermangelten nicht bloß vieler Bequemlichkeiten des Lebens, sondern sogar auch der Vorkehrungen zum Schutze gegen die Unbill der Witterung, gegen Frost und Schnee. Freilich mochten die Gesandten im Beginne nicht denken, daß sie dort fast volle vier Monate verbringen würden.

Den Beginn machte, nach der üblichen Weise jener Zeit, ein Rangstreit. Der Pole Malachowski und der Russe Bogdanovic forderten, ein Jeder für sich als den nächsten im Range nach den kaiserlichen Botschaftern, den Platz zur Rechten derselben. Bis zur Entscheidung dieser Frage weigerte sich Malachowski seine Schiffe auf der Donau zu verlassen. Die kaiserlichen Botschafter erwiederten: es sei da kein erster und kein zweiter Platz, sondern alle gleich. Die Differenz ward gehoben dadurch, daß die Vermittler die kaiserlichen Botschafter ersuchten, ihr Lager etwas zu verrücken. Die Baracken wurden nun in rechten Winkeln zu einander aufgeschlagen, so daß sie ein Viereck bildeten, dessen je eine Seite eingenommen ward von den Botschaftern der vier Bundesmächte. Malachowski stieg ans Land.

Allein dann erhob sich von türkischer Seite eine Forderung, welche das Zu-Stande-Kommen des Friedens überhaupt zweifelhaft machte. Noch vor dem Beginne der eigentlichen Verhandlungen verlangten der Reis Effendi und Maurocordato in Betreff Siebenbürgens die Herstellung des früheren Zustandes, wo ein Fürst dort regiert hatte als der Vasall des Kaisers und des Sultans. Die Kaiserlichen erwiederten, daß das Präliminare laute auf den Besitzstand, daß ganz Siebenbürgen sich in ihren Händen befinde, daß der Kaiser es gesichert um den Preis von Belgrad, daß er eher alles wagen und leiden werde als darauf verzichten. Der Reis Effendi zog etwas zurück. Er forderte nur noch für Siebenbürgen einen Ehren-Tribut, welcher die Würde der hohen Pforte wahren und den tiefen Schmerz des Sultans lindern würde. Die Kaiserlichen lehnten ab. Der Reis Effendi bat um Gottes Willen: die Botschafter möchten dem Kaiser nur die Thatsache dieses Wunsches melden: vielleicht werde Gott das Herz des Kaisers rühren, daß er sich entschieße zu einem, wenn auch noch so geringen Tribute. Dieser Entscheidung des Kaisers werde er sich fügen.

Die Reden des Reis Effendi erweckten den Verdacht, daß Tököly der Anstifter sei. Lord Baget trat zu dem Reis Effendi. Die kaiserlichen Botschafter, sagte er, seien sehr erregt über den Zeitverlust, den ein so unbegründetes Verlangen, im Widerspruche mit dem Präliminare des Besitzstandes, bereits verursacht. Sie besorgten, daß statt der Friedenswilligkeit, welche die Pforte verkündet, der eigentliche Zweck dieses Verlangens sei das Hingaudern. Deshalb forderten sie binnen

vierundzwanzig Stunden die offene und unumwundene Erklärung, ob es der Wille der Türken, ihrem Versprechen gemäß den Besitzstand anzuerkennen. Sie verlangten ferner die Ansicht des Reis Effendi über die Zeit, welche erforderlich sein werde zur Feststellung im Einzelnen. Sie erklärten sich bereit, wenn der fernere Aufenthalt dort unter einem Obdache von Holz und Leinen, bei der Unbill der Witterung, gefährbringend erscheine für Menschen und Thiere, sich in eine Stadt zu begeben.

Lord Paget fügte dieser Erklärung einen besonderen Wink hinzu. Er eröffnete den kaiserlichen Botschaftern, daß es nicht seine Absicht sei, ein unvernünftiges Begehren der Türken zu unterstützen, daß er vielmehr gesonnen sei, zur gegebenen Zeit den Türken gegenüber in römischer Weise zu verfahren, in der Rechten den Krieg, in der Linken den Frieden zu bieten ¹⁾.

Der Reis Effendi ließ die Dinge nicht bis auf diesen Punct kommen. Auf jene Erklärung der Kaiserlichen erwiederte er, daß er fortan Siebenbürgen nicht wieder erwähnen werde, und bereit sei, am nächsten Morgen auf die Berathung im Einzelnen einzugehen. Erst von diesem Tage an, dem 13. November 1698, begann die eigentliche Friedenshandlung ²⁾.

Es kam auf den Modus derselben an. Der Reis Effendi und Maurocordato erklärten, daß sie nur mündlich verhandeln würden, nicht durch die Vermittler, sondern von Partei zu Partei, im Beisein der Vermittler. Die Kaiserlichen gingen darauf ein. Es geschah zum Verdrusse der Anderen, nicht bloß des Polen Malachowski und des Russen Bogdanovic, sondern auch des Venetianers Ruzzini, welche sämmtlich, nach dem Vorgange der Kaiserlichen, sich nicht mehr entziehen konnten. Aus den Verhandlungen selbst ergibt sich, daß die Willigkeit zum Abschlusse sich fand bei den Türken, ein Eifer für denselben nur bei den Kaiserlichen und den Vermittlern. Auch nach der Ansicht des Venetianers schienen zu Anfang der Pole und der Russe mehr beflissen zu hindern als zu fördern; aber es kam dahin, daß zuletzt gegen ihn derselbe Vorwurf erhoben wurde.

¹⁾ Hammer Bd. III, S. 914.

²⁾ Wagner t. II, p. 454.

Die Kaiserlichen hatten jegliche Art eines türkischen Anspruches an Siebenbürgen zurückgewiesen: sie waren nachgiebiger in Betreff der beiderseitigen Grenzen im Banate. Polen, das im Grunde nur ein einziges Jahr lang den Krieg geführt, ward sehr zufrieden gestellt durch den Besitz von Kaminiec, den es kaum noch zu hoffen gewagt. Es war für Polen die Frucht der kaiserlichen Waffen, somit der Dank für 1683 reichlich abgetragen. Rußland ging für den Besitz von Asow ein auf einen Waffenstillstand für zwei Jahre. Nur Venedig beharrte bei seinen Forderungen, namentlich zu dem Zwecke, um sich in dem Besitze der Halbinsel Morea und Dalmatiens zu sichern.

Das Jahr 1698 ging darüber zu Ende. Die Witterung entfaltete für die in ihren Baracken im offenen Felde nicht genügend geschützten Menschen ihre vollen Schrecken. Einige erfroren. Ruzzini weigerte sich ohne Vollmacht nachzugeben. Der Reis Effendi sprach vom Aufbruche. Für die kaiserlichen Gesandten stieg die schwere Sorge empor, daß bei dem Hinschleppen der Verhandlungen der Windhauch einer Raune vom Serail her den so lange ersehnten Frieden dennoch wieder in unabsehbare Ferne rücken werde. Sie benahmen dem Reis Effendi die Hoffnung auf die Vereinzelung der Gegner durch die bestimmte Erklärung: daß der Kaiser die Republik Venedig nicht verlassen werde. Aber sie legten zugleich dem Botschafter Ruzzini die Frage vor, ob es zu verantworten sei, daß der Kaiser wegen der Differenzen über einige Berge in Morea und Dalmatien die Angelegenheiten Westeuropas hintan setzen solle.

Dennoch währte der Hader fort. In den Conferenzen kam es zwischen dem Reis Effendi und dem Ritter Ruzzini zu heftigen Auftritten, in welchen dem leidenschaftlich auffahrenden Türken der überlegene Venetianer in gleichem Tone, aber mit kälterem Blute antwortete. Lord Paget mahnte endlich, daß man die streitigen Punkte einstweilen verlasse, die anderen noch übrigen vergleiche, und schon jetzt einen Termin bestimme. Er schlug den 26. Januar vor. Die Rede erhielt durch ihren Inhalt, wie durch den würdevollen Vortrag fast bei Allen volles Lob und dankende Anerkennung. Der Türke war bereit, eben so die Kaiserlichen, der Russe, der Pole, nicht der Venetianer ¹⁾).

¹⁾ Wagner t. II, p. 468.

Aber durch den Vorschlag selbst und die Annahme von allen Seiten her waren die Dinge dahin gekommen, daß Venedig auf die Dauer nicht mehr ausweichen konnte.

Am Morgen des 26. Januar 1699 zogen die Botschafter, mit Ausnahme des Venetianers, in aller Feierlichkeit auf. Die drei Friedensverträge wurden verlesen. Dann harrte man, mit der Uhr in der Hand. Es geschah dem türkischen Botschafter zu Gefallen. Denn der Reis Effendi Kami hatte berechnet, daß seit langer Zeit die Stellung der Gestirne nicht so günstig zur Unterschrift des Vertrages als an diesem Morgen um drei Viertel auf zwölf Uhr. Als der Zeiger an diese Minute kam, ward unterschrieben. Dann eröffneten sich die vier Thüren des Conferenzsaales nach den vier Himmelsgegenden, damit der Zutritt frei sei für Jedermann als Zeugen der unterschriebenen Urkunde, und daß die Nachricht des geschlossenen Friedens ausgehe in alle vier Winde. Zugleich enteilten die fertig stehenden Couriere ¹⁾.

Der Friede von Carlowitz beurfundet für Osteuropa den Markstein einer neuen Zeit. Frühere Verträge mit den Türken begannen mit den Worten: „Der Sultan, erweicht durch die Bitten der Christen, gewährt den Frieden“ ²⁾. Bei jedem dieser Verträge hatten die Türken ihre Grenze weiter westwärts gerückt. So noch bei demjenigen von 1664, ungeachtet des kaiserlichen Sieges bei St. Gotthard an der Raab. In dem Frieden von Carlowitz zuerst wichen die Türken vor allen vier Bundesmächten zurück. Der Russe behielt Now, der Pole Kaminiec, Venedig, welches einige Tage später beitrat, die Halbinsel Morea und Dalmatien, der Kaiser die weiten Länder Ungarn und Siebenbürgen. Indem der Friedensschluß diesen thatsächlichen Bestand besiegelte, lag darin das Eingeständnis, daß die eine ungeheure Kraft, welche diese asiatische Macht bis so tief westwärts in Europa herein geführt, die Kraft ihrer Offensive, gegründet auf den Koran, gebrochen war. Und eben darum war die Friedensurkunde von Carlowitz zugleich die Urkunde des Niederganges der türkischen Macht.

Daß sie sich, nach den furchtbaren Schlägen der kaiserlichen Waffen von 1683 an in dem ersten Dritttheile des Krieges, überhaupt

¹⁾ Hammer Bd. III, S. 923.

²⁾ Wagner t. II, p. 474.

in Europa noch erhalten hatte, das verdankte sie dem Friedensbruche Ludwigs XIV. von 1688. So hatte der Kaiser Leopold es damals der christlichen Welt geklagt, und, nach menschlicher Kunde zu urtheilen, war diese Klage berechtigt. Die Berechnung Ludwigs XIV. war allerdings eine andere gewesen. Er hatte gehofft, daß der Kaiser, um freie Hand im Osten zu behalten, um seinen Siegeslauf die Donau hinab fortzusetzen, geneigt sein werde zu einem Abkommen im Westen, wenn auch auf Kosten des Reiches. Es war die Weise Ludwigs XIV. so zu denken, nicht diejenige Leopolds, der sich fühlte als römischer Kaiser, berufen und verpflichtet zum Schutze der Schwächeren. In der Erkenntnis, daß die Berechnung dem Kaiser gegenüber fehl geschlagen, in der Wahrnehmung zugleich, daß der Plan einer andauernden Verhegung von Holland und England misslungen, daß diese beiden Mächte vielmehr einig stehen würden wider ihn, hatte dann Ludwig XIV., um dennoch den Kaiser ihnen zu entziehen, ihm eine Reihe von Rückgaben des Genommenen geboten, unter ihnen diejenige der Stadt Straßburg. Der Kaiser Leopold, nicht zuerst sein Interesse ins Auge fassend, sondern die Gesamtheit, hatte abgelehnt, um im Bunde mit England, Holland und Spanien endlich einmal den Uebermuth und die Gewalt des Königs von Frankreich zu brechen und die Basis eines dauernden Friedens für Europa zu erkämpfen. So der Plan der großen Allianz von 1689. Dem Beginne entsprach nicht der Fortgang. Die unglückliche Wendung des Türkenkrieges im Jahre 1690 schleuderte den Kaiser weit zurück von dem gehofften Ziele. Es war fortan nur noch die Frage, ob das Errungene zu behaupten sei. Es gelang; aber die Folgen des Jahres 1690 gaben sich fund auch im Westen. Der Kaiser verblieb dem Namen nach das Haupt der großen Allianz: an Macht und darum an Autorität wuchs Wilhelm III. über ihn hinaus. Wilhelm III., an Charakter dem Kaiser ähnlich darin, daß auch er nicht sein persönliches Interesse in den Vordergrund stellte, dem Kaiser unähnlich darin, daß das Interesse seiner Heimath Holland ihm höher galt als dasjenige der Gesamtheit und die Bundespflicht, schloß den Frieden von Ryswyck, nicht entsprechend den Bedingungen der großen Allianz von 1689. Aber damit erlosch noch nicht dieser Vertrag, weder nach dem Wortlaute desselben, noch viel weniger nach dem Sinne des Kaisers. Es kam auf den geheimen Artikel desselben an, welcher

die Erbfolge in der spanischen Monarchie dem Kaiserhause zusprach. Wir haben gesehen, in welche Verhandlungen sich seitdem Wilhelm III. mit Ludwig XIV. eingelassen, welchen Vertrag die beiden Könige und demgemäß auch die Republik Holland mit ihnen geschlossen, im Widerspruche mit jenem Artikel. Wir haben zugleich gesehen, mit welcher Sorgfalt und Mühe und mit welchem Aufwande von Unaufrichtigkeit nicht bloß Heinsius, sondern auch Wilhelm III. selber dem Kaiser diesen Vertrag verhehlten. Unter den Mitteln, deren sie sich bedienten, um den dringenden Fragen der kaiserlichen Gesandten auszuweichen, war das Jahr 1698 hindurch eines der ausgiebigsten gewesen der Hinweis auf den noch nicht geschlossenen Türkenfrieden. Nun war im Beginne des Jahres 1699 der Türkenfriede geschlossen. Und damit rückte die Frage heran: was nun der Kaiser von seinen Bundesgenossen, den Seemächten, auf Grund jenes geheimen Artikels der großen Allianz zu erwarten hatte.

Zugleich mit der Kunde dieses Friedenschlusses eilte durch Europa die andere des raschen Todes des bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand, den der König Carl II. zum Erben seiner Monarchie ernannt hatte. Bevor wir also eingehen auf diesen Tod und die nächsten Folgen, haben wir zu beobachten, wie die Kunde jenes Testamentes an den verschiedenen hauptsächlichsten Orten aufgenommen wurde, im Haag, in London, in Wien und namentlich in Versailles.

Der Graf Auersperg war nicht mit Wilhelm III., im November 1698, nach England hinüber gegangen, sondern noch im Haag verblieben. Er erneuerte unablässig bei dem Rathspensionär seine eindringlichen Fragen, was es auf sich habe mit dem Gerüchte über den zu Voo geschlossenen Theilungsvertrag. Heinsius wich aus nach wie vor; dennoch hatten seine doppelstinnigen ¹⁾ Antworten nur den Erfolg den Verdacht zu bestärken.

Im Monate December verbreitete sich in Holland das Gerücht von dem Testamente Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen Joseph

¹⁾ Auersperg an Kinsky, den 4. December: Le Pensionnaire parle toujours à double sens.

Ferdinand. Heinsius theilte seine Nachrichten darüber dem kaiserlichen Gesandten in einer Weise mit, die deutlich erkennen ließ, daß die Thatsache bei ihm, wie bei dem Könige von England, nicht eine ungünstige Aufnahme gefunden habe ¹⁾.

Es ist sogar damals die Vermuthung ausgesprochen worden, daß der Kurfürst Max Emanuel bei jenem Plane, die Kunde des Vertrages an den Staatorath in Madrid zu bringen und dadurch für sich zu wirken, gehandelt habe mit der Connivenz Wilhelms III. ²⁾, also auch des Rathspensionärs. Diese Vermuthung ist nicht begründet. Denn Wilhelm III. sprach dem Rathspensionär gegenüber sein Erstaunen aus über die Nachricht, daß man in Madrid die Einzelheiten des Theilungsvertrages kenne. Er hatte Mühe es zu glauben ³⁾. Demnach kann er von dem Plane des Kurfürsten vorher keine Kunde gehabt haben.

Zimmerhin aber mochte er glauben, daß das Testament die Ausführung des Theilungsvertrages erleichtern würde. Denn an diesem hielt er fest, so sehr, daß er einige Tage später dem Holländer Dyfvelt den Auftrag gab, von dem Kurfürsten in Brüssel die Acte entgegen zu nehmen, durch welche Max Emanuel im Namen seines Sohnes verzichtete auf die anderen Länder der spanischen Monarchie ⁴⁾. Es ist daher anzunehmen, daß Max Emanuel schon vorher die Versicherung abgegeben, keinen Anspruch zu erheben über den Theilungsvertrag hinaus. Denn eben dasselbe betheuerte er mündlich dem französischen Botschafter Tallard, mit dem Erbieten jegliches Document darüber auszustellen ⁵⁾.

In Wien ward die Wendung, welche die Dinge durch das Testament genommen, nicht als eine durchaus ungünstige angesehen. Es ward als ein Vortheil betrachtet, daß wenigstens nicht ein französischer Prinz ernannt war. Dem Kurprinzen von Bayern gegenüber könne man rechtlich geltend machen den Verzicht der Eltern vor der Heirath, thatsächlich die Drohung sein deutsches Erbland zu

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 30. December.

²⁾ Hippeau t. II, p. 2.

³⁾ Grimblot t. II, p. 213. Rom 16./26. December.

⁴⁾ H. a. D. p. 233. Rom 6./16. Januar.

⁵⁾ Hippeau t. I, p. 268. Ludwig XIV. an Harcourt, 11. December 1698.

befolgen¹⁾. Wir erinnern uns, daß darauf schon früher der ältere Graf Harrach in Madrid hingewiesen hatte. Die Berichte aus Madrid nach Wien ergaben, daß in Folge des Testamentes die kaiserliche Partei dort sich fester zusammen band. Als das Haupt derselben erschien der rührige Veganez, neben ihm Mansera. Ihr Plan bezweckte zunächst die Königin von dem Könige zu trennen. Der Kaiser sprach allerdings seine Besorgnis aus, daß die Königin, unter dem Vorwande von ihm schutzlos gelassen zu sein, ihre Herrschaft über den Gemahl immer ihren eigenen Interessen gemäß ausbeuten würde²⁾. Doch liegt nicht vor, daß er jenem Plane seine Zustimmung gegeben habe.

Drückend war für den Kaiser vor allen Dingen die Ungewisheit über die Absichten der Seemächte. Der Holländer Hop war als Gesandter für beide Mächte, Holland und England, längst in Wien eingetroffen. Der eigentliche Zweck der Sendung sollte, nach der ursprünglichen Abrede, bestehen in der Erneuerung der großen Allianz und in einer General-Garantie. Aber auf die Frage der kaiserlichen Minister an Hop erwies er zuerst sich ohne Instruction. Er trat damit für lange nicht hervor. Erst am 28. December 1698 brachte er in allgemeinen Ausdrücken die General-Garantie zur Sprache. Der Graf Kinsky war nicht Willens sich mit ihm tiefer darüber einzulassen. Als das einzige Mittel aus der Unsicherheit zu kommen, erschien das erneute Drängen in Heinsius um eine klare Antwort³⁾.

Beide Gesandte im Haag, Ruersperg und Voës, traten vor den Rathspensionär, am 13. Januar 1699. Sie erklärten, daß es nach wie vor der Wille des Kaisers sei, tren zum Bunde mit den beiden Seemächten zu halten, daß er demnach von ihnen her Vorschläge über den Modus erwarte. Der Rathspensionär entschuldigte sich: er habe noch keine Resolution vom Könige von England. Er glaube nicht, daß eine Schwierigkeit dabei statt finde. Den Ort eines Congresses zu bestimmen, werde abhängen von dem Kaiser. — Während sie redeten,

¹⁾ Hippeau t. II, p. 10. Ludwig XIV. an Harcourt, 1. Februar.

²⁾ Der Kaiser an Kinsky, 29. December. — Man vergleiche Wagner t. II, p. 515.

³⁾ Protokoll mit dem Gesandten Hop, vom 3. Januar 1699.

lief eine Depesche von Hop aus Wien ein. Heinsius erbrach sie und las. Auersperg fragte, ob eine Meldung darin über die allgemeine Garantie. Heinsius verneinte. „Dies setzt mich sehr in Verwunderung, erwiederte Auersperg. Ich muß Ihnen jedoch aussprechen und bitte dringend es auch dem Könige von England zu melden, daß für den Kaiser die Angelegenheit der Succession in Spanien untrennbar ist von derjenigen der Garantie.“ — Heinsius, in Verwirrung gebracht, murmelte einige Worte, die zu verstehen geben sollten, dies sei auch seine Ansicht immer gewesen. Auersperg benutzte den Erfolg weiter. Er wiederholte im nachdrücklichen Tone: „Sie werden sich auch ja selber genügend sagen können, daß, wenn das Kaiserhaus die spanische Succession verlieren soll, es einer Garantie für Anderes nicht bedarf. Denn für die Erblande besteht die Garantie in den eigenen siegreichen Waffen des Kaisers“ ¹⁾.

Die Verlegenheit des Rathspensionärs setzte sich der Natur der Sache nach fort auf den König Wilhelm. Auf den Bericht von Heinsius über die Unterredung erwiederte er: „Ich meine, wir dürfen von jetzt an bessere Hoffnungen von den Kaiserlichen fassen. Ich bin jedoch erstaunt über die Reden der Gesandten dort zu Ihnen, über ihre Meinung, daß England und Holland sich mit ihnen einigen sollen, um den Kurprinzen von der Succession in Spanien auszuschließen und das zu seinen Gunsten gemachte Testament zu durchkreuzen“ ²⁾. Wir sehen, daß Wilhelm III., der eigentlichen Forderung Auerspergs ausweichend, die Erwiderung auf ein anderes Gebiet verpflanzt. Daher erwuchs aus diesen seinen Worten für Heinsius im Falle eines nochmaligen Zusammentreffens keine Stütze.

Denn das moralische Uebergewicht war allzu klar auf der kaiserlichen Seite, wo man nichts zu verhehlen hatte, wo man offen und gerade einherschritt, und, ohne Rücksicht auf andere heimliche Abmachungen, an die Haltung der Verträge mahnte. Auch war nicht einmal jenes ausweichende Erstaunen Wilhelms III. gerechtfertigt. Denn in beiderseitig anerkannter Weise lag bis dahin in Betreff

¹⁾ Bericht vom 13. Januar 1699.

²⁾ Grimblot t. II, p. 238. Vom 13./23. Januar. Nach dem Berichte Auerspergs ist eine solche Forderung von seiner Seite an Heinsius nicht ausgesprochen.

Spaniens zwischen ihm und dem Kaiser nichts vor, als der Vertrag von 1689, und darüber mußte er, früher oder später, doch einmal Rede stehen.

Auersperg und Goes wurden nicht müde, den Vorthail, welchen ihnen die offene und ehrliche Politik des Kaiserhofes gewährte, auch anderen Holländern gegenüber zur Geltung zu bringen. Auersperg berichtete dem Dykvelt seine Unterredungen mit Heinsius. „Ich frage Sie, sagte er dann, ob die von dem Kaiser der Republik und dem Könige von England stets bewiesene Freundschaft ein solches hinterhältiges Verfahren verdient?“ — Dykvelt, der wie Heinsius im Geheimnisse war, erwiederte dennoch ehrlicher, daß er, seit vierzig Jahren an politischen Geschäften theilhaftig, noch niemals eine solche Verwirrung wahrgenommen. Er wisse nicht, wo das enden solle. Er wies hin auf die mancherlei Fäden, die Frankreich bei den deutschen Reichsfürsten anspinne ¹⁾. Wir haben aus den Worten Ludwigs XIV. zu Tallard vernommen, welche lange Reihe dieser Fürsten er für sich zu gewinnen hoffte. Auersperg und Dykvelt waren einverstanden darüber, daß eben der Mangel an Einigkeit und Zusammenhalten, welchen die Reichsfürsten bei den großen Mächten wahrnahmen, ihnen es als vortheilhaft erscheinen ließe auf die französischen Vordringen zu hören. Denn an Gewicht und Glanz war ja das französische Gold nach dem Kriege dasselbe wie vorher.

Dennoch war Dykvelt wie Heinsius ein Diener dieser Politik Wilhelms III., und jenes sein Zugeständnis hatte nur den Zweck, den drängenden Fragen der Kaiserlichen zu entkommen. Er mußte mit dem Könige fortichreiten auf dem einmal betretenen Wege, wenn es auch nicht mit innerer fester Ueberzeugung geschah. Auch anderen Holländern war bei dem Gange der Dinge nicht immer wohl zu Muth. „Wenn ich sie frage, meldet der Graf Goes, ob denn kein Heilmittel, so zucken sie die Achseln, als wollten sie mir sagen, daß sie keine Stimme haben. Ein der Sache hier fern Stehender würde es nicht glauben, wie souverän der König von England diese Republik regiert. Niemand wagt sich gegen seine Ansicht aufzulehnen. — Auch der Rathspensionär hat in dieser Angelegenheit des von uns vermutheten

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 16. Januar.

Vertrages mit Frankreich über die spanische Succession niemals ein entscheidendes Votum gehabt. Er ist herangezogen wie zu einer abgemachten Sache" ¹⁾. — Diese Vermuthung entsprach, wie wir gesehen haben, in so fern der Wahrheit, daß Wilhelm III. nichts ohne den Rath von Heinsius gethan, aber doch nur in Betreff des Wie?, nachdem er die Frage des Ob? bei sich selber schon entschieden. Der Entschluß zu einer solchen Verhandlung mit Ludwig XIV. war sein Eigenthum. Er hoffte diesen König durch einen Vertrag zu binden, dadurch den Frieden zu bewahren. Auch wenn er zuweilen in dieser Hoffnung schwankte, so festigte sie sich dann wieder neu. Er gibt am 16. Januar 1699 dem Pensionär Nachricht, daß diese seine Hoffnung auf das Festhalten Frankreichs an dem Vertrage stärker werde als zuvor ²⁾. Eine Thatfache für die Begründung dieser Hoffnung fügt er nicht hinzu. Es ist schwer, einen anderen Grund für diese Hoffnung zu entdecken, als abermals den Wunsch des Oraniers.

Da das Vertrauen auf die Ehrlichkeit Ludwigs XIV. stieg damals bei Wilhelm III. so hoch, daß es scheinen könnte, als habe er für eine Zeitlang Antheil genommen an diesem für das Haus Stuart so unheilvollen Familienzuge. Die kaiserlichen Gesandten im Haag bemerkten die in Heinsius aufsteigende Besorgnis, daß die Hinterhältigkeit von Seiten des Oraniers in Betreff der spanischen Sache den Kaiser bewegen könne, sich auf eigene Hand mit Frankreich zu verständigen. Heinsius sprach diese Besorgnis auch dem Könige aus. Wilhelm III. erwiderte: „Im Falle eines solchen Versuches hege ich keinen Zweifel, daß Frankreich mir davon Kunde geben wird. Tallard hat, gemäß seiner Instruction, mir dies versprochen" ³⁾.

Wilhelm III. vergaß dabei, daß er in einer Angelegenheit, in der er selber unaufrichtig gegen den Kaiser handelte, doch wohl nicht Aufrichtigkeit von einem Könige erwarten durfte, den er vor dem Kaiser so oft und so nachdrücklich der Untreue angeklagt, und der selber oft genug kund gegeben, daß er sich berechtigt glaube höhere Ansprüche stellen zu dürfen, als deren Erfüllung Wilhelm III. ihm

¹⁾ Die Berichte des Grafen Goës vom 20. und 24. Januar.

²⁾ Grimblot t. II, p. 233.

³⁾ A. a. O. p. 238. Vom 13./23. Januar.

bot durch den Vertrag. Aber der Irrthum, der sich auf das geistige Auge des Königs Wilhelm III. gelegt, war, bei seiner Hartnäckigkeit, durch einen fremden Zuspruch nicht mehr zu bannen. Er konnte zur Klarheit darüber gelangen nur durch die eigene Ueberzeugung, durch das Aufleuchten der handgreiflichen Thatfache der Täuschung vor seinen Augen. Bis dahin war es noch weit. Und bis dahin zog der Irrthum des Einen Mannes zwei der ersten europäischen Mächte mit sich, England und Holland.

In dieser Meinung über Ludwig XIV. ward Wilhelm III. damals auch nicht erschüttert durch Schritte, welche der Erstere, in Folge des Testamentes von Carl II., Spanien gegenüber that. Freilich müssen wir hinzufügen: wenn anders bei dem raschen Wechsel der Dinge diese Schritte zur vollen Kunde des Königs Wilhelm gekommen sind. Wir haben zunächst diese Schritte kennen zu lernen.

Auf die Kunde des Testamentes vom 14. November 1698 verharrte der Botschafter Harcourt für längere Zeit den Spaniern gegenüber im Schweigen. Denn auch Ludwig XIV. selber war nicht von Anfang sich klar über den zu fassenden Entschluß. Aber Harcourt berichtete, daß Carl II. und sein Staatsrath, nachdem einmal der wichtige Schritt geschehen, auch darauf bedacht waren, die Ausführung zu sichern. Es lagen Entwürfe vor, Geld zusammen zu bringen, Truppen zu errichten, sich überhaupt in wehrhaften Stand zu setzen¹⁾. Die Berufung des Kurprinzen unter der Führung seines Vaters Max Emanuel nach Spanien ward erwogen und beschlossen. Es war die Rede von der Bestätigung des Testamentes durch die allgemeinen Stände. Harcourt wies darauf hin, daß, wenn dies einmal geschehen, wenn demgemäß die Cortes dem neuen Thronerben den Eid geleistet, dadurch ein solider Auspruch auf die Krone festgestellt werde. „Ich fürchte weiter, fährt er fort, daß der Kurprinz und der Kurfürst, wenn einmal hier, einen wesentlichen Einfluß auf die Regierung gewinnen würden, namentlich unter einem Könige, der in Wirklichkeit nur der Schein eines Königs ist, daß sie demgemäß hier nach und nach eine gute Ordnung herstellen, und dann auch nicht mehr sich begnügen würden mit dem Antheile, welchen der Vertrag ihnen zuweist.“

¹⁾ Hippeau t. I, p. 264.

Der Rath des Botschafters geht daher dahin, daß Ludwig XIV. die Uebersiedelung des Kurprinzen nach Spanien nicht gestatte. Er versichert, daß die Spanier auch so schon in beständiger Furcht stehen, Frankreich werde den Entschluß der Gewalt fassen und sich seiner Macht bedienen, zumal da Spanien nicht widerstandsfähig ¹⁾).

Ein offener Gewaltschritt, welcher die anderen Mächte hätte wach rufen können, lag dem Könige Ludwig XIV. fern. Er versuchte es in anderer Weise. Am 19. Januar 1699 verlangte Harcourt im Auftrage seines Königs eine Audienz bei Carl II. Er erhielt sie am nächsten Tage. Der Botschafter redete in starken Worten. „Nach dem bestimmten Versprechen Ew. Majestät, sagte er, dem Frieden und der stricten Beobachtung des Vertrages von Ryswyck nicht entgegen handeln zu wollen, würde der König, mein Herr, es nicht für wahr halten können, daß Ew. Majestät ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen von Bayern errichtet haben sollen. Allein die Nachricht wird von allen Seiten derartig bestätigt, daß er daran nicht mehr zweifeln darf. Vermöge des großen Vertrauens, welches mein allergnädigster Herr in das königliche Wort Ew. Majestät setzt, war er darauf nicht gefaßt. Ein solcher Act würde weder der Freundschaft entsprechen, von welcher mein König seit dem Abschlusse des Friedens so viele Beweise gegeben, noch beitragen zu dem Frieden Europas, noch endlich vereinbar sein mit dem unantastbaren Rechte, welches die Gesetze und Gewohnheiten dieses Königreiches dem Dauphin verleihen. Deshalb befiehlt mir der König, für den Fall, daß nicht Ew. Majestät sofort sich darüber erklären, Ew. Majestät zu sagen, daß er die geeigneten Maßregeln treffen wird, um den Wiederausbruch des Krieges zu hindern, so wie das Unrecht zu verhüten, welches man ihm an-
thun will.“

„Ich habe noch hinzuzufügen, daß der König kein größeres Vergnügen haben kann, als Ew. Majestät noch lange über die Länder regieren zu sehen, die Gott Ihnen verliehen. Ew. Majestät wissen, daß ich Ihnen niemals von seiner Seite her in Betreff der Succession irgend welche Vorstellung gemacht habe. Mögen daher Ew. Majestät betrachten, ob die so uneigennützigte Aufmerksamkeit meines Königs,

¹⁾ Hippeau t. I, p. 272. Vom 21. December.

und sein immer dargelegter Wunsch, im freundlichen Einverständnisse mit Ew. Majestät zu leben, verdient haben, daß Sie einen solchen Entschluß faßten. Mögen Ew. Majestät ferner erwägen, wessen eines Tages Europa Sie anklagen würde, wenn es, im Falle nicht die Fürsorge meines Königs es verhütete, wie von ungefähr sich der Ruhe beraubt sähe, deren es jetzt sich erfreut" ¹⁾).

Der Botschafter meldet nicht, daß der unglückliche Carl II., der Nachkomme und Nachfolger des Kaisers Carl V. und Philipps II., auf diese hochfahrende Drohung des Starken gegen den Schwachen ein Wort erwiedert habe. Er überreichte dem Könige die Rede schriftlich, eben so dann auch den einzelnen Ministern. Auch diese schwiegen. Harcourt war der Ansicht, daß sie sich belastet fühlten durch die Antwort vom 17. Juli des Jahres zuvor, durch deren unbestimmte Fassung sie damals auszuweichen vermeint hatten.

Es dürfte die Frage sein, ob Ludwig XIV. die Absicht gehabt habe, dieser Drohung, im Falle der Ablehnung, den Ernst einer That folgen zu lassen. Seine früheren Meldungen an Harcourt haben die Aufstellung seiner Truppen am Fuße der Pyrenäen ergeben, so daß es nur eines Marschbefehles bedurfte. Dennoch deutet das nächst folgende Schreiben des Königs an Harcourt, vom 1. Februar, nicht auf eine solche Absicht. Ludwig XIV. erwartet darin als Antwort auf die Protestation Harcourts nur eine ähnliche Ausrede wie die, mit welcher vorher der kaiserliche Botschafter, der jüngere Graf Harrach, sich hatte begnügen müssen. Indessen nicht eine solche Antwort war der eigentliche Zweck. Ludwig XIV. gibt diesen Zweck an mit den Worten: „Nach meiner Ueberzeugung wird die Protestation, die Sie in meinem Namen vor dem Könige von Spanien erhoben haben, ihn abhalten, den Kurfürsten und den Kurprinzen nach Spanien zu rufen. Gerade dies müssen wir zunächst zu hindern trachten" ²⁾).

Noch vor dem Empfange dieses Schreibens drängte Harcourt in Madrid bei dem Secretär Ubilla um eine Antwort. Der Ton seiner Mahnung war, wenn möglich, noch hochfahrender, noch drohender

¹⁾ Hippeau t. II, p. 7.

²⁾ H. a. D. p. 11: Et c'est ce qu'on doit principalement tâcher de prévenir présentement.

als derjenige der Protestation. Die Antwort erfolgte noch am selben Tage. Sie entsprach nicht den Wünschen des Botschafters. „Der König von Spanien, sagte sie, hat in nichts dem Frieden zuwider gehandelt. Er erwartet daher daselbe vom Allerchristlichsten Könige. Das Verlangen Ew. Excellenz dürfte wie etwas Neues betrachtet werden, geeignet den allgemeinen Frieden zu stören, besonders zu einer Zeit, wo Se. Majestät der König von Spanien, Gott sei es gedankt, seine Gesundheit wieder erlangt hat.“ Dann folgten ähnliche Segenswünsche für Ludwig XIV., wie dieser sie für Carl II. ausgesprochen. Von dem Testamente war in dem Schreiben nicht die Rede ¹⁾).

Harcourt las. Sein eigener Bericht zeigt, wie sehr er sich enttäuscht fühlte. Er hatte in pomphaften Drohungen Auskunft über das Testament verlangt. Die Antwort gab keine Auskunft. Es blieb dem prahlerischen Manne als das einzige Mittel seinen Rückzug zu verhüllen, die erneuerte Drohung durch den Ueberbringer. Dieser lehnte ab mit der Erwiderung: sein Auftrag laute lediglich auf die Ueberreichung des Schreibens. Harcourt mußte sich begnügen zu melden, daß die Furcht vor dem Zorne Ludwigs XIV. über die Antwort die Spanier heftig bewege ²⁾).

Die volle Wahrheit dieser Meldung dürfte zu bezweifeln sein. Denn wie stark und wie begründet in Carl II. und seinem Staatsrathe auch immer die Furcht vor Frankreich sein mochte: in diesem Falle hatten sie einen Rückhalt an den Seemächten, und der Druck der Furcht vor Ludwig XIV. ward aufgewogen durch die Betrachtung, daß er Bedenken tragen werde, durch einen Einmarsch in Spanien auch mit den Seemächten und demnach mit Allen zugleich anzubinden. Darum gingen jene hochfahrenden Drohungen Harcourts über das Ziel hinaus, und konnten eben darum von den Spaniern in einer moralisch so sehr überlegenen Weise durch Schweigen abgelehnt werden. Wir haben von Ludwig XIV. vernommen, daß er als eigentlichen Erfolg seiner Drohung bezweckte die Zurücknahme der Berufung des Kurprinzen nach Spanien. Auch dafür war unter diesen Umständen geringe Aussicht. Denn mag immer die Kunde des Testamentes zu

¹⁾ Hippeau t. II, p. 15.

²⁾ A. a. O. p. 16. Vom 4. Februar.

Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand dem Könige Wilhelm III. und dem Rathspensionär zuerst überraschend erklingen sein: es war eine Lösung der schwierigen Frage in ihrem Sinne, und darum gingen sie bereitwillig ein auf den Wunsch des Kurfürsten Max Emanuel, ihn mit seinem Sohne hinüber zu führen. Eine Flotte von vierundzwanzig Schiffen wurde sofort bereit gestellt. Sie lag segelfertig im Hafen von Amsterdam, harrend des kleinen Erben der spanischen Kronen.

Er kam nicht. Im Beginne des Monates Februar 1699 erfaßte ihn eine Krankheit. Er starb in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1699, im siebenten Jahre seines Lebens.

Es finden sich bei französischen Schriftstellern böse Anspielungen auf die Ursache dieses Todes. Der Minister Torcy sagt in seinen Denkwürdigkeiten: „Es gingen über die Ursache des Todes verschiedene Reden. Der Kurfürst, tief betroffen über den Verlust seines Kindes, maß denselben nicht bloß einer Krankheit bei. Er gab seinen Verdacht öffentlich kund, als vergeblichen Versuch seinen gerechten Schmerz zu lindern“ ¹⁾.

Stärker noch als Torcy drückt St. Simon sich aus. Er sagt beim Tode des Kaisers Leopold, im Jahre 1705, daß die Frömmigkeit des Kaisers ihn nicht gehindert, sich für seine Zwecke aller Arten von Mitteln zu bedienen. Er führt dann eine Reihe von Verbrechen auf, die der Kaiser begangen haben soll, unter denselben den Tod des Kurprinzen von Bayern, seines Enkels ²⁾. Von diesen zwei Zeitgenossen her ist die Anschuldigung gegen den Kaiser Leopold auch in andere französische Bücher aufgenommen ³⁾.

Eine Anklage solcher Art, ohne auch nur den Versuch eines Beweises, oder die Anführung irgend welchen Zeugnisses, fällt zurück auf den Urheber.

In Betreff der Worte von Torcy ist richtig, daß der Kurfürst Max Emanuel öffentlich einen Satz hat ausgehen lassen, der gegen

¹⁾ Mémoires de Torcy t. I, p. 52.

²⁾ Mémoires de St. Simon t. III, p. 179.

³⁾ So noch in unserer Zeit von Capefigue t. IV, p. 151 und 153. — Voltaire hat die Anklage mit Nachdruck als Verleumdung bezeichnet, im Siècle de Louis XIV., Ch. XVII.

den Kaiser die Anklage des Mordes ziemlich deutlich durchschimmern läßt ¹⁾, nicht jedoch damals selbst, um, wie Torcy sagt, seinen gerechten Schmerz zu lindern, sondern lange nachher. Der Kurfürst blieb noch mehrere Jahre mit dem Kaiser Leopold in einem, wenn auch nicht wahrhaften, doch äußerlich nicht feindlichen Verhältnisse. Seine Glückwünsche für den Kaiserhof noch zum Beginne des Jahres 1703, also um vier volle Jahre später, waren auffallend demonstrativ ²⁾. Erst im Laufe des Jahres 1703 trat er offen auf als Rebelle gegen Kaiser und Reich. In dieser Position, wo er im Solde des Königs von Frankreich nach Vorwänden haschte, um seinen Verrath am Vaterlande zu beschönigen, ließ er jenes Manifest ausgehen. Wie wenig dieses Schriftstück überhaupt mit der Wahrheit vereinbar, zeigt darin die Behauptung, daß Frankreich die Ernennung des Kurprinzen Joseph Ferdinand zum Successor in Spanien mit Freuden begrüßt habe ³⁾. Bei dieser letzten notorisch falschen Behauptung bleibt nur die Alternative, daß Max Emanuel entweder auf eigene Hand öffentlich die Unwahrheit geredet, oder als getäuscht durch französische Arglist. Und wie in dem einen Falle Unwahrheit, so ist es in dem anderen jener Anklage gegen den Kaiser.

Stellen wir jener Anschuldigung bei den Franzosen Torcy und St. Simon das Wort eines gleichzeitigen Holländers entgegen, Lamberty, welcher nach dem großen Successionskriege die Documente desselben sammelte. Er sagt: „Der erste Theilungsvertrag erlosch durch den unerwartet raschen Tod des Kurprinzen. Es erhob sich dabei der Verdacht, daß eine fremde Hand nachgeholfen. Um den Kurfürsten von Bayern mit dem Kaiserhause zu entzweien, suchte man ihn zu überreden, daß der Wiener Hof, gekränkt durch den Theilungsvertrag, an dem jähen Tode heimlichen Antheil gehabt. Der Kurfürst schien von dieser Meinung so eingenommen, daß er keinen Anstand nahm, einige Jahre später sie in seinem Manifeste auszusprechen. Indessen viele scharfblickende Personen, welche das Haus Oesterreich eines so schwarzen Attentates nicht für fähig hielten, waren eher geneigt

¹⁾ Das Manifest bei Lamberty t. III, p. 26 et suiv.

²⁾ Die Briefe stehen im *Theatrum Europaeum* Theil XVI. 2. S. 198.

³⁾ *La France embrassoit avec joie un expédient qui lui épargnoit une querelle longue et d'un succès incertain.*

diesen Staatsstreich einem anderen Hofe beizumessen, näher bei Brüssel belegen als derjenige von Wien" ¹⁾).

Es genügt die Thatfache angeführt zu haben, daß in der Kriegeszeit nachher ein Verdacht dieser Art sich erhoben. In den diplomatischen Berichten des Jahres 1699 selbst, so weit sie zu meiner Kunde gekommen, habe ich den Ausdruck eines solchen Verdachtes nach irgend einer Seite hin nicht gefunden. Es ist sehr zweifelhaft, ob überhaupt Grund zu einem Verdachte vorliegt. Von der Descendenz des Kurfürsten Max Emanuel und der Erzherzogin Maria Antonia hatte nur dieses eine Kind sich als lebensfähig erwiesen, nicht jedoch als lebenskräftig. Daß ein schwaches Kind im siebenten Lebensjahre rasch einer Krankheit erliegt, ist nicht eine außerordentliche Thatfache. Das Auffallende lag in dem Umstande, daß das Kind gerade dann starb, als sich die Pforten des Glanzes und der Macht vor ihm eröffneten. Daher konnte der Verdacht, wie vag an sich auch immer er sein mochte, eine Nahrung finden. Sollte er aber dennoch begründet sein, so würde dieselbe Bemerkung gelten, die früher bei einem ähnlichen von Visola geäußerten Verdachte uns entgegen getreten ist. Visola sagt (Bd. I, S. 392): „Ich rede wie die Sphinx; aber es werden Oedipe kommen, welche das Räthsel meiner Worte lösen“. Die Urheber von Thaten solcher Art pflegen die Spuren derselben so zu vertilgen, daß an dem Mangel aller positiven Anhaltspunkte jeglicher Scharfsinn eines Oedipus erlahmt.

Es handelt sich um den Eindruck der Todesnachricht auf die maßgebenden Persönlichkeiten. Zuerst unter denselben scheint Ludwig XIV. sie erhalten zu haben, durch einen Courier, wie er sagt, der, am Mittag des 6. Februar von Brüssel aufgebrochen, das Gerücht als ein dort öffentliches in Paris meldete. „Obgleich ich die Sache nur auf diesem Wege weiß, fügt Ludwig XIV. hinzu, ist es doch nach den Umständen, die der Courier angibt, schwer, daran zu zweifeln" ²⁾).

In der That handelte Ludwig XIV., als sei ein Zweifel gar nicht möglich. Er entsendete sofort Couriere an Tallard in London,

¹⁾ Mémoires de Lamberty t. I, p. 20.

²⁾ Hippeau t. II, p. 20. Vom 8. Februar.

an Harcourt in Madrid, für den letzteren mit der Weisung die Nachricht einstweilen für sich zu behalten. Das Wesen der Instruction für Harcourt prägt sich aus in den Worten: „Diese Nachricht verändert die Lage der Dinge. Es bieten sich mir drei Wege. Zunächst eine neue Verhandlung mit dem Könige von England. Zeigt er sich nicht willfährig, so stehen zwei andere Wege offen, mit der Königin von Spanien, in derselben Art etwa, wie der Kurfürst von Bayern mit ihr verhandelt, und wie vorher von ihrer Seite Ihnen vorgeschlagen war, oder endlich mit dem Kaiser. Die Königin, überzeugt, daß der Kaiser ihr die frühere Haltung nie verzeihen kann, wird Ihnen entgegen kommen. Sie haben die Erbietungen von Seiten der Königin in solcher Art zu beantworten, daß Sie ihr den Glauben an die Annehmbarkeit belassen, und daß diese Hoffnung sie abhält sich an den Kaiser zu wenden“.

„Aehnlich haben Sie zu verfahren gegenüber den Mitgliedern des Staatsrathes, die sich gutgesinnt zeigen. Kurz es ist bei der jetzigen Ungewisheit nothwendig, die für uns günstigen Dispositionen zu erhalten, und vor allen Dingen zu hindern, daß die Partei des Kaisers dort sich stärke.“

Die Instruction ist gewichtig. Der Plan mit der Königin Maria Anna anzubinden und sich ihrer zu bedienen, so wie die Weisung in Betreff der Mitglieder des Staatsrathes, endlich die Vorschrift vor allen Dingen zu hindern, daß die Partei des Kaisers in Spanien sich stärke — dies alles beweist, daß zunächst und hauptsächlich das Land Spanien selbst für Ludwig XIV. das Object seines Strebens war.

Unter den drei Wegen jedoch, die offen stünden, bezeichnet Ludwig XIV. als den nächsten denjenigen einer neuen Verhandlung mit Wilhelm III. über einen zweiten Theilungsvertrag. Erst von der Antwort desselben sollte es abhängen, ob er auf einen der zwei anderen sich einlassen würde.

Da also Ludwig XIV. diesen Weg einer abermaligen Verhandlung mit Wilhelm III. jenen anderen beiden vorzieht: so folgt, daß er auf diesem Wege entweder mehr zu erlangen hofft, oder das Ziel um so sicherer zu erreichen gedenkt. Dies Ziel aber ist — wiederholen wir es — Spanien selbst.

Wir haben daher unsere Blicke zu richten nach dem Haag und nach Kensington, um zu sehen, wie dort die Todesnachricht von Brüssel aufgenommen wurde.

Die Nachricht des Friedens von Carlowitz traf im Haag ein am Morgen des 7. Februar. Sie erfüllte die Gemüther mit hoher Freude. Der Rathspensionär Heinsius gab sie dem Grafen Auersperg kund mit den Worten, daß nun der Weg gebahnt sei zur Erhaltung des allgemeinen Friedens. Wenige Stunden später am selben Tage traf die andere Kunde aus Brüssel ein, vom Tode des Kurprinzen Joseph Ferdinand ¹⁾).

Das Verhalten des Königs Wilhelm in Kensington und dasjenige des Rathspensionärs im Haag auf die Meldung war in merkwürdiger Weise einander ähnlich, und eben so verschieden von demjenigen Ludwigs XIV. Der letztere, seinen eigenen Ausdrücken gemäß, handelte unverzüglich. Heinsius schloß sich für den Abend ein und ließ Niemanden vor. Wilhelm III., der die Nachricht am Morgen des 10. Februar erhielt, trat nach der üblichen Weise in den Cercle der Gesandten und redete mit den einzelnen: über die Todeskunde entfiel ihm kein Wort ²⁾).

Die Erwägungen eines jeden dieser beiden Staatsmänner dreheten sich zunächst um einen sehr wichtigen Punct. Wir erinnern uns, daß sie in den geheimen Artikel des ersten Theilungsvertrages die Bestimmung eingebracht: im Falle des Todes des Kurprinzen solle der Vater, der Kurfürst Max Emanuel, an die Stelle treten. Sie hatten jedoch diesen geheimen Artikel dem Kurfürsten damals nicht mitgetheilt. Ob der Kurfürst nachher, also überhaupt, eine Kunde davon erhalten, ist mit Sicherheit nicht zu sagen ³⁾. — Die Frage, ob diese Bestimmung festzuhalten sei, trat nun bei Heinsius wie bei dem Könige in den Vordergrund. Das Ergebnis dieser Erwägungen bei Heinsius lernen wir kennen aus seinen Worten am nächsten Morgen zu

¹⁾ Bericht von Auersperg und Goes vom 10. Februar.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 10. Februar.

³⁾ Man vergleiche das Postscriptum zu dem Schreiben des Königs Wilhelm III. vom 10. Februar, bei Grimblot t. II, p. 255.

Auersperg: für den Kurfürsten sei nun alles verloren; denn dieser für sich habe nichts zu beanspruchen. Wie aber, wenn der König Wilhelm anderer Ansicht war? Seine Worte zu Heinsius sind sehr merkwürdig. „Ich glaube, sagt er, daß Frankreich sich erklären wird für das Festhalten an dem geheimen Artikel. In Betreff der Republik und meiner selbst weiß ich nicht, welchen Weg wir fortan in Spanien einschlagen sollen. Denn ich sehe nicht ab, wie wir es anfangen wollen, dort offen kund zu geben, daß wir dem Kurfürsten von Bayern die Succession der spanischen Monarchie haben zuwenden wollen. Und noch weniger dürfen wir es dem Kaiserhose aussprechen. Wir stecken also in einer nicht geringen Verlegenheit. Möge es Gott gefallen uns heraus zu helfen!“ ¹⁾).

Diese Worte des Oraniers beleuchteten sein bisheriges Verhalten in der Angelegenheit der spanischen Succession, und deuten zugleich das künftige an. Er hatte dem Kaiser den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689 nicht gehalten. Anstatt einzutreten für das Anrecht des Kaiserhauses auf das spanische Erbe, hatte er gewirkt für dasjenige des Kurprinzen von Bayern. Man dürfte sagen, daß er das Recht dieses Prinzen, welcher erst reichlich drei Jahre nach jenem Vertrage geboren war, als das besser begründete anerkannte. Allein seine Fürsorge hatte sich nicht beschränkt auf den kleinen Prinzen und das Recht desselben. Sie hatte sich weiter ausgedehnt auf den Vater, den Kurfürsten Max Emanuel, der für sich keinen Anspruch irgend welcher Art an das spanische Erbe besaß. Diesen Fürsten hatte der Oranier als den eventuellen Stellvertreter des Sohnes in den Vertrag gebracht, und jene seine Worte an Heinsius lassen sogar erkennen, daß es dem Oranier weniger um den kleinen Prinzen zu thun gewesen war, als durch den Sohn um den Vater. Dabei konnte nicht mehr die Rede sein von einem Rechte, sondern nur noch von der Zweckmäßigkeit. Nicht jedoch von einer Zweckmäßigkeit, die sich gründete auf das Wohl der Völker, vermöge der Persönlichkeit des Kurfürsten Max Emanuel. Wir haben oft genug wahrgenommen, daß die Urtheile Wilhelms III. über diese Persönlichkeit nicht zeugten von einer Achtung, einer Werthschätzung. Die Zweckmäßigkeit betraf

¹⁾ Grimblot t. II, p. 255.

daher lediglich das Interesse der Republik Holland. Sie wünschte um ihrer selbst willen, daß der Kurfürst nicht bloß Belgien erlangte, sondern auch das Königreich Spanien und Westindien.

Jene Worte Wilhelms III. sprechen sein Bedenken aus, sich vor Spanien und gar vor dem Kaiser zu diesem Plane zu bekennen. Aber faßte er darum den Entschluß davon abzustehen? Sein Wunsch, daß Gott ihn führen möge aus der Verlegenheit, dem Labyrinth, wie er selber es benannte, half ihm nicht, wenn er nicht selber den ersten Schritt that, nämlich denjenigen der Rückkehr auf den geraden Weg der Ehrlichkeit und der Vertragstreue.

Dieser Weg wurde von kaiserlicher Seite sofort gezeigt. Was immer die beiden Könige von Frankreich und England und die Republik Holland vorher heimlich abgemacht, bestand nicht für den Kaiser. Aber diese heimliche Abmachung war das Hindernis gewesen gegen ein offenes und aufrichtiges Zusammengehen der bisherigen Verbündeten. Der Tod des Kurprinzen schien dies Hindernis hinwegnehmen, die Bahn wieder eröffnen zu müssen für die Rückkehr zu dem Gedanken der großen Allianz von 1689. Der kaiserliche Gesandte Auerperg trat daher zu Heinsius mit den Worten: „Der Tod des Kurprinzen ändert völlig die Lage der Dinge. Es ist die Aufgabe des Kaisers, des Königs und der Republik, dahin zu trachten, daß Spanien nicht durch Frankreich gezwungen werde zu nachtheiligen Entschlüssen. Verlassen Sie sich darauf, daß der Kaiser bereit ist sich mit England und Holland zu verständigen und mit diesen beiden Mächten einmüthig zu handeln“. — Heinsius erwiederte: „Ich fürchte dagegen mehr als je die französischen Intriguen in Madrid“. — Auerperg versetzte: „Wenn diese Intriguen gelängen, so könnte es geschehen nur durch Fehler auf Seiten der Verbündeten. Sobald die spanische Nation eine gute Eintracht derselben erblickt, ist nichts zu befürchten“. — Der Rathspensionär schwieg. „Es ist seine Weise, fügt Auerperg seinem Berichte hinzu, sich in nichts verfänglich zu machen, bis er zuvor die Ansicht des Königs eingeholt“ ¹⁾).

An demselben Morgen, wo im Haag diese Unterredung stattfand, schrieb Wilhelm III. in Kensington jene Worte nieder, welche

¹⁾ Auerpergs Bericht vom 10. Februar.

wir oben vernommen, unter ihnen die gewichtigen: „Ich glaube, daß Frankreich sich für das Festhalten an dem geheimen Artikel erklären wird“.

Erwägen wir, daß das Wesen dieses geheimen Artikels ist der Ersatz des Kurprinzen durch den Vater, den Kurfürsten Max Emanuel. Erwägen wir ferner, daß der Oranier sich scheut, diesen Artikel vor Spanien, vor dem Kaiser einzugestehen, daß er demnach sich des Unrechtes desselben bewußt ist. Und dennoch will er sich von dem Artikel nicht los sagen, indem er sich selber einredet, daß Frankreich daran halten werde. Es ist merkwürdig, wie hier der Wunsch, der Eifer für das Interesse von Holland sich kleidet in eine Meinung von den Absichten Ludwigs XIV., welche dem wirklichen Plane desselben geradezu entgegen stand, und für welche Wilhelm III. auch selber einen Anhaltspunct nicht angibt.

Ludwig XIV. beließ den König Wilhelm darüber nicht lange in Ungewisheit. Der erste Courier, den er auf die Meldung aus Brüssel am 8. Februar entjendete, war derjenige an Tallard. Der Auftrag für diesen lautete dahin, bei dem Könige von England zu erfragen, welche Vorschläge er zu machen gedente für einen neuen Theilungsvertrag, und um, für den Todesfall in Spanien, den Frieden eben so sicher zu stellen, wie vorher durch den ersten Vertrag ¹⁾. Der Gedanke an die Möglichkeit, daß Wilhelm III. an dem geheimen Artikel noch festhalten könne, scheint bei Ludwig XIV. auch nicht einmal aufgestiegen zu sein. Am 3./13. Februar trat Tallard vor Wilhelm III. Dieser regte den geheimen Artikel an. Tallard verneinte den Bestand desselben. „Der Kurfürst, sagte er, kann von seinem Sohne kein Recht erben, weil dieser, bei Lebzeiten des Königs von Spanien, selber noch kein Recht besaß. Seien wir aufrichtig und bekennen, daß wir Alle in der Meinung gestanden, es sei nicht möglich, daß irgend ein anderer der Betheiligten eher sterbe als der König von Spanien. Demnach ist der Fall, welcher mit dem Tode des Kurprinzen eingetreten, von uns nicht vorhergesehen“ ²⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 249. — Hippeau t. II, p. 20.

²⁾ Grimblot t. II, p. 275. Genau genommen ist dies erst die Rede Tallards vom 10./20. Februar.

Wilhelm III. mußte, wenigstens in vertraulicher Weise gegenüber Heinsius, die Einwände Tallards als richtig anerkennen. Demnach bestand auch der Vertrag nicht mehr. Wilhelm III. und die Republik waren wieder frei. Es hing von ihrem Willen ab zu ihren älteren Verpflichtungen zurückzukehren, die Allianz von 1689 zu erneuern und dadurch, wenn es überhaupt ein Mittel gab, den Frieden zu bewahren.

Dem Zusammenhange der Worte Wilhelms III. gemäß muß gesagt werden, daß er diese andere Seite der Sache nicht einmal erwogen hat. Denn er sagt: „Nachdem ich, auf die Einwürfe Tallards, den geheimen Artikel aufmerksam durchgelesen, urtheile auch ich, daß er nicht besteht. Demnach müssen neue Verabredungen getroffen werden“ ¹⁾.

Mit diesem einen Worte: demnach überspringt Wilhelm III. die weite Kluft zwischen ihm und Ludwig XIV., und wirft nicht die Frage auf, was es auf sich habe, daß dieser wieder sofort und so eifrig ihn gesucht. Uns Späteren liegt es aus jenen Worten Ludwigs XIV. an Harcourt vor Augen. Der Weg der Verhandlung mit Wilhelm III. erschien ihm als der zweckmäßigste sein Ziel zu erreichen. Und dieses Ziel war Spanien selbst.

Wilhelm III. hatte den Einwendungen Tallards wider den geheimen Artikel nichts Triftiges entgegen zu stellen gewußt. Und dennoch hatte der Wunsch, daß dieser Artikel als bestehend anerkannt werde, für seine Bereitwilligkeit zum Wieder-Anknüpfen mit Ludwig XIV. eine überaus wichtige Bedeutung. Der letztere erkannte dies sehr bald. Denn eben so wie Wilhelm III. dem Tallard gegenüber auf den Artikel hingewiesen: so brachte sein Botschafter, der Graf Jersey, in Versailles vor Ludwig XIV. ihn zur Sprache. Diesen Mann, früher Lord Villiers, hatte Wilhelm III. bereits im Sommer 1698 als Nachfolger des Grafen Portland in der Bottschaft dahin gesendet. Wir erinnern uns von Rhoswyd her, daß die besondere Qualität des Grafen Jersey bestand in einer Gefügigkeit, die bei den Engländern gegenüber dem Könige Wilhelm nicht die Regel war. Die Reden des Grafen Jersey ließen Ludwig XIV. klar ersehen, daß Wilhelm III. wünschte, den geheimen Artikel aufrecht halten zu können. Wie dem

¹⁾ Grimblot t. II, p. 260.

Botschafter Tallard, so ward es auch dem Könige selbst nicht schwer, den Ungrund dieser Meinung darzuthun. Auch scheint der Graf Jersey die Undankbarkeit des ihm ertheilten Auftrages sehr bald erkannt zu haben. „Er versuchte, meldet Ludwig XIV., keine Erwiderung“ ¹⁾.

Nicht freilich so die anderen Holländer, die in das Vertrauen des Vertrages gezogen waren. Für Wochen lang noch zogen sich bei ihnen die Erörterungen darüber hin, daß der geheime Artikel in Kraft bestehe. Es ist vielleicht die höchste Stufe des Anspruches, zu welcher die Staatsmänner der Republik der Niederlande jemals sich verstiegen haben. Noch einen vollen Monat nach dem Tode des Kurprinzen suchte der Holländer Portland — denn als den Berather der Krone England dürfte man ihn in diesem Falle kaum bezeichnen — vor Tallard jenen Gedanken geltend zu machen. „Bei Allem, was bisher in der Sache geschehen, sagte Portland, ist mehr auf das Gemeinwohl von Europa ge sehen als auf die Rechtsfrage“ ²⁾. Die Rede wird verständlicher, wenn wir der Rücksicht von Portland auf das Gemeinwohl von Europa die Worte hinzufügen: vom Standpuncte des holländischen Interesses aufgefaßt.

So dachten die Holländer. Anders dachte Ludwig XIV. Auch er redete vom Gemeinwohle Europas, von seinem Wunsche den Frieden zu bewahren. Wir werden aus seinen eigenen Worten und den Consequenzen derselben klar zu stellen haben, was er darunter verstand.

Wir haben bemerkt, daß auf die Nachricht des Todesfalles in Brüssel sein erstes Streben darauf gerichtet war, mit Wilhelm III. zu einer neuen Verhandlung zu kommen, und daß er zu diesem Zwecke sofort einen Courier an Tallard in London entsendete. Die Instruction bezweckte, daß der König Wilhelm zuerst sich eröffnen solle. In den nächsten Tagen jedoch überwogen andere Gedanken. Noch bevor Ludwig XIV. einen Bericht Tallards über die Haltung Wilhelms III. nach dem Todesfalle erhalten ³⁾, meldet er diesem seinem Botschafter,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 280. Vom 23. Februar.

²⁾ A. a. O. p. 303. Vom 7. März.

³⁾ Man vergleiche den Beginn des Schreibens vom 13. Februar, bei Grimblot t. II, p. 260.

daß er es seiner Würde nicht angemessen finde, den Ausspruch des Königs von England wie eine Art Entscheidung zu erwarten. Deshalb und aus anderen Gründen entwickelt er seine neuen Vorschläge. Es leitet ihn dabei, wie er sagt, derselbe Grundsatz wie früher, nämlich den Frieden Europas seinem eigenen Interesse vorzuziehen. Darum habe der Dauphin auf den größeren Theil seiner Ansprüche verzichtet zu Gunsten des Kurprinzen. Nun, da durch den Tod desselben die Zahl der Bewerber auf zwei gesunken, möge immerhin der Erzherzog an die Stelle des Kurprinzen treten, also Spanien und Westindien erhalten; aber auch der Antheil des Dauphins müsse wachsen. Dies um so mehr, da die Macht des Kaisers so sehr gestiegen sei, einerseits durch den Türkenfrieden und andererseits durch die Unterwürfigkeit der Reichsfürsten vor ihm ¹⁾.

Daß eine solche Unterwürfigkeit nicht statt fand, wußte Ludwig XIV. genau. Der Bund der Opponenten wider die neunte Kurwürde fand an ihm seine Stütze. Dazu hatte er die Clausel des vierten Artikels im Ryswycker Frieden als einen Feuerbrand ins Reich geschleudert, mit nicht geringem Erfolge. Der Hader der katholischen und protestantischen Reichsstände in Regensburg um jene Clausel erfüllte das Reich.

Aber Ludwig XIV. zog von jenem Gedanken aus den Schluß, daß das Gemeinwohl Europas die Erhöhung seiner Macht erheische gegenüber den Planen des Kaisers. Er verlangte daher die Vergrößerung des Antheiles für den Dauphin um Mailand. Dies berühre nicht, sagte er, das Interesse von England und Holland, sondern nur dasjenige der Fürsten in Italien. Es sei aber mit Grund anzunehmen, daß diese Fürsten Mailand lieber in französischen Händen sehen würden als in denjenigen des Kaisers, weil Frankreich ihre Rechte nicht bedrohe, sondern vielmehr bereit sei zum Schutze derselben wider den Kaiser. Ludwig XIV. hob hervor, daß er nur diese eine Forderung stelle.

Freilich, aber eben diese eine Forderung ergießt ein helles Licht über den ganzen Plan. Mailand war, wie Ludwig XIV. selber früher hervorgehoben, ein Mannlehen des Reiches. Eine Ueberweisung

¹⁾ Grimblot t. II, p. 260 sqq. Vom 13. Februar.

von Mailand an den Dauphin durch einen Vertrag fremder Mächte war daher ein Einbruch in die Rechte des Reiches, in diejenigen Rechte, die der Kaiser vermöge seines Kroneides zu schützen verpflichtet war. Ludwig XIV. kannte den Kaiser damals aus einer vierzigjährigen europäischen Erfahrung. Ungeachtet der Anklagen, welche er zum Zwecke seiner Politik gegen den Kaiser zu erheben pflegte, wußte er daher eben so wohl wie es die Türken wußten und oft aussprachen, daß die Gewissenhaftigkeit des Kaisers Leopold unerschütterlich feststand. Ludwig XIV. konnte daher mit voller Sicherheit voraussehen, daß der Kaiser niemals einem Vertrage beitreten werde, welcher für ihn im Conflict stand mit anderen Verpflichtungen.

Dies war die eine Seite der Sache. Es kam dazu noch die andere, die politische für den Kaiser selbst. Ludwig XIV. wußte aus den Verhandlungen über den Theilungsvertrag von 1668, daß der Kaiser für sein Haus unbedingt nicht auf Mailand verzichten würde, daß er den Besitz des Königreiches Spanien ohne die Reichslehen des Herzogthumes Mailand und der Markgrafschaft Finale als werthlos ansah, weil nicht zu behaupten¹⁾. In dem Vertrage von 1668 waren daher Mailand und Finale dem Kaiser zugesprochen.

Allein Ludwig XIV. sah vorher, daß Wilhelm III. gegen die Ueberlassung von Mailand an den Dauphin Einwendungen erheben würde. Er kam denselben zuvor. Er bestand nicht auf den Besitz von Mailand für den Dauphin. Er schlug einen Austausch vor, Mailand gegen Lothringen. Der Herzog von Lothringen werde Mailand erhalten, dafür sein Erbland dem Dauphin abtreten. Nur sei es von der höchsten Wichtigkeit, unabhängig von dem französischen Interesse, daß der Erzherzog, indem er Spanien erhalte, nicht zugleich auch Mailand besitze. Die Hauptsache also war die Negative: Mailand nicht für den Erzherzog²⁾.

Indem daher Ludwig XIV. dem Könige von England einen Vertrag vorschlug, der, wie er mit Sicherheit annehmen durfte, wegen der nicht zu erlangenden Zustimmung des Kaisers nicht perfect werden konnte, liegt es vor Augen, daß Ludwig XIV. das Perfect-Werden dieses Vertrages überhaupt nicht wollte.

¹⁾ Mignet: *Négociations relatives à la succession d'Espagne* t. II, p. 398.

²⁾ Grimblot t. II, p. 264.

Und von diesem Puncte aus erschließt sich uns der ganze Plan Ludwigs XIV. bei dem Vorschlage dieses zweiten Theilungsvertrages.

Wir erinnern uns an seine Worte zu Harcourt, auf die Todesnachricht aus Brüssel, daß ihm drei Wege offen stünden, derjenige eines Vertrages mit dem Kaiser, derjenige eines Bundes mit der Königin Maria Anna, derjenige einer neuen Verhandlung mit Wilhelm III., daß er jedoch diesen letzten Weg den beiden ersten vorziehe. Das Object eines Bundes mit der Königin Maria Anna konnte jedenfalls nichts Geringeres sein als das gesammte spanische Erbe. Indem Ludwig XIV. diesem Wege den dritten vorzog, denjenigen einer Verhandlung mit Wilhelm III., war es sein Plan, dasselbe Ziel zu erreichen, aber sicherer. In jenen seinen Worten, daß er den Frieden dem Kriege vorzog, daß er ihn zu erhalten wünschte, lag eine Wahrheit. Er wollte das gesammte spanische Erbe, lieber jedoch ohne Krieg. Und dazu sollte ihm der Theilungsvertrag dienen.

Keine der einzelnen Mächte Europas war aus sich selber im Stande, einen Krieg wider Ludwig XIV. aufzunehmen, wenigstens nicht mit einiger Aussicht auf Erfolg, weder der Kaiser, noch England, noch die Republik der Niederlande. Nur das Bündnis dieser drei großen Mächte, dessen Gravitation und Goldglanz dann die kleineren nach sich zog, vermochte ihn zu hindern. Und jedenfalls würde es ihn hindern, wenn sein letztes Ziel, sein Trachten nach dem gesammten spanischen Erbe, vorher ihnen offen lag.

Ludwig XIV. kannte den geheimen Artikel der großen Allianz von 1689. Er wußte also, daß dieses von ihm gefürchtete Bündnis virtuell bestand. Er hatte daher, um dasselbe nicht zur That werden zu lassen, sein eigentliches Ziel zu verdecken gesucht, indem er bald nach dem Ryswycker Frieden dem König Wilhelm die Vorschläge machte, das spanische Erbe unter die drei Prätendenten zu theilen. Wir haben gesehen, mit welchem Geschicke, mit welcher umsichtigen Berechnung der menschlichen Neigungen und Leidenschaften er vom März 1698 an diese Unterhandlung führte. Er machte seine Vorschläge nicht dem in erster Linie Berechtigten, dem Kaiser, sondern dem Könige von England, oder richtiger, dem Erbstatthalter von Holland, der zugleich König von England war. Sie redeten beide vom Gemeinwohle Europas; aber Wilhelm III. dachte dabei zunächst

an die Convenienz von Holland, und Ludwig XIV. an die Trennung des Oraniers von dem Kaiser. Um diese Spaltung zu erreichen, willigte Ludwig XIV. für den ersten Theilungsvertrag in die holländische Forderung von Spanien, Belgien und Westindien für den Kurprinzen Joseph Ferdinand. Er war dadurch sicher, daß, im Falle des Todes von Carl II. vor dem Kurprinzen, Wilhelm III. und der Kaiser nicht zusammen gehen konnten wider ihn, daß demnach die Entscheidung stehen würde in seiner Hand als des Stärksten.

Der Tod des Kurprinzen von Bayern machte den ersten Theilungsvertrag hinfällig. Aber der geheime Artikel der großen Allianz von 1689 war noch immer da. Es war vorauszu sehen, daß der Kaiser, der von den neuen Wegen des Oraniers keine offizielle Kenntniss hatte, von ihm die Gültigkeit jenes Artikels fordern würde. Ludwig XIV. suchte also zuvorzukommen. Er trachtete den König Wilhelm III. sofort in eine neue Verhandlung, in einen neuen Vertrag zu verwickeln, nicht um des Vertrages willen, sondern um durch den Vertrag zwischen Wilhelm III. und dem Kaiser eine abermalige Schranke zu errichten, über welche sie beide sich nicht die Hände reichen konnten. Der Vertrag mußte dem Namen nach zum Zwecke des Friedens errichtet werden, demnach so, daß in Betreff des Namens auch der Kaiser beitreten konnte. Denn Wilhelm III. wollte den Beitritt des Kaisers. Nicht jedoch wollte ihn Ludwig XIV. Demnach setzte sich Ludwig XIV. zur Aufgabe den Vertrag so einzurichten, daß nach der Meinung Wilhelms III. der Kaiser beitreten konnte, ohne seinem Rechte, seiner Ehre, seinem Interesse allzu viel zu vergeben. Für seinen Zweck dagegen suchte Ludwig XIV. in den Vertrag Bestimmungen einzubringen, die, wie er aus Erfahrung wußte, der Kaiser aus Gründen des Rechtes, der Ehre und der Selbsterhaltung niemals zugeben könne. Voran stand darin die Verfügung über Mailand. Wenn es dem Könige Ludwig XIV. gelang, abermals einen solchen Vertrag durchzusetzen: so waren dadurch die beiden Häupter, die nur geeinigt zum Widerstande befähigt waren, von einander getrennt, wenn nicht gar feindselig wider einander. Dann stand die Entscheidung bei dem Stärksten. Eben dadurch aber, daß Ludwig XIV. den Vertrag, den er mit Wilhelm III. zu schließen vorhatte, von vorne herein für den Kaiser unannehmbar machte,

durchlöchernte er ihn auch für sich selber, schuf er für sich selber den Vorwand sich loszusagen von einem Vertrage, der, um des Friedens willen errichtet, wegen der Weigerung des Dritten, ihm beizutreten, diesen Zweck nicht erfüllte.

Wir erkennen also, weshalb Ludwig XIV. den Weg der Verhandlung mit Wilhelm III. den anderen beiden vorzog. Die spanische Angelegenheit war für ihn, ungeachtet aller seiner Redensarten, eine Frage der Macht und nicht eines Rechtes. Wie er den eidlichen, von ihm selber ebenfalls durch einen feierlichen Schwur bestätigten Verzicht seiner Gemahlin nicht durch einen Rechtsgrund umstoßen, sondern lediglich kraft seiner Macht brechen konnte: so war auch diese Macht das hauptsächlichste Mittel positiv zum Ziele zu gelangen. Diese Macht ward indirect gestärkt durch die Schwächung, die Vereinzelung der Anderen. Ludwig XIV. konnte durch einen Bund mit der Königin Maria Anna vielleicht eine formell rechtliche Verfügung von dem armen Carl II. herausdrücken, wie vorher der Kurfürst Max Emanuel. Aber in diesem Falle war für ihn die Gefahr, daß sich der Kaiser und Wilhelm III. wieder zusammen fanden gegen ihn, daß der geheime Artikel der großen Allianz von 1689 mit allen Consequenzen dennoch zur That wurde. Ludwig XIV. wollte dies nicht. Lieber als eine formell rechtliche Verfügung im Sinne seiner Ansprüche, war ihm die Schwächung der Gegner dieser Ansprüche durch ihre eigene Uneinigkeit. Das Mittel sie uneinig zu machen war ein Vertrag mit dem bei der Sache nicht direct betheiligten Könige Wilhelm III. Darum gab er diesem Wege der neuen Verhandlung mit Wilhelm III. den Vorzug vor dem Bunde mit der Königin Maria Anna. Nicht freilich um den etwaigen Vertrag mit Wilhelm III. zu halten, sondern um sich, wie einst von dem Eide des Verzichtes, den er dem Könige Philipp IV. geschworen, so auch von diesem Vertrage mit Wilhelm III. loszusagen, sobald der Vertrag, wie einst der Eid des Verzichtes, seinen Dienst gethan.

Wir haben gesehen, daß der Oranier sich willig finden ließ. Er war in den ersten Vertrag eingegangen hauptsächlich vermöge seines Eifers für das Interesse von Holland: eben dieser selbe Eifer baute die Brücke zu einer abermaligen Verständigung. Ludwig XIV. mochte bei sich lachen über jenes holländische Verlangen zu Gunsten

des Kurfürsten von Bayern; dennoch benutzte er den darin liegenden Gedanken, daß der Vertrag noch gelte. „Man kann die Frage aufwerfen, sagt er, ob der Vertrag noch besteht. Es ist gewiß, daß ich noch dieselbe Absicht hege, wie beim Abschlusse des Vertrages, daß ich, was auch sich ereignen möge, mit demselben Eifer wünsche den allgemeinen Frieden zu erhalten. Der König von England scheint dieselben Gesinnungen bewahrt zu haben. Demnach besteht die Wurzel des Vertrages. Einige der Artikel bedürfen nicht einmal einer Veränderung, weil ich immer geneigt bin, den Frieden von Ryswyck aufrecht zu halten und die Verbindung mit dem Könige von England enger zu ziehen“ ¹⁾).

Demgemäß brachte Ludwig XIV. seine neuen Vorschläge ein, deren Wesen für ihn darin bestand, daß der Kaiser in denjenigen, der Mailand betraf, niemals willigen würde, und die darum, wenn Wilhelm III. darauf einging, abermals, wie der erste Vertrag überhaupt, eine Scheidewand errichten würden zwischen dem Orléanier und dem Kaiser. Um dagegen den König Wilhelm III. geneigt zu machen, bot er das Hauptland Spanien mit Westindien für den Erzherzog. Diese Concession war erforderlich gemäß der früheren Warnung Tallards, daß an eine Bewilligung von Spanien und Westindien für einen französischen Prinzen nicht zu denken sei.

Nebenher wandte Ludwig XIV. auf Wilhelm III. das Druckmittel an, daß es in seiner Hand liege, einen Bund mit der Königin von Spanien einzugehen, die sicherlich ihm geneigter sei als dem Kaiser, dessen Zorn sie immer zu fürchten haben werde. Ludwig XIV. fügte noch den zweiten Druck hinzu, daß es von ihm abhänge, sich mit dem Kaiser allein zu verständigen. Die in Wien schon vorher dazu vorhandene Geneigtheit, sagte er, sei gesteigert durch den Tod des Kurprinzen.

Es kommt also zunächst darauf an dies Verhältnis klar zu stellen.

Jene Worte Ludwigs XIV. entsprachen der Wahrheit. Sofort auf die Kunde des Testamentes von Carl II. für den Kurprinzen

¹⁾ Grimblot t. II, p. 299. Vom 3. März.

hatte der jüngere Graf Harrach in Madrid dem Botschafter Harcourt sich in erregter Weise dahin ausgesprochen, daß er eine Einigung des Kaisers mit dem Könige von Frankreich wünsche. Harcourt erwiederte, daß der Gesandte in Wien, Marquis Villars, bereit sein werde, billige Vorschläge entgegen zu nehmen¹⁾. Die Aeußerung Harrachs konnte erscheinen als der Ausdruck seiner Aufwallung. Eines Tages jedoch, zu Ende Januar 1699, zog der Graf Kinsky im Vorzimmer des Kaisers den Botschafter Villars bei Seite, und brachte in vertraulicher Weise die allgemeine Lage zu Sprache. Er hob hervor, daß Villars seit einer Reihe von Monaten in Wien weile, und dennoch über die wichtigen Angelegenheiten sich nicht eröffne, auch nicht über das spanische Testament. Die Unterredung bewies unverkennbar die Geneigtheit in Wien, mit Frankreich zu einem Abkommen zu gelangen²⁾.

Wenn dies geschah, so wuchs ein Bund empor, dessen Folgen drückend auf die Seemächte fallen mußten. Das Schreckbild dessen war schon oft vor Wilhelm III. und Heinsius empor gestiegen. Wenn dasselbe sich hätte verwirklichen können, so durften sie, nachdem sie durch den Theilungsvertrag von 1698 die Allianz mit dem Kaiser durchlöchert, kein Interesse preis gegeben, nicht sagen, daß sie daran keine Schuld trugen.

Es kam also auf Ludwig XIV. an, ob er die dargebotene Hand erfassen wollte. Eine Einigung zwischen ihm und dem Kaiser zum Zwecke der Erhaltung des Friedens, wenn aufrichtig geschlossen, war sicherlich die beste Bürgschaft desselben für die Völker Europas.

Allein an den Bericht des Botschafters Villars über jene Unterredung knüpfte sich ein anderer über eine ihm widerfahrene Beleidigung. Der Gouverneur des Erzherzogs Carl, der Fürst Viedtensstein, hatte bei einem Hoffeste ihn aufgefordert den Saal zu verlassen. Nach der Meinung Viedtenssteins fand das Fest statt in den Räumen des Erzherzogs, welchem Villars nicht vorgestellt war, nach der Ansicht dieses Botschafters im kaiserlichen Palaste überhaupt³⁾.

Die Thatfache der Unterredung mit Kinsky kurz vorher, ja die Umstände in dem Berichte des Villars selbst, geben klar zu erkennen,

¹⁾ Hippeau t. I, p. 270. Vom 18. December 1698.

²⁾ A. a. O. t. II, p. 12. Vom 1. Februar 1699.

³⁾ A. a. O. p. 12.

daß es sich hier handelte um eine übel angebrachte persönliche Aufwallung des Fürsten Liechtenstein, und nicht um einen feindseligen politischen Act. Am kaiserlichen Hofe ward der Vorgang so wenig in dem letzteren Sinne aufgefaßt, daß der Graf Kinsky einige Tage später abermals zu Villars heran trat, und sich positiver aussprach als in jener ersten Unterredung ¹⁾.

Ja es ist sogar mit Nachdruck hervorzuheben, daß Villars selber damals gleich die Sache nicht politisch auffaßte. Die Todesnachricht aus Brüssel traf in Wien ein am 15. Februar. Der Graf Kinsky meldete sie dem Kaiser durch ein Billet mit dem Beifügen: „Ich weiß wahrlich nicht, ob dieser Fall den Frieden bedeutet oder allgemeinen Krieg“ ²⁾. Zwei Tage später begegnete er am Hofe dem Marquis Villars. Dieser zog ihn bei Seite und begann: nun sei die Zeit gekommen, wo der Kaiser in seiner Eigenschaft als Haupt der Christenheit und der König von Frankreich, ohne Rücksicht auf irgendwelche Bündnisse mit Katholiken, allein unter sich ihre Interessen feststellen könnten. Er habe getreulich berichtet, was Kinsky neulich geredet, und erwarte darauf eine Antwort. Zwar sei das Mißfallen des Königs über die seinem Botschafter widerfahrene Behandlung groß; aber daraus werde nicht ein Krieg entspringen. Er habe davon bisher zu Kinsky nicht reden wollen. „Sie haben Recht gethan“, erwiderte dieser; denn das gehört nicht vor mich persönlich, sondern vor das Ministerium des Kaisers. In Betreff der ersteren Sache aber muß ich erwidern, daß, da sowohl ein Gerücht von einem spanischen Testamente geht, als noch viel wahrscheinlicher von einem Vertrage der drei Mächte Frankreich, England, Holland, das Ministerium hier dem Kaiser keine Vorschläge einrathen kann. Trifft erst die Antwort ein, die Sie andeuten, so läßt sich die Sache reiflicher besprechen“ ³⁾. Damit schieden sie.

Die Unterredung fand statt am 17. Februar. Unterdessen war jedoch für Villars schon ein anderer Befehl unterwegs, datirt vom 11. Februar.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 22.

²⁾ Sane nescio, num casus hic tranquillitatem Europae firmaturus an vero ejusdem perturbationem et guerram universalem post se tracturus sit.

³⁾ Kinsky an den Kaiser Leopold, 17. Februar.

Auch Ludwig XIV. selber zweifelte nicht an dem aufrichtigen Willen des Kaisers ¹⁾. Aber für ihn lag die Sache anders. Jene Meldung des Villars traf bei ihm ein, nachdem er bereits den ersten Schritt gethan, um mit Wilhelm III. zu einem neuen Theilungsvertrage zu gelangen. Darum benutzte er bei diesem Könige als Druckmittel den Hinweis, daß es von ihm abhänge mit dem Kaiser abzuschließen. Diesem selber gegenüber verfuhr er anders. Bevor er nicht die Gewisheit hatte, bei Wilhelm III. seinen Zweck zu erreichen, wollte er die dargebotene Hand des Kaisers nicht durchaus zurückweisen. Er trachtete Zeit zu gewinnen ²⁾. Den Anlaß dazu fand er in der dem Villars zugefügten Kränkung. Er nannte sie eine Insulte, welche das Gegentheil der Versicherungen des Grafen Rinsky darthue. Der Mißgriff also einer einzelnen, bei der Politik des Kaisers nicht betheiligten Persönlichkeit schwoll in den Augen Ludwigs XIV. auf, oder richtiger, sollte vor der Welt aufschwellen zu einem Staats-Acte, und demgemäß auch die dafür zu leistende Genugthuung. Diese, welche Villars unter Drohungen zu fordern hatte, sollte bestehen in einer durch den Kaiser dem Fürsten Vichthenstein befohlenen Abbitte vor dem Botschafter Villars ³⁾.

Die Forderung, im Verhältnisse zu dem Anlasse maßlos, mußte in jedem Falle den eigentlichen Zweck erfüllen, nämlich Zeit zu gewinnen. Denn so wenig der Kaiser den nicht tactvollen Schritt des Fürsten Vichthenstein billigen mochte: so zerrte die Forderung des Königs von Frankreich ihn persönlich mit hinein, und machte dadurch es ihm schwer, einen Entschluß zu fassen. In der That verging darüber eine Reihe von Wochen. Aber der Zeitgewinn für Ludwig XIV. betraf den König von England. In demselben Maße, wie die Aussicht auf einen neuen Vertrag mit Wilhelm III. sich festigte, je weniger also Ludwig XIV. der dargebotenen Hand des Kaisers zu bedürfen glaubte: in demselben Maße wurde, auf seinen Befehl ⁴⁾, der Ton des Villars in Wien lauter und drohender. Er

¹⁾ Hippeau t. II, p. 43. An Harcourt, den 8. März.

²⁾ Man sehe die eigenen Worte Ludwigs XIV. an Harcourt, bei Hippeau t. II, p. 38.

³⁾ Hippeau t. II, p. 22 et suiv. Ludwig XIV. an Villars, vom 11. Februar.

⁴⁾ Hippeau t. II, p. 51. Vom 22. März.

stellte seine Abreise in Aussicht. Er setzte die Stunde derselben an. Er ließ seinen Wagen anspannen. Da endlich entschloß sich der Kaiser, der Forderung Ludwigs XIV. völlig nachzugeben. Der Fürst Liechtenstein erschien bei Villars und redete in der geforderten Weise ¹⁾).

Man hat damals diese Genugthuung eine glänzende genannt. Sie mag namentlich auch dem Marquis Villars als eine solche erschienen sein. Das eigentliche Motiv für das Auftreten seines Königs in dieser Weise dürfte auch er nicht durchschaut haben. Denn er eben so wie Harcourt in Madrid, und wie Tallard in London, handelten, ein Jeder in seinem Gesichtskreise, ohne den Ueberblick des Ganzen, auf Befehl des Einen, der allein alle Fäden in seiner Hand hielt und sie anzog nach seinem Willen.

Eben darum ist es von besonderer Wichtigkeit, das Urtheil dieses Königs über das Verhalten des Kaisers zu vernehmen. „Das Nachgeben des Kaisers in dieser Angelegenheit, schreibt Ludwig XIV. an Harcourt, verstärkt noch meine Ansicht, daß er den Frieden aufrecht halten will“ ²⁾). Diese Worte Ludwigs XIV. sind unanfechtbar.

Das zunächst wichtige Ergebnis des Verlaufes der Dinge in Wien ist, daß Ludwig XIV., nachdem er den Zweck erreicht dort Zeit zu gewinnen und inzwischen dem Könige Wilhelm III. scheinbar näher zu treten, die zu einer directen Verständigung dargebotene Hand des Kaisers nicht annahm. Denn mit dem Kaiser konnte er zu einem Vertrage gelangen nur durch eine Verzichtleistung auf einen bestimmten Theil des spanischen Erbes. Und von einem Verzicht gegenüber dem direct betheiligten Kaiser wieder loszukommen, war schwerer, als den nur indirect betheiligten Seemächten gegenüber sich von einem Vertrage loszusagen. Es handelt sich dann um die Stellung Ludwigs XIV. zu Spanien nach dem Tode des Kurprinzen Joseph Ferdinand.

Der Courier mit der Todesnachricht aus Brüssel an Carl II., und derjenige Ludwigs XIV. aus Paris mit derselben Nachricht an Harcourt trafen zusammen in Madrid ein ³⁾).

¹⁾ Der Bericht des Villars a. a. O. p. 68.

²⁾ A. a. O. p. 75. Vom 10. Mai.

³⁾ Hippeau t. II, p. 26 et suiv. Vom 13. Februar.

Harcourt malt in seiner Antwort den verworrenen Zustand der Dinge in Madrid. Er hebt die Herrschaft der Königin über das Gemüth ihres Gemahles hervor. Sie setze in allen Dingen ihren Willen durch, nicht vermöge seiner Zuneigung zu ihr, sondern vermöge seiner Furcht. Die Königin wiederum lasse sich unbedingt leiten durch die Berlepsiſch, und diese durch die eigene Habgier, welche Eigenschaft sie, wie Günstlinge pflegen, auch der Königin eingeimpft. Zu ihnen beiden stehe der Admiral von Castilien, talentvoll, höchst ehrgeizig, so daß Einige bei ihm die Absicht einer Heirath mit der Königin vermuthen, dabei durchaus falsch, so daß er immer anders rede, anders denke. Diese drei Persönlichkeiten zusammen beherrschen Spanien unumchränkt, so daß Niemand eine Gegenvorstellung bei dem Könige wage, auch dann nicht, wenn man wisse, daß er wider seinen Willen, aus Furcht sich habe bewegen lassen Unrecht zu thun.

So Harcourt. In ähnlicher, wenig günstigerer Weise schildert er die anderen Persönlichkeiten. Der Zweck der ganzen Darlegung ist sein Rath für Ludwig XIV., fortan abzusehen von jedem Vertrage mit den Seemächten, dagegen die Königin zu gewinnen, sie bei dem Könige Carl II. zu verwenden, nicht etwa zum Zwecke eines anfechtbaren Testaments, sondern um einen rechtlich gültigen Act zu Gunsten des Herzogs von Anjou zu Stande zu bringen. Dies könne geschehen vermöge der Berufung der Cortes von Spanien, welche, bei der Geneigtheit vieler Granden und des Volkes, den Herzog von Anjou als Prinzen von Asturien anerkennen und ihm den Eid leisten würden. Das, meint Harcourt, sei der rechte Weg ¹⁾).

Der Rath Harcourts beweist, daß er den gesamten Plan Ludwigs XIV. nicht durchschaute. Auch hielt der König es nicht für erforderlich ihn einzuweißen. Er wandte ein, daß er gegenüber der Aussicht, welche Harcourt ihm eröffne, dennoch vorziehe die Erhaltung des Friedens, und daß er die Ueberzeugung hege, auch der Kaiser werde auf die neuen Vorschläge eingehen ²⁾).

Wir haben beobachtet, daß Ludwig XIV. die neuen Vorschläge bei Wilhelm III. so eingerichtet hatte, daß voraussichtlich der Kaiser darauf nicht eingehen konnte.

¹⁾ A. a. O.

²⁾ Hippeau t. II, p. 42 et suiv. Vom 8. März.

Im Uebrigen verwies er den Botschafter an seine Instructionen — und Harcourt, auch ohne das letzte Ziel Ludwigs XIV. zu erfassen, führte sie aus.

Dennoch entsprach die Erwiderung Ludwigs XIV. an Harcourt in so fern der Wahrheit, daß er die Erhaltung des Friedens vorzog. Diese war, wenn er den Rath Harcourts befolgte, jedenfalls nicht möglich. Eine kundbare Absicht Ludwigs XIV. auf das ganze spanische Erbe würde die Gegner wach rufen, sie zusammen binden zu einer Allianz, den Krieg unabwendbar machen. Indem Ludwig XIV. dagegen, wenn irgend möglich, den Krieg vermeiden wollte, suchte er diejenigen Mächte, die er als die natürlichen Widersacher seines Planes auf das ganze spanische Erbe anzusehen hatte, durch seine Betheuerungen, durch seine Angebote der Theilung einzulullen, und, während dieses Einlullens, sie unter einander unheilbar zu entzweien, damit im gegebenen Falle es ihnen unmöglich würde sich wieder zusammen zu finden. Dann war er der Herr der Situation.

Das Mittel war die Verhandlung eines neuen Theilungsvertrages.

Was also der Botschafter Harcourt in Spanien auf positivem Wege zu erreichen vorschlug, das wollte Ludwig XIV. auf einem, wenn der Ausdruck gestattet ist, negativen, nämlich vermittelt des Theilungsvertrages. Die Basis des Planes war abermals das nationale Vorurtheil der Spanier, daß die Monarchie ein untheilbares Ganzes darstelle. Die Bürgschaft dafür konnte nur die Macht des Königs von Frankreich gewähren. Darum ward das Schreckbild des Theilungsvertrages errichtet, damit es die Spanier von diesem ihrem nationalen Vorurtheile aus zu Frankreich hinscheuche. Allerdings hatte der erste Theilungsvertrag diesen Zweck nicht erfüllt, aber nur dadurch, weil ein von Ludwig XIV. nicht zur Genüge mitberechneter Factor, der Kurfürst von Bayern, sich störend eingemischt und dadurch den Plan durchkreuzt hatte. Dieser Factor hatte nun, nach dem Tode des Kurprinzen, keine Geltung mehr. Es konnte den französischen Ansprüchen gegenüber nur noch der Erzherzog in Frage kommen. Dieser also mußte fern gehalten werden. Für den Erzherzog sprach in erster Linie die fortan nicht mehr zwischen ihm und dem Kurprinzen getheilte Neigung Carls II. Gegen diese Neigung also richtete Ludwig XIV. seine Waffen. Ein jedenfalls stärkeres Gefühl in Carl II.

als die Neigung war die Furcht. Diese also suchte Ludwig XIV. rege zu erhalten und zu stärken.

Wir erinnern uns, daß die drohende Rede des Botschafters Harcourt über das Testament Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen in Madrid dennoch nicht den erwarteten Eindruck machte, daß die Antwort völlig ablehnend lautete. Einige Tage später gab sich die Abneigung Carls II. gegen seinen Schwager von Frankreich bei einer anderen Sache kund. Ludwig XIV. stand in Friedenshandlung mit dem Maurenkönige von Miquanez in Afrika. Der Cardinal Cordova reichte darüber dem Botschafter Harcourt eine Denkschrift ein, die mit den Worten begann: „Der König von Spanien kann nicht für wahr halten, daß der Allerchristlichste König ein so geringes religiöses Gefühl besitze, daß er sich einlassen sollte auf die Vorschläge des schärfsten Feindes des christlichen Namens und der Krone Spanien“. In diesem Sinne fährt die Denkschrift fort¹⁾. Sie erscheint wie eine Leistung des Schwächeren, der den willkommenen Anlaß benutzt, um dem hochfahrenden Tone des Stärkeren endlich einmal in ähnlicher Weise zu begegnen.

Es war am 8. Februar. Man wußte damals in Madrid noch nichts von dem Tode des Kurprinzen. Man gab sich noch der Hoffnung hin, durch die Berufung dieses Prinzen nach Madrid für die Zukunft eine Stütze zu haben an den Seemächten.

Am selben Tage schon zeichnete Ludwig XIV. seine erste Instruction für Harcourt in Bezug auf diesen Tod, und kündigte darin an, daß sein nächstes Ziel sei eine abermalige Verhandlung mit Wilhelm III. In dem Maße wie die Aussicht auf das Gelingen derselben sich kräftigte, prägte sich auch nach Spanien hin seine Haltung entschiedener aus.

Nach einigen Worten über die Wahrheit im Munde der Könige, an sich sehr richtig, wenn nur nicht Ludwig XIV. sie spräche, ertheilte er dem Botschafter den Befehl, die durch seine letzte Denkschrift bereits erregte Furcht zu steigern. Er soll zu diesem Zwecke eine Audienz verlangen und zu dem Könige von Spanien reden in einer von Ludwig XIV. ihm bestimmt vorgezeichneten Weise²⁾.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 19. Vom 8. Februar.

²⁾ Hippeau t. II, p. 35. Vom 22. Februar.

Als Harcourt diese Weisung erhielt, hatte er sichere Kunde, unter deren Ueberbringern er auch den Portier des Staatsrathes benennt, daß in einer sehr lebhaften Sitzung desselben die Angelegenheit der Succession verhandelt worden, daß Mansera und Dropeja für das Kaiserhaus eingetreten, Portocarrero und der Admiral von Castilien wider den Vorschlag ¹⁾. Er begab sich zu dem Secretär Ubilla. Er hob in starken Ausdrücken hervor, wie sehr die Antwort auf seine Denkschrift vom 19. Januar dem Könige von Frankreich mißfallen, und daß, wenn nicht inzwischen der Tod des Kurprinzen eingetreten wäre, er, der Botschafter, nicht einen Tag mehr in Madrid habe verweilen dürfen. Der Tod des Kurprinzen habe wie ein Wunder Spanien aus der Verlegenheit gerettet. Und dennoch gehe man nun damit um, sich in eine andere zu stürzen, noch schlimmer als die erste. Er verlange eine Audienz.

Es scheint, daß Ubilla die hochfahrende Rede doch nicht mit aller Geduld hingenommen. Er erwiderte, daß auch der Staatsrath seinerseits Kenntniß habe von Verhandlungen zwischen den Königen von Frankreich und England über Spanien. Dennoch frage man darüber bei Harcourt nicht an, wolle auch der Sache keinen Glauben beimessen. Harcourt erwiderte: diese Dinge seien verschieden: für die Thatfache des Testamentes habe er sichere Beweise. Auf Fragen wisse sein König zu antworten.

Ubilla überbrachte sofort die Unterredung an Carl II. Dieser ließ den Staatsrath noch am selben Abende zusammen treten. Der Beschluß fiel dahin aus: es sei keine Neuerung vorzunehmen ²⁾.

Nachdem dieser Beschluß schon gefaßt war, hatte Harcourt am anderen Tage die verlangte Audienz.

„Sire, sagte er, der König mein Herr hat die Antwort erhalten, mit welcher Ew. Majestät mich beehrt haben. Es würde zur Zeit überflüssig sein die Wahrheit einer Thatfache zu prüfen, welche mir gegenüber zu verneinen Ew. Majestät für zweckmäßig befunden haben. Und, da nun der Tod des Kurprinzen von Bayern alle Pläne ändert, von denen damals Europa erfüllt war: so wird der König, mein Herr, sich für befriedigt betrachten, wenn Ew. Majestät den Inhalt

¹⁾ A. a. O. p. 44. Vom 11. März.

²⁾ A. a. O. p. 46. Vom 11. März.

Ihrer Antwort pünktlich beobachten, und der Erhaltung des Friedens alle Sorgfalt widmen, nämlich dadurch daß Sie keinen Entschluß fassen, der geeignet wäre ihn zu stören, und ferner, daß Sie, wo Ihr Lebensalter und die völlige Herstellung Ihrer Gesundheit Ihnen die Sorge um die Wahl eines Nachfolgers fern rückt, beharrlich alle Vorschläge zurückweisen, die man in dieser Beziehung Ihnen vorbringen könnte, auf Kosten der Weisheit und Gewohnheitsrechte Ihrer Königreiche. Widerstehen also Ew. Majestät mit aller Ihnen möglichen Festigkeit, weil ja dies das einzige Mittel ist den Frieden zu erhalten, so wie den König meinen Herrn noch weiter zu Beweisen seiner Freundschaft für Sie zu verpflichten. Diese werden bei allen Gelegenheiten darthun, wie sehr der König wünscht, daß es Gott gefallen möge, durch die Verleihung von Nachkommen die Gebete Ihrer getreuen Unterthanen zu erhören" ¹⁾).

Nach dem Berichte Harcourts erwiederte Carl II., daß er überzeugt sei von den guten Wünschen des Königs von Frankreich für sein Glück und seine Gesundheit, und daß er den Willen habe sein Versprechen zu halten und in guter Freundschaft mit dem Könige von Frankreich zu leben.

Dann begab sich Harcourt wieder zu Uvilla und behauptete, daß alle seine Aussagen vom Tage vorher sich bestätigten. Es seien neue Entwürfe vor sowohl in Betreff der Succession, als der Verleihung der Statthalterschaften in den entfernten Ländern an fremde Prinzen. Er verlangte einen Paß für einen Courier nach Frankreich, damit er dies in Versailles melde. Er bat auch dem Könige von Spanien Kunde zu geben. Er berichtet, daß er alles dies gethan mit einigem Nachdrucke, ohne doch den König von Frankreich in etwas zu engagiren ²⁾).

In demselben Sinne wie zu Carl II. redete Harcourt zu den Mitgliedern des Staatsrathes. Nur die Form war hier eine andere. Ludwig XIV. bezeichnete die von ihm vorgeschriebenen Ausdrücke gegenüber Carl II. als milde, und befahl dann weiter: „Diejenigen den anderen Spaniern gegenüber müssen kräftiger sein, und besser geeignet ihnen für die Zukunft eine gerechte Furcht einzuflößen“. Harcourts Aufgabe war darzulegen, daß, wenn der König Carl II. den Entschluß

¹⁾ Hippeau t. II, p. 41. Vom 8. März.

²⁾ Hippeau t. II, p. 47. Vom 11. März.

fasse abermals über die Succession zu verfügen, also für den Erzherzog daselbe zu thun, was vorher für den Kurprinzen, der Krieg sofort unvermeidlich sein würde.

Wir bemerken also abermals, daß die französischen Historiker jener Zeit mit Recht sagen, daß Harcourt nicht den Auftrag hatte, in Madrid ein Testament zu Gunsten eines französischen Prinzen hervorzulocken. Ludwig XIV. drohete für den Fall der Errichtung eines Testamentes mit dem Einmarsche seiner an der Grenze bereit stehenden Truppen, weil, nach seiner Meinung, ein solches Testament Carl II. zu Gunsten des Erzherzogs sein würde. Der Gedanke, daß Carl II. aus sich jemals ein Testament zu Gunsten eines französischen Prinzen unterzeichnen könne, trat in den Kreis der Erwägungen Ludwigs XIV. selber nicht mit ein. Er hatte den von Harcourt gegebenen Rath die Königin Maria Anna in dieser Richtung zu verwenden, nicht angenommen. Er ging nur in so weit ein, daß er diesen Weg sich nicht versperrte, daß er den Botschafter anwies, sich für alle Fälle mit der Königin auf freundschaftlichem Fuße zu erhalten. Allein auch wenn Ludwig XIV. den Weg des Rathes von Harcourt betreten würde, so sah auch er eben so wie dieser, das Mittel eines Testamentes als unzulänglich an, und setzte als das in diesem Falle zu erstrebende Ziel, daß die Cortes von Spanien den Herzog von Anjou als Prinzen von Asturien anerkannten und darauf hin den Eid leisteten ¹⁾.

Auch von spanischer Seite kam damals der Gedanke eines Testamentes für einen französischen Prinzen nicht auf. Der Cardinal Portocarrero machte bei Harcourt mit Nachdruck geltend, daß er im Staatsrathe den Vorschlag zu Gunsten des Erzherzogs bekämpft. Aber Ludwig XIV. traute ihm damals nicht. Er war der Ansicht, daß Portocarrero das Testament zu Gunsten des Kurprinzen befürwortet hätte. In jedem Falle war Portocarrero nicht für französisches Geld zu kaufen. Ob er aus sich damals schon den Gedanken eines französischen Testamentes gefaßt, muß dahin gestellt bleiben. Denn daß Carl II., so lange eine Kraft des Widerstandes in ihm war, schwer dahin zu bringen sein würde es zu unterzeichnen, mußte auch Portocarrero wissen. Aber eben so wußte auch er und sprach es zu Harcourt

¹⁾ A. a. O. p. 42 et suiv. Vom 8. März.

aus, daß es mit Carl II., ungeachtet der anscheinenden Herstellung, nicht lange mehr dauern könne. Einer der Aerzte des Königs ließ damals an Harcourt die Mittheilung gelangen, daß die Lebenskraft des achtunddreißigjährigen Mannes gleich stehe etwa mit der eines Greises von achtzig Jahren ¹⁾).

In Folge der Audienz des Botschafters Harcourt vom 8. März fand abermals eine Sitzung des Staatsrathes statt. Sie endete mit dem Beschlusse: es sei nicht an der Zeit die Angelegenheit der Succession zu erörtern. Indem Harcourt dies Ergebnis seiner Bemühungen meldete, fügte er hinzu, daß nach der Erfahrung der Vergangenheit dennoch von Carl II. sehr verschiedene Entschlüsse zu besorgen seien.

Dies also war der Stand der Dinge in Spanien bei dem Beginne der Verhandlungen zwischen Ludwig XIV. und Wilhelm III., zum Zwecke eines zweiten Theilungsvertrages über die spanische Monarchie.

Wir kennen bereits die Vorschläge, die Ludwig XIV. durch Tallard an Wilhelm III. gelangen ließ: Spanien und Westindien für den Erzherzog Carl, die Verstärkung des Antheiles für den Dauphin um Mailand.

Der König Wilhelm zog mit lebhaftem Eifer diese Vorschläge in Erwägung. Derjenige von Spanien und Westindien für den Erzherzog Carl gereichte ihm zu großer Verwunderung. „Es überrascht mich nicht wenig, sagt er zu Heinsius, daß Frankreich nun einwilligt, einen Sohn des Kaisers als König von Spanien zu erblicken, wo es doch vorher mit solchem Nachdrucke sich dagegen ausgesprochen“ ²⁾). Er grübelte nach der Ursache dieser Wandlung. „Es scheint, meint er, daß das Verlangen nach dem Erwerbe von Mailand oder Lothringen ohne Krieg diese Umstimmung hervorgerufen.“ Ein anderer Gedanke, nämlich der, daß die Besitznahme von Spanien durch den Erzherzog nur mit der Zustimmung Frankreichs erfolgen konnte; daß diese Zustimmung ein friedliches Verhältniß des Königs Ludwig XIV. zu dem Kaiser voraussetzte, daß dagegen die Forderung von Mailand für Frankreich

¹⁾ Hippeau t. II, p. 50.

²⁾ Grimblot t. II, p. 278. Vom 10./20. Februar.

dies friedliche Verhältniß unmöglich machte, trat, wie es scheint, in den Gedankengang Wilhelms III. nicht mit ein.

Jeder kaiserliche Minister, den der König Wilhelm III. über die Forderung von Mailand für Frankreich befragt hätte, würde ihm dargelegt haben, daß diese Forderung der Fallstrick sei, welchen Ludwig XIV. ihm lege, und daß, wenn Wilhelm III. auf denselben einging, eine Vereinbarung mit dem Kaiser, ein Beitritt desselben zu einem Vertrage, der dies feststelle, niemals zu erreichen sei. Aber Wilhelm III. untersuchte nicht zuerst diese principielle Frage. Er zog nicht einen kaiserlichen Minister zu Rathe. Darum freilich dürfte es nicht richtig sein zu sagen, daß Wilhelm III. sich nicht darum kümmerte den Kaiser zu befragen. Er spricht vielmehr, bei jenen ersten Vorschlägen Ludwigs XIV., zu Heinsius die Ansicht aus: „Es würde von unserer Seite gewagt sein, uns in einen neuen Vertrag einzulassen, ohne die vorläufige Zustimmung oder doch die Kenntniß des Kaisers“ ¹⁾. Aber er bemerkt bei jeder Andeutung die steigende Abneigung Tallards gegen einen solchen Schritt. Er spricht seine Wahrnehmung dem Rathspensionär aus mit den Worten: „Es ist ganz sicher, daß Frankreich uns eine Anregung der Sache in Wien nicht gestatten wird, bis wir mit ihm über die Bedingungen einig sind“ ²⁾. So am 21. Februar/3. März. Er gab darin nach, so jedoch, daß er noch an einen letzten Punct sich klammerte. „Bei dem vorigen Vertrage, sagte Portland zu Tallard, am 7. März, hat der bedrohliche Zustand des Königs von Spanien den König von England bewogen, die Rücksicht auf den Kaiser so weit hintanzusetzen, daß er ohne dessen Vorwissen abschloß. Nun jedoch, da eine unmittelbare Gefahr nicht ersichtlich, liegt darum auch keine Nothwendigkeit vor, ohne eine Mittheilung an den Kaiser über seine Interessen zu entscheiden. Deshalb mag es immerhin geeignet sein, daß die beiden Könige von England und Frankreich die Feststellungen vereinbaren vor einer solchen Mittheilung an den Kaiser. Jedoch ist es die Ansicht des Königs von England, daß die Unterzeichnung nicht erfolgen dürfe, bis der Kaiser sich bewegen läßt zu genehmigen, was durch allseitige Zustimmung ausgemacht ist“ ³⁾.

¹⁾ A. a. O. p. 278.

²⁾ A. a. O. p. 290, 293.

³⁾ Grimblot t. II, p. 305.

Wir sehen demnach, daß Wilhelm III., indem er thatſächlich weicht, dennoch das Princip feſtzuhalten ſucht. Er will eine allgemeine Vereinbarung, um durch dieſelbe den Frieden zu bewahren. Allein er vergißt, daß, eben ſo wie er als Holländer und nur mit holländiſchem Rathe in dieſe Verhandlungen mit Frankreich eingeht, er auch für das Ergebniß derſelben ſich mit Sicherheit ſtützen kann nicht auf England, nicht auf den Kaiſer, ſondern nur auf die Republik, daß darum er als der Schwächere dem übermächtigen Könige von Frankreich in aller Beziehung weichen muß. Denn ſo beweist es der Gang der Dinge. „Ich ſehe keinen Grund ein, ſagt er beim Beginne der neuen Verhandlungen, weshalb für Frankreich aus dem Tode des Kurprinzen von Bayern ein Anſpruch auf mehr erwachſen ſollte“ ¹⁾. Er hält auch ferner an dieſem Gedanken. „Der Kern der Verhandlung, ſchreibt er am 6. März an Heinfius, beſteht für uns darin, den Franzoſen begreiflich zu machen, daß der Tod des Kurprinzen ſie nicht berechtigt ihre Forderung zu ſteigern. Denn dann kommen wir mit der Sache nicht vorwärts. Und dennoch iſt augenſcheinlich alles ihr Trachten dahin gerichtet, auf die eine oder die andere Weiſe Lothringen zu erlangen, und ich fürchte ſehr, daß ſie darin nicht weichen werden“ ²⁾.

In der That wich nicht Ludwig XIV. von ſeiner Forderung, ſondern Wilhelm III. von ſeiner Weigerung.

Einige Tage ſpäter meldet er an Heinfius, daß Tallard jene Forderung wie ein Ultimatum ſtelle, daß man darum, wenn man zu einem Vertrage kommen wolle, nachgeben müſſe. Sobald dies geſchehen, meint er dann, könne man die Unterhandlung darüber in Wien beginnen ³⁾. Freilich, aber doch nur, wenn Ludwig XIV. es geſtattete.

Denn der König Wilhelm III. war nun einmal im vermeintlichen Intereſſe der Republik, welche dadurch den Frieden bewahren zu können hoffte, in dieſe Unterhandlung eingegangen. Der erſte Schritt zog ſeine Conſequenzen nach ſich, und Ludwig XIV., im Vollbewußtſein der Ueberlegenheit ſeiner Poſition, ſäumte nicht dieſelbe auszunutzen.

¹⁾ H. a. D. p. 290.

²⁾ H. a. D. p. 302.

³⁾ Grimblot t. II, p. 309. Vom 14./24. März.

Wir haben vernommen, in welcher Weise der Kaiser, nach dem Tode des Kurprinzen, durch den Grafen Auersperg zu Heinsius reden und die Erwartung aussprechen ließ, daß fortan von Seiten des Königs von England ihm eine größere Offenheit gezeigt werde als bisher. Wir haben dagegen gesehen, wie rasch man von Seiten Hollands wie Frankreichs, zum Zwecke eines neuen Vertrages auf Grund des alten, auf halbem Wege einander entgegen kam. Daher war die Rückwirkung bei den Holländern dem Kaiser gegenüber dieselbe wie früher. Sie schwiegen. Der Graf Auersperg befand sich noch im Haag. Dort suchte er eine Aeußerung des Rathspensionärs zu erlangen. „Aus allen seinen Reden, verspüre ich, meldet Auersperg, daß der König in England erwartet, Ew. K. Majestät werden die Eröffnungen beginnen. Denn die spanische Angelegenheit betreffe ja die Seemächte nur indirect.“ So am 27. Februar/9. März, wo Ludwig XIV. in Versailles mit Lord Jersey, Wilhelm III. oder Portland mit dem Grafen Tallard fast täglich die wichtige Frage beredeten, Heinsius von Haag aus eben so oft seine Ansichten nach London brieflich kund gab. Aehnlich wie Heinsius antworteten dem Grafen Auersperg die Bürgermeister von Amsterdam, namentlich Hudde. Voran trat in diesen Reden immer die Furcht vor einem neuen Kriege. Wenn die Krone Spanien, hieß es, selber nachdrücklich handeln wolle, wenn zugleich der Kaiser sich in Bereitschaft setze, sowohl die eigene Streitmacht als diejenige der Reichsfürsten anbiete, dann werde auch die Republik das ihrige mit Freuden beitragen, im anderen Falle aber die höchste Noth erwarten, bis sie sich einlasse ¹⁾).

Dennoch tauchten Gerüchte auf, daß eine abermalige Unterhandlung zwischen den beiden Königen von England und Frankreich im Gange. Der Kaiser beachtete sie nicht, oder wollte sie augenscheinlich nicht beachten. In seinem Namen traten die Gesandten Auersperg und Goes zu dem Rathspensionär. Sie eröffneten, daß der Kaiser sich in Betreff der spanischen Sache völlig auf England und Holland verlasse, und zu wissen verlange, ob und auf welche Hülfe von Seiten dieser Mächte er bauen dürfe. So am 27. März. Heinsius erwiederte: „Nieher als ein Anderer als König von Spanien ist uns

¹⁾ Auerspergs Berichte vom 3. und vom 6. März.

der Erzherzog. Allein ich frage Sie selbst, ob es rathsam ist, durch unzeitige Allianzen für Frankreich den Vorwand zum Bruche zu geben. Der Kaiser scheint eine Verhandlung über diese Angelegenheit in Wien zu verlangen; aber warum nicht hier im Haag?" ¹⁾ Einige Tage später fügte Heinsius hinzu, daß er seine Antwort dem Könige von England gemeldet, daß dieser ihr völlig zustimme.

In ähnlicher Weise ausweichend redeten andere Holländer. „Wie können wir uns, sagten sie, mit dem Kaiser einlassen und dadurch für Frankreich den Vorwand zum Bruche geben, zumal bei dem übeln Zustande der Dinge in England?" — Und doch vernahmen sie dann gern die Nachricht, daß der Kaiser seine Armee auch nach dem Türkenfrieden im selben Stande erhalte, eher sie noch verstärke ²⁾.

Das Friedensbedürfnis, oder richtiger die Kriegesfurcht in der Republik, war demnach einer derjenigen Factoren, welche die Position Ludwigs XIV. gegenüber Wilhelm III. zur überlegenen machte; ein anderer war, wie aus jenen Reden der Holländer sich ergibt, die Haltung des Parlamentes von England.

Zwar gelang es einmal der königlichen Partei im Unterhause den Sieg davon zu tragen. Es lag eine Bill vor zu Gunsten der alten ostindischen Compagnie gegenüber der neuen, im Jahre zuvor errichteten. Die Bill fiel am 9./19. März. „Es ist das erste und einzige Mal, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, daß im Laufe dieser Session die Hofpartei die Oberhand erlangt hat, wenn es nicht vielleicht mehr durch einen Zufall geschehen ist. Es war nämlich gleichzeitig ein Kampf zwischen einem Tiger und einem starken Hunde angesetzt, und dieses Schauspiel hatte viele Mitglieder vom Unterhause angelockt" ³⁾. Immerhin mochte die Anziehungskraft auch auf andere Mitglieder sich erstreckt haben; allein Tallard hebt im allgemeinen hervor, daß die Anhänger des Königs im Unterhause waren wie eine

¹⁾ Bericht von Auersperg und Goes vom 27. März.

²⁾ Bericht des Grafen Goes, Haag, am 14. April: Worüber man sich hier ungemein erfreut.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 20. März.

regelmäßige Truppe, welche dem Commando folgt, daß die Gegner den Freiwilligen gleichen, welche sich stellen, wann es ihnen beliebt ¹⁾).

Die Haltung der Mehrheit im Unterhause gestaltete sich den Monat März hindurch nicht günstiger für den König Wilhelm III. Das gegenseitige Mißtrauen ist unverkennbar. Von Seiten des Königs liegt es in der Thatfache vor, daß er auch nicht einen einzigen Engländer einweihte in das Geheimniß seiner erneuten Verhandlungen mit dem Könige von Frankreich. Die Engländer wußten nicht darum; aber sie vermutheten. Mit Bestimmtheit ist erst der 4./14. April als derjenige Tag anzugeben, an welchem gegenüber dem Grafen Auersperg in London von Engländern die Meinung ausgesprochen wird: der König habe mit Frankreich ein Einverständniß, nachtheiliger für England als irgend eins zur Zeit der Stuart-Könige, und die Nation sei darüber sehr erregt ²⁾. Allein ein Gerücht solcher Art steht nicht an Einem Tage fertig da: es wächst langsam empor. Und zwar in diesem Falle in dem Boden des Mißtrauens wider Wilhelm III. als den Holländer. Tallard meldet bereits am 20. Februar/2. März: es gehe die Meinung um, das Unterhaus werde nach vollzogener Entlassung der Truppen den König durch eine Adresse ersuchen, die Erbstatthalterschaft von Holland aufzugeben und nicht mehr dahin zu gehen ³⁾.

Und dennoch mochte der König Wilhelm einer besonderen Hoffnung nicht entsagen. Er hatte die Bill der Abdankung der Truppen bis auf 7000 Mann sanctionirt, und demnach war eine Rückkehr zu der Forderung eines höheren Bestandes nicht thunlich. Aber innerhalb des Rahmens dieser Bill war noch eine Concession an seine Wünsche möglich durch die Einschließung der holländischen Gardes in die 7000 Mann, und demnach die Belassung derselben. Der König scheint dies erwartet zu haben. Denn, als vom Unterhause nichts dieser Art erfolgte, entschloß er sich darum zu bitten. Kein Engländer, den er befragte, versprach sich von diesem Schritte einen günstigen Erfolg ⁴⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 292. Vom 2. März.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 14. April.

³⁾ Grimblot t. II, p. 292.

⁴⁾ Vernon an Shrewsbury, 18. März, bei Grimblot t. II, p. 310.

Deshalb nahm der König Wilhelm III. es auf sich allein zu handeln. Er ließ durch den Grafen Ranelagh dem Unterhause ein Schreiben einreichen, völlig von seiner eigenen Hand. Es lautete: Wilhelm R. Sc. Majestät läßt dem Hause kund thun, daß die Vorbereitungen für die Einschiffung der holländischen Gardien, die mit dem Könige herüber gekommen, getroffen sind, und daß er beabsichtigt sie sofort abzusenden, wenn nicht das Haus, aus Rücksicht für den König, geneigt sein sollte ein Mittel ausfindig zu machen sie im Dienste hier zu behalten. Dies würde Er. Majestät sehr angenehm sein¹⁾.

Die Botschaft ward verlesen. Es ward der Antrag gestellt einen Tag für die Erwägung anzusetzen. Der Antrag ward bekämpft, namentlich von Robert Harley. Er behauptete, daß die Einlieferung einer solchen Botschaft ihm sorgenvolle Gedanken erwecke, mehr als er ausdrücken könne. Er bemerkte ironisch, daß er die Minister freispreche von einer Betheiligung an diesem Schritte, wenigstens diejenigen, welche Mitglieder des Hauses seien. Denn, wenn sie das Verbleiben der Holländer in England wünschten, so würden sie es damals vorgeschlagen haben, als sich ihnen so manche Gelegenheit geboten, es in regelrechter Weise zu thun und mit größerer Aussicht auf Erfolg, so lange nämlich noch die Abdankungs-Bill im Hause schwebte²⁾.

Der Antrag einer eingehenden Erwägung fiel. Es ward beschlossen die Botschaft abzulehnen, und zwar durch eine Adresse an den König. Sie lautet wie folgt.

„Allergnädigster König! Wir, Ew. Majestät pflichtschuldigste und getreue Unterthanen, die im gegenwärtigen Parlamente versammelten Gemeinen, erfüllt von ungeheucheltem Eifer für Ew. Majestät Person und Regierung, welche Gott uns lange erhalten wolle, erlauben uns Ew. Majestät unterthänig vorzustellen, daß die Sanction der neu-lichen Parlaments Acte über die Abdankung der Armee, Ihren Unterthanen große Befriedigung gewährt hat. Die Bereitwilligkeit, welche Ew. Majestät durch Ihre Botschaft ausgesprochen, die Acte pünctlich

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 99. Auch für die folgende Adresse und Antwort.

²⁾ Vernon an Shrewsbury, bei Grimblot t. II, p. 310.

auszuführen, wird jeglichen Anlaß zum Mißtrauen zwischen Ew. Majestät und Ihrem Volke im voraus beseitigen.“

„Es ist für das loyale Unterhaus ein unaussprechlicher Kummer, daß man Ew. Majestät eingerathen, in Ihrer Botschaft einen Wunsch anzudeuten, in welchen es nicht willigen kann. Denn dies wäre nicht vereinbar mit der schuldigen Rücksicht auf die Verfassung, für deren Herstellung Ew. Majestät herüber gekommen, für deren Erhaltung Sie so oft Ihre königliche Person eingesetzt und in Ihrer gnädigen Declaration die Rücksendung aller fremden mitgebrachten Truppen verheißen haben.“

Dieser letzte Satz hatte nur eine Mehrheit von sechs Stimmen erhalten, 163 : 157. Die Adresse fährt fort wie folgt.

„Demgemäß, um zugleich unsere Pflicht gegen Ew. Majestät zu erfüllen und das in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, bitten wir aussprechen zu dürfen, daß nichts mehr beiträgt zum Glücke und zur Wohlfahrt dieses Königreiches, als ein völliges Vertrauen zwischen Ew. Majestät und Ihrem Volke. Und dies Vertrauen kann auf keine andere Weise so fest begründet werden, als indem Sie für Ihre geheiligte Person bauen auf Ihre eigenen Unterthanen, die während des letzten langen und kostspieligen Krieges bei allen Anlässen sich so besonders ausgezeichnet haben.“

Der König erwiederte: „Meine Herren, ich bin herüber gekommen, um die alte Verfassung des Königreiches herzustellen. Ich habe seit meinem Kommen für sie alle Rücksicht gehabt, und bin entschlossen, auch für den ferneren Lauf meiner Regierung zu trachten, sie in allen Theilen unverfehrt zu bewahren“.

„Ich habe volles Vertrauen in die Zuneigung meines Volkes, und ich bin sicher, daß Sie ein gleiches setzen in die meinige. Auch werde ich niemals einen gerechten Anlaß geben, diese Ansicht über mich zu ändern.“

„Im Betreff des Verhaltens meiner Unterthanen im Kriegsdienste, bin ich ein Augenzeuge ihrer Tapferkeit gewesen, so wie ihres Eifers für meine Person und meine Regierung, und ich habe nicht ermangelt meinen Gefühlen dafür Ausdruck zu geben, sowohl im Parlamente als bei anderen Gelegenheiten.“

„Jeglichen Grund des Vertrauens auf sein Volk, den ein Fürst haben kann, besitze auch ich, und ich lebe der Zuversicht, daß unter demselben auch nicht ein Einziger fähig wäre den Gedanken zu nähren, daß der Vorschlag in meiner Bottschaft entspränge aus einem Mißtrauen wider mein Volk.“

„Es wird nach Maßgabe meines Vermögens mein äußerstes Bestreben sein, die Aufgabe eines guten und gerechten Königs zu lösen. Und wie ich immer mit strenger Sorgfalt bemüht sein werde, meinen Unterthanen mein Versprechen zu erfüllen: so will ich auch keinen Zweifel hegen an ihrer geneigten Rücksicht für mich.“

Die letzten Worte deuten an, daß der König Wilhelm auch nach der Adresse noch die Hoffnung nicht aufgab: das Unterhaus werde einlenken ¹⁾.

Es geschah nicht. Die Einschiffung der holländischen Garden ging vor sich.

Und damit gelangen wir an das eigentliche Urtheil des Königs Wilhelm III. über die ihm eingereichte Adresse. Er legt es nieder in einige kurze Worte an Heinsius. „Am letzten Samstag, meldet er, gedachte ich im Unterhause noch einen neuen Versuch zu machen, ob es nicht die ausreichende Rücksicht für mich haben würde, meine holländischen Garden noch länger im Solde des Königreiches zu behalten. Aber mein Versuch hatte den entgegengesetzten Erfolg. Das Haus beschloß, mir eine sehr impertinente Adresse einzusenden“ ²⁾.

Obwohl das Unterhaus dem Wunsche des Königs nicht willfahrte: so hinterließ doch sein Verhalten einen allgemein günstigen Eindruck. Seine Antwort auf die Adresse galt für die beste Rede, die er jemals gesprochen. Er habe, hieß es, dadurch die ausreichende Gewähr für die bürgerliche Freiheit gegeben, und auf der anderen Seite habe die Armee Grund zur vollen Zufriedenheit ³⁾.

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 101: This answer, though it could not but please, yet it would not move the Commons from their resolution. — Man vergleiche den Bericht in den Mémoires du comte de Dohna p. 238.

²⁾ Grimblot t. II, p. 310. Vom 21./31. März.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 7. April. — Ähnlich Dohna a. a. O.

Eine andere Frage dürfte sein, ob viele der Engländer, die für ihre bürgerliche Freiheit Sorge trugen dadurch, daß sie dem Worte ihres Königs in den Angelegenheiten Europas einen großen Theil des Gewichtes benahmen, wußten oder auch nur ahnten, welche Gedanken und Entschlüsse in den letzten Monaten in der Seele Wilhelms III. mit einander gekämpft. Es ist aus den Kundgebungen seinerseits nicht ersichtlich, daß er auf den Entschluß, den er im Beginne des Januar ausgesprochen, nämlich England sich selber zu überlassen, noch wieder zurückgekommen sei. Er konnte es um so weniger, da der inzwischen erfolgte Tod des Kurprinzen von Bayern die europäische Angelegenheit, die er damals für geordnet halten mochte, völlig wieder in Frage gestellt hatte. Dagegen ward der Entschluß, auch noch die Adresse hinzunehmen, die er selber als impertinent bezeichnet, und in solcher Weise darauf zu antworten wie er gethan, gekräftigt durch eine Mahnung, die er in denselben Tagen ergehen ließ an seinen Freund, den Rathspensionär Heinsius. Das Amt desselben, an sich unscheinbar — denn Heinsius stand im Range jedem Mitgliede der Stände von Holland nach — war in seinen Händen, wie in denen seiner Vorgänger de Witt und Fagel, das wichtigste in der Republik geworden, nicht bloß für die Provinz Holland, welcher Heinsius direct angehörte, sondern für die Gesammtheit. Die Gesandten der fremden Mächte bedienten sich über ihn in ihren Berichten derselben Ausdrücke wie über einen Souverän, z. B.: „Der Rathspensionär setzte mir die und die Stunde an zur Audienz“. Das Amt des Rathspensionärs war nicht gesetzlich lebenslänglich, aber thatsächlich. In jedem fünften Jahre mußte, formell, die Neuwahl erfolgen. Eben so aber stand nach dem Ablaufe der fünf Jahre der Rücktritt frei. Heinsius scheint damals denselben erwogen zu haben. Deshalb schrieb ihm der König: „Ich hege das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie nicht denken an das Aufgeben Ihrer Stellung als Rathspensionär von Holland. Sie haben diesen wichtigen und schwierigen Posten ausgefüllt zur höchsten Ehre und Wohlfahrt der Republik. Ganz besonders würde es mir unmöglich sein, Ihnen ein zu hohes Lob darzubringen für die Art und Weise, in welcher Sie meine Sorge um das Wohl der Republik unterstützt haben. Ich werde Ihnen dafür ewig dankbar sein, und Sie werden mir noch eine besondere

Verpflichtung auferlegen, wenn Sie beharren in diesem wichtigen Amte“ ¹⁾).

Wir bemerken, daß der König von England, welcher auch für dieses Königreich in Betreff der europäischen Angelegenheiten sich des Rathspensionärs bedient als seines ersten, oder, man dürfte sagen, einzigen Ministers, in seiner Mahnung des Königreiches England nicht gedenkt, sondern nur der Republik. Indem er aber den Rathspensionär auffordert, um des Wohles von Holland willen zu beharren, übten diese Worte eine um so stärkere Rückwirkung auf ihn selbst. Was er von Heinsius verlangte, mußte auch er selber leisten: er mußte ausharren als König von England, wenn auch in seinem Sinne nicht zunächst um Englands, sondern um Hollands willen. Und diese Fürsorge für die Heimat, dieser holländische Patriotismus, ist wie überhaupt der Schlüssel für alle wichtigen Handlungen des Oraniers, so auch zu jener Antwort auf die, wie er sagt, impertinente Adresse des Unterhauses von England. Der König Wilhelm III. bedurfte Englands, des inneren Friedens von England, für die Sicherheit der Republik, und hauptsächlich darum gewann er es über sich, die Kränkung hinzunehmen und auf sie zu antworten in einer nachgiebigen, freilich aber auch in dem Nachgeben dennoch königlichen Weise.

Allein es ist andererseits unverkennbar, daß der König, auch außer der Geheimhaltung aller auswärtigen Angelegenheiten vor seinen englischen Räten, nicht mit Sorgfalt jeden Anlaß vermied, welcher die nationale Eifersucht gegen die Holländer wach rufen konnte. Ein besonderer Verdruß dieser Art entsprang aus seiner Gunst für seinen Liebling Joost Arnold van Keppel, den er zum Grafen Albemarle ernannt hatte. Der König verlieh ihm das Commando der ersten Compagnie der Leibwache. Dasjenige der zweiten hatte der Herzog von Ormond, dasjenige der dritten der Graf Rivers. Diese beiden waren dem Range nach General-Vicutenants, Albemarle erst General-Major. Dennoch rückte ihn diese Ernennung über jene beiden hinaus. Ormond gab daher seine Bitte um Entlassung ein. Die Engländer wurden heftig erregt: sie betrachteten die Sache wie eine nationale

¹⁾ Grimblot t. II, p. 306. Vom 28. Februar/10. März.

Angelegenheit. Fünfzig Mitglieder des Parlamentes zugleich begaben sich zu Ormond, um ihr Beileid auszusprechen. „Selbst die gemäßigten Mitglieder des Parlamentes, meldet Hoffmann, stellen für die nächste Session eine Bill in Aussicht, welche die Verleihung irgend eines Amtes an jeden nicht als Engländer geborenen Unterthan des Königreiches untersagt“ ¹⁾. Aber die Mehrheit im Unterhause mußte auch sofort den König dafür zu treffen. Sie setzte eine Commission nieder zur Untersuchung über die Verwendung der verwirkten Rebhengüter in Irland. Der König schrieb über die Absicht derselben sein Urtheil an Lord Galway in Dublin: „Man will meine Geduld nach allen Seiten auf die Probe setzen“ ²⁾.

Zunächst sah er sich durch die allgemeine Stimmung genöthigt, in Betreff der Leibwache einzulassen. Es ward das Compromis getroffen, daß die drei Capitäne nach ihrer Anciennetät commandiren sollten. Darauf hin nahm Ormond sein Entlassungs-Gesuch zurück.

Bei dieser Sachlage war die Autorität des Parlamentes, oder richtiger des Unterhauses, im raschen Wachsen, diejenige des Königs eben so sehr im Sinken. Dies war besonders hervorgetreten bei der Abdankung des Heeres. Nicht die von dem Kriegs-Secretär Blathwayt auf Befehl des Königs ausgegangenen Verordnungen waren maßgebend gewesen für die Landesbehörden, sondern diese hatten sich gerichtet nach den Beschlüssen des Unterhauses, noch bevor das Oberhaus denselben zugestimmt oder der König sie sanctionirt hatte ³⁾. Es kann kaum einen stärkeren Beweis geben, wie sehr die betreffenden Beschlüsse des Unterhauses, und demnach die Abneigung wider ein stehendes Heer, dem Gemeingefühle der englischen Nation entsprachen. Allein es blieb dann nicht bei der einen Angelegenheit. Auf den Franzosen Tallard machte der Gang der Dinge vor seinen Augen den Eindruck, daß in England nichts entschieden werde anders als durch Parlaments-Acte.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 21. April. — Tallards Bericht vom 2. Mai bei Grimblot t. II, p. 315.

²⁾ A. a. O. p. 334.

³⁾ Tallard zeigt dies im Einzelnen a. a. O. p. 316.

Das alles machte den König sehr mißgestimmt. Er schüttete seinen Verdruß aus vor Heinsius. „In der Mitte der nächsten Woche, schreibt er am 28. April/7. Mai, wird diese jämmerliche Parlaments-Session ein Ende nehmen. Ich will nicht davon reden, daß man auf mich eine Menge Impertinenzen gehäuft und, ich möchte sagen, dem Königreiche seine ganze Wehrkraft genommen hat. Sie haben nicht einmal irgend etwas votirt, um die bewilligten Taxen zu ergänzen, noch einen Pfennig zur Abtragung der Schulden. Demnach ist der Credit hin. Daraus mögen Sie sich vorstellen, welcher Wirrwarr in allen diesen Dingen herrscht, und wie schwer es ist, dawider ein Heilmittel zu finden“ ¹⁾. Er sehte sich aufzuathmen in holländischer Luft; jedoch verhehlte er sorgfältig diesen Entschluß, und zwar, der ganzen Sachlage nach, um nicht dem übermächtigen Unterhause den Anlaß zu geben zu einer Adresse wider diese Reise. Daß der Gedanke einer solchen Adresse nicht fern lag, haben wir bereits früher vernommen.

Hatte die Gunst des Königs für Albemarle ihm von Seiten der Engländer einen unangenehmen Rückschlag zugezogen, so griff sie noch herber ein in sein Privatleben. Portland, der Freund seiner Jugend, fühlte schon seit langer Zeit sich zurückgesetzt und gekränkt. Er kündigte dem Könige seinen Dienst als Oberst-Kämmerer. Es ist schwer, über persönliche Angelegenheiten dieser Art ein Urtheil zu fällen. Die gewichtigsten Worte darüber jedoch sind diejenigen, mit welchen der König die Sache seinem anderen Freunde Heinsius mittheilt. „Es thut mir leid, schreibt er, Ihnen melden zu müssen, daß endlich der Graf Portland mich doch verlassen will, und daß nichts ihn davon zurückzuhalten vermocht hat. Mit vieler Mühe ist es mir nur gelungen ihn zu bewegen, die Unterhandlung mit Tallard noch weiter fortzuführen. — Ich kann Ihnen nicht sagen, wie tief mich diese Sache kränkt, namentlich nachdem ich meinerseits alles aufgeboten, was vernünftiger Weise den Grafen Portland hätte zufrieden stellen sollen. Aber er war nun einmal entschlossen, daß blinde Eifersucht bei ihm alles überwiegen sollte, was ihm hätte theuer sein müssen“ ²⁾.

Die Berichte Anderer, die in das Verhältniß tiefer einblickten, wie z. B. der Gesandten Auersperg und Tallard, lassen ersehen, daß

¹⁾ Grimblot t. II, p. 324.

²⁾ A. a. O. p. 322. Vom 25. April/4. Mai.

die Ausführung des Entschlusses, welchen, nach jenen Worten des Königs, Portland in der Leidenschaft gefaßt, ihm dennoch schwer fiel. Auersperg stellte ihm die Frage, wie er, der seit dreißig Jahren an allen Geschäften Theil genommen, nun in der vollen Kraft seiner Jahre als Vandedelmann leben wolle. Portland erwiederte: er vermöge es; denn er sei so erzogen. „Allein während seines Redens und Philosophirens, fügt Auersperg hinzu, seufzte er mehrmals tief auf, unwillkürlich“ ¹⁾).

Die Unterhandlung dagegen mit Tallard über das spanische Erbe führte Portland fort, gemäß dem Wunsche des Königs Wilhelm III. Wir kennen das Verhalten von seiner Seite gegenüber Frankreich. Wilhelm III. wollte einen Vertrag, und darum wich er als der Schwächere. Aber es ist von besonderer Wichtigkeit zu beobachten, von welchen Positionen er wich. Er wollte einen Vertrag schließen, den auch der Kaiser annehmbar finden könne. Insofern mußte er selber sich ansehen als den Vertreter der Sache des Kaisers. Was er aufgab, das gab er auf zum Nachtheile des Kaisers. Er hatte zuerst sich gesträubt und dann gewilligt in die Forderung von Mailand für den Dauphin, zum Zwecke des Austausches gegen Lothringen für Frankreich. Er weigerte sich dann, den Hafen von Finale für Frankreich zu gewähren. Aber Tallard nahm die Miene an, als könne daran der Vertrag scheitern. Wilhelm III. ging ein auf die Forderung von Finale für den Dauphin ²⁾).

Ganz besonders aber trat dies Uebergewicht Ludwigs XIV. hervor bei der Frage, was zu geschehen habe für den Fall, daß Carl II. den Erzherzog zum Nachfolger in Spanien ernenne.

Das Testament zu Gunsten des Kurprinzen im November des Jahres 1698 hatte den König von Frankreich überrascht. Wir haben wahrgenommen, wie er im Februar und März durch seine Drohungen in Madrid Sorge trug, daß sich die Sache nicht zu Gunsten des Erzherzogs wiederhole. Aber er blickte weiter hinaus. Wenn der Kaiser, wie Ludwig XIV. klar voraussah, auf den zweiten Theilungs-

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 7. Juli.

²⁾ Grimblot t. II, p. 325, 327.

vertrag nicht eingehen würde: so war mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er in Madrid diesen Vertrag in ähnlicher Weise zu Gunsten des Erzherzogs geltend machen würde, wie früher der Kurfürst Max Emanuel den ersten für den Kurprinzen. Die Furcht Karls II. vor Frankreich war dann zwar ein wichtiger Factor, jedoch nicht ein völlig zuverlässiger. Ludwig XIV. suchte daher durch den Theilungsvertrag selbst der Möglichkeit einer solchen Wendung entgegen zu arbeiten. Wilhelm III. gab dazu den Anlaß. Er stellte im Laufe der Verhandlung die Forderung, daß es dem Erzherzoge frei stehen solle, im Falle der Berufung sich nach Spanien zu begeben. Die Forderung entsprach dem Theilungsvertrage, welcher dem Erzherzoge das Königreich Spanien zuwies. Aber sie durchkreuzte den eigentlichen Plan Ludwigs XIV. Er stellte die Gegenforderung, daß, bevor dem Erzherzoge die Uebersiedelung nach Madrid oder auch nur nach Mailand gestattet würde, alle Maßregeln zur Ausführung des Vertrages getroffen werden müßten. Wilhelm III. gab nach. Aber diese Maßregeln waren sehr weit aussehend. Sie setzten voraus nicht bloß den Beitritt des Kaisers, sondern auch denjenigen Karls II., so daß er ein Testament abfassen würde entsprechend dem Theilungsvertrage, und dieses Testament bestätigen ließe durch die Cortes. So besagte es ausdrücklich eine Clausel im Entwurfe des Vertrages ¹⁾. Ludwig XIV. selber charakterisirt seinem Botschafter Harcourt gegenüber die Clausel mit den Worten: „Ich betrachte die Durchführung als sehr schwierig, ja fast unmöglich“. Das Urtheil dürfte unbestreitbar sein. Eben darum aber auch konnte derjenige, der dies Urtheil fällte, indem er die Unmöglichkeit anerkannte diese Clausel durchzuführen und dennoch zugleich die Aufnahme derselben in den Vertrag forderte, dabei keine andere Absicht haben, als diesen Vertrag im voraus zu durchlöchern.

Der König Wilhelm III. dagegen, um den Vertrag zu erlangen, der ihm erschien als das alleinige Mittel, den von Holland gefürchteten Krieg zu vermeiden, ging auf alles ein. Er erkaufte ja freilich für alle diese Concessionen das Wort des Königs von Frankreich.

¹⁾ So Ludwig XIV. an Harcourt, am 20. Juli, bei Hippeau t. II, p. 108. Die Clausel in dieser Fassung ist in den officiellen Vertrag nicht aufgenommen, nur dem Geiste nach.

Es scheint, daß von französischer Seite zur Einwirkung auf Wilhelm III. wieder ein Druckmittel angewendet sei, welches seit jener Beredung zu Steckborn im Jahre 1694 mehr als einmal bei ihm Erfolg gehabt hatte, nämlich das Gerücht einer Verhandlung von Frankreich mit dem Kaiser. Der Staats-Secretär Vernon trat zu Auersperg mit der Frage: ob es wahr sei, was verlautete, daß der Kaiser durch den Cardinal Grimani und einen Jesuiten, dessen Namen er nicht wisse, mit Frankreich über Spanien unterhandeln lasse. Man sei nicht abgeneigt dies zu glauben, meinte Vernon, weil ja doch Frankreich in der Sache des Villars minder scharf auftrete ¹⁾).

Diese letzten Worte geben den Fingerzeig des französischen Ursprunges dieses Gerüchtes. Die eigenen Aeußerungen Ludwigs XIV. haben dargethan, daß er die Unhöflichkeit, welche Villars von dem Fürsten Liechtenstein her erfahren, benutzte, um dem Erbieten des Kaisers zu einer directen Verständigung auszuweichen. Seine Befehle an Villars und die Berichte des letzteren legen nicht Zeugnis ab für ein minder scharfes Auftreten, sondern beweisen die absichtlich sehr schroffe Haltung von Anfang bis zu Ende, nämlich bis zur Erzwingung der geforderten Genugthuung in ihrem vollen Umfange ²⁾).

Wir sehen also, daß die französische Politik eine Unterhandlung mit dem Kaiser, welcher sie als ihrem Interesse nicht entsprechend ausgewichen war, dennoch dann wieder fingirte, um durch dies Gerücht auf den König von England zu drücken. Obwohl Auersperg dem Staats-Secretär Vernon gegenüber dasselbe verneinte, so erstarb es doch nicht. Einige Tage später brachte Blathwayt es abermals vor. Er könne sich nicht denken, sagte er, daß der Kaiser sich von England losjagen wolle, da ja doch es im Interesse von England liege, daß das Kaiserhaus das spanische Erbe erlange ³⁾).

Die Worte dieses Kriegs-Secretärs Blathwayt deuten zur Genüge an, daß er seine persönliche Ansicht aussprach, daß der König

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 14. April.

²⁾ Hippeau t. II, p. 51. Befehl Ludwigs XIV. zu Ende März, und der Bericht des Marquis Villars vom 1. Mai, eben dort p. 68 et suiv.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 21. April.

Wilhelm III. ihm eben so wenig wie einem anderen Engländer eine Kunde der Verhandlungen zwischen Portland und Tallard anvertraute. Aber die Thatsache, daß neue Verhandlungen dieser Art statt fänden, blieb im April und im Mai auch weiteren Kreisen in England nicht mehr unbekannt. Mehrere Parlaments-Glieder traten zu Auersperg. Sie sagten, daß der Gedanke eines Krieges sie weniger erschrecke als die Besorgnis vor einem neuen Abkommen mit Frankreich, welches gefährlicher für England sein werde als irgend eines der früheren von Carl II. und Jacob II.

Wir sehen demnach, daß die Neigung der Engländer in Betreff der spanischen Angelegenheit rege war zu Gunsten des Kaisers. Allein sie gelangte, bei dem Verhalten des Königs Wilhelm III., nicht zu einem formellen Ausdrücke. Es ist von besonderer Wichtigkeit, klar zu stellen, wie der König, mit der Beihülfe von Portland, sich über dieses sein Verhalten nach beiden Seiten hin, gegenüber dem Kaiser und den Engländern, zu rechtfertigen suchte.

Wir erinnern uns, daß es ihm zu Anfange widerstrebt hatte, abermals mit Frankreich, ohne Vorwissen des Kaisers, über dessen Rechte und Interessen zu verhandeln, daß er dann jedoch dem Drängen Tallards nachgegeben, nur mit der Bedingung, nicht abschließen zu wollen ohne Vorwissen des Kaisers. Er durfte also, bevor er mit Frankreich zu einer vorläufigen Vereinbarung gekommen, über die Sache selbst nach Wien hin sich nicht eröffnen. Dessen ungeachtet stellte Portland sich dem Grafen Auersperg gegenüber, als stocke alles daran, daß nicht der Kaiser, als der an der spanischen Angelegenheit direct Betheiligte, in London und im Haag Vorschläge mache, sondern solche erwarte von den nur indirect betheiligten Mächten. Auf einen Vorhalt solcher Art erwiederte der Graf Auersperg: „So lange der Theilungsvertrag bestand und der Kurprinz lebte, mußten wir der Ansicht sein, daß die Seemächte von einem geschlossenen Vertrage nicht abgehen würden, und mußten darum uns der Vorschläge enthalten. Allein die kaiserlichen Intentionen bedürfen doch nicht eines Aussprechens. Sie sind gerichtet auf die Erneuerung der Allianz von 1689 mit dem geheimen Artikel“ ¹⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 19. Mai.

Die Position des Kaisers war demnach klar und bestimmt. Auch war ja alles Trachten von Ludwig XIV. nur darauf gerichtet zu hindern, daß auch Wilhelm III. zu dieser klaren, bestimmten Position zurückkehre.

Um so mehr muß anerkannt werden, daß in der kaiserlichen Politik niemals der Gedanke auftaucht, den Vertrag der Allianz von 1689 ohne die Zustimmung des Königs Wilhelm an die Mitglieder des Parlamentes zu bringen.

Nicht zu einem Schritte solcher Art benutzte der Graf Auerberg jene Reden von Mitgliedern des Parlamentes, sondern er nahm von daher den Anlaß, den Grafen Portland zu warnen. Dieser bestritt die Aufrichtigkeit jener Aeußerungen. „Warum, fragte er, haben denn diese Herren das Königreich entwaffnet?“ — Auerberg erwiderte: „Es scheint mir doch, daß nicht in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten das Unterhaus die Reduction der Armee verlangt, sondern auf die inneren. Es hat das vermeintliche heimische Interesse über das europäische gesetzt, um seine Macht darzuthun für den Fall, daß der König die Grundgesetze des Reiches nicht beachten würde. Und dabei muß auch immer die Meinung des Unterhauses in Anschlag gebracht werden — ob richtig, ob nicht — daß, im Falle des Bedürfnisses, die Armee in geringer Zeit wieder errichtet werden könne“ ¹⁾.

Wir blicken demnach ein in ein sehr eigenthümliches und merkwürdiges Verhältniß. Wilhelm III. zürnt dem Unterhause, weil es ihm die Mittel versagt, die Stimme von England mit Nachdruck in Europa geltend zu machen. Viele Engländer dagegen sind unzufrieden mit ihm, daß er verhandelt über das englische Interesse bei der wichtigsten Angelegenheit Europas, ohne einen Engländer zu Rathe zu ziehen. Immerhin mochten Portland und der König sich selber einreden und glauben, daß dies geschehe erst in Folge der Beschlüsse für die Abdankung der Armee. Die Thatfachen haben uns gezeigt, daß dies nicht der Ausgangspunct war. Dieser Punct war vielmehr der Wunsch des Königs den Frieden Europas zu sichern, vor allen Dingen aber dabei das Interesse der Republik Holland zu wahren, nämlich durch die Ueberweisung des spanischen Erbes an den Kurprinzen oder den Kurfürsten von Bayern.

¹⁾ Auerbergs Bericht vom 19. Mai.

Dieser Wunsch hatte ihn in den ersten Theilungsvertrag geführt. Von demselben Wunsche aus gelangte er in die Unterhandlung des zweiten.

Das eine der Motive des Königs Wilhelm III. für seine Haltung ist unzweifelhaft seine Vorliebe für das Land seiner Geburt und seiner Jugend. Aber es gab auch negative Beweggründe wider das Heranziehen von Engländern zu politischen Geschäften in Bezug auf das Ausland. Mehr als einmal haben uns die Thatfachen eine geringe Kunde der Engländer über nicht englische, europäische Angelegenheiten dargelegt. Dazu kam noch ein anderes Motiv, nämlich ein Mißtrauen in die Discretion. Es ist von jeher ein besonderer Charakterzug der Engländer, daß sie politische Angelegenheiten, welche zunächst das Ausland betreffen, vor einander nicht geheim zu halten pflegen.

Formell konnte Wilhelm III. für das Nicht-Herbeiziehen von Engländern zu seinen Verhandlungen mit fremden Mächten sich stützen auf die Prärogative der Krone, welcher das Recht der Verträge nach außen zustand. In Wahrheit hatte er immer so gehandelt. Wie er der großen Allianz vom 12. Mai 1689 beigetreten war ohne das Parlament: so hatte er auch nachher demselben niemals eine Kunde dieses Vertrages gegeben. Allein es war doch bei jener Allianz und dem beabsichtigten Vertrage über eine Theilung des spanischen Erbes ein großer Unterschied. Denn, da damals der Krieg für den Kaiser wie für England dieselbe Richtung anwies, nämlich wider Frankreich, da andererseits der Vertrag der Allianz von 1689 dem Königreiche England keine besondere Leistung für den Kaiser auferlegte: so war auch eine formelle Zustimmung des Parlamentes nicht erforderlich. Wir erinnern uns, daß der Kaiser sie gewünscht hätte. Allerdings würde dann das Abspringen Wilhelms III. von dem geheimen Artikel der Allianz, die ganze holländische Politik, welche begann mit der Sendung des Botschafters Portland nach Versailles, im Anfange des Jahres 1698 — dem Könige Wilhelm III. ungleich schwerer geworden sein. Allein das englische Parlament hatte nun einmal von jenem Vertrage keine Kunde.

Das Verhalten Wilhelms III. bei der Verhandlung des Theilungsvertrages war demnach dem früheren in Betreff der großen Allianz wesentlich gleich. Allein dies Mal waren die Verhältnisse

erheblich andere. Wie immer der Theilungsvertrag ausfallen mochte: er legte voraussichtlich wie dem Könige, so auch dem Königreiche England Verpflichtungen auf, konnte also perfect werden nur durch die ausdrückliche Zustimmung des englischen Parlamentes. Und an diesem Umstande sehen wir im voraus die Krisis herannahen, die Entscheidung über die Frage, ob jene Prärogative der Krone bei der Entwicklung, welche namentlich seit dem Jahre 1689 die Verfassung von England gewonnen, noch unverletzt zu erhalten war. In jedem Falle trug Wilhelm III. sehr viel bei, diese früher oder später unvermeidliche Krisis damals zu schärfen. Er suchte die Verhandlungen des Theilungsvertrages in ein undurchdringliches Dunkel zu hüllen. Aber die Sache selbst, die Umstände, die Personen, ob absichtlich, ob nicht, ließen ein völliges Geheimniß nicht zu, und das Odium des Geheimnisses wandte sich von Seiten der Engländer naturgemäß hauptsächlich wider diejenigen, denen nach der Absicht des Königs der Vortheil zu Gute kommen sollte, wider die Holländer.

Wie Portland nicht das Recht hatte, dem Unterhause zuerst, und dessen geringer Willkfähigkeit für den König den Vorwurf zu machen, daß Wilhelm III. sich auf die Unterhandlung mit Frankreich eingelassen: so hatte das Unterhaus durch die Abdankung des Heeres ihm ein Mißtrauen ausgesprochen, welches in den Thatfachen seiner Regierung keine Rechtfertigung findet. Die Kluft war eine andere, nicht zu überbrückende: er war der Holländer, sie Engländer. Es dürfte weder für den einen Theil, noch den anderen ungerecht sein anzunehmen, daß seit dem Tode der Königin diese Kluft sich erweitert hatte. Jedenfalls herrschten damals, im Jahre 1699, die Richtungen der Divergenz vor. Die Engländer wünschten und verlangten, daß ihr König sich an England binde, und dabei ward die Haltung des Unterhauses ihm gegenüber so schroff, daß seine Neigung nach Holland wie zum Heimweh aufschwoll.

Am 4./14. Mai erschien der König im Oberhause und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Er sanctionirte eine lange Reihe Bills. Dann sprach er: „Mylords und Herren. Beim Beginne dieses Parlamentes habe ich Euch meine Ansicht kund gegeben, daß Ihr zusammen getreten waret, vollaus bejeelt von der Gesinnung dasjenige zu thun, was die Sicherheit, die Ehre, die Wohlfahrt des

Königreichs erfordere. Ich hatte Euch nicht Anderes zu empfehlen, und hatte darum Grund zu hoffen auf Einigkeit und Beschleunigung."

„Ihr habt nun so viele Monate hier zugebracht, daß sowohl die Jahreszeit wie Euerer Privatangelegenheiten eine Ausspannung für Euch als vernünftig erscheinen lassen. Als zweifellos nehme ich an, daß Ihr alle diejenigen Bills erledigt habt, die Ihr zur Zeit für die Bestätigung als Gesetze geeignet erachtet. Und ich habe allen mir vorgelegten meine Zustimmung gegeben."

„Wenn etwas mangelt zum Zwecke unserer Sicherheit, der Erhaltung des öffentlichen Crediten, dadurch daß das Königreich einsteht für alle Bürgschaften des Parlamentes und für die Abtragung der Schuldenlast in Folge des Krieges, oder zum Zwecke der Beförderung des Handels, der Unterdrückung des Vasters, oder der Beschäftigung für die Armen — welche Angelegenheiten sämmtlich ich bei unserer ersten Begegnung Euerer Erwägung anheim gestellt — so zweifle ich nicht, daß Ihr im nächsten Winter eine wirksame Fürsorge dafür tragen werdet. Und ich wünsche, daß bis dahin keine Hindernisse dazwischen treten" ¹⁾.

So der König im Parlamente. Nach Kensington zurückgekehrt setzte er sich nieder, um an Heinsius zu schreiben wie folgt: „Endlich ist diese traurige Session zu Ende, und ich gedenke, wenn es Gott gefällt, im Beginne des nächsten Monates nach Holland aufzubrechen. Gott weiß, wie ich mich nach dem Augenblicke sehne! — Ich habe noch keinem Menschen diese meine Absicht ausgesprochen, aber dies hindert nicht, daß Jedermann bereits davon redet" ²⁾.

So war es, und abermals nicht zu Gunsten des Königs. Man war vor allen Dingen gespannt darauf, welche Persönlichkeiten der König ernennen würde als Mitglieder der Regentschaft für die Zeit seiner Abwesenheit. Denn das Uebergewicht der Parteien hatte nun völlig sich verschoben: die Tories hatten im Unterhause die Mehrheit. Die Liste enthielt die Namen: den Erzbischof von Canterbury, den Lord-Kanzler Somers, den Grafen Pembroke, den Herzog von Devonshire, den Grafen Marlborough, den Kanzler der Schatzkammer

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 105.

²⁾ Grimblot t. II, p. 328.

Montague, Lord Ponsdale, die Grafen Bridgewater und Jersey. Der letztere war von seinem Gesandtschaftsposten in Paris heimgekehrt, um die Siegel des Staats-Secretärs zu übernehmen. Unter diesen neun Mitgliedern hatte demnach die Whig-Partei die Oberhand, als Beweis, daß der König auch ferner mit ihr gehen wolle¹⁾. Es durfte sich freilich fragen, ob das möglich war. Wenige Wochen später meldet Hoffmann: „Ein früheres Mitglied der Hofpartei hat mir gesagt, daß er an zwanzig Mitglieder des Unterhauses nennen könne, die seit der Vertagung des Parlamentes die königliche Partei verlassen. So sehr entfremdet die Reise des Königs nach Holland ihm die Gemüther. Man gibt eine Nothwendigkeit derselben für die Geschäfte nicht zu, sondern sieht sie an als das Zeugnis der Zuneigung des Königs für Holland, der Abneigung gegen England“²⁾.

Der Engländer, der so redete, mochte Recht haben von seinem Standpunkte aus. Aber es dürfte schwer sein zu sagen, daß Wilhelm III. von dem seinigen aus Unrecht hatte.

Auch war es für ihn nicht einmal richtig zu sagen, daß er nicht um der Geschäfte willen nach Holland ging. Es handelte sich ja für ihn, wie im Jahre zuvor, dort, wo sein Thun und Treiben weniger der Beobachtung offen lag, den abermaligen Theilungsvertrag zum Abschlusse zu bringen. Denn die Punkte desselben erschienen nun so weit vorbereitet, daß eine Mittheilung nach Wien bald erfolgen konnte.

Wir haben hier abermals den Unterschied des Verfahrens von demjenigen bei dem ersten Vertrage hervorzuheben. Der erste Vertrag war formell abgeschlossen und ratificirt zwischen den beiden Königen von Frankreich und England und der Republik, ohne Vorwissen des Kaisers, und selbst ohne eine Kundgebung nachher an ihn. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV., nach abgeschlossenem Vertrage, die Suspension des Artikels verlangt hatte, welcher die Mittheilung an den Kaiser festsetzte, und daß Wilhelm III. zögernd in einen Aufschub gewilligt. Darüber war der Kurprinz Joseph Ferdinand gestorben,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 12. Juni.

²⁾ Desgleichen vom 24. Juli.

und dadurch der Vertrag hinfällig geworden, so daß der Kaiser überhaupt keine Kunde erhalten hatte. Wilhelm III. wollte bei dem zweiten Vertrage nicht dasselbe Verfahren. Der Vertrag sollte nicht eher formell geschlossen werden als nach der Mittheilung an den Kaiser, dem für seinen Beitritt eine Frist von drei und einem halben Monate, vom 10. Juni 1699 an gerechnet, offen gelassen wurde. Demnach war der Vertrag, wenn auch im Ganzen und im Einzelnen völlig fertig ausgearbeitet, bis dahin immer nur noch ein Entwurf, so jedoch, daß dieser Entwurf zwischen den beiden Königen, Ludwig XIV. und Wilhelm III., unabänderlich fest stand.

Bereits am 22. Mai erging an den Gesandten Hop in Wien der Auftrag, die einleitenden Schritte zu thun. Sie bestanden namentlich in dem Hinweise, daß es unmöglich sei, für den Fall des Todes in Spanien, den König von Frankreich zu hindern von der ganzen Monarchie Besitz zu ergreifen. Demgemäß verlange das Interesse von ganz Europa, insbesondere dasjenige der Seemächte, daß man suche einem Kriege zuvorzukommen. Das einzige Mittel dazu sei eine Vereinbarung über eine Theilung der spanischen Monarchie ¹⁾.

Die Instruction kreuzte sich unterwegs mit einer anderen von Seiten des Kaisers für seine beiden Gesandten im Haag und in London, die Grafen Goës und Auersperg. Wir erinnern uns, daß der Graf Rinsk einige Monate vorher, vor einer Kunde von dem Tode des bayerischen Kurprinzen, dem Marquis Villars die Andeutung gemacht, daß der Kaiser bereit sein werde, sich mit dem Könige von Frankreich über die spanische Angelegenheit zu verständigen. Ludwig XIV. entwand sich dem Erbieten durch die Forderung der Satisfaction für Villars. Diese erfolgte zu Ende April. Wenn nun der König von Frankreich Willens war auf jenes Erbieten des Kaisers einzugehen: so mußte von dort her eine Antwort erfolgen. Sie kam nicht. Das Schweigen zeigte dem Kaiser, daß Ludwig XIV. nicht wollte. Wir haben aus den eigenen Worten dieses Königs sein Urtheil vernommen, daß der Kaiser, seinem Verhalten gemäß, den Frieden wollte. Indem der König von Frankreich diesem Verhalten nicht entsprach, mußte folgerecht das Urtheil des Kaisers über ihn entgegen

¹⁾ Grimblot t. II, p. 330.

gesetzt ausfallen. Deshalb suchte der Kaiser von Seiten der Seemächte her bestimmte Erklärungen zu erlangen, und zeichnete zu diesem Zwecke die genannte Instruction für Goes und Auersperg, am 19. Mai ¹⁾. Der Inhalt desselben drängt sich zusammen wie folgt.

„Der holländische Gesandte Hop hat im Namen des Königs von England und der Generalstaaten wiederholt angedeutet, daß diese Mächte zu einem Vertrage über die spanische Sache mit uns bereit wären, aber vorher zu wissen verlangten, was wir beanspruchten und was wir dafür beitragen wollten. Diese Fragen scheinen auf einen Vergleich, eine Theilung mit Frankreich abzielen, nach Art des Vertrages, welcher, dem Gerüchte nach, vor dem Tode des bayerischen Kurprinzen dort geplant wurde. Wir finden es nicht rathsam, von diesem Punkte aus eine Verhandlung über ein Bündnis zu beginnen. Dagegen ist bekannt, daß nach dem Tode des Königs von Spanien ohne Leibeserben uns das Recht der Succession dort zusteht. Wir sind Willens zur Behauptung dieses Rechtes alle unsere Macht aufzubieten. Auch zweifeln wir nicht, der König und die Republik werden erkennen, daß es ihrem eigenen Interesse nicht entspricht, wenn Frankreich sich der gesamten spanischen Monarchie oder eines Theiles derselben bemächtigte, und werden demgemäß erbötig sein für die Vertheidigung unseres Rechtes mit einzutreten. Wir sind bereit mit dem Gesandten Hop, so bald er mit genügender Instruction versehen sein wird, die Einzelheiten über die gegenseitig zu leistende Hülfe festzustellen.“

„Verlangt man dort Bestimmteres über unsere Macht zu wissen, so ist zu antworten, daß wir unsere gesamten Truppen von dem vorigen Kriege her noch aufrecht halten, und sonderlich auch von den Gemeinen keine abdanken. Demnach stehen, außer den Besatzungen in Ungarn und Siebenbürgen, alle unsere Truppen uns zu Gebote. Wir suchen in Verbindung zu treten mit den Kronen Portugal und Schweden. Etliche Reichsfürsten stehen für den Fall in Spanien bereits seit Jahren mit uns im Bündnisse: andere werden wir zu gewinnen trachten. Auch unter den italienischen Fürsten erkennen mehrere, daß ein Anwachsen der französischen Macht dort nicht ihrem Interesse entspricht. Aber die Hauptsache für uns ist ein Bündnis

¹⁾ Kaiserliches Rescript vom 19. Mai.

mit den Seemächten als die rechte Grundfeste, auf welcher die Entschlüsse der anderen sich aufbauen würden."

Es ist hervorzuheben, daß der Beginn der Instruction eine Theilung nicht principiell ausschließt, sondern lediglich feststellt, daß der Kaiser nicht von diesem Gedanken ausgehen will.

Andererseits enthält die Instruction die Gedanken, welche um zwei Jahre später sich verwirklichten. Bei dem Stande der Dinge im Sommer des Jahres 1699, oder richtiger, bei der Zähligkeit, mit welcher Wilhelm III. an seinem Theilungsplane hielt, waren sie verfrüht.

Sofort nach dem Empfange der Instruction trat Auersperg vor den König, am 19./29. Mai. Wilhelm III. beachtete nur den ersten Theil der Rede des Gesandten. „Ich bin geneigt, erwiderte er, mit dem Kaiser Maßregeln zu vereinbaren, um für den Fall des Todes in Spanien einem Kriege zuvorzukommen.“ Er legte dann ausführlich die Unmöglichkeit dar, einen Krieg gegen Frankreich mit einiger Hoffnung auf Erfolg zu führen. „Ich weiß daher, fuhr er fort, um die Thronfolge eines französischen Prinzen in Spanien zu hindern, kein besseres Mittel, als den Versuch, mit dem Könige von Frankreich selber eine Vereinbarung über das spanische Erbe zu treffen. Zu diesem Zwecke ist es nothwendig mit Hop in Wien darüber zu verhandeln.“ Auersperg erwiderte, daß nach seiner Ansicht der Kaiser nicht abgeneigt sein werde. Nur mache er aufmerksam, daß ein Ueberwachsen der Macht Frankreichs, besonders auch in Italien, den Interessen der Seemächte und namentlich ihres Handels im Mittelmeere eben so wenig entspreche wie denjenigen des Kaisers ¹⁾.

Diese Antwort Auerspergs, der den Entwurf des Vertrages nicht kannte, deutete dem Könige Wilhelm im voraus eine der Schwierigkeiten an, auf welche die Sache in Wien stoßen würde. Dennoch nahm der König die Antwort mit Befriedigung entgegen. Er hoffte, daß der Kaiser auf den Vertrag eingehen würde. Jene Unterredung hatte stattgefunden noch vor seiner Ueberfahrt, in Kensington. Nach seiner

¹⁾ Grimblot t. II, p. 332. Ein Bericht von Auersperg über diese Audienz fehlt. Ueberhaupt muß ich leider bemerken, daß von hier an die Anglica und Hollandica von 1699 im l. l. Archive lückenhaft sind.

Antunft auf holländifchem Boden betrieb er die Sache mit großem Eifer. Denn die Uebereinkunft der beiden Könige bestimmte als Endtermin für die Erklärung des Kaiſers den 25. September. Daher war jeder Aufſchub dem Könige Wilhelm unlieb.

Bevor indeffen von Wien aus eine Entſcheidung erfolgte, ward von einer anderen nicht minder betheiligten Seite kund, daß bei ihr die Nachricht von abermaligen Verhandlungen über eine Theilung aufgenommen ſei mit höchſter Ungunſt. Es geſchah von Spanien her. Dahin alſo zunächſt haben wir unſere Blicke zu richten.

Wir erinnern uns, daß die Drohungen, welche Harcourt im Februar und März ſowohl an den König Carl II. wie an die ſpaniſchen Miniſter richtete, den wiederholten Beſchluß des Staatsrathes erwirkten, daß es nicht an der Zeit ſei die Successionsfrage zu erledigen.

Harcourt in Madrid ſah es fortan als ſeine hauptſächliche Aufgabe an, wie er ſich ausdrückt, ſeine Aufmerkſamkeit der Geſundheit des Königs Carl II. zuzuwenden¹⁾. Seine Berichte tragen demnach fortan noch mehr als bisher das Gepräge einer medicinifchen Genauigkeit, die allerdings Zeugniß ablegt für ſeine Aufmerkſamkeit, nicht jedoch für eine wohlwollende. Er meinte mit Sicherheit wahrzunehmen, daß die Lebenskraft des Königs täglich ſchwinde. Er hielt einen Courier immer bereit²⁾. Aber Carl II. wollte noch nicht ſterben.

Dagegen entwickelte ſich im April in Madrid eine merkwürdige Aenderung aus einem anſcheinend geringen Anlaſſe.

Seit Jahren ſchon wurden viele Klagen laut wegen der Theuerung aller Dinge, namentlich des Brotes. Eines Morgens früh richtete auf dem Hauptplatze der Stadt ein Weib Scheltworte darüber an den Corregidor, den Chef der ſtädtiſchen Polizei. Die Worte fanden die laute Zuſtimmung der Umſtehenden. Die Drohung des Einſchreitens ward mit Steinwürfen beantwortet. Die Menge ſchwoll an. Das ſchützende Eintreten zweier Mönche rettete den Corregidor. Dagegen wälzte ſich der Volkshaufe dem Palaſte zu, um dem Könige

¹⁾ Hippeau t. II, p. 61. Vom 10. April.

²⁾ A. a. O. p. 64. Vom 23. April.

das theuere und schlechte Brot zu zeigen. Es gelang dem Oberstkämmerer Benavente vor der Treppe des Palastes den Haufen abzulenken. Es ward der Name des Grafen Dropesa genannt als des Präsidenten des Rathes von Castilien. Die Menge zog vor sein Haus. Auf seinen ablehnenden Bescheid erfolgte der Ruf: „Nieder mit der schlechten Regierung!“ Bereits bestand der Haufe aus Tausenden. Sie warfen die Fenster ein. Aus dem Hause Dropesas fiel ein Schuß, der einen Mann aus dem Haufen tödtete. Der Lärm stieg nur um so mehr. Einige luden den Erschossenen auf, trugen ihn vor die Fenster des Königs, und verlangten, daß Ronquillo, der frühere Corregidor, wieder ernannt würde. Der andere Haufe umlagerte enger das Haus des Grafen Dropesa, mit der Absicht es zu demoliren. Es traten Geistliche abmahnend auf. Sie trugen das Hochwürdigste heran. Die Mönche der benachbarten Klöster schritten in Procession herbei. Ihren Bitten und Mahnungen hallte unablässig der Ruf entgegen: „Es lebe der König! Nieder mit der schlechten Regierung!“

Unterdessen hatten sich die Minister um den König gesammelt. Sie waren geneigt die Forderung zu Gunsten Ronquillos zu bewilligen; aber dieser stellte die Bedingung, unabhängig zu sein von dem Rathe von Castilien. Auch das ward zugestanden. Ronquillo ritt mitten in den Volkshaufen hinein, der ihn begrüßte mit dem Zurufe: „Es lebe der König und Ronquillo!“ Seine Mahnungen schienen Gehör zu finden. Unterdessen aber waren einige eiserne Fensterstangen am Hause Dropesas losgerüttelt, und mehrere Personen dort eingestiegen. Die Geistlichen traten rasch herzu und hielten ihre Crucifixe vor die Oeffnung. Vom Balkon des Hauses herab verkündeten Andere, daß Dropesa das Haus verlassen habe. Aber aus dem Haufen erscholl der Ruf, daß die Eingedrungenen im Hause getödtet seien, daß dafür das Blut derer fließen müsse, die es gethan. Der an Ansehen bei dem Volke gewichtvollste Mann, der Cardinal Portocarrero, befand sich in Toledo. Statt seiner erschien der Cardinal Cordova. Seine schwache Stimme verhallte in dem Toben. Als Ronquillo erkannte, daß der Haufe dort nicht zu stillen war, erhob er ein Crucifix und rief, man möge ihm folgen: er wolle bei dem Könige um Gerechtigkeit für das Volk bitten. Die Masse drängte sich ihm nach vor den

Palast, unter dem beständigen Rufe: „Es lebe der König! Nieder mit der schlechten Regierung!“ Die Königin erschien am Fenster. Es schallte ihr das Geschrei entgegen: „Nicht die Königin, sondern der König“. Carl II. entschloß sich. Er trat auf den Balkon hinaus, umgeben von dem kaiserlichen Botschafter und einigen Granden. Harrach hatte nämlich sofort sich zur Verfügung gestellt, Harcourt mit seiner gesamten Dienerschaft sich eingeschlossen. Als das Volk des Königs ansichtig wurde, trat sofort lautlose Stille ein, so daß man seine Worte deutlich vernahm. Es sei sein Wille, sagte er, daß die Ernte als der Segen Gottes seinem ganzen Volke zu gute komme. Er wandte sich an Ronquillo und befahl ihm Sorge zu tragen, daß die Wünsche seines Volkes befriedigt würden. Dann trat er zurück. Das Volk schrie jubelnd: „Es lebe der König!“, mit dem Wunsche, daß er noch einmal sich zeige. Es geschah, und wiederum ward alles still. Ronquillo nahm rasch das Wort und bat im Namen Aller, daß der König den begangenen schweren Fehler verzeihen wolle. Der König sagte zu. Zum Zeichen dessen streckte er segnend die Hand aus. Dann verließen sich die Meisten ¹⁾).

Einige jedoch kehrten zurück zu dem Hause Dropejas, das noch immer wie belagert gehalten wurde, geschützt jedoch durch die Geistlichen mit ihren Crucifixen. Dropeja ließ sich endlich bewegen, vermitteltst der durchbrochenen Mauer in das Nachbarhaus sich zu begeben, dasjenige des General-Inquisitors. Die Leibwache des Königs erschien, um das Haus zu besetzen. Zugleich ward die Proclamation verkündet, daß das bis dahin Vorgefallene verziehen sei, nicht jedoch Weiteres. Die Menge löste sich auf. Die Befürchtungen für die Nacht waren nicht gegründet. Die Ruhe war hergestellt.

Allein die Zustände änderten sich nicht. Die getroffenen Maßregeln erwiesen sich als unzulänglich. Die Noth blieb dieselbe wie zuvor, und demnach auch die Gährung des Volkes von Madrid. Sie machte sich Lust in Spottliedern und Schriften, und hielt dadurch die Besorgnis vor einem abermaligen Ausbruche wach. Das Ziel war immer der Graf Dropeja als Präsident des Rathes von Castilien.

¹⁾ Ich folge dem Berichte Harrachs als Augenzeugen, vom 8. Mai. — Derjenige Harcourts bei Hippeau t. II, p. 65 et suiv.

Carl II. meinte dem allgemeinen Unwillen nachgeben zu müssen. Dropeſa ward am 6. Mai entlaſſen und aus Madrid verbannt. Der Erfolg war wie eine Ermuthigung zum Anſturme wider den beim Volke ungleich mehr noch verhaßten Grafen Melgar, Admiral von Caſtilien, wider die Gräfin Berleſch, wider den Pater Gabriel, den Beichtvater der Königin. Maria Anna bemühte ſich vergeblich den erſteren zu halten. Auch er erhielt das Decret der Verbannung auf dreißig Meilen von Madrid ¹⁾.

Obwohl die Gräfin Berleſch und der Pater Gabriel nicht weiter angegriffen wurden, ſo waren doch jene beiden Entlaſſungen gewichtige Schläge auf das Anſehen der Königin Maria Anna. Ludwig XIV. vermuthete, daß ſie damals, mit Hülfe des Grafen Dropeſa, eines Verwandten des Hauſes Braganza in Portugal, auf einen Plan ſann zu Gunſten dieſes Hauſes, deſſen Prinzen als Söhne einer ihrer Schweſtern ihr verwandtschaftlich eben ſo nahe ſtanden wie der Erzherzog Carl ²⁾. Der portugieſiſche Plan fiel mit jener Entlaſſung zu Boden.

Jene Entlaſſungen entſprachen den Wünſchen derjenigen Partei, welche kräftige Entſchlüſſe wünſchte. Voran in derſelben ſtand Leganez. Er und mehrere Gleichgeſinnte hielten nächtliche Zuſammenkünfte. Es werden die Namen genannt: Montereſ, Villafranca, Manſera, Benavente, Quintana, Paſtrana ³⁾. Es treten uns alſo Perſonen entgegen, von denen ſich ſpäter einige kaiſerlich, einige franzöſiſch erwieſen. Aber auch der Graf Harrach nahm an dieſen Zuſammenkünften Antheil. Ferner iſt der Ort derſelben bemerkenswerth. Es war das Haus der Gräfin Palma, einer Nichte des Cardinals Portocarrero. Der Landgraf Georg bezeichnete ſpäter gegenüber der Berleſch die drei Perſonen Leganez, Montereſ, Harrach als das Triumvirat, dem als das Haupt ſich zugeſelle der Cardinal.

Die Berichte Harcourts ſind mit dieſen Angaben wohl vereinbar. So eifrig für Frankreich auch früher Portocarrero dem Botſchafter

¹⁾ Harrachs Bericht vom 22. Mai. — Harcourts Berichte vom 6. und 13. Mai und 20. Mai.

²⁾ Hippeau t. II, p. 74. Rom 10. Mai.

³⁾ Der Landgraf Georg an die Gräfin Berleſch, 17. März 1700, bei Künzel S. 164 u. f.

Harcourt sich gezeigt: er hatte dies nicht gethan um Frankreichs willen, sondern, nach seiner Meinung, um Spaniens willen, für die Erhaltung der Monarchie in ihrer Gesamtheit. Nun war aber das Gerücht von Verhandlungen über einen neuen Theilungsvertrag im Mai 1699 auch bereits nach Madrid gedrungen. Portocarrero hielt sich von Harcourt fern ¹⁾).

Aber die Frage ist, was jene geheimen Zusammenkünfte bezweckten. Nach der Meldung des Landgrafen Georg kleidete sich der Plan in die Worte „dem gesammten Uebelstande abzuhelpen“ ²⁾. Als die Urheber desselben erschien die deutsche Umgebung der Königin, vor allen Anderen die Gräfin Berlepsch und der Pater Gabriel. Der nächste Plan also war dahin gerichtet dem Könige eine Gewissenssache daraus zu machen, daß er gestatte, die Gräfin Berlepsch, von welcher die Königin sich gutwillig nicht trennen würde, mit Gewalt aus dem Palaste zu nehmen, sie nach Alicante oder Barcelona zu bringen und dort auf ein Schiff zu setzen.

Harcourt meldet, daß der Plan jener Beredungen nicht bloß dahin gehe, der Königin allen Einfluß zu benehmen, sondern eine Junta von fünf Personen zu bilden, welche den König dahin zu bringen habe, ihnen durch eine eigene Acte die völlige Regierung zu übergeben ³⁾).

So Harcourt nach den Gerüchten, die ihm darüber zukamen. Einen genauen Aufschluß würden die Berichte Harrachs gewähren. Aber diese, in so weit sie erhalten sind, gedenken nicht dieser nächtlichen Zusammenkünfte. Dennoch läßt sich aus den vorhandenen Anhaltspuncten ein ziemlich sicherer Rückschluß ziehen.

Daß ein kaiserlicher Botschafter sich an Planen hätte betheiligen dürfen, die einem anderen Souveräne einen Zwang anthaten, ist mit dem Charakter des Kaisers und demgemäß seiner Politik unvereinbar. Der Landgraf Georg bezeichnet als das Hauptziel jener Beredungen, daß bei dem, wie es schien, nahe bevorstehenden Tode Carls II., der Cardinal Portocarrero als Regent und Protector ausgerufen werden

¹⁾ Bericht Harcourts vom 18. Mai, bei Hippeau t. II, p. 80 et suiv.

²⁾ De remediar a lo universal.

³⁾ Hippeau t. II, p. 88.

solle. Damit stimmt überein das Verfahren des Kaisers. Bei der andauernd abgeneigten Haltung der Königin Maria Anna war auf eine Willenserklärung des Königs Carl II. für den Erzherzog nicht zu hoffen. Daß andererseits Carl II. freiwillig nicht zu Gunsten eines französischen Prinzen sich aussprechen werde, schien unzweifelhaft. Bei dieser Lage der Dinge zeichnete der Kaiser am 8. Juli 1699 eine eventuelle Vollmacht für eine Regentschaft in Spanien nach dem Tode Carls II.¹⁾ Die Voraussetzung derselben ist, daß eine Feststellung der Succession von Seiten dieses Königs nicht existirt. Die Vollmacht geht daher zurück auf das Testament Philipps IV., welches, für den Fall des kinderlosen Aussterbens seiner Linie in Spanien, den Kaiser und die Descendenz desselben zur Succession beruft. Kraft dieses Rechtes ernennt der Kaiser durch die Vollmacht eine Regentschaft, bestehend aus dem derzeitigen Erzbischof von Toledo und mehreren anderen Persönlichkeiten. — Der Landgraf Georg ist der Ansicht, daß in dem Falle der Verwirklichung dieses Planes die erste That des Cardinals Portocarrero sein würde, die Königin Maria Anna ins Kloster zu stecken. Die Vollmacht des Kaisers macht dagegen der Regentschaft ausdrücklich zur Pflicht, die Königin mit der ihr gebührenden Ehrerbietung zu behandeln. Wir erinnern uns, daß sie bis dahin um den Kaiser und ihren Neffen Carl dies nicht verdient hatte. In der Fortgang der Dinge wird zeigen, daß nicht einmal gegen die Verlepsi der Kaiser ein gewaltsames Eingreifen gestattete.

Die Ernennung Portocarreros an erster Stelle in jener Vollmacht des Kaisers ist von besonderer Wichtigkeit. Immerhin war er als Erzbischof von Toledo der erste geistliche Würdenträger von Spanien, der in diesem Falle nicht übergangen werden konnte. Allein der Kaiser würde doch auch nicht einen seiner Sache notorisch feindlich gesinnten Mann als Vertreter derselben an erster Stelle berufen haben. Es folgt also, daß die Haltung Portocarreros damals dem Botschafter Harrach Vertrauen auf ihn eingeflößt habe.

Demnach können die nächtlichen Conferenzen, an denen Harrach Theil nahm, weniger bezweckt haben zu Lebzeiten Carls II. etwas zu

¹⁾ Die Vollmacht ist abgedruckt bei Gaedcke Bd. II, S. 136*.

unternehmen, als für den Fall seines Todes, der ja in täglicher Aussicht zu stehen schien, die Aufgaben der Regentschaft vorzubereiten.

Der französische Botschafter Harcourt stand in dieser Zeit ganz allein. Seine Misstimmung über diese seine Position war im Wachsen. Er gebraucht den Ausdruck, daß er sich betrachte wie mit gebundenen Händen. Indem er die Endziele der Politik seines Königs nicht völlig erkannte, beklagte er den Plan des Theilungsvertrages, der ihn lahm lege. „Täglich, meint er, reden der Graf Harrach und der Marquis Neganez vor dem Cardinal Portocarrero von der Absicht Ew. Majestät, Spanien zur Provinz zu machen oder es mit dem Kaiser zu theilen.“ Allabendlich finden die Zusammenkünfte statt, an denen Harrach Theil nehme, um zu arbeiten für das Interesse des Kaisers. Dagegen sei er machtlos. Er bittet daher um die Vollmacht zu sagen, daß von Frankreich aus mit dem Könige von England nicht unterhandelt werde, oder daß alles abgebrochen sei. Die Bitte umhüllt seinen Wunsch, daß es in Wirklichkeit so sein möge. Denn, wenn erst der Theilungsvertrag bekannt wird, so hält er sich von dem allgemeinen Unwillen darüber für unmittelbar bedroht. Nach seiner Ansicht ist das Volk nach wie vor französisch gesinnt, eben so ein Theil der Granden, die jedoch nicht sich auszusprechen wagen. Nur in dieser Neigung besteht die französische Partei, und die Kunde des Theilungsvertrages wird sie ersticken. So Harcourt. Es ist unverkennbar, daß er im Sommer 1699 die französische Sache in Spanien betrachtet wie im Niedergange. In jedem seiner Schreiben hält er den Tod Carls II. für nahe bevorstehend. Aber für diesen Fall sieht er seine Position als ungünstig an. Er bittet um die Erlaubnis zur Heimkehr ¹⁾.

Ludwig XIV. gestattete die Rückkehr der Frau des Botschafters, nicht die eigene. Er verwies ihn für den Todesfall auf die früheren Instructionen. Wir erinnern uns, daß dieselben immer die gesammte spanische Monarchie betreffen. Der König war dabei so wenig geneigt dem Wunsche des Botschafters gemäß von dem Theilungsvertrage abzustehen, daß er festhielt an dem Plane, den Vertrag durch Harcourt zur Kunde Carls II. zu bringen. Der Botschafter dagegen legte in

¹⁾ Die Schreiben Harcourts im Juni und Juli, bei Hippeau t. II, p. 87 et suiv.

einer langen Abhandlung die nachtheiligen Folgen dar, welche die offizielle Kunde eines solchen Vertrages in Spanien für das französische Interesse nach sich ziehen würde. Man hat dieser Darlegung des Harcourt oft ein großes Gewicht beigelegt, nicht mit Recht. Denn sie übte auf Ludwig XIV. keine Wirkung, und erbringt für uns Spätere nur den erneuten Beweis, daß der Botschafter bei aller Willfährigkeit, mit welcher er seinen Instructionen nachlebt, dennoch das eigentliche Ziel der Politik seines Herrn nicht erfäßt. Ludwig XIV. legt ihm daselbe etwas näher. Wir haben die betreffenden Worte des Königs bereits vernommen; aber die Wichtigkeit derselben für die Klarstellung der Sache erfordert das nochmalige Eingehen. Ludwig XIV. erkennt an, daß der Vorschlag, dem Könige von Spanien den Entwurf des Theilungsvertrages nahe zu bringen, ihn aufzufordern zu einem Testamente in diesem Sinne, und zur Bestätigung desselben durch die Cortes, auf einen Erfolg sehr geringe Aussicht habe, ja fast unmöglich sei. Aber er sagt zugleich, daß er der Urheber dieses Vorschlages, und daß die Aufnahme desselben in den Vertrag durchaus nothwendig gewesen sei, um zu hindern, daß der Kaiser von einer Geneigtheit der Spanier in Folge des Vertrages einen Nutzen ziehe ¹⁾.

Der Plan Ludwigs XIV. liegt für uns Spätere aus diesen Worten abermals zu Tage. Denn derjenige, der in einen Vertrag eine nach seinem eigenen Urtheile undurchführbare Clausel einbringt, kann dabei keine andere Absicht haben, als diesen Vertrag nicht zu halten, sei es, daß er ihn sprengt an dieser Clausel selbst, oder an einem anderen Angriffspuncte. Und es gab ja solcher Puncte mehr. Es gab namentlich denjenigen der in dem Vertrage ausgesprochenen Voraussetzung, daß der Kaiser beiträte.

Harcourt indessen bewegte sich noch in dem Gedankenkreise, daß ein Vertrag geschlossen wird zu dem Zwecke gehalten zu werden. Und deshalb löste ihm auch der neue Fingerzeig nicht das Räthsel, welches er vor sich zu erblicken glaubte. Er wendete den Blick nach einer anderen Seite. Er könne seinen Verdacht nicht bergen, meinte er, daß der König von England in der Sache unaufrichtig handele ²⁾.

¹⁾ Schreiben des Königs vom 20. Juli, bei Hippeau t. II, p. 108.

²⁾ Hippeau t. II, p. 117. Vom 30. Juli.

Wir sehen, mit welchem ungemeinen Geschicke der Plan Ludwigs XIV. angelegt war, so daß ein Mann wie Harcourt, dem es weder an Kenntnissen, an Scharfsinn, noch an anderen für die Politik Ludwigs XIV. erforderlichen Eigenschaften fehlte, ihn nicht errieth. Deshalb ist es von Interesse die Sache weiter zu verfolgen, nämlich zu fragen, ob Andere schärfer blickten.

Nach Vollendung jenes Schreibens begab sich Harcourt zu Balbazes, um zu erforschen, ob, seiner Vermuthung gemäß, der aus Brüssel angekommene Courier des Don Quiros eine Mittheilung über den Vertragsentwurf gebracht. Balbazes trat ihm mit dieser Nachricht entgegen. Ein Vertrag der drei Mächte Frankreich, England, Holland, sei geschlossen. Man wisse nur noch nicht, ob auch der Kaiser zugestimmt. „Balbazes behauptet, fährt dann Harcourt fort, das Ganze sei ein tief angelegter Plan Ew. Majestät, um den Spaniern klar zu machen, daß, im Falle sie an den Erzherzog denken, die Zerstückelung ihrer Monarchie unabwendbar, daß dagegen das einzige Mittel sie in ihrer Ganzheit zu erhalten, bestehe in der Anerkennung eines Prinzen von Frankreich.“ Balbazes hatte sich im Staatsrathe dahin ausgesprochen, daß, wenn es auch nur wäre, um den König von England und die Holländer zu ärgern, er vorschlage, sofort eins der Mitglieder an den König von Frankreich zu entsenden, mit der Bitte um die Her sendung des Herzogs von Anjou, ferner um die Bestätigung der spanischen Privilegien, und endlich um ein Schutz- und Trugbündnis beider Kronen, welches die Monarchie in ihrer Gesamtheit diesem Enkel bewahre. Denn dann würden, gegenüber der Ueberlegenheit dieses Bündnisses, die gemeinsamen Feinde entweder gar keinen Krieg beginnen, oder er würde von kurzer Dauer sein. Er selber, sagte Balbazes, wenn er noch gute Beine hätte, würde gern diesen Auftrag auf sich nehmen. So aber schlage er Monterey als die geeignete Persönlichkeit vor, und zwar mit der Ueberzeugung, daß die Sache sich bei dem Könige von Frankreich in vier Tagen erledigen lasse¹⁾.

„Er hat mir noch mehr gesagt, fügt Harcourt hinzu, was zu schreiben zu weitläufig sein würde. Von jener Sache jedoch habe ich geglaubt Mittheilung machen zu müssen, bevor ich den Brief schloß.“

¹⁾ Hippeau t. II, p. 118.

Der Wortlaut läßt ersehen, daß der Botschafter die Rundgebung der eigenen Meinungen für wichtiger erachtet, als diejenige der Rede des Balbazes. Anders als für den Botschafter mochte der Bericht für Ludwig XIV. erklingen. Ihm war dadurch der Anfang des Beweises erbracht, daß er richtig gerechnet, daß der Theilungsvertrag die Spanier, außer dem Könige selber, nicht dem Kaiser in die Arme scheuchen werde, sondern ihm als dem Mächtigsten.

Darum freilich war er nicht geneigt das Spiel bei Lebzeiten Carls II. weiter aufzudecken, auch nicht gegenüber dem Botschafter Harcourt. Er spielte es fort mit erstaunlichem Geschick. Er hielt, wie es schien, fest an dem Theilungsvertrage. Dem Zweifel des Harcourt gegenüber lobte er die Aufrichtigkeit des Königs von England für den Vertrag, besonders den Eifer des Rathspensionärs Heinsius. Ludwig XIV. erkannte an, daß die Mittheilung des Vertrages in Spanien Unmuth erwecken werde. Nicht jedoch wider ihn, meinte er, werde sich dieser Unmuth wenden, sondern wider den Kaiser. Er suchte das mit vielen Gründen darzuthun. Auch er legte, dem Botschafter gegenüber, nicht vieles Gewicht auf die Reden des Balbazes. Er habe Grund anzunehmen, sagte er, daß sie keine Folgen haben würden. Mit Recht; denn ein Beschluß in diesem Sinne hätte über Carl II. hinweg gehen müssen. Aber, fügte dann Ludwig XIV. hinzu, er wolle die Aeußerung dem Botschafter Tallard mittheilen, damit sie von diesem aus weiter gelange und vielleicht auf den Kaiser wirke für den Beitritt zu dem Vertrage ¹⁾).

Wie diese letzten Worte abermals lauten, als wenn Ludwig XIV. nicht vorausjah, ob der Kaiser dem von ihm dictirten Theilungsvertrage jemals beitreten könne: so ertheilte er auch für diesen Fall des Beitrittes dem Botschafter Harcourt die erforderlichen Instructionen. Sie sind für uns werthlos. Diejenigen für den anderen Fall dagegen sind bestimmt und klar.

„Wenn es geschehen sollte, sagt Ludwig XIV., daß Gott über den König von Spanien verfügt, bevor der Kaiser dem Vertrage beigetreten, oder daß der Termin, innerhalb dessen er zeichnen muß, nämlich der 25. September, verstrichen wäre: so haben Sie in diesem

¹⁾ Hippeau t. II, p. 132.

Falle keinen anderen Entschluß zu fassen, als Jeden, der mit Vorschlägen vor Sie tritt, wohlwollend aufzunehmen, ihm zu erwiedern, daß Sie mit Bericht erstatten, daß ich gern alles vernehmen werde, daß dagegen von jener Seite man kund thun möge, welche Mittel man besitze, um die guten Absichten durchzuführen“ ¹⁾).

Zunächst war Harcourt durch jenen Courier von Don Quiros jedenfalls von dem ihm unangenehmen Auftrage befreit, selber den Theilungsentwurf in Spanien kund zu thun. Der Unmuth über denselben im spanischen Staatsrathe wogte heftig, und gab sich nach außen kund in scharf ausgeprägter Weise. Carl II. entsendete an seinen Botschafter in Paris, Castel dos Rios, einen Courier mit dem Auftrage sofort um eine Audienz nachzusuchen und in derselben zu erklären: der König habe mit Befremden vernommen, daß man bei seinen Lebzeiten verhandele über die Theilung seiner Monarchie. Ein solches Verfahren sei beispiellos. Er hoffe, daß der König von Frankreich nicht bloß nicht sich darauf einlasse, sondern auch entgegen wirke. Er hoffe dies um so mehr, da er zugleich sein Wort darauf gebe, nicht mit einem anderen Fürsten über die Angelegenheit der Succession in Beziehung zu stehen ²⁾).

So der kürzeste Ausdruck des Protestes. In den anderen Ausfertigungen war hervorgehoben, daß der König erst achtunddreißig Jahre seines Alters zähle, darum das Recht habe, von Gott die Erfüllung seiner und seines Volkes Wünsche auf eine eigene Descendenz zu hoffen. Es war sehr merkwürdig, daß eben damals sogar in den scharf spähenden Augen des Marquis Harcourt der Zustand Carls II. kräftiger erschien als jemals zuvor ³⁾).

Dieselbe Ausfertigung ward im August auch an die spanischen Gesandten im Auslande geschickt, damit sie dort sie geltend machten. Einem derselben, dem Marquis Canales in England, schien die Kraft der Worte nicht zu genügen. Er glaubte aus Eigenem nachhelfen zu müssen. Die Sache wird später uns vor Augen treten.

Der nachdrückliche Protest nahm dem einen Artikel des Vertrags-Entwurfes, daß Carl II. aufgefordert werden solle ein Testament zu

¹⁾ Hippeau t. II, p. 130. Vom 16. August.

²⁾ A. a. O. p. 122. — Man vergleiche p. 133 und Grimblot t. II, p. 344.

³⁾ A. a. O. p. 121. Vom 6. August.

errichten gemäß jenem Entwurfe, im voraus allen Boden. Daß Carl II. auf diesen Vertrag sich noch einlassen würde, war moralisch unmöglich. Aber es handelte sich zugleich um den anderen Betheiligten, ohne dessen Vorwissen man den Entwurf des Vertrages fertig gemacht, um den Kaiser Leopold.

Wir haben wiederholt beobachtet, daß er einer Vereinbarung über das spanische Erbe nicht principiell abgeneigt war. Daher fürchtete Wilhelm III. weniger eine entschiedene Weigerung von Wien als die Unentschlossenheit, welche den Termin des 25. September ungenutzt verstreichen lassen würde. Er sprach sich zu Heinsius aus mit den Worten: „Ich besorge nur, daß man in Wien Anlaß gibt zum Abschlusse des großen Werkes ohne sie, nicht wegen der Schwierigkeit der Sache an sich, noch weil ihnen die Bedingungen nicht annehmbar erscheinen, sondern weil die Minister dort nicht zum Entschlusse kommen können“ ¹⁾.

Diese Aeußerung Wilhelms III. ist sehr merkwürdig. Sie zeigt, daß ihm vermöge des langsamen Hinüber-Gleitens auf den Standpunct des Theilungsvertrages die Klarheit darüber abhanden gekommen war, daß er durch den Vertrag dem Kaiser ein schweres Unrecht zufüge.

Er meinte, wenn erst der Kaiser im Principe angenommen, so sei Wien der geeignete Ort zur ferneren Unterhandlung, weil dort die Rätthe des Kaisers, im täglichen Verkehre mit ihm, eher und leichter einen Entschluß erlangen könnten. Aber Ludwig XIV. ließ durch Tallard bestimmt erklären, daß er nicht in Wien verhandeln wolle. Wilhelm III. gab nach mit den Worten: „Wenn Frankreich es nicht anders will, so muß es so sein“ ²⁾. Die Worte klingen wie eine Charakteristik der ganzen Verhandlung über den Theilungsvertrag.

Und doch zeigt sich das Verfahren von holländischer Seite an sich selber als wenig aufrichtig. Die Eröffnungen durch Hop in Wien, so wie gegenüber den kaiserlichen Gesandten im Haag, begannen stückweise. Es ward dadurch für die erste Zeit der Schein erhalten, als

¹⁾ Grimblot t. II, p. 337. Vom 14. Juli.

²⁾ A. a. O. p. 340. Vom 24. Juli.

stünde man noch nicht einem fertigen Vertragsentwurfe gegenüber, sondern als sei man noch in dem Stadium der Unterhandlung. So verfloß der Monat Juli. Erst am letzten Tage desselben trat Heinsius mit den hauptsächlich Bestimmungen des Vertrages hervor: das Königreich Spanien, ohne Navarra und Guipuzcoa, mit Westindien sei für den Erzherzog; jene Provinz von Spanien, ferner Neapel, Sicilien, Mailand, Sardinien, den Hafen von Finale verlange der König von Frankreich für den Dauphin. Da aber Navarra in französischen Händen gefährlich für Madrid, Mailand eben so für den Kaiser: so werde der König von England es dahin bringen, daß er Navarra dem Könige von Frankreich entwinde, daß Mailand durch Austausch an einen Dritten gelangen. Aehnlich stehe es mit Belgien, welches einem Dritten überwiesen oder getheilt werden müsse. Aber Heinsius verlangte Schweigen über diesen Plan, damit nicht der König von Frankreich inne werde, wie ganz und gar der König von England kaiserlich gesinnt. Er werde die Dinge so führen, daß die Nachwelt erkennen solle, daß er nur ungern, und um einen ungeheuren Krieg zu vermeiden, sich auf diese Entwürfe eingelassen. Zugleich lobte Heinsius den Billigkeitsinn Ludwigs XIV., der, sei es aus eigenem Antriebe, sei es auf das Zureden der Frau von Maintenon, sich so eifrig erweise für die Erhaltung des Friedens¹⁾.

Bei solchen Reden, die weder der Aufrichtigkeit, noch der Menschenkenntnis des Rathspensionärs zur Ehre gereichen, standen Auersperg und Goes bestürzt und schweigend. Heinsius fuhr fort: er verwundere sich über ihr Staunen. Er habe in den Acten de Witts einen Theilungsplan von 1668 gefunden, ungünstiger für den Kaiser als diesen. Dennoch habe der Kaiser damals kein Bedenken getragen. Die Gesandten hielten die damalige Lage der Dinge entgegen: in Spanien ein Kind auf dem Throne, derjenige von England im Solde Frankreichs, die Republik Holland uneinig in sich, die Reichsfürsten durch den rheinischen Bund an Frankreich gekettet, der damals jugendliche Kaiser irre geführt durch die Rathschläge von Koblowitz, den später die Strafe getroffen. Man möge nicht, sagten sie, sich berufen auf einen solchen Vorgang aus früherer Zeit und

¹⁾ Anlage I.

unter ganz anderen Verhältnissen. Eine Verhandlung auf der Grundlage, die Heinsius darbierte, schmiede für die Nachwelt die sichere Knechtschaft.

Hop machte dieselben Eröffnungen in Wien. Er fügte frohlockend die neue Nachricht hinzu, daß Ludwig XIV. Belgien nicht mehr verlange, daß er einwillinge in die Ueberlassung von Mailand an einen Dritten, daß man Hoffnung habe für Navarra. Aber Ludwig XIV. bestehe auf Neapel, Sicilien, Sardinien, und werde von dieser Forderung nicht weichen. Die anderen geheimen Bestimmungen des Vertragsentwurfes wurden noch nicht berührt.

An den römischen Kaiser Leopold und seine Rätke trat demnach die wichtigste Frage heran, die bis dahin ihm oder seinen Vorfahren vorgelegen, deren Beantwortung als entscheidend erscheinen mußte für die Schicksale der Völker auf Jahrhunderte. Die Frage spitzte zunächst sich zu in diejenige, ob überhaupt zu verhandeln sei. Sie ward bejaht. Es trat also die zweite heran, was der Kaiser von seinem Rechte auf das Ganze nachlassen könne. Man war eher geneigt, Spanien und Amerika einem der jüngeren Söhne des Dauphins hinzugeben, als einen Theil Italiens. Belgien sei dem Herzoge von Lothringen zu bestimmen. Doch erhielten die kaiserlichen Gesandten im Haag zunächst nur den Auftrag, Peru oder Mexiko für einen der jüngeren Söhne des Dauphins anzubieten.

So geschah es am 18. August. Das Staunen war dies Mal auf Seiten des Rathspensionärs. „Die Unkenntnis im Rathe des Kaisers, erwiederte er, muß groß sein, indem man dort nicht erfaßt, wie sehr dies der Republik Holland zum Nachtheile gereichen würde. Ein solcher Vorschlag, den wir den Franzosen nicht einmal zu Ohren bringen dürfen, ist gleichbedeutend mit dem Ablehnen jeglicher Verhandlung.“ Er ließ sich die Karte von Amerika bringen. Er suchte den kaiserlichen Gesandten mit dem Finger auf der Karte nachzuweisen, daß der Besitzer von Mexiko und Peru vermöge, alle anderen Nationen von dem Handel mit Amerika auszuschließen. Auersperg seinerseits zog die Karte von Europa hervor, und zeigte, daß von Italien aus Frankreich die Erbländer des Kaisers unmittelbar bedrohe. „Sie wollen nicht leiden, sagte er, daß der Handel der Holländer etwas weniger gewinnreich werde; aber Sie tragen kein Bedenken,

dafür Italien an eine Macht auszuliefern, vor welcher der Kaiser nicht sicher sein würde in Wien."

Hestiger noch als Heinsius fuhr Portland empor. Es sei ein schlechter Dank, sagte er, dem Könige für seine freundschaftlichen Bemühungen mit einem Erbieten entgegen zu treten, welches das Verderben beider Nationen nach sich ziehe. Lieber lasse er sich die Hand am langsamen Feuer verbrennen als einen solchen Schimpf zu unterschreiben. Und wenn er auf Befehl des Königs es dennoch thäte: so wisse er, daß er dem Parlamente von England mit seinem Kopfe dafür haften müsse. Aber er fasse nicht, wie man wage zu hoffen, daß Frankreich mit einem solchen Angebote sich begnügen und nicht etwas in Europa verlangen würde.

Wilhelm III. sah den kaiserlichen Vorschlag an als einen Schachzug, um Zeit zu gewinnen. „Dies bestärkt mich, sagt er, mehr und mehr in meiner Ansicht, daß die kaiserlichen Räthe gezwungen werden wollen. Diese Politik ist mir unsaßbar, und wird uns große Verlegenheiten bereiten" ¹⁾).

Die Holländer suchten jedoch näher zu kommen. Sie eröffneten, daß der König von Frankreich dem Erzherzoge die baskischen Provinzen südwärts der Pyrenäen und Belgien überlasse, Mailand für den Herzog von Lothringen fordere, wenn dieser dafür sein Erbland an Frankreich abträte. Dies aber sei von Seiten Frankreichs das letzte Wort. Der König von England erkenne an, wie wichtig die Lage Italiens; aber er bitte den Kaiser der Nothwendigkeit zu weichen.

Der französische Botschafter Tallard verkündete unterdessen den beteiligten Holländern sein Staunen, wie es möglich sei, daß der Kaiser Mißtrauen hege wider den König von England, welcher dem Könige von Frankreich gegenüber auftrate wie ein getreuer Anwalt des Kaisers. Alle Welt, meinte er, müsse die Mäßigung des Königs von Frankreich bewundern, der, gestützt auf sein gutes Recht, stark durch die Macht seiner Waffen, durch Bündnisse und Freunde, von dem spanischen Erbe nehmen könne was ihm beliebe, und dennoch, dem König von England zu Gefallen, außer den spanischen Gebieten in Italien nichts für sich verlange. Ein gleiches Lob verdiene das

¹⁾ Grimblot t. II, p. 341. Vom 16. August.

maßvolle Verhalten der Holländer. Der Entwurf des Theilungsvertrages sei der Ausdruck der Sorgfalt für das Gemeinwohl Europas. Der Kaiser, wenn er sich des Beitrittes weigere, der König von Frankreich, wenn er dann ihn nicht pünktlich ausführe, würden, jeder in seiner Art, mit Recht bezeichnet werden als der Feind des Friedens der Völker. Er sei bereit und habe Befehl, mit jeglicher Bürgschaft und in feierlichster Weise den Verzicht seines Königs auf Spanien zu leisten, wenn zugleich Auersperg von Seiten des Kaisers dieselbe Ermächtigung für Italien darthue. Es sei der Wunsch und Wille des Königs von Frankreich sein ruhmreiches Leben im Frieden zu schließen; daselbe müsse man hoffen von dem Kaiser.

Wir haben uns gegenwärtig zu halten, daß Tallard aufrichtigen Sinnes für den Theilungsvertrag arbeitete. Dazu besaß er eine leicht fließende Beredtsamkeit. Es war den kaiserlichen Gesandten unverkennbar, daß auf die ohnehin geneigte Stimmung bei Heinsius, Portland und Dykvelt die Worte Tallards tiefen Eindruck machten.

Unterdessen kamen immer mehr Punkte des Vertragsentwurfes zum Vorscheine. Dieser überließ es dem Ermessen des Königs von Frankreich, ob er seinen Antheil zur Krone ziehen, oder einem seiner Enkel anweisen wolle. Es ist in hohem Grade merkwürdig, daß Wilhelm III. noch am 18. Juli, also lange nach dem Abschlusse des Entwurfes, nicht mit Sicherheit wußte, welche Wahl Ludwig XIV. darin treffen würde¹⁾. Starb dagegen der Erzherzog Carl ohne Leibeserben, so sollte sein Antheil weder an den Vater, noch an den Bruder Joseph fallen, sondern an eine seiner Schwestern. Diese Verschiedenheit allein erschien so unbillig, daß der Kaiser geneigt war schon darum das Ganze zurückzuweisen. Aber es kam noch Anderes an den Tag, nämlich die Uebereinkunft, daß, wenn nicht der Kaiser binnen einer bestimmten Frist seine Geneigtheit zum Beitritte erkläre, die Vertragsmächte den Antheil des Erzherzogs einem Dritten zuweisen, und ihre Waffen zur Durchführung des Vertrages vereinigen würden. Heinsius und Portland im Haag, Hop in Wien bezeichneten als diesen Termin die Uebereinfahrt des Königs nach England. Der Kaiser ließ dem Hop, demselben, der im Mai 1689 die Allianz

¹⁾ Grimblot t. II, p. 338.

abgeschlossen, darauf erwiedern: wenn der König und die Republik entschlossen seien sich loszusagen von dem geheimen Artikel, durch welchen sie im Mai 1689 sich ihm verbunden für die Erlangung des ganzen spanischen Erbes: so stelle er ihnen anheim sich darüber vor sich selber und der Welt zu rechtfertigen. Für sich jedoch erachte er es für ehrenhafter der Gewalt und einem ungerechten Kriege zu erliegen, als daß er durch die Unwürdigkeit solcher Verträge, zu eigenem Schimpfe, mit Vorbedacht sich und seine Enkel in ein sicheres Verderben stürze.

Die Antwort ward im Haag mit Unmuth vernommen. Die Hoffnung, die Freiheit Europas zu erhalten, sagte Heinsius, beruhe auf dem Vertrage: durch einen Krieg gehe ungleich mehr verloren. Zwei Dinge regierten die Welt: die Macht und das Recht. In Betreff des letzteren sei das Haus Habsburg überlegen, an ersterer das Haus Bourbon. Der Kaiser, der, anfangs so bereitwillig zu einem Vertrage, dann ein so kränkendes, fast lächerliches Angebot gemacht, habe von England keine Hülfe zu erwarten. Nicht aber dürfe der König Wilhelm, der nicht um fremden Vortheils willen sein Volk in einen furchtbaren Krieg stürzen wolle, darum bundbrüchig genannt werden. Das Wesen jegliches Bündnisses sei, daß man zuerst für das eigene Heil sorge, dann für dasjenige der Freunde und Bundesgenossen, und die Pflicht der Genossenschaft erstrecke sich nicht so weit, daß man eins ums andere Jahr, nach dem Belieben des Verbündeten, in den Krieg hincinspringe.

Auf diese Worte des Rathspensionärs hielt auch Auerberg nicht mehr an sich. „So frage ich denn, brach er hervor, worin die Nothwendigkeit bestehe, die Ihnen die Unbilligkeit eines solchen Vertrages aufgezwungen hat? Wenn sie da ist, so haben Sie selber sie dadurch geschaffen, daß Sie sich lossagen von dem Kaiser, daß Sie Ihren erprobten Freund durch die Weigerung Ihrer Hülfe an Frankreich preisgeben. Und doch ist Frankreich nicht eine andere Macht geworden, als welche wir sie aus dem letzten Kriege kennen: wir dagegen haben eher zu- als abgenommen. Sind wir damals nicht überlegen gewesen: so sind wir doch auch nicht besiegt worden. Wir haben nichts eingebüßt, nicht Weniges dagegen wieder gewonnen. Kehren Sie daher zurück zu Ihrer vorigen Richtung, nehmen Sie den Willen von damals wieder

auf; oder wenigstens verbinden Sie sich nicht mit Frankreich wider den Kaiser: dann wird der trügerische Schein der Nothwendigkeit sofort erlöschen. Fühlen Sie sich aber so schwach, und erwächst aus dieser Schwäche eine solche Furcht: so frage ich Sie doch, ob es vernünftig ist so zu reden, nämlich: im Falle eines Krieges steht mir als dem Schwächeren Frankreich gegenüber die Niederlage in Aussicht: darum will ich, um im Frieden zu bleiben, hingeben was Frankreich fordert, nämlich Neapel und Sicilien, die Schlüssel zu Spanien und Italien ihm überliefern, und mich nicht darum kümmern, ob dadurch mein sicherster Freund in die äußerste Bedrängnis und in Verzweiflung geräth. Das heißt in meinen Augen eben so viel als wenn Sie sprächen: weil jener stärker ist als wir, so wollen wir nicht bloß ihm weichen, sondern auch uns bemühen, daß er noch stärker werde: wir fürchten seine Macht als überlegen, und wollen darum sie steigern: wir wollen dem drohenden Angreifer noch schärfere Waffen geben, als er bisher schon befaß, nämlich damit er uns nur nichts zu Leide thue: kurz wir wollen ihm durch einen friedlichen Vertrag mehr geben als er durch einen Krieg vielleicht erlangen würde. Was aber wird geschehen, wenn der König von Spanien stirbe vor dem Abschlusse des Vertrages, oder wenn, nach dem Abschlusse, der König von Frankreich zu den Ländern, zu welchen Sie ihm verholten, auch noch diejenigen greift, die nach Ihrer Meinung dem Erzherzoge gehören sollen, wenn er den Vertrag für hinfällig erklärt, wenn er behauptet, daß er der alleinige Erbe, daß der Krone nichts entfremdet werden dürfe, daß weder er als König, noch der Dauphin zu Ungunsten des Reiches, der Kinder, der Enkel etwas vergeben könne? — Wenn Sie bei Ihrem Gedankengange bleiben, so nehme ich an, daß Sie dann mit noch viel besserem Grunde als jetzt zum Frieden mahnen, an die Waffen nicht einmal denken, und um so unterwürfiger sein müssen, je mächtiger Sie selber den Gegner gemacht haben. Freilich pflegen Sie zu erwiedern, daß Sie Sorge tragen, damit dies nicht geschehen könne, und daß Sie darum ihn binden mit Verträgen und mit heiligen Eiden auf dieselben. Aber wen doch wollen Sie binden? Es ist ja derselbe Mann, welcher den in feierlichster Weise geleisteten, von ihm selber beschworenen Verzicht der Infantin, seiner Gemahlin, für nichtig ausruft, derselbe Mann, welcher ohne Ursache die Republik überfiel

und sie an den Rand des Verderbens brachte — welcher den Rhmeger Frieden schloß und dann sofort ihn brach durch seine Reunionskammern — welcher den Frieden von Ryswyck bis zur Stunde noch nicht erfüllt. Eben derselbe Mann wirbt jetzt durch seine Listen und Kunstgriffe sich Anhänger an allen Höfen Europas. Er verlangt für sich die baskischen Provinzen als die Thore nach Madrid. Er fordert den Hafen von Finale, um von da aus einen Eingang zu haben in die kaiserlichen Erblände, und den Vater und den Sohn von einander zu trennen. Er weist Mailand einem schwachen Fürsten zu, den er, mit Hülfe des Savoyarden, hinaustreiben kann nach seinem Belieben. Wenn dieser König wirklich so viele Bataillone hat, daß er, wie Sie sagen, das gesammte spanische Erbe an sich nehmen kann: so möchte ich doch Ihnen rathen sich wohl vorzusehen, daß er nicht auch das friedliche Gewebe ihrer Theilungsverträge zerreiße. Ich kenne Ihre Zuflucht. Sie meinen, die Könige von Dänemark und die Fürsten Italiens, und überhaupt Jeder, dem seine Freiheit lieb, sollen Ihnen die Bürgen sein für den Vertrag. Das klingt gar schön. Aber wenn Sie der Zustimmung des übrigen Europa so sicher sind: so können Sie dieser Zustimmung auch jetzt sich bedienen, und leichter erscheint es mir, einem Uebel den Eintritt zu verwehren als das bereits eingetretene wieder hinaus zu treiben. Ist einmal die Macht des Königs von Frankreich um so viele Länder gesteigert, so wird er sich um alle diese Bürgen nicht viel kümmern, wird dagegen Andere in seine Genossenschaft ziehen; denn, wie sehr er an listigen Kunstgriffen allen anderen Sterblichen überlegen, davon legen Sie selber das klarste Zeugnis ab."

„Von Einigen hier habe ich vernommen, die Nothwendigkeit einen Vertrag zu schließen und den Krieg zu vermeiden, erwache daher, daß man, wo keine festen Bündnisse vorliegen, jedenfalls zunächst trachten müsse, Zeit zu gewinnen. Ich halte dies für eine leere Ausflucht, um so thörichter, da man dann, um den Krieg etwa um ein Jahr hinauszuschieben, freiwillig im Voraus so viel hingeben würde, wie der Feind nur durch einen langen, für ihn glücklichen Krieg erringen könnte."

„Endlich aber fasse ich nicht, mit welchem Rechte Sie den Kaiser des Undankes zeihen wollen, weil er bereit sein würde, Amerika

abzutreten. Ich gebe zu, daß Ihre Kaufleute eine Einbuße am Gewinne erleiden würden; allein von Panama und Lima aus kann man nicht Holland überfallen, wie von den italienischen Häfen aus Friaul, Kroatien und die anderen Erblande des Kaisers. Auch ist es keine Undankbarkeit, wenn der Kaiser sich nicht bequemen will, dem Gebote Ihrer Republik gemäß zu verzichten auf Königreiche und Länder, welche durch die Gnade Gottes, die Zuneigung der Völker, durch die Kriege von Jahrhunderten seinem Hause rechtmäßig gehören. Wenn das nicht Feigheit wäre, was Anderes verdiente diesen Namen? — Allein ich halte den König Wilhelm für einsichtsvoll genug, daß er nicht darum sich vom Hause Oesterreich lossage. Und wenn er es thäte, so würde er es verantworten können weder vor Gott, noch vor seinem Gewissen, weder vor der Mitwelt, noch der Nachwelt, noch endlich vor England“¹⁾).

Die Antwort lautete wie zuvor: die Seemächte seien zur Zeit nicht im Stande einen Krieg zu führen.

Der König Wilhelm überwachte von seinem Schlosse Dieren aus mit Sorge den Gang der Dinge. Die Uebereinkunft zwischen ihm und Ludwig XIV. setzte als Termin für den Beitritt des Kaisers den 25. September. Aber der Monat August näherte sich bereits dem Ende. Wilhelm III. sah die Wahrscheinlichkeit vor sich aufsteigen, daß er und die Republik genöthigt sein würden, ohne den Kaiser mit Frankreich abzuschließen. Er hätte dies gern vermieden. Aber er konnte nicht umhin sich selber vorzuwerfen, daß er, ohne die Ansichten des Kaisers vorher im mindesten zu kennen, sich hatte bewegen lassen ihm einen Termin des Entschlusses zu setzen. Es schienen dem Könige sich noch zwei Wege zu bieten: der eine die Verlängerung des Termines, der andere ein geheimer Vertrag, durch welchen der Kaiser sich verpflichten würde, nachträglich einzuwilligen in die Vereinbarungen mit Frankreich²⁾. Demnach dachte sich Wilhelm III., daß der Kaiser endlich doch nachgeben werde.

In Wien fanden wiederholte lebhafte Berathungen statt. Die Minister, die an diesen Conferenzen Theil nahmen, waren, nach Rinskys kurz vorher erfolgtem Tode, die Grafen Harrach der Ältere als Oberst-

¹⁾ Wagner t. II, p. 535.

²⁾ Grimblot t. II, p. 343. An Portland und Heinsius, 21. August.

hofmeister, Waldstein als Oberstkämmerer, Mannsfeld als Präsident des Kriegesrathes, Kaunitz als Reichs-Vizekanzler, Bucellini als Hofkanzler für Nieder-Oesterreich, ferner die Rätke Consbruck und Schweickhart. Die Meinungen gingen hin und her. Einstimmig war man in dem einen Punkte, daß der Kaiser das Herzogthum Mailand und Finale als Mannlehen des Reiches nicht fahren lassen dürfe. Diese Ansicht fand die volle Zustimmung des Kaisers. Die Richtschnur seines Verhaltens war fortan die folgende.

Zunächst betrachtete er Mailand und Finale wie ein Palladium seines Hauses, und wollte daher weder durch Unterhandlung, noch der Gewalt gegenüber es hingeben; denn so forderte es von ihm sowohl sein Krönungseid, durch welchen er die Rechte des Reiches zu schützen geschworen, als auch die Sorge für die eigene Sicherheit und diejenige der Nachkommen, so wie endlich der Werth des Landes an sich, welches verdiente mit dem Aufgebote aller Kräfte der gesammten eigenen Monarchie vertheidigt zu werden. Der Kaiser war dazu so fest entschlossen, daß er, wenn Mailand nicht auf andere Weise zu retten stand, bereit war das gesammte andere spanische Erbe dafür hintan zu lassen.

Der zweite Grundsatz war, eher alles über sich ergehen zu lassen als zu gestatten, daß dem Erzherzoge für seinen Antheil unbillige Gesetze auferlegt würden, daß dagegen der Dauphin über seinen Antheil nach Wahl verfügen dürfe.

Der dritte Punkt war die Frage des Verhaltens gegenüber den Seemächten, oder genauer, gegenüber dem Könige Wilhelm III. Im kaiserlichen Rathe wurden Stimmen laut, welche, indem sie eine Umkehr des Königs Wilhelm und der Republik als unmöglich ansahen, dagegen Ehen trugen die Spanier durch den ihnen verhaßten Namen eines Theilungsvertrages zu erbittern, dem Kaiser anriethen, alle weiteren Verhandlungen aufzugeben. Der Kaiser trat dieser Ansicht nicht bei. Und zwar fiel für dies Nicht-Zustimmen besonders der eine Umstand ins Gewicht, daß doch der eigentliche Plan Ludwigs XIV. von Vielen bereits vermuthet wurde. Im Anfange August war der Graf Sinzendorf als Botschafter des Kaisers in Paris eingetroffen. Er meldet die Eindrücke, die er dort empfangen. „Alle stimmen überein, sagt er, daß der König wo möglich ohne Krieg zu der spanischen

Succession gelangen will" ¹⁾). Einige Tage später berichtet er: „Es sind zwei Ansichten hier vertreten. Die eine geht dahin, daß der König den Theilungsvertrag aufrichtig wolle. Die andere ist, daß der König trachte die Seemächte durch den Theilungsvertrag hinzuhalten, um dadurch sie von einer engeren Verbindung mit E. K. M. abwendig zu machen, in der That jedoch beabsichtige, beim Eintritte des Todesfalles in Spanien vermöge seiner bereit gehaltenen Land- und Seemacht die gesammte spanische Monarchie sofort zu überwältigen" ²⁾). Diese Ansicht war dem Kaiser zu Anfang September bekannt. Bewies sich dieselbe als richtig, so mußten dann die Seemächte, die im eigenen Interesse diese Ueberwältigung nicht dulden konnten, zu dem Kaiser zurückkehren. Es war die Aufgabe des Kaisers für diesen Fall ihnen die Rückkehr nicht zu erschweren.

Demgemäß suchte der Kaiser in der Hoffnung, daß irgend eine Wendung der Dinge ein Heilmittel bieten werden, Zeit zu gewinnen und namentlich den Seemächten gegenüber die äußerste Geduld zu beweisen.

Von diesen Grundsätzen aus that der Kaiser dem Könige Wilhelm kund: den Vermittlern — denn als solche pflegte in dieser Sache der König sich selber und die Republik Holland zu bezeichnen — zu Gefallen sei er erbötig für den Erzherzog zu verzichten auf Neapel, Sicilien, Sardinien. Die übrige spanische Monarchie, mit eingerechnet also das Herzogthum Mailand, müsse dem Erzherzoge verbleiben, so jedoch, daß in Betreff seiner Succession ihm keine andere Beschränkung auferlegt werde als dem Dauphin. Auch willige der Kaiser ein, daß, so lange zwei Sprossen des Hauses Habsburg übrig, der eine die östlichen Erbländer, der andere Spanien regiere, wenn der König von Frankreich eben so sich verpflichte für die Söhne des Dauphins, daß der eine Frankreich, der andere Neapel erhalten solle. Wenn der König von Frankreich dies nicht zugestehet, so verlange auch der Kaiser freie Hand zu haben. Das sei der Zubegriff dessen, was zu vereinbaren sei, und zugleich die Grenzlinie, welche der Kaiser nicht überschreiten wolle. Er fügte hinzu, daß ihn die Drohungen von befreundeter

¹⁾ Sinzendorfs Bericht vom 17. August.

²⁾ Dergleichen vom 25. August.

Seite überrascht hätten. Wenn die Seemächte sich für frei erachteten von dem geheimen Artikel der Allianz von 1689: so stelle er nur noch die Bitte, daß sie nicht als Feinde ihm entgegen träten, sondern, ohne sich in die ihnen fremden Angelegenheiten einzumischen, Oesterreich sich selber überließe. Dies entspreche dem Völkerrechte und gereiche den Seemächten nicht zum Schaden. Freilich habe der Kaiser in den vorigen Kriegen ein Anderes um sie verdient, wo er um ihretwillen seine Vortheile preis gegeben und Nachtheile verschmerzt habe. Sie möchten überlegen, wie sie es aufgenommen haben würden, wenn in den Jahren 1672 und 1688 der Kaiser, mit Berufung auf die Nothwendigkeit, sich mit dem Könige von Frankreich geeinigt hätte die Republik zu theilen, und, wenn nöthig, sie mit den Waffen dazu zu zwingen. Wie damals, so könne in dem Wechsel der Dinge nochmals die Zeit wiederkehren, wo die Republik fremder Hülfe bedürftig.

So der Kaiser am 4. September.

Die Antwort traf ein im Haag am 13. September. Die Concessionen derselben erschienen dem Rathspensionär nicht ausreichend. Er verlangte Mailand dazu. In Betreff dieses Herzogthumes, meinte er, werde das Gewissen und die Ehre des Kaisers, die Würde des Reiches genügend gewahrt durch die Ueberweisung desselben nicht an Frankreich, sondern an den Herzog von Lothringen. Die Republik sei dem Kaiser nicht undankbar; aber die Dankbarkeit erstrecke sich nicht bis zu der Geneigtheit, ihr das eigene Wohl zum Opfer zu bringen. Er redete von einer Abberufung Hops. „Zimmerhin, erwiederte Auersperg. Auch ich würde dann mich heim begeben, nicht in feindseliger Gesinnung, sondern in der Hoffnung, daß die Nachfolger beiderseits glücklicher sein werden. Erwägen Sie jedoch das Eine. Wenn das verzweifelte Spanien sich einen französischen Prinzen als König ersieht, so werden wir Alle unvermeidlich in den Krieg fortgerissen. Aber die Schuld liegt dann an denen, welche durch das Schreckbild der Theilung die Spanier in solche Entschlüsse hinein gecheucht haben. Einstweilen indessen lebt noch der König von Spanien, und darum dürften wir etwas mehr Beständigkeit und Festigkeit von Ihrer Seite erwarten“¹⁾).

¹⁾ Wagner t. II, p. 539.

Günstiger als Heinsius urtheilte der König Wilhelm in Poo. „Zwischen der französischen Forderung, sagt er zu Heinsius, und den Concessionen des Kaisers gähnt noch eine weite Kluft, und dennoch gehen diese Concessionen viel weiter als ich erwartet hatte“¹⁾. Er meinte, daß kein Nachtheil erwachsen könne, wenn man dem Kaiser noch einige Zeit lasse, auch über den 25. September hinaus. Aber zugleich fiel es ihm auf, daß Frankreich mit solchem Nachdrucke auf den Abschluß des Vertrages drängte, der bis dahin nur Entwurf war. Er gestand, daß er sich in Verlegenheit befinde. Er konnte Frankreich nicht mehr hindern, die Puncte des Vertrages an Spanien zu bringen. Sobald aber dies geschehen war, mußte auch sofort das erfolgen, was er hinaus zu schieben trachtete, nämlich der definitive Abschluß. Er konnte nur noch den Einwand erheben, daß die Republik Holland den Entwurf noch nicht berathen, demnach auch sich noch nicht erklärt hatte. Aber von französischer Seite trat dann die Forderung entgegen, daß dies ungesäumt zu geschehen habe. Je mehr Wilhelm III. dies erwog, desto klarer ward sowohl ihm wie Heinsius, daß der König von Frankreich bei diesem Drängen einen besonderen Zweck verfolge, nämlich den des Abschlusses ohne den Kaiser. Damit verband sich aber bei Wilhelm III. sofort noch ein anderer Gedanke. „Das Ziel Frankreichs dabei ist, sagt er, uns von dem Kaiser zu trennen. Das ist ein großes Unglück; aber wir können einstweilen nicht anders“²⁾.

Zum ersten Male bei diesen Unterhandlungen blickt aus diesen Worten Wilhelms III. uns entgegen, daß er das eigentliche Ziel Ludwigs XIV. bei der ganzen Sache erkennt, nämlich die Absicht, durch den Theilungsvertrag die bisherigen Verbündeten zu zertrennen, zu entzweien. Wir haben den Bericht des Grafen Sinzendorf aus Paris vernommen, daß dort über den Theilungsvertrag zwei Ansichten im Umlaufe waren, von denen die eine, daß er diene als Blendwerk für die Seemächte. Wir haben ferner aus den Worten Auerspergs zu Heinsius den Gedanken vernommen, daß der König von Frankreich den Theilungsvertrag benutzen könne als Schreckmittel bei Spanien zu seinen Gunsten. Es ist daher nicht anzunehmen, daß ein Gedanke,

¹⁾ Grimblot t. II, p. 347. Vom 15. September.

²⁾ A. a. O. p. 349. Vom 19. September.

der an verschiedenen Orten auftaucht und bereits eine so bestimmte Gestalt annimmt, nicht auch von Wilhelm III. erwogen sei, und zwar mit allen Consequenzen. Jedenfalls ist undenkbar, daß Wilhelm III., nachdem er seinem Berather Heinsius gegenüber jene Ansicht ausgesprochen: der Plan des Königs von Frankreich sei dahin gerichtet ihn und die Republik von dem Kaiser zu trennen, dieselbe nicht auch fortan oft sich gegenwärtig gehalten habe.

Es ist nicht unwichtig darauf hinzuweisen, daß eben damals, wo äußerlich der Kaiser und Wilhelm III. einander so fern stehen und noch mehr zu stehen scheinen, innerlich doch schon ein Berührungspunct bei ihnen sichtbar wird. Es ist die ausgesprochene Absicht des Kaisers, in seiner Geduld gegenüber dem Könige und der Republik bis an die äußerste Grenze zu gehen, um nur nicht mit ihnen zu brechen, in der Hoffnung, daß sie sich wieder finden werden. Wilhelm III. seinerseits schrickt zurück vor dem Gedanken, daß Ludwig XIV. ihn führen wolle zum Bruche mit dem Kaiser.

Nicht jedoch bewog diese Erkenntnis den König Wilhelm damals zur Umkehr von dem betretenen Wege. Denn auch die anderen Worte, welche er dem Aussprechen jener Erkenntnis beifügt: „Wir können einstweilen nicht anders“ — sind gewichtig.

Von diesem Standpuncte aus suchte er nach beiden Seiten hin zu wirken. Er gab dem Drängen der Franzosen nicht nach, welche mit dem 25. September die Frist für den Kaiser als abgelaufen ansahen und die Unterzeichnung des Vertrages forderten. Er entsendete nach Wien an Hop einen Courier nach dem anderen mit der Mahnung zum Beitritte. Die Mahnungen wurden dort nicht leicht genommen. Eine Conferenz folgte der anderen. Die Bruchstücke, die aus den Berathungen erhalten sind, zeigen, daß das Für und das Wider nach allen Richtungen wiederholt zur Sprache kommt. Und doch klingt beständig der eine Grundton durch: der Kaiser kann und darf von Mailand nicht lassen. Darum war der Beitritt unmöglich.

Im Laufe des September jedoch trat ein Vorgang ein, welcher, auch ohne Zuthun Ludwigs XIV., auf die Entschlüsse Wilhelms III. nach der französischen Richtung hin bestimmend einwirkte. Es war die Protestation des spanischen Botschafters in England, des Marquis Canales, gegen den Vertragsentwurf. Wir erinnern uns, daß Carl II.,

auf das Gutachten seines Staatsrathes, beschloß, nach allen Seiten hin einen solchen Protest zu erlassen, daß er zu diesem Zwecke einen Courier an seinen Botschafter in Paris, Castel dos Rios, entsandte. Ludwig XIV. war nicht Willens diesen Botschafter vorzulassen, noch ihm eine Antwort zu geben, bis er volle Klarheit darüber hatte, wie der Kaiser sich zu dem Entwurfe des Theilungsvertrages stellen würde. Als Vorwand, die Audienz für Castel dos Rios hinauszuschieben, benutzte er den Umstand, daß sein Botschafter Harcourt im Jahre zuvor in Madrid viele Wochen lang auf seine erste Audienz hatte warten müssen. Castel dos Rios mußte sich gedulden ¹⁾).

Anders lagen die Dinge für Canales in London. Der König von England war abwesend, in Holland. Es handelte sich also hier nicht um eine Audienz, die der König anzusehen hatte. Canales konnte der Regentschaft gegenüber handeln auf schriftlichem Wege, war daher an eine Zeit nicht gebunden. Er ergriff den ihm ertheilten Auftrag der Protestation mit einem besonderen Eifer, so sehr, daß das Schriftstück, welches er einreichte, unverkennbare Spuren einer Animosität wider die Person des Königs Wilhelm III. an sich trägt.

Die Ursachen eines solchen Auftretens von Canales mochten sowohl nationaler Art sein, wie ihm persönlich eigen. Die frühere Zuneigung der Spanier für den König Wilhelm III. hatte im Laufe des Krieges sich nicht gesteigert. Es ist nicht anzunehmen, daß seine vielfachen misachtenden Aeußerungen über Spanien nicht auch nach Madrid gedrungen seien. Dazu war dann der Schonenbergische Handel gekommen. Der Nachdruck, um nicht zu sagen die Hartnäckigkeit, mit welcher Wilhelm III. den eben so gewandten wie insolenten Mann dort aufrecht hielt, mochte anwendbar sein gegenüber einer so schwachen Regierung wie der spanischen; aber wohlthuend, conciliatorisch konnte sie nicht wirken. Dann kam das Jahr 1696. Wilhelm III. versprach Hülfe für Barcelona und leistete sie dann nicht. Wir haben seine Aeußerung vernommen, daß es ihm unmöglich gewesen sei. Aber derjenige, dem ein Versprechen nicht gehalten wird, ist selten geneigt an die Versicherung einer solchen Unmöglichkeit zu glauben.

¹⁾ Ludwig XIV. an Harcourt, 20. September, bei Hippeau t. II, p. 144.

Auch haben die Worte des königlichen Paares von Spanien diesen Mangel an Geneigtheit uns kund gethan.

Eben damals, im Jahre 1699, glaubten die Spanier einen neuen, sehr berechtigten Anlaß zur Beschwerde über den König Wilhelm III. zu haben.

Einige Zeit zuvor hatte sich in Schottland eine Handels-Compagnie gebildet, mit der Absicht eine Colonie in Amerika anzulegen, und zu diesem Zwecke sich die Landenge von Darien ansehen. Diese gehörte indessen der Krone Spanien. Die Acte über dies Unternehmen ging durch das schottische Parlament, erhielt jedoch nicht die Sanction des Königs. Dessen ungeachtet trat die Unternehmung ins Leben. Ein schottisches Geschwader landete an der Küste von Darien und legte dort zunächst ein Fort an. Im Mai 1699 gelangte die Nachricht nach Madrid, und rief dort Bestürzung und Unwillen hervor, die erstere, weil man sich dem dreisten Unternehmen gegenüber wehrlos befand, den anderen, weil man die Sache als einen Friedensbruch ansah, verübt mit Connivenz des Königs Wilhelm. Dieser ließ sofort durch den Staats-Secretär Vernon bei der spanischen Botschaft jeden Antheil von seiner Seite verneinen. Der Rath von Indien in Madrid beschloß nachdrückliche Maßregeln gegen jene schottische Colonie. Allein niemals zuvor war die Schwäche der spanischen Monarchie so sichtlich hervorgetreten. Um die Mittel zu erlangen zu Feindseligkeiten gegen achthundert Schotten in Darien, ließ Carl II. den Papst ersuchen, ihm durch die Erlaubnis zu einer Steuer von den Kirchengütern zu Hülfe zu kommen. Ludwig XIV. war bereits im Juni darauf gefaßt, daß Spanien nicht umhin könne, seine Hülfe gegen jene wenigen Schotten nachzusuchen¹⁾. Dieses Ersuchen erfolgte nicht. Ludwig XIV. ließ durch seinen Botschafter in Rom, den Fürsten von Monaco, dem Papste kund thun, daß er sich erbielte seine Kriegsschiffe zu den spanischen stoßen zu lassen, um die Schotten zu verjagen, wenn der König von Spanien ihn darum ersuche. Der Papst schickte einen Courier nach Madrid. Der Staatsrath war geneigt zur Annahme. Aber mitten in die Berathungen hinein fiel die Nachricht, daß die Schotten aus ihrer Niederlassung in

¹⁾ Hippeau t. II, p. 94. Vom 20. Juni.

Darien bereits vor zwei anderen Feinden gewichen seien, vor dem Hunger und den klimatischen Krankheiten ¹⁾. Das Unternehmen von Darien war damit einstweilen vereitelt. Man schlug den Verlust, den die Schotten durch den Mißerfolg erlitten, auf zwei Millionen Gulden an, einen Betrag gleich dem damaligen Baarvermögen von Schottland ²⁾.

Wilhelm III. selbst drückt sich über die ganze Sache nach dem Fehlschlagen zu Portland aus mit den Worten: „Obwohl ich sehr erfreut bin, daß die Wendung der Dinge in Darien mich von jeder Verlegenheit befreit: so dauern mich doch von ganzem Herzen diese armen Schotten, die alles verloren und doch nicht aus sich selber diese Sache angefangen haben. Auch besorge ich vielen Zank in Schottland, von welchem auch ich zu leiden haben werde ³⁾.“ Er mochte durch seinen Protest Spanien gegenüber die Sache dort als erledigt ansehen, zumal da er das schottische Unternehmen durchaus nicht begünstigt hatte. Aber wie er sich von Seiten der Schotten wegen dieser Nicht-Begünstigung eine wachsende Abneigung zuzog: so gelang es ihm nicht, bei den Spaniern den Verdacht seiner Theilnahme an dem völkerrechtswidrigen Plane zu tilgen ⁴⁾.

So die allgemeinen Gründe der Misstimmung vieler Spanier gegen den König Wilhelm III., auch vor der Kunde des Theilungsvertrages. Nun kam diese Angelegenheit hinzu, und der Marquis Canales erhielt den Auftrag zu protestiren.

Die Persönlichkeit dieses Mannes war nicht concilianter Natur. Hoffmann meldet, daß Canales dem wohlwollenden Verfahren der englischen Staats-Secretäre in Betreff der katholischen Priester nicht entgegen kam, sondern Anforderungen erhob, deren Erfüllung die Staats-Secretäre in directen Widerspruch mit den allerdings grausamen englischen Gesetzen bringen würde. „Er ist sehr eigensinnig,“ berichtet Hoffmann einige Monate zuvor ⁵⁾. Besonders aber war

¹⁾ Hippeau t. II, p. 148. Vom 2. October. Uebrigens behauptete Ludwig XIV. nachher, daß der Papst zu weit gegangen sei; p. 160, vom 6. November.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 25. September.

³⁾ Grimblot t. II, p. 354. Vom 29. September.

⁴⁾ Auerspergs Bericht vom 24. November.

⁵⁾ Hoffmanns Bericht vom 2. Juni.

Canales erbittert wegen des Interdictes, welches in Folge der Angelegenheit des Schonenberg in Madrid auch auf ihm lag. Noch Anderes wird aus seinem eigenen Verhalten sofort uns entgegen treten.

Am 12. September ließ der spanische Botschafter Canales der Regentschaft in England eine Schrift einreichen, unter dem Titel: „Eine Remonstration an die Regentschaft von England, in der Erwartung, daß sich das Parlament versammle“. Die Schrift bezeichnete den Theilungsvertrag als ein sehr anstößiges Attentat, das einer Untreue nahe komme, unwürdig eines verbündeten Fürsten. Wenn man nicht ablasse von solchen Anschlägen, droht sie: so werde Europa zurückgeschleudert in einen unglückseligen Krieg. England mehr als irgend ein anderes Land habe darauf Bedacht zu nehmen, da es ja wisse, was die letzten Unruhen ihm gekostet. Die Schrift schloß mit den Worten, daß dieselbe Protestation beiden Häusern des Parlamentes eingereicht werden solle¹⁾.

Die Regenten begnügten sich dem Botschafter gegenüber mit der Antwort, daß sie die auffallende Schrift dem Könige zustellen würden.

Es geschah. Die Antwort erfolgte sofort. Die Regentschaft entsendete den Staats-Secretär Vernon an den spanischen Botschafter, mit dem Auftrage ihm dieselbe kund zu thun. Vernon las dem Botschafter die folgenden Worte vor: „Se. Majestät der König, nachdem er Einsicht genommen von dem Schriftstücke, welches, im Auftrage Ew. Excellenz, der Secretär der spanischen Botschaft neulich der Regentschaft von England eingereicht, hält den Inhalt für so insolent und aufrührerisch, daß er, um seinen Unwillen über ein so ungehöriges, durch das Völkerrecht in keiner Weise gerechtfertigtes Verfahren kund zu thun, Ihnen befehlen läßt, von heute an binnen achtzehn Tagen seine Königreiche zu verlassen, und bis zu Ihrer Abfahrt sich in Ihrem Hause zu halten. Zugleich habe ich Ihnen anzukündigen, daß kein Schriftstück von Ihrer Seite her mehr angenommen wird“²⁾.

Zu Vernons Erstaunen erwiederte Canales: „Es thut mir sehr leid, die Meldung nicht gestern erhalten zu haben“. — „Warum?“ fragte Vernon. — „Weil ich dann besser geschlafen haben würde,“

¹⁾ Die Berichte Hoffmanns im September.

²⁾ Grimblot t. II, p. 351.

versetzte Canales. Dann behauptete er, daß seine Schrift durchaus seinen Instructionen entspräche, daß er sogar neue Befehle erhalten zu noch stärkeren Ausdrücken, welche nun ihm abgeschnitten seien. Nachdrücklicher indessen als die Befehle von daheim, welche nach dem Berichte von Harcourt als sehr zweifelhaft erscheinen, mochte auf Canales einwirken der Ueberdruß an seinem Aufenthalte in England, zumal da von Spanien aus für seinen Unterhalt keine Sorge getragen wurde. Er war bis dahin in England geblieben nur aus Furcht vor der Gefahr, die beim eigenmächtigen Verlassen seines Postens ihm daheim bevorstehen konnte. Deshalb verstieg er sich dem englischen Staats Secretär gegenüber zu den Worten, daß die göttliche Fügung einen Weg zu seiner Befreiung ausgefunden habe.

Welche Wirkungen die Maßregel dieser Ausweisung auf das Verhältniß der beiden Mächte England und Spanien üben werde, stand einstweilen dahin. Dagegen zog das Auftreten des Canales sofort eine andere Maßregel nach sich in Betreff des Entwurfes für den Theilungsvertrag. Wilhelm III., obwohl er sich bei den hochtrabenden Worten des Schriftstückes von Canales des Nachens nicht erwehren konnte, fügte doch seiner Mittheilung desselben an Portland die Worte hinzu: „Der König von Frankreich wird sicherlich seine Freude daran haben, weil ich nun um so geneigter sein werde, den Abschluß des Vertrages zu vollziehen“. Er beschied den Staats-Secretär Jersey zu sich nach Voo. Denn, obwohl nicht Jersey, sondern Portland mit Tallard die Einzelheiten des Entwurfes beredet: so erschien es doch vorsichtiger, den Vertrag durch Jersey als verantwortlichen Rath der Krone contrasigniren zu lassen, damit, für den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Angriffes von Seiten des Unterhauses auf den Vertrag, ein Engländer betroffen werde, und nicht eine Persönlichkeit, die, wie Portland selber sich ausdrückte, die Erbsünde an sich trug, nicht ein geborener Engländer zu sein. Darum wich Portland aus sich selber gern diesem Staats-Secretär¹⁾.

Der Vorgang stellt abermals in klares Licht, wie es mit den Räthen der englischen Krone unter Wilhelm III. bestellt war. Es kam damals, im October 1699, auf holländischem Boden nicht zur

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 3. November.

Unterzeichnung des Vertrages; aber die Intention Wilhelms III. dazu war da, und zwar diejenige der Unterzeichnung durch Jersey. Wie dachte aber Jersey darüber, er als der einzige geborene Engländer, der bis dahin eine Kunde des Vertragsentwurfes hatte? Er gab einige Tage später auf englischem Boden seine eigene Meinung dem Grafen Auersperg kund. Wenn England in sich selber einig sei, sagte er, so habe es weder von Frankreich, noch von einer anderen Macht der Welt etwas zu besorgen, und in Betreff der spanischen Sache sei es nicht betheiligt. Er fügte hinzu: wenn der König Wilhelm seinem Rathe folgen wolle, so würde er sich nicht mehr in diese Angelegenheit mischen, sondern sie dem Kaiser und dem Könige von Frankreich allein überlassen. „Aber, erwiederte Auersperg, eine solche Rede eignet sich für einen Landedelman, nicht jedoch für einen Staats-Secretär von England“ ¹⁾.

Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Staats-Secretär Jersey gewagt haben sollte, dem Könige Wilhelm III. jenen Rath zu geben, von welchem er sprach, einen Rath, der mit dem ihm bekannten Willen des Königs in unvereinbarem Widerspruche stand. Nicht, um von Jersey einen Rath zu empfangen, berief der König Wilhelm im October ihn nach Voo, sondern damit Jersey eine ohne seinen Rath fertig gemachte Sache unterschreiben solle. Und Jersey war bereit. Diese Bereitwilligkeit eine Verantwortung auf sich zu nehmen, die mit seinen eigenen Ansichten nicht im Einklange stand, läßt im voraus vermuthen, daß Jersey, wenn die Sache bedrohlich erschien, bedacht sein würde sich in ähnlicher Weise wieder heraus zu ziehen, wie er hinein gegangen.

Eben so wie Wilhelm III. im October bereit war von englischer Seite den Vertragsentwurf vollziehen zu lassen: so drängte er in Heinsius ihn den gesetzlichen Gewalten der Republik der Niederlande vorzulegen. Zugleich jedoch, meinte er, müsse noch einmal ein Versuch bei dem Kaiser gemacht werden ²⁾.

So am 29. September. Durch diesen erneuten Versuch ward jedoch, zum großen Verdrusse Ludwigs XIV. und seines Botschafters Tallard, die Sache abermals hinaus gezögert.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 13. November.

²⁾ Grimblot t. II, p. 351. Vom 29. September.

Der Wunsch Wilhelms III. ist von seinem Standpuncte aus sehr begreiflich. Das Mitgehen des Kaisers würde ihn decken gegen jeden etwa möglichen Vorwurf des Parlamentes. Es mochte ihm zugleich erscheinen als das sicherste Mittel, den König von Frankreich bei dem Vertrage fest zu halten. Aber der Grundfehler bestand darin, daß Wilhelm III. den Vertrag mit Ludwig XIV. entworfen und vorläufig beiderseitig bindend abgemacht hatte, ohne die Intentionen und Ansichten des Kaisers zu kennen und ohne auch nur einmal danach zu fragen. So war es dem Könige von Frankreich gelungen, in diesem Entwurfe über das Herzogthum Mailand eine Verfügung zu treffen, in welche, wie er mit Sicherheit voraussetzen durfte, der Kaiser niemals willigen könne. Und noch dazu benahm das fertige Bestehen des Entwurfes dem Könige Wilhelm für den Fall der Weigerung des Kaisers jegliches gütliche Mittel. Er suchte sich vor sich selber zu verwahren, daß er nicht drohe, und doch kann, wie der Graf Auerberg wiederholt darlegte, sein Verfahren mit keinem anderen Namen benannt werden. Er ließ durch Hop in Wien noch einen Versuch machen.

Hop suchte dem Kaiser darzuthun, daß durch einen Krieg nicht das zu erlangen sein werde, was Frankreich jetzt freiwillig anbiete. Aber dies sei das Ultimatum. Wenn der Kaiser nicht jetzt annehme, so sei es die Verneinung. Für diesen Fall würden der König von England und die Republik Holland mit dem Könige von Frankreich die Uebereinkunft treffen, den für den Erzherzog bestimmten Antheil der spanischen Monarchie einem dritten Fürsten anzuweisen. — Die Rede brachte bei dem Kaiser nicht die gewünschte Wirkung hervor ¹⁾.

Der Kaiser und seine Rätthe befanden sich in Ebersdorf. Zweimal an diesem Tage traten die letzteren zu langen Erörterungen zusammen. Die volle Erkenntnis der Schwierigkeit der Lage leuchtet aus jeder Aeußerung hervor ²⁾. Besser noch sei es, meinten Einige, mit Frankreich direct zu verhandeln, ihm den Tausch der Portionen anzubieten. Man kam endlich überein, dem Könige von Spanien den

¹⁾ Wagner t. II, p. 539. Er gibt das Datum nicht an; aber die darauf folgende Conferenz der Rätthe in Wien ist vom 11. October. — Die Worte, die Wagner hier dem Kaiser beimißt, finden sich actenmäßig erst im folgenden Jahre.

²⁾ Die Notate für das Protokoll, abgedruckt bei Gaedele Thl. II, S. 176* u. f.

ganzen Hergang mitzutheilen, ihn hinzuweisen auf die Ehrlichkeit und Treue des Kaisers. Auch möge die Kaiserin nochmals ihre Schwester, die Königin von Spanien mahnen. Als Antwort an Hop ward eine Denkschrift ausgearbeitet, welche, nachdem sie den Verlauf der Sache dargelegt, die Stellung des Kaisers zu derselben und zu seinen bisherigen Bundesgenossen in klaren Zügen zeichnet¹⁾.

„Seit dem Ryswycker Frieden, sagt die Schrift, hat der Kaiser den König oft gemahnt an die Fortdauer der Allianz, an die Ausführung der Punkte des Friedensschlusses, und vor allen Dingen an die Erneuerung des geheimen Artikels. Als der holländische Gesandte Hop hier endlich eintraf, verharrete er darüber im tiefen Schweigen, und erwiederte dann auf Befragen, daß er dafür keinen Auftrag habe. Nach dem Abschlusse des Türkenfriedens von Carlowitz, hat der Kaiser, im Februar 1699, den König Wilhelm ersucht, daß er bei der sichtlichen Abnahme des Königs von Spanien den Gesandten Hop mit einer Instruction versehen möge. Der König erklärte sich dazu bereit, wenn der Kaiser seinerseits seine Ansichten in Betreff Spaniens darlegen, seine verwendbaren Streitkräfte und anderen Hülfsmittel angeben würde. Nachdem der Kaiser diese Auskunft so schnell und so klar wie möglich erteilt, wurde er, wider seine Erwartung, aufgefordert zu einem Vertrage mit Frankreich, damit dadurch der Krieg vermieden würde. So nachtheilig dieser Vorschlag der Rechtsansicht des Kaisers und demgemäß seiner Politik war, glaubte er dennoch um seiner Verbündeten willen ihn nicht ablehnen zu dürfen, so jedoch, daß der Kaiser billige Rücksicht auf das Recht seines Hauses verlangte. Er überließ es dabei dem Dasürhalten des Königs, ob dieser zuerst seinen Vorschlag machen, oder lieber die französische Ansicht einholen wolle. Dann brachte Hop zuerst, und zwar nicht als Gesandter, sondern wie im Privat-Auftrage von Heinsius, einen halben, unklaren Vorschlag über die Abtretung von Navarra und Guipuzcoa. Am 1. August endlich kam er hervor mit jenem Entwurfe einer völligen Theilung der Monarchie. Nach wenigen Tagen, am 5. August, ließ

¹⁾ Das Schriftstück findet sich im I. I. Archive nicht vor. Es ist aber erhalten durch Wagner t. II, p. 539 sqq. Er sagt: quas (sc. litteras) prope ad verbum ascripsisse juverit. Auch er hat das Datum nicht. Spätere Verweise darauf ergeben als Datum den 18. October.

der Kaiser einen Courier abgehen mit der Erklärung seiner Bereitwilligkeit Amerika abzutreten. Kaum war derselbe im Haag angelangt, als von dort aus in Wien die Nachricht eintraf: Frankreich fordere den Theilungsplan, wie er sei, die Bedingungen seien billig, und es bestehe bereits die Uebereinkunft, daß der Kaiser den Entwurf, ohne weitere Einrede, anzunehmen oder abzulehnen habe."

„Die Unbill dieser Forderung schreckte den Kaiser nicht. Er erwiederte, daß er bereit sei auch Neapel und Sicilien nachzulassen, daß jedoch das übrige Erbe dem Erzherzoge bleiben müsse. Auf die anderen Vorschläge, die nämlich den Untergang des Kaiserhauses zur Folge haben würden, hat er sich gar nicht eingelassen."

„Nach dem sorgfältigen Ueberblicke des ganzen Ganges dieser Verhandlung muß der Kaiser sein Urtheil dahin fällen, daß, so lange er lebt und Erinnerung hat, ein ähnliches Verfahren zwei verschiedene Parteien zu vergleichen, niemals gesehen noch gehört worden sein mag, und daß, so lange noch eine späte Nachwelt des Thuns und Leidens ihrer Vorfahren gedenken kann, es erscheinen wird wie unglaublich, wie ein Trugbild, oder wie ein unseliges Verhängnis, nämlich daß ein König, der sich über den Erdkreis hin den Ruf einer besonderen Einsicht erworben, nun darauf ausgehe, den seit langer Zeit die Freiheit Aller bedrohenden König von Frankreich aus freien Stücken mit einem solchen Zuwachse von Vändern noch zu verstärken, dem getreuesten Bundesgenossen dagegen das ihm allein rechtmäßig gebührende Erbe zu nehmen, und zwar darum, weil dieser sich des Verbrechens schuldig gemacht, nicht willig seinen Hals darzustrecken für die ihn erwürgenden Forderungen seines Freundes. Wahrlich, wenn der Kaiser ein ähnliches Vertrags-Gewebe mit Frankreich angesponnen, um über eine englische oder holländische Provinz zu verfügen: so würde er mit Recht von daher als Feind bezeichnet werden."

„Die Vorwände und Entschuldigungen für das Verfahren fassen sich, so weit ersichtlich, in drei Hauptstücke zusammen."

„Zuerst sagt man: wir sind aufgerufen zur Vermittelung und zum Ausgleich. Aber ist denn das ein richtiges Verfahren eines Vermittlers, daß er die eine Partei über sein Verfahren lange in Unkenntnis beläßt, und dann, ohne ihr Wissen und Wollen, über sie

nach seinem Belieben entscheidet? — Das dürfte nicht einmal ein Richter noch ein Oberherr für sich in Anspruch nehmen, weil für sie die Schranke des Gesetzes besteht. Wie billig aber man sich bei dem Geschäfte des Ausgleiches benommen, liegt in dem Anfange und dem ganzen Verlaufe der Angelegenheit zur Genüge vor Augen."

„Ferner sagt man: bessere Bedingungen waren nicht zu erlangen. — Freilich nicht, wenn man damit beginnt seine Furcht zu zeigen, offen zu erklären, daß man es nicht zum Kriege kommen lassen wolle, wenn man vor dem Mächtigeren weich thut, dem Schwächeren gegenüber scharf, drohend auftritt, und sogar herrlich mit den Waffen klist. Wenn man gegen den König von Frankreich, für den Fall, daß er nicht von Mailand abstehe, dieselbe Schärfe, dieselbe drohende Haltung angewendet, wie gegen den Kaiser: so wären die Dinge nicht auf den jetzigen Stand herab gekommen."

„Endlich heißt es: ein Krieg könne zur Zeit nicht unternommen werden. — Der Kaiser seinerseits hat das auch niemals verlangt: er wird dagegen nicht aufhören zu verlangen, daß man nicht durch den Druck eines fremden Willens sich bewegen lasse, in höchst unbilliger Weise ihm sein klares Recht abzuspochen. Allein eben indem man sagt, daß man einen Krieg nicht führen könne, bedroht man dennoch gerade den Kaiser mit Krieg, wenn er nicht willig sei. Die Republik hat dennoch einst Widerstand geleistet, obwohl viele ihrer Provinzen in Feindes Hand, und obwohl zugleich nicht zu bauen war auf das von Parteien zermühlte England. Wenn wir mit festem Willen auftreten, so werden auch die Mittel des Krieges uns nicht fehlen, für Holland nicht, weil der Handel blüht wie je zuvor; für England nicht, weil beide Häuser des Parlamentes in dieser Sache einig und geneigt sind; für den Kaiser nicht, weil er mit den Türken in seinem Rücken Frieden und vor sich hat seine gerechte Sache."

„Bei Lebzeiten des Königs von Spanien wird der König von Frankreich sich nicht regen. Vielleicht wäre es zu wünschen, daß er sich regte. Wann immer der Krieg an uns heran tritt, werden wir unsere Waffen vereinigen müssen, kraft des Bündnisses von 1689, welches der König und die Republik selber anerkennen. Wenn man auch dann wie zur Zeit, mit Berufung auf die Nothwendigkeit, oder

richtiger auf den Mangel an Willenskraft, die gemeinsame Sache verlassen will, wenn der Wunsch nach dem friedlichen Genuße der Gegenwart die Oberhand behält über die Voraussicht der künftigen Leiden, dann vermag wenigstens der Kaiser nicht einzusehen, wie die schönsten Versprechungen und Verheißungen im Einklange stehen sollen mit der Häßlichkeit eines solchen Thuns, noch welche Hoffnung zu bauen auf Bündnisse mit solchen Mächten. Es ist nicht die Weise des Kaisers eine Wohlthat vorzurücken. Allein er hat das Wort des Königs vernommen, daß der Kaiser einigen Antheil habe an seiner Erlangung der englischen Krone; er hat auch das Wort der Republik vernommen, daß sie ihre Erhaltung nächst Gott dem Kaiser verdanke. Nunmehr ist die Zeit gekommen, wo man von dort her Gleiches mit Gleichem vergelten kann. Oder, wenn man den Bestand des Bündnisses verneint, wenn keine Neigung da ist zu helfen: so bleibe man wenigstens neutral, und halte für gewis, daß der Kaiser unter keiner Bedingung dem ihm das Verderben bringenden Vertrage jemals beitreten wird.“

„Wenn jedoch man dies Alles hintansetzt und des Willens ist das Begonnene auch durchzuführen: so wird der Kaiser freilich tragen, was er nicht zu hindern vermag, und mit ruhigem Sinne erwarten, was der Lenker der irdischen Geschiehe über den König von Spanien und seine Monarchie verfügt, in dem festen Vertrauen jedoch, daß eben derselbe gerechte Gott die Anschläge Derer verwirren wird, die wider göttliches und menschliches Recht fremde Königreiche zertheilen, wegnehmen, an Andere vergeben. Abermals aber und endgültig erklärt der Kaiser in Betreff der gesamten spanischen Monarchie nicht zu gestatten, daß durch fremde Verträge ihm und seinen Erben auch nur ein Fußbreit Landes streitig gemacht wird.“

Wir sehen, diese Denkschrift des römischen Kaisers Leopold wird getragen von dem Vollbewußtsein seines Rechtes. Nicht vergeblich darum darf er darin Berufung eingelegt haben an die Nachwelt. Die volle Bedeutung wird sich uns erst erschließen um ein Jahr später, wo Leopold dasteht als der Pfeiler, an dem die moralisch Schwächeren sich wieder empor ranken. Es kommt zunächst darauf an zu ersehen, welchen Eindruck damals die Rede auf diejenigen machte, für welche zunächst sie bestimmt war.

Der Courier Hops traf im Haag ein am Morgen des 27. October ¹⁾. Er fand den König nicht mehr vor. Wilhelm III. war am Tage vorher zu Schiffe gegangen und landete am 27. in Margate.

Im Besitze der klaren und nachdrücklichen Schrift von Seiten des Kaisers, gaben sich die Gesandten Auersperg und Goës der Hoffnung hin, daß der König Wilhelm III. noch sich bewegen lassen werde, von dem Theilungsvertrage abzustehen. Die Reden von Heinsius und Dykvelt, daß noch nicht alles abgeschlossen sei, nährten in dem Grafen Goës diese Ansicht. Sie war nicht richtig. Denn wenn auch die endgültige Feststellung noch nicht statt gefunden, so waren doch die einleitenden Schritte dahin gethan. Bereits am 8. October hatte der Rathspensionär im Namen des Königs die Thatfache des Vertrages den Ständen von Holland kund gemacht.

Dieser Schritt des Königs Wilhelm III., vor einer Antwort von Wien aus auf den letzten Versuch von Hop, thut unzweifelhaft dar, daß er, welche Antwort auch von da kommen mochte, von dem Wege des Theilungsvertrages nicht abgehen wollte.

Dagegen hatte er eine Maßregel getroffen, welche nach seiner Ansicht ihn sicher stellen würde gegen eine mögliche Untreue Ludwigs XIV. Der siebente Artikel in dem Entwurfe des Theilungsvertrages besagte allerdings, daß, wenn der Kaiser binnen drei Monaten nach dem Abschlusse noch den Beitritt weigere, die drei Vertragsmächte sich einigen würden über einen dritten Fürsten anstatt des Erzherzogs. Allein in den geheimen Artikel war eine andere Bestimmung aufgenommen, nämlich daß der Kaiser von dem Tage an, wo die drei Mächte ihm den Tod des Königs von Spanien kund machen würden, noch zwei Monate Zeit haben solle, seinen Entschluß zu fassen, und daß erst nach dem Ablaufe dieser Frist die drei Mächte über einen dritten Fürsten eine Vereinbarung treffen würden. Wenn, wie damals doch bereits vielfach vermuthet wurde, der Theilungsvertrag für Ludwig XIV. nur das Mittel war, um die bisherigen Verbündeten zu trennen: so mußte sich dies herausstellen sofort nach

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 30. October.

dem Tode Carls II., und dann war dieser Artikel der Prüfstein. Wenn er diesen Artikel nicht hielt und folgerecht damit den Vertrag brach: so eröffnete er selber für Wilhelm III. die Bahn der Rückkehr zu dem Kaiser.

Uns Späteren liegt die Thatsache vor, daß Ludwig XIV. im November 1700 noch in einer anderen Weise den Theilungsvertrag brach, als man im October 1699 vermuthen konnte. Aber die Gerechtigkeit für Wilhelm III. fordert die Klarstellung dieses Verhältnisses, daß er, nachdem er einmal auf den Theilungsvertrag sich eingelassen, doch auch wieder Bedacht trug, nicht überrascht zu werden.

Daß Ludwig XIV. höchst ungern sich auf diesen geheimen Artikel eingelassen habe, bedarf nicht des Beweises. Aber Wilhelm III. hatte ihm gegenüber das Druckmittel in Händen, daß die Republik Holland noch nicht beigetreten war, daß sie beitreten würde nur unter der Bedingung der Aufnahme des geheimen Artikels.

Anderseits blieb der Artikel wahrhaft geheim. Ludwig XIV. hatte nicht das Interesse ihn bekannt zu machen. Wilhelm III. aber trug die größte Sorge ihn geheim zu halten. Es dürfte fraglich sein, ob außer ihm, dem Rathspensionär und dem Grafen Portland andere Holländer darum wußten ¹⁾).

Von diesem Standpuncte aus, auf welchem Wilhelm III. sich sicher glaubte, von Ludwig XIV. beim Tode Carls II. nicht überrascht zu werden, erklärt sich seine Haltung gegenüber der kaiserlichen Denkschrift. Er erhielt sie in Kensington am Morgen des 20./30. October, und meldete sofort an Heinsius: „Ich habe mit Aufmerksamkeit den kaiserlichen Protest gelesen: denn nach meiner Ansicht ist dieser Name für die Schrift der allein richtige. Ich muß anerkennen, daß er viele gewichtige und beachtenswerthe Gründe enthält. Allein nach meiner Ansicht sind nun einmal die Dinge zu weit gekommen, als daß sie eine solche Erörterung noch zulassen ²⁾).

Es liegt vor Augen, daß Wilhelm III., indem er der kaiserlichen Denkschrift eine solche Anerkennung zollte und dennoch dann auf seinem Wege beharrte, dies thun konnte nur von der Ansicht aus,

¹⁾ Wilhelm III. an Heinsius, 8. October, bei Grimblot t. II, p. 358.

²⁾ A. a. O. p. 360.

daß das Einlenken in seiner Hand stehe. Demnach ist dieser Maßstab anzulegen auch an seine Aeußerungen über die Sache gegenüber dem kaiserlichen Gesandten.

Der Graf Auersperg suchte zunächst bei den Grafen Jersey und Portland zu erforschen, ob ein Abstehen von dem Theilungsvertrage noch möglich. Die Antworten gewährten keine Befriedigung; jedoch versicherte der Eine wie der Andere, daß die Intention des Königs Wilhelm so günstig sei, wie der Kaiser es wünschen könne ¹⁾.

Auersperg trat vor den König am 4. November. Er entwickelte seine Gründe, ähnlich wie die Denkschrift. Der König erwiederte, daß man durch einen Krieg, dessen Last doch hauptsächlich auf England und Holland fallen würde, nicht so viel erlangen könne, wie Frankreich durch den Vertrag gutwillig nachlasse. Einen Krieg könne man aber zur Zeit nicht führen. Auersperg warf ein: ob denn der König der Ansicht sei, daß man nach einer Durchführung des Theilungsvertrages der dadurch vergrößerten Macht Frankreichs eher widerstehen könne. Der König erwiederte mit den merkwürdigen Worten: er müsse bekennen, daß er auf diesen Einwurf keine Antwort zu geben wisse; denn die Sache und die unbestreitbare Wahrheit rede für sich selber. Allein, wandte er dann ein, man habe unter zwei Uebeln das geringere zu wählen, und dies geringere sei der Theilungsvertrag. Dann fuhr er fort: „Ich bitte Sie dem Kaiser vorzustellen, daß ich meine Gesinnungen für ihn nicht geändert habe noch jemals ändern werde, daß ich jederzeit das Verlangen trage, im Bunde mit dem Kaiser zu sein und alles für ihn zu thun, was die Möglichkeit zuläßt, bis die äußerste Noth herantritt“. Der König tadelte jedoch die Schärfe der Rätze des Kaisers ihm gegenüber. Auersperg erwiederte, daß das Auftreten des Hop zu herben Erwiederungen gezwungen. Der König lenkte ab auf Spanien. Wenn er an Wunder glauben könnte, sagte er, so wäre es dasjenige der Herstellung des Königs von Spanien. Die beste Lösung des Knotens würde sein, wenn die Königin von ihrem dermaligen Aufenthalte im Escuriale eine Hoffnung zurückbrächte. Er wünsche, setzte er lachend hinzu, daß man in Spanien die Lehre erwägen möge, welche einstmals der Großherzog von Florenz seiner

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 3. November.

Tochter Catharina von Medici als Königin von Frankreich mitgegeben ¹⁾).

Wilhelm III. sprach dann seinen Zweifel aus, ob der spanische Botschafter Canales die Vollmacht gehabt, eine solche Schrift abzufassen, wie er gethan, noch weniger sie der Regentschaft einzureichen. „Denn auch in Spanien, fügte er hinzu, wird man wohl ermessen können, daß ich die Regenten hier nicht ermächtigt habe, sich mit der auswärtigen Politik zu befassen.“ Er beauftragte den Gesandten, dem Kaiser seine Bereitwilligkeit zu einem Ausgleich dieser Sache mit Spanien zu melden.

Es scheint, daß der König Wilhelm damals besorgt habe: der Kaiser werde den Grafen Auersperg abberufen und alle Beziehungen mit England abbrechen ²⁾. Es verband sich damit die andere, welche der Staats-Secretär Jersey dem Grafen Auersperg offen aussprach, daß der Kaiser darauf ausgehen könne, sich direct mit Frankreich zu verständigen ³⁾. Wie daher nach der Ankunft in England zuerst Jersey und Portland dem kaiserlichen Gesandten betheuert, daß der König Wilhelm sich niemals von dem Kaiser lossagen werde, wie er dann selber bei der Audienz des Grafen Auersperg gebeten, dem Kaiser diese Versicherung zu melden: so traten auch in den folgenden Tagen andere Engländer, auf deren Wort Auersperg Gewicht legen durfte, zu ihm und hoben diese Gesinnung des Königs mit Nachdruck hervor. Es war namentlich Marlborough, der, wie Auersperg berichtet, wegen seiner Begabung bei der Nation in hohem Ansehen stand. Marlborough deutete an, daß er den Vertrags-Entwurf nicht billige. Aehnlich redete über die Gesinnung des Königs für den Kaiser Hill, der frühere Gesandte in Brüssel, und am nachdrücklichsten Vernon, der andere Staats-Secretär. „Der König weiß sehr wohl, sagte er, daß Frankreich ihm niemals trauen wird, wie auch er seinerseits niemals auf jene Krone sich verlassen kann. Glauben Sie mir, daß der König mehr für das Erzhaus thut als er sagt, ungeachtet daß man ihn in vielen Dingen hart behandelt, namentlich in Spanien, wo man

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 6. November.

²⁾ Der König an Heinsius, 30. October, bei Grimblot t II, p. 361.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 6. November.

ihm die Angelegenheit von Darien beimißt, obwohl er durch seinen Einspruch gegen dieselbe die Zuneigung der Schotten eingebüßt hat“ ¹⁾).

Besonders freundlich kam in London der Günstling des Königs, der Graf Albemarle, dem kaiserlichen Gesandten entgegen. „Er hat sich zwar jederzeit gegen mich sehr artig bewiesen, meldet der Graf Auersperg; dies Mal aber geschieht es in einer solchen Weise, daß ich es nicht anders erklären kann als durch einen Befehl des Königs.“ Auersperg meint, dies Verhalten Albemarles sei wie darauf berechnet, von Tassard bemerkt zu werden ²⁾).

In Wien mochte die Ablehnung des Protestes, wie Wilhelm III. die kaiserliche Denkschrift benannte, und dennoch dann die Bethuerung der Fortdauer seiner Gesinnungen kaum als vereinbar erscheinen. Aber wir kennen den Grundsatz des Kaisers, den Seemächten, das heißt dem Könige Wilhelm gegenüber keinen Schritt zu thun, der als ein Abbrechen von seiner Seite aufgefaßt werden konnte. Wir haben ja aus jener Denkschrift sogar den Gedanken vernommen, daß dennoch der geheime Artikel der Allianz von 1689 bestehe, und früher oder später auch von Seiten des Königs Wilhelm wieder in Kraft treten müsse. Deshalb erwiesen sich alle Besorgnisse in England vor einem Vordringen des Kaisers von Wilhelm III. als nicht begründet.

Zunächst nicht diejenige einer Unterhandlung des Kaisers mit Frankreich. Wir erinnern uns, daß im Beginne des Jahres der Graf Kinsky dem Marquis Villars mit Andeutungen entgegen gekommen war, daß dann Ludwig XIV., um auszuweichen, die Differenz zwischen Villars und Viechtenstein zu einer Staatsaction aufgebauscht hatte. Wenn also der König von Frankreich nachher eine Unterhandlung wünschte: so mußte der erste Schritt von ihm ausgehen. Die Instruction für den Grafen Sinzendorf, der als kaiserlicher Botschafter im August in Paris eintraf, lautete in Betreff der spanischen Sache, alles nur zum Berichte anzunehmen. Der Staats-Secretär Torcy, der nach dem damals erfolgten Tode Pomponnes allein dies Amt verwaltete, machte verschiedene Versuche. Sinzendorf entwickelte die Ansicht des Kaisers, die Geneigtheit desselben, um des Friedens willen

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 24. November.

²⁾ Desgleichen vom 15. December.

von seinem Rechte auf das gesammte spanische Erbe, die Königreiche Neapel, Sicilien, Sardinien nachzulassen. Es ist derselbe Standpunct wie gegenüber den Seemächten, in aller Beziehung und namentlich in Betreff des Rechtes. Dies ist die merkwürdigste Seite dieser Unterredungen. Ludwig XIV. pflegte anderen Mächten gegenüber von einem Rechte seines Hauses auf Spanien zu reden, den Verzicht der Königin, seiner Gemahlin, den er selber beschworen, nichtig zu nennen. Dem Botschafter des Kaisers gegenüber wagte er das nicht. Sinzendorf seinerseits hob das Recht hervor, von welchem der Kaiser um des Friedens willen nachlasse. Torcy focht nicht das Recht des Kaisers an, sondern betonte die Macht des Königs von Frankreich. In diesem Stadium blieben damals die Unterredungen ¹⁾.

Die Besorgnis des Königs Wilhelm III. vor einem Abwenden des Kaisers von ihm ward völlig gehoben durch das Erbieten des Hofes von Wien, in der Sache des Canales die Vermittelung mit Spanien zu übernehmen. Der König nahm bereitwillig an ²⁾.

Es handelte sich damals darum, ob oder in wie weit der spanische Hof das Verfahren des Botschafters Canales anerkennen würde.

Dieser selbst glaubte seiner Sache sehr gewis zu sein. Sofort nach seiner Ueberfahrt ließ er sich in Calais verlauten, Spanien werde für die Maßregel der Ausweisung an England den Krieg erklären ³⁾. In Madrid hatte man nicht diesen Eifer. Zunächst jedoch vergalt man Gleiches mit Gleichem. Man verhängte dieselbe Maßregel der Ausweisung binnen achtzehn Tagen über Stanhope, den englischen Residenten in Madrid. Allein darum fand das Verfahren des Canales in Madrid keine Anerkennung. Namentlich die Drohung, welche den König Wilhelm ganz besonders erregt hatte, daß die Protestation dem Parlamente eingereicht werden solle, scheint, nach dem Mißfallen, welches in Madrid darüber gezeigt wurde, lediglich das Eigenthum des Botschafters gewesen zu sein ⁴⁾. Wenn aber Canales darin seine Instructionen überschritten hatte und der Hof von Madrid nicht geneigt war, dafür ihn aufrecht zu halten: so fügten die beiderseitigen

¹⁾ Die Berichte Sinzendorfs vom August 1699 an.

²⁾ Auerpergs Bericht vom 8. December.

³⁾ Desgleichen vom 30. October.

⁴⁾ Harcourts Bericht vom 4. October, bei Hippeau t. II, p. 152.

Ausweisungen immerhin wieder zu den zwischen London und Madrid bereits schwebenden Differenzpunkten einen neuen, nicht jedoch darum die Gefahr eines Bruches. Denn den Protest gegen jeden Theilungsplan, also das Wesen der Sache, hatte Carl II. von Spanien nach allen Richtungen geltend machen lassen, sowohl bei den nicht betheiligten Mächten, als namentlich in Haag durch Don Quiros und in Paris durch Castel dos Rios. Die Maßlosigkeit in dem Auftreten des Canales hatte dann für Wilhelm III. sogar den Vortheil, daß sie ihn überhob, eine Antwort zu geben auf das Wesen der Sache, auf den schwer abzuweisenden Vorwurf des Königs von Spanien. Die Staatsmänner der Republik halfen sich auf eine andere Weise. Als Don Quiros dem Vorsitzenden der Generalstaaten seinen Protest einreichte, berief sich dieser darauf, daß die noch nicht beigelegte Differenz der Republik mit dem Könige von Spanien über Schonenberg den directen diplomatischen Verkehr abschneide, und lehnte demgemäß ab, den Protest zur Kunde der Generalstaaten zu bringen. Die Versammlung der Generalstaaten hieß das Verfahren gut ¹⁾.

Ludwig XIV. war nicht in der Lage, in solcher Art ausweichen zu können. Irgend eine Antwort mußte er geben. Aber er schob sie hinaus. Erst am 30. October ließ er den seit Wochen harrenden Botschafter vor. Dieser hielt die Anrede, deren Inhalt Ludwig XIV. seit Längem kannte. „Es würde mir leid thun, erwiderte er, wenn der König von Spanien die geringste Ursache hätte sich zu beklagen. Ich wünsche nichts so sehr wie die gute Gesundheit dieses Fürsten, langes Leben und eine zahlreiche Nachkommenschaft. Meine Gefinnungen für ihn gründen sich eben so wohl auf die engen Bande des Blutes als auf die Achtung, die ich für ihn hege. Da diese Gründe mich bewogen haben, den Frieden zu schließen und dann die freundschaftlichen Beziehungen mit dem katholischen Könige zu pflegen: so darf er nicht glauben, daß ich diesen Frieden stören will“ ²⁾.

Als das einzige wahre Wort in dieser Rede, welche die Hauptsache nicht berührte, dürfte die letzte Versicherung bezeichnet werden. Der Theilungsvertrag war immer nur noch Entwurf. Eine feindselige

¹⁾ Mémoires de Lamberty t. I, p. 24.

²⁾ Schreiben des Königs vom 6. November, bei Hippeau t. II, p. 162.

Handlung von Ludwig XIV. gegen Spanien würde nicht bloß sofort den Entwurf zerreißen, sondern zugleich dasjenige herbeiführen, was er in erster Linie zu vermeiden trachtete: die allgemeine Allianz wider ihn.

Im Uebrigen zeigte die Antwort dem Könige Carl II. und seinem Staatsrathe, wie völlig wirkungslos alle solche Proteste verhallten, wenn nicht zugleich von ihrer Seite positive Maßregeln getroffen würden.

Allein war man des Willens oder im Stande dazu?

Der Courier, welcher von Wien aus die Vollmacht für eine Regentschaft im Falle des Todes überbrachte, traf in Madrid ein zu Anfang September. Wir erinnern uns, daß die Partei, welche diesen Plan entworfen, zugleich eine Anwendung von Gewalt gegen die Gräfin Berlepsch wünschte. Es ergibt sich aus dem Gange der Dinge, daß der Kaiser diesen Vorschlag nicht genehmigt ¹⁾. Ob diese Milde gerade einer solchen Persönlichkeit gegenüber am rechten Orte war, wird sich aus dem Verlaufe der Dinge ergeben.

Nach einer längeren Unterredung der Berlepsch mit dem kaiserlichen Botschafter ersuchte sie, am Abende des 7. September, in Gegenwart anderer Personen die Königin um ihre Entlassung, um nach Deutschland heimzukehren. Die Königin bewilligte. Man meinte, daß die Berlepsch sofort abreisen werde. Dann hieß es, sie würde noch einen Monat bleiben, um ihre Angelegenheiten zu ordnen. Der Verlauf machte auf Harcourt den Eindruck, daß die Berlepsch und die Königin, um den Kaiser zufrieden zu stellen und für sich Zeit zu gewinnen, dem Grafen Harrach gegenüber ein Spiel getrieben.

Harcourt suchte sich Gewisheit zu verschaffen bei der Berlepsch selber. Damals, zu Anfang September, erschien zur allgemeinen Verwunderung der König Carl II. als völlig hergestellt. Die übliche Reise nach dem Escorial sollte stattfinden. Harcourt bat sich aus, der Gräfin Berlepsch ein Liebewohl zu sagen. Es geschah. Die Gräfin sprach von den Gründen, die sie bewögen, nach Deutschland zurück-

¹⁾ Die Thatfachen, die Harcourt in seinem Berichte vom 9. September, bei Hippeau t. II, p. 139 et suiv. angibt, sind unzweifelhaft richtig.

zukehren. Aber sie betheuerte, daß sie nicht abreisen werde, bevor man ihr alle Rückstände bezahle. Das Wort ist gewichtig und wir werden uns an dasselbe zu erinnern haben. Dann fuhr sie fort: „Ohne Zweifel werden Sie erstaunt sein, daß eine Frau wie ich so lange dem Kaiser, der Kaiserin, ihrem großen Botschafter hier, dem Cardinal von Toledo und allen Granden von Spanien habe widerstehen können“. Es ist kaum anzunehmen, daß bei dem Stande der Dinge der Gräfin Berlepisch verborgen geblieben sein kann, daß sie in großer Gefahr gestanden, mit Gewalt weggeführt zu werden, und daß nicht ihre Schuldlosigkeit, sondern lediglich die Nicht-Zustimmung des Kaisers sie dagegen geschützt. Um so merkwürdiger ist nun ihr Verhalten gegenüber dem französischen Botschafter. Sie fuhr nämlich fort in ihrer Rede: „Auf mich wirft man alle Schuld der schlechten Regierung. Wir wollen sehen, ob nach meiner Abreise die Spanier sich rüsten werden zu Lande und zu Wasser, ob sie feste Plätze haben, sich Verbündete verschaffen, und wie sie es anfangen werden, den Erzherzog kommen zu lassen. Denn bisher mißt man ja mir von allem die Schuld bei“. Dann erzählte sie, daß die Königin völlig überzeugt sei von dem Interesse, welches Harcourt für sie habe, daß die Königin eben so wie auch sie sein tactvolles Benehmen anerkenne und nur wünsche, daß die deutschen Botschafter, Vater und Sohn, in gleicher Weise sich verhalten hätten. — „Wollte Gott, erwiederte Harcourt, daß die Königin und Sie gleich bei meiner Ankunft dasselbe Urtheil über mich gefällt, und daß wir einige Unterredungen mit einander gehabt hätten.“ — „Der Fehler liegt an Ihnen, entgegnete die Berlepisch. Sie haben nicht gewollt.“ Darauf kehrte sie zu der Königin zurück und berichtete das Vorgefallene. Die Königin wandte sich zu der Connetable Colonna und sagte: „Ich bin nahe an den Beiden vorbei gegangen, ohne sie zu bemerken. Hätte ich sie gesehen, so würde ich mich, obwohl wider die Etikette, an der Unterredung betheiligt haben“ ¹⁾.

Harcourt faßte das Verhalten der beiden Persönlichkeiten, der Königin und der Berlepisch, welche der Kaiser so eben befriedigt zu haben meinte, auf als die Andeutung der Willigkeit zum Dienste für Frankreich. In diesem Sinne berichtete er an Ludwig XIV.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 146. Vom 24. September.

Wir werden später erfahren, welche Aufnahme der Bericht in Versailles fand.

Vor der Abreise des königlichen Paares nach dem Escorial erbat sich der kaiserliche Botschafter Harrach eine Audienz. Er entwickelte, wie er meldet, in beweglicher Rede den traurigen Zustand der beiden kaiserlichen Regimenter in Catalonien. Er legte dann die Wehrlosigkeit der Monarchie überhaupt dar, die Nachtheile, die von daher nach außen erwüchsen. Er bat um die Ausführung des dem Kaiser so oft gegebenen Versprechens, Spanien in wehrhaften Stand zu setzen, damit das Königreich nicht so wie es sei, jeder andern bewaffneten Macht bloß stehe. Der König erwiederte: Harrach habe Recht. Er selber sei dieser Ansicht, habe auch bereits angefangen, alles in besseren Stand zu bringen ¹⁾.

Ein Erfolg dieser Thätigkeit war freilich nicht zu verspüren. Der Landgraf Georg in Barcelona hatte einen höheren Officier zum Berichte nach Madrid entsendet. Er meldete, daß die Noth an Lebensmitteln und Kleidung, diese Mannschaft, die doch bei der Vertheidigung von Barcelona alle Pflicht gethan, zur Desertion zwingt, daß sie truppweise nach Frankreich oder nach Holland gingen. Harrach wendete sich daher auch an den Staats-Secretär Ubilla. Dieser erkannte die Klagen als berechtigt an. Er erwiederte, daß man 80.000 Thaler von Sevilla her erwarte und diese Summe dann sofort nach Barcelona schicken werde. Zwar reiche der Betrag nicht für das Bedürfnis; aber auch weiter werde man sich bemühen, Mittel für jene Truppen verfügbar zu machen.

Die 80.000 Thaler kamen an. Sie erhielten ihre Verwendung für die Reise des Hofes nach dem Escuriale ²⁾.

Das königliche Paar begab sich dahin mit geringer Begleitung. Nur fehlte nicht die Gräfin Berlepsch. Sie machte dort die Forderung ihrer Rückstände geltend. Sie betrug 50.000 Pistolen ³⁾.

Die Königin und demgemäß der König erkannten die Forderung an. Wir erinnern uns dabei an das Wort der Berlepsch, nicht eher

¹⁾ Harrachs Bericht vom 10. September.

²⁾ Desgleichen vom 8. October.

³⁾ Hippeau t. II, p. 151.

zu weichen, als bis alle Rückstände bezahlt seien. Es handelte sich demgemäß um die Frage, wie diese Summe herbei zu schaffen. Es fand sich ein gewisser Marquis Grillo, der sich dazu erbot. Für drei Fünftel des Betrages kam man ihm auf mit dem Patente eines Grafen von Spanien, für die übrigen zwei Fünftel wurde er angewiesen auf die Einkünfte vom Königreiche Neapel, mit dem Vorrechte vor allen Anderen, und auf die sogenannte Cruzada, nämlich die Steuer von den Kirchengütern zum Zwecke des Krieges gegen die Mauren. Grillo entsendete sofort die Wechsel zum Betrage von 200.000 Thalern nach Holland. Der Banquier Suasso im Haag, ein Jude, hielt die Sache nicht geheim. Von ihm erfuhr sie Auersperg in London ¹⁾, und der spanische Botschafter im Haag, Don Quiros ²⁾. Es ist von Interesse, zu vernehmen, wie der patriotische Spanier sich bei diesem Anlasse über die Lage der Dinge in seinem Vaterlande zu dem kaiserlichen Gesandten Goës vertraulich aussprach.

„Sie kennen, sagte Don Quiros, meine Treue und Ergebenheit für den Kaiser. Eben darum fällt es mir schmerzlich zu sagen, daß der Anhang des Kaisers in Spanien zu schwach ist, um bei diesem äußersten Wirrwarr dort etwas Nachdrückliches auszurichten. Eben so wenig kann ich die Hoffnung fassen, daß man dort einen festen Plan entwerfen werde, um die Monarchie zu retten. Vielmehr besorge ich, daß man alles auf das göttliche Walten ankommen läßt. Die Pethargie ist so groß, daß ohne ein Wunder nichts zu hoffen. Und darum ist es unvermeidlich, daß wir, um die Monarchie oder doch den größeren Theil derselben zu erhalten, französisch werden müssen. Ich sage dies sehr ungern; aber ich muß es thun, weil wir offen und vertraulich reden, und ich habe nichts dawider, wenn Sie, ohne mich zu nennen, sich dieser meiner Aeußerungen bedienen wollen, wo immer Sie glauben damit Nutzen schaffen zu können.“ Die Erörterung ging dann weiter. „Es kommt mich hart an, fuhr Quiros fort, die eigene Regierung zu tadeln, aber es gibt Dinge, über die man das Gefühl des Schmerzes nicht zurück drängen kann. Die Soldaten und andere Diener des Königs sterben Hungers, und dabei muß man vernehmen, daß nach

¹⁾ Auerspergs Bericht aus London, vom 7. November.

²⁾ Bericht des Grafen Goës aus dem Haag, vom 10. November.

anderen Seiten hin das Geld so übel verwendet wird. Ich habe Nachricht, daß in der vergangenen Woche von Grillo in Madrid ein Expreß-Bote angekommen ist, mit einem Wechsel von 200.000 Thalern auf Suazzo, zahlbar an die Ordre der Gräfin Berlepsch. Für den Wechsel hat Grillo Deckung an der Schatzkammer der Cruzada. Diese Gelder sind aber zu ganz anderen Zwecken bestimmt, und der König hat kein Recht darüber zu verfügen. Derartige Dinge und überhaupt das Elend der Monarchie kann ich nicht länger anschauen. Ich will um meine Entlassung bitten, will fort, zunächst nach Rom."

Es war der in der ersten Aufwallung gefaßte Entschluß. Es gelang dem abmahnenden Zuspruche des mitfühlenden Grafen Goës, ihn wankend zu machen.

Die Rede des einen patriotischen Spaniers zeichnet in ihm die Gesinnungen vieler Anderer. Sie zeigt, daß Don Quiros nicht durch Zorn und Haß wider die Königin und die Berlepsch sich leiten ließ. Wie aber, wenn, wie bei nicht wenigen Spaniern geschehen mochte, diese Leidenschaften hinzutraten zu den Erwägungen, wie wir sie von Don Quiros vernommen? — Der Kaiser hatte, um die seiner Sache in Spanien in hohem Grade schädliche Berlepsch in Güte hinweg zu bringen, alle Forderungen der Königin Maria Anna für sie bewilligt. Dann hatte die Berlepsch in so ostensibeler Weise um ihre Entlassung gebeten, daß Harcourt in dem Vorgange eine Komödie erkannte. Die Entlassung war ausgesprochen, die Forderungen der Berlepsch zum vollen bezahlt. Aber die Berlepsch blieb in Spanien, lenkte nach wie vor die Königin Maria Anna und durch die Frau den unglücklichen Gemahl, den König Carl II.

Negativ arbeiteten also diese beiden Persönlichkeiten, die Berlepsch und die Königin Maria Anna, indem sie die Gemüther der Spanier der Sache des Kaisers entfremdeten, immer für den König von Frankreich. Aber nun hatte die Berlepsch dem Botschafter Harcourt auch wieder wie ein Jahr zuvor die Willigkeit zum positiven Dienste in Aussicht gestellt.

Wir erinnern uns, daß jene Worte der Berlepsch an Harcourt: „Sie haben nicht gewollt" — nicht unrichtig waren. Die Antworten Harcourts auf die wiederholten Erbietungen der Königin Maria Anna durch den Admiral von Castilien, im Herbst 1698, concentrirten

sich auf die beiden Fragen: Was bietet man? Was verlangt man dafür? Während Maria Anna und ihre Berather Bedenken trugen, auf dies Handelsgeschäft einzugehen, kam der Kurfürst Max Emanuel mit seinem Angebote ihnen entgegen. Sie nahmen an, und die Folge war die Mitwirkung von Maria Anna für das Testament zu Gunsten des Kurprinzen.

Es tritt demnach die Frage heran, wie Ludwig XIV. sich verhielt auf die durch die Berlepsch erneute Kundgebung der Willigkeit von Maria Anna für seinen Dienst.

Der Entwurf des Theilungsvertrages hatte sich für seinen eigentlichen Plan ungünstiger gestaltet durch die Aufnahme der geheimen Clausel, daß dem Kaiser der Beitritt noch für zwei Monate vom Tode des Königs von Spanien an offen gehalten werden sollte. Der Entwurf erfüllte daher allerdings den nächsten Zweck, welchen Ludwig XIV. dabei im Auge gehabt, nämlich den Kaiser und Wilhelm zu trennen, somit eine neue Allianz derselben in Betreff Spaniens zu hindern. Aber jene Clausel machte es dem Könige von Frankreich schwerer, durch die Berufung auf den Nicht-Beitritt des Kaisers den Vertrag beim Tode des Königs von Spanien sofort zu zerreißen, und dann das ganze Erbe zu nehmen.

Aber auch der Theilungsentwurf selbst war noch nicht zum Vertrage erhoben. Ludwig XIV. und Wilhelm III. waren zuerst übereingekommen, daß dies geschehen solle am 25. September, nach dem Ablaufe der bis dahin dem Kaiser gestellten Frist. Dann jedoch machte sich die Verschiedenheit des Standpunctes geltend. Wilhelm III. wünschte sehnlichst und bot alle Mittel auf, daß der Kaiser beitreten möge. Ludwig XIV. hatte durch die Bestimmung über Mailand den Vertrag so eingerichtet, daß der Kaiser nicht beitreten konnte. Der Gang der Dinge hatte gezeigt, wie richtig er darin gerechnet. Aber Wilhelm III. verlängerte nun den Termin über den 25. September hinaus, und Ludwig XIV. mußte sich, um nicht sein Spiel bloß zu geben, widerwillig darein fügen. Dennoch erfolgte im October nicht der Beitritt des Kaisers, zog derjenige der Republik sich hinaus. Wilhelm III. dagegen schickte sich zur Abreise nach England an. Unter diesen Umständen berief Ludwig XIV. seinen Botschafter bei Wilhelm III., den Grafen Tallard, zum Berichte nach Versailles.



Das Zu-Stande-Kommen des Vertrages erschien ihm nicht gesichert. Er mißtraute dem Könige Wilhelm.

In diesem Sinne gab er seine Antwort an Harcourt auf den Bericht über die Willfährigkeit der Verleysch und der Königin Maria Anna, am 26. October.

„Es erscheint zweckmäßig, sagt Ludwig XIV., daß Sie, so lange die Ungewisheit über den Ausgang der Verhandlungen dauert, fortfahren, gegen die Königin von Spanien dieselbe Rücksicht zu beobachten wie bisher. Wenn dann, wider mein Erwarten, die Verhandlungen über den Vertrag sich zer schlagen, so wäre es nach Maßgabe der Stimmung, in welcher die Königin zur Zeit sich zu befinden scheint, vielleicht nicht schwer ihr die soliden und sicheren Vortheile klar zu machen, die ihr aus einer Gemeinsamkeit des Handelns mit mir erwachsen. Ueberhaupt könnten wir Nutzen ziehen von der Besorgnis, welche die Verhandlungen über den Vertrag bei den Spaniern erregt haben, für den Fall, daß diese sich zer schlagen. Darüber jedoch kann ich noch keine bestimmten Befehle geben“ ¹⁾.

Wir bemerken den erheblichen Unterschied. Im Herbst 1698 hat Harcourt den Auftrag, kurz und bündig die Angabe der Waare und des Preises von Seiten der Königin zu verlangen. Im October 1699 tritt das Angebot des Preises von französischer Seite in den Vordergrund.

Beim Empfange dieses Befehles befand sich Harcourt im Escuriale. Für den Aufenthalt der Könige von Spanien dort galt nach dem Herkommen dieselbe Regel, welche Ludwig XIV. für den seinigen im Schlosse Marly aufgestellt: die fremden Gesandten hatten dort keinen Zutritt. Aber der spanische Hof selber hatte dies Mal den kaiserlichen Botschafter Harrach dahin gerufen, und darauf hin hatte Harcourt als französischer Botschafter die Erlaubnis für sein Kommen verlangt und erhalten. Jene Worte Ludwigs XIV. in Betreff der Königin entsprachen seinem Wunsche. Er konnte zu seiner Genugthuung berichten, daß er der Königin beständig seine Aufmerksamkeit bewiesen, und von Zeit zu Zeit kleine Geschenke gemacht, gegen welche sie nicht

¹⁾ Vom 26. October, bei Hippeau t. II, p. 154.

gleichgültig sei ¹⁾. Aber er fürchtet, daß, bevor er von Ludwig XIV. bestimmte Befehle erhalte, die Königin sich tiefer mit dem Kaiser einlasse. Denn von Wien aus seien der Gräfin Berlepsh alle ihre Forderungen für sie selber und ihre Verwandten bewilligt. Die häufigen und langen Unterredungen der Berlepsh mit dem Grafen Harrach beunruhigten ihn. Diese Frau, meint er, werde nach Wien gehen und von dort aus im Interesse des Kaisers auf die Königin zu wirken trachten. Harcourt spricht die Ansicht aus, daß die Berlepsh sich bereits völlig an Wien verkauft habe.

Diese Besorgnis vor der Berlepsh war schwerlich für Harcourt das hauptsächlichste Motiv, einen bestimmten Befehl zu wünschen. Die Dame hatte ihm zu dem Glauben an ihrem aufrichtigen Willen, für den Kaiser thätig zu sein, keine Ursache gegeben. Das Aussprechen jener Besorgnis war vielmehr für Harcourt nur ein Druckmittel auf Ludwig XIV. In der Ungewisheit über das eigentliche Ziel, welches der König bei dem Theilungsvertrage verfolgte, hatte Harcourt diesem Plane innerlich niemals zugestimmt. Er zog eine Abmachung mit der Königin Maria Anna vor, und hatte, so viel an ihm war, den Weg dazu sich immer offen zu halten gesucht. Nun bot sich durch das Entgegen-Kommen der Berlepsh die günstige Gelegenheit dar. Es mochte dem Botschafter unbegreiflich erscheinen, daß Ludwig XIV., dem er bei der Geneigtheit der Königin Maria Anna die Aussicht machen konnte, bei Carl II. einen formellen Act in Betreff des ganzen Erbes für einen seiner Enkel zu erwirken, es vorzog, einen Vertrag über einen Theil zu schließen. Und zumal war die Fortdauer der Verhandlungen über eine Theilung ihm persönlich unangenehm. Er konnte eine französische Partei nicht bilden. Er stand allein. Portocarrero und Montereau hatten sich von ihm zurückgezogen, waren allem Ansehen nach damals kaiserlich gesinnt. Damals hatte er nur noch Einen Spanier, der zu ihm hielt, der alles ihm offenbarte, den alten Balbazez. Aber dieser lag im Sterben.

Der Bericht des Harcourt ist vom 5. November, traf also in Versailles ein um die Mitte des Monates November. Es ist von besonderer Wichtigkeit hier die Daten festzuhalten.

¹⁾ Bericht vom 5. November, bei Hippeau t. II, p. 159. Auch für das Folgende.

Inzwischen nämlich schienen sich für Ludwig XIV. die Aussichten auf das Zu-Stande-Kommen des Theilungsvertrages nicht zu befestigen. An dem Tage, an welchem er jene vorläufige Antwort an Harcourt gab, am 26. October, brach Wilhelm III. nach England auf. In denselben Tagen befürwortete Heinsius den Vertragsentwurf bei den Ständen von Holland. Denn wir erinnern uns, daß nicht der Versammlung der Generalstaaten die Souveränität, also das Recht der Verträge mit auswärtigen Mächten, zustand, sondern jeder einzelnen der sieben Provinzen. Der Vertrag mußte demnach von den Ständen jeder einzelnen Provinz, oder doch einem Ausschusse derselben, berathen und beschloffen werden. Aber auch der Ausschuß pflegte wenig mehr als die allgemeine und principielle Frage zu erforschen: das eigentliche Geheimnis war bei sehr wenigen Personen. Wilhelm III. und Heinsius machten den Anfang bei den Ständen von Holland als der wichtigsten Provinz. Wenn diese sich geneigt erklärte, so war von den anderen her ein Widerspruch nicht zu besorgen. Ueberhaupt aber scheint Wilhelm III., nach der Erfahrung des Jahres zuvor, einen solchen nicht erwartet zu haben. Es kam anders. Die Bürgermeister von Amsterdam erhoben Einwände. Sie beriefen sich auf den Nicht-Beitritt des Kaisers ¹⁾).

In Wirklichkeit jedoch war dies nur der eine Grund. Einen anderen vertrat namentlich Dykvelt. Er hatte auf irgend eine Weise von Spanien her die Kunde derjenigen Denkschrift erlangt, welche Harcourt am 19. Januar 1699 gegen das Testament Carls II. zu Gunsten des Kurprinzen eingereicht. Er machte geltend, daß diese Denkschrift, indem sie die Absicht ankündige, den Kurprinzen Joseph Ferdinand nicht nach Spanien übersiedeln zu lassen, nicht im Einklange stehe mit dem damaligen ersten Theilungsvertrage. Darum könne auch dieser zweite Vertrag von Seiten Frankreichs nicht aufrichtig gemeint sein. Es stecke darunter irgend eine Arglist ²⁾).

Die Gründe Dykvelts wurden von dem Könige und Heinsius gehört und überhört. Sie hielten fest daran, daß der Theilungs-

¹⁾ Grimblot t. II, p. 361. Schreiben des Königs Wilhelm vom 23. October/2. November.

²⁾ Lamberty t. I, p. 96.

vertrag die Bürgschaft des Friedens in sich schließe. Als Thvoelt erkannte, daß er sich das Mißfallen des Königs zuzog, hielt er es für klüger, bei seinem Widerspruche nicht zu beharren.

Anders jedoch stand es mit der Stadt Amsterdam. Wilhelm III. verhehlte sich nicht, daß der gesammte Gemeinderath den Bürgermeistern zustimmen, daß es darum schwer sein werde, jedenfalls Zeit erfordere, diesen Widerstand zu überwinden. Dieses setzte ihn um so mehr in Verlegenheit, weil er, bei der ganzen Lage der Dinge, so wie er sie auffaßte, von Ludwig XIV. einen Verdacht wider seinen guten Willen besorgen mußte. Es ist deshalb sehr merkwürdig, mit welchem Eifer er es sich angelegen sein ließ, seine Aufrichtigkeit darzuthun. Er entsendete sofort den als Poeten bekannten Mathew Prior nach Paris an den Grafen Manchester, mit dem Auftrage, bei Ludwig XIV. um eine Audienz nachzusuchen. Aber dieser König befand sich im Schlosse Marly, wo er fremde Gesandte nicht zuließ. Er gebot dem Torcy den Grafen Manchester zu verweisen auf seine Rückkehr nach Versailles ¹⁾.

Bevor Manchester die erbetene Erlaubnis erhielt, verlangte Torcy von ihm den Gegenstand seines Anbringens zu wissen. Manchester wich aus mit der allgemeinen Antwort, daß es die spanische Angelegenheit betreffe. Er gelangte vor Ludwig XIV. am 15. November ²⁾. Die Anrede Manchesters lautete wie folgt.

„Se. Majestät der König von England hat, auf die Kunde, daß der Graf Tallard aus Holland abberufen worden, bevor er den Entwurf des Vertrages über Spanien zeichnen konnte, mich beauftragt, diese Privat-Audienz zu erbitten, um in seinem Namen Ew. Majestät zu versichern, daß er in Betreff des Vertrages verharret in denselben Gefinnungen wie früher. Ew. Majestät kennen die Mühe, die er sich gegeben, um die Kaiserlichen zum Beitritte zu bewegen. Er hat eben so nach bestem Vermögen ihn bei der Republik empfohlen, und beharrt in diesem Streben. Was seine eigene Unterzeichnung betrifft, so hatte er den Grafen Jersy ausdrücklich zu diesem Zwecke nach Holland berufen, und ohne Zweifel wird der Graf Tallard Ew. Majestät

¹⁾ Grimblot t. II, p. 364. Schreiben Manchesters vom 6. November.

²⁾ A. a. O. p. 371.

berichtet haben, wie oft der König sich zur Unterzeichnung erboten, um zu beweisen, daß er bereit war alles zu thun was von ihm abhing. Ew. Majestät verstaten mir dies ausführlich darzulegen, damit Sie klar daraus erkennen, daß in der Gesinnung des Königs, meines Herrn, kein Wandel statt gefunden hat. Die Sache wurde zunächst den Ständen der Provinz Holland vorgelegt, als den hauptsächlich Betheiligten; denn es stand nicht zu erwarten, daß, sobald diese Provinz eingewilligt, ein Hindernis sich erheben könnte. Zugleich war dies der beste Weg, die Sache um so sicherer geheim zu halten."

„Sire, wenn man Ew. Majestät vorgestellt hat, daß der König, mein Herr, für den Abschluß des Vertrages bei den Ständen von Holland seinen Credit geltend zu machen habe: so erkenne ich an, daß der König dort allerdings großen Credit hat. Allein dieser Credit muß doch immer sich richten nach den Landesgewohnheiten und dem Herkommen, und wenn daher auch die Stände gar keinen Einwurf erhöben, so kann doch die Sache nicht zu Ende gebracht werden ohne die Zustimmung jeder einzelnen Stadt. Diese kann nicht eingeholt werden in einer geringeren Zeit als einem Monate oder drei Wochen, wie es auch der Rathspensionär und der Graf Portland dem Grafen Tallard dargethan haben. Allein da die Befehle für den letzteren ihm nicht verstateten, den Abschluß der Angelegenheit abzuwarten: so hofft der König, daß Ew. Majestät die Befehle für Tallard erneuern oder dem Gesandten bei der Republik, Bonrepos, den Auftrag ertheilen, mit hinzuwirken auf die Entfernung der Hindernisse, so daß der Theilungsvertrag zur Wirklichkeit gelange."

Ludwig XIV. erwiederte: „Allerdings war ich ein wenig erstaunt darüber, daß die Angelegenheit nicht innerhalb der einmal bestimmten Zeit zum Abschlusse gebracht wurde, vor dem Aufbruche Ihres Königs nach England. Die Versicherung, die Sie mir nun in seinem Namen geben, daß er in derselben Intention beharrt, befriedigt mich. Hoffentlich wird er auch ferner nach allem Vermögen auf die Republik einwirken. Was mich betrifft, so beharre ich immer in derselben Gesinnung, und handele mit derselben Aufrichtigkeit. Ich werde den Grafen Tallard mit den erforderlichen Instructionen sehr bald absenden".

Manchester bemerkte noch, der Grund, weshalb man den Ständen von Holland die Sache nicht eher habe vorlegen können, bestehe darin,

daß der König zuvor habe wissen müssen, ob der Kaiser beitreten wolle oder nicht. Ludwig XIV. erwiderte: „Man hat dem Wiener Hofe Zeit genug gelassen und sogar zu viel“. Er hob nochmals hervor, daß er die schriftliche Zusage des Königs von England habe, wie dieser die seinige. Manchester entgegnete: „Ich habe den besonderen Auftrag, Ew. Majestät zu sagen, daß eben so wie er bisher offen und mit aller möglichen Aufrichtigkeit gehandelt hat: so wird er auch fortfahren, bei jeder Gelegenheit alles zu thun, was beitragen kann, die Freundschaft und das gute Einvernehmen zu kräftigen“. Ludwig XIV. erwiderte: „Versichern Sie Ihrem Könige, daß ich ganz dieselbe Absicht habe“ ¹⁾.

So am 15. November. Unterdessen wurden die Nachrichten aus Holland für die Wünsche Wilhelms III. nicht günstiger. Der Widerstand der Bürgermeister von Amsterdam nahm nicht ab, sondern zu. Er betraf nicht einzelne Punkte, sondern den Vertrag als solchen. Vor Wilhelm III. stieg bereits die Aussicht auf, daß, im Falle der fortdauernden Weigerung der Republik, der König von Frankreich ihn dennoch zur Unterzeichnung nöthigen werde, um ihn auch von der Republik zu trennen. Dann stand er allein. „Meine Verlegenheit nach allen Seiten ist groß“, klagt er dem Rathspensionär, indem er um den guten Rath desselben bittet ²⁾.

Diese Verlegenheit stieg durch die weiteren Nachrichten aus Paris. Das scharfe Ohr des Marquis Harcourt im Escuriale hatte ausgeforscht, daß Carl II., ungeachtet seiner Herstellung, dennoch an nächtlichen Zufällen litt, die nicht in die Oeffentlichkeit gebracht wurden, und daß eben damals, im Escuriale, ein solcher statt gefunden ³⁾. In Folge dessen machten Torcy und Andere dem Grafen Manchester gegenüber geltend: das Leben des Königs von Spanien sei sehr unsicher. Nach dem zuletzt erhaltenen Berichte sei er wieder krank. Es sei keine Zeit zu verlieren. „Ueberhaupt, meldet Manchester, finde ich den Hof hier ungeduldig auf den Vollzug der Sache“ ⁴⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 374.

²⁾ H. a. O. p. 376. Vom 10. 20. November.

³⁾ Hippeau t. II, p. 157. Vom 5. November.

⁴⁾ Grimblot t. II, p. 377. Vom 21. November.

Der Druck auf Wilhelm III. war daher im Wachsen. Wir haben gesehen, daß er und Heinsius anfangs den Plan gehabt, durch die Zustimmung der Provinz Holland diejenige der anderen Provinzen leicht zu erwirken. Der Plan war mißlungen. Wilhelm III. und Heinsius schlugen daher den entgegen gesetzten Weg ein, nämlich erst die Zustimmung der minder wichtigen Provinzen zu erlangen und durch das Gewicht Aller auf Amsterdam zu drücken. Das specielle Verfahren war eigenthümlicher Art. Von jeder der sieben Provinzen war in den Generalstaaten nur Ein Deputirter bevollmächtigt für die geheimen Angelegenheiten. Unter den Sieben waren Heinsius und Thijvelt. Diesen Einzelnen wurde, nach vorher geleistetem Eide der Verschwiegenheit, der Entwurf mitgetheilt, und jeder von ihnen berichtete darüber im allgemeinen an die Stände seiner Provinz. Es handelte sich also, genau genommen, für die Stände der einzelnen Provinzen nur um die Frage, ob überhaupt ein solcher Vertrag zu schließen sei, nicht um die besonderen Bestimmungen, noch weniger um die Gründe für oder wider, die nicht im eigenen Bereiche der Mitglieder lagen. Von der kaiserlichen Denkschrift, die Wilhelm III. als einen Protest bezeichnet hatte, erhielt keiner der Deputirten eine Kunde ¹⁾.

Man ersieht, daß die Souveränität der Provinzen der Republik in der Wirklichkeit etwas zusammen schrumpfte.

Allein, auch wenn dies neue Verfahren gelang, so erforderte es in jedem Falle Zeit. Andererseits war Wilhelm III. so fest in dem Gedankenkreise des Vertragsentwurfes befangen, daß er am 24. November noch wieder die Hoffnung auf den Beitritt des Kaisers aussprach. Dann, meinte er, werde auch Amsterdam, von allen anderen Provinzen umdrängt, nachgeben müssen ²⁾. Hop in Wien erhielt den Auftrag, noch einmal die Sache an den Kaiser zu bringen. Wir werden die Antwort später zu vernehmen haben.

Inzwischen traf Tallard in London ein. In der ersten Audienz sprach er das Erstaunen Ludwigs XIV. aus, daß der Vertrag nicht

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 8. Juni 1700, aus den Mittheilungen der Deputirten.

²⁾ Grimblot t. II, p. 378.

unterzeichnet sei vor dem Ausbruche Wilhelms III. aus Holland, und daß die Republik jetzt Schwierigkeiten mache, wo sie doch im Jahre zuvor sich so bereitwillig gezeigt. Wilhelm III. versicherte, daß er nach Kräften das Seinige gethan und es ferner thun werde. Tallard fuhr fort, daß er die Vollmacht habe, den Vertrag zu zeichnen, aber in England, nicht irgendwo anders. Aber er ersuchte ernstlich, bei Zeiten Kunde darüber zu erhalten, ob die Republik beitreten würde oder nicht; denn sein König könne nicht länger warten und müsse dann andere Maßregeln ergreifen. Bereits, sagte Tallard, habe sein König durch dies Hinzögern große Nachtheile erlitten. Wilhelm III. gestand das nicht zu. Tallard schloß mit den Worten, daß der König von Frankreich bald eine positive Antwort hoffe, und gab abermals zur Genüge zu verstehen, daß er nicht länger warten könne¹⁾.

So berichtet der König Wilhelm selbst über diese Audienz, und hebt dann nochmals das Verhalten des Tallard als ungeduldig drängend hervor. Der König meint, daß ein fernerer Aufschub in Versailles betrachtet werden könne wie eine Weigerung. Aber was dann? Würde Frankreich ihn allein zu einem Vertrage zwingen wollen? Heinsius hatte ihm abgerathen, allein, als König von England, ohne die Republik, mit Frankreich abzuschließen. Wilhelm III. stimmte bei. Tallard indessen schien das auch nicht einmal zu beabsichtigen. Er hatte beständig den Ausdruck gebraucht: andere Maßregeln ergreifen.

Aber worin bestanden denn diese anderen Maßregeln? — Es ist sehr merkwürdig, daß Wilhelm III. die Frage nicht aufwirft, sondern nur jene Worte Tallards wiederholt. Sein ganzes Denken wird in Anspruch genommen durch das Bestreben, vor Ludwig XIV. darzuthun, daß er aufrichtig und ernstlich den Vertrag wolle, und darum steigt bei ihm nicht einmal ein Verdacht auf, oder tritt wenigstens aus seinen Worten nicht hervor, der Verdacht nämlich, daß derjenige, der durch diesen Vertrag geprellt werden sollte, kein Anderer war als er selber.

Nachdem Ludwig XIV. den Botschafter Tallard nach England entlassen, verfaßte er, am 30. November, die Antwort an Harcourt auf den Bericht desselben vom 5. November. Daß dieser Bericht

¹⁾ Grimblot t. II, p. 379. Vom 24. November/4. December.

über die Willsfähigkeit der beiden Frauen im Escuriale bei Ludwig XIV. und demgemäß bei seiner Umgebung Wirkung gethan, ergibt sich aus der Ungeduld über das Hinzögern des Vertrages, aus der Besorgnis, daß darüber die günstige Gelegenheit nach der anderen Seite hin verloren gehen könne. Wiederum aber zeigt das Verhalten des Tallard in der Audienz bei Wilhelm III., daß dennoch der Theilungsvertrag in der Seele Ludwigs XIV. die Oberhand behielt über die vom Escuriale her ihm eröffnete Aussicht. Das Gewebe jenes Vertrages war die Scheidewand, durch welche er den Kaiser und Wilhelm III. von einander getrennt hielt. Wenn dieses Gewebe vor dem Tode des Königs von Spanien zerriß: so würden jene beiden, der Kaiser und Wilhelm III., sich einigen wider Frankreich. Dann konnte Ludwig XIV. immer noch, vermöge seiner bereit gehaltenen überlegenen Macht, das ganze spanische Erbe sich aneignen; aber der Krieg war unvermeidlich. Wenn es dagegen Ludwig XIV. gelang, jene beiden Mächte bis zum Tode des Königs von Spanien getrennt zu erhalten: so war die Hoffnung da, nicht bloß das gesammte Erbe zu nehmen, sondern auch es zu nehmen, vielleicht und sogar wahrscheinlich, ohne Krieg. Denn die französischen Truppen standen nach wie vor am Fuße der Pyrenäen, bereit zum sofortigen Einmarsche in Spanien, welches der Theilungsentwurf dem Sohne des Kaisers zusprach.

Darum wollte Ludwig XIV. den Handel mit der Königin, dessen Consequenzen seine eigentliche Absicht klar stellen würden, nicht eher eröffnen, als nach dem etwaigen Scheitern des Theilungsentwurfes, und zwar nicht durch ihn. In diesem Sinne schrieb er an Harcourt, am 30. November ¹⁾. Er erkannte an, daß die Macht der Königin über den Gemahl, nach dessen Herstellung, wieder im Steigen sei. Er durchschaute ihren Kunstgriff zu diesem Zwecke Carl II. fern zu halten von Madrid. Dann jedoch sucht er die Gründe seines Botshafers für einen Bund mit der Königin zu entkräften. Er verneint, daß der Graf Harrach mit der Königin wirklich gut stehen könne. Immerhin möge er lange Audienzen bei ihr im Escuriale gehabt haben; dann jedoch sei er zurückgekehrt nach Madrid, um sich

¹⁾ Hippeau t. II, p. 163 et suiv.

zu bereden mit den Anhängern des Kaisers. „Eben diese aber, sagt Ludwig XIV., sind zugleich die schärfsten Widersacher der Königin.“

„Demnach, fährt Ludwig XIV. fort, bin ich der Ueberzeugung, daß, wenn die Zeit gekommen mit dieser Fürstin zu verhandeln, wir bei ihr eine genügende Willsfähigkeit finden würden, und daß diese entspringt aus ihren Gründen zur Klage über den Kaiser. Ich glaube nicht einmal, daß die Königin zufrieden ist mit den Versprechungen des Kaisers für die Berlepsi. Ich habe Nachricht, daß sie mehr verlangt als was der Kaiser ihr gewährt hat. Dazu wird sie es nicht über sich bringen können, zu vergessen, welchen Druck man auf sie angewendet, um sie zu nöthigen, die Frau ihres Vertrauens von sich zu entfernen. Ich halte es daher für wahrscheinlich, daß die Königin wie die Berlepsi wünschen, sich an dem Kaiser zu rächen. Dieser Wunsch würde uns eine Bürgschaft sein für das Geheimnis der Verhandlungen mit ihnen. Aber die rechte Zeit ist noch nicht gekommen.“ Einstweilen soll Harcourt die kleinen Geschenke für die Königin noch ferner fortsetzen.

Demnach hat Ludwig XIV. ein noch stärkeres Vertrauen in die kleinlichen und sehr wenig edelen Leidenschaften jener beiden Damen als sein Botschafter Harcourt.

Dieser hatte unterdessen noch einen Schritt vorwärts gemacht. Bevor er das aufschiebende Schreiben seines Königs vom 30. November erhielt, ergab sich für ihn abermals die Gelegenheit der Berlepsi näher zu treten.

Daß die Macht der Königin über den König im Steigen, gab sich in denselben Tagen kund durch einen besonderen Act. Der Graf Montereux erhielt das Decret der Verbannung. Die Gerüchte über die Gründe waren verschieden. Es hieß, daß Montereux seine feindselige Gesinnung wider den Kurfürsten Max Emanuel als den Statthalter von Belgien so weit getrieben, ihm dort Unruhen zu erwecken, daß der Kurfürst seine Zuflucht zu der Königin Maria Anna genommen und ihr das ganze Verhalten Montereuxs offen gelegt habe¹⁾. Wie immer dem sei, die Königin galt als Urheberin der Ungnade gegen Montereux. Sein Name ward aus der Liste der Mitglieder

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 29. December 1699.

des Staatsrathes gestrichen, und dafür neun Andere ernannt, theils in Spanien, theils außerhalb, sämmtlich Anhänger der Königin.

Der Act erregte in Madrid Unzufriedenheit und Bestürzung. Der Graf Harrach eilte von dort nach dem Escuriale, um Gegenvorstellungen zu machen. Er hatte damit, wie Harcourt berichtet, keinen anderen Erfolg als den Haß der beiden Frauen wider ihn zu verschärfen. Harcourt benutzte dann sofort die Gelegenheit. Er trat zu der Berlepsch. Die Unterredung kennzeichnet nicht bloß die beiden sprechenden Personen, sondern auch noch andere mit, so wie die ganze Sachlage.

„Unser Gespräch, berichtet Harcourt, drehte sich völlig um das schlechte Benehmen des Grafen Harrach, und um die Ursachen, welche er der Königin und der Berlepsch gebe, ihn für ihren bittersten Feind zu halten. Die Berlepsch beklagte sich namentlich, daß er immer an der Spitze aller Parteien stehe, die sich wider sie und die Königin erheben. Er tadele alles, was sie thue. Er sei das Haupt in jenen nächtlichen Zusammenkünften, in denen man auf nichts Geringeres arbeite als die Königin von dem Könige zu trennen, so wie sie selber von der Königin. Er habe sich verbunden mit Monterey und Veganez, ihren erklärten Widersachern. Er biete alles auf, um Veganez in den Staatsrath zu bringen. Es sei nicht seine Schuld, wenn nicht das Volk von Madrid revoltire. Er habe sie beide, die Königin wie die Berlepsch, am kaiserlichen Hofe in wenig schmeichelhaften Farben geschildert. Die Königin beklage sich, daß sie selber ihren ärgsten Feind als Botschafter hergerufen. Der ältere Harrach, der Vater, sei es nicht weniger. Dieser sei so tactlos gewesen, dem Landgrafen von Darmstadt zu sagen: er kenne für die Königinnen von Spanien nur zwei Wege, den einen zum Escuriale, den anderen in das königliche Kloster der unbeschuheten Carmeliterinnen.“ „Bei diesen Worten, sagt Harcourt, unterbrach ich sie mit dem Einwurfe, daß ich noch einen dritten und angenehmeren Weg kenne“¹⁾.

Harcourt gibt diesen dritten Weg nicht näher an. Aber seine Worte erscheinen nicht als eine Widerlegung des damals an allen Höfen Europas umlaufenden Gerüchtes, daß man von Frankreich

¹⁾ Hippeau t. II, p. 66. Vom 1. December.

her die Königin von Spanien zu fördern suche, indem man ihr eine zweite Heirath mit dem Dauphin vorspiegele. Die Frage wird im Laufe der Unterredung abermals an uns herantreten.

Nachdem die Berlepsch jene Fluth von Anklagen ergossen, die aus solchem Munde dem Grafen Alois Harrach zur Ehre gereichen, mochte das Entgegenkommen des Harcourt ihr wie eine Einladung erscheinen noch weiter fortzufahren. Ganz besonders, sagte sie, könne sie es dem Grafen Harrach nicht verzeihen, daß er dem Monterey gesagt, er habe sie bei einem Diner im Escuriale betrunken gemacht, um von ihr den Plan herauszulocken, daß das königliche Paar nach Guadalupe und von dort nach Sevilla gehen wolle, um den Admiral von Castilien wieder heran zu ziehen.

Hier liegt, wie es scheint, die eigentliche Ursache der Verbannung des Monterey, der durch seine Reden darüber jenen Plan vereitelt hatte.

Die Berlepsch fuhr weiter fort: die Königin möchte wünschen, daß Harcourt und Harrach ihre Botschaften tauschen könnten. Hier war der Fingerzeig des Redens für Harcourt gegeben. „Ich erwiederte ihr, berichtet er, daß ich diesem Tausche nicht zustimmen könne: richtiger dagegen erscheine es mir, wenn die Königin ihre Stellung änderte. Ich hätte mich nie beklagt, daß sie allen ihren Credit anwendete zu Gunsten des Kaisers und des Erzherzogs. Da sie einander so nahe verwandt, so sei dies natürlich. Nur glaubte ich, daß wenn es zum entscheidenden Puncte käme, ihr Gewissen und die Gerechtigkeit, welche doch allem Anderen vorgehen müßten, ihr nicht gestatten würden dafür thätig zu sein, daß ein Gut demjenigen, dem es gehört, genommen, und demjenigen, dem es nicht gehört, gegeben werde. Endlich auch verpflichte das eigene Interesse der Königin sie nicht, sich völlig dem Kaiser zu opfern, der sich ihrer eben nur als eines Opfers bediene, ohne ihr bisher auch nur einen einzigen Vortheil vorzuschlagen, freilich ohne auch im Stande zu sein, der Königin einen ihrer jetzigen Stellung angemessenen Vortheil zu bieten“¹⁾.

¹⁾ Que, enfin, ses intérêts propres ne l'engageraient pas à se sacrifier entièrement à l'Empereur, qui ne s'en servait comme d'une victime, sans voir que, jusqu'ici, on lui eût proposé aucun avantage, ni même que ce prince fût en état de lui en faire aucun proportionné à ce qu'elle était.

Diese letzten Worte Harcourts verdienen eine besondere Aufmerksamkeit.

Der Stellung einer Königin entspricht nur dieselbe Stellung, oder die directe Aussicht darauf. Jene Worte verhalten sich also ergänzend zu den früher gefallenem über den dritten Weg für eine Königin von Spanien als Witwe. Es tritt noch dazu der Vergleich mit dem Kaiserhofe. Es gab nur drei männliche Mitglieder der kaiserlichen Familie: den Kaiser Leopold selbst, und seine beiden Söhne, die Nessen von Maria Anna, den römischen König Joseph, der kurz zuvor sich mit der Prinzessin Amalie Wilhelmine von Hannover verheirathet hatte, und den Erzherzog Carl, damals vierzehnjährig. In Versailles dagegen war der Dauphin, in fast gleichem Alter mit Carl II. von Spanien, seit langen Jahren Witwer.

Das Angebot Gemahlin des Dauphins zu werden, ist demnach von Harcourt der Königin Maria Anna nicht mit ausdrücklichen Worten gemacht, aber indirect und durch die Verlepsi so nahe gelegt, daß eine Frau es nicht missverstehen konnte. Es war sogar möglich, daß das nicht directe Aussprechen der Sache von Seiten Harcourts bei Lebzeiten Carls II. von Maria Anna aufgefaßt wurde als Delicateffe.

Wachte nun dieses Angebot ernstlich gemeint sein, oder lediglich dienen sollen als Lockung für die Königin Maria Anna: in keinem Falle durfte der Botschafter so reden, wenn er nicht dazu ermächtigt war.

In den auf uns gekommenen schriftlichen Weisungen Ludwigs XIV. an Harcourt findet sich nicht eine ausdrückliche Ermächtigung. Sie sind indessen nicht vollständig erhalten, oder doch nicht vollständig bekannt¹⁾. Der nächst vorher gehende Auftrag des Königs, vom 26. October, sagt: Harcourt solle der Königin die soliden und sicheren Vortheile darlegen, die sie in einem Zusammenwirken mit ihm finden würde. Wenn also Harcourt, indem er diese soliden und sicheren Vortheile durch die Andeutung auf eine Heirath

¹⁾ Es ist zu bemerken, daß in der Sammlung von Hippeau sich verschiedene Lücken befinden. Es fehlt z. B. ein Schreiben des Königs Ludwig XIV. an Harcourt, vom 26. April 1699 (vergl. Hippeau t. II, p. 65 und p. 80), ferner vom 31. Mai 1699 (vergl. Hippeau t. II, p. 86 und 87).

mit dem Dauphin bestimmter faßte, darin zu weit gegangen war: so erwächst die Frage, ob Ludwig XIV. in seiner Antwort auf den Bericht Harcourts über diese Unterredung jene Andeutung mißbilligt habe. Wir werden diese Antwort zu ihrer Zeit zu vernehmen haben.

Die Verlepsi sprach beim Scheiden den Wunsch aus, öfter mit Harcourt zu reden.

Der eingehende Bericht des Botschafters Harcourt über diese Unterredung hatte zum Zwecke, dem Könige Ludwig XIV. abermals klar darzulegen, daß, wenn er den Weg des Theilungsvertrages verlassen wolle, er denjenigen durch die Königin Maria Anna gebahnt finde. Harcourt spricht dies noch bestimmter aus. „Ich glaube sogar zu bemerken, sagt er, daß die Bereitwilligkeit da ist, eben so weit zu gehen, wie vor einem Jahre für den Kurfürsten. Aber, nach meiner Ansicht, würde ein solcher Act hier nicht für vollgültig betrachtet werden. Die große Frage also wäre diejenige der Bestätigung eines Testaments durch die Cortes. Und dagegen stehen unübersteigliche Hindernisse, namentlich bei den Personen des Königs und der Königin selbst“ ¹⁾.

Der Bericht Harcourts ist vom 1. December. Er traf in Versailles ein zu einer Zeit, wo die Sache des Theilungsvertrages in der Republik noch unentschieden stand. Bereits jedoch neigte sie sich mehr nach den Wünschen Wilhelms III. Das Verfahren, zunächst die minder mächtigen Provinzen zu gewinnen, blieb nicht ohne Erfolg. Schon um die Mitte des Monates December durfte sich Wilhelm III. der Hoffnung hingeben, daß die anderen sechs Provinzen auf Holland, oder genauer auf Amsterdam, den gewünschten Druck ausüben würden ²⁾.

Tallard in London verhielt sich unterdessen schweigend. Nicht jedoch Torch in Paris gegenüber Manchester. Er machte abermals nachdrücklich geltend, daß die Ungewisheit über den Vertrag dem Könige von Frankreich zum großen Schaden gereichen könne. Denn man habe eine günstige Gelegenheit die Dinge in Spanien vortheilhaft zu wenden, weil die Königin von Spanien im Zerwürfniß stehe mit Wien. Torch bezeichnete die Sache nicht näher; aber Manchester

¹⁾ Hippeau t. II, p. 168.

²⁾ Grimblot t. II, p. 383. Vom 5./15. December.

errieth, daß die Gräfin Verlepsch mit im Spiele sei ¹⁾. Demnach können die Berichte des Botschafters Harcourt in Paris nicht völliges Geheimnis geblieben sein. Indessen auch die Nennung dieses Namens erregte bei dem Könige Wilhelm und Heinsius nicht den Verdacht, daß im Escuriale ein Handelsgeschäft vorbereitet werde.

Ludwig XIV. zögerte auch dies Mal seine Antwort auf den Bericht Harcourts vom 1. December lange hinaus. Sie erfolgte erst am 27. December, also zu einer Zeit, wo nach den Worten Wilhelms III., wenn auch der Beitritt von Amsterdam noch nicht zu erwarten, doch derjenige der sechs Provinzen außer Holland bereits wahrscheinlich war. Die Haltung der Antwort Ludwigs XIV. entspricht daher derjenigen vom 30. November. Sie ist reservirt, so jedoch, daß der Weg offen bleiben soll. Ludwig XIV. erkennt an, daß die Königin bei ihrem Verfahren lediglich die eigenen Freunde begünstige, die eigenen Feinde verfolge, ohne irgend welche Rücksicht auf die Interessen des Kaisers, ja daß sie bei den letzten Ernennungen die eifrigsten Anhänger desselben am übelsten behandelt habe. Der Zorn der Königin wider den Botschafter Harrach, meint er, müsse sehr heftig sein, da ihre Vertraute, die Verlepsch, die nicht ohne ihren Befehl sich so vorwagen dürfe, sich so offen darüber zu Harcourt ausgesprochen.

Besonders wichtig sind dann die Worte des Königs über die Reden des Harcourt zu der Verlepsch in Betreff der Vortheile für Maria Anna.

„Ich billige sehr, sagt Ludwig XIV., die Art und Weise, wie Sie der Verlepsch geantwortet haben. Sie sind dadurch, ohne sich allzu weit einzulassen, im Stande, wenn nöthig, mit ihr eine Unterhandlung zu eröffnen. Und es ist gewis, daß, wenn die Lage der Dinge uns nöthigt darauf einzugehen, die Königin für sich bei mir Vortheile finden würde, die sie von einer Unterhandlung mit dem Kaiser nicht hoffen dürfte“ ²⁾.

Durch diese Worte erhält jene Rede, in welche Harcourt vor der Verlepsch die Aussicht auf eine Heirath der Königin Maria Anna

¹⁾ Grimblot t. II, p. 386. Vom 23. December.

²⁾ Hippeau t. II, p. 172.

mit dem Dauphin einkleidete, die Zustimmung und Genehmigung Ludwigs XIV. Aber wir bemerken auch, daß Ludwig XIV. in demselben Momente wieder zurückzieht durch die beigefügten Worte an Harcourt: „Ohne sich allzu weit einzulassen“ ¹⁾. Wie weit Harcourt sich eingelassen, hat der Wortlaut seiner Rede uns gezeigt.

Ludwig XIV. schließt seine Erwägung dieser Sache mit den Worten: „Aus der Art und Weise, wie der Kaiser in Betreff der Königin handelt, wenn er ihrer bedarf, wird sie erschen, was sie nach geleistetem Dienste von ihm zu erwarten hat“. Wenn Harcourt diesen letzten Satz an die Königin Maria Anna gebracht hat: so hatte sie, um sich ihre eigene Lage klar zu machen, nur nöthig, statt des Wortes: der Kaiser, zu setzen: der König Ludwig XIV.

Er beharrte bei seiner Vorfrage, die Königin zunächst nicht direct zu verwenden. „Ich kann Ihnen, fährt er in seiner Rede zu Harcourt fort, nur den allgemeinen Befehl geben, nach Ihrem Vermögen die guten Dispositionen, welche die Königin Ihnen gegenüber an den Tag legt, auch ferner zu unterhalten. Dieselben sind in Wirklichkeit nur der Erfolg ihres Bornes, können daher leicht sich ändern. Bei der Ungewisheit aber, in der einstweilen die Dinge sich befinden, ist es nothwendig, für die Zukunft nichts zu vernachlässigen“.

Wir kennen die leitenden Gedanken, die unter die unbestimmte Fassung dieses letzten Satzes sich verbergen. Der eine ist, den Kaiser und Wilhelm III. von einander getrennt zu erhalten, damit der Eintritt des Todesfalles in Spanien sie vereinzelt und uneinig finde. Das Mittel ist der Theilungsvertrag. Der andere Gedanke ist die Erwartung des Rückschlages dieses Vertrages auf Spanien. Er tritt uns klar hervor aus einer Rede des Staats-Secretärs Torcy zu dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf in denselben Tagen. „Es ist uns wohl bekannt, sagte Torcy, daß die spanische Nation, wenn sie die Monarchie unzertheilt erhalten kann, lieber einen österreichischen Prinzen haben will als einen französischen. Ehe sie es aber auf die Theilung ankommen läßt, wird sie lieber einen französischen Prinzen nehmen als einen österreichischen“ ²⁾.

¹⁾ Sans trop vous engager.

²⁾ Sinzendorfs Bericht vom 25. December.

Darum hielt Ludwig XIV. in erster Linie fest an dem Theilungsvertrage, nicht als dem Zwecke, sondern als dem Mittel zum Zwecke. Wenn das Mittel seinen Dienst gethan, konnte es weggeworfen werden. Aber der Dienst, den es bis dahin thun würde, war in den Augen Ludwigs XIV. wichtiger und vortheilhafter als derjenige, den die Königin Maria Anna leisten konnte. Was diese Königin vermochte, war im besten Falle eine Willenserklärung Karls II. zu Gunsten eines Prinzen von Frankreich. Aber auch ohne eine solche Erklärung mußte voraussichtlich beim Tode Karls II. die Realität der Dinge in Spanien eine solche sein, daß Ludwig XIV. nur zuzugreifen hatte.

Daher entsprang jener Auftrag an Harcourt die günstige Disposition der Königin auch ferner zu pflegen, jedoch nicht sich näher einzulassen als auf Befehl. Den eigentlichen Plan enthüllt Ludwig XIV. seinem Botschafter auch dann nicht. Er wirft sogar den Gedanken hin, daß die Schwierigkeiten für die Berufung der Cortes vielleicht geringer sein würden, wenn man einen dritten für die spanische Succession benenne. Der Gedanke kann, nach dem ganzen Verhalten Ludwigs XIV., nicht ernsthaft gemeint sein. Er kann nur den Zweck haben, den Botschafter in Betreff des eigentlichen Zieles nicht klar sehen zu lassen. Ludwig XIV. wollte keinen Mitwisser, der, ob freiwillig, ob unfreiwillig, dies letzte Ziel vor der Zeit aussprechen könne. Der Ausführung seiner Befehle durch Harcourt war er sicher ¹⁾.

Wenn demnach auch Ludwig XIV. nicht positiv die Königin Maria Anna verwendete: so kam doch negativ ihr Verhalten in mehr als einer Beziehung ihm zu statten. Das Thun und Walten der Königin Maria Anna hatte seit Jahren nachtheilig für die kaiserliche Sache in Spanien gewirkt. Aber es stand noch immer viel in ihrer Hand. Die Wünsche und Anforderungen des Kaisers an seinen Neffen von Spanien concentrirten sich in zwei Punkte: denjenigen einer öffentlichen Willenserklärung in Betreff der Succession zu Gunsten des kaiserlichen Hauses, und denjenigen der Wehrhaftmachung Spaniens. In Betreff des ersteren Punktes hatte Carl II. seine Geneigtheit wiederholt kund gethan, aber geheim. In Betreff des

¹⁾ Hippeau t. II, p. 171. Vom 27. December 1699.

zweiten Punctes war an seiner Gesinnung eben so wenig zu zweifeln. Es handelte sich für beide Puncte nur um den nachdrücklichen Willen der Ausführung. Das Kaiserpaar in Wien durfte glauben, durch die Erfüllung der Forderungen der Königin zu Gunsten der Berlepsch sich die Hülfe der Schwester wieder gesichert zu haben. Wir haben allerdings dagegen von Ludwig XIV. die Ansicht vernommen, daß Maria Anna, auch vor dem neuen Bruche mit Harrach, ohne Rücksicht auf das Interesse des Kaisers, nur nach eigener Neigung handelte, oder nach dem Rathe der Berlepsch. Immerhin könnte sie damals noch die Meinung gehabt haben für den Kaiser thätig zu sein. Nach der Unterredung der Berlepsch mit Harcourt, vom 1. December, ist auch nicht einmal dieses mehr anzunehmen. Maria Anna hatte durch die Berlepsch dem Harcourt ihre Bereitwilligkeit zum Dienste für Ludwig XIV. kund gethan, mit anderen Worten: zum Verrathe der Sache und des Rechtes ihrer nächsten Verwandten, und Harcourt hatte erwidert mit einschmeichelnden Reden, welche die Annahme des Dienstangebotes, so wie einen entsprechenden Preis in Aussicht zu stellen schienen. Nachdem die Frauen so von ihrer Seite alles gethan, was sie zunächst thun konnten, mußten sie abwarten, was von der anderen Seite Positives an sie gelangen würde. Die Freundlichkeit Harcourts blieb sich gleich, und darum auch warteten sie geduldig. Die verschiedenen Schritte, zu welchen damals die Königin Maria Anna den Gemahl bewog, thun dar, daß sie eine Macht über ihn besaß wie nur je zuvor. Sie machte diese Macht nicht positiv zu Gunsten Ludwigs XIV. geltend. Auch hatte sie nicht einmal die Zusage ertheilt nichts wider ihn zu thun. Und dennoch war es die Consequenz der Stellung, in welche Maria Anna sich hinein begeben, daß sie diese ihre Macht über Carl II. nicht anwandte gemäß dem früheren Versprechen, durch welches sie sich dem Kaiserpaare verpflichtet, daß sie also nicht darauf ausging, die beiden wichtigen Puncte durchzusetzen, auf welche für den Kaiser so sehr viel ankam. Die Durchführung dieser beiden Puncte hätte dem Könige Ludwig XIV. erhebliche Hindernisse seiner Plane in den Weg gelegt. Indem Maria Anna ihre Pflicht für ihre nächsten Verwandten nicht erfüllte, arbeitete sie negativ für Ludwig XIV. Sie hoffte auf ihren Lohn dafür. Harcourt nährte ihre Hoffnung durch kleine

Geschenke. Die kleinen Geschenke hatten ihr Gewicht für die Geschichte Europas.

Der kaiserliche Botschafter Harrach und demnach auch der Hof in Wien scheinen dies Verhältniß für längere Zeit nicht durchsicht zu haben. Harrach sah freilich, daß für die Bewaffnung Spaniens nichts geschah. Er meldet, daß sogar die Wissenschaft des Schiffbaues in Spanien wie erloschen erscheine. Es waren in Biscaya vier Kriegsschiffe mit schweren Kosten neu erbaut. Nach der Untersuchung derselben erklärte der Admiral drei davon für nicht seefähig. Dasselbe Spanien, welches einst im Kampfe der Jahrhunderte sich der Mauren erwehrt und sie nach Afrika zurückgeworfen, besaß im Jahre 1699 auch nicht mehr ein einziges Kriegsschiff zur Abwehr der täglich im Angesichte der Küsten kreuzenden Seeräuber der Verberei¹⁾. Harrach wußte ferner, daß die Noth der beiden kaiserlichen Regimenter in Barcelona nur vorübergehend gelindert war. Er trat im December mit der dringenden Bitte um Abhülfe vor den König und vor die Königin. Sie beide versicherten in den gnädigsten Ausdrücken, daß die Wehrhaftmachung Spaniens bereits begonnen habe und fortgesetzt werden solle, und daß man besonders der beiden kaiserlichen Regimenter in Catalonien eingedenk sein werde. Harrach schöpfte, wie er meldet, daraus wenigstens die Hoffnung, daß diese Regimenter vor dem gänzlichen Untergange gerettet würden²⁾. Auch diese Hoffnung bewährte sich nicht. Der Bestand zerbrach rasch von Monat zu Monat, in Noth und Hunger.

Harcourt vernahm im December 1699 und Januar 1700 mit sichtlicher Genugthuung die Schwierigkeiten, die noch dem Theilungsvertrage entgegen standen. Er hoffte von einem Tage zum anderen auf die Vollmacht, eine eigentliche Verhandlung mit der Königin Maria Anna zu beginnen. Er beobachtete genau ihr Thun und Treiben. Sie wendete damals ihre Gunst von dem Admiral von Castilien, der, obwohl entfernt, dennoch immer von ihr befragt wurde, und übertrug sie auf den Herzog von Medina Sidonia. „Dieser junge Mann, urtheilt Harcourt, gibt Anlaß zu großen Hoffnungen

¹⁾ Harrachs Bericht vom 5. November.

²⁾ Dergleichen vom 17. December 1699.

auf seine Leistungen am Hofe, wegen der Gewandtheit, mit welcher er die Parteien wechselt.“ Auch die Berlepsh und der Pater Gabriel waren im Hader, weil die erstere in Erfahrung gebracht, daß der Pater mitgearbeitet an dem Plane sie zu entfernen. Harcourt ist daher ungewis, an wen er sich wenden soll, im Falle die Vollmacht ankommt ¹⁾.

In der Wirklichkeit repräsentiren jene beiden Persönlichkeiten in der Umgebung der Königin den inneren Kampf in ihr: der Pater Gabriel ist kaiserlich, die Berlepsh französisch. Die Eröffnungen der letzteren Persönlichkeit an Harcourt sind der Beweis ihres damaligen Uebergewichts. Je länger aber nun eine positive Antwort von französischer Seite sich hinauszögerte, und je höher demgemäß bei der Königin die Besorgnis stieg, daß Ludwig XIV. nicht eingehen würde: desto stärker ward auch in ihr die Gewissensregung, desto schwerer das Gewicht des Beichtvaters, der den Schritt nicht gebilligt. Harcourt, auch ohne diese Sachlage völlig zu durchschauen, erkannte doch so viel, daß er für den Fall des Eintreffens der Vollmacht sich lieber wenden will an die Berlepsh. Aber in seinen Augen wächst die Schwierigkeit, je länger die Sache sich hinzögert ²⁾. Er hebt in seiner dringenden Bitte nach Versailles den Wankelmuth der Königin hervor ³⁾.

Ludwig XIV. in seinen Antworten erkennt das alles an. Er nimmt mit Vergnügen wahr, daß die Königin von ihren Gnaden-erweisungen die Anhänger des Kaisers ausschließt, also die Partei desselben völlig zerlegt ⁴⁾. Aber er will noch das Ende des Monats Januar 1700 abwarten. Er stimmt dem Botschafter zu, daß, wenn bis dahin der König von England sich nicht bindend für den Vertrag erkläre, keine bessere Maßregel sich finde, als mit der Königin von Spanien in Verhandlung zu treten, und ihr bei den zu machenden Vorschlägen ein besonderes Interesse in Aussicht zu stellen ⁵⁾.

Inzwischen gelangte im Januar nach Europa die Kunde, daß die Schotten einen neuen Versuch in Darien gemacht. Harcourt

¹⁾ Schreiben Harcourts vom 31. December 1699, bei Hippeau t. II, p. 173.

²⁾ Vom 11. Januar 1700, a. a. O. p. 177.

³⁾ A. a. O. p. 178.

⁴⁾ A. a. O. p. 179.

⁵⁾ Vom 20. Januar, a. a. O. p. 182.

berichtet, daß der spanische Staatsrath geneigt war um französische Hülfe zu ersuchen, daß nur die Königin diesen Schritt vereitelt, und zwar, um sich bei dem Kaiser daraus ein Verdienst zu machen ¹⁾. Dies stimmte nicht mit dem übrigen Verhalten der Königin. Oder sollte es nur ein Schreckschuß für Harcourt sein? — Jedenfalls ward er dadurch nicht entmuthigt. Die Differenz zwischen der Berlepsh und dem Pater Gabriel ward damals endlich dahin gelöst, daß die erstere bewogen wurde zum Rückzuge über eine goldene Brücke. Dann, meint Harcourt, bleibe der Kapuziner Gabriel der einzige Vertraute der Königin, und an diesen werde er daher sich zu wenden haben. Am liebsten jedoch träte er in eine directe Correspondenz mit der Königin. So am 11. Februar ²⁾.

Für uns Spätere liegt die Sache anders. In dem Erfolge des Paters Gabriel über die Berlepsh gibt sich die Erkenntnis der Königin kund, daß ihr Entgegenkommen bei Ludwig XIV. auch dies Mal wieder fruchtlos gewesen, daß sie von daher nichts zu hoffen habe.

Und so war es in der That. Während Harcourt jene Worte schrieb, war schon die Meldung des Königs für ihn unterwegs, daß, wie Ludwig XIV. sich ausdrückt, er sichere Aussicht habe den Frieden Europas zu wahren durch den Abschluß des Theilungsvertrages mit dem Könige von England und der Republik, und daß es darum einer Verhandlung mit der Königin von Spanien nicht mehr bedürfe ³⁾.

Es scheint, daß Harcourt sich schwer darein gefunden habe, seine Wünsche so vereitelt zu sehen. Er konnte es nicht fassen, daß der König von Frankreich, der das Ganze erlangen könne, sich begnügen wolle mit einem Theile. Er hatte, seit der Rückkehr des Königs Carl II. aus dem Escuriale nach Madrid, im December, wiederum mehr als einmal Gelegenheit genommen, die Symptome der Abnahme der Lebenskraft in dem unglücklichen Fürsten in so detaillirter Art zu beschreiben, als hätte er selber allen und jeglichen Dienst eines Krankenwärters verrichtet. Er meint, Carl II. lebe nur noch wie durch ein Wunder. Wenn aber dies mühsam flackernde Licht erlösche noch vor

¹⁾ Hippeau t. II, p. 184. Vom 28. Januar.

²⁾ A. a. O. p. 187.

³⁾ A. a. O. p. 186.

der Unterzeichnung des Vertrages: was dann? — Harcourt mahnt den König, in diesem Falle sich zuerst des Festlandes Spanien zu versichern, wo die Masse des Volkes für ihn gesinnt, sich lehne nach einem französischen Prinzen. Er selber für sich bittet um seine Abberufung ¹⁾.

Die Antworten Ludwigs XIV. rücken den eigentlichen Plan so nahe ans Licht, wie es möglich war, ohne ihn offen auszusprechen. „Es ist nicht glaublich, sagt er, daß die Spanier willig auf die Theilung der Monarchie eingehen; allein bei der Lage der Dinge ist in erster Linie fest zu halten, daß die Furcht dort mächtiger sein wird als jegliche andere Erwägung. Da es nicht von ihnen abhängen wird nach eigenem Ermessen zu wählen, so müssen sie, beim Eintritte des Todesfalles, hauptsächlich auf das Unglück hingewiesen werden, welches sie sich zuziehen, wenn sie mich zwingen, meine Streitkräfte in Thätigkeit zu setzen, um den legitimen Erben das ihnen gebührende Recht zu verschaffen.“

Es erscheint gewagt hier unter dem Worte Ludwigs XIV. von den legitimen Erben denjenigen zu verstehen, den der Vertrag für Spanien benannte, nämlich den Erzherzog Carl. Aber Ludwig fährt fort:

„Ist der Vertrag vor dem Tode des Königs von Spanien völlig abgeschlossen: so zeigen die Bestimmungen desselben, welches Verhalten ihm oder, nach seinem Tode, Spanien gegenüber zu befolgen ist. Allein, wenn der Tod vorher eintritt, so ist es Ihre Aufgabe hinzuweisen auf meine Truppen an den Grenzen von Spanien, bereit zum Einmarsche, sobald ich erfahre, daß die spanische Nation den Kaiser zu meinem Nachtheile begünstigen will.“ „In der That, fügt er dann hinzu, sind meine Truppen an der Grenze hinreichend und in allzu gutem Stande, als daß ich glauben könnte an einen Widerstand Spaniens gegen ein Unternehmen auf meinen Befehl“ ²⁾.

Harcourt erhielt seinem Wunsche gemäß die Weisung, seine Abschieds-Audienzen zu verlangen. Wie er dabei sich zu verhalten

¹⁾ Die Briefe Harcourts vom 24., 26. Februar, 3., 11. März, bei Hippeau t. II, p. 191 et suiv.

²⁾ Schreiben des Königs vom 11. März, bei Hippeau t. II, p. 200 et suiv.

habe gegenüber der Persönlichkeit, die in ihrer Stellung so sehr viel beigetragen, daß Ludwig XIV. das Königreich Spanien machtlos und zerrissen vor sich sah, darüber sagt der letztere nichts. Er erfahre, sagt er, daß der Haß der Königin wider den kaiserlichen Botschafter täglich steige. Er wünscht Näheres darüber zu wissen. Harcourt bestätigt das, jedoch als seine Meinung. „Ich bin überzeugt, sagt er am 25. März, daß Harrach und seine Freunde dahin arbeiten, die Königin von dem Könige zu trennen und sie zu Grunde zu richten“¹⁾).

Daß die Königin dem Botschafter Harrach keine Neigung entgegen trug, dürfte unzweifelhaft sein. Anders jedoch stand es mit der Sache, die Harrach vertrat. Die Königin befand sich in dem Stadium der Wandlung. Je klarer es ihr wurde, daß der Hoffnung, welche sie für sich persönlich auf Frankreich gesetzt, von dort her nicht entsprochen wurde, desto stärker mußten ihr die Gründe für die andere Seite erscheinen. Das erste Symptom war das völlige Uebergewicht des kaiserlich gesinnten Vaters Gabriel über die Berlepisch. Es gab sich äußerlich sichtbar kund durch den Entschluß der Königin zur Entlassung dieser Frau, welche als Mittelsperson in den Versuchen bei Harcourt auch die Rathgeberin dafür gewesen war. Es war dies Mal nicht wieder eine Komödie, wie die, welche Maria Anna und die Berlepisch einige Monate früher aufgeführt, um die kaiserlich Gesinnten zu täuschen. Der Königin ging bereits einiges Licht darüber auf, daß sie, anstatt Andere zu täuschen, selber die meist Getäuschte war, und demgemäß fiel ihr Verdruß darüber auf das Werkzeug ihrer Verblendung.

Ein zweites Symptom war die Abberufung des Botschafters aus Wien, des Bischofs Solsona von Verida, die der Kaiser seit langer Zeit vergeblich gewünscht, und dagegen die Ernennung des Herzogs von Moles, eines Neapolitaners, dessen kaiserliche Gesinnung unzweifelhaft, für denselben Posten. Harcourt berichtet, daß die Königin an diesem Wechsel erheblichen Antheil hatte²⁾).

Und dann, nachdem Maria Anna sich dadurch unzweifelhaft kund gegeben, war die Gestalt der Berlepisch in augenfällig raschem Sinken. Die Entlassung war noch gütlich vereinbart; bald aber traf

¹⁾ Bericht des Harcourt vom 25. März, bei Hippeau t. II, p. 207.

²⁾ A. a. O. p. 185.

die Dame der Befehl zur Abreise ¹⁾. Sie hatte sich ja freilich auf einen solchen Ausgang der Dinge für sie längst gefaßt gemacht, und darum die wie immer erworbenen Gelder nach dem Auslande hin in Sicherheit gebracht. Die Abreise erfolgte am 31. März, unter starker Bedeckung zum Zwecke der Sicherheit der Berlepsh, im übrigen nicht mit Beweisen einer Aufmerksamkeit von Seiten der Königin. „Das erweckt den Glauben, fügt Harcourt seinem Berichte an Ludwig XIV. hinzu, daß sie in Ungnade gefallen ist“ ²⁾. Freilich, wer aber auf Erden, außer der Königin selber und der Berlepsh, konnte dies und den eigentlichen Grund der Ungnade genauer wissen als die Spender der kleinen Geschenke, Harcourt und Ludwig XIV.?

Die Berlepsh ging. Die Spuren ihrer Wirksamkeit auf dem Boden Spaniens blieben. Sie selber hatte einige Monate zuvor dem Botschafter Harcourt die Anklagen aufgezählt, die auf sie gebracht wurden. In wie weit dieselben berechtigt, kann mehr vermuthet als genau nachgewiesen werden.

Es ist zu erwähnen, daß eben damals Carl II. seinen bisherigen Beichtvater entließ, den Pater Froylan Diaz, und zwar, wie man annahm, auf Betrieb der Königin. Die eigenen Worte der Königin gegen Froylan Diaz stehen mit dieser Annahme nicht in Widerspruch ³⁾. Als Vorwand dienten Gerüchte von Zauberei und Hexerei; denn Spanien krankte an demselben Wahne wie Deutschland. Jedenfalls war die Abneigung der Königin gegen Froylan Diaz mehr eine persönliche als eine politische. Sein Nachfolger bei Carl II. war der Dominicaner Torres.

Ludwig XIV. schrieb die Nachricht, daß er des Abschlusses des Vertrages sicher sei, am 7. Februar 1700. Wir haben daher uns zurückzuwenden zu derjenigen Zeit, wo die Wahrscheinlichkeit sich ihm zur Gewissheit entwickelte.

Der Weg, den Wilhelm III. und Heinsius zuletzt eingeschlagen, nämlich durch die Zustimmung der minder mächtigen Provinzen auf

¹⁾ Hippeau t. II, p. 203. Vom 16. März.

²⁾ A. a. O. p. 210.

³⁾ Müntzel: Landgraf Georg. S. 172. Die Königin an den Landgrafen, 16. April.

Holland zu drücken, erwies sich in Betreff jener ersteren, so wie auch des Adels und der kleineren Städte von Holland, mehr und mehr als der richtige. Darum aber wurde Amsterdam für längere Zeit noch nicht geneigter. Heinsius meldet dem Könige seine wiederholten Beredungen mit dem Bürgermeister Hudde, mit Buys, mit Schaep, dem Pensionär der Stadt. Er hob die Zustimmung aller anderen Provinzen hervor. Sie beriefen sich auf ihr Recht nach eigener Ueberzeugung zu handeln. Nur der Beitritt des Kaisers könne die Schwierigkeiten heben. Der kaiserliche Gesandte, Graf Goes, war dabei nicht betheiligt. Nach der Meldung von Heinsius an den König war der Gesandte sogar persönlich für den Vertrag ¹⁾. Die eigenen Berichte desselben bieten jedoch für ein solches Urtheil keinen Anhaltspunct.

Unterdeß drängten die Franzosen, in Paris Torch auf Manchester, in London Tallard auf den König, im Haag der Resident Bonac auf den Rathspensionär. Der König von Frankreich, sagten sie, müsse Klarheit haben. Sie beriefen sich auf das Versprechen des Königs von England die Republik zu bestimmen. Heinsius trat am 8. Januar 1700 abermals mit einigen Deputirten von Amsterdam zusammen. Sie beharrten bei ihren Gründen; aber es schien dem Rathspensionär, daß eine mehr conciliatorische Gesinnung durchbräche. Die Deputirten erstatteten Bericht in Amsterdam. Am 15. Januar kehrten sie wieder mit der Antwort, daß die Vertreter der Stadt bei ihrer Ansicht beharrten, daß sie jedoch, in Erwägung aller Umstände, den Vollzug des Vertrages geschehen lassen wollten. Es war die in solchen Fällen übliche Formel ²⁾.

Die Nachricht erging sofort nach London. Von dort aus verkündete Jersey dem harrenden Manchester in Paris, daß nun die große Angelegenheit zu einem befriedigenden Schlusse gediehen ³⁾. Es kam später eine andere Zeit, wo dieser Staats-Secretär die große Angelegenheit mit geringerem Wohlgefallen betrachtete.

Die Republik Holland erhob jedoch noch die Bedingung, daß der Vertrag im Parlamente von Paris registrirt werden müsse. Sie

¹⁾ Grovestins t. VII, p. 282.

²⁾ A. a. D. p. 287: het zouden aanzien. — Grimblot t. II, p. 392.

³⁾ Grimblot t. II, p. 393. Vom 11./21. Januar.

hatte also dennoch nicht ein gleiches Vertrauen wie Wilhelm III. und Heinsius. Torcy suchte abzuwehren. Das Verlangen, sagte er, lege diesem Parlamente, welches lediglich ein Gerichtshof, eine allzu hohe Bedeutung bei. Dazu würde ein solches Verfahren das Geheimnis zerreißen, die Sache öffentlich bekannt machen, und dies ja eben wolle man vermeiden ¹⁾. Es gelang die Holländer zu bewegen von dieser Forderung abzustehen.

In denselben Tagen traf in London auch die Antwort des Kaisers ein auf den abermaligen Versuch, den Wilhelm III. dort durch Hop hatte machen lassen. Der Kaiser hatte die Sache der Konferenz seiner Räte vorgelegt. Der Rathspensionär hatte den Grafen Goës besonders darauf hingewiesen, daß, wenn der Kaiser in Betreff der Theilung etwas wiche, dann Frankreich nachgiebiger sein werde in Betreff der Beschränkung, die dem Erzherzog für die Succession in seinen Antheil auferlegt werde. Wenn aber nicht, so werde es den Kaiser gereuen. Allein die an den Kaiser gestellte Forderung des Weichens betraf das Herzogthum Mailand. Der Beschluß der Konferenz war wie früher: von Mailand als einem Reichslehen dürfe der Kaiser nicht lassen. Bringe Frankreich andere Vorschläge: so werde man sie anhören. Der Kaiser stimmte zu ²⁾.

Auch in Betreff der Differenz des Königs Wilhelm mit Spanien über die Gesandten Schonenberg und Canales machte man Vorschläge, ohne sich freilich davon einen Erfolg zu versprechen. Denn der Gang der Dinge thue dar, daß dem Könige alles daran liege den Schonenberg in Madrid zu behalten, als durch welchen er über den dortigen Hof immer die genaueste Kunde erlange.

Mit jener Antwort trat Auersperg vor den König Wilhelm III. Dieser erwiderte: „Das thut mir unaussprechlich leid. Seien Sie versichert, daß, wenn ich von Frankreich bessere Bedingungen hätte erlangen können, ich sie verschafft haben würde“. Auersperg entgegnete: „Ich muß nochmals ausdrücklich erinnern, daß der Kaiser nicht abgeneigt ist auf Verhandlungen einzugehen, nur nicht auf diesem Fuße. Ich

¹⁾ Manchester's Bericht vom 19./29. Januar 1700 bei Grimblot t. II, p. 394.

²⁾ Das Konferenz-Protokoll vom 3. Januar 1700 ist abgedruckt in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. S. I, Bd. III, S. 333 u. f.

habe immer darauf hingewiesen, daß der Kaiser sich und sein Haus nicht von Italien ausschließen lassen darf. Es liegt im Interesse des gesammten Europa, daß ein Theil von Italien mit der spanischen Monarchie vereinigt bleibe“. Der König versetzte: „Ich möchte wünschen, daß nicht bloß ein Theil von Italien bei der spanischen Monarchie bleibe, sondern daß auch nicht ein Dorf davon an Frankreich käme. Allein, wenn man glaubt, daß durch die Erwartung des Aeußersten die Dinge sich günstiger gestalten können: so wird man sich täuschen“ ¹⁾).

Muersperg erzählte dem Grafen Portland die Unterredung. Dieser erwiderte: „Die Gegner mögen sagen was sie wollen: es ist doch gewis, daß der König die Zuneigung zum Erzhaufe wie mit der Muttermilch eingesogen“.

Wie in Wien vorausgesehen war, lehnte der König die Vorschläge in Betreff der Gesandten ab ²⁾. Daß Schonenberg immer auf das genaueste unterrichtet war, findet sich damals vielfach bestätigt; aber für die Fortdauer dieser genauen Kunde gab Wilhelm III. nach wie vor die Möglichkeit hin, durch einen Gesandten, der Zutritt zu Carl II. haben würde, einen Einfluß auf Spanien auszuüben.

Nach der Zustimmung der Republik der Niederlande, nach der Ablehnung des Kaisers, glaubte Wilhelm III. dennoch mit dem Theilungsvertrage vorgehen zu müssen.

Bis dahin scheinen von geborenen Engländern nur der gefügige Staats-Secretär Kersey und der Graf Manchester in Paris in die Kunde des Vertragsentwurfes eingeweiht gewesen zu sein. Wir erinnern uns, daß im Herbst zuvor der König den Ersteren nach Holland berufen, um dort von ihm den Vertrag unterzeichnen zu lassen. Damals also schien es dem König Wilhelm III. nicht erforderlich, noch einen anderen Engländer heranzuziehen. Im Februar 1700 jedoch fand er nöthig, auch einige andere Engländer im tiefsten Geheimnisse zu befragen. Von einer maßgebenden Berathung im Einzelnen konnte gegenüber einem fertigen, von den beiden Königen beschlossenen Entwurfe bei den englischen Ministern eben so wenig die Rede sein, wie

¹⁾ Muerspergs Bericht vom 6. Februar 1700.

²⁾ Grimblot t. II, p. 396. vom 2./12. Februar.

vorher bei den Holländern, sondern nur von einer Zustimmung überhaupt. Es waren Somers, Orford, Montague, also sämmtlich Mitglieder der Whig-Partei. Nach einigem Zaudern gaben sie ihre Zustimmung ¹⁾).

Der Vertrag ward in London gezeichnet am 21. Februar/3. März 1700, im Haag am 25. März 1700. Von französischer Seite unterschrieben Tassard und Briord, von englischer Seite Portland und Jersey, von Seiten der Republik für jede der sieben Provinzen je Ein Deputirter.

Fassen wir also die Grundzüge des Vertrages hier nochmals übersichtlich zusammen.

Die schwache Gesundheit des kinderlosen Königs von Spanien, sagt der Vertrag, läßt ein nahes Ende befürchten. In diesem Falle erheben einerseits der König von Frankreich für sich und seine Descendenz Ansprüche auf das spanische Erbe, andererseits der Kaiser und seine Descendenz. Ein neuer Krieg würde daher unvermeidlich sein. Um diesem Uebel zuvorzukommen, haben die beiden Könige und die Republik eine Theilung des spanischen Erbes beschlossen.

Der Dauphin soll für sich und seine männlichen Erben erhalten die Königreiche Neapel und Sicilien, die Häfen und Inseln an der Küste von Toscana, die Markgrafschaft Finale, ferner die Provinz Guipuzcoa mit den Städten Gontarabia und St. Sebastian — alles dies so wie es jetzt der König von Spanien besitzt. Ferner soll der Dauphin erhalten die Herzogthümer Lothringen und Bar; der Herzog von Lothringen soll dafür Mailand bekommen. Der König von Frankreich und der Dauphin verzichten für sich und ihre männlichen Nachkommen auf jeden anderen Anspruch an das spanische Erbe.

Die Krone Spanien und alle anderen Länder, welche außer jenen genannten der katholische König besitzt, in Europa wie außerhalb, sollen gelangen an den Erzherzog Carl, den zweiten Sohn des Kaisers. Sobald der Kaiser und der römische König Joseph diesem Vertrage beitreten, sollen sie zugleich für sich und ihre gesammte Descendenz auf jeden Anspruch an den anderen Antheil verzichten, und eben so der Erzherzog Carl, wenn er zu seinen Jahren kommt.

¹⁾ Schreiben Wilhelms III. vom 6./16. Februar, bei Grimblot t. II, p. 397.

Sofort nach dem Austausch der Ratificationen soll der Vertrag dem Kaiser mitgetheilt werden, mit der Einladung zum Beitritte. Erfolgt dieser nicht innerhalb drei Monate, so sind die drei Mächte überein gekommen, für den Antheil des Erzherzogs einen Dritten zu benennen, und jeden Versuch des Erzherzogs, sich, ohne den Vertrag, in den Besitz irgend eines Theiles des spanischen Erbes zu setzen, mit allen Kräften abzuwehren.

Bei Lebzeiten des Königs von Spanien darf der Erzherzog nicht nach Spanien oder in das Herzogthum Mailand sich begeben als mit der Zustimmung der Mächte.

Der Antheil des Erzherzogs darf niemals an eine Persönlichkeit gelangen, welche zugleich Kaiser oder römischer König, eben so wenig an eine solche, die zugleich König oder Dauphin von Frankreich ist.

Für den Fall des Todes in Spanien verpflichten sich die drei Mächte das gesammte Erbe in dem Stande zu belassen, in welchem es sich befindet. Jeder der betheiligten Fürsten aber wird sofort von dem durch den Vertrag ihm angewiesenen Ländern Besitz ergreifen, und die drei Mächte werden darin ihm beistehen vermöge ihrer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande. Eben so wollen sie gegen jeden Angriff in Folge dieses Vertrages einander beistehen mit aller ihrer Macht.

Alle Regierungen Europas sollen eingeladen werden dem Vertrage beizutreten und demgemäß auch mit den Waffen ihn aufrecht zu halten.

Es folgte noch ein geheimer Artikel, der in der That das strengste Geheimniß blieb, so daß in England nur der König und Portland darum wußten, in Holland nur der Rathspensionär Heinsius, in Frankreich nur Ludwig XIV. und Tallard. Die wichtigste Bestimmung desselben ist, daß, obwohl der Vertrag dem Kaiser nur eine Frist von drei Monaten zum Beitritte offen läßt, dennoch dieser Beitritt ihm frei stehen soll für zwei Monate nach dem Tage, an welchem die drei Mächte ihm den Tod des Königs von Spanien kund geben werden.

So der Vertrag. Er ist, wie der Hergang der Dinge dargethan, von Seiten Wilhelms III. nicht entsprungen aus einer Anerkennung für das Recht der Dynastie Bourbon auf das spanische Erbe, sondern aus der Rücksicht auf die überlegene Macht derselben,

aus dem Glauben, daß Ludwig XIV., der vermöge dieser überlegenen Macht das Ganze nehmen könne, eben dadurch aber die Anderen um ihrer Selbsterhaltung willen zum Kriege zwänge, sich begnügen werde mit einem Theile, den er in Frieden erlange. Darum bringt Wilhelm III. der Macht des Hauses Bourbon das Recht, oder doch einen großen Theil des Rechtes des Hauses Habsburg zum Opfer dar, und zwar ohne vorher sich darüber klar und gewis zu sein, ob der Kaiser, wenn auch um der Erhaltung des Friedens willen principiell einem Opfer nicht abgeneigt, willigen werde in dasjenige, welches ein fremder Wille ihm auferlegt, und zwar auf Kosten nicht bloß seiner Rechte, sondern auch seiner Pflichten.

Ein anderes Ziel als Wilhelm III. verfolgt bei diesem Vertrage Ludwig XIV. Auch er will nicht den Krieg. Auch er zieht den Frieden vor. Aber er will zugleich das gesammte spanische Erbe, nicht einen Theil. Daher ist ihm der Theilungsvertrag nicht der Zweck, sondern das Mittel zum Zwecke. Und zwar hauptsächlich nach drei Richtungen hin. Zunächst ist der Theilungsvertrag die Scheidewand, die er zwischen dem Kaiser und dem Könige von England aufgerichtet, über welche hin sie sich nicht, wie vordem, die Hände reichen können zum Bunde wider ihn. Sie bleiben getrennt, auf jeden Fall bis zum Tode Karls II. Dann ist mit gutem Vorbedacht der Theilungsvertrag so eingerichtet, daß, wie Ludwig XIV. gemäß der Erfahrung von 1668 mit Sicherheit voraussieht, der Kaiser, weil er Mailand und Finale nicht fahren lassen will noch kann, niemals beitreten wird. Der Vertrag kann daher nicht vollzogen werden. In der Erwartung dessen, daß das Königreich Spanien, welches der Theilungsvertrag, und zwar nach dem von Ludwig XIV. selbst gemachten Vorschlage, dem Erzherzoge Carl zuspricht, diesem Prinzen nicht zu Theil wird und nicht zu Theil werden soll, stehen am Nordfuße der Pyrenäen zahlreiche französische Bataillone zum täglichen Einmarsche bereit.

Endlich verbindet sich mit dem Vertrage bei Ludwig XIV. noch ein dritter Gedanke. Wir haben ihn zuerst vernommen aus den Worten des Spaniers Balbases. Der erste politische Grundsatz aller Spanier ist der Wunsch die Monarchie in ihrer Gesamtheit zu erhalten. Der Theilungsvertrag ist mit diesem Principe unvereinbar. Um dem Theilungsvertrage zu entkommen, werden die Spanier die

Hand desjenigen ergreifen, der allein es vermag sie dagegen zu schützen, und den sie, wenn sie nicht ihm zu Willen sind, zunächst und am meisten zu fürchten haben.

Wenn also der Vertrag, wie Ludwig XIV. berechnete, wegen des Nicht-Beitrittes des Kaisers nicht perfect werden konnte; wenn andererseits das positive Moment hinzutrat, daß Spanien, um dem Theilungsvertrage zu entkommen, einen französischen Prinzen herbeirief: so war für Ludwig XIV. nicht bloß die Aussicht da, das gesammte spanische Erbe für diesen französischen Prinzen zu erlangen, sondern zugleich auch die Hoffnung es zu behaupten ohne Krieg. Denn er, dessen Macht allein einer ganzen Coalition gewachsen war, stand dann voll gerüstet gegenüber der langen Reihe der Schwächeren, Unbewaffneten, und noch dazu unter einander Uneinigen und Verbitterten.

So im wesentlichen der Plan Ludwigs XIV. Der Grundzug desselben war, wie vorliegt, nach keiner Seite hin die Ehrlichkeit. Es war die Frage der nächsten Monate, ob der mit großer Umsicht begonnene, mit der gleichen Gewandtheit bis dahin durchgeführte Plan gelingen würde. Nach der Redeweise, deren Ludwig XIV. sich gegenüber seinen Botschaftern Harcourt und Tallard bediente, ist kaum anzunehmen, daß er auch nur einem einzigen Mitwiffer vorher das volle Geheimniß offenbart, welches nachher aus der Combination aller Fäden den Kundigen vor Augen lag.

Wir haben gesehen, daß auch die Zahl der Mitwiffer Wilhelms III. bis zum Abchlusse des Vertrages eine sehr geringe war.

Es bedarf namentlich kaum der Erwähnung, daß das Parlament von England damals von der wichtigen Sache keine Kunde erhielt, demnach auch direct sich nicht betheiligen konnte. Indirect jedoch wirkte es in so fern ein, als die Verhandlungen im Parlamente nicht geeignet waren und bei Vielen auch nicht bezweckten, den Muth des Königs zu heben. Wir haben dieses Verhältnis in kurzen Zügen zu überblicken.

Die Thronrede, mit welcher er am 4./14. Mai 1699 das Parlament vertagt, sah einer Klage ähnlicher als einem Vobe. Die

Mitglieder kehrten nicht in freudiger Stimmung heim. Dann erfolgte, ungeachtet ihrer kundbaren Unzufriedenheit darüber, die abermalige Reise des Königs nach Holland. Man wußte ferner, daß Verhandlungen mit Frankreich statt fanden, und es war nicht schwer zu entdecken, daß kein Engländer dabei betheiligt wurde. Der König selber erwog den Gedanken, der im Reime bereits in jener Thronrede zu stecken schien, das Parlament aufzulösen und ein neues zu berufen. Aber die Minister scheuten sich, die Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen. Denn ihrer Erfahrung gemäß folgte auf ein im Zorne aufgelöstes Unterhaus jedes Mal ein noch weniger gefügiges. In diesem besonderen Falle trat noch hinzu, daß der wesentliche Stein des Anstoßes war die Abdankung der Armee. Eben diese aber war durchweg in England mit großem Beifalle begrüßt ¹⁾.

Indessen dürfte man darin doch nicht, wie oft geschehen, eine Unpopularität des Königs bei dem englischen Volke im allgemeinen sehen. Noch niemals waren nach seiner Landung die Menschen in so dichten Haufen herzugeströmt, um ihn zu sehen und zu begrüßen, wie nach dem 17./27. October 1699 ²⁾.

Der König selber erstattete gleich nach seiner Ankunft, wie er zu thun pflegte, Bericht an Heinsius. „Ueber den Stand der Dinge hier, sagt er, über die Stimmung der Gemüther kann ich noch nichts Genaues sagen. Die Wohlgesinnten scheinen erfreut über meine frühzeitige Wiederkehr, und Viele sind der Ansicht, daß die herannahende Parlaments-Session nicht so schlimm sein wird, wie sie befürchtet hatten. Man muß das jedoch erst abwarten.“ So am 20./30. October ³⁾.

Die höheren Classen der Gesellschaft in London erhoben die besondere Klage, daß sie seit den Zeiten des Königs Jacob II. nicht mehr wüßten, ob ein königlicher Hofhalt existire oder nicht. Die Vergnügungen dieser Art waren allerdings weniger nach dem Geschmacke des Königs. Er kam eben von Zoo. Dort ward drei Mal in der Woche der Hirsch forcirt, und an den anderen Tagen ritten er und sein alter Freund Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg aus Celle

¹⁾ Burnet t. II, p. 274.

²⁾ Auerpergs Bericht vom 20./30. October 1699.

³⁾ Grimblot t. II, p. 360.

auf die Hasenjagd. Der Herzog, damals neunundsechzig Jahre alt, war darin eben so unermüdlich wie sein um zwanzig Jahre jüngerer Freund, der König ¹⁾. Aber Wilhelm III. wollte den Wünschen der Engländer in jener Beziehung entgegenkommen. Zu seinem Geburtstage, am 4./14. November, gab er in Kensington ein glänzendes Bankett, an welchem auch das prinzliche Paar, Anna und Georg von Dänemark, Theil nahm. Am Abende erschien der König zum Balle im Palaste der Prinzessin. Er eröffnete, daß er fortan, nach dem Beispiele des Hofes von Versailles, wöchentlich einmal Apartment halten wolle. Der Beginn wurde dann wieder hinausgeschoben auf den nächsten Monat. Zum ersten Male fand das Apartment statt am 7. December. Die Unterhaltung bestand lediglich im Spiele. Zwei große Tische waren da für das damals beliebte Bassettspiel, acht kleinere für l'Hombre und Piquet. So von sieben bis zehn Uhr Abends ²⁾. Daß der König dadurch die beklagte Lücke ausgefüllt, dürfte kaum anzunehmen sein.

Das Parlament trat zusammen am 16./26. November. Marlborough sprach vorher seine Ansicht aus: wenn der König in seiner Thronrede einfach sage, daß er das Parlament einberufen, um ihm Gelegenheit zu geben dasjenige zu beschließen, was es für die Wohlfahrt der Nation als nothwendig erachte: so werde er vom Parlamente alles nach Wunsch erlangen ³⁾. — Wenn dieser Rath an den König gekommen ist, so handelte er nicht demselben entsprechend. Die Thronrede auch dies Mal wie immer der Ausdruck seiner eigenen Gedanken, war lang, nicht jedoch wie sonst, kräftig, schwunghaft. Er beklagte, daß die bewilligten Mittel zur Deckung der Ausgaben nicht reichten, daß er neue verlangen müsse. Er schloß mit den Worten: „Da unser Ziel beiderseitig lediglich das Gemeinwohl ist, so laßt uns handeln mit Vertrauen in einander“ ⁴⁾.

Daß der König sich über eine glückliche Wirkung seiner Rede nicht sicher fühlte, ergiebt sich aus seinem Berichte an Heinsius. „Sie sehen aus meiner Rede, sagt er, daß ich nichts für mich verlange,

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 18. September, aus dem Haag.

²⁾ Desgleichen vom 17. November und 8. December.

³⁾ Desgleichen vom 27. October/6. November.

⁴⁾ Commons' Debates t. III, p. 186.

daß ich nur von der eigenen Sicherheit der Nation rede, und zwar in allgemeinen Ausdrücken. Daher sollte man sich Hoffnung machen dürfen auf eine friedliche Session. Aber die Leute hier sind so sonderbar geartet, daß ich keine bestimmte Erwartung fassen darf. Die Meinungen über das was zunächst bevorsteht, sind getheilt. Aber ich versichere Ihnen, daß Keiner in der Lage ist zu urtheilen, oder auch nur die geringste Vermuthung aufzustellen. Man muß hier immerfort sagen, wie es in den Zeitungen heißt: was davon kommt, wird die Zeit lehren“ ¹⁾).

Das Unterhaus begann am 24. November/4. December seine Berathungen. Daß in denselben nicht eine freundliche Gesinnung vorherrschte, erfuhr der König sehr bald. Bereits vier Tage später meldet er an Heinsius: „Es ist schwer über die Angelegenheiten des Parlamentes zu reden. Die scheinbare Mäßigung besteht nicht in der Wirklichkeit. Ich habe nur zu guten Grund eine unruhige Session zu besorgen“ ²⁾).

Bereits am nächsten Tage wurde ihm dies Wort zur Wahrheit. Die Mehrheit des Unterhauses erblickte in den Schlußworten seiner Thronrede nicht eine Aufforderung, sondern einen Vorwurf. Man ging zurück auf die Thronrede, durch welche der König im Mai die Vertagung angekündigt. Es ward der Antrag gestellt und unterstützt, daß der König ersucht werde die Namen derjenigen Minister zu nennen, welche zu der Thronrede vom Mai eingerathen. Der Antrag erhielt nicht die Mehrheit ³⁾. Aber man berieth und beschloß nicht eine Dankadresse, sondern eine Vorstellung. „Der Friede und die Wohlfahrt des Königreiches, heißt es darin, erfordert zunächst ein völliges Vertrauen zwischen König und Parlament. Darum erachten wir für das größte Unglück, wenn, nach allen Bethätigungen unseres Pflichtgefühles durch so reiche Bewilligungen, dennoch Mißtrauen erregt worden ist. Wir ersuchen daher Ew. Majestät Allen denen, welche die Handlungen des Parlamentes in falschem Lichte darstellen, Ihr hohes Mißfallen zu beweisen, wie hinwiederum auch wir mit äußerster Sorge und

¹⁾ Grimblot t. II, p. 379.

²⁾ A. a. O. p. 382.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 28. November 8. December.

Fleiß uns bemühen werden, alle irrigen Meinungen und Berichte über Ew. Majestät und Ihre Regierung zu verhindern und zu entkräften" ¹⁾).

Der König erwiderte, daß Niemand je sich unterstanden ihm das Verhalten eines der beiden Häuser in falschem Lichte darzustellen. „Hätte sich Jemand dieser Art gefunden, fuhr er fort, er würde sofort von mir das nachdrücklichste Zeichen des Misfallens erfahren haben. Nicht bloß meinem Parlamente, sondern jedem meiner Unterthanen schulde ich die Gerechtigkeit, nach ihren Handlungen zu urtheilen. Und an dieser Richtschnur werde ich beständig festhalten. Ich nehme Euerer Versicherung mit Dank entgegen, und verspreche Euch meinerseits eben so getreulich, daß keine meiner Handlungen Anlaß geben soll zu einem Mißverständnisse zwischen mir und meinem Volke."

In Worten war damit der Friede hergestellt, in der Wirklichkeit blieb die Geneigtheit auf beiden Seiten eben so gering wie vorher.

In Schottland war die Misstimmung über den Ausgang des Unternehmens von Darien, über die Nicht-Hülfe des Königs für dieselbe wider ihn so stark, daß in Edinburg zum Geburtstage des Königs Jacob, am 13. October, in allen Gassen die Freudenfeuer loderten, daß man öffentlich auf sein Wohlergehen trank, ihn pries, daß er Schottland nicht so hilflos gelassen, wie es der Dranier thue ²⁾. Es scheint nicht, daß in dem Unterhause von England, obwohl die Tory-Strömung dort die Oberhand hatte, der Factor der jacobitischen Gesinnung erheblich miteingewirkt habe. Nach dem schrecklichen Ende Fenwicks im Jahre 1697 hatte fast alle Correspondenz von England aus mit St. Germain aufgehört. Der König Jacob war wie vergessen. Im Anfange December 1699 erkrankte er. Die Nachricht machte in England geringen Eindruck. Lediglich mit der Spannung der Neugierde wartete man ab, was der König von Frankreich thun würde, wenn im Falle des Todes der Hof von St. Germain den König Jacob III. proclamire. Für die Behandlung Jacobs II. in Frankreich pflegte man dort sich darauf zu berufen, daß er als König gekrönt worden. Wir sehen also, daß nach der Anschauung der damaligen Zeit, auch bei aller Anerkennung des Erbrechtes, das

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 107.

²⁾ Auerpergs Berichte vom 6. und vom 13. November.

Königthum dennoch die Besiegelung erhielt erst durch die Weihe der Krönung. In Betreff des Prinzen Jacob aber, meinte man, werde Ludwig XIV. sich in nicht geringer Verlegenheit befinden ¹⁾).

Diese Verlegenheit trat nicht ein, weil der König Jacob II. damals wieder genas. Dagegen war allerdings die Frage, was in diesem Falle zu thun sei, in Versailles oft erwogen. Tallard hatte dort den Gedanken angeregt, bei einer günstigen Gelegenheit dem Könige Wilhelm III. den Vorschlag zu machen, den Sohn Jacobs II., den Prinzen von Wales, zu adoptiren und dann in Holland weiter ausbilden zu lassen. Ludwig XIV. gab seine Zustimmung. Er beauftragte den Botschafter mit diesem Vorschlage jedoch erst dann hervortreten, wenn Wilhelm III. abermals die Entfernung von Jacob II. aus St. Germain verlange ²⁾. Ja Ludwig XIV. spricht sogar die Ansicht aus, daß eine solche Adoption im Interesse Wilhelms III. liege. Denn, da bei der zunehmenden Unzufriedenheit der Engländer wider ihn eine Umwälzung eintreten könne, die den Herzog von Gloucester, den Sohn der Prinzessin Anna, auf den Thron erheben werde: so werde dann der König Wilhelm III., indem er den legitimen Thronerben entgegen stelle, in der Vertheidigung desselben seine eigene Sicherheit finden.

An diesem Gedanken enthüllt sich uns der ganze Plan, den Ludwig XIV. bei jenem eventuellen Vorschlage einer Adoption des Prinzen von Wales durch Wilhelm III. verfolgte: er bezweckt nicht so sehr das Recht des kleinen Prinzen herzustellen, als durch die Aufstellung zweier Kron-Prätendenten in England einen inneren Krieg zu erregen.

Es genügt diesen Plan angegeben zu haben. Er hatte die Probe nicht zu bestehen. Tallard fand nicht einmal die Gelegenheit seinen Vorschlag anzubringen; denn Wilhelm III. kam auf die Forderung der Entfernung von Jacob II. aus St. Germain nicht wieder zurück ³⁾.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 11. December. Es ist die Wiedergabe einer Unterredung mit Jerien.

²⁾ Die Instruction für Tallard vom 17. December 1698, bei Grimblot t. II, p. 205.

³⁾ Tallards Bericht vom 20. Februar 1699 bei Grimblot t. II, p. 277.

Obwohl indessen im Jahre 1699 alle Entwürfe für eine Herstellung Jacobs II. schlummerten: so erfordert doch ein Plan, ähnlich dem des Grandval im Jahre 1692, so wie dem des Barkley im Jahre 1696, wenn auch minder offen und klar als diese, eine besondere Aufmerksamkeit.

Wir erinnern uns der Warnung des Kaisers an Wilhelm III. vor einem italienischen Conte Boselli, im Frühlinge 1697. (Bd. VII, S. 313). Die Erkundigungen, die damals der Lord Lexington von Wien aus über Boselli eingezogen, namentlich mit Hülfe des Grafen Castelbarco, hatten die Gefährlichkeit jenes Individuums bestätigt ¹⁾. Nach diesen Ermittlungen erhielt Boselli einen Jahrgehalt von Frankreich her, und hatte, nach der Ausweisung aus allen anderen italienischen Ländern, auf die Empfehlung eines französischen Gesandten, Unterkunft gefunden bei dem Herzoge von Mantua.

Im Januar 1699 erblickten wir diesen Conte Boselli mit einem Sohne in Paris ²⁾. Sie waren ausgestattet mit einer Empfehlung des Herzogs von Mantua an einen französischen Minister, um die Verwendung Ludwigs XIV. für den Vater bei der Republik Venedig zu erlangen. Auf die Requisition des englischen Botschafters, des Grafen Manchester, wurden beide, Vater und Sohn, in Haft genommen. Man brachte sie in die Bastille. Die Haft indessen war leicht, und sie hatten volle Freiheit der Besuche. Auf ihre Beschwerde über diese Haft ward ihnen die Antwort, daß die Wiedererlangung der Freiheit für sie lediglich abhänge von dem Könige in England. Sie richteten also dahin ihr Gesuch, in welchem sie selber angeben, daß sie verhaftet seien auf ausdrückliches Anhalten des Königs, dem man eine Nachricht gegeben, daß sie sich aus Italien aufgemacht, um etwas gegen seine Person zu unternehmen ³⁾. Sie stellen daher die Bitte, daß der Sohn die Erlaubnis erhalte nach England hinüber zu gehen, um sich und den Vater mündlich vor dem Könige zu rechtfertigen. Der Gesandte des Herzogs von Mantua unterstützte diese Bitte. Es ist möglich, daß sie ihm unverfänglich erschien. Es wurden

¹⁾ Lexington Papers p. 258. Vom 8. Mai 1697.

²⁾ Das Folgende nach den Robethon-Papieren im Stadtarchiv Hannover.

³⁾ Arrestati alle istanze precise di V. M. per un aviso che si fossero mossi d'Italia per intraprendere contro di Voi.

jedoch auch andere Ansichten laut. Der schwedische Gesandte Palmquist in Paris schrieb an Robethon, einen der Secretäre des Königs: „Ich gestehe Ihnen, daß es mir leid thun würde, wenn der Sohn oder der Vater oder auch irgend ein anderes Mitglied dieser blutdürstigen Race einen Vorwand erhielte, nach England hinüber zu gehen. Aber so lange man ihnen erwiedert, daß die Freilassung nur von Sr. Britannischen Majestät abhänge, werden sie immer als letztes Hülfsmittel im Auge haben sich dem Könige zu Füßen zu werfen“ ¹⁾.

Wilhelm III. gab nicht die gewünschte Erlaubnis. Er verwies die beiden Boselli an seinen Botschafter, den Grafen Manchester. Wir werden später erfahren, wann die Haft ein Ende nahm.

So weit liegen die Thatfachen vor. Eine Antwort auf die Fragen, die daraus entspringen, gehört dem Gebiete der Vermuthungen an.

Es liegt noch eine andere Sache dieser Art vor. Im Anfange Juli wurden in Voo drei Irländer beobachtet und festgenommen. Es erfand sich, daß zwei derselben während des letzten Krieges je ein Regiment ihrer Nation in Frankreich commandirt, der dritte auch damals noch Hauptmann einer Compagnie in Frankreich war. Sie hatten keine Pässe, sagten dagegen aus, daß sie gekommen seien, um bei dem Könige Gnade zu erbitten. Sie wurden zu weiterem Verhör nach Arnheim gebracht. Dies geschah am 11. Juli in aller Stille. Einige Tage später ward an Portland ein Schreiben aus Paris gebracht, datirt vom 9. Juli, in welchem sich die Meldung befand, daß einige Irländer sich nach Voo begeben, um den König zu ermorden, dort jedoch verhaftet seien. Die letztere Thatfache, die sich am 11. Juli in Voo ereignet, konnte nicht schon am 9. Juli in Paris bekannt sein. Der Inhalt des Briefes verstärkte daher den Verdacht ²⁾.

Der kaiserliche Gesandte fügt seinem Berichte hinzu: „Der König läßt sich durch alles dies in seiner Gewohnheit nicht anfechten. Er geht ohne Begleitung auf die Jagd, und gibt fast die Gelegenheit zu einem Attentate auf seine Person“.

¹⁾ Je vous avoue que je serois fâché que le fils ou le parent ou quelque autre de cette race sanguinaire eût un prétexte de passer en Angleterre. — Vom 14. December 1699.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 17. Juli.

Es ist merkwürdig, daß bei jedem dieser Pläne Paris genannt wird. Auf den König Jacob jedoch deutet, so weit sich die Dinge ermitteln lassen, keine Spur. Vielmehr ist das Gegentheil nachweisbar. Er ließ damals durch Middleton dem Staats-Secretär Torcy den Wunsch aussprechen, daß ein gewisser Charras, der seinem Leib-ärzte mit dem Erbieten nahe getreten war, den König Wilhelm zu ermorden, angehalten und verhört werden möge ¹⁾).

Wir sind bei dieser Erörterung über damalige Pläne zu Gunsten Jacobs II. ausgegangen von der Wahrnehmung, daß für das abgeneigte Verhalten des Unterhauses gegen den König Wilhelm III. im Winter von 1699 auf 1700 eine jacobitische Strömung nicht erheblich mitwirkte. Dennoch wird von einem Schriftsteller, der nicht bloß als Zeitgenosse und Augenzeuge, sondern auch als selber thätig mitten in den Dingen stand, den Jacobiten in England eine Thätigkeit besonderer Art beigemessen, die sehr auffallend erscheint. Wir haben dieselbe ins Auge zu fassen.

Burnet berichtet, daß nach dem Frieden von Ryswyk viele katholische Priester in England eingeströmt seien, nicht bloß solche, welche die Umwälzung von 1688 verscheucht, sondern auch andere, die mit ungemeiner Dreistigkeit sich geltend gemacht, ja dem Gerüchte nach sich gerühmt hätten alles Schutzes und aller Gunst der Regierung sicher zu sein. Einige Feinde der Regierung ließen das Gerücht ergehen: es bestehe ein geheimer Artikel des Friedens zu Gunsten der katholischen Religion. „Ja so thöricht, fährt Burnet fort, war die Bosheit und die Verleumdung, daß die Jacobiten anfangen zu sagen, der König Wilhelm sei entweder selber zur katholischen Religion heimlich übergetreten, oder ihr doch wenigstens sehr gewogen.“ „Aus verschiedenen Orten, sagt weiter Burnet, liefen beim Parlamente Klagen ein über die offenbaren Uebergriffe und die Unverschämtheit der Pfaffen, deren böser Betrieb von denen, welche dem Könige alle Schuld aufzuladen trachteten, listiger Weise noch vergrößert ward“ ²⁾).

So Burnet.

¹⁾ Macpherson's Original Papers t. I, p. 578.

²⁾ Burnet t. II, p. 267.

Der neue Sturm gegen die Katholiken begann im Februar 1700 mit einer Anklage im Unterhause gegen einen Priester, der, wie man sagte, in ein Haus eingedrungen war, um einen Sterbenden zu bekehren. Der König Wilhelm III. erließ sofort eine Proclamation wider katholische Priester und Jesuiten. Die Absicht dabei war weiteren Schritten des Unterhauses zuvorzukommen ¹⁾).

Allein dies Mittel war bereits zu oft angewendet. Das Unterhaus ließ sich dadurch nicht mehr halten. Und zwar muß, wie so oft in jener Zeit, noch ein besonderes Motiv mit in Anschlag gebracht werden, dasjenige der Repressalien gegenüber dem Könige von Frankreich.

Ludwig XIV. hatte nach dem Friedensschlusse von Ryswyck, in den Jahren 1698 und 1699, seine Verfügungen wider die Hugenotten abermals eingeschärft. Er erließ am 7. Januar 1699 an alle Bischöfe seines Königreiches ein Rundschreiben, welches beginnt mit folgenden Worten: „Nach so vielen besonderen Segnungen, die es Gott gefallen hat über meine Person und über meinen Staat zu ergießen, sowohl während des ganzen Laufes meiner Regierung als insbesondere während des letzten Krieges, habe ich geglaubt, ich könne meinen Dank dafür Gott nicht besser bezeugen, noch eine würdigere Frucht des durch seine unendliche Gnade meinen Wünschen verliehenen Friedens darbringen, als indem ich trachte zu wirken für die Ausbreitung des Cultus, der ihm gebührt, und für die Befestigung der katholischen Religion in meinem Reiche. In dieser Absicht habe ich drei Declarationen erlassen, die Registrirung derselben in meinen Parlamenten befohlen, und die Intendanten der Provinzen auf die Ausführung derselben angewiesen“.

Die eine dieser Declarationen, vom 13. December 1698, besagt: „Der König hat vernommen, daß ein Umstand besonders beiträgt in den Gemüthern der Neubekehrten noch einen Rest geheimer Neigung zu ihren alten Irrthümern zu nähren. Es besteht nämlich bei ihnen die Hoffnung, daß ihnen doch einmal wieder ein Theil der Ausübung der vorgeblich reformirten Religion gestattet werden könne. Diese falsche Meinung ist in ihnen erweckt durch die geflüchteten Diener ihrer Religion, und wird durch die Briefe und die Flugschriften derselben

¹⁾ Auerpergs Bericht vom 6./16. Februar 1700.

rege erhalten. Die Intendanten und Commissäre haben daher besonders zu trachten, diesen Irrthum ihnen zu nehmen. Zu diesem Zwecke ist kein anderes Mittel so geeignet wie die genaue Ausführung der Edicte wider die Versammlungen und überhaupt wider jede Ausübung der vorgeblich reformirten Religion, und die Abstrafung der Schuldigen nach aller Schärfe der Befehle". In ähnlicher Weise reden andere Befehle. Der Aufenthalt im Fürstenthum Orange wurde bei Galeerenstrafe untersagt ¹⁾).

Wir sehen, daß Ludwig XIV., nachdem sein Versuch an dem Haupte der Kirche selber ihre Freiheit zu brechen, völlig mißlungen, dennoch mit der äußersten Zähigkeit festhält an dem Plane, die Religion zur Dienerin gerade seines Königthumes hinabzudrücken, sich selber dafür als den eigentlichen und wahren Beschützer geltend zu machen. Und unzweifelhaft ist ihm darin viel gelungen. Es hat ehrliche Katholiken gegeben, damals und später, voll Eifers für ihre Religion und darum geneigt zum Glauben an die Ehrlichkeit der Worte, welche der furchtbare Despot über sich selber aussagte. Es hat ehrliche Protestanten gegeben, welche, zumal bei ihrer Unkenntnis der katholischen Kirche, geneigt waren Ludwig XIV. als den wenigstens weltlichen Repräsentanten derselben anzusehen, und darum auch den Unwillen, welchen sie gegen ihn empfanden und empfinden mußten, zurückzuwenden gegen die katholische Kirche.

Diese Anschauung wirkte jedenfalls mit bei vielen Mitgliedern des englischen Unterhauses vom Jahre 1700. Denn der kaiserliche Gesandte Auersperg meldet ausdrücklich, daß die Bill wider das Anwachsen des Papismus beschlossen sei als Repressalie für die Behandlung der Hugenotten in Frankreich ²⁾.

Demnach waren auch die Sätze der Bill aus verwandtem Geiste geboren. Sie lauten: „Es sollen weitere Belohnungen ausgesetzt werden für den, welcher einen papistischen Priester und Jesuiten entdecken und überführen wird. Ewiges Gefängnis für den Priester oder katholischen Lehrer, welcher als solcher auf den Eidschwur eines oder zweier Zeugen überwiesen wird. Kein Papist, der nach dem 25. März

¹⁾ Capefigue t. IV, p. 120.

²⁾ Bericht vom 5. März.

dieses Jahres geboren wird, soll, wenn er nicht vor dem achtzehnten Lebensjahre abschwört, irgend eines Erbrechtes in England fähig sein. Kein Papist soll fähig sein Güter oder Ländereien in England zu kaufen“. Burnet berichtet, daß die Urheber der Bill mit Absicht diese grausamen Bestimmungen hinein gebracht, in der Hoffnung, der König werde einen Einspruch erheben. Es geschah nicht, sagt er: der Hof beförderte vielmehr die Sache.

Etwas anders berichtet Auersperg. Jersey und Albemarle fragten ihn um seine Ansicht. Der König, sagten sie, trage keine Schuld an dieser Bill. „Die englischen Zustände, erwiederte der kaiserliche Gesandte, sind mir so weit bekannt, daß ich weiß, der König hätte eine solche Sache verhindern können“ ¹⁾.

Burnet geht in seinem Berichte sogar noch weiter. „Als die Urheber der Bill bemerkten, sagt er, daß vom Hofe aus kein Widerspruch erhoben wurde, waren sie bereit die Bill wieder fallen zu lassen. Da dies nicht möglich, wurden neue, schärfere Bestimmungen hinein gebracht, in der Hoffnung, das Oberhaus würde sie verwerfen.“ — Eine Verschärfung dieser Art war der Zusatz in der zweiten Lesung, daß ein Priester, der nach einem noch zu bestimmenden Tage fortan das Königreich betrete, nicht pardonnirt werden dürfe, also mit anderen Worten ein Eingriff in das Gnadenrecht der Krone. Bei der dritten Lesung ward indessen dieser Satz wieder ausgemerzt ²⁾.

Dennoch hofften die Anstifter der Bill, nachdem der eigentliche Zweck derselben verfehlt war, auch so noch, daß sie im Oberhause verworfen würde. Wenn dies geschah, so war es, wie Burnet sagt, der weitere Plan im Unterhause, die zurückgesendete Bill auf dem Tische unbeachtet liegen zu lassen.

Wir erkennen demnach, daß für die Bill zwei verschiedene Strömungen thätig waren. Die eine, welche sie verwenden wollte als Mittel zum Zwecke, die andere, welche in der Leidenschaft ihres Hasses wider die von ihnen wenig oder gar nicht gekannte katholische Kirche in England die Vergeltung desjenigen für erlaubt hielt, was Ludwig XIV. nicht bloß aus Leidenschaft, sondern auch aus Berechnung

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 30. März.

²⁾ Desgleichen vom 12. März.

wider die Hugenotten in Frankreich verübte. Diese letztere Strömung herrschte im englischen Oberhause vor, namentlich bei den Bischöfen der Hochkirche. Unter den achtzehn derselben, die sich anwesend befanden, stimmte nur Einer gegen die furchtbare Bill. Dieser Eine war nicht Burnet. Er berichtet, weshalb er für die Bill gestimmt. Er sagt zuerst, daß er einen Abscheu habe gegen allen Gewissensdruck. Aber die Katholiken seien für protestantische Regierungen böse Unterthanen: deshalb müsse man sie hinaus schaffen, und die Bill werde in wenigen Jahren dies vollbringen ¹⁾. — Bekanntlich ist die Begriffsverwirrung, die sich in diesen Behauptungen kund gibt, weder von Burnet erfunden, noch von ihm zum letzten Male angewandt, ist vielmehr das Eigenthum von Millionen vor ihm wie nach ihm.

Die Ansicht, daß die Bill dem Katholizismus in England den Todesstreich verseze, war nicht bloß diejenige Burnets. Auch viele Katholiken sprachen sich aus, daß man nach zwanzig Jahren in England keinen Katholiken mehr finden werde. Der König sanctionirte die Bill. Er erließ eine entsprechende Proclamation gegen das Wachsthum des Papismus. Die Worte derselben erklingen schauerlich. Die unglücklichen Katholiken wandten sich hülfeslehend an den Gesandten des Kaisers. Auersperg jedoch stand einem englischen Gesetze machtlos gegenüber ²⁾. Täglich wurden katholische Geistliche zur Haft gebracht. „Um des Angeberlohnes willen, meldet Hoffmann, wird ihnen nachgespürt wie wilden Thieren“ ³⁾.

Allein jener Gedanke war weder als Hoffnung noch als Furcht begründet. Die Bill hatte, wie in der Regel die Gesetze dieser Art, welche nicht dem dauernden Volksbewußtsein, sondern der Willkür entstammen, ihre großen Lücken. Sie wurden erweitert durch die Praxis. Wenige Jahre später ward im Unterhause beantragt, die Bill von 1700 gegen das Anwachsen des Papismus schärfer zur Ausführung zu bringen. Der Antrag fiel mit 119 gegen 43 Stimmen ⁴⁾. Es blieb für Burnet bei der Abfassung seines Werkes in späteren Jahren nur noch der Trost, daß die Bill einen guten Grund gelegt,

¹⁾ Burnet t. II, p. 268.

²⁾ Bericht vom 6. April.

³⁾ Desselben vom 11. Mai.

⁴⁾ Hallam's Const. History Ch. XV.

auf welchem die Nachwelt weiter bauen könne ¹⁾. Die Hoffnung von Burnet hat sich, zur Ehre von England, nicht erfüllt.

Hatte für diese Bill der Verfolgung wider die Katholiken, gemäß dem Berichte von Burnet, mitgewirkt die Händelsucht einiger Mitglieder des Unterhauses wider den König Wilhelm: so entzog dieselbe abgeneigte Haltung damals dem Königreiche einen Vortheil, den es hätte haben können, nämlich die Annahme des gregorianischen Kalenders mit dem Schlusse des Jahres 1700. Der Reichstag in Regensburg hatte dieselbe beschlossen und die Generalstaaten zum Beitritte aufgefordert. Der König Wilhelm gab der Republik seinen Rath in diesem Sinne. „Ich möchte wünschen, sagte er zu Auersperg, daß man auch hier beiträte; allein man würde gegen einen Vorschlag von meiner Seite allzu viele Schwierigkeiten erregen“ ²⁾. Demnach hielt England noch für ein halbes Jahrhundert an der julianischen Zeitrechnung fest, und nannte sie wohl gar den englischen Stil, während es doch darin auf derselben Stufe mit Rußland stand.

Den schärfsten Ausdruck fand die Haltung des Unterhauses gegenüber dem Könige in Betreff seiner Vergabungen der irischen Reballengüter.

Wir erinnern uns, daß das Unterhaus im April 1699 den Beschluß gefaßt, eine Commission niederzusetzen zum Zwecke einer Untersuchung über die eingezogenen Reballengüter in Irland. Der König sah davon nicht viel Tröstliches für sich voraus. „Ich zweifle nicht, sagt er im August 1699 zu dem Grafen Galway, daß diese schöne Commission mir im nächsten Winter vielen Aerger und Verdruß bereiten wird. Denn das ist ja der eigentliche Zweck. Auch erkenne ich aus dem Verfahren der Commissäre, daß sie diesen Zweck in bewundernswerther Weise erfüllen werden“ ³⁾.

Die Sache lag insofern ungünstig für den König, daß er, auch wenn er gesetzlich das Recht besaß, über die Reballengüter in Irland zu verfügen, dennoch mehrmals, namentlich im Januar 1690, ausdrücklich versprochen hatte, dies nicht zu thun, bis in der nächsten

¹⁾ Burnet t. II, p. 269.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 16./26. Februar.

³⁾ Grimblot t. II, p. 341.

Session die Sache erwogen sei. Diese Erwägung erfolgte nicht. Dagegen verschenkte der König Wilhelm III. im Laufe der Jahre die gesammten in Irland confiscirten Güter. Unter den Beschenkten waren mehrere geborene Holländer, wie die Grafen Albemarle, Portland, Athlone, ferner der geborene Franzose Graf Galway, dann die Gräfin Orkney, frühere Miß Elisabeth Villiers, die als eine Maitresse Wilhelms III. galt ¹⁾.

Auf den Bericht der Commissäre faßte das Unterhaus am 15./25. December 1699, ohne einen Widerspruch, den Beschluß: es solle eine Bill eingebracht werden, des Inhalts, daß alle seit dem 13. Februar 1688 in Irland verwirkten Reballengüter mit ihren Einkünften für den öffentlichen Dienst zu verwenden seien.

Ein einmüthig gefaßter Beschluß dieser Art läßt die Vermuthung nicht zu, daß das hauptsächliche Motiv desselben bestanden habe in der Abneigung wider den König Wilhelm, in der Absicht ihn zu kränken. Ja ein unbetheiligter Augenzeuge, der Graf Auersperg, macht für den Beschluß nicht einmal dieses Motiv namhaft. „Der Ertrag dieser Güter, sagt er, beläuft sich auf zwei Millionen Pfund Sterling. Weil das Unterhaus wahrgenommen, daß bei der Vergabung so vieler Güter große Unregelmäßigkeiten vorgekommen, und der König dabei über alle Maßen hintergangen worden: so hat es einstimmig jenen Beschluß gefaßt“ ²⁾.

Die Erörterungen über diese Bill zogen dann sich lange hin. Die Mehrheit des Unterhauses gelangte dahin, zu beschließen, daß die Schenkungen in Irland den Anlaß gegeben zu schweren Steuern und Schulden für die englische Nation. Es ward eine Adresse in diesem Sinne verfaßt, und am 21. Februar/3. März dem Könige von dem gesammten Hause eingereicht. Die Antwort lautete nicht eingehend. „Meine Herren, sagte der König, ich habe mich nicht durch Neigung verleiten lassen, sondern weil ich mich nach Gerechtigkeit für verpflichtet erachtet, diejenigen Persönlichkeiten, welche sich verdient gemacht, namentlich bei der Reduction von Irland, zu belohnen aus den durch die Rebellion dort an mich verwirkten Gütern. Der lange Krieg, in den

¹⁾ Commons' Debates, t. III, p. 109.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 25. December.

wir verwickelt waren, legte uns schwere Lasten auf, und hat die Nation tief verschuldet zurückgelassen. Daher ist das Ergreifen gerechter und wirksamer Maßregeln, um die Schulden abzutragen und den öffentlichen Credit zu heben, nach meiner Ansicht der bestgeeignete Weg beizutragen für die Ehre, die Sicherheit und das Interesse des Königreiches" ¹⁾).

Die Antwort erregte im Unterhause einen heftigen Sturm. Man beschloß, daß, wer immer sie dem Könige eingerathen, sein Aeußerstes gethan habe, um Mißverständniß und Eifersucht zwischen dem Könige und dem Volke hervorzurufen. Der Lord-Kanzler Somers, einer der Führer der Whig-Partei, wurde nicht ausdrücklich genannt; aber Jedermann wußte, daß er gemeint war.

Die Tory-Mehrheit im Unterhause ging weiter. Sie beschloß am 2./12. April eine Bill, welche dem Könige eine Geldhülfe gewährte durch den Verkauf der in Irland verwirkten Rebbellengüter, und durch eine Landschätzung in England. Demnach war hier die streitige Frage über die Güter in Irland verwoben mit einer Geld-Bill. Da das Oberhaus in einer Geld-Bill nicht mitzureden hatte: so ward ihm dadurch die Möglichkeit benommen, in der irischen Sache für den König einzutreten. Im Oberhause erhob sich daher ein lauter Widerspruch gegen ein Verfahren, welches darauf berechnet sei, dem Oberhause seinen Antheil an der legislativen Autorität zu nehmen. Andererseits aber war das Bedürfnis der durch die Bill bewilligten Mittel dringend. Das Oberhaus konnte daher nicht die Bill gänzlich verwerfen. Es brachte in Betreff der Güter in Irland Aenderungen hinein. Das Unterhaus verwarf jegliche Aenderung. Mehrere Conferenzen verliefen fruchtlos. Die Haltung des Unterhauses wurde drohend. Der König ließ durch Albemarle mehreren Lords im Oberhause den Wunsch des Nachgebens aussprechen. Es geschah ²⁾).

Das Unterhaus begnügte sich nicht damit. Es ward eine Adresse an den König vorgeschlagen, daß er den Lord-Kanzler Somers für immer aus seinem Rathe und seiner Gegenwart verweisen möge. Mehrere Mitglieder trugen Bedenken, gegen den hochverdienten Mann

¹⁾ Commons' Debates t. III, p. 124.

²⁾ H. a. L. p. 126.

in dieser Weise vorzugehen. Die Adresse erhielt nicht die Mehrheit. Dagegen ward eine andere Adresse beschlossen, des Inhalts, daß Niemand, der nicht geborener englischer oder irischer Unterthan sei, Zutritt haben dürfe in den Rath des Königs, mit alleiniger Ausnahme des Prinzen Georg von Dänemark. Der Beschluß ward gefaßt am 9./19. April.

Auf die Kunde desselben beeilte sich Wilhelm III. zuvorzukommen. Am 11./21. April erschien der König im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und dann die Vertagung aussprechen, zunächst bis zum Ende Mai. Sein Urtheil über die Lage der Dinge liegt uns vor in seinem Schreiben an Heinsius: „Endlich habe ich das Parlament vertagt. Das ist in der That die trübseligste Session gewesen, die ich jemals erlebt. Die Mitglieder haben sich getrennt in großer Erregung und mit vielen starken Auslassungen. Nur an Ort und Stelle selbst kann man sich eine Vorstellung von ihren Intriguen machen: sie zu beschreiben ist nicht möglich“ ¹⁾.

Am selben Tage fällte ein unbetheiligter Beobachter das Urtheil: „Die Constitution dieses Landes hat sich nun dahin geändert, daß, da die legislative Gewalt völlig an das Unterhaus gekommen, man sie nicht anders ansehen kann, als eine dem Wesen nach republikanische. Das Oberhaus und der König haben nur noch zu allen Beschlüssen des Unterhauses Ja zu sagen. Wenn in solcher Weise verfahren werden darf gegenüber einem Könige von so großer Befähigung, Weisheit und Erfahrung: was Anderes wird dann nach dem Abscheiden dieses Königs noch zu erwarten sein als eine formelle Republik mit einem Dogen, der sich König nennt?“ ²⁾

¹⁾ Grimblot t. II, p. 398.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. April.

Vierundzwanzigstes Buch.

Die Zeit der zwei europäischen Todesfälle von 1700, des Herzogs von Glocester und des Königs Carl II. von Spanien.

Das Schlußjahr des siebenzehnten Jahrhunderts ist eins der merkwürdigsten in der Geschichte der europäischen Völker. Die Gewitterwolken, welche aufstiegen aus der Ungewisheit über die spanische Erbfolge, hingen schwer und drohend über Westeuropa. Bevor jedoch noch der längst erwartete Tod Carls II. am 1. November 1700 die von dort entstammende Kriegsgefahr unmittelbar vor Augen rückte, erwuchs durch einen anderen unvermutheten Todesfall, denjenigen des Herzogs von Glocester, am 27. Juli/6. August 1700, des letzten Kindes der Prinzessin Anna, die Ungewisheit der künftigen Thronfolge auch in England. Denn die Bill of Rights von 1689 benannte außer dem Könige Wilhelm III. nur noch die Prinzessin Anna und ihre Descendenz. Die letztere aber erlosch in dem Herzoge von Glocester. Nach der Bill of Rights, welche nur die protestantische Erbfolge anerkannte, mußte nach dem Tode der Prinzessin Anna die Krone gelangen an das Haupt der protestantischen Linie, die Prinzessin Sophie in Hannover. Eben dort aber erwuchs die Schwierigkeit und die Gefahr. Denn diese Prinzessin, jacobitisch gesinnt, sprach bei Wilhelm III. für das Erbrecht ihres kleinen Vetter in St. Germain. Wenige der Zeitgenossen, namentlich in England selbst, erkannten dies Verhältniß, und demgemäß verbarg sich der damaligen Mitwelt durchweg die Gefahr, welche zunächst für England und im weiteren Kreise für ganz Europa aus demselben erwuchs. Und noch mehr blieb dies einstige Verhältniß von

1700 der späteren Nachwelt verborgen, weil es dann dem Könige Wilhelm III. gelang, durch eine außerordentlich kluge Führung die Prinzessin Sophie dahin zu bringen, daß sie die dargebotene Successions-Acte nicht ablehnen konnte. Diese Vorgänge, die Ablehnung von Seiten der Prinzessin, so wie die später dann doch erfolgende Annahme, werden, weil bisher unbekannt und doch so wichtig, nicht bloß für die Geschichte des Fürstenhauses und Englands, sondern für die Geschichte Europas überhaupt, in diesem Jahre 1700, so wie in dem nächsten 1701, in besonderer Weise unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Die Erbschaft der europäischen Verwickelungen, welche das siebenzehnte Jahrhundert bei seinem Scheiden dem achtzehnten hinterließ, beschränkte sich indessen nicht auf diejenigen im Westen. Lange bevor hier ein Kanonenschuß erdröhte, warf ein anderer Brand im Nordosten und Norden, völlig verschieden von den Verwickelungen im Westen, seinen Feuerschein über die Länder. Es war der Beginn des großen nordischen Krieges.

Carl XI. von Schweden hinterließ bei seinem frühen Tode, im Beginne des Jahres 1697, seine weit gestreckten Länder seinem Sohne Carl XII., geboren 1682. Es ist merkwürdig, daß der europäische Friede von Ryswyck abgeschlossen wurde unter der Vermittelung, wenigstens dem Namen nach, dieses fünfzehnjährigen Königs, der selber fortan nur noch drei Jahre im Frieden verbrachte, und dann die folgende Hälfte seines Lebens im endlosen Kriege, bis in den Kampfgräben vor Frederikshall eine Kugel sein Dasein endete.

Die Erziehung des jungen Königs, unter der Leitung zuerst seiner Mutter Ulrike Eleonore, einer dänischen Prinzessin, dann des Staats-Secretärs Nordenhielm, war ernst religiös im Geiste des strengen Luthertumes¹⁾. Ulrike Eleonore starb schon 1693. Das Testament Carls XI. von 1697 ordnete dem Sohne bis zur Volljährigkeit eine Regentschaft bei, bestehend aus seiner Großmutter Hedwig Eleonore und fünf Räthen, als deren erster der alte Graf Benedict Oxenstierna hervortritt. Auf den November 1697 waren die Stände

¹⁾ Carl von Nordberg: Leben Carls XII., Bd. I, S. 13 u. f.

von Schweden zum Reichenbegängnisse einberufen. Es gelang der königlichen Partei, in allen vier Abtheilungen der Versammlung, nämlich dem adelichen, geistlichen, bürgerlichen, bäuerlichen Stande, den Beschluß zu erwirken, daß in Betracht der Gefahren der Weltlage und der Befähigung des Königs die Stände ihn ersuchten, sofort die Regierung zu übernehmen. Noch im December 1697 fand die Krönung statt. Carl XII. stand in der Mitte seines sechzehnten Lebensjahres.

So kriegesdürstig und befähigt der jugendliche König war, an dem Beginne des ungeheueren Brandes, der vom Jahre 1700 an die nördlichen und östlichen Länder Europas verwüstete, trug nicht er die Schuld. Der Krieg entsprang aus der Absicht Anderer ihm das Seinige zu nehmen. Es waren der Czar Peter, den man den Großen genannt hat, der Kurfürst Friedrich August von Sachsen, als König von Polen August II. genannt, und der König Friedrich IV. von Dänemark. Der Vertrag der geheimen Allianz der beiden ersten Souveräne, gezeichnet zu Moskau am 21. November 1699, besagt, daß sie beschloffen haben einen allgemeinen Krieg wider die Krone Schweden anzufangen. Sie setzen hinzu: „wegen vieler Ungerechtigkeiten, welche diese Krone unseren beiden Reichen zugefügt“. Im Fortgange des Vertrages ist nur noch die Rede von dem beabsichtigten Kriege, an welchem jene beiden Fürsten auch Dänemark und Brandenburg wider Schweden mitbetheiligen wollen. Das Object tritt dann für den Czaren bestimmter hervor: es ist der Erwerb von Ingermannland und Karelien. Sein Krieg mit den Türken dauert damals noch fort. Er will trachten ihn baldigst zu beenden, und dann wollen sie beide, er und der König August, in aufrichtiger, brüderlicher Vertraulichkeit — so lauten ihre Worte — einander redlich beistehen, ihre Allianz aber im tiefsten Geheim halten ¹⁾. Man sieht die moralische Qualität dieser Allianz steht auf gleicher Höhe etwa mit derjenigen des Dover-Vertrages von 1670.

Carl XII. hatte diese Mächte nicht anders gereizt als durch seinen Besitz, welcher ihre Begier erregte, und durch seine Jugend, welche nicht einen energischen Widerstand in Aussicht zu stellen schien.

¹⁾ Abgedruckt in Leben und Denkwürdigkeiten des Reichsgrafen J. M. von der Schulenburg Bd. I, S. 103.

In Betreff des Besizes hatte die damalige schwedische Monarchie einige Aehnlichkeit mit der spanischen. Auch Carl XII. besaß außer dem eigentlichen Schweden eine Reihe verstreuter Länder, an der Nordsee die ehemaligen Fürstbisthümer Bremen und Verden, und auf dem Südufer der Ostsee, von Vorpommern an bis weit hinauf nach Finnland hin, eine Reihe von Gebieten. Sehr verschieden dagegen war in beiden Fällen die Art der Erwerbung. Der römische Kaiser Carl V., der zuerst als König von Spanien alle diese weiten Länder zusammen band durch seine Person, hatte keins derselben erworben durch das Schwert. Er und sein Bruder Ferdinand waren durch ihren Vater Philipp die Sprossen und Erben der Häuser Habsburg und Burgund, durch ihre Mutter Johanna die Sprossen und Erben der Häuser Arragonien und Castilien. Indem daher die Brüder sich theilten in das weite Erbe, indem Carl V. seinem Bruder die habsburgischen Länder im Südosten des Reiches überwies, für sich dagegen das burgundische und das spanische Erbe antrat, darf man sagen, daß die eine Linie wie die andere, die ältere in Spanien, wie die jüngere in Oesterreich, durch ihren Beginn selbst das Princip der Legitimität vertraten, stärker freilich im Laufe der Zeit die jüngere Linie, weil der conservative Gedanke des römischen Kaiserthumes deutscher Nation ihr verblieb.

Anders war es mit den Nebenländern der schwedischen Monarchie. Nicht ein Erbrecht hatte ursprünglich sie an die Krone gebunden, sondern das Schwert der Eroberung. Freilich hatten dann die Friedensverträge von Münster und Oliva das Siegel des Völkerrechtes auf den Erwerb gedrückt, und demgemäß war Carl XII. der legitime König seines gesammten Erbes. Und dennoch wird auch durch die Verträge, zumal wenn der eine Theil sich in dieselben nur darum fügt, weil er nicht anders kann, der moralische Charakter des ursprünglichen Erwerbes nicht hinweg genommen. Schweden hatte allerdings nicht zu fürchten, daß jemals Fürstbischöfe von Bremen und Verden, oder ein Meister des Deutsch-Ordens in Liefland erstehen würden, um das ihrige zurückzufordern. Aber das durch das Schwert der Eroberung Erworbene ruft von außen her leichter als das in seinem Ursprunge selbst rechtmäßige Eigenthum den Neid und die Begier Anderer wach. Und eben so findet der Eroberer in dem Lande selbst

die Gemüther auf lange Zeiten hin weniger geneigt zum Gehorsame. Friedrich August von Sachsen-Polen redete in seinem Krieges-Manifeste von der Gewalt und den Freveln Gustav Adolfs und Carl Gustavs wider Polen ¹⁾. Er hatte nicht das Recht dazu; denn alle jene Erinnerungen waren völkerrechtlich begraben durch den Frieden von Oliva. Aber die Thatfachen waren unbestreitbar. Friedrich August fand für seinen Plan auf Piesland einen hauptsächlichlichen Berather in dem Piesländer Patkul. Patkul hatte Unrecht; denn er hatte nicht unter dem Drucke schwedischer Waffen, sondern freiwillig den Huldigungs- wie den Dienst-Eid geleistet. Aber Patkul wollte seine Heimat wieder losreißen von Schweden. Die Thatfachen der menschlichen Geschichte zeigen, daß zu allen Zeiten auch in ererbten Ländern sich Hochverräther finden, allein minder häufig als in denen, die ursprünglich durch das Schwert gewonnen sind.

Und weil für ein erobertes Land immer diese doppelte Gefahr besteht, des Neides und der Begierde von außen her, der Geneigtheit von innen her den Herrn zu wechseln: so gereicht das Thun der Eroberer häufig zu einem doppelten Kriegesfluche: für ihre eigene Mitwelt, wenn es ihnen gelingt — für ihre Nachwelt, wenn das Werk der Eroberung wieder zerstört wird. Weil Gustav Adolf seine Hände ausgestreckt nach fremdem Eigenthume, und weil ihm dies gelungen war: so mußten die Nachkommen derer, über die er seinen Krieg gebracht, gleich den Vorfahren dafür leiden, daß Andere das einst Genommene wieder zu nehmen trachteten. Darum freilich wird Niemand den König Carl XII., der zu den Waffen griff, weil er sich vertheidigen mußte, moralisch auf die gleiche Stufe hinabsenken wollen mit dem Könige Gustav Adolf, der keine andere Ursache zum Kriege hatte als seine Gier nach fremdem Eigenthume.

Wie der Plan des Czaren Peter und des Königs August II. wider Schweden ungerecht war in sich: so wurde er es noch mehr durch die Heimtücke, mit welcher sie verfahren. Der Eine wie der Andere heuchelte bei Carl XII. Freundschaft, nachdem sie bereits ihren Bund des Raubes geschlossen. Namentlich aber war der Plan des Königs August ein Gewebe der Falschheit nach allen Seiten zugleich.

¹⁾ Es ist abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 69 et suiv.

Im Februar 1700 brach sein General Fleming, derselbe, der ihm die Krone von Polen verschafft, ohne Kriegserklärung in Liefland ein, um sich der nicht vorbereiteten Stadt Riga zu bemächtigen. Die Republik Polen, wie damals dieses Reich sich nannte, nahm an dem Kriege keinen Antheil, gewährte dafür keine Mittel. Friedrich August entnahm dieselben seinem sächsischen Erblande. Vor den Polen suchte er geltend zu machen, daß er handele zum Besten der Republik gemäß seinem Kroneide, der ihn verpflichte, die dem Königreiche entfremdeten Länder und Besizthümer wieder herbeizubringen. Darum sei sein Ziel gerichtet auf Liefland als das einstige Lehen der Krone Polen. Die Zeitgenossen glaubten hinter allen diesen Reden einen anderen Plan zu entdecken. Der eigentliche Zweck, meinten sie, sei durch Gewalt in Polen eine erbliche und unumchränkte Herrschaft aufzurichten. Zu diesem Zwecke würden, bei dem Widerstande der Polen, die Kräfte des Erblandes Sachsen, so unbedingt auch der König-Kurfürst darüber verfüge, nicht ausreichen. Deshalb trachte er zunächst vermittelt der Sachsen sich der Provinz Liefland zu bemächtigen, dieses auf denselben Stand der Unfreiheit hinabzudrücken wie Kurland, und vermöge der Mittel, welche beide Länder ihm gewähren würden, dasselbe Geschick dann auch über Polen zu bringen ¹⁾.

Der Anfang war für den König August II. nicht glücklich. Der schwedische Gouverneur von Riga, Halberg, erkannte noch rechtzeitig die Gefahr, welche das Anrücken Flemings über die Stadt bringe. Er ließ die Vorstädte abbrennen. Und dann kam der Stadt und dem schwedischen Besize derselben die Verfertigung des Völkerlebens durch den Handel zu gute. Holländische Kaufleute hatten in Riga reiche Waarenlager. Um nicht die damalige Großmacht der Republik Holland zu reizen, durfte Fleming nicht wagen die Stadt mit Bomben zu bewerfen. Riga fiel nicht in seine Hände ²⁾.

Gefährlicher noch erschien dem Könige Wilhelm III. für den Frieden des Westens die Haltung der Krone Dänemark.

Die Differenz des Königs Christian V. von Dänemark mit dem Herzoge von Holstein-Gottorp, welche durch den Altonaer Vergleich

¹⁾ So das Urtheil von Heinsius in wiederholten Aeußerungen an die kaiserlichen Gesandten im Haag.

²⁾ Lamberty t. I, p. 65.

von 1689 hätte beigelegt sein sollen, tauchte immer wieder neu empor. Man warf sich gegenseitig Zuwider-Handeln gegen diesen Vergleich vor. Doch kam es bei Lebzeiten Christians V. nicht wieder zum offenen Bruche. Er starb 1699. Es folgte Friedrich IV. Von da an ward die Gefahr dringender.

Und zwar beschränkte sie sich nicht auf diese beiden Fürsten von Dänemark und Holstein-Gottorp. Ungeachtet der nahen und erneuten Verwandtschaft der Königsfamilien von Dänemark und Schweden in jener Zeit erblickten wir eine beständige Eifersucht derselben wider einander. Der Herzog von Holstein-Gottorp fand an Schweden seinen natürlichen Rückhalt wider Dänemark. Dies Verhältniß setzte sich weiter fort in das Reich hinein. Es bestand eine ähnliche Rivalität zwischen den Häusern Braunschweig-Lüneburg und Brandenburg. Demgemäß neigten diese Mächte zu einander, je nachdem sie entfernt waren: Brandenburg zu Dänemark, Braunschweig-Lüneburg, mit Ausnahme der Linie Wolfenbüttel, zu Schweden. Dies zeigte sich ganz besonders in der Angelegenheit der neunten Kurwürde für Hannover. Schweden war unter den ersten bereit zur Anerkennung, Dänemark stand immer an der Spitze der Opponenten. Der Bund derselben, der bei Ludwig XIV. stets ein bereitwilliges Ohr gefunden, zog sich damals enger zusammen. Münster, Wolfenbüttel, Hessen-Cassel, Sachsen-Gotha und Würzburg waren bereit zur Allianz mit Dänemark wider die neunte Kur. Brandenburg nahm daran nicht Theil; aber es war unter der Hand mit Dänemark einverstanden, die Vereinigung der Fürstenthümer Calenberg und Celle, welche im Falle des Todes von Georg Wilhelm eintreten mußte, nicht zu gestatten ¹⁾.

Es sind die Interessen des Neides und verwandter kleinlicher Regungen, wie sie in der Regel den deutschen Fürstenhöfen damaliger Zeit entsprechen; aber das Zusammentreffen derselben konnte nachtheilig wirken für das Gemeinwohl.

Der Kaiser erließ Friedensmahnungen. Aber seinen Worten fehlte im fernen Norden der Nachdruck. Es kam mehr darauf an, wie die Könige von Frankreich und England sich verhalten würden.

¹⁾ Bericht Auerspergs vom 10. November 1699, nach den vertraulichen Mittheilungen des Herzogs von Württemberg in Kopenhagen.

Wilhelm III. war geneigt für Schweden und Hannover. Er hatte mit Schweden bereits am 14. Mai 1698 eine vorläufige Uebereinkunft zum Zwecke einer Defensiv-Allianz getroffen. Die Unterhandlungen darüber kamen nur langsam vorwärts. Er sah dann im Herbst 1699 mit steigendem Unbehagen die wachsende Spannung zwischen Dänemark und Holstein-Gottorp ¹⁾. Er drängte zum Abschlusse der Allianz. Dieser erfolgte zwischen England, der Republik und Schweden am 23. Januar 1700 ²⁾.

In den ersten Monaten des Jahres 1700 mehrten sich die Nachrichten aus Liefland und Holstein, die auf einen weitverzweigten Plan hindeuteten. Der Schwede Silienroth meldete von einem Entwurfe zur Theilung der außerhalb Schwedens gelegenen Länder der Krone, zwischen dem Czaren, August II. von Polen, Friedrich IV. von Dänemark, und dem Kurfürsten von Brandenburg ³⁾. Wir erinnern uns, daß die Uebereinkunft des Czaren mit August II., vom 11. November 1699, beide jene Fürsten mitbenennt. In denselben Tagen jedoch begann der Kurfürst Friedrich III. in Wien sich um die Anerkennung einer Königskrone zu bemühen. Eine Bitte solcher Art bei dem römischen Kaiser Leopold war nicht zu vereinen mit der offenen Theilnahme an einem Attentate auf den Rechtszustand der Völker. Friedrich III. verhielt sich neutral, oder vielmehr abwartend, denn er schickte 8000 Mann vor bis Venzen unweit Hamburg.

Auf die Nachricht, daß die Dänen Thätlichkeiten in Holstein begonnen, daß der sächsische General Fleming die Stadt Riga bedrohe, sagte der König Wilhelm III. dem Grafen Auersperg: „Melden Sie dem Kaiser, daß, da die Könige von Polen und Dänemark den Frieden mit Schweden gebrochen, ich dagegen der letzteren Macht durch Allianz-Verträge zur Hülfe verbunden bin, ich diese leisten werde. Ich lasse den Kaiser bitten gegen Dänemark mit Avocatorien vorzugehen; denn die meisten Offiziere dort sind deutscher Nationalität. Versichern Sie endlich dem Kaiser, daß ich darauf bedacht bin, mit

¹⁾ Verschiedene Aeußerungen darüber von ihm an Heinsius, bei Grimblot t. II, p. 233, 328.

²⁾ Abgedruckt bei Lamberty t. I, p. 36, und bei Nordberg Bd. I.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 19. März.

allem Nachdrucke über den Frieden zu wachen“. Der cellische Gesandte Schütz trat hinzu. Der König wiederholte: er wolle Schweden und Hannover gegen Dänemark aufrecht halten. Er werde fünfzehn Capital-Schiffe in die dortigen Gewässer senden. Schütz erwiderte: er wisse für sicher, daß August von Sachsen-Polen zu Dresden mit den fürstlich sächsischen Häusern eine Allianz geschlossen, zu 32,000 Mann. Der Zweck sei die Bildung einer dritten Partei im Reiche, mit dem Beitritte aller Opponenten wider die neunte Kur. Erregt rief Wilhelm III. aus: „Aber dann spielt ja Frankreich mit darunter“. — „Die Reden Tallards, fügt Auerberg seinem Berichte hinzu, lassen klar erkennen, wie sehr man in Frankreich wünscht, daß das Feuer angehe“¹⁾.

In der That, man müßte sich verwundern, wenn es anders gewesen wäre. Die Erregung oder die Nährung der Zwietracht bei den Nachbarn war ja eine der Cardinal-Regeln der französischen Politik, und die deutschen Fürsten wußten seit zweihundert Jahren nur allzu wohl, welchen Weg sie einzuschlagen hatten, um sich Hülfe zu verschaffen für den etwaigen Zweck der Friedensstörung. Anton Ulrich von Wolfenbüttel, den Wilhelm III. selber gelegentlich den bonte-feu im Reiche nannte, schüttete oft in Versailles seine Klagen aus über seine Vettern in Hannover und Celle. Man werde in Frankreich erwägen, sagte er, wie so völlig die neunte Kurwürde dem westfälischen Frieden zuwider laufe, dessen Garantie der König von Frankreich übernommen. Nicht minder werde man dort wissen, daß der neue Kurfürst dem Kaiser versprochen, einzutreten für die Ansprüche des Kaiserhauses auf die spanische Succession. Demgemäß werde man auch würdigen, wie nothwendig es sei, daß in diesem Falle eine Diversion dort gemacht werde, welche Hannover abhalte und zugleich die Vereinigung der Fürstenthümer Celle und Hannover hindere²⁾. Allerdings würdigte Ludwig XIV. das alles. Er schickte den Gesandten du Heron nach Wolfenbüttel als dem Herde der Agitation

¹⁾ Auerbergs Bericht vom 19. März.

²⁾ Es liegen verschiedene Berichte dieser Art vor. Ich verweise auf das gedruckte Schreiben Anton Ulrichs, vom 22. März 1698, bei Schulenburg Bd. I, S. 62 u. f.

und des Unfriedens im Reiche. Wir werden bald weiter ersehen, wie sehr er den Wünschen des Herzogs Anton Ulrich entgegen kam.

Aber Wilhelm III. hatte ja eben damals dem Kaiser melden lassen, daß es sein Wille sei, mit allem Nachdrucke den Frieden Europas zu wahren. Unzweifelhaft war dies seine ernstliche Absicht, und in dieser Absicht hatte er den Theilungsvertrag über das spanische Erbe geschlossen. Den Worten gemäß war die Absicht Ludwigs XIV. ganz dieselbe.

In der Wirklichkeit hatte er namentlich für das Reich noch andere Brandstoffe bereit. Wir erinnern uns, in welcher Weise er in den vierten Artikel des Ryswycker Friedens die Clausel über die Religion eingebracht. Der Kurfürst von der Pfalz handelte gemäß diesem Artikel, zur heftigen Beschwerde der Protestanten. Der brandenburgische Gesandte ließ sich in Paris verlauten: wenn jener Kurfürst weiter so verfare und der Kaiser nicht steuere: so seien die protestantischen Fürsten genöthigt, die Garanten des westfälischen Friedens anzurufen, also Frankreich und Schweden ¹⁾. Der König Ludwig XIV. kam entgegen. Er ließ durch Chamois in Regensburg erklären: so sehr ihm seine Religion am Herzen liege, so halte er sich doch im Gewissen verpflichtet die Verträge zu erfüllen. Wenn daher die protestantischen Fürsten glaubten, daß ihnen ein Unrecht geschehe wider den westfälischen Frieden, so sei er stets bereit, ihre Beschwerden zu vernehmen ²⁾.

Wir ersehen, wie vielerlei Mittel Ludwig XIV. zugleich zu verwenden hatte, um, je nach der Lage der Dinge, die Gegner zu entzweien oder zu vereinzeln. Vor Allem und zunächst aber handelte es sich um den Theilungsvertrag über die spanische Monarchie.

Der siebente Artikel des Theilungsvertrages bestimmte, daß sofort nach der Auswechslung der Ratificationen die Mittheilung an den Kaiser, die Aufforderung zum Beitritte erfolgen solle. Die Auswechslung geschah gegen Ende April. Am 17. 27. April faßte

¹⁾ Sinzendorfs Bericht vom 6. November 1699.

²⁾ Desgleichen vom 16. April 1700.

Wilhelm III. den Entschluß, daß nun die Mittheilung vor sich gehen könne. Er verband damit zugleich den anderen, seine und der Republik Defensiv-Allianz mit Schweden dem Könige von Frankreich kund zu thun. Vielleicht, meinte er, würde dies eine gute Gelegenheit sein, ihn zum Beitritte zu bewegen ¹⁾. Wilhelm III. trug dann besondere Sorgfalt, die Sache so einzurichten, daß der Kaiser direct von ihm die Kunde erhalte, und hielt darum mit der Mittheilung an die kaiserlichen Gesandten, Auersperg in London und Goës im Haag, noch um eine Woche zurück ²⁾.

Es ist von Wichtigkeit, für die Mittheilungen des Vertrages nach den verschiedenen Seiten hin die Daten zu beachten.

Am 8. Mai fragte Manchester in Paris bei Torch an, wann er dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf die Mittheilung machen wolle. Torch bestimmte den 18. Mai. Er werde dem Botschafter Villars in Wien den Auftrag geben die Sache dem Kaiser zu eröffnen, mit der Erklärung, daß, wenn nicht der Kaiser binnen acht Tagen antworte, der König dies ansehe als eine Weigerung. Wenn der Kaiser eine Mittheilung an den Papst ablehne, so werde sie von dem französischen Botschafter dort geschehen, mit der Bitte um Geheimniß. Eben so wolle man verfahren gegenüber der Republik Venedig. In Betreff Spaniens erscheine eine Eröffnung noch nicht geeignet. So Torch am 8. Mai ³⁾.

Demnach betont Torch an diesem Tage vor dem Botschafter Wilhelms III. noch das Geheimniß. Wir werden erfahren, wie es weiter darum stand.

Ein anderer Punct jedoch fordert zunächst unsere Aufmerksamkeit. Der Vertrag selber gestattete dem Kaiser drei Monate Zeit zum Entschlusse. Es spricht daher weder für die Einsicht, noch für den Muth des Grafen Manchester, daß er die Rundgebung der Absicht des Torch, den Kaiser binnen acht Tagen zu einer Antwort drängen zu wollen, unerwiedert ließ. Für uns Spätere blickt aus der Insolenz der Aeußerung Torch's abermals der Plan hervor, dem Kaiser den

¹⁾ Grimblot t. II, p. 398. Vom 27. April.

²⁾ A. a. D. p. 399. Vom 30. April.

³⁾ A. a. D. p. 401. Vom 8. Mai.

Beitritt zu dem Vertrage moralisch zu erschweren. Allein in Versailles scheint dann doch die Erkenntnis überwogen zu haben, daß eine solche Erklärung durch Villars in Wien den Verdacht Wilhelms III. allzu früh wach rufen würde. Die dem Villars genau vorgeschriebene Anrede an den Kaiser enthielt nicht jene Erklärung, sondern den Wunsch einer baldigen Antwort ¹⁾.

Villars erhielt die erbetene Audienz am 18. Mai. Ludwig XIV. ließ in der Anrede sagen, daß er die vom Könige von England und den Generalstaaten das Jahr zuvor ihm gemachten Vorschläge angenommen. Wir erinnern uns, daß die Thatsache sich anders verhielt. Ludwig XIV. hatte die Bedingungen des Vertrages vorgeschrieben, in welche dann der König Wilhelm III. nicht ohne Sträuben eingegangen war. Der Vertrag, sagte Villars weiter, komme jeglichem Kriege zuvor. „Der König, fuhr er fort, kann nicht glauben, daß Ew. K. Majestät, bei Ihrer Besonnenheit und Frömmigkeit, die ungewissen Ereignisse eines Krieges und den davon unzertrennlichen Jammer den so gerechten Vorschlägen vorziehen wollen, zumal wo Sie sehen, daß der König, um der Christenheit dieses Unglück zu ersparen, darauf verzichtet, seine gesetzlichen und rechtlichen Ansprüche geltend zu machen ²⁾, und zu diesem Zwecke die zu jeder Zeit ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte in Thätigkeit zu setzen.“ Endlich drängte Villars auf eine schnelle Antwort.

Der Kaiser erschien, wie Villars meldet, über diese Rede bestürzt. Er erwiderte in allgemeinen Ausdrücken, daß er die Absicht habe mit dem Könige von Frankreich immer im guten Einverständnisse zu leben, daß er sich der Verhandlungen des Jahres zuvor zwischen seinen Ministern und dem Holländer Hop sehr wohl erinnere, daß er glaube damals eine maßvolle Gesinnung bethätigt zu haben, und daß er den Vertrag prüfen würde. Eine so wichtige Sache erfordere lange Erwägungen; jedoch wolle er sehen, ob vorläufig eine Antwort gegeben werden könne. Dann gebot er dem Botschafter den Vertrag dem Grafen Kauniz einzureichen.

¹⁾ Die ausführlichen Berichte von Villars an Ludwig XIV. bei La Lande: *Histoire de l'empereur Charles VI.* t. I, p. 160 et suiv.

²⁾ De soutenir ses droits justes et légitimes.

Villars begab sich zu den hauptsächlichlichen Ministern, zuerst zu Harrach, dann zu Kaunitz. Bei den Unterredungen mit ihnen gab sich hauptsächlich gegen Wilhelm III. und die Holländer ihr Unmuth kund. „Diese Herren, sagte Harrach, haben nur an ihr eigenes Interesse gedacht. Sie geben uns von der spanischen Monarchie einen Antheil, der sich durch sich selber nicht behaupten kann. Was können wir mit Belgien machen? Wie können wir Indien behaupten ohne Flotte? In Spanien würde der Erzherzog immer dem Könige von Frankreich preis gegeben sein, und für Indien der Abhängigkeit von den Seemächten.“ Auf eine Schutzrede von Villars für den Vertrag kam Harrach mit der Frage hervor: „Aber war es denn nicht vernünftiger, daß so nahe verwandte Fürsten unter sich eine Uebereinkunft trafen?“ Villars erörterte ausführlich, warum das nicht habe geschehen können. In Betreff Eines Punctes seiner Antwort erkennt Villars in seinem Berichte ausdrücklich selber an, daß seine Rede der Wahrheit nicht entspreche. Er legt dann ein besonderes Gewicht auf seine Differenz mit dem Fürsten Vichstenstein. Wir haben damals aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. vernommen, daß er diese Differenz benutzte und aufbauschte, um dadurch dem durch Rinsky gemachten Anerbieten einer directen Unterhandlung zu entkommen (S. 321 u. f.). Wir haben daraus erkannt, daß Ludwig XIV. sich mit dem Kaiser über die spanische Succession friedlich und gütlich nicht verstehen wollte. Demnach entspricht die Rede des Villars zu Harrach nicht bloß in Einem Puncte, sondern überhaupt nicht der Wahrheit. Nicht an dem Können hatte es gelegen, sondern an dem Wollen.

Der Graf Harrach, der dies nicht durchschaute, kam noch einmal wieder mit der Frage hervor: „Gibt es denn gar nichts mehr daran zu ändern? Ist alles zu Ende?“ — „Sie sehen, erwiederte Villars, hier einen abgeschlossenen Vertrag.“ — „Diesem Vertrage, versetzte Harrach, können wir nicht beitreten.“

Villars begab sich zu Kaunitz. Dieser Minister, mehr zurückhaltend als Harrach, gab auf die Reden des Botschafters zuerst nur sehr kurze Antworten. Dann jedoch brach auch sein Unmuth hervor. „Es gibt doch noch Einen dort oben, fiel er aus, der ein Einsehen thun wird in solche Theilungen.“ — „Dieser Eine, sagte Villars,

wird die Gerechtigkeit des Vertrages anerkennen." — „Aber es ist doch wohl etwas Neues, fiel Kauniz ein, daß die Holländer Königreiche verschenken." Villars hielt eine Rede zu Gunsten der Holländer. Sein Verhalten macht eben so wie dasjenige der Botschafter Harcourt in Madrid und Tallard in London, den Eindruck, daß sie glaubten, es sei ihrem Könige wirklich um den Theilungsvertrag zu thun.

Am anderen Tage lud der Graf Harrach den französischen Botschafter zu sich ein. Sie erörterten nochmals den Vertrag. Harrach hob die Härten desselben für das Kaiserhaus hervor, die Beschränkungen in Betreff der Nachfolge auf Generationen hinaus. Er kam auf Mailand. Er fragte, ob es dem Könige von England und den Holländern zustehen dürfe, über Reichslehen zu verfügen. Villars wandte ein, daß die Macht des Kaiserhauses, stark angewachsen durch den glücklichen Türkenfrieden, nun noch gesteigert werde durch Spanien, Westindien und Belgien. „Alles dies, versetzte der Graf Harrach, ist nichts für uns; denn wir können es nicht behaupten. Sprechen wir uns aus als rechtschaffene Privatpersonen: wenigstens ich rede ohne jeden Auftrag. Nehmen Sie, was Sie für den Erzherzog anbieten, und lassen Sie uns das Uebrige" ¹⁾).

Der Vorschlag Harrachs scheint auf den ersten Blick derjenigen Theilung zu entsprechen, welche nach dem unsäglichen Kriege durch den Friedensschluß von Utrecht verwirklicht worden ist. Allein es waren dabei doch zwei wichtige Unterschiede. Der Vorschlag Harrachs von 1700 fügte Belgien dem französischen Antheile hinzu. Ferner überwies der Friedensschluß von Utrecht das Königreich Spanien dem Herzoge von Anjou und seiner Descendenz: der Vorschlag des Grafen Harrach dagegen bot, eben so wie der Theilungsvertrag selbst, den Antheil an ohne eine solche Beschränkung, also für das Haus Bourbon. Der Vorschlag des Grafen Harrach war daher für die Krone Frankreich ungleich günstiger als der Theilungsvertrag mit den Seemächten. Wenn Ludwig XIV. auf dies Angebot einging, so wendeten sich die Gesichte Europas. Deshalb haben wir auf dasselbe noch etwas näher einzugehen.

¹⁾ Prenez la portion que vous offrez à M. l'Archiduc, et laissez-nous le reste.

Bei unbetheiligten Persönlichkeiten in der Republik Holland herrschte die Ansicht vor, daß die Besorgnis, der Kaiser und der König von Frankreich möchten unter einander sich über das spanische Erbe vergleichen, und zwar so, daß der Kaiser, zufrieden mit dem Besitze der italienischen Ländern, namentlich Belgien und Westindien an Frankreich überließe — für Wilhelm III. und die Stimmführer in der Republik das wichtigste Motiv gewesen sei, einzugehen auf den Theilungsvertrag. Wir werden nachher ersehen, daß der Rathspensionär Heinsius, als der Graf Goës ihn darüber befragte, diese Ansicht als irrig verneinte, dagegen seinerseits als Motiv die Meinung angab, daß ohne das Hinzutreten anderer Mächte, eine friedliche Einigung des Kaisers und des Königs von Frankreich nicht zu erreichen sein werde ¹⁾.

Die Worte von Heinsius mögen immerhin in so fern auf Wahrheit beruhen, daß jenes andere Motiv zwischen ihm und Wilhelm III. nicht zur Sprache gekommen ist. Aber es kam nicht zur Sprache, weil die Existenz und die Kraft desselben sich von selbst verstand. Denn unter den Druckmitteln, welche Tallard bei Wilhelm III. anwenden sollte, um ihn in den zweiten Theilungsvertrag hinein zu nöthigen, hatte Ludwig XIV., im Februar 1699, den Hinweis auf eine directe Verständigung seinerseits mit dem Kaiser vorgeschrieben. „Es würde vielleicht nicht schwer für mich sein, sagte damals Ludwig XIV., mit dem Kaiser eine Uebereinkunft zu treffen, und von ihm eine Theilung zu erlangen, vortheilhafter für mich“ ²⁾.

Indem daher Wilhelm III. und Heinsius sich auf den zweiten Theilungsvertrag einließen, gaben sie zu erkennen, daß sie eine directe Verständigung zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. nicht wollten.

Jenes Erbieten des Grafen Harrach an Villars, wenn auch zunächst nur von ihm persönlich ausgesprochen, eröffnete die Bahn zu einer solchen directen Verständigung, und zwar auf einer Basis, die, wie Ludwig XIV. in jenen Worten zu Tallard vorausgesehen, ungleich vortheilhafter für ihn war als der Theilungsvertrag. Wenn aber

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 18. Juni 1700.

²⁾ Grimblot t. II, p. 268. Vom 13. Februar 1699.

eine Verständigung auf dieser Basis eintrat: so mußte sich die Spitze derselben unvermeidlich wenden wider die Seemächte.

Villars ging auf das Erbieten des Grafen Harrach nicht weiter ein. „Ich habe nicht zu fragen, erwiederte er, was Sie mir sagen wollen. Der Vertrag liegt vor, fertig abgeschlossen, und darauf beschränkt sich meine Vollmacht.“ Harrach wiederholte: „Ich habe lediglich aus mir selbst gesprochen“.

Dessen ungeachtet gaben die kaiserlichen Rätthe den Gedanken einer directen Verständigung mit Frankreich noch nicht auf.

Harrach berief die Conferenz, bestehend aus ihm selber, den Grafen Waldstein, Mannsfeld, Kaunitz, Bucellini. Nach der Erörterung aller Gründe für und wider, kamen sie einstimmig zu der Ansicht, daß der Vertrag, wie er vorliege, allzu schädlich und nachtheilig, darum unannehmbar sei. Vor einer definitiven Antwort jedoch müsse man sich mit Spanien verständigen. Es sei demnach der Vertrag in Madrid mitzutheilen, mit der Bitte, daß der König sich klar darüber aussprechen wolle, was er zu thun beschloßen. Harrach in Madrid solle nicht reden von einem Testamente, oder der Versammlung der Cortes, weil dies nicht an der Zeit ¹⁾.

Denn zugleich schlug die Conferenz dem Kaiser vor, sich direct mit dem Könige von Frankreich zu verständigen. Sie verhehlte sich nicht die Gefahr, welche daraus erwachsen könne, daß man sich der französischen Discretion anvertraue; allein sie hielt entgegen, daß nach der gemachten Erfahrung man sich auf den König von England und die Republik Holland eben so wenig zu verlassen habe. Auch der Kaiser seinerseits erwiederte, daß es gefährlich sei sich mit Frankreich einzulassen, namentlich wegen der Spanier. Dennoch gab er zu, daß sowohl bei Villars in Wien, als durch Sinzendorf bei Torch in Paris, ein Versuch gemacht würde. Von Mailand wollte er nicht lassen; aber dafür, meinte er, könne man Westindien anbieten.

Demgemäß traten Harrach und Kaunitz zu Villars. Sie eröffneten ihm zunächst die dilatorische Antwort, daß der Kaiser, vor einer Entscheidung über den Theilungsvertrag, sich mit Spanien

¹⁾ Das ausgearbeitete Protokoll ist abgedruckt in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen. Erste Serie. Bd. III, S. 313 u. f.

verständigen müsse. Sie überließen es ihm, ob er diese Antwort auch dem Holländer Hop mittheilen wolle. Sie verlasen dann ihm eine zweite Denkschrift zu seiner eigenen Kunde und derjenigen des Königs von Frankreich. Die Schrift sprach den Wunsch des Kaisers nach einer directen Verständigung aus, ohne die Einmischung eigenmächtiger Vermittler. Da der Theilungsvertrag dem Kaiser drei Monate zur Entscheidung lasse: so habe man Zeit zu unterhandeln. Der König möge nach eigener Wahl entweder den Marquis Villars mit einer Vollmacht versehen, oder gestatten, daß der Kaiser dem Grafen Sinzendorf in Paris eine solche einsende. Villars hielt entgegen: er vermisse positive Vorschläge. Er habe bereits die Worte des Grafen Harrach nach Paris gemeldet. Sein König werde erstaunt sein nur Allgemeines zu vernehmen. „Aber Sie haben ja noch keine Vollmacht, erwiederten die kaiserlichen Minister. In den Präliminarien geht man nicht weiter.“ Die ferneren Unterredungen ergaben für Villars so viel, daß der Kaiser nicht lassen werde von Mailand, dagegen Westindien anbiete ¹⁾).

Die Instruction für den Grafen Sinzendorf thut dar, daß die kaiserlichen Minister sich über die Consequenzen des Antrages an den König von Frankreich völlig klar waren. „Man wird, heißt es darin, vielleicht dort entgegen halten, daß die Cession von Westindien an die Krone Frankreich diese zu einem immerwährenden Kriege mit England und Holland nöthigen würde. Aber Du kannst darauf zu bedenken geben, ob nicht dagegen eine Allianz gemacht, und dadurch unsererseits ein Mittel gefunden werden könne, jene Mächte, und namentlich die Republik Holland, in die Enge zu treiben. Sie würde dann die Neigung, wegen Westindiens einen Seekrieg mit Frankreich zu führen, bald verlieren. Sie würde auch dem Könige von Frankreich, wenn er der Religion wegen oder zum Besten seiner anderweitigen Freunde einen Plan hätte, geringe Hindernisse in den Weg legen können“ ²⁾).

Aehnlich, nur noch bestimmter, redete Kaunitz zu Villars in Wien. „Zimmerhin, sagte er, mag die Gesundheit des Königs von Spanien schwach sein. Dennoch darf man hoffen, daß sie noch eben so weit

¹⁾ Grimblot t. II, p. 537.

²⁾ Feldzüge des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 351.

reicht als diejenige des Königs von England. In diesem Falle würde der König von Frankreich den Ruhm haben das Haus Stuart in England herzustellen. Wir können den Theilungsvertrag bestehen lassen, und dabei geheim verhandeln. Tritt der Todesfall in Spanien ein, so nimmt man beiderseits, der Kaiser und der König, Jeder den vereinbarten Antheil. Sind wir über die Sache einig, so sind wir auch Herren der Ausführung" ¹⁾).

Wir sehen, der Unmuth in Wien über den Theilungsvertrag zieht hier die für die Seemächte, insbesondere für die Republik der Niederlande, gefährlichste Consequenz nach sich, gerade diejenige, welche die Urheber hatten vermeiden wollen, die Gefahr eines Einverständnisses zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV.

Drängen wir also, um den Stand der Sache zur vollen Klarheit zu bringen, ihn hier übersichtlich zusammen.

In Spanien und in Oesterreich regieren die zwei Linien des Hauses Habsburg, abstammend von dem Brüderpaare Carl und Ferdinand, den Söhnen der Königin Johanna, und Enkeln von Ferdinand und Isabella. Die Linie des Kaisers Carl V., als Königs von Spanien des ersten dieses Namens, ist in seinem Nachkommen Carl II. dem Erlöschen nahe. Demgemäß tritt dann dort das Erbrecht der Linie des jüngeren Bruders, des Kaisers Ferdinand, in Kraft. So die Ansicht des Kaisers Leopold.

Aber es gilt in Spanien auch das Erbrecht der cognatischen Linien. Ludwig XIV. von Frankreich hat die Infantin Marie Theresé geheirathet, um das Erbrecht derselben an sein Haus zu bringen. Der Vater Philipp IV. hat in die Heirath gewilligt nur gegen die ausdrückliche Bedingung des Verzichtes auf dies Erbrecht. Beide, die Infantin und Ludwig XIV., haben vor der Heirath diesen Verzicht beschworen. Dessen ungeachtet beansprucht Ludwig XIV. ein Erbrecht für seinen Sohn aus der Ehe mit der Infantin Marie Theresé, den Dauphin. So nichtig der Anspruch dem Rechte nach, er wird gestützt durch die Macht des Königs, in sich selber jeder anderen einzelnen in Europa überlegen.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 538.

Um dieser Macht gegenüber sein Recht zu schützen, verlangt der Kaiser Leopold, im Jahre 1689, als Gegenleistung für seine Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge in England die Hülfe der Seemächte. Er erhält diese Zusage durch den geheimen Artikel der großen Allianz vom 12. Mai 1689.

Bevor der erwartete Todesfall in Spanien eintritt, endet der ungeheure Krieg 1697 durch den Frieden von Ryswyck. Gemäß dem Wortlaute der Allianz (in Artikel 6) dauert dann dieselbe defensiv fort, um bei der ersten Feindseligkeit des Königs von Frankreich auch offensiv wieder zu erstehen (in Artikel 7).

Aber unter den wenigen Zeitgenossen, welche eine Kunde jenes geheimen Artikels besäßen, befindet sich Ludwig XIV. Es ist ihm darum zu thun jenen Artikel zu vernichten, damit der zu erwartende Todesfall in Spanien nicht mehr eine Coalition wider ihn fertig vorfinde.

Zu diesem Zwecke bringt er an den Führer der beiden Seemächte, den Dranier, den Vorschlag, mit ihm sich über das spanische Erbe zu verständigen. Wilhelm III. geht auf das Erbieten ein, und es entsteht der erste Theilungsvertrag.

Er wird erledigt durch den Tod des Kurprinzen von Bayern. Wilhelm III. läßt sich dann abermals mit Ludwig XIV. ein. Das von beiden Seiten ausgesprochene Motiv ist die Erhaltung des allgemeinen Friedens: die nicht ausgesprochenen ergeben sich aus den Thatfachen. Dazu haben wir an den einzelnen Stadien der Verhandlung erkannt, daß der Wille Ludwigs XIV. jedes Mal den Ausschlag gibt, daß Wilhelm III. von seinem anfänglichen Vorsatze, nicht ohne Vorwissen des Kaisers über die Rechte desselben zu unterhandeln, zurückweicht bis zu dem Minimum, dem Kaiser den fertigen Entwurf kund zu geben, und daß er dann endlich, ungeachtet der nachdrücklichen Protestation des Kaisers vom 18. October 1699, den Vertrag dennoch so abschließt, wie er zwischen ihm und dem Könige von Frankreich abgeredet worden.

Nun verlangen die beiden Könige von dem Kaiser, im Mai 1700, den Beitritt zu einem Vertrage, den sie über die Rechte seines Hauses unter sich abgemacht, ohne ihn vorher zu befragen, und ohne seine Protestation gegen ihren fertigen Entwurf weiter zu beachten.

Wir haben aus manchen gelegentlichen Aeußerungen Wilhelms III. ersehen, daß es ihm nicht zur Klarheit kommt, welches schwere Unrecht er, namentlich in Betreff Mailands, dem Kaiser zufügt. Wir haben dagegen bei der schärferen Kunde Ludwigs XIV. von dieser Sachlage, namentlich nach seiner Erfahrung bei dem Theilungsplane von 1668, mit Sicherheit annehmen müssen, daß er die Verfügung über Mailand, in die Wilhelm III. doch auch nur widerstrebend eingegangen, deshalb verlangt und deshalb so nachdrücklich festhält, weil er voraussieht, daß der Kaiser dann nicht zustimmen könne.

Der Gang der Dinge, in welcher Weise Wilhelm III., nachdem er einmal den verhängnisvollen Schritt des Eingehen auf die Vorschläge von Ludwig XIV. gethan, nach und nach aus seiner dem Kaiser günstigeren Position zurückgedrängt worden, liegt in Wien nicht offen vor.

Ja es kann dort nicht einmal die Vermuthung des wirklichen Sachverhaltes aufkommen, weil Villars in der ihm von Versailles aus dictirten Anrede an den Kaiser, in Betreff der Errichtung des Vertrages die Thätigkeit Wilhelms III. und der Republik hinstellt als die treibende, bewegende, diejenige Ludwigs XIV. als die nachgebende, folgende, weil demnach das wirkliche Sachverhältniß dadurch umgekehrt wird.

Daher ist es nicht bloß erklärlich, sondern unvermeidlich, daß der Unmuth in Wien stärker sich wendet wider Wilhelm III. als selbst wider Ludwig XIV.

Aus diesem Boden des Unmuthes erwächst der Plan einer directen Verständigung mit dem letzteren Könige, der Plan, der den Höhepunct erreicht in dem Vorschlage Harrachs die Antheile zu tauschen.

Der Vorschlag ist nicht zur Wirklichkeit geworden, und darum liegt es hinaus über die Grenzen der Geschichtschreibung, die Consequenzen weiter ausführen zu wollen, als es durch den Hinweis in den Worten des Ministers Kaunitz schon an sich geschehen ist. Die Worte schließen in sich die Herstellung des Hauses Stuart in England, die Vernichtung der damaligen Großmacht der Republik der Niederlande. In diese Gefahr war die Republik gerathen durch die Führung eben desjenigen Mannes, der sein Vaterland liebte mit aller Kraft seiner Seele, der für dieses sein Vaterland unzählige Male sein Leben eingesetzt zu Wasser wie zu Lande.

Es dürfte fraglich sein, ob dem Oranier damals, im Mai und Juni 1700, diese Gefahr zur vollen Kunde gekommen sei. Wenn sie es wäre, so besaß er kein Mittel sie abzuwenden. Wir haben also nachzuforschen, woran der Vorschlag der kaiserlichen Räthe scheiterte.

Daß es in Wien mit der Sache völlig ernstlich gemeint war, thun die Protokolle der Verhandlungen, die Instruction für Sinzendorf uns kund. Denn anders verhält sich die Führung der Politik von Versailles, anders derjenigen der Hofburg in Wien. Von Versailles aus, wo Ludwig XIV. allein die letzten Fäden in seiner Hand hatte, war es möglich die eigenen Gesandten und Botschafter zu täuschen, sie in Thätigkeit zu setzen nach bestimmten Richtungen und in fest vorgeschriebener Weise, und doch dabei sie in Unkenntnis über das eigentliche Ziel des Meisters zu belassen: es war nicht möglich von der Wiener Hofburg aus. Auch dort stand die Entscheidung in allen wichtigen Angelegenheiten lediglich und allein bei dem Kaiser; aber Leopold trieb nicht persönliche Politik, sondern entschied auf Grund des Gutachtens seiner Räthe. In diesen Gutachten wieder tritt nicht eine Person voran, sondern die sachlichen Gründe Für oder Wider werden abgewogen, und demgemäß findet der Kaiser seine Entscheidung, die nicht den Rath einer Person annimmt oder verwirft, sondern das Gutachten, welches aus der Verathung Mehrerer hervorgegangen. Ein Verfahren dieser Art mag an Schwächen leiden; jedenfalls kann es nicht verwendet werden zu dem Zwecke Beschlüsse zu fassen, die etwas Anderes meinen als sie sagen.

Demnach müssen wir unser Urtheil dahin fällen: es war der kaiserlichen Politik mit dem Anerbieten an Ludwig XIV. und allen Consequenzen desselben ein tiefer Ernst.

Anders sah Ludwig XIV. die Sache an, oder wollte sie anders ansehen.

Wir haben zuerst und vor allen Dingen uns immer gegenwärtig zu halten, daß sein Ziel war im gegebenen Augenblicke das ganze spanische Erbe zu nehmen, daß der Theilungsvertrag ihm nur diente als Maske dieses Ziel zu verhüllen. Der Vertrag bestand in Worten: die Realität der Dinge diente seinem eigentlichen Zwecke. Durch den Vertrag wies er Spanien dem Erzherzoge zu; aber seine Armee stand

marschfertig am Nordabhange der Pyrenäen, sicher jenseit derselben keinen Widerstand zu finden.

Je fester er die Maske vorhielt bis zum letzten Augenblicke, desto sicherer war er, daß dann nicht eine reelle Macht seinem Plane entgegen stehen würde.

Darum ließ er durch seine Diener bei dem Kaiser drängen auf den Beitritt zu dem Theilungsvertrage. Wir haben den Inhalt der Rede vernommen, die er durch Villars in Wien halten ließ. Aehnlich oder vielleicht noch stärker erging sich Torcy in Paris vor dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf.

Bemerken wir zuerst über die Persönlichkeit dieses Gesandten, daß er den eigentlichen Plan Ludwigs XIV. errieth, bevor eine genaue Kunde des Theilungsvertrages ihm vorlag. „Nach meiner Ansicht — meldet er am 16. April, also um reichlich vier Wochen vor der Mittheilung des Vertrages an ihn — werden die Spanier, um diesem Vertrage zu entkommen, einen französischen Prinzen berufen.“

Am 21. Mai trat Torcy zu Sinzendorf, um ihm den Vertrag kund zu geben. Torcy wies hin auf die Lage der Dinge im übrigen Europa. Es stehe in der Hand seines Königs, sagte er, die nordischen Wirren höher anzufachen, sowohl zwischen Polen und Schweden, als zwischen Dänemark und Schweden. Sinzendorf wußte, daß dies der Wahrheit entsprach, daß sogar August II. von Sachsen-Polen in denselben Tagen sich erboten, eine günstige Gesinnung Ludwigs XIV. für sein Unternehmen gegen Riga dadurch zu vergelten, daß er die Stadt Danzig der Rache Ludwigs XIV. für ihr Verhalten gegen den Prinzen Conti opferte, und sich selber erbot, bei der Eröffnung der spanischen Succession, den Kaiser zu lähmen durch einen Einbruch in ein kaiserliches Erbland, Böhmen oder Schlesien¹⁾. Torcy hob ferner hervor den Zustand der Dinge im römischen Reiche, den Zwiespalt über die neunte Kurwürde, welchem der König nur die Hand zu bieten habe. Er wies hin auf die Haltung des englischen Parlamentes gegenüber dem Könige, und wiederum auf die Differenz desselben mit Schottland. Das Eine wie das Andere lähme den König von England, und ohne ihn vermöge auch die Republik Holland sehr wenig. Die

¹⁾ Berichte des Grafen Sinzendorf vom 23. April und 17. Mai 1700.

italienischen Fürsten seien dem Kaiser theils nicht zugethan, theils unmöglich etwas zu leisten. Es bliebe also dem Kaiser, dessen Erbländer sich von der schweren Last des Türkenkrieges noch nicht erholt, nur die Hoffnung auf die Hülfe Spaniens, dessen innerliche Schwäche offen vor Augen liege. Unter diesen Umständen vermöge der König von Frankreich bei seiner Macht zu Lande und zu Wasser, bei seinen Geldmitteln, sich eines großen Theiles der spanischen Monarchie zu bemächtigen, bevor nur die anderen Mächte einen Einspruch erheben könnten. Dennoch habe der König, um die Ruhe und Einigkeit zu erhalten, den Theilungsvertrag geschlossen, und wünsche den baldigen Beitritt des Kaisers, damit noch bei Lebzeiten des Königs von Spanien der Friede im voraus gesichert werde ¹⁾.

Es ist nach dem ganzen Verhalten des Staats-Secretärs Torcy, damals und später, anzunehmen daß er eben so wie Tallard in London, selber glaubte was er sagte.

Der Verdacht jedoch, welchen in Betreff der eigentlichen Absicht Ludwigs XIV. Sinzendorf schon vorher gefaßt hatte, war durch die Umstände, welche die Mittheilung begleiteten, nicht geschwächt worden. Die erste Abrede Torcys mit dem englischen Botschafter Manchester war, den Theilungsvertrag nach Spanien noch nicht kund zu geben. In diesem Sinne hatte Manchester aus Paris nach London berichtet am 8. Mai. Dann jedoch wandte Torcy ein, daß die Kundgebung nach Madrid hin erfolgen müsse, damit nicht Sinzendorf damit zuvorkomme. In Wahrheit war vor der Mittheilung an Sinzendorf der französische Courier auf dem Wege nach Madrid ²⁾. Sinzendorf, der dies wußte, sah in jenem Einwande Torcys eine leere Ausflucht gegenüber dem Könige von England, dagegen in der eiligen Mittheilung nach Spanien hin einen Kunstgriff besonderer Art. Sein Verdacht, der von daher sich in ihm verstärkte, gibt sich kund in besonderen Fragen, die er dem Staats-Secretär Torcy stellte. Die wichtigste derselben lautete: „Wenn die Spanier innerhalb der drei Monate oder auch nachher einen französischen Prinzen berufen: wird der französische Hof diese Wahl annehmen oder verwerfen?“ — Torcy

¹⁾ Bericht des Grafen Sinzendorf vom 21. Mai.

²⁾ Hippeau t. II, p. 222. Schreiben Ludwigs XIV. vom 20. Mai.

erwiederte: „Nein, man wird einen solchen Vorschlag nicht anhören, weder innerhalb der drei Monate, noch nachher“¹⁾).

Die Fragen Sinzendorfs erregten das Aufsehen der Betheiligten. Wilhelm III. fand es auffallend, daß sich ein Gesandter so weit vorwage ohne besonderen Auftrag²⁾. Daß Sinzendorf für ihn gehandelt, daß der kaiserliche Gesandte, in dem Verdachte eines falschen Spieles von Ludwig XIV. gegenüber dem Könige von England, eine Frage gestellt, die, genau genommen, Manchester hätte stellen sollen, mochte damals dem Könige Wilhelm III. noch nicht klar werden. Oder sein Verdruß darüber stammte daher, daß durch die Frage und die Antwort die Machtlosigkeit seiner Stellung gegenüber dem Könige von Frankreich offen zu Tage lag, nämlich die Thatsache daß er als einzige Bürgschaft für die Erfüllung des Vertrages besitze das Wort des Königs von Frankreich.

Wie immer aber auch dem sein mag, die Frage Sinzendorfs hatte dem Könige von Frankreich den Zwang auferlegt, die Maske des Theilungsvertrages noch um so fester zu halten. Auch seine anderen Schritte waren dem entsprechend.

Denn in den nächsten Tagen fiel es doch auch dem Grafen Manchester auf, daß der Theilungsvertrag in Paris in Aller Munde sei. Er forschte nach, wie das kommen könne. Er erfuhr, daß der König den Herzog von Orleans zu sich beschieden, ihm den Vertrag eröffnet habe, sogar in Betreff der Einzelheiten, mit dem Beifügen, daß es nicht länger ein Geheimnis, weil bereits die meisten Fürsten Europas die Mittheilung empfangen. „Dies reichte hin, fügt Manchester hinzu, die Sache öffentlich kund zu machen, und sicherlich war das die Absicht.“ Er erörtert diese Absicht nicht weiter, sondern fügt die Ansichten von Gesandten aus Italien hinzu. Sie seien beunruhigt, meldet er, daß der Vertrag so viele Theile von Italien mit den Seehäfen der Krone Frankreich zuweise. Wäre es ein jüngerer Prinz von Frankreich, meinten sie, so sei es leichter zu tragen³⁾. Indem der Botschafter Manchester diese Worte niederschrieb, scheint ihm nicht der

1) Sinzendorfs Bericht vom 21. Mai.

2) Grimblot t. II, p. 407. Vom 25. Mai.

3) A. a. O. p. 408. Manchester an Serien, vom 26. Mai.

Gedanke gekommen zu sein, daß gerade solche Reden hinzeigten auf eine hauptsächliche Absicht bei der von Frankreich so eilig betriebenen Publication des Theilungsvertrages, nämlich bei den Völkern, zunächst in Italien und Spanien, die Meinung hervorzurufen oder zu stärken, daß einer solchen Theilung vorzuziehen sei die Hingabe des gesamten Erbes an einen französischen Prinzen als selbständigen König.

Nach der anderen Seite mußte die vorzeitige Publication den Erfolg haben, daß der Kaiser nun um so weniger beitreten konnte, oder daß, wenn es dennoch geschah, die Einbuße an Ehre und Recht für ihn noch um so größer wurde. Wenn wir auch absehen von allen anderen Motiven, die dem Kaiser den Beitritt zu einer solchen fremden Abmachung über sein Recht schwer machten: so durfte er es nicht um seines Neffen Carl II. und der Spanier willen. Die Betheiligung an einem solchen Vertrage hatte für ihn in Spanien nicht dieselbe Wirkung wie für Ludwig XIV. Für einen französischen Prinzen sprach bei den Spaniern die anscheinende Zweckmäßigkeit, für das Kaiserhaus sprach das Recht. Durch den Beitritt zu dem Vertrage aber hätte der Kaiser selber die Wurzel seines Rechtes abgeschnitten. Ludwig XIV. dagegen hatte nicht ein Recht, sondern nur seine Macht. Durch seine Betheiligung an dem Vertrage hob er in den Augen der Spanier diese Macht, stellte sie noch schärfer ans Licht, in so fern nämlich, daß nur diese Macht einen Schutz gewähren könne wider den gefürchteten Vertrag. Und darum ließ Ludwig XIV. den Wortlaut desselben in die Welt ausgehen, damit dadurch die Spanier zu ihm geschreckt werden sollten.

Während Ludwig XIV. auf diesem Wege begriffen war, den Theilungsvertrag kund zu machen, und überhaupt seinen Eifer für denselben nach Kensington und dem Haag hin anschaulich darzuthun, gelangte an ihn jener Vorschlag zu einer directen Verständigung mit dem Kaiser allein, dessen Spitze gipfelte in der Privat-Aeußerung des Grafen Harrach: Tausch der Portionen. Ludwig XIV. hatte jedenfalls vor dem Ende Mai die Kenntniss des Vorschlages. Er lehnte nicht sofort ab. Aber formell enthielt die Meldung von Villars nur eben das allgemeine Erbieten der Verständigung, nicht bestimmte Vorschläge.

Denn so stark der Unmuth der kaiserlichen Räthe wider das Verfahren der Seemächte: so kannten sie doch auch den König von

Frankreich allzu lange und allzu genau, als daß sie ihm gegenüber der Vorsicht vergaßen. Sie wußten, daß eins der hauptsächlichsten Mittel seiner Politik war die Aussaat der Zwietracht bei den anderen Mächten. Sie wollten nicht ihm ein Mittel zu diesem Zwecke darreichen. Sie verlangten daher, daß zunächst Villars eine Vollmacht zur Unterhandlung beibringe. Er brachte sie nicht. Er trat dagegen am 8. Juni ¹⁾ zu Harrach und Kaunitz mit der Beschwerde, daß er seit nun reichlich drei Wochen auf nähere Eröffnungen harre, aber ohne Erfolg. Jene erwiederten: „Es hängt von dem Könige ab Ihnen hierher eine Vollmacht zu senden, oder mit Sinzendorf in Paris unterhandeln zu lassen“. So bereitwillig dann Kaunitz seinem persönlichen Unmuth gegen die Seemächte freien Lauf ließ, so glänzend er die Aussicht malte, die des Königs von Frankreich harre im Falle des Bundes mit dem Kaiser: in Betreff eines formellen Antrages blieb er auf seiner Hut.

Daß dagegen Villars auch die nur mündlich gemachten Aeußerungen der kaiserlichen Minister nach Versailles berichtet hatte, ergibt sich aus den Unterredungen zwischen Sinzendorf und Torcy. Der Letztere begann: „Nach der Meldung, die Villars durch einen Courier hierher macht, bietet man von kaiserlicher Seite nicht bloß Westindien, sondern überhaupt den Tausch der Portionen. Aber der König will keinen Krieg mit den Seemächten, will die Freundschaft mit ihnen erhalten, und wir fassen nicht, wie der Kaiser, der selber seine Verträge so heilig zu halten pflegt, in diesem Falle dem Könige den Bruch eines so eben geschlossenen Vertrages zumuthen kann“. Indem der Graf Sinzendorf dies berichtet, fügt er hinzu: „Es wurde mir schwer, bei diesem Pathos des Torcy das Lachen zu verbeißen. Deshalb schwieg ich eine Weile. Dann erwiederte ich, daß es dem Kaiser fern läge einen Rath zum Vertragsbruche zu geben. Wenn man ihn um seinen Rath gefragt hätte, so würde dieser dahin gelautet haben, nicht abzuweichen von dem pyrenäischen Friedensvertrage, zumal da derselbe in Aachen, in Rhymegen, in Ryswyck ausdrücklich bestätigt worden ist“. Torcy schloß mit den Worten: „Wir wollen weder Westindien, noch

¹⁾ Das Datum ergibt sich aus den Worten des Villars bei Grimblot t. II, p. 538.

Spanien, noch Belgien, noch überhaupt etwas, was unsere Freundschaft mit den Seemächten lockern könnte" ¹⁾).

In derselben Weise, nur schärfer, lautete die schriftliche Antwort, welche Ludwig XIV. durch Villars in Wien übergeben ließ. Die aus dem Gange der Dinge klar vorliegende Vorsicht der kaiserlichen Räte nicht von Ludwig XIV. getäuscht zu werden, galt darin oder sollte gelten als die Absicht ihn zu täuschen. Der König that in der Antwort seine Meinung kund, daß der Kaiser nicht aufrichtig mit ihm verfare. Der Vorschlag einer directen Verständigung gehe hervor aus der geheimen Absicht, das gute Einvernehmen mit den Seemächten zu stören, nicht jedoch aus dem aufrichtigen Wunsche einer Theilung. Der wahre Plan des Kaisers sei gebaut auf eine vermeintliche Willenserklärung des Königs von Spanien zu Gunsten des Erzherzogs. Um diesen Plan durchzuführen, bedürfe er der Hülfe des Herzogs Victor Amadeus von Savoyen, und der Verkehr mit demselben sei lebhaft. Das Ausweichen der kaiserlichen Minister vor bestimmteren Erklärungen bestärke diesen Verdacht, und festige daher den Entschluß des Königs, bei dem Theilungsvertrage zu beharren. So Ludwig XIV. am 16. Juni 1700 ²⁾).

Die Meldungen des Marquis Villars ergeben, daß auch ferner noch in Wien Versuche bei ihm gemacht wurden. Er dagegen verkündete laut die Vertragstreue Ludwigs XIV.

Es ist — man darf es wiederholen — eine der merkwürdigsten Verkettungen, die in den Geschichten der westeuropäischen Völker jemals sich ereignet haben kann.

Das Ziel Ludwigs XIV. ist das gesammte spanische Erbe. Um das Streben nach diesem Ziele zu verdecken, lockt er Wilhelm III. und Heinsius in die Schlinge des Theilungsvertrages. Es gelingt ihm dadurch ihnen ihren bisher zuverlässigen Bundesgenossen, den Kaiser so sehr zu entfremden, daß der letztere bereit ist, mit dem Könige von Frankreich allein sich über das spanische Erbe gütlich abzufinden, und die treulosen Bundesgenossen ihm preis zu geben. Der König von Frankreich läßt sich auf dies Erbieten nicht ein, weil er

¹⁾ Die verschiedenen Berichte Einzendorfs im Juni 1700.

²⁾ Grimblot t. II, p. 539.

das Ganze will, nicht einen Theil. Er beruft sich für die Ablehnung des Erbietens auf den Theilungsvertrag, den er jenen Mächten halten will. In der Wirklichkeit ist diese Treue nur das Blendwerk, die Maske, welche die Absicht der späteren Untreue verdeckt. Denn der Theilungsvertrag besteht für Ludwig XIV. nur bis zum Eintritte des Todes von Carl II.: alsdann zerreißt er ihn. Dennoch hat vorher, im Mai und Juni 1700, das Bestehen dieses Vertrages, die vorgedachte Treue Ludwigs XIV. für denselben, ihm gedient, das für die Seemächte höchst gefährliche Erbieten des Kaisers abzulehnen. Mit anderen Worten: das Heil Wilhelms III. und der Republik im Sommer 1700 bestand in der Unwahrhaftigkeit Ludwigs XIV. nach allen Seiten zugleich, zunächst und hauptsächlich aber gegen sie selbst. Dadurch daß er den König Wilhelm III. betrog, wandte er ein schweres Unheil von ihm ab, und zwar, wie nach der ganzen Sachlage mit ziemlicher Gewisheit angenommen werden darf, ohne daß Wilhelm III. damals oder nachher auch nur eine Kunde davon gehabt hat. Viel weniger noch ist anzunehmen, es habe damals in den Hallen von St. Germain eine Ahnung sich geregt, daß die Herstellung des Hauses Stuart mit anderen Entwürfen im Vordergrunde europäischer Erwägungen gestanden und zurückgewiesen sei von dem Fürsten, auf den allein die unglückliche Königsfamilie ihr Vertrauen setzte.

Diese Constellation der Dinge ging damit vorüber. Es bleibt demnach als das fort wirkende geschichtliche Moment die Antwort des Kaisers auf die Eröffnung des Theilungsvertrages, daß er definitiv sich erst entscheiden könne nach dem Einvernehmen mit dem Könige von Spanien.

Dieselbe Antwort erging nach London und dem Haag. Jedoch traten in Bezug auf den König Wilhelm III. noch einige Bemerkungen hinzu. Wir haben sie kennen zu lernen aus der Instruction des Kaisers für den Grafen Auersperg.

„Der Vertrag, heißt es darin, den am 18. Mai die Gesandten von Frankreich, England, Holland, hier vorgelegt, enthält die Vorschläge, welche durch den Gesandten Hop im October 1699 hier gemacht und durch den Protest vom 18. October von unserer Seite zurückgewiesen sind. Es sind jedoch noch zwei Puncte hinzugekommen. Der erste ist die Drohung, daß, wenn wir nicht binnen drei Monaten

dem Vertrage beitreten, jene Mächte sich über einen dritten Fürsten vereinigen werden, dem der von ihnen bestimmte Antheil unseres zweiten Sohnes, des Erzherzogs Carl, überwiesen werden soll ¹⁾. Die andere Clausel ist, daß die Mächte nicht bloß nach dem Tode des Königs von Spanien den Vertrag mit geeinten Waffen ausführen, sondern auch vorher, wenn wir oder unser Sohn uns in den Besitz eines Theiles der spanischen Monarchie setzen würden, mit aller Macht dies hindern wollen.“

„Wir haben unsere endliche Erklärung darüber noch nicht gegeben, weil wir zuvor mit dem Könige von Spanien darüber uns verständigen wollen.“

„Deshalb hast denn auch Du die Ungerechtigkeit und den offenen Bundesbruch, der aus einer solchen Handlung zum Schaden und zum Spotte für uns zu Tage liegt, nicht so nachdrücklich hervorzuheben, wie es sonst die Thatfache an sich verdienen würde, noch darüber viele heftige Klagen und Beschwerden auszusprechen, die der König von England als verlegend für seine Ehre ansehen könnte. Du kannst jedoch Sr. Liebden, ohne den Ausdruck einer Heftigkeit oder einer Erregung, wohl zu erkennen geben, daß wir, wenn nicht der Buchstabe jenes Vertrages die Thatfache uns vor Augen legte, von unseren alten Freunden und Bundesgenossen, für deren Wohlstand und Frieden wir etliche Male unsere Kräfte eingesetzt, nicht haben vermuthen noch glauben können, daß sie, ungeachtet unserer eingehenden Protestation vom 18. October des vorigen Jahres, über unser unbestreitbares Recht so eigenmächtig verfügen würden. Noch weniger haben wir erwarten dürfen, daß in dem Falle, wo wir auch ohne ihre Hülfe unser Recht zu behaupten gedächten, sie entschlossen seien, ihre Waffen mit denen unseres Widersachers gegen uns zu verbinden. Se. Liebden könnten daher leicht erachten, wie tief ein solches Verfahren uns zu Gemüthe gehe. Denn sei es immer, daß Se. Liebden und die Generalstaaten sich für die Nicht-Leistung der uns schuldigen Hülfe mit der Unmöglichkeit ausreden können: so vermag doch

¹⁾ Diese Stelle der Instruction ist nicht genau. Hop hatte im October 1699 allerdings schon darauf hingewiesen, und in den Conferenzen vom 11. October 1699 war diese Aussicht lebhaft erörtert worden.

Niemand sie zu nöthigen oder zu zwingen, die Waffen wider uns zu wenden" ¹⁾).

Es war der letzte Auftrag, den der Graf Auersperg in England erhielt; denn dieselbe Post brachte ihm die von ihm erbetene Abberufung.

Auch in England war damals, im Anfange Juni, der Vertrag bereits bekannt. Lord Lexington, der frühere Gesandte in Wien, theilte dem Grafen Auersperg im Vertrauen mit, daß diese Kundmachung von Frankreich aus erfolgt sei, ohne die vorher eingeholte Zustimmung des Königs von England. Auersperg, eben so wie vorher Sinzendorf in Paris, erkannte sofort diesen Umstand als sehr bemerkenswerth. Das Verhalten des Botchafters Tallard machte auf ihn den Eindruck, als sei es die hauptsächliche Aufgabe desselben den Vertrag anzupreisen. Tallard ging bei den Engländern umher und redete: es sei nun das zweite Mal, daß der König von England seinem Könige Bedingungen auferlegt, zuerst bei dem Frieden von Ryswyck, dann bei dem Theilungsvertrage. Das Recht des Königs von Frankreich auf das spanische Erbe sei unzweifelhaft, seine Macht dies Recht durchzuführen, aller Welt bekannt: dennoch habe die Autorität Wilhelms III. bei Ludwig XIV. dahin überwogen, daß er sich mit einem so geringen Antheile für den Dauphin begnüge ²⁾).

Die Reden Tallards hatten geringen Erfolg. Der Theilungsvertrag ward von der ersten Kunde an in England mit Misvergnügen vernommen. Zuerst bei den Kaufleuten. Der gewinnreichste Handel für sie war damals derjenige nach der Levante. Dorthin verführten sie die Erzeugnisse der englischen Woll-Manufactur, und versorgten damit von Smyrna aus die Länder der Türkei bis nach Persien hinein. Sicilien in französischen Händen erschien den Kaufleuten für diesen ihren Handel als die größte Gefahr. Diese Stimmung gab sich kund vom ersten Tage an, und war zusehends im Wachsen ³⁾).

Dazu traten bald die politischen Erwägungen, sowohl in Betreff der Sache an sich, wie des Verhaltens von England zu dem Vertrage.

¹⁾ Kaiserliches Rescript vom 25. Mai.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 4. Juni, eben so am 8. Juni.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 1. Juni.

Allgemein mißfiel es, daß so viele Länder in Italien an die Krone Frankreich fallen sollten. Wäre es noch ein französischer Prinz, der sie erhielte, so dürfte man sich der Hoffnung hingeben, daß er ein Italiener werden könne, nicht mehr geleitet vom französischen Rathe¹⁾. Es ist derselbe Einwand, welchen wir sofort von Seiten der italienischen Gesandten in Paris vernommen haben. Es ist daher nicht anders zu denken, als daß Ludwig XIV., der doch bei dieser ganzen Sache schärfer in die Menschen blickte als Wilhelm III., diesen Einwand im Interesse seines Hauptplanes nicht von vorne herein mitzuerwogen haben sollte. Jedenfalls ist Wilhelm III. nicht frei von dem Vorwurfe, darüber sich nicht von Anfang an klar gewesen zu sein. Denn wir erinnern uns seiner Worte am 18. Juli 1699, wo der Vertrag wie fertig vorlag. Damals schreibt er an Heinsius: „Es ist nur noch Ein Punct, über welchen ich eine positive Erklärung von Seiten Frankreichs nicht kenne, nämlich ob der für dasselbe ausgemachte Antheil dem Dauphin gehören soll, oder einem seiner Söhne. Ich zweifle freilich nicht, dem Dauphin, also als Annex der Krone Frankreich“²⁾.

Wichtiger noch waren für die Engländer die Erwägungen in Betreff ihrer eigenen Stellung zu dem Vertrage. Etliche Mitglieder des Unterhauses traten zu Auersperg. Sie sagten, daß immerhin das Recht der Verträge nach außen dem Könige zustehe, daß das Parlament sich nicht einzumischen habe. Aber doch sei dieser Vertrag, wie das Datum der Unterschrift ausweise, abgeschlossen während der Session des Parlamentes, und in solchem Falle sei diese Versammlung der wahrhafte Rath des Königs. Möge er Verträge solcher Art schließen: für die Ausführung dieses Theilungsvertrages, den man verabscheue, werde das Unterhaus auch nicht Einen Pfennig bewilligen³⁾.

Wir erkennen, wie so ganz anders im Jahre 1700 in Betreff des Theilungsvertrages die Dinge lagen, als elf Jahre zuvor in Betreff der großen Allianz. Jenem Vertrage vom 12. Mai 1689

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 8. Juni.

²⁾ Grimblot t. II, p. 338.

³⁾ Auerspergs Bericht vom 8. Juni.

hatte Wilhelm III. für sich allein beitreten können, selbst ohne Mitwissen und ohne Gegenzeichnung eines Ministers. Wenn auch der Wortlaut dem Parlamente unbekannt blieb, so bewegte sich die hauptsächlichste Lebensströmung der Nation in derselben Richtung mit dem Vertrage der Allianz. Dies Mal war es anders. Und damit tauchte bereits die Frage empor, ob das Unterhaus, erstarkt wie es war durch den Gang der Dinge in den letzten zehn Jahren, den Berather der Krone in dieser Angelegenheit zur Rechenschaft ziehen werde. Von dem Bekanntwerden des Vertrages an wurde allgemein der Name Portland genannt. Es hieß, daß er wohl thun werde, sich nicht in England finden zu lassen ¹⁾.

Der Verdruß der Engländer jedoch beschränkte sich nicht auf die Wahrnehmung, daß, nach ihrer Ansicht, der Vertrag das englische Interesse nicht genügend wahre. Er wandte sich auch gegen das Princip des Vertrages, über fremde Länder zu verfügen, ohne die berechtigten Personen auch nur zu hören. Sie wußten nicht, daß auch Wilhelm III. nicht mit dem fertigen Principe an die Sache gegangen war, daß auch er nur nach und nach die widerstrebende Stimme in ihm überwunden. Aber es ging von Hand zu Hand eine Parodie des Vertrages, die ihre Spitzeehrte wider ihn persönlich. Immerhin, hieß es, könne der König von Spanien in den Theilungsvertrag willigen, wenn dasselbe Princip angewandt werde auf den König von England, bei dessen Tod nicht minder ein Krieg über seine Succession in Aussicht stehe. Die Schrift bestimmte daher England und Irland mit den westindischen Stationen für den Sohn Jacobs II. als Prinzen von Wales, Schottland und die Erbstatthalterschaft in der Republik der Niederlande für den Herzog von Glocester, und zwar alles gemäß den Gründen des Theilungsvertrages ²⁾.

In Betreff des Principes im allgemeinen mochte die Schrift nicht Unrecht haben. Und dennoch waltete für den besonderen Fall der Unterschied ob, daß Wilhelm III., unbekümmert ob ihm der Tod fern oder nah, aus sich den Willen und die Kraft besaß, selber die Thronfolge sicher zu stellen.

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 8. Juni.

²⁾ Desgleichen.

Als jene Antwort des Kaisers vom 25. Mai in London eintraf, befand sich der König Wilhelm III. in Hamptoncourt matt und unpäßlich. Auersperg begab sich dahin. Es erschien ihm indessen nicht tactvoll, dem Könige in diesem Zustande seine Meldung auszurichten. Er suchte den Staats-Secretär Vernon auf, und fand ihn willig zur Uebernahme des Auftrages. Auersperg sprach seine persönliche Hoffnung aus, daß der König und die Republik dennoch wieder zu dem Kaiser zurückkehren werden. Vernon erwiderte, das Uebelbefinden des Königs habe seine Ursache in dem Verdrusse von allen Seiten ¹⁾.

Denn, in der That, wohin auch er den Blick wenden mochte, die Dinge gingen nicht nach seinem Wunsche, nicht in England, nicht in Schottland, nicht nach außen, weder im Norden, noch im Süden.

Er hatte, während der Session des Parlamentes, dem Sturme der Tories gegen den Lord-Kanzler Somers nicht weichen wollen; aber nach der Vertagung glaubte er ein besseres Einvernehmen vorzubereiten durch die Entfernung von Somers. Um nicht irgend welchen Schein einer Verschuldung auf sich zu laden, weigerte sich Somers freiwillig zu gehen. Der König schickte den Staats-Secretär Vernon, um ihm die Siegel abzuholen. So am 17. April. Wilhelm III. hatte dadurch der Tory-Partei ein schweres Opfer gebracht. Und dennoch widerstrebte es ihm nun sich völlig von den Whigs ab-, und den Tories zuzuwenden. Er bereute fast den Schritt, den er gethan, und suchte nach Mitteln, um einzulenkten. In dieser Unentschlossenheit nach beiden Seiten bewegte er sich weiter ²⁾.

Ungleich trüber noch stellten sich seinem Blicke die Dinge in Schottland dar. Er selber meldet darüber an Heinsius: „Es thut mir leid Ihnen sagen zu müssen, daß die Angelegenheiten im schottischen Parlamente recht übel verlaufen. Die Leute dort sind wie verjessen auf ihre Colonie in Darien, und hier in England will man diese nicht dulden. Das verursacht mir großen Verdruß. Im besondern ärgert es mich, daß diese Angelegenheit meinen Aufbruch nach Holland verzögert, wohin ich mich sehne mehr als jemals. Wenn ich noch

¹⁾ Auerspergs Bericht vom 18. Juni.

²⁾ Coxe's Shrewsbury Correspondence p. 619 sqq. Ich gehe nicht weiter ein auf diese Correspondenzen, die doch für die Hauptsache von geringem Gewichte sind

länger hier bleiben muß, so werde ich krank. Bereits habe ich mich einige Tage übel befunden, jetzt jedoch besser". So am 7./17. Juni ¹⁾).

Desgleichen war der Verlauf der Angelegenheiten im Norden nicht nach seinem Wunsche. Er hatte mit Nachdruck dem Kaiser sagen lassen, daß er es sich zur Aufgabe mache den Frieden dort herzustellen. Aber es war bereits nicht mehr zu zweifeln, daß Frankreich die Könige von Polen und Dänemark in ihrem unberechtigten Beginnen wider den jungen König von Schweden direct und indirect stütze. Wilhelm III. hatte dem Kaiser versprochen, ein englisch-holländisches Geschwader in die Ostsee zu senden. Tallard in London, Briord im Haag erhoben den Einwand, daß es nicht mehr erforderlich sei in dieser Weise auf die Krone Dänemark zu drücken. Sie mahnten ab, das Geschwader zu senden. Der König in erregter Weise erwiderte dem Tallard: er sei Garant des Altonaer Friedens, und werde sich nicht abhalten lassen einzutreten für die Herstellung desselben ²⁾).

Und wie sah es für ihn mit dem Theilungsvertrage aus? — Die Misstimmung der Engländer wider denselben konnte dem Könige nicht verborgen bleiben. Sie konnte nur noch steigen in Folge der Nachrichten aus Spanien, daß man dort bereits mit dem Plane umgehe, alle Engländer aus dem Königreiche zu verweisen. Die eigentliche und wesentliche Hoffnung des Königs Wilhelm, daß durch den Theilungsvertrag der Friede Europas erhalten werden könne, beruhte auf dem Beitritte des Kaisers. Zwar berichtete der neue Diplomat Sutton aus Wien: „Obwohl die Minister des Kaisers ihr hohes Mißfallen an dem Vertrage nicht verhehlen, und sich nicht weiter aussprechen: so ist es doch nach meiner Meinung über allen Zweifel erhaben, daß der Kaiser zuletzt beitreten wird" ³⁾. Von gleichem Werthe wie die Meinung Suttons in Wien, war diejenige des Grafen Manchester in Paris, daß der Graf Singendorf den Kaiser zu dem Entschlusse des Beitrittes bewegen werde ⁴⁾. Dem Könige Wilhelm III. lag die vorläufige Antwort vor, welche ihm der Kaiser durch den Grafen Auersperg hatte zustellen lassen. Wir haben gesehen, daß

¹⁾ Grimblot t. II, p. 415.

²⁾ Auerspergs Bericht vom 18. Juni.

³⁾ Grimblot t. II, p. 416.

⁴⁾ A. a. O. p. 409.

diese Antwort nicht darauf angelegt war eine Hoffnung solcher Art zu beleben. Ob die spätere definitive, nach dem Einvernehmen mit dem Könige von Spanien, eher in diesem Sinne sein werde, stand noch aus. Wilhelm III. sehnte sich, alle diese Dinge mit Heinsius zu erörtern. „Ich hoffe, schreibt er diesem Freunde am 14./24. Juni, mit des Himmels Gnade im Beginne des nächsten Monates von hier aufzubrechen. Ich vermag Ihnen nicht auszudrücken, wie glühend ich mich sehne die holländische Luft zu athmen“ ¹⁾.

Es war freilich sehr die Frage, ob in Betreff der Hauptsache Heinsius ihm eine günstigere Aussicht eröffnen konnte. Der Graf Goes als kaiserlicher Gesandter im Haag sollte der Republik dieselbe Antwort eröffnen, wie Auersperg in London dem Könige. Allein die Ausfertigung derselben, die für Auersperg bereits am 25. Mai erfolgte, trägt für Goes erst das Datum des 18. Juni. Inzwischen war dieser Gesandte, wie es oft bei denjenigen des Kaisers geschah, auf seine eigene Einsicht und seinen eigenen Tact angewiesen. Ein solches Verfahren, welches, wenn von anderen Souveränen angewendet, leicht zu Misgriffen Anlaß geben konnte, war, wenn auch nicht überhaupt richtig, doch am wenigsten schädlich bei der Politik des römischen Kaisers Leopold I., weil dieselbe zur Richtschnur hatte das Recht, und die auf das Recht gegründete Ehre. Jeder einzelne kaiserliche Gesandte kannte genau diese Grundsätze, und war daher von diesen Grundsätzen aus eher befähigt, auch ohne specielle Instruction, in jedem einzelnen Falle den richtigen Weg inne zu halten, als die Gesandten solcher Mächte, die das eigene Interesse höher stellten als das Recht. Darum sehen wir in diesem Falle den Grafen Goes, auch vor dem Bescheide vom 18. Juni, sich im Mai und Juni genau so bewegen, als hätte er jene Richtschnur bereits in Händen. Das Ausbleiben derselben dagegen setzte ihn in den Stand sich persönlich noch freier auszusprechen. Dazu hatte er die besondere Rücksicht, welche Auersperg dem Könige Wilhelm III. gegenüber zu beobachten hatte, vor dem Rathspensionär Heinsius oder den anderen Geheim-Deputirten nicht zu nehmen. Eben darum ergeben diese Unterredungen uns ein klares Bild der Urtheile von Seiten kundiger Zeitgenossen.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 417.

Nachdem Ludwig XIV. im Mai es für seinen Plan als zweckmäßig erachtet, den Theilungsvertrag zu veröffentlichen, nahm Goës den Anlaß, mit den Deputirten der Republik für die geheimen Angelegenheiten darüber zu reden. Es ergab sich bald, daß die Protestation des Kaisers vom 18. October 1699 nicht zu ihrer Kunde gekommen war. Er theilte sie mit. Er fragte, ob jemals eine solche Behandlung erhört sei wie die, welche der Kaiser in dieser Angelegenheit von seinen Bundesgenossen erfahren. „Und welche Bürgschaft haben Sie denn nun, fragte er, daß der Vertrag von Seiten Frankreichs gehalten werde? — Der König dort und der Dauphin haben allerdings Verzicht geleistet auf diejenigen Theile der spanischen Monarchie, welche der Vertrag dem Erzherzoge anweist. Aber der Dauphin hat drei Söhne, von deren Verzichte nicht die Rede ist. Nun mache ich Sie darauf aufmerksam, daß das ganze vorgebliche Recht des Hauses Bourbon sich gründet auf die Behauptung: der in der feierlichsten Weise von der Infantin Marie Theresie vor ihrer Heirath geleistete und von Ludwig XIV. eben so beschworene Verzicht bestehe nicht zu Recht, weil Vater und Mutter dem Kinde, welches sein Recht *ex pacto et providentia majorum* besitze, dasselbe nicht abschneiden dürfen. Wie wollen Sie also den König und den Dauphin hindern, dieselbe Behauptung zu verwerthen zu Gunsten der bereits fast herangewachsenen Söhne des Dauphins? Ich frage Sie mithin, ob der Theilungsvertrag Ihnen den Frieden verbürgt?“ — Die Holländer schwiegen und suchten die Achseln. Es entfiel ihnen dann die Aeußerung, daß die Publication des Vertrages in Paris ihre allgemeine Verwunderung erregt. Auch der Rathspensionär habe sich dahin ausgesprochen, daß dies nicht vorher vereinbart sei. Goës griff rasch dahinter. „Daraus ersehen Sie, sagte er, daß Frankreich bei diesem ganzen Vertrage die Oberhand gehabt, und ferner, daß es dieselbe noch immer mehr erlangen wird, so daß zuletzt dabei alles nach Frankreichs Willen geschehen muß, ohne daß es dem Könige von England oder der Republik noch einen Einspruch zugestehen wird“ ¹⁾.

Am nächsten Tage trat Goës zu Heinsius. Dieser eröffnete, daß die Unterhandlungen mit verschiedenen Mächten über den Beitritt

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 8. Juni.

zu dem Vertrage bereits angeknüpft seien, und drängte deshalb, daß nun auch der Kaiser sich entscheiden müsse. „Ich erinnere mich, erwiederte Goës, des betreffenden Artikels in dem Vertrage, habe ihn aber nicht so verstanden, daß man noch vor einer Entschließung des Kaisers in diesem Sinne vorgehen und dadurch die Sache noch mehr verwickeln würde. Ich kann den Gedanken nicht fassen, daß dieser ganze Vertrag ein Werk des Königs von England sein soll, noch weniger der Republik, sondern messe ihn lediglich dem Könige von Frankreich bei. Denn ich erkenne, daß Frankreich in der Sache durchaus das Uebergewicht gehabt hat, und diese Ansicht wird mir namentlich bestätigt durch den Umstand, daß Frankreich mit der Publication vorgegangen ist ohne Vorwissen und Consens der anderen Vertragsmächte.“ Heinsius suchte diese Ansicht zu bestreiten. Der Vertrag gebe dem Könige von England und der Republik nicht das Recht, dem Könige von Frankreich die Veröffentlichung zu unterjagen. Er wies dagegen hin auf die Frist der drei Monate, und drängte, daß der Kaiser seine Maßregeln treffe. „Aber glauben Sie denn, erwiederte Goës, daß, wenn auch der Kaiser beiträte, damit das Werk zu Ende gebracht sei? Wird nicht Frankreich, nachdem es seinen Antheil genommen, dann den Anspruch auf das Ganze erheben? Welche Sicherheit haben Sie dagegen, daß es die von dem Könige und dem Dauphin jetzt geleisteten Verzichtse eben so für ungültig erklärt, wie diejenigen des pyrenäischen Friedens und der Heirath?“ Heinsius erwiederte: die Untersuchung und Entscheidung von Rechtsfragen gehöre vor einen Gerichtshof: in der Politik dagegen messe sich das Recht nach der Macht. Wenn ein mächtiger Souverän einen Anspruch erhebe, und die Anderen ihr Unvermögen erkennen ihm das Ganze abzustreiten: so sei es das Gebot der Staatsraison ihn mit einem Theile zu beschwichtigen. So sei es hier geschehen¹⁾.

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 11. Juni. Der Wortlaut ist: „Er vermeinte, das *justum vel injustum* zu untersuchen und zu decidiren, gehörte denen *dicasteriis*; in *publicis* aber müsse man die Gerechtigkeit nach der Macht abmessen. Es wäre genug, wenn ein mächtiger Potentat eine Präension hat, und wenn andere sehen, daß sie nicht im Stande ihm das *totum* zu disputiren, so gibt es die Vernunft und *ratio status*, daß man ihn mit einem Theile *appaisire*, wie es allhier geschieht“.

Der kaiserliche Gesandte fuhr empor. „Ich gestehe, rief er, daß ich solche Grundsätze unter Christen noch nicht gehört, auch nicht vermuthet habe. Ich weiß auch, daß der Kaiser und seine Rätthe nach anderen Principien handeln, nämlich, daß die guten Regierungen von Gott gesetzt worden sind und die Gerechtigkeit zur Grundlage ihres Handelns nehmen. Ich kenne den Entschluß des Kaisers noch nicht; allein ich weiß so viel, daß er, im Falle des Nicht-Beitrittes, sich verlassen wird auf Gott und auf seine gerechte Sache.“ Heinsius hielt die Frage entgegen, woher Goes vermuthet, daß der Kaiser ablehnen werde. Aus den Berichten Hops erhehle das noch nicht. Sie meldeten nur Klagen und Drohungen der kaiserlichen Minister. Aber damit sei der Sache nicht geholfen. Man müsse Ja oder Nein sagen. „Meine Vermuthung, erwiederte Goes, stützt sich darauf, daß seit dem October des vorigen Jahres, wo der Kaiser protestirte, das Verfahren von hier aus wider ihn nur noch immer gewaltthamer geworden ist. Demgemäß werden auch die Schwierigkeiten für den Kaiser gegen den Beitritt eher größer sein als geringer. Ich hebe namentlich hervor, daß die vorzeitige Mittheilung an Spanien und die Publication vor der ganzen Welt sehr stark hindeutet auf eine Arglist von französischer Seite, so wie auf eine Unbedachtsamkeit von Seiten der anderen Vertragsmächte. Denn der Kaiser ist dadurch in die Lage gebracht, daß, auch selbst, wenn er aus sich zum Beitritte geneigt wäre, er ohne Einvernehmen mit Spanien nichts thun kann. Der König von Spanien dagegen, auch wenn ihm Gott das Leben noch länger beläßt, wird über seine eigenen Länder und Unterthanen nicht mehr Herr sein, sondern sich von Frankreich die Gesetze vorschreiben lassen müssen. Denn dahin sind fortan die Blicke der Völker in den abzutretenden Ländern gerichtet“ ¹⁾).

Es ist nicht unwichtig, hier nochmals hervorzuheben, daß, wie wir beobachtet, die drei kaiserlichen Gesandten, Sinzendorf, Auersperg, Goes, Jeder an seinem Orte und unabhängig von dem Anderen, in dieser Publication eine Arglist der französischen Politik vermuthen. Das eigentliche Ziel derselben liegt ihnen noch nicht klar vor. Aber wir haben gesehen, daß Sinzendorfs Vermuthung demselben zunächst kommt.

¹⁾ Bericht des Grafen Goes vom 11. Juni.

Heinsius leugnete abermals nicht, daß die Publication ohne Vorwissen von England und Holland geschehen; allein er wollte sie auch nicht tadeln. In jedem Falle sei nun nichts mehr zu ändern. Man möge von kaiserlicher Seite nicht kommen mit neuen Vorschlägen, weil sie kein Gehör mehr finden würden. „Aber warum denn, warf Goës rasch ein, haben Sie dem Kaiser nicht einmal den geheimen Artikel kund gethan?“ — Heinsius stutzte. Dann jedoch faßte er sich rasch zu der Antwort: ein geheimer Artikel sei nicht vorhanden. Goës, der selber den Inhalt nicht wußte, war daher auch nicht im Stande, den Rathspensionär zu überführen. Er wußte nur die Thatjache, daß ein solcher Artikel bestand, und mit derselben zugleich die andere, daß auch nicht Einer der Geheim-Deputirten den Inhalt kannte, sondern in der Republik als der einzige der Rathspensionär. Da dieser den Bestand des Artikels abgeleugnet, so hatte Goës keine Hoffnung mehr den Inhalt zu erfahren. Wir Spätere erinnern uns, daß der geheime Artikel unter anderen Bestimmungen namentlich die eine enthielt: es solle dem Kaiser, ungeachtet der Frist von drei Monaten in dem Tractate, der Beitritt freistehen noch für zwei Monate von dem Tage an, wo die drei theilenden Mächte ihm den Tod des Königs von Spanien kund gethan. Es war, wie wir gesehen haben, die von Wilhelm III. eingebrachte Schutzwehr gegen die etwaige Absicht Ludwigs XIV. den Vertrag beim Tode Carls II. zu zerreißen. Die Schutzwehr erwies sich dann freilich wider eine solche Absicht eben so morsch wie der ganze Vertrag.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß bei Einigen unter denen, welche der Zeit nach allen diesen Vorgängen näher standen, dagegen in die ursprünglichen Zeugnisse und unmittelbaren Kundgebungen der Betheiligten weniger einblickten als die spätere Nachwelt, sich der Gedanke geregt hat: die Einwände gegen den Theilungsvertrag seien so solide, daß zwei so geschickte Staatsmänner wie Wilhelm III. und Heinsius an die Ausführbarkeit desselben nicht geglaubt haben können. Wilhelm III. sei des Friedens müde gewesen, und seine Neigung für den Krieg habe ihn bewogen, die Dinge so zu führen, daß sie auslaufen mußten in einen allgemeinen Bruch. Das sei eine der Absichten, die er bei dem Theilungsvertrage verfolgt. Die Politik Ludwigs XIV., welche bezweckte, durch den Theilungsvertrag die

Spanier zu nöthigen sich ihm als dem Stärksten in die Arme zu werfen, sei mindestens eben so raffinirt wie die von Wilhelm III. und Heinsius, aber richtiger überlegt.

Diese Meinung verdient Erwähnung, weil sie damals vielfach zur Sprache gekommen ist¹⁾, so sehr, daß ein namhafter Geschichtschreiber jener Zeit, Rapin-Thoyras, sie völlig sich angeeignet hat²⁾. Ob sie haltbar ist an den Thatfachen, und namentlich an den eigenen Worten des Königs Wilhelm III. und des Rathspensionärs, dürfte schon bisher zur Genüge sich ergeben haben und wird ferner bis zur vollen Evidenz sich darthun.

Einige Tage nach jener Unterredung trat Heinsius zu Goës, mit der erneuten Klage, daß Hop in Wien noch immer keine Antwort erhalten. Man scheine dort in der Sache nichts zu thun. Er fügte hinzu, daß von Seiten des Königs und der Republik geschehen sei, was das Gewissen und die Sorgfalt, in Betreff des Gemeinwohles das geringere Uebel dem größeren vorzuziehen, ihnen auferlege und darum seien sie der Zustimmung der gesammten Welt im voraus sicher. Goës erwiederte, daß er Kunde habe von Conferenzen der kaiserlichen Rätthe: demnach werde eine Antwort bald erfolgen. „Was übrigens das Gewissen und das Gemeinwohl betrifft, fuhr er fort, so muß ich Ihnen zuerst erwiedern, daß der Theilungsvertrag ein Urtheil ist über fremde Angelegenheiten, und dann, daß Sie selber und der Graf Portland, bei aller Anerkennung für Sie persönlich, dennoch nicht die umfassende Wissenschaft besitzen können, in Betreff des Gemeinwohles bei einer so weitschichtigen Angelegenheit, die so viele Ihnen unbekannte Interessen berührt, das Richtige zu treffen. Was die Zustimmung der ganzen Welt betrifft, so dürfte sie noch zu erwarten sein. Zur Zeit weiß ich, daß in England die Mehrheit, und

¹⁾ Relazione del A. Mocenigo, ritornato Ambasciatore d'Inghilterra 1706. Nicht gedruckt. Seine Worte sind: È una questione ancora indeterminata fra politici, se nel stato delle cose di all' hora, fosse stato ben concepita la massima di dividere li Regni delle Spagne, e se il Rè Guglielmo, nell' aderire al partaggio, havesse havuto la mira più a fomentar la guerra, che a conservar la pace. L' opinione però la più probabile è etc. In den dann folgenden Worten entscheidet sich Mocenigo für die Ansicht, daß Wilhelm III. geglaubt habe, den Frieden erhalten zu können.

²⁾ Rapin-Thoyras: Histoire d'Angleterre t. IV, pag. 107 et suiv.

hier in der Republik Viele den Vertrag mißbilligen. Endlich aber hilft Ihnen die Zustimmung aller Anderen nichts, wenn nicht derjenige sie gibt, der allein das reelle Interesse bei der Sache hat, der Kaiser" ¹⁾).

Heinsius erwiederte, daß nicht er und Portland allein den Vertrag gemacht, daß man auch den Kaiser, ihn selber, den Grafen Goës, und den Grafen Auersperg befragt. Goës entgegnete, daß eine gelegentliche Anfrage, ohne eine Angabe des Zweckes, so wie eine Antwort darauf, nicht als eine Unterhandlung bezeichnet werden dürfe. Man habe unterhandelt ohne den Kaiser, und die Sache fertig vorgelegt, eben so wie es jetzt geschehe, mit zugefügter Drohung. Heinsius, um von der Erörterung los zu kommen, warf die Frage hin, wann denn nun eine Antwort erfolgen werde. Die Republik werde genöthigt sein an Hap Befehl zu geben dieselbe ernstlich und mit Nachdruck zu fordern. „Eine positive Antwort, versetzte Goës, dürfen Sie nicht erwarten vor dem Einvernehmen mit Spanien. Was ein weiteres Drängen in Wien betrifft, so begreife ich die Absicht nicht. Muß denn die Violenz von dieser Seite noch immer steigen? — Die Sache ist bisher schon arg genug: warum will man von hier aus sie noch ärger machen? — Der Vertrag hat uns unsere Freunde kennen lehren: mit der Hoffnung, daß von ihnen her noch etwas Gutes für uns zu erwarten, würden wir uns selber Unrecht thun. Es wäre denn, daß sich die Lage der Dinge von Grund aus änderte. In England durchweg und hier vielfach ist man der Ansicht, die Wurzel dieses Vertrages sei die Besorgnis, daß der Kaiser und der König von Frankreich unter einander sich verständigen, und daß dann der Kaiser, statt der italienischen Länder, Belgien und Westindien an Frankreich abtreten würde.“ — Der Rathspensionär verneinte dies. Man sei vielmehr von der Ansicht ausgegangen, daß der Kaiser und der König von Frankreich allein, ohne mächtige Bürgen, sich nicht verständigen würden. „Aber warum nicht? fragte Goës. Das Verhalten des Königs von England und dieser Republik gegenüber dem Kaiser zeigt doch, daß Dinge, die vorher sehr unwahrscheinlich, dennoch möglich und wirklich werden können. Und jedenfalls ist es natürlicher, wenn

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 18. Juni.

die Parteien sich unter einander und ohne Bürgen vergleichen, als wenn fremde und vermeintliche Bürgen verhandeln ohne die Partei" ¹⁾).

Die Berichte des Grafen Goës ergeben nicht, daß er eine Kenntniss des Schrittes besaß, den der Kaiser eben damals dem Könige von Frankreich entgegen thun ließ. Noch weniger also darf diese Kenntniss bei dem Rathspensionär vermuthet werden. Wir haben gesehen, wie weit dies Erbieten ging, und daß, im Falle der Annahme, über die Republik dasselbe Gewitter aufsteigen würde, wie einst im Jahre 1672, daß jedoch in diesem Falle nicht wieder wie damals zu bauen war auf die Rettung durch die Waffen des Kaisers. Wir haben gesehen, daß dies Mal die Rettung der Republik vor der von ihr nicht einmal geahnten Gefahr lag in dem Streben Ludwigs XIV. nach dem größeren Objecte, und, um dieses Objectes willen, in seiner Masse der Treue für den Vertrag mit der Republik.

Heinsius fragte wiederholt, ob, wie er vernommen, dem Kaiser darum so viel an dem Besitze in Italien liege, damit nicht der französische Druck auf den Papst zu stark werde. Das sei kein reelles Interesse, meinte er. „Ich habe nicht nöthig erachtet, meldet Goës, ihm dies Interesse darzulegen, weil er von seinem Standpuncte aus dafür kein Verständniss besitzt.“

Bei diesem ungewissen Stande der Dinge erscholl zu Ende Juni durch Europa das überraschende Gerücht: der spanische Staatsrath habe dem Könige Carl II. sein Gutachten eingegeben für die Ernennung eines französischen Prinzen zum Erben der gesammten Monarchie. „Die Nachricht, meldet Wilhelm III. an Heinsius, setzt mich nicht in Erstaunen; denn ich hatte sie oder etwas dem Aehnliches erwartet. Sie wird den Kaiser zu dem Entschlusse bringen, nun um so eher dem Vertrage beizutreten" ²⁾).

Wir haben also zunächst unsere Blicke nach Spanien zu wenden, um zu erfahren, wie es dahin gekommen war.

Die Abreise der Gräfin Berlepsch, nicht in Gnaden der Königin Maria Anna, zu Ende März 1700, ist wie das Signal, daß endlich,

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 18. Juni.

²⁾ Grimblot t. II, p. 421. Vom 18./29. Juni.

nach herber Enttäuschung, bei dieser Fürstin die einstige Warnung des älteren Grafen Harrach durchgedrungen, daß endlich, ungeachtet der kleinen Geschenke, die der Botschafter Harcourt ihr zu machen hatte, ihr doch die volle Erkenntnis aufgegangen, wessen sie sich von Frankreich her zu versehen. Fortan bot sie auf, was sie vermochte, für die Sache des Kaiserhauses.

Zu diesem Zwecke, um zunächst den Gemahl frei zu machen von dem Drucke des Staatsrathes, überhaupt der ganzen Umgebung in Madrid, wo das französische Interesse im Steigen war, führte sie ihn im Anfange April nach dem Escuriale. Harcourt hatte beobachtet, daß der neue Botschafter für Wien, der Herzog von Moles, ernannt war durch die Mitwirkung der Königin. Moles wurde nach dem Escuriale berufen, und hielt dort lange Unterredungen mit der Königin und dem Staats-Secretär Ubilla, dessen kaiserliche Gesinnung außer Zweifel stand. Harcourt vermuthete daher, daß die Königin, welcher die Persönlichkeit des kaiserlichen Botschafters in Madrid, des Grafen Alois Harrach, nicht zusagte, für die Correspondenz mit Wien sich lieber des Weges durch Moles bedienen würde ¹⁾. Aber nicht bloß für die Königin war Moles der Vertrauensmann. Er war es eben so sehr für den König Carl II. persönlich. Ja es scheint, daß dieser sonst nach allen Seiten hin misstrauische Fürst dem Moles gegenüber eine Ausnahme gemacht habe. Nach dem spanischen Herkommen erhielten die Gesandten ihre Instructionen aus dem Staatsrathe, ohne mit dem Souverän in persönliche Berührung zu kommen. Das Erstere geschah auch mit Moles. Aber es ward bekannt, daß im Escuriale auch Carl II. selber mit ihm lange Unterredungen gepflogen. Demnach regte sich die Vermuthung, daß Carl II., ohne Wissen des Staatsrathes, dem Botschafter noch andere Aufträge anvertraut hatte, die, nach der Lage der Dinge, nur die Angelegenheit der Succession betreffen konnten ²⁾.

Diese Vermuthung war, wie Moles selber später bestätigt hat, durchaus begründet. Er war der Ueberbringer der Gedanken, der

¹⁾ Hippeau t. II, p. 217. Vom 29. April.

²⁾ A. a. O. p. 221. Bericht des Harcourt vom 12. Mai. — Man vergleiche damit das Manifest des Herzogs von Moles vom 19. März 1703, bei Lamberty t. II, p. 630 et suiv.

Wünsche, der Hoffnungen Carls II. an den Kaiser, und zwar nicht bloß mündlich. „Nachdem ich, sagt Moles im Jahre 1703, wo er in den kaiserlichen Dienst eintrat, der Bewahrer und der treue Hüter eines so großen Geheimnisses gewesen, hielt ich es für meine Pflicht sowohl die Befehle des Königs, als die gewichtigen Gründe, welche diese Geheimhaltung auferlegten, in tiefes Schweigen zu begraben. Denn, obwohl der Tod des Königs, meines Herrn, und der Lauf der großen Ereignisse seitdem, die Veröffentlichung nicht bloß erlaubt, sondern nothwendig gemacht zu haben scheinen, habe ich dennoch es für mich ehrenhafter gehalten zu schweigen, ungeachtet der Reiden, die man dafür auf mich häufte“ ¹⁾. Mit anderen Worten: das Geheimnis, welches Moles auch im Jahre 1703 nur andeutete, nicht offen aussprach, war der gerade Gegensatz des späteren Testaments Carls II., vom October 1700, zu Gunsten des Herzogs von Anjou. Moles hatte den Auftrag, bei dem Kaiser die Sendung seines zweiten Sohnes, des Erzherzogs Carl, nach Spanien zu erwirken. Da dieser Prinz damals erst fünfzehnjährig, so gebührte die Regentschaft für ihn, im Falle daß während seiner Minderjährigkeit das Leben des Königs Carl II. erlosch, der Königin Maria Anna.

Die Ernennung von Moles und was weiter damit zusammen hängt, stellt jedenfalls ein besonderes Verhältniß in ein klares Licht. Carl II. hat in seiner Neigung zu dem Kaiserhause endlich eine wirkliche Stütze an der Königin. Das Paar steht zusammen. Aber die Zahl der kaiserlich Gesinnten in Madrid ist sehr zusammen geschrumpft. Das Königspaar setzt kein Vertrauen in den Staatsrath, oder doch nicht in die Mehrheit desselben. Es will seine eigenen Wege gehen. Es will mit Hülfe des Kaisers durch die Anwesenheit des Erzherzogs Carl als des Thronerben in Spanien eine vollendete Thatfache schaffen, sowohl gegenüber den Theilungsplanen von außen her, als dem An-

¹⁾ Ich bemerke, daß im I. I. Archive, dessen Hispanica aus jener Zeit allerdings, wie mehrmals berührt, durchweg lückenhaft sind, sich Schriftstücke von Moles zum Jahre 1700 nicht vorfinden. Dieser Mangel machte mir die oben stehende Beweisführung zur Pflicht. Auf Grund derselben trage ich kein Bedenken, obwohl in dem Werke De la Torre: *Mémoires et négociations secrètes etc.* nicht Weniges sich anzweifeln läßt, den Bericht über die Sendung von Moles in t. I, p. 304 et suiv. für echt zu halten.

dringen der französisch gesinnten Partei in Spanien auf ein Testament zu Gunsten eines Prinzen von Frankreich.

So geheim jedoch das Königspaar den eigentlichen Zweck der Sendung des Botschafters Moles hielt: so ward er doch von Vielen mit höchster Wahrscheinlichkeit gemuthmaßt, und eben darum auch, wie sich bald zeigen wird, an dem Orte, wo man es am wenigsten wissen sollte, in Versailles ¹⁾.

Carl II. und Maria Anna blieben nicht stehen bei der einen Seite der Sache, nämlich durch Moles in Wien ihre Gesinnungen und ihre Wünsche kund zu thun. Sie gedachten auch der anderen Mahnung, die der Kaiser seit Jahren vergeblich hatte ergehen lassen, der Wehrhaftmachung Spaniens. Harcourt wußte, daß im Hafen und auf den Werften von Cadix es sich rühre. Er erhielt, bereits zu Anfang April, von Ludwig XIV. den erneuten Befehl, die Gefahr vorzustellen, welcher Spanien sich aussetze, wenn der König den Erzherzog Carl als seinen Nachfolger herbeiriefe ²⁾. Aber die Thätigkeit in Cadix ließ darum nicht nach. Ludwig XIV. verstärkte seine Rede. „Wenn das in Cadix hergestellte Geschwader, schrieb er an Harcourt, den Zweck hat, den Erzherzog über das Meer zu tragen: so würde ich einen solchen Beschluß ansehen wie einen formellen Friedensbruch. Sie haben dies dort bereits ausgesprochen. Um diese Ihre Worte aufrecht zu halten, lasse ich in Toulon einige Schiffe seefertig stellen, in größerer Anzahl und von stärkerem Baue, als jene des Geschwaders von Cadix. Sie werden nichts unternehmen, so lange der König von Spanien genau die Versprechungen inne hält, die er seit dem Friedensschlusse mehrmals erneuert hat; aber sie werden bereit sein meine Befehle auszuführen, wenn dieser Fürst, uneingedenk seines Versprechens, einwilligte den Erzherzog als seinen Nachfolger anzuerkennen und ihn nach Spanien überführen zu lassen“ ³⁾.

¹⁾ Münzel: Georg von Hessen-Darmstadt S. 176. Söldner an den Landgrafen Georg. Madrid, 12. Juni 1700. Den Pater Gabriel wollen sie (die Minister) à toute force weg haben, weil er immerdar mit J. M. der Königin wegen Hierherbringung des Erzherzogs Carl importirt gewesen, und dahin vermocht, daß der duque de Moles particulare Instruction hierüber bekommen, welcher passus dann Frankreich kundbar worden, und dadurch hiesiger Hof in jetzige embarras gesetzt wird.

²⁾ Hippeau t. II, p. 211. Vom 2. April.

³⁾ A. a. O. p. 219. Vom 2. Mai.

Harcourt berichtet noch von anderen Versuchen dieser Art für die Wehrbarkeit Spaniens. Er charakterisirt sie sämmtlich mit den Worten: „Man trifft Maßregeln, entsprechend den Persönlichkeiten, welche sich damit befassen“. — „Indessen, fügt er dann hinzu, die große Mehrheit seufzt nach Frankreich, da sie kein anderes Ende ihrer Leiden absieht als eine Veränderung der Regierung“ ¹⁾).

Wie dem Könige Ludwig XIV. der eigentliche Plan des spanischen Königspaares nicht verborgen blieb: so noch weniger den Mitgliedern des Staatsrathes in Madrid. Um so stärker wuchs die Misstimmung und die Gegnerschaft in den französisch gesinnten Persönlichkeiten desselben. Aber direct gegen den Plan des Königspaares aufzutreten wagte man nicht. Wie gemäß dem Urtheile Ludwigs XIV., das wir früher vernommen, die Furcht im allgemeinen eins der mächtigsten Motive bei den spanischen Granden war, wie Ludwig XIV. auf dies Motiv baute für seine Zwecke: so lag doch damals eine andere, besondere Furcht jedem einzelnen Mitgliede des Staatsrathes noch näher. Sie wußten aus Erfahrung, daß es der Königin nicht schwer wurde den Gemahl zu einem Verbannungs-Decrete zu bewegen, welches dann auf die betreffende Persönlichkeit herniederfuhr wie ein Blitzstrahl ²⁾. Der Staatsrath suchte dagegen den Plan des Königspaares indirect zu treffen. Die Schotten hatten einen erneuten Versuch gemacht, die Niederlassung in Darien dennoch zu behaupten. Der Staatsrath reichte dem Könige sein Gutachten ein, daß bei dieser Lage der Dinge das in Cadix fertig liegende Geschwader unverweilt nach Westindien abzusenden sei. Carl II. gab dem Drucke nach. Ein Courier überbrachte nach Cadix den Befehl der Absegelung nach Westindien. Das Geschwader lichtete die Anker ³⁾).

Inzwischen hielt Ludwig XIV. die Zeit für gekommen, wo die Kunde des Theilungsvertrages in Spanien für seine Zwecke zu wirken hatte. Nach der Ansicht Sinzendorfs in Paris, die wir später vernehmen werden, war gerade die Kunde der Sendung von Moles nach

¹⁾ Hippeau t. II, p. 222. Vom 12. Mai.

²⁾ Man vergleiche den Bericht Harcourts vom 12. Mai bei Hippeau t. II, p. 221.

³⁾ Harrachs Bericht vom 2. Juli.

Wien bei Ludwig XIV. das durchschlagende Motiv für diese Veröffentlichung.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie dieser König, um nicht sein Spiel offen zu legen, auch da noch seinen eigenen Botschafter Harcourt in einer besonderen Täuschung erhält. Harcourt ließ nicht von der Ansicht, daß das Bekanntwerden des Theilungsvertrages in Spanien die Gemüther wider Frankreich erregen, ihm selber als Botschafter persönliche Gefahr bringen würde. Ludwig XIV. schien auf diese letztere Ansicht einzugehen, und zwar so sehr, daß er ihm am 2. Mai schrieb: „Die Bemerkungen, welche Sie machen in Betreff des Nachtheiles, den die Kundmachung des Vertrages in Spanien nach sich ziehen würde, erkenne ich als richtig an. Meine Absicht ist die Mittheilung an den katholischen König zu verschieben bis nach der ersten Antwort des Kaisers. Diese wird mir Klarheit darüber geben, wie ich mich in Madrid zu verhalten habe. Da nun aber die Ratificationen ausgewechselt sind, so erfordert das Interesse meines Dienstes nicht mehr Ihr Verweilen in Spanien. Es ist sogar schicklicher, daß Sie jetzt abreisen, als wenn Sie dort den Vertrag mittheilten und dann hastig aufbrächen. Sie werden also, nach dem Empfange dieses Schreibens, sofort um die Erlaubnis bitten sich nach dem Escorial zu begeben, und eine Abschieds Audienz nachzusuchen, um dann hierher zu kommen. Es ist wichtig, daß Sie, bei dem jetzigen Stande der Dinge, keine Zeit verlieren, und Sie können nicht zu früh außerhalb Spaniens sein“ ¹⁾.

Das sichtlich sich steigende Drängen dieser Befehle entsprach dem eigenen Wunsche Harcourts. Für uns spätere stellen sich die Dinge in ein anderes Licht. Harcourt war für Ludwig XIV. die geeignete Persönlichkeit in Spanien gewesen, so lange der Theilungsvertrag nicht völlig fertig war, so lange demnach Ludwig XIV. noch in die Lage kommen konnte, auf andere Weise zu wirken. Nun, wo dieser Vertrag als Druckmittel auf die Spanier zur Anwendung kommen sollte, war Harcourt, dessen Einwände klar dargethan hatten, daß ihm das Verständniß des eigentlichen Planes damals noch abging, nicht mehr geeignet, weil er, eben wegen dieses Mangels, Mißgriffe begehen konnte. Darum berief Ludwig XIV. ihn schleunigst ab. Als

¹⁾ Hippeau t. II. p. 220.

sein Nachfolger war längst sein erster Secretär ansersehen, Namens Blecourt. Sobald Ludwig XIV. mit Sicherheit voraussetzen durfte, daß jener Befehl an Harcourt, vom 2. Mai, zur Ausführung gelangt war, erging am 20. Mai, sein erstes Schreiben an Blecourt. Es lautet in erheblichen Puncten anders als jenes letzte an Harcourt.

„Ich habe, schreibt Ludwig XIV. an Blecourt, dem Kaiser den Theilungsvertrag mitgetheilt. Obwohl ich von dort her noch keine Antwort erhalten, so ist doch das Gerücht von diesem Vertrage so sehr öffentlich geworden, daß ich nicht glaube dem Könige von Spanien die Mittheilung länger vorenthalten zu dürfen. Ein längerer Aufschub könnte die Meinung erregen, daß ich Zweifel hege an der Richtigkeit der getroffenen Maßregeln. Deshalb habe ich dem spanischen Botschafter hier den Vertrag kund thun lassen.“

Es ist von Wichtigkeit hier den Termin festzustellen, wann das Gerücht ausgegangen war, welches Ludwig XIV. hier bezeichnet als sein Motiv den Vertrag dem Könige von Spanien mitzutheilen. Wir finden diesen Termin, den genau bestimmten Tag, aus den schon erwähnten Ermittlungen, die der Graf Manchester in Paris zu diesem Zwecke anstellte. Er meldet am 26. Mai, daß am letztverfloffenen Donnerstage Ludwig XIV. dem Herzoge von Orleans den Theilungsvertrag eröffnet, mit dem Beifügen: die Sache sei nicht mehr ein Geheimniß. Wir erinnern uns der Folgerung Manchester's, daß damit die Absicht ausgesprochen sei, den Vertrag öffentlich bekannt zu machen. Unzweifelhaft war dies Urtheil richtig. Weiter indessen reichte nicht der Scharfblick des Grafen Manchester.

Dieser Donnerstag nun, den er bezeichnet, war der 20. Mai, eben derselbe Tag, an welchem Ludwig XIV. jenes Schreiben an Blecourt zeichnete, eben derselbe Tag aber auch, an welchem der spanische Botschafter in Paris, Castel dos Rios, auf die von Torch erhaltene Mittheilung des Vertrages einen Courier nach Madrid entsendete ¹⁾. Das Motiv also, welches Ludwig XIV. am 20. Mai dem Blecourt für die Mittheilung des Vertrages in Spanien angab, nämlich daß das Gerücht desselben bereits öffentlich geworden, existirte

¹⁾ Handschreiben Carls II. an den Kaiser, vom 6. Juni: El Marques Castel dos Rios me ha participado en carta de 20 de Mes passado etc.

vorher nicht, sondern wurde erst an diesem selben Tage von Ludwig XIV. mit Vorbedacht geschaffen.

Wir haben dann die weitere Instruction für Blecourt zu beobachten. „Da der König von Spanien, sagt Ludwig XIV., zur Zeit schwerlich den Vertrag guthießen wird: so haben Sie aus sich keinen Schritt zu thun. Es genügt, daß Sie denen, welche zu Ihnen darüber reden, antworten gemäß derjenigen Kenntniß, welche ich Ihnen von meinen Intentionen gebe. Sie haben hauptsächlich darauf hinzuweisen, daß ich, seit dem Friedensschlusse, auf Seiten des Königs von Spanien keine Neigung zu Gunsten meines Sohnes oder eines meiner Enkel wahrgenommen, daß er immer nur für den Kurprinzen oder den Erzherzog günstig gesinnt zu sein schien. Demnach entsprach es der Klugheit, geeignete Maßregeln zu treffen, um den Nachtheil abzuwenden, welchen Dispositionen solcher Art für die rechtmäßigen Erben herbeiführen könnten. Zugleich habe ich für die Aufrechthaltung des Friedens sorgen wollen. Dies konnte nicht besser geschehen als durch den Vertrag, den ich mit dem Könige von England und den Generalstaaten geschlossen. Da die Einzelheiten desselben dem Marquis Harcourt nicht mitgetheilt sind, so sende ich hier eine Abschrift“¹⁾.

Besonders bemerkenswerth ist dann der Contrast der an Blecourt gerichteten Worte mit den früheren in Betreff einer Erregung in Madrid wider die Person des Gesandten. „Ich kann nicht glauben, sagt der König, daß diese Nachricht die Bevölkerung von Madrid in der Art aufreizen werde, daß Sie der Wirkung eines Zornes ausgesetzt sein könnten. Dennoch wird es gut sein der Vorsicht nicht zu vergessen.“ Es wird sich bald ergeben, daß es dieser Vorsicht nicht bedurfte.

Der Courier des Botchafters Castel dos Rios traf im Escuriale ein am Morgen des 28. Mai. Die Meldung versetzte den König Carl II. in eine heftige Erregung. Noch mehr vielleicht die Königin. Es hieß, daß sie in ihrer Leidenschaft alles in ihrem Zimmer zer schlagen habe²⁾. Wenn diese Nachricht begründet, so ist anzunehmen, daß der Zorn der Königin zunächst gefallen sei auf die kleinen Geschenke Harcourts und seines Auftraggebers als die stummen Zeugen

¹⁾ Hippeau t. II, p. 222.

²⁾ Blecourt an den König, vom 3. Juni, bei Hippeau t. II, p. 224.

der eigenen Thorheit. Denn das Datum des Vertrages mußte die Königin Maria Anna vollends überzeugen, daß in denselben Tagen, wo sie, verleitet durch die Berlesjch und Harcourt, an ihrer Bereitwilligkeit für den König von Frankreich zu wirken keinen Zweifel belassen, dieser im Begriffe gestanden mit England und Holland abzuschließen.

Die Thatjache des Theilungsvertrages ward in Madrid sofort bekannt. Die nächsten Tage hindurch herrschte Unklarheit, Verwirrung. Carl II. brach vom Escorial auf nach Madrid. Am Abende des 3. Juni traf er ein. Am 4. trat der Staatsrath zusammen, eben so in den folgenden Tagen. Inzwischen bildete sich bei vielen Spaniern immer klarer die Meinung aus, daß das einzige Mittel diesen verhaßten Theilungsvertrag abzuwehren, bestehe in der Ernennung eines französischen Prinzen zum Erben der gesammten Monarchie. Am Sonntage, dem 6. Juni 1700, beschloß der Staatsrath sein Gutachten über die Angelegenheit. Es sei gefährlich, hieß es, die Feststellung der Succession zu verschieben; denn für Spanien in sich selber drohe dann der Bürgerkrieg, vermöge der angeborenen Abneigung der Arragonier, der Catalonier, der Valencier wider die Castilier. Aber es sei nicht genug einen Successor zu ernennen, sondern er müsse auch die Macht besitzen die Monarchie zusammen zu halten. Er müsse endlich einen rechtlichen Anspruch besitzen, damit nicht eine Usurpation zum Despotismus ausarte. Für alles dies bleibe keine Wahl: das Heilmittel finde sich einzig und allein in dem mächtigen und glücklichen Hause Bourbon. In jedem anderen Falle zerstöre man die Monarchie, und, im Falle der Eroberung, werde Spanien eine Provinz von Frankreich¹⁾.

In diesem Sinne redete das Gutachten des Staatsrathes zu dem Könige Carl II. Von allen Mitgliedern, den älteren, wie den neueren, die einige Monate zuvor auf Betrieb der Königin ernannt waren, blieb nur Eins dem Hause Habsburg getreu, der Graf Aguilar. Als der kaiserliche Botschafter dem Cardinal Portocarrero und anderen Mitgliedern Vorwürfe machte, erhielt er von dem ersteren die Antwort: „Ich habe mein Votum gegeben als patriotischer Spanier“²⁾.

¹⁾ Capesigue t. IV, p. 158, hat die Einzelheiten der Vota.

²⁾ Der Bericht Blecourts vom 13. Juni, bei Hippeau t. II, p. 227. Die anderen Nachrichten, die Blecourt beifügt, tragen allzu stark das französische Gepräge.

Wir erinnern uns, daß die Gesandten der italienischen Mächte in Paris auf die Kunde des Theilungsvertrages sofort sich aussprachen, daß sie die selbständige Herrschaft eines französischen Prinzen lieber sehen würden, als die Einverleibung der spanisch-italienischen Länder in die französische Krone. Wir erinnern uns ferner, daß in England von Anfang der öffentlichen Kunde des Vertrages an die gleiche Ansicht die Oberhand hatte. Nun fiel in Spanien das Urtheil der Mehrheit in demselben Sinne aus. Es muß deshalb auch von daher mit Recht geschlossen werden, daß Ludwig XIV. diesen Gang der Dinge vorher gesehen und berechnet hatte. In Spanien kam dies ausdrücklich zur Sprache. Der Unwille über den Vertrag im allgemeinen wandte sich gegen England und Holland, nicht gegen Frankreich. Einige Granden gingen weiter. Der König von Frankreich, sagten sie, habe wohl daran gethan den Vertrag zu schließen; denn dies sei das einzige Mittel gewesen den Spaniern die Augen zu öffnen ¹⁾.

Freilich haben wir auch die Aeußerung Wilhelms III. auf jene Kunde vom 6. Juni vernommen, nämlich daß er diese Wendung oder doch eine ihr ähnliche erwartet. Nur meinte er ja dann, daß eben dies ein Antrieb sein werde für den Kaiser dem Vertrage beizutreten.

Das war die zunächst wichtige Frage. Der spanische Botschafter Moles befand sich bereits auf dem Wege nach Wien. Dort angelangt empfing er durch einen Courier Karls II. neue Instruktionen, enthaltend die dringende Bitte an den Kaiser dem Vertrage nicht beizutreten ²⁾.

Aber für Carl II. selber war die Lage der Dinge ungleich schwieriger geworden. Fast sein gesammtter Staatsrath hatte in dieser wichtigsten Angelegenheit ihm gegenüber Stellung genommen. Und wiederum stützte sich der Staatsrath auf eine starke nationale Strömung. War Carl II. der Mann gegen diese Mächte den Kampf aufzunehmen? Die kleinen Mittel der Einschüchterung, welche die Königin Maria Anna vorher allzu oft angewendet, verjagten in dieser Sache den Dienst. Eine spätere Nachricht charakterisirt die Stellung, welche von da an die Königin eingenommen habe, durch eine Unterredung

¹⁾ Hippeau t. II, p. 233. Il y a même quelques grands qui disent que V. M. a bien fait, et que c'était le seul moyen de faire ouvrir les yeux aux Espagnols.

²⁾ Die Worte von Moles bei Lamberty t. II, p. 631.

zwischen ihr und dem Grafen San Estevan. An diesen habe sich die Königin, auf die Kunde des Gutachtens vom 6. Juni, mit der klagenden Frage gewendet: „Aber was soll aus mir werden, wenn das Haus Bourbon hier zur Regierung käme?“ — „Die Zeit, habe jener geantwortet, wo Ew. Majestät selber Ihr Geschick in der Hand hatten, ist vorüber. Es handelt sich fortan für Sie nicht mehr darum, was Sie wollen, sondern was Sie können“¹⁾. Wenn Maria Anna einige Selbsterkenntnis besaß, so mußte sie sich sagen, daß zu diesem Stande der Dinge wenige andere Personen in Spanien so viel mitgewirkt als sie selber durch ihr eigenes Thun und Lassen, und zwar, bei dem Stande der Dinge, ohne Dank.

Es ging damals das Gerücht aus, daß die Königin Maria Anna eine Hoffnung trage. Es hemmte den Lauf der Dinge nicht, und sank nach kurzer Lebensfrist wieder unter²⁾.

Immerhin mag die Königin Maria Anna unter dem ersten Eindrucke, den jener Beschluß des Staatorathes auf sie machte, sich in so klagender Weise ausgesprochen haben; aber es blieb ihr noch die Hoffnung auf die Sendung von Moles nach Wien. Ja sie führt einige Wochen später in einem Schreiben an den Landgrafen Georg in Barcelona eine Redeweise, die, wenn einmal die völlige Macht in ihre Hände gelangte, für ihre Gegner Unheil ankündete. „Wenn ich diese Menschen züchtigen kann, schreibt sie, so wird es zu seiner Zeit geschehen, obgleich bis dahin meine Geduld sich verzehrt“³⁾.

So die Königin Maria Anna. Allein die Gesinnungen solcher Art pflegen gegenseitig zu sein. Indem die französisch gesinnten Mitglieder des Staatorathes ahnen mochten, was ihnen bevorstand, wenn Maria Anna den Sieg davon trug, wurden sie nur um so mehr dadurch angereizt den Plan der Königin zu vereiteln. Die Aussichten indeß standen für die Königin nicht ungünstig. Nach einem Berichte bei Capesigue befindet sich in den Archiven von Madrid ein Testament Karls II. zu Gunsten des Erzherzogs Carl, datirt vom Juni 1700⁴⁾.

¹⁾ Mémoires de Louville t. I, p. 97.

²⁾ Hippeau t. II, p. 241, 253.

³⁾ Münzel: Landgraf Georg S. 180. Schreiben vom 20. Juni.

⁴⁾ Capesigue: Louis XIV. etc., t. IV, p. 154, n. 2. Wenn die Nachricht wahr ist, so dürfte dies doch nur ein Entwurf sein, namentlich ohne Gegenzeichnung.

Es kam also darauf an, welche Entscheidung der Botschafter Moles in Wien erwirken würde.

Carl II. indessen ergriff noch ein anderes Mittel. Er entschloß sich, bei dieser schwierigen Lage der Dinge seine Zuflucht zu nehmen zu dem allgemeinen Vater der Christenheit.

Ueber die Anfrage Carls II., das Verhalten des Papstes Innocenz XII. auf dieselbe und seine Antwort, finden sich in den zahlreichen Büchern, welche jene Zeit betreffen, viele Irrthümer. Es ist hier wie immer nicht die Aufgabe meines Geschichtswerkes diese Irrthümer als solche zu beleuchten, sondern die Thatfachen darzulegen auf Grund unmittelbarer und unzweifelhafter Documente.

Carl II. hatte bei sich seine Entscheidung getroffen zu Gunsten des Erzherzogs Carl. Nicht über diese Frage also konnte er den Papst zu Rathe ziehen wollen, sondern über die Ausführung des Entschlusses ohne Krieg. Er suchte daher die Vermittelung des Papstes nach, indem er ihm zugleich über die ganze Sachlage Bericht erstatten ließ. Um völlig aufrichtig dem Kaiser gegenüber zu handeln, den er in denselben Tagen durch Moles auffordern ließ, den fünfzehnjährigen Erzherzog nach Spanien zu senden, theilte er in Wien seine Absicht in Betreff des Papstes mit und schickte eine Abschrift seines Briefes ein. In der Minister-Conferenz, die darüber in Wien zusammen trat, wird der Zweck der Berathung angegeben mit den Worten: „Ueber den Brief des Königs von Spanien, daß er es auf des Papstes Mediation remittirt habe“ ¹⁾. Die lückenhaften Notate der Aeußerungen in dieser Conferenz beweisen nicht ein großes Vertrauen auf die Vermittelung von Innocenz XII. Man wußte, wie so oft, wenn auch in minder wichtigen Dingen, er der französischen Importunität nachgegeben hatte. Auch lebten im Gedächtnisse der kaiserlichen Minister noch allzu frisch die verschiedenen Händel, die in den Jahren vorher der Botschafter Graf Martiniß in Rom gehabt.

¹⁾ Notate zum Conferenz Protokoll vom 6. Juli, abgedruckt bei Gaedese Bd. II, S. 188*. Demnach hat der Brief der Conferenz vorgelegen; allein in den Hispanicis des I. I. Archivs ist er nicht zu finden. Ich habe die Lückenhaftigkeit derselben schon wiederholt erwähnt.

Aber diese Dinge waren nun ausgeglichen. Der neue Botschafter Lamberg in Rom stand mit dem Papste auf gutem Fuße. Auf den Antrag des römischen Königs Joseph ward der Beschluß gefaßt, durch den Grafen Lamberg dem Papste erimuthigend zureden zu lassen.

Unterdessen war das Handschreiben Carls II. bereits in Rom eingetroffen. Der spanische Botschafter Uzeda überreichte es. Innocenz XII., damals fünfundachtzig Jahre alt, hatte in den letzten Monaten sehr abgenommen. Er war matt, oft krank, und hätte lieber alle wichtigen Geschäfte seinem Nachfolger überlassen¹⁾. Der Anfrage jedoch des Königs Carl von Spanien glaubte er sich nicht entziehen zu dürfen. Die äußeren Vorgänge erregten einiges Aufsehen. Am 2. Juli hatte Uzeda in einer Audienz den Dank seines Königs abgestattet, daß der Papst dem Spanier Vorgia den rothen Hut verliehen. Am 3. Juli bereits sah man ihn wieder zur Audienz vorsehen, und am selben Tage den Cardinal Staats-Secretär Spada sich zu ihm begeben. Man brachte dies sofort in Verbindung mit dem Theilungsvertrage über die spanische Monarchie. Der päpstliche Stuhl war in so weit direct bei der Sache betheiligt, daß ihm die Oberlehnsherrlichkeit der Königreiche Neapel und Sicilien zustand. Der französische Botschafter, Prinz von Monaco, gedachte dies Verhältniß zu benutzen, um jedenfalls den eigentlichen Auftrag Uzedas zu errathen. Er bat um eine Audienz und ersuchte darin den Papst Innocenz XII. im voraus um die Belehnung mit Neapel für den Dauphin, dem der Theilungsvertrag dieses Land zusprach. Innocenz XII. erwiederte: „Wir können nicht, weil wir vor einigen Tagen dem spanischen Botschafter dieselbe Bitte abge schlagen haben“²⁾. Demnach ergibt sich, daß Carl II. die Bitte um die Vermittelung des Papstes so verstand, daß die Autorität desselben im voraus den Erzherzog Carl als den Erben der spanischen Kronländer in Italien decken sollte.

In denselben Tagen trat der venetianische Botschafter Crizzo vor den Papst, mit dem Erbieten zu einem Bündnisse gegen jegliche Macht, die den Frieden Italiens stören würde. Innocenz XII. erwiederte: „Wir sind zu alt uns eine solche Last aufzubürden. Der

¹⁾ Lamberg's Bericht vom 26. Juni, also vorher.

²⁾ Desgleichen vom 10. Juli.

König von Spanien wird länger leben als wir: darum bleibt unserem Nachfolger eine Fürsorge dieser Art vorbehalten“¹⁾).

Unterdessen traf auch bei dem Grafen Lamberg der Auftrag von Wien ein, mit dem Papste Innocenz XII. über die spanische Angelegenheit zu reden. Innocenz XII. zögerte die Audienz zu bewilligen, weil, wie Lamberg von anderer Seite vernahm, er den Zweck ahnte. In seinem Berichte darüber an den Kaiser verwahrt sich Lamberg, daß er bis dahin niemals mit dem Papste über die Sache geredet, auch sich nicht unterstehen würde, ohne ausdrücklichen Befehl eine so wichtige Angelegenheit anzurühren²⁾).

Noch bevor Lamberg seine Bitte bei dem Papste erfüllt sah, gelangte an ihn der neue Befehl, sich mit dem spanischen Botschafter Uzeda über die Sache ins Einvernehmen zu setzen. Uzeda galt in Wien als zuverlässig kaiserlich gesinnt, und bethenerte seinerseits diese Gesinnung bis zum Tode Carls II. In derselben Weise benahm er sich gegenüber dem kaiserlichen Botschafter.

Auf die Anfrage Lambergs berichtete Uzeda über seine Audienz. Er habe, sagte er, den Papst schwach und hinfällig gefunden, und auf seine Reden immer die Antwort erhalten: „Aber was soll ich dabei thun? Die Sache ist noch nicht reif“. Auf das stärkere Drängen habe Innocenz XII. erwiedert: „Der König von Spanien ist jung und ich bin alt. Darum gehört die Angelegenheit nicht in mein Pontificat, sondern in dasjenige meines Nachfolgers“. — „Ich gebe zu, entgegnete Uzeda, daß der Schade derjenige des Nachfolgers Ew. Heiligkeit sein würde; aber die Schande wäre diejenige des Papstthums Ew. Heiligkeit.“ Um sich dem Andringen zu entziehen, erwiederte Innocenz XII. aufs neue: „Aber was kann ich dabei thun?“ So der Bericht Uzedas. Er war der Ansicht, daß Lamberg nicht eine andere Antwort erhalten würde. „Was mich selber und die Spanier überhaupt betrifft, schloß Uzeda, so erwarten wir die Entschlüsse des Kaisers, um danach uns zu richten“³⁾).

¹⁾ Lambergs Bericht vom 10. Juli. — Die Final-Relation Grizzos befindet sich unter den Handschriften des I. I. Archivs. Sie meldet nichts über die Anfrage Carls II. in Rom.

²⁾ Lambergs Bericht vom 17. Juli.

³⁾ Derselbe Bericht.

Das Ersuchen Vambergs um eine Audienz blieb lange vergeblich. Der päpstliche Kämmerer wandte die Hitze ein, die dem Papste es nicht verstatte. Endlich jedoch ward für den Abend des 24. Juli die Audienz bewilligt. Da Vamberg vorher sah, daß dennoch die Schwäche des Papstes nicht geringer sein werde, als Uzeda bei seiner Audienz sie beobachtet, so schrieb er für alle Fälle die Anrede nieder, wie sie der kaiserlichen Instruction entsprach. Er berichtete zunächst die Thatfachen des Theilungsvertrages. Dann fuhr er fort: „Der Kaiser mißbilligt den Vertrag, weil er geschlossen ist ohne Zustimmung des regierenden Königs von Spanien, ferner, weil er mit solcher Rücksichtslosigkeit eingreift in fremdes Recht, dann weil die geschehene öffentliche Kundmachung die Gemüther wider einander erregt, die Vasallen ihrem rechtmäßigen Oberherrn entfremdet. Die verderblichen Folgen treffen nicht bloß das Erzhaus, sondern das gesammte Europa, und besonders Italien. Denn, wenn der König von Frankreich hier Herr bleibt, mit Ausschluß des Erzhauses, welchem dem Rechte nach das Erbe der spanischen Monarchie gebührt: so werden nicht bloß die Fürsten, denen die Nachbarschaft Frankreichs immer gefährlich, hilflos einem beständigen Joche erliegen, sondern es steht auch die römische Kaiserkrone in Gefahr“.

„Die Verwegenheit der theilenden Mächte geht ferner so weit, vorzuschlagen, daß, wenn der Kaiser nicht binnen drei Monaten sich erkläre, ein Dritter berufen werden solle, um einzutreten in den Antheil, durch welchen man das Erzhaus Oesterreich für sein Anrecht auf das Ganze abfinden will. Ein so ungewöhnliches, unziemliches, drohendes Verfahren ist jedoch nicht geeignet den Kaiser zu übermächtigen. Bevor er weicht, wird er eher alles wagen und die Entscheidung dem gerechten Gott anheim stellen.“

„Ew. Heiligkeit wollen daher erwägen, daß, wenn ein solcher Vertrag Bestand hätte, die Königreiche Neapel und Sicilien als Eroberungen der Krone Frankreich dem gallicanischen Kirchenthume sich zu unterwerfen hätten. Das heilige Collegium der Cardinäle würde unterthan, und der Papst würde nicht mehr als der allgemeine Vater der Christenheit betrachtet werden“ ¹⁾.

¹⁾ Rimette pure S. M. C. a V. S. a considerare bene se lo Stato Ecc. e la Santa Sede istessa con questi trattati posse trovare il suo conto, mentre

„Der Kaiser hat den Gesandten der Vertragsmächte ausweichende Antworten gegeben. Der König von Spanien dagegen hat ihm kund gethan, daß er Ew. Heiligkeit um Rath und Vermittelung ersuchen wolle. In derselben Weise hegt auch der Kaiser söhnlisches Vertrauen zu Ew. Heiligkeit, und hofft von Ihrer Person die Gerechtigkeit, daß Sie sich zu so verderblichen Bestimmungen nicht herbeilassen, sondern sich erklären werden für das Erzhaus, welches sich stützt auf die Rechte des Blutes, auf die Verzichtle von französischer Seite, auf die Verträge, auf die feierlichen Eide, auf das Testament Philipps IV., und auf viele andere Gründe. Denn, wenn nicht, so würde der Papst, mit dem Fluche der Nachwelt beladen, angesehen werden als der Urheber des daraus erwachsenden Unheiles, und würde vor Gott Rechenschaft abzulegen haben für die Vergießung so vielen Christenblutes“¹⁾.

Der alte Papst, matt und bleich, eingefallenen Aussehens, vernahm die Rede mit Aufmerksamkeit. „Es ist ein beklagenswerther Fall, erwiederte er; aber was können wir dazu thun? Man entzieht uns die Autorität, die dem Statthalter Christi gebührt, und kümmert sich nicht um uns.“ Yarnberg erwiederte: „Ew. Heiligkeit wollen bedenken, daß alle katholischen Potentaten Ihr Amt in hoher Verehrung halten, und daß Ihr gewichtiger Spruch mehr vermögen wird, als alle anderen zusammen“. — „Herr Botschafter, versetzte Innocenz XII., glauben Sie mir, nicht alle gleichen an Frömmigkeit dem Kaiser.“ — Yarnberg wiederholte: „Wenn Ew. Heiligkeit Ihre Autorität geltend machen wollen, so werden Sie Gehör finden, nur freilich mit dem Unterschiede, daß die Einen aus Liebe, die Anderen aus Furcht sich fügen. So beweisen es ja die zahlreichen Beispiele Ihrer Vorgänger“. Innocenz XII. entgegnete: „Wie können wir Mittler sein bei dem

non solamente i Regni di Napoli e di Sicilia si vederebbero inseparabilmente incorporati alla Corona di F., mà ancora i diritti e pretensioni della Chiesa Gallicana, come anche quelli di Carolo M. col tempore si verrebbero introdotti e mantenuti, parimente il Sacro Collegio de' Cardinali si vederebbe finalmente composto di puri sudditi e clienti della Corona di Francia, e per conseguenza poi i futuri Pontifici istessi non potrebbero per tutto essere più riconosciuti come Padri communi.

¹⁾ E che altrimenti il Papa con scandalosa esecrazione sarebbe stato riputato autore della calamità, che ne sarebbero nata, e averebbe avuto a rendere conto a Dio della effusione di tanto sangue Cristiano.

Prinzen von Oranien und bei den Holländern?" — „Nicht auf diese hauptsächlich kommt es an, sagte Lamberg, sondern auf den König von Frankreich. Wenn dieser gefügig gemacht werden kann: so ist es mit dem Einspruche jener Anderen zu Ende.“ Innocenz XII. erwiederte: „Der König von Spanien befindet sich wieder wohlauf: also ist die Sache noch gar nicht reif“.

Lamberg erkannte, daß eine bestimmtere Aeußerung nicht zu erlangen war. Er überreichte die Denkschrift, welche seine Rede wiederholte und die Gründe noch weiter ausführte, mit den Worten: „Heiliger Vater, Sie werden aus dieser Schrift die Gründe des Kaisers ersehen, so wie die Gewaltthat, die man ihm gegenüber begeht. Da Ew. Heiligkeit den Kaiser anerkennen als den ehrerbietigsten Sohn, den der apostolische Stuhl besitzt: so werden Sie auch nicht Partei nehmen wollen wider ihn, sondern Gerechtigkeit üben, indem Sie sich derjenigen Mittel bedienen, welche Gott der Macht seines Statthalters anvertraut, zum Schutze der Redlichen. Die Blitze des Himmels sind mächtiger als der Wille der Gewalthaber auf Erden. Daher ist nicht zu zweifeln, daß die Hand des Allmächtigen, welche sich schützend breitet über seine Päpste, gemäß dem Worte: qui vos spernit, me spernit, ihnen den Triumph verleihen wird über ihre Unterdrücker. Und der Kaiser, mein allergnädigster Herr, der sein Vertrauen setzt auf Gott allein, hat mit viel schwächeren Kräften über den gemeinsamen Feind des christlichen Namens oft den Sieg davon getragen. Er hat oft die Verächter der Gerechtigkeit zu Schanden gemacht, und darum wird die Gerechtigkeit ihm beistehen“.

Der Papst Innocenz XII. nahm das Blatt in die Hand. Dann redete er Vieles zum Lobe der Frömmigkeit des Kaisers, und schloß, daß er an seinem Orte und zu seiner Zeit thun würde, was er vermöge. Lamberg beobachtete, daß die Kräfte des alten Mannes nachließen, daß er sich sehnte, keine weiteren Einwürfe mehr zu hören. Lamberg schied.

So am 24. Juli 1700. Der Botschafter nahm, wie er berichtete, die Ueberzeugung mit hinweg, daß der Papst dem Könige von Spanien nicht einen dem Kaiser nachtheiligen Rath gegeben habe¹⁾.

¹⁾ Lambergs Bericht vom 24. Juli.

Diese Ansicht ward ihm bestätigt durch den Cardinal Staats-Secretär Spada. Die Antwort an den König in Spanien, erwiederte Spada, sei allgemein gehalten. Der Papst wünsche dem Könige ein langes Leben, und werde, wenn es nöthig, seine väterliche Fürsorge vorzuführen nicht ermangeln ¹⁾).

Spada verneinte demnach nicht, daß eine Antwort nach Spanien ergangen sei, wick aber weiteren Erklärungen aus. Man wußte, daß der Papst zur Berathung der spanischen Angelegenheit eine besondere Congregation niedergesetzt habe, bestehend aus den Cardinälen Spada, Albani und San Cesareo, mit Uebergehung des Cardinals Panciatici, dem statt des letzten der Auftrag gebührt hätte. Der übergangene Cardinal Panciatici galt als französisch gesinnt, San Cesareo als kaiserlich. Jedoch waren die Franzosen mit dieser Auswahl sehr wohl zufrieden. — Das Ergebnis dieser Berathungen wurde im tiefsten Geheim gehalten, sowohl damals gleich wie auch später. Doch erfuhr Ramberg als den hauptsächlichlichen Inhalt das Folgende: „Frankreich hält an den Grenzen Spaniens furchtbare Streitkräfte bereit, ausgestattet mit allem was erforderlich, um Spanien zu überwältigen. Deshalb steht den Spaniern das Geschick bevor, unter das Joch Frankreichs zu gerathen und ihre Länder als eroberte Provinzen behandelt zu sehen. Im Besitze der Mittel und der Schätze Spaniens würden die Feinde im Stande sein, mit der gesammten übrigen Welt den Krieg aufzunehmen. Wenn dagegen die Spanier den Schutz Frankreichs anrufen und sich einen Prinzen von dort her zum Regenten erbitten: so würden sie ihren Königreichen die alten Privilegien erhalten. Dieses System würde dann mit der Zeit sich ändern oder fester begründen. Wenn es sich begründet, so würde die Monarchie sicher sein, nicht als eroberte Provinz behandelt zu werden; wenn es sich ändert, und wenn in solchem Falle Europa die Waffen ergreift, um seine eigene Freiheit zu vertheidigen, so wird es immer bei den Spaniern stehen, günstige Gelegenheiten zu benutzen“ ²⁾).

Ramberg berichtet, daß dies Gutachten bei welterfahrenen Personen Anerkennung gefunden habe. Wir unsererseits sehen, daß der

¹⁾ Rambergs Bericht vom 24. Juli.

²⁾ Anlage II.

Cardinal Spada Recht hatte, es als allgemein zu bezeichnen, insofern es lediglich eine politische Erwägung ist und die Rechtsfrage nicht einmal berührt. Der Hinweis auf die politische Zweckmäßigkeit für Spanien, sich mit dem übermächtigen Frankreich abzufinden, ist sehr verschieden von einem Rathe für Carl II., einen französischen Prinzen zum Erben einzusetzen, oder gar dies zu thun in Betreff der gesammten Völkermasse, deren Kronen Carl II. auf seinem Haupte vereinigte. Denn die unmittelbare Bedrohung, von welcher in dem Gutachten die Rede, bezog sich nur auf das eigentliche Königreich Spanien, nicht auf Belgien, noch auf die Vänder in Italien, nämlich Mailand, Neapel und Sicilien. Da der König Carl II., indem er die Vermittelung des Papstes anrief, ihm von dem Stande der Sache völlige Kunde gegeben: so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß diese Mittheilung auch die Befehle mit umfaßte, welche Carl II., gleichzeitig mit der Sendung des Botschafters Moles nach Wien, an die Gouverneure dieser Vänder hatte ergehen lassen, nämlich für den Fall, daß der Kaiser Truppen schicke, diese aufzunehmen. Vaudemont in Mailand legte später den Franzosen das Original dieses Befehles vor¹⁾. Zudem also das Gutachten der drei Cardinäle den Theilungsvertrag völlig unberücksichtigt ließ, dagegen anerkannte, daß der Kaiser nicht vermöge, das eigentliche Spanien wider die Uebermacht Frankreichs zu schützen, ließ es stillschweigend die Voraussetzung durchblicken, daß der Kaiser die Vänder Carls II. in Italien nehmen werde. Darum kann das Gutachten der drei Cardinäle nicht als feindselig wider den Kaiser bezeichnet werden. Ja wir werden sogar sehen, daß es mit den damaligen Erwägungen in der Hofburg ziemlich nahe zusammen traf.

Vamberg verkannte nicht, daß bei vielen Personen in Rom die corrosive Kraft des französischen Goldes sich tiefe Wege gebohrt. Allein was Ludwig XIV. in dieser Weise gewann, machte er in einer anderen wieder zunichte, nämlich durch die Behandlung, die er einem Mitgliede des Cardinal-Collegiums, Bouillon, als französischem Unterthan widerfahren ließ. Bouillon fiel bei ihm in Ungnade. Der König ließ ihm dieselbe in sehr ostensibeler Weise durch den

¹⁾ Bericht des Grafen Tessé an Ludwig XIV., vom 4. Januar 1701, bei Pelet: *Mémoires militaires etc.* t. I, p. 209.



Botschafter Monaco kund thun, ihm die Abjagung von allen Aemtern und Würden in Frankreich eröffnen, und den Orden des heiligen Geistes abfordern. Man erzählte in Rom, daß Bouillon geantwortet: Domine, ne projicias me a facie tua, et Spiritum Sanctum ne auferas a me! ¹⁾ — In der That, wenn die Berichte St. Simons über Bouillon der Wahrheit entsprechen, dürfte sein Verhalten als ein würdiges nicht bezeichnet werden ²⁾. Indessen was immer die anderen Cardinäle über Bouillon urtheilen mochten: das formlose Vorgehen wider ihn betraf nicht mehr das Individuum, sondern die selbständige Körperschaft. Der Cardinal Mellini äußerte sich: der König von Frankreich verwende in Rom sehr viel Geld und ertheile viele Pensionen: um so mehr sei es zu verwundern, daß er dennoch sein eigenes Interesse nicht besser verstehe, vielmehr in der Person des Cardinals Bouillon das ganze Collegium kränke. Der Papst sterbe, aber das Collegium bleibe. — Die Worte verlauteten weiter. Der Prinz von Monaco als französischer Botschafter begab sich zu Mellini und fragte, ob eine solche Rede lediglich von ihm stamme oder ob auch Andere eben so dächten. Mellini erwiederte: der Botschafter möge Umfrage halten: er werde auch nicht Einen Cardinal finden, der das Auftreten des Königs gegen Bouillon billige ³⁾.

Eben damals, am 22. Juli, starb Cibo, Decan des Collegiums der Cardinäle, und die Würde mußte dem Herkommen nach verstimmen auf den Vice-Decan, den Cardinal Bouillon. Der Botschafter Monaco und die französischen Cardinäle d'Estrees und Janson-Forbin, die in erster Linie immer als Diener Ludwigs XIV. erscheinen, baten dringend, daß dies nicht geschehe, daß der Papst, bevor er das Consistorium abhalte, wenigstens die Rückkehr ihrer Couriere von Versailles erwarte. Die gesammten anderen Cardinäle legten Einspruch ein. Da der Ordnung gemäß, sagten sie, der Cardinal Bouillon in das Decanat aufrücke: so entspreche es nicht der Würde und der Autorität des heiligen Stuhles, darüber eine Zustimmung oder Nicht-Zustimmung irgend eines Königs

¹⁾ Lamberg's Bericht vom 28. August.

²⁾ St. Simon t. II, p. 94, 103 et suiv.

³⁾ Lamberg's Bericht vom 10. Juli.

abzuwarten. Namentlich der Cardinal Negroni machte geltend, daß Innocenz XII. bereits allzu oft Connivenz für den König von Frankreich an den Tag gelegt. Diese Reden schlugen durch. Innocenz XII. setzte das Consistorium an auf den 2. August¹⁾.

Es kam nicht dazu. Vom Tage vorher an, dem 1. August, war die Lebenskraft des fünfundachtzigjährigen Papstes im raschen Abnehmen. Noch weniger also konnte die schwierige spanische Angelegenheit zur abermaligen Erwägung kommen. Das Siechthum des Papstes Innocenz XII. zog sich hin bis zum 27. September 1700. Dann starb er. Seit Monaten schon hatten sich die Cardinäle zum Conclave in Rom angesammelt. Für lange Zeit konnte man sich nicht einigen. Daß indessen die weit überwiegende Mehrheit der Cardinäle eine Steigerung der Macht des Königs von Frankreich nicht wollte und nicht wollen konnte, ergibt sich mit Nothwendigkeit aus der Sachlage.

Mit der hier nach den Original-Berichten gegebenen Darlegung steht im Widerspruche die bekannte französische Tradition, nach welcher Innocenz XII. dem aus sich schon dazu neigenden Könige Carl II. den Rath gegeben haben soll, einen französischen Prinzen zum Erben seiner gesammten Monarchie einzusetzen. Es ist, wie bereits bemerkt, nicht die Aufgabe eines Geschichtswerkes, Traditionen zu widerlegen, zumal aus einer Zeit, wo dieselben noch nicht existiren. Im Jahre 1700, bei Lebzeiten des Papstes Innocenz XII. und des Königs Carl II., ist jene Tradition noch nicht da. Sie entsteht erst zwei Jahre später, im Jahre 1702, und dann wird der Ursprung derselben als geschichtliche Thatsache unsere Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen haben.

Praktisch wichtiger als jener doch immer allgemein gehaltene Rath des Papstes Innocenz XII. war für den König Carl II. und die ganze Sache überhaupt die Haltung des römischen Kaisers Leopold.

Die Mittheilung des Vertrages in Wien war geschehen am 18. Mai. Der Vertrag beließ ihm für seine Entscheidung die Frist von drei Monaten, also bis zum 18. August.

¹⁾ Lamberg's Bericht vom 31. Juli.

Wir haben den Versuch der kaiserlichen Rätthe vernommen, auf die Kunde des Theilungsvertrages eine directe Verständigung mit Ludwig XIV. anzubahnen. Wir haben gesehen, daß das eigentliche Ziel dieser Versuche hervortritt in den, obwohl nicht offiziell gesprochenen, Worten des Grafen Harrach: Tausch der Portionen. Wir haben dann wahrgenommen, daß Ludwig XIV. diesen Versuchen sich entzog, indem er sie unaufrichtig nannte. So im Laufe des Monates Juni 1700.

Inzwischen war der spanische Botschafter Moles in Wien eingetroffen. Sein ausführlicher Bericht von dort, vom 20. Juli, läßt uns den Zweck seiner Sendung und das Verhalten des Kaiserhofes auf dieselbe zur Genüge erkennen ¹⁾.

Moles schildert die Besorgnisse der kaiserlichen Minister. „Sie erkennen an, sagt er, daß es von der äußersten Wichtigkeit ist, für die Sicherheit von Italien Sorge zu tragen durch die Entsendung einer Armee. Auch verneinen sie nicht die Gefahr eines Aufschubes. Aber die Furcht vor einem Kriege zugleich mit Frankreich, England und Holland lähmt ihren Entschluß. Der Marquis Villars hat ihnen die Consequenzen des Theilungsvertrages mit solchem Nachdrucke ausgemalt, daß sie, bei der Entsendung auch nur Eines Mannes nach Italien, einen Angriff fürchten auf das Reich wie auf Spanien, auf Italien wie auf Belgien. Sie wagen daher weder meinen Anträgen zuzustimmen, noch sie zu verwerfen.“

„Man hat von mir zuerst wissen wollen, welche Truppen Ew. Majestät gegen die Ausführung des Theilungsvertrages aufstellen würden. Ich habe erwiedert, daß mein Auftrag nicht dahin gerichtet sei, sondern auf die Fürsorge für die Sicherheit Italiens. Darauf fragte mich der Graf Harrach, in Gegenwart des kaiserlichen Paares, weshalb die Rätthe Ew. Majestät, während der Zeit seiner Mission in Madrid, sich so nachdrücklich wider seinen Antrag erklärt, Mailand mit kaiserlichen Truppen zu besetzen. Ich erwiederte, daß ich, weil damals nicht Mitglied des Staatsrathes, diese Frage nicht beantworten

¹⁾ Abgedruckt bei De la Torre: *Mémoires et négociations secrètes etc.* t. II, p. 18 et suiv. — Ferner bei La Lande: *Histoire de l'empereur Charles VI.* t. I, p. 174 et suiv.

könnte, aber wohl wüßte, daß damals Ew. Majestät die Statthalter-
schaft von Mailand an Baudemont gegeben, als einen erprobten Sol-
daten und eifrigen Anhänger des Hauses Oesterreich, eben so die von
Catalonien an den Landgrafen Georg, die von Belgien an den Kur-
fürsten von Bayern, aus denselben Gründen."

Es kam die wichtigste Frage.

„Man hat dann zu wissen verlangt, meldet Moles, wie es
möglich sei den Erzherzog nach Spanien hinüber zu bringen, ohne ihn
der Gefahr aussetzen gefangen zu werden. Ich habe erwiedert,
daß die Sache sich machen lasse im Geheimen. Es sei erforderlich,
das Gerücht einer Unpäßlichkeit des Erzherzogs auszustreuen, und
unterdessen ihn aufbrechen zu lassen, mit einer Begleitung von nur
vier oder fünf Personen. Bei der Ankunft in Genua würde der
Erzherzog die Galeeren des Herzogs von Tursis zu seiner Ueber-
fahrt bereit finden. Man hielt entgegen, daß die Constitution des
fünfzehnjährigen Erzherzogs für das Wagnis einer solchen Reise zu
zart, daß auch eine solche heimliche Fahrt der Würde seines Ranges
nicht gemäß. Ich erwiederte, daß doch die Gesundheit des Erzherzogs
nach meiner Ansicht auch schwereren Anstrengungen gewachsen sein
würde, und daß man, um die größte Monarchie in der Christenheit
zu erlangen, auch etwas wagen müsse, zumal in einer Jahreszeit, so
günstig für eine Fahrt über das Mittelmeer. Was die Art des
Reisens beträfe, so habe man doch auch früher schon Kaisersöhne als
Pilger verkleidet wandern sehen, wie den Erzherzog Maximilian, und
mehr als ein Fürst habe seine Länder incognito bereist, nur zu dem
Zwecke, um, ledig von dem Zwange des Ceremoniells, in voller Frei-
heit schauen zu können."

„Man schlug mir dagegen vor ihn nach Mailand zu senden,
wo er weilen könne als Statthalter und General-Capitän von Italien.
Ich erwiederte, daß seine Gegenwart nothwendiger sei in Spanien, und
daß der Wiener Hof gerade durch jene Sendung Frankreich und die
anderen beiden Mächte zum Einschreiten reizen würde, während er ja
doch diese Besorgnis geltend mache als Grund gegen das Einrücken von
Truppen in Italien und gegen die Fahrt des Erzherzogs nach Spanien."

„Bei diesem Puncte stehen wir, fährt Moles fort, und ich sehe
voraus, daß ich, nach den von Ew. Majestät mir ertheilten Befehlen,

die Rätke des Kaisers nicht befriedigen kann, daß vielmehr die Majorität in ihrem Widerspruche beharren, und die Stütze dafür finden wird in der Elternliebe der kaiserlichen Majestäten für den lebenswürdigen Prinzen."

Der Bericht des Herzogs Moles legt uns den hauptsächlichsten Plan des königlichen Paares in Madrid vor Augen. Dieser bezweckt die Ueberkunft des Erzherzogs Carl, damit, wenn Carl II. die Volljährigkeit desselben nicht erlebte, während seiner Minderjährigkeit die Regentschaft der Königin zufiele. Wir ersuchen aus dem Berichte zugleich die Einwendungen, welche in Wien dem Plane entgegen gestellt wurden.

Es dürfte kaum die Frage erhoben werden, ob man in Wien die Gefahr der Reise für den Erzherzog nicht zu hoch anschlug. Aus den eigenen Worten Ludwigs XIV. an Harcourt, vom 2. Mai (S. 496), läßt sich ersehen, mit welchen Instructionen die Commandanten der französischen Kriegsschiffe im Mittelmeere ausgerüstet waren. Der Gesandte Sinzendorf in Paris, obwohl er jene Worte des Königs nicht kannte, hatte dennoch in seinen Berichten nach Wien wiederholt auf diese Kriegsschiffe hingewiesen. „Man sprengt aus, meldet er am 10. Mai, daß sie gegen die afrikanischen Seeräuber bestimmt seien; aber der wahre Zweck ist, die Vereinigung beider Linien des Erzhauses zu hindern." Sinzendorf ging dann weiter. Gerade die Vermuthungen, sagte er, die sich an die Sendung von Moles nach Wien knüpften, seien die Ursache wie für die Ausfendung der Kriegsschiffe, so auch für die Verstärkung der Truppen am Nordabhange der Pyrenäen, und sogar für die rasche Veröffentlichung des Theilungsvertrages. Das sei nicht bloß seine Ansicht, sondern werde allgemein in Paris besprochen ¹⁾.

Demnach war die Besorgnis einer Gefahr für den Erzherzog Carl im Falle der Ueberfahrt allerdings sehr dringend. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß für den Plan des königlichen Paares von Spanien die Herüberkunft des Erzherzogs Carl das wichtigste Moment war, daß also, indem der Kaiser Leopold darauf nicht einging, dieser Plan seinen eigentlichen Stützpunkt verlor. Dies ist von besonderer

¹⁾ Im Berichte vom 4. Juni: *palam sermo fit.*

Wichtigkeit. Der Kaiser hatte nicht eigentlich verneint, sondern war nur ausgewichen. Demnach verblieb, auch nach diesem Berichte des Herzogs Moles, dem königlichen Paare in Madrid noch die Hoffnung. Wir werden zu ersehen haben, daß Carl II. sich an diese Hoffnung klammerte, so lange er noch konnte.

In zwei wichtigen Richtungen dagegen, die einander parallel liegen, war die Haltung der kaiserlichen Politik unabänderlich. Zunächst in Betreff des Theilungsvertrages wie er vorlag. Es ist nicht wahrnehmbar, daß der Kaiser in Betreff desselben von Anfang bis zu Ende auch nur ein einziges Mal geschwankt habe. Bei dem einen oder dem anderen der kaiserlichen Minister sind Spuren eines solchen Schwankens ersichtlich; dennoch ist die ausdrückliche Basis der zahlreichen Berathungen in Wien diejenige, daß der Kaiser auf den Theilungsvertrag, wie er vorliege, nicht eingehen könne, noch wolle ¹⁾.

Es war die negative Seite der kaiserlichen Politik. Die ihr entsprechende positive war der Entschluß, alle Kraft aufzubieten für das spanische Erbe in Italien. In dieser Beziehung durfte man in Wien es als einen großen Vortheil betrachten, durch die Befehle Carls II. an seine Statthalter in Mailand und Neapel für den vor kommenden Fall eine begründete Aussicht zu haben.

Und hier drängt sich uns abermals die Differenz der Interessen der verschiedenen Mächte in scharfen Zügen entgegen.

In Spanien sind zwei Parteien, die kaiserliche und die französische. Gemeinsam ist ihnen der Standpunct des National-Vorurtheiles, daß die Monarchie, wie sie ist, ein untrennbares Ganzes darstelle, daß darum weder die Einen, noch die Anderen etwas wissen wollen von einer Theilung. Demgemäß verlangt für die gesammte Monarchie das Königspaar den Erzherzog, die französisch gesinnte Partei einen Prinzen des Hauses Bourbon.

Der Kaiser betrachtet sich oder an seiner Statt seinen zweiten Sohn als den berechtigten Erben der gesammten spanischen Monarchie. Aber er erkennt es als unmöglich an durch seine Mittel das eigentliche Spanien gegen die überlegene Macht des Königs von Frankreich

¹⁾ Conferenz-Protokoll vom 16. Juni 1700, gedruckt in dem Werke: Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 355 u. f.

zu behaupten. Er ist dagegen entschlossen alles aufzubieten für Mailand, Neapel und Sicilien.

Dem Könige Wilhelm von England und dem Rathspensionär Heinsius ist es vor Allem darum zu thun, daß nicht das Haus Bourbon Herr werde in Belgien, Spanien und Westindien.

Der König von Frankreich dagegen will das gesammte spanische Erbe für sein Haus. Das nächste Mittel für ihn ist das Auseinander-Halten, die Entzweiung derjenigen Mächte, die er als Gegner seines eigentlichen Planes zu fürchten hat. Darum schlägt er dem Könige Wilhelm III. eine Theilung der spanischen Monarchie in der Weise vor, welche den Interessen Hollands entspricht, und welche den Wünschen wie den Pflichten des Kaisers für das Reich direct entgegen steht. Indem Ludwig XIV. voraus sieht, daß der Kaiser sich auf diesen Vertrag niemals einlassen wird, lehnt er dennoch jede directe Verständigung mit dem Kaiser ab. Während dagegen Wilhelm III. und der Rathspensionär jenen Factor des spanischen National-Vorurtheiles wenig beachten, baut Ludwig XIV. darauf positiv seinen Plan. Er will die Spanier in die Nothlage hineinzwingen, in welcher sie, um jenem National-Vorurtheile zu genügen, nicht anders können als einen französischen Prinzen für das gesammte Erbe zu berufen.

Neben den größeren Mächten, deren Interessen so scharf wider einander liefen, daß sie unvermeidlich einmal feindselig auf einander treffen mußten, hatten die kleineren nur eine accessoriische Bedeutung.

Die kaiserlichen Minister glaubten in Betreff Italiens namentlich rechnen zu dürfen auf Victor Amadeus von Savoyen, nicht wegen eines Rechtsgefühles; denn ein Gefühl dieser Art war, wie die Erfahrung des vorigen Krieges dargethan, der schwächste Factor seiner Politik — sondern weil die Herrschaft Frankreichs in Italien ihm bedrohlich war, weil er dagegen hoffen durfte, mit und durch den Kaiser etwas zu erlangen. Das Haus Carignan spielte in Italien eine ähnliche Rolle, wie das Haus Hohenzollern in Deutschland. Das eine wie das andere suchte empor zu wachsen in dem Streite der Mächtigen, indem sie bald dem Kaiser ihre Dienste anboten, bald dem Könige von Frankreich, jedes Mal aber mit Gewinn. Der Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg stellte damals als Bedingung für

die Leistung der Hülfe, welche er in Betreff der spanischen Erbfolge gemäß dem Vertrage von 1686 dem Kaiser bereits schuldig war, die Anerkennung einer neuen Königskrone von Preußen, mit dem deutlichen Hinweise, daß er im Falle der Weigerung diese Anerkennung an einem anderen Orte finden werde¹⁾. Victor Amadeus verlangte die Zusage des Herzogthumes Montferrat. Daneben jedoch beschäftigten ihn andere Gedanken. Er war im Testamente Philipps IV. von Spanien als der Berechtigte nach dem Hause Habsburg genannt: wie war es, wenn ihn die Vertrags-Mächte, im Falle der definitiven Ablehnung des Kaisers, als den Dritten anerkannten, dem der Antheil des Erzherzogs zugewiesen werden sollte? — Oder, wenn der Theilungsvertrag zur Ausführung kam, so bot sich für ihn die Aussicht sich mit Frankreich zu einigen über den Austausch seines Erblandes gegen Neapel und Sicilien. Diese Gedanken durchkreuzten einander. Wie Victor Amadeus mit dem Kaiser über den Erwerb von Montferrat als Zugabe zu seinem Erblande unterhandelte und das Versprechen erhielt²⁾: so verhandelte er zugleich mit Ludwig XIV. über den Austausch seines Erblandes. Auch sie wurden handelseinig³⁾.

Wir sehen, daß Victor Amadeus den Fuchsbau seiner Pläne so anlegte, daß er verschiedene Ausgänge darbot. Mit geringerem oder größerem Geschicke waren auch viele Andere in ähnlicher Art beschäftigt; allein es würde zu weit führen auf die Einzelnen einzugehen. Der Zustand der Dinge bleibt für Monate lang ein ungewisser, schwankender, bleibt es namentlich auch für die eine Persönlichkeit, die hauptsächlich dazu beigetragen daß es dahin gekommen war, den König Wilhelm III. von England, nicht jedoch, wie er selbst damals noch glauben mochte, leitend, anführend, sondern geleitet, angeführt.

Wir haben auf die Kunde des Vorganges vom 6. Juni im spanischen Staatsrathe seine Meinung vernommen, daß er darauf gefaßt gewesen sei, und daß dieses Gutachten den Kaiser um so eher zum

¹⁾ Ueber diese oft irrthümlich dargestellte Angelegenheit der preussischen Königskrone habe ich das actenmäßige Material für eine besondere Arbeit gesammelt. Man vergleiche zu dem oben Gesagten das Handschreiben Friedrichs III., vom 9. Juni 1700, abgedruckt in den Historisch-politischen Blättern Bd. 82, S. 244.

²⁾ Resolution des Kaisers zum Protokolle vom 28. Juni.

³⁾ Grimblot t. II, p. 135. Wilhelm III. an Heinsius, 7. September.

Beitritte bewegen werde. In derselben Weise redeten die Engländer im Dienste des Königs, namentlich der Staats-Secretär Vernon. Er trat zu dem kaiserlichen Residenten Hoffmann, der, nach dem Abgange des Grafen Nuerßperg, wieder allein dort die Geschäfte versah. „Sie sehen, begann Vernon, daß durch das Hinzukommen des Entschlusses in Wien zum Beitritte die spanische Angelegenheit in die größte Gefahr geräth, und daß man selber dadurch dem Könige von Frankreich das Mittel in die Hand spielt, das Ganze zu nehmen statt eines Theiles.“ — Hoffmann entgegnete: „Wenn wider Verhoffen das geschehen würde, so liegt ja doch die Schuld nicht an dem Hofe in Wien, sondern an dem voreiligen Theilungsvertrage. Angenommen, der Kaiser hätte sich für den Vertrag erklärt: so würde eine solche Erklärung die Spanier nicht abhalten einen Schritt solcher Art zu thun, wie jenes Gutachten des Staatsrathes vom 6. Juni dem Könige vorschlägt, würde vielmehr sie um so mehr dazu treiben, aus Verdruß über eine solche Eile des Kaisers. Ich bin durchaus anderer Ansicht als Sie, und will sie Ihnen aussprechen. Das spanische Gutachten enthüllt uns den Zweck wie die Mittel der französischen Politik in dieser Angelegenheit. Der König von Frankreich hat den Theilungsvertrag darum so eifrig betrieben, hat darum ihn, ohne und wider die Meinung des Königs von England, in die Oeffentlichkeit gebracht, weil er vorausgesehen und berechnet hat, daß die Spanier lieber die gesammte Monarchie einem französischen Prinzen hingeben würden, als sich in die Theilung fügen. Die Zeit ist vielleicht nicht mehr fern, wo man hier und in Holland zur vollen Klarheit darüber kommen wird, auf welche geringe Sicherheit hin man sich mit Frankreich eingelassen hat“.

Die Klarheit, mit welcher Hoffmann den Gang der Dinge hier im voraus erkennt, ist überraschend. Es ist also die Frage, ob auch in Kensington diese Eventualität erwogen wurde.

Vernon erwiderte: „Aber gerade, wenn dem so wäre, wie Sie sagen: so hätte man in Wien erst recht jetzt den Theilungsvertrag anzunehmen. Dann würde der König von Frankreich selber la dupe sein. Ich für mich glaube, daß der König von Frankreich lieber den Antheil nimmt, der seiner Krone zuwächst, als daß er einen seiner Prinzen selbständig auf den Thron von Spanien setzt. Allein sollte es sein, so könnte man alsdann durch einen engen Bund den König

von Frankreich davon abhalten, und vielleicht auf ganz andere Weise einschränken“ ¹⁾).

Die Unterredung thut dar, daß die Wendung, welche später wirklich eintrat, im Sommer 1700 doch bereits als möglich vor der Seele Wilhelms III. aufgestiegen war und daß er die dann zu fassenden Entschlüsse erwogen hatte. Einstweilen hielt er fest an dem Theilungsvertrage, auch trotz dem Verdrusse der Engländer darüber.

Dieser Verdruß jedoch nahm mehr zu als ab. Die von Tallard, und zwar persönlich in gutem Glauben, ausgesprochene Behauptung, daß der König von Frankreich, auch wenn Spanien einen seiner Prinzen zum Nachfolger Carls II. verlange, dies nicht bewilligen, sondern an dem Vertrage halten werde, wirkte nicht günstig für die Stimmung der Engländer über den letzteren.

„Der König von Frankreich, hieß es, hat sich bisher keiner Mäßigung fähig bewiesen. Wenn er also den Vertrag lieber hat als die Nachfolge eines seiner Enkel auf dem Throne von Spanien: so muß der Vertrag ihm noch größere Vortheile gewähren“ ²⁾. Um so stärker ging die Rede, daß demnächst im Parlamente dieser Theilungsvertrag ein schwerer Stein des Anstoßes sein werde. Eine sehr nachdrückliche Schrift darüber ward vorbereitet. Namentlich eignete man sich allgemein das schon früher von Einzelnen vernommene Wort an: es sei beisspiellos, daß ein Vertrag von solcher Wichtigkeit beredet und abgeschlossen sei während der Session des Parlamentes, und dennoch ohne eine Kunde desselben als des in solchem Falle rechtmäßigen Rathes der Krone ³⁾.

Es kam vor, daß Engländer es sich verboten von drei Mächten des Vertrages reden zu hören, wo ja nur zwei in Frage kämen. Ja die besten Köpfe unter ihnen, wie Hoffmann sich ausdrückt, waren von ihrem englischen Boden aus der Ansicht, daß Wilhelm III. sich in den Vertrag mit Frankreich nur eingelassen, um von dort her Ruhe zu haben, daß dagegen Ludwig XIV. bei diesem Vertrage, welchem, wie er sicher wissen mußte, die Engländer niemals beistimmen würden,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 7. Juli.

²⁾ Desgleichen vom 27. Juli.

³⁾ Desgleichen.

den Plan verfolge, den König Wilhelm bei der Nation gehässig zu machen, ihn sowohl mit dieser wie mit dem Kaiser zu verfeinden, damit Ludwig XIV. die Macht England, die er zur Hülfe für seine Zwecke niemals erlangen könne, durch innere Zwietracht in sich selber lahm lege, dann, dadurch nicht gehemmt, um so leichter seine Absichten wider den Kaiser durchführe, und endlich vielleicht sogar durch die Wiedereinsetzung des Hauses Stuart dem Königthume des Draniers den Todesstreich verseze ¹⁾).

Wir haben uns gegenwärtig zu halten, daß diese Urtheile gefällt wurden längere Zeit vor der Katastrophe in Spanien, also vor dem Wechsel der Dinge, der in Folge dessen eintrat. Aber sie verdienen Erwähnung als der Reflex der Bewegung in den Gemüthern der Engländer vorher. Sie lassen außer Acht, daß Wilhelm III. für sich nicht den Werth auf den Besitz der Krone von England legte, welchen sie in der Meinung der Engländer für ihn hatte. Wir erinnern uns, daß das hauptsächlichste Motiv für ihn die Krone von England nicht zu verlassen, im Jahre 1699 bestanden hatte in seinem Patriotismus für Holland.

Er zählte im Juni und Juli 1700 die Tage, die noch verfließen mußten bis zu seiner Einschiffung nach Holland. Endlich, am 2. Juli, konnte er an Heinsius schreiben: „Ich vertraue darauf, mit des Himmels Hülfe heute über vierzehn Tage unter Segel zu gehen, wenn nicht etwas Unvorhergesehenes mir in den Weg tritt. Und dies ist hoffentlich nicht der Fall. Denn Niemand kann sich glühender sehnen als ich es thue in Betreff meiner Rückkehr nach Holland“ ²⁾).

Es war jedoch in diesem Falle, wie wir bereits bemerkt haben, bei Wilhelm III. nicht bloß die Sehnsucht nach dem heimatlichen Boden und seiner Lust, sondern auch nach der Unterredung mit Heinsius als dem einzigen Staatsmanne, mit dem er völlig und vertraulich alle Gedanken austauschen konnte. Daß auf der neuen Bahn, welche sie beide in Gemeinschaft mit dem Könige von Frankreich betreten, täglich neue Gefahren aufwuchsen, wußte ja Niemand besser als sie beide. Sie hatten im Reiche sich engagirt für die neunte Kurwürde. Sie

¹⁾ Bericht vom 7. September.

²⁾ Grimblot t. II, p. 422.

wußten, daß Frankreich gegen dieselbe wirke. Sie hofften die Fürsten des Reiches für den Theilungsvertrag zu gewinnen. In der That erklärten sich fünf dafür. Es waren eben dieselben fünf, die in Opposition standen wider die neunte Kurwürde, also dem französischen Interesse im Reiche dienstbar waren ¹⁾.

Nur nach einer Seite hin konnte Wilhelm III. damals mit Befriedigung blicken, nach dem Norden. Wir haben früher seine Klage vernommen, daß der Kaiser, bei aller guten Gesinnung wider die ruhestörenden Mächte, die Könige Friedrich von Dänemark und August von Sachsen-Polen, nicht den rechten Nachdruck aufbiete. Wir haben dagegen seine Erklärung vernommen, daß er eine Flotte in die Ostsee senden werde, um den Frieden von Altona zu garantiren. Auch Carl XII. von Schweden führte die ähnliche Klage, daß in einer Angelegenheit, in der man gern die Autorität des Kaisers anerkennen würde, Frankreich sich vordränge und dem Kaiser das Geschäft der Vermittelung entwinde ²⁾. Eine französische Vermittelung aber war, nach der bekannten Politik dieser Macht, gleichbedeutend mit der Schürung des Unfriedens.

Nicht indessen auf eine Vermittelung zunächst kam es an, sondern auf eine That. Sie war die Aufgabe des jungen Königs Carl XII. von Schweden. Auf die beunruhigenden Nachrichten aus Holstein und aus Liefland, im März 1700, hatte man von ihm die Worte vernommen: „Es ist zum Verwundern, daß meine beiden Vettern Krieg haben wollen. Es mag also darum sein. König August hat sein Wort gebrochen. Wir haben daher eine gerechte Sache wider ihn, und Gott wird uns wohl helfen. Ich will erst die Sache mit dem Einen abthun, und hernach kann ich allezeit mit dem anderen sprechen“ ³⁾. Dieser erste war Friedrich von Dänemark.

Der schwedische Kriegsplan bezweckte eine Landung in Seeland. Die Ausrüstung verzog sich bis in den Juni. Am 16. stieg Carl XII. in Carlskrona an Bord. Am 18. Juni, an welchem er das achtzehnte Lebensjahr vollendete, lichtete die Flotte die Anker. Im Angesichte

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.

²⁾ Instruction für den schwedischen Gesandten Strahlenheim in Wien, vom 4. Juli 1700, bei Nordberg, Bd. I, S. 181.

³⁾ Nordberg Bd. I, S. 133.

der dänischen Küste gesellte sich das englische Geschwader unter Rooke, das holländische unter Almonde, zu den Schweden. Die dänische Flotte suchte Zuflucht im Hafen von Kopenhagen. Unter dem Schutze der Kriegsschiffe der zusammen wirkenden Mächte erfolgte am 25. Juli die Landung der Schweden. Mit Erstaunen vernahm die Welt, daß ein achtzehnjähriger König diese Kriegesthat geleitet, daß er selber voran, aus dem Landungsboote ins Wasser gesprungen, und dann, bis an die Achseln wadend, die Seinigen geführt. Friedrich V. von Dänemark bombardirte unterdessen nutzlos Tönningen. Die That der Landung in Seeland, auch ohne weiteren Kampf, war entscheidend. Acht Tage nach derselben, am 1. August, begann die Friedenshandlung auf dem Lustschlosse Travendal am Flusse Trave, und am 18. desselben Monates der Abschluß. Das Wesen desselben war die Herstellung der früheren Verträge, insbesondere des Altonaischen Vergleiches von 1689, den die Seemächte verbürgt und zu dessen Schutze sie ihre Flotten gesendet hatten.

Dies Feuer im Norden war einstweilen gelöscht, und zwar, wie Wilhelm III. es vorher verkündet, mit seinem nachdrücklichen Zuthun. Insofern also konnte er dorthin mit Befriedigung blicken. Seine Hoffnungen in Betreff des Südens wurden täglich geringer. Er hielt nach wie vor an der Ansicht fest, daß der Beitritt des Kaisers zu dem Theilungsvertrage den Frieden verbürge. Aber dieser Beitritt ward desto unwahrscheinlicher, je länger die Sache sich verzog.

Die Stellung der drei mächtigsten Persönlichkeiten von Europa im Sommer 1700 ist also eine sehr verschiedene. Wilhelm III. hat sich gebunden durch den Theilungsvertrag. Er kann nicht mehr frei andere Entschlüsse fassen, sondern muß abwarten, was in Wien oder in Versailles beschlossen wird, um darauf hin auch sich selber zu entscheiden. Auf Spanien direct kann er nicht wirken, weil er in Madrid keinen anerkannten Vertreter hat, weil alle Versuche des Kaisers ein gutes Verhältniß dort herzustellen, seinen Forderungen nicht genügen.

Auch Ludwig XIV. ist durch den Theilungsvertrag gebunden, und läßt nicht ab, dies vor der Welt zu verkünden. Zugleich jedoch hat er die Einwirkung in Spanien frei, wenn nicht offen, so geheim.

Der Kaiser Leopold von der einen Seite, Ludwig XIV. von der anderen, haben Jeder ihr bestimmtes Ziel vor Augen. Es kommt

darauf an, in welcher Weise sie dasselbe zu erreichen streben, und zwar hauptsächlich an dem wichtigsten Orte selbst, in Madrid.

Der Kaiser wandelt seinen Weg gerade und offen. Er läßt durch Harrach in Madrid erklären, daß er bereit stehe die Länder der Krone Spanien in Italien zu schützen, zu dem Zwecke 20.000 Mann in Mailand einrücken zu lassen, so wie andere Truppen zu entsenden nach Neapel und nach Sicilien. Die Aufgabe Spanien selber gegen Frankreich zu vertheidigen, müsse er den Spaniern überlassen ¹⁾.

Wie der Kaiser durch seinen Gesandten Lamberg zu dem Papste Innocenz XII. reden ließ: so sprach er sich in denselben Tagen aus zu mehreren spanischen Granden. Er richtete ein eigenes Handschreiben an den Marquis Veganez, den einstigen Statthalter von Mailand, der von jeher seinen Eifer für das Erzhaus ausgesprochen und bethätigt. Er verwirft darin mit Nachdruck den Theilungsvertrag. Dann fährt der Kaiser fort: „Meine deutschen und spanischen Vorfahren haben, unter dem Drucke schwerer Gefahren, das durch ihre Kraft und ihren Fleiß Errungene, wider alle Erwartung ihrer Feinde, mit göttlicher Hülfe behauptet. Auch ich besitze eine Armee, erprobt im Kriege wider die Türken. Der katholische König vermag noch über erhebliche Mittel zu verfügen. Es wäre nur dahin zu bringen, daß er endlich einmal ohne ferneres Zaudern den Muth faßt, diese Mittel zu verwenden, und daß dann das gesammte Königreich, die Vasallen und Unterthanen, mit bereitwilliger Beihülfe zu ihm treten. Dann kann noch alles sich wenden nach Wunsch. Nicht jedoch will ich hoffen, daß der Anfang des neuen Jahrhunderts für Spanien den Untergang bringe“.

Ein ähnliches Schreiben, mit besonderer Hervorhebung der aus dem Theilungsvertrage zu befürchtenden Knechtschaft für Rom, richtete der Kaiser an den Cardinal Portocarrero. Auch dies Schreiben begann mit der Erinnerung an den oft bewiesenen Eifer des Cardinals für das Erzhaus. Es konnte dem Kaiser nicht unbekannt geblieben sein, daß der Cardinal Portocarrero sich im Staatsrathe an dem Beschlusse vom 6. Juni betheiligt hatte. Ueber seine Beziehungen jedoch mit dem französischen Gesandten breitete der Cardinal ein tiefes Geheimnis. Wir werden später ersehen, wie er das kaiserliche Schreiben aufnahm.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 232.

Die Lage der Dinge mochte in der That dem Kaiser nicht als eine ungünstige erscheinen. Moles hatte die festen Versicherungen des Königs und der Königin mitgebracht. Es mag fraglich sein, ob man in Wien eine Kunde besaß von dem wahren Motive der Erbitterung der Königin wider Frankreich; aber ein Zweifel an ihrem aufrichtigen Eifer für das Kaiserhaus wird damals nicht sichtbar. Die abgeneigte, ja feindselige Stellung des Botschafters Harrach und des Marquis Reganez zu ihr hatte aufgehört. Der Eine wie der Andere hatten wieder Zutritt. — Dazu auch lauteten die Nachrichten über das Befinden Carls II. günstig. Blecourt, der nach dem Beispiele seines Vorgängers Harcourt, in dieser Beziehung alles erspähete, was seinen Augen und Ohren erreichbar war, meldet am 24. Juni, daß Carl II. einem Stiergefechte beigewohnt, drei und eine halbe Stunde lang, daß er die Zeit hindurch aufrecht gesessen, ohne sich anzulehnen. Man bemerkte, daß er heiterer war als früher ¹⁾. Demnach schien es, daß, nach der Ueberwindung so vieler Krankheiten, bei einem Lebensalter von achtunddreißig Jahren für Carl II. noch auf eine längere Zeit zu hoffen war. Und, wie damals die Dinge lagen, war ein längeres Leben Carls II. der Sache des Kaisers vortheilhaft.

In Spanien dagegen war die Stimmung, welche sich durch den Beschluß des Staatsrathes vom 6. Juni kund gegeben, unverkennbar im Zunehmen. Blecourt meldet, daß jenes Erbieten des Kaisers den Schutz Italiens zu übernehmen, den Spaniern dagegen die Vertheidigung des eigenen Gebietes anheim zu stellen, im Staatsrathe keinen Eindruck gemacht habe. Vielmehr ließ gerade dann der Cardinal Portocarrero den französischen Gesandten zu sich bitten, um ihn seiner Bereitwilligkeit zum Dienste für den König von Frankreich zu versichern. „Die Dinge hier, sagte Portocarrero, können umschlagen vom Abend bis zum Morgen: daher stelle ich Ihnen anheim mir zu schreiben, oder des Abends zu mir zu kommen.“ Sie vereinbarten einen Verkehr durch je eine Vertrauensperson ²⁾.

Diese Strömung der Gesinnung bei vielen Spaniern prägte sich bestimmter dahin aus, daß die Verufung eines französischen Prinzen

¹⁾ Hippeau t. II, p. 230.

²⁾ A. a. O. p. 232. Vom 1. Juli.

auf den spanischen Thron nicht bloß die Selbständigkeit Spaniens wahre, sondern auch für das gesammte Europa die Frage in der zweckmäßigsten Weise löse, weil dadurch das Gleichgewicht der Mächte erhalten bleibe. Auch die Seemächte würden diese Lösung lieber sehen müssen, als die Einverleibung von Neapel und Sicilien in die französische Krone. Auch Blecourt kam bereits dahin, den Theilungsvertrag zu beklagen. „Wenn er nicht wäre, meldet er am 8. Juli, und dann Ew. Majestät nur einige Truppen auf die Grenze marschiren lassen: so würde alles hier einstimmig gehen“ ¹⁾).

Ludwig XIV. sah die Dinge von einem anderen Gesichtspuncte an. Durch ein voreiliges Lossagen von dem Theilungsvertrage oder gar durch ein Einrücken seiner Truppen in Spanien zu Lebzeiten Carls II. hätte er das Signal zum allgemeinen Kriege wider ihn gegeben. Er wollte das spanische Erbe; aber er wollte nicht den Krieg. Es kam für ihn darauf an die Dinge so zu führen, daß das Erstere möglich war ohne das Zweite. Auf die Meldung Blecourts über die Reden Harrachs zu den Spaniern erwiederte er: „Ich habe nie gezwweifelt, daß der Botschafter des Kaisers alle Anstrengungen machen würde, um die Spanier von der Gesinnung abzubringen, die sich durch den Beschluß des Staatsrathes kund gegeben. In dieser Absicht sagt er, daß ich das Anerbieten, welches die gesammte Nation mir machen würde, einen meiner Enkel als Thronfolger anzuerkennen, ablehnen müsse. Da der Kaiser dem Theilungsvertrage nicht beigetreten: so ist es noch nicht an der Zeit eine solche Erklärung zu geben“ ²⁾).

Die Worte lassen den Plan Ludwigs XIV. bereits in schärferem Umrisse hervortreten. Der Gedanke, den sie verhüllen, läßt sich etwa so fassen: Wenn im gegebenen Falle die gesammte spanische Nation einen meiner Enkel auf den Thron beruft: so wird der Nicht-Beitritt des Kaisers für mich den Grund hergeben, mich von dem Theilungsvertrage loszusagen. — Eben darum ja hatte Ludwig XIV. den Vertrag so eingerichtet, daß dem Kaiser der Beitritt moralisch unmöglich war.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 236.

²⁾ A. a. O. p. 237. Vom 15. Juli.

Es ist merkwürdig zu sehen, wie dann in demselben Schreiben des Königs die fingirte Absicht mit der wirklichen wechselt. Ludwig XIV. berichtet seinen Eifer für den Theilungsvertrag. Seine Gesandten an allen Höfen gehen zusammen mit den englischen und holländischen. Er gibt denselben Auftrag an Blecourt in Betreff des holländischen Agenten Schonenberg. „Daran, sagt er, wird man klar erkennen, wie sehr ich wünsche, mit England und Holland im guten Einverständnisse zu bleiben.“

Wiederum aber folgt dann eine neue Weisung, im Widerspruche mit jener öffentlich ausgesprochenen Versicherung am Theilungsvertrage fest halten zu wollen. Wir haben vernommen, daß der Cardinal Portocarrero die Absicht kund gegeben, mit Blecourt in näherer Beziehung zu stehen, zum Dienste des Königs von Frankreich. Blecourt erhält den Befehl darauf einzugehen, dem Cardinale die Werthschätzung des Königs zu versichern, nicht jedoch Vorschläge zu machen, sondern zu erwarten. — Die Tendenz ergibt sich durch den Vergleich mit jenem ersten Auftrage, nämlich mit den Worten: „Das Anerbieten, welches die gesammte spanische Nation mir machen würde, einen meiner Enkel zum Throne zu berufen“. Ludwig XIV. verlangt als Vorbedingung seines Handelns das ausdrückliche Entgegenkommen von spanischer Seite.

Noch vor dem Empfange dieser Weisung verfuhr Blecourt aus sich im Sinne derselben. Der Graf San Estevan ließ ihn befragen, ob es wahr sei, daß er den Auftrag habe zu verkünden: der König von Frankreich werde das Angebot der gesammten spanischen Monarchie für einen seiner Enkel nicht annehmen. Blecourt begab sich zu dem Cardinal Portocarrero. Er versicherte, daß er so etwas nicht geäußert, auch keinen Befehl dazu habe. Portocarrero sprach seine Freude aus, daß das Gerücht nicht auf Wahrheit beruhe. Er ließ abermals durch Blecourt dem Könige von Frankreich melden, daß er dem Interesse desselben völlig zugethan, und daß er alle seine Schritte darauf einrichten werde den Beweis zu liefern, daß der König von Frankreich an ihm einen ergebenen Diener haben werde¹⁾.

Wir erkennen das Werden eines Bundes, dessen Tragweite für die Geschichte der Völker Europas bald unabsehbar sein wird.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 239. Vom 15. Juli.

Die Thatfache an sich, das Verhandeln des Cardinals mit einem fremden Könige über die Succession, ohne Vorwissen und wider den kundbaren Willen sowie die Rechtsanschauung des eigenen Königs, kann nicht anders bezeichnet werden als Hochverrath. Andererseits liegt nicht vor, daß ein gemeines Motiv den Cardinal geleitet. Diejenige Qualität Ludwigs XIV., welche er selber und seine Gesandten als seine Großmuth zu bezeichnen pflegen, kam bei Portocarrero nicht zur Verwendung. Der Cardinal handelte von der Meinung aus, daß die Hingabe der spanischen Monarchie an einen französischen Prinzen den Frieden verbürge. Und weiter dachte er sich, daß Spanien unter einem französischen Prinzen dasselbe Spanien bleiben werde wie bisher. Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. bei seiner Werthschätzung des Cardinals nicht ausging von dessen geistiger Befähigung¹⁾. Aber wir werden sehen, daß auch Ludwig XIV. meinte, das gesammte spanische Erbe nehmen zu dürfen und dennoch dabei den Frieden zu erhalten. Und in der anderen Beziehung, nämlich daß Spanien dasselbe bleiben werde auch unter einem Bourbon, stand unter den Kirchenfürsten von Spanien der Cardinal Portocarrero nicht allein.

Der König Carl II. verlangte nämlich auch von anderen Kirchenfürsten in Spanien ihr Gutachten über die Sachlage. Dasjenige des Erzbischofes von Saragossa liegt vor. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß die Meinung galt, der Vertrag überweise mehrere Colonien an England und Holland, übergebe also Katholiken an protestantische Mächte. Von dieser Meinung aus erklärt sich der Erzbischof mit Nachdruck gegen den Theilungsvertrag. Andererseits aber, sagt er, sei der Erzherzog nicht im Stande das Königreich Spanien wie es sei, gegen einen französischen Angriff zu beschützen. Dagegen stellt der Erzbischof als Grundsatz auf, daß man in jedem Falle trachten müsse, die Integrität der Monarchie unter einem katholischen Fürsten zu bewahren, und demgemäß in derselben die Reinheit der katholischen Religion. Aber der Kaiser könne sich nicht in den Besitz der Monarchie setzen als mit Hülfe von England und Holland, und diese Hülfe reiche nicht aus wider Frankreich. Für den Fall daher, daß nicht eine dringende

¹⁾ Hippeau t. I, p. LV. Instruction für Harcourt: Les lumières du cardinal ont toujours paru fort bornées.

Nothwendigkeit vorliege, über die Succession sofort einen Beschluß zu fassen, sei es wichtiger zuerst und sofort sich selber in wehrhaften Stand zu setzen. Im Falle aber daß die Noth eine sofortige Entscheidung aufzwingt, sei es unvermeidlich mit dem Könige von Frankreich über einen seiner Enkel in Verhandlung zu treten ¹⁾.

Beachten wir, daß hier nicht die Rede ist von einer positiven Hinnneigung zu Frankreich, oder einer Anerkennung des Rechtes, sondern von dem Drange der Noth. Ueberhaupt liegt das Gutachten des Erzbischofs von Saragossa nicht fern ab von dem der drei Cardinäle in Rom, nur daß der Erzbischof als Spanier die Integrität der Monarchie voran stellt.

Auch diejenigen französischen Agenten, welche melden, daß in Spanien überall die Rede sei von einem Enkel des Königs von Frankreich, unterlassen doch nicht hinzuzufügen, daß als das furchtbarste Schreckbild den Spaniern vorschwebt der Krieg, und daß als das einzige Mittel ihn zu vermeiden ihnen erscheine die Anerkennung eines französischen Prinzen ²⁾.

Als Hinderniß stand jedoch dieser französischen Partei immer wieder entgegen die Ungewisheit über die letzten Entschlüsse Ludwigs XIV. So günstig auch immer schon sein Ausweichen vor der Ablehnung eines solchen Vorschlages erschien: so wünschte man doch eine positive Zusage der Annahme. Darauf hin war das Bestreben Portocarreros gerichtet. Er ging so weit, freilich durch den Mund der beiderseitigen Vertrauenspersonen, dem Blecourt sagen zu lassen: der König von Spanien habe eingewilligt, einen französischen Prinzen zu benennen. Allein, wenn der Cardinal darauf dringe, so wisse er sich zu entwinden mit den Worten: es handele sich um seine Ehre, wenn er ernenne und der König von Frankreich nicht annehme. Der Cardinal ließ der Meldung hinzufügen, daß er in seiner Gesinnung beharre ³⁾.

Von dieser Gesinnung aus war diese Partei sehr wohl zufrieden mit der Mahnung Carls II. an den Kaiser, dem Theilungsvertrage nicht beizutreten. Der Nicht-Beitritt des Kaisers verbürgte, daß der

¹⁾ Hippeau t. II, p. 243.

²⁾ M. a. D. p. 246. Vom 22. Juli.

³⁾ M. a. D. p. 249. Vom 30. Juli.

Vertrag nicht perfect werden konnte, und war eben darum förderlich für ihren Plan der Berufung eines französischen Prinzen. Eben dasselbe meldeten die Briefe der Gleichgesinnten in Italien ¹⁾. Blecourt berichtete es nach Versailles, ohne, wie es scheint, dabei zu ahnen, daß die Thatsache, die er meldete, von Anfang an als ein wichtiger Factor in die Berechnung Ludwigs XIV. einbezogen war. Der Theilungsvertrag war, wie er war, von diesem Könige ja nicht gemacht, damit der Kaiser ihm beitreten, sondern damit Wilhelm III. dadurch hintergangen werden sollte.

Wir werden dagegen erfahren, mit welcher Vorsicht Ludwig XIV. auf seiner Hut war, nicht auch selber hintergangen zu werden.

Eines Tages erschien der Herzog von Medina Sidonia bei der Frau Daguirre, welche, aus Haß gegen die Königin Maria Anna, schon früher für Harcourt als Mittelsperson gedient hatte. Der Herzog forderte diese Persönlichkeit auf, von Blecourt in Erfahrung zu bringen, ob der König von Frankreich sich erklären wolle, das Anerbieten der spanischen Succession für einen seiner Enkel anzunehmen. Wenn der Staatsrath diese Sicherheit erhalte, so hoffe er den König von Spanien dahin zu bringen. Die Sache gelangte an Blecourt. Er suchte auszuweichen mit der Erwiderung, daß er dem Könige diese Anfrage nicht stellen dürfe, wenn er nicht die Gewisheit habe, daß man das Anerbieten machen wolle. — Aber er jah die Sache an, als habe Medina Sidonia im Auftrage des Staatsrathes gehandelt. Er fügte dem Berichte seine eigene Ansicht hinzu, daß der spanische Staatsrath, wenn er sich überzeuge, daß der König sich durchaus an den Vertrag halten wollte, geneigt sein würde, sich mit der anderen Partei zum Widerstande dagegen zu verbinden. Aber der Staatsrath hoffe, daß der Kaiser beharren werde bei seiner Weigerung, und daß diese Weigerung, wie sie dem Könige von Frankreich das Mittel biete, von dem Vertrage loszukommen, auch auf die Seemächte bestimmend wirken werde, die Monarchie in ihrer Ganzheit zu belassen ²⁾.

Der Verlauf der Dinge wird darthun, daß Blecourt hier nicht eine subjective Meinung ausgesprochen, sondern die Ansicht des spanischen

¹⁾ Hippeau t. II, p. II, p. 250. Vom 5. August.

²⁾ A. a. O. p. 251. Vom 12. August.

Staatsrathes wieder gegeben, wie sie wirklich bestand als das Product der Furcht vor Frankreich, der eigenen Schlassheit, und demgemäß des Wunsches, weder etwas thun, noch etwas leiden zu müssen, nicht jedoch als das Ergebnis einer reiferen Prüfung der Zustände Europas.

Stellen wir also diesen Meinungen des spanischen Staatsrathes die Ansicht gegenüber, welche Harrach im Auftrage des Kaisers ihnen aussprach. „Die Meinung, sagte er, daß die Monarchie durch die Berufung eines französischen Prinzen ungetheilt erhalten werden könne, ist ein folgenschwerer Irrthum. Der König von Frankreich würde auf eine solche Berufung nicht eingehen dürfen wegen seines Vertrages mit den Seemächten. Er will nicht, gemäß den Versicherungen, die Torcy an Sinzendorf gegeben. Wenn er es dennoch thäte und dadurch vermittlest eines solchen französischen Prinzen beide Königreiche zugleich beherrschte: so können England und Holland einen solchen Schritt des Königs von Frankreich zur Universal-Monarchie nicht zugeben. Nicht Frieden und Ruhe daher hätte Spanien von einer solchen Berufung zu erwarten, sondern endlosen Krieg und Blutvergießen“ ¹⁾).

Wir sehen, daß nicht in den Meinungen der bethörten, und vor allen Dingen feigen Mitglieder des Staatsrathes von Spanien, sondern in jenen Sätzen des Kaisers die Zukunft des nächsten Jahrzehents für das unglückliche Spanien mit klarem Blicke vorgezeichnet liegt.

In Folge jener Meldung Blecourts jedoch glaubte sich Ludwig XIV. genöthigt, nicht dem spanischen Staatsrathe als solchem, sondern dem Cardinal Portocarrero gegenüber noch etwas weiter herauszugehen. „Es ist nothwendig, schrieb er am 12. August, dem Cardinal klar zu machen, daß ich mich nicht verpflichten kann zur Zeit zu erklären, was ich thun würde, wenn der katholische König von mir einen meiner Enkel als Nachfolger verlangte. Die Verbindungen, in denen der König mit dem Kaiser zu stehen scheint, geben mir gerechten Grund genug zu der Annahme, daß seine Wünsche nicht abzielen auf einen der rechtmäßigen Erben. Ich habe durchaus nicht gesagt, daß ich solche Erbietungen ablehnen würde, wenn sie mit aller erforderlichen Sicherheit mir entgegen träten. Das bisher in dieser

¹⁾ Die Worte sind genommen aus der Instruction für den Grafen Auersperg vom 25. August.

Beziehung von mir beobachtete Schweigen ist alles was die spanische Nation verlangen darf, bis ich die Dinge in der Art geordnet erblicke, daß ich mich bestimmter aussprechen kann.“ So am 23. August 1700 ¹⁾).

Wir sehen, auch diese Erwiderung ist dem Wortlaute nach noch ausweichend. Aber die Aussicht auf die positive Zusage schimmert schon sehr deutlich herdurch, sobald nur die Vorbedingung in greifbarer Form vorliegt, nämlich die Thatsache der Verufung eines französischen Prinzen. Es lag also in der Antwort zugleich für Portocarrero indirect die Mahnung zu handeln.

Wie vorsichtig dennoch auch dabei wieder Ludwig XIV. gehandelt, wird sich erst später klar herausstellen.

Dagegen mochte für den Erlaß dieser Antwort bei Ludwig XIV. einerseits mit beigetragen haben eine Meldung Blecourts vom 12. August, daß Carl II. an einem abermaligen Krankheitsanfälle danieder liege ²⁾. Andererseits wirkte unzweifelhaft mit die Wahrnehmung, daß in Spanien sich eine regere Thätigkeit als zuvor für die Sache des Kaisers kund gab, und zwar dies Mal hauptsächlich auf Betrieb der Königin Maria Anna.

Wir erinnern uns, daß der Kaiser seit Jahren zweierlei von dem Königspaare in Madrid hoffte und erwartete: eine ausdrückliche Willenserklärung des Königs zu Gunsten des Erzherzogs Carl und die Wehrhaftmachung Spaniens.

Die Geneigtheit in der ersteren Beziehung war durch den Herzog Moles in Wien schriftlich und mündlich zur Kunde des Kaiserpaares gebracht. Die Gegenforderung Carls II., daß der Erzherzog nach Spanien gesandt werde, hatte der Kaiser wenigstens nicht abgelehnt. Wie bereits erwähnt, werden wir bemerken, daß Carl II. bis zuletzt an dieser Hoffnung hielt.

Aber auch in Betreff des anderen Punctes hatte der Kaiser eine bestimmte Zusage erhalten. Da auf die Willigkeit des spanischen Staatsrathes die Mittel zum Zwecke der Bewaffnung Spaniens zu beschaffen, nicht gerechnet werden konnte: so war die Königin bedacht, diese Mittel zu finden durch einen Autoritäts-Beschluß des Königs.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 256.

²⁾ A. a. O. p. 252.

Blecourt berichtet, daß Maria Anna einen besonderen Rath um sich gebildet, bestehend aus dem Staats-Secretär Ubilla und dem Kapuziner Gabriel. Aber mindestens eben so wichtig war Reganez, der frühere Statthalter von Mailand. Auf den Rath dieser Persönlichkeiten erwirkte die Königin bei dem Gemahle den Beschluß, eine lange Reihe von Pensionen für Ein Jahr zu suspendiren, und durch die so verfügbaren Mittel zunächst Catalonien in Vertheidigungsstand zu setzen.

Der Kaiser vernahm das gern. Er versprach seine zwei Regimenter in Catalonien wieder aufzurichten. Er verhiess ferner, 30,000 Mann für Italien in Bereitschaft zu halten, nicht um einen Krieg anzufangen, sondern um die Länder dort gegen jeden ungerechten Angriff zu schützen. Er ließ seine Befriedigung darüber aussprechen, daß der König die Statthalter in Mailand, Neapel und Sicilien auf seine Hülfe angewiesen ¹⁾.

Während der Kaiser so sich nach Spanien hin fund gab, erging zugleich an die Theilungsmächte seine Antwort auf den Vertrag. Denn mit dem 18. August lief der Termin der drei Monate für seine Entscheidung in Betreff des Vertrages zu Ende. Im Auftrage des Kaisers begab sich daher der ältere Graf Harrach zu dem französischen Botschafter Villars, und dann zu dem Holländer Hop. Er eröffnete ihnen, daß der Kaiser, in Betracht der Herstellung des Königs von Spanien, in Betracht seines Lebensalters, welches ihm die Hoffnung auf eigene Descendenz gewähre, es nicht geziemend erachte, namentlich für ihn als den Oheim, über das Erbe seines Neffen zu verfügen. Der Kaiser hoffe, diese Antwort werde die friedlichen Beziehungen mit Frankreich nicht stören, der König werde auch nicht zur Ernennung eines Dritten schreiten, weil das die Dinge nur noch mehr verwirren würde. Sollte der Todesfall in Spanien eintreten, so halte der Kaiser sich für erbberechtigt, und, im Falle des Aussterbens seines Mannsstammes, den Herzog von Savoyen, gemäß dem Testamente Philipps IV. ²⁾.

Die Antwort erregte in besonderer Weise das Nachdenken Wilhelms III. „Man sollte danach meinen, sagte er zu Heinsius, daß

¹⁾ Aus der Instruction für den Grafen Auersperg, vom 25. August. Sie ist abgedruckt bei Gaedele Bd. II, S. 130*.

²⁾ Grimblot t. II, p. 430. Bericht Suttons vom 18. August.

die kaiserlichen Minister den Inhalt des geheimen Artikels kennen“ ¹⁾. Wir erinnern uns, daß der geheime Artikel namentlich die Bestimmung enthielt, daß ungeachtet jenes Termines von drei Monaten dem Kaiser noch zwei Monate lang nach dem Tode des Königs von Spanien der Beitritt zu dem Theilungsvertrage offen stehen solle. Jene Meinung des Königs Wilhelm III. war jedoch nicht begründet. Weder die Meldungen der kaiserlichen Gesandten nach Wien, noch die Protokolle der Berathungen dort, lassen eine Spur einer solchen Bekanntschaft ersehen. Andererseits reichte die Zahl der Mitwiffer des geheimen Artikels nicht hinaus über die beiden Könige von England und Frankreich, den Rathspensionär Heinsius, Portland, Tallard, und vielleicht Torch, und auf beiden Seiten geboten je die verschiedenen Interessen gerade über diesen Artikel tiefes Schweigen. — Eher dürfte man annehmen, daß der Kaiser und seine Rätthe vermuthet haben, Wilhelm III. werde sich doch nicht völlig und unbedingt in die Hände Ludwigs XIV. gegeben haben.

Wie der Kaiser mit großer Befriedigung die Thätigkeit der Königin Maria Anna in Madrid wahrnahm, so ward auch Wilhelm III. durch dieselbe damals angenehm berührt. Es leuchtete der Königin und ihren Rathgebern ein, wie wichtig es war, den diplomatischen Verkehr mit dem Könige von England herzustellen. Aber bisher stand die Forderung Wilhelms III. entgegen, daß ihm als dem Beleidigten die Genugthuung gebühre, zuerst den holländischen Residenten Schonenberg hergestellt zu sehen. Die Sache war Jahre lange als Ehrenpunct behandelt, in welchem man beiderseitig nicht nachgeben könne. Mit Erstaunen ward daher im Anfange August zu Madrid die Kunde vernommen, daß Schonenberg zur Privat-Audienz bei Carl II. zugelassen sei, und daß eine öffentliche Audienz bald folgen werde. Die Angelegenheit des Marquis Canales ward als vergessen betrachtet. Ein neuer Botschafter, hieß es, solle für England ernannt werden. Quiros erhielt Befehl, sich von Brüssel auf seinen früheren Posten im Haag zu begeben. In der diplomatischen Welt ward es aller Orten kund, daß lediglich die Königin Maria Anna diesen Umschwung zu Wege gebracht ²⁾.

¹⁾ Grimblot t. II, p. 433. Vom 26. August.

²⁾ Man vergleiche den Bericht Manchesters vom 11. August, bei Grimblot t. II, p. 428. - Jerner Hippeau t. II, p. 249.

Ludwig XIV. verhehlte vor Blecourt nicht seinen Verdruß darüber. „Die Beilegung dieser Differenz, meinte er, sei geschehen in wenig ehrenhafter Weise für die Krone Spanien“ ¹⁾. Es sei das Werk von Veganez, meinte er, der dadurch einen Weg eröffnen wolle, um leichter mit den Seemächten zu verhandeln.

Dies mochte richtig sein. Eben so wenig erfreulich erklang in Versailles jene andere Nachricht, daß eine Reihe von Pensionen für Ein Jahr lang zurückgehalten werden sollte, zum Zwecke der Errichtung einer Armee in Catalonien. Torcy bemerkte dem Botschafter Castel dos Rios: das gäbe eine beträchtliche Macht, die Eifersucht erwecken könnte, namentlich wenn man fremde Truppen werbe. Castel dos Rios erwiederte: „Wir haben lange genug den Spott Europas über unsere schlechte Kriegsverfassung tragen müssen, und am Ende ist doch ein Jeder Herr in seinem eigenen Hause“ ²⁾.

Ganz besonders aber erregt wurde Ludwig XIV. durch die Kunde, die auch ihm, nicht von Blecourt, sondern von anderer Seite her gekommen war, daß die Statthalter von Mailand, Neapel und Sicilien vom Könige Carl II. Befehl erhalten hatten, im Falle des Einmarsches von kaiserlichen Truppen sie aufzunehmen. Er war der Ansicht, daß Carl II. so gehandelt habe ohne Vorwissen des Staatsrathes. Er gab Blecourt den Auftrag, sich zu äußern, als sei das ein Friedensbruch ³⁾. Ludwig XIV. setzte zugleich seine Bundesgenossen in Kenntniß und forderte zu gemeinsamen Erklärungen auf. Wilhelm III. erging sich in einigen Worten des Unmuthes über die Hast und den Hochmuth der Franzosen ⁴⁾. Dann jedoch gaben er und Heinsius nach, nicht erkennend, daß der eigentliche und wesentliche Zweck Ludwigs XIV. dabei abermals nicht war, für den Theilungsvertrag zu wirken, sondern durch seine Drohungen die Spanier in das für sie bereit gehaltene Netz zu scheuchen. Auf die Zustimmung der anderen beiden Mächte zur Abmahnung an Spanien ließ Ludwig XIV. in Paris eine Denkschrift abfassen, die dann Blecourt in Madrid nur

¹⁾ Hippeau t. II, p. 256.

²⁾ Grimblot t. II, p. 432. Vom 20. August.

³⁾ Hippeau t. II, p. 258.

⁴⁾ Grimblot t. II, p. 433. Wilhelm III. an Heinsius, 21. August.

zu überreichen hatte. Wir werden diese Denkschrift in Anlaß der Uebergabe später zu vernehmen haben.

Zunächst ist es wichtig uns die bereits angedeutete Vorsicht Ludwigs XIV. klar zu machen, die er namentlich gegenüber der Königin Maria Anna beobachten zu müssen glaubte.

Daß das Gefühl sich vergeblich an Frankreich erboten zu haben und mit diesem Erbieten hingehalten worden zu sein, bis Ludwig XIV. des Erbietens nicht mehr zu bedürfen glaubte, die Königin Maria Anna zu seiner eifrigsten Widersacherin in Spanien stempelte, ist menschlich natürlich. Daß sie den wahren Plan Ludwigs XIV. längst durchschaute, ist sehr wahrscheinlich. Daß Ludwig XIV. jedenfalls dies annahm, ergibt sich aus seiner Antwort an Blecourt auf die oben berichteten Reden des Herzogs von Medina Sidonia. Die Anfrage, welche gerade dieser Herzog dem Gesandten hatte stellen lassen, ob nämlich Ludwig XIV. die Berufung eines seiner Enkel nach Spanien annehmen werde, — die Anfrage also, welche Blecourt im guten Glauben als diejenige des spanischen Staatsrathes angesehen hatte, kam jenem Könige verdächtiger vor als irgend eine der früheren Reden. „Es ist bekannt, erwiedert er dem Blecourt, daß der Herzog von Medina Sidonia viele Gnaden von der Königin empfangen hat, darum mehr als ein Anderer dieser Fürstin zugethan sein muß. Es ist demnach leicht zu vermuthen, daß er seine Anfrage in der Absicht gestellt hat, um, je nach der Antwort, öffentlich zu verkünden, entweder daß ich die Anerbietungen der spanischen Nation gering schätze, und daß demnach ihr keine andere Zuflucht bleibe als zu dem Kaiser, oder daß ich, durch die Annahme dieser Erbietungen, meinem Vertrage mit dem Könige von England und den Generalstaaten zuwider handele“¹⁾.

Ludwig XIV. sieht also in jener Anfrage des Herzogs Medina Sidonia einen Fallstrick, den die Königin ihm lege. Es ist von Interesse, diese Besorgnis näher ins Auge zu fassen.

Man könnte nämlich die Frage aufwerfen, ob Ludwig XIV. hier in Betreff der Königin nicht allzu argwöhnisch gewesen sei. Die Frage wird sich leichter erledigen, wenn wir eine Thatsache heranziehen, die Ludwig XIV. bei jener Antwort an Blecourt noch nicht kannte.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 261. Vom 30. August.

In denselben Tagen nämlich erschien Medina Sidonia abermals bei der Frau Daguirre, um durch sie eine Meldung an Blecourt zu bringen. Der König von Spanien, sagte Medina Sidonia, habe in vertraulichem Gespräche ihm eröffnet, daß er sich gern dem Gutachten des Staatsrathes fügen und einen französischen Prinzen zum Nachfolger ernennen würde. Nur könne er sich nicht entschließen ihn nach Spanien kommen zu lassen. Denn dies würde ihn in seinem Frieden stören, würde ihn in Gefahr bringen, von seinen Vasallen insultirt zu werden. Wenn er daher einen französischen Prinzen ernenne, so müsse dieser doch in Frankreich bleiben. Auch werde er, König Carl II., gern die Rathschläge des Königs von Frankreich für seine Regierung annehmen, sie befolgen und durch seinen Staatsrath ausführen lassen ¹⁾.

Die Rede kam dem Blecourt auffallend vor. Er berichtet sie mit Hinzufügung seiner Kritik. „Es ist möglich, sagt er, daß die Gutachten der Bischöfe auf den König eingewirkt haben. Andererseits entspricht es dem Dienste Ew. Majestät, daß Sie den Charakter des Königs von Spanien kennen, und darum sage ich, was ich in einem anderen Falle nicht sagen würde, nämlich daß der König von Spanien eine große Freude daran hat, Jemanden irre zu führen, wer immer es sei.“ „Indessen, fährt Blecourt dann doch wieder fort, der Staatsrath hält beständig fest an der Meinung, den König von Spanien dahin bringen zu können, einen unserer Prinzen zu ernennen, wenn Ew. Majestät einwilligten, daß es geschieht für das gesammte spanische Erbe“ ²⁾.

Jene Rede, welche Carl II. nach dem Berichte des Herzogs von Medina Sidonia ihm gehalten haben soll, ist so wenig vereinbar mit den anderen Äußerungen Carls II. vorher und nachher, ferner so wenig mit dem gleichzeitigen Handeln, so lange er die Freiheit desselben besaß, daß hier nur die Annahme einer Fiction des Herzogs Medina Sidonia übrig bleibt, und zwar dann einer Fiction im Dienste der Königin Maria Anna, zu dem Zwecke, um von Ludwig XIV. eine Erklärung zu erwirken, die es in die Hand der

¹⁾ Hippeau t. II, p. 257. Vom 24. August.

²⁾ A. a. O. p. 258.

Königin gab sein unwahres Spiel aufzudecken. Es ist weiter wahrscheinlich, daß Maria Anna dabei zunächst an den König Wilhelm III. gedacht habe. So schlau indessen diese Falle gelegt sein mochte, wir haben aus dem Urtheile Ludwigs XIV. über den ersten Versuch dieser Art ersehen, daß er gleich damals die Falle als solche erkannte und sich weigerte hinein zu gehen. Um so weniger noch ließ er sich ein auf die zweite.

Demgemäß billigt Ludwig XIV., daß Blecourt auf die ersten Reden Medina Sidonias eine ausweichende Antwort gegeben; jedoch soll er die damals gestellte Gegenfrage nicht erneuern. Das Anerbieten von spanischer Seite zu einer Zeit, wo die Aufrichtigkeit des Königs von England und der Republik Holland in ihrem ganzen Verhalten zu Tage liege, würde ihn in Verlegenheit bringen ¹⁾.

Ludwig XIV. will demnach die Maske des Theilungsvertrages nicht völlig fallen lassen vor dem Tode des Königs von Spanien. Auch so glaubt er des Cardinals Portocarrero sicher sein zu dürfen. Wir werden zu beobachten haben, wie auch dieser Spanier seine Maske trägt.

Der Krankheitsanfall des Königs Carl II. vom 12. August war vorübergehend. Einige Tage später erbat sich der Graf Harrach Audienz, um den Dank des Kaisers für die guten Versicherungen des Königs auszusprechen, namentlich, daß er Catalonien in wehrhaften Stand setzen wolle. „Nicht bloß um Catalonien handelt es sich, fiel Carl II. ein, sondern um alle Grenzländer. Auch eine Kriegesflotte soll beschafft werden. Es geht nur nicht so schnell wie ich wünsche“ ²⁾.

Anderß schon lauteten die Antworten der Königin auf den Dank Harrachs. Sie erging sich in heftigen Klagen über den Cardinal Portocarrero. Er rede zu dem Könige immer als stehe alles verzweifelt. Er behandle sie selber und den König wie Kinder. Er verlange die Entlassung des Landgrafen Georg und des Prinzen

¹⁾ Hippeau t. II, p. 261. Vom 30. August.

²⁾ Harrachs Bericht vom 26. August. Diese letzten wichtigen Berichte Harrachs finden sich nicht unter den Hispanicis des I. I. Archivs, sind dagegen in lateinischer Uebersetzung dort vorhanden unter den Handschriften. Man vergleiche in Böhm's Katalog (Supplementheft S. 84) die Sammlung von Carlstroon Bd. 12.

Baudemont: wo nicht, gebe er alles verloren. Sie hat: der Kaiser möge dem Landgrafen befehlen, um seine Entlassung einzukommen.

Dann begab sich Harrach zu dem Cardinal. Ganz anders wieder lautete dessen Rede. Es sei, sagte er, weder von dem Könige, noch der Königin etwas zu hoffen. Drei Monate seien verflossen seit der Verkündigung des Theilungsvertrages, und noch sei alles in demselben traurigen Stande wie damals. Harrach wandte ein, daß ja doch die Pensionen sistirt seien. „Allerdings, erwiederte der Cardinal, ist das von Seiten des Königs ein großer Entschluß. Aber sehen Sie den Erfolg. Es haben darauf bisher nicht 100,000 Thaler Vorschuß erlangt werden können. Glauben Sie, daß Frankreich warten wird, bis unsere Cassen sich füllen?“

Da wir Spätere einblicken in das Verhalten Portocarreros nach der französischen Seite, welches dem Botschafter Harrach nicht offen lag: so ergibt sich, daß der Cardinal sich nach der kaiserlichen Seite hin für sein Thun den Vorwand der Nothwendigkeit zu bereiten suchte. Es fragt sich dann nur um seinen Antheil an der Herbeiführung dieser Zwangslage.

Harrach wußte eben so wenig wie die Spanier um den Hauptzweck der Sendung von Moles. Er konnte nach Wien nur berichten, daß das königliche Paar sehulichst einer Antwort von dort harre.

Der Staats-Secretär Ubilla benahm sich nicht wie der Cardinal. Er hatte dem Könige den Verzicht auf seine Besoldungen für ein Jahr angeboten, der König dies Erbieten angenommen. Er sagte dem Grafen Harrach, daß an alle Collegien der Befehl ergangen sei, den Betrag, welcher sich aus der Sistirung der Jahrgelder ergebe, vorher aufzunehmen und einzusenden. Niemand solle fortan zwei Besoldungen beziehen. Bereits sei die Aufforderung an die Geistlichkeit ergangen, eine freiwillige Beisteuer einzuliefern. Da die Krieges-Junta, die sich bei dem Cardinal versammelte, bisher nichts beschlossen: so habe der König aus sich verfügt, daß Kriegsschiffe in Holland angekauft würden. Er wolle die Zahl auf sechzig bringen. Er habe für die Herstellung der Werke von Barcelona und Gerona 30,000 Dublonen hingeschickt. Es solle dort ein Heer errichtet werden zunächst von 14,000 Mann, im Winter zu vervollständigen.

So die Hoffnungen Ubillas am 26. August. Waren sie begründet? Wir werden die Antwort aus den eigenen Aeußerungen der Betheiligten vernehmen.

Es mochten Harrach selber einige Zweifel an den Hoffnungen Ubillas aufgestiegen sein. Einige Tage später trat er abermals zu dem Könige und mahnte an die Bewaffnung. Carl II. erwiederte: „Es geschieht was möglich“. Harrach begab sich zu der Königin. Sie erwiederte, daß sie nichts unterlasse, täglich mahne. Aber der Cardinal hindere alles, stelle jeden Vorschlag hin als undurchführbar. Sie brach dann in die heftigsten Klagen wider den Cardinal aus. Ihm allein falle es zur Last, wenn alles verloren gehe. Harrach versuchte einige Worte der Entschuldigung für den Cardinal. Die Königin ließ sie nicht gelten.

Harrach begab sich zu dem Cardinal und überreichte das kaiserliche Handschreiben, dessen wir gedacht haben. Portocarrero nahm es entgegen mit vielfachen Bethenerungen seiner getreuen Ergebenheit für den Kaiser. Darum, fuhr er fort, schmerze ihn nichts so tief, als daß von dem Könige und der Königin nichts Gutes zu hoffen, so daß ohne ein Wunder die Monarchie vom Untergange nicht zu retten sei. Vom Könige sei nichts zu erlangen, kein Beschluß werde ausgeführt. Die Königin sinne auf nichts Anderes als ihren Creaturen Aemter zu verschaffen und ihre Tage in Wohlgefallen hinzubringen. Was zur Erhaltung der Monarchie erforderlich, werde alles vernachlässigt ¹⁾.

Der Widerspruch in den Aeußerungen der Königin und des Cardinals liegt handgreiflich vor. Eben so klar indessen auch die Doppelzüngigkeit des Cardinals, je nachdem er seine Rede richtet an Harrach oder Blecourt. Ferner forderte das eigene Interesse der Königin, daß Spanien in wehrhaften Stand gesetzt wurde. Darum haben ihre Worte den besser begründeten Anspruch auf Glaubwürdigkeit.

Dennoch muß der Schein in mancher Beziehung für die Behauptung des Cardinals Portocarrero gesprochen haben. Denn auch Veganez, dessen kaiserliche Gesinnung außer allem Zweifel steht, klagte

¹⁾ Harrachs Bericht vom 10. September.

in herben Worten über den König und die Königin. Man habe ihm die Militärsachen übertragen; aber er könne nichts durchsetzen. Von Mitgliedern des Staatsrathes werde ihm vorgehalten: er müsse doch selbst anerkennen, daß der Beschluß vom Juni für einen französischen Prinzen nicht schlecht sei. Sie hätten wie in einem Spiegel vorausgeschaut, daß der König nichts thun, die Königin nur hindern werde.

Aber Veganez, als verwandt und befreundet mit dem Cardinal, muß als unter seinem Einflusse stehend betrachtet werden.

Harrach begab sich zu Mansera. Dieser erwiderte: „Was endlich der König im Sinne hat, ist uns im Staatsrathe nicht bekannt. Er theilt es uns nicht mit. Sie kennen aber genug die Beschaffenheit der Regierung des Königs, um zu wissen, daß keine Hoffnung mehr übrig ist die Monarchie zu erhalten. Ich bin ein treuer Diener des Kaiserhauses und beklage den Gang der Dinge noch mehr aus Neigung als aus Pflicht“.

Im gleichen Sinne erwiderte der alte Del Fresno: „Wenn der König uns im Staatsrathe nur seinen Willen offenbarte: ich würde alles aufbieten, daß die Monarchie beim Hause Oesterreich bliebe. Aber er schweigt.“

Ausführlicher erging sich der Graf Aguilar. „Sie sehen, sagte er zu Harrach, wie übel alles hier geführt wird, so daß ein glücklicher Ausgang nicht mehr zu hoffen. Der König ist furchtsam, ohne Entschluß, und sein Hang zur Kleinmüthigkeit wird noch genährt durch den Cardinal, der ihm beständig vorredet von dem Untergange der Monarchie und von der Nothwendigkeit die Günstlinge der Königin zu beseitigen. Es besteht kein Vertrauen zwischen dem Königspaaire und dem Staatsrathe. Aber auch die Personen, welche der König heranzieht, sind unzureichend. Veganez unternimmt mehr als er kann, und verdirbt die Dinge durch seine Maßlosigkeit. Der Cardinal, auch wenn er wollte, vermöchte nichts, weil seine Einsicht zu gering, und weil er nicht das Herz hat etwas Großes zu unternehmen. Urbilla ist sehr wenig befähigt. Diejenigen, welche vom Könige und der Königin befragt werden, sind nicht im Stande ihnen einen guten Rath zu ertheilen: in Wirklichkeit aber hat das Paar zu Niemandem ein rechtes Vertrauen. Das Volk klagt über die Minister, und die Minister über den König. Ich habe dies dem Könige angedeutet,

habe offen zu ihm gesagt: Wenn Ew. Majestät nicht bald die nothwendigen Entschlüsse fassen: so erwächst die Gefahr, daß Sie eines Tages von Ihren Ministern und Ihrem Volke verlassen dastehen. — Seitdem vermeidet der König mit mir zu reden. Wenn diejenigen, mit denen er sich einläßt, ihm etwas Wahres sagen, so ist es, daß die Monarchie verloren gehe; aber ein Mittel wie dem abzuhelpen, weiß ihm Keiner anzugeben. Erwägt man dabei des Königs Naturell, so ist leicht zu erachten, was Gutes man zu erwarten hat. Deshalb beharrt der Staatsrath bei seinem Gutachten vom Juni, zumal da der König sich Keinem von ihnen eröffnet. Die Königin ihrerseits hat auch zu den kaiserlich Gesinnten kein Vertrauen. Sie gibt nicht kund, daß sie einen Werth auf diese Gesinnung lege. Ich selbst habe dies erfahren, da ich nach jener bekannten Sitzung des Staatsrathes keine Audienz bei ihr habe erlangen können.“ Wir erinnern uns, daß Aguilar damals ganz allein dem Votum zu Gunsten eines französischen Prinzen nicht zugestimmt hatte. Er fuhr fort: „Die dem Kaiser abgeneigte Partei sprengt aus: er oder seine Rätthe gedenken nur Italien zu erlangen, und der Theilungsvertrag finde in Wien nur darum keine Zustimmung, weil Mailand darin nicht dem Kaiser zufalle. Der Kaiser kümmerge sich nicht um die gesammte Monarchie: er beabsichtige im Grunde nur eine andere Theilung. — Ich halte entgegen, daß, wenn man hier nichts thue, der Kaiser nicht vermöge die gesammte Monarchie zu retten. Wenn der Kaiser Italien schütze, für Belgien wache, am Rheine die Franzosen beschäftige: so leiste er sehr viel. Spanien habe dann für sich selber zu sorgen. Daß dies der Wunsch des Kaisers, wissen der König und die Minister“.

Aehnlich redete San Estevan. Von besonderer Wichtigkeit sind jedoch die Aeußerungen des königlichen Beichtvaters, des Dominicaners de las Torres, namentlich, weil er sich nach der Katastrophe als ein Mann von Muth und Charakter bewährte. Er maß die Schuld des traurigen Zustandes der Dinge wesentlich dem Cardinale Portocarrero und dem Staatsrathe bei. Wenn der König einmal etwas Heiljames beschließe, sagte Torres, so komme irgend Jemand, um die Ausführung zu hindern. Es scheine, als treibe ein böser Geist sein Spiel ¹⁾.

¹⁾ Parrachs Bericht vom 10. September.

Besonders merkwürdig ist, daß in allen diesen ausführlichen Reden, auch denen, welche den Cardinal anklagen, der Verdacht seiner heimlichen Collusion mit Blecourt nicht sichtbar wird. Der durchgehende Zug dagegen ist das Bewußtsein der Hülflosigkeit gegenüber Frankreich und die daraus erwachsende Furcht.

Unter diese furchtbewegten Menschen fiel nun in denselben Tagen die Denkschrift, durch welche Ludwig XIV. Protest erhob wider die nach Mailand und Neapel erlassenen Befehle Carls II. Die Schrift, abgefaßt in Paris am 30. August, befand sich in den Händen Blecourts am 9. September.

Der König von Frankreich, heißt es in dieser Denkschrift, hält sich für überzeugt, daß der König von Spanien sich an sein wiederholtes Versprechen erinnert, keinen Entschluß zu fassen, der den allgemeinen Frieden stören würde. Der König von Frankreich erwartet, daß der König von Spanien dies Versprechen pünctlich ausführt. Wegen dieses Vertrauens auf das Wort des Königs von Spanien kann der König von Frankreich nur schwer dem allgemein verbreiteten Gerüchte Glauben beimessen, daß der König von Spanien Befehle gegeben habe, kaiserliche Truppen in Mailand, Neapel und Sicilien aufzunehmen. Sollte jedoch dies Gerücht sich bewahrheiten: so weist der König von Frankreich, in der Voraussicht des davon kommenden Unheils, um des Friedens willen darauf hin, daß er alle geeigneten Mittel anwenden wird, um sich zu widersetzen. Die Mächte England und Holland werden darin ihm zur Seite stehen. Sie werden sämmtlich niemals dulden, daß der Kaiser, unter was immer für einem Vorwande, Truppen einlege in irgend ein Land der spanischen Monarchie ¹⁾).

Wilhelm III. und die Republik hatten im allgemeinen ihre Zustimmung zu einer solchen Mahnung an den König von Spanien gegeben. Daß sie diesem Actenstücke, obwohl es auch in ihrem Namen redet, vorher zugestimmt haben, ist nicht zu erkennen.

Blecourt hatte den Auftrag, nicht erst eine Audienz abzuwarten, sondern, da keine Zeit zu verlieren, das Schriftstück dem Staats-Secretär Ubilla zu übergeben, eben so dann aber auch dem Cardinal

¹⁾ Hippéau t. II, p. 262.

Portocarrero und jedem Mitgliede des Staatsrathes je eine Abschrift einzuhandigen, überhaupt die Sache möglichst zu verbreiten. „Denn man soll wissen, sagt Ludwig XIV., daß ich nicht ruhig leiden werde, daß der katholische König bei Lebzeiten über seine Länder verfügt, zum Nachtheile seiner rechtmäßigen Erben und der Maßregeln, die ich für die Erhaltung des Friedens getroffen.“ „Ich habe Grund zu glauben, fügt er hinzu, daß die Furcht der Spanier den Ansprüchen des Kaisers ein erhebliches Hindernis in den Weg stellen wird. Die neue Krankheit des Königs steigert diese Furcht. Mag auch der Anfall wieder nachgelassen haben: so haben doch alle großen Krankheiten des Königs in dieser Art begonnen, und auf sein Leben ist nicht mehr zu bauen“ ¹⁾.

Der Scharfblick in der Berechnung dieses Königs zwingt zum Staunen, nicht freilich zu einer anderen Anerkennung.

Denn allerdings hatte er die Mitglieder des spanischen Staatsrathes an dem Maßstabe der Furcht, die er ihnen zutraute, richtig abgemessen. Blecourt meldete, daß auf den Empfang jener Denkschrift mehrere dieser Mitglieder ihm hatten kund thun lassen: sie seien unschuldig an den Befehlen ihres Königs. — Es gab noch eine andere Manifestation, die dem Blecourt nicht zur Kunde kam. Im Namen des Staatsrathes überreichte der Cardinal Portocarrero dem kaiserlichen Botschafter Harrach eine Denkschrift, mit der Bitte sie dem Kaiser einzusenden. In dieser Denkschrift hieß es: Spanien zunächst sei einem Angriffe ausgesetzt. Da es von allen Mitteln zur Vertheidigung entblößt: so müsse unvermeidlich der Untergang erfolgen. Indem der Staatsrath dies vorher sehe, sei er bedacht um ein Mittel zur Abhülfe. Ueber dieses Mittel sprach dann freilich die Schrift sich nicht aus.

Harrach nahm die Schrift an und legte sie seinem Berichte an den Kaiser bei. Er fügte seinen Zweifel hinzu, da Sinzendorf aus Paris von einer nahen Gefahr solcher Art nichts melde ²⁾.

Es kam für Blecourt hauptsächlich darauf an, welche Wirkung die drohende Denkschrift seines Königs auf den Cardinal üben würde.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 261. Die Schrift datirt vom 30. August, gelangte an Blecourt am 9. September.

²⁾ Bericht vom 10. September.

Er begab sich zu ihm. Portocarrero erwiederte: er wisse nichts von den Befehlen seines Königs nach Italien. Das Vertrauen desselben zu ihm, durchweg höher als zu Anderen, wechsele jedoch, und die Königin stoße alles wieder um was er aufrichte. Er beharre immer in derselben Gesinnung für den König von Frankreich. — Sein Verhalten machte auf Blecourt den Eindruck, daß er eine günstige Zeit abwarte. Dennoch stieg in Blecourt einige Besorgnis auf. Er kleidete sie in die Mahnung an Ludwig XIV.: „Wenn Ew. Majestät voraussehen, daß mit der Zeit irgend eine Veränderung in dem Stande der Dinge eintreten könnte: so dürfte es gut sein die Spanier in der Hoffnung zu belassen, daß Ew. Majestät geneigt sein würden, das Anerbieten für einen Ihrer Enkel anzunehmen. Denn nichts ergreift sie so sehr als die Verachtung, die man nach ihrer Ansicht durch den Theilungsvertrag wider sie an den Tag legt. Ich habe dies, gemäß dem Briefe Ew. Majestät, dem Cardinale zu verstehen gegeben, um ihn in der Hoffnung zu erhalten“¹⁾).

Nach den Mittheilungen Blecourts vermeinte Ludwig XIV. damals erwarten zu dürfen, daß der Botschafter Castel dos Rios in Versailles den Auftrag erhalten werde seine Gesinnung zu erforschen, im Falle der König von Spanien sich erbiere einen der Söhne des Dauphins zum Nachfolger zu ernennen. Eine solche Anfrage erfolgte nicht²⁾. Wenn Ludwig XIV. darauf gerechnet hat, daß seine drohende Denkschrift auf Carl II. eine ähnliche Wirkung hervorbringen werde wie auf viele Mitglieder seines Staatsrathes: so schlug diese Berechnung fehl. Die Wirkung war entgegengesetzt. Carl II. besaß noch die Kraft des Widerstandes. Noch einmal hob sich der König in ihm empor.

Carl II. ließ den Staatsrath berufen. In seinem Auftrage verlas Ubilla ein Decret des Inhalts: Der König verwirft den Theilungsvertrag. Er will beharren in beständiger Einigung und Gemeinschaft mit dem Kaiser: darum auch kann er dem Gutachten des Staatsrathes vom 6. Juni nicht seine Zustimmung geben³⁾.

¹⁾ Hippeau t. II, p. 267. Vom 10. September.

²⁾ A. a. O. p. 272. Vom 19. September.

³⁾ Bericht Harrachs vom 24. September. Verum etiam cum S. V. C. M^{te} in perpetua unione et nexu permansurum.

Blecourt erhielt noch am selben Tage die Nachricht. Er fügte seiner Meldung an Ludwig XIV. seine Kritik hinzu: „Ew. Majestät sehen daraus seinen bösen Willen“. Indessen mußte er auch zu berichten, daß das Decret im Staatsrathe starken Widerspruch hervorgerufen hatte ¹⁾.

Der Führer dieses Widerstandes war der Cardinal Portocarrero. Er erging sich in einer scharfen Kritik der Regierungsweise des Königs, und erklärte, daß er bei dem Beschlusse vom 6. Juni beharre. Die Mehrzahl stimmte bei. Medina Sidonia erwiederte, daß es die Pflicht des Staatsrathes sei, das Decret zu respectiren, und daß er für seine Person bereit sei für die Ausführung des königlichen Willens thätig zu sein. Eben so redeten Aguilar und Fuensalida ²⁾.

Bis dahin war der Cardinal Portocarrero noch niemals so offen hervorgetreten. Der kaiserliche Botschafter eilte hin, um ihn zur Rede zu stellen, wie ein solches Verhalten stimme mit seinen neulichen Versicherungen. Der Cardinal betheuerte abermals, daß er ein treuer Anhänger des Kaisers und des Hauses Oesterreich sei. Nicht dem Wunsche und Willen des Königs mit dem Kaiser geeint zu bleiben widerstrebe er. Es sei vielmehr sein Wunsch, daß die spanische Monarchie für immer in dem Hause Oesterreich bleibe, und dafür werde er gern nach allen Kräften arbeiten. Seine Kritik betreffe das Verhalten des Königs, der nichts dafür thue den Gedanken zur Ausführung zu bringen. Dem Könige wie der Königin, wenn nur sie in Ruhe und Frieden, liege nichts daran was nach ihnen komme, ob auch dann die Monarchie dem Untergange gewidmet werde. Er versicherte, daß eben so wie er, auch die anderen Mitglieder des Staatsrathes nichts sehnlicher wünschten, als die Erhaltung der Monarchie im Hause Oesterreich. Allein, wenn der König keine Armee errichte, wenn er nur darauf ausgehe seine Minister zu täuschen und irre zu führen: so sei alles rettungslos verloren. Der König verheimliche ihm und den anderen Ministern viele Dinge, berede diese dann mit unfähigen Personen und führe dennoch nichts aus. Ein Beispiel dessen sei Veganez, den der König beauftragt seine Entwürfe für die Vertheidigung

¹⁾ Hippeau t. II, p. 268.

²⁾ Bericht Harrachs, vom 21. September.

von Catalonien, Navarra und Estremadura einzureichen, und der nun keine Antwort erhalte. In ähnlichen Klagen erging sich Portocarrero gegen die Königin. Er erneuerte dann seine Bethenerungen für das Kaiserhaus. Er wünschte, daß die alte treue Freundschaft beider Linien gepflegt werde wie zu den Zeiten der Väter. Aber er fürchte daß, da nun Frankreich auf die wohlmeinende Antwort des Kaisers vom 18. August nichts unternehmen dürfe, auch hier alles im Zustande der Wehrlosigkeit verbleibe, und darum beim Tode des Königs Spanien den Portugiesen und den Mauren zur Beute offen liege ¹⁾.

Die heuchlerische Rede brachte den kaiserlichen Botschafter dahin, daß er dem falschen Manne Muth einsprach, ihn hat nicht zu verzweifeln, sondern auf den König einzuwirken, damit er sein dem Kaiser gegebenes Versprechen auch ausführe. Der Cardinal sagte zu ²⁾.

Wenn es scheint, daß der Graf Harrach allzu leicht seinen Zweifel habe schwinden lassen: so muß erwähnt werden, daß auch Peganez bei Harrach für den Cardinal eintrat. Die Sache ist von besonderer Wichtigkeit, weil demgemäß der Kaiser nicht zur Klarheit darüber kommen konnte, wessen er sich von dem Cardinale zu versehen, noch weniger was er gegen ihn zu thun habe.

Harrach begab sich dann zu dem Könige, um die Antwort des Kaisers an die Theilungsmächte in offizieller Form zu überreichen. Der König erwiederte: „Ich kenne die Antwort bereits. Aber warum bleibt der schon zweimal verheißene Courier aus? Ich erwarte ihn mit Sehnsucht; denn ich muß die Antwort und Meinung des Kaisers über einige Dinge wissen“.

Der Sachlage nach setzte demnach der unglückliche König Carl II. seine Hoffnung in eine zusagende Antwort des Kaisers auf die Werbung von Moles. Da die Hoffnung sich nicht erfüllt hat, so liegt die Erörterung der Consequenzen, die sich an die Erfüllung geknüpft haben würden, hinaus über die Grenzen der Geschichtschreibung. Sie hat nur die Thatfache zu constatiren, daß Carl II. damals und auch ferner noch in dieser Hoffnung lebte, so wie auf die andere hinzuweisen, daß und zu welchem Zwecke die Kriegsschiffe Ludwigs XIV. im Mittel-

¹⁾ Bericht Harrachs vom 21. September.

²⁾ Ut regem ad hoc disponat, istud uti perficiat quod S^{ae} M^{ti} V^{ae} promisit et stipulatus est, id quod se facturum esse pariter (Cardinalis) addixit.

meere kreuzten, und daß darum der Kaiser Leopold es nicht wagte seinen Sohn zu senden.

Ja man darf in Betreff des Königs Carl II. noch einen Schritt weiter gehen. Da es ihm nicht verborgen bleiben konnte, daß sein guter Wille Spanien in Vertheidigungsstand zu setzen, auf Hindernisse traf, die er nicht zu beseitigen vermochte: so muß sogar gesagt werden, daß er nur noch in jener Hoffnung die Kraft des Widerstandes fand. Er hatte diese Kraft noch einmal zu bewähren in der Antwort auf die drohende französische Denkschrift vom 9. September.

Auch Wilhelm III. und die Republik Holland hatten, gemäß der Verabredung mit Frankreich, in Wien wie in Madrid Vorstellungen erhoben gegen die Absicht des Einrückens von kaiserlichen Truppen in Italien, gegen die Aufnahme derselben in die Länder der spanischen Krone. Sie führten nicht die hochfahrenden Reden wie Ludwig XIV.; aber sie machten geltend, daß Frankreich, gemäß dem Theilungsvertrage, berechtigt sein würde ihre Hülfe dawider zu verlangen. Die Gegenvorstellungen der Gesandten Goeß und Quiros im Haag, daß es das unbestreitbare Recht des Königs von Spanien sei, innerhalb seines Gebietes Anordnungen zu treffen für die Sicherheit, wies Heinsius zurück. Die Seemächte, sagte er, seien dem Könige von Spanien Bürgen dafür, daß bei seinen Lebzeiten Frankreich nichts Feindseliges unternähme ¹⁾. Aber es kam an auf die Antworten des Kaisers und des Königs selbst.

Der Kaiser ließ durch den Grafen Goeß im Haag erwiedern: „Kein Unparteiischer könnte uns verdenken, wenn wir bei Lebzeiten des Königs von Spanien, mit seinem guten Willen, einigermaßen unsere Sicherheit suchten. Dies zumal, wo wir sehen, daß man von der anderen Seite, wider unseren und des Königs von Spanien Willen, seine Königreiche an Fremde, Unberechtigte austheilt, und daß man fast alle Mächte und Fürsten von Europa mit Verheißungen und Drohungen für die Garantie des Vertrages, demnach zu dem Zwecke uns von unserem Rechte auszuschließen, zu gewinnen trachtet. Dennoch ist es uns nicht in die Gedanken gekommen unsere Truppen nach Italien anders abzuschicken als in dem Falle, daß Frankreich dort

¹⁾ Bericht des Grafen Goeß, vom 7. September.

etwas Thätliches unternehmen werde“. Im Falle jedoch der König von Frankreich fortjahre, bei Lebzeiten des Königs von Spanien seine Anstalten zu treffen, namentlich seine Truppen an den Grenzen der Länder der spanischen Krone so aufzustellen, daß er im eintretenden Falle sich derselben sofort bemächtigen könne, und ferner fortjahre die Reichsfürsten zum Beitritte zu dem Theilungsvertrage zu nöthigen: sehe der Kaiser nicht, warum er sich die Hände binden lassen, warum er, mit Zustimmung des Königs von Spanien, die Gelegenheiten zu seinem Vortheile sich entwinden lassen solle ¹⁾).

Carl II. seinerseits ließ allen drei Mächten des Theilungsvertrages die gleiche Erwiederung zugehen: es sei sein unbestreitbares Recht, fremde Truppen in spanischen Sold zu nehmen, und innerhalb seiner Gebiete sie dahin zu senden, wo es ihm gut scheine ²⁾).

Die würdige Antwort war der letzte selbständige Act des armen Königs Carl II.

Für den französischen Gesandten Blecourt in Madrid lag damals bereits das letzte Ziel Ludwigs XIV. nicht mehr im Dunkeln. Er hielt nur noch einen weiteren Druck für erforderlich. „Ich habe behauptet, sagt er, daß, wenn es Ew. Majestät gefallen wird, die Spanier dasjenige thun zu lassen, was dem Wunsche Ew. Majestät entspricht, Sie nach meiner Ansicht das Ziel erreichen werden durch das Anrücken einiger Truppen auf die Grenze“ ³⁾. Wir werden ersehen, daß es dessen nicht bedurfte.

Vom 16. September an nahm man im Aussehen des Königs Carl II. eine auffallende Veränderung wahr. Es war bleich und fahl. Er befand sich matt und appetitlos. Bei seiner Schwäche jedoch wagten die Aerzte nichts zu verordnen als stärkende Mittel. Vom 20. September an traten starke Durchfälle ein. Der König blieb bettlägerig. Die Lebenskraft war im täglichen Schwinden ⁴⁾.

Am selben Tage meldete der Holländer Schonenberg aus Madrid an Wilhelm III.: „Die Verwirrung über die Successions-Frage ist

¹⁾ Kaiserliches Rescript an den Grafen Goes, vom 1. October.

²⁾ Grimblot t. II, p. 438. Bericht Schonenbergs vom 23. September.

³⁾ Hippeau t. II, p. 269. Vom 16. September.

⁴⁾ Harrachs Bericht vom 24. September. — Vgl. denjenigen Blecourts bei Hippeau t. II, p. 273.

im Steigen. Der König und die Königin sind durchaus für das Kaiserhaus. Andererseits rennt der Staatsrath wie blind und ohne Ueberlegung daher für den Herzog von Anjou, immer noch sich mit der Hoffnung schmeichelnd, daß der katholische König sich auf diesen Vorschlag einlassen werde. Inzwischen wird alles schlimmer und schlimmer: viele Berathungen und Erwägungen, aber keine guten Beschlüsse. Der König ist bettlägerig; doch hofft man ein baldiges Aufkommen“ ¹⁾).

Der Bericht Schonenberg's rief in Wilhelm III. und Heinsius schwere Besorgnisse wach, oder steigerte vielmehr die bereits vorhandenen.

Allein bevor noch die Katastrophe in Spanien eintrat, war ein anderer, näherer Todesfall erfolgt, der, wenn auch nicht unmittelbar wie derjenige Carls II. von Spanien, dennoch für die Zukunft bei Wilhelm III. unabsehbare Befürchtungen hervorrief. Es war der Tod des jungen Herzogs Wilhelm von Glocester. Es ist das Verdienst Wilhelms III. um England, die Gefahr der völligen Unsicherheit der Succession, welche das Königreich in einer Weise bedrohte, wie es wenige Zeitgenossen ahnten, von demselben abgewendet zu haben. Es ist ihm nicht sofort gelungen, sondern erst nach wiederholten Versuchen. Und darum fordert der bisher dem Wesen nach völlig unbekannte Verlauf dieser Sache zunächst unsere Aufmerksamkeit.

Im Januar 1700 hatte die Prinzessin Anna noch wieder ein unzeitiges Kind todt zur Welt gebracht, einen Sohn ²⁾. Es blieb ihr von allen sieben Kindern, die sie getragen, nur noch der eine Sohn Wilhelm, Herzog von Glocester, damals zehnjährig. Sein Gouverneur war der Graf Marlborough, sein Lehrer der Bischof Burnet. Seine geistige Befähigung ward von dem letzteren besonders gerühmt. Ueber seine körperliche Beschaffenheit dagegen haben wir die Worte Wilhelms III. vernommen, bei seiner Anwesenheit in Celle, im Herbst 1698 (S. 247).

Wir erinnern uns, daß die Bill of Rights von 1689 für die Succession in England nach Wilhelm III. nur die Prinzessin Anna

¹⁾ Grimblot t. II, p. 439.

²⁾ Hoffmann's Bericht vom 3. Februar.

und ihre Descendenz benannte, also den Herzog von Gloucester. Der Zustand keiner dieser drei Personen verbürgte ein langes Leben.

Bevor Wilhelm III. im Juli 1700 seine Sehnsucht nach der Heimat befriedigte, hielt er mit den damals berühmtesten Ärzten von London, Ratcliff und Milington, eine Consultation über den Zustand seiner Gesundheit. Ratcliff behauptete: es sei eine formirte Wassersucht da, die von sehr gefährlicher Consequenz werden könne, wenn man nicht zeitig zuvorkomme. Milington verneinte. Er erkannte eine scorbutische Affection an, die in Wassersucht ausschlagen könne. Der König trat der letzteren Ansicht bei: er verspüre noch nichts, sagte er, was ihn eine solche Krankheit besorgen mache. Ratcliff fiel ein: „Wenn Ew. Majestät es nicht apprehendiren, so apprehendire ich“. Er fügte ein derbes Schwurwort hinzu, ging dann umher und verkündete: der König könne nicht lange mehr leben. Wilhelm III., selber beunruhigt durch das Anschwellen seines linken Beines, hielt eine neue Consultation. Er zog außer jenen beiden noch mehrere Ärzte und einige Geheime räthe hinzu. Sie konnten sich nicht einen. Andererseits ward beobachtet, daß der König im Gesichte und besonders den Augen nie besser ausgesehen, auch der Krankheit nicht nachgebe. Allein das Gerücht seines Zustandes wirkte auf alle Handelsgesellschaften. Die Actien derselben waren im Sinken ¹⁾).

Der König fuhr hinüber nach Holland. Zum ersten Male litt er während der Ueberfahrt nicht an der Seckrankheit ²⁾. Darin lag freilich nicht ein günstiges Zeichen für seinen Zustand überhaupt. Er befand sich in seinem lieben Zoo, aber matt und krank. Sein Asthma war so sehr im Zunehmen, daß er nur mühsam einige Stufen hinanstieg. Er setzte nicht mehr dem Hirsche nach. Er machte nicht mehr weite Wege zu Fuße. Wo er sonst reich einher schritt, ritt er nun langsam ein kleines, dafür geschultes Pferd. In der Republik ward die Frage eines Nachfolgers lebhaft erwogen. Die Nothwendigkeit eines General-Capitäns ward anerkannt, über diejenige eines Erbstatthalters gingen die Meinungen weit aus einander. Von Vielen ward der junge Prinz von Nassau, Erbstatthalter von Friesland und

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.

²⁾ Bericht des Grafen Goës vom 20. Juli.

Groningen, als die geeignete Persönlichkeit erkannt. Aber er war erst zwölf Jahre alt ¹⁾.

Bei diesem eigenen Zustande ward der König Wilhelm III. überrascht von einer unerwarteten Trauerkunde.

Am 24. Juli/3. August vollendete der junge Herzog von Glocester sein eilftes Lebensjahr, anscheinend frisch und gesund. Am nächsten Tage klagte er über sein Befinden. Da es die Folge der Freuden des Tages zuvor sein konnte, so legte man auf die Klagen kein großes Gewicht. Aber bereits am anderen Tage wurde das Uebel sehr ernsthaft. Am vierten Tage erlosch, im Schlosse Windsor, das matt flackernde Lebenslicht des jungen Herzogs ²⁾. Die Prinzessin Anna stand im Lebensalter von sechs und dreißig Jahren am Sarge des letzten ihrer Kinder.

„Die Obduction hat ergeben, meldet Hoffmann, daß in diesem Falle wenigstens die Aerzte nicht der Vorwurf trifft, durch Anwendung schädlicher Mittel den Tod beschleunigt zu haben“ ³⁾.

Auf den Bericht Marlboroughs erwiederte Wilhelm III.: „Ich halte es nicht für nöthig mich vieler Worte zu bedienen, um Ihnen auszudrücken, mit welcher Ueberraschung und welchem Schmerze ich den Tod des Herzogs von Glocester vernommen. Der Verlust für mich und das gesammte Königreich ist so herbe, daß ich mein Herz fühle wie durchbohrt von Betrübniß“ ⁴⁾.

Die Frage der Succession in England ward an mehr als einem Orte lebhaft erwogen. Daß von der Prinzessin Anna keine Descendenz mehr zu erwarten, ward nach der bisherigen Erfahrung und wegen ihres Zustandes ⁵⁾ überall als unzweifelhaft angenommen. Sie selber schickte in der Stille einen Boten nach St. Germain ⁶⁾. Die Meldung desselben läßt sich errathen nach dem früheren Erbieten (S. 235): sie verlangte die Einwilligung Jacobs II. für sie nach dem Tode

¹⁾ Bericht des Grafen Goes vom 2. August.

²⁾ Burnet t. II, p. 288.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 13. August.

⁴⁾ Coxe's Marlborough t. I, p. 58.

⁵⁾ Hoffmann sagt im Berichte vom 10. August: *propter pessima stamina vitae*. — Man vergleiche Bd. IV. S. 495 u. f.

⁶⁾ Lamberty t. I, p. 121.

Wilhelms III. die Krone anzunehmen, mit dem Versprechen ihrerseits sie zurückzustellen, wenn die günstige Gelegenheit sich ergebe. Jacob II., folgerecht von seinem Standpunkte aus, versagte diese Zustimmung.

Die Hoffnungen in St. Germain stiegen hoch. Nicht zuerst um die Nachfolge des Prinzen von Wales handele es sich, sagte man dort, sondern um die Herstellung des Königs Jacob II. Denn bei Lebzeiten des Vaters würde ja der Sohn nur als Usurpator den Thron besetzen können. In dem Könige Wilhelm III. stecke nur noch für Einen Monat Lebenskraft. Dann werde alles friedlich sich lösen. — Diese Reden über den König Wilhelm erregten Aufsehen. Der Kaiser ließ durch Hoffmann in London anfragen, ob dort abermals ein Mordplan vermuthet werde. Vernon verneinte. Doch ward eben damals in London eine Druckschrift gefunden, in welcher mit Berufung auf Rechtslehrer behauptet ward: es sei ein verdienstliches Werk den König Wilhelm umzubringen ¹⁾.

Die Stimmung in St. Germain war demnach, als sei die Krone dort bereits angeboten. „Davon aber, meldet Hoffmann aus London, ist man hier sehr weit entfernt. Selbst, wenn der Prinz zur anglicanischen Religion überträte, so würde man doch seiner Erziehung in Frankreich misstrauen. Daß man in St. Germain derartige Hoffnungen hegt, wie verlautet, rührt von dem Eifer der hiesigen Jacobiten“ ²⁾.

Dem Rechte des Blutes gemäß kamen zunächst nach den Kindern Jacobs II. die Tochter seiner Schwester Henriette von Orleans, Anna Maria, vermählte Herzogin von Savoyen, und ihre Descendenz. Allein die Bill of Rights schloß sie als römisch-katholisch aus. Dazu kam die Erinnerung an den Bundesbruch des Herzogs Victor Amadeus von 1696. Höchstens ward vorübergehend der Name erwähnt ³⁾.

Die nächsten Anhänger des Königs Wilhelm wünschten eine zweite Heirath, möge eine Hoffnung auf Descendenz da sein oder nicht. Man faßte sogar bereits eine Prinzessin ins Auge, diejenige von

¹⁾ Die Berichte Hoffmanns vom 3. und 14. September, mit Berufung auf diejenigen von Singendorf aus Paris.

²⁾ Hoffmanns Bericht vom 3. September.

³⁾ Desgleichen vom 10. August.

 Jacob I.
† 1625.



Carl I.
† 1649.



Carl II.
† 1685.

Mary
• vermählte
Prinzessin von
Oranien.

• Jacob II.
enthronet 1688,
† 1701.

• Henriette
verm. Herzogin
von Orleans.

 Wilhelm III.
† 1702.

• Anna Maria
verm. Herzogin
von Savoyen.



Mary
† 1694.

Anna
† 1714.

• Jacob
Präsident.

• Louise
Marie.

Wilhelm
Herzog von
Gloucester
† 1700.

Elisabeth

verm. mit Friedrich V. v. der Pfalz.

Carl Ludwig
• Elisabeth Charlotte
verm. Herzogin von
Orleans
• davon das Haus
Orleans.

• Pfalzgraf Eduard
• zahlreiche
Nachkommenchaft.

Sophie
verm. mit dem
Kurfürsten
Ernst August von
Braunschweig-
Lüneburg.



Georg I.
1714 bis 1727.

• Philipp
Prinz von
Savoyen.

• Carl
Herzog von
Hessa.

• Adelaide
verm. Herzogin
von Bourgogne.

• Marie
später verm.
Königin von
Spanien.

Die mit einem • versehenen sind katholisch, die anderen protestantisch.

Dänemark. „Diese Heirath, sagt der Staats-Secretär Vernon zu Shrewsbury, würde ein Mittel sein, die Zwistigkeiten bei uns niederzulegen.“ Auch, wenn eine Descendenz nicht erfolge, was doch immer dahin stehe: so würde, wenn der König verheirathet sei, bei einer abermaligen Feststellung der Erbfolge die Benennung des Hauses Hannover geringere Schwierigkeiten finden, als bei einem anderen Stande der Dinge ¹⁾.

Denn allerdings richteten sich die Blicke der Mehrzahl von Anfang an nach Hannover. Die Prinzessin Sophie dort war dem Blute nach erst die achtundfünfzigste der berechtigten nach der Prinzessin Anna. Außer dem Hause Carignan von Savoyen ging auch das französische Haus Orleans ihr zuvor ²⁾. Allein in Consequenz des Ausschlusses der Katholiken durch die Bill of Rights stand die Prinzessin Sophie nach der Prinzessin Anna dem Throne zunächst. Nicht jedoch die Fürstin selber ward als Kronerbin damals zuerst genannt, auch nicht einmal ihr ältester Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig, nachheriger König Georg I., sondern dessen Sohn, der Kurprinz Georg August, nachheriger König Georg II. Und selbst in Betreff dieses Prinzen ward es in England nicht gern vernommen, daß er bereits im siebenzehnten Lebensjahre stand. Er könne doch, meinte man, bereits Grundsätze eingesogen haben, unvereinbar mit den englischen Anschauungen. „Einen solchen Abscheu, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, hat die englische Nation, besonders seit der Regierung dieses Königs, vor aller ausländischen Erziehung ihrer Könige, daß sie sich schwer entschließen wird, einen fremden, mit seiner Erziehung bereits fertigen Prinzen zu nehmen.“ In jedem Falle, hieß es, müsse die Sache bald erledigt werden, damit, wenn das Parlament sich für den Kurprinzen entscheide, dieser so schnell wie möglich berufen werde, um sich in die englischen Anschauungen hinein zu leben. Dafür, meinte man, müsse er auf den Kurhut seines Vaterlandes verzichten. „Die Frage, meldet Hoffmann, ob der Prinz geneigt sein würde, das gesamte Interesse seines Lebens auf diese veränderliche, wankelmüthige Nation zu setzen, kommt dabei nicht zur Sprache“ ³⁾.

¹⁾ Eine Reihe von Briefen Vernons an Shrewsbury, im August und September 1700, im British Museum. Add. Mss. Coxe papers N. 9090.

²⁾ Man sehe die Stammtafel auf Seite 555.

³⁾ Die Berichte Hoffmanns im August und September.

Im Laufe der Monate August und September stellte sich klarer heraus, daß namentlich die Partei der Anglicaner — wie Hoffmann sie nennt — also der Tories, die Berufung des Kurprinzen wünschte.

Dieser letzteren Ansicht des fremden Beobachters entspricht diejenige des englischen Staats-Secretärs Vernon. „Man beginnt, sagt er am 13./23. August, die Meinungen auszutauschen über die Frage, ob das Haus Hannover in die Feststellung der Erbfolge aufzunehmen sei, und, so weit ich ersehe, wird die Sache für uns eine Partei-Angelegenheit werden. Man vermuthet, daß die Tories dafür, demgemäß die Whigs dagegen stimmen werden, daß vielmehr diese Partei nichts Anderes für geeignet erachtet, als den Wunsch einer zweiten Heirath des Königs. Wenn er irgend solche Gedanken hat, so hoffe ich, daß er nicht eine Bitte darum abwarten wird“ ¹⁾.

Die Thatsache, welche durch die Zeugnisse von Hoffmann und Vernon klar gestellt wird, nämlich daß im Jahre 1700 die Tories als Partei die Feststellung der Thronfolge für das Haus Hannover wünschten, ist von schwerem Gewichte für die damalige Annäherung des Königs Wilhelm zu dieser Partei.

Der König Wilhelm saß in Voo. Dort hüllte er sich in Schweigen. Indem Vernon von einem Tage zum anderen die Meinungen von London an Shrewsbury berichtet, meldet er weiter: „Niemand diesseit des Wassers weiß was der König thun wird“. Er fügt hinzu, daß auch Portland dort die Ansicht des Königs nicht kenne und ihn seit Wochen nicht gesehen habe ²⁾.

Im Anfange September verlautete so viel, daß der alte Freund des Königs, der Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, sich wie üblich in Voo eingefunden. Man sah dies an als ein günstiges Anzeichen für die Berufung des Kurprinzen, dessen Großvater durch die Mutter Georg Wilhelm war. In der That beredeten

¹⁾ People begin to open themselves whither the H. of Hanover shall be taken into the settlement of the crown, and, by what I can find, we shall make it a party business. It is supposed the Tories will be for it, and therefore the Whigs must not approve of it, but will think that nothing more is to be done, but to desire the king to marry. If he has any such thoughts, I hope he will not stay to be entreated. Im British Museum. Add. Mss. Coxe papers. N. 9090.

²⁾ Vernon to Shrewsbury, 24th September.

die beiden Fürsten in Voo die Angelegenheit der Succession in England, und zwar in Betreff eines schwierigen Punctes, den die Engländer der damaligen Zeit nicht einmal ahnten, und den auch ihre Nachkommen in späterer Zeit selten gewürdigt haben. Dieser Punct war die jacobitische Gesinnung der zunächst betheiligten Persönlichkeit, der Prinzessin Sophie.

Wir erinnern uns, wie sie sich im October 1696 über die Angelegenheit zu Leibniz geäußert (Band VII, S. 279 u. f.), wie sie im Jahre 1698, zur Zeit des Besuches von Wilhelm III. in Celle, seinen Erbietungen nicht entgegen gekommen war. Die Nachricht des Todes des Herzog von Gloucester erweckte in ihr keine anderen Gedanken. Sie bemerkt gelegentlich in einem Briefe an Leibniz, der sich in Berlin befand: „Man sagt, daß der Herzog von Celle sich nach Voo begeben wird. Er wird dort Anlaß haben den König Wilhelm zu trösten über den Verlust des Herzogs von Gloucester, der am dritten Tage nach der Feier seines Geburtstages gestorben ist. Hoffentlich schlagen die Vergnügungen von Lustenburg“ — dem späteren Charlottenburg — „besser aus. Die Prinzessin Anna trägt noch eine Hoffnung, welche ihr doch in der Regel mehr Kummer bringt als Trost. Wenn ich jünger wäre, hätte ich Grund zur Hoffnung auf eine Krone; aber in meinem Alter würde ich, wenn ich die Wahl hätte, lieber die Zahl meiner Jahre vermehren als meine Größe“ ¹⁾.

Mit dieser ganz beiläufigen Bemerkung geht die Kurfürstin über die Sache hinweg. Einige Tage später, am 21. August, in einem Schreiben an ihre Nichte und Freundin Louise, Margräfin zu Pfalz, hebt sie lediglich das traurige Geschick der Prinzessin Anna hervor, die alle ihre Kinder vor sich sterben sehe. Ueber die eigene Aussicht auf die Krone äußert sie darin kein Wort. Erst in einem späteren Briefe, vom 29. August, an eben diese Nichte, berührt sie am Schlusse diese Aussicht, mit den Worten: „Was mich anbelangt, denke ich mehr an's Himmelreich als an dasjenige von England. Auch hat ja das Parlament mich für die Succession nicht mit benannt. Mein Sohn, der

¹⁾ Vom 18. August. Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 205. Ich habe in der Einleitung dazu S. XXVII wesentlich dieselben Gedanken entwickelt wie hier, nur im strengen Anschlusse an das Material der Actenstücke.

Kurfürst, findet sich glücklicher so wie er ist, und trägt kein Verlangen nach der englischen Krone.“ „Ich habe aber noch drei andere Söhne, fügt dann die Prinzessin hinzu: unter denen können die Engländer die Wahl haben“ ¹⁾).

Es liegt keine Nachricht vor, daß in England einer dieser drei Prinzen Maximilian, Christian, Ernst August, die im vollkräftigen Mannesalter standen, mit in Betracht gezogen sei. Die Erwägungen dort beschäftigten sich, wie wir vernommen, hauptsächlich mit dem siebenzehnjährigen Kurprinzen Georg August. Aber die erste und nächste Trägerin des Anrechtes war die Großmutter, die Prinzessin Sophie, als die einzige Protestantin des Hauses Stuart, nach Wilhelm III. und der Prinzessin Anna von Dänemark.

Die Prinzessin Sophie, Kurfürstin von Braunschweig-Küneburg, war damals siebenzig Jahre alt, aber körperlich gesund und geistig frisch. Im Anfange September traf ihre Tochter, die Kurfürstin Sophie Charlotte von Brandenburg, in Hannover ein, um sich von dort weiter in die Bäder von Aachen zu begeben. Die Bitte an die Mutter, sie dahin zu begleiten, fand sofort Gehör. Der Plan ging dann weiter auf eine Reise durch Holland. Demgemäß durfte der König Wilhelm III. zur Erwidierung seines Besuches in Celle, zwei Jahre vorher, den ihrigen in Voo erwarten.

Sprachen sich in England viele Wünsche aus für die baldige Feststellung der Thronfolge, so war sicherlich Niemand so eifrig dafür wie der König selbst. Er war sich klar über seinen eigenen körperlichen Zustand, über seine Hinfälligkeit. Er wußte auch, wie es in dieser Hinsicht um die Prinzessin Anna stand. Wenn der Tod die eine wie den andern hinweg nahm, ohne daß die Succession geregelt war: so erwuchs die Gefahr, daß England der Republik verfiel, oder daß Jacob II. oder sein Sohn zurückkehrte. Daß die Prinzessin Anna eine Verständigung mit St. Germain suchte, war dem Könige Wilhelm III. bekannt. Der Graf Manchester in Paris hatte die Sendung der Prinzessin nach St. Germain in Erfahrung gebracht, und dann sofort, unter irgend einem anderen Vorwande, den Secretär Chetwind nach

¹⁾ Die betreffenden Briefe im gräfl. Degenfeld-Schonburgischen Archive in Eybach.

Voo geschickt ¹⁾. England als Republik, oder England unter einem Stuart-Könige — beide Fälle waren in den Augen Wilhelms III. gleich unglücklich, und, noch mehr als für England, in jedem Falle für Holland. Denn die Erfahrung hatte dargethan, daß England weder als Republik, noch unter einem Stuart-Könige friedlich sein konnte mit Holland. Daher war die Regelung der Succession in England durch die Benennung des Hauses Hannover dort im höchsten Interesse beider Länder. Eben so sehr aber auch die möglichste Eile dieser Regelung. Denn, nachdem Wilhelm III. sich im Herbst 1698 in Celle überzeugt hatte von der geringen Geneigtheit des Hauses Hannover auf seine Erbietungen einzugehen, wo doch überall Friede war, wo er es auf sich nahm die Succession gesetzlich festzustellen: wie viel weniger durfte er erwarten, daß, wenn die Feststellung nicht geschah, wenn dann der Tod ihn und die Prinzessin Anna rasch nach einander hinweg nahm, und in Folge dessen in England der Bürgerkrieg ausbrach — daß dann das Haus Hannover oder ein Mitglied desselben einen Anspruch auf die Thronfolge in England erheben würde? — Der König Wilhelm III. bedurfte zur Sicherung des Werkes seines Lebens, zur Sicherung von Holland und England, der Thronfolge des Hauses Hannover in diesem Königreiche, und zwar darum der gesetzlichen Feststellung derselben so bald wie möglich.

Aber hier lag die Schwierigkeit. Im Jahre 1689 hatte der König durch den Bischof Burnet im Oberhause die Benennung der Prinzessin Sophie beantragt, ohne sie vorher zu befragen. Zum zweiten Male ein solches Verfahren einzuschlagen, war, bei der dem Könige aus eigener Erfahrung bekannten Gesinnung der Kurfürstin, nicht thunlich. Der König konnte nicht abermals handeln ohne die Zustimmung des welfischen Hauses, ohne die Zusage der nächst berechtigten Persönlichkeit. Denn ohne die eigene Zustimmung wäre das welfische Haus an die Annahme der Succession nicht gebunden gewesen. Der König Wilhelm mußte daher trachten, diese Zustimmung vorher zu erlangen. Eben aber, weil er wußte, wie wenig er auf die Geneigtheit der entscheidenden Persönlichkeit bauen durfte, wartete er den Besuch, das persönliche Zusammensein nicht ab, sondern, eben so wie

¹⁾ Lamberty t. I, p. 121.

vier Jahre zuvor Leibniz wie aus eigenem Namen die Sache angeregt (Bd. VII, S. 279 u. f.), ließ der König dies Mal durch einen Engländer in einem Privatschreiben die Angelegenheit zur Sprache bringen.

Die Wahl des Königs fiel auf George Stepney. Dieser Diplomat besaß, wie damals viele seiner Standesgenossen, eine umfassende gelehrte Bildung. Er hatte Neigung und Anlage zur Poesie. Er schrieb überhaupt mit großer Gewandtheit¹⁾. Dabei hatte er mit der Kurfürstin Sophie gemein eine Neigung zum laustischen Witz. Beide Kurfürstinnen, Mutter und Tochter, kannten ihn von Hannover und Berlin her, und sahen ihn gern. Stepney konnte sicherer und schärfer als irgend ein anderer Engländer wissen und erkennen, welche Einwände die Kurfürstin ihm entgegen stellen werde, welche Gründe er im voraus geltend zu machen habe, um sie zu entkräften.

Es gab indessen für Stepney in dieser Angelegenheit einen ganz besonders schwierigen Punct, eine Klippe, die zu umschiffen die höchste Gewandtheit forderte. Es war die Erwähnung des Sohnes von Jacob II., dem der Vater den Titel des Prinzen von Wales verliehen. Bei vielen Engländern haftete die Anklage gegen Jacob II. und Marie Beatrice, dieses Kind untergeschoben zu haben. Es scheint, daß auch Stepney aufrichtig an die schmäbliche Anschuldigung glaubte. Aber nun trat er der Kurfürstin gegenüber. Bei seinem mehrjährigen Aufenthalte in Hannover, bei seinem persönlichen Verkehre mit der Kurfürstin, konnte ihm kein Zweifel darüber geblieben sein, daß sie von Anfang an diese Anschuldigung wider ihren Vetter, den König Jacob, bestimmt und entschieden zurückgewiesen hatte. Es ergab sich also für Stepney das Dilemma, den Prinzen in englischer Weise zu erwähnen, ohne den Widerspruch der Kurfürstin hervorzurufen.

Sein Schreiben vom 11./21. September ist dasjenige eines englischen Staatsmannes, berechnet auf die Persönlichkeit der Kurfürstin Sophie²⁾. Es lautet wie folgt.

„London, den 11./21. September 1700. Ich schmeichle mir mit der Hoffnung, daß meine getreue Anhänglichkeit für Ew. Kurfürstliche

¹⁾ Eine reiche Sammlung von Stepney papers befindet sich im British Museum.

²⁾ Das Original in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 208 u. f.

Hohheit und Ihr Haus mir ein Schutz sein werde bei der Freiheit die ich mir nehme, mich in der delicatesten Angelegenheit, die ich als Privatmann berühren kann, direct an Ew. Kurfürstliche Hohheit zu wenden, bevor noch der König oder das Parlament ihre Ansichten darüber kund gethan. Durch den Tod des Herzogs von Glocester ist die Frage der Thronfolge in England um vieles näher gerückt, und die politische Vorsicht fordert, daß das Parlament sie weiter hinaus feststelle, bevor das Eintreten anderer Todesfälle den Faden völlig zerreißt. Se. Majestät der König steht im vorgerückten Alter, und dieser Uebelstand wird schlimmer durch die tägliche Abnahme seiner Gesundheit, eben so wie derjenigen der Prinzessin Anna. Da wir demnach Grund haben zu vermuthen, daß weder der Eine noch die Andere uns eine Nachkommenschaft hinterlassen: so ist es von der äußersten Wichtigkeit rechtzeitig auf ein Heilmittel bedacht zu sein, damit wir die Nachtheile vermeiden, die im anderen Falle unabwendbar uns bedrohen."

„Die Wirrsale, welche in den Zeiten Carls I. und Jacobs II. über England gekommen sind, und die außerordentliche Freiheitsliebe, welche wir bethätigen, erweckt vielfach, namentlich bei Ausländern, die Meinung, daß wir eine allgemeine Abneigung gegen das Königthum haben, und daß unser natürlicher Hang zur Veränderung uns leicht dahin bringen könnte, noch einmal den Versuch einer Republik zu machen, und zwar dann auf einer so soliden Basis, daß der Ehrgeiz eines einzigen Mannes nicht im Stande sein würde sie umzustürzen, wie es seiner Zeit Cromwell gethan. Es ist allerdings wahr, daß die unruhigen Geister, an denen unser Land sehr fruchtbar ist, mehr als je sich bemühen gefährliche Bücher dieser Art in die Welt zu senden. Als Beispiele dieser Art nenne ich Algernon Sidneys Schrift über die Regierungsform, Harringtons Oceana. Die letztere Schrift ist zur Zeit der Rebellion von einem befähigten Manne abgefaßt, und neuerdings wieder aufgelegt von einem Freidenker, Namens Tolon ¹⁾,

¹⁾ So das Schreiben Stepneys. Der richtige Name ist Toland. Der Titel der betreffenden Publication ist: *The Oceana of James Harrington, and his other works, some whereof are now first published from his own Manuscripts. The whole collected, methodized, and reviewed, with an exact account of his life prefixed. By John Toland, 1700, in Fol.*

als wenn bei der gegenwärtigen Lage der Dinge derartige Ansichten an der Zeit wären. Allein, bei aller uns eigenthümlichen Veränderlichkeit und trotz den Kunstgriffen der Unglücklichen, die hoffen mögen durch die Erregung von Unruhen ihr Glück zu machen, nehme ich doch auf mich Ew. Kurfürstlichen Hoheit zu versichern, daß der Sinn der Engländer, so weit ich ihn kenne, sich keineswegs zu republikanischen Grundsätzen neigt. Das System unserer Gesetze ist damit völlig unvereinbar. Die Erinnerung an das Jahr 1649 erregt uns noch heute Schauer, und eben so die Aussicht auf die Bürgerkriege, die wir unvermeidlich durchzumachen hätten, bevor wir uns über die Form einer eingebildeten Republik einigen könnten. Die Aristokratie wird in eine Gleichstellung mit dem Bürgerthume, wie in Holland, nicht willigen, und andererseits wird das Bürgerthum sich niemals einer despotischen Herrschaft der Aristokratie unterwerfen, wie sie in Venedig statt findet. Der Plan einer Verschmelzung beider Formen, mit einem General-Capitän an der Spitze als dem sichtbaren Repräsentanten der Regierung, mag sich auf dem Papiere hübsch ausnehmen, würde aber praktisch bei uns auf unübersteigliche Schwierigkeiten stoßen. Sich über einen Landeseingebornen als Chef zu einigen, ist unmöglich bei der allgemeinen Eifersucht, daß ein vornehmeres Haus über die anderen hinauswachsen könne. Und dazu muß man einräumen, so wenig ehrenhaft für uns auch dies Bekenntnis ist, daß unter unserer herabgekommenen Aristokratie nicht ein Einziger sich so sehr durch Charakter auszeichnet, daß er eine solche Würde verdiente, noch auch den Muth haben würde danach zu trachten."

„Da wir also daheim nicht das Mittel besitzen uns zu helfen: so sind wir genöthigt uns im Auslande nach einem Fürsten umzusehen, befähigt uns zu regieren."

„Der erste Blick fällt da auf St. Germain, welches noch immer eine kleine und zerbröckelte Partei unter uns besitzt, die freilich stärker werden könnte durch den Beitritt von allzu furchtsamen oder allzu sehr berechnenden Köpfen. Denn unzweifelhaft gibt es Leute, die, um für alle Fälle ihre Personen und ihr Vermögen in Sicherheit zu setzen, ungeachtet der Gesetze, welche den Verkehr mit St. Germain untersagen, dennoch täglich irgend ein geheimes Mittel finden dort für sich besonders zu capituliren, in der Besorgnis daß früher oder

später in der Nation, wie bereits einmal, die Anhänglichkeit für die erlauchten Verbannten neu wieder auflebe. Dies würde unfehlbar dann geschehen, wenn unsere Schwäche so weit ginge uns einzubilden, daß man dort jemals die Erinnerung der erduldeten Leiden vergessen, daß man sich entschließen könnte sich in Zukunft maßvoller zu verhalten in Betreff sowohl unserer bürgerlichen, wie unserer kirchlichen Freiheit. Allein welche Hoffnung haben wir, daß eine Königin, die aus Italien stammt, jemals verzichte auf die Rache, die Lieblingsleidenschaft ihrer Nation? Und ferner, welche Sicherheit für unsere Religion haben wir gegen einen König, welcher, weit entfernt die Priester zu hassen, deren Opfer er gewesen, mit Vergnügen die Huldigungen annimmt, welche die Geistlichkeit von Frankreich ihm schmeichelnd darbringt für einen unbesonnenen Eifer, der ihn um den Thron gebracht, und der die Wieder-Erlangung desselben ihm in unabsehbare Ferne rückt?"

„In Betreff des Sohnes werde ich nicht versuchen, die Frage seiner Geburt zu erledigen, weil ich zur Zeit derselben mich nicht in England befand, und später nicht in der Lage gewesen bin mich darüber so gründlich zu unterrichten, daß ich ein Urtheil für oder wider abgeben könnte. Ich erkenne an, daß die Geburt der Prinzessin in Frankreich, bei welcher von Seiten Ew. Kurfürstlichen Hoheit der verstorbene Abbe Balati zugegen war, als ein sehr günstiger Umstand erscheint. Allein unser Urtheil läßt sich gar häufig leiten durch das was unserem Interesse zu entsprechen scheint, und wir glauben nur schwer das was wir nicht wünschen. Ich rede von den Engländern, die sich wenig zur Leichtgläubigkeit neigen, und, da das Parlament vor elf Jahren nicht angemessen befunden hat, die Angelegenheit zur Untersuchung zu ziehen: so ist es wenig wahrscheinlich, daß es sich später die Mühe nehmen werde das Dunkel derselben aufzuhellen.“

„Nun gibt es allerdings bei uns einige für die directe Folge sehr eingenommene Aristokraten, welche sich manchmal beklagen, daß die letzte Feststellung, indem sie den König Wilhelm III. vor die Prinzessin Anna setzte, die Lineal-Folge durchbrochen hat. Andere behaupten, daß die Verwirkung des Thrones durch den Vater dem Rechte des Sohnes keinen Eintrag thun dürfe, zumal wenn er frühzeitig die katholische Religion aufgebe, und sich in der unsrigen unterweisen

ließe, wozu, wie es heißt, er geneigt sein würde. Aber die Beispiele unserer beiden letzten Könige verbürgen uns nur allzu sehr, daß man die Glaubenslehren, in denen man von der frühesten Jugend an erzogen worden ist, niemals wahrhaft und von Herzens Grunde verläßt. Und außer dem Puncte der Religion gibt es einen starken politischen Grund, weshalb dieser Prinz sich für uns nicht eignet. Europa fühlt noch die Wirkungen der Gefälligkeit Carls II. für einen Nachbar-König, als dessen Pensionär er galt. Der kleine Prinz, der von Kindheit an mit seinem ganzen Hause auf Kosten von Frankreich gelebt, würde für seine Anhänglichkeit an diese Krone ungleich stärkere Gründe haben, nämlich diejenigen der wirklichen Dankbarkeit, auch dann noch, wenn wir alles bis auf den letzten Heller, und mit schweren Zinsen, für die Familie gut gemacht hätten. Man könnte noch hinzusetzen, daß ein Prinz, der immer einen absoluten Monarchen vor Augen gehabt, dessen Wille als Gesetz gilt, ähnliche Grundsätze der Willkür mit heim bringen würde. Diese aber würden niemals einer Nation zusagen, die so sehr wie die unsere, eifersüchtig ist auf ihre Freiheit."

„Es ist nicht erforderlich andere Verwandte des Hauses Stuart zu erwähnen, wie den Herzog von Savoyen, die Herzogin (Benedicte) von Hannover, oder ihre Descendenz, welche sämmtlich wegen der katholischen Religion für unfähig erklärt sind die Krone und Regierung dieses Königreiches zu erben, zu besitzen, zu genießen" ¹⁾.

„Daselbe Gesetz sagt: Die Krone und Regierung soll kommen auf und besessen werden durch diejenige Person oder Personen, wenn protestantisch, welche dieselbe besessen haben würden, im Falle die genannte Person oder die Personen, welche zur römisch-katholischen Kirche übergetreten sind, oder Gemeinschaft mit ihr halten, oder sich mit Katholiken verheirathet haben, gestorben wären" ²⁾.

¹⁾ Diese Worte in dem sonst französischen Briefe Stepneys sind aus der Bill of Rights in englischer Sprache: Un capable to inherit, possess or enjoy the crown and government of this realm etc.

²⁾ The crown and government shall descend to, and be enjoyed by, such person or persons being protestants, as should have enjoyed the same, in case the said person or persons so reconciled, holding communion or professing or marrying as afore said, were naturally dead.

„Die menschliche Vorsicht vermag nicht Ausdrücke zu finden, welche klarer und bestimmter als die hier gebrauchten, hinwiesen auf die Person Ew. Kurfürstlichen Hoheit und Ihrer Descendenz. Die Anzahl derselben ist, Gott sei es gedankt, so reich und so blühend, daß wir mit Grunde annehmen dürfen, der Stamm unserer Dynastie werde nie verdorren. Das wäre wahrlich ein Segen für ein Königreich, dessen Unglück bestanden hat in dem häufigen Wechsel seiner Könige.“

„Zu Ew. Kurfürstlichen Hoheit also nehmen wir unsere Zuflucht, um unsere Ruhe und unseren Frieden zu sichern. Wollte Gott, daß es mir verstattet wäre, ein Paar Jahrzehnte meines Lebens abzunehmen, um sie Ihnen darzubieten: ich würde es thun mit derselben Ergebenheit, mit der ich Ew. Kurfürstlichen Hoheit mein Leben und alles was davon abhängt, gewidmet habe, von dem ersten Augenblicke an, wo ich die Ehre gehabt in Ihre Nähe zu kommen. Möge die Natur darüber entscheiden, wie immer sie wolle: ich widme mich für immer dem Dienste Ew. Kurfürstlichen Hoheit und Ihres Hauses. Ich bitte Sie inständigst dieses Erbieten zu genehmigen, und unbedingt über mich zu verfügen, wenn Sie glauben, daß ein Privatmann wie ich, es werth sei in einer so wichtigen Angelegenheit verwendet zu werden.“

„Es wäre vermessen mich weiter in eine so delicate Sache eindringen zu wollen. Möge Ew. Kurfürstliche Hoheit geruhen, mir Ihren Wunsch kund zu thun (etwa durch ein einziges Wort aus der Feder des Herrn von Leibniz, oder durch eine andere Persönlichkeit Ihres Gefolges), nachdem Sie mit Sr. Majestät Rücksprache genommen. Dann werde ich mir die Freiheit nehmen Ew. Kurfürstlichen Hoheit Mittheilung zu machen über die Ansichten einiger meiner vertrauten Freunde, welche ich als hervorragende Mitglieder des Parlamentes bezeichnen darf. Ich schmeichle mir, daß auch ein geringes Werkzeug eine Wirkung ausüben kann, wenn es befehlt ist von der unvertilglichen Anhänglichkeit, mit der ich mein Leben lang sein werde, Ew. Kurfürstlichen Hoheit ergebenster, gehorsamster und getreuester Diener George Stepney.“

Es liegt nicht ein ausdrückliches Zeugnis vor, daß Stepney dieses Schreiben im Auftrage Wilhelms III. verfaßt habe. Allein man hat sich die Frage zu beantworten, ob ein Privatmann, wie Stepney hier

sich nennt, richtiger doch ein Diplomat im Dienste des Königs, wagen wird, einen solchen Brief ohne Ermächtigung, ja ohne Befehl zu verfassen und abzusenden.

Auch die Nennung des Namens von Leibniz führt auf dasselbe Ergebnis. Wir erinnern uns, daß Leibniz bereits zweimal, 1696 und 1698, in derselben Sache thätig gewesen war, und zwar nicht ohne Vorwissen des Herzogs Georg Wilhelm. Der Herzog befand sich nun in Voo. Nur von dorthier konnte Stepney in London wissen, daß Leibniz anwesend war, auf der Reise zum Gefolge der Kurfürstinnen zu gehören. In der Wirklichkeit war dies nicht eingetreten. Leibniz, eben damals von seinem Kurfürsten nach Wien entsendet, hatte den Befehl zur Mitreise nach Aachen und Holland zu spät erhalten¹⁾.

Die Hoffnung also, bei der Kurfürstin eine Stütze an Leibniz zu haben, entging diesmal dem Diplomaten Stepney, oder richtiger dem Könige Wilhelm III. Es wird sich später ergeben, daß das Verfehlen vom September 1700 einige Monate später, im Januar 1701, für den Plan Wilhelms III. zum Vorthelle ausschlug.

Um die Sendung des Schreibens an die Kurfürstin Sophie, die sich in Aachen befand, weniger auffällig zu machen, fügte Stepney ein Buch hinzu.

Die Kurfürstin Sophie erwiederte sofort.

„Ich habe, schreibt sie, das Buch und Ihren Brief mit vielem Vergnügen gelesen. Ich möchte wünschen, daß die Darlegungen des ersteren eben so begründet wären, wie das andere für mich verbindlich ist, und daß ich lange genug leben könnte, um Gelegenheit zu haben, in wirksamer Weise erkenntlich zu sein für Ihre Ergebenheit, ohne doch Ihren Jahren, mit denen Sie allzu freigebig sein zu wollen scheinen, in irgend einer Weise Abbruch zu thun. Die Gefälligkeit könnte nicht weiter sich erstrecken, und Sie nicht etwas mehr Verbindliches für mich sagen. Ich bin Ihnen dafür unendlich dankbar, so wie überhaupt für Alles was Sie mir schreiben.“

„Wenn ich um dreißig Jahre jünger wäre, so würde ich meine Abstammung und mein Religions-Bekenntnis hoch genug anschlagen, um zu erwarten, daß in England an mich gedacht werde. Aber da

¹⁾ Die Werke von Leibniz. Bd. VIII, S. 239. Leibniz an Stepney, 18. Januar 1701.

es wenig wahrscheinlich, daß ich zwei viel jüngere, obwohl weniger gesunde Personen überlebe: so ist zu fürchten, daß man, nach meinem Tode, meine Söhne wie Ausländer betrachten würde. Dazu ist der Älteste weit mehr gewohnt als Souverän zu handeln, als der arme Prinz von Wales, der doch zu jung ist, um sich nach dem Muster des Königs von Frankreich zu bilden, und der augenscheinlich so froh sein würde, wieder zu erlangen, was sein königlicher Vater so unbesonnener Weise verloren¹⁾, daß man mit ihm machen könnte was man wollte. Aber in England gilt einmal die Voreingenommenheit, und um mich zu halten an dasjenige was Sie darüber sagen, ohne mich auf weitere briefliche Erörterung darüber einzulassen, will ich Ihnen sagen, daß meine Tochter mich hierher mitgezogen hat, wo sie drei Wochen die Bäder gebraucht, und daß wir am Montag aufbrechen wollen, um uns über Brüssel nach Holland zu begeben, wo wir die Ehre haben werden, den König zu sehen."

"Ich bin weder so philosophisch, noch, wie Sie glauben können, so unbedacht, daß ich nicht gern von einer Krone reden hörte, und daß ich nicht Ihr wohlbegründetes Urtheil über die Sache reiflich erwäge. In England sind, nach meinem Dafürhalten, so viele Parteien, daß man keiner Sache sicher sein kann. Dies hindert mich nicht, denen, welche Zuneigung für mich und die Meinigen an den Tag legen, sehr dankbar zu sein, und Ihnen ganz besonders für mein ganzes Leben. Und ich finde ein Vergnügen darin, einer verdienstvollen Persönlichkeit wie Sie, der man gerne zu Danke verpflichtet ist, es in Wirklichkeit zu sein. Sophie, Kurfürstin"²⁾.

Es gibt vielleicht wenige Briefe, in denen der ganze Mensch so klar und voll hervortritt wie in diesem der Kurfürstin. Man sieht, daß

¹⁾ Ce que le roy son père a si inconsideramment perdu.

²⁾ Das Schreiben ist gedruckt in Hardwicke's Collection of Miscellaneous State Papers t. II, p. 442, mit der Note: Though this letter has no date, the contents prove that it was written in the summer of 1701. Es bedarf nicht einer weiteren Darlegung, daß diese Vermuthung irrig ist. Auch hat Lord Stanhope in dem Werke: The reign of Queen Anne p. 19 n. 7 dies schon bemerkt. — Ich hege sogar die starke Vermuthung, daß nur in der Abschrift, welche dem Lord Hardwicke vorgelegen, nach der im achtzehnten Jahrhunderte nicht seltenen Nachlässigkeit, das Datum weggeblieben ist. Denn in den vielen Hunderten der Original-Briefe der Kurfürstin Sophie, die durch meine Hände gegangen sind, fehlt niemals das Datum.

an ihrer offenen Ehrlichkeit alle staatsmännische Gewandtheit Stepneys erlahmt. Die Kurfürstin lehnt ab und weist hin auf das Recht des Sohnes von Jacob II., welchem sie, ohne die vermeintliche Frage seiner Geburt auch nur einer Erwähnung zu würdigen, seinen Titel gibt als Prinzen von Wales. Denn, als Jacob II. ihn dazu ernannte, war er im vollen und unbezweifelten Besitze der Regierung. — Besonders treffend ist das Urtheil über das Verhalten Jacobs II. gegenüber der Umwälzung. Es umfaßt alles. — Und doch, indem die Kurfürstin entschieden ihren Standpunct der Anschauung wahrte, fehlt andererseits nicht die charakteristische Weise, welche jeglichen Stachel einer Kränkung für Stepney benimmt.

Die Form der Abjage ist die eigene der Kurfürstin. Jedoch läßt der Brief durchfühlen, daß sie sich befand in voller Uebereinstimmung mit ihrem Sohne, dem Kurfürsten Georg Ludwig. (Man vergleiche oben S. 248.)

Die Kurfürstin scheint im vertrauten Kreise ihrer Correspondenz aus ihrer Antwort kein Hehl gemacht zu haben, wenigstens nicht vor ihrer Nichte, der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans. Diese wiederum trug die Kunde nach St. Germain. Es ist von Interesse den Bericht der Herzogin im Wortlaute zu vernehmen. Sie meldet der Kurfürstin am 6. October: „Der König und die Königin von England, zu denen ich gestern Abend ging, sprachen den ganzen Abend von Ew. Liebden, und wünschten vom Grund ihrer Seelen, Ew. Liebden zu sehen. — Dem guten Könige von England kamen die Thränen in die Augen aus Tendresse für Ew. Liebden, und er sagte, mit seinen beiden Händen in der Höhe: o o o pou pour cela eh eh eh Elle me m'a tou toujours aimé; denn er stottert ärger als je, der gute König. Hernach sprach er von Ew. Liebden Sincerität, von dero Verstand, von dero Generosität, Summa, von allen dero Tugenden, und Ew. Liebden können wohl gedenken, daß ich nicht still dazu schwieg. Die Stunde, die ich bei ihnen war, verging wie ein Augenblick. Ich meinte, der König äße eine Stunde eher als gewöhnlich. Wie ich aber auf die Uhr sah, merkte ich wohl, daß mir die Zeit so kurz geworden war, weil man Ew. Liebden immer gelobt hatte“¹⁾.

¹⁾ Das Schreiben ist abgedruckt in Ranles französischer Geschichte Bd. VI, S. 180.

Allein Wilhelm III. gab darum die Sache noch nicht verloren. Verfolgen wir sie weiter bis zu seinem Aufbruche nach England.

Die beiden Kurfürstinnen trafen in Voo ein. Die Angelegenheit wurde mündlich erörtert ¹⁾. Das Ergebnis war dasselbe.

Die Kurfürstinnen setzten ihre Reise durch Holland fort. Am 26. October waren sie in Rotterdam. Der Biograph des Philosophen Bayle ist der Ansicht, daß der Wunsch diese Persönlichkeit kennen zu lernen ein starkes Motiv für die ganze Reise gewesen sei. In der That erging sofort nach der Ankunft am Abend eine Einladung an Bayle. Aber er lag krank zu Bette, und konnte erst zwei Tage hernach sich aufraffen, um den Fürstinnen nach dem Haag zu folgen ²⁾.

Denn dort harrete ihrer noch einmal der König. Es ward beobachtet, daß der Aufenthalt in Voo ihm sehr wohl gethan hatte. Die Besorgnis, daß es rasch mit ihm zu Ende sein könne, war vorüber. Die Rede, die man bei seiner Ankunft im Juli überall vernommen, daß die Vorsicht die Ernennung eines Nachfolgers in der Republik zur Pflicht mache, war verstummt ³⁾. Der König hielt Rath mit den obersten Collegien der Republik wie vordem. Dann wollte er nach England aufbrechen. Die aus der Ostsee zurückgekehrte Flotte, die ihn hinüber tragen sollte, lag segelfertig in der Maas. Man erzählte sich in London wie im Haag, daß der König verweile, um die beiden Kurfürstinnen noch einmal zu sprechen und ihre Ankunft nicht ohne Ungeduld erwarte. Sie trafen ein, und mit ihnen auch der Kurprinz Friedrich Wilhelm von Brandenburg, unter der Führung des Grafen Alexander von Dohna. Was immer dann noch unter ihnen geredet sein mag: die Kurfürstin Sophie blieb auf ihrem Standpuncte ⁴⁾.

Der Kurprinz Friedrich Wilhelm, ihr Enkel, begleitete den König nach dem Schlosse Honslardyk, und dann weiter nach Helvoetsluis. Beim Aussteigen aus dem Wagen nahm ihn der König an die Hand. Der Prinz betrat mit ihm das Boot, welches den König an die Facht

¹⁾ Die Werke von Leibniz Bd. VIII, S. 231 und 239.

²⁾ Des-Maizeaux in der Vie de M. Bayle. Dict. hist. et phil. t. I, p. LXXIX.

³⁾ Bericht des Grafen Goës vom 26. October.

⁴⁾ Die Berichte Hoffmanns aus London vom 25. und 29. October, derjenige von Goës aus dem Haag vom 29. October.

bringen sollte. Die Kette ward gelöst, die Ruder setzten ein. Graf Dohna sah mit Schrecken den seiner Obhut anvertrauten Prinzen mit dem Könige nach der Nacht fahren.

Der Plan des Königs Wilhelm III. ist nicht schwer zu errathen.

Der Kurprinz Friedrich Wilhelm, Enkel der Kurfürstin Sophie, war damals zwölfjährig, also um ein Jahr älter als der kurz zuvor verstorbene Herzog von Gloucester. Er war körperlich und geistig frisch und gesund, lebhaft und aufgeweckt. In den Augen seiner Großmutter erschien er wie ein verkörperter Engel. „Er ist zwölf Jahre alt, sagt sie, und spricht so vernünftig als wäre er dreißig. Ich habe in meinem Leben nicht etwas so Artiges gesehen wie diesen Prinzen“ ¹⁾. Jedenfalls ergibt sich daraus, daß der jugendliche Friedrich Wilhelm einen sehr vortheilhaften Eindruck machte. Er hatte sich, während des Aufenthaltes in Holland, die Zuneigung des Königs wie seiner Umgebung erworben. Es mochte daher dem Könige nicht unwahrscheinlich vorkommen, daß, bei der Nicht-Willigkeit des Hauses Hannover für die englische Krone, sich hier ein anderer Weg eröffne. Unter den Prinzen, die für die Succession in Frage kommen konnten, war keiner so sehr wie dieser erst zwölfjährige geeignet, dem Wunsche der Engländer nach einer englischen Erziehung des Thronfolgers zu entsprechen. Es war daher nicht unwahrscheinlich, daß, wenn sich der Prinz in England befand, dann von der Nation, von dem Parlamente aus der Wunsch ausgesprochen wurde, ihn anzusehen als einen Ersatz für den hinweggenommenen Herzog von Gloucester.

Das Verfahren Wilhelms III. zeigt, daß er dem Gouverneur des Prinzen gegenüber, dem Grafen Dohna, der für eine Reise nach England nicht instruiert sein konnte, eine vollendete Thatsache schaffen wollte. Der Prinz scheint das Verfahren des Königs völlig begriffen zu haben. Nicht so der Gouverneur. Auch er ließ sich sofort an die Nacht rudern. Er stieg hinan. Er trat vor den König. In heftiger Erregung brach er aus: „Wollen Ew. Majestät mich um meinen Kopf bringen, daß Sie mir den Prinzen wegnehmen, für den ich mit meinem Blute hafte, und den ich nicht aus den Augen lassen

¹⁾ Schreiben vom 5. September 1700 an die Markgräfin Louise, im Gräflisch-Regenfeld-Schonburgischen Archive zu Eychach.

darf?" — Wilhelm III. mochte die Bitte Dohnas erwartet haben, auch ihn selber mitzunehmen. Jene Anrede dagegen brachte ihn in die Alternative, entweder den Plan aufzudecken, demnach direct oder indirect ein Versprechen zu geben, welches zu erfüllen nicht in seiner Macht stand, oder den Plan überhaupt völlig fallen zu lassen. Bei der Lage der Dinge blieb dem Könige kaum eine Wahl. Er erwiderte verdrossen: „Kann der Herr ihn besser versorgen als ich, so nehme er ihn hin“. Dohna faßte die Hand seines Prinzen, der zwischen den Knien des Königs stand, führte ihn hervor und stieg mit ihm hinab in das Boot. Er hatte sich durch seinen Eifer seinen Zögling nicht zu Danke verpflichtet. Friedrich Wilhelm war seine Lebetage hindurch der Sache eingedenk ¹⁾.

Der König Wilhelm III. fuhr hinüber nach England. Er hatte dort keinen Successor vorzuschlagen.

Es ist nicht anzunehmen, daß nicht auch die jacobitische Partei sich geregt habe. In den ersten Tagen des Monates December erschien Jacob II. bei Ludwig XIV. und ersuchte um die Verdoppelung der Wachen um St. Germain; denn es sei ihm kund geworden, daß eine Partei in England mit dem Plane umgehe ihm seinen Sohn aus St. Germain abzuholen. — So mochte es dem Könige Jacob erscheinen oder dargestellt sein. In Wirklichkeit lagen die Dinge anders. Wir haben aus dem Briefe Stepneys an die Kurfürstin Sophie vernommen, daß bei Vielen die Meinung galt: der Prinz in St. Germain würde geneigt sein zur anglicanischen Religion überzutreten (S. 565). Dieselbe Meinung wurde auch an anderen Orten gehegt, nämlich in Paris und in Rom ²⁾. Von dieser Ansicht aus folgerte der Graf Sinzendorf in Paris, daß der König Jacob seine Bitte weniger gestellt habe aus Furcht vor einem Plane von England aus, als aus Besorgnis vor einem Fluchtversuche seines Sohnes ³⁾.

Daß auch Wilhelm III. von dieser Lage der Dinge Kenntniss gehabt, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Wie immer aber dem sein mochte: in jedem Falle war es seine Aufgabe, die offene Frage der

¹⁾ Anlage III.

²⁾ Die Berichte Sinzendorfs aus Paris, des Grafen Lamberg aus Rom, im December 1700.

³⁾ Sinzendorfs Bericht vom 9. December.

Succession festzustellen. Und zu diesem Zwecke blieb ihm, nach der Lage der Dinge, nichts übrig als dennoch wieder seine Blicke zu richten nach Hannover.

Inzwischen rückte für Spanien und damit für Europa die ähnliche Krisis näher heran.

Wir haben daher zurückzukehren bis in die ersten Tage des Monates October, wo der Bericht Schonembergs über den Zustand der Dinge in Madrid die Besorgnisse des Königs Wilhelm und des Rathspensionärs im Haag nicht so sehr hervorrief als steigerte. Diese Besorgnisse waren einestheils allgemeiner Art für den Frieden Europas überhaupt, andererseits besondere in Bezug auf das Verhalten Frankreichs.

Denn zunächst stiegen im Herbst 1700 neue Wolken auf vom fernen Nordosten. Es war Wilhelm III. und der Republik gelungen, durch das rasche Eingreifen ihrer Flotte im Sund zu Gunsten des Herzogs von Holstein-Gottorp und des Königs von Schweden, die dänische Kriegeslust schnell zu dämpfen. Der Travendaler Friede stellte dort die Ruhe her. Aber noch stand August von Sachsen-Polen in Waffen vor Riga. Da die Republik Polen an dem Kriege des Königs keinen Antheil hatte: so entwarf Carl XII. den Plan, August II. in seinem Erb- und Stammlande Sachsen heimzusuchen und ihm dort die Mittel des Kriegsführens zu nehmen. Wilhelm III. und die Republik waren nicht gegen diesen Plan, auch ungeachtet der zu erwartenden Protestation des Kaisers Leopold. Dann jedoch trat noch ein dritter Factor dieser Wirren des Nordens mit ein, der Czar Peter von Moskau. Wir kennen seinen Bund mit August von Sachsen-Polen, vom November 1699. Er hatte dann fast ein Jahr hindurch dem Könige Carl XII. von Schweden seine friedliche Gesinnung bezeugt, so lange er nämlich noch mit den Türken verwickelt war. Nachdem der Friede dort geschlossen, beeilte er sich seinem Gesinnungs- genossen August von Sachsen-Polen seine Bereitschaft kund zu thun. Das Schreiben, vom 9. August 1700, ist lehrreicher als alle seine Friedensbethenerungen bis dahin, und Kriegsvorwände nachher. Es lautet: „Lieber Bruder und Nachbar. Sie dürfen durchaus nicht

vermuthen, daß wir die verabredete Unternehmung vernachlässigen, da sie nur durch widerwärtige Hindernisse hinausgezogen ist. Nun aber, nachdem wir durch göttlichen Beistand einen Frieden auf dreißig Jahre mit den Türken geschlossen, und sogar mit erheblichem Nutzen und Vortheil, beginnen wir an der Ausführung unseres Planes zu arbeiten. Zu diesem Zwecke haben wir bereits unserem Statthalter in Nowgorod Befehl gegeben, den Krieg zu erklären, in Liefland einzumarschiren und dort die best gelegenen Plätze zu belagern. Wir werden auch unverzüglich Anstalt treffen, die anderen Truppen marschiren zu lassen, und vor dem Ende dieses Monates uns in Person dahin zu versügen; denn wir haben kein anderes Ziel vor Augen als mit Gottes Hülfe die Interessen Ew. Majestät in die Hand zu nehmen“ ¹⁾.

Den Sommer hindurch hatte der russische Gesandte im Haag, Matthueof, eben so wie der Czar direct dem Könige von Schweden, auf dessen Befehl auch dem Könige von England und der Republik Holland die friedlichen und freundlichen Gesinnungen des Czaren gegen Schweden versichert. Im Anfange October ersuchte er um eine Audienz. Er eröffnete der überraschten Versammlung der Generalstaaten, daß der Czar sich genöthigt sehe dem Könige von Schweden den Krieg anzukündigen. Er führte die Gründe auf, unter ihnen auch den, daß Schweden den Freund des Czaren, den König von Dänemark, zu einem schmachvollen Frieden gezwungen. Die Erklärung traf indirect die Seemächte mit. — Wilhelm III. entsendete Stanhope, den er einige Monate zuvor aus Madrid nach dem Haag berufen, um bei Matthueof Gegenvorstellungen wider die Absicht des Czaren zu machen. Stanhope wies darauf hin, daß die beiden Seemächte in Allianz mit Schweden stünden. Matthueof erwiederte: der Czar habe keine Differenz mit England und der Republik. Wenn aber diese Mächte für Schweden eintreten wollten: so könne der Czar es auch geschehen lassen ²⁾.

In der That forderte Lilienroth im Namen Carls XII. die Hülfe der Seemächte. An der Neigung dazu hätte es nicht gefehlt,

¹⁾ Das Schreiben bei Lamberty t. I, p. 161. — Ueberhaupt dort viele Actenstücke über den Beginn dieses Krieges t. I, p. 121 et suiv.

²⁾ Bericht des Grafen Goeß vom 8. October.

da ja der Czar Peter namentlich die Republik durch seine Bethenerungen in unwürdiger Weise betrogen hatte. Allein es ward berechnet, wie viel holländisches Eigenthum innerhalb des Reiches des Czaren sich befand, von Seiten der Stadt Amsterdam allein Waaren zum Werthe von dreißig Millionen Gulden. „Man wird allerdings den Schweden von hier aus Vorschub leisten, meldet der Graf Goeß, aber nur unter der Hand“ ¹⁾).

Sowohl Wilhelm III. wie die Republik thaten dann noch durch besondere Schreiben dem Czaren ihre Bereitwilligkeit zur Friedensvermittlung kund. Es war vergeblich.

Die russische Kriegserklärung an Schweden war für Kurlandien insofern günstig, daß das Unheil der schon beschlossenen schwedischen Invasion, welches der frevelnde Uebermuth des Kurfürsten-Königs über sein Erb- und Stammland herauf beschworen, noch für ein paar Jahre sich hinauszog. Es ward freilich darum nicht abgewendet. Der gerechte Zorn des jungen Schwedenkönigs richtete sich zunächst gegen den Czaren Peter, und errang im raschen Siegeslaufe über ihn den fast beispiellosen Erfolg von Narwa.

So entbrannte der ungeheuerere nordische Krieg, nicht durch eine Verwicklung, die man hätte vorher sehen, die man hätte abwenden können, sondern lediglich durch den Willen des Czaren, der die Hand ausstreckte nach fremdem Eigenthume, und der dann seinen Rechtsgelehrten anbefahl zu beweisen, daß dies fremde Eigenthum, Ingermanland und Karelien, ihm gehöre. Erst von da an beginnt eine nachhaltige Einwirkung Rußlands auf die Angelegenheiten West-Europas, nicht zur Förderung des Rechtes im Völkerleben.

Waren hier Wilhelm III. und Heinsius durch die List der offenkundigen Lüge von Osten her getäuscht: so stieg in ihnen gleichzeitig je zuweilen die Besorgnis empor, daß sie auch im Westen gegen eine Täuschung doch nicht völlig sicher waren.

Am 9. August waren in Nürnberg die Gesandten von neun deutschen Fürsten zusammen getreten, um gemeinsam wider die neunte

¹⁾ Berichte des Grafen Goeß vom 12. October.

Kurwürde einen Anruf an den König von Frankreich zu richten. Es waren die Fürstbischöfe von Würzburg und Münster, die Herzöge von Sachsen-Meiningen und Gotha, die Markgrafen von Baden-Baden, Baden-Durlach, Brandenburg-Culmbach und Brandenburg-Anspach, der Herzog von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel, der König von Dänemark als Herzog von Holstein-Glückstadt, endlich der Herzog von Anhalt. Diese deutschen Fürsten riefen den König von Frankreich an, daß er als Garant des westfälischen Friedens, die Neuerung dieser neunten Kurwürde über die in jenem Frieden bestimmte Anzahl der acht Kurfürsten hinaus nicht gestatten wolle. Die Denkschrift redete nur von gnädigen Bemühungen des Königs von Frankreich, von seiner Autorität als Vermittler, damit nicht die Angelegenheit in dem Travendaler Frieden, der damals zum Abschlusse stand, nebenher mit abgemacht werde¹⁾; aber die Sache selbst kündete die Absicht des Ernstes der Waffen an.

Die Antwort Ludwigs XIV. entsprach allen Wünschen der neun deutschen Fürsten. Er ließ am Reichstage in Regensburg erklären, daß seine Absicht sich nicht darauf beschränke, Vorstellungen zu Gunsten des geschädigten Rechtes jener Fürsten zu machen, sondern daß er, wenn nöthig, auch die geeigneten Heilmittel anwenden werde, um die Reichsgesetze zu schützen²⁾. Er ließ durch Tallard und Briord im Haag dem Könige Wilhelm III. und der Republik in ähnlicher Weise kund thun, daß er beabsichtige als Bürge des westfälischen Friedens für die Rechte jener neun Fürsten einzutreten. Heinsius erwiederte: „Die Seemächte sind in Betreff der neunten Kur zu Gunsten Hannovers engagirt. Wir hoffen, daß die Reichsfürsten nicht mit Gewalt dagegen auftreten, noch zu dem Zwecke eine Hülfe von Frankreich erhalten werden. Denn in diesem Falle würde der Friedestand von Europa, den wir Alle bisher so sorgfältig zu erhalten bemüht sind, in große Gefahr gerathen“. Die nachdrückliche Rede rief Entgegnungen hervor³⁾; jedoch beschränkten sich Tallard und Briord zuletzt auf die Antwort,

¹⁾ Quatenus compaciscens ac fidejussor pacis Westphalicae jus illud principum in tabulis dictae pacis manifeste assertum gratiosis suis officiis efficaciter tueri, insimulque spectatissima sui mediatoris auctoritate efficere etc.

²⁾ Die Denkschrift bei Lamberty t. I, p. 163.

³⁾ Bericht des Grafen Goës vom 24. September.

daß, wenn ihr König auch nicht zu den Waffen griffe, er doch in jedem Falle durch gute Offizien seine Protection bethätigen werde.

Weiter ging zuerst auch Torcy in Paris nicht in seiner Antwort an den Schweden Palmquist auf die Anfrage über diese Sache. Denn es traf sich, daß der eine Bürge des westfälischen Friedens, Schweden, für die neunte Kur war, der andere, Frankreich, dagegen. Aber Palmquist war der Ansicht, daß das Absehen der französischen Politik dabei viel weniger gegen Hannover gerichtet sei als gegen den Kaiser, um diesem im Reiche Verlegenheiten zu bereiten, und daß demnach die Sache der neunten Kur und diejenige der Succession in Spanien im engen Verbande stünden. Die fremden Gesandten in Paris waren gespannt zu ersehen, wie der König Wilhelm III. seine Freundschaft für das Haus Braunschweig-Lüneburg vereinen würde mit dem Interesse, die Partei des Theilungsvertrages zu verstärken ¹⁾.

Die französische Erklärung in Regensburg vom 14. September stellte ausdrücklich die Anwendung der Waffen im Reiche wider die neunte Kur in Aussicht. Tallard und Briord im Haag kamen gegenüber dem Rathspensionär darauf zurück. Man habe kein Recht, sagten sie, dem Könige von Frankreich das zu verdenken; denn, wenn er eine Partei im Reiche habe, so komme dies der Ausführung des Theilungsvertrages zu statten. — Der Graf Goës befragte demgemäß den Rathspensionär, wie ihm dieser Grund gefiele. „Ihr neuer Alliirter, der König von Frankreich, sagte er, hat Sie nicht zuvor über diese seine Absicht der Garantie befragt. Er hat Ihnen seinen Entschluß angekündigt. Wie steht es denn nun mit dem uns gegenüber angeführten Argumente, daß der König von Frankreich keinen Krieg will, daß die Frau von Maintenon seine Gedanken in eine andere Richtung lenkt? — Die Hoffnung, daß der Theilungsvertrag Ihnen den Frieden sichere, scheint mir durchaus nicht gegründet.“ — Heinsius, in Verlegenheit gebracht, erwiderte: wenn der Kaiser den Theilungsvertrag

¹⁾ Briefe Palmquists an Robethon vom 24. und 27. September in den Robethon-Papieren. St. A. H. Palmquist sagt: L'intention de la France pour les (princes) opposants va si loin que je suis en peine pour l'Electeur de Hanovre. La curiosité des ministres étr. est présentement de savoir comme S. M. B. se gouvernera à cet égard. Ils ne savent comment concilier son amitié pour la maison de B. L. avec l'intérêt qu'Elle a de grossir le parti dans lequel Elle est engagée etc.

annahme: so würde auch die Sache der neunten Kur beigelegt werden. „Es scheint mir nicht, versetzte Goës, daß der Kaiser um der neunten Kur willen sein eigenes Recht preisgeben werde. Aber ich muß meine Verwunderung aussprechen, daß diese Angelegenheit, aus welcher doch früher oder später Unruhen entspringen müssen, bei der Verhandlung des Theilungsvertrages nicht berücksichtigt worden ist“ ¹⁾).

Es war einer der Vorwürfe, die den Urhebern des Theilungsvertrages gemacht werden konnten. Der schwerste von allen schlummerte noch.

Dennoch blickt auch schon vor der Kunde der letzten Krankheit Carls II. aus den Unterredungen von Heinsius und Goës je zuweilen bei dem ersteren ein Anflug der Besorgnis hervor, daß Ludwig XIV. es mit dem Theilungsvertrage auf eine Täuschung abgesehen haben könne. Heinsius warf einmal sogar die Frage hin: „Ganz Spanien wünscht einen französischen Prinzen: wenn wir darcin willigten, was würden Sie thun?“ — „In diesem Falle, erwiederte Goës, würde das französische Sprichwort Anwendung finden, daß die Thorheit doch wenigstens nicht halb gethan ist. Aber es scheint mir, daß in solchem Falle doch diese Republik zu der Einsicht gelangen würde, daß es zunächst sich handele um ihren eigenen Untergang“ ²⁾).

Als das einzige Mittel alle Gefahren zu vermeiden, erschien den Leitern der Politik der Seemächte der Beitritt des Kaisers zu dem Theilungsvertrage, auch ungeachtet der Ablehnung vom 18. August. Man machte dem Grafen Goës die Andeutung, daß man trachten würde, die Ernennung eines Dritten hinauszuziehen bis nach dem Tode Carls II. Man erkannte an, daß die Veröffentlichung des Vertrages auf den Kaiser ungünstig gegen denselben habe wirken müssen. Aber man betheuerte auch, daß die Republik einen Bruch mit dem Kaiser als das schwerste Unglück für sie ansehen würde. Man bat, der Kaiser möge sich entschließen, so lange es noch Zeit sei ³⁾.

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 1. October.

²⁾ Desgleichen vom 10. September.

³⁾ Desgleichen vom 8. October. Goës bezeichnet ein vornehmeres Mitglied der Regierung, ohne es zu nennen.

So stand die Sache im Haag zu Anfang October. Von da an trafen täglich die Nachrichten aus Madrid ein über die neue heftige Erkrankung Carls II. Die genauesten waren diejenigen des Gesandten Blecourt. Seine Meldung vom 26. September an Ludwig XIV. besagte, daß der König von Spanien im Bette läge wie eine Leiche, daß nach der Ansicht eines Arztes es mit ihm nicht mehr als acht Tage dauern könnte. Er bat daher um bestimmten Befehl, wie er sich zu verhalten habe für den Fall des Angebotes der Monarchie für einen der Enkel des Königs. Ludwig XIV. ließ jene Thatfachen, nicht freilich die Anfrage, durch seine Gesandten im Haag, Tallard und Briord, sehr eifrig kund machen ¹⁾.

Obwohl also Wilhelm III. und Heinsius jene Anfrage Blecourts um einen Befehl für sein Verhalten nicht kannten: so tritt uns dennoch, nicht freilich in Folge des Berichtes von Blecourt, sondern desjenigen von Schonenberg vom 23. September, den wir bereits früher vernommen, hier zum ersten Male ausdrücklich bei Wilhelm III. und Heinsius die Besorgnis vor einer Täuschung durch Frankreich entgegen. Wilhelm III. befand sich noch in Voo. Von dort aus schrieb er an Heinsius, am 11. October: „Ich bin sehr bekümmert über den gefährlichen Zustand des Königs von Spanien. Dennoch hoffe ich, daß er noch einmal sich aufrafft. Inzwischen darf es nicht auffallen, wenn Frankreich bei Zeiten seine Maßregeln trifft. Versichern Sie in meinem Namen den beiden französischen Gesandten, daß ich streng an dem Vertrage festhalte, in der Erwartung daß ihr König eben so verfährt, und daß ich bereit bin mit ihm alle Maßregeln für die Ausführung zu nehmen, wenn der Todfall eintritt. Ich billige die officiellen Schritte, welche die Franzosen in Wien vorhaben, in denen wir sie unterstützen müssen“. Es sollten nämlich noch einmal nachdrückliche Vorstellungen in Wien für den Theilungsvertrag gemacht werden. Dann jedoch schließt Wilhelm III. sein Schreiben mit einer ganz anderen Erwägung. „Ich stimme völlig Ihrem Vorschlage bei, sagt er, daß, in Folge des Briefes von Schonenberg, in meinem und der Republik Namen an die französischen Gesandten die Aufforderung

¹⁾ Hippeau t. II, p. 274, und der Bericht des Grafen Goës aus dem Haag, vom 12. October.

ergehen muß, den Spaniern zu erklären, daß Frankreich die Monarchie Spanien für einen französischen Prinzen nicht annehmen wird. Ich besorge, daß Frankreich sich nur schwer darauf einlassen wird. Allein es ist dem Vertrage gemäß, und, wenn es nicht geschieht, so könnten leicht wir die Geprellten sein" ¹⁾).

Die Ansicht Wilhelms III. war richtig. Allein die Aufforderung unterblieb; denn Ludwig XIV. kam zuvor, wenn auch in etwas anderer Weise. Er seinerseits ließ durch Tallard und Briord bei Heinsius anfragen, ob er, bei dem Stande der Dinge in Spanien, sich auf das Festhalten des Königs von England und der Republik an dem Vertrage verlassen dürfe ²⁾. Bei einer solchen Anfrage könnte man fast vermuthen, daß Ludwig XIV. um die Absicht Wilhelms III. ihn zu einer Erklärung zu bewegen, vorher gewußt habe. Nach den Daten der Äußerungen ist dies freilich nicht wahrscheinlich. Sei dem wie ihm wolle, die Anfrage, welche Ludwig XIV., auf die Nachrichten aus Spanien vom 25. und 26. September, im Haag stellen ließ, und welche die von Wilhelm III. beabsichtigte Aufforderung abschnitt, ist ein Meisterstreich, nicht freilich der Ehrlichkeit und der Wahrheit.

Der Streich gelang bei Heinsius völlig. Er drängte mit allem Nachdrucke für den Beitritt des Kaisers in den Grafen Goës. Dieser Gesandte, bis dahin dem Vertrage abgeneigt, gerieth ins Schwanken, nicht so sehr durch die ihm auch vorher bekannten Gründe des Rathspensionärs, als durch den Inhalt der Briefe, welche der kaiserlich gesinnte Botschafter Don Quiros ihm vorlegte, namentlich von Veganez. Wir erinnern uns der Klagen von Veganez bei Harrach, daß alle seine Entwürfe zur Wehrhaftmachung von Spanien fehl geschlagen. Er meldete eben dasselbe dem Don Quiros. Er fügte hinzu, daß er den traurigen Zustand der Dinge in Madrid nicht länger ansehen könne, sondern sich geflüchtet habe in die Stille seines Landgutes. Beim Abschiede von Madrid habe er sich der Thränen nicht enthalten können.

„In Summa, schließt Goës seine Meldung an den Kaiser, es steht alles so übel wie es kann.“ Er bittet dringend um Instruction, wie er sich zu verhalten, wenn der Fall einträte. „Denn, sagt er, ich

¹⁾ Grimblot t. II, p. 442.

²⁾ Bericht des Grafen Goës vom 16. October.

weiß bis heute von Em. R. Majestät letzter Intention nicht das Geringste, obwohl ich doch die Ehre habe kaiserlicher Minister an einem Orte ¹⁾ von besonderer Wichtigkeit zu sein."

Das Andringen des Rathspensionärs ward täglich stärker. Als Grund gab er an die Forderung von französischer Seite, daß die Zeit gekommen sei einen Dritten anstatt des Erzherzogs zu ernennen.

Die Forderung ist von besonderem Gewichte zur Charakteristik der Politik Ludwigs XIV. Tallard und Briord, welche in seinem Namen sie erhoben, thaten es in gutem Glauben und daher mit allem Nachdrucke, zur selben Zeit wo, wie wir gesehen haben und ferner sehen werden, Ludwig XIV. nach Spanien hin, ohne eine offene und ausdrückliche Zusage zu geben, daß er eine Verfügung zu Gunsten des Herzogs von Anjou für das Ganze annehmen werde, eben so sehr sich hütete dem Cardinal Portocarrero und dessen Anhange diese Hoffnung abzuschneiden. Das Andringen im Haag auf die Ernennung eines Dritten, der dadurch kund gegebene Eifer für den Vertrag war daher nur ein abermaliges Blendwerk, berechnet auf die fortdauernde Täuschung von Wilhelm III. und Heinsius, oder auch mit der weiteren Absicht, vermöge des Andringens auf den Kaiser den Spalt zwischen ihm und den Seemächten weiter zu reißen.

Bei Heinsius ward jene Täuschung erreicht. Die Besorgnis, daß Frankreich sich von dem Vertrage lossagen könne, um das Ganze zu nehmen, wich einer anderen. Wenn der Kaiser seine definitive Erklärung bis zum Tode Karls II. verschieben wolle, sagte Heinsius: so belasse er dadurch allen Vortheil für Frankreich. Dieses würde sofort zugreifen, die Spanier einschüchtern, im Falle eines Widerstandes sie über den Haufen werfen, und mehr nehmen als der Vertrag ihm zuerkenne. Die Seemächte würden dem Vertrage gemäß nicht das Recht haben es zu hindern. Er begnügte sich nicht, selber dem Grafen Goes dies zu entwickeln. Er schickte Andere, aus deren Beweisführung Goes sehr bald erkannte, daß sie geschickt waren.

Die Furcht, die sich in allen Reden des Rathspensionärs kund gab, wirkte dagegen hebend ein auf den Gesandten. „Nach meiner

¹⁾ „Allwo das Mehreste geschehen wird“, ist der Wortlaut. Im Berichte vom 12 October.

Ansicht, erwiederte er einer Persönlichkeit, die Heinsius zu ihm geschickt, werden England und Holland zu der Erkenntnis kommen, daß sie eine falsche Bahn betreten haben. Nun ist es aber leichter für sie von dieser falschen Bahn zurückzukehren als für den Kaiser ihnen auf dieser Bahn zu folgen“ ¹⁾. Goes selber fügt hinzu, daß allerdings eine solche Wendung mehr zu wünschen als zu hoffen sei. Und in der That konnte sie ja erst dann eintreten, wenn die Ansicht, daß die betretene Bahn eine falsche, nicht mehr bloß als Ansicht, sondern als eine Thatsache vor Augen lag.

Unterdessen verschlimmerte sich die Krankheit des Königs von Spanien. Um Mitternacht des 28. September meldete Blecourt: „Der Zustand des Königs ist hoffnungslos. Um acht Uhr heute Abend hat er das Viaticum empfangen, um 9 Uhr die letzte Delung. Er hat das Testament zu Gunsten des Erzherzogs bestätigt. Wie ich vernehme, soll danach die Königin die Regentschaft führen, umgeben von einem Rathe von fünf Personen, mit Portocarrero an der Spitze. Auf die Todeserklärung werde ich einen anderen Courier schicken. Da Ew. Majestät Besitz von Guipuzcoa zu nehmen haben, so erlaube ich mir zu sagen, daß es nothwendig ist die Truppen schleunigst marschiren zu lassen, sowohl deshalb, als wegen der anderen Pläne, die Ew. Majestät haben können, und ich glaube, daß, wenn nicht der Vertrag entgegenstände, Ew. Majestät hier kein Hindernis finden würden“ ²⁾.

Es war noch nicht so weit.

Am Nachmittage des 29. September berichtet Blecourt aufs neue: „Der König von Spanien ist noch nicht todt, wie man gestern um Mitternacht glaubte. Um vier Uhr Morgens heute hat er sich besser befunden, zu Mittag etwas genossen. Man fürchtet die Nacht.“

„Man hat heute überall das Allerheiligste ausgesetzt und stellt öffentliche Prozessionen an, was nicht geschehen würde, wenn noch

¹⁾ Bericht des Grafen Goes vom 15. October.

²⁾ Hippeau t. II, p. 276.

Hoffnung auf das Leben dieses Fürsten übrig wäre. Die Regentschaft der Königin bestätigt sich nicht, ja man spricht sogar von einer Aenderung des Testamentes, und bezeichnet es als zu Gunsten des Herzogs von Anjou. Ich wage darüber nichts zu versichern."

„Der Cardinal Portocarrero läßt mir so eben sagen: ich möge Ew. Majestät melden, daß er sein Mögliches thun würde, um die große Angelegenheit durchzuführen, und daß, wenn ich an seiner Stelle wäre, ich nicht mehr Eifer als er entwickeln könne, zu Gunsten eines Prinzen von Frankreich" ¹⁾.

Abermals berichtet Blecourt am 1. October: „Die Aerzte bleiben bei ihrer Ansicht, daß der König von Spanien von seiner Krankheit nicht genesen kann. Immerhin jedoch sei es möglich, daß es noch ein wenig sich hinziehe". Blecourt meldete dann neue Versicherungen des Cardinals Portocarrero ²⁾.

Wir werden indessen die Entwicklung der Thätigkeit Portocarreros später im Zusammenhange zu überblicken haben. Es handelt sich für uns zunächst um die Einwirkung der Nachrichten von Madrid bis zu Ende September bei Heinsius und bei Wilhelm III.

Tallard und Briord im Haag erhielten diese Nachrichten, in so weit Ludwig XIV. die Mittheilung an sie für geeignet erachtete, am 16. October. Sie begaben sich sogleich zu dem Rathspensionär. Sie theilten ihm die Meldung Blecourts vom 28. und 29. September mit, also das Gerücht über das Testament für den Erzherzog und die Meinung von dem Tode des Königs von Spanien. Dann hielten sie inne, um die Haltung des Rathspensionärs zu beobachten. Sie nahmen wieder das Wort, um zu erinnern an ihre Anfrage auf die erste ungünstige Nachricht aus Spanien einige Tage zuvor, nämlich ob der König von Frankreich sich auf die Hülfe des Königs von England und der Republik Holland für die Ausführung des Theilungsvertrages verlassen dürfe, ob also der Rathspensionär die Antwort derselben eingeholt. Heinsius erwiederte, daß beide Mächte an dem Vertrage festhielten und bereit seien die Art und Weise der Ausführung zu vereinbaren. Erst dann, nachdem Heinsius diese Antwort gegeben,

¹⁾ Hippeau t. II, p. 276.

²⁾ H. a. L. p. 277.

theilten Tallard und Briord ihm auch die letzte Nachricht Blecourts vom 1. October mit, daß Carl II. noch nicht todt, jedoch hoffnungslos ¹⁾).

Der Vergleich der Meldungen Blecourts mit den Mittheilungen, die Tallard und Blecourt daraus an Heinsius machen, zeigt uns in evidenter Weise das Spiel, welches Ludwig XIV. mit Wilhelm III. und Heinsius treibt. Er will sie bis zum letzten Augenblicke in dem Glauben an seinen Willen für den Bestand des Theilungsvertrages erhalten.

Heinsius bat darauf sofort noch spät am Abende den kaiserlichen Gesandten zu sich, und eröffnete ihm den Stand der Dinge, wie er ihn ansah. Er that kund, daß auf diese letzten Nachrichten die Generalstaaten beschlossen, abermals den Kaiser zum Beitritte zu dem Vertrage aufzufordern, daß der König Wilhelm III. dasselbe thun werde. Goës versuchte noch einige Einwände. Heinsius erwiederte: jeder Verzug sei schädlich; denn es sei dem Andringen der Franzosen auf die Benennung eines Dritten kaum noch zu widerstehen. Bereits habe sich Harcourt nach Bayonne begeben, um mit der französischen Armee in Spanien einzumarschiren, und ein Einspruch dagegen sei den Seemächten nach dem Vertrage nicht gestattet. Er hob abermals die Gefahr hervor, die aus einem Widerstande der Spanier erwachsen könne, weil er die Franzosen reizen würde mehr zu nehmen als was der Vertrag ihnen zuweise. Er rief im Beisein des Gesandten den Grefrier Jagel herzu, und gebot ihm das Schreiben der Generalstaaten an den Kaiser aufzusetzen und zu expediren ²⁾).

Der Inhalt dieses Schreibens ist von einer Drohung sehr weit entfernt. „Wir beschwören Ew. K. Majestät, sagen die Generalstaaten, mit aller Hochschätzung, die wir Ihnen entgegen tragen, abermals und abermals, daß Sie die in dem Vertrage angebotenen Vorschläge nicht länger ablehnen wollen. Denn bei dem Todesfalle in Spanien ist, wenigstens nach unserem Dafürhalten, für die Erhaltung des Friedens dies der alleinige Weg“ ³⁾).

¹⁾ Anlage IV.

²⁾ Bericht des Grafen Goës vom 16. October.

³⁾ Caes^m M^{tem} V^m pro summa nostra qua Eam colimus observantia etiam atque etiam obtestamur, ne conditiones in foedere propositas amplecti diutius differre velit. Quandoquidem eo casu, quantum quidem nobis videtur,

Dies war die allgemeine Ansicht in der Republik. Da der König eben damals von Voo zurückkehrte, so waren alle höheren Collegien im Haag versammelt. Heinsius benutzte dies, um den Theilungsvertrag als das Heilmittel des Friedens geltend zu machen. Man erkannte es an. Die Stimmen, welche früher gegen den Vertrag geredet, oder doch gemurrt, waren verstummt. Die Collegien sprachen einhellig ihre Freude aus, daß der Theilungsvertrag bestehe. Die Thatsache dieser Freude war im Haag offenkundig. Heinsius machte sie dem kaiserlichen Gesandten gegenüber geltend. „Gestatten Sie mir darauf zu bemerken, erwiederte Goës, daß ich nun seit dritthalb Jahren die Menschen hier beobachtet und als den Grundzug des politischen Verhaltens der Republik erkannt habe, daß sie immer bereit sind aus Furcht vor einem Kriege in der Gegenwart die Zukunft zu opfern. Ich halte es aber für eben so gewis, daß diejenigen, welche aus Gefälligkeit oder Furcht dem Vertrage zur Zeit ihren lauten Beifall geben, ihn aufs höchste mißbilligen werden, sobald die Consequenzen an sie herantreten.“ Heinsius verneinte, daß, auch wenn ein Krieg daraus entstehe, dieser, bei der überlegenen Macht der drei Theilungsmächte gegenüber derjenigen des Kaisers, weitaus schend oder gefährlich werden könne ¹⁾.

Der Courier, welcher mit dem Schreiben der Generalstaaten an den Kaiser entsendet wurde, überbrachte zugleich dahin ein anderes von Wilhelm III. Der König versicherte darin dem Kaiser, daß ein Dritter noch nicht ernannt, daß demnach der Beitritt dem Kaiser noch völlig frei stehe. Er betheuerte, daß der Vertrag seinerseits hervorgegangen sei aus dem Streben einen allgemeinen, verderblichen Krieg zu vermeiden, und doch dabei dem Kaiser die möglichsten Vortheile zu sichern. Er schloß mit der Bitte, daß der Kaiser, in Anerkennung dessen, nun noch beitreten möge ²⁾.

sola et unica ad conservandam pacem via superest illa quae in dicto foedere monstratur.

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 26. October.

²⁾ Das Schreiben Wilhelms III., vom 5./15. October, findet sich im I. I. Archive nicht vor. Ich entnehme den Inhalt aus der Recapitulation in der Antwort des Kaisers, vom 5. November, also vor seiner Kunde des Todes von Carl II.

Ein besonderes Moment verdient hier hervorgehoben zu werden.

Wir haben beobachtet, daß eins der wichtigsten Ziele Ludwigs XIV. bei dem Theilungsvertrag war, den geheimen Artikel der Allianz von 1689 aufzulösen, und den Kaiser mit seinen bisherigen Bundesgenossen, den Seemächten, zu entzweien. Er hatte dies insofern erreicht, daß er die letzteren in die Bahn gelockt, welche sie von dem Kaiser trennte. Und dennoch hatte Ludwig XIV. die moralische Entzweigung nicht fertig gebracht. Gerade diese Schreiben, mit welchen der König Wilhelm und die Republik noch einmal wieder den Kaiser auffordern sich ihnen anzuschließen, sind durchhaucht von einer wärmeren Ergebenheit für Leopold als sie seit langer Zeit ihm bewiesen. Und eben darum fanden sie, wie später sich ergeben wird, bei dem römischen Kaiser Leopold die entsprechende wohlwollende Aufnahme.

Unterdessen war in Wien die französische neue Aufforderung schon zuvorgekommen, sowohl durch den Marquis Villars dort persönlich, als durch den Bericht des Grafen Singendorf aus Paris. Der letztere fügte das französische Erbieten hinzu, den Beitritt des Kaisers zu dem Theilungsvertrage, wenn er erfolge, nur dem Könige von England und der Republik mitzutheilen, im Uebrigen aber bis zum Tode des Königs von Spanien geheim zu halten. Der Kaiser berief die Conferenz, am 20. October. Man erwog die ungünstige Lage der Dinge, den Mangel an Kriegsbereitschaft daheim, die völlige Wehrlosigkeit Spaniens, dagegen die starke Bewaffnung Frankreichs. Schon seien dort 30,000 Mann an der Grenze nach Italien, das übrige Landheer betrage 155,000 Mann, die Kriegesflotte sei ausgerüstet. Alles stehe bereit um zuzugreifen, sobald der König von Spanien die Augen schließe. Die Gefahr sei um so größer, da England und Holland an dem Theilungsvertrage festhalten und daher lieber Spanien in eines Dritten Hände kommen lassen, als einen kostbaren Krieg deshalb unternehmen wollen.

Allein dagegen stehe, daß durch göttliche Gnade der König von Spanien sich noch wieder erholen könne, ferner, daß der Kaiser es für unziemlich und widerrechtlich erachte, bei Lebzeiten des Königs von Spanien über dessen Erbe zu verfügen, endlich daß der Kaiser ihm ausdrücklich das Versprechen gegeben dies nicht zu thun. Darum

räth die Conferenz dem Kaiser, auf den Antrag des Marquis Villars abermals ablehnend zu antworten. Der Kaiser stimmte zu ¹⁾).

Während man im Haag und in Wien noch in dieser Art berieth, hatte der Cardinal Portocarrero bereits Gelegenheit gefunden seinen Plan auszuführen. Wir gelangen hier an eins der merkwürdigsten und folgenreichsten Ereignisse im europäischen Völkerleben. Um so wichtiger ist es, dasselbe klar zu stellen nach den ursprünglichen Berichten.

Wir erinnern uns der Versicherungen, welche der Cardinal Portocarrero dem französischen Gesandten Blecourt über seine Absichten gab. Zur Charakteristik der handelnden Persönlichkeiten ist es von besonderer Wichtigkeit, die Meldungen des kaiserlichen Botchafters, des Grafen Harrach, gegenüber zu stellen. Auch seine Unkenntnis ist lehrreich.

Er trat in den letzten Tagen des Monats September zu der Königin und bat sie, sich mit dem Cardinal Portocarrero und den anderen Mitgliedern des Staatsrathes zu verständigen. Die Königin erwiederte: sie fürchte vielmehr, daß der Cardinal und der Staatsrath den König zur Berufung eines französischen Prinzen bewegen würden. Harrach versetzte: so lange der König seiner Sinne mächtig, werde dies nicht geschehen. Er schlug vor, daß ein Testament abgefaßt werde wie seiner Zeit dasjenige für den bayerischen Kurprinzen, so daß der König nur die Unterschrift der Minister unter das fertige Testament fordere. Die Königin hielt das nicht für ausführbar; denn der König werde zuvor die Zustimmung des Cardinals haben wollen. Die Königin und Harrach kamen überein, bei dem Cardinale sich zu bemühen, daß er sich einem solchen Testamente nicht widersetze ²⁾).

Harrach begab sich zu dem Cardinale. Dieser erwiederte: seine österreichische Gesinnung, so wie sein Wunsch, daß die Monarchie beim Hause Oesterreich bleibe, sei zur Genüge bekannt; allein bei dem Zustande der Dinge, wo alle Grenzen offen, wo keine Gegenwehr möglich,

¹⁾ Das Protokoll ist abgedruckt in den Feldzügen des Prinzen Eugen. Bd. III, S. 371.

²⁾ Harrachs Bericht vom 29. September auch für das Folgende.

werde eine Erklärung für den Kaiser keine Frucht schaffen. Denn der König von Frankreich könne nach Gefallen das Gesetz für Spanien vorschreiben, der Kaiser dagegen nicht helfen. — In derselben Weise antworteten Aguilar, Ubilla, der vom Lande zurückgekehrte Veganez, und Don Manuel de Arias, der Präsident von Castilien. Wir sehen also, daß jene ersteren, die wirklich kaiserlich Gesinnten, ähnlich reden wie die französisch Gesinnten, der Cardinal und der Präsident von Castilien. Der letztere erwiderte endlich: „Wenn wir uns für einen französischen Prinzen aussprechen: so geschieht das aus keiner anderen Ursache als aus dem Drange der Noth“.

Die Königin sandte unterdessen zu Harrach ihren Beichtvater Gabriel. Sie ließ sagen, daß sie dem Könige nicht ein Testament vorschlagen dürfe, als wenn er selber dazu Anlaß gebe. Denn einerseits sei ihr das zu schmerzlich, andererseits sei ein solcher Vorschlag von ihr aus der Mißdeutung fähig. Sie lasse den Beichtvater de las Torres auffordern, mit dem Könige darüber zu reden. Harrach schlug vor, den Anlaß zu verschaffen. Er werde um eine Audienz ersuchen. Im Falle der Ablehnung werde er die Königin bitten, in seinem Namen zu berichten, was er als Diener des Kaisers zu sagen habe. Harrach führte seinen Plan aus. Wie vorauszusehen, ließ der König ihn nicht vor. Aber auch die Königin schob die Audienz für ihn hinaus. Ihre Abneigung gegen Harrach persönlich scheint der Sache im Wege gestanden zu haben.

Gewicht dagegen war zu legen auf die Aufforderung der Königin an den Beichtvater des Königs, den Dominicaner de las Torres. Denn dieser sprach offen seine österreichische Gesinnung aus.

Harrach begab sich dann abermals zu dem Cardinale, am 29. September. Bisher, erwiderte dieser, habe die Königin weder zu dem Könige noch zu ihm von einem Testamente geredet. Aber Harrach möge darauf dringen. „Dann erging er sich, fügt Harrach hinzu, in solchen Ausdrücken für Ew. K. Majestät, daß, wenn Worten Glauben beizumessen ist, wir nicht zweifeln dürfen: er werde sich einem Testamente zu Gunsten des Erzherzoges nicht widersetzen. Der Graf Palma, der Neffe des Cardinals, bestätigte diese Ansicht. Veganez, der gleichfalls dem Cardinale nahe stand, berichtete den Plan desselben. Es sei die Absicht des Cardinals, am anderen Tage, wenn nur

der König sich etwas besser befände, ihn zu einer lektwilligen Verfügung zu ermahnen. Der wichtigste Punct sei die Berufung der allgemeinen Stände, und das Treffen von Anstalten, durch welche die Monarchie in ihrer Gesamtheit erhalten werden könne. Es seien dafür zwei Bewerber da: der Kaiser und der König von Frankreich. Er stelle es der Wahl des Königs anheim, wen er ernennen wolle. — Harrach erwiederte: er sei mit diesem Plane einverstanden; denn niemals werde der König sich für Frankreich erklären.

Uns Späteren, die wir in die gleichzeitigen Versicherungen des Cardinals Portocarrero an Blecourt einblicken, liegt seine Arglist offener vor, als sie damals dem Grafen Harrach sich erschließen konnte. Daß auch dieser vom Zweifel sich nicht frei fühlte, geht bereits aus seinen früheren Worten hervor. Er schließt seinen Bericht mit den Worten, daß die Mitglieder des Staatrathes eine große Pietät und Aufrichtigkeit für den Kaiser an den Tag legen, daß es jedoch beim eintretenden Falle sich zeigen müsse, ob die Thaten den Worten entsprechen ¹⁾. Eine besondere Furcht dominire in ihnen Allen: diejenige vor einer französischen Invasion, und gegen diese würden alle Be-theuerungen nicht helfen, auch nicht ein Testament des Königs.

Diese Angelegenheit rückte näher. Am Abende des 29. September erschien der Pater Gabriel bei dem Botschafter und theilte mit, daß Torres den König gemahnt: er sei im Gewissen verpflichtet ein Testament zu errichten und zwar zu Gunsten des Kaiserhauses. Der König habe versprochen es zu thun, und dann bemerkt: dies sei auch so schon seine Absicht gewesen, und zwar den Erzherzog Carl zum Erben zu ernennen. — Aber der Pater Gabriel fügte seiner Meldung die Besorgnis hinzu, daß der Cardinal Portocarrero und der Präsident von Castilien, Don Manuel de Arias, es hindern würden ²⁾.

¹⁾ Eos magnam pietatem et sinceritatem erga M^{tem} V^{ae} C^m prae se tulisse, in casum autem expectandum, utrum facta verbis consentiant.

²⁾ A P. Gabriele sibi confisum ait (Harrach), quod Confessarius regius Regi proposuerit, quemadmodum in conscientia teneatur testamentum condere, et quidem in favorem S^{ae} V^{ae} C^{ae} M^{tis}. Cui Rex id se facturum promisit, dixitque quod absque eo intentionis sit, Ser^{mum} Archiducem pro haerede nominare. P. Gabrielem vero ait timere, ne Cardinalis et Praeses Castiliae id impediant.

Die Parteistellung ward schärfer. Bereits am 1. October war es nicht mehr ein Geheimnis, daß die Königin sich bemühe um ein Testament zu Gunsten des Erzherzogs Carl, der Cardinal Portocarrero und Don Manuel de Arias zu Gunsten eines französischen Prinzen. In der Stadt Madrid ging das Gerücht, daß ein Testament im letzteren Sinne bereits vollzogen sei. So meldet Harrach, mit dem Beifügen, daß er dem Gerüchte keinen Glauben schenke ¹⁾.

In der That entsprach es nicht der Wahrheit. Blecourt hatte sogar gerade das Entgegengesetzte vernommen. Er berichtet darüber am selben 1. October: „Gestern Abend hatte man mir gesagt, daß die Königin den König bewogen habe zu einem Testamente in ihrem Sinne. Ich habe heute den Cardinal darüber befragen lassen. Sein Vertrauter hat mir darauf geantwortet: es sei nicht zu bezweifeln, daß die Königin alle Anstrengungen mache. Allein daran liege wenig, wenn man nur der hauptsächlichlichen Person sich versichere. Wir würden ersehen, daß der Cardinal alles gethan, was er gekonnt und was er gesollt. Für jetzt könne er nicht mehr sagen“ ²⁾.

Der Cardinal Portocarrero harrte seiner Stunde.

Am 2. October trat der Rath von Castilien zusammen, unter dem Vorstehe des Don Manuel de Arias. Das Ergebnis der Berathung war ein Gutachten an den König: er möge eine Verfügung treffen über die Erbfolge.

Um sechs Uhr am Abende des 3. October ließ der kranke König den Cardinal Portocarrero zu sich bescheiden. Das Bett des Königs stand in einem Alkoven. Dahin mußte Portocarrero zu ihm treten. Die Thür ward geschlossen ³⁾.

Nach dem Berichte des Venetianers Mocenigo, damaligen Botschafters in Madrid, legte der Cardinal in längerer Rede dem todtfranken Manne die Pflicht dar, durch die Feststellung der Succession Sorge zu tragen für den Frieden Spaniens und Europas. Gemäß den vorgenommenen Untersuchungen sei es außer Zweifel gestellt, daß der Verzicht der Königin Marie Theresie den Rechten ihrer Kinder

¹⁾ Harrachs Bericht vom 1. October.

²⁾ Hippeau t. II, p. 277.

³⁾ Harrachs Bericht vom 6. October.

keinen Eintrag thun könne, daß der Vater Philipp IV. den Verzicht verlangt habe als eine formelle Cautel, nicht jedoch in der Absicht, die Rechte des Blutes zu schädigen. Der Cardinal fügte hinzu, daß er mit dieser Vorstellung die Pflicht eines getreuen Vasallen ausübe, aus keinem anderen Antriebe als demjenigen des Gewissens¹⁾.

Da diese Rede dem Gedankengange des Testamentes selbst entspricht: so darf sie als authentisch angesehen werden.

Wenn damals irgend eine Aeußerung des Papstes Innocenz XII. vorgelegen hätte, welche der Absicht Portocarreros entsprach: so würde er sie nicht unbenutzt gelassen haben. Die berichtete Rede enthält nichts davon, auch nicht das Testament selbst. Eben so wenig wissen davon die Berichte von Harrach, Blecourt, Schonenberg. Die französische Tradition eines solchen Rathes existirte noch nicht. Wir werden den Ursprung derselben erst später kennen lernen, zum Jahre 1702.

kehren wir jedoch zurück zu der Rede Portocarreros.

Wir haben vielfach wahrgenommen, daß das hauptsächlich negative Motiv des Cardinals Portocarrero und seiner Partei bestand in der Furcht vor einer französischen Invasion. Dies negative Motiv wandelte sich bei dem Cardinal in das positive, daß die Ernennung eines französischen Prinzen den Frieden Spaniens und Europas sichern werde. Diese Meinung war ein Fehler der Einsicht, nicht des Willens. Aber Portocarrero ging darüber weit hinaus. Er beging ein schweres Unrecht an dem Gedächtnisse Philipps IV., der alles gethan, was in seiner Macht stand, um den Verzicht seiner Tochter Marie Theresie nicht bloß rechtskräftig zu machen, sondern auch so zu erhalten. Die Prüfungen, welche Philipp IV. nachher hatte wieder anstellen lassen, unternommen von Juristen und Theologen, hatten den Verzicht als rechtsbeständig dargethan. (Vgl. Bd. I, S. 72.) In diesem Glauben hatte Philipp IV. sein Testament gemacht, war er gestorben. In diesem Glauben hatte auch Carl II. sein Leben zugebracht. Dies wußte Niemand besser als der Cardinal Portocarrero. Es waren kaum drei Wochen verflossen, seitdem, am 10. September, der König Carl II. diese seine Rechtsanschauung abermals in formeller Weise kund gethan hatte. Und nun trat der gesunde, willenskräftige Mann

¹⁾ Barozzi e Berchet: Spagna t. II, p. 700.

an das Bett des vom Fieber gemarterten Kranken, mit der Forderung vor aller Welt anzuerkennen, daß die politische Grundanschauung seines Lebens, das politische Vermächtniß seines Vaters und seines ganzen Hauses ein Irrthum sei. Die Forderung war eine der gewichtigsten, die jemals ein Mensch an einen anderen gestellt hat. Der Cardinal konnte nicht vorhersehen, daß sie, anstatt des Friedens, für die europäische Menschheit und insbesondere für Spanien den furchtbarsten Krieg nach sich ziehen würde, der bis dahin gewesen; aber die Forderung an sich stand im scharfen Widerspruche mit jedem Gefühle der Ehre und des Rechtes.

Wie immer dem sei: die Thatfache ist, daß Carl II. wich.

Das Testament lag fertig geschrieben vor. Es bedurfte nur noch der Unterzeichnung. Der Staats-Secretär Ubilla ward herbeigerufen. Er war, wie wir wiederholt beobachtet, in sich kaiserlich gesinnt; aber die Dinge waren dahin gekommen, daß er mitgehen mußte. Ubilla theilte später dem Grafen Harrach mit, daß der König ihn am Tage des Testaments gefragt, ob der kaiserliche Courier, den er seit sechs Wochen erwarte, angekommen sei¹⁾. Die Frage erscheint wie der letzte Versuch des unglücklichen Königs, der Zumuthung des Testaments auszuweichen. Ubilla verneinte. Er fungirte dann als Notar. Außer der Hauptperson, dem todtkranken Könige, war nur Portocarrero als Zeuge zugegen²⁾. Das Testament ist so ausführlich, daß allein die Verlesung mindestens zwei Stunden in Anspruch genommen haben muß. Die Hauptstelle lautet: „Indem wir, gemäß den Ergebnissen mehrerer Berathungen unserer Staats- und Justizminister, anerkennen, daß der Grund, welcher von Donna Anna, unserer Tante, und Donna Maria Theresia, unserer Schwester, Königinnen von Frankreich, den Verzicht auf diese Königreiche forderte, bestand in der Absicht die Gefahr ihrer Vereinigung mit der Krone Frankreich zu vermeiden; indem wir aber auch anerkennen, daß, weil dieser hauptsächliche Beweggrund nicht mehr besteht, das Recht der Succession, gemäß den Gesetzen unserer Reiche, dem nächsten Blutsverwandten gebührt, und daß dieses zur Zeit zutrifft bei dem zweiten Sohne des Dauphins, dem Herzoge von Anjou: so erklären wir, gemäß den Gesetzen, den

¹⁾ Harrachs Bericht vom 6. October.

²⁾ Derselbe Bericht.

Herzog von Anjou zu unserem Nachfolger und berufen ihn zum Erben unserer gesammten Monarchie, nichts ausgenommen" ¹⁾).

Das Testament verfügte demnach, wie über Neapel und Sicilien, die Lehen des päpstlichen Stuhles waren, auch über Belgien, für welches die Könige von Spanien den Kaiser als Oberlehnsherrn anerkannten, ferner über Mailand und Finale, über welche als Mannlehen des Reiches dem Könige von Spanien, der dasselbe durch den Mannsstamm überkommen, eine Disposition zu Gunsten einer cognatischen Linie nicht zustand. Der Uebergriff, welchen dadurch der Hochmuth der Verfertiger des Testaments in fremde Rechte machte, ist für den Beginn des Krieges, der durch ihr Thun heraufbeschworen wurde, von besonderer Wichtigkeit.

In Ermangelung des Herzogs von Anjou, sei es durch den Tod, oder durch die Annahme der auf ihn verstammten Krone von Frankreich, ernannte das Testament, damit niemals beide Kronen auf Ein Haupt vereinigt würden, den jüngeren Bruder, den Herzog von Berry, in Ermangelung auch dessen, den Erzherzog Carl, den zweiten Sohn des Kaisers, und nach diesem endlich, die savoyische Linie.

Das Haus Orleans wurde in dem Testamente nicht mitbenannt. Und doch kam, wenn der Verzicht der Infantin Anna, der Mutter von Ludwig XIV. und Philipp von Orleans, nichtig war, der letztere und seine Descendenz gleich nach dem ersteren. Die Verfertiger des Testaments wandelten demnach auch darin von ihrem Standpuncte aus die Frage des Rechtes in diejenige der vermeintlichen Zweckmäßigkeit. Sie setzten gleich nach der Descendenz Ludwigs XIV. den Erzherzog Carl. Der Grund liegt nicht fern. Da Ludwig XIV. ihnen nicht eine positive Zusage der Annahme im Voraus hatte geben wollen: so sollte die Benennung des Erzherzogs als Druckmittel auf ihn dienen.

Die Verfertiger des Testaments nahmen dem Kaiserhause das spanische Erbe. Aber sie betheuerten oder ließen durch das Testament den unglücklichen König Carl II. betheuern, daß er die für die Christenheit so wichtige Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem Könige von Frankreich sehr wünschlich wünsche, und darum eine Heirath vorschlage zwischen dem Herzoge von Anjou und einer der Töchter des Kaisers.

¹⁾ Artikel XIII des Testaments.

Wir erinnern uns, daß Ludwig XIV. für die geheime Friedensverhandlung zu Padua im März 1696 auch solche Heirathen angeregt, sogar drei auf einmal, daß dagegen der Kaiser diesen Artikel durchstrichen. Ein Vorschlag dieser Art an den Kaiser, eins seiner Kinder hinzugeben in das Haus Ludwigs XIV., konnte nur einer völligen Unkenntnis des Charakters von Leopold entstammen.

Als Ubilla die Verlesung beendet, reichte er dem Könige eine Feder. Carl II. nahm sie mit der linken Hand. Ubilla sagte: „Ew. Majestät, mit der anderen“. Der König versetzte: „Ich weiß es“. Indem die Linke mit der Tinte ein Kreuz machte über die Rechte, faßte diese die Feder. Der König zeichnete. Dann sprach er: „Es ist die Sache Ihres Dienstes und Ihrer Ehre diese Unterschrift zu gestalten“ ¹⁾.

Dann berief Ubilla, auf Befehl des Königs, den Cardinal Borgia, den Präsidenten von Castilien, die Herzoge Sessa, Medina Sidonia, Infantado, und den Grafen Benevent. Sie unterzeichneten als Zeugen. Das Testament ward versiegelt und tiefes Geheimnis anbefohlen.

Die Thatsache, daß der König ein Testament gezeichnet, konnte allerdings nicht unbekannt bleiben. Auch über den Inhalt ging allgemein das Gerücht, daß es dem Gutachten des Staatsrathes vom Juni entspreche. Harrach hegte dennoch einen Zweifel. Da hauptsächlich die Mahnung des Beichtvaters Torres den König zur Abfassung eines Testaments bestimmt, meinte er, so müsse, weil Torres kaiserlich gesinnt, das Testament entsprechend lauten ²⁾. Aber auch seine Freunde, Palma und Veganez, Verwandte Portocarreros, vermochten das Geheimnis nicht zu durchdringen. Ubilla wich der Frage aus mit der Erwiderung: der König habe, wie am Tage des Testaments, auch nachher wieder gefragt, ob der kaiserliche Courier noch nicht da sei. — Harrach begab sich zum Cardinal Portocarrero. Da er vernehme, sagte er, daß der König ein Testament gezeichnet: so hoffe er, daß es dem Rechte gemäß für das Kaiserhaus lauten werde. Der Cardinal

¹⁾ So eine handschriftliche Arbeit des k. k. Archivs: Reynado de Carlos II. (Bogen 31 d), in Böhm's Handschriften-Katalog.

²⁾ Bericht vom 6. October.

drückte ihm die Hand und erwiderte: „Sie wissen, daß wir im Herzen Alle für das Haus Oesterreich sind“. — „Ob aber das Herz zum Munde stimmt, fügt Harrach seinem Berichte hinzu, muß man abwarten“ ¹⁾.

Blecourt dagegen erhielt in den nächsten Tagen von mehreren Seiten die Kunde des Inhalts des Testamentes, von dem Cardinale Portocarrero in zwar nicht ausdrücklicher, dennoch verständlicher Weise. Der Vertraute, Urraca, meldete: der Cardinal sei zum Geheimnisse verpflichtet; aber alles gehe wohl. — „Dies bestätigt, fügt Blecourt hinzu, meine gestrige Meldung über das Testament, welches die Königin würde umstoßen können, wenn der König wieder gesund würde“ ²⁾. Blecourt faßt also unter dem Wohlgehen die zwei Dinge zusammen: den Bestand des Testamentes und die Nicht-Genesung des Königs von Spanien.

Man war jedoch dessen noch nicht sicher. Man hatte gemeint, daß nach den heftigen Krankheitsanfällen das Leben kaum noch drei Tage hätte währen können, und doch dauerte dieser Zustand bereits zwei Wochen. Es war ein neuer Arzt von Alcala her berufen. Das Ergebnis seiner vierstündigen Berathung mit den anderen am 5. October war der Beschluß, dem Kranken frische Leintücher zu geben. „Die Aerzte wagen kein Mittel anzuwenden, fügt Harrach seiner Meldung hinzu; denn der Zustand des Königs scheint aller medicinischen Wissenschaft zu spotten. Vielsach dagegen erhebt sich die Meinung, daß es mit dieser Krankheit nicht natürlich zugehe, daß sie die Wirkung von Zauberkünsten sei. Diese Meinung wird verstärkt durch die Wahrnehmung, daß der König weder schwächer, noch stärker wird, daß sein Aussehen immer dasselbe bleibt. Zu einer Untersuchung darüber wird es jedoch nicht kommen, weil der General-Inquisitor Mendoza und der Beichtvater Torres, wie Ew. Majestät schon bekannt, dieselbe nicht zulassen würden“ ³⁾.

Vom 8. October an begann sich der Zustand Carls II. wieder zu heben. Die Besserung hielt an. Es wurde bereits eine allgemeine

¹⁾ Bericht vom 6. October.

²⁾ Hippeau t. II, p. 279. Vom 8. October.

³⁾ Harrachs Bericht vom 6. October.

Dankesfeier in Aussicht genommen. Mit dem Gefühle einiger Kraft erwuchs zugleich dasjenige der Abneigung wider diejenigen, die, unter dem Vorwande des Gewissens, ihm das Testament abgenöthigt hatten. Wir werden dies später genauer zu vernehmen haben.

Noch vor der Kunde des Testamentes antwortete Ludwig XIV., am 11. October, auf die Bitte Blecourts vom 26. September um bestimmte Instruction für den Todesfall. Der König setzt den Gesandten zuerst in Kenntniß, daß Harcourt sich nach Bayonne begeben, um sich dort an die Spitze der Truppen zu stellen, und mit denselben zu verfahren gemäß den Befehlen, die auf die Todesnachricht von Madrid er ihm geben werde. Blecourt soll sich mit Harcourt in directe Correspondenz setzen. Dann fährt Ludwig XIV. fort: „Im Falle der König von Spanien ein Testament zu Gunsten des Erzherzogs errichtet hat: so werden Sie zu erkennen geben, daß ich eine solche Verfügung zu Ungunsten meines Sohnes als des rechtmäßigen Erben nicht dulden werde. Sie werden geltend machen, daß meine Macht ausreicht um durchzuführen, was ich in dieser Beziehung mehrmals erklärt habe, und werden hinweisen auf das Unglück, welches die Ausführung einer solchen Verfügung über die spanische Monarchie bringen würde“.

„Es entspricht jedoch meinem Dienste, sagt dann Ludwig XIV., daß Sie bei allem Nachdrucke Ihrer Rede dennoch in Worten das Maß beobachten, damit Sie nicht genöthigt werden, das Königreich zu verlassen. Ich glaube indessen so etwas nicht. Viel eher ist es mir wahrscheinlich, daß die Ansicht des Staatsrathes Zustimmung findet und daß mehrere Personen sich an Sie wenden werden, um durch Sie von mir einen meiner Enkel zu erbitten. Es ist meine Absicht, daß Sie dann die Spanier nicht durch eine völlige Weigerung zurück scheuchen, und dadurch nöthigen, ihre Zuflucht zu dem Kaiser zu nehmen, um durch die Person des Erzherzogs die Monarchie ungetheilt zu erhalten. Aber, wenn man Ihnen derartige Vorschläge für einen meiner Enkel macht, so haben Sie zu erwiedern, daß, um mich für die Annahme günstig zu stimmen, Sie zuerst im Stande sein müssen mir nachzuweisen, daß die Erbietungen solide sind, daß sie erfolgen kraft allgemeiner Einstimmigkeit der Nation, oder doch sich stützen auf eine so mächtige Partei in Spanien, daß, im Falle

meiner Bewilligung der Bitte, an der sofortigen Anerkennung meines Enkels durch die Stände von Spanien kein Zweifel obwalten darf" ¹⁾).

Dann erhielt Ludwig XIV. die Kunde des Testamentes. Er bezweifelte sie nicht. Allein er sei nicht geneigt, sagte er, sich auf unbestimmte Nachrichten hin zu erklären. „Es ist sogar sehr wahrscheinlich, fügt er hinzu, daß im Falle der Herstellung man den König dahin bringt, die Verfügung umzustößen, die er im höchsten Grade der Krankheit gemacht hat.“ Wir sehen, wie der an sich richtige Gedanke bei Ludwig XIV. sich ändert. Denn der Wahrheit gemäß mußte der Satz lauten: Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Falle der Herstellung der König von Spanien die Verfügung umstößt, zu deren Unterschrift man ihn im höchsten Grade seiner Krankheit gebracht hat. — Ludwig XIV. beharrt also bei der vorigen Instruction vom 11. October, mit dem Vorbehalte sich entscheidend zu erklären erst bei einer offiziellen Rundgebung von Spanien her an ihn ²⁾. Wie dann diese Erklärung ausfallen würde, darüber konnte Blecourt nach jener Instruction vom 11. October nicht zweifelhaft sein.

So die Stellung Ludwigs XIV. zu Spanien bis zum Tode Carls II.

Zur selben Zeit schien nach der anderen Seite sein Eifer für den Theilungsvertrag sich noch zu steigern. Am Abende des 21. October traf Wilhelm III. von Voo aus im Haag ein. Am nächsten Morgen erschien der Graf Briord bei dem Rathspensionär, berichtete über den gefährlichen Zustand des Königs von Spanien, und verlangte demgemäß die Bereitschaft zur Ausführung des Theilungsvertrages. Die Generalstaaten faßten einstimmig den Beschluß, diese Forderung zu gewähren und zunächst ein Geschwader von zwölf Kriegsschiffen bereit zu stellen. Es ging zugleich von der französischen Gesandtschaft im Haag das Gerücht aus, daß Carl II. am 3. October sein Testament zu Gunsten eines französischen Prinzen gemacht habe. Da nun in solcher Zeit Frankreich auf die Ausführung des Vertrages drang, so erschien den Holländern jene Forderung wie der Beweis des aufrichtigen Willens von Ludwig XIV. für den Vertrag. Wenn

¹⁾ Hippeau t. II, p. 281.

²⁾ A. a. O. t. II, p. 291. Vom 31. October.

bis dahin noch eine Einrede wider die Zweckmäßigkeit desselben sich hervorgewagt, so mußte sie bei dieser Lage der Dinge verstummen. Der Vertrag erschien als eine Nothwendigkeit, als der rettende Weg ¹⁾.

So vor allen auch dem Könige Wilhelm III. selber. Er sprach sich darüber aus zu dem Grafen Goss. Dieser versicherte in einer Audienz dem Könige das beständige Verlangen des Kaisers, die guten Beziehungen mit ihm zu erhalten. Wilhelm III. erwiderte mit wiederholter Bethuerung, daß auch er nichts so aufrichtig wünsche, sowohl aus eigener persönlicher Neigung, als aus der Sorgfalt für das Gemeinwohl von Europa. Dann begann er aus sich von dem Theilungsvertrage zu reden. „Ich setze voraus, sagte er, daß Sie wissen, was mich dazu bewogen hat. Ich wünsche, daß der Kaiser auch seinerseits sein Interesse dabei erkennen und dem Vertrage beitreten möge. Noch ist es Zeit, bald vielleicht nicht mehr. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß in Spanien selbst die Sache des Kaisers ein immer schlechteres Ansehen gewinnt. Meine Nachrichten aus Madrid sagen zuverlässig, daß der König am 3. October ein Testament gezeichnet hat, welches einen französischen Prinzen als Erben beruft. Demnach sehe ich nicht, wie der Kaiser noch länger schwanken, und worauf er sich endlich verlassen könne.“ — Goss erwiderte: „Ew. Majestät werden hoffentlich anerkennen, wie schwer es dem Kaiser ankommen muß, einem solchen ihm fremden Vertrage beizutreten, oder auf Grund desselben zu verhandeln. Allerdings ist die Lage der Dinge zur Zeit ungünstig; allein sie kann sich wenden. Inzwischen ist noch zu hoffen, daß das Gerücht von der Ernennung eines französischen Prinzen des Grundes ermangelt, zumal da es unsäßbar erscheint, daß der König von Spanien seinem Stammhause ein solches Unrecht zufügen könnte“. — Der König wiederholte, daß er die ihm zugekommenen Nachrichten für begründet halten müsse. Die Erwiderung bot dem Gesandten den Anhaltspunct zu der Frage: „Aber wie wird es dann damit ergehen? Wird nicht der König von Frankreich das Testament dem Theilungsvertrage vorziehen?“ — Wilhelm III. verneinte. „Da der Vertrag und nicht das Testament den König von Frankreich bindet, sagte er, so ist anzunehmen, daß er

¹⁾ Bericht des Grafen Goss vom 26. October.

den Vertrag halten wird, und zwar besonders, wenn der Kaiser beitrith, zumal da man dann auch ja die Mittel besitzt ihn zu zwingen. Ich wiederhole, daß, wenn nur in Betreff des Vertrages die Einigkeit besteht, nichts zu fürchten ist. Nach meiner Ansicht müßte die That-
sache des Testamentes ausreichen, um allem Zweifel des Kaisers ein Ende zu machen. Ich glaube auch nicht, daß es mit der Besserung des Königs von Spanien, von der die letzten Nachrichten melden, Bestand haben werde. Zwar wünsche auch ich, daß er noch viele Jahre lebe. Aber ich hoffe, daß der Kaiser sich nicht auf diesen Wunsch steifen, sondern sich die Gefahr der jetzigen Krankheit zur Warnung dienen lassen werde" ¹⁾).

Stärker noch als der König Wilhelm drückte sich dann Heinsius aus. „Eben die That-
sache dieses Testamentes, sagte er zu Goes, ist für uns ein Beweggrund, uns desto weniger dem Andringen des Königs von Frankreich auf die Ausführung des Vertrages zu entziehen. Er verlangt die Ernennung eines Dritten: wir müssen darin mitgehen.“

In den nächsten Tagen, so lange noch die Täuschung dauerte, sehen wir Wilhelm III. und Heinsius eifrig beschäftigt mit allerlei Entwürfen zur Ausführung des Vertrages. Bei der Ankunft in England trat dem Könige Wilhelm III. unter den Gründen wider den Vertrag namentlich die Abneigung entgegen, Sicilien und Neapel in den Händen des Königs von Frankreich zu sehen. Demnach war er bereit, auf die Wünsche von Victor Amadeus einzugehen, der für Sicilien und Neapel seine Erbländer Savoyen und Piemont an Frankreich abtreten wollte. Ludwig XIV. ließ sich auf jegliche Unterhandlung ein, die ihm Gelegenheit bot seinen Eifer für den Theilungsvertrag an den Tag zu legen. Also ward darüber geredet und geschrieben ²⁾).

Nicht diese fruchtlosen Verhandlungen beanspruchen unsere Aufmerksamkeit, sondern die Haltung des römischen Kaisers Leopold.

Wir erinnern uns, daß am 20. October die Conferenz der Rätthe ihr Gutachten dahin gegeben, die erneuerte französische Aufforderung

¹⁾ Bericht des Grafen Goes vom 29. October.

²⁾ Die Correspondenzen bei Grimblot t. II, p. 446.

des Beitrittes zum Vertrage abzulehnen, und daß der Kaiser zugestimmt. Noch bevor dem Marquis Villars diese Antwort zugestellt wurde, traf in den nächsten Tagen der Courier aus dem Haag ein mit den mahnenden Schreiben des Königs und der Generalstaaten, ein anderer aus Madrid mit den Berichten Harrachs über den fast hoffnungslosen Zustand des Königs, so wie mit einem Handschreiben der Königin an den Kaiser. Leopold ließ daher am 25. October die Conferenz abermals zusammen treten. Zum Beginne derselben übersendete er dem Vorsitzenden, Grafen Harrach, die Nachricht des Testamentes vom 3. October. Die Königin hatte nämlich von einem der betheiligten Granden die Kunde um tausend Dublonen erkaufte, und dann von dem Botschafter Harrach die sofortige Absendung eines Couriers nach Wien verlangt¹⁾. Wir sehen hier eine merkwürdige Verschiedenheit. Blecourt hatte nicht nöthig, das Geheimnis zu erkaufen. Der Herzog von Medina Sidonia hatte es ihm aus freien Stücken kund gethan²⁾. Der Kaiser schärft in der Mittheilung an den älteren Grafen Harrach für die Räte die strengste Discretion ein. „Im widrigen Falle, sagt er, wenn ich erführe, daß dies auskäme, würde ich es an dem Schuldigen unfehlbar scharf ahnden“³⁾. Der Kaiser ahnte nicht, daß am selben Tage oder auch schon vorher die französische Gesandtschaft im Haag geflissentlich die Kunde des Testamentes verbreitete, um dadurch den Schein des Eifers von Ludwig XIV. für den Theilungsvertrag desto glänzender strahlen zu machen.

Die Conferenz der kaiserlichen Räte erkannte an, daß der Zustand der Dinge für das Interesse des Kaisers je länger, desto gefährlicher werde. Dies um so mehr, da Frankreich für alle Fälle bereit, dagegen von allen auf kaiserlicher Seite vorgeschlagenen Anstalten noch nicht die geringste durchgeführt sei. Sie beklagte vor allen Dingen das Testament. Sie erwog die Vortheile und die Nachtheile, die aus dem Beitritte zu dem Vertrage sich ergeben würden. Und dennoch kam sie dann fast einstimmig zu dem Schlusse,

¹⁾ Wagner t. II, p. 562. — Harrachs Bericht vom 6. October.

²⁾ Hippeau t. II, p. 277.

³⁾ Kaiserliches Handbillet vom 25. October, beiliegend dem Protokolle.

daß, weil Gott dem Könige von Spanien noch wieder aufhelfen könne, auch Frankreich noch wohl das letzte Wort nicht gesprochen habe, sie ihr Gutachten vom 20. October erneuere¹⁾).

Das Gutachten war fast einstimmig, nicht völlig. Der Graf Kauniz reichte ein besonderes Botum ein. Er sprach die Ansicht aus, daß das Testament die Sachlage völlig verändere, daß man daher wenigstens anfangen möge zu unterhandeln, um zu ersehen, ob sich ein Tausch treffen oder sonst eine Verbesserung des Vertrages erhalten lasse²⁾).

Es ist überflüssig, in eine Beurtheilung von Ansichten einzugehen, über welche wenige Tage später die Ereignisse hinwegrollten.

Der Kaiser, vom tiefsten Schmerze über das Testament ergriffen, den er in seiner Antwort der Königin Maria Anna aussprach³⁾, gab dem erneuten Gutachten der Conferenz seine volle Zustimmung. In diesem Sinne antwortete er dem Könige von England und den Generalstaaten. „Ew. Durchlaucht versichern, schreibt er dem Könige, daß Sie zu dem Theilungsvertrage geschritten sind nicht in einem eigenen Interesse, sondern um des Gemeinwohles willen, hauptsächlich um den sehr verderblichen Krieg zu vermeiden. Welchen Werth ich dem Urtheile Ew. Durchlaucht beimesse, liegt in den Zeugnissen der vergangenen Jahre vor. Auch darf ich danach annehmen, daß Ew. Durchlaucht mich nicht als so eifrig für mein eigenes Interesse ansehen, daß ich nicht, wenn nöthig, dem Gemeinwohle Europas dasselbe nachsetze. In Betreff dieses Vertrages jedoch bestehen für mich die früher entwickelten Gründe auch heute noch in voller Kraft. Dazu auch werden Ew. Durchlaucht vernommen haben, daß die Krankheit des Königs von Spanien eine günstige Wendung genommen. Demnach steigt für ihn die Hoffnung auf ein längeres Leben, welches zugleich mit einer friedlichen und nicht gestörten Regierung ich ihm auf das sehnlichste wünsche. In dieser Beziehung stimmen ja Ew. Durchlaucht mit mir völlig überein. Demgemäß aber werden Sie auch anerkennen, daß ich, mit dem Könige durch so viele Bande verknüpft, wider göttliches und menschliches Recht handeln

¹⁾ Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. III, S. 375.

²⁾ Das Botum ist abgedruckt bei Gaedeke Bd. II, S. 201*.

³⁾ Wagner t. II, p. 562.

würde, wenn ich in Bezug auf ihn dasjenige thun wollte, was er verabscheut, und an allen Höfen christlicher Fürsten als ein schweres Unrecht wider ihn beklagt, nämlich bei seinen Lebzeiten sein Erbe zu vertheilen, und zur Zeit, wo er selber noch regiert, seine Länder und Unterthanen anderen Herren zuzuweisen, ja sogar fast dieselben schon einzusetzen. Darum auch werden Ew. Durchlaucht hoffentlich nicht mißbilligen, daß ich von meiner früheren Antwort, die ich eben jetzt auch dem französischen Botschafter hier erneuere, nicht weichen kann."

"Daß zur Ernennung eines Dritten noch nicht geschritten ist, vernehme ich gern, und betrachte es als entsprechend der Gerechtigkeit und Besonnenheit Ew. Durchlaucht. Denn Sie werden erkennen, wie viel weiter immer noch man sich von dem Ziele der Erhaltung des allgemeinen Friedens entfernt, wenn man durch gewaltjame Maßregeln eine so überaus wichtige Angelegenheit in eine Extremität stürzt, aus welcher sie nachher auf keine Weise zu retten sein dürfte. Sie werden ferner auch erkennen, wie wenig es zum wahren Ruhme der an dem Vertrage mitbetheiligten Mächte gereichen kann, wenn sie mithelfen wollen, einen alten Freund und um sie nicht unverdienten Bundesgenossen aus seinem angestammten Rechte zu setzen, und zwar darum, weil er sich weigert, und nach seiner Ansicht mit Recht, einen ohne sein Zuthun über ihn geschlossenen Vertrag gutzuheißen¹⁾. Und darum vertraue ich, Ew. Durchlaucht werden nicht gestatten, daß diese Angelegenheit, in so weit sie bis jetzt noch unverfehrt liegt, fernerhin unrettbar verschlimmert werde."

"Was im Uebrigen Ew. Durchlaucht für geeignet halten vorzuschlagen, um den Frieden und das Gemeinwohl zu schützen und zu kräftigen, und was ferner Ihnen zweckmäßig erscheint, die neulich beiderseits gegebenen Erklärungen fester zu begründen, Das wird mir immer höchst willkommen sein"²⁾.

¹⁾ Et quam parum ad solidam compaciscentium gloriam profuturum sit, amicum et foederatum veterem, beneque de iis meritum, eorum opera et ope avitis suis juribus eam ob causam exui, quod tractatibus sine consensu suo initis subscribere juste renuat. Kaiserliches Schreiben vom 5. November.

²⁾ Quicquid autem de coetero ad tuendam et confirmandam quietem et securitatem publicam e re fore judicaverit Serenitas Vestra, et si quid praeterea ad stabiliendas declarationes nuperrime mutuo factas conferre visum fuerit, id Nobis acceptissimum semper erit.

Diese letzten Worte sind von schwer wiegender Bedeutung. Sie zeigen, daß, was immer dem Könige von Frankreich bis dahin gelungen war und noch ferner ihm gelingen würde, er nicht das Ziel erreicht hatte, den Kaiser und Wilhelm III. unheilbar zu entzweien. Im Gegentheile, gerade da wo sie politisch völlig getrennt, fast einander gegenüber stehend erscheinen, blickt die Neigung und der Wunsch sich wieder zusammen zu finden, unverkennbar herdurch. Der Kaiser Leopold, indem er dieses Schreiben erließ, handelte als rechtschaffener Mann und versöhnlicher Christ. Und eben darum war dieses Schreiben, indem es dem Könige Wilhelm III. die Bahn der Rückkehr eröffnete, ein Meisterzug wahrer politischer Klugheit.

In Spanien hatte der Kaiser keine andere Macht mehr als sein Recht. Allein er war entschlossen dieses geltend zu machen. Er erneuerte das bis dahin von dem Grafen Harrach in Madrid verwahrte Decret vom 8. Juli 1699, durch welches er, für den Todesfall des Königs von Spanien, eine Regentschaft einsetzte, bis er selbst oder einer seiner Söhne sich nach Spanien begäbe. Sie sollte bestehen aus fünf Mitgliedern, mit dem Erzbischofe von Toledo an der Spitze. Der Kaiser zeichnete dies Decret am 1. November 1700. Es war derselbe Tag, an welchem in Madrid sein Nefse von Spanien die Augen schloß, an welchem dort die Dinge sich wandelten.

Wir haben den Verlauf der letzten Tage Carls II. von Spanien zu überblicken.

Wir erinnern uns, daß, auch nach dem Berichte Blecourts, vom 8. October an der Zustand des Königs sich hob. Aus dieser Zeit des Erstarkens liegen uns zwei Berichte von demselben Tage vor, dem 21. October, von zwei Persönlichkeiten, deren Aufgabe es war zuverlässige Meldung einzusenden, dem Holländer Schonenberg und dem Franzosen Blecourt. Wir haben beide Berichte zu vernehmen.

„Es scheint, meldet Schonenberg an Manchester, den englischen Botschafter in Paris, daß der achte October anzusehen ist als der Tag der Krisis; denn von da an traten bei dem Könige augenscheinliche Anzeichen der Besserung hervor. In der That hat der Durchfall

seitdem so sehr nachgelassen, daß der König täglich wieder zunimmt. Tritt kein Rückfall ein, oder kommt nicht sonst ein unvorhergesehenes Ereigniß in die Quere: so ist der König, nach der einstimmigen Ansicht der Aerzte, völlig außer Gefahr. Inzwischen hat sich Se. Majestät zu einer Zeit, wo die Krankheit den höchsten Grad erreicht hatte, nämlich am 3. dieses Monates, überreden lassen, ein Testament zu zeichnen zu Gunsten des zweiten Sohnes des Dauphins. Seitdem er jedoch sich besser fühlt, zeigt er gegen diejenigen, welche unter dem Vorwande des Gewissens ihn zu diesem Schritte bewogen, einen solchen Unwillen, daß er allen seinen Räthen mißtraut. Dies geht so weit, daß er die Vollmacht für dringende Geschäfte, welche er in der Zeit der heftigsten Krankheit dem Staats-Secretär Ubilla und drei anderen Räthen anvertraut, nunmehr zurückgezogen hat. Denn Se. Majestät erachtet es nicht für geeignet, Vertrauen zu setzen in diejenigen Persönlichkeiten, welche ihn dahin gebracht ein Testament zu zeichnen“ ¹⁾).

Der Bericht Blecourts vom selben Tage stellt den Zustand Carls II. minder günstig dar. Doch ist auch er der Ansicht, daß es mit Carl II. noch eine Zeitlang dauern könne. Wichtiger ist seine Meldung in Betreff der Angelegenheit des Testamentes.

„Der Staatsrath hält dafür, schreibt Blecourt, daß der König, wenn er zum Sterben kommt, an seinem Testamente nichts ändern werde, weil er es gemacht zur Erleichterung seines Gewissens, in einer Zeit, wo er sich am Rande des Grabes glaubte, und wo man ihm begreiflich machte, daß es für die Erhaltung der Monarchie kein anderes Mittel gäbe. Dennoch hat man mir gemeldet, daß am letzten Samstag (dem 16. October) die Königin sich allein bei ihm befunden, und es ist gewis, daß sie dann dem Grafen Harrach einen Brief nach Wien zugestellt. Er verweigerte zuerst den Brief abzusenden, weil dieser gerichtet war nur an die Adresse des Herzogs Moles, des spanischen Botchasters in Wien. Erst auf die Mahnung der Königin, daß der Brief nothwendig, fertigte Harrach am folgenden Tage einen Courier nach Wien ab. Danach ist zu vermuthen, daß die Königin dem Kaiser Hoffnung macht: sie werde, bei besserer Gesundheit des Königs, die

¹⁾ Grimblot t. II, p. 444.

Dinge völlig wenden, sogar auf den Vorwand des Gewissens hin, weil sie den Beichtvater des Königs völlig beherrscht."

„Nach meiner Wahrnehmung wünscht hier Jedermann einen Enkel Ew. Majestät und sind sehr wenige Leute anderer Ansicht. Auch kann ich nach allem was mir zukommt, nicht zweifeln, daß das Testament zu Gunsten des Einen von ihnen laute. Wenn ich getäuscht werde, so geschieht es von Allen, die darüber mit mir reden, sei es von der einen Seite, sei es von der anderen. Aber ich sehe auch nicht, daß man hier darauf bedacht ist sich mit Geld oder Truppen vorzusehen."

„Ich nehme mich wohl in Acht einen Schritt zu thun oder ein Wort fallen zu lassen, welches den Verbündeten Ew. Majestät einen Verdacht erregen, oder andererseits den Spaniern die Hoffnung auf einen Enkel Ew. Majestät benehmen könnte. Wenn Sie mir gestatteten, dem Cardinal Portocarrero die Hoffnung auszusprechen, daß Ew. Majestät das Anerbieten nicht ausschlagen würden: so würde man den König von Spanien nöthigen, etwaige andere Dispositionen zurückzunehmen, obwohl ich nicht glaube, daß er bisher solche gemacht haben kann" ¹⁾.

In Betreff der Abweichung der beiden Berichte dürfte namentlich der Dienstleister des Blecourt in Anschlag zu bringen sein. Wir haben wiederholt beobachtet, wie dieser sein Dienstleister die Dinge färbt. Die Meldung Blecourts über den Beichtvater des Königs Carl II., den Dominicaner Torres, beweist, daß er für die französische Politik nicht verwendbar war, nicht mehr. Wir werden bald vernehmen, daß Torres und der General-Inquisitor Mendoza, in wesentlicher Uebereinstimmung mit jenem Berichte Schonenberg's, offen aussagen, von dem todtkranken Könige Carl II. vernommen zu haben, daß das von ihm unterzeichnete Testament nicht seinem Willen entspreche.

Was indessen immer Carl II. weiter beabsichtigt haben mag, die Kraft des Widerstandes gegen dasjenige was Andere wollten, war nicht mehr in ihm. Am Morgen des 21. October zeichnete er ein Codicill zu dem Testamente. Dieselben Personen wie das erste Mal, beeilten sich dem Blecourt kund zu thun, daß das Codicill das

¹⁾ Hippeau t. II, p. 284.

Testament vom 3. October bestätige. Blecourt traute noch nicht. Er wußte, daß Portocarrero und seine Partei französische Truppen herbei wünschten. Er ließ dem Cardinale die Meldung machen, daß Harcourt auf der Grenze stünde. Zugleich ließ er anfragen über das Gerücht eines neuen Testamentes zu Gunsten des Erzherzogs. Portocarrero vernahm die Anfrage mit Lachen und erwiderte: „Nichts von allem dem, nur einige kleine Sachen zu Gunsten der Königin“. In Wahrheit ist ja dies der Inhalt des Codicills, und demnach ist es darauf berechnet, den Widerstand der Königin gegen das Testament zu brechen. Portocarrero fügte seiner Meldung hinzu: da er selber befriedigt und in Ruhe sei, so könnten seine Freunde sich eben so fühlen. Andere französisch Gefinnte kamen zu Blecourt, um sich in ähnlicher Weise auszusprechen. „Wenn man also mich täuscht, schließt Blecourt in ähnlicher Weise wie früher, so geschieht es zugleich von allen Seiten“¹⁾.

Am selben Abende trat bei dem Könige Carl II. ein Rückfall ein. Fortan handelte es sich nur noch um die Stunde.

Die Berichte des Blecourt bekunden, daß er festhielt an dem sehnlichen Wunsche sich im Namen Ludwigs XIV. positiv aussprechen zu dürfen. Er meldet wiederholt wie anklagend: „Der Graf Harrach läßt immer das Gerücht ausgehen, daß Ew. Majestät an dem Theilungsvertrage festhalten wollen“. Allein dann fügt er hinzu: „Es ist nicht ersichtlich, daß die Leute hier noch einen Schritt bei Ew. Majestät versuchen werden, bevor der König den letzten Athemzug gethan“²⁾. Die Worte zeigen, daß Portocarrero und sein Anhang sich in Betreff der Zustimmung Ludwigs XIV. völlig sicher glaubten. Dies Verhalten ist gewichtig. Denn, wenn Ludwig XIV. den Theilungsvertrag halten, demgemäß den Erzherzog Carl als König von Spanien anerkennen wollte: so stand, unter der Regierung desselben, für den Cardinal Portocarrero und seinen Anhang der Proceß des Hochverrathes unvermeidlich in Aussicht.

Die Herrschaft dieser Partei befestigte sich. Am Morgen des 29. October brachte sie den König dahin ein Decret zu zeichnen, welches den Cardinal Portocarrero zum Statthalter während der

¹⁾ Hippeau t. II, p. 286. Vom 24. October.

²⁾ H. a. D. p. 287. Vom 28. October.

Krankheit ernannte, alle Collegien und Vasallen ihm unterordnete ¹⁾. Zugleich wurden die von Madrid verbannten Granden zurückberufen. Die Aussichten für die Partei erschienen nach allen Seiten günstig. Aus den verschiedenen Gegenden von Spanien kamen die Nachrichten ein, daß die Bevölkerung allgemein einen französischen Prinzen wünsche. Man behauptete in Madrid Gewisheit zu haben, daß Mailand, Neapel, Sicilien mit dem Hauptlande gehen würden. Nur die spanischen Niederlande erschienen weniger sicher wegen der holländischen und bayerischen Besatzungen in einigen Städten. Auf die Colonien meinte man sich verlassen zu dürfen wegen der spanischen Gouverneure ²⁾.

Die beiden folgenden Tage hindurch nahm die Krankheit stätig zu. Am Nachmittage des 1. November erlosch das matt glimmende Lebenslicht Carls II., und mit ihm der Mannesstamm des Kaisers Carl V.

Der Staatsrath trat sofort zusammen. Das Testament ward geöffnet und verlesen. Es berief an erster Stelle den Herzog von Anjou. Die im Testamente ernannte Regentschaft bestand, außer der Königin, aus den ersten Würdenträgern des Königreiches, nämlich dem Präsidenten des Rathes von Castilien, demjenigen des Rathes für Arragonien, dem Erzbischof von Toledo, dem Groß-Inquisitor, einem Granden, und einem Mitgliede des Staatsrathes. Voran treten der erst Bezeichnete, nämlich Don Manuel de Arias, und der Erzbischof von Toledo, nämlich der Cardinal Portocarrero, dem jener folgte. Nicht zu ihrer Partei dagegen gehörte der Groß-Inquisitor Mendoza. Die sechs Mitglieder der Junta begaben sich sofort zu der Königin, welche den Vorsitz zu führen hatte.

Noch am selben Tage ward ein Schreiben mit der Nachricht des Testamentes an den König von Frankreich aufgesetzt, und zuerst von der Königin, dann von den Mitgliedern der Junta unterzeichnet. Eine Bitte um die Annahme des Testamentes findet sich nicht in dem Schreiben. Der Courier, der mit demselben entsendet wurde, erhielt von Portocarrero noch ein besonderes Schreiben an den König von Frankreich. Der Cardinal bringt darin dem Könige und dem Herzoge

¹⁾ Hippeau t. II, p. 289. — Grimblot t. II, p. 445.

²⁾ Hippeau t. II, p. 288.

von Anjou seine Huldigung dar, die er, wie er sagt, nicht eher habe aussprechen dürfen. „Von dem Herzoge von Anjou, sagt er, hoffen wir Alle die Sicherung unserer Glückseligkeit, indem wir stehen unter seiner Leitung und Herrschaft, und zugleich unter dem Schutze Ew. Majestät, welche Gott zum Werkzeuge des Trostes für diese Monarchie gesetzt.“ Eine weitere Bitte um die Annahme des Testaments, oder ein Zweifel ist auch in dem Schreiben Portocarreros nicht zu finden ¹⁾.

Am selben Abende ließ Portocarrero den Blecourt zu sich bitten. Er hatte erwartet, daß Blecourt für dies Ereignis mit einer bestimmten Instruction ausgerüstet sein würde. Blecourt verneinte. Erst dann scheint in Portocarrero ein Bedenken aufgestiegen zu sein. Er fragte, was nach der Ansicht Blecourts der König von Frankreich thun würde. Blecourt zählte eine Reihe von Fragen auf, die nach seiner Meinung der König stellen würde, bevor er sich definitiv entscheide ²⁾.

Die Wirkung dieses Zweifels bei Portocarrero ist sofort erkennbar. Der Courier, der in der Nacht vom 1./2. November abgefertigt war, überbrachte von Seiten der Junta lediglich die Meldung der Thatfachen, mit den Abschriften der betreffenden Stellen aus dem Testamente Carls II. Am nächsten Tage, dem 3. November, folgte ein neuer Courier. Das Schreiben an Ludwig XIV., welches er überbrachte, enthält nach der Erneuerung der ersten Meldung die Worte: „Da es uns unter dem Eindrucke des herben Schlages vom 1. d. M. nicht möglich war, Ew. Majestät unsere Gefühle lebhafter auszudrücken: so geschieht es heute“. Es folgt dann die dringende, inständige Bitte das Testament baldmöglichst anzunehmen, mit dem Erbieten aller Bereitwilligkeit. Von einem besonderen Hinweise, daß das Testament nach den Enteln Ludwigs XIV. den Erzherzog ernenne, ist in diesem Ansuchen keine Spur.

Die Unterschrift des Cardinals Portocarrero findet sich nicht unter diesem zweiten Schreiben. Er verfaßte ein eigenes an den Botschafter de los Rios in Versailles, und zwar prägt dies Schreiben die Ungewisheit aus, in welches die Antworten Blecourts den Cardinal

¹⁾ Hippeau t. II, p. 294.

²⁾ A. a. D. p. 295. Vom 5. November.

versetzt hatten. Im Falle der Botschafter bemerke, daß Ludwig XIV. sich lieber an den Theilungsvertrag halten wolle, soll er ungesäumt davon Nachricht geben. „Wenn jedoch, fährt das Schreiben fort, der König von Frankreich genau dasjenige erfüllen will, was er uns durch seine Gesandten Harcourt und Blecourt hat versprechen lassen: so ist die Sache gemacht. In diesem Falle haben Sie auf die Abreise des Herzogs von Anjou zu dringen, weil es hier mehrere Personen gibt, welche die letztwillige Verfügung Sr. Majestät in Zweifel ziehen. Der Groß-Inquisitor und der Beichtvater unterreden sich häufig geheim mit der Königin, und man streut in der Stadt das Gerücht aus, daß der König noch an seinem Todestage sich zu dem Groß-Inquisitor und dem Pater geäußert: man habe ihm Gewalt angethan, indem man ihn genöthigt, den Herzog von Anjou zu seinem Nachfolger und Erben zu ernennen“ ¹⁾).

Dennoch erschienen in den nächsten Tagen die bereits gemachten Schritte noch nicht zu genügen. Am 7. November erfolgte ein neues Schreiben der Junta an Ludwig XIV., bemerkenswerth besonders dadurch daß die Unterschrift des Groß-Inquisitors Mendoza fehlt, wo er doch die beiden ersten mitunterzeichnet hatte. Dieses Fehlen, im Vereine mit der auffallenden Erneuerung der Bitte, bevor eine Antwort von Versailles her in Madrid eingetroffen sein konnte, beweist, daß die Gegenpartei, die Portocarrero in seinem Schreiben vom 3. andeutet, stärker wurde, daß im selben Verhältnisse auch die Sorge und die Furcht des Cardinals und seiner Partei sich steigerte. Das neue Gesuch der Junta ward motivirt durch die ihm beiliegende vollständige Abschrift des Testamentes. Es enthielt die Versicherung, daß

¹⁾ Das Schreiben ist abgedruckt in den *Mémoires et négociations secrètes etc. par de la Torre* t. II, p. 147. — Man vergleiche über die letztere Thatsache *Lamberty* t. I, p. 421. — Ferner *Wagner* t. II, p. 564. — Bei *Hippeau* findet sich das Schreiben Portocarreros nicht; aber die wichtige Thatsache, die Portocarrero hervorhebt, ist dem Blecourt sehr wohl bekannt, vergl. *Hippeau* t. II, p. 453. — Ferner sehe man die beiden Schreiben im *Theatrum Europaeum* Band XIV, S. 400, und vergleiche sie mit *Hippeau* t. II, p. 418. Ueberhaupt ist der Zorn und die Rache der französisch spanischen Partei gegen die Königin, den Groß-Inquisitor Mendoza und den Beichtvater Torres nur so zu erklären. Ich halte es nicht für überflüssig hinzuzufügen, daß die Thatsache, daß Carl II. sich zwei Personen, Mendoza und Torres, gegenüber so ausgesprochen, die Vermuthung, daß es in der Beichte geschehen sei, nicht zuläßt.

der Adel und das Volk von Spanien mit einer nicht zu beschreibenden Ungeduld ihrem neuen Könige entgegen sähen ¹⁾).

In Madrid handelte es sich inzwischen um das Leichenbegängniß. Die königlichen Cassen waren leer. Damit die sterblichen Ueberreste des Herrn so vieler Königreiche in Europa und Indien zur Ruhe gelangen konnten, mußte Portocarrero die Geldmittel anleihen ²⁾).

Der erste Courier von Madrid mit der zwiefachen Nachricht des Todes und des eröffneten Testaments traf bei dem spanischen Botschafter Castel dos Rios in Paris ein am 9. November ³⁾). Die Kunde ging sofort aus. Wilhelm III. erhielt sie am 12. November. Er meldete dem Rathspensionär seine Ansicht, daß ohne allen Zweifel nun auch der Kaiser dem Theilungsvertrage beitreten werde. Irgend eine Ahnung, daß der König von Frankreich sich von dem Vertrage los-sagen könne, tritt in dem Briefe nicht zu Tage. Vielmehr findet sich darin die Meldung, daß Torcy großen Eifer beweise für den Austausch von Neapel und Sicilien gegen Savoyen und Piemont. Wilhelm III. will diese Angelegenheit weiter erörtern ⁴⁾).

Es bedurfte dessen nicht mehr. Als der König Wilhelm diese Worte zu Papier brachte, war bereits der Theilungsvertrag ein werthloses Stück Pergament.

Der Botschafter Castel dos Rios in Paris hatte, nach der Ankunft des Couriers am 9. November, sofort dem Staats-Secretär Torcy die Mittheilung gemacht, und um eine Audienz ersucht. Der König befand sich in Fontainebleau. Es kam von dort die Antwort, daß er zuvor die Ansicht seines Conseils vernehmen wolle. Dieses trat sofort zusammen. Es bestand am ersten Tage aus der Frau von Maintenon, dem Grafen Pontchartrain als Kanzler von Frankreich, dem Herzog von Beauvilliers als Chef der Finanzen, und dem Staats-Secretär Torcy. Der Dauphin war auf der Jagd. Das Conseil

¹⁾ Die Schriftstücke sind, mehr oder minder vollständig, oft abgedruckt, z. B. bei Lamberty t. I, p. 230 et suiv.; ferner bei Hippeau t. II, p. 293 et suiv.

²⁾ Wagner t. II, p. 564. — Eben so Mocenigo bei Barozzi e Berchet: Spagna t. II, p. 702.

³⁾ Grimblot t. II, p. 449. Schreiben Manchesters vom 9. November.

⁴⁾ M. a. D. p. 453.

ward am 10. fortgesetzt, nur daß die Maintenon entblieb, und der Dauphin Theil nahm ¹⁾).

Der Verlauf der Thatsachen und namentlich die eigenen Aeußerungen Ludwigs XIV. zu Blecourt, haben im voraus ergeben, daß sein Entschluß fest stand lange vor dem Tode Carls II., daß demnach jenes Conseil in Fontainebleau nur den Zweck hatte, zu dienen als Blendwerk für die Mitwelt wie die Nachwelt. Dagegen ist es möglich, daß von den agirenden Personen keine im vollen Besitze des Geheimnisses war, daß dieses lediglich beruhete in der Person Ludwigs XIV. Wir haben wiederholt gesehen, daß außer Blecourt auch nicht einer seiner Gesandten, nicht Tallard in London, nicht Briord im Haag, nicht Villars in Wien, um das letzte Ziel des Königs wußten. Die Denkwürdigkeiten des Staats-Secretärs Torcy, wenn aufrichtig, zeigen uns, daß er noch geglaubt hat an ein Für und Wider in Betreff der Annahme des Testaments, daß auch er demnach nicht völlig eingeweiht gewesen sein kann.

Wir haben dagegen von spanischer Seite mehr als einmal das Urtheil vernommen, daß der Plan Ludwigs XIV. geschickt angelegt, daß der Theilungsvertrag das einzige Mittel sei, den Spaniern die Augen zu öffnen ²⁾. Wir haben die kaiserlichen Gesandten Sinzendorf, Auersperg, Goës, nach einander in mehr oder minder bestimmter Weise ihren Verdacht über das eigentliche Ziel Ludwigs XIV. aussprechen hören, klarer und schärfer noch als jene dann den Residenten Hoffmann in London (S. 520). Nachdem die Sache gelungen, ward die ähnliche Art der Anerkennung wie von den Spaniern, auch von anderer Seite kund gethan. So in Paris selbst. „Die Franzosen, meldet Middleton aus St. Germain am 24. November, halten sich dem Theilungsvertrage, den sie mit England und Holland gemacht, sehr zu Danke verpflichtet. In der That, sie haben Recht. Denn dieser Vertrag, und zwar er allein, hat die Spanier dahin gebracht von dem

¹⁾ Mémoires de Torcy t. I, p. 95. Seine Verneinung, daß die Maintenon zugegen gewesen, kann sich nur beziehen auf den zweiten Tag. Vgl. Grimblot t. II, p. 460.

²⁾ Hippeau t. II, p. 233: Il y a même quelques Grands qui disent que V. M. a bien fait et que c'était le seul moyen de faire ouvrir les yeux aux Espagnols.

Erzherzoge abzugeben und sich in den Schutz des Königs von Frankreich zu begeben“ ¹⁾. Aehnlich urtheilt der Venetianer Mocenigo in Madrid: „Es war vielleicht der geschickteste Streich der Politik des Allerchristlichsten Königs, daß er, um zu dem ersuchten Ziele zu gelangen, den Theilungsvertrag machte“ ²⁾.

In derselben Weise redet ein anderer Mocenigo, venetianischer Botschafter in London. „Der bekannte Theilungsvertrag, sagt er, wurde von dem Könige von Frankreich vorge schlagen zu dem ostensibelen Zwecke, den Frieden Europas zu erhalten, aber in der geheimen Absicht dadurch die Spanier zu nöthigen, über die gesammte Monarchie zu verfügen, und sich an Frankreich eine feste Stütze zu suchen, um sie ungetheilt zu bewahren“ ³⁾.

Es bedarf nur noch der Bemerkung, daß diese Urtheile zu Anfang erfolgten, wo man noch vor dem ungeheueren Kriege stand, der nachher sich als die Consequenz des Thuns von Ludwig XIV. entwickelte, wo dagegen die Zukunft für Frankreich wie für Spanien noch glückverheißend offen zu liegen schien. Torcy freilich meldet in seinen Denkwürdigkeiten, daß er in seinem Botum für die Annahme des Testaments den Krieg als unvermeidlich hingestellt. Aber diese Denkwürdigkeiten sind niedergeschrieben in späterer Zeit, wo die Consequenzen vor Augen lagen. Es ist dagegen von besonderer Wichtigkeit schon hier hervorzuheben, was im Laufe der nächst folgenden Zeit sich klar ergeben wird, nämlich daß im November 1700 Ludwig XIV. und die Seinen meinten das Testament annehmen und behaupten zu können ohne Krieg ⁴⁾.

¹⁾ Macpherson's Original Papers, t. I, p. 484, 487.

²⁾ Barozzi e Berchet: Spagna t. II, p. 703.

³⁾ Finalbericht von 1706 im venetianischen Archiv. Die Worte lauten: Amareggiato l' animo regio da tali contrasti (nämlich der Haltung des Parlamentes in der Frage der Armee) si crede che più facilmente habbi prestato l' orecchio al famosa trattato di repartitione sopra la successione della Spagna, che fù proposto dalla Francia con il fine apparente di conservare la quiete in Europa, mà con arcano disegno di obligare li Spagnuoli a disporre della Monarchia, e ricercare in Francia un valido appoggio per sostenerla intiera et unita.

⁴⁾ Man vergleiche z. B. die Ansicht Middleton's bei Macpherson t. I, p. 487.

Eben darum durfte Ludwig XIV. glauben am Ziele seiner Wünsche zu sein. Ueberblicken wir daher in raschen Zügen nochmals den windungsreichen Weg, auf welchem er dahin gelangt war.

Der Grundgedanke seines Lebens war die Erlangung des spanischen Erbes für sein Haus. Darum hatte er die Heirath erstrebt, für welche bei ihm keine Neigung sprach. Die traurigen Folgen eines solchen Verhältnisses für sein persönliches Leben, und demgemäß durch die Macht seines Beispiels nicht bloß für sein eigenes Volk, sondern auch zunächst für andere Fürsten, die ihn als nachahmungswerthes Muster ansahen, und dadurch wieder für sehr viele Völker Europas, liegen in der Geschichte Frankreichs wie vieler anderen europäischen Völker jener Zeit vor Augen. Aber Ludwig XIV. hatte jene Heirath erlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Infantin für sich und ihre Descendenz auf das spanische Erbe verzichte. Er beschwor diesen Verzicht, mit der Absicht den Eid nicht zu halten. Er suchte zuerst bei Philipp IV. die Aufhebung des Verzichtes zu erlangen. Die Versuche schlugen ins Gegentheil um. Die Rechtsbeständigkeit des Verzichtes ward bestätigt.

Philipp IV. starb und es folgte ihm sein schwaches vierjähriges Kind Carl II. Ludwig XIV. betrat 1667 den Weg der Gewalt, um durch die Aneignung der spanischen Niederlande den Verzicht hinfällig zu machen. Es gelang ihm nur zum geringen Theile. Die Tripel-Allianz setzte ihm einen Damm, vor welchem er zurückwich. Er lockte durch Friedensbethenerungen den Kaiser Leopold in einen Theilungsvertrag über das spanische Erbe, nicht um den Vertrag zu halten, sondern um durch den Vertrag die beiden Linien des Hauses Habsburg unheilbar zu entzweien. Auch das gelang nicht nach Wunsch.

Er erkannte in der Republik Holland den Herd der Coalition wider ihn. Er trachtete sie zu vernichten. Es gelang ihm die Brüder Stuart in den Dover-Vertrag zu verstricken, zum Zwecke des Verderbens der Republik. Aber der Kaiser und Spanien traten für die Republik ein, und das Parlament von England zwang seinen König sich aus dem Kriege zurückzuziehen. So vortheilhaft der Friede von Nymegen für Ludwig XIV.: er erlangte ihn durch seine Begünstigung derjenigen Macht, zu deren Vernichtung er anfänglich den Krieg unternommen, der Republik Holland, die er selber früher bezeichnet hatte

als den Herd der Coalition wider ihn. Seinem eigentlichen Ziele in Betreff der spanischen Succession war er nicht näher gekommen.

Za es könnte scheinen, als ob er für eine Reihe von Jahren daselbe fast aus den Augen verlor. In Wirklichkeit jedoch rückte das Erstarken Carls II. ihm die Sache in die Ferne. Wir sehen dagegen seit 1685, in Anlaß der Heirath von Max Emanuel mit Maria Antonia, den König Ludwig XIV. einen neuen Weg betreten. Er hatte sich bei Philipp IV. vergeblich bemüht, die Aufhebung des Verzichtes zu erlangen. Von 1685 an redete er von den Ansprüchen seines Hauses auf das spanische Erbe, als wenn der Verzicht nicht existirte.

Indem aber Ludwig XIV. wußte, daß keine der anderen europäischen Mächte diese seine Absicht auf das spanische Erbe guthieß, keine für ihn eintreten würde, suchte er in der Erwartung des Falles sie alle durch diese oder jene Mittel zu beschäftigen und lahm zu legen. Den Kaiser band der Türkenkrieg, den Ludwig XIV. nährte und schürte. Auch auf Jacob II. von England war für Ludwig XIV. in Betreff seiner europäischen Pläne kein Verlaß, weder der damals näher liegenden Absicht sich die sogenannten Reunionen zu sichern, noch besonders derjenigen auf das spanische Erbe. Deshalb suchte Ludwig XIV. ihn vorwärts zu treiben auf der Bahn der Mißgriffe daheim und gegenüber der Republik Holland, und namentlich ihn zu verfeinden mit dem Oranier. Es gelang.

Im September 1688 glaubte Ludwig XIV. die Dinge dahin gediehen, daß er zugleich gegen den Papst und den Kaiser seine gewichtigen Streiche führen, sie beide zu einem Frieden auf seine Bedingungen hin zwingen könnte, während zur selben Zeit Holland und England sich in einander verbeißen sollten. Die Berechnung schlug nach allen Seiten fehl. Nicht der Papst wich, nicht der Kaiser. England wehrte den Oranier nicht ab, sondern hieß ihn willkommen. Ja Ludwig XIV. entschloß sich, um nur nicht durch einen Vertrag Jacobs II. mit dem Oranier England in sich zur Ruhe und zugleich zum Bündnisse mit der Republik gelangen zu lassen, das Haus Stuart zur Flucht nach Frankreich zu bewegen. Es war der wichtigste Erfolg für Ludwig XIV.; denn in fast aller anderen Beziehung wendeten sich die Dinge des Jahres 1689 ungünstig für ihn. Es trat ihm

die große Allianz vom 12. Mai 1689 entgegen. Sie zwang ihn zunächst die gegen den päpstlichen Stuhl, gegen die Freiheit der Kirche erhobene Hand sinken zu lassen. Aber die Allianz barg noch ein Anderes in sich. Sie rückte die Hoffnung auf die römische Kaiserkrone für das Haus Bourbon in unerreichbare Ferne. Sie benahm ihm zugleich, wenn der Todesfall in Spanien während des Krieges eintrat, jede Hoffnung auf das spanische Erbe.

Wann und wie Ludwig XIV. zur Kunde dieses Artikels gekommen, dürfte unentwirrbar sein. Aber Thatsache ist, daß er im Laufe des Krieges diese Kunde erlangte, und folgerecht entsprang daher sein Streben aus dem Kriege zu kommen, vor allen Dingen seit der Krankheit Carls II. von Spanien, im September 1696. Denn nur in der Friedenszeit durfte er hoffen, diesen ihm gefährlichen Artikel zu zerlegen und aufzulösen.

Wir haben gesehen, wie ihm das gelang. Nicht deshalb trat der Dranier mit ihm in Unterhandlung, weil er ein Recht des Hauses Bourbon auf das spanische Erbe anerkannte, sondern weil er für zweckmäßig erachtete, die rechtlich unbegründeten, aber durch die französische Macht gestützten Ansprüche Ludwigs XIV. durch einen Vertrag in feste Grenzen einzuschränken. Andererseits hatte sich seit 1689, in Folge der Geburt des Kurprinzen Joseph Ferdinand im Jahre 1692, die Rechtsansicht des Draniers geändert. Er hielt nicht mehr das Kaiserhaus für nächstberechtigt in Spanien, sondern diesen Prinzen. Er ward sich nicht klar darüber, daß für diese Rechtsansicht das holländische Interesse bei ihm nachdrücklich mitwirkte. Vor allem aber vergaß er, daß auch, bei veränderter Rechtsansicht, es dennoch ihm nicht zustand, seine Vertragspflicht gegenüber dem Kaiser einseitig als aufgehoben zu betrachten. Er beging nicht auf einmal den Act eines Vertragsbruches an dem Kaiser, sondern löste sich langsam, immer hoffend, immer ausschauend, es werde sich ein Punct der Verständigung mit dem Kaiser finden. Der Punct ward, unter der Führung Ludwigs XIV., nicht gefunden. Der erste Theilungsvertrag ward ohne jegliches Vorwissen des Kaisers geschlossen. Wie immer also die Dinge sich gestalten mochten, Ludwig XIV. fand beim Todesfalle Carls II. gegenüber seinen Ansprüchen auf das spanische Erbe nicht eine fertige Allianz.

Der König von Spanien seinerseits errichtete, auf die Kunde dieses Vertrages, ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand von Bayern. Nur wenige Monate lachte dem Knaben diese Hoffnung. Dann griff ihn unvermuthet der Tod.

Von da an tritt der Plan Ludwigs XIV. in schärferen Umrissen hervor.

Was immer er selber von dem legitimen Rechte des Dauphins auf Spanien behauptete oder behaupten ließ: die Thatfache, daß er den von Philipp IV. geforderten Eid des Verzichtes auf die Evangelien geschworen, konnte ihm nicht vergessen sein, und demgemäß auch nicht die Consequenz, daß in Folge des Todes des Kurprinzen zunächst das Kaiserhaus berechtigt war. Der Kaiser nun ließ ihm die Hand bieten zu einem Vertrage. Der Kaiser also war erbötig, um des Friedens der Völker willen von seinem Rechte nachzulassen. Wenn Ludwig XIV. die dargebotene Hand ergriff, so konnte der Friede erhalten bleiben, ja sogar so, daß für Ludwig XIV. der Stachel des Eidbruches gemildert wurde.

Ludwig XIV. nahm nicht die dargebotene Hand. Er wollte demnach sich nicht begnügen mit dem Antheile, den er, nach den Aeußerungen des Grafen Harrach zu Villars, damals friedlich hätte erlangen können, den er später, nach unsäglichem Blutvergießen, froh war endlich dennoch für seinen Enkel Philipp V. zu erhalten, nämlich Spanien und Westindien.

Ludwig XIV. wollte dagegen einen abermaligen Vertrag mit den Seemächten, damit nur nicht sie sich einigten mit dem Kaiser. Wir haben gesehen, wie Wilhelm III. sich abermals verleiten ließ, ohne genaue Kunde der Interessen des Kaisers, diesen neuen Vertrag einzugehen, den Ludwig XIV., auch indem er hier und da den Wünschen von Wilhelm III. und Heinsius nachzugeben schien, dennoch im Wesentlichen einrichtete nach seinem Willen. Dieser Wille bezweckte dem Kaiser den Beitritt zu dem Vertrage moralisch und politisch unmöglich zu machen, um zur gegebenen Zeit an dem Nicht-Beitritte des Kaisers den Vorwand zu haben, den Vertrag nicht zu halten.

Nebenher ging das Spiel, welches Harcourt im Auftrage Ludwigs XIV. mit der Königin Maria Anna zu treiben hatte. Es wirft nicht ein schönes Licht auf die Persönlichkeit dieser Fürstin.

Aber häßlicher ist der Reflex auf Ludwig XIV. und seinen Diener Harcourt.

Es liegt vor Augen, daß Ludwig XIV. durch die Mithülfe der Königin, wenn er sie in Anspruch nahm, nicht einen Theil erlangen wollte, sondern das Ganze. Indem er die Königin so lange in der Täuschung erhielt, daß sie gebraucht werden sollte, bis er des Theilungsvertrages sicher war, und dann erst die Bemühungen der kleinen Geschenke bei Maria Anna einstellte, folgt mit Nothwendigkeit, daß der Theilungsvertrag ihm als der bessere Weg erschien, nicht bloß einen Theil zu erlangen, sondern das Ganze.

Denn hier tritt die andere Seite des Theilungsvertrages hervor, die Wirkung, welche nach dem Gelingen urtheilsfähige Zeitgenossen, auch ohne um die Einzelheiten der gewundenen Schleichwege zu wissen, nicht bloß als Erfolg, sondern als Zweck anerkannten, nämlich der Druck auf die Spanier, damit sie, um dem verhaßten Theilungsvertrage zu entgehen, und dagegen die Monarchie in der Gesamtheit zu erhalten, einen Prinzen des Hauses Bourbon berufen sollten, welches allein in Europa die Macht besaß sie gegen die Theilung zu schützen. Ludwig XIV. verstärkte diesen Druck durch eins der wichtigsten seiner politischen Mittel, durch die Furcht vor ihm selber. Wir haben ihn dieses Mittel in der ausgiebigsten Weise anwenden sehen, namentlich durch die endlosen Drohungen bei seinem unglücklichen Schwager Carl II. von Spanien. Wir haben von einem der Zeitgenossen die Ansicht vernommen, daß der Krankheitszustand der letzten Jahre Carls II. zu nicht geringem Theile sich herschreibe von dieser unablässig neu erregten Furcht. Eben dieselbe Furcht drückte aber auf alle Spanier insgesamt. Sie fürchteten den Krieg, den Einmarsch feindlicher Truppen, und nicht zum wenigsten unter den Spaniern fürchtete der Cardinal Portocarrero. Diesen Krieg ihnen zu bringen, war Niemand so mächtig, so fähig, wie der König von Frankreich, dessen Truppen marschbereit an ihrer Grenze standen, nur noch harrend auf das Commando. Wir haben das Urtheil des Grafen Goës über die damaligen Holländer vernommen, daß sie, um dem für die Gegenwart drohenden Kriege zu entgehen, lieber die Zukunft zum Opfer brächten. Auf diese Kurzsichtigkeit, die doch nicht bloß den Holländern von 1700 eigenthümlich war, sondern sich zu allen Zeiten und bei allen Völkern wiederholt,

rechnete Ludwig XIV. ganz besonders bei den Spaniern, bei dem Cardinale Portocarrero und dessen Partei.

An dem Testamente Carls II. vom 3. October war Ludwig XIV. direct nicht betheiligt. Die Intrigue Harcourts durch die Verlepsiſch mit der Königin Maria Anna hatte den Zweck gehabt, irgend eine Willenserklärung solcher Art zu erlangen. Nachdem dieser Plan aufgegeben, konnte Ludwig XIV., zumal da von da an die Königin feindselig gegen ihn stand, einen derartigen Schritt von seinem mishandelten Schwager nicht erwarten, wenigstens nicht, so lange Carl II. im Besitze seiner geistigen und leiblichen Kräfte verblieb. Demnach war das Trachten Ludwigs XIV. in Spanien, seine Drohungen dort zunächst nur dahin gerichtet, daß Carl II. nicht einen Rechts-Act zu Gunsten des Kaiserhauses vollzog, und dadurch dem Plane, zunächst das Hauptland Spanien selber zu nehmen, ein Hinderniß entgegenstellte. Für alles Weitere glaubte Ludwig XIV. rechnen zu dürfen auf die Acclamation der furchtbewegten Spanier. So der Plan Ludwigs XIV., und in so weit lagen die Dinge in seiner Hand. Das Eintreten des Cardinals Portocarrero am 3. October, das Herausdrücken der Unterschrift des todkranken Mannes zu dem Testamente, wendete die Dinge für Ludwig XIV. noch ungleich günstiger.

Wir erinnern uns, daß im Laufe des Monates October die Berichte Blecourts gemäß den Mittheilungen von Seiten Portocarreros und anderer eingeweihten Spanier dem Könige von Frankreich über die Thatsache des Testamentes keinen Zweifel beließen. Die Kunde und die Annahme fielen in seiner Seele zusammen.

Es ist jedoch sehr wohl möglich, daß nur er allein in Frankreich im Besitze des ganzen Geheimnisses war. So wenigstens sollte es scheinen. Die Denkwürdigkeiten des Herzogs von St. Simon malen sogar aus, mit welcher Ueberraschung Ludwig XIV. erst mit der Nachricht des Todes von Carl II. auch diejenige des Testamentes vernommen. „Das Erstaunen des Königs und seiner Minister, sagt St. Simon, war grenzenlos“ ¹⁾. Der Staats-Secretär Torcy dagegen erzählt die dann erfolgten Berathungen über das Für und das Wider die Annahme des Testamentes ²⁾. Dazu pflegen die französischen

¹⁾ Mémoires de St. Simon t. II, p. 133.

²⁾ Mémoires de Torcy t. I, p. 94 et suiv.

Schriftsteller das Wort der Frau von Maintenon anzuführen: die Vernunft spreche für die Meinung des Herzogs von Bourgogne, nämlich für das Festhalten am Theilungsvertrage, der Ruhm für die Annahme des Testamentes ¹⁾.

Man darf die Worte der Frau von Maintenon eben so auf sich beruhen lassen wie die ganze Abhandlung von Torcy. Denn, wie bereits bemerkt, ist die letztere lange nachher niedergeschrieben, unter völlig veränderten Umständen. Eben darum enthalten diese Reden bei Torcy eine besondere Thatsache nicht, welche bei Ludwig XIV. und seinen Ministern im November 1700 ein schweres Gewicht besaß.

Die körperliche Beschaffenheit des Herzogs von Bourgogne, des ältesten Sohnes des Dauphins, war nicht derartig, daß man weder ein langes Leben, noch Nachkommenschaft von ihm erwartete. Im Falle seines söhnelosen Todes war der Herzog von Anjou der Thronerbe auch für Frankreich. Dies war im Sinne Ludwigs XIV. und seiner Minister nicht ein Hindernis gegen die Annahme des spanischen Testamentes, sondern eins der stärksten Motive für dieselbe ²⁾.

Ludwig XIV. persönlich sah für sich durch die Annahme des Testamentes den Traum seiner jugendlichen Mannesjahre, die Devise der Sonne (vgl. Bd. I, S. 46), thatsächlich erfüllt, indem er durch seinen Enkel auch Spanien regieren würde. Die volle Verwirklichung kam dann auf diesen Enkel, den Herzog von Anjou. Zwar stand diese Absicht im directen Widerspruche mit dem Testamente, welches die Partei Portocarreros dem sterbenden Könige Carl II. abgedrungen; aber die Absicht ist um so weniger zu bezweifeln, da bereits einige Wochen später Ludwig XIV., wie wir sehen werden, kein Bedenken mehr trug, das ungeschmälerte Erbrecht des Herzogs von Anjou auf Frankreich durch ein Patent öffentlich zu verkünden.

¹⁾ Lettres de Madame de Maintenon t. II, p. 99. Vom 11. November 1700.

²⁾ Bericht des Grafen Sizingendorf vom 13. November: Ducem Burgundiae ob deformem corporis staturam diu vivere, aut haeredes habiturum, dubitatur. Rex Galliae continuo in maxima deliberatione. Quidam ministri repraesentant, quod Ducem Andegavensem ex hac per Testamentum et voluntatem populi hispanici delata successione minime excludere possit, maxime cum M^{tes} Sua sperare possit, quod propter Ducis Burgundiae constitutionem, ambae Monarchiae in Ducem Andegavensem combinari possint.

Am französischen Hofe damals selbst¹⁾ und später von den Schriftstellern dieser Nation ward hervorgehoben, daß der Botschafter Castel dos Rios den Befehl gehabt, im Falle einer Ablehnung in Frankreich, den Courier gleich weiter nach Wien zu entsenden. Wir erinnern uns, daß das spanische Testament das Haus Orleans mit Stillschweigen übergeht, daß jedoch die Schreiben der spanischen Junta vom 1. und 3. November keinen Hinweis jener Art enthalten. Dagegen brachte der zweite Courier der Junta, der, von Madrid am 3. November abgegangen, am 10. bei dem Botschafter Castel dos Rios eintraf, nicht bloß die dringende Bitte der Junta um baldigen Entschluß, sondern auch das Schreiben Portocarreros an den Botschafter mit dem Hinweise auf die sich bildende Gegenpartei, welche, gestützt auf die Aussagen des Groß-Inquisitors Mendoza und des Beichtvaters de las Torres, das Testament als dem Könige abgedrungen bezeichne. In diesem Hinweise lag mehr noch als in jener Bitte für den König Ludwig XIV. die Mahnung, ein Ende zu machen, wenigstens Spanien gegenüber. Denn sein weiteres Verhalten thut dar, daß er seine Entscheidung gerne noch einige Tage hinaus gezögert hätte.

Indessen mochten auch die bisherigen Reden im Conseil als genügend erscheinen, den äußeren Anstand zu wahren und demjenigen Theile der Menschen, welcher sich glaubensfähig bewies, die Meinung beizubringen, daß der Entschluß nicht bereits vorher gefaßt war, sondern als das Ergebnis der reifen Erwägungen dieses Conseils sich herausstelle. Ludwig XIV. entschied sich daher am 10. November im Conseil für die Annahme des Testamentes Carls II., jedoch mit dem Beifügen, daß dieser Beschluß noch für einige Tage geheim gehalten werde. Der Hof war in Fontainebleau: die Erklärung sollte statt finden in Versailles, also nach der Rückkehr des Hofes dahin²⁾. Es liegt indessen noch ein anderes Motiv der Geheimhaltung vor als nur dasjenige der Hofetikette.

Das Geheimnis ward nämlich von Ludwig XIV. mit der besonderen Treue beobachtet, daß er auch noch nach seiner Entscheidung

¹⁾ Mémoires de Torey t. I, p. 95.

²⁾ A. a. O. p. 100.

vom 10. November für die Annahme des Testamentes, an seinen Gesandten Briord im Haag den Befehl erließ, die Hülfe der Republik für die Ausführung des Theilungsvertrages zu verlangen, also noch einmal wieder sie zu täuschen. Briord trat am 14. November vor die Deputation der Generalstaaten für die auswärtigen Angelegenheiten, und forderte die Stellung von fünfzehn Kriegsschiffen. Von Landtruppen redete er nicht. Es ist merkwürdig, daß gerade in Folge der geringen Forderung, mehr vielleicht indessen noch des Verhaltens von Briord dabei, der Verdacht der Holländer erwachte. Der Spanier Don Quiros drängte nachher stärker in Briord. Dieser erwiederte endlich: *Monsieur, vous pouvez bien croire que je ne suis point du secret; tout ce que je vous en peux dire entre nous, c'est qu'on y pense.* Dann jedoch begann sich Briord und begann wieder den Theilungsvertrag zu loben. Aber was er von sich gegeben, steigerte den Verdacht. Dieser ward allgemein. Er ergriff die Börse von Amsterdam. Die Actien der ostindischen Compagnie fielen von 630 auf 565 ¹⁾).

So die Kundgebung der Besorgnisse in der Kaufmannswelt, nicht diejenige der Leiter der Republik. An sie war offiziell abermals die Versicherung des Königs von Frankreich gelangt, daß er an dem Theilungsvertrage halte, und eben damit auch die Aufforderung, das Gleiche zu thun. Die Staatsmänner der Republik handelten dem entsprechend. Sie entsendeten an den Kaiser abermals die dringende Mahnung zum Beitritte ²⁾).

Auf den Bericht von Heinsius über diese Täuschung, in welcher Briord die Republik gehalten, erwiederte Wilhelm III., daß ihm dies unsaßbar sei, da ja Briord bei jener Versicherung, am 14. November, bereits die Kunde des Gegentheils gehabt haben müsse ³⁾). Diese letztere Ansicht wird durch das Verhalten des Briord bestätigt. Allein er hatte den Befehl offiziell die Unwahrheit zu sagen. Der Zweck kann demnach nur gewesen sein, durch die abermalige Aufforderung, welche die Generalstaaten in Folge dessen nach Wien richteten, die Verwirrung dort zu steigern.

¹⁾ Bericht des Grafen Goës vom 19. November.

²⁾ Lamberty t. I, p. 220.

³⁾ Hardwicke t. II, p. 397.

Nach dem gefaßten Beschlusse am 10. November ließ Ludwig XIV. den spanischen Botschafter in Fontainebleau zur Audienz vor. Er verkündete ihm die Annahme des Testaments, legte jedoch auch ihm noch für einige Tage nach anderen Seiten Schweigen auf, nur freilich nicht gegenüber der Junta von Madrid, wo die Eile Noth that. Das offizielle Schreiben, durch welches Ludwig XIV. der Junta in Madrid die Annahme ankündigte, ward am 12. November entsendet. Der Inhalt desselben meldet ein neues Zeitalter des Friedens der beiden Nationen an, welches, wie Ludwig XIV. sagt, immer das hauptsächlichste Ziel seiner Wünsche gewesen sei. — Zugleich setzte er den Blecourt in Kenntniß. Auch diesem gegenüber spricht er die Meinung aus, die er fortan nach allen Seiten unablässig wiederholt, daß die Annahme des Testaments gleichbedeutend sei mit dem Frieden, die Ausführung des Theilungsvertrages dagegen mit dem Kriege. Er trägt dem Blecourt die stärksten Lobeserhebungen auf für den Cardinal Portocarrero, welcher gehandelt habe — wie nämlich Ludwig XIV. sagte — nur nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Religion und der Fürsorge für das Wohl der Völker. Er meldet, daß er noch für einige Tage das Geheimniß bewahre, und gibt dies Mal dafür einen neuen Grund an. „Es ist, sagt er, die Rücksicht der Wohlanständigkeit, die ich den fremden Mächten gegenüber zu beobachten habe“ ¹⁾).

Wir haben diese Art von Rücksicht der Republik Holland gegenüber bereits kennen gelernt.

Es scheint jedoch, daß Ludwig XIV. damals, wie er glaubte, am Ziele seiner Wünsche, es nicht über sich vermocht habe, das Geheimniß auch vor der zunächst in Frage stehenden Persönlichkeit zu bewahren. Der Herzog Philipp von Anjou war damals siebenzehnjährig, ernst und still in seinem Wesen, fast gravitatisch. Als er am Abende des 11. November in seinem Zimmer beim l'Hombre-Spiele saß, näherte sich ihm der Herzog von Beauvilliers, und sagte ihm, im Auftrage des Königs, leise ins Ohr: „König von Spanien, aber

¹⁾ Hippeau t. II, p. 300: A cause des mesures de bienséance que j'avais à prendre avec les puissances étrangères.

Schweigen“. Anjou sprang in die Höhe, setzte sich dann still wieder hin und spielte weiter ¹⁾).

Am 12. November ging am Hofe zu Fontainebleau von Munde zu Munde das Geflüster, daß der König die spanische Krone für den Herzog von Anjou angenommen. Oeffentlich sollte das Geheimnis noch bewahrt bleiben.

Am selben Tage jedoch ließ Ludwig XIV. dem Grafen Manchester in Paris eine Denkschrift übergeben. Sie hob hervor, daß der Zweck des Vertrages gewesen sei, den Frieden zu wahren. Dazu sei erforderlich der Beitritt des Kaisers. Dieser sei, ungeachtet aller Bemühungen des Königs von Frankreich, bisher nicht erfolgt. Nun aber, nach dem Tode des Königs von Spanien und nach der Eröffnung seines Testaments liege die Sache anders. Nach dieser Kunde würde es sich für den König von Frankreich darum handeln, ob er beitragen wolle, einem lebenden Fürsten, seinem eigenen Enkel, die hauptsächlichen Länder zu nehmen, zu welchen seine Geburt und die Absicht des letzten Inhabers, so wie die gesamte Nation einstimmig ihn beriefen ²⁾).

Von diesen Motiven hatte Ludwig XIV. im voraus berechnet und für alle Fälle fertig die drei: die Nicht-Zustimmung des Kaisers, das vermeintliche Recht der Geburt, die Einstimmigkeit der spanischen Nation. Hinzugekommen war durch das Testament die Absicht des letzten Inhabers.

Es dürfte überflüssig sein, auf diese Denkschrift, in welcher kaum etwas Anderes der Wahrheit entspricht, als die Thatsache der Annahme des Testaments, noch weiter einzugehen. Wir werden das Urtheil Wilhelms III. darüber zu vernehmen haben. Folgen wir in dessen zuvor der Entwicklung dieser Angelegenheit in Frankreich.

Der Hof kehrte zurück von Fontainebleau nach Versailles. Am Morgen des 16. November ließ Ludwig XIV. den Herzog von Anjou zu sich beiseiden und redete ihn an mit den Worten: „Sie sind

¹⁾ Die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, 13. November. Dieser unmittelbare Tagesbericht verdient eben darum den Vorzug vor demjenigen von St. Simon t. II, p. 146 et suiv. Den Namen Beauvilliers entnehme ich aus dem Berichte Sinzendorfs vom 13. November.

²⁾ Grimblot t. II, p. 463.

König von Spanien". Die Flügelthüren des Saales wurden geöffnet. Der spanische Botschafter mit zahlreichem Gefolge von Spaniern trat ein. Sie knieten Einer nach dem Anderen vor dem jungen Könige, küßten ihm die Hand und stellten sich hinter ihm auf. Dann sagte Ludwig XIV. seinen Enkel bei der Hand, führte ihn in den anstoßenden großen Saal, wo der ganze Hof versammelt stand, und sprach: „Meine Herren, hier ist der König von Spanien. Begrüßen Sie ihn“. Ein Freudengeschrei antwortete. Einer nach dem Anderen trat heran, um dem jungen Könige die Hand zu küssen. Dann befahl weiter Ludwig XIV.: „Bringen wir Gott unseren Dank dar. Ew. Majestät gehen mit mir zur Messe“. Ludwig XIV. nahm den neuen König zur Rechten, führte ihn in die Kirche und ließ ihn auch dort zu seiner Rechten knien. Nach der Messe wies Ludwig XIV. dem neuen Könige die großen Gemächer des Schlosses als Wohnung an. Dort empfing der junge König die Besuche seiner Brüder, der Herzöge von Bourgogne und Berry. Am Nachmittage fuhr er hinaus zu seinem Vater, dem Dauphin, der in Meudon weilte. Der Sohn wußte sich kaum zu fassen, daß er von seinem eigenen Vater behandelt wurde gemäß dem Ceremoniell für einen fremden König. Man bemerkte an dem Dauphin, daß er ergriffen war, wie es selten geschah, aber er beobachtete genau die Pflichten der Etikette bis zum Geleite des neuen Königs an den Wagenschlag ¹⁾).

Der Graf Sinzendorf berichtete darüber heim: „Man behandelt den jungen Herzog auf gleichem Fuße mit dem Könige Jacob. Die Vorgänge machen den Eindruck eines Theaterspieles" ²⁾).

Während in Versailles diese Feierlichkeit statt fand, schrieb Wilhelm III. im Schlosse Hamptoncourt sein Urtheil über den Anlaß derselben an Heinsius. War die Erklärung Ludwigs XIV. am 16. November eine Staats-Action, bei welcher, unter dem Jubel zweier Nationen, sein Königthum auf dem Gipfel des Glanzes und des Ruhmes erschien: so war die Kritik, welche Wilhelm III. an derselben übte, und zwar in England damals er allein, für die Zukunft der Völker nicht minder gewichtig.

¹⁾ Die Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie vom 18. November.

²⁾ Bericht vom 16. November: Cum duce Andegavensi ludi quasi theatrales repraesentantur.

Wir haben zunächst zu beachten, daß er allein stand.

Er erhielt jene dem Grafen Manchester übergebene Denkschrift am 5./15. November. Sein erster Gedanke war sofort einen Gesandten an die Republik zu entsenden, um die Maßregeln zur Behauptung des Theilungsvertrages zu bereden. Unterdessen jedoch ging auch in der Stadt London das Gerücht aus, daß Ludwig XIV. das Testament angenommen. Der Graf Rochester, als eins der Häupter der Tory-Partei, eilte zu dem Könige, um ihm zu eröffnen: die Abneigung der Engländer wider den Theilungsvertrag sei so stark, daß auf den Beistand der Nation für die Aufrechthaltung desselben nicht gerechnet werden dürfe. Eben dasselbe meldete dann Godolphin. Sie und Andere sagten voraus, daß eine Absicht des Königs dieser Art im Parlamente einen unsäglichen Sturm hervorrufen würde¹⁾.

Die Tory-Partei hatte damals die Mehrheit. Der König bedurfte ihrer zum Zwecke der Feststellung der Succession in England. Denn, ungeachtet der Ablehnung der Kurfürstin Sophie, hatte er dennoch den Gedanken an Hannover nicht aufgegeben. Auch war die Tory-Partei dafür geneigt. Die Vorstellungen der Tories bewogen ihn den Theilungsvertrag bei sich fallen zu lassen. Er unterließ die besondere Absendung an die Republik. Er gab dagegen am folgenden Tage, dem 16. November, seine Gedanken über die Sachlage an Heinsius kund mit folgenden Worten.

„Ich zweifle nicht, daß dieses unerhörte Verfahren des Königs von Frankreich Sie eben so sehr überraschen wird wie mich. Ich habe niemals viel auf Verabredungen mit Frankreich gegeben; dennoch gestehe ich nicht erwartet zu haben, daß sie, im Angesichte aller Welt, einen feierlichen Vertrag noch vor dem völligen Perfectwerden brechen würden. Die in der beiliegenden Denkschrift angeführten Motive sind so erbärmlich, daß ich die Frechheit nicht fasse ein solches Papier nur vorzubringen. Es ist unleugbar, daß wir angeführt sind; allein wenn man Wort und Treue nicht hält: so ist es leicht jeden Menschen zu betrügen“²⁾.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. November.

²⁾ Het is onloochenbaer dat wy om den tuin geleyd zyn; maar, als men woord noch trouwe houdt, is het ligt iemand te bedriegen. Zo bei Groen
 21 opp. Fall d. Hauses Stuart u. Success. d. Hauses Hannover. VIII. 40

Unterbrechen wir hier mit einigen Worten die Rede des Königs Wilhelm.

Die letzte Aeußerung bezieht sich nicht bloß auf das Abspringen Ludwigs XIV. von dem Theilungsvertrage, sondern enthält in sich die Erkenntnis, daß der Vertrag nur als das Mittel zur Täuschung gedient habe. Wir haben darüber die Urtheile verschiedener Zeitgenossen vernommen. Fügen wir dazu eins aus London selbst, drei Tage nach jener Aeußerung Wilhelms III., nämlich des kaiserlichen Residenten Hoffmann. Er sagt: „Der König wird in Betracht zu ziehen haben, daß Frankreich von Anfang an, indem es den Vorschlag des Theilungsvertrages machte, ihn zu hintergehen gesucht hat, mit dem Plane, durch den Hinweis auf die Zerstückelung der Monarchie die Spanier dahin zu bringen, daß sie lieber sich einem französischen Prinzen unterwerfen, als auf die Theilung eingehen würden. Demnach ist der König Wilhelm von dem Könige von Frankreich als Werkzeug gebraucht worden, zum Spiele vor aller Welt Augen“ ¹⁾.

Nicht anders lautete die Ansicht im Rathe des Kaisers. Der König von England, hieß es, werde nun erkennen, was die Krone Frankreich mit dem Theilungsvertrage und der Publication desselben bezweckt habe, daß sie nämlich dadurch um so leichter zu der ganzen Monarchie gelangen, und sich mit einem Theile nicht befriedigen wollen ²⁾.

„Das Schlimmste ist, fährt der König Wilhelm in seinem Schreiben an Heinsius fort, daß die Franzosen uns in die größte Verlegenheit bringen, besonders wenn ich den Stand der Dinge hier betrachte. Die Blindheit der Leute hier ist unglaublich. Denn obwohl die Angelegenheit noch nicht zur öffentlichen Kunde steht, so war doch kaum das Gerücht ausgegangen, daß der König von Spanien ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou gemacht, als man allgemein die Ansicht vernahm: für England sei die Annahme des

van Prinsterer: Archives etc. de la maison d'Orange-Nassau. 2^{me} série. t. V, p. CXXXVII, n. 2.

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 19. November.

²⁾ Aus der Instruction für den Grafen Bratislaw vom 27. November: Was diese Cron mit dem Repartitions-Tractat und dessen Publicirung intendet habe.

Testamentes durch den König von Frankreich vortheilhafter als der Theilungsvertrag. Ich darf Ihnen dies nicht verhehlen, damit Sie unterrichtet sind von den Ansichten hier, die den meinigen entgegen stehen. Denn ich bin durchaus überzeugt, daß, wenn dies Testament ausgeführt würde, England und die Republik in der äußersten Gefahr ihres Unterganges sich befinden. Hoffentlich faßt die Republik es auch so auf und strengt ihre ganze Kraft an, sich dem so großen Uebel zu widersetzen."

"Für mich ist es bei dieser wichtigen Angelegenheit ein niederbeugendes Gefühl, daß ich nicht mit dem erforderlichen Nachdrucke auftreten kann. Aber die Republik muß es thun, und ich will durch eine geschickte Leitung die Leute hier allmählich und unmerklich mit herein bringen. Vorläufig habe ich meinen Botschafter in Paris beauftragt zu erklären, daß ich an dem Theilungsvertrage festhalte und daß die zwei Monate, die der geheime Artikel dem Kaiser zur Entscheidung vorbehält, noch nicht abgelaufen sind. Dieser Einwand bot sich mir zunächst, und ich suche dadurch Zeit zu gewinnen, deren wir, um einen Entschluß zu fassen, so sehr bedürfen. Ich bin mir noch nicht klar darüber, was von Seiten des Kaisers besser ist: ob dem Vertrage beizutreten oder sein Recht auf die gesammte Monarchie geltend zu machen. Der Beitritt zu dem Vertrage würde dem Interesse der Republik entsprechen; allein, da der Vertrag in England keine Zustimmung findet, mag das Andere besser sein. Sie können dort darüber besser urtheilen als ich hier."

"Für den Fall daß der Kaiser die Sache mit Nachdruck aufnehmen will, kann er, nach meiner Ansicht, nichts Besseres thun, als sofort Mailand zu besetzen, Neapel und Sicilien aufzufordern sich für ihn zu erklären, und somit zu versuchen sich zum Herrn von Italien zu machen. Vielleicht würden die Fürsten in Italien darin ihm beitreten."

"Mehr in Verlegenheit setzen mich die spanischen Niederlande. Denn es wird dem Kurfürsten von Bayern schwer fallen sie abzuhalten, den Herzog von Anjou anzuerkennen, falls er dahin gehende Befehle von Spanien erhält, oder von Frankreich aus gedrängt wird. Die dort in Garnison liegenden Truppen der Republik müssen sehr auf ihrer Hut sein. Da indessen der Kurfürst über sie wie über seine eigenen verfügen kann: so hat er die Uebermacht."

„Dies sind meine ersten und allgemeinen Gedanken, welche ich bei dieser schweren Verwicklung Ihnen mittheile, indem ich dabei mit Sehnsucht Ihr besseres Urtheil über den gesammten Stand der Dinge erwarte. Ich flehe zu Gott, daß er die Sache wende zu unserem Heile und uns hinaus helfe aus diesen Bedrängnissen. Was uns bei dieser Lage der Dinge noth thut, ist — ich bekenne es — Entschlossenheit, und ich hoffe sie zu finden in der Republik, im Falle der Kaiser den Willen hat sein Recht zu behaupten. Wenn ich meiner eigenen Neigung und Meinung folgte: so würde ich alle Höfe besenden, um sie zur Standhaftigkeit aufzufordern. Aber es will mir nicht gebühren, weil ich nicht vermag mit gutem Beispiele voranzugehen, und ich müßte fürchten die Sache eher zu verschlimmern als zu verbessern, weil ich die Menschen hier nicht anders herzu bringen kann, als indem ich sie unmerklich mit verwickle“ ¹⁾.

In einem anderen Schreiben geht der König genauer ein auf die Ursache dieser Haltung der Engländer. „Der einzige Grund, sagt er, den sie für ihre Behauptung anführen, daß das Testament für England wie für ganz Europa besser sei als der Theilungsvertrag, ist ihre Vermuthung, daß der Herzog von Anjou, weil noch fast ein Kind, wenn er in Spanien aufwachse, die spanischen Ansichten ein- saugen und sich von seinem Staatsrathe leiten lassen werde, ohne Deferenz vor Frankreich“ ²⁾.

Was Wilhelm III. über die damalige Stimmung der Engländer meldet, wird bestätigt durch andere Berichte. Die Tory-Partei war völlig für das Testament. Die Whigs, damals in der Minderheit, waren eher geneigt dem Könige etwas zu Gefallen zu thun. Einige von ihnen waren für den Theilungsvertrag. Andere sprachen sich weder für noch wider aus. Alle Parteien aber waren einig in dem einen Punkte: kein Krieg ³⁾.

An demselben Tage, von welchem wir diesen Bericht eines kundigen Beobachters vernehmen, faßt der König Wilhelm III. seine Betrachtung über diesen Zustand der Dinge in England in die Worte:

¹⁾ Grimblot t. II, p. 478. — Hardwicke t. II, p. 393.

²⁾ Wilhelm an Heinsius, 8./19. November, bei Hardwicke t. II, p. 396. Merkwürdiger Weise bricht die Publication Grimblots in der wichtigsten Zeit ab.

³⁾ Hoffmanns Bericht vom 23. November.

„Die Leute hier sind ganz sorglos, und kümmern sich in ihren Gedanken wenig um den großen Wechsel in den Angelegenheiten der Welt. Es scheint wie eine Strafe des Himmels auf den Menschen hier zu liegen, daß sie so wenig empfinden, was außerhalb ihrer Insel geschieht, wo wir doch hier alle dieselben Interessen und Besorgnisse haben sollten wie die Völker auf dem Festlande“ ¹⁾.

Es ist der Gedanke der Solidarität der Interessen der christlichen Völkerfamilie, den die Kirche immer vertreten hat und immer vertreten wird. Die Losjagung von dieser Idee gibt die Völker den Eroberern preis, das eine nach dem anderen.

Halten wir demnach den Zustand der Dinge in England, wie Wilhelm III. im November 1700 ihn ansieht, und das Ziel, welches er in jenem Schreiben an Heinsius sich vorsetzt, gegen einander. Die Aufgabe, die er sich stellt, ist eine der denkbar schwierigsten. Er erkennt den Krieg gegen die Uebermacht Frankreichs als unvermeidlich und nothwendig. Die Engländer insgesammt, alle Parteien, verneinen diesen Gedanken. Und dennoch will der König Wilhelm III., ohne diesen Gedanken den Engländern selber auszusprechen, sie allmählich und unmerklich so führen, daß der Gedanke das Eigenthum Aller wird. Zu dem Vorjage allein liegt das Bewußtsein einer Ueberlegenheit, welches unser Staunen erregt.

Ludwig XIV. glaubte mit der Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige von Spanien das Meisterstück seiner Art von Politik ansehen zu dürfen als vollendet. Er hatte den einstigen furchtbaren Ring seiner Gegner zersprengt. Er stand am Ziele. Auch wenn die Gegner wollten, so erschien es schwer, fast unmöglich ihm dieses Ziel zu entreißen. Aber nach der Lage der Dinge im November 1700, nach der Stimmung der Völker selbst, namentlich in England und Holland, war es eher zu erwarten, daß die Gegner nicht wollen, daß sie sich in das Unvermeidliche ergeben würden.

Wilhelm III. hatte das Meisterstück seiner Politik noch zu machen. Er setzte es sich zur Aufgabe, den furchtbaren Ring von 1689 zu erneuern, und dem Könige Ludwig XIV. das schon erfaßte Ziel dennoch wieder zu entreißen.

¹⁾ Hardwicke t. II, p. 397.

In England hatte Wilhelm III. für diesen seinen Plan direct keine Hülfe. Der Staats-Secretär Vernon jagte zu Hoffmann: der König werde sich nicht weiter ausdrücklich gegen die Annahme des Testaments erklären. England werde sich ganz passiv verhalten, und lediglich abwarten, ob Frankreich vermittlest der Union mit Spanien darauf ausgehe seine eigene Macht zu mehren. Auf Hoffmanns Erwiederung: dann werde es zu spät sein, versetzte Vernon: die Besitznahme von Spanien durch den Herzog von Anjou sei so wenig zu hindern, wie das Eintreten von einem Zimmer in das andere ¹⁾. — Worte dieser Art zeichnen die allgemeine Meinung der Engländer im November 1700, nicht diejenige des Königs Wilhelm III.

Es kam ihm zunächst darauf an Zeit zu gewinnen. Er hatte nach seiner Ankunft das Parlament nicht wie üblich zusammen treten lassen, sondern bis zum 21. November vertagt. Er vertagte es abermals bis auf den 16./27. Januar 1701. Hoffmann wie ihrerseits die Engländer sahen dies an als einen neuen Beweis, daß der König die spanische Angelegenheit für unheilbar erachte. Denn, wenn er dort noch irgend welche Hoffnung hätte, meinte man, so würde er nicht das Parlament vertagen zu einer Zeit, wo der Herzog von Anjou sich in den Besitz setze ²⁾. Sie alle wußten nicht, welche Gedanken in dieser Zeit die Seele des Königs bewegten. Er hoffte bis dahin daß er das Parlament zusammen treten ließ, in Betreff der Succession in England einen abermaligen Versuch in Hannover machen zu können. Er hoffte zugleich bis dahin in Betreff der spanischen Sache mit dem Kaiser und mit der Republik Holland sich näher zu verstehen. Zunächst mit der Republik. Denn dort ja durfte er sich verlassen auf seinen Heinsius. Wir haben oft beobachtet und werden ferner beobachten, wie merkwürdig das Zusammen-Gehen dieser beiden Männer. Sie beide haben mit einander sich verirrt: sie beide mit einander finden sich wieder zurecht.

Denn man wird nicht sagen wollen, daß Wilhelm III. oder Heinsius, der sofort ihm beitritt, auf den Krieg ausgehen um des Krieges willen. Schon die Qualität der Mächte, welche sie führten,

¹⁾ Hoffmanns Bericht vom 26. November.

²⁾ Derselbe Bericht.

nicht jedoch nach Gefallen beherrschten, machte ihnen dies unmöglich. Nicht ihr Wille entschied am letzten Ende, sondern ihre Gründe. Immerhin wirkte bei Wilhelm III. das Gefühl der erlittenen Kränkung mit; aber der eigentliche Grund, den allein er geltend machen konnte, um auch andere zu überzeugen, war die Besorgnis für Holland und England, wenn die spanische Monarchie mit der französischen beim Hause Bourbon verblieb, also in seinen Augen die Pflicht der Verteidigung.

Und wie in Holland auf Heinsius, so hoffte er im Reiche auf den Kaiser. Eben damals mochte das Schreiben, welches am 5. November der Kaiser an ihn erlassen, in London eingetroffen sein. Wir erinnern uns, daß darin der Kaiser, nach der damaligen Ablehnung des Theilungsvertrages, für den Fall einer Wendung dem Könige die Rückkehr zu ihm eröffnete. Aber seitdem waren die neuen Thatfachen eingetreten: die Kunde des Todes von Carl II., seines Testamentes, und dann der französischen Annahme dieses Testamentes. Wie würde dazu der Kaiser sich stellen? — „Es ist augenscheinlich, schreibt Wilhelm III. an Heinsius, zwei Tage nach jenem ersten Schreiben, daß, wenn der Kaiser sich dem Testamente unterwirft, wir keinen Anlaß haben uns zu widersetzen. Wir müssen daher den Entschluß des Wiener Hofes abwarten, bevor wir unsererseits einen definitiven fassen können“ ¹⁾).

Wenn also der Kaiser sich dem Testamente fügte: so waren, nach der Consequenz der Gedanken, die Wilhelm III. zwei Tage vorher entwickelt, die Republik und England früher oder später dem Untergange geweiht.

Wie hatten sich doch die Dinge wunderbar gewandt! — In dem Jahre 1673 hatte der Kaiser sein Schwert in die Wage der Republik gelegt. Sie hatte dafür anerkannt, daß sie, nächst Gott, ihm ihre Rettung verdanke. Im Jahre 1689 hatte der Entschluß des Kaisers, für die neue Ordnung der Dinge in England einzutreten, diese gesichert. Wilhelm III. hatte viele Jahre hindurch seine Dankbarkeit betheuert. Dann war er und eben so wie er auch die Republik von diesem Wege gewichen. Der Kaiser hatte im October 1699

¹⁾ Hardwicke t. II, p. 396.

warnend gemahnt an die früheren Zeiten, an die Möglichkeit ihrer Wiederkehr. Die Worte waren verhallt. Wilhelm III. und Heinsius glaubten ihrem neuen Freunde. Sie glaubten ihm so lange, bis sie einander offen eingestanden, daß sie sich von ihm hatten anführen lassen.

Und damit war die Zeit gekommen zurückzukehren zu dem alten und bewährten Freunde. Selten mag ein Fürst eine größere Genugthuung erfahren haben, als welche dem römischen Kaiser Leopold damals zu Theile wurde. Er hatte sie verdient. Gerade daß er dem Andringen von Wilhelm III. und Heinsius widerstanden, daß er nicht eingewilligt in ihren Theilungsvertrag, daß er festgehalten an seinem Rechte, ward nun für Wilhelm III. und Heinsius der Anker, an welchem sie sich halten, an welchem sie zu dem Kaiser sich emporwinden konnten. Nicht um seinetwillen, sondern um ihrer selbst willen. Die Seemächte haben dann den Kampf für den Kaiser unternommen, nicht freilich zunächst für ihn, sondern zunächst für sich. Aber sie konnten nur dadurch für sich selber handeln, daß sie eintraten für den Kaiser und im Bunde mit ihm, der allein von allen Mächten seiner Zeit in Betreff der spanischen Angelegenheit die gerade Bahn des Rechtes nie verlassen hatte.

Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Zweiundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 202.

St. I. Archiv. Anglica. Kaiserliches Rescript an den Grafen Auersperg in London, vom 4. März 1698.

Wir haben die Berichte über die Lage der Katholiken in Irland nicht ohne innerliche Herzensberührung verlesen hören, indem wir daraus ersehen, daß die neuen Gesetze auf die gänzliche Austilgung der katholischen Religion abzielen. Wie nun aber solches alles dem uns von des Königs in England Liebden bei ihrer angetretenen Regierung gethanen Versicherungen sowohl als der Capitulation von Limerick widerstrebt, und zwischen den Allirten beiderseitiger Religion kein gutes Geblüt oder Vertrauen setzen kann, dem Uebel auch mit dem nicht geholfen ist, daß des Königs Liebden der Confirmation sothauer widerrechtlicher Parlaments-Beschlüsse zwar nicht haben entübrigt sein können, selbige aber nicht zur wirklichen Execution kommen lassen würden, anerkennen des Königs Liebden wie andere Menschen der Sterblichkeit unterworfen und alsdann erwähnte harte Gesetze noch schärfer vollzogen und gar nicht mehr geändert werden dürften. Also ist unser gnädigster Wille und gemessener Befehl, daß Du die Gelegenheit nehmen und Seiner Liebden die Unbilligkeit dieses Verfahrens und daß es mit den Versicherungen und der Capitulation von Limerick keineswegs übereinstimme, vorstellst.

Dreiundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 368.

Ueber das geschichtliche Material für diese wichtige Verhandlung sind einige kritische Bemerkungen hier erforderlich. Wie schon öfters bemerkt

worden, sind die Hispanica im k. k. Archiv für das letzte Jahrzehnt Carls II. sehr lückenhaft, desgleichen für das Jahr 1699 die Anglica und Hollandica. — Merkwürdiger Weise hat für dieselbe Zeit, oder überhaupt für die Verhandlung des zweiten Theilungsvertrages, Grimblot in dem Werke: *Letters of William III. and Louis XIV.* sich bewogen gesehen, seine Publicationen auf ein geringes Maß zu beschränken — man vergleiche seine Note zu p. 305 — so daß der Reflex, den die Erwägungen von kaiserlicher Seite nach der anderen hin werfen, nur zum geringen Theile sichtbar wird.

Gaedeke hat S. 170* u. f. einige Conferenz-Protokolle vom 31. August 1699 an veröffentlicht. Dies sind jedoch nicht so wohl Protokolle als Notate. Manche Einzelheiten darin sind sehr lehrreich; jedoch würde es gewagt sein, die zerstückelten Noten Einzelner nachträglich zu einem Ganzen vereinigen zu wollen. Ein ausgearbeitetes Protokoll findet sich in den Acten des k. k. Archivs nicht vor.

Demnach ließe sich über die wichtige Zurückweisung des zweiten Theilungsvertrages von kaiserlicher Seite kaum etwas Genaueres sagen, wenn nicht hier das Werk von Wagner einträte, die *Historia Leopoldi Magni* t. II, p. 520, oder genauer p. 522 *seqq.* Es ist unverkennbar, daß Wagner Archivalien benutzt hat, die jetzt nicht mehr vorhanden sind. Noch dazu hat er hier weniger als sonst diesen Stoff verarbeitet, und ihn dadurch, wie das leider in unseren Tagen so sehr überhand genommen, für einen anderen Historiker unbrauchbar gemacht. Das kaiserliche Schreiben p. 539 u. f. ist sogar, wie er sagt, fast wörtlich.

Es kommt dazu, daß die wenigen Briefe, die Grimblot aus dieser Zeit nicht wegzulassen für gut befunden hat, mit den Nachrichten bei Wagner immer zutreffen.

Vierundzwanzigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 504.

Die hauptsächliche Quelle für das im Texte Gesagte sind die Berichte des Grafen Lamberg, kaiserlichen Botschafters in Rom. Sie sind im kaiserlichen Archive in Wien in doppelter Weise vorhanden, nämlich einmal als die laufenden Berichte in den Acten-Fasciceln der Romana. Dann aber hat Lamberg nach dem Ende seiner Botschaft einen Gesamt-

Bericht verfaßt, unter dem Titel: *Relazione del Conte L. G. di Lamberg I. R. Ambasciatore alla Sede Apostolica*. Sie erstreckt über die Zeit vom 15. October 1699 bis Ende 1702. Sie ist nicht eine Final-Relation nach der Art der Venetianer, sondern eher ein ausführliches Geschichtswerk, bestimmt für den Kaiser Leopold persönlich, an welchen sich die Rede Lambergs oft direct wendet. Die laufenden Berichte in den Acten und die *Relazione* verhalten sich oft ergänzend zu einander.

Die französische Behauptung, daß Carl II. den Papst Innocenz XII. um Rath ersucht, daß Innocenz XII. diesen Rath gegeben für ein Testament zu Gunsten des Herzogs von Anjou, hat neuerdings die archivalische Stütze, deren sie bisher entbehrte, anscheinend erhalten durch die Publication von Hippeau: *Avénement des Bourbons au trône d'Espagne* t. II, p. 227 et suiv., wo sowohl die Schreiben Carls II. an den Papst Innocenz XII. und den spanischen Botschafter Uzeda, wie die Antwort des Papstes mitgetheilt sind. Der Vergleich des Inhaltes beider hauptsächlichlichen Schriftstücke mit dem wirklichen Hergange wird darthun, daß sie moralisch unmöglich, demnach eine Fälschung sind. Nach der von Hippeau beigelegten Note sind die Schriftstücke am 13. Juni 1702, also fast zwei Jahre nach dem Tode des Papstes Innocenz XII., von dem Cardinal Janson Forbin dem Könige Philipp V. zugestellt. Abgesehen von dem Inhalte, erregt schon dieser Umstand Verdacht. Wozu bedurfte es einer Zustellung von Actenstücken, die, wenn echt, auch in den Archiven von Madrid sich vorfinden mußten, und zwar im Originale? — Der Cardinal Janson Forbin konnte doch höchstens Abschriften liefern.

Das Sachverhältnis ist dies. Die beiden Schriftstücke erscheinen zum ersten Male im Jahre 1702 in einer Flugschrift, die der Vizekönig von Neapel, Medina Celi, austreuen ließ. Dieser Vizekönig stand in enger Verbindung mit dem Cardinal Janson Forbin, der damals die Stelle eines französischen Botschafters beim päpstlichen Stuhle versah. Der Graf Lamberg als kaiserlicher Botschafter legte dem Papste Clemens XI. die Flugschrift vor. Clemens XI. war als Cardinal Albani einer der drei gewesen, welche der Papst Innocenz XII. im Jahre 1700 über die Anfrage Carls II. zu Rathe gezogen hatte. Er erwiederte dem Grafen Lamberg: *Che di qualche si narra nel passato pontificato, vi è qualche picciola cosa di vero, mà vi è moltissimo di falso, e che, se si potesse palesare qualche vi è di vero, non potrebbe riprendersi in conto alcuno la memoria di quel santo Pontefice; l'onore però e la coscienza obligano a tacere, e che basti dire con verità, che ne l'istanza di Carlo II, ne la risposta d'Innocenzo XII furono tali quali si dicono nel foglio.*

Mit der Bewilligung des Papstes Clemens XI. ließ der Graf Lamberg diese Antwort drucken, und zwar am 29. April 1702.

Wenn daher der Cardinal Janson Forbin am 13. Juni 1702 die betreffenden Schriftstücke dem Könige Philipp V. als echt übergeben hat: so würde die Anklage der Fälschung auf ihn fallen.

Anlage II. Zu S. 510.

Relazione del conte L. G. di Lamberg. 1699—1701. Fol. 30^a.

Il Papa morto, rimbambito, deputò l'accennata Congregazione particolare dei Cardinali Spada, Albani e S. Cesareo ad esclusione di Panciatichi, benché fosse stato riputato Francese, a cui fu sostituito S. Cesareo, stimato Austriaco, benché i Francesi se ne dichiarassero soddissfattissimi, il perchè poi lasciò considerarlo alle savissime riflessioni di V. Maestà Cesarea.

Il Consiglio dato della Corte di Roma, lodato da uomini gravi ed esperti delle cose del Mondo, fu il seguente: La Francia tiene pronte forze formidabili su i confini della Spagna, provista di armato e di ogni militare requisito per fare argine alle inondazioni, onde toccherà prima agli Spagnuoli a passare sotto il giogo, e vedere i loro Regni fatti Provinzie di conquista; e colle spoglie dei loro tesori ed averi potranno i nimici fare la guerra a tutto il mondo. All'incontro se imploraranno dalla Francia di essere ricevuti sotto la sua protezione e chiederanno un Principe Regio per essere governati, potranno conservare i loro Regni cogli antichi privilegi. Questo sistema poi ò avera da mutarsi, ò da istabilirsi. Se da istabilirsi, sempre si esimerà la Monarchia da non essere ridotta a Province di conquista; se a mutarsi, e se l'Europa in tale caso prenderà l'armi per vendicare la propria libertà, saranno sempre in tempo a scegliere le loro convenienze.

Anlage III. Zu S. 572.

Die einzige Quelle für diesen Vorgang ist die kleine Schrift Morgensterns, des späteren Secretärs bei dem Könige Friedrich Wilhelm: Ueber Friedrich Wilhelm I. Ein nachgelassenes Werk. 1793. S. 121, 202 und öfter. — Morgenstern berichtet, daß Friedrich Wilhelm I. ihm oft die Sache erzählt habe, mit der Ausmalung aller Vortheile, die seiner dann gewartet hätten.

Die Sache ist angezweifelt von Herrn Droysen in der Geschichte der preussischen Politik. Theil IV, erste Abtheilung S. 234, n. 1. Herr Droysen sagt dort zuerst: „Die alberne Geschichte u. s. w., widerlegt sich von selbst“. Eine Beweiskraft dürfte solchen Worten kaum beizumessen sein.

Wichtiger könnte der äußere Grund des Herrn Droysen erscheinen, daß Dohna in seinem Berichte vom 29. October an den Kurfürsten Friedrich III. sagt, daß der König auf dem Schiffe den Prinzen entlassen: *d'une manière extrêmement tendre et obligeante*, und daß Dohna dabei jener Sache nicht gedenkt.

Allein jedenfalls enthalten die Worte Dohnas auch nicht eine Verneinung. Da er damals mit dem Kurprinzen die Heimreise antrat, so ist sehr leicht anzunehmen, daß er die höchst delicate Sache und sein Verhalten dabei, zumal da die Gelegenheit vorüber, lieber mündlich als schriftlich darlegen wollte.

Ein äußerer Beweis gegen die Sache liegt also nicht vor.

Ein Zweifel an derselben würde zunächst sich richten wider die Wahrhaftigkeit Morgensterns oder des Königs Friedrich Wilhelm? — Aber mit welchem Grunde?

Daß nicht auch Andere der Sache Erwähnung thun, liegt in der höchst delicates Natur derselben, welche andere Mitwisser nicht duldete. Und noch dazu hatte ja nur Einer die volle Kenntniss des Ganzen, der König Wilhelm III.

Denn man darf sich doch nicht der Ansicht hingeben, als sei das Sachverhältnis, wie es nun nach hundertsechundsiebzig Jahren zuerst in meiner Darstellung zu Tage tritt, damals, außer dem Könige Wilhelm III., auch nur Einem Menschen bekannt gewesen.

Der Bericht Morgensterns, nach den Erzählungen Friedrich Wilhelms I., zeigt uns, daß weder der Eine, noch der Andere eine Ahnung gehabt haben von der schwierigen Lage, in welcher sich Wilhelm III., nach der Ablehnung der Kurfürstin Sophie, in Betreff der englischen Successions-Sache befand. Dies ihr Nicht-Wissen verstärkt die innere Glaubwürdigkeit ihrer Erzählung. Eben dies Nicht-Wissen dient zur Erklärung des Verhaltens des Grafen Dohna. Wenn ihm durch das unmuthe Ausfahren des Königs Wilhelm zuletzt ein Licht über die Sache aufgegangen ist: so war das Einlenken dann zu spät, weil Wilhelm III. ein Versprechen sicherlich nicht gegeben hätte.

Endlich auch erklärt dieses Nicht-Wissen die oben erwähnte Kritik des Herrn Droysen.

Anlage IV. Zu E. 584.

R. f. Archiv. Hollandica. Bericht des Grafen Goeß vom 16. October 1700.

Allerdurchleuchtigster ꝛc. Nachdem ich gestern meine durch die heutige ordinari überschickte ꝛc. relation bereits dictirt hatte, empfieng ich die nachricht, daß zwey Currier, als einer an den spanischen, der andere an den französischen Pötschaster, ankommen waren. Der erste verlangte alsobald mit mir zu reden und zeigte mir ein schreiben von ihrem Pötschaster zu Paris vom 11. dieses, darin er ihme parte gibt, welcher gestalt ein Currier von Ew. Kayl. May. durch Paris mit schreiben vom 1. dieses daselbst passirt war und die betrübte Zeitung mitgebracht hatte, daß Ihre Catholische May. am 28. Septembris wiederum mit einem so schweren accidente überfallen gewesen seynd, daß man Sie mit dem Viatico und der extrema unctione hat versehen müssen, und man zur selbigen Zeit in der größten forge gestanden ist, daß Sie das Zeitliche segnen würden; Sie hatten sich aber mit Gottes hülfe wiederumb in etwas erhohlet, und lebete man nicht ohne hoffnung, daß gott Sie noch länger beyu leben erhalten würde. Die französische Pötschaster seind stracks mit ihrer nachricht zum Rath-Pensionario gefahren und nach einer conferenz von mehr als zwey stunden erinnerte mich dieser durch ein billet, daß er gern ein paar wort mit mir reden wolte. Ich bin noch in der nacht zu ihme gefahren und habe von ihme vernomen, daß gemelte Pötschaster ihme obgemelte Zeitung vom 28. Septembris mit dem Zusatz gebracht hatten, daß Ihre Catholische May. von aller menschlichen Hülff verlassen waren, ja weile man gemerket hatte, daß Jedermann, der Beichtvatter selbst, sich auß dem Schlafzimmer retirirt hatten, so hette man bey hof mussitiren gehört, daß Sie mit tod abgangen waren. Vor Ihrem tod aber hetten Sie ihr testament, allwo Sie Ihre Durchlaucht den Erzherzogen zu ihrem Erben und successore an die Cron erklereten, confirmirt und die Königin zu einer Regentin, und fünf Consiliarios zu Ihro assistenz benennet; und obwohl gedachte Pötschaster auch die durch obgemelten Currier des grafen von Harrach gebrachte nachricht vom 1. dieses hatten, so meldeten sie doch nicht ehender darum, als nachdem sie des Rath-Pensionarii contentance observirt und seine gedanken vernommen hatten. Absonderlich haben sie zuvor von ihme wissen wollen, weilm sie nach der ersten nachricht vom 25. und 26. Septembris die anfrag gethan, welcher gestalt ihr König sich auf des Königs von Engelland und der General-Staaten hülff vermög des Tractats zu verlassen, ob er, Rath-Pensionarius, von diesen

hohen Paciscenten und seinen Principalen eine antwort bekommen hatte? — Welcher sie darmit getröstet, daß sie beyderseits bey dem Tractat verbleiben und festhalten, und man einsögligh mit ihnen *super modo exequendi* concertiren wolte; welches er mir also theils mündlich sagte, theils auß einigen schreiben vorlese.

Man wolle diesen Bericht vergleichen mit den Schreiben Blecourts vom 28., 29. September und 1. October, bei Hippeau t. II, p. 275 et suiv.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Admiral von Castilien s. Melgar.

Aguilar, Graf, [42](#). Sein Urtheil über Melgar [48](#). Er schildert den Stand der Dinge in Spanien, im Mai 1698, S. [147](#) u. f.; [152](#), 180, [501](#). Seine Schilderung der Lage der Dinge im September 1700 S. [512](#) u. f.; 588.

Ahlben [243](#) u. f.

Albani, Cardinal, [510](#).

Albans, St., Herzog von, [17](#).

Albemarke, Graf, [16](#), [92](#), [192](#), 210, [259](#), [341](#), 396, 450.

Allianz von [1689](#). Der geheime Artikel derselben 38, [57](#), [59](#), 66, 76, 80, 86, [105](#), [113](#), [118](#), [123](#), [131](#), [215](#), 220, [255](#), 310, [317](#) u. f., [347](#), [349](#) u. f., [372](#).

Almonde, holländischer Admiral, [524](#).

Amalie Wilhelmine, Prinzessin von Braunschweig-Lüneburg, [143](#).

Amsterdam ist dem Theilungsvertrage nicht geneigt [407](#) u. f. und [429](#); ist gegen die offene Unterstützung Schwedens wider den Czaren Peter [575](#).

Anjou, Herzog Philipp von, [54](#), [72](#), 166, [172](#), [593](#). Er wird als König Philipp V. von Spanien behandelt [623](#) u. f.

Anna, verm. Prinzessin von Dänemark, 198. Ihre Stellung zu dem Vater Jacob II. S. [235](#) u. f. und [551](#) u. f.

Anna Maria, Herzogin von Savoyen, [236](#).

Anton Ulrich, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, zu Wolfenbüttel, 460 u. f.

Arias, Don Manuel de, Präsident von Castilien, 588 u. f., 590, [607](#).

Afow [97](#), [293](#).

Auersperg, Graf, kaiserlicher Gesandter in England. Seine Unterredung mit Portland über dessen Mission nach Frankreich [2](#) u. f. Sein Urtheil über die Thronrede vom [3./13.](#) December 1697 S. [9](#). Er befragt Wilhelm III. über die Erneuerung der Allianz [57](#); meldet die Stimmung in England über die Krankheit Carls II. S. 58, so wie die Besorgnisse Wilhelms III. S. 76; erkennt nicht das Zurückweichen Wilhelms III. von dem Kaiser [89](#) u. f.; berichtet über die Stimmung der Engländer, im April 1698, S. [93](#); benützt nicht den geheimen Artikel von [1689](#) bei dem Parla-
mente 113.

Er theilt Wilhelm III. die Geneigtheit Carls II. für das Erzhaus mit [115](#); dringt bei Wilhelm III. auf eine Vereinbarung [118](#) u. f.; beginnt den Verdacht eines Vertrages mit Frankreich zu hegen [121](#) u. f.

Sein Urtheil über Tallard [186](#). Er nimmt als Motiv des Schweigens von Wilhelm III. gegenüber dem Kaiser die Verzögerung des Türkenfriedens an [190](#) u. f.

Er tritt für die Katholiken in England und Irland ein [200](#). Seine Instruction dafür [202](#) u. f. Seine Unterredungen über die Sache mit Vernon und Methuen [203](#) u. f., so wie [205](#) u. f. und [207](#).

Er kennt die Gerüchte eines Theilungsvertrages [218](#) und [232](#); erhält auf seine Fragen bei Heinsius, Portland, Wilhelm III. ausweichende Antworten [250](#) u. f., eben so bei Dylvelt [258](#); erneut dennoch seine Versuche [259](#) u. f., so wie [271](#) und [295](#) und [297](#); hofft nach dem Tode von Joseph Ferdinand, daß die Seemächte wieder zu dem Kaiser treten [311](#) und [334](#); hält fest an der Forderung der Allianz von 1689 S. [347](#); warnt durch Portland den König vor der Haltung des Parlamentes [348](#) u. f.; legt dem Könige Wilhelm III. den Standpunct des Kaisers in der spanischen Sache dar [354](#) u. f.; antwortet auf die Eröffnung des Theilungsentwurfes [368](#) u. f., so wie stärker [372](#) u. f. und [378](#). Er versucht vergeblich den König Wilhelm III. noch umzustimmen [394](#) u. f.; theilt ihm die abermalige Ablehnung des Kaisers mit [429](#) u. f.; erhält seinen letzten Auftrag in England [479](#) u. f.; ahnt die eigentliche Absicht Ludwigs XIV. S. [481](#) u. f.

August II., König von Polen [96](#). Er ist nicht geneigt für den Türkenfrieden [101](#); so wie [286](#) u. f. Er ist mit dem Czaren Peter der Urheber des großen nordischen Krieges [454](#) u. f., so wie [573](#) u. f.

B.

Balbazes, Mitglied des spanischen Staatsrathes, [165](#). Er erräth den Plan Ludwigs XIV. S. [364](#) u. f.

Barcelona [90](#), [401](#) u. f.

Barfley, Sir George, [21](#), [79](#)

Bayle [570](#).

Benavente, Graf, [357](#).

Berlepsch, Gräfin, [41](#), [46](#), [140](#), [142](#), [155](#) u. f., [170](#) u. f., [175](#), [264](#) u. f., [359](#) u. f. Sie tritt, nach der Fiktion ihrer Entlassung, mit Harcourt zusammen [399](#) u. f., so wie [405](#) und [415](#) und [424](#). Die Entlassung [427](#) u. f.

Berry, Herzog von, [54](#), [72](#), [166](#), [593](#).

Bertier, bayerischer Gesandter in Madrid, [261](#) u. f.

Berwick, Herzog von, [18](#), [21](#), [23](#).

Blandiniere, Père, [37](#), [157](#), [172](#), [174](#), [177](#).

Blathwayt, Secretär Wilhelms III., [342](#), [346](#).

Blecourt, Nachfolger Harcourts als Gesandter in Madrid. Er wird instruiert [499](#) u. f.; berichtet über Carl II. S. [526](#); befragt den Theilungsvertrag [527](#); entspricht genau den Instructionen Ludwigs XIV. S. [528](#); vermeidet eine positive Zusage zu geben [531](#) u. f.; hat Verdacht gegen die Versuche Medina

- Sidonias [538](#); übergibt eine drohende Denkschrift [544](#) u. f.; mahnt Ludwig XIV. den Spaniern eine Zusage zu geben [546](#); berichtet über die Krankheit Carls II. S. [579](#), so wie [582](#) u. f.; über das Testament [595](#) u. f.; über die letzten Tage Carls II. und sein eigenes Verhalten [603](#) u. f., so wie [606](#).
- Bogdanowic, russischer Friedensbotschafter in Carlowitz, [289](#) u. f.
- Bois, du, Abbé, [94](#).
- Bose, sursächsischer Gesandter im Haag, [101](#).
- Boselli, Conte, [441](#) u. f.
- Boufflers, Marschall. Differenz mit Portland über die Unterredungen von Bruckom [18](#) u. f.
- Bouillon, Cardinal, in Ungnaden Ludwigs XIV. [514](#) u. f.
- Brandenburg s. Friedrich III.
- Bridgewater, Lord, [352](#).
- Briord, Graf, französischer Gesandter im Haag, [571](#) u. f., [583](#) u. f., [597](#), 621.
- Bruchhausen [239](#).
- Burnet, anglicanischer Bischof von Salisbury. Sein Urtheil über den Czaren Peter [98](#) u. f.; über die Katholiken in England [443](#) u. f.; über die Bill gegen den Anwachs des Papismus [446](#) u. f.; [560](#).
- Bussche, von dem, [243](#).

C.

- Cadix, Seerüstung in, [496](#).
- Caermarthen, Admiral, [100](#).
- Carignan, das Haus, s. Victor Amadeus.
- Canales, spanischer Botschafter in London, [366](#). Sein Protest gegen den Theilungsvertrag [380](#) u. f. Seine Persönlichkeit [383](#) u. f.; [395](#), [397](#), 430.
- Capefigue [503](#).
- Carl, Erzherzog, [45](#), [49](#), [52](#), [73](#), [78](#), [83](#), 146, [224](#), 266, [315](#) u. f., [321](#) u. f., [494](#) u. f., [514](#) u. f.
- Carl II., König von Spanien. Er schwankt, in Betreff der Succession in seiner Monarchie, zwischen dem Erzherzog Carl und dem bayerischen Kurprinzen, ist gegen das Haus Bourbon [40](#) u. f.; hat, in Betreff kaiserlicher Truppen, ein besonderes Bedenken [46](#). Sein Handschreiben an den Kaiser vom 6. Februar 1698 S. [49](#). Neue Krankheit im März 1698 S. 50. Sein Verhalten in dieser Zeit [138](#) u. f. Er gewährt dem Botschafter Harcourt Audienz [144](#); lehnt französische Hülfe gegen die Mauren ab [151](#); hat im Juni 1698 eine neue Krankheit [155](#) u. f.
- Die Richtungen für das Kaiserhaus und für den bayerischen Kurprinzen in ihm im beständigen Kampfe [158](#) u. f. Er läßt auf eine drohende französische Denkschrift ausweichend antworten, im Juli 1698, S. [163](#) u. f. Seine Rede zu Harrach ist geneigt für den Kaiser, im Juli 1698, S. [168](#), jedoch in der Hauptsache ausweichend [169](#). Sein Handeln thatsächlich nicht zu Ungunsten Ludwigs XIV. S. [173](#). Sein Tod wird als nahe bevorstehend angesehen, im Juli 1698, S. [173](#) u. f. Er charakterisirt den Eifer der Spanier für die Marquise Harcourt [175](#); entläßt nicht Tropesa [175](#); ersucht Harcourt um Schutz für die Silberflotte [176](#).

Sein Verhalten geschildert von Auersperg vor Wilhelm III. S. [251](#) u. f. Er wird bewogen zu einem Testamente zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand [266](#) u. f.; weist die französischen Drohungen in Betreff desselben zurück [304](#) u. f. Kundgebung seines Unmuthes gegen Ludwig XIV. S. [327](#). Sein Verhalten gegenüber dem Volksaufstande in Madrid, im April 1699, S. [357](#) u. f.

Er protestirt gegen den Plan eines zweiten Theilungsvertrages [366](#) u. f., so wie [398](#). Sein Verhalten gegenüber der Forderung der Gräfin Verlepsi 401 u. f. Er gibt persönlich dem Botschafter Moles seine Instruction für Wien [494](#) u. f.; läßt in Cadix ein Geschwader rüsten [496](#); schickt, auf das Andringen seines Staatsrathes, dasselbe nach Darien [497](#); wird erregt durch die offizielle Kunde des Theilungsvertrages [500](#) u. f.

Er wendet sich an den Papst Innocenz XII. S. [504](#) u. f.; baut seine Hoffnung auf die Ueberkunft des Erzherzogs Carl [515](#) u. f., so wie [518](#) und [592](#); sucht Spanien wehrhaft zu machen [533](#) u. f., so wie [539](#).

Seine Declaration an den Staaterath, im September 1700 S. [546](#); an die Theilungsmächte über sein Recht sich zu waffnen [550](#). Er erkrankt [556](#). Verschlimmerung seines Zustandes [582](#) u. f. Er unterzeichnet das ihm abgedrungene Testament [592](#) u. f.; erstarbt wieder etwas [595](#) u. f. und [603](#) u. f.; zeichnet ein Codicill [605](#) u. f.; hat einen Rückfall [606](#) und stirbt [607](#). Sein Begräbniß [610](#).

Carl X. Gustav, König von Schweden, [456](#).

Carl XII., König von Schweden, [433](#) u. f. Sein Erfolg in Seeland, im Sommer 1700 S. [521](#) u. f. Seine weiteren Pläne [573](#) u. f.

Carlowitz, Friede von, [286](#) u. f.

Castel des Rios, spanischer Botschafter in Paris, [366](#), [398](#), [499](#) u. f., [608](#) u. f.; [620](#).

Cesareo, San, Cardinal, [510](#).

Centa, [82](#), [149](#).

Chamois, französischer Gesandter in Regensburg, [461](#).

Chetwind [559](#).

Christian, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, [559](#).

Christian V., König von Dänemark, [457](#) u. f.

Cibo, Decan des Cardinal-Collegiums, [512](#).

Cienfuegos [261](#).

Clausel, die Ryswyder, [315](#).

Colonna, Gräfin, [156](#), [171](#).

Cotyer, holländischer Friedens-Botschafter in Carlowitz, [287](#) u. f.

Compagnie, die ostindische, in England, [195](#).

Cordova, Cardinal, [43](#), [145](#).

Cromwell, Oliver, [86](#), [88](#).

D.

Daguirre, Madame, [145](#), [164](#), [531](#) u. f., [538](#).

Dalmatien [292](#) u. f.

Darien, schottische Colonie in, [382](#) u. f., [424](#) u. f., [439](#) u. f., [484](#) u. f., [497](#).

Dauphin von Frankreich [37](#) u. f., [72](#) u. f., [81](#) u. f., [156](#) u. f., [224](#), [265](#), [315](#)

u. f., [415](#) u. f., [624](#).

David 299.

Devonshire, Herzog von, [351](#).

Dieren [375](#).

Dini, modenesischer Gesandter in Madrid, französisch gesinnt [51](#) u. f.

Divan s. Türkei.

Dohna, Graf Alexander, Gouverneur des Kurprinzen Friedrich Wilhelm, 570 u. f.

Dohna, Graf Christoph. Sein Bericht über eine Correspondenz Wilhelms III. mit einem Jesuiten [210](#) u. f.

Dänkirchen [83](#), 88, [104](#), 185.

Dybwelt [214](#), 258, [259](#), 296, [299](#) u. f., [371](#), [407](#).

E.

Eleonore, Herzogin von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, 245 u. f.

Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, [32](#), 569.

Ernst August, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, [237](#) u. f.

Ernst August, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, [559](#).

Escorial [399](#) u. f., [401](#), [494](#) u. f., 501.

Estevan, San, Graf, [503](#), [528](#), [543](#).

Estrees, d', Admiral, Urheber des Gerüchtes der Gefahr für die Silberflotte, [176](#) u. f.

F.

Fagel, Greffier, [584](#).

Feuillade, La, [36](#).

Finale [212](#) u. f., 316, [344](#), [376](#).

Fleming, kursächsischer General, [457](#) u. f.

Friedrich III., Kurfürst von Brandenburg, [458](#) u. f., [461](#), [518](#).

Friedrich IV., König von Dänemark, [454](#).

Friedrich Wilhelm, Kurprinz von Brandenburg, 570 u. f.

Fronlan Diaz, Beichtvater Carls II., S. [139](#), [428](#).

G.

Gabriel, Pater, Beichtvater der Königin Maria Anna, [41](#), [142](#), [152](#), [157](#), [168](#), [175](#), [359](#), [424](#) u. f., [534](#), [589](#).

Galwan, Lord, [27](#), [205](#), [273](#), [342](#).

Generalstaaten der vereinigten Niederlande [398](#), [584](#), [597](#), [621](#).

Georg, Landgraf von Hessen-Darmstadt, [41](#), 90. Sein besonderer Plan 140 und [152](#) u. f.; [359](#), [401](#), 503.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg, [237](#), 556 u. f.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, [237](#) u. f. Er folgt dem Plane des Vaters Ernst August 246. Sein Verhalten zu der Aussicht auf die Thronfolge in England [247](#) u. f., so wie 556 und [569](#).

Georg Wilhelm, Herzog von Braunschweig-Lüneburg zu Celle, 234 u. f., 247 u. f., 557 u. f.

Gibraltar 82, 104.

Glocester, Herzog von, 198, 235 u. f. Sein Tod 551 u. f.

Godolphin, Lord, 195, 625.

Goes, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 259, 297, 299, 334, 354, 368. Seine Unterredungen mit den holländischen Geheim-Deputirten und wiederholt mit Heinsius, im Juni 1700, S. 486 u. f., so wie 577 und 580 und 584 u. f.; mit Wilhelm III. S. 598.

Görbe 234.

Gourville 59.

Grillo 402.

Grimani, Cardinal, 346.

Gustav Adolf 456

H.

Hannover, das Haus, 246, 458.

Harcourt, Marquis, französischer Votschafter in Madrid. Er wird charakterisirt von St. Simon 37. Seine Instruction 37 u. f. Sein erster Bericht aus Madrid 51. Er erhält neue Instructionen 53 u. f.; versucht mit Harrach anzuknüpfen 107. Seine Meldung über die Vorfälle in Madrid, im März 1698, S. 143. Er erhält Audienz bei Carl II. S. 144 u. f.; meldet das Wachsen der französischen Gesinnung in Spanien 145; bietet französische Hülfe für Genta und Oron 149 u. f.; macht der Königin Maria Anna Geschenke 155; reicht bei Carl II. eine drohende Denkschrift ein, im Juli 1698. S. 162 u. f.; knüpft mit Portocarrero an 165. Sein Verhalten gegenüber der Königin Maria Anna 170 u. f.

Er bringt für die unentschlossene Antwort Carls II. seinen Dank dar 173; bittet Ludwig XIV. sich bereit zu halten 174; berichtet über den Auslauf am Ludwigstage 175; verspricht Schutz für die Silberflotte 176; hält seinen feierlichen Aufzug in Madrid 177 u. f.; erhält von Ludwig XIV. Instruction in Bezug auf den Theilungsvertrag 227 u. f.; hat kein rechtes Vertrauen in die Annäherungsversuche der Königin Maria Anna 261 u. f.; ist unsicher in Betreff des bayerischen Testaments 267.

Sein Auftreten in Folge des Testaments 301. Er wird zurückgewiesen 304 u. f.; wünscht, daß Ludwig XIV. mit der Königin anknüpfe 325 u. f.; sucht Carl II. und die Spanier abermals einzuschüchtern 328 u. f.; berichtet über die Abnahme Carls II. S. 356; steht im Sommer 1699 in Madrid isolirt 362; durchschaut nicht den eigentlichen Plan Ludwigs XIV. S. 363 u. f.

Seine Unterredungen mit der Gräfin Berlepsch 400 u. f., so wie 405 und 415 u. f. Er sieht seinen Plan einer Verhandlung mit der Königin vereitelt 423 u. f.; wünscht seine Abberufung 426; hält nicht viel von den Rüstungen in Spanien 427; wird abberufen 498. Commandant der französischen Truppen an den Pyrenäen 584.

Harcourt, Marquise, 170, 175.

Harley, Robert, Toryführer im Unterhause 272 u. f., 337.

Harrach, Graf Alois, der Sohn, kaiserlicher Botschafter in Madrid, 149, 156, 170, 401 u. f. Seine Schritte in Folge des Testaments für den Kurprinzen von Bayern 269 u. f. und 321. Seine Pläne im Sommer 1699 S. 360 u. f. Er drängt auf die Wehrhaftmachung Spaniens 401 und 423; stellt Portocarrero zur Rede 501; verkündigt den Mitgliedern des Staaterathes die Folgen der Berufung eines französischen Prinzen 532; berichtet, zu Anfang September 1700, über die Bemühungen zur Wehrhaftmachung Spaniens 539 u. f.; wird von Portocarrero getäuscht 547 u. f. Sein Bericht über die letzten Tage Carls II. S. 581 u. f.; über das Testament 594 u. f.

Harrach, Graf Bonaventura, der Vater, kaiserlicher Botschafter in Madrid. Er verlangt von Carl II. eine bestimmte Antwort in Betreff der Truppendeputation 45 u. f.; erhält eine ausweichende Antwort 47; sieht ein Handschreiben Carls II. vom 6. Februar 1698 als günstig an 49. Sein Rath an die Königin Maria Anna 50. Er geht auf den Versuch Harcourts zu einer Anknüpfung nicht ein 107; erlangt auf seine dringende Vorstellung bei Carl II., im April 1698, keine Resolution 146 u. f. Seine Unterredung mit Aguilar im Mai 1698, S. 147 u. f. Er erhebt Vorstellungen gegen die französische Hülfe für Ceuta und Oran 150 u. f.; wünscht die Abberufung des Prinzen Georg 152 u. f.; ernennt, im Juni 1698, sein Andringen auf eine Resolution 154 u. f.; hält das Gerücht des Planes einer Heirath von Maria Anna mit dem Dauphin nicht für unglaubwürdig 156 u. f. Sein Verdruss über den Mangel an Aufrichtigkeit in Madrid 157. Er warnt die Königin 158; weist hin auf die Gültigkeit des bayerischen Verzichtes 159 u. f.; erkennt nicht, daß Carl II. vor den Drohungen Ludwigs XIV. vom Principe weicht 163. Sein Mißtrauen im Steigen 168. Sein Verdacht gegen die Königin Maria Anna 170. Er berichtet über den Auslauf am Ludwigstage 175; dringt auf die Wehrhaftmachung Spaniens 178 u. f. Sein letzter Bericht aus Spanien meldet keine Hoffnung 181.

Obersthofmeister des Kaisers 375. Seine Andeutungen vor Villars zum Zwecke einer Einigung des Kaisers mit Ludwig XIV. S. 464 u. f., so wie 467 u. f., und 477 u. f. Seine Einwendungen gegen die Sendung des Erzherzogs Carl nach Spanien 514 u. f.

Harrington 562.

Hedwig Eleonore, Königin von Schweden, 453.

Heeckeren, van, 253 u. f., 259.

Heinsius, Rathspensionär von Holland. Er empfängt die Urtheile Wilhelms III. über die Engländer 6 und 13 und 15 und 25. Sein Standpunct in Betreff der Frage der spanischen Succession, im März 1698, S. 56 u. f. Er wird von Wilhelm III. an den Verhandlungen mit Ludwig XIV. über Spanien betheiligt 64 u. f. Sein Irrthum über Ludwig XIV. S. 66 u. f. Er zweifelt an der Möglichkeit eines Vertrages mit Frankreich 75; sucht durch Wissen auf den Czar Peter für den Türkenfrieden zu wirken 100; ist für das Eingehen in Verhandlungen mit Ludwig XIV. S. 101 u. f.; ist unaufrichtig gegenüber dem Kaiser 118 u. f.; dringt auf den Frieden mit den Türken 132 u. f.; betheiligt sich an den Verhandlungen in Loo 214; empfiehlt den Theilungsvertrag in der Republik 226 u. f.; glaubt mit

Wilhelm III. an die Möglichkeit den Vertrag geheim zu halten 248 u. f.; ist unaufrichtig gegen Auersperg 250 und 254 und 259 und 295 und 297.

Er hat Besorgnis vor Frankreich 300. Sein Verhalten auf die Nachricht des Todes von Joseph Ferdinand 309 u. f. Er läßt sich auf die Fragen von kaiserlicher Seite nicht ein 334 u. f.; behält auf die Mahnung Wilhelms III. sein Amt als Rathspensionär 340.

Er bringt den Theilungsentwurf an den kaiserlichen Gesandten 368; kritisiert die Vorschläge von kaiserlicher Seite 369 u. f.; hält darüber wiederholte Besprechungen 370 und 382; sieht die Concessionen des Kaisers nicht für ausreichend an 378 u. f. Die Vermuthung der französischen Absicht die Seemächte von dem Kaiser zu trennen 379 u. f. Er bringt die Sache des Theilungsvertrages an die Stände von Holland 392 u. f.; findet namentlich bei Amsterdam Schwierigkeiten 407; sucht zuerst die kleineren Provinzen zu gewinnen und durch sie die Provinz Holland 411 und 418 und 428 u. f.

Er verneint, daß er und Wilhelm III. durch die Besorgnis vor einer Einigung des Kaisers und Ludwigs XIV. ohne die Seemächte zu dem Vertrage bewogen seien 466 u. f.; hält wiederholte Unterredungen mit dem Grafen Goes über den Theilungsvertrag, im Juni 1700, S. 486 u. f.; versteht nicht das Interesse der kirchlichen Freiheit 493; ist der alleinige Vertraute Wilhelms III. S. 522; will nicht gestatten, daß der Kaiser Truppen nach Italien sende 549; erhebt Vorstellungen gegen eine französische Hülfe für die Opponenten wider die neunte Kur 576 u. f.; hegt Besorgnisse vor einer Täuschung durch Ludwig XIV. S. 578 u. f.; faßt wieder Vertrauen und verlangt den Beitritt des Kaisers 580 u. f., so wie 581; versichert das Festhalten der Seemächte an dem Theilungsvertrage 583; empfängt die Mittheilung Wilhelms III. über die spanische Sache 625 u. f.; geht mit Wilhelm III. S. 630 u. f.

Heron, du, französischer Gesandter in Wolfenbüttel, 460 u. f.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London. Er vertheidigt das Recht der Gesandten offene Capellen zu haben 205 u. f.; berichtet über die Behandlung katholischer Priester 209; über die Abneigung der Engländer wider ein stehendes Heer 273; über die Parteien im Parlamente 335 und 342 und 352. Er sieht klar über den Plan Ludwigs XIV. S. 520; über die jacobitischen Wünsche im Sommer 1700 S. 554.

Hohenzollern s. Friedrich III.

Holstein-Gottorp 457 u. f.

Hop, holländischer Gesandter für Wien, 118, 215, 255, 297 u. f., 353 u. f., 367, 371, 387 u. f., 468.

Hudde, Bürgermeister von Amsterdam, 429.

Hugenotten 201, 205, 244.

3.

Ingermannland 573

Innocenz XII., Papst, 163, 212. Er wird von Carl II. um seine Vermittelung in Betreff der Successions-Sache ersucht 504 u. f. Sein Verhalten in dieser Sache 505 u. f.

Jacob II. Die Frage seiner Entfernung aus Frankreich [3](#) u. f., so wie [18](#) u. f. Die Weigerung Ludwigs XIV. ihn zu entfernen, hält ihn in Abhängigkeit [27](#) u. f. Die Frage abermals durch Portland angeregt [63](#) u. f., so wie durch Wilhelm III. vor Tallard 78 u. f. und [104](#) u. f., so wie [109](#) u. f. Jacob II. erwägt die Uebersiedelung nach Avignon 111.

Seine Stellung zu seiner Tochter Anna [235](#) u. f. Nochmals die Frage seiner Entfernung aus St. Germain [256](#).

Seine Krankheit im December 1699 S. [439](#). Er ist bei Mordplanen wider Wilhelm III. nicht betheiligt [443](#); hat keine Kunde des Erbietens von Kaiser Leopold an Ludwig XIV. im Sommer 1700 S. [469](#) u. f. und [479](#); wird von seiner Tochter Anna besendet [553](#); beurtheilt von Steynen [563](#) u. f. Seine Freunde über die Ablehnung der Kurfürstin Sophie [569](#). Er hegt Besorgnis vor der Wegführung seines Sohnes [572](#).

Jacob, Sohn Jacobs II., Prinz von Wales, [439](#) u. f., [483](#), [561](#) u. f., [572](#) u. f. Jacobiten [82](#), [95](#), [104](#), [232](#), [443](#) u. f., 554.

Jersen, Graf, Botschafter Wilhelms III. bei Ludwig XIV., S. [313](#) u. f., [352](#).

Seine Meinung über den Theilungsvertrag [385](#) u. f.; [395](#), [429](#).

Joseph, römischer König, [137](#), [143](#), [505](#).

Joseph Ferdinand, Kurprinz von Bayern, [59](#), [63](#), [72](#) u. f., [78](#), [82](#) u. f., 86, [104](#), [124](#), [158](#), [184](#), [212](#), [224](#), [266](#) u. f. Sein Tod [295](#) u. f. und [305](#).

Sunta in Spanien, eingesetzt durch das Testament Carls II., S. [607](#) u. f.

K.

Kaminiec [292](#) u. f.

Kareljen [575](#).

Katholiken in England 80, [199](#) u. f. Die Erregung wider dieselben ist untrennbar von der politischen Abneigung wider Frankreich 200 u. f. Sie haben in London regelmäßigen Gottesdienst in den Capellen der fremden Gesandten [205](#) u. f. Behandlung der katholischen Priester [209](#). Sie mehren sich [443](#) u. f.

Katholiken in Irland [27](#) u. f., [199](#) u. f.

Kannig, Graf, kaiserlicher Minister, [376](#). Seine Unterredung mit Villars über den Theilungsvertrag [464](#) u. f., so wie [467](#) u. f. und [477](#) u. f.

Keppel f. Albemarle.

Kinsky, Graf, unterhandelt mit dem Czaren Peter über den Türkenfrieden [133](#) u. f. Urtheile über ihn [137](#) u. f.; [287](#), [321](#).

Knefebeck, Fräulein von dem, [238](#) u. f.

Königsmark, Graf Philipp Christoph, [237](#) u. f.

Königsmark, Gräfin Maria Aurora, [237](#) u. f.

Kurwürde, die nannte, [315](#) u. f., [458](#) u. f., [575](#) u. f.

L.

Lamberg Graf, kaiserlicher Botschafter in Rom, [505](#). Sein Bericht über das Verhalten des Papstes Innocenz XII. in der Sache der spanischen Succession [506](#) u. f.

Lamberty [306](#).

Peganez, Marquis, kaiserlich gesandt 46, 180, [269](#), 296 u. f., 359 u. f., [525](#), [534](#), 541 u. f., 548, 580.

Peibniz. Seine Thätigkeit für die Succession des Hauses Hannover in England, im Jahre 1698, S. 246; 558, [566](#) u. f.

Peopold [I.](#), römischer Kaiser. Unterschied seiner Bemühungen und derjenigen Ludwigs XIV. um die spanische Succession [40](#). Er fordert Carl II. auf, die Allianz von 1689 zu erneuern [45](#); bringt durch Auersperg die Erneuerung bei Wilhelm III. zur Sprache [57](#). Er allein der Spiegel der ehrenhaften Politik [117](#). Er läßt durch Auersperg vor Wilhelm III. die spanische Angelegenheit erörtern [118](#) u. f.; erwartet die Bevollmächtigten Wilhelms III. zur Erneuerung der Allianz von 1689 S. [131](#) u. f.; ist geneigt zu einem Türkenfrieden, jedoch gemeinsam mit seinen Verbündeten [132](#) u. f.; läßt durch Rinsky mit dem Czaren Peter verhandeln [133](#) u. f.; empfängt den Czaren Peter in der Favorita [136](#).

Seine Sache in Spanien leidet durch die Mißgriffe der Königin [142](#) u. f. Er mahnt Carl II. durch ein Schreiben vom [25.](#) März 1698 S. [146](#) u. f.; wird von Seiten der französischen Politik in Spanien angeklagt [151](#) u. f.; erkennt den Zustand der Dinge in Spanien als nicht hoffnungsvoll [154](#) u. f.; hat ein Recht zu verlangen, daß Carl II. den bayerischen Verzicht anerkenne 160; hat keine Stütze an der Königin Maria Anna in Spanien 170 u. f.

Sein Verhalten in Betreff der Katholiken in England und Irland 201 u. f. Er lobt seine Vertreter dort für ihr Verhalten [208](#) u. f.

Die Verhandlungen über die Theilung der spanischen Monarchie werden ihm verheimlicht [212](#). Das Verhalten ihm gegenüber von Seiten Wilhelms III. und des Rathspensionärs [225](#) und 226, so wie [249](#). Er wird von Auersperg vor Wilhelm III. vertheidigt [252](#) u. f.; verlangt einen englischen Gesandten zur Erneuerung der Allianz von 1689 S. [255](#).

Uebersicht seiner Haltung zugleich gegenüber den Türken und dem Westen Europas [293](#) u. f. Er ist ungewis über die Seemächte im Winter 1698 [9](#) S. [297](#). Die französische Anklage gegen ihn in Betreff des bayerischen Kurprinzen [305](#) u. f. Er läßt durch Rinsky dem Könige Ludwig XIV. seine Geneigtheit zu einem Vertrage kund thun [321](#) u. f.; wird von Ludwig XIV. hingehalten [323](#) u. f.

Seine Position gegenüber den Seemächten klar und bestimmt [317](#) u. f., so wie [351](#) u. f. Er zeichnet am [8.](#) Juli 1699 Vollmacht für eine Regentschaft in Spanien [361](#); erhält in Bruchstücken Kunde von dem zweiten Theilungsvertrage [367](#) u. f. Seine Erwägung desselben [369](#) u. f. Seine Antwort an Hop [371](#) u. f. Die Richtschnur seines Verhaltens auf die Kunde des Entwurfes zum zweiten Theilungsvertrage [376](#) u. f. Er will den Seemächten die Rückkehr zu ihm offen halten [377](#) u. f.; erwägt, im October 1699, abermals die Frage des Beitrittes [387](#) u. f.; erläßt eine protestirende Antwort [388](#) u. f.; will nicht mit den Seemächten abbrechen [396](#) u. f.; er bietet sich zur Vermittelung in der Sache des Canales [397](#). Seine Sache in Spanien geschädigt durch seine Schwägerin Maria Anna [421](#). Er lehnt das Andringen Wilhelms III. zum Beitritte abermals ab, im Januar 1700, S. [430](#).

Seine Friedensmahnung im Norden nicht von Gewicht 458 u. f. Er erhält die Mittheilung des abgeschlossenen Theilungsvertrages 463 u. f.; ist auf den Antrag seiner Räthe geneigt zu einer besonderen Verständigung mit Ludwig XIV. S. 467 u. f. Ueberblick seiner Stellung zu Ludwig XIV. und Wilhelm III. im Sommer 1700 S. 469 u. f. Er will vor einer definitiven Antwort sich mit Carl II. verständigen 479; läßt jedoch Wilhelm III. seine Ansicht kund thun 480; trägt Bedenken den Erzherzog Carl nach Spanien zu senden 514 u. f.; schwankt nicht in Betreff des Theilungsvertrages 517; vermag nicht im Norden den Krieg zu verhindern 523. Sein Weg in der spanischen Angelegenheit gerade und offen 524 u. f. Er schreibt an Leganez und Portocarrero 525; vernimmt mit Freuden die Beschlüsse Carls II. S. 534; gibt, am 18. August 1700, seine Antwort an die Seemächte 534; erklärt, daß er keine Truppen nach Italien sende 549 u. f.; wird wiederholt von den Generalstaaten und Wilhelm III. zum Beitritte zu dem Theilungsvertrage aufgefordert 584 u. f.; lehnt ab 586. Seine Haltung auf die Kunde von dem Testamente Carls II. S. 599 u. f. Er antwortet dem Könige Wilhelm III. und den Generalstaaten in concilianter Weise, am 5. November 1700, S. 601 u. f. Ueberblick auf sein Verhalten in der Successions-Sache 613 u. f. Sein Verhalten der Aker für Wilhelm III. und Heinsius 631 u. f.

Liechtenstein, Fürst Anton. Seine Differenz mit Villars 321 u. f.

Liesland 455 u. f., 574.

Lilienroth, schwedischer Botschafter im Haag, 459, 574.

Limerick, Capitulation von, 202, 204.

Lisola 307.

Loo, Schloß Wilhelms III., 212, 214, 217, 248, 255, 552.

Lothringen 316.

Ludwig XIV., König von Frankreich. Er geht nicht ein auf die Forderung Portlands, Jacob II. aus Frankreich zu entfernen 20 u. f.; kennt den Ritter Parklen 21; hält durch die Ablehnung der Forderung Portlands das Haus Stuart in Abhängigkeit von sich 27 u. f.; will die Gedanken Wilhelms III. über die spanische Succession erforschen 30 u. f. Sein Verhalten bei der öffentlichen Audienz von Portland 34.

Sein Standpunct in der Frage der spanischen Succession im März 1698, S. 35 u. f. Er läßt von seinem Uebermuth nach 36. Seine Instruction für Harcourt 37. Der Unterschied zwischen ihm und dem Kaiser in Betreff der Bemühungen um die spanische Succession 40 u. f. Neue Instruction für Harcourt, gerichtet auf das gesammte spanische Erbe, im März 1698, S. 53 u. f. Er läßt durch Pomponne und Torcy bei Portland die spanische Sache anregen 61 u. f. Sein eigentlicher Plan bei dieser Verhandlung ist die Seemächte dem Kaiser zu entfremden 65 u. f. Sein Geschick in der Ausnutzung fremder Neigungen 67. Er rechnet auf den holländischen Patriotismus Wilhelms III. S. 68; ist in Frankreich allein im Besitze des Geheimnisses 68; versichert Portland seiner Aufrichtigkeit 71; macht durch Tallard bei Wilhelm III. besondere Vorschläge über das spanische Erbe 71 u. f.; durchsaut, daß Wilhelm III. geneigt ist für den Kurprinzen von Bayern 74; biegt um die Einwendungen Portlands herum 74 u. f.

Er lobt nicht den Tallard wegen der Anzeige einer Mordabsicht [79](#); nimmt die Antwort Wilhelms III. günstig auf [81](#) u. f. Seine Gegenvorschläge an Tallard, im April 1698, S. [82](#) u. f. Sein Urtheil über Portland [83](#) und seine Gunstbezeugungen für ihn [84](#).

Er bekämpft die Bedenken Wilhelms III. S. 105 u. f.; versucht gleichzeitig eine Unterhandlung mit dem Kaiser anzuknüpfen [106](#); trachtet Wilhelm III. näher heranzuziehen [108](#); lehnt das Verlangen Jacob II. aus St. Germain zu entfernen, abermals ab [109](#); weist dagegen hin auf das Jahrgeld für die Königin Marie Beatrice [110](#); trachtet Wilhelm III. an sich zu ziehen, wie früher die Stuartkönige [112](#) u. f. Seine ungerechte Anschuldigung gegen den Kaiser [113](#) u. f. Er hofft Wilhelm III. völlig an sich binden zu können [124](#) u. f. Das Ziel seiner Politik in Betreff Englands ist die Verfeindung des Königs mit dem Parlamente [126](#) u. f.

Er macht bei Wilhelm III. neue Theilungsvorschläge, um die Verhandlung hinzuhalten [129](#) u. f.; hat Vortheil von dem Verhalten der Königin Maria Anna in Spanien [143](#) u. f.; erkennt die für ihn günstige Lage in Spanien, im Juni 1698, S. [149](#); bietet Hülfe an für Ceuta und Oran [149](#); läßt die Weigerung Carls II. verwerthen gegen den Kaiser [151](#). Seine unwahre Aussage gegen Georg von Hessen-Darmstadt [151](#) u. f. Er wünscht dennoch dessen Verbleiben [155](#).

Er trifft, in Folge der Krankheit Carls II., vom Juni 1698, neue Maßregeln [165](#) u. f.; legt auf die Eröffnungen einiger Spanier sein Verlangen nach der ganzen Monarchie dar [166](#) u. f.; billigt das Verhalten Harcourts gegenüber der Königin Maria Anna [173](#); benutzt die künstlich erregte Furcht der Spanier für die Silberflotte aus [177](#) u. f.

Sein eigentlicher Zweck dem Könige Wilhelm III. gegenüber, im Juli 1698, ist die Verhandlung, nicht ein Vertrag [181](#) u. f., so wie [185](#) u. f. Er behandelt zugleich Portland mit besonderer Höflichkeit [185](#); ändert, auf die Warnung Tallards, seinen Plan gegenüber Wilhelm III. S. [186](#); sucht durch ein Feldlager in Compiègne auf die anderen Mächte einschüchternd zu wirken [187](#); geht ein auf fernere Unterhandlung, mit der Absicht hinzuzögern [188](#) u. f.

Sein Verhalten in Betreff der Katholiken in England und Irland [201](#) u. f.

Er meldet, im August 1698, seine Bereitwilligkeit zum Abschlusse mit Wilhelm III. S. [213](#) u. f.; läßt die Sache nicht geheim halten [218](#); dringt auf den Abschluß [225](#). Seine Instruction für Harcourt nach dem Vertrage [227](#) u. f. Er verlangt, daß der Kaiser noch keine Kunde erhalte [231](#) u. f. Seine Gründe dafür [233](#). Er will alle Mächte Europas, außer dem Kaiser, zu dem Theilungsvertrage ziehen [255](#); lehnt die abermalige Beschwerde Wilhelms III. in Betreff Jacobs II. ab [257](#) u. f.

Er übersteht bei seinem Plane die bayerische Partei in Madrid [260](#) u. f.; geht nicht ein auf die Versuche von Maria Anna [260](#) u. f.; ist gegen das Testament zu Gunsten des Kurprinzen [267](#). Er entwirft einen besonderen Plan in Bezug auf die Person Wilhelms III. S. [279](#) u. f.

Sein Verhalten auf das Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand [301](#) u. f. Er will die Ueberführung des Prinzen nicht

gestatten [303](#) u. f. Seine Instructionen in Folge der Todesnachricht des Prinzen [307](#) u. f. Er läßt durch Tallard dem Könige Wilhelm III. neue Vorschläge machen [312](#) u. f. Sein Plan bei diesen Vorschlägen [317](#) u. f. Er sucht den Kaiser hinzuhalten durch seine Forderung der Genugthuung für Villars [323](#) u. f.

Er zieht die Verhandlung eines neuen Theilungsvertrages den Vorschlägen Harcourts vor [325](#) u. f.; läßt durch Harcourt den König Carl II. und die Spanier einschüchtern [328](#) u. f.; hat in den Verhandlungen mit Wilhelm III. in Betreff Spaniens das Uebergewicht [344](#) u. f.; legt seinem Botschafter Harcourt den eigentlichen Plan etwas näher [363](#) u. f.

Er läßt durch den Papst seine Hülfe gegen die Schotten in Darien anbieten [382](#) u. f.; ist nicht einverstanden mit der nochmaligen Aufforderung an den Kaiser zum Beitritte [387](#) u. f.; geht widerwillig ein auf die Forderung eines geheimen Artikels [392](#) u. f. Seine Antwort an Castel dos Rios [398](#). Er gibt dem Harcourt Vollmacht die Königin Maria Anna hinzuhalten [405](#) u. f., so wie [413](#) u. f., und [419](#) und [424](#). Er spricht sich zu dem Grafen Manchester aus über das Zaudern Wilhelms III. S. [408](#) u. f.; legt dem Harcourt seinen eigentlichen Plan näher [426](#). Der Theilungsvertrag ist ihm das Mittel zum Zwecke [434](#) u. f. Er wünscht mit Tallard die Adoption des Prinzen von Wales durch Wilhelm III. S. [440](#) u. f.

Er verschärft die Maßregeln gegen die Hugenotten [444](#) u. f.; sucht im römischen Reiche Zwietracht zu erregen [460](#) u. f. Sein Verhalten gegenüber dem Erbieten des Kaisers zu einer Verständigung [466](#) u. f., so wie [476](#) u. f. Ueberblick seiner Stellung zu dem Kaiser Leopold und zu Wilhelm III., im Sommer 1700, S. [469](#) u. f. Er bringt den Theilungsvertrag zur öffentlichen Kunde [475](#) u. f. Seine Unwahrhaftigkeit das Heil Wilhelms III. und der Republik Holland [478](#) u. f.

Er läßt in Madrid drohen gegen die Verufung des Erzherzogs Carl [496](#) u. f.; beruft Harcourt aus Madrid ab [498](#). Seine Instruction für Blecourt [499](#) u. f. Er bringt zugleich den Theilungsvertrag zur öffentlichen Kunde, am [20. Mai](#) 1700, S. [499](#); deutet dem Blecourt seinen eigentlichen Plan schärfer an, im Juli 1700, S. [527](#); ist auf seiner Hut nicht eine positive Zusage nach Spanien hin zu geben [531](#) u. f., und zwar namentlich aus Vorsicht vor der Königin Maria Anna [537](#); vernimmt ungern die Thätigkeit von Maria Anna [536](#) u. f.; läßt eine drohende Denkschrift verfassen [536](#); will die Maske des Theilungsvertrages nicht fallen lassen [539](#) u. f.; läßt, am [2. September](#) 1700, durch Blecourt die drohende Denkschrift überreichen [544](#), schüchtert dadurch Carl II. nicht ein [546](#).

Er verspricht den Opponenten gegen die neunte Kurwürde seine Hülfe [576](#); verlangt von den Seemächten das Festhalten an dem Theilungsvertrage [580](#); dringt auf die Ernennung eines Dritten [581](#) u. f. Es gelingt ihm nicht den Kaiser Leopold und den König Wilhelm III. völlig von einander zu trennen [586](#). Er gibt Blecourt Instruction für den Todesfall Carls II. S. [596](#) u. f.; steigert nach Holland hin seinen scheinbaren Eifer für den Theilungsvertrag [597](#) u. f. Sein Conseil in Fontainebleau [610](#) u. f. Sein Plan von vielen Zeitgenossen erkannt [611](#) u. f. Rückblick auf sein gesamtes Verhalten in der spanischen Sache [613](#). Er hält die

Annahme des Testamentes noch geheim [620](#) u. f.; läßt noch nach demselben die Hülfe der Generalstaaten für den Theilungsvertrag verlangen [621](#) u. f.; thut dem Botschafter Manchester die Annahme kund [622](#) u. f.; declarirt sie in Versailles [623](#) u. f.; hat das Meisterstück seiner Politik vollbracht [629](#).

M.

Mailand [83](#) u. f., [85](#) u. f., [88](#), 146 u. f., [169](#), [182](#), [184](#), [212](#) u. f., [315](#), [331](#), [375](#), [467](#), 515.

Maintenon, Frau von, [35](#), [192](#), 358, 577, [611](#) u. f., [619](#).

Malachowski, polnischer Friedens-Botschafter in Carlowitz, [289](#) u. f.

Manchester, Graf, englischer Botschafter in Paris. Seine Audienz bei Ludwig XIV. im November 1699 S. [408](#); [441](#), [462](#) u. f., [474](#) u. f., 559, [623](#).

Mannsfeld, Graf, kaiserlicher Minister, [376](#).

Manfiera, Marquis, [43](#), 150, [179](#), [269](#), [297](#), [323](#), [359](#), [542](#).

Mantua, Herzog von, [441](#) u. f.

Margaretha, Infantin, 86.

Maria Anna, Gemahlin Carls II. von Spanien. Sie wird beurtheilt von Ludwig XIV. S. [41](#). Ihre Antwort an Harrach in Betreff der Sendung kaiserlicher Truppen [47](#). Sie fragt, bei der neuen Krankheit des Königs, Harrach um Rath [50](#) u. f. Ihr Verhalten in Folge dessen [138](#) u. f. Verschiedene Misgriffe [142](#) u. f. Ihre Höflichkeit gegenüber dem französischen Botschafter Harcourt [145](#). Sie erhält Vorwürfe von dem Kaiserpaare und nimmt Geschenke an von Harcourt [155](#). Die Frage des Planes einer Heirath mit dem Dauphin 156 u. f., so wie [179](#) u. f., vgl. weiter unten zu S. [417](#).

Sie scheint die Warnungen Harrachs zu beachten, im Juni [1698](#), S. [158](#); tritt jedoch dem französischen Botschafter näher [170](#) u. f.; sieht die Sache des Kaisers als hoffnungslos an [173](#). Die Wirkung des Hasses gegen sie wird übertrieben aufgefaßt [174](#). Das Beispiel ihres Verhaltens zu der Marquise Harcourt wird überboten [175](#). Sie sucht sich Frankreich zu nähern [261](#) u. f.; findet Harcourt nicht entgegen kommend [263](#); tritt für den Kurprinzen Joseph Ferdinand ein [265](#) u. f.

Sie wird von Harcourt als für Frankreich geneigt beurtheilt [325](#) u. f. Ihr Verhalten bei dem Volksaufstande in Madrid, im April 1699, S. [357](#) u. f. Sie sucht durch die Verlepsi den Botschafter Harcourt [399](#) u. f., so wie [415](#). Die Frage des Wunsches einer Heirath mit dem Dauphin [417](#) u. f. Sie wirkt, negativ, für Ludwig XIV. S. [421](#) u. f.

Sie kommt zur Einsicht über Ludwig XIV. und entläßt die Verlepsi [427](#) u. f. Sie tritt für die Sache des Kaisers ein [493](#) u. f.; ist betroffen über die offizielle Kunde des Theilungsvertrages 500 u. f. Ihre Hoffnungen [503](#). Sie ist thätig für die kaiserliche Sache 526 u. f., so wie [533](#) u. f.; bringt die Sache des Schonenberg zum Ausgleich [535](#); legt nach der Ansicht Ludwigs XIV. ihm eine Falle [537](#) u. f.; erkennt in Portocarrero ihren Widersacher [539](#). Ihre Schritte in den letzten Tagen Carls II. S. [587](#) u. f. Sie präsidiert der Junta [607](#). Rückblick auf ihr Verhalten [616](#).

Maria Antonia 86, 159.

Marie Beatrice 27 u. f., 110, [112](#), beurtheilt von Stepney [564](#).

Marie Therese, Gemahlin Ludwigs XIV. Ihr Verzicht [39](#), [73](#), [85](#), 159.

Marlborough, Graf, Mitglied der Regentschaft im Sommer 1698 S. 198 u. f.; 276, [351](#). Er versichert die kaiserliche Gesinnung Wilhelms III. S. 395. Seine Ansicht über das Parlament im November 1699 S. [437](#). Gouverneur des Herzogs von Gloucester [551](#) u. f.

Marlborough, Gräfin, [198](#).

Marly, Schloß, [408](#).

Marfigli, Graf, [289](#).

Matilla, Beichtvater Carls II., [139](#).

Matthues, russischer Gesandter im Haag, [574](#).

Maurocordato, türkischer Friedens-Botschafter in Carlowitz, [288](#) u. f.

Maximilian, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, [559](#).

Maximilian Emanuel, Kurfürst von Bayern. Er sucht in Betreff der spanischen Succession einen Bund mit Ludwig XIV. S. [38](#); wird von Wilhelm III. und Heinsius begünstigt um Hollands willen 116 u. f., so wie [121](#) u. f.; hat günstige Aeußerungen Carls II. für seinen Kurprinzen 160 u. f.

Er wird in dem Theilungsvertrage seinem Sohne substituirt 224; von Wilhelm III. überhaupt begünstigt 250 u. f. Sein eigener Plan [260](#) u. f. Er handelt nicht im Einverständnisse mit Wilhelm III. S. 296 u. f. Seine spätere Anklage gegen den Kaiser in Betreff des Kurprinzen Joseph Ferdinand [305](#) u. f.; wird auch nach dem Tode seines Sohnes von Wilhelm III. begünstigt 310 u. f.

Mazarin, Cardinal, [35](#).

Medina Sidonia, Herzog von, [423](#), [531](#), [537](#) u. f., 594.

Melgar, Graf, Admiral von Castilien, [38](#) und [42](#). Er antwortet Harrach in Betreff der Sendung kaiserlicher Truppen [47](#) u. f.; wird beurtheilt von Aguilar 48. Seine Falschheit [49](#). Ist Berather der Königin Maria Anna 138 u. f.; wird bei Carl II. misliebig [142](#) u. f.; 158, [179](#). Er sucht mit Harcourt anzuknüpfen [261](#) u. f.; tritt dann bei Maria Anna für den bayerischen Kurprinzen ein [263](#) u. f.; 328. Er wird verbannt [359](#).

Mellini, Cardinal, [512](#).

Mendoza, Groß-Inquisitor, [593](#), [605](#), [607](#). Seine Aussage über das Testament Carls II. S. [609](#) u. f.

Methuen, Kanzler für Irland, über die Stimmung der Engländer in Betreff Spaniens [93](#) u. f. und [121](#) u. f.; über die Katholiken in Irland [203](#) u. f.

Methuen, Sohn des vorigen, Gesandter in Portugal, [122](#).

Mexiko [369](#).

Middleton, Lord, [22](#), [611](#).

Milington, Arzt, [552](#).

Miquanez [327](#).

Mitchell, Admiral, 100.

Mocenigo, venetianischer Botschafter in Madrid. Sein Bericht über das Testament Carls II. S. [591](#). Ueber den Plan Ludwigs XIV. S. [612](#).

Mosanns, Abt von Pöfsum, [243](#).

Moles, Herzog von, spanischer Botschafter in Wien, [427](#) u. f. Seine Instructionen [494](#) u. f. und [502](#). Sein Bericht [514](#) u. f.
 Monaco, Prinz von, französischer Botschafter in Rom, [382](#) u. f., [505](#) u. f., [512](#).
 Montague, Kanzler der Schatzkammer. Er schlägt eine neue ostindische Compagnie vor [195](#) u. f.; [219](#), [269](#), [276](#), [285](#), [352](#), [434](#).
 Montalto, Herzog von, [43](#).
 Monteren, Graf, [43](#). Seine Einwirkung auf Carl II. im März 1698 S. [139](#) u. f.; [152](#), [163](#), [168](#) u. f., [179](#), [359](#), [414](#).
 Morea [292](#) u. f.

N.

Narwa [575](#).
 Nordenhielm [459](#) u. f.

O.

Odyt [157](#).
 Oettingen, Graf, [288](#).
 Opponenten wider die neunte Kurwürde [315](#) u. f., [458](#) u. f., [575](#) u. f.
 Oran [82](#), [149](#).
 Orford, Graf, [219](#) u. f., [276](#), [432](#).
 Orleans, das Haus, [593](#) u. f.
 Ormond, Herzog von, [341](#) u. f.
 Oropesa, Graf, [139](#), [141](#), [158](#) u. f., [175](#), [178](#), [263](#), [266](#), [268](#), [328](#), [357](#) u. f.
 Ouwerkerke [88](#), [210](#).
 Orenstjerna, Graf Benedict, [453](#).

P.

Paget, Lord, englischer Gesandter in Constantinopel, [57](#), [96](#) u. f. Friedensvermittler zu Carlowitz [288](#) u. f.
 Palmquist, schwedischer Gesandter in Paris, [442](#), [577](#).
 Parlament von England. Es ist misgestimmt über die Beibehaltung der holländischen Truppen und wider ein stehendes Heer überhaupt [5](#) u. f. Dankadresse vom December [1697](#) S. [9](#) u. f. Die Abneigung gegen ein stehendes Heer [10](#) u. f. Es wird ungünstig von Wilhelm III. beurtheilt [23](#) u. f.; ist feindselig gegen die Jacobiten [26](#) u. f. Die Stimmung über die Krankheit Carls II. von Spanien, im März 1698, S. [58](#); und im April [1698](#) S. [93](#). Es erlangt keine Kunde der Allianz von 1689 S. [113](#). Die Unzufriedenheit mit dem Könige gesteigert durch seine Absicht sich wieder nach Holland zu begeben [194](#). Das Unterhaus festigt durch seine Beschlüsse den Credit [194](#) u. f. Es wird beurtheilt von König Wilhelm III. S. [196](#) u. f.
 Der Eifer des Parlaments gegen die Katholiken ist untrennbar von dem politischen Hasse wider Frankreich [200](#) u. f.
 Die Abneigung gegen ein stehendes Heer allgemein [273](#) u. f. Die Beschlüsse [277](#) u. f., so wie [282](#). Das Unterhaus antwortet auf die Sanction

der Bill in Betreff der Armee mit einer Dankadresse [284](#); läßt jedoch nichts nach von den Consequenzen [285](#).

Die Haltung desselben gegenüber Wilhelm III. im Beginne 1699 [S. 335](#) u. f. Das Unterhaus bewilligt nicht die Bitte Wilhelms III. für seine holländische Garde [337](#) u. f.; setzt eine Commission nieder zur Untersuchung über die Rebellengüter in Irland [342](#). Steigende Autorität des Unterhauses [342](#) u. f. Das Gerücht eines neuen Vertrages mit Frankreich über Spanien bei den Mitgliedern [347](#). Das Parlament hat keine Kunde der Allianz von 1689 [S. 349](#) u. f. Es wird vertagt am [4./14. Mai 1699](#) [S. 351](#) u. f.; ist unmutig über die Reise des Königs nach Holland [352](#).

Die Haltung desselben gegenüber dem Könige, im Herbst 1699, [S. 435](#) u. f. Vorstellung des Unterhauses an den König [438](#) u. f. Es beschließt die Bill gegen das Anwachsen des Papiasmus [445](#) u. f. Verhalten des Unterhauses in Betreff der irischen Rebellengüter [448](#). Wachsende Bedeutung desselben [451](#).

Die Mitglieder sind misgestimmt über den Theilungsvertrag über Spanien [481](#) u. f. Aeußerungen Einzelner [482](#) u. f., so wie [521](#) u. f.

Parlament in Paris [429](#) u. f.

Parlament von Schottland [382](#), [484](#) u. f.

Pattul [456](#).

Pembroke, Graf, [351](#).

Peru [369](#).

Peter [I.](#), Czar von Rußland. Seine Rede zu Wilhelm III. [S. 96](#) u. f. Aufenthalt in England [97](#) u. f. Er zeigt sich nicht geneigt zum Frieden mit den Türken [100](#). Sein Aufenthalt in Wien, im Sommer 1698, [S. 132](#) u. f.; [286](#) u. f. Er ist der Urheber des großen nordischen Krieges [454](#) u. f., so wie [573](#) u. f.

Philipp, Herzog von Orleans, [475](#), [593](#).

Platen, Gräfin, [240](#) u. f.

Pomponne, französischer Staats-Secretär, [30](#), [61](#) u. f., [69](#), [73](#) u. f., [82](#).

Pont neuf [32](#).

Portland, Graf. Er spricht sich zu Auersperg aus über seine Mission nach Frankreich [2](#) u. f. Sein Verhältnis zu Wilhelm III. [S. 16](#) u. f. Sein Empfang in Frankreich [17](#). Er äußert sich dort über die dauernde Anwesenheit Jacobs II. [S. 18](#) u. f.; besteht, nach den Befehlen Wilhelms III., nicht auf seiner Forderung [26](#); hält seinen feierlichen Aufzug in Paris [32](#); hat zu kämpfen in Fragen des Ceremoniells [33](#); hat seine öffentliche Audienz [33](#) u. f. Sein Urtheil über Ludwig XIV. [S. 34](#). Seine Unterredung mit Gourville [59](#); mit Pomponne und Torcy [61](#) u. f. Er verhält sich zurückhaltend gegen Pomponne und Torcy [69](#); wird von Ludwig XIV. seiner Aufrichtigkeit versichert [71](#); macht vor Pomponne und Torcy seine Einwände gegen die französischen Vorschläge über Spanien [73](#). Seine Audienz bei Ludwig XIV. über die Vorschläge Wilhelms III. [S. 81](#) u. f. so wie [110](#). Er erhält keine Audienz bei der Frau von Maintenon [112](#); wird von Ludwig XIV. bis zu Ende mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt [185](#) u. f.

Er ist mit Heinfius in der Sache des Theilungsvertrages der einzige Berather Wilhelms III. S. [192](#). Persönliche Differenz mit Wilhelm III. [192](#). Er theilt von Voo aus den englischen Ministern den Vertrag mit [217](#); unterzeichnet den Vertrag [225](#); weicht den Ansagen Auerspergs darüber aus [250](#) u. f. Seine Aeußerung über die Haltung des Königs gegenüber dem Parlamente [278](#) u. f.

Er betont, daß Wilhelm III. nicht ohne den Kaiser in einen neuen Vertrag eingehen wolle [332](#). Sein Zornworts mit Wilhelm III. S. [343](#) u. f. Er führt die Unterhandlung mit Tassard fort [344](#) u. f.; sucht durch Auersperg den kaiserlichen Hof zu täuschen [347](#); wird von Auersperg gewarnt vor der Stimmung des Parlaments [348](#) u. f. Sein Unmuth über die kaiserlichen Vorschläge in Betreff des spanischen Erbes [370](#), so wie [385](#) und [395](#) und [430](#).

Der Unwille der Engländer gegen ihn wegen des Theilungsvertrages [483](#) u. f.

Port Mahon [82](#), [101](#).

Portocarrero, Cardinal, Erzbischof von Toledo. Er wird beurtheilt von Ludwig XIV. S. [43](#), und von Harrach [50](#). Seine Einwirkung auf Carl II., im März 1698, S. [139](#) u. f. Er ist, im Sommer 1698, für den Kurprinzen Joseph Ferdinand [159](#); tritt mit Harcourt in Beziehung [163](#) u. f.; ist nicht offen gegen Harrach [168](#); hauptsächlichster Gegner der Königin Maria Anna [172](#).

Er tritt Harcourt näher, im September 1698, S. [230](#) u. f. Sein Verhalten bei dem Testamente zu Gunsten des Kurprinzen von Bayern [267](#). Er wird beurtheilt von Ludwig XIV., im Januar 1699, S. [330](#); hält sich zu Veganez [359](#) u. f.; votirt im Staatsrathe für einen französischen Prinzen [501](#). Seine Hinneigung zu Frankreich wird stärker [526](#) und [528](#). Sein Motiv [529](#). Er wünscht eine positive Zusage Ludwigs XIV. für die Annahme eines spanischen Erbietens [530](#). Seine heuchlerische Rede zu Harrach [540](#) u. f. Er harret seiner Stunde [546](#); tritt im Staatsrathe gegen die Declaration Karls II. vom [10](#) September 1700 auf [547](#). Sein Plan und die Durchführung desselben bei Carl II. S. [587](#) u. f. Seine Heuchelei vor Harrach [588](#) u. f. Seine Rede bei Carl II. für ein Testament zu Gunsten eines französischen Prinzen [590](#). Er heuchelt vor Harrach auch nach dem Testamente [594](#) u. f.; hält sich des Gelingens sicher [606](#) u. f.; schreibt an Ludwig XIV. S. [607](#) u. f.; ist in Sorge über die Annahme [609](#) u. f.

Portugal. Plane dort auf die Succession in Spanien [359](#).

Prior, Matthew, [408](#).

Q.

Quiros, Don Francisco Bernardo de, spanischer Botschafter im Haag, [251](#), [259](#), [364](#), [366](#), [398](#), [402](#), [580](#), [621](#).

R.

Rami, Reis Effendi, türkischer Friedens-Botschafter zu Carlowitz, [288](#) u. f.

Ranelagh, Ford, [337](#).

Riop p. Fall d. Hauses Stuart u. Success. d. Hauses Hannover. VIII. [42](#)

Rapin Thonras über Wilhelm III. S. [491](#).
 Ratcliff, Arzt, [552](#).
 Riga [457](#).
 Rivers, Lord, [341](#).
 Rochester, Lord, [195](#), [625](#).
 Ronquillo, Corregidor in Madrid, [357](#) u. f.
 Rooke, Admiral, [524](#).
 Ruffel, Admiral, s. Orford.
 Ruzzini, venetianischer Botschafter in Wien, [133](#) u. f. Friedens-Botschafter zu Carlowitz, [289](#) u. f.
 Ryswycker Clausel [524](#).

S.

Saragossa, Erzbischof von. Sein Gutachten in der Successions-Angelegenheit [529](#) u. f.
 Schlid, Graf, kaiserlicher Friedens-Botschafter zu Carlowitz, [288](#) u. f.
 Schomberg, Graf, General, [210](#).
 Schouenberg, holländischer Gesandter in Madrid, [58](#), [122](#), [191](#), [252](#), [381](#), [430](#), [535](#), [550](#), [579](#). Er berichtet über die letzten Tage Karls II. S. [603](#) u. f.
 Schottland. Die Colonie in Darien [382](#) u. f., [424](#) u. f., [439](#) u. f.
 Schütz, Freiherr von, cellischer Gesandter in London, [460](#).
 Shrewsbury, Herzog von, [13](#) u. f., [197](#), [199](#), [219](#) u. f.
 Siebenbürgen [57](#), [290](#) u. f.
 Silberflotte, die spanische, [176](#) u. f.
 Simeoni, bayerischer Gesandter in London, [185](#).
 Simon, St., über Portland [16](#) und [84](#); über Harcourt [37](#); über den Tod des Kurprinzen Joseph Ferdinand [305](#) u. f.; über das Testament Karls II. S. [618](#).
 Sinzendorf, Graf, kaiserlicher Gesandter in Paris, meldet von dort die Meinungen über das Ziel Ludwigs XIV., im August 1699, S. [376](#) u. f.; über die Möglichkeit einer Verhandlung zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. S. [396](#). Seine Instruction für eine solche besondere Einigung [468](#) u. f. Seine Unterredung mit Torcy zu Ende Mai 1700 S. [473](#) u. f. und [477](#) u. f. Er warnt in Wien vor den Plänen Ludwigs XIV. gegen den Erzherzog Carl [516](#); [624](#).
 Somers, Lord Kanzler, [14](#), [25](#), [192](#), [197](#). Er wird befragt über den Entwurf des ersten Theilungsvertrages [217](#) u. f. Seine Bedenken und seine Zustimmung [220](#) u. f. Er sucht dem Könige Wilhelm den Gedanken der Rückkehr nach Holland auszureden [276](#) u. f.; [351](#), [432](#), [450](#). Er wird entlassen [484](#).
 Sophie, geb. Prinzessin von der Pfalz, verm. Kurfürstin von Braunschweig-Lüneburg. Sie wird hochgeachtet von Elisabeth Charlotte von Orleans [32](#) und [569](#). Ihr Verhalten zu der Frage der englischen Succession im Jahre 1698 S. [236](#) u. f., so wie [248](#). Ihre Stellung zu derselben nach dem Tode des Herzogs von Gloucester im Jahre 1700 S. [556](#) u. f. Sie äußert sich darüber nach verschiedenen Seiten [558](#) u. f.; begibt sich mit ihrer Tochter Sophie Charlotte nach Aachen und Holland [559](#) u. f. Ihre Antwort an Stephen

- 567 u. f. Zusammenkunft mit Wilhelm III. und Reise durch Holland 570 u. f.
- Sophie Charlotte, Kurfürstin von Brandenburg, 559 u. f.
- Sophie Dorothee, Kurprinzessin, 237 u. f.
- Spada, Cardinal Staats-Secretär, 505 u. f., so wie 510 u. f.
- Staatsrath, der spanische, 47. Sein Verhalten im April 1698 S. 147 u. f., 150, 158. Er entscheidet sich für ein Testament zu Gunsten des Kurprinzen Joseph Ferdinand 266 u. f.; beschließt keine Rennerung vorzunehmen 328; ist sehr erregt über die Kunde des zweiten Theilungsentwurfes 366 u. f.; geht nicht mit dem königlichen Paare 497; gibt, am 6. Juni 1700, sein Gutachten für einen französischen Prinzen 501; ist andauernd französisch gesinnt 531. Das Motiv ist die Furcht 545. Er erhebt Widerspruch gegen die Declaration Karls II., vom 10. September 1700, S. 547; ist für einen französischen Prinzen 604.
- Stanhope, englischer Gesandter in Madrid, 397; im Haag 574.
- Stepnen 17. Sein Schreiben an die Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg 561 u. f.
- Stratemann, kaiserlicher Gesandter im Haag, 56.
- Stuart, das Haus, s. Jacob II.
- Suazzo 402.
- Succession, die Frage der, in England, 235 u. f., 551 u. f.
- Sunderland, Graf, die Abneigung im Parlamente wider ihn 4 und 11 und 13 und 91. Sein Urtheil über die spanische Angelegenheit 192.
- Sutton 485.

T.

- Tallard, Graf, französischer Botschafter bei Wilhelm III. Seine Instruction 31. Er bringt die Vorschläge Ludwigs XIV., welche dieser ihm S. 72 u. f. aufgetragen, an den König Wilhelm III. S. 77 u. f.; antwortet dem Könige in Betreff Jacobs II. S. 78 u. f.; bringt eine Mordabsicht zur Anzeige 79; erhält dafür nicht das Lob Ludwigs XIV. S. 79.
- Er erhält die Gegenvorschläge Ludwigs XIV. im April 1698 S. 83 u. f., so wie 86 u. f. und 88. Seine Unterredung mit Wilhelm III. am 28. April/8. Mai 102 u. f. Er berichtet ausführlich über England 104 u. f.; überbringt an Wilhelm III. die Antwort Ludwigs XIV. in Betreff Jacobs II. S. 110 u. f.; warnt Ludwig XIV. vor der Stimmung in England 114; mahnt ab von dem Plane, Wilhelm III. zu verleiten wie seine Oheime 124; umgeht den betreffenden Auftrag Ludwigs XIV. S. 127; rath Ludwig XIV. ab von der Absicht seine Forderungen zu steigern, im Juni 1698, S. 130; mahnt Ludwig XIV. ab, den König Wilhelm III. hinhalten zu wollen 183 u. f., und zeichnet ihm im Voraus den Krieg 184 u. f. Sein Verfahren in Sachen des Ceremoniells 185 u. f. Er will den Befehlen Ludwigs XIV. gemäß die Verhandlung mit Wilhelm III. hinschleppen 190; berichtet über die Mängel in der englischen Verwaltung der Kriegsmittel 194.
- Seine Instruction in Betreff der Katholiken in England und Irland 201 u. f. Seine Meldung über den Zustand derselben 203. Er theiligt

sich nicht an den Schritten der Gesandten für den Gottesdienst in ihren Capellen 206 u. f.

Er lehnt abermals die Forderung Wilhelms III. ab, dem Kaiser Kunde der Verhandlungen zu geben 212; glaubt an das Geheimnis der Sache 217. Sein Lob über den Abschluß 225 u. f. Seine Vermuthung über die Reise Wilhelms III. nach Celle 234.

Er wird nochmals von Wilhelm III. über die Entfernung Jacobs II. angeredet 256 u. f.; berichtet über die Stimmung Wilhelms III. zu Anfang 1699 S. 278; fordert Wilhelm III. zu neuen Vereinbarungen auf 312 u. f.; will nicht, daß der Kaiser eine Kunde davon erhalte 332 u. f.; berichtet über die Haltung des Parlamentes 336 u. f.; redet zu den betheiligten Holländern für den Theilungsvertrag 370 u. f.; wird von Ludwig XIV. zum Verichte abberufen 404; dringt in Wilhelm III. um Beschleunigung 411 u. f. Sein Plan der Adoption des Prinzen von Wales durch Wilhelm III. S. 440. Er preist in England den Theilungsvertrag an 481 u. f.; 576 u. f., 583 u. f.

Testament Carls II. S. 592 u. f.

Theilungsvertrag über die spanische Monarchie, erster, ist zum Abschlusse fertig im August 1698 S. 214 u. f. Der Inhalt 224 u. f. Er fällt durch den Tod des Kurprinzen Joseph Ferdinand 309 u. f.

Theilungsvertrag, zweiter, 352 u. f., 368. Der Zweck desselben 420. Der Inhalt 432 u. f. Mittheilung desselben an den Kaiser und an Spanien 462 u. f.

Toland, der Freidenker, 562.

Torch, Marquis, französischer Staats-Secretär, 30, 40, 61 u. f., 69, 82, 287. Seine Anklage gegen den Kaiser in Betreff des bayerischen Kurprinzen 305 u. f.; 396, 408, 420, 430, 462. Seine Unterredung mit Sinzendorf, am 21. Mai 1700, S. 473 und 477 u. f.; 577. Ueber das Conseil von Fontainebleau 611 und 618.

Tories sind gegen ein stehendes Heer 272; 351. Sie haben im Unterhause die Mehrheit 450, 625.

Torres, de las, Dominicaner, Beichtvater Carls II. Er mißt die Schuld der Verwirrung dem Cardinal Portocarrero bei 543; ist kaiserlich gesinnt 588 u. f.; 595 u. f., 605. Seine Aussage über das Testament Carls II. S. 609 u. f.

Trappe, La, 27.

Travendal, Friede von, 524.

Trumball, Staats-Secretär, 14, 94.

Türkei. Die Angelegenheit des Friedens 57, 97 u. f., 132 u. f., 138, 190, 286.

U.

Ubilla, spanischer Staats-Secretär, 162, 303 u. f., 328, 494, 534, 540, 588, 592 u. f.

Ulrike Eleonore, Königin von Schweden, 459.

Uzeda, spanischer Volschaster in Rom, 155. Seine Audienz bei Innocenz XII. S. 505 u. f.

B.

- Benedig, die Republik, im Türkenkriege, 57, 97, 132 u. f., 215.
- Bernon, englischer Staats-Secretär, 14, 79, 95, 122, 190, 200, 203, 205, 217. Ueber den ersten Theilungsvertrag 219 u. f.; 232, 277, 346, 382, 384, 395, 484. Seine Unterredung mit Hoffmann über die spanische Angelegenheit 520. Er berichtet über die Successionsfrage in England, im August und September 1700 S. 556 u. f. Sein Urtheil über die französische Annahme des Testaments Carls II. S. 630.
- Versailles. Die Erklärung des Herzogs von Anjou zum Könige Philipp V. S. 623 u. f.
- Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, 45, 83, 85 u. f., 224, 518, 599.
- Villacerf, Marquis, 33.
- Villafranca, Herzog von, 43, 359.
- Villars, französischer Votschafter in Wien, 321. Seine Differenz mit dem Fürsten Liechtenstein 321 u. f. Er eröffnet dem Kaiser den Abschluß des Theilungsvertrages 463 u. f. Seine Unterredung mit Harrach und Kaunitz 464 u. f., und 467 u. f. und 477 u. f.
- Voltaire 39.

W.

- Wharton, Lord, 14, 31.
- Whig-Partei 13 u. f., 91 u. f. Sie ist nicht für ein stehendes Heer 272; 628.
- Wilhelm III., König von England. Seine Rückkehr nach England, im October 1697, S. 1 u. f. Er sendet Portland als Votschafter nach Frankreich 2 u. f. Seine Ansicht über den Stand der Dinge aus den Reden Portlands 3 u. f.; über die Erhaltung der Armee 5 u. f. Seine Thronrede am 3./13. December 1697 S. 7 u. f. Die Thronrede sein Eigenthum 9. Ummuth über die Parlaments-Beschlüsse für die Verringerung des Heeres 12 u. f. Er will Shrewsbury im Dienste behalten 14; urtheilt scharf über die Engländer 15. Sein Verhältniß zu Portland lockert sich 16 u. f. Er theiligt die Engländer bei den auswärtigen Angelegenheiten sehr wenig 17.
- Er billigt nicht, daß Portland in Paris mit der Forderung der Entfernung Jacobs II. begonnen 22 u. f.; ergeht sich weiter über den Zustand der Dinge und das Verhalten der Engländer 24 u. f.; befindet sich schlecht 26. Er will die Gedanken Ludwigs XIV. über die spanische Succession erforschen 30 u. f.; ist misstrauisch gegen den guten Willen Ludwigs XIV. S. 35. Sein Urtheil über die spanische Verwaltung 48. Sein Standpunct in Betreff der Frage der spanischen Succession 56 u. f. Er ist für den Kurprinzen von Bayern 59 u. f., demnach in sich unklar 60. Er geht auf die von Seiten Ludwigs XIV. gemachten Eröffnungen in Betreff der spanischen Angelegenheit ein 64; theiligt Heinsius 64. Beginn seiner Täuschung über Ludwig XIV. S. 65. Seine Sorge gesteigert durch die Nachrichten aus Madrid 69 u. f., und eben so 75 u. f. Er will nicht seine Verbindung mit dem Kaiser lösen 76. Seine erste Unterredung mit Tallard über die spanische Angelegenheit 77 u. f. Er macht Gegenanschläge 77; knüpft daran wieder die Angelegenheit Jacobs II. S. 77 u. f.;

erkennt, daß er seine Stellung zu dem Kaiser verändert, nicht jedoch die Konsequenzen 80 u. f.; ist dem Herzog Victor Amadeus sehr abgeneigt 85 u. f., so wie 104. Seine Erwägung der Vorschläge Ludwigs XIV. S. 86 u. f. Er verlangt das Gutachten von Heinsius 87; tritt jedoch thatsächlich sogleich näher 87 u. f.; äußert sich nicht zu dem Gesandten des Kaisers 89 u. f. Er befindet sich andauernd schlecht 90 u. f. Sein Verhältnis zu den englischen Parteien 91 u. f. Ungünstiges Urtheil über die Engländer 93, in dieser Weise nicht begründet 93 u. f.

Abermals der innere Kampf in Betreff seines Verhaltens gegenüber dem Kaiser 101 u. f. Er geht principiell auf die französischen Vorschläge ein 104; bringt aber die Sache Jacobs II. wieder zur Sprache 104; läßt seine Scrupel gegen einen Theilungsvertrag fallen und eben so die Forderung in Betreff Jacobs II. S. 110 u. f. Er nimmt die Mittheilung einer günstigen Disposition Karls II. für das Erzhaus ungläubig auf 116. Sein Patriotismus für Holland ist die Wurzel und die Seele seiner Politik 117. Seine Unaufrichtigkeit gegenüber dem Kaiser 118 u. f. Sein Verhalten in der Sache des Schonenberg 122. Er bleibt deshalb bei Carl II. von Spanien unvertreten 123 u. f.; ist erstaunt über das Steigen der Forderungen Ludwigs XIV., im Juni 1698, S. 130; dringt auf einen Frieden des Kaisers mit den Türken 132 u. f.

Er fürchtet den Abbruch der Verhandlungen von Seiten Ludwigs XIV. S. 190. Verschiedene Motive der Täuschung in der er sich Frankreich gegenüber befindet 190 u. f. Seine persönliche Differenz mit Portland 192. Er hat dennoch nur Portland als Berather in der spanischen Sache 193. Seine Differenz mit dem Unterhause gesteigert durch die Absicht seiner Reise nach Holland 194. Seine Thronrede vom 5./15. Juli 1698 S. 196. Sein Privaturtheil über das Parlament 197. Er sucht die Armee, über den bewilligten Bestand hinaus, zu erhalten 197; begibt sich nach Holland 199.

Sein Verhalten damals gegen die Katholiken in Irland und England 200 u. f. Er erfüllt darin sein dem Kaiser gegebenes Versprechen 209 u. f. Die Nachricht Dohuas über seine Correspondenz mit einem Jesuiten-General 210 u. f.

Er erkennt nicht den Nerv des französischen Planes bei den Theilungsverhandlungen 212; ist bereit zum Abschlusse 214; schlägt eine Allianz mit Frankreich vor 215. Seine Berather sind lauter Holländer, der Standpunct der holländische 216. Er glaubt mit Tallard an das Geheimnis der Sache 217; handelt in der Wirklichkeit für England ganz allein 222; bindet sich Ludwig XIV. gegenüber durch sein Wort 223.

Er reist nach Celle 234; kündigt der Kurfürstin Sophie seine Ankunft an 236. Seine Unterredung mit der Herzogin Eleonore 246 u. f. Er findet bei der Kurfürstin Sophie keine Neigung für die Thronfolge in England 248.

Er willigt in die Forderung Ludwigs XIV., dem Kaiser den Vertrag noch nicht kund zu thun 249; weicht den Fragen Auerspergs aus 250 u. f., so wie 259; ist ungerecht gegen den Kaiser 252 u. f.; bringt noch einmal wieder die Entfernung Jacobs II. zur Sprache 256; wird damit zurückgewiesen 257 u. f.

Er schwankt, zu Ende 1698, zwischen Whigs und Tories 270 u. f. Seine Thronrede 271. Sein Unmuth in seinen Briefen an Heinsius 273. Er erwägt den Gedanken der Rückkehr nach Holland 275 u. f.; entschließt sich zum Nachgeben aus Liebe für Holland 280 u. f.; sanctionirt die Bill für die Beschränkung der Armee 283.

Er ist nicht im Einverständnisse mit Max Emanuel von Bayern 296; sucht dem Andringen der Kaiserlichen auszuweichen 298 u. f.; geht weit in seinem Vertrauen auf die Ehrlichkeit Ludwigs XIV. S. 300. Sein Verhalten auf die Nachricht des Todes des Kurprinzen 309 u. f.; Er muß den geheimen Artikel des Theilungsvertrages fallen lassen 313; zieht die neuen Vorschläge Ludwigs XIV. in Erwägung 331 u. f.; will nicht abschließen ohne die Kunde des Kaisers 332 u. f. Seine Position ist die schwächere 333.

Er bittet das Unterhaus um die Belassung seiner holländischen Garden 337; fügt sich in den Abschlag 338 u. f. Er fordert Heinsius auf zum Verbleiben im Amte 340; bedient sich keines englischen Rathes 341; reizt durch das Emporheben Albemarles die nationale Eifersucht der Engländer 341; sehnt sich nach Holland 343. Sein Zornwüth mit Portland 343 u. f. Er weicht in Betreff des Theilungsvertrages den französischen Forderungen 344 u. f.

Die Divergenz zwischen ihm und den Engländern im Steigen 348 u. f. Seine Thronrede vom 4./14. Mai 1699 S. 350 u. f. Abfahrt nach Holland 351 u. f. Er sucht durch Hop in Wien den Kaiser vorzubereiten auf den Theilungsvertrag 353 u. f.; eben so persönlich durch Auersperg 355 u. f. Er läßt den Entwurf des Vertrages an den Kaiser bringen 368 u. f.; hält an der Hoffnung auf den Beitritt des Kaisers 375 u. f.; vermuthet die Absicht Ludwigs XIV. ihn von dem Kaiser zu trennen 379 u. f.

Er ist in Spanien nicht beliebt, namentlich wegen der schottischen Colonie in Darien 382 u. f.; läßt den Botschafter Canales ausweisen 384 u. f.; wird, in Folge des spanischen Protestes, geneigter zum Abschlusse 385; will, im October 1699, noch wieder erst einen Versuch bei dem Kaiser machen 386 u. f.; sucht sich durch einen geheimen Artikel des Vertrages gegen eine Untreue Ludwigs XIV. zu decken 392 u. f.; beurtheilt den kaiserlichen Protest 393; will nicht absteigen von dem Theilungsvertrage 394 u. f.; läßt durch seine Minister dem Grafen Auersperg seine gute Gesinnung für den Kaiser versichern 395 u. f.; wird in Verlegenheit gesetzt durch die Abneigung von Amsterdam gegen den Theilungsvertrag 407 und 410; sucht zuerst die kleinen Provinzen zu gewinnen 411 u. f., so wie 418 und 428. Er betheuert seine gute Gesinnung für den Kaiser, im Januar 1700, S. 430; bringt den Theilungsvertrag an seine englischen Minister 431 u. f. Sein Motiv für den Theilungsvertrag 433 u. f.

Die Frage seiner Popularität in England im Jahre 1700 S. 436 u. f. Seine Thronrede vom 16./26. November 1699 S. 437. Seine Ansicht über die Haltung des Parlaments 438 u. f. Verdacht neuer Mordpläne gegen ihn 441 u. f.

Sein Verhalten gegenüber den Katholiken in England, im Beginne 1700, S. 443 u. f. Er wagt nicht die Annahme des gregorianischen

Kaisers vorzuschlagen 448. Seine Misstimmung über die Commission in Betreff der irischen Rebhengüter 448 u. f. Er bewegt dennoch das Oberhaus, dem Unterhause beizutreten 450; vertagt das Parlament, 11./21. April 1700, S. 451.

Er läßt sich die Erhaltung des Friedens im Norden angelegen sein 459; erkennt die friedensstörende Thätigkeit Ludwigs XIV. im Reiche 460. Ueberblick seiner Stellung 470 u. f. Seine Unklarheit 474. Die Unwahrhaftigkeit Ludwigs XIV. gereicht ihm zum Schutze 478 u. f. Seine Misstimmung im Mai und Juni 1700 nach allen Seiten 484 u. f. Er sehnt sich nach Holland 486 und 522 u. f. Die Vermuthung, daß er den allgemeinen Krieg gewollt habe 490 u. f.

Er läßt nicht von der Hoffnung auf den Beitritt des Kaisers zum Theilungsvertrage 519 u. f.; blickt mit Befriedigung nach dem Norden 523 u. f. Vergleich seiner Stellung zu Spanien mit derjenigen Leopolds und Ludwigs XIV. S. 524. Er wird angenehm berührt durch die Thätigkeit der Königin Maria Anna 325; will nicht gestatten, daß der Kaiser Truppen nach Italien sende 549 u. f.

Seine Sorgfalt für die Succession in England 551 u. f., so wie 559 u. f. Sein Gesundheitszustand im Sommer 1700 S. 552. Er läßt durch Stepney an die Kurfürstin Sophie schreiben 561 u. f.; hat mit ihr wiederholte Besprechungen in Loo und im Haag 570; nimmt den Kurprinzen Friedrich Wilhelm mit auf seine Jacht 570 u. f.

Er bietet in dem nordischen Kriege seine Vermittelung an 574 u. f.; hegt Besorgnis einer Täuschung durch Ludwig XIV. S. 579. Sein abermaliges Schreiben an den Kaiser um Beitritt zu dem Theilungsvertrage 585; erwartet, daß Ludwig XIV. dem Testamente den Theilungsvertrag vorziehen werde 598 u. f. und 610. Sein Schreiben an Heinsius über die französische Annahme des Testaments 624 u. f. Sein Plan gegen Ludwig XIV. S. 629 u. f. Er hofft auf den Kaiser Leopold 631.

Williamson. Er zeichnet den ersten Theilungsvertrag 225.

Witsen, Bürgermeister von Amsterdam, 100.



U.C. BERKELEY LIBRARIES



C020507810



